

**Die Berlin-Krise von 1958 bis 1963 in Berichterstattung
und Kommentierung der Tageszeitung „Die Welt“**

**Dissertation
zur Erlangung der Würde des Doktors der Philosophie des
Fachbereichs Geschichtswissenschaft
der Universität Hamburg**

vorgelegt von

Thies Luhmann

aus Lübeck

Hamburg 2011

Hauptgutachter: Prof. Dr. Franklin Kopitzsch

Nebengutachter: Prof. Dr. Arno Herzig

Datum der Disputation: 24.5.2012

Inhaltsverzeichnis

1.1. Forschungsstand und Quellenlage.....	2
1.2. Fragestellung und Vorgehensweise.....	38
1.3. Zur Presseuntersuchung.....	46
2.1. Die internationale Politik.....	55
2.2. Deutsche Entwicklungen	71
2.2.1. Die Bundesrepublik.....	71
2.2.2. Die DDR.....	82
2.2.3. Berlin.....	90
2.3. Krisenjahre 1958-1963.....	95
3.1. Die «Welt ».....	142
3.2. Zur Gestaltung der «Welt ».....	161
4. « Die Welt »	164
4.1. Das Jahr 1958.....	164
4.1.1. Das politische Ringen.....	164
4.1.2. Das Wettrüsten.....	168
4.1.3. Die Deutschen und die Einheit.....	170
4.1.4. Die Deutschen und ihre Berlin-Solidarität.....	172
4.1.5. Berlin.....	173
4.1.6. Berichterstattung über die DDR	175
4.2. Das Jahr 1959.....	179
4.2.1. Das politische Ringen.....	179
4.2.2. Das Wettrüsten.....	200
4.2.3. Die Deutschen und die Einheit	206
4.2.4. Die Deutschen und ihre Berlin-Solidarität	215
4.2.5. Berlin.....	218
4.2.6. Berichterstattung über die DDR.....	223

4.3. Das Jahr 1960.....	231
4.3.1. Das politische Ringen.....	231
4.3.2. Das Wettrüsten.....	248
4.3.3. Die Deutschen und die Einheit.....	253
4.3.4. Die Deutschen und ihre Berlin-Solidarität.....	259
4.3.5. Berlin.....	260
4.3.6. Berichterstattung über die DDR.....	265
4.4. Das Jahr 1961.....	275
4.4.1. Das politische Ringen.....	275
4.4.2. Das Wettrüsten.....	316
4.4.3. Die Deutschen und die Einheit.....	322
4.4.4. Die Deutschen und ihre Berlin-Solidarität.....	328
4.4.5. Berlin.....	331
4.4.6. Berichterstattung über die DDR.....	337
4.5. Das Jahr 1962.....	349
4.5.1. Das politische Ringen.....	349
4.5.2. Das Wettrüsten.....	387
4.5.3. Die Deutschen und die Einheit.....	394
4.5.4. Die Deutschen und ihre Berlin-Solidarität.....	399
4.5.5. Berlin.....	402
4.5.6. Berichterstattung über die DDR.....	412
4.6. Das Jahr 1963.....	418
4.6.1. Das politische Ringen.....	418
4.6.2. Das Wettrüsten.....	419
4.6.3. Die Deutschen und die Einheit und ihre Berlin-Solidarität.....	421
4.6.4. Berlin.....	421
4.6.5. Berichterstattung über die DDR.....	422
5. Schlussbetrachtung.....	423
6. Quellen- und Literaturverzeichnis.....	448
7. Anhang	
Eidesstattliche Erklärung.....	471
Lebenslauf.....	472

Die Berlin-Krise von 1958 bis 1963 stellt einen Höhepunkt in der Konfrontation der Blöcke dar.¹ Für die UdSSR ging es darum, die Ernsthaftigkeit der Bereitschaft der Vereinigten Staaten zum Schutz Europas auszuloten.² Berlin bot sich – schon wegen der Aufsicht über die Zufahrtswege – für Chruschtschow als Ansatzpunkt an.³ Die jahrelange Spannungsperiode bestand aus der Abfolge einzelner Krisen, die auch in relativ ruhigen Phasen die Bundesregierung in Sorge hielt.⁴ West-Berlin wurde als Prüfstein der Washingtoner Garantien für die Verbündeten betrachtet.⁵ Das Gemeinwesen galt gerade seit der ersten Krise von 1948, in der die russische Blockade durch die einjährige Luftbrücke der Westalliierten überwunden wurde, als Symbol der westlichen Selbstbehauptung, als Leuchtturm der Demokratie.⁶ Die damals zur Torpedierung der Währungsreform in der Stadt getroffene sowjetische Maßnahme wurde dank der Standhaftigkeit der angelsächsischen Mächte und der Berliner zunichte gemacht.⁷ Die nun wegen der Stadt entbrennende Auseinandersetzung umfasste auch die deutsche Frage und stellte die Bonner Bindung an den Westen sowie die Geschlossenheit des westlichen Lagers auf eine ernste Probe.⁸ Alle Beteiligten gingen ein hohes Risiko ein wegen der schnellen Möglichkeit einer Ausweitung zum nuklearen Krieg.⁹ Zu den Begleiterscheinungen gehörten das enorme amerikanische Engagement in der Raketentechnik¹⁰ und die exorbitante Steigerung der russischen nuklearen Rüstungsanstrengungen.¹¹ Mit dem neuen Präsidenten Kennedy kam die Auseinandersetzung rasch zum Höhepunkt.¹² Von einer Position der Stärke aus wollte er dem Gegner die Sinnlosigkeit eines ausgreifenden Vorgehens vor Augen führen.¹³ Der Misserfolg in Berlin änderte nichts am offensiven Engagement Moskaus in anderen Teilen

¹ Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen?, aktualisierte und erw. Aufl., Berlin 1997, S. 86 f.

² Wetzlaugk, Udo: Die Alliierten in Berlin, (Politologische Studien, Bd. 33), Berlin 1988, S. 63 f.

³ Bender, Peter: Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland, 2. Aufl., München 1996, S. 82 f.

⁴ Booz, Rüdiger Marco: „Hallsteinzeit“. Deutsche Außenpolitik 1955-1972, Bonn 1995, S. 56.

⁵ Shell, Kurt Leo.: Bedrohung und Bewährung. Führung und Bevölkerung in der Berlin-Krise (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 19); Köln und Opladen 1965, S. 82.

⁶ Wolfrum, Edgar: Die Mauer. Geschichte einer Teilung, München 2009, S. 28.

⁷ Lappenküper, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, (Enzyklopädie Deutscher Geschichte Bd. 83), München 2008, S. 3.

⁸ Linsel, Knut: Charles de Gaulle und Deutschland (Beihefte der Francia, Bd. 44), Sigmaringen 1998, S. 213 f.

⁹ Isaacs, Jeremy; Downing, Taylor: Der Kalte Krieg. Eine illustrierte Geschichte 1945-1991, München, Zürich, 1999, S. 170.

¹⁰ Bracher, Karl Dietrich: Die Krise Europas 1917-1975 (Propyläen Geschichte Europas, Bd. 6) Frankfurt/Main, Berlin, Wien 1977, S. 358.

¹¹ Uhl, Matthias; Wagner, Armin: Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer. Eine Dokumentation, (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 86), München 2003, S. 22.

¹² Herzfeld, Hans: Berlin in der Weltpolitik 1945-70, Berlin, New York 1973, S. 448 f.

¹³ Stützel, Walther: Kennedy und Adenauer in der Berlin-Krise 1961-1962, (Schriften des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 96), Bonn 1973, S. 19 ff.

der Welt. Der Zenit dieses Vorgehens wurde mit Kuba erreicht.¹⁴ Das Infragestellen einer bislang von der Gegenseite dominierten Interessensphäre stellte eine Herausforderung im Machtspiel der Supermächte dar.¹⁵ Die Stationierung von Raketen mit atomaren Sprengköpfen so dicht an der Grenze der imperialen Führungsmacht der kapitalistischen Welt hätte einen aufsehenerregenden Erfolg für das östliche Lager bedeutet.¹⁶ Es ging zwischen den unmittelbar gegenüberstehenden Supermächten ausschließlich um den problematischen Anschein einer drohenden Verschiebung der Gewichte der Macht.¹⁷ Die Entwicklung bedeutete das Ende der zweiten Auseinandersetzung um Berlin und machte der sowjetischen Führung die westliche Bereitschaft deutlich, für als vital erachtete Interessen auch militärische Risiken zu tragen. Von nun an stellte die UdSSR die Anwesenheit der Westalliierten in Berlin nicht mehr in Frage.¹⁸ Kuba war nicht nur ein Höhe- sondern auch ein Wendepunkt in der Konfrontation der Blöcke, weil nun langsam die Tendenz zur Entspannung einsetzte.¹⁹

1.1. Forschungsstand und Quellenlage

Zunächst wird in der vorliegenden Arbeit der historische Hintergrund skizziert. Die internationale Politik-Geschichte ist ein von der Forschung wohl bestelltes Feld. Dülffer²⁰ bietet neben dem darstellenden Teil eine Besprechung der Forschungslage sowie Literaturhinweise. Die von ihm vorgelegte neue Ausgabe erforderte eine weitgehende Umkonzipierung gegenüber dem ursprünglichen Werk. Dülffer setzt Schwerpunkte, die sich auf Europa als Kontinent verschiedener Integrationsmuster und unterschiedlich intensiver Konflikte beziehen, und beachtet dabei vergleichende Aspekte. Bei den Standardwerken ist selbstverständlich Brachers²¹ Monographie zur europäischen Geschichte zu nennen. Für die Erscheinungsform der Entspannungspolitik im Ost-West-Konflikt bietet Görtemaker²² eine einführende Überblicksdarstellung zu Geschichte und Wirkungen. Zu nennen ist auch der von Link²³ für einen diskussionsfreudigen

¹⁴ Görtemaker, Manfred: Die unheilige Allianz. Geschichte der Entspannungspolitik 1943-1979, München 1979, S. 43.

¹⁵ Pumm, Günter: Planspiel Kubakrise. Die Welt vor dem nuklearen Krieg, Hamburg 1997, S. 2.

¹⁶ Junghanns, Heinrich: Die Kubakrise von 1962, Magisterarbeit, Hamburg 1989, S. 39 f.

¹⁷ Greiner, Bernd: Die Kuba-Krise. Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, München 2010, S. 10.

¹⁸ Mahncke, Dieter: Berlin im geteilten Deutschland, (Schriften des Forschungsinstitutes der deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik, Bd. 34), München, Wien 1973, S. 48 f.

¹⁹ Görtemaker: Die unheilige Allianz, S. 44 f.

²⁰ Dülffer, Jost: Europa im Ost-West-Konflikt 1945-1991, (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 18), München 2004.

²¹ Bracher, Karl Dietrich: Die Krise Europas 1917-1975 (Propyläen Geschichte Europas, Bd. 6) Frankfurt/Main, Berlin, Wien 1977.

²² Görtemaker: Die unheilige Allianz.

²³ Link, Werner: Thesen über Beginn, Regulierung und Ende des Ost-West-Konflikts infolge von

internationalen Kongress verfasste, den Ost-West-Konflikt analysierende Aufsatz. Zudem fließt der knappe Aufsatz von Geiss²⁴ zu den außen- und weltpolitischen Rahmenbedingungen mit ein. Nolte²⁵ intendiert die Leistung eines theoretischen Beitrags; der Marx-Kenner lässt seine Fragestellung gleichmäßig von Deutschland und vom Kalten Krieg bestimmt sein. Er hält nicht nur die umrisshafte Darlegung der Geschichte des Kalten Kriegs in Deutschland sondern auch die Frage nach der Bedeutung des Landes im und für den Kalten Krieg für notwendig. Deswegen bezieht er die Zeit vor 1945 mit ein. Die eigentliche Formulierung seines Themas ist: Deutschland und der Kalte Krieg in der geschichtlichen Welt. In dieser Eingrenzung sind etwa Israel und Vietnam lediglich insofern relevant, wie eine ursächliche Verbindung gegeben ist oder es sich um erhellende Abwandlungen fundamentaler Lagen handelt. Er führt allerdings die Wurzeln doch weit zurück und streift dabei viele Themen wie „Die Ur-Anarchie als Projektion und als Erinnerung“ oder etwa „Rousseau und die früheste extreme Linke“, was nur sehr ergebene Leser ansprechen wird. Stöver²⁶ weist auf die Notwendigkeit bei der Interpretation des Kalten Krieges hin, die zumeist für sich betrachteten Fragmente der global und tendenziell total geführten Auseinandersetzung wieder zusammenzufügen und die jeweilige Standortabhängigkeit und subjektive Deutung zu berücksichtigen. Er geht davon aus, dass es sich beim Kalten Krieg um eine Epoche mit verschiedenen Phasen handelte, in der Konflikt und Entspannung gleichzeitig stattfanden, und verweist auf die besondere Stellung innerhalb des Ost-West-Verhältnisses. Die Geschichte des multipolaren Ringens gilt es für Stöver unter Beachtung der erforderlichen Pluralität zu verfassen. Kaldor²⁷ ist bestrebt, die politische Nachkriegsordnung in einer Weise zu schildern, in der die Alternativen deutlicher erkennbar werden. Sie kritisiert die in der Forschung über internationale Beziehungen dominierende realistische Sichtweise und sieht diese zur Rechtfertigung des Kalten Kriegs dienen. Ihre Untersuchung gilt den konventionellen Interpretationen zugrunde liegenden Annahmen und entwirft eine auf anderen Annahmen beruhende alternative Deutung. Dabei handelt es sich um einen in der Denkweise der westlichen Friedens- wie der östlichen Oppositionsbewegung verwurzelten analytischen Ansatz. Um den Ost-West-Konflikt für Europa zu beschreiben, gebraucht sie den Ausdruck „imaginärer Krieg“. Damit ist ein der gesellschaftlichen Disziplinierung dienendes System gemeint, das viele für Krieg charakteristische Organisations- und

Machtverschiebungen, in: Schmidt, Gustav (Hg.): Ost-West-Beziehungen. Konfrontation und Detente 1945-1989, Bd. 1, Bochum 1993, S. 5-18.

²⁴ Geiss, Imanuel: Die außen- und weltpolitischen Rahmenbedingungen, in: Bänsch, Dieter (Hg.): Die fünfziger Jahre. Beiträge zu Politik und Kultur, Tübingen 1985, S. 61-70.

²⁵ Nolte, Ernst: Deutschland und der Kalte Krieg, München 1974.

²⁶ Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg 1947-1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters, München 2007, S. 19 ff.

²⁷ Kaldor, Mary: Der imaginäre Krieg. Eine Geschichte des Ost-West-Konflikts, aus dem Englischen übersetzt von: Haupt, Michael/Laugstien, Thomas, Hamburg, Berlin 1992.

Kontrollmechanismen beinhaltet. Die Verfasserin selbst räumt methodische Einseitigkeit ein. In Felkens²⁸ Beitrag über die amerikanische Deutschland-Politik nimmt John Foster Dulles die Schlüsselrolle ein. Die Untersuchung ist bestrebt, der Spannungslage zwischen Individuum und Struktur durch eine Verbindung biographischer und systematischer Darstellungselemente gerecht zu werden. Auch wenn Dulles als Leitfigur der Darstellung und zentraler Fokus der Interpretation betrachtet wird, sollen die Faktoren des administrativen Washingtoner Entscheidungsprozesses erkennbar gemacht werden. Felkens leitende Fragestellungen gelten der US-Strategie zur Westbindung der Bundesrepublik wie der Existenz eines realitätsgerechten Konzepts zur Erreichung der nationalen Einheit. Er interessiert sich dafür, in welchem Verhältnis die beiden Anliegen zueinander standen, und für die Vereinbarkeit der Deutschlandpolitik mit der Politik gegenüber Europa und der UdSSR. Politikforscher Jochum²⁹ untersucht am Beispiel Eisenhowers bei Treffen mit Chruschtschow den Zusammenhang zwischen persönlichen Eindrücken auf Gipfelkonferenzen und politischen Einschätzungen sowie der Entscheidungsbildung. In seiner Schlußbetrachtung wird auch Kennedys Beeinflussung durch die Wiener Gipfeleindrücke von Chruschtschow mit einbezogen. Biermann,³⁰ der sich auch ausführlich mit dem Entstehen der außenpolitischen Sicht auf die Welt beim jungen John F. Kennedy befasst, untersucht die Brennpunkte der auswärtigen Beziehungen der USA zu Beginn der 60er Jahre. Gerade die Frage nach der Glaubwürdigkeit als Merkmal der Politik Kennedys soll erhellt werden. Anhand der großen Problemfelder Berlin, Kuba, Vietnam arbeitet Biermann heraus, dass trotz der Verschiedenheit der Ausgangslagen, Umstände und Ziele die auf diesen Aspekt bezogenen Erwägungen des Präsidenten in allen Krisen eine prägende Rolle spielten. Das von ihm bei einem längeren Archivaufenthalt in den Vereinigten Staaten herangezogene Quellenmaterial lässt trotz des Umfangs des einsehbaren Teils noch Fragen offen, weil manche Dokumente nicht oder lediglich teilweise Benutzern zur Verfügung standen. Auch Catudals³¹ sich mit dem Prozeß der Entscheidungsfindung auf US-Präsidentenebene befassende Fallstudie unterliegt dem Vorbehalt, wegen der relativen zeitlichen Nähe nur über eine eingeschränkte Quellenbasis zu verfügen. Arenth³² gelangte über die Beschäftigung mit der US-Außenpolitik zum

²⁸ Felken, Detlef: Dulles und Deutschland. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1953-59, Bonn, Berlin 1993.

²⁹ Jochum, Michael: Eisenhower und Chruschtschow. Gipfeldiplomatie im Kalten Krieg 1955-1960, Paderborn, München, Wien, Zürich 1996.

³⁰ Biermann, Harald: John F. Kennedy und der Kalte Krieg. Die Außenpolitik der USA und die Grenzen der Glaubwürdigkeit, Paderborn, München, Wien, Zürich 1997.

³¹ Catudal, Honore M.: Kennedy in der Mauer-Krise. Eine Fallstudie zur Entscheidungsfindung in den USA, (Politologische Studien, Bd. 18), Berlin 1981.

³² Arenth, Joachim: Der Westen tut nichts! Transatlantische Kooperation während der zweiten Berlin-Krise 1958-1962 im Spiegel neuer amerikanischer Quellen, (Europäische Hochschulschriften, Reihe 31, Politikwissenschaft, Bd. 217), Frankfurt/Main, Berlin, Bern, New York, Paris, Wien 1993.

deutsch-amerikanischen Verhältnis und schließlich zum Thema Bundesrepublik. Anhand der Berlin-Krise wird die Zusammenarbeit zwischen den westlichen Siegermächten und der Bundesregierung vor dem Hintergrund der deutschen Frage behandelt. Arents Anliegen besteht darin, nationalstaatliche Konstanten und Variablen in der „troubled partnership“ zwischen den drei wichtigsten europäischen Verbündeten mit der Hegemonialmacht herauszuarbeiten, um komparatistisch die Stellung Westdeutschlands auszuloten. Die Beziehungen zwischen Washington und Bonn sind der zentrale Aspekt, erhalten jedoch erst durch das Vergleichen mit der angelsächsischen „special relationship“ und dem unterkühlten Verhältnis zwischen Frankreich und den USA an Profil. Mit dem politologisch-historischen Ansatz wird erstrebt, zwischen Theorie und praxisorientiertem Vorgehen zu einem ausgewogenen Ergebnis zu gelangen. Arentz stützt sich quellenmäßig im Wesentlichen auf Bestände amerikanischer Bibliotheken. Ein Defizit in Stützles³³ Studie über Kennedy und Adenauer in der Berlin-Krise, die Sympathien des Verfassers für die Politik des US-Präsidenten erkennen lässt, stellt der aufgrund der Zeitnähe zum Geschehen bedingte eingeschränkte Quellenzugang dar. Dem lange von der Geschichtsschreibung nicht adäquat eingeschätzten Aspekt der gravierenden Spannungen unter den westlichen Verbündeten während der Jahre 1961 bis 1963 nimmt sich Münger³⁴ als zentralem Anliegen an. Er verfolgt diese Entwicklung der Präsidentschaft Kennedys angesichts der Berlin-Krise. Der deutsche Kanzler und der französische Präsident waren nicht bereit, sich widerstandslos der die Interessen ihrer Verbündeten übergehen wollenden, an Entspannung gegenüber dem Osten orientierten Supermacht unterzuordnen. Für das Auftreten von in diesem Ausmaß seit 1945 nicht gekannten Spannungen war neben dem zu emanzipatorischen Bestrebungen gegenüber der Hegemonialmacht führenden Wiederaufstieg Westeuropas auch das Gleichgewicht des Schreckens zwischen Ost und West ursächlich. Die gerade hinsichtlich Berlins offenkundig werdenden Differenzen galten auch für das Deutschland-Problem wie für die nukleare Teilhabe der Verbündeten. Münger intendiert, die nationalgeschichtliche Perspektive um eine multilaterale Sichtweise zu erweitern, und bringt dafür Dokumente verschiedener nationaler Provenienz in den Kontext. Im Rahmen dieser Arbeit ist die Rolle des östlichen Lagers eher am Rande von Bedeutung. Conze³⁵ analysiert und zeichnet die Entwicklung der Europapolitik der US-Regierung in Hinsicht auf das deutsch-französische Verhältnis seit der Regierungsübernahme de Gaulles nach. Seitens der US-Administration wurden dieser

³³ Stütze, Walther: Kennedy und Adenauer in der Berlin-Krise 1961-1962, (Schriften des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 96), Bonn 1973.

³⁴ Münger, Christof: Kennedy, die Berliner Mauer und die Kubakrise. Die westliche Allianz in der Zerreißprobe 1961-63, Paderborn 2003.

³⁵ Conze, Eckart: Die gaullistische Herausforderung. Die deutsch-französischen Beziehungen in der amerikanischen Europapolitik 1958-1963, München 1995.

Amtsantritt und eine deutsch-französische Kooperation anfänglich positiv aufgenommen; gerade während der ersten Jahre der Präsidentschaft Kennedys kollidierten jedoch Frankreich und die USA politisch vor allem hinsichtlich Westdeutschlands. Conze beschreibt das Washingtoner „Grand Design“ und vergleicht es mit dem Konzept der Zeit nach 1945. Er betrachtet sein Werk nicht als diplomatiegeschichtliche Untersuchung zum Verhältnis zwischen mehreren Staaten; Politik und Entscheidungsprozesse in Paris und Bonn erhalten daher lediglich insofern Beachtung, wie es zum Verständnis amerikanischer politischer Konzepte und ihrer Realisierung erforderlich ist. Linsel³⁶ widmet sich dem Gegenstand „Charles de Gaulle und Deutschland 1914-1969“ und erörtert dabei die wissenschaftlichen Kontroversen und Ergebnisse gerade zu den Aspekten Erbfeindschaftsgedanken, Wiedervereinigung und Kontinuität bzw. deren Mangel. Zu Linsels Leitfragen zählt, in wieweit das Deutschlandbild und die Politik des Präsidenten von grundsätzlichen oder fallbezogenen Ansichten und Absichten her geleitet waren. Waren seine Entscheidungen eher realpolitisch von den Interessen der Nation bestimmt, oder gab es doch eine nicht leicht zu erkennende langfristige Kohärenz und Kontinuität? De Gaulles Politik wird unter Beachtung der traditionellen französischen deutschlandpolitischen Vorstellungen untersucht und in den geschichtlichen Zusammenhang eingeordnet. Parallel dazu wird der Autonomie seiner Ansichten nachgespürt; letztlich ist bei ihm kein durchgängig konsequentes, sondern ein vielfältiges und janusköpfiges Deutschlandbild zu finden.

Adomeits³⁷ Arbeit dient dem Verständnis der Faktoren, von denen die Risikobereitschaft der sowjetischen Führung und ihr Verhalten in internationalen Krisen bestimmt wurden. Die zentrale Frage lautet dabei, um welcher Ziele willen und unter welchen Bedingungen die Sowjetunion bereit war, erkennbare Risiken gegenüber den USA und ihren Bundesgenossen einzugehen. Nach dem theoretischen Part werden im Hauptteil die Fallstudien zu den Berlin-Krisen von 1948 und 1961 betrieben; ihnen wird dieselbe analytische Struktur zugrundegelegt. Anhand der detaillierten Untersuchung dieser Beispiele werden Charakteristika des sowjetischen Verhaltens herausgearbeitet, was anschließende Vergleiche und Folgerungen ermöglicht. Loth³⁸ beginnt seine Darstellung mit einer Antwort auf die Kritik an seiner 1994 veröffentlichten Studie³⁹ zur sowjetischen Deutschlandpolitik. In einigen Kapiteln widmet er sich bisweilen der Auseinandersetzung mit anderen Meinungen. Sein damals hauptsächlich auf DDR-Quellenmaterial basierendes

³⁶ Linsel, Knut: Charles de Gaulle und Deutschland, (Beihefte der Francia Bd. 44), Sigmaringen 1998.

³⁷ Adomeit, Hannes: Die Sowjetmacht in internationalen Krisen und Konflikten. Verhaltensmuster, Handlungsprinzipien, Bestimmungsfaktoren, (Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 11), Baden-Baden 1983.

³⁸ Loth, Wilfried: Die Sowjetunion und die deutsche Frage. Studien zur sowjetischen Deutschlandpolitik von Stalin bis Chruschtschow, Göttingen 2007.

³⁹ Loth, Wilfried: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte, Berlin 1994.

und nun durch russische Archivbestände im Wesentlichen bestätigtes Widerspruch hervorrufendes Ergebnis war die gesamtdeutsche Anlage der stalinistischen Deutschlandpolitik. Die Entstehung der DDR sieht Loth vor allem durch die Abschottungspraxis des Westens und das Streben des die Widersprüchlichkeiten der russischen Politik zur Realisierung seines Ziels nutzenden Ulbricht bedingt. Loth hält mittlerweile für klarer erkennbar, dass Stalins gesamtdeutsche Strategie in eine umfassendere europäische Konzeption eingebettet war. Die Fehlwahrnehmungen des sowjetischen Diktators und die Taktiken Ulbrichts gewinnen schärfere Konturen. Der Verlauf der Aufgabe der gesamtdeutschen Perspektive zugunsten der Konsolidierung des ostdeutschen Staates kann nun genauer nachvollzogen werden. Das neue Werk macht deutlich, wie russisches Quellenmaterial das Bild der sowjetischen Politik genauer macht, erweitert und ändert. Im Dokumententeil werden einige für besonders relevant gehaltene übersetzte Quellen vorgestellt. Für den am Wegesrand liegenden speziellen Aspekt der Stalinschen Märznote von 1952 wird auf Graml⁴⁰ zurückgegriffen. Die von Uhl und Wagner⁴¹ gemeinsam herausgegebene Darstellung und Dokumentation widmet sich dem Mauerbau aus der Perspektive des Ostens. Dank der Eröffnung vorher unzugänglicher deutscher und russischer Archive lassen sich mittlerweile zentrale Fragen zum Gegenstand erschließen. In der hier vorgelegten Zusammenstellung finden sich zu einem erheblichen Teil bislang unbekannte Quellen. Mittlerweile lassen sich die Entscheidungsprozesse der politischen wie militärischen Führungen sicherer nachvollziehen. Aufgrund der Quellenbasis ist eine präzisere Analyse des Kalküls wie auch von Einzelheiten möglich. Von besonderem Interesse ist für Uhl und Wagner, ob die Hegemonialmacht oder der deutsche Verbündete letztlich die Entscheidung für den Mauerbau traf. Vorbereitungen, Realisierung und die Art der Beteiligung der Roten Armee sind hier relevante Themen. Das westliche Lager findet nur insofern Beachtung, wie es für das Verständnis des Geschehens für notwendig erachtet wird.

Greiners⁴² neues Werk zur Kuba-Krise basiert auf amerikanischem, russischem und kubanischem Quellenmaterial. Es stellt richtig, dass es sich bei der Lesart, die USA seien von Chruschtschow überrascht worden, Kennedy hätte mit Härte und seinen überlegenen Krisenmanagern die Welt gerettet, lediglich um Legenden handelt. Seine ältere Studie,⁴³ bei der noch mangels Quellenzugangs die Rolle der Castro-Regierung unberücksichtigt blieb, widmete sich schon der Vorgeschichte und neben den Abläufen gerade den

⁴⁰ Graml, Hermann: Die Märznote von 1952. Legende und Wirklichkeit, Melle 1988.

⁴¹ Uhl, Matthias; Wagner, Armin: Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer. Eine Dokumentation, (Schriftenreihe der Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte, Bd. 86), München 2003.

⁴² Greiner, Bernd: Die Kuba-Krise. Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, München 2010.

⁴³ Greiner, Bernd: Kuba-Krise. 13 Tage im Oktober: Analyse, Dokumente, Zeitzeugen (Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 7) Nördlingen 1988.

Diskussionen, Weichenstellungen und Rollen der Akteure. Für die Darstellung ist auch auf die Veröffentlichung von Brauburger⁴⁴ hinzuweisen. Zudem fließen die Publikationen von Kennedy,⁴⁵ Stern,⁴⁶ White⁴⁷ und Slusser⁴⁸ mit ein. Schon wegen der ziemlich begrenzten Quellenbasis ist die darstellende und sich um Analyse bemühende Arbeit von Junghanns⁴⁹ lediglich nachrangig zu nennen. Mit der Rolle der Militärs und den sicherheitspolitischen Perspektiven befasste sich im Jahr 2002 eine Tagung, deren Beiträge von Filippovych und Uhl veröffentlicht wurden. Zu den von ihnen präsentierten und hier Eingang findenden Autoren zählen der den außenpolitischen Rahmen absteckende Wettig⁵⁰ wie der sich mit der amerikanischen Seite befassende Biermann.⁵¹ Auch wer sich in diesem Zusammenhang für die Rote Armee und für die „bedingt abwehrbereit“(e) deutsche Bundeswehr interessiert, wird hier fündig.

Hinsichtlich der Außenpolitik der Bundesrepublik sind folgende Autoren vorzustellen: Lappenküper⁵² bietet eine stark komprimierte Darstellung des vielschichtigen und komplexen Themas unter der dafür notwendigen Konzentration und Beschränkung auf zentrale Vorgänge, Entwicklungen und grundlegende Entscheidungen. Der auf einen Vortrag zurückgehende Beitrag Hildebrands⁵³ wurde in einem Essay-Band veröffentlicht. Der von Schöllgen⁵⁴ vorgelegte konzentrierte Überblick behandelt den Gegenstand in einem weiteren Sinne, also unter Berücksichtigung etwa der Sicherheitspolitik wie der mit dem europäischen Integrationsprozess im Zusammenhang stehenden Außenwirtschafts- und Währungspolitik. Eingang in die Arbeit findet auch Hackes⁵⁵ Werk zum Thema.

⁴⁴ Brauburger, Stefan: Die Nervenprobe. Schauplatz Kuba: Als die Welt am Abgrund stand, Frankfurt/Main, New York, 2002.

⁴⁵ Kennedy, Robert Francis: Dreizehn Tage/Wie die Welt beinahe unterging, 2. Aufl., Darmstadt 1982.

⁴⁶ Stern, Sheldon M.: Averting The Final Failure. John F. Kennedy and the Secret Cuban missile crisis meetings, Stanford 2003.

⁴⁷ White, Mark, J.: The Cuban Missile Crisis, Houndmills, Basingstoke, Hampshire, London 1996 und: White, Mark, J.: Missiles in Cuba. Kennedy, Chruschtschow, Castro and the 1962 Crisis, 2. Aufl. Chicago 1997.

⁴⁸ Slusser, Robert M.: The Berlin Crisis of 1961. Soviet-American Relations and the Struggle for Power in the Kremlin, June-November 1961, Baltimore, London 1973.

⁴⁹ Junghanns, Heinrich: Die Kubakrise von 1962, Magisterarbeit, Hamburg 1989.

⁵⁰ Wettig, Gerhard: Der Stillstand im Ringen um Berlin: Ein Motiv Chruschtschows für die Stationierung der Raketen auf Kuba?, in: Filippovych, Dimitrij N./Uhl, Matthias: Vor dem Abgrund: Die Streitkräfte der USA und der UdSSR sowie ihrer deutschen Bündnispartner in der Kubakrise, (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte), München 2005, S. 1-10.

⁵¹ Biermann, Harald: Die Streitkräfte der USA während der Kubakrise, in: Filippovych, Dimtrij N.; Uhl, Matthias: Vor dem Abgrund. Die Streitkräfte der USA und UdSSR sowie ihre deutschen Bündnispartner in der Kubakrise, (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte), München 2005, S. 11-26.

⁵² Lappenküper, Ulrich: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, (Enzyklopädie Deutscher Geschichte Bd. 83), München 2008.

⁵³ Hildebrand, Klaus: Integration und Souveränität. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-82, Bonn 1991.

⁵⁴ Schöllgen, Gregor: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 2. Aufl. München 2001.

⁵⁵ Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen?, aktual. und erw. Neuauf., Berlin 1997.

Dieser Autor betrachtet die Außenpolitik der Bundesrepublik in der Zeit von der Gründung bis zur Erlangung der Einheit als unglaubliche Erfolgsgeschichte; die danach folgenden Herausforderungen sieht er hingegen nicht zufriedenstellend gemeistert und plädiert für ein tatkräftigeres Wahrnehmen der weltpolitischen Verantwortung. Hanrieder⁵⁶ befasst sich ebenfalls mit der Bundesrepublik und wie diese sich in die geteilte europäische Ordnung und in die transatlantische Sicherheitsgemeinschaft in der Zeit von 1949 bis 1989 einfügte. Auch sein in einer Beitragssammlung veröffentlichter Aufsatz zum Thema findet Verwendung. Pfetschs⁵⁷ Ziel besteht nicht darin, eine weitere Nachzeichnung der Ereignisgeschichte zu liefern; er intendiert, den Gegenstand theoretisch zu durchdringen, eine Interpretation zu bieten. Die hier verwendete Ausgabe unterlag Änderungen, Aktualisierungen und schreibt die außenpolitischen Interessen unter den neuen Rahmenbedingungen fort. Pfetsch stellt übrigens auch knapp die bundesrepublikanische Ausstattung an Institutionen vor. Zu nennen ist weiter die Publikation von Eisenmann.⁵⁸ Der umstrittenen Hallstein-Doktrin, der außenpolitischen Methode des westdeutschen Alleinvertretungsanspruchs, nimmt sich Booz⁵⁹ an. Er interessiert sich gerade dafür, ob die Politik mit dieser Doktrin insgesamt falsch oder doch zumindest teilweise erfolgreich war. Nach der Begriffs-Definition wird die Anwendung in verschiedenen Konzeptionen bis zur Beendigung aufgrund des Grundlagenvertrags mit der DDR im Jahr 1972 behandelt; vier Problemkreise werden dabei analysiert. Im von Schwarz herausgegebenen, unter Mitwirkung von 54 Autoren erstellten Handbuch der deutschen Außenpolitik werden die Determinanten im Binnenbereich, die auswärtigen Bezugfelder und Bezugseinheiten, die Problemkreise zusammenfassend behandelt; auch die Positionen und Außenpolitik der DDR finden Berücksichtigung. Zu nennen ist hier gerade ein von Schwarz⁶⁰ stammender Aufsatz. Besson⁶¹ liefert eine frühe Darstellung bis ins Jahr 1969. Sein Schlüsselbegriff ist die Staatsräson; diesem roten Faden folgt er, um die sukzessive Ausbildung bundesrepublikanischen Eigeninteresses zu zeigen. Ideen über die deutsche Außenpolitik interessieren hier lediglich im Zusammenhang mit ihrer Umsetzung. Das Anliegen bestand

⁵⁶ Hanrieder, Wolfram F.: Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-89, Paderborn, München, Wien, Zürich 1991.

Hanrieder, Wolfram F.: Die westdeutsche Außenpolitik von 1949-79. Möglichkeiten und Notwendigkeiten, in: Hanrieder, Wolfram F.; Rühle, Hans, (Hg.): Im Spannungsfeld der Weltpolitik. 30 Jahre deutsche Außenpolitik 1949-79, (Studien zur Politik, Bd. 6), Bonn, 1981, S. 31-63.

⁵⁷ Pfetsch, Frank R.: Die Außenpolitik der Bundesrepublik 1949-1992. Von der Spaltung zur Vereinigung, 2. erw. und verb. Aufl., München 1993.

⁵⁸ Eisenmann, Peter: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von der Westintegration zur Verständigung mit dem Osten. Ein Studienbuch in Dokumentation und Analyse, (Gegenwart und Geschichte, Bd. 7), Krefeld 1982.

⁵⁹ Booz, Rüdiger Marco: „Hallsteinzeit“. Deutsche Außenpolitik 1955-1972, Bonn 1995.

⁶⁰ Schwarz, Hans-Peter: Die Ost-West-Spannungen als Orientierungsrahmen westdeutscher Außenpolitik, in: Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Handbuch der deutschen Außenpolitik, München 1975.

⁶¹ Besson, Waldemar: Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970.

darin, einen komplexen Sachverhalt für die künftige Diskussion auf deutliche Grundlinien zu bringen. Besson konzentriert sich auf Weichenstellungen und Wendemarken, räumt das Erfordernis von Ergänzungen ein und beansprucht keine letztgültige Interpretation. Lediglich nachrangig greife ich auf den gerade zur wissenschaftlichen Vorbereitung von Lehrkräften gedachten Reader von Schneider/Uffelman⁶² zurück. Beachtung findet hier auch die spezielle Arbeit von Gersdorffs,⁶³ der eine Untersuchung der langfristigen Konzepte und taktischen Wendigkeit in der Außen- und Sicherheitspolitik des Bundeskanzlers zu Beginn der 50er Jahre in bezug auf die Entscheidung zwischen nationalen Streitkräften im NATO-Pakt und integriertem Anteil in einer europäischen Armee in der Einbettung in die Rahmenbedingungen leistet. Zu nennen ist zudem das von Morsey⁶⁴ anlässlich einer Tagung zum Thema „Vierzig Jahre Deutschlandpolitik im internationalen Kräftefeld“ gehaltene Referat über Adenauers umstrittene Deutschlandpolitik. Außerdem findet der Aufsatz von Küsters⁶⁵ zum Thema Wiedervereinigung durch Konföderation Beachtung.

Von der nach wie vor umfassendsten und herausragenden unter den Gesamtdarstellungen zur Geschichte der Bundesrepublik werden die ersten beiden unter der Ägide von Eschenburg⁶⁶ und Schwarz⁶⁷ herausgegebenen Teile verwendet. Der letztgenannte Band ist mit einem einleitenden Essay von Eschenburg versehen. Wolfrum befasst sich in „Die geglückte Demokratie“⁶⁸ mit den demokratischen Wandlungen der Bundesbürger und ihrer Demokratie. Politik und Sozialkultur beschreibt er in den wechselnden Problemkonstellationen. Dabei werden auch die Beziehungsgeflechte Kontinuitätsproblem, Subjekt- und Objekt-Status Deutschlands sowie die Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Dimensionen in der perspektivenreichen Untersuchung herausgestellt. Hinsichtlich der Leitbegriffe ist das Werk unter der integrierenden Perspektive fortgesetzte Stabilisierung – durchgreifende Pluralisierung – wachsende Internationalisierung verfasst, was auch wegen der dominierenden Dimension der Untergliederung der Chronologie

⁶² Schneider, Herbert; Uffelman, Uwe: Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Paderborn 1977.

⁶³ Gersdorff, Gero von: Adenauers Außenpolitik gegenüber den Siegermächten 1954. Westdeutsche Bewaffnung und internationale Politik, (Beiträge zur Militärgeschichte Bd. 41), München 1994.

⁶⁴ Morsey, Rudolf: Die Deutschlandpolitik Adenauers, in: Fischer, Alexander (Hg.): Vierzig Jahre Deutschlandpolitik im internationalen Kräftefeld, Berliner Kolloquium der Gesellschaft für Deutschlandforschung in Verbindung mit dem Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen 8. bis 10. November 1989, Köln 1989, S. 16-31.

⁶⁵ Küsters, Hanns-Jürgen: Wiedervereinigung durch Konföderation? in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, (Hg.): Bracher, Karl Dietrich; Schwarz, Hans-Peter; Möller, Horst, 40. Jg., München 1996, S. 107-153.

⁶⁶ Eschenburg, Theodor: Jahre der Besatzung 1945-49, (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1), Stuttgart, Wiesbaden 1983.

⁶⁷ Schwarz, Hans-Peter: Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949-57, (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2), Wiesbaden 1981.

⁶⁸ Wolfrum, Edgar: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006.

entspricht. Conze⁶⁹ vertritt die Auffassung, die Entwicklung der Bundesrepublik nicht nur aus den Bezügen zu ihrer Vorgeschichte sondern endlich auch aus sich selbst heraus zu beurteilen. Die von ihm angestellten Überlegungen und aufgeworfenen Fragen werden von der Perspektive der die Geschichte der Republik bestimmenden Suche nach Sicherheit geleitet. In den in meine Arbeit Eingang findenden Kapiteln stellt Conze detailliert die einzelnen Schritte der Adenauer-Regierung, die Motive sowie die innen- und außenpolitischen Widerstände und Schwierigkeiten dar, zu denen auch in nationalstaatlichen Kategorien verhaftetes Denken zählte. Thränhardt⁷⁰ veranlasste die Wiedervereinigung sein wenige Jahre zuvor herausgegebenes Buch auf den neuesten Stand zu bringen, ohne die Entwicklung der Bundesrepublik von ihrem Ausgang her zu deuten. Für den Zeitraum von 1945 bis 1990 bietet er eine systematische Politik-Geschichte unter Berücksichtigung ökonomischer, sozialer wie kultureller Aspekte. In vielerlei Hinsicht hält er den Musterfall einer globalen Entwicklung für gegeben. Für das Gemeinwesen war es relevant, den Zusammenhang von Kooperation und Erfolg zu erfahren. Thränhardt stellt Adenauer nicht in den Vordergrund, sondern den sukzessiven Aufstieg vom Protektorat bis hin zum Gestalten eigenständiger und selbstbewusster Politik. Die Zäsuren des Buchs werden nicht an Regierungswechseln festgemacht, sondern sind mehr von inhaltlichen Erwägungen geleitet. Es gehört zu den Anliegen des Verfassers, die zeitlichen und inhaltlichen Differenzierungen klarzustellen, die Bezüge von Politik und Gesellschaft, Innen- und Außenpolitik, Lebensgefühl und Wirklichkeit herzustellen. Zudem sollen Kontinuitäten und Brüche erkennbar gemacht werden. Entsprechend dem Anliegen der Reihe bietet Morsey⁷¹ in seiner Publikation über die ersten zwanzig Jahre der Bundesrepublik, die die Besatzungszeit mit einbezieht, neben der Darstellung auch die Vorstellung des Forschungsstands zu den wichtigsten Problemen sowie ein Quellen- und Literaturverzeichnis. Die hier Verwendung findende 3. Auflage weist gegenüber den vorigen Ausgaben einige Änderungen und Ergänzungen in allen drei Bereichen auf. In der Darstellung steht die Politik unter Einschluß des weltpolitischen Rahmens im Vordergrund; die in einem anderen Band der Reihe behandelte Entwicklung der DDR wird von Morsey hier nur gestreift. Görtemaker⁷² versteht seine Publikation als Zwischenbilanz eines bemerkenswert stabilen Gemeinwesens. Bei der Nachzeichnung der bundesrepublikanischen Geschichte lässt er – abgesehen von den Bezügen zur DDR und

⁶⁹ Conze, Eckart: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009.

⁷⁰ Thränhardt, Dietrich: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, erw. Neuausg., Frankfurt / Main 1996.

⁷¹ Morsey, Rudolf: Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 19), 3. Aufl. München 1995.

⁷² Görtemaker, Manfred: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999.

dem Zusammenbruch des ostdeutschen Staates – die dortige Entwicklung als eigenständiges Thema wegen der hier nicht zu leistenden umfangreichen Quellenarbeit außen vor. Genannt sei hier auch die Einführung zum Thema von Rupp.⁷³ Die Demoskopin Noelle-Neumann stellt übrigens in einem Aufsatz⁷⁴ die Ergebnisse ihrer Untersuchung zum Verhältnis der Bundesbürger zu ihrem Staat vor. Das anlässlich einer Tagung in Rhöndorf gehaltene Referat des Adenauer-Kenners Schwarz⁷⁵ über Berlin-Krise und Mauerbau wurde 1985 veröffentlicht; wegen der relativen Zeitnähe zum Geschehen betrachtete es der Verfasser selbst als noch vorläufig, als Zwischenbericht. Daß der Bundeskanzler in der zweiten Hälfte seiner dritten Amtszeit nicht wenige Schwierigkeiten zu bewältigen hatte, ist auch seinen von Mensing⁷⁶ in der „Rhöndorfer Ausgabe“ erschlossenen Briefen zu entnehmen. Den Editionsprinzipien der Reihe folgend handelt es sich um die originalgetreue Textwiedergabe; Relevanz und Aussagekraft sind entscheidend für die Selektion der Korrespondenz.

In Steiningers⁷⁷ drittem Band seiner Darstellung für die Jahre 1955 bis 1974, in der auch ausgewählte Dokumente vorgestellt werden, ist die deutsche Frage zentraler Aspekt. Bei aller Unterschiedlichkeit der ihre eigenen Wege gehenden Staaten ist der Autor um das Gemeinsame der Geschichten bemüht. Er befasst sich mit Bereichen der Innen- und Außenpolitik der beiden Staaten und berücksichtigt hier auch Felder wie etwa das Verhältnis zu Österreich oder die Südtirolfrage, die anderswo keine nennenswerte Aufmerksamkeit erhalten. In der hier verwendeten neuen Auflage fallen einige Dokumente zugunsten einer umfangreicheren Darstellung weg. Kleßmanns⁷⁸ Darstellung führt das von ihm stammende Werk „Die doppelte Staatsgründung“ fort. Den Zeitraum von 1955 bis 1970 wählt er wegen der politischen Zäsuren, die die Erlangung der Souveränität zu Beginn und der Machtwechsel am Ende bedeuten.⁷⁹ Es soll keine gesamtdeutsche Geschichte und auch keine einfach in die separierte Entwicklung der beiden Gemeinwesen mündende Geschichte der deutschen Frage sein, weil die Staaten sich noch als provisorisch empfanden. In der Aufbereitung des Gegenstands parallelisiert und verzahnt Klessmann in

⁷³ Rupp, Hans Karl: Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung. Eine Einführung, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1978.

⁷⁴ Noelle-Neumann, Elisabeth: Der Staatsbürger und sein Staat, in: Hammerschmidt, Helmut (Hg.): Zwanzig Jahre danach. Eine deutsche Bilanz 1945-65. Achtundreissig Beiträge deutscher Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten, München, Wien, Basel, 1965, S. 79-104.

⁷⁵ Schwarz, Hans-Peter: Berlinkrise und Mauerbau, in: Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Berlinkrise und Mauerbau, (Rhöndorfer Gespräche, Bd. 6), Bonn 1985.

⁷⁶ Mensing, Hans Peter (Bearbeiter): Adenauer. Briefe 1959-1961, Morsey, Rudolf; Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe, Paderborn, München, Wien, Zürich 2004.

⁷⁷ Steininger, Rolf, Deutsche Geschichte. (Darstellung und Dokumente in vier Bänden, Bd. 3), Frankfurt / Main 2002.

⁷⁸ Kleßmann, Christoph: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970, 1. Aufl. Göttingen 1988 sowie 2. überarb. und erw. Aufl., Bonn 1997.

⁷⁹ 1969 erfolgte der Regierungswechsel in Bonn; 1971 folgte Honecker Ulbricht. So: Kleßmann, S. 12, S. 15.

den gegebenen Grenzen, um Bezüge wie Unterschiede erkennbar zu machen. Der Teil zur DDR fällt aber doch knapper aus. Im von Weidenfeld und Zimmermann herausgegebenen Deutschland-Handbuch wird die Zeit von 1949 bis 1989 mit den politisch-kulturellen Resultaten der unterschiedlichen Gemeinwesen von einer Reihe von Autoren mit Aufmerksamkeit bedacht. Jeweils weitgehend parallel wird das gleiche Thema für Ost und West informativ wie problemorientiert behandelt. Geschichte, Gesellschaft unter besonderer Beachtung der Kirchen, das ökonomische System und soziale Sicherheit werden in den Kapiteln präsentiert. Weitere Themen sind Kultur, die politische Ordnung, das Verhältnis der Staaten untereinander sowie die Außenbeziehungen. Aus diesem Werk stammt der Aufsatz von Link⁸⁰ über die Außenpolitik und internationale Einordnung der Bundesrepublik. Birke⁸¹ verfolgt das Anliegen eine gesamte Darstellung bis zum einschneidenden Ereignis des Mauerbaus zu bieten; bei ihm findet der ostdeutsche Staat doch weniger Beachtung als die Bundesrepublik. Borowsky⁸² widmet sich dem Gegenstand bis ins Jahr 1969 ebenfalls unter doch stärkerer Berücksichtigung der westdeutschen Entwicklung. Außerdem ist hier noch die Publikation von Bender⁸³ zu nennen. Aus dem siebten Band des von Schieder herausgegebenen Handbuchs der Europäischen Geschichte „Europa im Zeitalter der Weltmächte“ wird ein Beitrag Borns⁸⁴ verwendet, der sich mit Deutschland vom Ende der Monarchie bis zur Teilung befasst. Daten, Zusammenhänge und Entwicklungen deutscher Geschichte und Politik seit 1945 zu vermitteln ist das Anliegen der von Lehmann⁸⁵ vorgelegten Chronik. Das systematisch nach inhaltlichen Bezügen gegliederte Werk bietet einen vergleichenden Überblick, der die Entwicklung der unterschiedlichen Gemeinwesen separat und zugleich integriert präsentiert, wobei die Bundesrepublik doch etwas mehr Aufmerksamkeit erhält. Lehmann behandelt nicht nur die traditionellen politikwissenschaftlichen Aspekte, sondern auch Wirtschafts-, Sozial-, Arbeits-, Entwicklungs- und Umweltpolitik, peripher auch Familien- und Bildungspolitik. Fuhr⁸⁶ betrachtet seine Chronik eher als Orientierung zur persönlichen Erinnerung als ein Nachschlagewerk im eigentlichen Sinn, wenn dieser Zweck auch erfüllt wird.

⁸⁰ Link, Werner: Die Außenpolitik und internationale Einordnung der Bundesrepublik Deutschland, in: Weidenfeld, Werner; Zimmermann, Hartmut (Hg.): Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-89, München, Wien 1989, S. 571-588.

⁸¹ Birke, Adolf M.: Nation ohne Haus. Deutschland 1945-1961, Berlin 1989.

⁸² Borowsky, Peter: Deutschland 1945-1969, Hannover 1993.

⁸³ Bender, Peter: Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland, 2. Aufl., München 1996.

⁸⁴ Born, Karl Erich: Deutschland vom Ende der Monarchie bis zur Teilung, in: Schieder, Theodor (Hg.): Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 7, 1. Teilbd: Europa im Zeitalter der Weltmächte, Stuttgart 1979.

⁸⁵ Lehmann, Hans Georg: Deutschland-Chronik 1945-2000, Bonn 2000.

⁸⁶ Fuhr, Eckhard (unter Mitarbeit von Kuhn, Nicola; Ronnger, Hans-Ulrich; Weimer, Wolfram): Geschichte der Deutschen 1949-1990. Eine Chronik zu Politik, Wirtschaft und Kultur, Frankfurt/Main 1990.

Für die umfassende Darstellung der Geschichte des ostdeutschen Staats verwendet Schroeder⁸⁷ einen Teil der vor der Wende erbrachten Resultate der DDR-Forschung und relevante der später erschienenen Untersuchungen. Neben der Darlegung der politisch-historischen Entwicklung werden von ihm auch die Determinanten und gesellschaftliche Strukturen behandelt. Weber⁸⁸ bietet für das als Episode der deutschen Geschichte erachtete Thema entsprechend dem Anliegen der Reihe neben dem darstellenden Teil eine Besprechung des Forschungsstands wie eine Literaturübersicht. Bei den Autoren ist auch Glaeßner⁸⁹ zu nennen. Roeslers⁹⁰ Arbeit bezieht sich auf die unmittelbaren Wanderungsprozesse, die Versuche zur Steuerung und die Behandlung der Hauptmotive der Migration. Er wendet sich gegen gerade im Westen der Republik verinnerlichte Auffassungen über Richtung und Motiv der deutsch-deutschen Wanderung. Roesler setzt sich hier insbesondere mit den für die beiden größten Einseitigkeiten der herrschenden Vorstellungen gehaltenen Aussagen auseinander, zu denen er die Reduzierung der Abwanderung aus der DDR auf das politische Motiv und die fehlende Wahrnehmung der Zuwanderung von West nach Ost zählt. Als Hintergrund für die Untersuchung der Berichterstattung der „Welt“ über die DDR bietet sich zudem Heidemeyers⁹¹ politikwissenschaftliche Arbeit über Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR an. Er behandelt Umfang, Struktur, Gründe und Auswirkungen der Wanderungsbewegung. Heidemeyers Hauptaugenmerk liegt aber eigentlich auf den Geschehnissen innerhalb der politischen Gremien der Bundesrepublik, in denen die Weichen zur Lösung dieses Problems gestellt wurden. Der Aufstand vom 17. Juni 1953 traumatisierte die DDR-Führung und beeinflusste maßgeblich die später zum Ruin führende Politik. Von Steininger⁹² stammt eine mit Dokumentenanhang versehene Publikation über die unvollendete Revolution mit ihrer Langzeitwirkung. Die detaillierte Darstellung Knabes⁹³ ist ein Beitrag zur Freilegung der Geschichte des Volksaufstands. Seine Ursachen und die Hintergründe für die Niederschlagung werden beleuchtet; auch die anschließende Verfolgungswelle wird analysiert. Wolfrum gelingt mit „Die Mauer“⁹⁴ ein perspektivenreicher, viele Fragen beantwortender Blick auf diesen Gegenstand. Seine

⁸⁷ Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990, München 1998.

⁸⁸ Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990, (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 20), 3. überarb. und erw. Aufl., München 2000.

⁸⁹ Glaeßner, Gert-Joachim: Demokratie und Politik in Deutschland, Opladen 1999.

⁹⁰ Roesler, Jörg: „Rübermachen“. Politische Zwänge, ökonomisches Kalkül und verwandtschaftliche Bindungen als häufigste Motive der deutsch-deutschen Wanderungen zwischen 1953 und 1961, Hefte zur DDR-Geschichte Bd. 85, Berlin 2004.

⁹¹ Heidemeyer, Helge: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/1949-1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer, Düsseldorf 1994.

⁹² Steininger, Rolf: 17. Juni 1953. Der Anfang vom langen Ende der DDR, München 2003, S. 11 f.

⁹³ Knabe, Hubertus: 17. Juni 1953. Ein deutscher Aufstand, München 2003.

⁹⁴ Wolfrum, Edgar: Die Mauer, Geschichte einer Teilung, München 2009.

anschaulich geschriebene Darstellung beginnt mit der Realisierung der organisatorischen Meisterleistung, berücksichtigt unterschiedliche Phasen und Aspekte einschließlich des Verbleibs der Mauerbrocken nach dem Untergang des Kommunismus. Für meine Arbeit sind gerade die ersten fünf Kapitel⁹⁵ relevant; eigenartigerweise stellt Wolfrum die Vorgeschichte erst nach dem schockierenden Ereignis vor.

Hinsichtlich ökonomischer Aspekte finden einige Publikationen Verwendung. Steiner⁹⁶ wendet sich mit der von ihm herausgegebenen Vortragsammlung gegen eine Geringschätzung der Bedeutung der DDR-Wirtschaftsgeschichte. Die Beiträge des Bandes beleuchten einzelne Sachkomplexe sowohl von der Weite der Wirtschaftsgeschichte insgesamt als auch vom Blickpunkt der DDR-Wirtschaftsgeschichte aus, um so die Wechselbeziehungen zwischen beiden auf dem jeweiligen Gebiet zu bestimmen. Gerade für die östliche Seite folge ich Roeslers⁹⁷ Werk zur deutsch-deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte von 1945 bis 1990. Es handelt sich um einen Beitrag zur Schließung der Lücke in der vergleichenden Betrachtung der Thematik. Ohne Vorbehalt findet die Entwicklung in beiden Staaten die gleiche Beachtung. Er arbeitet neben den Unterschieden gerade die bestehenden Gemeinsamkeiten, wechselseitigen Bezüge und gegenseitigen Bezugnahmen heraus. Die von North⁹⁸ herausgegebene Darstellung komprimiert auf dem aktuellen Forschungsstand die deutsche Wirtschaftsentwicklung des letzten Jahrtausends und verbindet die jüngste Vergangenheit mit den langfristigen Entwicklungen zwischen Mittelalter und Neuzeit. Seine Autoren setzen ihre spezifischen Schwerpunkte. Es fällt auf, dass Harm Schröter⁹⁹ der DDR im Zeitraum von 1949 bis 1990 im Vergleich zur Bundesrepublik doch nur sehr wenig an Aufmerksamkeit widmet. Abelshäuser¹⁰⁰ vertritt einen theoriegeleiteten problemorientierten Ansatz und berücksichtigt besonders die präntale Phase der westdeutschen Wirtschaftsgeschichte. Er verzichtet bei seiner aktualisierten und um einige Kapitel erweiterten Neuauflage auf eine additive Behandlung der DDR. Von Prollius¹⁰¹ behandelt die bundesdeutsche Wirtschaftsgeschichte unter ordnungspolitischer Perspektive. Es ist sein Anliegen, Theorie anhand der Entwicklung und Ereignisse mit dem Bezug auf Ordnungskonzepte darzulegen. Zudem fließt der knappe

⁹⁵ 1. Schock: Mauerbau 13. August 1961, 2. Vorgeschichte: Der Weg zum Mauerbau, 3. Erleichterung: Der Westen und der Mauerbau, 4. Eingemauert: Die Mauer als Beruhigungsfaktor, 5. Menschenjagd: geglückte und missglückte Fluchten.

⁹⁶ Steiner, André: Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte?, Berlin 2006.

⁹⁷ Roesler, Jörg: Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990. Eine Analyse auf gleicher Augenhöhe, Leipzig 2006.

⁹⁸ North, Michael: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick, 2. völlig überarb. und aktual. Aufl., München 2005.

⁹⁹ Schröter, Harm G.: Von der Teilung zur Wiedervereinigung (1945-2004), in: North, S. 356-426.

¹⁰⁰ Abelshäuser, Werner: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München 2004.

¹⁰¹ Prollius, Michael von: Deutsche Wirtschaftsgeschichte nach 1945, Göttingen 2006.

Aufsatz von Hardach¹⁰² zur Wirtschaftsentwicklung der fünfziger Jahre mit ein. Für den Außenhandels-Aspekt findet der Aufsatz Willenborgs¹⁰³ Verwendung. In der ereignisgeschichtlich orientierten Darstellung und Dokumentation, deren Bestandteil er ist und in der der Herausgeber Weber sich im Wesentlichen mit den außenpolitischen Weichenstellungen befasst, widmet sich übrigens noch ein weiterer Beitrag Willenborgs dem ökonomischen Aufstieg Westdeutschlands.

Für die Skizzierung der Situation der umstrittenen Stadt ist auf die gängige Berlin-spezifische Literatur zu verweisen. Dazu zählen die üblichen Überblicks-Darstellungen wie die oft verwendete von Bethge,¹⁰⁴ der in seinem Abriß den Bezug zur Politik als maßgeblichen Aspekt erachtet. Zu nennen ist hier ebenfalls Ribbes¹⁰⁵ Beitrag zur Geschichte Berlins zwischen Ost und West nach 1945, der Bestandteil einer umfassenden Publikation ist. Vogel¹⁰⁶ schreibt über die Entwicklung des Gemeinwesens von ihrem bescheidensten Beginn an und beachtet im Interesse der Verständlichkeit für ein breites Publikum Forschungsfragen und Details nicht näher. Der in der Heimatchronik publizierte Beitrag von Lampe¹⁰⁷ und ein Aufsatz Eschenburgs¹⁰⁸ zum Thema fließen ebenfalls mit in die Arbeit ein. Bei der umfassenden Darstellung Herzfelds¹⁰⁹ zur Rolle in der Weltpolitik von 1945 bis 1970 sind wegen der zeitlichen Nähe zum Geschehen Mängel in der Quellenlage zu berücksichtigen. Die Studie von Fijalkowski und seinen Mitstreitern widmet sich für die frühe Nachkriegszeit den Berliner Parteien und Gewerkschaften, der rechtlichen Problematik der Lage der Stadt zwischen den noch provisorischen Teilstaaten und der Integration des Westteils in die bundesdeutsche Rechtsordnung. Zudem werden die Schwierigkeiten der wirtschaftlichen und sozialen Verflechtung mit dem Westen thematisiert. Für mein Anliegen ist gerade der die Positionen und Argumente aufzeigende Aufsatz über die Rechtsprobleme aufgrund der Stellung zwischen den beiden Staaten erhellend.¹¹⁰ Der politischen und rechtlichen Entwicklung der Stadt von 1944 bis 1972

¹⁰² Hardach, Gerd: Die Wirtschaftsentwicklung der fünfziger Jahre. Restauration und Wirtschaftswunder, in: Bänisch, Dieter (Hg.): Die fünfziger Jahre. Beiträge zu Politik und Kultur, Tübingen 1985, S. 49-60.

¹⁰³ Willenborg, Karl-Heinz: Deutschlands Rückkehr auf den Weltmarkt. Außenhandel in einer neuen Weltwirtschaft 1949-55, in: Weber, Jürgen (Hg.): Aufbau und Neuorientierung. Die Geschichte der Bundesrepublik 1950-55, Landsberg am Lech 1998, S. 305-327.

¹⁰⁴ Bethge, Wolfgang: Berlins Geschichte im Überblick, Berlin 1987.

¹⁰⁵ Ribbe, Wolfgang: Berlin zwischen Ost und West. 1945 bis zur Gegenwart, in: Ribbe, Wolfgang (Hg.): Geschichte Berlins, Bd. 2, Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart, München 1987, S. 1027-1124.

¹⁰⁶ Vogel, Werner: Führer durch die Geschichte Berlins, 3. überarb. und erg. Aufl., Berlin 1985.

¹⁰⁷ Lampe, Albrecht: Berlin – Hauptstadt im geteilten Deutschland 1945-62, (Heimatchroniken der Städte und Kreise des Bundesgebietes, Bd. 25), Köln 1962, S. 473-550.

¹⁰⁸ Eschenburg, Theodor: Das isolierte Berlin, in: Rothfels, Hans (Hg.): Berlin in Vergangenheit und Gegenwart. Tübinger Vorträge, (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, Nr. 14), Tübingen 1961, S. 140-158.

¹⁰⁹ Herzfeld, Hans: Berlin in der Weltpolitik 1945-70, Berlin, New York 1973.

¹¹⁰ Fijalkowski, Jürgen; Hauck, Peter; Holst, Axel; Kemper, Gerd-Heinrich; Mintzel Alf: Berlin – Hauptstadtanspruch und Westintegration, (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 20), Köln, Opladen 1967, S. 104-117.

widmet sich Mahnckes¹¹¹ Studie. Hier werden auch die divergierenden Meinungen über die Rechtslage vorgestellt; in eigenen Kapiteln werden die östlichen wie die westlichen Interessen behandelt. Zu den thematisierten Aspekten gehören die Sicherheit und die ökonomische Situation des Westteils, Fördermaßnahmen und die psychologische Lage der Einwohner. Wetzlaugs¹¹² Anliegen ist es, einen Beitrag für ein am konkreten Gegenstand orientiertes Gesamtporträt des alliierten Systems in Berlin zu leisten. Er liefert eine umfassende Arbeit zum Verständnis der Zusammenhänge und Wirkungen über die Entstehung, Entwicklung und Bedingungen der alliierten Präsenz in der Stadt. Dabei geht Wetzlaug unter anderem auch auf die östlichen Belastungsproben, Notfallpläne und die Handhabung der alliierten Rechte ein. Gelegentlich greife ich auch auf den Beitrag von Lansing Dulles¹¹³ zurück. Speiers¹¹⁴ während der zweiten Berlin-Krise entstandene Studie leidet unter dem entsprechenden Manko des mangelnden Quellenzugangs. Sie weist gegenüber der früher und unter anderem Titel veröffentlichten Ausgabe viele Änderungen auf und schreibt die Entwicklung fort, so dass nun der Zeitraum bis Mitte August 1961 Berücksichtigung findet. Das in Californien geschriebene und von Schlüter ins deutsche übersetzte Werk basiert im Wesentlichen auf dem Studium der Ereignisse wie der Krisen-Diplomatie. Die von Rexin¹¹⁵ zusammengestellte Chronik und Dokumentation, die als Informationsmaterial des Berliner Senats herausgegeben wurde, entstand ebenfalls unter dem Einfluß der Auseinandersetzung und widmet sich der Phase vom 13. August 1961 bis zum Ende des Jahres 1962. Auch Schulz¹¹⁶ schrieb zu einem Zeitpunkt, als der Ausgang des Geschehens noch offen war; er versteht sein Werk als literarischen Beitrag über den Freiheitskampf der Bevölkerung. Shells¹¹⁷ noch unter dem Eindruck der Ereignisse verfaßte Einzelfallstudie mit dem das Ergebnis bezeichnenden Titel „Bedrohung und Bewährung“ thematisiert die sich aus der Entwicklung ergebenden inneren Schwierigkeiten für Führung und Bevölkerung. Seine Folgerungen basieren auf umfangreichen Befragungen und statistischen Erhebungen. Für die Darstellung des politischen Geschehens greift er über längere Strecken weitgehend auf die Auswertung von Zeitungsartikeln zurück. Später zieht Wettig¹¹⁸ dann zehn Jahre nach dem Abschluß des

¹¹¹ Mahncke, Dieter: Berlin im geteilten Deutschland, (Schriften des Forschungsinstitutes der deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik, Bd. 34), München, Wien 1973.

¹¹² Wetzlaug, Udo: Die Alliierten in Berlin, (Politologische Studien, Bd. 33), Berlin 1988.

¹¹³ Lansing Dulles, Eleanor: Berlin und die Amerikaner, Köln 1967. Bei der Verfasserin handelt es sich um die Schwester des US-Außenministers John Foster Dulles.

¹¹⁴ Speier, Hans: Die Bedrohung Berlins. Eine Analyse der Berlin-Krise von 1958 bis heute, Köln, Berlin 1961.

¹¹⁵ Rexin, Manfred: Die Folgen des 13. August 1961. Chronik und Dokumente zur Berlin-Krise August 1961-Dezember 1962, Berlin 1963.

¹¹⁶ Schulz, Klaus-Peter: Berlin zwischen Freiheit und Diktatur, Berlin 1962.

¹¹⁷ Shell, Kurt Leo.: Bedrohung und Bewährung. Führung und Bevölkerung in der Berlin-Krise (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 19); Köln und Opladen 1965.

¹¹⁸ Wettig, Gerhard: Das Vier-Mächte-Abkommen in der Bewährungsprobe. Berlin im Spannungsfeld

Vier-Mächte-Abkommens über Berlin von 1971 Bilanz; er befasst sich eingehend mit dieser Vereinbarung und ihrer Realisierung. Sein Interesse gilt gerade dem Status der Stadt in beiden Teilen, der Abwicklung des Transitverkehrs und der Thematik der Bindungen an den Westen. Zum Verständnis des Abkommens von 1971 werden die mit dem Vier-Mächte-Status von 1944/45 beginnenden Voraussetzungen und die Entwicklung mit den Auseinandersetzungen seit 1948 einbezogen. Zu nennen ist auch die von Heilmeyer/Hindrichs¹¹⁹ zusammengestellte Dokumentation zur Lage der Stadt im weltpolitischen Zusammenhang sowie Schnurres¹²⁰ zeitnahes Mauer-Opus.

Der prominente Verleger Axel Springer¹²¹ und sein Konzern wurden seitens der Literatur doch mit einem hinreichenden Maß an Aufmerksamkeit bedacht. Zur Vorstellung der Anfänge und Entwicklung der „Welt“ bieten sich die Werke des Pressehistorikers Fischer als Einstieg an. Für das von ihm im Jahr 1966 veröffentlichte kurze Porträt¹²² erhielt er durch die Bereitstellung von Material und das Erteilen von Auskünften Unterstützung durch das Haus. In diesem Werk wird zudem ein Dutzend weiterer bedeutender Zeitungen vorgestellt. Für die Zeit der bis in den Mai 1950 reichenden britischen Zensur steht zudem Fischers¹²³ Studie über die „Welt“ zur Verfügung. Zu den zentralen Fragen gehört, ob und gegebenenfalls wie weitgehend das Blatt gegenüber dem Eigner über publizistische Libertät verfügte, Courage zeigte und wie es um das öffentliche Profil stand. Die viele Aspekte berücksichtigende Publikation leidet unter dem Manko der Nichtzugänglichkeit relevanter britischer Archivbestände und dem Verlust von in Hamburg gelagerten Quellen aufgrund Wasserschadens. Fischer versteht seine Arbeit lediglich als ersten darstellenden und analysierenden Ansatz; am wesentliche Konstellationen eruierenden Harenberg übt er Kritik und weist auf Schwächen hin. Harenberg¹²⁴ widmet sein Werk der Fragestellung, ob die „Welt“ eine deutsche oder eine britische Zeitung war, ohne allerdings zu einem eindeutigen Ergebnis zu gelangen. Informativ sind die auf das Themenfeld des publizistischen Neubeginns in Hamburg nach 1945 und gerade auf das hier untersuchte Organ zugeschnittenen Magisterarbeiten von Gossel,¹²⁵ Brand¹²⁶ und Sonntag.¹²⁷ Für die

zwischen Ost und West, (Politologische Studien, Bd. 22), Berlin 1981.

¹¹⁹ Heilmeyer, Wolfgang; Hindrichs, Günter: Dokumente zur Berlin-Frage 1944-62, (Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Dokumente und Berichte, Bd.18), 2. durchges. und erw. Aufl. München 1962.

¹²⁰ Schnurre, Wolfdietrich: Die Mauer des 13. August, Berlin 1962.

¹²¹ Springer, Axel Caesar (*2.5.1912, gest. 22.9.1985) übernahm das väterliche Unternehmen und schuf nach 1945 den größten deutschen Zeitungsverlag. Bestandteil des Medienkonzerns, zu dem der Ullstein-Verlag gehört, sind Druckereien sowie später auch Beteiligungen an Radio- und Fernsehsendern.

¹²² Fischer, Heinz-Dietrich: Die großen Zeitungen. Porträts der Weltpresse, München 1966.

¹²³ Fischer, Heinz-Dietrich: Reeducations- und Pressepolitik unter britischem Besatzungsstatus. Die Zonenzeitung „Die Welt“ 1946-50. Konzeption, Artikulation und Rezeption, Düsseldorf 1978.

¹²⁴ Harenberg, Karl-Heinz: „Die Welt“ 1946–53. Eine deutsche oder eine britische Zeitung?, Hamburg 1976.

¹²⁵ Gossel, Daniel: Die Hamburger Presse nach dem Zweiten Weltkrieg. Neuanfang unter britischer

Frühphase der Nachkriegspresse und damit auch für die Anfänge der „Welt“ ist zudem auf Koszyks¹²⁸ Werk zu verweisen. Das unterschiedliche Maß an Beachtung, das den vier Besatzungszonen hier widerfährt, ist auch dem Quellenzugang geschuldet, der für die sowjetische Zone restriktiv war. Koszyk liegt daran, die wesentlichen Aspekte der Entwicklung des neuen Mediensystems zu beleuchten; er nimmt nicht für sich in Anspruch eine letztgültige Abhandlung geleistet zu haben. Boll, Schulze und Süssmuth sind offenbar allen von ihnen vorgestellten Zeitungen überaus gewogen.¹²⁹ Auch ein späterer der „Welt“ doch eher freundlich gesonnener Beitrag von Harenberg steht zur Verfügung.¹³⁰ Hier fasst er sich sehr knapp und bezieht sich zwar nicht vorwiegend auf den hier relevanten Zeitraum von 1958 bis 1963, sondern auf die Jahre danach. Doch auch Harenberg notiert, dass zahlreiche Journalisten Anfang der 60er Jahre das Haus verließen. Wenn er auch die besondere verlegerische Aufmerksamkeit an der „Welt“ wahrnimmt, hält er es doch für irrig, dass ein Unternehmer mit einem Imperium dieser Größe täglich und detailliert Einfluß auf die Redaktion nehmen konnte. Bei der Beschreibung der Maßregelung des Chefredakteurs Zehrer hinsichtlich der einzuhaltenden Linie durch den Verleger greift er auf Demant zurück.¹³¹ Dieser¹³² untersucht die Rolle Zehrsers als politischer Publizist; nach der umfangreichen Beschäftigung mit dem vorigen Werdegang und Wirken widmet er sich dem hier relevanten Verhältnis von Zehrer und Springer vom Kennenlernen auf Sylt 1941 über die Zeit Zehrsers als Mentor bis zur späteren gemeinsamen Tätigkeit und der Gestaltung der „Welt“. Dabei geht Demant auch auf die Differenzen zwischen beiden ein.¹³³ Der relativ neue Beitrag von Sothens über den politischen Publizisten Zehrer bringt für sein Wirken bei der „Welt“ und in seinem Verhältnis zu Springer nichts Neues zu Tage.¹³⁴ Als früherer redaktioneller „Welt“-Mitarbeiter verfügt Gert von Paczensky über Insiderwissen. Er thematisiert die Entwicklung des Blatts seit der Übernahme durch Springer und sieht es gleichgeschaltet. Doch hat von Paczensky über weite Strecken die zweite Hälfte der 60er Jahre im Blick mit den publizistischen Angriffen gegen Grass und

Besatzungsherrschaft 1945-49, Magisterarbeit, Hamburg 1990.

¹²⁶ Brand, Leonie: Die britische Deutschlandpolitik in der Berichterstattung und Kommentierung der Tageszeitung „Die Welt“ 1946-48, Magisterarbeit, Hamburg 2000.

¹²⁷ Sonntag, Christian: Unter britischer Informationskontrolle. Entnazifizierung und personelle Kontinuität bei der Tageszeitung „Die Welt“ 1946-53, Magisterarbeit, Hamburg 2001.

¹²⁸ Koszyk, Kurt: Pressepolitik für Deutsche 1945-49. Geschichte der deutschen Presse Teil IV. (Abhandlungen und Materialien zur Publizistik, Bd. 10), Berlin 1986.

¹²⁹ Boll, Bernhard; Schulze, Volker; Süssmuth, Hans (Hg.): Zeitungsland Nordrhein-Westfalen. Geschichte-Profil-Struktur, Bonn 1993.

¹³⁰ Harenberg, Karl Heinz: Aus Bonn für „Deutschland“. Die „Welt“, in: Thomas, Michael Wolf (Hg.): Porträts der deutschen Presse. Politik und Profit, Berlin 1980, S. 109-126.

¹³¹ Harenberg: Aus Bonn für Deutschland, S. 114 ff.

¹³² Demant, Ebbo: Von Schleicher zu Springer. Hans Zehrer. Als politischer Publizist, Mainz 1971.

¹³³ Demant, S. 201 ff.

¹³⁴ Sothen, Hans B. von: Hans Zehrer als politischer Publizist nach 1945, in: Kroll, Frank-Lothar (Hg.): Die kupierte Alternative. Konservatismus in Deutschland nach 1945, (Studien und Texte zur Erforschung des Konservatismus, Bd. 6), Berlin 2005, S. 125-180.

die Berliner Studenten. Er lässt sich vor diesem Hintergrund von einer ausgesprochenen Aversion gegen den Verlag leiten und gleitet bisweilen in die Abrechnung mit Kollegen ab, die noch für das Haus arbeiteten.¹³⁵ Selbstverständlich ist Müllers¹³⁶ grundlegendes Werk zu nennen. Dieses wurde 1964 begonnen, 1968 veröffentlicht und entstand aus der Beschäftigung mit der Apparatisierung der Öffentlichkeit und der Rolle der Journalisten in ihr. Dabei bestand die Frage, wie öffentliche Meinung sich noch in ausreichender Vielfalt und Freiheit bilden konnte, wenn nur wenige über diese Apparate verfügten. Müllers Studie stellt vor, wie der Konzern entstand, strukturiert war und über welchen Einfluss er verfügte. Sie ist in der Tendenz ausgesprochen kritisch und bestimmte lange die Sicht auf Verlag und Unternehmer.¹³⁷ In einem eigenen Kapitel befasst sich der Autor mit Springers politischen Ambitionen und beschreibt distanziert dessen Vorstellungen, Qualitäten und Fähigkeiten, aber auch die Defizite. Er widmet sich zudem der „Welt“ bereits seit ihrer Gründung. Gerade der in der Mitte der 60er Jahre in das Verlagshaus eintretende Willi Schlamm und seine Mitstreiter, die bei ihrer publizistischen Bekämpfung der Linken und Intellektuellen offenbar reichhaltig ergänzendes Material lieferten, an dem sich trefflich reiben lässt, sind Müllers Aufmerksamkeit sicher. Die Literatur der ausgehenden 60er und der 70er Jahre, in denen sich das Verlagshaus in öffentlicher Kritik befand, stammt weit überwiegend von politisch links stehenden Autoren. Bei allem informativen Gehalt zeichnen sich die Publikationen doch nicht selten durch Einseitigkeit und Polemik aus.¹³⁸ Brokmeier¹³⁹ gab eine Aufsatzsammlung für das Anfang des Jahres 1968 vom Republikanischen Club e.V. Berlin in West-Berlin vorgesehene „Öffentliche Hearing über den Springer-Konzern“ heraus. Dabei wird das provisorische und unvollständige des Unterfangens eingeräumt. Das grundlegende Anliegen besteht für die Autoren darin, auf die durch den Medienkonzern befürchtete Gefährdung der freien Meinungsbildung aufmerksam zu machen. Brückner¹⁴⁰ verfaßte den Aufsatz: „Springerpresse und

¹³⁵ Paczensky, Gert von: Zeuge im publizistischen Prozess um Axel Springers Pressemacht, Frankfurter Hefte, 22. Jg. 1967, S. 733-740.

¹³⁶ Müller, Hans Dieter: Der Springer Konzern. Eine kritische Studie, München 1968.

¹³⁷ So auch: Kruip, S. 10 und S. 40.

¹³⁸ Kruip, S. 10, S. 39 f.

¹³⁹ Brokmeier, Peter (Hg.): Kapitalismus und Pressefreiheit. Am Beispiel Springer, Frankfurt/Main 1969. Brokmeier (*2.3.1935) entstammt einer sozialdemokratisch engagierten Familie und schloß sich als Jugendlicher nach dem Krieg den Troztkisten an. Er studierte Germanistik, Soziologie sowie Politologie und trat in den Sozialistischen Deutschen Studentenbund ein. Brokmeier arbeitete dann als Lehrbeauftragter an der TU Hannover. Nach Promotion und Habilitation lehrte er in Hannover bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2000. Seine besondere Aufmerksamkeit gilt der politischen Theorie und der Ideengeschichte.

¹⁴⁰ Brückner, Peter: Springerpresse und Volksverhetzung, in: Kritische Justiz 1./2. Jg. 1968/69 S. 339-354. Brückner (*13.5.1922, gest. 11.4.1982) war Sohn einer englischen Jüdin und engagierte sich als Jugendlicher mit Kommunisten für Kriegsgefangene und Deserteure. Er studierte Psychologie, promovierte und gründete ein Marktforschungsinstitut in Heidelberg. Anfang der 60er Jahre kam er in Kontakt mit dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund. 1967 erhielt Brückner den Lehrstuhl für Psychologie in Hannover; wegen seines großen Engagements für die Studentenbewegung wurde er zu einem der popu-

Volksverhetzung“. Im Jahr 1968 erschien zudem die von Jansen und Klönne¹⁴¹ herausgegebene Aufsatzsammlung. Dem Selbstverständnis nach handelt es sich um analytische Beiträge zum „herrschenden Pressekonzern(s) in der Bundesrepublik und zugleich als Beiträge zur Diskussion des Verhältnisses von ökonomischer Macht und inhaltlich verstandener Demokratie“. Die Verfasser geben das provisorische ihres Projekts zu. Ihr Anliegen ist es gerade, den Kontext zwischen Gesellschaft und Medien-Unternehmen zu erhellen. Küchenhoff¹⁴² und seine Mitstreiter hielten es für geboten, den seit der scharfen Polemik gegen die Protestbewegung der ausgehenden 60er Jahre wie auch im Kontext mit der medialen Aufbereitung sozialer Konflikte erhobenen Vorwürfen übler publizistischer Praktiken gerade gegenüber der „Bild“-Zeitung nachzugehen. Es geht dabei auch um die Grenzen der Pressefreiheit. Die bis dahin eher cursorisch begründeten Vorwürfe werden von diesen Autoren zum Gegenstand einer zusammenhängenden wissenschaftlichen Untersuchung gemacht. Das Projekt wurde übrigens durch die Metall-Gewerkschaft unterstützt, die sich unter dem Eindruck der Erregung über das Dutschke-Attentat zu diesem Schritt entschloß. Der erste Band der Veröffentlichung bietet eine Darstellung, im zweiten als Beleg dienenden Teil wird die chronologische Wiedergabe der Medienberichte geliefert. Die Untersuchung dient dem empirischen Nachweis, dass in bestimmten Fällen der Berichterstattung über Arbeitskämpfe, Gewerkschaftspolitik, Mieten und Sozialpolitik die demokratischen Grenzen der Pressefreiheit durch Nachrichtenverfälschung, Nachrichtenunterdrückung, emotionale Aufreizung, Konfliktleugnung und Konfliktverschleierung überschritten wurden. Adomatis¹⁴³ trägt dann in einer Broschüre Mitte der 70er Jahre Beispiele uniformer

lärsten linken Professoren überhaupt. Wiederholt erfolgte eine Suspendierung vom Dienst; auch wegen des Vorwurfs der Unterstützung der RAF. 1981 wurde die Disziplinarmaßnahme aufgehoben; nur wenig später starb er. Brückner widmete sich der Existenzialontologie, der kritischen Theorie der Frankfurter Schule und der Psychoanalyse.

¹⁴¹ Jansen, Bernd; Klönne, Arno (Hg.): Imperium Springer. Macht und Manipulation, Köln 1968.

Klönne (*4.5.1931) studierte Geschichte, Soziologie und Politikwissenschaft. Nach Promotion und verschiedenen wissenschaftlichen Tätigkeiten erhielt er den Ruf zur Professur in Paderborn. Klönne engagierte sich zudem politisch; in den 60er Jahren zählte er zu den Sprechern der Ostermarschbewegung, gab die Zeitschrift „Ossietzky“ mit heraus. Nach langer Mitgliedschaft in der SPD trat Klönne 2004 aus der Partei aus. Er ist nunmehr in der „Demokratischen Initiative Paderborn“ sowie im „Linken Forum“ aktiv. Von ihm stammt eine Reihe von Veröffentlichungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, zu Jugend im „Dritten Reich“, Sozialkunde, Massenmedien, Gesellschaft und Politik, zum bürgerlichen Staat der Gegenwart und zu Rechtsextremismus.

¹⁴² Küchenhoff, Erich; Keppler, Gabriele; Goebbel, N.; Schriewer, Bernd: Bild-Verfälschungen. Analyse der Berichterstattung der Bild-Zeitung über Arbeitskämpfe, Gewerkschaftspolitik, Mieten, Sozialpolitik, Teil 1: Analyse, Frankfurt/Main 1972.

Küchenhoff, Erich (*30.6.1922, gest. 23.5.2008) studierte in Münster Jura. Danach erfolgten Promotion, Habilitation und die Tätigkeit als Professor für Öffentliches Recht und Politische Wissenschaft an der Universität Münster. 1962 trat Küchenhoff in die SPD ein und engagierte sich für diese in verschiedenen Gremien und Institutionen der Stadt. Von 1973-75 gehörte er dem Landtag von Nordrhein-Westfalen an. Zudem war Küchenhoff auch außerparlamentarisch als Pazifist und Bürgerrechtlicher unter anderem in der Friedensbewegung, der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen und in der Gustav-Heinemann-Initiative aktiv. Sein Lebensmotto war „ziviler Ungehorsam“.

¹⁴³ Adomatis, Hans-Joachim: Von Berlin aus gesehen: Die Springer-Partei, Wuppertal 1975.

Tendenzberichterstattung, Parteilichkeit und Manipulation durch Berliner Springer-Blätter zusammen. Zoll¹⁴⁴ gibt unter dem Titel „Manipulation der Meinungsbildung“ eine Sammlung von Beiträgen verschiedener Autoren zu unterschiedlichen Themen und Aspekten heraus; dabei geht es lediglich ziemlich nachrangig um Produkte und Methoden des Springer-Konzerns. Knipping¹⁴⁵ hat zwar nicht gerade vor Leidenschaft roten Schaum vor dem Mund, befasst sich aber konsequent aus SED-Perspektive mit Massenkommunikation und Monopolen in der Bundesrepublik. Sein Interesse gilt hier etwa Themen wie staatsmonopolistischer Formierung, geistiger Manipulation, Gleichschaltung mit anderen Mitteln, dem Wolfsgesetz der kapitalistischen Konkurrenz, Volksverführung und der Rolle des Journalisten. Wenn er auch in bezug auf das Angebot, die technische Ausstattung der Massenmedien einen führenden Platz dieses Landes für gegeben hält, entspricht dies seiner Auffassung aber nicht so sehr dem Entwicklungsstand, sondern ist vor allem „Ausdruck und Ergebnis des restaurativen und aggressiven Charakters des westdeutschen Imperialismus“.¹⁴⁶ Lenz¹⁴⁷ befasst sich in einem Aufsatz mit den Methoden der Nachrichtenmanipulation des Konzerns; er schreibt aber mit dem Blick auf die zweite Hälfte der 60er Jahre. Arens¹⁴⁸ leistet einen Beitrag zum Verständnis der Rolle manipulativer publizistischer Prozesse und ihrer subtilen Verankerung in systembedingten sozialen Mechanismen. Seine Textbeispiele wählt er mit wenigen Ausnahmen aus Springer-Blättern. Ein zentrales Problem des Themas ist, dass sämtliche manipulativen publizistischen Mittel mit der selektiven menschlichen Wahrnehmung operieren. Demnach werden bestehenden Überzeugungen entgegenstehende Kommunikationen nicht akzeptiert und nur jene Mitteilungen angenommen, die bereits existente Ansichten oder Kenntnisse bestätigen. Seit Ende der 70er Jahre sinkt das Interesse am Medienkonzern merklich. Es erscheinen dann vergleichende Untersuchungen

¹⁴⁴ Zoll, Ralf: Manipulation der Meinungsbildung. Zum Problem hergestellter Öffentlichkeit, 4. Aufl. Opladen 1976. Zoll (*1939) studierte Soziologie, Psychologie, Ökonomie und Politikwissenschaft. Nach der Promotion war er in der Markt- und Motivforschung sowie als Assistent an der Frankfurter Universität tätig. Zoll leitete 1969-83 verschiedene Forschungsinstitute und wurde 1973 vom Bundespräsidenten zum Professor und Direktor ernannt. In den Jahren 1983-2004 hatte er einen Lehrstuhl für Soziologie in Marburg inne. Er engagierte sich zudem besonders in der Friedens- und Konfliktforschung. Zoll veröffentlichte eine Reihe von Büchern in teilweise auch international vergleichendem Kontext zu öffentlicher Verwaltung, politischer Bildung, Massenkommunikation, Militär und Gesellschaft.

¹⁴⁵ Knipping, Franz: Monopole und Massenmedien, Ost-Berlin 1969. Knipping (*19.6.1931) studierte Publizistik in Leipzig, widmete seine Dissertation wie seine Habilitation Konzentrationsprozessen bzw. staatsmonopolistischer Steuerung in westdeutschen Print-Massenmedien. In den Jahren 1965-67 war er Dekan der Fakultät in Leipzig. Danach war er für das „Neue(s) Deutschland“ tätig. Knipping war zudem 1972-1978 Mitglied des Präsidiums der UNESCO-Kommission der DDR. Er veröffentlichte mehrere Bücher zu den Themen Pressemonopole, Konzentrationsprozess, Springer-Verlag sowie gewerkschaftliche Pressearbeit.

¹⁴⁶ Knipping, S. 18.

¹⁴⁷ Lenz, Reimar: Die Welt als Wille und Vorstellung, in: Jansen, Bernd; Klönne, Arno (Hg.): Imperium Springer. Macht und Manipulation, Köln 1968, S. 114-135.

¹⁴⁸ Arens, Karlpeter: Manipulation. Kommunikationspsychologische Untersuchung mit Beispielen aus Zeitungen des Springer-Konzerns, 2. Aufl. Berlin 1973.

zur „Welt“ mit Blick auf die Behandlung der nationalen Thematik von Hallwirth¹⁴⁹ und Kiefer.¹⁵⁰ Kiefer¹⁵¹ geht in seiner ideengeschichtlichen Studie der Frage nach, wie in den Anfangsjahren der Republik in acht Qualitätszeitungen bzw. Zeitschriften über Aspekte des nationalen Selbstverständnisses gedacht wurde und welchen Weg zur Wiedervereinigung man sich vorstellte. Er verfolgt einen geisteswissenschaftlichen Ansatz mit hermeneutisch-interpretierenden Methoden. Auf der Basis der kompletten Sichtung der meinungsrelevanten Texte erfolgt für die Darstellung eine Auswahl, in der die für das jeweilige Blatt typischen Positionen markant artikuliert wurden. Als Beitrag zu nennen ist hier auch der Aufsatz von Brumm¹⁵² zu „Bild“. Später erschien dann Gudrun Kruips Werk, dessen Anliegen es ist, für die 50er und 60er Jahre das die Basis für die Arbeit des Medienkonzerns darstellende Weltbild im Kontext der bundesrepublikanischen Ideengeschichte zu erforschen. Ihre ideengeschichtliche Untersuchung verfolgt die von den Zeitungen und Zeitschriften des Konzerns vorgetragene Standpunkte auf ihre Entstehung zurück. Kruip geht dabei von der Existenz einer verbindlichen politisch-ideellen Leitlinie für sämtliche Publikationen aus und sieht daher davon ab, einzelne Organe zu differenzieren. Sie stützt ihre Arbeit auf die Auswertung umfangreicher Aktenbestände vor allem des Verlagshauses. Kruip äußert sich widersprüchlich hinsichtlich der Durcharbeitung der Zeitungen. Einerseits spricht sie davon, systematisch die wichtigsten Publikationen durchgesehen zu haben, um die anhand der Akten ermittelte Position gezielt zu überprüfen. Andererseits räumt sie selbst ein, diese nicht vollständig untersucht zu haben und die – von ihr tatsächlich nur recht wenig beachteten – Zeitungen lediglich dafür dienlich zu halten, ihre Erkenntnisse zu vertiefen und zu verifizieren, weil darin nur die Linie des Hauses formuliert, aber kein gestaltender Beitrag in der Entstehung geleistet wurde. Kruip liegt allerdings falsch, wenn sie die „Welt“ uneingeschränkt als reines Zuschussunternehmen bezeichnet. Sie meint, im Renommierblatt sei das Weltbild des Konzerns schon deswegen stark ausgeprägt vertreten, zitiert allerdings nur selten „Welt“-Beiträge. Die hinsichtlich der Ideologie bestehenden Vermittlungsziele des Verlags sieht Kruip in der bestehenden Literatur schon treffend skizziert, aber nicht ausgelotet und geht von einer national-deutschen Einstellung aus.¹⁵³

¹⁴⁹ Hallwirth, Uta: Auf der Suche nach einer neuen Identität? Zum nationalen Selbstverständnis in der westdeutschen Presse 1945-1955, Frankfurt/Main 1987.

¹⁵⁰ So: Kruip, S. 41 f.

¹⁵¹ Kiefer, Markus: Auf der Suche nach nationaler Identität und Wegen zur deutschen Einheit. Die deutsche Frage in der überregionalen Tages- und Wochenpresse der Bundesrepublik 1949-1955, Frankfurt/Main, Berlin, Bern, New York, Paris, Wien 1992.

¹⁵² Brumm, Dieter: Sprachrohr der Volksseele? Die „Bild“-Zeitung, in: Thomas, Michael Wolf (Hg.): Porträts der deutschen Presse. Politik und Profit, Berlin 1980, S. 127-143.

¹⁵³ Kruip, Gudrun: Das „Welt“-„Bild“ des Axel Springer Verlags. Journalismus zwischen westlichen Werten und deutschen Denktraditionen, München 1999, S. 10 f, 36 f, 43 ff. und 128.

Schließlich seien auch die Niederschriften Springers genannt.¹⁵⁴ Der Tod des Verlegers 1985 und das Erreichen der Einheit sorgten dann für die Veröffentlichung von Biographien, die zunächst von früheren Springer-Journalisten verfasst wurden.¹⁵⁵ Naeher¹⁵⁶ schreibt sachlich und liefert viele wissenswerte Informationen. Dabei widmet er sich der Entwicklung des Unternehmens ungefähr im gleichen Maße wie dem Leben des Verlegers. Das Manko dieser Arbeit besteht in der fehlenden kritischen Distanz zum Gegenstand.¹⁵⁷ Naeher thematisiert die „Welt“ übrigens nur für die Übernahme durch Springer und dann für die zweite Hälfte der 60er Jahre. Auf die Publikationen Müllers und Naeher greift Lohmeyer¹⁵⁸ zurück.¹⁵⁹ Er nennt die letztgenannte übrigens eine „eindimensionale Jubel-Biographie“.¹⁶⁰ Lohmeyer will keinen trockenen Wirtschafts-Report liefern und sieht sich nicht als Denkmalpfleger. Er behandelt auch private Seiten des Verlegers, wobei er gern herabsetzend wirkende Details wie beispielsweise die überzogene Eitelkeit ausbreitet. Springers Engagement für die Einheit nennt Lohmeyer treffend einen Kreuzzug und widmet diesem ein eigenes Kapitel. Dabei vermittelt er das Bild der radikalen Einseitigkeit des verlegerischen Vorgehens. Er thematisiert die Intoleranz gegenüber anderen Meinungen und die Differenzen mit dem redaktionellen Team der „Welt“. Dabei greift er auch auf Demant zurück. Die Entwicklung der „Welt“ bleibt aber ansonsten ausgeklammert.¹⁶¹ Jürgs¹⁶² verbindet in seinem Buch die Lebensbeschreibung mit der Entwicklung des Konzerns und arbeitet dabei auch mit der Befragung zahlreicher Zeitzeugen.¹⁶³ Er steht Springer mit kritischer Distanz gegenüber, kommt aber nicht umhin, dessen Gaben und Fähigkeiten als Verleger große Achtung zu zollen. Bei der Darstellung des verlegerischen Engagements für die Einheit und der Skizzierung seiner Vorstellungen bezieht Jürgs sich überwiegend erst auf die Zeit der ausgehenden 60er Jahre und danach. Jürgs behandelt die Lenkung der Blätter ziemlich knapp und nur allgemein; er spricht von vorausweisendem Gehorsam der hochbezahlten Knechte und direkten Anweisungen von Springers Büroleiter.¹⁶⁴ Jacobi, der Springer seit den 50er Jahren kannte und zu Beginn der 70er Jahre in den Verlag eintrat, ist der Renommierzeitung

¹⁵⁴ Springer, Axel: An meine Kinder und Kindeskinde. Auszüge aus einer Niederschrift, Privatdruck, Berlin 1981. Kruip weist darauf hin, dass diese „Autobiographie“ von Paul Carell, dem früheren Sprecher des NS-Außenministers von Ribbentrop, verfasst wurde und den Verleger zum Genie und Menschenfreund stilisierte. So: Kruip, S. 37.

Springer, Axel: Aus Sorge um Deutschland. Zeugnisse eines engagierten Berliners, Stuttgart 1980.

¹⁵⁵ Kruip, S. 42.

¹⁵⁶ Naeher, Gerhard: Axel Springer. Mensch, Macht, Mythos, Erlangen, Bonn, Wien 1991.

¹⁵⁷ So auch Kruip, S. 42.

¹⁵⁸ Lohmeyer, Henno: Springer. Ein deutsches Imperium. Geschichte und Geschichten. Berlin 1992.

¹⁵⁹ Darauf weist bereits Kruip hin; sie sieht hier überdies eine Menge an Fehlern. Kruip, S. 42.

¹⁶⁰ Lohmeyer, S. 12.

¹⁶¹ Lohmeyer, S. 245 ff.

¹⁶² Jürgs, Michael: Der Fall Axel Springer. Eine deutsche Biographie. München, Leipzig 1995.

¹⁶³ So bereits Kruip, S. 42.

¹⁶⁴ Jürgs: Der Fall Axel Springer: S. 232 f.

entsprechend verbunden und dem Verleger gegenüber sehr wohlwollend. Er verfasste „Der Verleger Axel Springer. Eine Biographie aus der Nähe“,¹⁶⁵ in der sich bis auf einen vereinzelt Hinweis auf die Abmachung Springers mit den Chefredakteuren seiner Blätter, das Flucht-Thema mit den besten Mitteln aufzubereiten, praktisch nichts zur Lenkung der „Welt“ findet.¹⁶⁶ In einer hauseigenen Jubiläumspublikation stellt Jacobi in einer Auswahl von „Anregungen“ Springers an Zehrer es so dar, als ob die Einflussnahme des Verlegers harmlos und unpolitisch war.¹⁶⁷ Er legt knapp dar, dass einem liberalen Flügel in der Redaktion die Richtung nicht passte, weshalb über ein Dutzend Journalisten im Lauf der nächsten Jahre das Haus verließ, um dorthin zu gehen, „wo mancher die Morgenluft des Zeitgeistes witterte“.¹⁶⁸ Weiter findet sich von diesem Autoren ein würdiger Aufsatz in einem Buch mit tragendem Titel.¹⁶⁹ Zudem veröffentlichte Jacobi seine „private Zeitgeschichte“.¹⁷⁰ Die neueste Biographie zu dieser widersprüchlichen Persönlichkeit ist die sicher fundierteste. Sie stammt von Schwarz und verfügt über den Vorzug des exklusiven Zugriffs des Verfassers auf das Springersche Privatarchiv. Der Autor bleibt auf kritischer Distanz zu seinem Gegenstand und schildert kenntnisreich und detailliert den Kauf der „Welt“ mit dem Segen Adenauers. Er thematisiert auch die politische Rolle des Verlegers und sein Berlin-Engagement. Für die Behandlung der Berlin-Krise durch das Haus greift Schwarz allerdings im Wesentlichen nur auf die „Bild“-Zeitung zurück. Hinsichtlich der Differenzen zwischen Verleger, Chefredakteur und der Redaktion über den Kurs der „Welt“ trägt auch er größtenteils nur zusammen, was bereits hinlänglich bekannt ist.¹⁷¹ Backhaus bereichert die Informationslage übrigens um ein Psychogramm Springers.¹⁷² Mit der vom eigenen Haus initiierten Vorstellung einer facettenreichen Sammlung von Beiträgen einer Reihe von Autoren sollen neue Blicke auf den Verleger ermöglicht werden. Der posthume Umgang mit ihm ist hier dementsprechend freundlich. Dazu zählt ein versöhnlicher und das Gemeinsame betonender Aufsatz Bahrs.¹⁷³ Für das Engagement Springers im Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ wird auf die Unterlagen des Firmenarchivs zurückgegriffen wie auf die Arbeit von Meyer.¹⁷⁴

¹⁶⁵ Jacobi, Claus: Der Verleger Axel Springer. Eine Biographie aus der Nähe, München 2005.

¹⁶⁶ Jacobi: Der Verleger Axel Springer, S. 177.

¹⁶⁷ Jacobi, Claus: 50 Jahre Axel Springer Verlag 1946-1996, Berlin, Hamburg 1996, S. 121.

¹⁶⁸ Jacobi: 50 Jahre Axel Springer Verlag, S. 125 f.

¹⁶⁹ Jacobi: Axel Springer 1912-1985, in Gall, Lothar (Hg.): Die großen Deutschen unserer Epoche, Frankfurt/Main, Berlin 1995.

¹⁷⁰ Jacobi: Fremde, Freunde, Feinde. Eine private Zeitgeschichte, 2. Aufl., Berlin, Frankfurt/Main 1991.

¹⁷¹ Schwarz, Hans-Peter: Axel Springer. Die Biographie, 2. Aufl., Berlin 2008.

¹⁷² Backhaus, Wilhelm: „Ich kann Milliarden machen“. Ein Psychogramm, in: „Der Spiegel“ 1.1.1968 Nr. 1, 22. Jg., S. 24-36.

¹⁷³ Bahr, Egon: Der verlässliche und schwierige Patriot, in: Döpfner, Mathias (Hg.): Axel Springer. Neue Blicke auf den Verleger. Eine Edition aktueller Autorenbeiträge und eigener Texte, Berlin 2005, S. 43-51.

¹⁷⁴ Meyer, Christoph: Die deutschlandpolitische Doppelstrategie. Wilhelm Wolfgang Schütz und das Kuratorium Unteilbares Deutschland (1954-1972), Köln 1997.

Bei diesem Autor ist immerhin ein wenig zur Kooperation zwischen dem Verlag und der Institution zu finden; er behandelt auch in eigenen Kapiteln die Aktivitäten in der Berlin-Krise sowie zum 17. Juni. Meyer lässt übrigens an der hier ebenfalls Eingang findenden – für die Fragestellung jedoch wenig ergiebigen – politikwissenschaftlichen Untersuchung von Kreuz¹⁷⁵ bis auf die für befriedigend erachtete Analyse der Strukturen der Organisation kaum ein gutes Haar.¹⁷⁶ Kreuz widmet sich in seiner Studie auch der politischen Relevanz gerade für die Zeitspanne von 1954 bis 1966/67. Programmatische Schwerpunkte im Zusammenhang mit der deutschlandpolitischen Entwicklung, Aktivitäten, Perzeption und Resonanz werden behandelt; es ist auch das Bemühen um eine Einordnung in das bundesdeutsche System zu finden. Kreuz räumt ein, für die letztgenannten Aspekte lediglich eine Basis vermitteln zu wollen.

Zum interessanten zeitweilig bei der „Welt“ tätigen Solisten Sebastian Haffner fließt die Biographie von Soukup¹⁷⁷ mit ein; er befasst sich allerdings nur ziemlich knapp mit dessen Tätigkeit für das Blatt. Beck¹⁷⁸ ist bestrebt die Wandlungen, widersprüchlichen Positionen dieses bedeutenden Publizisten in der deutschen Frage zu erklären. Er verfolgt das Anliegen der Herausarbeitung von Haffners Grundgedanken und hierbei den Nachweis der überdauernden Maßstäbe, mittels derer dieser Zeit seines journalistischen Wirkens das politisch Wünschenswerte ermittelte sowie tatsächliche und potentielle politische Leistungen beurteilt. Beck befasst sich auch mit Haffners Haltung gegenüber Chruschtschow in den Jahren von 1958 bis 1962. Schmied¹⁷⁹ widmet sich ebenfalls dieser ungewöhnlichen Persönlichkeit und ihrem facettenreichen Werk. Er nimmt für sich in Anspruch – anders als die bereits genannten Autoren – sich nicht nur im Wesentlichen auf das publizistische Schaffen zu stützen, sondern auch umfassend den Nachlaß zu verwenden und dabei Einblick in die sonst gesperrten Tagebücher zu nehmen. Schmied liegt daran, die Motive für das Agieren Haffners herauszufinden; daher werden seine Meinungen und Interpretationen in der jeweiligen Situation, den Rahmenbedingungen erarbeitet. Auf diesem Weg soll erhellt werden, ob er opportunistisch handelte, absichtlich provozierte oder es sich um einen autonomen Beobachter handelte. Weiter widmet sich der Verfasser den Meinungsschwenkungen wie den Kontinuitäten in Haffners Denken.

Für den vom Medien-Konzern ungnädig behandelten deutschen Botschafter Hans Kroll greife ich auch auf seine einige Jahre nach dem Geschehen nicht emotionslos verfassten

¹⁷⁵ Kreuz, Leo: Das Kuratorium Unteilbares Deutschland. Aufbau, Programmatik, Wirkung. Opladen 1980.

¹⁷⁶ Meyer, S. 8.

¹⁷⁷ Soukup, Uwe: Ich bin nun mal Deutscher. Sebastian Haffner. Eine Biographie, Berlin 2001.

¹⁷⁸ Beck, Ralf: Der traurige Patriot. Sebastian Haffner und die Deutsche Frage, Berlin, Brandenburg 2005.

¹⁷⁹ Schmied, Jürgen Peter: Sebastian Haffner. Eine Biographie, München 2010.

Memoiren zurück.¹⁸⁰ Der Verlauf seiner Moskauer Amtsführung und der von Zeitungen mit großer Aufmerksamkeit bedachte Kontakt zu Chruschtschow bewogen Kroll zu dieser Niederschrift. Er legt dabei Wert darauf festzustellen, keine offiziellen Unterlagen zu verwenden, sondern sich auf sein Gedächtnis, Notizen und Korrespondenz zu stützen.

In meine Arbeit fließt auch eine 1958 im Auftrag der Leser- und Marktforschung des Verlags angestellte marktanalytische Untersuchung zur „Welt“ ein.¹⁸¹ Diese widmet sich neben einigen redaktionellen Fragen auch Vertriebsangelegenheiten, der Konkurrenz und wartet mit statistischem Material über die Leserschaft auf. Als zweiter Teil schließt sich eine als Problem-Heranzuführung gedachte psychologische Leitstudie an.¹⁸² Deren Ergebnisse sollten dienlich sein, eine gutachtliche Stellungnahme zur Situation der „Welt“ abzugeben; aus ihr sollte abgeleitet werden, ob bzw. gegebenenfalls welche Maßnahmen zu treffen waren zur Verbesserung der Position gegenüber den Mitbewerbern.¹⁸³ Dazu wurden 142 Befragungen in einer Anzahl deutscher Städte durchgeführt, was als breit und tief genug angelegt zur Erfassung der grundlegenden Einstellungen und Motivationen erachtet wurde. Dabei wurde aber eingeräumt, dass es nicht möglich war, echte potentielle Leser in ausreichender Zahl zu erfassen. Das Gutachten enthält in komprimierter, idealtypischer Form die Aussage der Befragten bzw. deren Interpretation, was für verallgemeinerungsfähig gehalten wurde. Der im Vergleich zum ersten Teil kompliziertere Stoff behandelt die Beziehung zwischen Zeitung und Leserschaft, Persönlichkeitsbefunde von Lesertypen und deren Einstellung zu den Renommierblättern bzw. ihre Vorstellung von diesen.

Hinsichtlich des Umgangs mit dem Medium Zeitung findet folgende Literatur Beachtung: Für einen Einstieg bietet sich etwa Maaßen¹⁸⁴ an, der sich in einem schmalen Band mit der Bedeutung seriöser meinungsbildender Presse befaßt. Hier werden Basis-Informationen zu Zeitungen in der Bundesrepublik geliefert; es ist dem Verfasser zudem ein Anliegen, ein Gefühl für die Problematik in diesem Bereich und Beurteilungs-Kriterien dafür zu vermitteln. Sehr knapp behandelt Maaßen die geschichtliche Entwicklung, die Rahmenbedingungen, Typologie und Struktur der Blätter. Er stellt zudem das Innenleben einer Zeitung, Strukturprobleme und das Verhältnis zum Leser vor; relativ viel Aufmerksamkeit widmet er den Porträts relevanter Blätter. Aus einer von Pross

¹⁸⁰ Kroll, Hans: Lebenserinnerungen eines Botschafters, Köln, Berlin 1967. Die Publikation erfolgte in seinem Todesjahr.

¹⁸¹ Unternehmensarchiv: F 31/6958, Zur Marktsituation der Zeitung DIE WELT, I. Marktanalytische Daten (durchgeführt im Herbst 1958), Verlagshaus Axel Springer, Abt. Leser- und Marktforschung.

¹⁸² Unternehmensarchiv: F31/6957, Zur Marktsituation der Zeitung DIE WELT (Herbst 1958), Teil II, Psychologisches Gutachten, Verlagshaus Axel Springer, Abt. Leser- und Marktforschung.

¹⁸³ Die als primäre Konkurrenz betrachtete „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ wie die „Süddeutsche Zeitung“ wurden in die Analyse mit einbezogen.

¹⁸⁴ Maaßen, Ludwig: Die Zeitung. Daten – Deutungen – Porträts. Presse in der Bundesrepublik Deutschland, Heidelberg 1986.

publizierten Sammlung von Beiträgen zu unterschiedlichen Aspekten von zwanzig Jahren Nachkriegsentwicklung der westdeutschen Presse findet der Aufsatz Gillesens¹⁸⁵ über die Tageszeitung Eingang in die Arbeit. Zu nennen ist ebenfalls der in einer die Zeit von 1945 bis 1965 bilanzierenden Veröffentlichung erscheinende Aufsatz „Wunder, Segen und Fluch der deutschen Presse“ von Habe.¹⁸⁶ Schildt¹⁸⁷ verfasste zudem einen knappen Aufsatz über die Massenmedien im Umbruch der 50er Jahre. Ein auf einer Tagung der Deutschen Studiengesellschaft für Publizistik gehaltenes und in einem Berichtsband veröffentlichtes Referat Arndts¹⁸⁸ über die Rolle von Massenmedien in der Demokratie findet ebenfalls Berücksichtigung. Aus einem Sammelband zum Thema Öffentliche Meinung fließt der Aufsatz von Zetterberg:¹⁸⁹ „Medien, Ideologie und die Schweigespirale“ mit ein. Mit Massenmedien im politischen System der Bundesrepublik beschäftigen sich von La Roche und Maaßen.¹⁹⁰ Sie stellen in ihrem knappen Überblick unter anderem die journalistische Arbeitspraxis, die Presse in ihrer Struktur vor, wobei die „Welt“ äußerst knapp behandelt wird. Zudem werden auch andere Aspekte wie etwa das Verhältnis von Massenmedien und Publikum in Hinsicht auf Wirkung und Nutzung sowie Medienpolitik angerissen. Zentraler Aspekt des von Meyn¹⁹¹ in einer aktualisierten Ausgabe vorgelegten Werks ist die Frage nach der Erfüllung der den Massenmedien im politischen System der Bunderepublik obliegenden Funktionen. Meyn thematisiert unter anderem auch Aspekte wie die Rechtsstellung der Medien, Entwicklung und Struktur der Presse, das Konkurrenzverhältnis innerhalb der Medien, die Rolle der Journalisten sowie Medienwirkungen. Ausführungen über die Pressefreiheit, die Aufgabe der Presse und einzelne Aspekte wie das Selbstverständnis von Verlegern und ihrer Stellung gegenüber der Redaktion sind Richters¹⁹² Veröffentlichung zu entnehmen. Er geht anhand vor allem der Untersuchung des publizistischen Organs des Bundesverbands deutscher Zeitungsverleger der Frage der amtlichen Kommunikationspolitik dieser Vereinigung

¹⁸⁵ Gillesen, Günther: Die Tageszeitung, in: Pross, Harry (Hg.): Deutsche Presse seit 1945, Bern, München, Wien 1965, S. 119-134.

¹⁸⁶ Habe, Hans: Wunder, Segen und Fluch der deutschen Presse, in: Hammerschmidt, Helmut (Hg.): Zwanzig Jahre danach. Eine deutsche Bilanz 1945-1965. Achtundreissig Beiträge Deutscher Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten, München, Wien, Basel 1965, S. 338-359.

¹⁸⁷ Schildt, Axel: Massenmedien im Umbruch der fünfziger Jahre, in: Wilke, Jürgen: Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1999, S. 633-648.

¹⁸⁸ Arndt, Adolf: Die Rolle der Massenmedien in der Demokratie, in: Löffler, Martin: Die Rolle der Massenmedien in der Demokratie, München und Berlin 1966, S. 1-21.

¹⁸⁹ Zetterberg, Hans L.: Medien, Ideologie und die Schweigespirale, in: Wilke, Jürgen (Hg.): Öffentliche Meinung – Theorie, Methoden, Befunde, Freiburg, München 1992, S. 51-76.

¹⁹⁰ La Roche, Walther von; Maaßen, Ludwig: Massenmedien. Fakten – Formen – Funktionen in der Bundesrepublik Deutschland, Heidelberg 1983.

¹⁹¹ Meyn, Hermann: Massenmedien in Deutschland, Neuauflage, Konstanz 2004.

¹⁹² Richter, Rolf: Kommunikationsfreiheit = Verlegerfreiheit? Zur Kommunikationspolitik der Zeitungsverleger in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1969, Pullach 1973.

nach. Eine Einführung in Medienanalyse und Medienkritik bietet Schulte.¹⁹³ Vorzustellen ist auch die offenbar nicht ganz ohne Stolz der Autoren gegenüber der Erstauflage von 1969 unverändert nachgedruckte Publikation zur Kritik der deutschen Presse von Glotz/Langenbacher.¹⁹⁴ Diese sehen die damals geäußerten Vorwürfe gegenüber dem Journalismus das geringe Niveau, die Anpassung an die Kommunikationsbedürfnisse des Publikums geißeln. Das Werk der Autoren basiert auf einer Kritik dieser Kritik. Zu den Thesen zählt, dass bei einer Analyse des Selbstverständnisses der kulturvermittelnden Intelligenz sich verbreitet auch pseudodemokratische, bürgerlich-liberal-elitäre Elemente finden würden. Die Verweigerungshaltung der Massen gegenüber den kulturellen bürgerlichen Leitbildern empörte diese Journalisten und Verleger. Das damals für Diskussionen sorgende Buch gilt – wenn auch das Material mittlerweile historisch geworden und manches überholt ist – doch in Methodik, kritischen Fragen und Thesen als zeitlos. Etwa die Publizistenideologie Medien als Führungsmittel zu gebrauchen sei nicht ausgestorben.

Fischers¹⁹⁵ Handbuch der politischen Presse intendiert Leitfaden durch fünfhundert Jahre Geschichte der politischen Presse in Deutschland zu sein. Es geht Fischer um eine auf zentrale Fragen und Befunde konzentrierte sektorale Darstellung ausschließlich der Tendenzpresse. Der Verfasser räumt selbst Schwachstellen der Studie ein; dazu zählen vergrößernde Kürzungen und der Mut zur Lücke. Das entsprechend dem dynamischen Verlauf des Geschehens bereits zum fünften Mal in Überarbeitung neu aufgelegte Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation¹⁹⁶ führt grundlegend ein und ist verlässlich als Nachschlagewerk. Die Herausgeber Noelle-Neumann, Schulz, Wilke und weitere Verfasser zeichnen in medienkundlichen, aktuelle wie geschichtliche Verhältnisse darstellenden, sowie in analytischen, an Theorie und Empirie ausgerichteten Artikeln den Forschungs- und Methodenstand nach. Das Standardwerk ist so angelegt, dass der Gegenstand in umfassenden auch komplexen Zusammenhängen gerecht werdenden Beiträgen präsentiert wird. Es ist aus Sicht der empirischen Kommunikationswissenschaft verfaßt; dementsprechend werden deren Theorien, Methoden und Resultate schwerpunktmäßig vertreten. Die Grundbegriffe der Kommunikationswissenschaft, ihre wichtigsten Forschungsgebiete, die interdisziplinäre Ausrichtung des Fachs und dabei

¹⁹³ Schulte, Herbert: Medienanalyse und Medienkritik. Eine Einführung für Lehrende und Lernende, (Reihe Medien und Bildung, Bd. 1), Münster, Hamburg, 1992.

¹⁹⁴ Glotz, Peter; Langenbacher, Wolfgang R.: Der missachtete Leser. Zur Kritik der deutschen Presse, Nachdruck, München 1993.

¹⁹⁵ Fischer, Heinz-Dietrich: Handbuch der politischen Presse in Deutschland 1480-1980. Synopse rechtlicher, struktureller und wirtschaftlicher Grundlagen der Tendenzpublizistik im Kommunikationsfeld, Düsseldorf 1981.

¹⁹⁶ Es wird in verschiedenen – jeweils mehr oder weniger umfangreichen Überarbeitungen unterliegenden – Aufl. verwendet: Noelle-Neumann, Elisabeth; Schulz, Winfried; Wilke, Jürgen (Hg.): (Das) Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation, Frankfurt/Main 2009, 2002, 1994 und 1989.

psychologische wie soziologische Aspekte und empirische Forschungstechniken werden von Pürer¹⁹⁷ im Grundriss dargestellt. Pürer liegt daran, diese Wissenschaft als Disziplin auszuweisen, die sich mit anderen Sozialwissenschaften in den Kanon der Gesellschaftswissenschaften einreicht. Im Rahmen des von Langenbucher zusammengestellten Readers über das von mehreren Disziplinen beachtete Forschungsgebiet Politik und Kommunikation widmen sich Nissen und Menningen¹⁹⁸ dem Einfluss der Gatekeeper auf die Themenstruktur in der Öffentlichkeit. Wegen der schmalen empirischen Basis ihrer Studie erscheint eine einfache Verallgemeinerung nicht unbedingt ratsam, doch erscheinen die Resultate im Zusammenhang dieses Readers plausibel. Pfetsch interessiert sich dafür, wie Thematisierungsprozesse verlaufen, welche Merkmale und Akteure einem politischen Thema zur Karriere verhelfen.¹⁹⁹ Wie Wirklichkeit in Nachrichtenmedien konstruiert wird, erarbeitet Schulz²⁰⁰ in seinem von der Bundesregierung angeforderten Gutachten über die Berichterstattung. Dieses befasst sich unter anderem mit den Auswahlkriterien und der theoretischen Neuorientierung. Schulz stellt dann seine Methodik, den Ereignishintergrund und die Struktur der Berichterstattung vor. Sein Interesse gilt weiter den Definitionen der Realität, der Wertordnung von Nachrichten sowie dem Vergleich von Agentur und Medien. Bei der Thematisierung des Verhältnisses von Massenmedien und Realität sind die Nachrichtenwerttheorie und damit die Nachrichtenfaktoren von Bedeutung. Die den Anregungen des Pioniers Winfried Schulz verpflichtete Loosen²⁰¹ geht der Fragestellung nach, ob die Nachrichtenwerttheorie auch für die Berichterstattung über Sport für das Medium Tageszeitung gilt. Eine Ergänzung zur Thematik stellt Wilkes²⁰² Studie dar. Diese intendiert die Traditionen der empirischen und der historischen Publizistikwissenschaft zu verbinden anhand der Untersuchung von Nachrichtenwerten und Medienrealität im historischen Wandel. Gemeint sind damit die Kriterien, nach denen Journalisten ihre Nachrichtenselektion treffen und das sich daraus ergebende Wirklichkeitsbild in den Massenmedien. Ein anlässlich eines Symposiums erschienener Band vermittelt Einblick in die Fortschritte der Publizistikwissenschaft des Impulse gebenden Instituts der Universität Mainz. Diese

¹⁹⁷ Pürer, Heinz: Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Ein Handbuch, Konstanz 2003.

¹⁹⁸ Nissen, Peter; Menningen, Walter: Der Einfluss der Gatekeeper auf die Themenstruktur der Öffentlichkeit, in: Langenbucher, Wolfgang R. (Hg.): Politik und Kommunikation. Über die öffentliche Meinungsbildung, München, Zürich 1979, S. 211-232.

¹⁹⁹ Pfetsch, Barbara: Themenkarrieren und politische Kommunikation. Zum Verhältnis von Politik und Medien bei der Entstehung der politischen Agenda, (Aus Politik und Zeitgeschichte 1994 II; Jg. 66), Hg.: Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 194, S. 11-20 B 39.

²⁰⁰ Schulz, Winfried: Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung, 2. unveränd. Aufl. Freiburg, München 1990.

²⁰¹ Loosen, Wiebke: Die Medienrealität des Sports. Evaluation und Analyse der Printberichterstattung, Wiesbaden 1998.

²⁰² Wilke, Jürgen: Nachrichtenauswahl und Medienrealität in vier Jahrhunderten. Eine Modellstudie zur Verbindung von historischer und empirischer Publizistikwissenschaft, Berlin, New York 1984.

Disziplin widmet sich dem Einfluss der Realitätsdarstellung von Massenmedien auf die diesbezüglichen Vorstellungen des Publikums. Das Verhältnis von Wirklichkeit, Darstellung und Vorstellung zueinander wird zumeist separat analysiert. Kepplinger²⁰³ befasst sich anhand der damals aktuellen Berichterstattung mit zwei der drei Beziehungen zusammen. Es geht um das das Thema der Nachrichtenforschung bildende Verhältnis Wirklichkeit – Darstellung sowie um das Verhältnis Darstellung – Vorstellung, also um den theoretischen Zusammenhang von Nachrichten- und Wirkungsforschung. Entwicklungen und Resultate der Medienwirkungsforschung vermittelt auch Schenk²⁰⁴ in seiner gegenüber dem ursprünglichen Werk vollkommen überarbeiteten Publikation. Wegen der brisanten Problematik in ökonomischer wie politischer Hinsicht wurde gerade dieser Teilbereich der Massenkommunikation von der Wissenschaft mit Interesse bedacht. Für die Publikums- und Wirkungsforschung hält Schenk ein besonderes Eingehen auf empirische und dem Neo-Positivismus verpflichtete Arbeiten für erforderlich. Er widmet sich in einem Kapitel den Effekten der Medien auf Einstellungen, Gefühle und Kognitionen, führt dann in Modelle ein, die den allgemeinen Kommunikationsprozeß beschreiben, und befasst sich schließlich mit den gesellschaftlichen Wirkungen sowie mit der Publikums- und Gratifikationsforschung. Eine Einführung in die Medienwirkungsforschung mit ihren Möglichkeiten und Grenzen leistet Maletzke.²⁰⁵ Hier stehen jedoch nicht die Wirkungen der Massenkommunikation selbst oder eine Ergebniszusammenfassung im Mittelpunkt, sondern es geht hauptsächlich um die Wirkungsforschung als Wissenschaft; dabei soll Verständnis für die Schwierigkeiten geweckt werden. Angesichts der großen Rolle alltäglicher Mediennutzung und des noch nicht hinreichend geklärten Zusammenhangs zwischen Massenkommunikation und Gesellschaft etablierte sich eine Kommission mit dem Anliegen der Bestandsaufnahme hauptsächlich der westdeutschen Forschung zu diesem Thema. Von den von ihr herausgegebenen Gutachten finden das von Schulz²⁰⁶ zu Medienanalyse und Wirkungsforschung sowie das von Merten²⁰⁷ über Methoden der Wirkungsforschung erstellte hier Verwendung. Zum innerhalb der Medienwissenschaft besonders dynamischen Zweig der Wirkungsforschung wird auch ein Beitrag McCombs²⁰⁸ über das Agenda-

²⁰³ Kepplinger, Hans Mathias: Realität, Realitätsdarstellung und Medienwirkung, in: Wilke, Jürgen (Hg.): Fortschritte der Publizistikwissenschaft, Freiburg, München 1990, S. 39-56.

²⁰⁴ Schenk, Michael: Medienwirkungsforschung, Tübingen 1987.

²⁰⁵ Maletzke, Gerhard: Medienwirkungsforschung. Grundlagen, Möglichkeiten, Grenzen, Tübingen 1981.

²⁰⁶ Schulz, Winfried: Medienanalyse (Inhaltsanalyse) und Wirkungsforschung, in: Schulz, Winfried (Hg./) Deutsche Forschungsgemeinschaft/Senatskommission für Medienwirkungsforschung: Medienwirkungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland, Weinheim 1987, S. 111-116.

²⁰⁷ Merten, Klaus: Methoden der Wirkungsforschung, in: Schulz Winfried (Hg./) Deutsche Forschungsgemeinschaft/Senatskommission für Medienwirkungsforschung: Medienwirkungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland, Weinheim 1987, S. 101-109.

²⁰⁸ McCombs, Maxwell: Agenda-Setting: Zusammenhänge zwischen Massenmedien und Weltbild, in:

Setting, die Zusammenhänge zwischen Massenmedien und Weltbild verwendet. Dieser Aufsatz gehört zum einen Einblick in relevante US-Theoriebeiträge verschaffenden Kapitel des von Schorr mit dem Ziel der Einführung in zentrale Themen und Vorgehensweisen der Publikums- und Wirkungsforschung veröffentlichten Bands. Boden und ihre Mitstreiter stellen die Ergebnisse ihrer Untersuchung von Langzeiteffekten zweier Tageszeitungen auf die politische Einstellung ihrer Leser dar.²⁰⁹ Die bei einem von Wirtschaftskreisen veranstalteten Symposium vorgestellten und später von Hütter und Linke veröffentlichten Beiträge Donsbachs²¹⁰ und Wagners²¹¹ widmen sich dem Wirkungspotential wie dem politischen Einfluß moderner Medien. Eine vergleichende Studie zur politischen Wirkung von Presse und Fernsehen anhand des für die Datenerhebung gewählten Themas Europa-Wahl leistet Schönbach.²¹² Nach der Übersicht über politische Effekte der Massenmedien wird anhand der empirischen Untersuchung die Fähigkeit der Presse politische Einstellungen des Publikums zu ändern, der des Fernsehens gegenübergestellt. Die Analyse brachte damals Schwung in die kommunikationswissenschaftliche Diskussion; in einer Phase, in der weitgehend politische Medienwirkung nur dem Fernsehen zugeschrieben wurde, wurde eine Reihe von Belegen für erhebliche Einflußmöglichkeiten der Presse gefunden.

Noelle-Neumann regte Donsbach²¹³ an, sich mit den Mitteln der Feldforschung der Problematik der selektiven Zuwendung zu Medieninhalten anzunehmen. Er verfolgt die Fragestellung, nach welchen Kriterien die Rezipienten von Massenmedien die Information auswählen, die sie anzunehmen bereit sind. Wissen über das Verhalten des Publikums in dieser Hinsicht kann der Verknüpfung der Forschung zum Medieninhalt über die Entscheidungskriterien der Journalisten bei der Auswahl von Information mit der Wirkungsforschung dienen. Überblicksweise wird von Donsbach auch die Entwicklung der psychologischen und der publizistikwissenschaftlichen Forschung zur Selektion der Informationen behandelt und welche Variablen als gesicherte Faktoren in diesem Prozess betrachtet werden können. Der Reflektion über die psychischen und gesellschaftlichen

Schorr, Angela (Hg.): Publikums- und Wirkungsforschung, Ein Reader, Wiesbaden 2000, S. 123-136.

²⁰⁹ Boden, Ulrike; Bortz, Jürgen; Braune, Paul; Franke Joachim: Langzeiteffekte zweier Tageszeitungen auf politische Einstellungen der Leser, in: König, Rene (Hg.): Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 27. Jg., Köln 1975, S. 755-778.

²¹⁰ Donsbach, Wolfgang: Aspekte des Meinungsbildungsprozesses – der politische Einfluss der Medien, in: Hütter, Gerhard; Linke, Hermann (Hg.): Informiert bis zur Unmündigkeit? Einfluss und politische Verantwortung der Medien in der Bundesrepublik Deutschland, Herford, Bonn 1990, S. 36-63.

²¹¹ Wagner, Hans: Wirkungspotentiale moderner Medien. Information und soziale Orientierung: Vorgaben des Handelns, in: Hütter, Gerhard; Linke, Hermann (Hg.): Informiert bis zur Unmündigkeit? Einfluss und politische Verantwortung der Medien in der Bundesrepublik Deutschland, Herford, Bonn 1990, S. 14-35.

²¹² Schönbach, Klaus: Das unterschätzte Medium. Politische Wirkungen von Presse und Fernsehen im Vergleich, (Reihe Kommunikation und Politik, Bd. 16), München, New York, London, Paris 1983.

²¹³ Donsbach, Wolfgang: Medienwirkung trotz Selektion. Einflussfaktoren auf die Zuwendung zu Zeitungsinhalten, Köln, Weimar, Wien 1991.

Auswirkungen medienimmanenter Vorgaben dienen Koziols²¹⁴ Ausführungen. Er befasst sich mit der Anthropologie massenmedialer Weltaneignung, ihren Folgen und Veränderungen. Koziol geht dabei von der Notwendigkeit der Gestaltung der Inhalte durch die Medienproduzenten aus, um aus Wirklichkeitsinhalten Medieninhalte werden zu lassen und interessiert sich für das Muster solcher Manipulation.

Hepp/Winter²¹⁵ verfolgen das Anliegen, die Diskussion über den Beitrag der Cultural Studies zur Medienanalyse zu dokumentierten und Perspektiven der Forschung aufzuzeigen. Bei den Cultural Studies handelt es sich um die Untersuchung der subjektiven Bedeutung medialer Formen; empirisch wird mittels ethnographischer Methoden die Rezeption und Aneignung von Medien – vor allem des Fernsehens – in Alltags-Zusammenhängen erforscht. Innerhalb dieses interdisziplinären Projekts stehen mehrere Diskurse in Konkurrenz; zudem entwickelt es sich in unterschiedliche Richtungen. Die Herausgeber wollen mit den vorgestellten vielfältigen Beiträgen die Bedeutung, den Reiz und die Innovationskraft der Cultural Studies für die Untersuchung von Medien demonstrieren. Der erste Teil bietet Beiträge zu Theorien, Begrifflichkeiten und Perspektiven; danach wird die Rezeption im deutschsprachigen Raum nachgezeichnet und diskutiert. Im dritten Abschnitt wird die bestehende Medienkultur analysiert.

Hinsichtlich des Umgangs mit dem Medium Zeitung ist weiter beachtenswert: In einem von Bentele und Ruoff veröffentlichten Sammelband werden Aufsätze von Journalisten und aus der Wissenschaft zum Thema Objektivität in Medien präsentiert. Es wird intendiert, zumindest im Ansatz den Gehalt des Begriffs unter der abgegriffenen Oberfläche zu finden. Die Problematik wird in den Beiträgen auf theoretische Weise behandelt; zudem werden Informationen aus der täglichen Arbeitspraxis vorgestellt. Schwarzkopf²¹⁶ befasst sich hier in seinem knappen Beitrag gerade mit Blick auf das Fernsehen unter anderem mit Gedanken und Anforderungen an die Objektivität bei der Tatsachenwiedergabe und den Anforderungen an das Gebot der Ausgewogenheit im Meinungsbereich.

Mit der Norm der Trennung von Nachricht und Meinung befasst sich Schönbach.²¹⁷ Er stellt die Entstehung dieser Trennungsnorm in Deutschland dar; die Bedeutungen des Postulats werden expliziert und dann operationalisiert. Im empirischen Abschnitt seiner Studie wird anhand der Berichterstattung von verschiedenen Massenmedien zu den Berlin-

²¹⁴ Koziol, Klaus: Die Tyrannei der mediengerechten Lösung. Zur Weltaneignung durch Massenmedien, München 2000.

²¹⁵ Hepp, Andreas; Winter, Rainer (Hg.): Kultur – Medien – Macht. Cultural Studies und Medienanalyse, 2. überarb. und erw. Aufl. Opladen, Wiesbaden 1999.

²¹⁶ Schwarzkopf, Dietrich: Zehn Hindernisse für die gebotene Objektivität, in: Bentele, Günter; Ruoff, Robert (Hg.): Wie objektiv sind unsere Medien?, Frankfurt/Main 1982. S. 200 ff.

²¹⁷ Schönbach, Klaus: Trennung von Nachricht und Meinung. Empirische Untersuchung eines journalistischen Qualitätskriteriums, Freiburg, München 1977.

Verhandlungen der Vier Mächte im Jahr 1971 die Normkonformität untersucht, wobei Schönbach zu signifikanten Qualitätsdifferenzen hinsichtlich des Kriteriums kommt. Seine Studie zeigt die Problemfelder auf, die mit dem anfänglich leicht erscheinenden Vorhaben der Untersuchung der Trennung von Nachricht und Meinungen in Massenmedien verbunden sind. In einer Publikation von Borowsky, Vogel, Wunder, die sich damit befasst, was die öffentliche bzw. veröffentlichte Meinung an Geschichte bietet, werden die hier bestehenden Fragen im Ansatz und zumindest teilweise mittels der Präsentation von Beiträgen von in bzw. für Medien tätigen Berufsvertretern beantwortet. Birnbaum²¹⁸ befasst sich hier in seinem knappen Aufsatz mit dem Thema: Geschichte in der Zeitung – Zeitung als Geschichte. Er gibt unter anderem Hinweise für die kritische Verwertung von Zeitungen als Geschichtsquelle. Der in einem Sammelband der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft dokumentierte Aufsatz von Steinbach²¹⁹ zu „Zeitgeschichte und Massenmedien aus der Sicht der Geschichtswissenschaft“ fließt ebenfalls mit ein. Anregungen, Hinweise zum Arbeiten und selbstverständlich auch Aussagen lassen sich verschiedenen Presse-Untersuchungen entnehmen. Der vergleichenden Untersuchung der Haltung des Berliner Blatts „Telegraf“ und der hinsichtlich des formalen Charakters entsprechenden im Ruhrgebiet erscheinenden „Westdeutsche(n) Allgemeine(n) Zeitung“ zur Berlin-Krise von 1948/49 widmet sich Rudolf.²²⁰ Er setzt an den Aufmerksamkeits-Grad wie die Art der Beurteilung des Geschehens an; von Interesse sind gerade mögliche aus der räumlichen Entfernung herrührende Unterschiede. Rudolf erarbeitet zudem das historisch-politische Geschehen für den Vergleich. Seine Inhaltsanalyse ist auf ausdrücklich meinungsäußernde Beiträge begrenzt. Bröder²²¹ untersucht das Demokratieverständnis und Gesellschaftsbild der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, der „Welt“ wie der „Süddeutschen Zeitung“ und die hier zugrunde liegenden politischen Prinzipien und gesellschaftlichen Normen. Er arbeitet für den Zeitraum von 1960 bis 1969 im Stichprobenverfahren und befasst sich im Wesentlichen mit die Innenpolitik betreffenden Leitartikeln und Kommentaren. Exemplarisch soll so das Verhältnis von Presse und Demokratie und die für die Bundesrepublik konstituierende öffentliche politische Meinungsbildung ideologiekritisch

²¹⁸ Birnbaum, Immanuel: Geschichte in der Zeitung – Zeitung als Geschichte, in: Borowsky, Peter; Vogel, Barbara; Wunder, Heide (Hg.): Gesellschaft und Geschichte I: Geschichte in Presse, Funk und Fernsehen, (Studienbücher Moderne Geschichte, Bd. 3), Opladen 1976, S. 55-61.

²¹⁹ Steinbach, Peter: Zeitgeschichte und Massenmedien aus der Sicht der Geschichtswissenschaft, in: Wilke, Jürgen (Hg.): Massenmedien und Zeitgeschichte (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Bd. 26), Konstanz 1999, S. 32-52.

²²⁰ Rudolf, Günther: Presseanalyse und zeitgeschichtliche Forschung. Telegraf und WAZ zur Berlin-Krise 1948/49, (Reihe Kommunikation und Politik Bd. 6), Pullach bei München 1972.

²²¹ Bröder, Friedrich, J.: Presse und Politik. Demokratie und Gesellschaft im Spiegel politischer Kommentare der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, der „Welt“ und der „Süddeutschen Zeitung“, Erlangen 1976.

erhellt werden. Das Kooperationsprojekt von Eilders, Neidhardt und Pfetsch²²² untersucht fünf überregionale deutsche Tageszeitungen, darunter auch die „Welt“, womit das parlamentarisch relevante politische Spektrum abgedeckt werden soll. Es wurde der Zeitraum von 1994 bis 1998 gewählt; die Arbeit basiert nicht auf einer Vollerhebung, sondern auf einer 50 prozentigen Stichprobe und bezieht zudem nur Kommentare mit einem expliziten Deutschlandbezug ein. Zu nennen ist weiter die Magisterarbeit von Scheck.²²³ Für eine möglicherweise neben vielem anderen auch auf die vorliegende Arbeit aufbauende historische Diskursanalyse sei das grundlegend überarbeitete und in einigen Teilen von seinem Vorgänger deutlich abweichende Buch von Landwehr²²⁴ genannt. Die Aufnahme von Literatur in meine Arbeit endet übrigens von einer kleinen Ausnahme abgesehen mit dem Ausgang des Jahres 2010.

Quellenbasis ist die „Welt“ in der Hamburg und das Umland berücksichtigenden Ausgabe H im Zeitraum von September 1958 bis Februar 1963, die in der Hamburger Staats- und Universitätsbibliothek Carl von Ossietzky als Mikrofiche zur Verfügung steht.²²⁵ Für vergleichende Seitenblicke greife ich auf die ebenfalls in der Bibliothek bereit stehende „Bild“-Zeitung in der Hamburg-Ausgabe zurück. Den Blick hinter die Kulissen ermöglicht das Unternehmensarchiv des Axel-Springer-Verlags mit der Einsicht in die Bestände; Herrn Laabs sei dafür gedankt. Verwendung finden einschlägige Reden des Verlegers, die gerade über seine programmatischen Anliegen Auskunft geben. Aufschlußreich sind auch in dieser Sammlung enthaltene, der Vorbereitung dienende handschriftliche Aufzeichnungen, Textzusammenstellungen und letztlich nicht zum Vortrag gelangte Rede-Entwürfe. In den Unterlagen finden sich zudem zumindest fragmentarisch Schriftstücke mit Informationen, die Springer damals über das Leben in der DDR erhielt und die teilweise auch seine handschriftlichen Anmerkungen dazu enthalten. Es existiert außerdem ein ausführlicher und kontinuierlicher Briefwechsel zwischen dem Konzernherrn und Chefredakteur Hans Zehrer aus den Jahren 1958 bis 1963, der zwar ab 1962 etwas abnahm, aber durchgehend intensiv blieb. Seitens des Verlegers gab es ständig Kritik und Verbesserungsvorschläge, die sich nicht nur auf Politik und Inhalte bezogen. Dies galt aber auch für seine übrigen Blätter. Von Zehrer stammten hingegen ellenlange Memoranden.²²⁶

²²² Eilders, Christiane; Neidhardt, Friedhelm; Pfetsch, Barbara: Die Stimme der Medien – Pressekommentare und politische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik, Wiesbaden 2004.

²²³ Scheck, Henning: Antikommunismus in der Ära Adenauer im Spiegel der Zeitschriften „Rheinischer Merkur“ und „Vorwärts“, Magisterarbeit, Hamburg 1998.

²²⁴ Landwehr, Achim: Historische Diskursanalyse, Frankfurt/Main 2008.

²²⁵ Lediglich einige wenige dort nicht in dieser Form festgehaltene Tage fallen aus der Untersuchung heraus. Wegen der Kürze und der mangelnden politischen Brisanz des Zeitraums wurde auf das Nachschlagen im papierenen Exemplar verzichtet.

²²⁶ So Firmenarchivar Herr Laabs im Gespräch vom 11.3.2009.

Leider ist diese zum Nachlass Springer gehörende Korrespondenz grundsätzlich für Benutzung gesperrt. Nach dem Erscheinen der von Schwarz verfassten Biographie, für die exklusiver Zugang ermöglicht worden war, verweigert ein Mitglied der Familie Springer die Einsichtnahme, wovon mehrere wissenschaftliche Arbeiten bis hin zum Habilitationsvorhaben betroffen sind. Was bei Schwarz zum Thema zu finden ist, fließt selbstverständlich in diese Untersuchung mit ein. Uneingeschränkt steht hingegen im Firmenarchiv der Aktenbestand zur „Welt“ zur Verfügung. Dazu gehören Unterlagen zum Springer-Auslandsdienst (SAD) und über die ausgeschiedenen Korrespondenten im Zeitraum von 1957-67, was gerade für die USA-Berichterstattung aufschlussreich ist. Ein wichtiger Posten sind auch die Schriftstücke zur Chefredaktion der „Welt“, die einen Briefwechsel der Hamburger Zentrale mit dem Washingtoner Korrespondenten Herbert von Borch enthalten und in denen auch Eingriffe in journalistische Beiträge thematisiert werden. Von Interesse ist ebenfalls der Schriftverkehr im Hause. Protokolle über Redaktionskonferenzen und nicht zur Veröffentlichung gelangte journalistische Beiträge sind nicht im Unternehmensarchiv erhalten. Der damals als stellvertretender Chefredakteur die redaktionelle Richtung des Blatts mit zu bestimmen beginnende Ernst Cramer²²⁷ verfügte über ein ausgezeichnetes Gedächtnis. Er fand sich gern bereit zu einem ausführlichen Gespräch zur Beantwortung offener und auch nicht gerade bequemer Fragen. Dafür sei ihm gedankt. Gerade für die Rolle des Chefredakteurs Zehrer wird der Bestand des Koblenzer Bundesarchivs herangezogen. Hier wird sein Nachlass mit allerdings eher verstreuter beruflicher wie privater Korrespondenz auch mit prominenten Zeitgenossen wie Axel Springer, Ferdinand Friedensburg²²⁸ und Ernst Lemmer²²⁹ aufbewahrt. Die

²²⁷ Cramer, Ernst (*28.1.1913, gest. 19.1.2010) absolvierte eine kaufmännische Ausbildung und engagierte sich beim Deutsch-Jüdischen Jugendbund. Der 1939 in die USA emigrierte kehrte 1945 als Soldat der US-Army nach Deutschland zurück. Nach journalistischer Tätigkeit und der Arbeit für eine Nachrichtenagentur trat Cramer 1958 als stellvertretender Chefredakteur in die „Welt“ ein. In seiner späteren steilen Karriere bekleidete er hohe Führungspositionen im Springer-Konzern; bis zu seinem Tod war er für das Haus tätig.

²²⁸ Friedensburg, Ferdinand, Prof. Dr. (*17.11.1886, gest. 11.3.1972) kehrte nach der Auslandszeit während des Ersten Weltkriegs, in der er sich zeitweilig in britischer Kriegsgefangenschaft befand, 1919 nach Deutschland heim. Sein politisches Interesse galt der DDP; auch sonst engagierte sich Friedensburg für die Republik und gegen extremistische Strömungen. 1925-27 fungierte er als Vizepräsident der Berliner Polizei. Danach erfolgte die Versetzung nach Kassel, wo er gegen die NSDAP einschritt, was 1933 den Amtsverlust nach sich zog. Friedensburg zählte dann zum Bonhoeffer-Kreis. Er wurde einige Monate von der Gestapo inhaftiert. Nach Kriegsende führte er lange das Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin. Friedensburg zählte zu den Gründern der Ost-CDU; er war zudem 1946-51 Stellvertretender Oberbürgermeister Berlins. Er war auch im Abgeordnetenhaus aktiv, vertrat seine Stadt im Bundestag und gehörte einige Jahre dem Europäischen Parlament an. Zu seinem Lebenswerk gehört auch das Verfassen einer Reihe von Abhandlungen zu vorzugsweise geologischen und wirtschaftlichen Themen. So: www.bautz.de/bbkl/f/friedensburg.

²²⁹ Lemmer, Ernst (*28.4.1898, gest. 18.8.1970) war ein Politiker der DDP und später der CDU. Nach seiner Tätigkeit als Gewerkschaftssekretär und Zeitungskorrespondent fungierte er 1956/57 als Postminister und von 1957-62 als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. 1964/65 leitete er das Ressort für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

Aktenbestände sind aber für mein Anliegen doch nicht so ergiebig wie das Findbuch auf den ersten Blick annehmen lässt. Ein guter Teil der Unterlagen liegt zudem außerhalb des Untersuchungszeitraums. Material zur „Welt“-Redaktion und Beschlüsse der Redaktionskonferenzen finden sich erst für das Jahr 1965. Doch sind gerade die letztgenannten Fragmente für die Forschung wegen des diesbezüglichen Mangels im Firmenarchiv schon wertvoll. Zu den Aktivposten unter den Koblenzer Beständen gehören die weitgehend erhaltenen Typoskripte und Manuskripte von Zehrerers journalistischen Beiträgen für das Blatt in den Jahren von 1961 bis 1963. Bei der Lektüre des internen Schriftverkehrs der leitenden Verlags-Mitarbeiter fällt dem Außenstehenden neben den häufigen Urlaubsreisen und Erholungsaufenthalten der Betroffenen auf, wie freundschaftlich, ja liebenswürdig die Schreiben gehalten waren, was nicht ausschließt, dass in diesem Ton auch Sticheleien miteingewoben wurden. Gern teilten sich die Führungskräfte gegenseitig mit, wie lange sie in jüngster Zeit mit dem Verleger ein Gespräch führten, um ihren aktuellen Stand in der allerhöchsten Gunst zu demonstrieren.²³⁰ Im Koblenzer Standort des Bundesarchivs werden auch die Nachlässe der Redaktionsmitglieder Friedrich Zimmermann²³¹ und Fritz Baade²³² aufgehoben. Diese erweisen sich für die Fragestellung jedoch als vollkommen unergiebig. Die vom ebenfalls für das Haus tätigen prominenten Journalisten Paul Sethe²³³ stammende Korrespondenz

²³⁰ Ein schönes Beispiel für Heuchelei ist, dass Zehrer gegenüber dem Verleger vorgab, sich auf eine Weihnachtsfeier mit dem Ehepaar Wallenberg zu freuen. In seinen Unterlagen ist aber ein vermutlich von ihm in Auftrag gegebenes graphologisches Gutachten erhalten, in dem vorwiegend die charakterlichen Defizite Wallenbergs herausgearbeitet werden. Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 27, Brief Zehrerers an Springer vom 23.12.1963 und Aktenband Nr. 23, Graphologisches Gutachten von Heinz Karpinski über Herrn Wallenberg vom 5/6.10.1964.

Hans Wallenberg wurde am 1.11.1963 geschäftsführender Redakteur, der gemeinsam mit Zehrer für die Haltung der „Welt“ zuständig sein sollte. Beide kannten sich bereits von ihrer früheren Tätigkeit für die „Vossische Zeitung“. Wallenberg kam nach der Emigration als Besatzungsoffizier nach Deutschland zurück und engagierte sich führend beim US-Blatt „Neue Zeitung“. In den ausgehenden 50er Jahren lernte er Springer kennen. Wallenberg wurde vom Verleger geschätzt, konnte sich aber in der leitenden Funktion bei der „Welt“ und danach offenbar auch bei Ullstein nicht recht halten. So: Müller, S. 167 f.

²³¹ Zimmermann, Prof. Friedrich (*1898, gest. 1967) studierte Nationalökonomie und Philosophie. Er war 1923-32 als Handelsredakteur bei der Vossischen Zeitung und der Berliner Morgenpost tätig. 1931-33 arbeitete er als wirtschaftspolitischer Mitarbeiter der Zeitschrift „Tat“. 1940-45 war Zimmermann Honorarprofessor für Volkswirtschaftspolitik an der Universität Prag. Von 1948-53 arbeitete er beim Sonntagsblatt in Hamburg; von 1953-67 gehörte er der Redaktion der „Welt“ an. Hier verwendete Zimmermann das Pseudonym Ferdinand Fried. Er veröffentlichte im Laufe der Zeit auch einige Bücher zu vorzugsweise makroökonomischen Themen. Dazu gehörten beispielsweise „Das Ende des Kapitalismus“ von 1931, „Die Wende der Weltwirtschaft“ von 1937, „Die soziale Revolution“ von 1942 und der „Umsturz der Gesellschaft“ 1950. Über Zimmermanns SS-Mitgliedschaft existieren Akten beim Bundesarchiv/Berlin: BArch, Slg. BDC, RS/Rasse- und Siedlungshauptamt SS, Zimmermann, Friedrich, 14.8.1898 und: BArch, Slg. BDC, SSO/SS-Führerpersonalakte, Zimmermann, Friedrich, 14.8.1898.

²³² Baade, Fritz (*1893-1974) war Wirtschaftswissenschaftler und SPD-Politiker. Er gehörte 1930-33 dem Reichstag an. In den Jahren 1934-46 fungierte Baade als Berater des Türkischen Wirtschaftsministers. Er gehörte von 1949 bis 1965 dem Bundestag an und war von 1948 bis 1961 auch Direktor des Kieler Instituts für Weltwirtschaft.

²³³ Sethe, Dr. Paul (*12.12.1901, gest. 21.6.1967) studierte Geschichte, Deutsch und Kunstgeschichte. Er promovierte 1932. 1934-43 gehörte Sethe zur Redaktion der „Frankfurter Zeitung“. Er gehörte dann 1949 zu den Mitherausgebern der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“; 1955 wechselte er zur „Welt“. 1960 ging Sethe kurzzeitig zum „Spiegel“ und wurde dann schließlich Ressortleiter bei der „Zeit“.

gibt mitsamt den Manuskripten und der Zeitungsartikelsammlung nicht allzu viel her. Eine große Stütze für meine Arbeit ist hingegen der im Bundesarchiv in Berlin lagernde Nachlass Dr. Raimund Pretzels, der unter seinem Pseudonym Sebastian Haffner bekannt ist. Seine Tochter erlaubte dankenswerter Weise die Einsichtnahme. Die recht umfangreiche berufsbezogene Korrespondenz birgt als überraschenden Fund ein Schreiben Peter von Zahns,²³⁴ das Beweggründe für seinen Austritt aus dem „Welt“-Mitarbeiterstab thematisiert. Unter den von Haffner aufbewahrten Belegexemplaren der Kolumnen für die „Welt“ findet sich auch ein besonders interessantes, nicht zur Veröffentlichung gelangtes Typoskript. Für die Kooperation zwischen Springer-Verlag und dem Berliner Senat greife ich auf die im Berliner Landesarchiv zur Verfügung stehenden Aktenbestände zurück. Die in den Fußnoten der vorliegenden Arbeit gemachten biographischen Kurzangaben zu Mitarbeitern der „Welt“ stammen im Wesentlichen aus der Datenbank des Firmenarchivs und dem Informationsmaterial, das im Bundesarchiv den jeweiligen Nachlässen zugeordnet ist.

1.2. Fragestellung und Vorgehensweise

Die vorliegende Arbeit hat das Ziel, die Berichterstattung und Kommentierung der Tageszeitung „Die Welt“²³⁵ zur Berlin-Krise von 1958 bis 1963 zu untersuchen. Die Arbeit ist kein Beitrag zur Wirkungsforschung; bevorzugtes Instrument in jenem Bereich ist die Befragung.²³⁶ Wegen der Reputation, Geltung und Auflage bot es sich an, dieses bereits über internationales Renommée verfügende Springer-Blatt auszuwählen. Anhand der Untersuchung des Quellenmaterials soll erarbeitet werden, auf welche Weise die Rezipienten des Spitzenprodukts des Verlags in einer spannungsgeladenen Zeit informiert wurden, wie die Dinge dargestellt, eingeordnet und beurteilt wurden. Dabei sind die Akzentuierung, Gewichtung der Themen und Aspekte von Interesse. Mit welcher Stoßrichtung und in welchem Ausmaß wurden in der Informationsvermittlung in verschiedenen Bereichen Inhalte offen oder verdeckt transportiert? Wie steht es um die Artikulation programmatischer Anliegen des Hauses? Die Analyse kann ideologiebedingte

Sethe veröffentlichte außerdem eine Reihe von Büchern.

²³⁴ Zahn, Dr. Peter von (*29.1.1913, gest. 26.7.2001) studierte Rechtswissenschaft, Geschichte und Philosophie. Nach der Arbeit beim Deutschen Verlag war von Zahn seit 1945 für den NWDR tätig. Er gehörte auch zu den Herausgebern der Nordwestdeutschen Hefte. Von 1951 an bestand seine Aufgabe darin, für den NWDR und NDR als Amerika-Korrespondent zu berichten. Seit 1960 arbeitete von Zahn zudem als Kolumnist für die „Welt“. Sein Engagement galt auch Fernsehproduktionen.

²³⁵ Zugunsten der Lesbarkeit erfolgt die Nennung der Tageszeitung „Die Welt“ im Text im Folgenden nur noch mit Anführungsstrichen vor und nach „Welt“, da so eine doppelte Artikelsetzung vermieden wird.

²³⁶ Schönbach, Klaus: Wirkungsforschung, in: Holtz-Bacha, Christina; Kutsch, Arnulf; Langenbacher, Wolfgang R; Schönbach, Klaus (Hg.): Fünfzig Jahre Publizistik, Wiesbaden 2006, (S. 193-201), hier S. 194 und: Merten, Klaus: Methoden der Wirkungsforschung, in: Schulz Winfried (Hg.)/Deutsche Forschungsgemeinschaft/Senatskommission für Medienwirkungsforschung: Medienwirkungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland, Weinheim 1987, (S. 101-109), hier S. 104 f.

Färbung und aufgrund unzureichender Information bestehende Mängel in der Erfassung von Zusammenhängen dingfest machen. Warum soll noch eine Untersuchung angestellt werden, wo doch der volle propagandistische Einsatz der Springer-Zeitungen in der Auseinandersetzung um Berlin als allgemein bekannt gilt?²³⁷ Die publizistischen Produkte des Hauses propagierten ja Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft.²³⁸ Die „Welt“ wird gar als Flaggschiff Springers im Kampf mit Moskau bezeichnet.²³⁹ Zudem ist es ja kein Geheimnis, dass dem Verleger daran lag, die Politik-Kommentierung gemäß seinen Gedanken konsequent zu gestalten und politische Nachrichtenpolitik zu betreiben, wobei er die Darstellung seiner Publikationen genau verfolgte.²⁴⁰ Gerade weil dem Blatt bereits eine explizit politische Funktion vom Verleger zugebilligt wurde, liegt ein Forschungsvorhaben nahe. Dabei werden unterschiedliche Einschätzungen genannt. Während Lohmeyer²⁴¹ am Anfang der 60er Jahre ein Propaganda-Instrument für geschaffen hält, meint Schwarz²⁴² hingegen, dass der Verleger sich – alles in allem – bis zum Tod des Verlagsleiters Schulte im März 1963 an die den Engländern einst gelobte Unabhängigkeit der Redaktion hielt. So ist beispielsweise einem Schreiben Zehrerers aus dem Jahr 1960 zu entnehmen, dass die innere Konzentration des Konzerns noch nicht erfolgte und dass die „Welt“ nach dem Gesetz ihres Anfanges ein Eigenleben im Konzern führte und dass man daran vorläufig nichts ändern könne. Also müsse man sich zunächst behelfen.²⁴³ Ende des Jahres 1963 war es dann schließlich so weit, dass Zehrer seinen Verleger darauf hinwies, wenn auch nur eine Fernsehkritik der „HÖR ZU“ zu einem kirchlichen Thema der gesamten Haltung des Medienunternehmens widersprach. Der Chefredakteur glaubte dem Haus schweren Schaden zugefügt, weil die anderen Blätter unglaublich gemacht würden.²⁴⁴ In der Literatur ist nicht selten festzustellen, dass anhand weniger Beiträge die dominierende Richtung, die Tendenz in toto bestimmt wird und eine umfassend angelegte Untersuchung der „Welt“ für diese Phase bislang ausgeblieben ist. Daher ist es geboten, eine auf breiter Quellenbasis beruhende Arbeit vorzulegen. Wünschenswert sind Aufschlüsse über Propaganda in inhaltlicher Hinsicht wie für Formen und Techniken, um das Wissen über die „Welt“ zu erweitern. Lohmeyer

²³⁷ Schwarz: Axel Springer, S. 342.

Bei Müller ist zu lesen, dass Springers Blätter 1961 eine hemmungslos sich steigernde Agitation betrieben. So: Müller, S. 201.

²³⁸ Kruij, Gudrun: Das „Welt“-„Bild“ des Axel Springer Verlags. Journalismus zwischen westlichen Werten und deutschen Denktraditionen, München 1999, S. 16.

²³⁹ Jacobi: 50 Jahre Axel Springer Verlag, S. 125 f.

²⁴⁰ Schwarz: Axel Springer, S. 290.

²⁴¹ Lohmeyer, S. 245 ff.

²⁴² Schwarz: Axel Springer, S. 198.

²⁴³ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenbestand Nr. 23, Brief von Hans Zehrer an Axel Springer vom 29.5.1960. S. 1 und S. 3.

²⁴⁴ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenbestand Nr. 27, Brief von Hans Zehrer an Axel Springer vom 13.12.1963.

spricht etwa davon, dass der Verleger bei seinen diversen Kampagnen nicht nur Berichterstattung und Kommentar, sondern alle Bereiche bis hin Feuilleton einspannen ließ.²⁴⁵ Das Verhältnis Springer-Zehrer ist bekannt.²⁴⁶ Jacobi stellt dennoch in einer Auswahl von „Anregungen“ Springers an Zehrer es so dar, als ob die verlegerische Einflussnahme harmlos und unpolitisch war.²⁴⁷ Dass es Differenzen zwischen dem Konzernherrn und der Redaktion seines Renommierblatts gab, ist schon dank des journalistischen Mitteilungsbedürfnisses bis hin zum Weggang der Mitarbeiter der Forschung geläufig.²⁴⁸ Nicht klar ist allerdings, wie weitgehend sich dies in der Linie der „Welt“ tatsächlich niederschlug. Es fällt auf, dass beispielsweise Insider von Paczensky, der die Gleichschaltung des Organs thematisiert, sich in seinen Ausführungen über weite Strecken vom Hintergrund des publizistischen Einsatzes in der zweiten Hälfte der 60er Jahre leiten läßt. Er spricht von „Meinungsterror“ des Verlegers und hält vage nachrangige Dinge für systematisch aufgebläht und sieht relevante Ereignisse heruntergespielt.²⁴⁹ Jürgs, der die Lenkung der Blätter durch Springer ziemlich knapp behandelt, spricht – wohl für einen späteren Zeitraum und vor allem mit Blick auf „Bild“ – von Verfälschung, Unterdrückung von Nachrichten und Manipulation.²⁵⁰ Müller sieht die „Welt“ von 1957 an in ein Instrument persönlicher Politik umgewandelt, wobei Zehrer die Richtlinienkompetenz definitiv zu Beginn des Jahres 1958 verloren gegangen sein soll. Das persönliche Regiment des Firmeninhabers soll angebrochen sein. Bei Müller ist zudem zu finden, dass ein Auslandskorrespondent „in einer späteren, noch schlimmeren Phase“ (diese wird nicht präzisiert) über nicht existente Geschehnisse habe schreiben müssen. Weitere Journalisten sollen sich „durch gewaltsame verdrehende Überschriften und Kürzungen um ihren guten Ruf gebracht“ gefühlt haben.²⁵¹ Auch etwa bei Siering ist zu lesen, dass die „Welt“ durch Springers Kalten-Kriegs-Kurs rasch an Qualität und Prestige verloren haben soll.²⁵² Es besteht also Unklarheit, wie weitgehend sich in dieser Phase die verlegerische Lenkung durchsetzte und inwieweit die Vorwürfe übler journalistischer Praktiken für die „Welt“-Redaktion zutrafen. Ein im Herbst 1958 von der verlagseigenen Marktforschung in Auftrag gegebenes psychologisches Gutachten kam jedenfalls zum Schluss, dass die „Welt“ von den Befragten damals „als ein schneller, sicherer,

²⁴⁵ Lohmeyer, S. 235.

²⁴⁶ Demant, S. 201 ff, Kruip, S. 105.

²⁴⁷ Jacobi: 50 Jahre Axel Springer Verlag, S. 121.

²⁴⁸ Lohmeyer, S. 245 ff, Jacobi: 50 Jahre Axel Springer Verlag, S. 125 f, Jürgs: Der Fall Axel Springer, S. 165 f.

²⁴⁹ Paczensky, S. 733-740.

²⁵⁰ Jürgs: Der Fall Axel Springer, S. 184 und S. 232 f.

²⁵¹ Müller, S. 163 f.

²⁵² Siering, Friedemann: Zeitung für Deutschland. Die Gründergeneration der „Frankfurter Allgemeinen“ in: Hachmeister, Lutz; Siering, Friedemann (Hg.): Die Herren Journalisten. Die Elite der deutschen Presse nach 1945, München 2002, (S. 35-86), hier S. 85.

unabhängiger, unparteilicher, zeitnaher Informations-Übermittler, als der Berichterstatter, welcher der Fülle der Weltereignisse optimal gerecht wird“ und „als kritisch-offener Kommentator, der dem Leser nichts vormacht und ihm ermöglicht, sich seine Meinung selbst zu bilden, ja die ihn geradezu dazu herausfordert“ gesehen wurde.²⁵³ Der Untersuchungszeitraum meiner Arbeit liegt vor der Zeitspanne, in der Medien des Konzerns gerade auch im Kontext mit den Berliner Studentenunruhen der Manipulation²⁵⁴ und Volksverhetzung²⁵⁵ geziehen wurden. Später wurde die „Welt“ zum Verkündungsblatt des Verlegers, das seine sämtlichen Reden auf Seite drei präsentierte und Treffen mit Vertriebenenpolitikern als hochbedeutsames Ereignis verkaufte.²⁵⁶ Die national-deutsche Einstellung des Konzerns gilt als evident; und für diesen Zeitraum wird bereits von der Entstehung einer verbindlichen politisch-ideellen Leitlinie ausgegangen.²⁵⁷ Es gilt zu überprüfen, ob – wie Kruip meint – das Thema Einheit in den 60er Jahren die höchste Priorität erhielt.²⁵⁸ Schließlich betrachtete der hinter Washingtons Politik der Stärke stehende Springer das Erreichen der Einheit als sein Anliegen und setzte das Renommierblatt in diesem Kampf als Flaggschiff ein.²⁵⁹ Die Verlagsorgane mit politischer Wirkung sollen der DDR gegenüber vom Verleger auf die gleiche Linie getrimmt worden sein. Der Gleichklang soll sich mit dessen wachsender politischer Leidenschaft hin zum Gleichschritt entwickelt haben.²⁶⁰ Lohmeyer spricht von konsequent einseitiger Ausrichtung.²⁶¹ Es ist die Rede von vollkommen einseitiger Berichterstattung über DDR, dabei wird von Nachrichtenmanipulation ausgegangen.²⁶² Dieser Vorwurf gilt ausdrücklich auch für die „Welt“.²⁶³ Ganz unterschiedliche Autoren halten eine schonungslose Kampagne gegen die DDR und die Sowjetunion für gegeben.²⁶⁴ Zudem gelten die

²⁵³ Unternehmensarchiv: F31/6957, Zur Marktsituation der Zeitung DIE WELT, (Herbst 1958), Teil II, Psychologisches Gutachten, Verlagshaus Axel Springer, Abteilung Leser- und Marktforschung, Kapitel: Empfehlungen, S. 2.

²⁵⁴ Beispielsweise: Arens, Karlpeter: Manipulation. Kommunikationspsychologische Untersuchung mit Beispielen aus Zeitungen des Springer-Konzerns, 2. Aufl. Berlin 1973; Küchenhoff, Erich; Keppler, Gabriele; Goebbel, N.; Schriewer, Bernd: Bild-Verfälschungen. Analyse der Berichterstattung der Bild-Zeitung über Arbeitskämpfe, Gewerkschaftspolitik, Mieten, Sozialpolitik, Teil 1: Analyse, Frankfurt/Main 1972 sowie: Zoll, Ralf (Hg.): Manipulation der Meinungsbildung. Zum Problem hergestellter Öffentlichkeit, 4. Aufl. Opladen 1976. Zoll gibt eine Reihe von Beiträgen verschiedener Autoren heraus. Neben vielen anderen Themen und Aspekten geht es dabei auf den Seiten 92 ff. um das Befassen mit der schichtenspezifischen Manipulation durch die Massenmedien anhand der Beispiele „Bild“ und „Spiegel“.

²⁵⁵ Brückner, Peter: Springerpresse und Volksverhetzung, in: Kritische Justiz 1./2. Jg. 1968/69 (S. 339-354), hier S. 339 ff.

²⁵⁶ Jürgs: Der Fall Axel Springer, S. 189.

²⁵⁷ Kruip, S. 10, 37 f. und S. 93.

²⁵⁸ Kruip, S. 155.

²⁵⁹ Jacobi: 50 Jahre Axel Springer Verlag 1946-1996, S. 125.

²⁶⁰ Schwarz: Axel Springer, S. 288 f.

²⁶¹ Lohmeyer, S. 233, 235.

²⁶² Lohmeyer, S. 245, Harenberg: Aus Bonn für Deutschland, S. 117.

²⁶³ Harenberg: Aus Bonn für Deutschland, S. 132.

²⁶⁴ Schwarz: Axel Springer, S. 293 f, Sörgel, Peter: Der Springer-Konzern in West-Berlin, in: Jansen, Bernd; Klönne, Arno (Hg.): Imperium Springer. Macht und Manipulation, Köln 1968, (S. 80-101), hier S. 91.

publizistischen Produkte des Konzerns als stilistisch ähnlich hinsichtlich des journalistischen Engagements wie des hohen Grades an Emotionalität.²⁶⁵ Sörgel sieht Springer neben Emotionen auch Ressentiments schüren.²⁶⁶ Es gehört zu den Gemeinplätzen der Forschung für die Springer-Blätter insgesamt, auch explizit für die „Welt“²⁶⁷ von einer vom Verleger angeordneten dramatisierenden Darstellung, von der Aufbauschung des Flüchtlingsthemas auszugehen.²⁶⁸ Ziemlich dünn wird es allerdings beim Blick auf den Beleg dafür. Angeführt wird ein Vergleich der Information der „Welt“ über die DDR anhand einer einzigen Woche im Monat August der Jahre 1957/58, den der „Spiegel“ bereits im September 1958 anstellte. Das Magazin wies bereits damals darauf hin, dass die Flüchtlingsziffer unter der Zahl des Monats in den Vorjahren lag. Hinsichtlich der Aufbereitung seitens der Springer-Zeitungen fiel der Kontrast zur gewohnten Nachrichtenpolitik auf; es wurde bereits zentrale Lenkung vermutet.²⁶⁹ So äußert sich beispielsweise Sörgel.²⁷⁰ Auch Demant greift als Beleg im Wesentlichen auf die Aussagen des „Spiegel“ zurück und steuert als eigene Leistung den Vergleich einiger Schlagzeilen der „Welt“ vom Sommer 1957 mit dem August 1958 bei. Er spricht von fortschreitender Eskalierung des Flüchtlingsthemas und hält einen Höhepunkt in einem Leitartikel Zehrs im August 1961 für gegeben.²⁷¹ Angesichts dieser doch ausgesprochen dürftigen Basis für eine verbreitet akzeptierte Einschätzung ist eine genaue Untersuchung des Quellenmaterials in dieser Hinsicht angezeigt. Auch andere Aussagen gilt es zu überprüfen. Beispielsweise meint Demant, dass die „Welt“ auf den Mauerbau mit Härte reagierte und damit die Zurückhaltung Adenauers und der westlichen Verbündeten treffen sollte; als Beweis trägt er einige Passagen vom August 1961 vor. Demant hält das Misstrauen Zehrs und Springers gegenüber der westlichen Deutschlandpolitik und gegenüber dem Weißen Haus auch in Nachricht und Kommentierung an Kritik gegenüber dem mächtigen Verbündeten artikuliert, wenn dies auch oft noch als kritisch-wohlmeinender Ratschlag von Freund zu Freund verpackt war. Wegen der mangelnden westlichen Unterstützung soll es zu einer wachsenden nationalistischen Linie der „Welt“ gekommen sein.²⁷² Springer ging jedenfalls mit „Bild“ auf Kollisionskurs gegen die

²⁶⁵ Lohmeyer, S. 237.

Auch Müller meint, dass der Verleger die Politik der Härte mit starken Gefühlen verband. So: Müller, S. 164.

²⁶⁶ Sörgel, S. 90 f.

²⁶⁷ Demant, S. 188 f.

²⁶⁸ So beispielsweise: Schwarz: Axel Springer, S. 285 f. und S. 293 f, Jacobi: Der Verleger Axel Springer, S. 182, Jacobi, Claus: Fremde, Freunde, Feinde. Eine private Zeitgeschichte, Berlin, Frankfurt/Main 1991, S. 271, Kruij, S. 173, Sörgel, S. 90 f, Lohmeyer greift dabei auch auf Demant zurück, Lohmeyer, S. 236f.

²⁶⁹ „Der Spiegel“ Nr. 36, 3.9.1958, S. 13 und Nr. 37, 10.9.1958, S. 13-15.

²⁷⁰ Sörgel, S. 90 f.

²⁷¹ Demant, S. 188 f und S. 193.

²⁷² Demant, S. 194 ff.

Apathie in Bonn und prangerte die Passivität der Westmächte an.²⁷³ Der Verleger selbst soll die schärfsten Schlagzeilen der „Bild“-Zeitung in der Überzeugung formuliert haben, dass die Schutzmächte und die Bundesregierung versagten.²⁷⁴ Dies ging in die Literatur und die Erinnerungskultur ein. Ernst Cramer sieht Springer hingegen nicht als Urheber dieser Schlagzeilen.²⁷⁵ Wegen der Verbindlichkeit der Verlagslinie hätte das Flaggschiff eigentlich auch auf diesem Kurs steuern müssen. Blätter des Hauses, darunter „Bild“, gelten seit dem Mauerbau als schonungslos kritisch gegen alle Anzeichen westlicher Nachgiebigkeit der sowjetischen Führung gegenüber.²⁷⁶ Diese und weitere Einschätzungen werden im Rahmen dieser Arbeit auf den Prüfstand gestellt. Sie stellt keinen pressehistorischen Beitrag der Publizistik- bzw. Kommunikationswissenschaft dar. Folglich findet die publizistische Stichprobe, bei der dann mathematisch eine sozialwissenschaftliche Repräsentativität errechnet wird, keine Anwendung auf das Quellenmaterial. Es handelt sich vielmehr um eine traditionell hermeneutisch-interpretierende geschichtswissenschaftliche Studie. Die zu Beginn erarbeitete ausführliche Darstellung der historisch-politischen Entwicklung dient der Einordnung in die Zusammenhänge und ist als Basis sinnvoll auch für das Herangehen an das Quellenmaterial. Zunächst werden daher der Verlauf der internationalen Politik und die Entwicklung der deutschen Staaten vorgestellt. Die nächsten Kapitel widmen sich der Berliner Situation, den weltpolitischen Krisen und dem ausgewählten publizistischen Organ. Dann setzt die Untersuchung des Quellenmaterials ein, die den Schwerpunkt der Arbeit bildet. Das Medium wird chronologisch vom September 1958 bis zum Februar 1963 bearbeitet, um Beginn wie Abklingen der Krise mit zu erfassen. Von einer Fortführung bis in den Sommer 1963 – etwa wegen der medialen Darstellung zum Kennedy-Besuch in Berlin – wurde abgesehen, weil die Kuba-Krise in ihrer akuten Zuspitzung bereits Ende Oktober 1962 beigelegt war und sich bei der Untersuchung der Berichterstattung über die seitdem stattfindenden politischen Aufräumarbeiten einfach nichts Neues mehr ergab. Das Quellenmaterial wird umfassend nach relevanten Texten durchgesehen; alle Zeitungssparten außer Feuilleton und Sport werden ausgewertet. Die Berichterstattung und Kommentierung wurde in sämtlichen journalistischen Darstellungsformen untersucht; es finden also sowohl Nachrichtenbeiträge als auch explizite Meinungsformen Beachtung. Die Ressorts und Rubriken werden kontinuierlich und auch bis ins Detail gehend nach inhaltlich leitenden Fragen durchgearbeitet und durch die Einteilung nach thematischen Kategorien strukturiert. Die Auswahl der Kategorien ergab sich auch aus der Sichtung des

²⁷³ Jacobi: Der Verleger Axel Springer, S. 185.

²⁷⁴ Jürgs, Michael: Der Fall Axel Springer. Eine deutsche Biographie, München, Leipzig 1995, S. 229.

²⁷⁵ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

²⁷⁶ Schwarz: Axel Springer, S. 352.

Stoffs, dient der Kanalisierung der Materialfülle und soll alles erfassen, was im Rahmen der Fragestellung von Relevanz ist. Die ursprünglich lediglich als Arbeitstitel gedachten Überschriften sind dann geblieben. „Das politische Ringen“ erfasst die Berichterstattung und Kommentierung zu den zentralen Ereignissen, Situationen, Konstellationen. Der Kategorie „Wettrüsten“ werden neben dem die Menschheit in Atem haltenden Wettlauf im All auch das Stärkeverhältnis und die Rüstungsanstrengungen der Supermächte sowie das Thema Zivilschutz zugeordnet. Mit jeweils eigenen Kategorien wird das Verhältnis der Deutschen zur Einheit und ihrer Solidarität zu Berlin bedacht. Die mediale Darstellung über das umstrittene Gemeinwesen wird auch eigens gewürdigt. Der „Berichterstattung über die DDR“ ist die Fluchtentwicklung durchgängig zugeordnet; lediglich im Sommer 1961 fließt dieser Aspekt zusätzlich noch parallel ins entsprechende Politik-Kapitel mit ein. Die Themen sind also recht breit gefaßt. Die typische Konzeption der „Welt“ in dieser Phase wird beschreibend-interpretierend herausgearbeitet; auf die zeitgeschichtliche Konstellation einwirkende Tendenzen werden analysierend dargestellt. Neben der Frage nach der Art der Darstellung und Beurteilung spielt auch der Grad der Beachtung der verschiedenen Themen eine Rolle. Neben dem Bestreben um die Deutung der einzelnen Kommunikationen geht es auch darum, aus der großen Anzahl der Mitteilungen wesentliche Muster und maßgebliche Tendenzen herauszudestillieren. Schließlich lassen sich von der beschreibenden Basis aus auch weitergehende Schlussfolgerungen ziehen. Auf deskriptiv-geisteswissenschaftlich-hermeneutisch-interpretierende Weise wird der Inhalt analysiert; es handelt sich aber nicht um eine Inhaltsanalyse²⁷⁷ mit den Methoden

²⁷⁷ Mitteilungen im Kommunikationsprozess können mittels Inhaltsanalyse untersucht werden. So lassen sich auch Folgerungen auf den Kommunikator, seine Absichten, auf die Beschaffenheit der Empfänger und die Resonanz der Mitteilung ziehen. Auch bei Verfolgung einer nicht ausdrücklich diagnostischen oder prognostizierenden Fragestellung und einer eher deskriptiven Vorgehensweise führt die Inhaltsanalyse zu auch von den sprachlichen Fähigkeiten und dem Interpretationsvermögen des Bearbeiters bedingten Folgerungen. Bei diesem analytischen Verfahren handelt es sich um die formalisierte wissenschaftliche Abwandlung einer gewöhnlichen Erkenntnisgewinnung. Zur Erfüllung der wissenschaftlichen Anforderungen sind in methodischer Hinsicht Systematik und intersubjektive Überprüfbarkeit notwendig. Systematik ist gegeben, wenn das analysierende Verfahren für den kompletten Stoff einheitlich angewandt wird. Die zu untersuchenden Mitteilungen sind planvoll gemäß der Fragestellung auszuwählen. Intersubjektive Überprüfbarkeit liegt vor, wenn die Arbeit aufgrund der Dokumentation prinzipiell replizierbar ist. Bei einer Untersuchung des Stoffs unter identischen Bedingungen müssten die gleichen Resultate erzielt werden. Von zentraler Bedeutung für die Inhaltsanalyse sind Kategorien. Mittels der Kategorien können aus der Mitteilung im Kommunikationsprozess Aspekte ausgewählt und in Daten übertragen werden. Die Entscheidung für die Schaffung von Kategorien ergibt sich aus der Fragestellung sowie aus der Sichtung des Stoffs und hat die Hauptaspekte des zu bearbeitenden Vorhabens umfassend zu beachten. So: Schulz, Winfried: Inhaltsanalyse, in: Noelle-Neumann, Elisabeth; Schulz, Winfried; Wilke, Jürgen (Hg.): Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation, 5. aktual. vollst. überarb. und erg. Aufl. Frankfurt/Main 2009. (S. 43-64) hier S. 50 ff.
Die Arbeit ließe sich wohl mit gutem Willen auch irgendwie als qualitative Inhaltsanalyse klassifizieren. Doch ist die Methodologie der historischen Inhaltsanalyse offenbar noch nicht hinreichend formuliert. Diese Lage bedeutet einerseits Unsicherheit; andererseits birgt sie auch die Chance für neue Ansätze. Der Verfasser sieht sich jedoch lieber auf der sicheren Seite und zieht es deshalb vor, unter dem oben genannten Wind zu segeln. Die Literatur zur Inhaltsanalyse befasst sich vorwiegend mit computer-gestütztem Vorgehen mit Codiergruppen, was hier einfach nicht recht passend ist. (So: Rössler, Patrick:

der Soziologie. In die Arbeit fließen die gängige Springer-spezifische Literatur sowie das in den verschiedenen Archiven erhaltene Material mit ein, was neben dem Blick hinter die Kulissen auch der gewünschten Profilierung der einzelnen Journalisten dient. So gelingt die Durchdringung des Gegenstands bis weit in die Verästelungen.

Eine zuverlässige Analyse der Texte ist Bedingung für eine mögliche darauf aufbauende – intellektuell sicher anspruchsvollere – historische Diskursanalyse, der sich jemand anders annehmen mag. Bei solchen Untersuchungen geht es um die Bedeutung von in Texten, Bildern und Artefakten wiederholt festzustellenden Phänomenen. Hier wird ein Konstruktionscharakter soziokultureller Realitäten vorausgesetzt, gilt das Interesse den Mitteln und Wegen, mit denen in der geschichtlichen Entwicklung Formen des Wissens, der Wahrheit und Realität geschaffen werden. Die die konstruktive Arbeit leistenden Ordnungsmuster können schaffend oder beschränkend wirken und sollen Regelmäßigkeiten unterliegen. Jedes Medium und jeder Gegenstand trägt Landwehr zufolge zur Formierung eines Diskurses bei. Die Analyse verwendet hier hermeneutische Mittel, um in Erfahrung zu bringen, welche Umstände zur Schaffung solcher Erscheinungen als Realitäten geführt haben. Das Anliegen besteht darin, herauszufinden warum bestimmte Aussagen aufgetreten sind. Die Untersuchung zielt gerade auf nicht ausgedrückte Wahrheiten, verbreitet angenommene Realitäten, über die eine Verständigung sich erübrigt. Es sollen Sachverhalte untersucht werden, die zu einer bestimmten Zeit in ihrer Vermittlung als gegeben akzeptiert werden. Von einem einzigen Medium ist dabei nicht mehr zu erhoffen als das Finden einzelner Diskursfäden.²⁷⁸

Inhaltsanalyse, 2. überarb. Aufl. Konstanz 2010, Mayring, Philipp: Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, 10. Aufl., Weinheim, Basel, 2008, Lederer, Brigitte; Hudec, Marcus: Computergestützte Inhaltsanalyse. Ein Modell für die Printmedien, Frankfurt, New York 1992, Lissmann, Urban: Inhaltsanalyse von Texten, (Forschung, Statistik & Methoden., Bd. 2), Landau 1997, Klammer, Bernd: Empirische Sozialforschung. Eine Einführung für Kommunikationswissenschaftler und Journalisten, Konstanz 2005, Mikos, Lothar; Wegener, Claudia (Hg.): Qualitative Medienforschung. Ein Handbuch, Konstanz 2005, Flick, Uwe; Kardorff, Ernst von; Steinke, Ines (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch, 2. Aufl. Reinbek 2003.).

²⁷⁸ Landwehr, Achim: Historische Diskursanalyse, Frankfurt/Main 2008, S. 92-106 und S. 118.

1.3. Zur Presseuntersuchung

Zu den konstituierenden Elementen der modernen Demokratie gehören Massenmedien.²⁷⁹ Aufgaben dieser Medien sind Information, Gedankenaustausch, Kontrolle, Kritik und – wie manche meinen – auch Erziehung.²⁸⁰ Voraussetzung für öffentliche Diskussion ist vollständige, verständliche wie objektive Information.²⁸¹ Der Anspruch auf Objektivität ist erfüllt, wenn die Vermittlung auf sachliche Weise erfolgt, sich an die Tatsachen hält, genau kontrolliert und umfassend ist sowie überdies frei von Sonderinteressen ist.²⁸² Die Rolle der Medien im politischen Bereich erschöpft sich nicht nur darin, Chronist und Nachrichtenvermittler zu sein; es geht auch um einen Anhalt für die Bewertung.²⁸³ Eine Zeitung kann eine politische Überzeugung anhand variierender Gegenstände ihrem Publikum nahebringen.²⁸⁴ Die Massenmedien beschränkten sich in der Nachkriegszeit nicht nur auf die Spiegelung des Geschehens, sondern gestalteten Gesellschaft und Politik mit. Sie trugen zur Akzeptanz der demokratischen Staatsform in der westdeutschen Bevölkerung bei.²⁸⁵ Diese befand sich nach dem mehrfachen Verlust der Ausstattung an Normen aufgrund der Erfahrung massenhafter Arbeitslosigkeit und Demagogie, dann im „Dritten Reich“ durch die über gelenkte Massenmedien erreichte Annahme des Wertsystems der Diktatur und deren schließlichem Untergang in einer Phase der Umorientierung der Wertordnung und nahm allmählich demokratische Prinzipien an.²⁸⁶ Zu den Vorzügen der Presse im Vergleich zu schnelleren Medien gehört es, umfangreicher informieren zu können, Hintergründe und Zusammenhänge schildern zu können und dass der Leser sich den Zeitpunkt der Beschäftigung aussuchen kann.²⁸⁷ Das Publikum schenkt seine Aufmerksamkeit insbesondere sehr berührenden oder einem vertrauten Schema entsprechenden Informationen.²⁸⁸ Um der sich weitgehend über Medien ein Bild

²⁷⁹ Arndt, Adolf: Die Rolle der Massenmedien in der Demokratie, in: Löffler, Martin: Die Rolle der Massenmedien in der Demokratie, München und Berlin 1966 (S. 1-21), hier S. 17.

²⁸⁰ La Roche, Walther von; Maaßen, Ludwig: Massenmedien. Fakten – Formen – Funktionen in der Bundesrepublik Deutschland, Heidelberg 1983, S. 11 f.

²⁸¹ Glotz, Peter; Langenbucher, Wolfgang R.: Der missachtete Leser. Zur Kritik der deutschen Presse, München, Nachdruck, 1993, S. 39 f.

²⁸² Pürer, Heinz: Publizistik und Kommunikationswissenschaft. Ein Handbuch, Konstanz 2003, S. 204.

²⁸³ Eilders, Christiane; Neidhardt, Friedhelm; Pfetsch, Barbara: Die Stimme der Medien – Pressekommentare und politische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2004, S. 11.

²⁸⁴ Boden, Ulrike; Bortz, Jürgen; Braune, Paul; Franke Joachim: Langzeiteffekte zweier Tageszeitungen auf politische Einstellungen der Leser, in: König, Rene (Hg.): Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 27. Jg., Köln 1975, (S. 755-778), hier S. 756.

²⁸⁵ Schildt, Axel: Massenmedien im Umbruch der fünfziger Jahre, in: Wilke, Jürgen: Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1999, (S. 633-648), hier S. 634 und S. 643.

²⁸⁶ Noelle-Neumann, Elisabeth: Der Staatsbürger und sein Staat, in: Hammerschmidt, Helmut (Hg.): Zwanzig Jahre danach. Eine deutsche Bilanz 1945-1965, Achtundreissig Beiträge Deutscher Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten, München, Wien, Basel 1965, (S. 79-104), hier S. 79 ff.

²⁸⁷ Gillissen, Günther: Die Tageszeitung, in: Pross, Harry (Hg.): Deutsche Presse seit 1945, Bern, München, Wien 1965, (S. 119-134), hier S. 131.

²⁸⁸ Donsbach, Wolfgang: Medienwirkung trotz Selektion. Einflussfaktoren auf die Zuwendung zu Zeitungsinhalten, Köln, Weimar, Wien 1991, S. 24.

verschaffenden Bevölkerung eine kritische Aufnahme des Geschehens zu ermöglichen, sollten sich diese Organe an Sachlichkeit und Vollständigkeit orientieren.²⁸⁹ Der Bezug zur Wirklichkeit hängt auch von der Wahrnehmung dessen ab, was die Massenmedien als Bild von der Realität vorstellen.²⁹⁰ Es gibt auch sehr wohl Fälle, bei denen die Kluft zwischen dargestellter und wirklicher Entwicklung so weit geht, dass kein Zusammenhang besteht.²⁹¹ Von einem einzelnen Medium kann nicht erwartet werden, sämtliche wichtigen Interessen komplett zu thematisieren; dies ist höchstensfalls dem gesamten Kommunikationssystem möglich.²⁹² Das traditionsreiche Zeitungswesen spielt weiterhin eine eminent wichtige Rolle und wird daher von der Forschung unterschiedlicher Disziplinen mit Aufmerksamkeit bedacht.²⁹³ Aufgrund der Nachrichtenvermittlung, der Spiegelung von Meinungen, Sichtweisen, Stimmungen und der Vorstellung von Analysen, kurzum wegen der „Bewegungsfunktion“ sind Zeitungen als Quellenmaterial relevant.²⁹⁴ Mittlerweile wird in der Forschung der Quellenwert der Presse, gerade für die Zeitgeschichte, nicht mehr ernsthaft bestritten.²⁹⁵ Der Medienhistoriographie sind konkrete Arbeiten zu ausgewählten Problemen mit solider Quellenbasis willkommen.²⁹⁶ Zu berücksichtigen ist, daß die publizistischen Organe bei Quellenangaben, vor allem bei der Nennung des vollen Namens der eigenen Mitarbeiter, vorsichtig sind.²⁹⁷ Als selbstverständlich wird die umfassende Durchdringung des gesellschaftlichen Alltagslebens durch Massenmedien erachtet.²⁹⁸ Zur Tendenz von Medien gehört es, Aktionen von Politikern großer Mächte, Konflikte generell und die Teilung der Weltgemeinschaft in mächtige und machtlose Staaten zu betonen.²⁹⁹ Bei einer

²⁸⁹ Meyn, Hermann: Massenmedien in Deutschland, Neuauf., Konstanz 2004, S. 24.

²⁹⁰ Wagner, Hans: Wirkungspotentiale moderner Medien. Information und soziale Orientierung: Vorgaben des Handelns, in: Hütter, Gerhard; Linke, Hermann (Hg.): Informiert bis zur Unmündigkeit. Einfluss und Verantwortung der Medien in der Bundesrepublik Deutschland, Herford, Bonn 1990, S. 15 f.

²⁹¹ Kepplinger, Hans Mathias: Realität, Realitätsdarstellung und Medienwirkung, in: Wilke, Jürgen (Hg.): Fortschritte der Publizistikwissenschaft, Freiburg, München 1990, (S. 39-56), hier S. 49 und S. 51.

²⁹² Nissen, Peter; Menningen, Walter: Der Einfluss der Gatekeeper auf die Themenstruktur der Öffentlichkeit, in: Langenbacher, Wolfgang R. (Hg.): Politik und Kommunikation. Über die öffentliche Meinungsbildung, München, Zürich 1979, (S. 211-232), hier S. 211.

²⁹³ Bröder, Friedrich, J.: Presse und Politik. Demokratie und Gesellschaft im Spiegel politischer Kommentare der „FAZ“, der „Welt“ und der „Süddeutschen Zeitung“, Erlangen 1976, S. 1 und S. 10.

²⁹⁴ Steinbach, Peter: Zeitgeschichte und Massenmedien aus der Sicht der Geschichtswissenschaft, in: Wilke, Jürgen (Hg.): Massenmedien und Zeitgeschichte (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Bd. 26), Konstanz 1999, (S. 32-52), hier S. 35, 45 und 50.

²⁹⁵ Rudolf, Günther: Presseanalyse und zeitgeschichtliche Forschung. Telegraf und WAZ zur Berlin-Krise 1948/49, (Reihe Kommunikation und Politik Bd. 6), Pullach bei München 1972, S. 13.

²⁹⁶ Frei, Norbert: Neue Historische Literatur. Presse-, Medien-, Kommunikationsgeschichte. Aufbruch in ein interdisziplinäres Forschungsfeld?, in: Gall, Lothar (Hg.): Historische Zeitschrift Bd. 248, München 1989, (S. 101- 114) hier S. 102.

²⁹⁷ Birnbaum, Immanuel: Geschichte in der Zeitung – Zeitung als Geschichte, in: Borowsky, Peter; Vogel, Barbara; Wunder, Heide (Hg.): Gesellschaft und Geschichte I: Geschichte in Presse, Funk und Fernsehen. (Studienbücher Moderne Geschichte, Bd. 3), Opladen 1976, S. 59 f.

²⁹⁸ Hepp, Andreas: Cultural Studies und Medienanalyse, Opladen, Wiesbaden 1999, S. 11.

²⁹⁹ Schulz, Winfried: Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung, Freiburg, München 1976, S. 15.

Untersuchung von Presseerzeugnissen geht es um den Output, die Nachrichten, nicht um das Ereignis selbst.³⁰⁰ Problematisch bei der kritischen Analyse sind der Anschein von Authentizität und die Selbstverständlichkeit der täglichen Nutzung.³⁰¹ Die Lektüre von Tageszeitungen beeinflusst durchaus politische Kenntnisse wie Einstellungen.³⁰² Beispielsweise wird Resonanz in der Schaffung von Problembewusstsein gesehen.³⁰³ Mittels Massenkommunikation lassen sich Änderungen bei Rezipienten im Wissen, in der Einstellung, im Verhalten und in Emotionen herbeiführen, wobei diese Wirkungen beabsichtigt oder unabsichtlich, kurz- oder langfristig ausfallen können. Der Lerneffekt des Lesers hängt von der Vermittlung, seiner persönlichen Lage, dem Umfeld und seinen Fähigkeiten ab.³⁰⁴ Die dauerhafte Wirkung auf Meinung und Haltung der Leserschaft ist – selbst bei Annahme gezielter Manipulation der Information – allerdings unsicher, da Lebenserfahrung, Diskussion und Anregung aus dem Umfeld sowie zusätzlicher Lesestoff eine Rolle spielen.³⁰⁵ Bei den vielschichtigen Wirkungszusammenhängen ist also eine ganze Reihe von Faktoren von Belang.³⁰⁶ Qualitätszeitungen, zu deren Selbstverständnis der Anspruch gehört, umfassend und unabhängig von Herrschaftsinteressen zu informieren, üben aufgrund ihres Renommées politischen Einfluss aus. Eine Zeitung wie die „Welt“ gilt als seriös; das Publikum erwartet keine interessengebundene Auswahl in der Berichterstattung.³⁰⁷ Schon aufgrund von Selektion und Herausstellen der Themen werden Leser für diese sensibilisiert. Zu bedenken ist, dass die Bevölkerung nicht selten ausschließlich über die Medien eine Vorstellung über ein Geschehen erhält.³⁰⁸ Medien sind also von zentraler Bedeutung für die Sicht ihrer Konsumenten auf die Welt. Die Gewichtung der Nachrichten hat Einfluss auf die Prioritäten, die Themen in der Öffentlichkeit erhalten.³⁰⁹ Leser sind also geneigt, von den Medien ins Spiel gebrachte Themen für bedeutsam zu erachten.³¹⁰ Die Stereotypisierung politischer Angelegenheiten wird verbunden mit wertenden Äußerungen und wendet sich somit auch an die Meinung

³⁰⁰ Loosen, Wiebke: Die Medienrealität des Sports. Evaluation und Analyse der Printberichterstattung, Wiesbaden 1998, S. 37.

³⁰¹ Schulte, Herbert: Medienanalyse und Medienkritik. Eine Einführung für Lehrende und Lernende, (Reihe Medien und Bildung, Bd. 1), Münster, Hamburg 1992, S. 1.

³⁰² Schönbach, Klaus: Das unterschätzte Medium. Politische Wirkungen von Presse und Fernsehen im Vergleich, (Reihe Kommunikation und Politik, Bd. 16), München, New York, London, Paris 1983, S. 23f.

³⁰³ Donsbach, S. 18.

³⁰⁴ Maletzke, Gerhard: Medienwirkungsforschung. Grundlagen, Möglichkeiten, Grenzen, Tübingen 1981, S. 6 ff.

³⁰⁵ Kruip, S. 261 ff.

³⁰⁶ Schenk, Michael: Medienwirkungsforschung, Tübingen 1987, S. 441.

³⁰⁷ Schönbach, Klaus: Trennung von Nachricht und Meinung. Empirische Untersuchung eines journalistischen Qualitätskriteriums, Freiburg, München 1977, S. 29.

³⁰⁸ Schulz, Winfried: Medienanalyse (Inhaltsanalyse) und Wirkungsforschung, in: Schulz, Winfried (Hg./) Deutsche Forschungsgemeinschaft/Kommission für Medienwirkungsforschung: Medienwirkungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland, Weinheim 1987, (S. 111-116), hier S. 114.

³⁰⁹ McCombs, Maxwell: Agenda-Setting: Zusammenhänge zwischen Massenmedien und Weltbild, in: Schorr, Angela: Publikums- und Wirkungsforschung, Wiesbaden 2000, (S. 123-136), S. 123 f.

³¹⁰ Meyn, S. 27.

der Rezipienten. Bei außerhalb der Lebenssphäre der Adressaten liegenden Apekten wird durch Suggestion von Betroffenheit Interesse erzeugt.³¹¹ Es ist allerdings nicht zutreffend, sich Rezipienten als passive Figuren in der Hand von Manipulatoren vorzustellen.³¹² Leser nehmen ja nicht nur Aussagen an; sie greifen heraus, kontrollieren und lehnen ab, was ihnen angeboten wird.³¹³ Sie lassen sich schon wegen der durch Sozialisation bedingten Prägung in ihren Werten und Einstellungen nicht einfach nach Gutdünken wie ein unbeschriebenes Blatt Papier gestalten.³¹⁴ Das Publikum entscheidet sich für ein publizistisches Produkt, dessen Richtung den eigenen Anschauungen möglichst entspricht.³¹⁵ Schon wegen dieser Kongruenz wirkt dieses eher bestätigend als lenkend.³¹⁶ Die Entscheidung des Käufers für eine Zeitung bedeutet nicht unbedingt größte Achtung, sondern eher die Wahl des für das „geringste Übel“ gehaltenen Produkts, wobei auch den Journalisten nicht wenig Misstrauen entgegen gebracht wird.³¹⁷ Der Kommentierung lässt sich die Meinung der Zeitung am besten entnehmen. In diesem Genre können sowohl tagespolitische als auch langfristige Entwicklungen thematisiert werden. Gerade der nur ausgewählten Autoren vorbehaltene Leitartikel eröffnet das politische Profil, bezeichnet die redaktionelle Linie des Blatts. Diese Beiträge werden sowohl von einem erheblichen Anteil der Rezipienten als auch von politischen Entscheidungsträgern mit Aufmerksamkeit bedacht.³¹⁸ Wie jedenfalls eine 1958 von der Marktforschung des Springer-Verlags angestellte Untersuchung zur „Welt“ ergab, erhielt der Leitartikel besondere Beachtung, die hauptsächlich auf Thema und Verfasser beruhte, wobei Chefredakteur Zehrer und Redakteur Sethe besonders von der Leserschaft geschätzt wurden.³¹⁹ Bedenklich ist es, wenn das Medium die eigene Auffassung nicht direkt in meinungsbetonten Darstellungsformen äußert, sondern diese in Nachrichten und Reportagen versteckt präsentiert. Zur Analyse der Haltung eines solchen Organs ist es notwendig, die Nachrichten zu untersuchen, zumal sich die Leserschaft hier beeinflussen lässt, weil sie nicht Lenkung sondern Information erwartet.³²⁰ Schon aufgrund von Nachrichten bildet

³¹¹ Pfetsch, Barbara: Themenkarrieren und politische Kommunikation. Zum Verhältnis von Politik und Medien bei der Entstehung der politischen Agenda, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1994 II, Jg. 66, Bonn 1994, (S. 11-20, B39), hier S. 12 f., B39.

³¹² Meyn, S. 227.

³¹³ Pürer: *Publizistik und Kommunikationswissenschaft*, S. 310.

³¹⁴ Maletzke, S. 39 f.

³¹⁵ Donsbach: *Medienwirkung trotz Selektion. Einflussfaktoren auf die Zuwendung von Zeitungsinhalten*, S. 207.

³¹⁶ Noelle-Neumann: *Der Staatsbürger und sein Staat*, S. 92.

³¹⁷ Habe, Hans: *Wunder, Segen und Fluch der deutschen Presse*, in: Hammerschmidt, Helmut (Hg.): *Zwanzig Jahre danach. Eine deutsche Bilanz 1945-1965. Achtundreissig Beiträge Deutscher Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten*, München, Wien, Basel 1965, (S. 338-359) hier: S. 338 f.

³¹⁸ Eilders, Neidhardt, Pfetsch, S. 13 ff.

³¹⁹ Unternehmensarchiv: F31/6958, *Zur Marktsituation der Zeitung DIE WELT, I. Marktanalytische Daten*, (durchgeführt im Herbst 1958), Verlagshaus Axel Springer, Abt. Leser- und Marktforschung, S. 4 ff.

³²⁰ Noelle-Neumann, Elisabeth; Schulz, Winfried; Wilke, Jürgen (Hg.): *Das Fischer Lexikon Publizistik*

sich das Publikum ein Urteil. Mit der Auswahl und der Art der Präsentation kann das publizistische Organ die Rezipienten in eine gewünschte Richtung drängen und auf die öffentliche Meinung einwirken. Neutraler Stil suggeriert objektive Information.³²¹ In der Wiedergabe liegende Verkürzung und Betrachtung aus einer bestimmten Perspektive sprechen gegen Objektivität in der Tatsachenzugabe.³²² Auch eine in den Köpfen der Menschen festgesetzte „Pseudo-Umwelt“ kann sich auf Meinungen wie Einstellungen auswirken.³²³ Der Einsatz von Meinungen in der Gesellschaft lässt sich mit der Verwendung von Öl bei Maschinen vergleichen. Es genügt, es vorsichtig dosiert an die richtige Stelle zu sprühen.³²⁴ Bei tendenziöser Berichterstattung übernimmt der Journalist die Aufgabe des handelnden Politikers und vertritt eine Position.³²⁵ Die Bedeutung von Nachrichten liegt gerade in der Schaffung von Problembewusstsein. Medienwirkung entfaltet sich zumeist nicht aufgrund einer vereinzelter Kommunikation, sondern vielmehr wie ein steter, den Stein schließlich höhlender Tropfen.³²⁶ Die Steuerung des Handelns läuft über die Implantierung von Moralvorstellungen und Abwehrmechanismen, ohne dass der Betreffende sich dessen bewusst ist. Manipulatives Vorgehen mit publizistischen Mitteln berücksichtigt die selektive menschliche Wahrnehmung, die dafür sorgt, dass nur solche Informationen angenommen werden, die schon gefestigten Überzeugungen entsprechen.³²⁷ Bei einem der Bevölkerung bereits geläufigen Themengebiet dauert es einige Monate, bis sich ein Schwenken der Tendenz der medialen Information in einer Veränderung des Meinungstrends niederschlägt.³²⁸ Die manipulierte Leserschaft macht sich bei einer Information gar keine Gedanken mehr, sondern übernimmt die stereotype Verzerrung als Wirklichkeit.³²⁹ Zur Beeinflussung gehören neben Auswahl und Kommentierung auch sprachliche Möglichkeiten zur Einfärbung der Nachrichten. Dazu zählen Wortwahl und Metaphorik; eine Nachricht kann bereits in der Überschrift kommentiert werden. Meinungen können statt Tatsachen Gegenstand der Darstellung sein; bereits in der Zusammenfassung kann eine wertende Darstellung liegen. Zudem können Nachrichten Deutungen und Vergleiche enthalten. Auch bei Quellenangaben ist Vorsicht

Massenkommunikation, Frankfurt/Main 1994, S. 108.

³²¹ Schönbach: Trennung von Nachricht und Meinung, S. 25 f.

³²² Schwarzkopf, Dietrich: Zehn Hindernisse für die gebotene Objektivität, in: Bentele, Günter; Ruoff, Robert (Hg.): Wie objektiv sind unsere Medien?, Frankfurt/Main 1982, S. 201.

³²³ McCombs, S. 133.

³²⁴ Bröder, S. 81.

³²⁵ Lenz, Reimar: Die Welt als Wille und Vorstellung, in: Jansen, Bernd; Klönne, Arno (Hg.): Imperium Springer. Macht und Manipulation, Köln 1968, S. 114.

³²⁶ Donsbach, Wolfgang: Aspekte des Meinungsbildungsprozesses – der politische Einfluss der Medien, in: Hütter, Gerhard; Linke, Hermann (Hg.): Informiert bis zur Unmündigkeit? Einfluß und politische Verantwortung der Medien in der Bundesrepublik Deutschland, Herford, Bonn 1990, S. 38 und S. 57.

³²⁷ Arens, S. 11, 13.

³²⁸ Donsbach: Aspekte des Meinungsbildungsprozesses – der politische Einfluss der Medien, S. 49.

³²⁹ Arens, S. 21.

geboden. Ist von „gut unterrichteten Kreisen“ oder „politischen Beobachtern“ die Rede, so kann sich die Auffassung des Journalisten oder die seines Auftraggebers dahinter verbergen. Wenn sich gefühlsbetonte Aufrufe als Überschriften im Nachrichtenteil finden, wenn Zitate von Meinungen als Aufmacher verwendet werden und die Nachricht bereits im Meldungstext subjektiv dargestellt oder gar durch Kommentierung ersetzt wird, handelt es sich eher um ein Instrument zur politischen Führung als eine Zeitung im herkömmlichen Sinn. Diese Mittel werden überwiegend nicht bewusst gebraucht, weil die parteinehmenden Journalisten im Glauben handeln, die richtige Sicht auf die Dinge zu haben. Mit der ideologischen Färbung wird eine in Schwarz-Weiß-Malerei gehaltene Weltsicht gezeichnet. Statt nüchterner Sprache finden sich der Aufruf, die Predigt und das Pamphlet.³³⁰ Es ist nicht zu erwarten, dass Massenmedien die Wirklichkeit exakt repräsentieren. Mediale Berichterstattung kann unpräzise oder verzerrt sein, kann einer Tendenz folgen oder eine ideologisch gefärbte Sichtweise bieten. Was als Wirklichkeit dargestellt wird, ist das Produkt professioneller Arbeit. Hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Realität und Medien bestehen unterschiedliche Sichtweisen. Eine Ansicht versteht Medien als Spiegel der Realität; demnach ist die Erstellung eines getreuen und genauen Abbilds der Welt intendiert. Eine andere Auffassung betrachtet Medien als Institutionen, die über Auswahl und Sinnggebung eine Wirklichkeit konstruieren, die der Allgemeinheit als Basis für Handeln dienen kann. Bei Annahme einer eigenen Medienrealität ist von Interesse, wie nach welchen Selektions- und Interpretationsregeln die Wirklichkeit definiert wird.³³¹ Bei der Auswertung von Zeitungsartikeln als Primärquelle ist zudem zu bedenken, daß Berichterstattung nicht vollständig ist, ja gar nicht umfassend sein kann. Ereignisse werden erst aufgrund der Auswahl aus der Totalität und Komplexität des Geschehens zu Nachrichten. Die Selektion der Information ist abhängig von einer Reihe von Faktoren: Eine Vorauswahl der Nachrichten wird bereits durch die Presseagenturen vorgenommen. Die persönliche Einstellung und Erfahrung des einzelnen Journalisten, das Arbeiten unter Zeitdruck spielen neben der redaktionellen Linie des Blatts eine Rolle.³³² In Redaktionen vorherrschendes Meinungsklima und Gruppendruck fördern wiederum die Neigung zur Selbstzensur der Mitarbeiter.³³³ Die Situation eines Journalisten kann eine gewisse Parallele zu der eines Fabrikarbeiters aufweisen. Er hat die Ware zu produzieren, die sich nach Meinung des Fabrikanten am

³³⁰ Lenz, S. 114-134.

³³¹ Loosen, S. 28 ff.

³³² Schulz, Winfried: Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung, 2. Aufl., Freiburg, München 1990, S. 8 und 11 f.

³³³ Zetterberg, S. 61 f.

besten verkauft.³³⁴ Zu den Selektionsfaktoren zählen Vereinfachung und Sensationalismus; von Relevanz sind auch Dauer und Kontinuität des Geschehens ebenso wie räumliche oder kulturelle Nähe.³³⁵ Entscheidend für den Nachrichtenwert sind zudem Überraschung, politische Relevanz, nationale Zentralität und Identifikation.³³⁶ Der Nachrichtenwert wird auch in der Abstufung der Beachtung deutlich; hier dienen Platzierung, Aufmachung und Umfang der Meldung als Indikatoren.³³⁷ Die Auswahl des Wirklichkeitsausschnittes wird mit Blick auf das erwartete Leserinteresse vorgenommen. Schon in der Selektion eines Wirklichkeitsausschnittes liegt ein Kommentar, der seine Fortsetzung in der bewertenden Darstellung findet. Beide Aspekte, die Auswahl eines Wirklichkeitsausschnittes und die Bewertung des Ereignisses, machen den Quellenwert von Zeitungsartikeln aus, da sie eine Mentalität dokumentieren.³³⁸ In dem Moment, in dem das publizistische Produkt der Leserschaft vorgelegt wird, ist es das Ergebnis vieler Auswahlprozesse, die auch über Platzierung, Gewichtung und Akzentuierung eines Artikels entscheiden.³³⁹ Der enorme Selektionsdruck bei der redaktionellen Arbeit gegenüber den Nachrichten steht im Konflikt mit dem aus der öffentlichen Aufgabe erwachsenden Anspruch, vollständige und sachliche Information zu bieten, um der Bevölkerung zu ermöglichen, kritisch das öffentliche Geschehen zu verfolgen.³⁴⁰ Nach dem Zweiten Weltkrieg war in der westdeutschen Presse wegen ihrer öffentlichen Aufgabe durch die angelsächsischen Mächte die neue Norm der Trennung von Nachricht und Kommentar eingeführt worden. Dies war vorher in Deutschland nicht üblich gewesen. Damit sollte zur unbeeinflussten Meinungsbildung beigetragen werden; der Rezipient sollte erkennen können, was er „für bare Münze“ nehmen konnte und was lediglich redaktionelle Meinung war. Schon in den 50er Jahren war die alte Praxis des Einschmuggelns von Meinung in die Nachricht wieder zunehmend festzustellen, wenn auch das hehre Postulat als Anspruch erhalten blieb. Eine vollständige Trennung von Nachricht und Kommentar ist letztlich aber nicht möglich, schon weil in der Auswahl eine Wertung liegt und in Nachrichten wertende Formulierungen auftreten.³⁴¹ Abgesehen davon schließen Meinungsäußerungen Faktenvermittlung ja nicht aus.³⁴² Die Leserschaft erwartet von ihrer Zeitung Nachrichten, Unterhaltung und Anregung für mögliche Gesprächsthemen, auch für Unterhaltungen mit Personen, zu denen

³³⁴ Knipping, Franz: Monopole und Massenmedien, Ost-Berlin 1969, S. 161.

³³⁵ Schulz: Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien, S. 11 ff und S. 31 ff.

³³⁶ Loosen, S. 29 ff.

³³⁷ Schulz: Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien, S. 30.

³³⁸ Scheck, Henning: Antikommunismus in der Ära Adenauer im Spiegel der Zeitschriften „Rheinischer Merkur“ und „Vorwärts“, Magisterarbeit, Hamburg 1998, S. 9.

³³⁹ Wilke, Jürgen: Nachrichtenauswahl und Medienrealität in vier Jahrhunderten. Eine Modellstudie zur Verbindung von historischer und empirischer Publizistikwissenschaft, Berlin, New York 1984, S. 12.

³⁴⁰ Schulz: Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien, S. 7 ff.

³⁴¹ Schönbach: Trennung von Nachricht und Meinung, S. 13 ff, S. 21 ff.

³⁴² Rudolf, S. 14.

oberflächlicher Kontakt besteht. Gerade schlecht in Gesprächskreise und Netzwerke integrierte Menschen orientieren sich über das herrschende Meinungsklima an Medien. Bei der hier gebotenen Auswahl an Themen wie Ansichten macht das Fehlen der eigenen Auffassung stutzig. Wegen der menschlichen Isolationsfurcht besteht die Neigung, sich an die dominierende öffentliche Meinung zu halten. Es liegt nahe sich zurückzuhalten und zu schweigen, was zum Verschwinden der eigenen Auffassung beiträgt. Medien spielen also eine bedeutende Rolle für die Selektion der „überlebenden“ öffentlichen Meinungen.³⁴³ Im Rahmen des ökonomischen Konkurrenzkampfs bieten Verlage Information, Meinungen und Unterhaltung als Ware an. Die Kaufentscheidung des Konsumenten bestimmt das Bestehen des Anbieters. Das an der Nachfrage orientierte publizistische Produkt lässt sich also auch als Spiegel der Interessen, Meinungen und Einstellungen der Leserschaft deuten. Zu bedenken ist weiter, dass Interessengruppen wie Journalisten und Verleger die Öffentlichkeit, Regierung und Parteien zu beeinflussen trachten.³⁴⁴ Es ist auch auf die wachsende Bedeutung der konkurrierenden Medien hinzuweisen. Die Berichterstattung über Mauerbau und Kuba-Krise gehört zu den letzten großen Stunden des Hörfunks; in der folgenden Zeit wird das Fernsehen zum Leitmedium.³⁴⁵ Zu den Vorteilen des Fernsehens wie des Rundfunks zählt die Möglichkeit Informationen viel rascher verbreiten zu können.³⁴⁶ Das Publikum kann nicht umfassend die Berichterstattung aller medialen Angebote wahrnehmen; die Nutzung erfolgt vielmehr selektiv.³⁴⁷ Es entspricht zudem dem menschlichen Bedürfnis, das Überraschungsfeld des globalen Geschehens auf überschaubare Ausschnitte zu reduzieren, um die Übersicht halten zu können und um das Vertrauen in die Welt zu erhalten. Gerade in beunruhigenden und unübersichtlichen Lagen neigt der Mensch dazu, auf bestimmte Dinge zu achten und andere wiederum zu ignorieren.³⁴⁸ Für das Jahr 1964 kommt eine Untersuchung über die Zuwendung zu Massenmedien in der Bundesrepublik zum Ergebnis, dass Tageszeitungen 35 Minuten, dem Radioprogramm 90 Minuten und dem Fernsehen 70 Minuten der täglichen Aufmerksamkeit gewidmet wurde.³⁴⁹ Zu den als Quellen verwendeten Zeitungsbeiträgen ist einleitend zu erläutern: Die Nachricht ist die nach bestimmten Regeln gestaltete

³⁴³ Zetterberg, Hans L.: Medien, Ideologie und die Schweigespirale, in: Wilke, Jürgen (Hg.): Öffentliche Meinung – Theorie, Methoden, Befunde, Freiburg, München 1992, (S. 51-76) S. 57 ff.

³⁴⁴ Noelle-Neumann; Schulz; Wilke: Das Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation, 1994, S. 119 f.

³⁴⁵ Steinbach: Zeitgeschichte und Massenmedien aus der Sicht der Geschichtswissenschaft, S. 37.

³⁴⁶ Brepohl, Klaus: Lexikon der neuen Medien, Köln 1977, S. 17.

³⁴⁷ Kepplinger, Hans Mathias; Noelle-Neumann, Elisabeth: Wirkung der Massenmedien, in: Das Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation, aktual., überarb. und erg. Aufl. Frankfurt/Main 2002, (S. 597-647) hier S. 604.

³⁴⁸ Koziol, Klaus: Die Tyrannei der mediengerechten Lösung: zur Weltaneignung durch Massenmedien, München 2000, S. 18 f.

³⁴⁹ Renckstorff, Karsten: Massenmedien, Gesellschaft und sozialwissenschaftliche Massenkommunikationsforschung, in: Hans-Bredow Institut für Rundfunk und Fernsehen (Hg.): Internationales Handbuch für Rundfunk und Fernsehen, 17. Ausgabe, Hamburg 1984, (S. A1-A 36) hier S. A 10.

Information über Ereignisse und Sachverhalte. Die Reportage ist ein tatsachenbezogener, aber persönlich gefärbter Erlebnisbericht; sie ist daher konkret und anschaulich.³⁵⁰ Der Leitartikel formuliert als „Flagge der Zeitung“ die Linie des Blattes. Wegen der Bedeutung wird diese Kundgebung der Redaktion an herausgehobener Stelle präsentiert. Dem Kommentar obliegt die Bewertung und Deutung des aktuellen Geschehens. Im Unterschied zum Leitartikel handelt es sich scheinbar um eine mehr sachliche Meinungsstilform, die mit Argumentation, dem Herstellen von Zusammenhängen zum Verständnis beitragen will. Die Glosse gilt als „Mückenstich“ der Meinungsartikel. Es handelt sich um kurze, oft zugespitzte und auf einen Aspekt beschränkte, zuweilen ironische Äußerungen.³⁵¹ Jeder Kommentar stellt eine Reaktion auf ein Ereignis dar; es besteht aber auch durchaus die Möglichkeit, daß die veröffentlichte Meinung eines renommierten Blattes die politischen Entscheidungsträger beeinflusst. Kommentare, insbesondere Leitartikel sind als Indikatoren der Aufmerksamkeit gegenüber einem bestimmten Thema anzusehen. Auch als Zufallsprodukte individueller Rezipientenäußerung einzustufende Leserbriefe finden Verwendung.³⁵² Zudem finden Interviews und die zumeist unkommentierte Wiedergabe von Pressestimmen Beachtung. Nur selten greife ich auf Rezensionen zurück. Als Aufmacher werden die Beiträge klassifiziert, die auf der Titelseite der Hauptschlagzeile unter dem Zeitungskopf folgen. Wegen dieser Platzierung haben sie unter den nicht expliziten Meinungsformen eine vergleichbar herausgehobene Stellung wie die Leitartikel unter den manifesten Meinungsformen.

³⁵⁰ Noelle-Neumann; Schulz; Wilke: Das Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation, 1989, S. 72-79.

³⁵¹ Noelle-Neumann; Schulz; Wilke: Das Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation, 1994, S.108 ff.

³⁵² Fischer, Heinz-Dietrich: Handbuch der politischen Presse in Deutschland 1480-1980. Synopse rechtlicher, struktureller und wirtschaftlicher Grundlagen der Tendenzpublizistik im Kommunikationsfeld, Düsseldorf 1981, S. 586.

2.1. Die internationale Politik

Bereits die Entwicklung der Besatzungszonen in Deutschland nach 1945 zeigte, dass eine gemeinsame Regierung der Siegermächte illusorisch war.³⁵³ Unter US-Politikern bestand 1945/46 Konsens darin, dem weltpolitischen Gegner nicht entgegenzukommen, wobei Kommunismus und Nationalsozialismus für ähnlich gefährlich gehalten wurden. Im März 1947 sprach Präsident Harry Truman³⁵⁴ vor dem Hintergrund des griechischen Bürgerkriegs erstmalig öffentlich über die Strategie der Eindämmung. Im selben Jahr stellte der dann 1953 zum Außenminister ernannte John Foster Dulles³⁵⁵ sein offensives „roll back“-Konzept vor. Auch der sowjetische Diktator und seine Ratgeber berücksichtigten ihrerseits die bislang mit dem Westen gemachten Erfahrungen. Mit der nun wieder mehr Geltung erlangenden Ideologie traten auch alte Feindbilder und eine Abgrenzung zum Westen in den Vordergrund. Zu Beginn des Jahres 1946 bekräftigte Stalin öffentlich die Auffassung, dass Kriege mit den kapitalistischen Staaten nicht zu vermeiden waren. Im September des folgenden Jahres verkündete die östliche Seite die Theorie von den unvereinbar gegenüberstehenden Lagern, von denen das westliche „imperialistisch-antidemokratische“ sich schon für eine neue Auseinandersetzung rüstete, weshalb gleichfalls Anstrengungen in diesem Bereich notwendig wurden.³⁵⁶ Eine Nahtstelle der Auseinandersetzung stellte Deutschland dar, wo sich die erste große Konfrontation 1948 an Berlin entzündete. Die durch die alliierte Luftbrücke überwundene russische Blockade machte die Stadt zum Symbol westlicher Standhaftigkeit und der Versöhnung zwischen den Westmächten und den Deutschen.³⁵⁷ Was zu Beginn wie ein üblicher Streit der Sieger über die Beute anmutete, entwickelte sich zu einem weltumspannenden ideologischen, ökonomischen und strategischen Gegensatz, bei dem die Kontrahenten nicht zur Zusammenarbeit bereit waren. Die erschütterte Staatenwelt Europas geriet weitgehend in den Einflussbereich der Flügelmächte. Von einem Imperialismus der USA kann allerdings wegen der Wünsche der europäischen Staaten und der übereinstimmenden Interessenlage nicht unbedingt gesprochen werden. Die sowjetische Herrschaft in Osteuropa in den Jahren 1948-53 ist hingegen als terroristisch-

³⁵³ Wolfrum: Die Mauer, S. 26.

³⁵⁴ Truman, Harry (*8.5.1884, gest. 26.12.1972) gehörte der demokratischen Partei an. Er war Vizepräsident unter F.D. Roosevelt und wurde nach dessen Tod am 12.4.1945 Nachfolger im Präsidentenamt bis 1953. Truman führte die Zusammenarbeit mit der UdSSR bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs fort, widersetzte sich aber entschieden einige Jahre später der sowjetischen Expansion und förderte nachhaltig den wirtschaftlichen Aufbau Westeuropas.

³⁵⁵ Dulles, John Foster (*25.2.1888, gest. 24.5.1959) war Jurist und gehörte der republikanischen Partei an. Er beriet den US-Präsidenten Truman bei der Ausarbeitung des Friedensvertrags mit Japan 1951. Als Außenminister vertrat er von 1953–59 die Politik des Containment gegenüber der UdSSR.

³⁵⁶ Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg 1947-1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters, München 2007, S. 67 ff.

³⁵⁷ Wolfrum, Edgar: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006, S. 37 ff.

diktatorisch zu klassifizieren.³⁵⁸ Während die Satellitenstaaten bemüht waren, Gestaltungsmöglichkeiten vor allem in den inneren Angelegenheiten zu erhalten, war der Hegemonialmacht daran gelegen, dieses Glacis zu halten und gesellschaftliche Umgestaltungen, die Unruhe in die eigene Bevölkerung bringen konnten, zu verhindern.³⁵⁹ Als möglicher Beweggrund für dieses Vorgehen wird die Sorge der Führung wegen der geopolitischen Gefährdung des Landes zusammen mit der Furcht vor Einkreisung durch die kapitalistischen Länder angeführt. Um diesem zu entgehen, strebte die UdSSR die Erweiterung des Herrschaftsbereichs an.³⁶⁰ Vorteilhaft für den Kreml waren die divergierenden Interessen und Ziele der westlichen Staaten.³⁶¹ Frankreich hatte sich zudem mit der Auflösung seines Kolonialreiches zu befassen; Großbritannien verlor die führende Rolle als See- und Wirtschaftsmacht.³⁶² Die Spannungen führten zu einem bipolaren Staatensystem, das den Bündnispartnern der Supermächte lediglich beschränkten Gestaltungsraum zugestand. Mit dem Ausgang des Jahres 1949 bestanden bereits zwei von überragend dominierenden Hegemonialmächten angeführte Blöcke. Diese Struktur der internationalen Beziehungen sollte für Jahrzehnte die Basis der Weltpolitik bleiben.³⁶³ Diese Phase des Kalten Krieges zeichnete sich durch besondere Gefährlichkeit aus, die darin begründet lag, dass die gegnerischen Lager ihre Möglichkeiten ausloteten und probierten, wie weit sie gehen konnten, bis schließlich Regeln gefunden waren, an denen sie sich orientieren konnten. US-Außenminister Dulles nannte es „eine Politik am Rand des Abgrunds“. Für Europa lässt sich aber – im Ergebnis – davon sprechen, dass es sich um eine Periode langen Friedens wie zu Zeiten Bismarcks oder Metternichs handelte. Das bescheidene Handelsvolumen zwischen den Blöcken und die begrenzten Reisemöglichkeiten trugen mit zur Unkenntnis der Vorgänge im gegnerischen Lager bei. Das Ringen fand auf allen Ebenen: militärisch, propagandistisch, diplomatisch und nachrichtendienstlich statt.³⁶⁴ Den Fortgang der sämtliche Bereiche tangierenden Auseinandersetzung konnte jedermann anhand eines aktuellen Beispiels in einer Tageszeitung verfolgen.³⁶⁵ Die Sorge der verantwortlichen Politiker vor einem globalen

³⁵⁸ Schneider, Herbert; Uffelman, Uwe: Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Paderborn 1977, S. 64 ff.

³⁵⁹ Schwarz, Hans-Peter: Die Ost-West-Spannungen als Orientierungsrahmen westdeutscher Außenpolitik, in: Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Handbuch der deutschen Außenpolitik, München 1975, S. 476.

³⁶⁰ Pfetsch, Frank R.: Die Außenpolitik der Bundesrepublik 1949-1992. Von der Spaltung bis zur Einheit, 2. Aufl., München 1993, S. 110.

³⁶¹ Link, S. XVI.

³⁶² Geiss, Imanuel: Die außen- und weltpolitischen Rahmenbedingungen, in: Bänisch, Dieter (Hg.): Die fünfziger Jahre. Beiträge zu Politik und Kultur, Tübingen 1985, (S. 61-70), S. 66 f.

³⁶³ Görtemaker, Manfred: Die unheilige Allianz. Geschichte der Entspannungspolitik 1943-1979, München 1979, S. 25, S. 28.

³⁶⁴ Kaldor, Mary: Der imaginäre Krieg. Eine Geschichte des Ost-West-Konflikts, aus dem Englischen übersetzt von: Haupt, Michael; Laugstien, Thomas, Hamburg, Berlin 1992, S. 47ff. und S. 58.

³⁶⁵ Stöver, S. 76.

Atomkrieg führte zu einem gemäßigten Vorgehen. Kennzeichnend für diese Auseinandersetzung war ein verwirrendes Nebeneinander von gewagten Vorstößen, bedächtiger Zurückhaltung und der Bereitschaft zum Einlenken. Den Entscheidungsträgern lag daran, die eigenen Ziele voranzubringen und die Vorstöße des Gegners scheitern zu lassen.³⁶⁶

Global gesehen waren die USA – auch wegen der wirtschaftlichen Potenz – erheblich stärker.³⁶⁷ Vorteilhaft war die geostrategische Lage als abgeschlossener Kontinent.³⁶⁸ Zu den Aktivposten der westlichen Hegemonialmacht zählten ökonomische, militärische und diplomatische Möglichkeiten. Im Kräfteverhältnis der Kontrahenten bestanden erhebliche Asymmetrien. Washington konnte mit der machtvollen Marine und den Langstreckenbomben weltweit tätig werden und damit auch russische Gebiete bedrohen. Ein weiterer bis 1949 ins Gewicht fallender Faktor war der alleinige Besitz der Atomwaffen.³⁶⁹ Die Tatsache, dass die östliche Seite seit Sommer 1949 ebenfalls über die Atombombe verfügte, ließ das amerikanische Konzept der massiven Vergeltung fragwürdig erscheinen. Im Vorteil waren die USA allerdings weiterhin wegen ihres weitgespannten Stützpunktnetzes und ihrer überlegenen Trägersysteme.³⁷⁰ Der Umstand, dass dann beide Supermächte über nukleare Bomben verfügten, bewirkte wiederum ein Gleichgewicht des Schreckens, das den Einsatz dieses verheerenden Waffensystems unwahrscheinlicher werden ließ. Folglich erhielten die konventionellen Streitkräfte wieder einen höheren Stellenwert. Hier verfügte die Rote Armee über das größere Potential. Die amerikanische Regierung war daher bestrebt, die nicht zur östlichen Sphäre gehörenden Staaten Europas ökonomisch, politisch wie auch in ihrem Militärpotential zu stärken. Die westeuropäischen Staaten ihrerseits waren an einem Zusammenschluss zur Erreichung von kollektiver Sicherheit interessiert. So wurde am 4. April 1949 der Vertrag zur North Atlantic Treaty Organisation (NATO)³⁷¹ ratifiziert. Die Vereinigten Staaten, Kanada, Frankreich, Großbritannien und die Benelux-Staaten waren die Gründungsländer. Das Bündnis war auf Verteidigung ausgelegt und sollte durch die eigene Stärke dem dynamischen russischen Vorgehen Einhalt gebieten.³⁷² Für die USA war die Einbindung

³⁶⁶ Schwarz: Die Ost-West Spannungen als Orientierungsrahmen westdeutscher Außenpolitik, S. 471f.

³⁶⁷ Link, Werner: Thesen über Beginn, Regulierung und Ende des Ost-West-Konflikts infolge von Machtverschiebungen, in: Schmidt, Gustav (Hg.): Ost-West-Beziehungen. Konfrontation und Detente 1945-1989, Bd. 1, Bochum 1993, (S. 5-18), S. 10f.

³⁶⁸ Gersdorff, Gero von: Adenauers Außenpolitik gegenüber den Siegermächten 1954. Westdeutsche Bewaffnung und internationale Politik, (Beiträge zur Militärgeschichte Bd. 41), München 1994, S. 111.

³⁶⁹ Schwarz: Die Ost-West-Spannungen als Orientierungsrahmen westdeutscher Außenpolitik, S. 468 ff.

³⁷⁰ Schneider/Uffelman, S. 68 f.

³⁷¹ Der in Washington geschlossene kollektive Sicherheitspakt diente der Verteidigung von Frieden und Freiheit im atlantischen und westeuropäischen Bereich. Der Pakt sah gegenseitigen militärischen Beistand im Fall eines Angriffs auf einen der Vertragspartner vor und stärkte zudem die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der Mitglieder.

³⁷² Bracher, Karl Dietrich: Die Krise Europas 1917-1975, (Propyläen Geschichte Europas, Bd. 6) Frankfurt/Main, Berlin, Wien 1977, S. 265 f.

des deutschen Potentials in das eigene Sicherheitssystem vorteilhaft.³⁷³ In westlicher Perspektive erschien der Weltkommunismus mit seinem offensiven Vorgehen als bösartiger Parasit, der erkranktes Gewebe benötigte, um sich zu verbreiten. Mit Einigkeit, entschlossenem Handeln im Inneren und Äußeren wollten die westlichen Staatsmänner dieser Gefahr begegnen.³⁷⁴

Von 1948 bis 1950 ging mit der Abschnürung Berlins, der Oktroyierung kommunistischer Regime nach sowjetischem Muster in den Satellitenstaaten und mit dem Angriff auf Korea die Initiative von Moskau aus. 1949 wurde als Antwort auf den westlichen Marshall-Plan im Osten der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)³⁷⁵ gegründet. Auch wenn es sich mittlerweile um kommunistische Bruderländer handelte, änderte sich an der ökonomischen Ausbeutung der Trabanten durch die Hegemonialmacht nichts. Mit der Roten Armee und dem Geheimdienst verfügte die sowjetische Führung über eindrucksvolle Instrumente zur Durchsetzung des eigenen Willens.³⁷⁶ Von Brisanz war allerdings die Entwicklung in Jugoslawien; Tito³⁷⁷ wagte hier den offenen Bruch mit Stalin. Damit war der Weltkommunismus kein monolithischer Block mehr und der Führungsanspruch Stalins in Frage gestellt. Bracher weist auf die Bedeutung des Vorgangs hin und hält einen Vergleich mit häretischen Bewegungen innerhalb der christlichen Kirche für statthaft. Die Amerikaner unterstützten Jugoslawien ökonomisch. Die Entwicklung in jenem südosteuropäischen Land war der Grund dafür, dass die Hegemonialmacht im übrigen Imperium verstärkt Druck ausübte. Mit Ausbau der diktatorischen Strukturen, Kult um die Führungsfigur, Schauprozessen, Parteisäuberungen sorgten die Kommunisten für die gewünschte Konsolidierung.

Die UdSSR erwies sich in der globalen Auseinandersetzung als durchaus flexibel. Wenn an einem Ansatzpunkt kein Erfolg zu erzielen war, bot es sich an, in einem anderen Land oder Erdteil initiativ zu werden und Druck auszuüben. Da in Europa – nicht zuletzt wegen der amerikanischen Eindämmungspolitik – ein Weiterkommen nicht recht möglich schien, wurde Asien zunehmend interessanter. In China gelang es den Kommunisten, nach einem Bürgerkrieg die Herrschaft über das Land zu erlangen. Das Nachbarland Korea wurde auf der Höhe des 38. Breitengrades in zwei Staaten geteilt. 1949 räumten amerikanische

³⁷³ Link, Werner: Die Außenpolitik und internationale Einordnung der Bundesrepublik Deutschland, in: Weidenfeld, Werner/Zimmermann, Hartmut (Hg.): Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1948-89, München, Wien 1989, (S. 571–588), S. 571 und S. 574.

³⁷⁴ Pfetsch, S. 110.

³⁷⁵ Der RGW wird englisch COMECON: Council of Mutual Economic Aid genannt.

³⁷⁶ Bracher: Die Krise Europas 1917-1975, S. 268 f.

³⁷⁷ Tito, eigentlich Broz, Josip (*7.5.1892. gest. 4.5.1980) engagierte sich seit 1920 in der Kommunistischen Partei Jugoslawiens und brachte es 1937 zum Generalsekretär. Im Zweiten Weltkrieg führte er die kommunistischen Partisanen gegen die deutschen und italienischen Besatzer. Seit 1945 ging er als Ministerpräsident der Volksrepublik seinen eigenen Weg zum Sozialismus und betrieb eine blockfreie Außenpolitik.

Truppen den südlichen Teilstaat. Im Juni 1950 marschierten Streitkräfte des kommunistischen Nordkorea in den südlichen Teilstaat ein und konnten zunächst beachtliche Erfolge erzielen.³⁷⁸ Die an der Planung beteiligte sowjetische Führung wollte die Verletzlichkeit des Gegners erproben und klare Fronten schaffen.³⁷⁹ Dieser Krieg, in den China direkt eingriff, bedeutete eine Gefahr für den Weltfrieden.³⁸⁰ Die Furcht vor einem neuen Krieg wuchs in Westeuropa.³⁸¹ Aus westlicher Perspektive belegte dies die expansive Zielsetzung der kommunistischen Seite. Folglich war es nicht als lokaler Konflikt in einem fernen Land, sondern als Herausforderung des Westens zu werten. Ein klarer Zusammenhang mit dem Vorgehen, das Stalin mit der Einverleibung Osteuropas eingeschlagen hatte, schien gegeben.³⁸² Über Japan konnten die Amerikaner Truppenverstärkungen organisieren, so dass sie im September zur Offensive übergehen konnten. Da die US-Streitkräfte weit über den 38. Breitengrad nach Norden vordrangen, bestand das Risiko, China und die Sowjetunion in den Konflikt zu involvieren. In den militärischen und politischen Spitzengremien erörterten die Entscheidungsträger der USA sogar die Verwendung nuklearer Waffen gegen China. Präsident Truman³⁸³ lehnte es aber ab, dieses Instrument einzusetzen. Die Kriegshandlungen fuhren sich dann am 38. Breitengrad fest. Bis zum Juli 1953 dauerten die Verhandlungen, um zu einer Einstellung der Feindseligkeiten zu kommen. Dieser Krieg belegte aus westlicher Perspektive die Richtigkeit der Containment-Strategie und trug zur Einbeziehung Japans in das eigene Lager bei. Der Konflikt in Korea führte in Europa zur militärischen Integration der Bonner Republik in den Westen.³⁸⁴ Der US-Regierung lag an der Aufstellung deutscher Streitkräfte; daher übte sie Druck auf die widerstrebende französische Regierung aus.³⁸⁵ Die Vereinigten Staaten verfügten neben ihren Truppenkonzentrationen in Deutschland und Japan über Basen für ihre Langstreckenbomber und ihre starke Marine in Island, den Azoren, Spanien, Marokko, Libyen, der Türkei, Saudi-Arabien, Persien, Pakistan, den Philippinen und Australien. Weiter kooperierten sie mit den Engländern, die noch ihr

³⁷⁸ Bracher, Die Krise Europas 1917-1975, S. 269-275.

³⁷⁹ Stöver, S. 89.

³⁸⁰ Geiss: Die außen- und weltpolitischen Rahmenbedingungen, S. 61 f.

³⁸¹ Wolfrum: Die geglückte Demokratie, Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 641, Bonn 2007, S. 108.

³⁸² Görtemaker: Die unheilige Allianz, S. 30.

³⁸³ Truman, Harry (* 8.5.1884, gest. 26.12.1972) war von Beruf Kaufmann und Jurist. Seit 1934 war er Senator; 1944 bekleidete er das Amt des Vizepräsidenten. In den Jahren 1945-53 führte er die Vereinigten Staaten als Präsident. Truman schloss 1945 das Potsdamer Abkommen und beendete durch den Einsatz der Atombomben den Krieg gegen Japan. Nach dem Ende des Krieges unterstützte er vom Kommunismus bedrohte Länder. Er engagierte sich für die Realisierung des Marshall-Plans und die Gründung der NATO. Mit der Entsendung von Truppen griff er in den Korea-Krieg 1950 ein, verhinderte aber eine Ausweitung der Auseinandersetzung.

³⁸⁴ Bracher: Die Krise Europas 1917-1975, S. 272-276.

³⁸⁵ Wolfrum: Die geglückte Demokratie, Bonn 2007, S. 109.

weitgespanntes Kolonialreich hatten.³⁸⁶ Seit der um die Jahreswende 1951/52 stattfindenden Konferenz in San Francisco gelang es den USA, auf dem asiatischen Schauplatz eine Kette von militärischen Basen zu etablieren, die dazu dienten, die chinesischen und russischen offensiven Anstrengungen zum Scheitern zu bringen. Zudem setzte das Bemühen ein, die selbständig gewordenen Länder der Region mit ökonomischer Unterstützung zu gewinnen.³⁸⁷ Als seit Mitte der 50er Jahre Großbritannien und Frankreich ihre Kolonien in die Freiheit entlassen mussten, konnten die Supermächte daran gehen, hier zu expandieren und auf diesen neuen Gestaltungsfeldern tätig zu werden. Das Spektrum der Handlungsmöglichkeiten reichte von wirtschaftlicher Unterstützung bis zum Einmarsch. Die Amerikaner konnten den freien Welthandel für sich ins Feld führen, die Sowjets vermochten revolutionäre Strömungen bisweilen mit Erfolg zu fördern. Gerade Chruschtschow³⁸⁸ sah darin ab 1956 ein probates Mittel. Doch ist insgesamt festzustellen, dass die neu entstandenen Staaten kein leichtes Betätigungsgebiet darstellten und in der Regel weitgehende Freiheit behaupten konnten.³⁸⁹ Die Führungsmächte von Ost und West erfassten – im Banne der eigenen Auseinandersetzung – den Stellenwert der Lösung dieser Länder von den kolonialen Fesseln nicht.³⁹⁰ Auch ist darauf zu verweisen, dass die Maßnahmen, mit denen beispielsweise die Franzosen im Indochina-Krieg ihre erschütterte Kolonialherrschaft aufrecht zu erhalten suchten, eine erhebliche Kraftanstrengung darstellten.³⁹¹ Ein Faktor der Weltpolitik war die Existenz der Wasserstoffbombe,³⁹² über die die USA seit November 1952 und nur wenige Monate später auch die Sowjets geboten. Bald kam es zu einem neuen Abschnitt des Kalten Krieges, in dem die beiden einander feindlichen Systeme in labilem Frieden nebeneinander existierten. Zu Beginn des Jahres 1953 wurde in Washington Eisenhower³⁹³ zum neuen Präsidenten gewählt, und im März

³⁸⁶ Schwarz: Die Ost-West-Spannungen als Orientierungsrahmen westdeutscher Außenpolitik, S. 496 f.

³⁸⁷ Bracher: Die Krise Europas 1917-1975, S. 276.

³⁸⁸ Chruschtschow, Nikita (* 17.4.1894, gest. 11.9.1971) bekleidete 1938 das Amt des Ersten Sekretärs der Ukraine; im folgenden Jahr gehörte er dem Politbüro an. Seit Stalins Tod war er Erster Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU. Im Rahmen der Entstalinisierung schaltete er die „alte Garde“, zu der Malenkow, Molotow und andere gehörten, aus. Nach Ausbootung Bulganins wurde er 1958 auch Ministerpräsident der UdSSR. Schließlich stürzte er 1964 wegen wirtschaftlicher Misserfolge und wegen des Konflikts mit China.

³⁸⁹ Schwarz: Die Ost-West-Spannungen als Orientierungsrahmen westdeutscher Außenpolitik, S. 469 f.

³⁹⁰ Schneider/Uffelmann, S. 66 f.

³⁹¹ Bracher: Die Krise Europas 1917-1975, S. 338.

³⁹² Wasserstoffbomben gehören zu den nuklearen Waffen, bei denen eine Verschmelzung leichter Atomkerne z.B. Deuterium, Tritium zu Helium eintritt. Diese Waffe wird auch H-Bombe genannt.

³⁹³ Eisenhower, Dwight, (*14.10.1890, gest. 28.3.1969) nahm als Soldat am Ersten Weltkrieg teil; danach war er als Kommandeur im Pazifik im Einsatz. Seit Juni 1942 führte er als Oberkommandierender die US-Truppen in Europa. Eisenhower leitete die Operationen in Nordafrika, Sizilien, Italien 1942/43 und die Invasion in Frankreich 1944. Von 1945-48 war er Generalstabschef der US-Armee; 1951-1952 befehligte er die europäischen NATO-Streitkräfte. Von 1953-61 führte Eisenhower als Präsident die Vereinigten Staaten; dabei verfolgte er eine Eindämmungspolitik gegenüber der UdSSR durch militärische und wirtschaftliche Maßnahmen.

des Jahres starb Stalin. Der Tod des Diktators bedeutete eine Zäsur.³⁹⁴ Im riesigen Herrschaftsbereich der Sowjetunion begann nun eine labile Phase. In diesem „Tauwetter“ lief die Entstalinisierung in der UdSSR an, wagten Oppositionelle Aktivitäten.³⁹⁵ Die Jahre 1953-57 werden allgemein als eine Phase der relativen Entspannung bezeichnet. Die Wortwahl „Friedliche Koexistenz“ belegt, dass die Politiker den Wunsch der Völker nach Frieden wenigstens verbal aufgriffen. Das Bewusstsein, einen Weltkrieg vermeiden zu müssen und stattdessen ausgleichende Lösungen zu finden, gewann zunehmend an Bedeutung.³⁹⁶ Kennzeichnend für die folgenden Jahre im östlichen Imperium waren der Machtkampf innerhalb der vorgeblich kollektiven Führung und das weitere Bestehen der kommunistischen Diktatur.³⁹⁷ Bereits wenige Tage nach dem Tod des sowjetischen Diktators bildete sich am 7. März 1953 die neue Regierung. Ministerpräsident war Malenkov,³⁹⁸ Minister für Inneres und Staatssicherheit wurde Berija,³⁹⁹ Molotow⁴⁰⁰ führte wieder das Außenministerium. Mit Chruschtschow als Generalsekretär der Partei teilte sich diese Gruppe die Macht. In der Innenpolitik war eine gewisse Lockerung festzustellen.⁴⁰¹ Dem agilen Parteichef gelang es, in der folgenden Zeit seiner Gefolgschaft entscheidende Positionen zu verschaffen und die Konkurrenten auszubooten. Chruschtschow wirkte sehr viel zugänglicher als sein Amtsvorgänger, und er räumte der Steigerung des Lebensstandards Prioritäten ein; die auf ihn zurückzuführenden Umgestaltungen machten das Leben der Menschen im sowjetischen Imperium leichter.⁴⁰² Der sowjetische Wunsch nach Entspannung erhielt damit Plausibilität. Es war offen, ob die Amerikaner in dieser Schwächephase des Gegners daran gehen würden, diesen zurück zu drängen oder sich auf der Grundlage der bestehenden Machtverhältnisse verständigen würden. Es sah nach der ersten Variante aus, als der neue US-Außenminister Dulles vier Tage nach dem Tode

³⁹⁴ Bracher: Die Krise Europas 1917-1975, S. 278, 330.

³⁹⁵ Geiss: Die außen- und weltpolitischen Rahmenbedingungen, S. 63 f.

³⁹⁶ Schwarz: Die Ost-West-Spannungen als Orientierungsrahmen westdeutscher Außenpolitik, S. 466, 471f.

³⁹⁷ Bracher: Die Krise Europas 1917-75, S. 331.

³⁹⁸ Malenkov, Georgij (*8.1.1902, gest. 8.1. 1977) arbeitete 1938 als persönlicher Sekretär Stalins; 1939 war er Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU. Seit 1946 gehörte er dem Politbüro an und bekleidete das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten. Von 1953-55 war Malenkov Ministerpräsident, bis er von Chruschtschow verdrängt wurde. 1957 verlor er seine verbliebenen Ämter; 1961 wurde er schließlich aus der Partei ausgeschlossen.

³⁹⁹ Berija, Lawrentij (* 23.9.1899, gest. 23.12.1953) war seit 1938 Innenminister und Chef der Staatspolizei der UdSSR. 1946 wurde er stellvertretender Ministerpräsident und gehörte dem Politbüro an. Unter Stalin organisierte Berija die politischen Verfolgungen. Im Rivalitätskampf der Nachfolger wurde er hingerichtet.

⁴⁰⁰ Molotow, eigentlich: Skrjabin, Wjatscheslaw (* 9.3.1890, gest. 8.11.1986) gehörte seit 1906 zu den Bolschewisten und nahm 1917 an der Oktoberrevolution teil. Er gehörte seit 1925 dem Politbüro an und zählte zu den engen Mitarbeitern Stalins. In den Jahren 1939-49 und 53-56 bekleidete Molotow das Amt des Außenministers; zu seinen Amtshandlungen zählte 1939 der Nichtangriffspakt mit Deutschland. Im Jahr 1956 leitete er das Ministerium für Staatskontrolle. Im Machtkampf Chruschtschow unterlegen verlor er 1957 sämtliche Ämter und wurde lediglich als Botschafter eingesetzt. 1962 wurde Molotow gar als Parteifeind aus der Partei ausgeschlossen und erst 1984 rehabilitiert.

⁴⁰¹ Nolte, Ernst: Deutschland und der Kalte Krieg, München 1974, S. 344 ff.

⁴⁰² Bracher: Die Krise Europas 1917-1975, S. 331 f.

Stalins äußerte, nun beginne die Zeit Eisenhowers. Wenig später forderte der Präsident selbst „die gerechte Regelung anderer ernster politischer Probleme zwischen der freien Welt und der Sowjetunion“, wozu die Regelung der Österreich-Frage, die Einheit eines zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Deutschlands sowie die Freiheit der osteuropäischen Staaten gehörten. Mit dem Eingehen auf diese Anliegen konnte Moskau den Willen zum Frieden dokumentieren, was den Weg zur Abrüstung eröffnet hätte.⁴⁰³ Im Mai brachte der britische Premier Churchill⁴⁰⁴ die Idee eines Gipfeltreffens ins Spiel und gab darüber hinaus zu verstehen, den Status quo zu akzeptieren, was in Washington nicht gerade Begeisterung auslöste.

Innerhalb der russischen Führungsgruppe waren wohl Malenkow und Berija nicht gänzlich abgeneigt, die DDR preiszugeben und die deutsche Vereinigung zu Bedingungen zuzulassen, die dem Westen nahegekommen wären. Der Aufstand vom 16. und 17. Juni 1953 in Ost-Berlin zeigte die Labilität des dortigen Regimes deutlich. Schon aus Prestige Gründen war der ostdeutsche Trabant nun zu halten; damit fehlten die Voraussetzungen für eine mögliche Vereinigung. Die USA blieben am 17. Juni passiv und verhinderten gar den Flug des in Wien weilenden Berliner Bürgermeisters Reuter in die Stadt, wohl um eine Eskalation zu vermeiden.⁴⁰⁵ Dies wertete die sowjetische Führung als Beleg, daß das europäische Herrschaftsgebiet nicht vom Westen in Frage gestellt werden würde.⁴⁰⁶ Die Untätigkeit der US-Regierung zeigte, dass das „roll back“-Konzept nicht funktionierte; die Ostdeutschen wurden in der Hoffnung auf Beistand enttäuscht. Den Kräften, denen an der Fortführung der bestehenden Deutschlandpolitik lag, galt der 17. Juni als Glücksfall.⁴⁰⁷

Im Jahr 1953 verfügte die UdSSR über einen imponierenden Machtbereich. Sie war allerdings von einer Kette westlicher Militärbasen umgeben. Aufgrund der früheren Politik bestand ein erhebliches Defizit in Hinsicht auf Vertrauenswürdigkeit, was die Gestaltungsmöglichkeiten der russischen Außenpolitik beschränkte. Die Epigonen des Diktators bemühten sich von 1953-1957, eine Deeskalation herbeizuführen und in den Dialog mit der anderen Seite zu treten. Als eine solche Geste ist der auf sowjetisches und chinesisches Nachgeben zurückzuführende Waffenstillstand in Korea vom Juli 1953 zu

⁴⁰³ Nolte, S. 344 ff.

⁴⁰⁴ Churchill, Sir Winston Leonard (*30.11.1874, gest. 24.1.1965) war nach seiner Abwahl als Premierminister im Juli 1945 noch bis 1955 Führer der Konservativen Partei Großbritanniens. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs lehnte er die sowjetische Politik entschieden ab und engagierte sich für ein vereintes Europa. Von 1951-55 bekleidete er noch einmal das Amt des Premierministers.

⁴⁰⁵ Nolte, S. 346 f.

⁴⁰⁶ Rupp, Hans Karl: Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung. Eine Einführung, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1978, S. 137.

⁴⁰⁷ Steininger, Rolf: 17. Juni 1953. Der Anfang vom langen Ende der DDR, München 2003, S. 59 ff.

deuten. Damit wurde in diesem Land der Status quo ante wiederhergestellt. Nur einen Monat später äußerte der sowjetische Ministerpräsident Georgij Malenkov öffentlich: „Wir stehen fest auf dem Standpunkt, dass es gegenwärtig keine strittige oder ungelöste Frage gibt, die nicht auf friedlichem Wege aufgrund gegenseitiger Verständigung der Beteiligten gelöst werden könnte. Dies bezieht sich auch auf die strittigen Fragen, die zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion bestehen. Wir sind nach wie vor für ein friedliches Nebeneinander beider Systeme. Wir sind der Ansicht, dass es keinen objektiven Grund für Zusammenstöße zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion gibt.“ Als Fortschritt zwischen den feindlichen Blöcken ist zu konstatieren, dass nun Kontakt gesucht wurde.⁴⁰⁸ Für die ungewohnte Moskauer Kooperationsbereitschaft sprach auch die Konferenz der Vier Mächte in Berlin zu Beginn des Jahres 1954. Hier konferierten die Außenminister immerhin – nach mehrjähriger Pause – wieder miteinander über die Deutschland-Problematik.⁴⁰⁹ Der Zeitpunkt deutet darauf hin, dass es der Führungsmacht des Ostens darum ging, die Westverträge⁴¹⁰ nicht zum Abschluss kommen zu lassen. Die Außenminister der Westmächte hegten nicht allzu große Hoffnungen für dieses Treffen. Auch die Bundesregierung erhielt Einblick in die Planung des Gipfeltreffens. Vom 25. Januar bis zum 18. Februar fand dann die Konferenz statt. Im Wesentlichen wurden die alten Pläne – wenn auch bisweilen modifiziert – thematisiert. Aus dem Umstand, dass die Deutschland betreffenden Verhandlungen öffentlich stattfanden, lässt sich schließen, dass es vorwiegend darum ging, die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik und Frankreich zu beeinflussen.⁴¹¹ Die französischen Gegner der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft wünschten ja jede Möglichkeit zur Lösung des deutschen Problems genutzt.⁴¹² Wegen der nicht zu vereinbarenden Standpunkte wurde das Treffen kein Erfolg. Dies ebnete allerdings den Weg für die Pariser Verträge und den Eintritt der Bundesrepublik in die NATO.⁴¹³ Das nächste Treffen der großen Mächte fand dann in Genf im April 1954 statt; hier ging es um Fragen der Asien-Thematik.⁴¹⁴ Chruschtschow stieß mit seiner Bereitschaft zur Koexistenz allerdings nicht gerade auf Gegenliebe in Washington. Präsident Eisenhower und sein Außenminister Dulles

⁴⁰⁸ Bracher: Die Krise Europas 1917-1975, S. 337.

⁴⁰⁹ Görtemaker: Die unheilige Allianz, S. 30 f.

⁴¹⁰ Die Bedeutung dieser Verträge wird später dargelegt.

⁴¹¹ Schwarz, Hans-Peter: Die Ära Adenauer. Gründerzeit der Republik 1949-57 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2), Wiesbaden 1981, S. 210 ff.

⁴¹² Conze, Eckart: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009, S. 86.

⁴¹³ Morsey, Rudolf: Die Deutschlandpolitik Adenauers, in: Fischer, Alexander (Hg.): Vierzig Jahre Deutschlandpolitik im internationalen Kräftefeld, Berliner Kolloquium der Gesellschaft für Deutschlandforschung in Verbindung mit dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen 8.-10. November 1989, Köln 1989, (S. 16-31), hier S. 24.

⁴¹⁴ Bracher: Die Krise Europas 1917-1975, S. 337.

verfolgten die Strategie des „roll back“. Sie wollten nicht nur dem Kommunismus Einhalt gebieten, sondern diesen auch aktiv zurückdrängen.⁴¹⁵ Diese Strategie setzte darauf, innere Spannungen der osteuropäischen Volksrepubliken, die eigene ökonomische und wehrwirtschaftliche Stärke in Kombination mit politischen Initiativen zu nutzen, um den Gegner zum Rückzug zu bewegen. Doch sollte das atomare Gleichgewicht diesen Ansatz schon im Keim scheitern lassen.⁴¹⁶ Der neue Präsident war aber kein bedingungsloser Vertreter des „roll back“. Ihn verband zudem eine aus dem Zweiten Weltkrieg stammende Freundschaft mit dem sowjetischen Marschall Schukow.⁴¹⁷ Sein Außenminister Dulles war jedoch für offensives Vorgehen in der globalen Auseinandersetzung. Ganz unzutreffend für diese Regierung war die ironische Kritik des früheren Außenministers Dean Acheson:⁴¹⁸ „Sie haben ihre Hände auf der Hupe und ihre Füße auf der Bremse“ also nicht.⁴¹⁹ Eine aktive Befreiung unter kommunistische Fremdherrschaft geratener Länder wurde zwar nicht realisiert. Aber immerhin wurden sowjetische Vorstöße prompt und entschieden beantwortet; somit trug dieser politische Kurs zu einer Konsolidierung des westlichen Lagers bei.⁴²⁰ Ende des Jahres 1954 entschied sich die NATO-Führung für eine neue Verteidigungsstrategie, die massive Vergeltung vorsah. Unmittelbar auf einen feindlichen Angriff sollten demnach auch Atomwaffen eingesetzt werden.⁴²¹ Mitte der 50er Jahre gelang es der östlichen Seite, ein beachtliches atomares Potential aufzubauen und Trägersysteme bereitzustellen. Zu den Aktivposten des Kremls zählte die enorme zahlenmäßige Stärke der konventionellen Einheiten der Roten Armee. Aus westlicher Perspektive ließen sich diese Verbände lediglich mit der Ankündigung des raschen Einsatzes der Atombomben zurückhalten. Nachdem die Sowjets über genügend nukleare Waffen verfügten, um im sogenannten „Erstschlag“ Zentren der USA und ihrer europäischen Verbündeten auszulöschen, ging der Wettstreit dahin, nun auch noch eine ausreichende Kapazität für den „zweiten Schlag“ zu erlangen. Dies sollte dazu dienen, den Gegner vom Angriff abzuhalten. Die sich gegenseitig bedrohenden Rivalen unternahmen enorme Rüstungsanstrengungen. Tröstlich war daran allein, dass die Kernwaffen dazu

⁴¹⁵ Görtemaker: Die unheilige Allianz, S. 38.

⁴¹⁶ Schwarz: Die Ost-West-Spannungen als Orientierungsrahmen westdeutscher Außenpolitik, S. 477.

⁴¹⁷ Schukow, Georgij (*11.12.1896, gest. 18.6.1974) diente im Zweiten Weltkrieg 1941 als Oberbefehlshaber des mittleren Frontabschnittes der Roten Armee und verteidigte Moskau. Er leitete die Operationen bei Stalingrad 1943; seine Truppen eroberten 1945 Berlin. 1945-46 war Schukow Oberbefehlshaber der sowjetischen Truppen in Deutschland. Im Jahr 1955 wurde er Verteidigungsminister, doch bereits zwei Jahre später verlor er alle Ämter. 1965 wurde Schukow dann rehabilitiert.

⁴¹⁸ Acheson, Dean (*11.4.1893, gest.12.10.1971) war ein der demokratischen Partei angehörender Politiker. Seit 1941 war er im State Department tätig war, wo er u.a. am Aufbau des Lend-Lease-Systems beteiligt war. In den Jahren 1949-53 bekleidete Acheson das Amt des Außenministers.

⁴¹⁹ Nolte, S. 348 ff.

⁴²⁰ Bracher: Die Krise Europas 1917-1975, S. 334 f.

⁴²¹ Besson, Waldemar: Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970, S. 175.

produziert wurden, um auszuschließen, dass sie Verwendung fanden. Die Bedrohung amerikanischen Territoriums durch weitreichende Waffen der Roten Armee ließ es fraglich erscheinen, ob die USA wirklich bei einem russischen Einmarsch in Westeuropa das Risiko der eigenen Vernichtung tragen würden. Die Lösung dieses Problems wurde darin gefunden, die Truppen in Deutschland mit Trägersystemen für Atomwaffen auszustatten.⁴²² Die USA, die 1950 über 299 Atomwaffen verfügten, füllten ihre Arsenale bis 1960 mit 18.638 Sprengköpfen, von denen 3127 für strategische Waffen geeignet waren. Die UdSSR gebot 1950 nur über 5 Atombomben und konnte ihr Potential bis 1960 auf 1700, davon 354 strategische Sprengköpfe erweitern. Mit einem großen Potential an Waffen und Trägersystemen ließ sich Druck ausüben, um politische Vorteile zu erlangen. Die USA sparten Mittel bei den Landstreitkräften durch Truppenreduzierung ein zugunsten der atomaren Ausstattung, der Marine und der Luftwaffe. Bei den Gesprächen zwischen Ost und West in den 50er Jahren ging es oft auch um Abrüstung, wobei Chruschtschow als Gegenleistung für die Reduzierung der eigenen konventionellen Waffen eine atomare Abrüstung der beiden Supermächte forderte, was die USA stärker betroffen hätte, weshalb auch kein Konsens erzielt werden konnte.⁴²³

Die Mehrzahl der westlichen Politiker blieb Moskau gegenüber zunächst skeptisch und abwartend. Dies war auch nicht unberechtigt, zumal der außenpolitische Kurs wegen der Machtkämpfe innerhalb der sowjetischen Führung labil blieb. Der Innenminister Berija, für den 1953 sogar die Liquidierung der DDR eine Option darstellte, verlor im Juli 1953 sein Amt und wurde im Dezember hingerichtet. Ministerpräsident Malenkov stürzte im Februar 1955; sein Nachfolger wurde Nicolai Bulganin.⁴²⁴ Dieser konnte sich bis 1958 im Duumvirat mit Chruschtschow halten. Chruschtschow stellte die Diktatur im März 1958 durch die gleichzeitige Bekleidung des Amtes des Generalsekretärs der Partei und des Ministerpräsidenten wieder her. Diese Positionen konnte der agile Ukrainer bis 1964 behaupten. Bemerkenswert an der Auseinandersetzung war, dass sie im Wesentlichen unblutig verlief; die Verlierer behielten fast alle ihr Leben.⁴²⁵

Der Mai des Jahres 1955 brachte mit dem Inkrafttreten der Verträge von Paris, dem Eintritt der Bundesrepublik in das westliche Militärbündnis wie dem in Warschau geschlossenen Militärpakt der osteuropäischen Staaten einen Meilenstein in der Spaltung des Kontinents. Die Konsequenz dieser das Erreichte festigenden Entwicklung war überraschenderweise

⁴²² Schwarz: Die Ost-West-Spannungen als Orientierungsrahmen westdeutscher Außenpolitik, S. 473 f.

⁴²³ Dülffer, Jost: Europa im Ost-West-Konflikt 1945-1991, (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 18), München 2004, S. 31f.

⁴²⁴ Bulganin, Nicolai (*11.6.1893, gest. 24.12.1975) war von 1947-49 und 1953 Verteidigungsminister der UdSSR. In den Jahren 1955-58 fungierte Bulganin als Ministerpräsident. Schließlich wurde er als Feind der Partei aus dem Präsidium des Zentralkomitees ausgeschlossen und 1960 pensioniert.
Görtemaker: Die unheilige Allianz, S. 32 f.

⁴²⁵ Bracher: Die Krise Europas 1917-1975, S. 331 f.

eine gewisse Deeskalation. Kausal dafür war neben dem Durchsetzungsvermögen Chruschtschows innerhalb des Kremls auch die zunehmende Bereitschaft der westlichen Regierungen, die von der sowjetischen Führung ausgehenden Anzeichen einer Entspannung einer Probe zu unterziehen.⁴²⁶ Die zum Erhalt der Kolonialimperien notwendigen enormen Rüstungsanstrengungen Großbritanniens und Frankreichs verstärkten das Interesse dieser Regierungen, die östliche Entspannungsbereitschaft zu erkunden. Für viele Beobachter sah es so aus, als ob die Nachkriegsära und Konfrontation enden würden. Nach Abschluss der Westverträge entwickelte sich Bewegung in der internationalen Politik. Die USA gaben zu verstehen, mit einem Treffen der vier Siegermächte einverstanden zu sein. Der sowjetische Regierungschef Bulganin äußerte sich zustimmend.⁴²⁷ Zu den von Verständigungsbereitschaft zeugenden Gesten gehörte die von der östlichen Führungsmacht mitgetragene Lösung der Österreich-Frage. Durch vertragliche Regelung erhielt Österreich im Mai 1955 seine Souveränität zurück und verpflichtete sich zur Neutralität. Die Streitkräfte der Siegermächte verließen das Land.⁴²⁸ Dieser Erfolg ließ bei manchem Beobachter im Westen zeitweilig Lösungsvorschläge, die unbewaffnete und neutrale Zonen in Europa vorsahen, als plausibel erscheinen und machte Hoffnung auf weiteren künftigen Konsens mit der UdSSR.⁴²⁹ Ein solcher Weg war für Deutschland jedoch nicht möglich wegen des Potentials des Landes und weil die internationale Anerkennung der Teilung Voraussetzung für das Wiener Modell war.⁴³⁰ Die Pläne des polnischen Außenministers Adam Rapacki⁴³¹ über entmilitarisierte Gebiete im Herzen Europas weckten gerade bei den Briten und der westdeutschen Sozialdemokratie illusionäre Erwartungen.⁴³² Die russische Regierung bemühte sich auch, das schlechte Verhältnis zu Jugoslawien zu verbessern. Anfang Juni boten Washington, London und Paris an, eine Gipfelkonferenz in Genf im Verlaufe des folgenden Monats abzuhalten. Am 7. Juni ging bei der deutschen Bundesregierung eine russische Einladung zu Gesprächen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen ein. Erkennbar war also, dass bei der Führungsmacht des Ostens eine „Tauwetterperiode“⁴³³ begonnen hatte, bei der offen war,

⁴²⁶ Görtemaker: Die unheilige Allianz, S. 34.

⁴²⁷ Schwarz: Die Ära Adenauer. Gründerzeit der Republik 1949-57, S. 210, S. 264.

⁴²⁸ Görtemaker: Die unheilige Allianz, S. 34.

⁴²⁹ Bracher: Die Krise Europas 1917-1975, S. 342.

⁴³⁰ Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 90.

⁴³¹ Rapacki, Adam (*24.12.1909, gest. 10.10.1970) war von 1948-68 Mitglied des Zentralkomitees der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei. In den Jahren 1956-68 bekleidete er das Amt des Außenministers.

⁴³² Bracher: Die Krise Europas 1917-1975, S. 359.

⁴³³ Conze weist in: Die Suche nach Sicherheit auf S. 90 darauf hin, dass es sich hierbei um den Titel eines Romans von Ilja Ehrenburg handelt.

Ehrenburg, Ilja (*27.1.1891, gest. 31.8.1967) war russischer Schriftsteller. Nach der Flucht des Revolutionärs nach Frankreich im Jahr 1908 kehrte er 1940 wieder in die Heimat zurück. Zu seinen Werken gehörten propagandistische Romane und Schauspiele. Im Krieg gegen die Deutschen fungierte Ehrenburg als Berichterstatter. Mit seinem 1954 erschienenen kritischen Roman „Tauwetter“ leitete er

wie weit diese gehen würde. Mitursächlich für diese neue Offenheit war wohl auch die noch ungefestigte Lage der neuen Führungsclique.⁴³⁴ Das im Juli 1955 in Genf stattfindende Treffen der Staatschefs der Vier Mächte brachte lediglich eine atmosphärische Verbesserung. Besorgniserregend für beide Seiten war der Stand der Militärtechnik. In den inhaltlichen Fragen der Deutschland-Problematik wie dem Wettrüsten konnte kein Fortschritt erzielt werden.⁴³⁵ Für Aufsehen sorgte das Angebot Präsident Eisenhowers über Rüstungskontrollen und neue Luftinspektionen.⁴³⁶ Delegationen der deutschen Staaten waren als Zuschauer zugelassen.⁴³⁷ Dieser Gipfel gilt als Wasserscheide zwischen Nachkriegszeit und „neuer Ära“. Die Frage der deutschen Einheit wurde auch von den Westmächten nur wegen der Rücksicht auf Bonn noch thematisiert. Die bestehenden Verhältnisse in Deutschland wurden akzeptiert.⁴³⁸ Der Erhalt des Status quo und nicht mehr die Herstellung der Einheit galten als Voraussetzung für Entspannung.⁴³⁹ Es bestand zwischen Ost und West Konsens auf dieser Basis die Sicherheit zu erhöhen.⁴⁴⁰ Seit diesem Treffen standen für die Westalliierten andere Schwerpunkte wie Gespräche über Abrüstung und ein Sicherheitssystem im Vordergrund. Mit der „Lösung der deutschen Frage“ wünschten sich die Supermächte nach Möglichkeit nicht zu befassen.⁴⁴¹ Seit die Bundesrepublik souverän war, war für die östliche Seite eine Vereinigung auf der Basis einer blockfreien parlamentarischen Demokratie bereits recht unattraktiv geworden. Von nun an ging es aus Sicht der sowjetischen Führung lediglich um eine Annäherung der deutschen Staaten.⁴⁴² Chruschtschow äußerte nach dem Ende der Konferenz bei einem öffentlichen Auftritt in Ost-Berlin, dass die Wiedervereinigung in erster Linie eine Sache der Deutschen selbst sei.⁴⁴³ Nach westlichen Vorstellungen sollte ein demokratisches Gesamtdeutschland Bestandteil des westlichen Lagers sein; von der UdSSR wurde erwartet, die aufgrund des Sieges im Weltkrieg errungene Position preiszugeben. Die östlichen, auf einer Neutralitätslösung basierenden Pläne ließen sich nicht mit der westeuropäischen Gemeinschaft vereinbaren, weshalb kein Konsens zu erzielen war.⁴⁴⁴ Ost und West waren sich in der Furcht vor einem geeinten und mächtigen,

eine Phase der politischen und kulturpolitischen Liberalisierung ein.

⁴³⁴ Schwarz: Die Ära Adenauer. Gründerzeit der Republik 1949-57, S. 264 f.

⁴³⁵ Görtemaker: Die unheilige Allianz, S. 34 f.

⁴³⁶ Bracher: Die Krise Europas 1917-1975, S. 342.

⁴³⁷ Lehmann, Hans Georg: Deutschland-Chronik 1945-2000, Bonn 2000, S. 130.

⁴³⁸ Schwarz: Die Ära Adenauer. Gründerzeit der Republik 1949-57, S. 271 ff.

⁴³⁹ Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen?, aktual. und erw. Aufl., Berlin 1997, S. 86.

⁴⁴⁰ Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 90.

⁴⁴¹ Morsey: Die Deutschlandpolitik Adenauers, S. 24.

⁴⁴² Rupp, S. 136.

⁴⁴³ Schwarz: Die Ära Adenauer. Gründerzeit der Republik 1949-57, S. 273.

⁴⁴⁴ Hanrieder, Wolfram F.: Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-89, Paderborn, München, Wien, Zürich 1991, S. 170 f.

mit der jeweils anderen Seite verbündeten Deutschland einig. Der einstige Gegner erschien nun nützlich, um dem aktuellen Feind standhalten zu können. Nach einer Weile erfassten die Entscheidungsträger die Vorzüge der deutschen Spaltung. Alle Varianten der deutschen Einheit, also Mitgliedschaft des gesamten Landes in der NATO, im Warschauer Pakt oder die ungewisse Neutralitätslösung, erschienen den Hegemonialmächten – und erst recht den europäischen Nachbarn – nicht gerade wünschenswert. Wenn auch die Teilung des Landes nicht ursprünglich intendiert war, so konnten sich die Staatsmänner mit dieser Lösung anfreunden.⁴⁴⁵ Die Lösungsvorschläge im Sinne von Neutralität und einem System kollektiver Sicherheit scheiterten, weil niemand den status quo mit diesem Experiment belasten wollte. Westliche Politiker fürchteten den Abzug amerikanischer Truppen, das Ende des europäischen Einigungsprozesses sowie den dann entstehenden deutschen Nationalstaat. Eine Preisgabe der DDR hätte für die sowjetische Führung die Gefahr innerer Gärung im eigenen Imperium heraufbeschworen. Vorteilhafter war es also, die bestehenden Verhältnisse zu zementieren.⁴⁴⁶ Die deutschen Regierungen stellten mit ihren gegensätzlichen Wünschen – nationale Einheit bzw. Lösung des West-Berlin-Problems – die Wahrung des Besitzstandes der Blöcke in Frage.⁴⁴⁷ Die Alliierten machten Bonn zwar Konzessionen; eine eigenständige Gestaltung der Außenpolitik war für die Deutschen allerdings mit dem Einbau in die internationalen Organisationen ausgeschlossen. Diese Strukturen dienten auch dazu, Deutschland unter Aufsicht zu halten, was vor allem die Franzosen beruhigte. Westalliierte Politiker gingen allenfalls mit Lippenbekenntnissen auf das Anliegen der deutschen Einheit ein. Einem souveränen Deutschland, das seine Außenpolitik eigenständig führte und das Kräftefeld des Kontinents umgestalten konnte, war der Erhalt des Teilstaates für den eigenen Block vorzuziehen.⁴⁴⁸

Auf dem XX. Parteitag der KPdSU zu Beginn des Jahres 1956 wies Chruschtschow auf das Leninsche⁴⁴⁹ Prinzip von der friedlichen Koexistenz hin, das Generallinie der Außenpolitik bleibe. Weiter äußerte er, dass ein friedliches Miteinander von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung nicht nur möglich, sondern angesichts der Gefahren eines mit Kernwaffen geführten Krieges auch unumgänglich sei. Anstelle

⁴⁴⁵ Bender, Peter: Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland, 2. Aufl. München 1996, S. 71 f.

⁴⁴⁶ Schwarz: Die Ost-West-Spannungen als Orientierungsrahmen westdeutscher Außenpolitik, S. 477.

⁴⁴⁷ Bender, S. 82 f.

⁴⁴⁸ Hanrieder, Wolfram F.: Die westdeutsche Außenpolitik von 1949-79. Möglichkeiten und Notwendigkeiten, in: Hanrieder, Wolfram F./Rützli, Hans, (Hg.): Im Spannungsfeld der Weltpolitik. 30 Jahre deutsche Außenpolitik 1949-79, (Studien zur Politik, Bd. 6), Bonn 1981, (S. 31-63), S. 35 ff.

⁴⁴⁹ Lenin, eigentlich Wladimir Iljitsch (*22.4.1870, gest. 21.1.1924) war Führer der russischen Bolschewisten. Es gelang ihm in der Oktoberrevolution (7. November 1917) die Macht an sich zu reißen. Er schloss mit Deutschland den Frieden von Brest Litowsk, warf im Bürgerkrieg den inneren Gegner nieder und sorgte mit Terrormaßnahmen für die Bolschewisierung Russlands. Er war zugleich der große Theoretiker des Kommunismus und entwickelte die Lehren von Marx und Engels weiter.

kriegerischer Konflikte trete der ökonomische Wettstreit, der die Leistungsfähigkeit eines Systems beweise. Der ideologische Kampf gehe – davon unberührt – unvermindert weiter. Unvereinbar blieb es allerdings, das nicht aufgegeben Ziel der Weltrevolution mit geregelten Beziehungen zu kapitalistischen Staaten zu verbinden. Die Lehre von der Koexistenz sprach immerhin für eine pragmatische Haltung gegenüber der westlichen Gemeinschaft. Wichtig in diesem Zusammenhang war, dass Chruschtschow nicht mehr von der Unvermeidbarkeit der Kriege ausging.⁴⁵⁰ Im Verlaufe des Jahres 1956 war zu erkennen, dass nach Beendigung der Streitigkeiten innerhalb der sowjetischen Führungsschicht keine wesentlichen Veränderungen im östlichen Imperium vorgenommen wurden. Lediglich einige der Mittel und Lehren des verbliebenen Diktators wurden verworfen, was ausreichte im Westen – gerade in Frankreich – eine gewisse Sorglosigkeit aufkommen zu lassen.⁴⁵¹ Als gefährlich erwiesen sich Reformbestrebungen der osteuropäischen Staaten wegen der damit verbundenen Sprengkraft für das östliche System. Der Warschauer Pakt und wirtschaftliche Kooperation dienten auch dazu, die Herrschaft zu sichern und ein hinreichendes Maß an Gleichschaltung zu gewährleisten.⁴⁵² Das militärische Ersticken des Volksaufstandes in Ungarn im November 1956 durch die Rote Armee belegte, dass Entspannung und Verständigungsbereitschaft begrenzt waren.⁴⁵³ Nachdem die USA zuvor in Erklärungen und Radiosendungen den Ungarn Hilfe zugesagt hatten, blieb Washington tatenlos und drohte nicht einmal. Zur gleichen Zeit gehörte allerdings ein bewaffneter Konflikt im Nahen Osten um den Suez-Kanal, in dem einige europäische Verbündete involviert waren, zu den Sorgen der US-Administration. Das atomare Patt bewirkte, dass sowohl die USA als auch die Sowjetunion den status quo der Einflusssphären respektierten.⁴⁵⁴ Die Hegemonialmächte übernahmen zunehmend die Rolle des Garanten der Stabilität in Europa.⁴⁵⁵ Die die ägyptische Regierung stützende sowjetische Führung handelte in Ungarn mit großer Härte als Frankreich, Großbritannien und Israel militärisch vorgingen, um ihre Ziele in Ägypten zu erreichen. Die Supermächte lehnten übereinstimmend die kriegerische Intervention am Suezkanal ab; unter dem Druck von Russlands atomarer Drohung stellten britische, französische und israelische Truppen ihren Einsatz ein und das Kampfgebiet wurde unter UNO-Aufsicht geteilt.⁴⁵⁶ Die Ungarn- und Suez-Krisen ließen die französische, britische und deutsche Regierung deutlich

⁴⁵⁰ Görtemaker: Die unheilige Allianz, S. 36 f.

⁴⁵¹ Eisenmann, Peter: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von der Westintegration zur Verständigung mit dem Osten. Ein Studienbuch in Dokumentation und Analyse, (Gegenwart und Geschichte, Bd. 7), Krefeld 1982, S. 70 f.

⁴⁵² Bracher: Die Krise Europas 1917-1975, S. 359.

⁴⁵³ Eisenmann, S. 70 f.

⁴⁵⁴ Görtemaker: Die unheilige Allianz, S. 38 ff.

⁴⁵⁵ Hanrieder: Deutschland, Europa und Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-89, S. 171.

⁴⁵⁶ Stöver, S. 125 ff.

erkennen, wer nun über die Macht verfügte. Das Bewusstsein dieses Verlusts führte zu intensivierten Bestrebungen Großbritanniens im Verhältnis zu den USA, während Frankreich sich kompensatorisch in Europa engagierte.⁴⁵⁷

Im Oktober 1957 gelang es den Sowjets, eine Rakete mit einem kleinen Satelliten, den „Sputnik“, ins Weltall zu befördern, der mit seinen Signalen das in der westlichen Welt verbreitete Vertrauen in den technologischen Vorsprung der USA erheblich erschütterte. Der Beginn der Raumfahrt wurde von der UdSSR eingeläutet. Es handelte sich hierbei nicht nur um einen Meilenstein der Technik und eine gelungene Selbstdarstellung. Dieser Schritt belegte, dass der Kreml Interkontinentalraketen gegen das Territorium der westlichen Führungsmacht einsetzen konnte. Die USA waren verletztlich geworden; Washington hatte die eigene Position hinsichtlich der Führung eines Atomkrieges zu überdenken. Die außenpolitische Initiative ging nun an die Hegemonialmacht des Ostens.⁴⁵⁸ Die Sicherheits- und Forschungspolitik der Eisenhower-Administration wurde in Frage gestellt. Auch bei den europäischen Bündnispartnern wurden Zweifel hinsichtlich der Fähigkeiten der US-Regierung und an der Sicherheitsgarantie angesichts der neuen strategischen Lage wach.⁴⁵⁹ Im nun beginnenden Weltraumwettrüsten ging es um den öffentlichkeitswirksamen Beweis der Leistungsfähigkeit des jeweiligen Systems.⁴⁶⁰ Nach der Lösung des internen Machtkampfes im März 1958 fühlte sich Chruschtschow stark genug, in der Außenpolitik offensiv vorzugehen.⁴⁶¹ Zudem waren die Kriegsverwüstungen im eigenen Land im Wesentlichen behoben.⁴⁶² Die sowjetische Führung gebot nun über ein Atompotential, das zwar für einen zweiten Schlag gegenüber dem Gegner nicht ausreichte, aber durchaus enorme Zerstörungen in den USA und Europa herbeiführen konnte.⁴⁶³ Russische Militärs gingen in ihren Überlegungen davon aus, dass ein – vom Westen ausgelöst – militärischer Konflikt in Mitteleuropa mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Ausweitung zu einer weltweiten thermonuklearen Auseinandersetzung führen würde. Dies bedeutete die Auslöschung ganzer Länder und 500–600 Millionen Menschenleben.⁴⁶⁴

⁴⁵⁷ Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 100.

⁴⁵⁸ Görtemaker: Die unheilige Allianz, S. 38 ff.

⁴⁵⁹ Felken, Detlef: Dulles und Deutschland. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1953-59, Bonn, Berlin 1993, S. 462 f.

⁴⁶⁰ Dülffer, S. 31.

⁴⁶¹ Eisenmann, S. 71.

⁴⁶² Thränhardt, Dietrich: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/Main 1996, S. 90.

⁴⁶³ Link: Die Außenpolitik und internationale Einordnung der BRD, S. 576.

⁴⁶⁴ Adomeit, Hannes: Die Sowjetmacht in internationalen Krisen und Konflikten. Verhaltensmuster, Handlungsprinzipien, Bestimmungsfaktoren, (Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 11), Baden-Baden 1983, S. 295 ff.

2.2. Deutsche Entwicklungen

2.2.1. Die Bundesrepublik

Gründung und erste Lebensjahre der Republik waren durch unmittelbare Einwirkung der Besatzungsmächte, vor allem der USA, gekennzeichnet. Die Amerikaner sahen im neuen Staatswesen einen elementaren Baustein im westeuropäischen Sicherheitssystem gegenüber dem Kommunismus.⁴⁶⁵ Es ging der Hegemonialmacht neben der Verhinderung weiteren östlichen Vorgehens auch um die Eindämmung einer möglichen deutschen Gefahr durch die westliche Verankerung dieses Gemeinwesens und durch Truppenstationierung auf dem Kontinent.⁴⁶⁶ Die Westmächte offerierten in den „Londoner Empfehlungen“ vom 7. Juni 1948 die Möglichkeit der Schaffung eines westdeutschen Teilstaates und gaben die bestimmenden Elemente der Verfassung vor. Diese als Geburtsurkunde der neuen Republik geltenden „Frankfurter Dokumente“ erhielten die Ministerpräsidenten der westlichen Zonen von den Militärbefehlshabern am 1. Juli 1948. Den Ministerpräsidenten oblag es nun, eine verfassunggebende Versammlung zu berufen. Der Parlamentarische Rat hatte die Aufgabe, die lediglich provisorisch gedachte Verfassung – das Grundgesetz – zu erarbeiten. Ein am Westen orientierter, ökonomischen Aufschwung und freiheitliche Lebensweise ermöglichender Teilstaat war – gerade im Vergleich mit den Verhältnissen in der sowjetisch besetzten Zone – für viele eine akzeptable vorläufige Lösung. Damit verband sich die Annahme, dass die im sowjetischen Herrschaftsbereich lebenden Landsleute bei Erlangung politischer Selbstbestimmung hinzukommen würden.⁴⁶⁷ Auch für die nicht vollkommen abwegig erscheinende Möglichkeit eines neuen Krieges wollte die Bevölkerung auf die richtige, die westliche Karte setzen.⁴⁶⁸ Die Mehrheit der Westdeutschen war jedoch nicht nur aus utilitaristischen Gründen und der Erkenntnis, dass die USA die mächtigste Nation der Welt war, sondern auch aufgrund des Wertekonsenses für den Anschluss an den Westen.⁴⁶⁹ Der in Bonn unter dem Vorsitz von Konrad Adenauer⁴⁷⁰ arbeitende Parlamentarische Rat verabschiedete vier Jahre nach der Kapitulation am 8. Mai 1949 das Grundgesetz, das am

⁴⁶⁵ Eisenmann, S. 73.

⁴⁶⁶ Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 52.

⁴⁶⁷ Morsey, Rudolf: Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 19), 3. Aufl. München 1995, S. 17 ff.

⁴⁶⁸ Bender, S. 74.

⁴⁶⁹ Link: Die Außenpolitik und internationale Einordnung der BRD, S. 575.

⁴⁷⁰ Adenauer, Konrad (*5.1.1871, gest. 19.4.1967) war von 1917-33 und 1945 Oberbürgermeister der Stadt Köln. Der der Zentrumspartei angehörende Politiker war 1920-33 auch Mitglied des preußischen Staatsrats. Von den Nationalsozialisten wiederholt inhaftiert, gehörte er nach dem Krieg zu den Gründern der CDU, deren Bundesvorsitzender er 1950 auch wurde. 1948/49 bekleidete Adenauer das Amt des Präsidenten des Parlamentarischen Rats. Von 1949-63 verschaffte er als erster Bundeskanzler der Bundesrepublik internationale Anerkennung.

23. Mai in Kraft trat. Zum Staatsgebiet zählte allerdings nicht Berlin, über das die vier Siegermächte auch künftig entscheiden wollten.⁴⁷¹ Die Bundestagswahl vom 14. August 1949 führte zu einer von Adenauer geleiteten Regierungskoalition. Im September nahmen in Bonn die für die Gesetzgebung entscheidenden Gremien Bundestag und Bundesrat die Arbeit auf. Theodor Heuss⁴⁷² wurde zum Bundespräsidenten, Konrad Adenauer zum – die Richtlinien der Politik bestimmenden – Bundeskanzler gewählt. Ebenfalls seit dem 21. September galt das als Rechtsgrundlage der Beziehungen zwischen dem neuen Staat und den alliierten Mächten dienende Besatzungsstatut, das den – nunmehr über ihre zivilen Hohen Kommissare handelnden – Westmächten weitgehende Rechte gab und die Kompetenzen der deutschen Regierung erheblich einschränkte.⁴⁷³ So blieben Außen- und Sicherheitspolitik, Demilitarisierung und Aufsicht über das Ruhrgebiet Angelegenheit der westlichen Sieger.⁴⁷⁴ Borowsky bezeichnet die junge Demokratie des Jahres 1949 treffend als Protektorat.⁴⁷⁵ Zu diesem Zeitpunkt handelte es sich nicht um ein weltpolitisch handlungsfähiges Subjekt, daher galt es über vertrauensbildende Maßnahmen hier Spielraum zum gewinnen.⁴⁷⁶ Erlangung der Souveränität, nationale Einheit und Anbindung an die westliche Staatengemeinschaft waren die entscheidenden Aufgaben für die Außenpolitik. Bei diesem Vorhaben galt es, die Interessen des mächtigen Auslands zu beachten.⁴⁷⁷ Das Ziel der gleichberechtigten Westintegration ließ sich allerdings nicht mit der Einheit des Vaterlandes verbinden. Die in der Bevölkerung verbreitete Erwartung ging zudem von einem Deutschland in den Grenzen des Jahres 1937 aus.⁴⁷⁸ Dieser Zielkonflikt sorgte für erhebliche innenpolitische Kontroversen.⁴⁷⁹ Adenauer hatte bereits im Frühjahr 1948 die Teilung Deutschlands für eine Tatsache gehalten. Seine Folgerung bestand darin, eine Anbindung an die Westmächte zu suchen. Ohne Integration in die westliche Staatengemeinschaft hielt er eine Wiedervereinigung nur unter kommunistischer Herrschaft für realistisch.⁴⁸⁰ Freiheitliche Selbstbestimmung des westdeutschen Teilstaats

⁴⁷¹ Die Sonderrolle der Stadt wird im Kapitel 2.2.3. Berlin behandelt.

⁴⁷² Heuss, Theodor (*31.1.1884, gest. 12.12.1963) betätigte sich schriftstellerisch und journalistisch. Er gehörte seit 1918 der Deutschen Demokratischen Partei an; 1930 wechselte er zur Deutschen Staatspartei. Heuss war auch Hochschullehrer und Mitglied des Reichstags. Während des „Dritten Reichs“ wurde er politisch kaltgestellt; nach 1945 engagierte er sich beim Aufbau der neuen Demokratie. Dazu gehörte sein Beitrag bei der Erarbeitung der Verfassung und seine Amtszeit als erster Bundespräsident.

⁴⁷³ Morsey: Die Bundesrepublik Deutschland, S. 19 ff.

⁴⁷⁴ Born, Karl Erich: Deutschland vom Ende der Monarchie bis zur Teilung, in: Schieder, Theodor (Hg.): Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 7: Europa im Zeitalter der Weltmächte, 1. Teilbd., Stuttgart 1979, (S. 522-582), S. 577 f.

⁴⁷⁵ Borowsky, Peter: Deutschland 1945 bis 1969, Hannover 1993, S. 135.

⁴⁷⁶ Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 46.

⁴⁷⁷ Rupp, S. 128.

⁴⁷⁸ Schöllgen, Gregor: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland – Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 2. Aufl. München 2001, S. 21 f.

⁴⁷⁹ Wolfrum: Die geglückte Demokratie, Bonn 2007, S. 100 f.

⁴⁸⁰ Görtemaker, Manfred: Geschichte der BRD. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999, S. 271 f.

erschien ihm wichtiger als die Einheit der Nation.⁴⁸¹ Die stabile Westbindung stellte für Adenauer Bedingung zum späteren Erreichen des Ziels aus einer starken Position dar, doch erwies sich dieser Weg damals als erfolglos.⁴⁸² Er ging nicht von einer endgültigen Spaltung aus, sondern von einem späteren Anschluss der ostdeutschen Gebiete, sobald die politische Konstellation dies erlaubte.⁴⁸³ Zu den Befürchtungen des Kanzlers gehörte eine Einigung der Supermächte zu deutschen Lasten.⁴⁸⁴ Eine an die Weimarer Zeit erinnernde „Schaukelpolitik“ zwischen den großen Blöcken vermied er folglich. Die internationalen Rahmenbedingungen sollten bei den westlichen Besatzungsmächten zu einem Umdenken führen; die junge Republik erschien ihnen zunehmend als Partner nützlich.⁴⁸⁵ Dem Bundeskanzler lag daran, mit den Westalliierten zu kooperieren, um auf diesem Weg – auch mit vertrauensbildenden einseitigen Leistungen – sukzessive die Einschränkungen des Besatzungsstatuts zu beseitigen und zu einer Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe zu gelangen. Freilich war dabei eine Reihe schwieriger Fragen wie Demontage, Ruhrstatut und die Zukunft des Saargebiets zu lösen. Für seine Kooperationsbereitschaft konnte der Bundeskanzler beim mit den Hohen Kommissaren ausgehandelten Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 die Erlaubnis für den Beginn konsularischer Beziehungen mit dem Ausland sowie die zeitliche Begrenzung und Verringerung der Demontagen erreichen.⁴⁸⁶ Noch bis ins Jahr 1951 hatte der Kanzler die Hohe Kommission über sein Wirken zu informieren und mit dieser Verhandlungen zu führen.⁴⁸⁷ Ein relevanter Schritt war 1950 der deutsche Beitritt zum Europarat, einer beratenden und der Abstimmung der europäischen Interessen dienenden Institution.⁴⁸⁸ Die Zugehörigkeit zu diesem Kommunikationsforum war für die Integration der Bundesrepublik sehr förderlich. Diese Fortschritte wurden jedoch gerade vom Oppositionsführer Kurt Schumacher⁴⁸⁹ nicht anerkannt, sondern als Erfüllungspolitik gegenüber den Alliierten betrachtet.⁴⁹⁰ Die gerade gegenüber dem rechtsrheinischen Nachbarn misstrauische französische Regierung ging auf

⁴⁸¹ Birke, Adolf M.: Nation ohne Haus. Deutschland 1945-1961, Berlin 1989, S. 300.

⁴⁸² Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 67.

⁴⁸³ Görtemaker: Die Geschichte der BRD. Von der Gründung bis zur Gegenwart, S. 280.

⁴⁸⁴ Hildebrand, Klaus: Integration und Souveränität. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-82, Bonn 1991, S. 42.

⁴⁸⁵ Schöllgen, S. 20 f.

⁴⁸⁶ Borowsky, S 135 ff.

⁴⁸⁷ Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 61

⁴⁸⁸ Bracher, Karl Dietrich: Die Krise Europas 1917-75, S. 263.

⁴⁸⁹ Schumacher, Kurt (*13.10.1895, gest. 20.8.1952) war von Beruf Volkswirtschaftler und gehörte 1930-33 dem Reichstag an. Während der Zeit 1933-45 befand er sich mit einer Unterbrechung 1943 im KZ. Nach Kriegsende engagierte sich Schumacher hervorragend bei der Wiederbegründung der SPD und setzte sich gegen die Verbindung von SPD und KPD ein. Von 1946 an war er Parteivorsitzender; 1948/49 gehörte er dem Parlamentarischen Rat an. Seit 1949 war Schumacher Mitglied des Bundestags und Fraktionsvorsitzender; er kritisierte häufig die Politik des Kanzlers.

⁴⁹⁰ Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 63 f.

Adenauers Vorgehen ein.⁴⁹¹ Das Angebot des französischen Außenministers Robert Schuman⁴⁹² vom 8.5.1950 an die deutsche Regierung für eine Zusammenarbeit bei Kohle und Stahl stellte den Beginn der Integration mit dem Westen dar. Der am 18.4.1951 ratifizierte Vertrag über die Montanunion schuf einen westeuropäischen Binnenmarkt für Kohle und Stahl.⁴⁹³ Mit dem Projekt war eigentlich intendiert, die deutsche Schwerindustrie international zu kontrollieren, woran gerade Frankreich lag. Letztlich förderte dieser Schritt aber den deutschen wirtschaftlichen Aufstieg.⁴⁹⁴ Die Realisierung dieser Montanunion im Juli 1952 bedeutete das Ende des Ruhrstatutes, der Ruhrbehörde und der Einschränkungen in diesem ökonomischen Sektor.⁴⁹⁵ Diese Verbindung sollte Beginn der künftigen Gemeinschaftsprojekte der beteiligten Staaten werden.⁴⁹⁶ Auch diesen Schritt setzte der Kanzler gegen innenpolitischen Widerstand durch.⁴⁹⁷ Für die künftige Entwicklung war die die westlichen Außenminister bereits seit September 1950 beschäftigende Frage einer möglichen Remilitarisierung der Bundesrepublik von erheblicher Bedeutung. Umstritten war, ob eine deutsche Mitgliedschaft in der NATO⁴⁹⁸ oder der von Frankreich initiierte Pleven-Plan vorzuziehen war. Eine deutsche Kommission besprach seit Anfang 1951 die Voraussetzungen mit den Alliierten.⁴⁹⁹ Der im Juni 1950 einsetzende und erst 1953 endende Krieg im fernen Korea wirkte sich auch auf das politische Geschehen in Europa aus.⁵⁰⁰ Der Konflikt forcierte den deutschen Aufstieg, da die Staatsmänner der führenden westeuropäischen Staaten ihre Bedenken gegen eine deutsche Remilitarisierung vor dem Hintergrund einer als real betrachteten Kriegsgefahr zurückstellten. Ein deutsches Truppenkontingent erschien nun unerlässlich, um eine effektive Verteidigung Westeuropas zu ermöglichen. Vor allem der amerikanischen Administration lag jetzt daran, Deutschland sicher in die westliche Gemeinschaft einzubinden, um das deutsche Potential dem eigenen Block nutzbar zu machen.⁵⁰¹ Sie legte ihren Verbündeten nahe, ihre ablehnende Haltung gegenüber einer Bewaffnung

⁴⁹¹ Rupp, S. 129.

⁴⁹² Schuman, Robert (*29.6.1886, gest. 4.9.1963) war von Beruf Jurist. 1940-42 in deutscher Haft gelang es ihm zu fliehen und sich der Resistance anzuschließen. 1944 gehörte er zu den Gründern der republikanischen Volksbewegung. Schuman fungierte 1947/48 als Ministerpräsident und danach bis 1953 als Außenminister.

⁴⁹³ Borowsky, S. 138 f.

⁴⁹⁴ Hardach, Gerd: Die Wirtschaftsentwicklung der 50er Jahre. Restauration und Wirtschaftswunder, in: Bänsch, Dieter (Hg.): Die fünfziger Jahre. Beiträge zu Politik und Kultur, Tübingen 1985, S. 56.

⁴⁹⁵ Borowsky, S. 139.

⁴⁹⁶ Bracher: Die Krise Europas 1917-75, S. 264.

⁴⁹⁷ Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 69.

⁴⁹⁸ North Atlantic Treaty Organisation: Der am 4.4.1949 in Washington geschlossene Sicherheitspakt zur Verteidigung von Frieden und Freiheit sah gegenseitigen militärischen Beistand im Fall eines Angriffs auf einen der Vertragspartner vor. Das Bündnis stärkte auch die sonstige Zusammenarbeit der beigetretenen Mächte.

⁴⁹⁹ Birke, S. 298.

⁵⁰⁰ Borowsky, S. 139 ff.

⁵⁰¹ Görtemaker: Geschichte der BRD. Von der Gründung bis zur Gegenwart, S. 294 ff.

Deutschlands zu überwinden. Frankreich hegte besondere Bedenken gegen dieses Vorhaben; der Ministerpräsident René Pleven⁵⁰² machte am 24. Oktober 1950 den Mitgliedsländern der Montanunion seine Vorstellung von einer europäischen Militärmacht bekannt. Die darin vorgesehenen deutschen Kontingente sollten nicht über Führungsgremien verfügen und einem europäischen Kommissar zugeordnet werden.⁵⁰³ Deutsches Militär sollte damit supranational integriert werden.⁵⁰⁴ Der Kanzler erkannte den Wehrbeitrag als Mittel, um Souveränität und mehr außenpolitisches Gewicht zu erlangen. Er ließ im Oktober 1950 unter strikter Geheimhaltung Pläne zur Schaffung einer neuen bewaffneten Macht ausarbeiten.⁵⁰⁵ In diesen Kontext gehörte die Schaffung der „Dienststelle Blank“, die die Keimzelle des künftigen Verteidigungsministeriums darstellte.⁵⁰⁶ Das Aufstellen eines deutschen Truppenkontingents entsprach aber auch dem eigenen Sicherheitsinteresse.⁵⁰⁷ Die Westmächte honorierten Adenauers Politik mit der Abänderung des Besatzungsstatuts im März 1951: Die Legislative wurde nicht mehr kontrolliert und die Schaffung des Außenministeriums gestattet.⁵⁰⁸ Seit dem 15.3.1951 fungierte Adenauer zusätzlich als Außenminister.⁵⁰⁹ Diese Personalunion zeigte seinen Willen in dieser wichtigen Phase die Außenpolitik allein zu bestimmen auch wegen seiner Befürchtungen gegenüber nationalpolitischer Orientierung und der Sorge hinsichtlich der Annahme der Westbindung.⁵¹⁰ Das Jahr 1951 brachte immerhin im Juli und im Oktober die Aufhebung des Kriegszustandes durch amtliche Erklärungen Großbritanniens, Frankreichs und der USA.⁵¹¹ Die Übernahme der Verbindlichkeiten des Deutschen Reiches gegenüber dem Ausland wie die Vereinbarung von Wiedergutmachungsleistungen für Israel im Jahr 1952 trugen dazu bei, das Ansehen der Bundesrepublik zu heben.⁵¹² Im Unterschied zur DDR übernahm sie Schuld und Verantwortung des Deutschen Reiches.⁵¹³ Seit Mai 1951 verhandelten die Westmächte über die Aufnahme des westdeutschen Staats in die europäische Gemeinschaft. Weitere Themen waren der deutsche Wehrbeitrag sowie die Ablösung des Besatzungsstatuts durch einen neuen Vertrag. Im März 1952 waren diese

⁵⁰² Pleven, René (*13.4.1901, gest. 13.3.1993) gehörte während des Zweiten Weltkriegs zur Widerstandsbewegung. In der Vierten Republik bekleidete er mehrmals Ministerämter und war auch zeitweilig Ministerpräsident.

⁵⁰³ Borowsky, S. 139 ff.

⁵⁰⁴ Fuhr, Eckhard (unter Mitarbeit von Kuhn, Nicola; Ronnger, Hans-Ulrich; Weimer, Wolfram): Geschichte der Deutschen 1949-1990. Eine Chronik zu Politik, Wirtschaft und Kultur, Frankfurt/Main 1990, S. 47.

⁵⁰⁵ Borowsky, S. 140, 142.

⁵⁰⁶ Fuhr, S. 49.

⁵⁰⁷ Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 71.

⁵⁰⁸ Borowsky, S. 143.

⁵⁰⁹ Birke, S. 298.

⁵¹⁰ Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 75 f.

⁵¹¹ Schöllgen, S. 31.

⁵¹² Borowsky, S. 149 f.

⁵¹³ Schöllgen, S. 30.

Pläne schon weit gediehen; nun schaltete sich der sowjetische Diktator ein.⁵¹⁴ Vorher hatte die DDR bereits eine Diskussion über eine gesamtdeutsche freie Wahl für eine verfassunggebende Nationalversammlung ins Spiel gebracht.⁵¹⁵ Am 10. März offerierte die sowjetische Seite eine Konferenz für einen Friedensvertrag; diese Stalin-Note unterbreitete einen Aufsehen erregenden Vorschlag. Vorgesehen war die Wiederherstellung eines deutschen Gesamtstaates unter der Bedingung der Neutralität. Eigene Streitkräfte zur Landesverteidigung und eine entsprechende Rüstungsindustrie waren erlaubt. Ob dieser Schritt zu den überraschenden Wenden der sowjetischen Außenpolitik zählte oder lediglich ein diplomatisches Störmanöver mit dem Ziel der Verhinderung des Vertragsschlusses war, ist umstritten.⁵¹⁶ Die sowjetische Führung war sich jedenfalls darüber im Klaren, dass die Erlangung der Einheit für die Westdeutschen ein herausragendes Anliegen war; wie beabsichtigt gab es in der hiesigen Öffentlichkeit erregte Diskussionen, den Vorschlag wenigstens auszuloten. Da ohne den Willen der Bundesregierung die Aufstellung einer Armee nicht möglich war, hatte die östliche Initiative das Potential an diesem heiklen Punkt zu treffen und dem gegnerischen Lager eine spürbare Niederlage zuzufügen.⁵¹⁷ Möglich erscheint auch die Absicht, zu einem Friedensvertrag zu kommen⁵¹⁸ oder das Vorhaben die Westmächte zum Verlassen des Landes zu bewegen.⁵¹⁹ Der Bundeskanzler lehnte den Vorschlag ab.⁵²⁰ Die Westintegration in Frage stellende Neutralisierungsideen waren bei ihm chancenlos.⁵²¹ Da die Westalliierten einen ihrer Machtsphäre zugehörigen deutschen Teilstaat vorzogen, bestand keine Chance für eine Wiedervereinigung unter diesen Bedingungen, selbst wenn es sich um ein ernstliches Angebot handelte.⁵²² Die Bundesrepublik als nicht souveräner Staat verfügte nicht über die Kompetenz zu Verhandlungen.⁵²³ Die Vertreter der westlichen Regierungen werteten den Moskauer Vorschlag zudem als eher plumpen Versuch, die Gespräche über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zum Scheitern zu bringen; sie setzten ihre Unterredungen daher fort. Großbritannien, Frankreich und die USA forderten für Deutschland freie Wahlen und Bündnisfreiheit. Gerade die freie Wahl des Bündnisses konnte für Stalin nicht akzeptabel sein, da er eine feste Verankerung des Landes mit dem Westen ausschließen

⁵¹⁴ Borowsky, S. 144 f.

⁵¹⁵ Lappenküper, S. 9.

⁵¹⁶ Görtemaker: Die Geschichte der BRD. Von der Gründung bis zur Gegenwart, S. 306 f.

⁵¹⁷ Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 80 f.

⁵¹⁸ Loth, Wilfried: Die Sowjetunion und die deutsche Frage. Studien zur sowjetischen Deutschlandpolitik von Stalin bis Chruschtschow, Göttingen 2007, S. 153 f.

⁵¹⁹ Schöllgen, S. 33.

⁵²⁰ Graml, Hermann: Die Märznote von 1952. Legende und Wirklichkeit, (Deutschland-Report Bd. 6), Melle 1988, S. 58.

⁵²¹ Wolfrum: Die geglückte Demokratie, Bonn 2007, S. 115.

⁵²² Borowsky, S. 144 f.

⁵²³ Rupp, S. 137.

wollte. Der am 26.5.1952 von den Westmächten und der Bundesrepublik geschlossene General- oder Deutschlandvertrag beendete das Besatzungsstatut und verschaffte dem Land eine beschränkte Souveränität. Westalliierte Beschränkungen galten für elementare Aspekte wie die ehemalige Reichshauptstadt, Deutschland als Ganzes, die westliche Truppenpräsenz sowie Notstandsklauseln.⁵²⁴ In Fragen der Innenpolitik und der auswärtigen Angelegenheiten erhielt die Regierung weitgehenden Gestaltungsspielraum.⁵²⁵ Übrigens entbrannte in der Bundesrepublik gerade an einer als Hindernis für die Herstellung der Einheit betrachteten Klausel auch hier innenpolitischer Widerstand.⁵²⁶ Frankreich, Großbritannien und die USA verpflichteten sich, eine friedliche Vereinigung zu fördern.⁵²⁷ Nur einen Tag später schlossen die Regierungsvertreter Frankreichs, der Bundesrepublik, Italiens und der Beneluxstaaten den Vertrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Darin war die Schaffung der deutschen Bundeswehr mit einer Stärke von 407.000 Mann vorgesehen.⁵²⁸ Auch wenn die Verteidigungsgemeinschaft wegen der Verweigerung der Nationalversammlung in Paris 1954 nicht ins Leben treten konnte, war damit die Zustimmung zur westdeutschen Remilitarisierung seitens der Alliierten gegeben.⁵²⁹ Das Scheitern dieses wichtigen Projekts brachte Bonn zunächst in Verlegenheit, weil eine Reihe von Teilbereichen der Vereinbarung bereits realisiert worden war. Doch gelang es rasch auf Unterredungen in London eine Alternative zu entwickeln. In Paris wurde dann im Oktober 1954 das Verhältnis innerhalb der westlichen Staatenwelt neu gestaltet. Neben einer Reihe weiterer wichtiger Fragen änderten die Westalliierten den Deutschlandvertrag von 1952. Die Bundesrepublik erhielt die Chance in die NATO aufgenommen zu werden.⁵³⁰ Mit dieser Lösung stand das Land im Ergebnis besser da als mit dem EVG-Vorhaben.⁵³¹ Der Eintritt in die NATO bedeutete Sicherheit, da ein militärischer Angriff auf einen der Mitgliedsstaaten als Aggression gegen alle gewertet wurde.⁵³² Die Rechte der Alliierten hinsichtlich Berlins, Deutschland als Ganzem, der Frage von Vereinigung und Friedensvertrag blieben allerdings bestehen.⁵³³ Zudem schlossen Bonn und Paris eine Regelung über das Saarland ab. Während der Endphase der Besprechungen wurde die sowjetische Führung wieder einmal initiativ und bot freie Wahlen in Deutschland als Basis einer Friedensregelung an. Erneut gab es in der

⁵²⁴ Borowsky, S. 146 ff.

⁵²⁵ Schöllgen, S. 31.

⁵²⁶ Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 82.

⁵²⁷ Link: Die Außenpolitik und internationale Einordnung der Bundesrepublik Deutschland, S. 576.

⁵²⁸ Borowsky, S. 148.

⁵²⁹ Rupp, S. 129.

⁵³⁰ Borowsky, S. 152 ff.

⁵³¹ Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 86 f.

⁵³² Kleßmann, Christoph: Zwei Staaten, eine Nation. deutsche Geschichte 1955-1970, 2. überarb. und erw. Aufl., Bonn 1997, S. 68.

⁵³³ Schöllgen, S. 38.

westdeutschen Öffentlichkeit eine innenpolitische Auseinandersetzung, ob das Moskauer Angebot ernst zu nehmen war. Trotzdem wurden die in Paris geschlossenen Verträge im Februar 1955 vom Bundestag verabschiedet. Mit deren Inkrafttreten am 5. Mai 1955 war die Republik mit den genannten Beschränkungen souverän; am 7. Mai wurde sie in die Westeuropäische Union aufgenommen. Zwei Tage später erfolgte der Beitritt zur NATO.⁵³⁴ Zuvor hatte die Bundesregierung in den Fragen der Wiedervereinigung oder der Änderung der Grenzen förmlich darauf verzichtet, mit Gewalt vorzugehen.⁵³⁵ Zehn Jahre nach der vollständigen Niederlage war der westliche Teilstaat völkerrechtlich in politischer und militärischer Hinsicht Bestandteil des Westens. Zu bilanzieren ist, dass immerhin zwei der Hauptanliegen der Politik verwirklicht werden konnten: Die Westintegration war gelungen und hatte die eingeschränkte Souveränität erwirkt. Die Gleichberechtigung mit anderen Mächten war hingegen noch nicht erreicht, da die Außenpolitik alliierten Beschränkungen unterlag. Auch die Vereinigung konnte nicht realisiert werden.⁵³⁶ Die beachtlichen Fortschritte der Sicherheitspolitik und die erstaunliche Aufbauleistung steigerten den Wert des Landes als Verteidigungsbastion gegen den Kommunismus für die Amerikaner und verschärfen gleichzeitig die Spaltung der Nation.⁵³⁷ Auch als im Juni 1955 Heinrich von Brentano⁵³⁸ Außenminister wurde, gestaltete Adenauer weiterhin im Wesentlichen die Außenpolitik.⁵³⁹ Dank der nun gewonnenen Handlungsfreiheit reiste der Kanzler im September 1955 auf Einladung aus dem Kreml nach Moskau. Mit seiner Bereitschaft zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen erreichte er die Rückkehr der letzten deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat.⁵⁴⁰ Dieser Erfolg trug zur Popularität des Kanzlers erheblich bei.⁵⁴¹ Im Oktober 1955 entschied sich die Bevölkerung des Saarlandes in einer Abstimmung für die Zugehörigkeit zu Deutschland, die dann etappenweise bis Juli 1959 realisiert wurde. Im März 1957 gehörte die Bundesrepublik mit zu den Gründern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Rom.⁵⁴² Schrittweise war darin die Schaffung eines Binnenmarktes und die Abstimmung der Wirtschaftspolitik der zunächst sechs beteiligten Staaten vorgesehen. Damit war die westdeutsche Integration vollkommen.⁵⁴³ Bereits im Jahr 1955 stand mit der Eingliederung in die einander

⁵³⁴ Borowsky, S. 152 ff.

⁵³⁵ Eisenmann, S. 68.

⁵³⁶ Schöllgen, S. 40 ff.

⁵³⁷ Hanrieder: Die westdeutsche Außenpolitik von 1949-79. Möglichkeiten und Notwendigkeiten, S. 34 f.

⁵³⁸ Brentano, Heinrich von (*20.6.1904, gest. 14.11.1964) zählte 1945 zu den Gründern der CDU in Hessen und gehörte dem Parlamentarischen Rat an. Außerdem war von Brentano von 1949-55 Vorsitzender der Bundestagsfraktion der CDU/CSU. Von 1955-61 bekleidete er das Amt des Außenministers.

⁵³⁹ Schwarz: Die Ära Adenauer, S. 264.

⁵⁴⁰ Eisenmann, S. 69.

⁵⁴¹ Schwarz: Die Ära Adenauer, S. 278.

⁵⁴² Borowsky, S. 155 f. und 161.

⁵⁴³ Morsey: Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, S. 57.

feindlichen Blocksysteme die Spaltung der Nation fest. Sowohl die BRD als auch die DDR weigerten sich allerdings, in ihrer Außenpolitik diese Tatsache zu akzeptieren.⁵⁴⁴ Beide Staaten gingen ja von der Prämisse aus, ihr jeweiliges System zur Grundlage einer geeinten Nation zu machen. Die Bundesrepublik konnte neben der Legitimation durch freie Wahlen darauf verweisen, die Mehrheit des deutschen Volkes zu beheimaten.⁵⁴⁵ Zu den nun einsetzenden Aktivitäten zählte der Aufbau diplomatischer Vertretungen in weiten Teilen der Welt.⁵⁴⁶ Nach der Hallstein-Doktrin beanspruchte die Bonner Regierung Deutschland insgesamt zu repräsentieren. Den Aufbau von Kontakten zur DDR ahndete das Auswärtige Amt mit abgestuften Maßnahmen, um Ostdeutschland zu isolieren.⁵⁴⁷ Staaten der Weltgemeinschaft, die die DDR anerkannten, mussten mit der Beendigung der diplomatischen Beziehungen und dem Ende finanzieller Leistungen aus Bonn rechnen.⁵⁴⁸ Eine erste Durchbrechung des Alleinvertretungsanspruchs stellte allerdings die im September 1955 vereinbarte Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Moskau dar.⁵⁴⁹ Dank des Hintergrunds der ökonomischen Leistungsfähigkeit konnte die Bundesregierung zunächst den Anspruch aber im Wesentlichen behaupten.⁵⁵⁰ Mit Energie wurde der Aufbau der Bundeswehr verwirklicht.⁵⁵¹ Kennzeichnend für die Bonner Politik war sowohl im Inneren wie in den äußeren Angelegenheiten das Streben nach Sicherheit. Dazu gehörten auch die Bemühungen, die Pläne und Entscheidungsprozesse in politischen und militärischen Fragen gerade beim mächtigen transatlantischen Verbündeten zu beeinflussen. Grundlegend war die Bindung an die Hegemonialmacht; die deutsche Seite hatte sich hier den wechselnden Sicherheitskonzeptionen zu fügen.⁵⁵² Förderlich für das Einvernehmen seit Mitte der 50er Jahre war der gute persönliche Draht, den der Kanzler zum US-Außenminister Dulles hatte.⁵⁵³ In unübersehbarem Kontrast zur Aufgeschlossenheit und Flexibilität, die der Kanzler den westlichen Nachbarn entgegenbrachte, stand die abweisende Haltung gegenüber dem Osten. Die in der Verfassung als Staatsziel verankerte Vereinigung wurde lediglich rhetorisch, nicht aber in praktischem Vorgehen erstrebt.⁵⁵⁴ Doch gab es im Mai 1958 einen ungewöhnlichen und vertraulichen Vorschlag des Bundeskanzlers an den russischen diplomatischen Vertreter.

⁵⁴⁴ Kleßmann, S. 68.

⁵⁴⁵ Bracher: Die Krise Europas 1917-75, S. 260.

⁵⁴⁶ Rupp, S. 138.

⁵⁴⁷ Kleßmann, S. 83.

⁵⁴⁸ Borowsky, S. 160.

⁵⁴⁹ Morsey: Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, S. 42.

⁵⁵⁰ Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 93.

⁵⁵¹ Rupp, S. 131.

⁵⁵² Kleßmann, S. 68 f.

⁵⁵³ Eisenmann, S. 73 f.

⁵⁵⁴ Thränhardt, S. 88.

Für die DDR war darin eine Lösung wie beim neutralen Österreich vorgesehen.⁵⁵⁵ Die sowjetische Regierung zeigte jedoch kein Interesse.⁵⁵⁶ Schon von Ost-Berlin für eine Propaganda-Kampagne ausgeschlachtete Gespräche des Bundesfinanzministers Fritz Schäffer mit dem russischen Botschafter und einem NVA-General über die Wiedervereinigung sorgten für öffentliche Erregung in der Bundesrepublik.⁵⁵⁷ Die phantasielose Bonner Ostpolitik beschränkte sich im Wesentlichen darauf, den ostdeutschen Staat und die Oder-Neiße-Grenze nicht zu akzeptieren.⁵⁵⁸ Mit dem Beharren auf dem Rechtsstandpunkt der Änderung der Ostgrenze stellte die Bundesregierung den status quo in Frage und erschien in östlicher Sichtweise als revisionistische Macht.⁵⁵⁹ Mit dem Vergehen der Zeit war erkennbar, dass eine Umgestaltung der Ostgrenze nicht möglich war. Gleichwohl ließ die Bundesregierung beispielsweise in den Sonntagsreden des Verkehrsministers Seehoß⁵⁶⁰ die Vertriebenen im Glauben, eine Heimkehr bleibe möglich.⁵⁶¹ Nach dem Erlebnis der vorangegangenen nationalstaatlichen Übersteigerung waren die Deutschen der Idee eines westeuropäischen Zusammenschlusses nicht abgeneigt, um aus der Isolierung zu treten und Sicherheit vor der Sowjetunion zu erhalten.⁵⁶² Die weltpolitische Spannung trug zum Konsens innerhalb der meisten westdeutschen Parteien bei, mit den Alliierten zusammenzuarbeiten, um einen freiheitlichen, demokratischen Teilstaat errichten zu können.⁵⁶³ Die Entscheidungen des Kanzlers stießen allerdings – gerade in den Fragen der Europapolitik und Aufrüstung – nicht nur bei der sozialdemokratischen Opposition, sondern auch teilweise innerhalb des eigenen Lagers auf Widerspruch.⁵⁶⁴ Die auf internationale und supranationale Einbindung ausgerichtete Politik hatte es angesichts der in der Bevölkerung bestehenden Macht des nationalen Gedankens nicht leicht.⁵⁶⁵

Die durch Wettbewerb und freie Entfaltung der Kräfte bestimmte Wirtschaftsordnung gab der Staat in den Rahmenbedingungen vor. Die zum Abmildern von Härtefällen

⁵⁵⁵ Lehmann, S. 132.

⁵⁵⁶ Booz, S. 56.

⁵⁵⁷ Küsters, Hanns-Jürgen: Wiedervereinigung durch Konföderation? Die informellen Unterredungen zwischen Bundesminister Fritz Schäffer, NVA-General Vincenz Müller und Sowjetbotschafter Georgij Maksimowitsch Puschkin 1955/56, in: Bracher, Karl Dietrich; Schwarz, Hans-Peter; Möller, Horst (Hg.): Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 40. Jg., (S. 107-153), S. 107 ff.

⁵⁵⁸ Hanrieder: Die westdeutsche Außenpolitik von 1949-79. Möglichkeiten und Notwendigkeiten, S. 38 f.

⁵⁵⁹ Hanrieder: Deutschland, Europa und Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-89, S. 173 und S. 177.

⁵⁶⁰ Seehoß, Hans-Christoph (*4.8.1903, gest.17.9.1967) war promovierter Bergbauwissenschaftler. Er gehörte erst der DP, dann der CDU an. In den Jahren 1949-66 fungierte Seehoß als Bundesverkehrsminister. Er war einer der aktivsten Interessenvertreter der Vertriebenenverbände und sorgte seit 1959 mit seinen Sonntagsreden oft für Schlagzeilen.

⁵⁶¹ Thränhardt, S. 91.

⁵⁶² Born, S. 580.

⁵⁶³ Görtemaker: Die Geschichte der BRD. Von der Gründung bis zur Gegenwart, S. 271 f.

⁵⁶⁴ Rupp, S. 131.

⁵⁶⁵ Conze: Die Suche nach Sicherheit, S.49 f.

vorgesehene soziale Komponente war Anfang der 50er Jahre noch schwach ausgeprägt und beschränkte sich hauptsächlich auf die Sozialversicherung.⁵⁶⁶ In Folge des im Sommer 1950 ausbrechenden Koreakrieges setzte in den westlichen Staaten ein erheblicher Aufschwung ein, an dem auch die westdeutsche Wirtschaft partizipieren konnte. Die nun expandierenden Märkte ermöglichten deutschen Produkten im Export große Absatzchancen.⁵⁶⁷ Dieser Impuls eröffnete die Chance zu einer der führenden Exportnationen aufzusteigen.⁵⁶⁸ Die zur Verfügung stehenden bislang nicht genutzten industriellen Kapazitätsreserven waren jetzt von Vorteil.⁵⁶⁹ Seit 1951 kennzeichnete die westdeutsche Volkswirtschaft ein erstaunlicher Aufschwung vor allem im industriellen Sektor, der gemeinhin als „Wirtschaftswunder“ bezeichnet wird. Zwischen 1949 und 1962 verdreifachten sich Bruttosozialprodukt wie Außenhandel; breite Schichten konnten an dieser Entwicklung teilhaben. So erhöhte sich beispielsweise das Realeinkommen eines Industriearbeiters von 1950 bis 1962 um 87%. Die ökonomische Dynamik verbesserte die Versorgung weiter Bevölkerungskreise mit Nahrungsmitteln, Kleidung, Wohnraum und ermöglichte zudem Massenmotorisierung und Massentourismus. Nach der überstandenen schweren Zeit führte dieser Erfolg zu einer verbreiteten Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft und stabilisierte die Regierung.⁵⁷⁰ Die wirtschaftliche Entwicklung, die Normalisierung der Verhältnisse sorgten mit für eine breite Zustimmung in der Bevölkerung auch für die Außenpolitik des Kanzlers.⁵⁷¹ Der gute Ausbildungsstand und die Arbeitsmoral der Deutschen, die Produktionsgüterindustrie, die wirtschaftliche Einbindung in den Westen sowie der Technologietransfer aus den USA zählten zu den Bedingungen für den Erfolg.⁵⁷² Mit ursächlich war zudem eine beachtliche durch lang aufgestaute Konsumbedürfnisse und die Bauaktivität bedingte Binnenkonjunktur.⁵⁷³ Die Arbeitslosigkeit lag im September 1960 bei 0,5%, damit bestand Vollbeschäftigung.⁵⁷⁴ Das Millionenheer der Vertriebenen⁵⁷⁵ konnte durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze in die Gesellschaft integriert werden. Voraussetzung war auch die US-amerikanische

⁵⁶⁶ Abelshäuser, Werner: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München 2004, S. 162 f.

⁵⁶⁷ Görtemaker: Die Geschichte der BRD. Von der Gründung bis zur Gegenwart, S. 286.

⁵⁶⁸ Roesler, Jörg: Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990. Eine Analyse auf gleicher Augenhöhe, Leipzig 2006, S. 63.

⁵⁶⁹ Abelshäuser, S. 159 und S. 161.

⁵⁷⁰ Born, S. 579 f.

⁵⁷¹ Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 59.

⁵⁷² Schröter, Harm G.: Von der Teilung zur Wiedervereinigung (1945-2004), in: North, Michael (Hg.): Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick, 2. völlig überarb. und aktual. Aufl. (Sonderausgabe), München 2005, (S. 356-387), hier S. 369 ff.

⁵⁷³ Prollius, Michael von: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, Göttingen 2006, S. 89.

⁵⁷⁴ Born, S. 579 f.

⁵⁷⁵ Die Bevölkerung in den Besatzungszonen nahm durch Flucht und Vertreibung aus dem Osten um ca. 15 Millionen Menschen gegenüber 1939 zu. So: Schröter, S. 365. In der DDR gab es 4,3 Millionen Umsiedler. So: Roesler, Jörg: „Rübermachen“. Politische Zwänge, ökonomisches Kalkül und verwandtschaftliche Bindungen als häufigste Motive der deutsch-deutschen Wanderungen zwischen 1953 und 1961, Hefte zur DDR-Geschichte, Bd. 85, Berlin 2004, S. 33.

Freihandelspolitik, bei der Westdeutschland eine besondere Rolle spielte.⁵⁷⁶ Dank der amerikanischen Schirmherrschaft konnten deutsche Firmen auf den weltweiten Märkten erfolgreich agieren. Die Bundesrepublik wurde bis 1960 die zweitgrößte Exportmacht.⁵⁷⁷ Der Außenhandel spielte auch als Zeichen der globalen Kooperation des Landes eine Rolle.⁵⁷⁸ Der Erfolg der deutschen Produkte auf den Exportmärkten verschaffte dem Land schon 1953 eine führende Stellung als Gläubiger. Im Saldo der Staaten der Europäischen Zahlungsunion konnte die Bundesrepublik Ende des Jahres einen Überschuss von 821 Mio. Dollar vorweisen. Frankreich und Großbritannien waren hingegen jeweils mit über 800 Mio. Dollar im Defizit.⁵⁷⁹ Dank dieser überaus positiven Bilanz war es möglich, die doch beachtlichen Zuwendungen an Israel zu leisten und die Auslandsschulden zu bedienen.⁵⁸⁰ Kausal für das schnelle deutsche Emporkommen war neben der außerordentlichen ökonomischen Dynamik die Festigkeit der parlamentarischen Demokratie sowie auf der anderen Seite die Schwäche Frankreichs.⁵⁸¹

2.2.2. Die DDR

Die Gründung der ostdeutschen Republik vollzog sich in vollständiger Abhängigkeit von der Sowjetunion.⁵⁸² Die Bindung an die Führungsmacht wurde anders als im Westen nur von der herrschenden Minderheit getragen.⁵⁸³ Das von der Besatzungsmacht oktroyierte Regime war allein nicht lebensfähig.⁵⁸⁴ In der Sowjetzone war im Dezember 1947 auf Weisung der Militäradministration und der SED ein „Volkskongress für Freiheit und gerechten Frieden“ gegründet worden. Dieser Volkskongress schuf im März 1948 den „Deutschen Volksrat“.⁵⁸⁵ Aus taktischen Erwägungen heraus wurden die Schritte der Staatsgründung als Antwort auf die jeweiligen separatistischen Maßnahmen im Westen deklariert. Im März 1949 gab der Volksrat seine Zustimmung zur schon lange ausgearbeiteten Verfassungsvorlage. Dieser Entwurf wurde erst am 29. Mai – wenige Tage nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes – von einem Volkskongress bestätigt. Dann ließen sich die führenden SED-Genossen Zeit, bis die entscheidenden Institutionen in Bonn

⁵⁷⁶ Willenborg, Karl Heinz: Deutschlands Rückkehr auf den Weltmarkt. Außenhandel in einer neuen Weltwirtschaft 1949-55, in: Weber, Jürgen (Hg.): Aufbau und Neuorientierung. Die Geschichte der BRD 1950-55, Landsberg am Lech 1998, (S. 305-327), hier S. 305, S. 308.

⁵⁷⁷ Hardach, Gerd: Die Wirtschaftsentwicklung der 50er Jahre. Restauration und Wirtschaftswunder, in: Bänsch, Dieter (Hg.): Die fünfziger Jahre. Beiträge zu Politik und Kultur, (Deutsche Textbibliothek, Bd. 5), Tübingen 1985, (S. 49-60), hier S. 56 f.

⁵⁷⁸ Schröter, S. 379.

⁵⁷⁹ Schwarz: Die Ära Adenauer. Gründerzeit der Republik 1949-57, S. 204 f.

⁵⁸⁰ Willenborg, S. 305.

⁵⁸¹ Schwarz: Die Ära Adenauer. Die Gründerzeit der Republik 1949-57, S. 205.

⁵⁸² Bracher: Die Krise Europas 1917-75, S. 324.

⁵⁸³ Bender, S. 74.

⁵⁸⁴ Glaeßner, Gert-Joachim: Demokratie und Politik in Deutschland, Opladen 1999, S. 449.

⁵⁸⁵ Born, S. 576.

gegründet und Weisungen aus Moskau eingetroffen waren. Erst danach rief der Volksrat am 7. Oktober 1949 die Errichtung des Staates aus.⁵⁸⁶ Der ersten Regierung, die ihre Arbeit im Oktober 1949 begann, gehörten Wilhelm Pieck⁵⁸⁷ als Präsident, Otto Grotewohl⁵⁸⁸ als Ministerpräsident und Walter Ulbricht⁵⁸⁹ als Stellvertreter in diesem Amt an. Die entscheidenden Positionen in der Administration sicherte sich die SED. Ulbricht gelang es in seiner weiteren Funktion als Generalsekretär der Partei, die dominierende Rolle zu spielen und die Übernahme des sowjetischen Systems voranzutreiben. Sukzessiv erfolgte die an der Hegemonialmacht orientierte gesellschaftliche Umgestaltung. Die SED übte ihre Macht durch Verwaltung, Rechtspflege, Gestaltung der Ökonomie und Massenmedien aus.⁵⁹⁰ Die Führung wurde in ihrem Anliegen, dem kommunistischen Idealzustand wenigstens so nahe zu kommen wie die benachbarten Volksdemokratien, von Moskau bis 1952 eher zurückgehalten, um die gesamtdeutsche Option offen zu halten.⁵⁹¹ Der Staatsapparat hatte die Aufgabe, die Vorgaben der die Entwicklung bestimmenden kommunistischen Partei in die Tat umzusetzen. Massenorganisationen dienten dazu, die Ziele der Partei an der Basis zu realisieren.⁵⁹² Die Institution Volksrat wurde schrittweise bis 1950 in die Volkskammer umgestaltet, die allerdings keine parlamentarische Institution war, sondern lediglich der Akklamation diente. Der Verfassung nach handelte es sich um eine parlamentarische Demokratie mit föderalen Elementen.⁵⁹³ Festgelegt war darin die Gewaltenkonzentration.⁵⁹⁴ Die Konstitution wurde – gerade in elementaren Fragen wie Menschenrechten oder Machtkontrolle – nicht verwirklicht.⁵⁹⁵ Problematisch war auch, dass die Verfassung Berlin zur Hauptstadt erklärte, was nicht mit den alliierten

⁵⁸⁶ Morsey: Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, S. 22 f.

⁵⁸⁷ Pieck, Wilhelm (*3.1.1876, gest. 7.9.1960) zählte 1918 zu den Mitbegründern der KPD; von 1928-33 war er M.d.R. Pieck lebte 1934-45 in der UdSSR und betätigte sich als Generalsekretär der Komintern. Er zählte zu den Gründern des Nationalkomitees freies Deutschland. Nach Kriegsende kehrte Pieck nach Deutschland zurück und übernahm leitende Funktion in der DKP bzw. SED.

⁵⁸⁸ Grotewohl, Otto (*11.3.1894, gest. 21.9.1964) gehörte während der Weimarer Republik dem Reichstag an. Nach 1945 führte er die SPD in der Ostzone und befürwortete den Zusammenschluss mit den Kommunisten zur SED, zu deren Vorsitzenden er dann zählte. Seit 1960 bekleidete er zudem das Amt des Stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsrates.

⁵⁸⁹ Ulbricht, Walter (*30.6.1893, gest. 1.8.1973) trat nach vorheriger Mitgliedschaft in der SPD dem Spartakusbund und 1919 der KPD bei. Mitte der 20er Jahre in Moskau zum Funktionär ausgebildet, war er von 28-33 M.d.R.. Nach 1933 war Ulbricht unter anderem als politischer Kommissar im spanischen Bürgerkrieg im Einsatz. Seit 1938 lebte er in der UdSSR; im Krieg leitete er Propagandakurse für deutsche Kriegsgefangene. Bei Kriegsende kehrte er in die Heimat zurück, engagierte sich bei der Schaffung der SED und gehörte dem Zentralkomitee der Partei an. 1949-60 bekleidete Ulbricht das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR, seit 1950 war er zudem Generalsekretär der Partei, bzw. seit 1953 Erster Sekretär des ZK der SED. Den Vorsitz im Staatsrat hatte er seit 1960 inne. 1971 schließlich verlor er seine Macht.

⁵⁹⁰ Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990, (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 20), 3. Aufl. München 2000, S. 28 ff.

⁵⁹¹ Bender, S. 80.

⁵⁹² Glaeßner, S. 450.

⁵⁹³ Borowsky, S. 196.

⁵⁹⁴ Weber, S. 29.

⁵⁹⁵ Bracher, S. 326.

Abmachungen zu vereinbaren war. Bei der Staatsgründung fehlte eine Legitimierung durch Wahlen.⁵⁹⁶ Die Einheitspartei, deren Hymne selbstgewiss schon bald den Refrain „Die Partei, die hat immer recht!“ enthielt, konnte ihre Position bis 1961 weiter stärken.⁵⁹⁷ Sie wurde seit 1948 als Kaderpartei ausgerichtet. Die Parteigenossen wurden auf ihre Linientreue überprüft; vor allem ehemalige Sozialdemokraten verloren ihre leitenden Stellungen. Die zentrale Rolle spielte zunehmend Ulbricht. Es gelang ihm als Generalsekretär des Zentralkomitees der Partei in den folgenden Jahren seine Macht weiter auszubauen.⁵⁹⁸ Die seit 1949 die Sowjetische Militäradministration ersetzende Sowjetische Kontrollkommission SKK unter General Tschuikow⁵⁹⁹ beaufsichtigte die Regierung. Sukzessive erhielt der ostdeutsche Staat mehr Rechte. Zu den ersten Institutionen des jungen Gemeinwesens zählte im Dezember 1949 die Etablierung des höchsten Gerichts für Delikte von „überragender Bedeutung“ sowie im Februar 1950 die Schaffung des Ministeriums für Staatssicherheit, das seinen Vorläufer in einer Abteilung des Innenministeriums hatte. Dank dieser Instrumentarien gelang es, das Land zu kontrollieren und oppositionelle Bestrebungen auszuschalten.⁶⁰⁰ Die Bevölkerung nahm nur allmählich und mit Resignation das Regime hin. Das lag auch an der fehlenden Möglichkeit zur Entwicklung von Privatinitiative und der schlechten Perspektive auf Verbesserung der materiellen Lebensumstände.⁶⁰¹ Das Augenmerk der Herrschenden richtete sich auch auf die Zentralisierung der Administration, das Aufstellen militärischer Verbände sowie im Agrarsektor auf die Kollektivierung.⁶⁰² Die übrigen politischen Parteien wurden gleichgeschaltet. Im Jahr 1952 waren sich die Kommunisten sicher, das sowjetische System nun unverhüllt umsetzen zu können.⁶⁰³ Nachdem die SED-Herrschaft sich von 1949-52 als „Volksfrontregime“ präsentiert hatte, ging es in den Jahren 1952-57 darum, wie in den östlichen Nachbarländern die „Volksdemokratie“ zu realisieren. Kennzeichnend für diese Art von Demokratie war, dass die Ausübung von Herrschaft durch das Führungsgremium der Staatspartei vorgenommen wurde.⁶⁰⁴ Mit den strukturellen gesellschaftlichen Einschnitten sollte die Entwicklung forciert und zugleich der

⁵⁹⁶ Morsey: Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, S. 22 f.

⁵⁹⁷ Borowsky, S. 196, 199.

⁵⁹⁸ Born, S. 582 f.

⁵⁹⁹ Tschuikow, Wassilij Iwanowitsch (*12.2.1909, gest. 18.3.1982) spielte im Zweiten Weltkrieg in der Schlacht um Stalingrad eine herausragende Rolle als Kommandeur der 62. Armee. Von 1949-53 war er Oberbefehlshaber der Roten Armee in Ostdeutschland und Leiter der Militäradministration. 1960-64 fungierte Tschuikow als stellvertretender Verteidigungsminister der UdSSR, daraufhin bis 1972 als Chef der zivilen Verteidigung.

⁶⁰⁰ Borowsky, S. 195 ff.

⁶⁰¹ Bracher, S. 323 und S. 327.

⁶⁰² Borowsky, S. 213 ff.

⁶⁰³ Weber, S. 30 und S. 35 f.

⁶⁰⁴ Born, S. 582 f.

Unterschied zum Westen vergrößert werden.⁶⁰⁵ Der Polizeiapparat wurde erweitert und die Justiz als Instrument der Umgestaltung eingesetzt.⁶⁰⁶ Die nun folgenden Pressionen gegenüber den Religionsgemeinschaften, Landwirten und Selbständigen verschlechterten in Verbindung mit der unzureichenden Versorgungslage das politische Klima. Die Diktatur ruhte auf einer instabilen Basis; zudem nahm die Bevölkerung die günstigere Entwicklung in Westdeutschland durchaus wahr.⁶⁰⁷ Das ökonomische System zeichnete sich durch bürokratische Aufsicht und Beachtung ideologischer Dogmen aus.⁶⁰⁸ Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren erheblich schlechter als im Westen, weil fast die Hälfte der Produktionskapazität wegen der Kriegseinwirkung und Demontage verloren war. Belastende Faktoren waren zudem die Reparationsleistungen und der Unterhalt der im Land stationierten Verbände der Roten Armee.⁶⁰⁹ Aufgrund des durch die Demontage bedingten Verlusts gerade des modernen Maschinenparks konnte die Produktivität der ostdeutschen Betriebe nicht mit der westdeutschen Unternehmen Schritt halten.⁶¹⁰ Die Einschränkung des Handels mit der Bundesrepublik machte sich ebenfalls bemerkbar. Zu Lasten des Konsums trieb die Regierung den Aufbau der Schwerindustrie voran. Der auf bescheidenem Niveau stagnierende Lebensstandard sorgte für Unzufriedenheit. Die Umgestaltung im ökonomischen Sektor in eine durch die Partei zentral gelenkte Planwirtschaft verschaffte den Kommunisten unmittelbaren Einfluss auf die Produktionsmittel. Bedingung war die umfassende Liquidierung von privatem Eigentum an Betrieben. Als erstes traf es die Großbetriebe: Bis 1950 waren Banken, Versicherungen und die Industrie im Wesentlichen in Volkseigentum übergegangen. Als problematischer sollte sich die Enteignung von handwerklichen Betrieben und Bauern erweisen. In den ausgehenden 50er Jahren wurde erheblicher Druck ausgeübt bis 1960 die Sozialisierung in der Landwirtschaft vollzogen war.⁶¹¹ Bei mittleren Handwerks- oder Einzelhandelsbetrieben wurde auf dem Weg der staatlichen Beteiligung über einen längeren Zeitraum hin die volle Verstaatlichung erreicht. Zu den durch Konsumverzicht und mit großer Anstrengung erreichten Erfolgen gehörte der Aufbau einer eigenen Schwerindustrie. Dem Regime gelang es zwar, das Entstehen einer organisierten Opposition zu verhindern; dennoch entwickelte sich bald eine gefährliche Krise.⁶¹² Für diese war die aufgrund des Korea-Kriegs von der Sowjetunion verlangte Aufrüstung der

⁶⁰⁵ Steininger: 17. Juni 1953, S. 14.

⁶⁰⁶ Wolfrum: Die Mauer, S. 31.

⁶⁰⁷ Weber, S. 41 und S. 46.

⁶⁰⁸ Ambrosius, Gerold: Sozialistische Planwirtschaft als Alternative und Variante der Industriegesellschaft – die Wirtschaftsordnung, in: Steiner, André (Hg.): Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte?, Berlin 2006, (S. 11-33), hier S. 14.

⁶⁰⁹ Borowsky, S. 202 f.

⁶¹⁰ Roesler: Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte, S. 45 f.

⁶¹¹ Schroeder, Klaus: Der SED Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990, München 1998, S. 110 ff.

⁶¹² Born, S. 583 f.

DDR mit ursächlich. Die erheblichen Mittel konnten nur über Einschränkungen in Form von Lohnkürzungen und Verringerung des Warenangebots aufgebracht werden.⁶¹³ Wegen der staatlichen Finanznot hielt die Führung es im Mai 1953 für unumgänglich, die Arbeitsnormen zu erhöhen. Die Ankündigung dieses Vorhabens rief am 16. Juni 1953 Demonstrationen vor allem der Arbeiter in Ost-Berlin hervor.⁶¹⁴ Der anfänglich von Bauarbeitern der Stalinallee gegen die Normerhöhung erhobene Protest wurde rasch zu einem von breiten Schichten getragenen Aufstand mit politischen Forderungen, die die Existenz des SED-Systems in Frage stellten. Nicht nur die Städte, sondern 500 Ortschaften bis hin zu Dörfern wurden von den Unruhen erreicht.⁶¹⁵ Ursächlich für das Aufbegehren war die Akkumulation von Unzufriedenheit und Erbitterung. Die SED hatte gleichzeitig viele Berufsgruppen mit Zielen und Methoden bekämpft, die von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wurden. Preissteigerungen, Steuererhöhungen, Einschränkungen im sozialen Bereich, Versorgungsprobleme und der Ärger gerade der Arbeiter über die beachtlichen Reparationsleistungen hatten ebenfalls eine Rolle gespielt. Kausal waren zudem der vom Regime ausgeübte psychische Druck und der Tod des sowjetischen Diktators gewesen.⁶¹⁶ Es handelte sich um eine verbreitete Unzufriedenheit mit den Verhältnissen. Sowjetisches Militär bereitete dem Aufstand ein Ende.⁶¹⁷ Eine vorherige plötzliche und nicht konsequente politische Richtungsänderung der SED war mit ursächlich für den Protest gewesen.⁶¹⁸ Die Ereignisse machten deutlich, dass die Ostdeutschen mehrheitlich ihre Regierung ablehnten; zerstört wurde aber auch die Illusion, die Amerikaner würden zugunsten der Freiheit intervenieren.⁶¹⁹ Die SED-Führung blieb auch nach diesen Ereignissen grundsätzlich bei ihrem Kurs.⁶²⁰ Zu den Folgerungen, die das Regime zog, gehörte es, die Konsumbedürfnisse der Bevölkerung in höherem Maße zu berücksichtigen, so dass sich die Versorgungslage besserte. Dennoch verließen in erheblichem Ausmaß vor allem junge, arbeitsfähige Menschen das Land.⁶²¹ Das Wirtschaftswachstum fiel während der 50er Jahre mit 5,7% gar nicht unbeachtlich aus; es lag etwas unter dem westdeutschen. Da die Konsumangebote aber weniger attraktiv waren und zudem erst etwas später als in der Bundesrepublik zur Verfügung standen, wurde dieser Erfolg seitens der Bevölkerung nicht recht gewürdigt.⁶²² Gerade die für den Aufbau so dringend benötigten Arbeitskräfte wurden vom westdeutschen Aufschwung

⁶¹³ Roesler: Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte, S. 63 ff.

⁶¹⁴ Borowsky, S. 216 ff.

⁶¹⁵ Steininger: 17. Juni 1953, S. 15 und S. 46 ff.

⁶¹⁶ Knabe, Hubertus: 17. Juni 1953. Ein deutscher Aufstand, München 2003, S. 27 ff und S. 46 ff.

⁶¹⁷ Born, S. 584.

⁶¹⁸ Wolfrum: Die geglättete Demokratie, Bonn 2007, S. 124 f.

⁶¹⁹ Bracher: Die Krise Europas 1917-1975, S. 343.

⁶²⁰ Borowsky, S. 226 f.

⁶²¹ Weber, S. 42 f.

⁶²² Roesler: Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte, S. 68 ff.

angezogen.⁶²³ Vom Beginn des Jahres 1951 bis zum Mauerbau kehrten 2,6 Millionen Menschen ihrem Land den Rücken. Diesem Verlust stand aber eine West-Ost-Migration von immerhin 588.000 Personen gegenüber. In den Jahren 1954-61 waren davon allerdings 50-75% DDR-Rückkehrer. Seit 1952 war der ostdeutsche Staat bestrebt, die Abwanderung auch aus ökonomischen Gründen einzuschränken. Bemühungen, den Lebensstandard zu erhöhen, dienten dem Ziel die Bevölkerung zu halten. Versuche der DDR westdeutsche Arbeitskräfte anzuwerben erzielten nur bescheidene Resonanz. Seitens der Bundesrepublik gab es übrigens keine vom Staat initiierte Werbungsaktivität mit diesem Anliegen im Osten.⁶²⁴ Die dort auftretenden Verluste waren durch den Geburtenüberschuss nicht auszugleichen. Das Fehlen dieser Kräfte führte zu wirtschaftlichen Störungen.⁶²⁵ Die DDR-Führung reagierte auf das Scheitern der eigenen Utopie mit der Schaffung des Straftatbestands der „Republikflucht“ und einer Propaganda, nach der die Ostdeutschen in die Hände von westlichen Menschenfängern gerieten.⁶²⁶ 1958 verbesserten sich die materiellen Lebensverhältnisse langsam, was die Bereitschaft der Bevölkerung zum Arrangement steigerte. Das sich festigende Regime hegte bald das irrealer Vorhaben, Westdeutschland bis 1961 einzuholen.⁶²⁷ Die leitenden Funktionäre waren überzeugt von der Überlegenheit der Planwirtschaft und wollten diese in möglichst unverwässerter Form umsetzen.⁶²⁸ Die SED fasste auf dem Parteitag von 1958 den ehrgeizigen Beschluss, auf ökonomischer Ebene die Überlegenheit des eigenen Systems gegenüber dem kapitalistischen zu beweisen. Verstärkt wurde auch im Konsumbereich investiert; die anspruchsvollen Vorgaben konnten trotz aller Anstrengungen nicht realisiert werden.⁶²⁹ Versorgungsprobleme in vielen Bereichen kennzeichneten den Alltag und wurden auch in der Bevölkerung thematisiert.⁶³⁰ Die unter starkem Druck realisierte Kollektivierung auf dem Land wie die Enteignung von Kaufleuten und Handwerkern sorgte 1960/61 wiederum für erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die unnachgiebige Linie des Regimes und die Konfrontation der Blöcke trugen mit dazu bei, dass viele Einwohner das Land verließen.⁶³¹ Engpässe, deretwegen Betriebe Güter horteten, kennzeichneten die Volkswirtschaft. Der Export diente dazu Mittel zu erhalten, um fehlende erforderliche

⁶²³ Isaacs, Jeremy; Downing, Taylor: Der Kalte Krieg. Eine illustrierte Geschichte 1945-1991, München, Zürich 1999, S. 170.

⁶²⁴ Roesler, Jörg: „Rübermachen“. Politische Zwänge, ökonomisches Kalkül und verwandtschaftliche Bindungen als häufigste Motive der deutsch-deutschen Wanderungen zwischen 1953 und 1961, Hefte zur DDR-Geschichte, Bd. 85, Berlin 2004, S. 12 ff.

⁶²⁵ Born, S. 584.

⁶²⁶ Isaacs/Downing, S. 170.

⁶²⁷ Weber, S. 50 f.

⁶²⁸ Roesler: Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte, S. 58 f.

⁶²⁹ Borowsky, S. 236 f.

⁶³⁰ Steininger: 17. Juni 1953, S. 68 ff.

⁶³¹ Weber, S. 56 ff.

Produkte beziehen zu können. Bis zum Mauerbau erhielt die DDR in ihrem Versorgungsbedarf Unterstützung vor allem durch die UdSSR.⁶³² Diese Kredite dienten dazu, die ostdeutsche Republik zu einem attraktiven Schaufenster des östlichen Lagers zu machen. Doch konnte die Führungsmacht die Hilfe nur kurzfristig leisten.⁶³³

Als Präsident Pieck 1960 starb, wurde die neue Institution Staatsrat zur Erfüllung der Aufgaben des Präsidenten und der Regierung geschaffen. Vorsitzender des Gremiums war Ulbricht.⁶³⁴ Ost-Berlin durfte keine selbständige Außenpolitik betreiben. In der Deutschlandfrage allerdings bot es sich an, initiativ zu werden und wenigstens rhetorisch die Vereinigung zu fordern.⁶³⁵ Die SED stellte sich die Realisierung des Anliegens nur unter sozialistischen Vorzeichen vor.⁶³⁶ Anfänglich orientierte sich die Regierung aber am Ziel der Einheit. Ein weiteres Anliegen bestand darin, mit Polen und der Tschechoslowakei ins Reine zu kommen. In den Verträgen von 1950 mit den beiden Nachbarländern wurde die bestehende Grenze als dauerhaft akzeptiert. In der deutschen Frage ergriff Ministerpräsident Grotewohl 1950 eine Initiative. Demnach sollte ein konstituierender Rat geschaffen werden, der die Voraussetzungen für freie Wahlen im ganzen Land für eine Nationalversammlung schaffen sollte. Aus Bonn kam eine Absage. Der Dissens resultierte letztlich aus dem Wissen der DDR-Regierung in freien Wahlen nicht bestehen zu können. Die Bundesregierung wiederum fürchtete, dass sich die östliche Seite mit diesem Gremium eine Ausgangsstellung schaffen wollte, um die geeinte Nation dann unter kommunistischen Vorzeichen umzugestalten.⁶³⁷ 1950 erfolgte der Beitritt der DDR zum COMECON, der Wirtschaftsgemeinschaft des Ostens.⁶³⁸ Der Warenaustausch mit den östlichen Nachbarstaaten intensivierte sich.⁶³⁹ Der innerdeutsche Handel bewegte sich hingegen in den 50er Jahren auf niedrigem Niveau.⁶⁴⁰ Die Ratifizierung des Deutschlandvertrages 1952 beantwortete die DDR mit der Errichtung einer den Grenzübergang erschwerenden Sperrzone an der westlichen Grenze. Der Ausweg, über West-Berlin dem Land den Rücken zu kehren, bestand jedoch weiterhin.⁶⁴¹ Der Tod des sowjetischen Diktators im März 1953 bedeutete für die ostdeutsche Regierung existentielle Ungewissheit, da es möglich schien, dass die neue russische Führung ihren Trabanten zugunsten eines

⁶³² Buchheim, Christoph: Die Achillesferse der DDR – der Außenhandel, in: Steiner, André (Hg.): Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte?, Berlin 2006, (S. 91-104), hier S. 95.

⁶³³ Roesler: Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte, S. 74.

⁶³⁴ Borowsky, S. 240.

⁶³⁵ Weber, 30 f.

⁶³⁶ Wolfrum: Die Mauer, S. 29.

⁶³⁷ Borowsky, S. 207 ff.

⁶³⁸ Born, S. 584.

⁶³⁹ Weber, S. 36.

⁶⁴⁰ Roesler: Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte, S. 83.

⁶⁴¹ Fuhr, S. 54.

neutralen Deutschlands opfern würde.⁶⁴² Die sowjetische Regierung bot als Gegenleistung für die Neutralität wiederholt freie Wahlen im ganzen Land an. Dies hätte die SED hinweggefegt. Unklar für die führenden deutschen Kommunisten blieb die Ernsthaftigkeit dieser Moskauer Option.⁶⁴³ Im März 1954 erhielt die DDR ein stärkeres Maß an Souveränität, das Gestaltungsfreiheit für innere und äußere Fragen bedeutete. In Fragen der Sicherheit und des Vier-Mächte-Abkommens beanspruchte die Hegemonialmacht allerdings alleinige Entscheidungsbefugnis. Im Mai 1955 ratifizierte die Regierung gemeinsam mit den Staaten der östlichen Sphäre in Warschau den Pakt für das Militärbündnis.⁶⁴⁴ Dies war der Schlußstein für die Blockbildung in diesem Lager.⁶⁴⁵ Zuvor waren mit der kasernierten Volkspolizei militärische Verbände aufgestellt worden, die den Grundstock für die 1956 geschaffene Nationale Volksarmee darstellten.⁶⁴⁶ Nach der Genfer Konferenz vom Juli 1955 sprach Chruschtschow vor führenden Genossen in Ost-Berlin von der „Zwei-Staaten-Theorie“. Weiter machte er deutlich, dass eine geeinte deutsche Nation die umfassenden Umgestaltungen der DDR beibehalten müsse. Nun konnte das Regime sicher sein, nicht vom großen Bruder preisgegeben zu werden. In der folgenden Zeit intensivierte sich die ökonomische und politische Einbindung in die östliche Sphäre.⁶⁴⁷ Mit dem Staatsvertrag vom 20. September 1955 zwischen der DDR und der Führungsmacht des Ostens erhielt das Land Souveränität. Die Rote Armee blieb allerdings weiterhin präsent.⁶⁴⁸ Die russischen Formationen dienten als Gegengewicht zur westlichen Allianz und als Garantie der kommunistischen Diktatur. Über die Souveränität der deutschen Staaten schreibt Bender: „Bonn war frei, aber durfte manches nicht tun; Ost-Berlin war gebunden, aber musste nicht alles tun.“⁶⁴⁹ Die DDR erhielt die Aufsicht über die Transitwege nach West-Berlin und verpflichtete sich der UdSSR gegenüber, mit der Bundesrepublik in den Verkehrsfragen zu kooperieren. Die auf Basis der Vier-Mächte-Beschlüsse bestehenden Rechte hinsichtlich westalliiertem Militärtransporte blieben weiterhin dem sowjetischen Militärkommandanten vorbehalten.⁶⁵⁰ Nunmehr zum Partner aufgestiegen erhielt die DDR von der Führungsmacht wirtschaftliche Hilfe und zeigte in den Mitteln der sozialistischen Gestaltung – nicht hingegen in den Grundsätzen – durchaus Eigensinn. Es gelang ihr auch, ihre östlichen Nachbarstaaten ökonomisch zu

⁶⁴² Borowsky, S. 218.

⁶⁴³ Bender, S. 75.

⁶⁴⁴ Borowsky, S. 226 und S. 230.

⁶⁴⁵ Stöver, S. 100.

⁶⁴⁶ Born, S. 584.

⁶⁴⁷ Weber, S. 47.

⁶⁴⁸ Lehmann, S. 127.

⁶⁴⁹ Bender, S. 78 f.

⁶⁵⁰ Wettig, Gerhard: Das Vier-Mächte-Abkommen in der Bewährungsprobe. Berlin im Spannungsfeld zwischen Ost und West, (Politologische Studien, Bd. 22), Berlin 1981, S. 50 f.

überflügeln.⁶⁵¹ Die ersehnte Akzeptanz der internationalen Gemeinschaft blieb – abgesehen vom sozialistischen Lager – in den ersten zehn Jahren allerdings aus.⁶⁵² Bender spricht gar von einem Paria-Dasein des international nicht geachteten Staats.⁶⁵³ Verantwortung für die Taten des untergegangenen Reiches übernahm die DDR nicht.⁶⁵⁴ Sowohl die DDR als auch die BRD hatten als „Frontstaaten“ den Ehrgeiz, ihre Bündnisverpflichtung besonders genau zu erfüllen und das jeweils angenommene politische System zu verinnerlichen.⁶⁵⁵

2.2.3. Berlin

In der einstigen Hauptstadt waren globales wie nationales Ringen am offenkundigsten verknüpft; die große Politik und die Regulierung ihrer Auseinandersetzungen schlugen sich hier unmittelbar nieder.⁶⁵⁶ Das „Kleine Besatzungsstatut“ und die im Oktober 1949 in Kraft getretene Verfassung gaben dem Westteil weitgehende Autonomie. In der Wahl der Bezeichnungen Senat und Abgeordnetenhaus für die entscheidenden politischen Gremien kam auch das Bewusstsein für gestärkte eigene Kompetenzen zum Ausdruck.⁶⁵⁷ Gemäß der Verfassung war Berlin gleichzeitig Stadt und Land. Aufgrund des Vier-Mächte-Status war ein Anschluss an Westdeutschland nicht möglich.⁶⁵⁸ In völkerrechtlicher Hinsicht handelte es sich beim umstrittenen Gemeinwesen um noch kriegsbesetztes Gebiet, das lediglich zeitweilig von den Sowjets okkupiert gewesen war. Nur im Konsens konnten die Vier Mächte den Status der der Alliierten Kommandantur unterstehenden Stadt ändern. Die staatsrechtliche Einordnung war etwas eigenartig und nicht unumstritten. Demnach handelte es sich bei West-Berlin um einen Gliedstaat besonderer Art des westdeutschen Bundesstaates, der allerdings unter Oberherrschaft der Westalliierten stand und von diesen auch geschützt wurde.⁶⁵⁹ Die Einbeziehung der Westsektoren in das westdeutsche Gemeinwesen wurde allerdings vor allem durch Staatsrechtler der DDR bestritten. Diese betrachteten vielmehr das Gebiet Berlins als dem ostdeutschen Staat zugehörig.⁶⁶⁰ Das

⁶⁵¹ Bender, S. 81 f.

⁶⁵² Bracher, S. 325.

⁶⁵³ Bender, S. 75.

⁶⁵⁴ Schöllgen, S. 38.

⁶⁵⁵ Bender, S. 76.

⁶⁵⁶ Link: Die Außenpolitik und internationale Einordnung der Bundesrepublik Deutschland, S. 572.

⁶⁵⁷ Lampe, Albrecht: Berlin – Hauptstadt im geteilten Deutschland 1945-62, (Heimatchroniken der Städte und Kreise des Bundesgebietes, Bd. 25), Köln 1962, (S. 473-550), hier S. 535 f.

⁶⁵⁸ Vogel, Werner: Führer durch die Geschichte Berlins, 3. Aufl., Berlin 1985, S. 168.

⁶⁵⁹ Eschenburg, Theodor: Das isolierte Berlin, in: Rothfels, Hans (Hg.): Berlin in Vergangenheit und Gegenwart. Tübinger Vorträge, (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, Nr. 14), Tübingen 1961, (S. 140-158), hier S. 144 f.

⁶⁶⁰ Fijalkowski, Jürgen; Hauck, Peter; Holst, Axel; Kemper, Gerd-Heinrich; Mintzel Alf: Berlin – Hauptstadtanspruch und Westintegration, (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 20), Köln, Opladen 1967, S. 106 f. Erhellend ist der die Positionen und Argumente aufzeigende Aufsatz über die Rechtsprobleme der Stellung Berlins zwischen der BRD und DDR auf den Seiten: S. 104-117.

Recht zur Verteidigung der Westsektoren stand Großbritannien, Frankreich und den USA zu. Das Militärkontingent hatte die Aufgabe, West-Berlin vor der kommunistischen Herrschaft zu schützen. Die Westsektoren zählten gemäß Art. 6 des NATO-Vertrages und nach einer Deklaration der Westmächte vom 3. Oktober 1954 zum von der NATO garantierten Territorium.⁶⁶¹ Die Regierungen der Westmächte erklärten bereits am 12. Mai 1950 ihre Entschlossenheit, die eigene Rechtsposition und die Freiheit der Einwohner zu verteidigen. Im September 1950 teilten die Außenminister der drei Mächte mit, dass ihre Truppen nicht nur als Besatzer, sondern als Schutzmacht auch für West-Berlin fungierten. Jede Aggression gegen Berlin würden sie als Angriff auf die eigene Nation werten. Eine Feinheit des NATO-Vertrages ist erwähnenswert: In Art. 5 war zwar eine sofortige Verpflichtung der Mitglieder zum Beistand für West-Berlin festgelegt; nicht hingegen ein zwingend militärisches Engagement. Diese Nuance wird gewiss beim späteren Ringen im Kalkül eine Rolle gespielt haben. Am 27. Mai 1952 erweiterten die Westmächte die Garantie auch auf das Wohlergehen ihrer Sektoren. Diese Ergänzung hielten sie angesichts der Vielfalt der gegnerischen Möglichkeiten unterhalb der Stufe einer offenen Aggression für geboten. Eine Präzisierung des schwammigen Begriffs unterblieb, um die östliche Seite im Ungewissen über die westliche Reaktion zu lassen.⁶⁶² Den 10.000 Mann alliierter Besatzungstruppen standen 200.000 Soldaten der DDR-Volksarmee sowie 350.000 Rotarmisten gegenüber. Ohne die westliche Truppenpräsenz hätten militärische Aktionen des Ostens in den Westsektoren als Angelegenheit zwischen West-Berlin und der DDR gedeutet werden können.⁶⁶³ Die Truppen waren Basis der Rechte der Westalliierten in der Stadt. Auch wenn die Aufgabe der Streitkräfte mittlerweile eine andere war, war es unabdingbar, der Sowjetunion gegenüber diese sich aus dem Kriegsvölkerrecht ergebende Begründung aufrecht zu erhalten, zumal elementare Aspekte wie der Zugang davon abhängig waren. Die Garnison stellte zudem die Verbindung zu den drei Mächten und zur NATO her. Für sich allein gesehen stand das bescheidene Kontingent in einer militärisch aussichtslosen Lage. Die Soldaten unterstrichen aber die Garantieerklärung der Westmächte und der NATO und sollten außerdem verhindern, dass die gegnerische Seite eine Aktion unterhalb der Schwelle des offenen militärischen Angriffs vornahm, um die Westsektoren zu übernehmen. Dies schien vor dem Mauerbau eine reelle Gefährdung zu sein. Nicht zu unterschätzen war auch das den Einwohnern vermittelte Sicherheitsgefühl.⁶⁶⁴ Wegen der Vorbehalte der auf ihr originäres Siegerrecht pochenden Westmächte konnte die Stadt nicht von Bonn regiert werden. Die Einbindung in das Rechts-

⁶⁶¹ Eschenburg: Das isolierte Berlin, S. 144 f.

⁶⁶² Wetzlaugk, Udo: Die Alliierten in Berlin, (Politologische Studien, Bd. 33), Berlin 1988, S. 56 ff.

⁶⁶³ Eschenburg: Das isolierte Berlin, S. 149 f.

⁶⁶⁴ Wetzlaugk, S. 58 ff.

Wirtschafts- und Finanzsystem der Bundesrepublik erlaubten die Westalliierten hingegen. Dem – allerdings vom Recht der Sieger überlagerten – Grundgesetz nach handelte es sich beim Westteil der Stadt um ein Land der Bundesrepublik. Damit konnten Repräsentanten Berlins an den Sitzungen der relevanten politischen Gremien Bundestag und Bundesrat teilnehmen.⁶⁶⁵ Die Vertreter der Stadt verfügten im Bonner Parlament aber lediglich über beratende Funktion; sie waren nicht stimmberechtigt.⁶⁶⁶ Der Regierende Bürgermeister gehörte dem Bundesrat an.⁶⁶⁷ Die Westmächte bezogen die Bundesregierung in ihre Entscheidungen über Berlin ein.⁶⁶⁸ Seit 1952 übernahm West-Berlin die Bonner Gesetzgebung, womit in rechtlicher, finanzieller und ökonomischer Hinsicht Übereinstimmung herbeigeführt wurde.⁶⁶⁹ Während der Jahre 1949 bis 1958 fand hier eine faktische Integration statt.⁶⁷⁰ Im Mai 1955 wurde das „Kleine Besatzungsstatut“ durch eine westalliierte Vereinbarung ersetzt, nach der die westlichen Stadtkommandanten ihre Aufgaben als Besatzungsmacht auch künftig ausüben würden und zusammen die Kommandantur darstellten.⁶⁷¹ Die Bedeutung der Stadt bestand darin, Symbol der Behauptung der westlichen Gemeinschaft gegenüber der kommunistischen Bedrohung zu sein. Die mit West-Berlin verbundenen ideellen Werte waren erheblich; nicht vergessen werden darf dabei, dass es sich in wirtschaftlicher Hinsicht um ein nur mit erheblichen Zuschüssen gestütztes Gemeinwesen handelte, das militärisch im Ernstfall zudem nicht zu halten war und die Achillesferse des Westens darstellte.⁶⁷² Dank massiver Hilfe konnte West-Berlin zum „Schaufenster der freien Welt“ werden, das die Überlegenheit des kapitalistischen Systems belegte. Die Produkte der entstehenden Wohlstandsgesellschaft beeindruckten die Ost-Berliner. Sie konnten unmittelbar Warenangebote und Lebensstandard vergleichen, was sich für die DDR-Führung als erhebliche Belastung erwies, wenn es darum ging, die Bevölkerung für den Sozialismus zu gewinnen. Zudem war die Flucht in den Westteil relativ risikolos möglich. Seit 1957 die Grenze zur Bundesrepublik nur noch schwer zu überschreiten war, bestand hier das letzte Schlupfloch.⁶⁷³ Die Westgrenze der DDR war mittlerweile von den Sicherheitsorganen mit Minenfeldern und Wachtürmen zu einem schwer zu überschreitenden Hindernis ausgebaut

⁶⁶⁵ Bethge, Wolfgang: Berlins Geschichte im Überblick, Berlin 1987, S. 149.

⁶⁶⁶ Vogel, S. 168.

⁶⁶⁷ Born, S. 580.

⁶⁶⁸ Ribbe, Wolfgang: Berlin zwischen Ost und West. 1945 bis zur Gegenwart, in: Ribbe, Wolfgang (Hg.): Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart, (Geschichte Berlins, Bd. 2), München 1987, (S. 1027-1124), hier S. 1067.

⁶⁶⁹ Bethge, S. 150.

⁶⁷⁰ Wolfrum: Die geglättete Demokratie, Bonn 2007, S. 191.

⁶⁷¹ Ribbe, S. 1070.

⁶⁷² Eschenburg: Das isolierte Berlin, S. 146.

⁶⁷³ Ribbe, S. 1085 ff.

worden.⁶⁷⁴ Ostdeutsche Polizei kontrollierte zunehmend die Stadtgrenzen des Ostteils zum Umland nach Fluchtverdächtigen. Innerhalb der Stadt konnte mit S- und U-Bahnen sowie an 80 Übergängen der Übertritt in den Westen gelingen.⁶⁷⁵ Solange für die Arbeitnehmer der DDR die Chance bestand, ins attraktive Westdeutschland zu gelangen, war es für sie nicht zwingend, das kommunistische Regime und die Lebensverhältnisse als dauerhaft zu akzeptieren. Bei unangemessen erscheinender Erhöhung der Arbeitsleistung konnten sie in den mehr Perspektiven bietenden Westen gehen.⁶⁷⁶ Schon das Bestehen der demokratischen Insel im kommunistischen Herrschaftsbereich stellte aus östlicher Perspektive das eigene System und vor allem die Lebensfähigkeit der DDR in Frage. Zudem belegte die Stadt, dass die Teilung des Kontinents nicht vollkommen gelungen war.⁶⁷⁷ Für den Osten war West-Berlin ein „Pfahl im Fleische“. Während die Einwohner der Westsektoren 1948/49 nur politisch frei waren, so wurden sie ab 1955 in bescheidenem Maß wohlhabend. Gern präsentierte sich die Stadt ausländischen Gästen als Industrie- und Handelsstandort. Journalisten, Politiker und Geschäftsleute aus vielen Ländern – auch aus dem Ostblock – verglichen unmittelbar die konkurrierenden Gesellschaftssysteme und Lebensverhältnisse und konnten dabei für die östliche Seite zu keinem positiven Eindruck kommen. Ein Beschluss des Bundestags im Jahr 1957 erklärte Berlin zur Hauptstadt. Wiederholt tagten sowohl Bundesrat als auch Bundestag zwischen 1955 und 1958 dort. Zudem verbanden sich mit der einstigen Reichshauptstadt nationale Sehnsüchte der Deutschen.⁶⁷⁸ Die freiheitlich-demokratische Enklave mit ihrem Lebensstandard und ihrer Bindung an den Westen stellte für die Staatsführung der UdSSR eine Provokation, ein feindliches Symbol dar. Es bestand zudem die Gefahr, dass vom westlichen Vorposten Impulse auf die Bevölkerung der DDR ausgehen konnten. Daher war die Liquidierung der Störungszentrale wünschenswert. Darüber hinaus bedeutete die Einverleibung des Territoriums die Vollendung der bis nach Mitteleuropa vorgeschobenen russischen Machtsphäre. Die DDR-Regierung wies die sowjetische Führung auf die durch West-Berlin bedingten Schwierigkeiten für das eigene Gemeinwesen hin. Die Westsektoren hätten mit ihrer Produktions- und Arbeitskraft für die DDR eine wünschenswerte Stärkung bedeutet. Da eine freiwillige Selbstaufgabe nicht zu erwarten war, galt es andere Wege zu beschreiten.⁶⁷⁹

⁶⁷⁴ Isaacs/Downing, S. 167.

⁶⁷⁵ Ribbe, S. 1085 ff.

⁶⁷⁶ Lansing-Dulles, Eleanor: Berlin und die Amerikaner, Köln 1967, S. 73.

⁶⁷⁷ Mahncke, Dieter: Berlin im geteilten Deutschland, (Schriften des Forschungsinstitutes der deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik, Bd. 34), München, Wien 1973, S. 104.

⁶⁷⁸ Schulz, Klaus-Peter: Berlin zwischen Freiheit und Diktatur, Berlin 1962, S. 387 ff.

⁶⁷⁹ Eschenburg: Das isolierte Berlin, S. 140 ff.

Der ökonomische Aufbau West-Berlins gestaltete sich wegen des Wegfallens des Hinterlandes und der Absatzgebiete schwierig; die Arbeitslosigkeit war 1950 mit 309.000 Menschen sehr hoch. Um das Fehlen der Absatzmärkte des Umlandes zu kompensieren, mussten die Waren zunehmend exportiert werden, wobei die Länge der Transportwege von Nachteil war.⁶⁸⁰ Gerade in den Jahren 1949-53 griff die östliche Seite oftmals störend in die Verkehrsverbindungen und Energieversorgung ein, um die Probleme zu steigern. Die westlichen Reaktionen erreichten in der Regel nicht die Rückgängigmachung, sondern nur die Einschränkung des jeweiligen Vorstoßes.⁶⁸¹ Nicht gering wog auch das Wegfallen der einstigen Dienstleistungsfunktion der Stadt. Sozialprodukt, Umsätze und Steuereinnahmen waren erschreckend niedrig.⁶⁸² Von 1950 an konnten die Firmen in der Stadt am europäischen Wiederaufbauprogramm partizipieren. Erst seit die Bundesregierung Mitte 1952 durch Finanzhilfen und Steuervergünstigung für Berlin tätig wurde, gewann die Wirtschaft an Schwung und sank die Arbeitslosigkeit. Die Produktivität der Industrie betrug 1958 ca. 120% gegenüber dem Vorkriegsstand. Dies erscheint beachtlich, doch lag die westdeutsche Produktivität bereits bei 230%. Hemmend für den Handel blieben die sich jährlich ändernden Behinderungen auf den Zugangswegen. Nadelstiche waren die zeitweilige Besetzung West-Berliner Exklaven durch die Volkspolizei. Vorübergehend durften die Einwohner der westlichen Sektoren nur noch ausnahmsweise die DDR besuchen. Seit 1952 wurden 80% der Flüchtlinge von Westdeutschland übernommen, was die Stadtverwaltung erheblich entlastete.⁶⁸³ Rund 75% derjenigen, die der DDR den Rücken kehrten, wählten den Weg über West-Berlin: Mit S- oder U-Bahn war es leicht möglich, zwischen den Welten zu pendeln.⁶⁸⁴ Dank amerikanischer und westdeutscher Hilfe gelang es, der Stadt doch ein nennenswertes Maß an wirtschaftlicher Potenz zu verschaffen. Mit Frachthilfen, Steuermäßigungen und weiteren Vergünstigungen wurde der Absatz von Berliner Produkten gefördert. Zudem verlagerte die Bundesregierung einige Behörden dorthin. Der Aufbau vollzog sich trotzdem deutlich langsamer als im Westen.⁶⁸⁵ Mit zeitlicher Verzögerung nahm die Stadt also am westdeutschen Aufschwung teil.⁶⁸⁶ Das 1955 von Bundesregierung und Senat initiierte umfangreiche Bauprogramm brachte vor allem Infrastruktur und Wohnungsbau voran. Die Bemühungen der Stadtväter gingen auch dahin, in kultureller und wissenschaftlicher Hinsicht Renommée zurück zu gewinnen.⁶⁸⁷

⁶⁸⁰ Vogel, S. 169 ff.

⁶⁸¹ Mahncke, S. 46.

⁶⁸² Ribbe, S. 1074.

⁶⁸³ Lampe, S. 538-543.

⁶⁸⁴ Bethge, S. 162.

⁶⁸⁵ Ribbe, S. 1074 ff.

⁶⁸⁶ Bethge, S. 155.

⁶⁸⁷ Ribbe, S. 1068.

Beim Neubau des Hansaviertels verwirklichten moderne Architekten ihre Vorstellungen.⁶⁸⁸ Nach dem Tod des Bürgermeisters Reuter⁶⁸⁹ 1953 kam es zu einer CDU/FDP Regierung, bis 1955 unter Otto Suhr⁶⁹⁰ eine große Koalition gebildet wurde.⁶⁹¹ Willy Brandt⁶⁹² wurde Präsident des Abgeordnetenhauses. Nach dem Tod Suhrs wurde er 1957 Regierender Bürgermeister.⁶⁹³ Förderlich für den Aufstieg Brandts war die Unterstützung durch die Blätter des Springer-Verlags.⁶⁹⁴

2.3. Krisenjahre 1958-1963

Das Selbstvertrauen der sowjetischen Führung stieg vor dem Hintergrund der zunehmenden ökonomischen Stärke und wegen des wissenschaftlich-technischen Erfolgs, der mit dem Satelliten Sputnik⁶⁹⁵ manifestiert schien. Die westliche Reaktion auf einen Vorstoß bereitete dem Kreml weniger Sorge.⁶⁹⁶ Chruschtschow war sich sicher, dass im Wettlauf der Systeme der Kommunismus erfolgreich sein werde.⁶⁹⁷ Motiv für das Vorgehen dürfte auch der Wunsch nach Stabilisierung des Imperiums gewesen sein, das durch die Schwäche des ostdeutschen Regimes in Frage gestellt wurde. Dazu war der von den Westsektoren auf die Ostdeutschen ausgehende Einfluss zu beenden und die DDR zu stärken. Die russische Berlin-Politik vom Kriegsende bis ins Jahr 1962 zeichnete sich durch Konsequenz mit dieser Zielrichtung aus; lediglich die Mittel änderten sich.⁶⁹⁸ Im östlichen Kalkül spielte wohl eine Rolle, ob die Sättigung der die Auseinanderentwicklung ihrer Nation bereits hinnehmenden Westdeutschen auch dazu beitragen würde, den mit Risiken behafteten Vorposten preiszugeben. Den Westmächten hätte dann

⁶⁸⁸ Bethge, S. 152.

⁶⁸⁹ Reuter, Ernst (*29.7.1889, gest. 29.9.1953) war, nachdem er im Ersten Weltkrieg in russische Gefangenschaft geraten war, 1918 als Volkskommissar in Saratow tätig. Zurückgekehrt nach Deutschland wurde er 1920 Generalsekretär der KPD. Seit 1921 gehörte er wieder der SPD an. Von 1931-33 fungierte Reuter als Oberbürgermeister von Magdeburg; zeitweilig gehörte er auch dem Reichstag an. 1935 emigrierte er nach Großbritannien, später in die Türkei. Von 1947 an diente er als Oberbürgermeister von Berlin; seit 1950 bekleidete er das Amt des Regierenden Bürgermeisters von West-Berlin und engagierte sich für Freiheit und Selbständigkeit der Stadt.

⁶⁹⁰ Suhr, Otto (*17.8.1894, gest. 30.8.1957) fungierte 1946 als Generalsekretär der Berliner SPD. Von 1951 an war er Präsident des Abgeordnetenhauses. Weiter war Suhr M.d.B. und Direktor der Deutschen Hochschule für Politik. Im Jahr 1955 wurde er Regierender Bürgermeister West-Berlins.

⁶⁹¹ Bethge, S. 155.

⁶⁹² Brandt, Willy als Frahm, Herbert Ernst Karl (*18.12.1913, gest. 8.10.1992) emigrierte 1933 nach Skandinavien, wo er sich für den Widerstand einsetzte. Nach Kriegsende kehrte er nach Deutschland zurück. Er gehörte lange Jahre dem Bundestag und dem Berliner Abgeordnetenhaus an. Von 1957-66 bekleidete Brandt das Amt des Regierenden Bürgermeisters von West-Berlin. Drei Jahre diente er der Bundesrepublik als Außenminister, bis er 1969-74 Bundeskanzler wurde. Hier setzte er Akzente mit der Neuorientierung der Ostpolitik.

⁶⁹³ Ribbe, S. 1068 ff.

⁶⁹⁴ Schöllgen, Gregor: Willy Brandt. Die Biographie, 4. Aufl. Berlin, München 2001, S. 96.

⁶⁹⁵ Der Start des sowjetischen Satelliten Sputnik am 4.10.1957 stellte den Beginn der Raumfahrt dar.

⁶⁹⁶ Lansing-Dulles, S. 76.

⁶⁹⁷ Isaacs/Downing, S. 166 f.

⁶⁹⁸ Mahncke, S. 48 f. und 99 f.

der Rückhalt gefehlt.⁶⁹⁹ Die sowjetische Führung, die seit 1955 versucht hatte, die Beziehungen zur Bundesregierung zu verbessern, musste konstatieren, dass an deren Bündnistreue nicht zu rütteln war. In dieser Enttäuschung fand Ulbricht 1958 mit seinen Wünschen nach einer schärferen Gangart gegenüber der Bundesrepublik Gehör.⁷⁰⁰ Er war durchaus eigensinnig und wich nicht selten von den Vorgaben des Kremls ab.⁷⁰¹ Ulbricht legte der sowjetischen Regierung nahe, die Initiative zu ergreifen, weil er davon ausging, dass das Bestehen des Vier-Mächte-Status und eine Stabilisierung der DDR sich gegenseitig ausschlossen. Chruschtschow verfolgte zwar die Veränderung des Status der Westsektoren als Nahziel, darüber hinaus wollte er noch ein Gipfeltreffen erreichen.⁷⁰² Für die sowjetische Seite ging es darum, die Ernsthaftigkeit der Washingtoner Bereitschaft zum Schutz Europas auszuloten. Ein Nachgeben der Führungsmacht hätte die westliche Gemeinschaft schwer erschüttert.⁷⁰³ Ein Zurückweichen in Berlin hätte das Verhältnis der Bundesrepublik zu ihren Verbündeten erheblich beeinträchtigt. Vor dem eindrucksvollen Hintergrund einer russischen Überlegenheit hätten sich die Länder Mittel- und Westeuropas möglicherweise der UdSSR gegenüber gefügig gezeigt.⁷⁰⁴ Seit Juni 1958 nahmen die Zwischenfälle auf den Zugangsstraßen nach Berlin zu. Bereits im Oktober war wegen drohender Äußerungen Ulbrichts eine neue Krise absehbar. Westlichen Beobachtern gelang es allerdings nicht, die genaue Stoßrichtung zu erkennen. Die Befürchtungen galten vor allem Aufständen in Mittel- und Osteuropa. Die US-Administration erfasste nicht, wie weit die sowjetische Führung in ihrer Politik der Stärke gehen würde.⁷⁰⁵ Der britischen Regierung von Premier Harold Macmillan⁷⁰⁶ lag sehr daran, das Verhältnis zur Führungsmacht des Ostens zu entspannen. Es erwies sich als nicht leicht, eine einheitliche Linie in der NATO durchzuhalten, zumal der eigensinnige Charles de Gaulle⁷⁰⁷ das Ziel französischer Führung in Europa zu realisieren trachtete.⁷⁰⁸ Er sorgte für Irritationen in der Gemeinschaft mit seiner allerdings wegen fehlender

⁶⁹⁹ Schulz, S. 394.

⁷⁰⁰ Wettig: Das Vier-Mächte-Abkommen in der Bewährungsprobe, S. 51.

⁷⁰¹ Herzfeld, Hans: Berlin in der Weltpolitik 1945-70, Berlin, New York 1973, S. 436 f.

⁷⁰² Schulz: Berlin zwischen Freiheit und Diktatur, S. 384 f.

⁷⁰³ Wetzlaugk, S. 63 f.

⁷⁰⁴ Mahncke, S. 99 f.

⁷⁰⁵ Herzfeld, S. 434 ff.

⁷⁰⁶ Macmillan, Harold (*10.2.1894, gest. 29.12.1986) war 1924-63 konservativer Abgeordneter des britischen Unterhauses. 1942-45 vertrat er das Kriegskabinett im alliierten Hauptquartier in Nordafrika. 1954/55 bekleidete Macmillan das Amt des Verteidigungsministers. Danach diente er als Außenminister und als Schatzkanzlers bis er in den Jahren 1957-63 Premierminister war. Es gelang ihm das durch die Suezkrise belastete britisch-amerikanische Verhältnis zu verbessern.

⁷⁰⁷ Gaulle, Charles de (*22.11.1890, gest. 9.11.1970) ging nach der Niederlage Frankreichs 1940 ins britische Exil und organisierte den Widerstand. Nach der Befreiung Frankreichs 1944 wurde er bis 1946 Regierungschef. Später wurde er in der Krise im Juni 1958 zum mit besonderen Vollmachten versehenen Ministerpräsidenten berufen, der eine neue Verfassung schuf. Als Staatspräsident 1958-69 hatte sich de Gaulle mit dem Verlust des Kolonialreiches zu befassen, setzte sich für die Europäische Union, eine eigene atomare Aufrüstung Frankreichs und den Austritt Frankreichs aus der NATO-Integration ein.

⁷⁰⁸ Herzfeld, S. 436 f.

Machtmittel nicht durchschlagenden Politik.⁷⁰⁹ Schon vor der neuen Krise standen US-Präsident Eisenhower und sein Außenminister Dulles im Kreuzfeuer der Kritik der Massenmedien ihres Landes. Seit dem Einsatz des „Sputnik“ im Herbst 1957 sorgte sich die Bevölkerung bis zur Hysterie wegen der scheinbaren Unterlegenheit in der Raketentechnologie. Der Präsident war zudem der unpopulären Auffassung, eine Erhöhung des Militäretats verheiße nicht zwingend ein gesteigertes Maß an Sicherheit. Er strebte vielmehr einen ausgeglichenen Haushalt an und legte keinen Wert auf symbolische Gesten der Stärke. Seine Äußerung, „keine völlig neuen Ideen“ zu haben, um die anstehenden Herausforderungen zu meistern, ließ seine Regierung als überfordert erscheinen. Bei der Wahl im November 1958 konnte die Opposition ihre Mehrheit in Senat und Repräsentantenhaus erhöhen. Dies schränkte den Spielraum des Präsidenten weiter ein. Auch altersbedingt und wegen seiner Krankheiten wurde er in den letzten Amtsjahren von innenpolitischen Gegnern als „lahme Ente“ verhöhnt. Der schwerkranke Außenminister Dulles befasste sich mit der komplexen Berlin-Thematik. Eisenhower engagierte sich zunehmend in der Außenpolitik; hierzu zählten die Gipfeltreffen und eine verstärkte Reiseaktivität rund um den Globus.⁷¹⁰ Zur Demonstration der Überlegenheit des Sozialismus bot es sich an, Deutschland als Nahtstelle der wetteifernden Systeme zu wählen.⁷¹¹ Für den impulsiven starken Mann in Moskau lag es hier wiederum nahe, Berlin als Ansatzpunkt zu nehmen, schon wegen der Aufsicht über die Zugangswege. Lediglich die Luftkorridore ermöglichten eine sichere Verbindung zur westlichen Welt.⁷¹² Die westlichen Militärtransporte liefen von 1949 an ohne Behinderung; auch der zivile Transitverkehr funktionierte in der Regel. Der Vorteil lag eindeutig auf östlicher Seite; es stand außer Frage, dass die Westsektoren militärisch nicht zu halten waren. Doch war die örtliche Konstellation nicht entscheidend, weil für USA und NATO die Sicherheit der Westsektoren erklärtermaßen mit der eigenen Sicherheit verbunden war. Der Aggressor musste fürchten, in eine Auseinandersetzung mit dem ganzen westlichen Bündnis verwickelt zu werden. In den vorherigen Jahren hatte dieses Risiko die Führung im Kreml davon abgehalten, einen großen Krieg zu wagen. Zudem hatte die russische Regierung die Erfahrung gemacht, dass es nach einer derartigen Krise recht mühsam war, den Faden für Verhandlungen mit den kapitalistischen Mächten wieder aufzunehmen. Zu berücksichtigen war ebenso, dass der westliche Zusammenhalt durch eine Bedrohung gestärkt werden

⁷⁰⁹ Bracher: Die Krise Europas 1917-1975, S. 359 f.

⁷¹⁰ Arenth, Joachim: Der Westen tut nichts! Transatlantische Kooperation während der zweiten Berlin-Krise 1958-1962 im Spiegel neuer amerikanischer Quellen, (Europäische Hochschulschriften, Reihe 31, Politikwissenschaft, Bd. 217), Frankfurt/Main, Berlin, Bern, New York, Paris, Wien 1993, S. 72 ff.

⁷¹¹ Uhl, Matthias; Wagner, Armin: Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer. Eine Dokumentation, (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 86), München 2003, S. 16.

⁷¹² Bender, S. 82 f.

konnte.⁷¹³ Ganz ohne jede Chance war der Erpressungsversuch nicht, zumal gerade die Engländer der Beschäftigung mit der Berlin-Problematik überdrüssig waren.⁷¹⁴ Am 10. Oktober 1958 bekundete Chruschtschow öffentlich seine Entschlossenheit, die Besetzung Berlins zu beenden. Er beschuldigte die Westalliierten, das Potsdamer Abkommen verletzt zu haben, wodurch die Sowjetunion nicht mehr daran gebunden sei. Am 29. Oktober bezeichnete Ulbricht die Truppenstationierungen in den Westsektoren als „illegal“. Nach seiner Auffassung war West-Berlin Bestandteil der DDR. Seine Ausführungen waren allerdings mit dem Vier-Mächte-Status nicht vereinbar. Damit war die kommende Auseinandersetzung vorgezeichnet.⁷¹⁵ Am 10. November eröffnete Chruschtschow die neue Runde. Öffentlich verlangte er von den Westmächten, ihre Truppen abzuziehen. Weiter erwartete er die Ratifizierung eines Friedensvertrags durch die Siegermächte und die Akzeptanz der DDR durch den Westen. Chruschtschow wollte zudem die Westsektoren in eine entmilitarisierte „Freie Stadt“ verwandeln. Bei dieser ins Spiel gebrachten Konstruktion handelte es sich um ein Gemeinwesen, das nur aus einer Stadt bestand, die keinem anderen Staat unterworfen war und ein Völkerrechtssubjekt darstellte. Abgesehen vom positiven Beispiel der Vatikanstadt waren damit wenig gute Erfahrungen gesammelt worden. Besondere Vorsicht schien angebracht, weil dieser Vorschlag aus Moskau stammte, das gerne westliche Begriffe annahm und diese dann in der Praxis im Sinn verkehrte. Eine „Freie Stadt“ Berlin hätte nicht mehr unter dem Vier-Mächte-Status gestanden und wäre von der Bundesrepublik getrennt gewesen. Eine Entmilitarisierung bedeutete den Verlust des Schutzes. Für die östliche Seite ging es darum, die DDR international aufzuwerten und West-Berlin zu isolieren, um es letztlich übernehmen zu können. Die Forderung wurde bald mit einem Ultimatum verbunden. Sollte der Westen innerhalb dieser Frist nicht nachgeben, drohte die Führungsmacht des Ostens damit, separat Frieden mit Ost-Berlin zu schließen.⁷¹⁶ Entgegen seiner Bekundung verfolgte der sowjetische Staatsführer nicht wirklich das Ziel des Separatfriedens, und er wollte auch nicht das Kriegsrisiko eingehen.⁷¹⁷ Das maximale Ziel bestand in der Einverleibung des Westteils; als kleine Lösung sollte die westliche Anerkennung der DDR herbeigeführt werden. Zentrales Anliegen war also die Festigung des ostdeutschen Staats.⁷¹⁸ In der Note vom 27. November verlangte die sowjetische Führung mit

⁷¹³ Wettig: Das Vier-Mächte-Abkommen in der Bewährungsprobe, S. 59 ff.

⁷¹⁴ Wolfrum: Die Mauer, S. 35 f.

⁷¹⁵ Herzfeld, S. 436 f.

⁷¹⁶ Isaacs/Downing, S. 150 f. und S. 165.

⁷¹⁷ Wettig, Gerhard: Der Stillstand im Ringen um Berlin: Ein Motiv Chruschtschows für die Stationierung der Raketen auf Kuba?, in: Filippovych, Dimitrij N.; Uhl, Matthias: Vor dem Abgrund: Die Streitkräfte der USA und der UdSSR sowie ihrer deutschen Bündnispartner in der Kubakrise, (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte), München 2005, S. 1.

⁷¹⁸ Wolfrum: Die geglückte Demokratie, Bonn 2007, S. 192.

ultimativer Fristsetzung innerhalb eines halben Jahres den Abzug der westlichen Garnison. Die Sowjetunion sei nicht mehr an die Verträge vom 12. November 1944 und vom 1. Mai 1945, die die Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen und die Schaffung des Kontrollrates betrafen, gebunden. Die noch bestehenden Aufgaben sollte die DDR wahrnehmen. Für den Fall, dass innerhalb eines halben Jahres keine Vereinbarung getroffen werde, sei geplant, der DDR hinsichtlich der Zufahrtswege die volle Souveränität zuzugestehen. Nur „Wahnsinnige“ würden wegen der Vorrechte der Westmächte einen neuen Weltkrieg beginnen. In der Forderung, alles zu unterdrücken, was die östliche Seite als subversive Aktion bewerten konnte, war erkennbar, dass die Freiheit der Bevölkerung bedroht war.⁷¹⁹ Durch das Vortragen in ultimativer Form nahm Chruschtschow sich selbst Manövrierfähigkeit, die es ermöglicht hätte, ohne Prestigeverlust das Experiment abubrechen.⁷²⁰ Die in Aussicht gestellte Übertragung der Moskauer Rechte an den Zugängen an die ostdeutsche Regierung war hingegen ein geschickter Zug.⁷²¹ Großbritannien, Frankreich und die USA wären auf die Gesprächsbereitschaft der DDR angewiesen. Einigkeit bestand im westlichen Lager darin, die Stadt wegen ihrer Bedeutung im Kampf gegen den Kommunismus nicht preiszugeben. Die westlichen Politiker waren von dieser Initiative überrascht.⁷²² Doch hätten sie wegen der von der östlichen Seite seit 1955 initiierten Diskussion über die Neutralisierung des umstrittenen Gemeinwesens mit dem Vorschlag rechnen können.⁷²³ Chruschtschows Vorgehen wurde zwar von vielen Beobachtern als Auftakt zum Ausgreifen in Deutschland gesehen. Mancher wertete es aber als lediglich auf Fixierung der bestehenden Verhältnisse in einem Friedensvertrag gerichtetes Streben.⁷²⁴ Die erste Reaktion der Westmächte war nicht ohne Unsicherheit und widersprüchliche Stellungnahmen. Das amerikanische State Department weigerte sich, die Aufkündigung der Verträge hinzunehmen. Außenminister Dulles erklärte, dass die USA auf ihren Rechten in der Stadt bestünden. Er schloss aber nicht aus – und konnte auf die bestehende Gepflogenheit verweisen – dass auch DDR-Polizisten als „Agenten“ der Russen die Kontrolle der Zufahrtswege durchführen dürften. Die zu diesem Zeitpunkt bestehende Tendenz der amerikanischen Politik, die Bedeutung des Konflikts herunterzuspielen, ließ breite Schichten der Berliner Bevölkerung an der Standhaftigkeit der USA zweifeln. Der Regierende Bürgermeister Brandt machte deutlich, dass es sich nicht um ein lokales Problem handelte. Adenauer kam ins bedrängte Gemeinwesen, um

⁷¹⁹ Herzfeld, S. 436 ff.

⁷²⁰ Schulz: Berlin zwischen Freiheit und Diktatur, S. 384 f.

⁷²¹ Eisenmann, S. 70.

⁷²² Isaacs/Downing, S. 165.

⁷²³ Lampe, S. 545.

⁷²⁴ Schwarz: Die Ost-West-Spannungen als Orientierungsrahmen westdeutscher Außenpolitik, S. 477.

zusammen mit Brandt Unerschrockenheit zu demonstrieren.⁷²⁵ Die Bundesregierung war vollkommen gegen das östliche Ansinnen eingestellt; sie musste aber erkennen, dass die eigenen Bundesgenossen der Idee erneut unter Vier Mächten zu verhandeln nicht abgeneigt waren.⁷²⁶ Der Ausgang der West-Berliner Wahlen vom Dezember 1958 belegte eindrucksvoll die Ablehnung der Bevölkerung gegenüber dem sowjetischen Vorhaben.⁷²⁷ Die Berliner sprachen der SPD und der CDU ihr Vertrauen aus, während der SED eine herbe Abfuhr erteilt wurde. Die Bundesrepublik half durch Erhöhung der wirtschaftlichen Hilfe und Verlängerung der Steuervergünstigungen. Zudem lud die Bundesregierung ausländische Journalisten nach Berlin ein, um das Interesse der Weltöffentlichkeit zu erhalten. Innerhalb der ersten Zeit waren durchaus panische Reaktionen der Berliner wie Abhebungen von Bankguthaben und Wegzug nach Westdeutschland zu konstatieren.⁷²⁸ Nach der anfänglichen Unruhe und Unsicherheit zeigte sich, dass die Bevölkerung standhalten würde.⁷²⁹ Der östliche Vorstoß belegte, dass die Vorstellung des Kanzlers, über die Stärke des Westens die Einheit herbeizuführen, irrig war. Die Bemühungen gingen nun dahin zu verhindern, dass West-Berlin nicht zum dritten Deutschland erklärt wurde.⁷³⁰ Der Abschluss eines Friedensvertrags hätte der ostdeutschen Republik internationale Anerkennung verschafft. Sie hätte uneingeschränkte Hoheit über Territorium und Transitwege erhalten. So sollten die Westalliierten zum Militärabzug gezwungen werden. Die Realisierung der „Freien Stadt“ wiederum hätte langfristig die Bindung zum Westen getrennt und das Ende der Freiheit der Einwohner bedeutet.⁷³¹ Auch diese Lösung hätte zum Verlust der Militärpräsenz und zur Abhängigkeit in der Zugangsfrage von den ostdeutschen Behörden und damit zum Verlust der Lebensfähigkeit geführt.⁷³² Chruschtschow kalkulierte wohl, dass der Gegner das Kriegsrisiko scheuen und nachgeben würde. Sein Vorgehen sollte das gegnerische Lager zwingen, eine der genannten Varianten hinzunehmen.⁷³³ Die Drohung Chruschtschows, die eigenen Rechte an Berlin dem deutschen Verbündeten zu übertragen, war eine Provokation; es bedeutete, dass Angehörige der Siegermächte von Organen des bislang unbeachteten Verlierergemeinwesens beaufsichtigt würden. Amerikaner, Briten und Franzosen lehnten das russische Anliegen ab, zeigten sich aber verhandlungsbereit. Aus Moskau war zu vernehmen, dass es lediglich um die Fixierung des Ergebnisses des Zweiten Weltkriegs

⁷²⁵ Herzfeld, S. 438 f.

⁷²⁶ Lappenküper, S. 15.

⁷²⁷ Lampe, S. 546.

⁷²⁸ Schulz: Berlin zwischen Freiheit und Diktatur, S. 394 ff.

⁷²⁹ Herzfeld, S. 438 f.

⁷³⁰ Eisenmann, S. 76.

⁷³¹ Uhl/Wagner, S. 16.

⁷³² Wettig: Das Vier-Mächte-Abkommen in der Bewährungsprobe, S. 52 f.

⁷³³ Uhl/Wagner, S. 16.

ging, worüber unter den Siegern stillschweigender Konsens herrschte.⁷³⁴ Alle Beteiligten gingen ein hohes Risiko ein. Eisenhower war die schnelle Möglichkeit einer Ausweitung zum nuklearen Krieg klar.⁷³⁵ Wegen des atomaren Patts konnte das Weiße Haus das Drohpotential zum Schutz der Zufahrtswege nur noch unter dem Risiko der eigenen Vernichtung in die Waagschale werfen.⁷³⁶ Schwierig würde es zudem sein, der Öffentlichkeit zu erklären, warum für die einstige Hauptstadt Nazi-Deutschlands das Risiko einer nuklearen Auseinandersetzung zu tragen sei.⁷³⁷ Für die sowjetische Seite handelte es sich ebenfalls um ein riskantes Unternehmen.⁷³⁸ Die USA entwickelten ja mit enormem Engagement die Raketentechnik weiter und errangen schließlich die Überlegenheit.⁷³⁹ In den Jahren 1959–61 steigerte die UdSSR ihre Rüstungsanstrengungen; vor allem das Budget für Nuklearwaffen nahm mit 250% exorbitant zu. Dies lässt darauf schließen, dass die Führung das eigene Potential nicht für ausreichend hielt. Trotzdem erhöhte sich die Stärke der USA laufend. Das Vorhaben der Kommunisten, die Raumfahrt als Beleg der Überlegenheit ins Feld zu führen, schlug ebenfalls nicht durch. Nur mit Drohgebärden ließ sich der Gegner nicht zur Ratifizierung des Friedensvertrags bewegen.⁷⁴⁰ Die Vorstellung des westlichen Publikums, der Kreml geböte über ein leistungsfähigeres Raketenpotential als die NATO, traf nicht zu. Chruschtschow hoffte, dass Washington, London und Paris den Bluff nicht durchschauen würden. Eine schwierige Lage drohte ihm, wenn der Gegner auf die Täuschung nicht hereinfallen und den Forderungen nicht nachgeben würde. Dann wäre es für ihn sehr gefährlich gewesen, die Drohung zu realisieren. Aus diesem Grund sollte der Führer des Weltkommunismus später bei Ablauf des Ultimatums es für geboten halten auszuweichen und sachlich irrelevante Angebote wie die Einladung in die USA anzunehmen.⁷⁴¹ Am 14. Dezember 1958 gaben die in Paris zusammengekommenen Vertreter der Westmächte und Westdeutschlands ihre Weigerung bekannt, eine Veränderung des Berliner Status hinzunehmen. Moskau reagierte schnell mit einem Lösungsvorschlag, der den Entwurf eines Friedensvertrags mit Deutschland vorsah und West-Berlin als dritten deutschen Staat bezeichnete.⁷⁴² In der NATO herrschte Konsens darüber, die einseitig erklärte Kündigung der Vereinbarungen und die Übertragung dieser Funktionen an den ostdeutschen Staat nicht hinzunehmen. Zudem weigerte sich die NATO, vor dem Hintergrund eines

⁷³⁴ Bender, S. 82 ff.

⁷³⁵ Isaacs/Downing, S. 170.

⁷³⁶ Eisenmann, S. 76.

⁷³⁷ Isaacs/Downing, S. 170.

⁷³⁸ Eisenmann, S. 76.

⁷³⁹ Bracher: Die Krise Europas 1917-1975, S. 358.

⁷⁴⁰ Uhl/Wagner, S. 22.

⁷⁴¹ Wettig: Das-Vier-Mächte-Abkommen in der Bewährungsprobe, S. 52.

⁷⁴² Eisenmann, S. 70 ff.

Ultimatums Verhandlungen zu führen. Der sowjetische Staatsführer war dann im Januar 1959 einverstanden, an einer Konferenz der großen Mächte teilzunehmen. Aus seiner Sicht sollten die deutschen Staaten sich untereinander einigen, das geeinte Deutschland sollte eine „neutralisierte Konföderation“ werden, bei der die sozialen Umgestaltungen der DDR beizubehalten waren.⁷⁴³ Am 6. März 1959 erklärte Chruschtschow schließlich, im Fall der Ablehnung seiner Vorstellungen mit Ost-Berlin allein Frieden zu schließen. Während der sowjetischen Führung daran lag, die Krise mit ihren weltweiten Rückwirkungen nicht eskalieren zu lassen und folglich Langmut an den Tag zu legen, ging es dem DDR-Regime darum rasch Erfolg zu erzielen. Für Ulbricht eröffnete der russische Vorstoß die Chance, das Ansehen der Republik zu erhöhen und die außenpolitische Isolierung aufzubrechen. Sein Ziel bestand darin, zu einer Friedensregelung zu kommen. Das Konzept der „Freien Stadt“ behagte Ulbricht hingegen nicht recht. Die führenden Genossen bemühten sich auf den hohen Verbündeten einzuwirken. Für die Sowjetunion hätte der eigenständige Abschluss einer Friedensregelung mit dem Satelliten eher eine Schwächung bedeutet. Die Siegermächtsrechte mit ihren Gestaltungsmöglichkeiten wären verloren gegangen. Zudem eröffnete der Störfaktor West-Berlin eine unmittelbare Einwirkungsmöglichkeit auf die deutschen Genossen.⁷⁴⁴ Als Eisenhower am 11. März erklärte, keinen großen Krieg wegen Berlin führen zu wollen, reagierte die östliche Seite umgehend mit der Aussage, dass ein örtlich begrenzter Krieg nicht möglich sei; eine Ausweitung zum nuklearen weltumspannenden Konflikt sei nicht abzuwenden. Für den Westen würde dies das Ende bedeuten; die russische Regierung behauptete, durch die Größe des Territoriums und aufgrund der niedrigeren Besiedlungsdichte eine Überlebenschance für das eigene Land zu sehen.⁷⁴⁵ Um Entspannung bemüht reiste der britische Premier Macmillan nach Moskau.⁷⁴⁶ Wegen der Entschiedenheit der Alliierten keine Rechte aufgeben zu wollen äußerte Chruschtschow, sein Vorstoß sei nicht als Ultimatum zu deuten.⁷⁴⁷ Krankheitsbedingt trat US-Außenminister Dulles im April zurück; sein Nachfolger wurde Christian Herter.⁷⁴⁸ Der seit Februar stattfindende Notenaustausch führte zum vom 11. Mai bis zum 5. August dauernden Treffen der Außenminister in Genf.⁷⁴⁹ In lediglich beratender Funktion waren

⁷⁴³ Herzfeld, S. 440 ff.

⁷⁴⁴ Uhl/Wagner, S. 16 ff.

⁷⁴⁵ Herzfeld, S. 440 ff.

⁷⁴⁶ Felken, S. 467.

⁷⁴⁷ Eisenmann, S. 70ff.

⁷⁴⁸ Herter, Christian Archibald (*28.3.1895, gest. 30.12.1966) ging nach dem Studium zunächst in den diplomatischen Dienst der Vereinigten Staaten. Er war Mitglied der Republikanischen Partei; als Abgeordneter des US-Repräsentantenhauses in der Zeit von 1942 bis 1953 engagierte er sich für die Kooperation mit Europa. Seit Anfang 1957 fungierte Herter als US-Vizeaußenminister. Wegen der Krankheit von Dulles trat er die Nachfolge im Kabinett an. Nach der Regierungsübernahme durch Kennedy 1960 war er als elder statesman in verschiedenen Gremien tätig.

⁷⁴⁹ Herzfeld, S. 442 f.

Delegationen der deutschen Staaten dabei.⁷⁵⁰ Durch die Teilnahme wurde die DDR international aufgewertet.⁷⁵¹ Während der Verhandlungen lässt sich für den Westen hinsichtlich der Berlin-Problematik nur beschränkt von einer übereinstimmenden Linie sprechen. Sowohl Adenauer als auch Brandt verfolgten die Gespräche mit Sorge. Gerade die britische Regierung zeigte sich einer Kompromisslösung zugeneigt. Der am 14. Mai vorgestellte westliche Vorschlag basierte auf einem Plan, nach dem zunächst Berlin vereint werden sollte; danach sollte die Einheit auf nationaler Ebene bei Abhaltung einer freien Wahl realisiert werden. Der neuen Regierung sollte es obliegen, den Friedensvertrag mit den Siegermächten zu schließen.⁷⁵² Der von Herter stammende Plan enthielt als Novum die Trennung der Berlin- von der Deutschlandfrage, was die deutsche Bundesregierung als Verrat an den eigenen Vorstellungen betrachtete.⁷⁵³ Der sowjetische Außenminister Gromyko⁷⁵⁴ lehnte das Vorhaben ab. Er verwies auf die Option einen Sonderfrieden mit dem ostdeutschen Staat zu vereinbaren für den Fall, dass nicht innerhalb eines Jahres eine Lösung gefunden würde. Dies war wiederum für die Amerikaner nicht akzeptabel. Die früher von der sowjetischen Führung gesetzte Halbjahresfrist lief am 27. Mai ab.⁷⁵⁵ Weil Chruschtschow es für besser hielt die Dinge nicht eskalieren zu lassen, ließ er auch ohne Erfüllung seiner Forderung das Ultimatum verstreichen.⁷⁵⁶ Der an der Entspannung orientierte Sonderweg der englischen Regierung und die von der Genfer Konferenz an zunehmende Befürchtung, sich nicht mehr unbedingt auf die Hegemonialmacht verlassen zu können, ließen den Bundeskanzler an den französischen Präsidenten heranrücken.⁷⁵⁷ Die Vertreter des Westens zeigten sich weiter geneigt, die Gegenseite durch Zugeständnisse zufrieden zu stellen. Am 16. und 19. Juni machten sie Angebote, welche die Freiheit West-Berlins gefährdeten. Die geplante Truppenreduzierung und die Etablierung einer Kommission der Siegermächte zur Beendigung von „Subversion und Spionage“ hätten die Schließung des RIAS,⁷⁵⁸ eine Einschränkung des politischen Engagements wie der Pressearbeit bedeutet. Im Juli war die westliche Seite bereit, ostdeutschen Kräften die Kontrolle der Zufahrtswege zu gestatten, sofern freier Zugang zugesichert wurde. Das Entgegenkommen gegenüber den russischen Vorstellungen war

⁷⁵⁰ Eisenmann 70 ff.

⁷⁵¹ Mahncke, S. 48.

⁷⁵² Herzfeld, S. 442 f.

⁷⁵³ Wolfrum: Die geglückte Demokratie, Bonn 2007, S. 193.

⁷⁵⁴ Gromyko, Andrei Andrejewitsch (*18.7.1909, gest. 2.7.1989) diente 1943-46 als sowjetischer Botschafter in Washington. Danach vertrat er sein Land im Sicherheitsrat der UNO und in der Botschaft in London. 1957-85 war er Außenminister der UdSSR. Zu den weiteren hohen Ämtern, die Gromyko in den 80er Jahren innehatte, gehörte die Mitgliedschaft im Politbüro und der Vorsitz im Präsidium des Obersten Sowjet.

⁷⁵⁵ Herzfeld, S. 440 ff.

⁷⁵⁶ Isaacs/Downing, S. 170.

⁷⁵⁷ Lappenküper, S. 16.

⁷⁵⁸ Abkürzung für: Radio im amerikanischen Sektor

also weitgehend. Nun verlangte Gromyko einen zusätzlichen Truppenabzug, so dass das westliche Kontingent lediglich symbolischen Wert hatte. Zu diesem Zeitpunkt besuchte Herter West-Berlin. Der dortige US-Kommandeur Major General Hamlett stellte klar, dass ein derart schwaches Kontingent nicht ausreichte, um auch nur eine Handstreich-Aktion abzuwehren. Um diese Erkenntnis bereichert, nahm Herter das Angebot der Truppenreduzierung zurück. Die Konferenz wurde dann ergebnislos abgebrochen, weil Gromyko für diese Lösung eine nur fünfjährige Gültigkeit wünschte. Das Ziel, die westliche Präsenz nur noch vorübergehend zu dulden, trat zu deutlich zu Tage. Chruschtschow glaubte zudem aufgrund einer Einladung der US-Regierung, in direkten Unterredungen günstigere Möglichkeiten zur Verwirklichung seiner Ziele zu erhalten.⁷⁵⁹ Die Gespräche wurden dann auf den Mai des folgenden Jahres verschoben.⁷⁶⁰ Chruschtschows aufsehenerregender Besuch in den Vereinigten Staaten im September 1959 galt als Geste der Verständigungsbereitschaft.⁷⁶¹ Der mächtige Gast interessierte die amerikanischen Massen sehr; einige seiner Auftritte wurden im Fernsehen übertragen. Die Reise vermittelte vielen Beobachtern den Eindruck, friedliche Koexistenz sei möglich. Auf Camp David, dem Landsitz des Präsidenten, kam es zu Gesprächen der Spitzenpolitiker.⁷⁶² Der energiegeladene Chruschtschow traf auf seinen alternden Gegenspieler, der ohne seinen vertrauten Außenminister unsicher war.⁷⁶³ Themen waren die Berlin-Problematik und Abrüstungsfragen. Auch wenn die Unterredung zu keiner Lösung führte, sah es aus, als ob eine zu großen Hoffnungen berechtigende neue Phase der Entspannung beginnen würde.⁷⁶⁴ Die beiden Staatsmänner vereinbarten ein Gipfeltreffen und neue Verhandlungen zur Berlin-Problematik, da Chruschtschow nicht mehr auf dem Druck eines Ultimatums bestand. Bei einem Fernsehauftritt erklärte er allerdings, dass ihm an der Vereinigung der deutschen Staaten nicht mehr gelegen sei, sondern dass er durch die Konsolidierung des ostdeutschen Staats die Teilung dauerhaft machen wollte.⁷⁶⁵ Der sowjetische Führer reiste mit der Aussicht auf ein Spitzentreffen im Frühjahr 1960 in der Vorstellung ab, dass Konsens möglich war. Der ihm entgegengebrachte Respekt gefiel Chruschtschow und steigerte sein Selbstbewusstsein.⁷⁶⁶ Die nächste Reise führte ihn nach China. Dort gab es allerdings Meinungsunterschiede mit dem chinesischen Führer Mao Tse-tung.⁷⁶⁷ Aus

⁷⁵⁹ Herzfeld, S. 444 f.

⁷⁶⁰ Eisenmann, S. 70 ff.

⁷⁶¹ Bracher: Die Krise Europas 1917-1975, S. 363 f.

⁷⁶² Isaacs/Downing, S. 171 f.

⁷⁶³ Eisenmann, S. 75.

⁷⁶⁴ Bracher: Die Krise Europas 1917-1975, S. 363 f.

⁷⁶⁵ Herzfeld, S. 446 f.

⁷⁶⁶ Isaacs/Downing, S. 171 f.

⁷⁶⁷ Mao Tse-tung (*26.12.1893, gest. 9.9.1976) gehörte 1921 zu den Gründern der chinesischen KP, deren Vorsitz er seit 1935 innehatte. Er organisierte eine kommunistische Armee, die im Bürgerkrieg gegen Tschiang Kai-schek die Oberhand gewann und das Festland unter Kontrolle brachte. 1949-59 führte er die

dessen Sicht ließ Chruschtschow es an der gebotenen ideologischen Konsequenz und an der Distanz zum Klassenfeind fehlen. Chruschtschow befremdete wiederum nicht wenig, dass die Pekinger Genossen ihm weniger Hochachtung entgegenbrachten als das Weiße Haus. Da kein Konsens zu erzielen war, verließ der aufgebrachte sowjetische Premier das Land. China spielte in der folgenden Zeit eine wichtige Rolle.⁷⁶⁸ Die über ein beachtliches Potential verfügende Volksrepublik stellte für die UdSSR einen Rivalen im Anspruch auf die Führungsrolle im Weltkommunismus dar. Die politisch und ideologisch begründeten Spannungen nahmen in der folgenden Zeit noch zu. Schon wegen dieser sich abzeichnenden neuen Entwicklung war es für die russische Regierung ratsam, gegenüber dem Westen milder aufzutreten.⁷⁶⁹ Andererseits gebot die Verteidigung des Anspruchs den richtigen Weg zur Weltrevolution zu gehen auch die Notwendigkeit, Erfolge über die kapitalistischen Länder zu erringen.⁷⁷⁰ Auf dem europäischen Schauplatz übte die östliche Seite wieder auf lokaler Ebene Druck auf Berlin aus. Auch wegen des Einflusses des deutschen Bundeskanzlers kamen die Westmächte überein, die in Genf von ihnen gemachte Offerte zurückzuziehen. Am 4. Februar 1960 erfolgte die prompte Reaktion der Mächte des Warschauer Pakts. Es hieß, das westliche Spielen auf Zeit würde den Abschluss eines eigenen Friedensvertrags mit der ostdeutschen Republik zur Folge haben. Die Situation war also vor dem in Paris geplanten Gipfeltreffen wiederum angespannt. Die amerikanische Regierung erklärte im März die Bereitschaft, grundlegende Rechte in Berlin zu verteidigen und auch die Bevölkerung nicht preiszugeben. Daraufhin drohte Chruschtschow, bei einem Fehlschlag der bevorstehenden Konferenz die westliche Truppenpräsenz nach seinen Vorstellungen zu beenden. Am 1. Mai 1960 schoss die sowjetische Luftabwehr ein US-Spionageflugzeug auf dem eigenen Territorium ab; Chruschtschow verlangte eine Entschuldigung seitens des amerikanischen Präsidenten. Eisenhower begründete diese Vorgehensweise.⁷⁷¹ Die Kremlführung wusste allerdings seit längerem von diesen Flügen. Das spricht dafür, dass es sich um einen Vorwand handelte, um die Berlin-Problematik vorläufig auf Eis zu legen.⁷⁷² Ein Zeitgewinn bis zu den US-Präsidentschaftswahlen versprach Vorteile, weil der Oppositionsführer die enge Bindung der Regierung zum deutschen Kanzler nicht teilte.⁷⁷³ In öffentlichen Stellungnahmen polterte der sowjetische Staatsführer und beendete die vorige kurze

Volksrepublik. Auch nach dem Rücktritt vom Amt des Staatspräsidenten blieb er Vorsitzender der Partei. Mit der Kulturrevolution 1965/66 versuchte er seine Stellung wieder zu verstärken. Mao Tse-tung war zudem führender chinesischer Theoretiker des Marxismus-Leninismus.

⁷⁶⁸ Isaacs/Downing, S. 172.

⁷⁶⁹ Bracher: Die Krise Europas 1917-1975, S. 335. f.

⁷⁷⁰ Junghanns, Heinrich: Die Kubakrise von 1962, Magisterarbeit, Hamburg 1989, S. 38 f.

⁷⁷¹ Herzfeld, S. 446 ff.

⁷⁷² Borowsky, S. 172.

⁷⁷³ Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 300.

Verständigungsbereitschaft abrupt. Das vorgesehene Gipfeltreffen und die Einladung Eisenhowers in die Sowjetunion sagte er ab. Er reagierte mit diesem Vorgehen auf innenpolitische Kritik. Mitursächlich waren auch die zunehmenden Spannungen mit China.⁷⁷⁴ Da im Herbst in den USA die Präsidentschaftswahl ins Haus stand, war Chruschtschow auch geneigt, den Friedensschluss mit Ost-Berlin zu verzögern. Im Mai gab er sich bei einem Auftritt in Leipzig als Realist, der keine abenteuerliche Politik betreibe. Anlässlich einer Sitzung der Vereinten Nationen in New York im Oktober beeindruckte er das Publikum hingegen mit tumultarischen Szenen. Er zeigte sich aber gleichwohl einverstanden, an einem neuen Treffen über die Deutschlandproblematik teilzunehmen. Seit dem Herbst 1960 setzte eine Ruhephase von einem halben Jahr ein, in der die heikle Deutschland- und Berlin-Thematik nicht angerührt wurde.⁷⁷⁵ In diesem Jahr erfolgte übrigens in der Bundesrepublik die von Herbert Wehner⁷⁷⁶ herbeigeführte Kursänderung der SPD, die von nun an angesichts der Lage die Westintegration akzeptierte und sie für wichtiger hielt als Pläne über Neutralität oder kollektive Sicherheit zur Einheit zu gelangen. Die Westintegration galt der Partei nicht mehr als in Verhandlungen mit der östlichen Seite anzubietender Preis sondern als fundamental.⁷⁷⁷ Ende des Jahres 1960 sah Chruschtschow sein atomares Potential noch nicht als ausreichend an; folglich lehnte er Ulbrichts Pläne Berlin abzuriegeln ab. Er hielt es für besser sich Zeit zu lassen.⁷⁷⁸ Schon wegen des schwierigen Verhältnisses zu China schien es für die Sowjetregierung ratsam, das Gespräch mit Washington wieder aufzunehmen. Eine gute Chance bestand im aufgrund der Wahl bevorstehenden Austausch des dortigen politischen Führungspersonals. Chruschtschow favorisierte den demokratischen Kandidaten; er erwartete von diesem die Aufgabe der bestehenden Position.⁷⁷⁹ Vom Wahlsieg Kennedys⁷⁸⁰ erhoffte er sich die Chance, aus der verfahrenen Situation heraus zu kommen.⁷⁸¹ Für die Dauer des Wahlkampfes ließ der Kreml die Auseinandersetzung um

⁷⁷⁴ Bracher: Die Krise Europas 1917-1975, S. 365.

⁷⁷⁵ Herzfeld, S. 448 f.

⁷⁷⁶ Wehner, Herbert (*11.7.1906, gest. 19.1.1990) trat 1927 in die KPD ein und zählte später zu den Mitarbeitern Thälmanns. Seit 1937 arbeitete er in Moskau für die Komintern. Wehner brach mit dem Kommunismus, kam 1946 in die Heimat zurück und wurde Mitglied der SPD. Er gehörte dem Bundestag an und fungierte langjährig als stellvertretender Bundesvorsitzender der Partei. Von 1966 bis 1969 leitete Wehner das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen; 1969-83 fungierte er als Vorsitzender der Bundestagsfraktion. Er galt als strategischer Denker und setzte sich für die Wandlung zur linken Volkspartei ein. Zu seinen Leistungen zählten die Bildung der großen Koalition 1966-69 und die Unterstützung der neuen Deutschlandpolitik der sozialliberalen Regierung.

⁷⁷⁷ Wolfrum: Die geglückte Demokratie, Bonn 2007, S. 194 f.

⁷⁷⁸ Uhl/Wagner, S. 22.

⁷⁷⁹ Bracher: Die Krise Europas 1917-1975, S. 365.

⁷⁸⁰ Kennedy, John Fitzgerald (*29.5.1917, ermordet am 22.11.1963) war im Zweiten Weltkrieg als Soldat bei der Marine im Einsatz. Nach seiner Tätigkeit als Abgeordneter der Demokraten im Repräsentantenhaus wurde er 1953-60 Senator von Massachusetts. Seit Januar 1961 diente er den USA als Präsident; innenpolitisch setzte er sich gegen Rassendiskriminierung und die Rezession ein.

⁷⁸¹ Bracher: Die Krise Europas 1917-1975, S. 335.

Berlin ruhen und registrierte lediglich das Geschehen in der gegnerischen Weltmacht. Die Kontrahenten Kennedy und Nixon⁷⁸² ließen bereits intern während der Endphase des Wahlkampfes Lösungsvorschläge für die Berlin- und Deutschlandproblematik erstellen. Am 8. November 1960 wurde Kennedy zum Präsidenten gewählt.⁷⁸³ Die Festlegung der innen- und außenpolitischen Programme sowie Fragen von Raumfahrt und Verteidigung nahmen den frischgebackenen Amtsinhaber zunächst in Anspruch. Anfänglich glaubte er sich in der weltpolitisch schwächeren Position. Doch wurde seinem Verteidigungsminister McNamara bald klar, dass der Gegner nicht zu einem wirkungsvollen interkontinentalen Schlag fähig war. Diese Einschätzung wurde gewiss auch in Moskau registriert. Die russische Vorgehensweise mit Raumfahrterfolgen und verbalen Kraftakten den Eindruck von Überlegenheit hervorzurufen, verlor an Glaubwürdigkeit.⁷⁸⁴ Der neue Mann im Weißen Haus erhielt Zeit, sich mit der Materie vertraut zu machen. In der folgenden Phase arbeiteten alle Seiten daran, eine diplomatische Lösung zu eröffnen.⁷⁸⁵ Es wurde ein geheimer Kommunikationskanal für die beiden Regierungschefs geschaffen, von dem die jeweiligen Außenministerien nichts wussten.⁷⁸⁶ Am neuen Gegenspieler konnte Chruschtschow seine taktische Gewandtheit erproben. Es sollte rasch zum Höhepunkt der Auseinandersetzung kommen.⁷⁸⁷ Kennedy hatte den Ehrgeiz, sich außenpolitisch Lorbeeren zu erwerben. Er versammelte einen Stab von außenpolitischen Beratern.⁷⁸⁸ Als schwerer Fehler dieser Experten erwies sich das gescheiterte Landungsmanöver von Exilkubanern auf Kuba im April 1961.⁷⁸⁹ Der Präsident musste erkennen, dass seine Ratgeber allein nicht ausreichten und die Zusammenarbeit mit den etablierten Institutionen notwendig blieb.⁷⁹⁰ Außenminister Dean Rusk⁷⁹¹ spielte bei der Meinungsbildung des Staatsoberhauptes keine wesentliche Rolle.⁷⁹² Kennedy hatte bereits 1957 öffentlich die Zeit des deutschen Bundeskanzlers für beendet erklärt und an der Außenpolitik seines Landes die Fixierung auf diese Person bemängelt. Er wollte die existierenden politischen Konzepte

⁷⁸² Nixon, Richard Milhous (*9.1.1913, gest. 22.4.1994) war von 1953-61 Vizepräsident der USA. Nach seiner Niederlage gegen Kennedy wurde er dann 1969 zum Präsidenten gewählt. Nixon schloss 1973 ein Waffenstillstandsabkommen in Vietnam. Innenpolitisch blieben die Rassenprobleme ungelöst. Um einer Entlassung wegen der Watergate-Affäre zuvorzukommen, trat er 1974 zurück.

⁷⁸³ Arenth, S. 77 ff.

⁷⁸⁴ Biermann, Harald: John F. Kennedy und der Kalte Krieg. Die Außenpolitik der USA und die Grenzen der Glaubwürdigkeit, Bonn, Paderborn, München, Wien, Zürich 1997, S. 63 ff und S. 73 f.

⁷⁸⁵ Schwarz, Hans-Peter: Berlinkrise und Mauerbau, in: Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Berlinkrise und Mauerbau, (Rhöndorfer Gespräche, Bd. 6), Bonn 1985, S. 14.

⁷⁸⁶ Jochum, Michael: Eisenhower und Chruschtschow. Gipfeldiplomatie im Kalten Krieg 1955-1960, Paderborn, München, Wien, Zürich 1996, S. 201.

⁷⁸⁷ Herzfeld, S. 448 f.

⁷⁸⁸ Arenth, S. 77 ff.

⁷⁸⁹ Darauf wird auf S. 129 noch eingegangen werden.

⁷⁹⁰ Arenth., S. 82 ff.

⁷⁹¹ Rusk, Dean (*9.2.1909, gest. 20.12.1994) war 1947-52 im Kriegs- und Außenministerium tätig. Zu seinen Aufgaben gehörte die maßgebliche Arbeit an der UN-Intervention im Korea-Krieg und am Friedensschluß mit Japan. 1961-69 fungierte Rusk als Außenminister der USA.

⁷⁹² Arenth, S. 77 ff.

überprüfen. Von einer Position der Stärke aus sollte dem Gegner die Sinnlosigkeit eines ausgreifenden Vorgehens und damit die Notwendigkeit einer Deeskalation vor Augen geführt werden. Wo die Einflussphären – wie in Europa – klar aufgeteilt waren, bot sich Entspannung an, um die Verhältnisse zu festigen. Die nun die Washingtoner Politik bestimmende neue Generation nahm in geringerem Maße als die frühere US-Administration Rücksicht auf Bonner Befindlichkeiten.⁷⁹³ Der Bundeskanzler war Kennedy gegenüber ausgesprochen skeptisch.⁷⁹⁴ Der Altersunterschied vermittelte dem jungen Präsidenten den Eindruck, der Kanzler gehöre einer anderen Epoche an. Kennedy ging davon aus, dass die deutsche Einheit auf längere Zeit nicht zu erreichen war. Für Bonn bestand der Makel darin, dass der neue Präsident nicht vom begründeten Rechtsanspruch des deutschen Volkes auf Wiedervereinigung sprach. Für die vorige US-Administration war dies zumindest noch in öffentlichen Kundgebungen das Hauptanliegen der Europapolitik gewesen. Die in den Pariser Verträgen 1954 festgelegte westliche Unterstützung der Vereinigung blieb zwar offiziell bestehen. Doch Kennedy, der dafür keine baldige Lösungsmöglichkeit sah, legte keinen Wert auf die Thematisierung rein theoretischer Fragen, die einem Entgegenkommen der UdSSR in anderen Anliegen abträglich sein konnte. Die Auseinandersetzung um Berlin hingegen interessierte ihn sehr, weil es sich um eine aktuelle Herausforderung handelte. Die Kontinuität mit der vorigen Regierung bestand sowohl in der Offenheit für Gespräche als auch in der Bereitschaft, alle zu Gebote stehenden Mittel einzusetzen.⁷⁹⁵ Während der ersten Monate der Amtszeit des neuen Präsidenten spielte der vom Pentagon unterstützte Dean Acheson⁷⁹⁶ eine herausragende Rolle in der amerikanischen Berlin-Politik. Er arbeitete an politischen und militärischen Konzepten. General Norstad koordinierte unabhängig davon die Pläne der USA, Großbritanniens und Frankreichs für den Eventualfall. Der einer Verhandlungslösung zuneigende Acheson war sich mit dem Bundeskanzler darüber einig, dass eine mögliche Übereinkunft mit der östlichen Seite nicht das Ende der westlichen Allianz und die Abkehr der Bundesrepublik vom Westen zur Folge haben dürfe.⁷⁹⁷ Mittlerweile verabschiedeten sich die USA von der Militärdoktrin der „massive retaliation“ und wandten sich der „flexible response“ zu. Auch dieses Konzept sah als letztes Mittel Atomwaffen vor; doch stand hier die bewegliche Reaktion auf die jeweilige

⁷⁹³ Stütze, Walther: Kennedy und Adenauer in der Berlin-Krise 1961-1962, (Schriften des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 96), Bonn 1973, S. 19 ff.

⁷⁹⁴ Conze, Eckart: Die gaullistische Herausforderung. Die deutsch-französischen Beziehungen in der amerikanischen Europa-Politik 1958-63, München 1995, S. 180 f.

⁷⁹⁵ Stütze, S. 21 ff.

⁷⁹⁶ Acheson, Dean (*11.4.1893, gest. 12.10.1971) gehörte der Demokratischen Partei an und war seit 1941 im State Department tätig. Hier befasste er sich mit dem Aufbau des Lend-Lease-Systems. Von 1949-53 war Acheson Außenminister der USA.

⁷⁹⁷ Schwarz: Berlinkrise und Mauerbau, S. 15.

Herausforderung im Mittelpunkt.⁷⁹⁸ Die konventionellen Streitkräfte in Europa sollten in die Lage versetzt werden, einen gegnerischen Ansturm zumindest zeitweilig zum Stehen zu bringen, um nicht sofort Atomwaffen einsetzen zu müssen.⁷⁹⁹ Die Bündnispartner in Europa dienten demnach als konventioneller Schutzschild, was Frankreich allerdings nicht akzeptieren wollte.⁸⁰⁰ Die USA wünschten so Zeit für die Entscheidung zu gewinnen.⁸⁰¹ Die Änderung der Strategie wurde übrigens von der Bundesregierung als Beleg des Sinkens der Verteidigungsbereitschaft der Schutzmacht gedeutet; der Schulteranschlag des Kanzlers mit dem französischen Präsidenten rührt auch hierher.⁸⁰² Der Einsatz der taktischen Atomwaffen mit geringer Reichweite wurde ebenfalls überdacht. Wegen der Stärke der konventionellen Rüstung der Roten Armee stand das Konzept der atomaren Verteidigung der NATO hingegen nicht zur Disposition.⁸⁰³ Die amerikanischen Planungen für eine Antwort auf eine erneute Blockade Berlins umfaßten weltweite Maßnahmen zur Behinderung des Gegners wie die Abriegelung von Meerengen gegenüber Schiffen, ein Handelsembargo, die Schließung diplomatischer Vertretungen und Truppenverlegungen nach Europa. Die Pläne sahen vor, in der Krisenregion mit Fahrten von Kolonnen auf den Transitstrecken die Situation auszuloten. Als letztes Mittel war der Einsatz nuklearer Waffen gedacht.⁸⁰⁴ Wenige Monate nach der Regierungsübernahme trafen sich Chruschtschow und Kennedy in Wien. Kurz vorher war es den Sowjets gelungen, Gagarin⁸⁰⁵ als ersten Menschen in den Weltraum zu bringen.⁸⁰⁶ Das erste vornehmlich dem Kennenlernen dienende Treffen der Staatsmänner fand am 4. Juni 1961 statt.⁸⁰⁷ Der sowjetische Staatsführer gab sich kriegerisch und übergab seinem Kontrahenten ein das Ultimatum erneuerndes Memorandum. Er drohte mit dem Separatfriedensvertrag und damit, der DDR die Aufsicht über die Berliner Versorgungslinien anzuvertrauen. Eine vorläufige Lösung sollte den Weg freimachen für die künftige Position der Westsektoren.⁸⁰⁸ Chruschtschow beharrte auf der schon im November 1958 gemachten Forderung nach der Umgestaltung in eine der Neutralität verpflichtete besondere politische Einheit, in der nur für eine Übergangszeit eine schwache westliche Garnison sich aufhalten durfte. Er bestand auf einer Fristsetzung, auf die er ja in Camp David gegenüber Kennedys

⁷⁹⁸ Wetzlaugk, S. 68.

⁷⁹⁹ Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 76 f.

⁸⁰⁰ Steininger, Rolf: Deutsche Geschichte, (Darstellung und Dokumente in vier Bänden, Bd. 3), Frankfurt/Main 2002, S. 56.

⁸⁰¹ Wetzlaugk, S. 68 ff.

⁸⁰² Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 300.

⁸⁰³ Schwarz: Berlinkrise und Mauerbau, S. 16,

⁸⁰⁴ Wetzlaugk, S. 69 ff.

⁸⁰⁵ Gagarin, Juri Alexejewitsch (*9.3.1934, gest. 27.3.1968) umkreiste am 12.4.1961 als erster Mensch die Erde in einem „Wostok“ Raumfahrzeug.

⁸⁰⁶ Isaacs/Downing, S. 172 f.

⁸⁰⁷ Herzfeld, S. 449 ff.

⁸⁰⁸ Schwarz: Berlinkrise und Mauerbau, S. 17 ff.

Amtsvorgänger verzichtet hatte.⁸⁰⁹ Kennedy machte deutlich, dass die Sicherheit der USA nicht von der Berlins zu trennen war. Der impulsive Chruschtschow drohte darauf mit Atomkrieg, was Kennedy schockierte.⁸¹⁰ Dieser hielt es für „idiotisch“ wegen eines Vertrags, der Berlin als Hauptstadt einer geeinten Nation vorsah, das Risiko eines atomaren Kriegs zu tragen, zumal er davon ausging, dass dieses Land nicht mehr vereint werden würde.⁸¹¹ Doch scheiterte der Versuch Chruschtschows, den weniger erfahrenen Gegenspieler zum Nachgeben zu bewegen. Für Kennedy war das Kennenlernen aufschlussreich. Er hielt es für geboten, das aufgrund des Debakels in der Schweinebucht auf Kuba beeinträchtigte Vertrauen in die Stärke seiner Regierung wieder herzustellen.⁸¹² Mit umfassender Rüstung und Mobilisierung wollte Washington den Gegner vor weiteren Schritten abhalten.⁸¹³ Die US-Administration sorgte sich, weil sie glaubte, Chruschtschow unterschätze den Prestigewert Berlins für das Weiße Haus; aus dieser Fehleinschätzung heraus könnte sich ein von Moskau nicht gewollter Krieg entwickeln.⁸¹⁴ Zentral in Kennedys Erwägungen war die Frage der Glaubwürdigkeit. Im Falle eines Nachgebens war der Abfall nicht nur Bonns, sondern auch der übrigen NATO-Partner zu befürchten. Kennedys Albtraum war die Erosion des gesamten Allianzsystems, an dessen Ende die USA isoliert dastehen könnten. Unter dem Druck der als real eingeschätzten Kriegsgefahr war der Präsident einverstanden, den deutschen Krisenherd durch die Neugestaltung der amerikanischen Position zu entschärfen.⁸¹⁵ Im Juli machte Chruschtschow weitere Vorschläge für die Gestaltung der Zukunft der umstrittenen Stadt. Einer Initiative Ulbrichts war zu entnehmen, dass in einer künftigen „Freien Stadt“ der Flughafen Tempelhof sowie die Unterkünfte für Flüchtlinge geschlossen werden würden. Die östliche Seite reduzierte ihre Forderungen also keineswegs.⁸¹⁶ Chruschtschow war nun auf einer Zusammenkunft des Warschauer Pakts einverstanden, die Abriegelung Berlins zu diskutieren. Es bestand die Gefahr, dass das SED-Regime selbständig vorging. Da keine andere Lösung gefunden wurde, der Destabilisierung der DDR Herr zu werden, setzte sich letztlich das deutsche Konzept gegenüber russischen Vorstellungen, die die Erhaltung der bestehenden Verhältnisse vorsahen, durch.⁸¹⁷ Die USA reagierten auf das sowjetische Memorandum vom 4. Juni offiziell erst am 17. Juli. Die Führungsmacht beharrte auf ihrem Recht in

⁸⁰⁹ Herzfeld, S. 450 f.

⁸¹⁰ Isaacs/Downing, S. 172 f.

⁸¹¹ Steininger: Deutsche Geschichte, S. 72.

⁸¹² Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 120 f.

⁸¹³ Wettig: Der Stillstand im Ringen um Berlin, in Filippovych/Uhl: Vor dem Abgrund, S. 2.

⁸¹⁴ Steininger: Deutsche Geschichte, S. 57.

⁸¹⁵ Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 156 f.

⁸¹⁶ Herzfeld, S. 450 f.

⁸¹⁷ Uhl/Wagner, S. 19.

Berlin zu bleiben, bekundete aber Interesse an Gesprächen.⁸¹⁸ Die Entwicklung machte dem Westen noch einmal deutlich, dass die Verstärkung des konventionellen Militärpotentials und die Geschlossenheit des eigenen Lagers als Voraussetzungen für die anstehenden Gespräche mit Moskau notwendig waren. Washington intensivierte die Krisenplanung weiter. Hier gab es im Wesentlichen zwei Gruppen: Die von Dean Acheson vertretenen „Falken“ setzten sich für massive Aufrüstung und Ausrufung des Notstands ein. Diese Gruppe hielt die Entsendung von Truppen nach Deutschland für adäquat. Im Fall der Abschnürung der Stadt sollten US-Bodentruppen einen Vorstoß auf den Zufahrtswegen unternehmen. Acheson lehnte Gespräche mit der Sowjetregierung zu diesem frühen Zeitpunkt ab. Einen gegensätzlichen Standpunkt nahmen die „Tauben“ ein, zu denen auch Dean Rusk, Averell Harriman⁸¹⁹ und der Moskauer Botschafter Thompson gehörten. Sie hielten die Konsolidierung der DDR für das gegnerische Ziel und werteten die Position der „Falken“ als nicht zu verantworten. Der Präsident war unsicher und wandte sich seit Mitte Juli den „Tauben“ zu. Jedenfalls bereitete Washington sich auf Gespräche vor. Zur Konzession standen – jedenfalls intern – die Akzeptanz des ostdeutschen Regimes, der Oder-Neiße-Grenze und ein neuer Status für die Westsektoren. Der Präsident war sich mit der britischen Regierung einig, frühzeitig Gespräche mit der sowjetischen Führung aufzunehmen.⁸²⁰ Der britische Premierminister Macmillan zählte übrigens nicht gerade zu den Vertretern einer kompromisslosen Berlin-Politik und hegte für die Deutschen nicht viele Sympathien.⁸²¹ Kennedy entschied sich für ein zweigleisiges Vorgehen: Neben der Gesprächsbereitschaft bekräftigte er die eigene Entschlossenheit und Stärke. Um die leidige Berlin-Problematik zu lösen, war er geneigt, die Deutschlandpolitik auch im Wesentlichen neu zu gestalten. Die Aufrüstung auch im konventionellen Bereich sollte die Drohkulisse verstärken.⁸²² Der kombinierte Ansatz von Verteidigung und Gesprächsbereitschaft diente auch dazu, die westliche Allianz zu erhalten.⁸²³ Wohl durch Churchills Reden aus dem Zweiten Weltkrieg angeregt wandte sich der Präsident an die Nation.⁸²⁴ Er bekräftigte in dieser Rede pathetisch, den Verpflichtungen in den Westsektoren nachzukommen und Berlin zu halten. Außerdem gab er Verteidigungsvorkehrungen, Truppenverstärkungen und die Erhöhung des Verteidigungsbudgets

⁸¹⁸ Speier, Hans: Eine Analyse der Berlin-Krise von 1958 bis heute, Köln, Berlin 1961, S. 122 ff.

⁸¹⁹ Harriman, William Averell (*15.11.1891, gest. 26.7.1986) diente 1941-43 als amerikanischer Beauftragter für das Lend-Lease-System mit Großbritannien und der UdSSR. Danach fungierte er als Botschafter in Moskau und London. Zu Harrimans Aufgaben nach 1946 zählten die Tätigkeit als Handelsminister und als Sonderbeauftragter für den Marshallplan. Unter Kennedy wurde er Sonderbotschafter; 1968/69 führte er die Delegation seines Landes bei der Pariser Vietnamkonferenz.

⁸²⁰ Schwarz: Berlinkrise und Mauerbau, S. 17.

⁸²¹ Wolfrum: Die Mauer, S. 42.

⁸²² Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 129 und S. 148.

⁸²³ Conze, S. 207.

⁸²⁴ Nolte, Ernst: Deutschland und der Kalte Krieg, München, Zürich 1974, S. 481.

bekannt. Der Bevölkerung wurde deutlich gemacht, dass auch das Leben in der Heimat von der Auseinandersetzung jenseits des Atlantiks berührt wurde.⁸²⁵ Kennedy verband die Sicherheit West-Berlins unmittelbar mit der Freiheit der westlichen Welt und betonte seine Bereitschaft, die „three essentials“, zu denen das Zugangsrecht, die Truppenpräsenz und die Überlebensfähigkeit des Gemeinwesens zählten, zu verteidigen. Daneben gab er Gesprächsbereitschaft zu verstehen.⁸²⁶ Da er Ost-Berlin nicht erwähnte, war zu folgern, dass die USA nicht handeln würden, falls die Sowjets auf dem Gebiet ihres Sektors tätig würden.⁸²⁷ Eigentlich beachtenswert an dieser den Beifall der amerikanischen Öffentlichkeit erhaltenden Rede war, dass der nationale Notstand nicht ausgerufen wurde und auch keine Steuererhöhungen angekündigt wurden. Die geplante Entsendung von zusätzlichen Truppen nach Deutschland und das Anlaufen des Bunkerbauprogramms in den USA wurden hingegen nicht publik gemacht.⁸²⁸ Der Unterschied in der amerikanischen Antwort im Vergleich zum Jahr 1959 bestand weniger in der Argumentation als in den Maßnahmen, die der Politik Nachdruck verliehen.⁸²⁹ Der Präsident konnte sich jedoch nicht wirklich mit der offiziellen Linie zur deutschen Einheit identifizieren. Intern nannte er es mehrmals „idiotisch, das Leben von einer Million Amerikanern aufs Spiel zu setzen für das Recht, eine Autobahn zu benutzen ... oder weil die Deutschen Deutschland wiedervereinigt haben wollen.“ Das Risiko trug er vielmehr, um gegenüber dem Gegner nicht als Schwächling dazustehen.⁸³⁰ Beim deutschen Publikum entstand jedenfalls der Eindruck, dass die US-Regierung in den Kernpunkten unnachgiebig bleibe. Tatsächlich war das Weiße Haus jedoch darauf aus, schnell mit dem Gegner ins Gespräch zu kommen. Die Reaktionen in Paris und London auf die öffentlich demonstrierte Standhaftigkeit des transatlantischen Verbündeten fielen eher verhalten aus.⁸³¹ In Moskau hingegen war die Führung durchaus von den Ausführungen Kennedys beeindruckt. Der Gegner schien tatsächlich willens zu sein, für die „three essentials“ den Atomkrieg zu riskieren.⁸³² Beim vom 5. bis 7. Juli in Paris stattfindenden Treffen der westlichen Außenminister bearbeiteten die Vertreter der angelsächsischen Mächte die Deutschen, um die Zustimmung für Gespräche mit dem Osten zu erhalten. Lediglich die französische Delegation widersetzte sich diesen Plänen, da sie davon ausging, dass die Sowjetregierung die frühe Bekundung von Gesprächsbereitschaft als Beleg für die

⁸²⁵ Speier, S. 127 f.

⁸²⁶ Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 130 f.

⁸²⁷ Borowsky, S. 174.

⁸²⁸ Schwarz: Berlinkrise und Mauerbau, S. 17ff.

⁸²⁹ Speier, S. 126.

⁸³⁰ Jochum, S. 203 f.

⁸³¹ Schwarz: Berlinkrise und Mauerbau, S. 19.

⁸³² Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 132.

Bereitschaft Berlin aufzugeben werten würde. Deshalb unterblieb die westliche Offerte.⁸³³ In den Diskussionen der Ratgeber Kennedys verlor die deutsche Einheit als Anliegen immer mehr an Stellenwert.⁸³⁴ Sie erwogen auch einen Kompromiss zu Lasten des deutschen Verbündeten. Schließlich gingen die Bemühungen dahin, mit Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik eine konsensfähige Haltung zu erzielen, während gleichzeitig mit der Sowjetregierung Sondierungsgespräche geführt wurden. Die Hegemonialmacht ließ die widerstrebende Bundesregierung wissen, dass eine kriegerische Auseinandersetzung um ihr Land Millionen Amerikaner das Leben kosten würde. Doch zeigte sich die US-Administration auch bemüht, eine für den deutschen Partner akzeptable Lösung zu finden. Der Kanzler schwankte zwischen Verweigerung und der Bereitschaft auf Gespräche einzugehen. Seine Regierung erwartete beispielsweise in den Contingency-Plänen von der Führungsmacht ein entschiedenes Vorgehen; hielt sich aber selbst sehr bedeckt in der Frage, ob deutsches Militär an einem Vorstoß bei einer möglichen Verkehrsabschnürung Berlins auf dem Territorium der DDR teilnehmen sollte.⁸³⁵ Zum Konsens der Siegermächte zählten die Akzeptanz der Oder-Neiße-Grenze und die Einschätzung, dass die Einheit erst in weiter Zukunft zu erreichen sei. Gespräche über diese Dinge schienen daher ein probates Mittel zu sein, um die umstrittene Stadt zu entlasten. Allerdings hatten die Westmächte auf ihren Verbündeten Rücksicht zu nehmen. Die angelsächsischen Mächte versuchten während der über Jahre schwelenden Krise, die westdeutsche Regierung dazu zu bewegen, die Ostgrenze offiziell anzuerkennen und diplomatische Beziehungen mit Ost-Berlin aufzunehmen. Der Kanzler lehnte dieses Ansinnen ab, zumal die Alliierten im Deutschlandvertrag wenige Jahre zuvor ihre Unterstützung für die Einheit versprochen hatten. Der US-Administration missfiel der Starrsinn des Bundesgenossen. Washington sah sich in eine unnötige Gefahr gebracht. Für die Haltung der Bundesregierung, die DDR nicht zu beachten und die Ostgrenze nicht hinzunehmen, wollte der amerikanische Präsident das Risiko des Atomkriegs nicht eingehen.⁸³⁶ Chruschtschow legte es indessen darauf an, mit einer Reihe von Drohungen und Warnungen die Kriegsfurcht im gegnerischen Lager zu steigern, um das Risiko einer realen Auseinandersetzung zu verringern. Detailliert malte er Schreckensszenarien eines durch westliche Unnachgiebigkeit verursachten Atomkriegs aus. Ergänzend sicherte er zu, dass es möglich sein werde, am Verhandlungstisch eine friedliche Lösung zu finden.⁸³⁷ Einen bemannten sowjetischen Weltraumflug wertete Chruschtschow öffentlich als Beweis

⁸³³ Schwarz: Berlinkrise und Mauerbau, S. 22.

⁸³⁴ Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 134.

⁸³⁵ Schwarz: Berlinkrise und Mauerbau, S. 14 f.

⁸³⁶ Bender, 82 ff.

⁸³⁷ Speier, S. 133 ff.

der eigenen Fähigkeit, Raketen mit enormer Zerstörungskraft zu entwickeln.⁸³⁸ Für das östliche Vorgehen sprach, dass zu diesem Zeitpunkt feststand, dass der Kommunismus in der Bundesrepublik chancenlos war und ein Ausscheren Bonns aus der NATO nicht zu erwarten war.⁸³⁹ Die DDR verlor über die Fluchtmöglichkeit, die West-Berlin bot, viele beim Aufbau ihrer Wirtschaft benötigte Menschen.⁸⁴⁰ Es waren gerade junge, gut qualifizierte Kräfte.⁸⁴¹ Zudem stellte der Massenexodus das System bloß.⁸⁴² Ulbricht stellte die Gefahr der Destabilisierung des Regimes nun Moskau gegenüber in den Vordergrund. Chruschtschow, der die DDR-Wirtschaft nicht stützen konnte, hielt den Partner zunächst mit der Aussicht auf den Friedensvertrag bis zum Gipfeltreffen mit Kennedy hin. Noch im März 1961 waren die Regierungen der östlichen Allianz gegen die Spaltung Berlins mit Grenzbefestigungen. Ulbricht ließ sich indessen von der russischen Ablehnung nicht beirren und sorgte für die Fortentwicklung der Abriegelungspläne. Er vermochte es allmählich, Chruschtschows Widerstreben zu überwinden. Schon vor dem Spitzentreffen in Wien wusste also die sowjetische Regierung vom Vorhaben Ost-Berlins, die Grenze – auch gegen den Willen der Führungsmacht – zu sperren. Mitte Juni äußerte Ulbricht öffentlich, dass niemand die Absicht habe eine Mauer zu errichten.⁸⁴³ Bei der Pressekonferenz am 15. Juni beantwortete Ulbricht die Frage der für die „Frankfurter Rundschau“ tätigen Annemarie Doher, ob die Bildung einer Freien Stadt West-Berlin bedeute, dass die DDR ihre Staatsgrenze am Brandenburger Tor errichten werde, mit den Worten: „Ich verstehe Ihre Frage so, dass es in Westdeutschland Menschen gibt, die wünschen, dass wir die Bauarbeiter der Hauptstadt der DDR dazu mobilisieren, eine Mauer aufzurichten. Mir ist nicht bekannt, dass eine solche Absicht besteht. Die Bauarbeiter unserer Hauptstadt beschäftigen sich hauptsächlich mit Wohnungsbau, und ihre Arbeitskraft wird dafür voll eingesetzt. Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten.“⁸⁴⁴ Die Aussage lässt sich als Zeichen gegenüber den Sowjets deuten; nicht unzulässig erscheint auch die Folgerung, dass Ulbricht sich bereits mit der technischen Realisierung des Vorhabens befasste. Auch wenn die Vorarbeiten schon im Gang waren, sagte Ulbricht nicht unbedingt die Unwahrheit, weil seine Wunschlösungen ja die Aufsicht über die Verbindungslinien war, die der mächtige Verbündete nicht zugestand.⁸⁴⁵ Dies hätte letztlich die Übernahme der ganzen Stadt in den kommunistischen Herrschaftsbereich

⁸³⁸ Slusser, Robert M.: *The Berlin Crisis of 1961. Soviet-American Relations and the Struggle for Power in the Kremlin, June-November 1961*, Baltimore, London 1973, S. 123.

⁸³⁹ Lansing-Dulles, S. 76.

⁸⁴⁰ Bender S. 85.

⁸⁴¹ Münger, Christof: *Kennedy, die Berliner Mauer und die Kubakrise. Die westliche Allianz in der Zerreißprobe 1961-63*, Zürich 2002, S. 99.

⁸⁴² Conze: *Die Suche nach Sicherheit*, S. 302.

⁸⁴³ Uhl/Wagner, S. 18 f und S. 23 ff.

⁸⁴⁴ Wolfrum: *Die Mauer*, S. 37 f.

⁸⁴⁵ Uhl/Wagner, S. 24 f.

bedeutet.⁸⁴⁶ Da entgegen allen Beteuerungen aus dem Kreml der Friedensvertrag nicht geschlossen wurde, begnügte sich das SED-Regime mit der kleinen Lösung, der Abriegelung der Westsektoren. Schon seit Herbst 1960 befassten sich hohe Sicherheitsstäbe mit der Schließung der Übergänge zu den Westsektoren. Erst zu einem späteren Zeitpunkt wurden die für die Durchführung unentbehrlichen Militärs eingeweiht.⁸⁴⁷ Ein Vorhaben, wie es der Osten realisieren sollte, galt als abwegig wegen der vielfältigen Möglichkeiten, sich ungehindert durch Keller und über die Wasserwege zwischen den Sektoren zu bewegen. Bei aller Nervosität wegen der aus dem Osten kommenden Hinweise tappten die Entscheidungsträger der deutschen Medien hinsichtlich der unmittelbar bevorstehenden Entwicklung im Dunkeln. Eine totale Sperrung erschien unglaublich. Zum Wunschdenken trug die Einschätzung bei, dass der Bevölkerungsverlust für das Regime das Risiko eines Aufbruchs minderte. Zudem herrschte Vertrauen in die Garantien des Westens.⁸⁴⁸ Die großen Männer der Presse Springer, Nannen⁸⁴⁹ und Augstein⁸⁵⁰ bemühten sich, mit ihren Organen die verunsicherte Öffentlichkeit zu lenken.⁸⁵¹ Springer warnte im Vorfeld hochrangige amerikanische und deutsche Vertreter vor einer möglichen Abriegelung mit Stacheldraht und Soldaten.⁸⁵² Westliche Geheimdienste sammelten zwar Informationen auch über Detailfragen wie beispielweise die massenhafte Lieferung von Stacheldraht ins Krisengebiet; eine konkrete Vorhersage wagten sie allerdings lange nicht.⁸⁵³ Der Berliner US-Botschafter hielt hingegen schon im März 1961 die Abriegelung für möglich.⁸⁵⁴ Anfang August 1961 prognostizierten sowohl Bundesnachrichtendienst als auch CIA⁸⁵⁵ die unmittelbar bevorstehende Schließung der Grenze.⁸⁵⁶ Am 30. Juli äußerte Senator Fulbright, Vorsitzender des Außenpolitischen

⁸⁴⁶ Bender, S. 85 ff.

⁸⁴⁷ Uhl/Wagner, S. 17 f und S. 19 ff.

⁸⁴⁸ Lansing-Dulles, S. 70 f. und 74 f.

⁸⁴⁹ Nannen, Henri (*25.12.1913, gest. 13.10.1996) studierte Kunstgeschichte und war im Zweiten Weltkrieg als Propaganda-Kriegsberichterstatter tätig. Er gründete 1948 die Illustrierte „Stern“, deren Herausgeber und Chefredakteur er bis 1980 blieb.

Über ihn erschien die Biographie von Schreiber, Hermann: Henri Nannen. Der Herr vom Stern. München 2001.

⁸⁵⁰ Augstein, Rudolf, (*5.11.1923, gest. 7.11.2002) war Journalist und Publizist. Er gründete 1946 die Wochenzeitschrift „Spiegel“. Spektakulär war die vom damaligen Verteidigungsminister Franz-Josef Strauss initiierte Verhaftung Augsteins und einiger seiner Mitarbeiter am 26.10.1962 wegen des Verdachts des Landesverrats, die nach verschiedenen Berichten des Blatts über korruptionsverdächtige Geschäfte der Regierung vorgenommen wurde. Das staatliche Vorgehen führte zu einer Welle der Empörung; Strauss zog sich zeitweilig in die bayrische Landespolitik zurück.

Merseburger, Peter verfaßte: Rudolf Augstein: der Mann, der den Spiegel machte. München 2009.

⁸⁵¹ Schwarz: Berlinkrise und Mauerbau, S. 11.

⁸⁵² Jacobi: Der Verleger Axel Springer, S. 184 f.

⁸⁵³ Lansing-Dulles, S. 77.

⁸⁵⁴ Steininger: Deutsche Geschichte, S. 56.

⁸⁵⁵ Abkürzung für: Central Intelligence Agency. Die 1947 gegründete oberste Geheimdienstbehörde der USA widmete sich neben der Beschaffung und Auswertung sicherheitsrelevanter Informationen im Rahmen der Ost-West-Konfrontation auch Aktionen mit illegalen Methoden.

⁸⁵⁶ Catudal, Honore M.: Kennedy in der Mauer-Krise. Eine Fallstudie zur Entscheidungsfindung in den USA,

Ausschusses des US-Senats, öffentlich: „I don't understand why the East Germans don't close the border because I think they have a right to close it.“ Der Vier-Mächte-Status erlaubte aber keiner der Siegermächte – und schon gar nicht der ostdeutschen Regierung – die Grenze zu schließen. Der Vertraute des Präsidenten gab damit zu verstehen, dass das Weiße Haus das Recht zur Bewegungsfreiheit in der umstrittenen Stadt preisgeben würde, um einen Krieg zu verhindern.⁸⁵⁷ Nicht wenige Beobachter hielten dies für den Standpunkt der US-Administration.⁸⁵⁸ Die DDR-Medien spielten die Bemerkung hoch.⁸⁵⁹ Kennedy nahm nicht gegen diese Äußerung Stellung.⁸⁶⁰ Moskau ging treffend davon aus, durch die Abriegelung nicht das Risiko eines Krieges einzugehen. Dieser Einschätzung entsprach auch die Erklärung der westlichen Außenminister in Paris, in der im Unterschied zu den Äußerungen vergangener Jahre von der Verteidigung West-Berlins und nicht mehr vom Schutz der Stadt die Rede war. Die abweichende Formulierung wurde sicher auch in Moskau wahrgenommen.⁸⁶¹ Chruschtschow kam wohl Anfang August zum Schluss, dass sich der Westen erheblich milder verhalten würde als er noch im März befürchtet hatte.⁸⁶² Der Bau der Mauer entsprach als „kleine Lösung“ den Interessen der großen Mächte. Chruschtschow ordnete die Realisierung der Maßnahme an.⁸⁶³ Beim Anfang August in Moskau stattfindenden Treffen des Warschauer Pakts erhielt Ulbricht die Zustimmung für das Vorhaben.⁸⁶⁴ Die öffentlichen Äußerungen Chruschtschows und Kennedys trugen dazu bei, die Fluchtwelle weiter zu verstärken. Die Bekanntgabe, dass Marschall Konjew,⁸⁶⁵ ein Held des Zweiten Weltkriegs, Oberbefehlshaber der Roten Armee in der DDR wurde, steigerte die Angst in Deutschland. Nicht zuletzt sorgte Chruschtschow mit seinen leidenschaftlichen Reden für Nervenkrieg.⁸⁶⁶ Seit dem Wiener Spitzentreffen lebten die Deutschen ständig in Nervosität. Die Sorge vor einem definitiven Schritt der DDR-Regierung trieb immer mehr Menschen aus dem Land.⁸⁶⁷ Marschall Konjew lud am 10. August die westalliierten Stadtkommandanten in sein Hauptquartier ein; er erklärte ihnen

(Politologische Studien, Bd. 18), Berlin 1981, S. 283 f.

Auch Wolfrum ist zu entnehmen, dass alliierte Dienste Bescheid wussten und dass der BND am 9. August über Informationen über das östliche Vorhaben verfügte. So: Wolfrum: Die Mauer, S. 48 f.

⁸⁵⁷ Münger, S. 99 f.

⁸⁵⁸ Lansing-Dulles, S. 70

⁸⁵⁹ Catudal, S. 283.

⁸⁶⁰ Münger, S. 100.

⁸⁶¹ Lansing-Dulles, S. 70.

⁸⁶² Münger, S. 100 f.

⁸⁶³ Bender, S. 85 ff.

⁸⁶⁴ Catudal, S. 284.

⁸⁶⁵ Konjew, Ivan Stepanowitsch (*28.12.1897, gest. 21.5.1973) war 1941 an der Verteidigung Moskaus und 1943 am Kursker Bogen eingesetzt. Berühmt wurde er durch die Befreiung von Auschwitz im Januar 1945. Seine Truppen eroberten Schlesien und leiteten die Schlacht um Berlin am 16.4.1945 ein. Nach Kriegsende war er zunächst sowjetischer Oberbefehlshaber in Österreich und Ungarn. 1955-60 befehligte er die Truppen des Warschauer Paktes; er wurde 1961/62 sowjetischer Befehlshaber in der DDR.

⁸⁶⁶ Schwarz: Berlinkrise und Mauerbau, S. 22 f.

⁸⁶⁷ Lansing-Dulles, S. 72 f.

gegenüber, die westlichen Rechte nicht zu tangieren.⁸⁶⁸ Während der Nacht zum 13. August sperrten Formationen der Nationalen Volksarmee und der Polizei die Sektorengrenze innerhalb der Stadt und die Zonengrenze zu West-Berlin.⁸⁶⁹ Sie bewegten sich dabei stets auf dem Gebiet des Ostsektors.⁸⁷⁰ Die sehr gut vorbereitete Aktion wurde außerordentlich schnell und effektiv realisiert.⁸⁷¹ Entlang der Grenze wurde mit Stacheldraht, Betonpfählen und Gräben die Absperrung vorgenommen. Im Zentrum fuhren Panzer zur Sicherung auf. Der Verkehr auf den Transitstrecken lief hingegen davon unberührt reibungslos ab.⁸⁷² Die Berliner waren überrascht. Die trotz aller Einschränkungen noch verbundene Metropole war hermetisch geteilt.⁸⁷³ Der amtlichen Begründung zufolge sollten westliche Agenten von der Untergrabung der Sicherheit der sozialistischen Gemeinschaft abgehalten werden.⁸⁷⁴ Der Warschauer Pakt erklärte an diesem Tag, die „three essentials“ nicht zu verletzen; vorsichtshalber führten die eingesetzten DDR-Soldaten lediglich Waffen ohne Munition bei sich. Nachdem der Westen eine Woche lang passiv geblieben war, betonierten DDR-Organen die Grenze schließlich.⁸⁷⁵ Damit wurde der Vier-Mächte-Status ausgehebelt.⁸⁷⁶ Aufgewühlte West-Berliner versuchten, DDR-Organen bei ihrer Tätigkeit zu behindern, was diese mit dem Einsatz von Wasserwerfern beantworteten.⁸⁷⁷ Der Regierende Bürgermeister Brandt klagte die unmenschliche Maßnahme des Ostens an. Der Minister für gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer,⁸⁷⁸ stellte vollmundig Entscheidungen der hohen Politik in Aussicht. Der Kanzler erklärte gemeinsam mit den Westmächten die erforderlichen Gegenmaßnahmen zu treffen. Darauf könne das Volk vertrauen; weiter rief er zu Ruhe auf.⁸⁷⁹ Erst neun Tage nach dem Mauerbau erschien Adenauer zu einer überaus reserviert von der Bevölkerung aufgenommenen Visite in Berlin.⁸⁸⁰ Ulbricht behauptete, einem offenen Angriff der Bundesrepublik zuvorgekommen zu sein und somit den Frieden gerettet zu haben.⁸⁸¹ Der

⁸⁶⁸ Borowsky, S. 174.

⁸⁶⁹ Rexin, Manfred: Die Folgen des 13. August 1961. Chronik und Dokumente zur Berlin-Krise August 1961-Dezember 1962, Berlin 1963, S. 9.

⁸⁷⁰ Steininger, S. 62.

⁸⁷¹ Wolfrum: Die Mauer, S. 11.

⁸⁷² Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.): Die Flucht aus der Sowjetzone und die Sperrmaßnahmen des Kommunistischen Regimes vom 13. August 1961 in Berlin, Nachdruck der 2. durchges. Aufl. von 1961, Wolfenbüttel 1986, S. 34.

⁸⁷³ Wolfrum: Die Mauer, S. 12 f.

⁸⁷⁴ Speier, S. 140.

⁸⁷⁵ Münger, S. 98 ff.

⁸⁷⁶ Speier, S. 140.

⁸⁷⁷ Rexin, S. 9

⁸⁷⁸ Lemmer, Ernst (*28.4.1898, gest. 18.8.1970) war ein Politiker der DDP und später der CDU. Nach seiner Tätigkeit als Gewerkschaftssekretär und Zeitungskorrespondent fungierte er 1956/57 als Postminister und von 1957-62 als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. 1964/65 leitete er das Ressort für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

⁸⁷⁹ Rexin, S. 9 f.

⁸⁸⁰ Schnurre, Wolfdietrich: Die Mauer des 13. August, Berlin 1962, S. 25.

⁸⁸¹ Rexin, S. 13 f.

Mauerbau sorgte für die Realisierung des östlichen Minimalziels, die Festigung der DDR.⁸⁸² Es handelte sich um den Schlussstein der Teilung Deutschlands.⁸⁸³ Die Grenzbefestigungen wurden in den folgenden Jahren perfektioniert und streng bewacht.⁸⁸⁴ Die Ostdeutschen mussten sich nun mit den Verhältnissen arrangieren. Der in den folgenden Jahren einsetzende ökonomische Aufschwung der DDR spricht jedenfalls für den Willen der Bevölkerung zur Anpassung und Nutzung der verbliebenen Möglichkeiten.⁸⁸⁵ Die Stabilisierung des ostdeutschen Staats erhöhte den Spielraum der Kremführung für die Verständigung mit dem Westen. Die Interessensphären in Europa waren definitiv abgesteckt.⁸⁸⁶ Es kam den Siegermächten entgegen, fortan nicht mehr mit der deutschen Problematik behelligt zu werden.⁸⁸⁷ Abgesehen von den Bundesbürgern war in der westlichen Gemeinschaft keine große Aufregung oder Überraschung zu konstatieren.⁸⁸⁸ Die westdeutsche Bevölkerung hielt den Mauerbau für ein offensives Vorgehen und fürchtete weitere Schritte.⁸⁸⁹ Auch westliche Beobachter glaubten an einen Auftakt mit unklaren Folgen. Zu den Sorgen zählten eine mögliche Rebellion in der DDR und die Abschnürung der Zufahrtswege. Auch deshalb schien passives Verhalten adäquat zu sein. Zudem konzentrierten die Sowjets ihre Truppen in der Nähe Berlins.⁸⁹⁰ Eine kriegerische Auseinandersetzung schien nicht weit entfernt.⁸⁹¹ Zu diesem Zeitpunkt konnte die NATO in Mitteleuropa lediglich 21 konventionell ausgerüstete Divisionen in die Waagschale werfen. Auf dem Territorium der DDR waren allein 20 Divisionen der Roten Armee stationiert.⁸⁹² Die östliche Seite respektierte bei ihrem Vorgehen die „three essentials“.⁸⁹³ Washington war eher erleichtert, weil der Gegner nun nicht mehr unter so starkem Handlungsdruck stand, was die Kriegsgefahr minderte. Das Los der DDR-Bevölkerung berührte Kennedy weniger; er äußerte gegenüber dem deutschen Botschafter Grewe,⁸⁹⁴ dass diese fünfzehn Jahre Zeit gehabt hätte, nach dem Westen zu gehen. Die US-Administration behandelte den Mauerbau als interne Angelegenheit des Ostblocks, eine

⁸⁸² Mahncke, S. 99 f.

⁸⁸³ Bracher: Die Krise Europas 1917-1975, S. 365.

⁸⁸⁴ Lansing-Dulles, S. 68.

⁸⁸⁵ Mahncke, S. 48.

⁸⁸⁶ Bracher: Die Krise Europas 1917-1975, S. 365.

⁸⁸⁷ Wolfrum: Die Mauer, S. 53.

⁸⁸⁸ Steininger: Deutsche Geschichte, S. 56.

⁸⁸⁹ Münger, S. 103

⁸⁹⁰ Schwarz: Berlinkrise und Mauerbau, S. 23.

⁸⁹¹ Bracher: Die Krise Europas 1917-1975, S. 365.

⁸⁹² Schwarz: Berlinkrise und Mauerbau, S. 16 f.

⁸⁹³ Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 135.

⁸⁹⁴ Grewe, Wilhelm (*16.10.1911) war Professor für Rechtswissenschaft und arbeitete als Ministerialdirektor seit 1955 im Auswärtigen Amt in Bonn. Von 1958 an diente er als Botschafter in verschiedenen Ländern. Nach Washington war er dann 1962 bei der NATO und 1971 schließlich in Tokio eingesetzt. Conze zufolge erdachte der den Kanzler beratende Chef der Politischen Abteilung des Außenministeriums bei der Heimkehr von der Moskau-Reise Adenauers 1955 das dann als „Hallstein-Doktrin“ bekannte Konzept. So: Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 92.

militärische Reaktion wurde nicht erörtert. Lediglich unter propagandistischen Aspekten bestand für das Weiße Haus Handlungsbedarf.⁸⁹⁵ Der US-Außenminister sah zwar den Vier-Mächte-Status verletzt, hielt aber die Position der Westmächte und die Zugangsfrage für nicht tangiert. Der nächste Akt war der Protest der Stadtkommandanten am 15. August gegenüber ihrem russischen Kollegen. Auch diese Note forderte nicht dazu auf, die Grenzsperrung aufzuheben. Erst am 17. August protestierten die westlichen Regierungen formell in Moskau. Die Verantwortung der sowjetischen Führung wurde hier milde angesprochen; doch wurde nicht verlangt, die Maßnahme rückgängig zu machen. Dem Westen lag daran, die Bewegungsfreiheit in Berlin zu behalten. Darauf reagierte Ost-Berlin mit der Ankündigung, den Grenzübergang an der Friedrichstraße⁸⁹⁶ für westliche Militärs und Diplomaten zur Verfügung zu stellen.⁸⁹⁷ Die NATO kam am 16. August zum Schluss passiv zu bleiben, da Berlin nicht zum eigenen Schutzbereich gehöre und noch keine Anträge seitens der betroffenen Länder gestellt worden seien.⁸⁹⁸ Der britische Premierminister war mit der Situation zufrieden, weil die Krise entschärft und die deutsche Teilung vollendet war.⁸⁹⁹ Die französische Regierung hielt sich ebenfalls zurück.⁹⁰⁰ Die Westmächte wollten durch eine Kompromisslösung ein einseitiges Vorgehen Moskaus wie den befürchteten separaten Friedensvertrag verhindern.⁹⁰¹ Die Hinnahme des Vorgehens durch die westliche Führungsmacht ließ zunächst in Berlin Panik aufkommen.⁹⁰² Die Bevölkerung war stark aufgewühlt und sehr enttäuscht über die Tatenlosigkeit. Brandt ließ wissen, dass er sich mit der Bitte um aktives Vorgehen an das Weiße Haus gewandt habe.⁹⁰³ In seinem Schreiben⁹⁰⁴ wies er den Präsidenten auf die Gefahr einer Vertrauenskrise hin und regte die demonstrative Verstärkung der amerikanischen Garnison an.⁹⁰⁵ Die US-Administration sah den möglichen Vertrauensverlust der Deutschen mit Sorge, zumal der Mauerbau die Vergeblichkeit der Hoffnung auf Einheit offenbar werden ließ.⁹⁰⁶ Die Berater des Präsidenten hatten die psychologischen Auswirkungen falsch

⁸⁹⁵ Münger, S. 102.

⁸⁹⁶ Dieser Grenzübergang für Privilegierte wurde als Checkpoint Charlie bekannt. Dort kam es auch zur medienwirksamen Panzerkonfrontation zwischen den Supermächten vom 27./28. Oktober 1961.

⁸⁹⁷ Stützle, S. 137 ff.

⁸⁹⁸ Rexin, S. 10 f.

⁸⁹⁹ Wolfrum: Die Mauer, S. 43 f.

⁹⁰⁰ Münger, S. 102 f.

⁹⁰¹ Dülffer, S. 36.

⁹⁰² Lansing-Dulles, S. 72.

⁹⁰³ Speier, S. 141 f.

⁹⁰⁴ Der ohne Konsultation mit der Bundesregierung zustande gekommene Brief des Regierenden Bürgermeisters verstimmte Kennedy und erhielt eine kühle Antwort. So: Wolfrum: Die Mauer, S. 47.

⁹⁰⁵ Heilmeyer, Wolfgang; Hindrichs, Günter: Dokumente zur Berlin-Frage 1944-62, (Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Dokumente und Berichte, Bd.18), 2. durchges. und erw. Aufl. München 1962, S. 329 f.

⁹⁰⁶ Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 136.

eingeschätzt. Um dem Vorwurf des Appeasements⁹⁰⁷ zu entgehen, schien eine eindrucksvolle Geste notwendig.⁹⁰⁸ Deshalb schickte die Führungsmacht auf dem Landweg ein 1500 Mann starkes, von der östlichen Seite beim Vorgehen ungehindertes Truppenkontingent nach Berlin. Damit wurde demonstrativ auf das Zugangsrecht gepocht.⁹⁰⁹ Zur Beruhigung der Bevölkerung dienten auch die Besuche des US-Vizepräsidenten Johnson⁹¹⁰ und des alten Luftbrückenhelden von 1948/49 General Clay.⁹¹¹ Der Vizepräsident bekräftigte in Berlin den Schutz seines Landes für die Westsektoren.⁹¹² Geschickt ging er auf die Bevölkerung ein und bekundete pathetisch die Verbundenheit; Aussagen über konkrete Maßnahmen vermied er hingegen.⁹¹³ Es gelang erstaunlich rasch, Zuversicht in der Bevölkerung zu erzeugen.⁹¹⁴ Wegen der erzielten positiven Wirkung auf die Stimmungslage erklärte Kennedy General Clay zu seinem Vertreter in der Stadt.⁹¹⁵ Die Menschen realisierten, dass der Ostsektor abgeschrieben war. Aber dank des mächtigen Verbündeten war der Bestand des Westteils nicht gefährdet.⁹¹⁶ Großbritannien und Frankreich hielten sich weit mehr mit Gesten zurück. Die Regierungen beider Länder konnten sich nicht einmal auf eine gemeinsame Protestnote einigen.⁹¹⁷ Die Haltung des Kanzlers im Sommer 1961 gilt nicht gerade als Meisterwerk seiner Staatsführung. Die deutsche Politik war damals allerdings in besonderem Maße den auswärtigen Mächten ausgeliefert. Der Bonner Spielraum beschränkte sich nur noch auf Reaktion.⁹¹⁸ Adenauer hielt den Mauerbau nur für ein Vorspiel, dem weitere Schritte folgen würden. Die Aufnahme von Verhandlungen zwischen den Supermächten hielt er für sicher. Um deutsche Interessen nicht zur Disposition zu stellen, vermied er es sich festzulegen.⁹¹⁹ Ohne deutsche Zustimmung war eine Regelung der mitteleuropäischen Belange allerdings

⁹⁰⁷ Damit ist eine Politik der Beschwichtigung und des Nachgebens gegenüber einem Aggressor gemeint, die gerade von der britischen Regierung 1933-39 gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland geführt wurde. Höhepunkt dieser Entwicklung war das Münchner Abkommen 1938, bei dem die Regierungen Deutschlands, Italiens, Frankreichs und Großbritanniens über das territoriale Schicksal der Tschechoslowakei entschieden, deren Vertreter nicht einmal anwesend waren.

⁹⁰⁸ Münger, S. 104 f.

⁹⁰⁹ Speier, S. 142.

⁹¹⁰ Johnson, Lyndon Baines (*27.8.1908, gest. 22.1.1973) war 1949-61 Senator von Texas. Er wurde 1961 Vizepräsident und nach der Ermordung Kennedys 1963 Präsident der USA. Er setzte soziale Reformen durch, deren Wirkung durch die Folgen des Vietnamkrieges allerdings verloren ging.

⁹¹¹ Clay, Lucius Dubignon, (*23.4.1897, gest. 16.4.1978) fungierte 1947-49 als amerikanischer Militärgouverneur in Deutschland und organisierte die Luftbrücke 1948/49 während der sowjetischen Blockade Berlins.

⁹¹² Stütze, S. 142 ff.

⁹¹³ Heilmeyer/Hindrichs, S. 490 ff.

⁹¹⁴ Lansing-Dulles, S. 72.

⁹¹⁵ Stütze, S. 142 ff.

⁹¹⁶ Bahr, Egon: Der Schock des Mauerbaus aus der Sicht des Berliner Senats, in: Thoss, Bruno (Hg.): Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit: Analysen und Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945-95, München 1995, (S. 145-148) hier S. 148.

⁹¹⁷ Münger, S. 106 ff.

⁹¹⁸ Schwarz: Berlinkrise und Mauerbau, S. 12.

⁹¹⁹ Münger, S. 108.

nicht möglich. Wegen des Bundestagswahlkampfes waren keine entspannenden Impulse vom Rhein zu erwarten. Der Kanzler bemühte sich so zu erscheinen, als habe er die Lage im Griff; gleichzeitig distanzierte er sich so weit wie möglich von der nachteiligen Wirkung des Mauerbaus auf die eigene Politik. Er zog es vor, nicht am 13. August in Berlin zu erscheinen, als die Ohnmacht des westlichen Lagers offenkundig schien. Erst nachdem Brandt und die hohen US-Vertreter die gekippte Stimmung wieder einigermaßen hergestellt hatten, reiste Adenauer nach Berlin. Er behauptete, an eine Verhandlungslösung zu glauben und jeden Ansatz dafür unterstützen zu wollen.⁹²⁰ Kurz vor dem Wahltermin erlitt die Regierung eine schmerzliche Niederlage. Der innenpolitische Gegenspieler präsentierte sich hingegen als emotionaler Krisenmanager.⁹²¹ Brandt machte in der schwierigen Lage eine gute Figur.⁹²² Den Wahlkampf führte Adenauer gegen den SPD-Spitzenkandidaten ungerührt weiter.⁹²³ Während es dem Kanzler bis dahin gelungen war, die überragend dominierende Figur zu bleiben, erwuchs ihm im Oppositionsführer ein Konkurrent, der mit seinem Auftreten in der Krise erheblich an Ansehen gewann. Die im September stattfindende Wahl⁹²⁴ bedeutete das Ende der absoluten Mehrheit der CDU und belegte die Erosion des Prestiges des Kanzlers.⁹²⁵ Eine Koalition mit der FDP ermöglichte den Machterhalt.⁹²⁶ Der neue Partner setzte die Ersetzung des Außenministers durch Gerhard Schröder⁹²⁷ sowie die Befristung von Adenauers Kanzlerschaft bis zum Herbst 1963 durch.⁹²⁸ Der neue Außenminister Schröder war anglophil und an der transatlantischen Partnerschaft interessiert, während der Kanzler sich an de Gaulle anlehnte. Das Regieren wurde für Adenauer also nicht leichter.⁹²⁹ Eigentlich hätte die Zementierung des status quo durch den Mauerbau zu einer Neuorientierung der Deutschlandpolitik führen müssen. Doch meinte der Kanzler, die DDR und die Oder-Neiße-Grenze nicht anerkennen zu können. Seine Regierung hatte ja in den vergangenen Jahren immer wieder betont, mit dem Weg der Westintegration dauerhaft zur Einheit zu gelangen.⁹³⁰ Entgegen Chruschtschows Wiener Versprechen begann die UdSSR Ende August mit einer neuen Reihe von Atomtests, wodurch der amerikanische Präsident sich betrogen fühlte. Zu diesem Zeitpunkt korrigierte die CIA die Einschätzung der feindlichen

⁹²⁰ Stütze, S. 148 ff.

⁹²¹ Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 303.

⁹²² Schöllgen: Willy Brandt. Die Biographie, S. 102.

⁹²³ Borowsky, S. 174.

⁹²⁴ Die CDU erhielt 45,4%, die FDP 12,8% der Stimmen. Der SPD schenkten 36,2% Wähler das Vertrauen.

⁹²⁵ Arenth, S. 97 f.

⁹²⁶ Nolte, S. 484.

⁹²⁷ Schröder, Gerhard (*11.9.1910, gest. 31.12.1989) war CDU-Politiker. Er fungierte 1953-61 als Innenminister; 1961-66 als Außenminister und schließlich 1966-69 als Verteidigungsminister der BRD.

⁹²⁸ Stütze, S. 158.

⁹²⁹ Lappenküper, S. 16 f.

⁹³⁰ Borowsky, S. 175.

Raketenstärke. Der Geheimdienst ging nun von einem geringeren feindlichen Potential aus.⁹³¹ Im Oktober erklärte die US-Regierung öffentlich, selbst nach einem überraschenden feindlichen Erstschlag die UdSSR noch vernichten zu können. Washington war sich der eigenen Stärke sehr wohl bewusst; ein Nachgeben in Berlin war schon deshalb nicht zu erwarten.⁹³² Ende 1961 setzten die Sowjets allerdings als Demonstration der Stärke bei einem Versuch eine Atombombe von bisher unerreichter Sprengkraft ein.⁹³³

Nach der Rückkehr Johnsons setzte sich der Präsident schon bald für Verhandlungen mit der sowjetischen Regierung ein. Es ging ihm um mehr als nur eine Lösung für Berlin. Auch Chruschtschow hatte bereits am 7. August 1961 in einer relativ milde gehaltenen Rede ein Verhandlungsangebot gemacht. Nach dem Mauerbau gab er in Interviews seine Gesprächsbereitschaft zu verstehen.⁹³⁴ Beim am 15./16. September 1961 in Washington stattfindenden Treffen der westlichen Außenminister ging es darum, eine gemeinsame Linie für die künftigen Verhandlungen abzustecken. Übereinstimmung bestand lediglich darin, nicht über die „three essentials“ mit der Gegenseite zu verhandeln. Die Teilnehmer kamen überein, erst nach dem deutschen Wahlkampf die Themen festzulegen und zunächst die russische Gesprächsbereitschaft zu erkunden. Ein offener Streit zwischen Washington und Bonn über die Deutschlandpolitik konnte vermieden werden.⁹³⁵ Der Mauerbau bewirkte die Revision der bisher kompromisslosen amerikanischen Berlin-Politik. Kennedy glaubte zudem aufgrund der Stärke seines Landes, sich bei der Suche nach einer Lösung über die Bundesgenossen Frankreich und die Bundesrepublik hinwegsetzen zu können.⁹³⁶ Diesen Weg mitzugehen widerstrebte der abhängigen deutschen Seite.⁹³⁷ Mit der Zunahme des Drucks, mit dem die amerikanische Regierung ihre Dominanz gegenüber den Bundesgenossen auch in der Übernahme von Lasten durchsetzte, während zudem eine Einigung mit der anderen Supermacht suggeriert wurde, rückte Adenauer mehr an de Gaulle heran.⁹³⁸ Ein Kompromiss in der Berlin-Frage bedeutete ein Entgegenkommen gegenüber russischen Sicherheitsinteressen. Diese Zugeständnisse, die im Wesentlichen in der Anerkennung der bestehenden Situation bestanden, betrafen vor allem Deutschland. Das Weiße Haus gedachte, nunmehr die Berlin-Thematik mit der nationalen Frage und der nuklearen Bewaffnung Westdeutschlands zu verbinden. Kennedy erwartete von seinen Mitarbeitern neue Vorschläge, bei denen lediglich die Essentials nicht zur Disposition standen. Konzessionen erschienen in den Fragen der Einheit, der Ostgrenze, der atomaren

⁹³¹ Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 141 f.

⁹³² Wettig: Der Stillstand im Ringen um Berlin, in: Filippovych/Uhl, S. 3 f.

⁹³³ Dülffer, S. 36.

⁹³⁴ Stützle, S. 144 ff.

⁹³⁵ Stützle, S. 156 ff.

⁹³⁶ Münger, S. 110 f.

⁹³⁷ Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 304.

⁹³⁸ Lappenküper, S. 17.

Bewaffnung der Bundeswehr und der offiziellen Anerkennung der DDR möglich. Doch der Kanzler weigerte sich, auch nur die Oder-Neisse-Linie als endgültig zu akzeptieren. Eine Preisgabe der vollen amerikanischen Unterstützung für die Einheit hätte zwar die Beziehungen zu Moskau erheblich verbessert, die Bundesregierung aber schwer vor den Kopf gestoßen. Zu den sowjetischen Zielen zählte die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die westliche Staatenwelt. Ein Nachgeben in diesem Punkt durch die USA hätte die Auseinandersetzung erheblich entschärfen können. Konsens zwischen den Supermächten bestand darin, keine Atomwaffen in deutschen Händen zu wünschen. Die US-Regierung fürchtete allerdings das Ausscheren der Bundesrepublik aus dem westlichen Bündnis und eine mögliche Orientierung am Osten. Wegen der Erinnerung an den Rapallovertrag⁹³⁹ und den Hitler-Stalin-Pakt⁹⁴⁰ schien eine derartige Entwicklung durchaus möglich. Für die Sicherheit der eigenen Nation war eine Entspannung mit der UdSSR wünschenswert; die nicht realitätsgerechte Haltung der Bundesregierung stand diesem Interesse entgegen.⁹⁴¹ Seit Ende September 1961 korrespondierten die Spitzenpolitiker der Supermächte über geheime Kanäle; daneben fanden allerdings ergebnislose Unterredungen der Außenminister beider Länder statt.⁹⁴² Kennedy sah mit dem Mauerbau das schwierigste Problem der Gegenseite beseitigt, weshalb er einer Initiative in Form inoffizieller Sondierung Chancen einräumte. Während die britische Regierung Einverständnis zu diesem Schritt signalisierte, war mit wenig Begeisterung in Bonn und Paris zu rechnen, die kein Mandat für Gespräche erteilten. Außenminister Rusk informierte seine deutschen und französischen Kollegen folglich auch nicht detailliert über die Unterredungen mit Gromyko⁹⁴³ im September. Den Sowjets bot er als Äquivalent für ihre Garantie der „Essentials“ an, den status quo in Europa zu festigen, also die deutsche Teilung, die Ostgrenze bestehen zu lassen und keine atomare Bewaffnung der Bundeswehr zuzulassen. Beim Treffen Gromykos mit Kennedy am 6. Oktober schien ein Kompromiss auf dieser Basis nahe zu liegen. Kennedy bot an, den Transitverkehr einer internationalen Verwaltung zu unterstellen. Im vertraulich übermittelten persönlichen Schreiben vom 29. September

⁹³⁹ Während der Weltwirtschaftskonferenz in Genua schlossen Deutschland und die Sowjetunion am 16.4.1922 in Rapallo einen Vertrag, der den gegenseitigen Verzicht auf Kriegsschädigung, die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen und den Grundsatz der wirtschaftlichen Meistbegünstigung beinhaltete. Aufgrund dieses Vertrages gelang es beiden Partnern aus der Isolierung zu treten.

⁹⁴⁰ Der am 23.8.1939 geschlossene Hitler-Stalin-Pakt war ein deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt, der dem Deutschen Reich die Entfesselung des Krieges gegen Polen ermöglichte und somit den Beginn des Zweiten Weltkriegs einleitete. In einem geheimen Zusatzprotokoll teilten die beiden Mächte die Staaten Osteuropas untereinander in Interessenshären auf. Deutschland brach den Vertrag am 22.6.1941 durch den Angriff auf die Sowjetunion.

⁹⁴¹ Münger, S. 112 ff.

⁹⁴² Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 145 f.

⁹⁴³ Gromyko, Andrei Andrejewitsch (*18.7.1909, gest. 2.7.1989) fungierte 1943-46 als sowjetischer Botschafter in Washington und 1946-48 als Vertreter seines Landes im UNO-Sicherheitsrat. 1952/53 war er Botschafter in London. In den Jahren 1957-85 diente er als Außenminister; daneben gehörte Gromyko noch zeitweilig dem Politbüro der Partei an und war Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets.

1961 zeigte sich der sowjetische Generalsekretär kompromissbereit. Kennedy gab in seiner ebenfalls geheimen Antwort vom 16. Oktober zu verstehen, von der bestehenden Teilung Europas auszugehen. Der fortbestehende briefliche Kontakt war nur den engsten Beratern der Führer der Supermächte bekannt.⁹⁴⁴ Geschickt verhielt sich Kennedy gegenüber der Öffentlichkeit. Bei einer Rede vor den Vereinten Nationen schlug er weitgehende Abrüstung vor, als die Sowjetunion gerade ihre Atomversuche wieder aufnahm. Hinsichtlich der Berlin-Problematik gab er zu verstehen, für die Suche nach einer Lösung offen zu sein. Die Verletzung von Menschenrechten durch den Mauerbau erwähnte er hingegen nicht.⁹⁴⁵ Die Spannungen zwischen den Supermächten minderten sich, als Chruschtschow am 17. Oktober sein Wiener Ultimatum widerrief.⁹⁴⁶

Eine Reihe von Irritationen erschütterte mittlerweile das deutsch-amerikanische Verhältnis. Am 22. September 1961 äußerte Clay gegenüber Journalisten in Deutschland, dass die Existenz zweier deutscher Staaten zu akzeptieren sei und der DDR mehr Aufsichtsrechte hinsichtlich der Zufahrtswege zuzugestehen seien. Gesprächsbereitschaft der deutschen Staaten würde bei der Suche nach einer Lösung nützlich sein. Schon diese Äußerung des Luftbrückenhelden war für die Westdeutschen kaum zu ertragen. Am gleichen Tag meldete sich der deutsche Botschafter in Washington, Grewe, in einem Fernsehauftritt zu Wort. Er gab zu verstehen, dass die amerikanische Politik dabei sei, das atlantische Fundament der Bundesregierung zu untergraben. Am 8. Oktober kritisierte Grewe – wiederum im Fernsehen – den Präsidenten und nannte die Punkte, über die nicht mit den Sowjets zu verhandeln sei. Dazu zählten unter anderem der Alleinvertretungsanspruch Bonns, die Nichtanerkennung der DDR und die Fixierung der Grenzfragen erst in einem späteren Friedensvertrag mit der geeinten Nation. Auch sollte der Westen in der Berlin-Frage nicht selbst Initiative für Verhandlungen ergreifen, sondern sich auf Reaktion beschränken. Im November überraschte Hans Kroll, der deutsche Botschafter in Moskau, die Welt mit seinem Plan, die Bundesregierung könne die offenen Fragen bilateral mit der Sowjetunion regeln. Kroll fürchtete die Preisgabe deutscher Interessen durch die Supermächte. Der Standpunkt des von Adenauer gedeckten Botschafters stand in unüberschaubarem Kontrast zu früheren Bonner Warnungen vor bilateraler Lösung zwischen den Supermächten.⁹⁴⁷ Der zunächst nur durch die Presse über die Entwicklung informierte Kanzler sah mit Entsetzen die bisherige amerikanische Deutschlandpolitik vollkommen untergraben und ließ sich auch durch die Korrespondenz mit Kennedy nicht beruhigen. Adenauer machte in seinem Brief vom 21. Oktober dem Präsidenten klar, dass er keinesfalls die von den USA

⁹⁴⁴ Münger, S. 116 ff.

⁹⁴⁵ Stütze, S. 160 ff.

⁹⁴⁶ Münger, S. 120 f.

⁹⁴⁷ Stütze, S. 162 ff.

angedachten Konzessionen auf deutsche Kosten hinnehmen werde. Wegen der erheblichen Belastung des Verhältnisses bot es sich für die Bundesregierung an, einen engeren Schulterschluss mit Paris zu suchen, das ohnehin in Opposition zu den angelsächsischen Mächten stand.⁹⁴⁸ De Gaulle ging auf Sorgen und Vorbehalte der deutschen Seite gegenüber der Hegemonialmacht ein, um einen Partner für die eigene Politik zu gewinnen. Die deutsch-französische Annäherung verschlechterte wiederum das Verhältnis zwischen Bonn und Washington.⁹⁴⁹ Es ging dem französischen Präsidenten bei der Übernahme einer Sprecherrolle für die Bundesregierung auch darum, größeren Einfluss zu erlangen.⁹⁵⁰ Die offensichtlichen Divergenzen mit den Verbündeten schwächten die Glaubwürdigkeit der US-Regierung gegenüber der Sowjetunion. Als Gesten der Stärke dienten nun Atomwaffentests, die Panzerkonfrontation am Checkpoint Charlie sowie die Offenlegung der strategischen Überlegenheit.⁹⁵¹ Das Weiße Haus ließ durch einen einflußreichen politischen Kommentatoren in einer Zeitung am 25. September die vom CIA prognostizierte Unterlegenheit der feindlichen Trägersysteme öffentlich bekannt machen.⁹⁵² Der mit dem Präsidenten gut vertraute Journalist enthüllte, dass die USA über 63 Interkontinentalraketen, 80 Polaris-Raketen auf U-Booten und über 1650 Langstreckenbomber verfügten. Die Sowjets konnten hingegen lediglich 50 Interkontinentalraketen und 150 Langstreckenbomber in die Waagschale werfen. Der Stellvertretende US-Verteidigungsminister bestätigte diese Aussage, um die Welt zu beeindrucken.⁹⁵³ Er erklärte vor der Öffentlichkeit, selbst nach einem überraschenden Erstschlag des Gegners noch im reagierenden Zweitschlag über ein größeres Potential zu gebieten als es die UdSSR für ihre erste Attacke zur Verfügung hatte. Die Moskauer Führung war beeindruckt; ihr war zwar sehr wohl die eigene Unterlegenheit bekannt; besorgniserregend war, dass die USA sich ihrer Stärke so sicher waren. Chruschtschows Außenpolitik, die auf der Behauptung der eigenen militärischen Überlegenheit beruhte, wurde damit unglaubwürdig. Im Herbst 1961 endeten dann die Spannungen um Berlin, was als Erfolg Kennedys zu werten ist.⁹⁵⁴

Beim Besuch der Bundesregierung in Washington am 20. November 1961 machte die deutsche Delegation klar, keinen Verhandlungsspielraum in den Fragen Einheit, Anerkennung der DDR, Oder-Neiße-Grenze oder der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr zu sehen. In den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen hätte demnach allenfalls

⁹⁴⁸ Münger, S. 122 ff.

⁹⁴⁹ Conze, S. 202 f.

⁹⁵⁰ Linsel, Knut: Charles de Gaulle und Deutschland, (Beihefte der Francia Bd. 44), Sigmaringen 1998, S. 213.

⁹⁵¹ Münger, S. 126 ff.

⁹⁵² Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 145 f.

⁹⁵³ Münger, S. 126 ff.

⁹⁵⁴ Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 145 ff.

isoliert die Berlin-Frage zur Debatte stehen können. Dies war offenkundig mit den Konzepten von Kennedys Umgebung nicht zu vereinbaren. Kennedy bemühte sich nun, den Kanzler überhaupt für Verhandlungen zu gewinnen, der schließlich Gesprächen der Supermächte über Berlin zustimmte. Doch war der Gestaltungsspielraum nunmehr so minimal, dass kaum eine Einigung mit den Sowjets zu erzielen war. Die Differenzen zwischen Bonn und Washington wurden lediglich vertagt, was der französische Präsident nicht ungerne registrierte. Am 25. November 1961 bot Kennedy dann der sowjetischen Regierung öffentlich als Gegenleistung für die Garantie des Zugangs nach Berlin an, keine atomare Bewaffnung der deutschen Streitkräfte zuzulassen. Diese Äußerung stand in offenkundigem Widerspruch zur Haltung seines Amtsvorgängers.⁹⁵⁵ De Gaulle wiederum hielt nichts von Verhandlungen mit dem Osten, da er glaubte, dass westliche Angebote diesem nicht genügen würden.⁹⁵⁶ Im Palais Schaumburg⁹⁵⁷ wurden die wachsenden Spannungen zwischen Frankreich und den USA ebenfalls nicht ohne Befriedigung gesehen. Adenauer gewann de Gaulle am 9. Dezember bei einem Besuch in Paris für die Teilnahme an Verhandlungen, denen er selbst zustimmte, ohne allerdings zu Konzessionen bereit zu sein. Die Erfolgsaussichten der geplanten Verhandlungen tendierten gegen Null, was beide sehr wohl wussten. Im Zeitraum vom 2. Januar bis zum 6. März 1962 fanden fünf Unterredungen zwischen US-Botschafter Thompson und Außenminister Gromyko in Moskau statt. Aufgrund des mangelnden Gestaltungsspielraums konnte dem russischen Sicherheitsbedürfnis nicht ausreichend entgegengekommen werden. Gromyko störte zudem, dass für ihn wichtige Fragen nicht verbunden behandelt werden konnten. Daraus resultierte eine Verhärtung der sowjetischen Haltung; Gromyko verlangte nunmehr den Rückzug der Alliierten aus Berlin, womit selbst die Essentials angegriffen wurden. Schon Mitte Januar 1962 empfahl Kennedy daher seinem Außenminister, entgegen der Absprache mit den Verbündeten den Spielraum zu erweitern, um überhaupt konstruktive Gespräche führen zu können. Kennedy gab selbst brieflich im Februar Chruschtschow zu verstehen, dass seine Verbündeten ihn sehr einengten. Den Kreml beeindruckte dies nicht; der Generalsekretär beschloss, den Druck auf Berlin zu steigern und setzte diesmal beim Luftverkehr an.⁹⁵⁸ Am 7. Februar 1962 kündigten die Sowjets erhebliche Eingriffe in den alliierten Luftkorridoren an.⁹⁵⁹ Zu ihren Aktionen zählten das Abwerfen von Aluminiumstreifen⁹⁶⁰ und waghalsige Manöver der Luftflotte sehr dicht an alliierten

⁹⁵⁵ Münger, S. 116 f. und S. 132 ff.

⁹⁵⁶ Steininger: Deutsche Geschichte, S. 68 f.

⁹⁵⁷ Sitz des Bundeskanzlers in Bonn.

⁹⁵⁸ Münger, S. 138 ff.

⁹⁵⁹ Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 152.

⁹⁶⁰ Das Abwerfen von Aluminiumstreifen bewährte sich erstmals bei einem britischen Bombenangriff auf Hamburg im Juli 1943, weil das Radar und damit die Ortung der Flugzeuge erheblich beeinträchtigt

Passagiermaschinen.⁹⁶¹ Dies tangierte die Essentials. Die Sowjets forderten weiter bestimmte Höhen für den eigenen Gebrauch und die Aufsicht über den westlichen Flugverkehr.⁹⁶² Im Frühjahr nahm der Washingtoner Druck auf die Bundesregierung zu, um diese zu Konzessionen zu bewegen.⁹⁶³ Der April 1962 brachte dann eine erhebliche Verschlechterung der Beziehungen, weil der Bundeskanzler die Verhandlungen der Supermächte durch die Veröffentlichung des Standpunktes der USA torpedierte. In den Sommermonaten zeigten sich die Russen in ihren Störmaßnahmen im Luftverkehr zunehmend erfinderisch, so dass der Präsident am 17. Juli den sowjetischen Botschafter zu einer Unterredung einbestellte. Hier machte er wieder deutlich, dass ein amerikanischer Abzug nicht in Frage komme, er allerdings bereit sei, in Fragen der Zugangsregelung Einfluss auf Adenauer zu nehmen.⁹⁶⁴ Der Präsident befand sich in einer Zwickmühle: Zugeständnisse auf Kosten Westdeutschlands als Gegenleistung für die sowjetische Garantie der Essentials stießen in Bonn und Paris auf Granit, auch wenn diese lediglich der tatsächlichen Lage entsprachen. Nicht auf die Sicherheitsinteressen der UdSSR Rücksicht zu nehmen, bedeutete wiederum erhebliche Spannungen mit der sowjetischen Regierung. Selbst die Supermacht USA konnte nicht einfach über die Interessen ihrer eigensinnigen Verbündeten hinweggehen. Die Bundesrepublik war sicherheitspolitisch auf die Hegemonialmacht angewiesen; folglich konnte sie Verhandlungen als solche nicht ablehnen, aber den Verhandlungsspielraum sehr weit einschränken. Innerhalb des westlichen Lagers nahmen die Differenzen zwischen den angelsächsischen Mächten und den Partnern auf dem Kontinent zu. De Gaulle lehnte Zugeständnisse an Rußland auf deutsche Kosten ab, weil er eine Abkehr des Landes aus dem westlichen Lager fürchtete. Weiter gaben ihm Irritationen zwischen Washington und Bonn die Möglichkeit, sich als Schutzmacht für die Bundesregierung zu präsentieren.⁹⁶⁵ Auch weil die französischen Rechte hinsichtlich Berlins und Deutschland als Ganzem für den Statusanspruch der Nation entscheidend waren, lehnte der Präsident Veränderungen an den Verhältnissen ab.⁹⁶⁶ Das Verlangen der angelsächsischen Mächte, Bonn zur Beihilfe bei der Einsargung ihrer vorherigen Deutschlandpolitik zu bewegen, löste auf deutscher Seite eine erhebliche Enttäuschung aus.⁹⁶⁷ Die Auseinandersetzung zumal an den Zufahrtswegen dauerte bis zur Kuba-Krise an; gleichzeitig bestand aber beiderseits Gesprächsbereitschaft.⁹⁶⁸ Das

wurde.

⁹⁶¹ Nolte, S. 484.

⁹⁶² Münger, S. 142 ff.

⁹⁶³ Schwarz: Berlinkrise und Mauerbau, S. 14.

⁹⁶⁴ Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 152 ff.

⁹⁶⁵ Münger, S. 144 f.

⁹⁶⁶ Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 311.

⁹⁶⁷ Steininger: Deutsche Geschichte, S. 70.

⁹⁶⁸ Stützle, S. 137.

politische Ringen wurde von einer großen Anzahl von Atomversuchen auf beiden Seiten im Jahr 1962 flankiert.⁹⁶⁹ Der Misserfolg in Berlin änderte nichts am offensiven sowjetischen Engagement in anderen Teilen der Welt. Der Zenit dieses Vorgehens wurde mit Kuba erreicht.⁹⁷⁰ Die Offensive in der Karibik wirkte sich auch auf das Ringen um Mitteleuropa aus.⁹⁷¹ Das Infragestellen einer bislang von der Gegenseite dominierten Interessensphäre zählte zu den Herausforderungen im Machtspiel der Supermächte.⁹⁷² Die Vereinigten Staaten betrachteten den Inselstaat lange als Protektorat; als etwa der amerikanische Kongress 1901 den Anspruch erhob, jederzeit dort intervenieren zu können, wurde dies in die Konstitution des kleinen Landes aufgenommen. Nur zwei Monate nach der Regierungsübernahme durch Castro⁹⁷³ befasste sich bereits unter Präsident Eisenhower der Nationale Sicherheitsrat der Weltmacht im März 1959 mit dem Vorhaben die kubanische Regierung auszutauschen. Die Pläne reichten von der Tötung der Führung bis zur militärischen Landung. Selbst mit der Mafia trat der US-Geheimdienst wegen dieser Anliegen in Kontakt.⁹⁷⁴ Das Castro-Regime enteignete amerikanischen Besitz und forderte dazu auf, Lateinamerika vom US-Imperialismus zu befreien.⁹⁷⁵ Die sozialistischen Umgestaltungen missfielen den Vereinigten Staaten, die sich nicht nur als Schutzmacht der übrigen amerikanischen Staaten verstanden, sondern auch meinten, intervenieren zu dürfen. In der gegebenen weltpolitischen Lage schien die Entwicklung Kubas die Chance für die kommunistische Seite zu eröffnen, unmittelbar vor der Haustür der gegnerischen Hegemonialmacht Fuß zu fassen. In der Staatenwelt Mittel- und Südamerikas bestand die Möglichkeit von Revolutionen nach kubanischem Vorbild. Die Kommunisten konnten die Konfrontation auf einen neuen, bisher gar nicht berührten geographischen Raum ausdehnen.⁹⁷⁶ Während des US-Wahlkampfs 1960 erhielt die „kubanische Gefahr“ hinlänglich öffentliche Aufmerksamkeit.⁹⁷⁷ Castro hoffte beim Amtsantritt Kennedys zeitweilig auf eine Verbesserung der Beziehungen.⁹⁷⁸ Doch der neue Präsident hielt Castro

⁹⁶⁹ Schöllgen: Willy Brandt. Die Biographie, S. 113.

⁹⁷⁰ Görtemaker: Die unheilige Allianz, S. 43.

⁹⁷¹ Mahncke, S. 99 f.

⁹⁷² Pumm, Günter: Planspiel Kubakrise. Die Welt vor dem nuklearen Krieg, Hamburg 1997, S. 2.

⁹⁷³ Castro Ruz, Fidel, (*13.8.1926 oder 1927) stürzte im Guerillakrieg 1956-59 das Batista-Regime. Seit der Machtübernahme verstaatlichte er Unternehmen und schuf einen kommunistischen Staat auf Kuba. Seit 1976 war Castro Vorsitzender des Staatsrats und damit Staatsoberhaupt. Auch nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Europa 1989/90 und den dadurch bedingten verstärkten wirtschaftlichen Schwierigkeiten seines Landes konnte er sich dennoch an der Macht halten.

⁹⁷⁴ Greiner: Die Kuba-Krise. Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 16 ff.

⁹⁷⁵ Stern, Sheldon M.: Averting The Final Failure. John F. Kennedy and the Secret Cuban missile crisis meetings, Stanford 2003, S. 10.

⁹⁷⁶ Junghanns, Heinrich: Die Kubakrise von 1962, Magisterarbeit Universität Hamburg 1989, S. 13 ff, S. 23 und S. 31.

⁹⁷⁷ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 18.

⁹⁷⁸ White, Mark, J.: The Cuban Missile Crisis, Houndmills, Basingstoke, Hampshire, London 1996, S. 24.

für einen Verräter an den eigenen Idealen, der einen subversiven Stützpunkt errichtete.⁹⁷⁹ Wegen der Bedeutung Lateinamerikas für das Ringen zwischen den Supermächten entschloss sich Chruschtschow dafür vorzugehen und stimmte Waffenlieferungen und Wirtschaftsverträgen zu.⁹⁸⁰ Die sich aus der ökonomischen Abhängigkeit vom übermächtigen Nachbarn radikal lösende kubanische Regierung war auf einen starken Partner angewiesen. Die Sowjetunion bot sich wegen der militärischen Stärke wie wegen der großen, ein hinreichendes Maß an Selbständigkeit garantierenden, geographischen Entfernung an. Während sich im Laufe des Jahres 1960 die Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten verschlechterten, intensivierten sich die Kontakte zwischen Kuba und der UdSSR. Der Januar 1961 brachte den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Havanna und Washington. Schon bald nach seiner Regierungsübernahme befasste sich Kennedy mit Plänen seiner Administration für eine Konterrevolution auf Kuba. Er legte Wert darauf, dass keine regulären US-Formationen, sondern lediglich von diesen ausgebildete und bewaffnete Exil-Kubaner die Invasion realisieren sollten.⁹⁸¹ Die am 16./17. April 1961 durchgeführte Invasion der kubanischen Freiwilligen scheiterte vollkommen.⁹⁸² Castro handelte umgehend und ordnete neben militärischen Maßnahmen die Verhaftung von potentiellen Regimegegnern an.⁹⁸³ Vor dem Weltsicherheitsrat stritt der amerikanische Vertreter jede Unterstützung der Aktion durch seine Regierung ab. Die US-Airforce stellte ihre unterstützenden Angriffe ein, was ein wesentlicher Faktor für die Niederlage war.⁹⁸⁴ Die für das Fiasko verantwortliche Regierung Kennedy büßte erheblich an Prestige ein.⁹⁸⁵ Der Präsident sorgte sich, dass seine fehlende Eskalationsbereitschaft als Zeichen grundsätzlicher Schwäche vom Gegenspieler gedeutet werden würde.⁹⁸⁶ Chruschtschow hingegen war überzeugt, dass sein Gegner weitere Versuche unternehmen würde, um das Castro-Regime loszuwerden.⁹⁸⁷ Er hielt es für notwendig, den kubanischen Diktator intensiver zu unterstützen, weil eine Niederlage an diesem Punkt das Prestige der UdSSR weltweit beeinträchtigen konnte. Für die beiden mächtigsten Männer ging es um

⁹⁷⁹ Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 81.

⁹⁸⁰ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 18 ff.

⁹⁸¹ Junghanns, S. 23 ff.

⁹⁸² Ursächlich für das Scheitern der militärischen Operation waren im Wesentlichen kurzfristige amerikanische Planungsänderungen, aufgrund derer die kubanischen Flugzeuge den Luftraum beherrschen konnten. Die Invasionstruppen kamen über die Landezone in der Schweinebucht nicht hinaus und wurden vernichtet.

⁹⁸³ Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 85.

⁹⁸⁴ Brauburger, Stefan: Die Nervenprobe. Schauplatz Kuba: Als die Welt am Abgrund stand, Frankfurt/Main, New York 2002, S. 83.

⁹⁸⁵ Junghanns, S. 34 f.

⁹⁸⁶ Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 89 f.

⁹⁸⁷ White, Mark J.: Missiles in Cuba. Kennedy, Chruschtschow, Castro and the 1962 Crisis, 2. Aufl. Chicago 1997, S. 30 ff.

die Glaubwürdigkeit.⁹⁸⁸ Durch die bloße Existenz eines kommunistischen Regimes in einer Entfernung von nur 150 km vor der eigenen Küste fühlte sich Kennedy persönlich herausgefordert. Er setzte den Inselstaat auch weiterhin erheblich unter Druck. Hierzu zählte der von Washington betriebene Ausschluss Kubas von der OAS.⁹⁸⁹ Eine weitere Maßnahme war das Wirtschaftsembargo.⁹⁹⁰ Die US-Administration unterhielt zudem eine Organisation für verdeckte Kriegführung gegen Kuba, deren Aufgabe darin bestand, Sabotage und Attentate auf Castro zu organisieren. Entscheidende Erfolge blieben diesen Vorhaben jedoch versagt. Seit Sommer 1962 wurde der Inselstaat von der Sowjetunion in erheblichem Maße aufgerüstet, was die Verteidigungsfähigkeit des Regimes und die Möglichkeit der Verbreitung der Ideologie in der Region verbesserte.⁹⁹¹ Auch dank des sowjetischen Geheimdienstes konnten Attentate auf kubanische Führer verhindert werden.⁹⁹² Moskaus Anliegen bestand darin, sich als verlässliche Schutzmacht zu profilieren.⁹⁹³ Das Fortbestehen dieses dynamischen sozialistischen Systems mit Vorbildfunktion für Südamerika bewies die Effektivität der sowjetischen Führung in der weltweiten Verbreitung des Kommunismus.⁹⁹⁴ Im April kam dem Kreml-Herrn der Gedanke Mittelstreckenraketen auf der Insel zu stationieren; nach Beratung und Billigung des Vorhabens reiste eine russische Abordnung Ende Mai nach Havanna und erhielt das Einverständnis des Diktators. Neben allerhand anderem militärischem Gerät und Personal sollten 60 Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 2000-4000 km und einem atomaren Gefechtskopf sowie 80 sogenannte taktische Raketen auf die Insel gebracht werden. Zwingend erforderlich für das Gelingen war absolute Geheimhaltung, die aber eigentlich nicht zu gewährleisten war. Chruschtschow beabsichtigte seinen Schachzug bei seinem UNO-Auftritt im November publik zu machen, was den Gegner zur Akzeptanz zwingen sollte. Für den Fall einer frühzeitigen Entdeckung erwartete er eine das Vorhaben beendende US-Blockade.⁹⁹⁵ Die Überlassung konventioneller Waffen war nach den Spielregeln des Kalten Kriegs legitim. Die Lieferung von Atomwaffen überschritt diese Grenze aber, wie sich zeigen sollte.⁹⁹⁶ Die Stationierung von Mittelstreckenraketen mit atomaren Sprengköpfen in einem sozialistischen Gemeinwesen so dicht an der Grenze der

⁹⁸⁸ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 22.

⁹⁸⁹ Abkürzung für: Organization of American States. Dieser am 30.4.1948 auf der 9. Panamerikanischen Konferenz in Bogota gegründete kollektive Sicherheitspakt, dem alle nord-, mittel- und süd-amerikanischen Staaten außer Kanada und Guayana angehörten, diente auch dem Ziel der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit.

⁹⁹⁰ Stern, S. 17.

⁹⁹¹ Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 158 ff und S. 166.

⁹⁹² Brauburger, S. 85 f.

⁹⁹³ Junghanns, S. 34 ff.

⁹⁹⁴ White, S. 34 f.

⁹⁹⁵ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 32 ff.

⁹⁹⁶ Nolte, S. 487.

imperialen Führungsmacht der kapitalistischen Welt hätte einen aufsehenerregenden Erfolg für das östliche Lager bedeutet. Dies wäre wohl nicht ohne Wirkung auf die Staaten der „Dritten Welt“ geblieben, die mittlerweile in der UNO⁹⁹⁷ über einen erheblichen Stimmenanteil verfügten. Bei einer Abstimmung in diesem Gremium hätte der Ostblock mit den Ländern der „Dritten Welt“ eine Mehrheit für das Fortbestehen der Raketenstationierung zustande bekommen können.⁹⁹⁸ Der wagemutige Vorstoß in den gegnerischen Machtbereich hätte das Prestige der USA erheblich ramponiert und die eigene – durch China in Frage gestellte – Vormachtstellung innerhalb des sozialistischen Lagers gesichert. Zudem wollte Chruschtschow die Insel vor der als real eingeschätzten Gefahr einer Invasion schützen. Er glaubte, Kennedy würde sich mit direkt vor dem eigenen Territorium stationierten Raketen abfinden, zumal US-Atomraketen auf dem Territorium der Türkei bereits seit zwei Jahren in der Nähe der Grenze zur UdSSR standen. Der Reiz einer abenteuerlichen Machtprobe sprach Chruschtschows Spielernatur an, wenn er es auch nicht zum Krieg kommen lassen wollte. Seine Ratgeber wiesen ihn darauf hin, dass nicht mit der Geheimhaltung der Installierung zu rechnen war. Anfänglich war auch der eigensinnige Castro nicht unbedingt von der Raketenstationierung angetan. Doch fand er sich bald bereit, sich damit in den Dienst der Weltrevolution zu stellen. Die atomaren Streitkräfte blieben jedoch unter sowjetischem Oberbefehl.⁹⁹⁹ Castro gefiel sich übrigens in seiner nun weltpolitischen Rolle und berauschte sich an der Aussicht, entweder als heroische Figur oder als Märtyrer in die Geschichte einzugehen.¹⁰⁰⁰ Die USA registrierten im Verlaufe des Sommers 1962 eine erhebliche Zunahme der sowjetischen Lieferungen per Frachtschiff nach Kuba. Aussagen kubanischer Flüchtlinge deuteten zudem auf die Existenz von Raketen auf der Insel hin. Amerikanische Spionageflugzeuge entdeckten auch Bombenflugzeuge vom sowjetischen Baumuster Il-28¹⁰⁰¹ und Jagdflugzeuge vom Typ Mig-21,¹⁰⁰² die in der Kombination wirksame Offensivwaffen waren. Kennedy erklärte am 4. September 1962 öffentlich handeln zu müssen, falls der Gegner Mittelstreckenraketen auf Kuba installierte. Chruschtschow versprach daraufhin, keine offensiven Waffen auf die Insel zu bringen.¹⁰⁰³ Greiner weist darauf hin, dass der US-Präsident sich am 4. September nicht nur gegen Offensivkapazitäten sondern grundsätzlich gegen jede weitere Aufrüstung Kubas zur Wehr setzen wollte. Seit dem 21. August – an

⁹⁹⁷ Abkürzung für: United Nations Organization. Es handelt sich um die umfassendste internationale zwischenstaatliche Organisation zur Sicherung des Weltfriedens und zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit. Der Hauptsitz der Nachfolgeorganisation des Völkerbundes ist in New York.

⁹⁹⁸ Junghanns, S. 39 f.

⁹⁹⁹ Brauburger, S. 70 ff.

¹⁰⁰⁰ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 41.

¹⁰⁰¹ Iljuschin Il-28 war ein taktischer Bomber, der als fähig galt Atombomben zu tragen.

¹⁰⁰² Mikojan Mig-21 war ein Jagdflugzeug, das 1956 erstmals öffentlich präsentiert wurde und bis in die 80er Jahre das Standardjagdflugzeug des Warschauer Pakts blieb.

¹⁰⁰³ Junghanns, S. 41 f.

dem sich übrigens noch gar keine Rakete auf der Insel befand – beriet sich Kennedy wiederholt mit seinen höchsten Ratgebern. Dabei wurden die Seeblockade und mögliche russische Antworten thematisiert. Eine diplomatische Lösung wurde zugunsten militärischer Optionen vernachlässigt. Greiner hält es für möglich, dass Kennedy aus taktischen Erwägungen die lückenlose Luft-Überwachung erst am 9. Oktober wieder befahl, um bestens präpariert zu sein und einstweilen die Öffentlichkeit auf die kommende Eskalation vorzubereiten.¹⁰⁰⁴ Die USA verschärfen ihre Drohkulisse in den Monaten September und Oktober mit verbalen Kraftakten gegen Kuba und einem eindrucksvollen Marinemanöver, in dem auch amphibische Landungsaktionen exerziert wurden.¹⁰⁰⁵ Die westliche Hegemonialmacht gebot über ein weit stärkeres militärisches Potential als die UdSSR. Hinsichtlich der Atomsprengköpfe lag das Kräfteverhältnis bei 17:1, bei den Langstreckenbomben 8:1 und bei den Interkontinentalraketen stand es 5:1.¹⁰⁰⁶ Von besonderer Gefährlichkeit waren die mit Raketen bestückten, schwer zu ortenden U-Boote. Hier führten die USA mit 144 Einheiten vor der roten Flotte, die wohl 100 entsprechend ausgerüstete Schiffe in die Weltmeere ausschickte. Die Stationierung von Raketen mit mittlerer Reichweite auf Kuba eröffnete der sowjetischen Führung die Chance, fast das gesamte Territorium der USA und darüber hinaus noch große Gebiete Kanadas zu bedrohen. Zudem waren die Kosten für die Mittelstreckenraketen erheblich geringer als für die mit Bunkersystemen geschützten Interkontinentalraketen. Moskau konnte mit diesem Schachzug die Unterlegenheit in den weitreichenden Waffensystemen kompensieren.¹⁰⁰⁷ Mit einer panischen Reaktion der Gegenseite rechnete Chruschtschow allerdings nicht, zumal ja die Europäer und die Völker der Sowjetunion bereits seit längerem unter einer vergleichbaren Bedrohung lebten.¹⁰⁰⁸ Von Vorteil für die UdSSR war auch, dass der Gegner aufgrund der geringen räumlichen Distanz fast keine Vorwarnzeit mehr hatte.¹⁰⁰⁹ Die sowjetische Seite stritt wiederholt öffentlich und ausdrücklich gegenüber der US-Regierung die Existenz der „Offensivwaffen“ auf der Insel ab. Der Präsident und seine Umgebung waren sich aber darüber im Klaren belogen zu werden. Die russischen Lügen stellten optimale Argumente für die Amerikaner im Kampf um die Weltmeinung dar. So konnte Kennedy sein Vorgehen begründen und lamentieren, vollkommen von der Existenz der Waffen überrascht zu sein.¹⁰¹⁰ Das Weiße Haus befahl am 9. Oktober den erneuten

¹⁰⁰⁴ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 42 ff.

¹⁰⁰⁵ Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 163 ff.

¹⁰⁰⁶ Brauburger, S. 71.

¹⁰⁰⁷ Junghanns, S. 46 ff.

¹⁰⁰⁸ Wettig: Der Stillstand im Ringen um Berlin, in: Filippovych/Uhl: Vor dem Abgrund, S. 6.

¹⁰⁰⁹ Pumm, S. 2.

¹⁰¹⁰ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 48.

Einsatz der Spionageflugzeuge;¹⁰¹¹ sechs Tage später lag Beweismaterial für im Bau befindliche Raketen-Abschußvorrichtungen vor. Am 16. Oktober fand die erste Sitzung des Krisenstabs statt. Es herrschte Konsens darüber, dass die Stationierung für das Kräfteverhältnis und die Sicherheit der Nation nicht von Relevanz war. Ausschließlich wegen der politischen Bedeutung – es ging um den Anschein einer Änderung der Machtkonstellation – war der Vorstoß nicht akzeptabel.¹⁰¹² Ein Prestigeverlust konnte Verschiebungen im weiteren weltpolitischen Kräftespiel nach sich ziehen.¹⁰¹³ Der zentrale Aspekt bestand also in der Glaubwürdigkeit der USA. Die präsidentialen Berater befürchteten vor allem den Verlust von Südamerika an den Kommunismus, wenn die USA ihre Verteidigungsbereitschaft nicht eindrucksvoll demonstrierten. Der Ausgang dieser Kraftprobe war von Bedeutung für das gesamte internationale System.¹⁰¹⁴ Auch wegen der Präsidentschaftswahl zwei Jahre später sollte eine imponierende Inszenierung der Stärke geliefert werden, bei der der Gegner gedemütigt wurde. Eine diplomatische Lösung wurde nicht verfolgt. Zur Debatte standen hingegen die Optionen Luftangriff, Invasion und Blockade. Problematisch war, dass keine Gewissheit herrschte, ob alle Abschlußbasen erkannt waren, wann die Waffensysteme einsatzbereit sein würden. Auch bei einem massiven US-Bombardement konnte die Vernichtung sämtlicher erfasster Zielobjekte nicht garantiert werden.¹⁰¹⁵ Im Fall einer Invasion war mit erheblichen Verlusten zu rechnen und damit, dass der Gegner die Raketen einsetzen würde.¹⁰¹⁶ Ein Luftangriff hätte die USA in die Gefahr der politischen Isolation gebracht. Als erstes, begrenztes Druckmittel schien die Blockade probat zu sein.¹⁰¹⁷ Bei schon langfristig terminierten Treffen Kennedys und Ruskis mit dem sowjetischen Außenminister am 18. Oktober fiel das Wort Raketen nicht; beide Seiten unterhielten sich aber ausführlich darüber. Im Unterschied zu früher sprach Gromyko nicht mehr von defensiven Waffen. Entscheidend war nach seiner Auffassung nicht die technische Fähigkeit des Systems, sondern der politische Wille. Gleichgültig was für Systeme sich auf der Insel befanden, sie fungierten nicht als Instrument zur Drohung, sondern dienten zum Schutz vor einer Invasion. Der sowjetische Vertreter gab zu verstehen – wie auch die Vereinigten Staaten – Basen in der Nachbarschaft des Gegenspielers zu errichten und Waffenlieferungen nicht publik zu machen. Kennedy hoffte, dass sein

¹⁰¹¹ Dabei handelte es sich um ein Flugzeug vom Typ U-2. Es war das beste Spionageflugzeug der Zeit. Die Kameras lieferten so gute Aufnahmen, dass Auswertungsspezialisten eine aus 18 km Höhe aufgenommene Zeitung erkennen konnten.

¹⁰¹² Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 49 ff.

¹⁰¹³ Junghanns, S. 13.

¹⁰¹⁴ Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 177 ff. und S. 210.

¹⁰¹⁵ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 53 ff.

¹⁰¹⁶ Kennedy, Robert Francis: Dreizehn Tage/Wie die Welt beinahe unterging, 2. Aufl., Darmstadt 1982, S. 82 f.

¹⁰¹⁷ Greiner, Bernd: Kuba-Krise, 13 Tage im Oktober: Analyse, Dokumente, Zeitzeugen, (Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 7), Nördlingen 1988, S. 72 f.

Besucher die Raketenlieferung nicht eingestand, um einen Triumph in der Hand zur Beeinflussung der Weltöffentlichkeit zu haben. Gromyko kam zum Schluß, dass nicht mit einem US-Militärschlag zu rechnen war.¹⁰¹⁸ Er ging zutreffend wohl davon aus, dass die amerikanischen Gastgeber informiert waren und Stillschweigen wahrten.¹⁰¹⁹ Kennedy vermutete, dass Moskau durch seinen Schachzug in der Karibik einen Vorteil erlangen wollte, der im Ringen um Berlin als mögliche Konzession ins Spiel gebracht werden konnte.¹⁰²⁰ Er hielt eine unmittelbare Verbindung der beiden Vorposten Kuba und Berlin für gegeben. Ein amerikanischer Vorstoß gegen die Insel würde mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Aktion der Sowjets gegen Berlin nach sich ziehen.¹⁰²¹ Kennedys Ratgeber berücksichtigten in ihren Plänen mögliche Folgen auch in anderen Teilen der Welt.¹⁰²² Während dieses Herbstes gab es sowohl in Washington als auch in London geheime Pläne, West-Berlin aufzugeben und die dortige Bevölkerung zu transferieren.¹⁰²³ Die Vereinigten Staaten waren in der karibischen Krise aufgrund der räumlichen Nähe und der Überlegenheit des konventionellen wie nuklearen Potentials klar im Vorteil gegenüber dem Gegner.¹⁰²⁴ Es ging Kennedy nicht nur um die Bedrohung seines Landes sondern auch um die Verhinderung eines persönlichen Prestigeverlustes.¹⁰²⁵ Nach vorherigem Schwanken des Präsidenten fiel am 20. Oktober die Entscheidung die Insel zu blockieren. Die militärischen Optionen wurden wegen der Sorge um die Solidarität der europäischen Verbündeten zurückgestellt. Der gewählte Lösungsweg ließ dem Gegner Zeit zum Einlenken und gab zu verstehen, es nicht zur Eskalation kommen lassen zu wollen. Mit der gleichzeitigen Anordnung der höchsten militärischen Alarmstufe wurde der UdSSR Stärke und Entschlossenheit demonstriert.¹⁰²⁶ Im Stab des Präsidenten wurde eine dramatisierende Darstellung des Geschehens als ein die ganze Weltgemeinschaft betreffendes Ringen mit dem Kommunismus und nicht etwa als Krise auf einer fernen Karibik-Insel für richtig erachtet. Die Präsentation der Vorgehensweise erschien dabei nicht weniger wichtig als der Inhalt. Bei der Kontaktaufnahme mit dem britischen Premier zeigte sich dieser nicht gerade davon angetan, diplomatische Wege auszuschlagen. Bei den übrigen europäischen Regierungen, die ja ohnehin schon seit Jahren unter dem Schatten der auf ihre Länder gerichteten sowjetischen Mittelstreckenraketen lebten, war davon auszugehen, dass sie die sowjetische Initiative stillschweigend hinnehmen würden. Für das Weiße Haus war es

¹⁰¹⁸ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 58 ff.

¹⁰¹⁹ Greiner: 13 Tage im Oktober, S. 64 ff.

¹⁰²⁰ Nolte, S. 488.

¹⁰²¹ Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 161 f.

¹⁰²² Junghanns, S. 80.

¹⁰²³ Steininger: Deutsche Geschichte, S. 70 f.

¹⁰²⁴ Junghanns, S. 80 ff.

¹⁰²⁵ Jochum, S. 209 f.

¹⁰²⁶ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 60 f.

zunächst vordringlich, wirkungsvolle Propaganda zu gestalten und den Handlungsspielraum zu vergrößern. Relevant im Bereich der Informationspolitik war es, die Raketenstationierung als überraschend und die Antwort des Präsidenten als rasch und zugleich wohlüberlegt darzustellen, so dass keine andere Lösung als das Vorgehen Kennedys möglich schien. Der Weltöffentlichkeit sollte der Eindruck vermittelt werden, die US-Regierung handelte spontan. Vor allem sollten die übergangenen europäischen Partner von den tagelangen Besprechungen in Washington nichts erfahren. In einer als akut erscheinenden Notsituation würden die Verbündeten ihren Beistand hingegen sicher leisten. Die Inszenierung wurde meisterhaft gehandhabt; Öffentlichkeitsarbeit, politische Schritte und militärische Vorbereitungen wurden global in Gang gesetzt, um den Gegner propagandistisch zu überfahren und zu isolieren. Die dann informierten europäischen Verbündeten zeigten sich tatsächlich solidarisch, wenn auch in unterschiedlichen Nuancen. De Gaulle interessierte sich nicht für Details und verkündete die bedingungslose Unterstützung Frankreichs; Macmillan wünschte hingegen eine vorsichtige Vorgehensweise. Adenauer hielt Bombardierung und Invasion für die angemessene Reaktion.¹⁰²⁷ Die Entscheidungsträger der bedeutendsten US-Medien wurden auf die amtliche Version der Regierung eingeschworen.¹⁰²⁸ Die konzertierte Reaktion der USA erfolgte am 22. Oktober 1962. Unverschlüsselt ging der Befehl zur Alarmbereitschaft an die Streitkräfte in allen Stützpunkten auf der ganzen Welt. Damit war das Militär auch für den Nuklearschlag sofort einsatzbereit. Die aufgrund einer Eigenmächtigkeit eines hohen Offiziers erfolgte offene Übermittlung der Anordnung verfehlte ihre Wirkung auf den Generalstab der Roten Armee nicht.¹⁰²⁹ Das Verhältnis zwischen Kennedy und seiner Generalität war nicht frei von gegenseitigem Misstrauen.¹⁰³⁰ Die US-Militärs waren sich sicher, dass Chruschtschow – nunmehr massiv unter Druck gesetzt – nicht riskieren würde, sich zu bewegen. Eine mögliche Panikreaktion des Gegners bedachten sie nicht.¹⁰³¹ Am Abend des 22. Oktobers hielt der Präsident eine auf allen Fernsehsendern übertragene Rede an die Nation. Er informierte die Welt über die russische Raketenstationierung auf Kuba und bekräftigte alles zu tun, um diese Gefahr zu bannen. Weiter berichtete er über unternommene Schritte wie die Einrichtung der Seeblockade, die er Quarantäne nannte, um künftige Waffenlieferungen zu unterbinden. Kennedy drohte mit Militärschlägen, falls

¹⁰²⁷ Greiner: 13 Tage im Oktober, S. 74 ff.

¹⁰²⁸ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 63 f.

¹⁰²⁹ Junghanns, S. 85 f.

¹⁰³⁰ Biermann, Harald: Die Streitkräfte der USA während der Kubakrise, in: Filippovych, Dimtrij N.; Uhl, Matthias: Vor dem Abgrund. Die Streitkräfte der USA und UdSSR sowie ihre deutschen Bündnispartner in der Kubakrise, (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte), München 2005, (S. 11-26), hier: S. 13.

¹⁰³¹ Greiner: 13 Tage im Oktober, S. 89.

der Gegner die Baumaßnahmen an den Raketenstellungen fortführte.¹⁰³² Seine Ansprache gilt als rhetorisches Meisterwerk; Kennedy präsentierte sich dem staunenden Publikum in der Rolle des Detektivs, des Kriegsherrn und des Beschützers der freien Welt. Die militärische Gefahr wurde in den Vordergrund geschoben; dass die Raketen tatsächlich eher aus politischen Erwägungen abziehen waren, sagte er nicht. Kennedy bzw. sein Redenschreiber Theodore Sorensen vermieden es ausdrücklich zu äußern, dass sich die militärische Lage zu Ungunsten der USA verschob. Die Gefahr wurde lediglich umschrieben und angedeutet. Im Fall des Abschusses einer Rakete von Kuba drohte Kennedy mit der atomaren Vergeltung gegen die Sowjetunion. Selbst für diese Konstellation vermittelte der Präsident den Eindruck von Siegeszuversicht.¹⁰³³ Er rief seinen Gegenspieler dazu auf, das Vorgehen auf Kuba sofort einzustellen und in Verhandlungen zu treten. Die Rede wurde mitsamt einem Begleitbrief Kennedys dem Generalsekretär übermittelt.¹⁰³⁴ Die umfassende Vorbereitung auf allen Ebenen und die perfekt organisierte mediale Inszenierung zeigten die gewünschte Wirkung. Washington bot der Weltöffentlichkeit Beweismaterial sowie Hintergrundinformationen und spielte Moskau somit an die Wand.¹⁰³⁵ Chruschtschow war überrascht und sah sich mit der Gefahr des unbedingt zu vermeidenden großen Krieges konfrontiert. Zunächst war er erleichtert, dass es sich lediglich um eine Blockade handelte. Er ließ unverzüglich mit einer Ausnahme¹⁰³⁶ die mit brennbarem Material beladenen Schiffe zurückrufen. Vier auch mit Atomtorpedos ausgerüstete U-Boote hielten aber weiter Kurs auf die Insel. Der russische Befehlshaber auf Kuba wurde angewiesen, die atomaren Waffen auf keinen Fall nach eigenem Ermessen einzusetzen. Die Rote Armee und die Streitkräfte der Bundesgenossen führten weder eine Mobilmachung noch Truppentransporte durch und signalisierten damit, nicht unmittelbar auf einen Krieg vorbereitet zu sein. Einen provokanten Gegenschlag etwa in Berlin lehnte Chruschtschow ab. Gerade wegen des Eindrucks gegenüber dem Ausland ging der Generalsekretär am 23. Oktober abends in das Bolschoi-Theater. Castro lief hingegen angesichts der Aussicht auf heldenhaften Untergang zu großer Form auf.¹⁰³⁷ Am 23. Oktober konferierten die Außenminister der OAS¹⁰³⁸ über die Sanktionierung des US-amerikanischen Vorhabens. Die geschlossene Zustimmung dieses Gremiums stellte eine nützliche politische Schützenhilfe für die kommenden diplomatischen Schritte dar. Die

¹⁰³² Junghanns, S. 85 ff.

¹⁰³³ Greiner: 13 Tage im Oktober, S. 79 f.

¹⁰³⁴ Junghanns, S. 85-91.

¹⁰³⁵ Greiner: 13 Tage im Oktober, S. 80 f.

¹⁰³⁶ Die "Aleksandrowsk" mit ihrer Fracht von 68 Atomsprengköpfen erreichte einen nahe gelegenen kubanischen Hafen. So: Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 71.

¹⁰³⁷ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 64 ff.

¹⁰³⁸ Organization of American States. Diese Organisation selbständiger amerikanischer Staaten wurde 1948 gegründet, hat ihren Sitz in Washington und dient der Regelung inneramerikanischer Fragen wie Streit-schlichtung und Zusammenarbeit.

NATO-Partner waren mit der Seeblockade einverstanden; folglich weitete sich der mögliche Konflikt auf das gesamte Territorium des Bündnisses wie das des Warschauer Pakts aus. Moskau schwieg zunächst. Der Kreml ließ dann in einem persönlichen Brief an das Weiße Haus und über eine Nachrichtenagentur seine Antwort erkennen. Der Generalsekretär beschuldigte den Gegner der Piraterie und erklärte, dass die gelieferten Waffen nur der Verteidigung dienen. Chruschtschow stritt die Existenz von Mittelstreckenraketen aber nicht ab.¹⁰³⁹ Mit Kompromisslosigkeit wollte er in diesem Schreiben Kennedy zum Nachgeben bewegen.¹⁰⁴⁰ Am Abend des 23. Oktobers führten die Amerikaner der Weltpresse Fotos der kubanischen Raketenstellungen vor, um die Glaubwürdigkeit des Gegners zu zerstören und um die Weltmeinung für sich einzunehmen.¹⁰⁴¹ Am 24. Oktober gab Chruschtschow über einen als Mittelsmann eingesetzten amerikanischen Geschäftsmann zu verstehen, dass die auf der Insel stationierten Waffen russischem Befehl unterstanden und der Einsatz ausschließlich von ihm selbst angeordnet werden konnte. Zudem wurde eröffnet, dass die östliche Seite ihre Atomraketen nicht als erste sprechen lassen würde. Außerdem offerierte der Generalsekretär die Möglichkeit eines Treffens der beiden mächtigsten Staatsmänner. Der sowjetische Vertreter leugnete am nächsten Tag gegenüber dem UNO-Sicherheitsrat die Existenz der Waffen und beschuldigte die US-Regierung zu lügen. Daraufhin präsentierte sein amerikanischer Gegenspieler umgehend das Beweismaterial; die UdSSR stand vor der ganzen Welt bloßgestellt dar.¹⁰⁴² Die dramatische Konfrontation wurde im Fernsehen übertragen.¹⁰⁴³ Der Vertreter der Sowjetunion hatte auch deshalb einen schweren Stand, weil erst zwei Monate zuvor Gromyko vor diesem Forum behauptet hatte, dass sein Land keine Offensivwaffen außerhalb des eigenen Territoriums bereitstellen würde. Die Führungsmacht des Kommunismus stand ganz offensichtlich als Lügner da.¹⁰⁴⁴ UNO-Generalsekretär Sithu U Thant¹⁰⁴⁵ ergriff die Initiative, eine „Denkpause“ von zwei bis drei Wochen einzulegen, was für Chruschtschow, nicht aber für Kennedy akzeptabel war.¹⁰⁴⁶ Am 26. Oktober verfasste Chruschtschow ein Schreiben, in dem er als Gegenleistung für einen amerikanischen Verzicht auf eine militärische Landung auf der Insel einen Abzug der eigenen Militärspezialisten anbot. Er sprach nicht von Raketen; aber es war klar, dass diese gemeint waren. Mit großer zeitlicher Verzögerung kam diese Botschaft in

¹⁰³⁹ Junghanns, S. 90 ff.

¹⁰⁴⁰ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 73 f.

¹⁰⁴¹ Junghanns, S. 90 ff.

¹⁰⁴² Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 81 ff.

¹⁰⁴³ Kennedy, S. 71 f.

¹⁰⁴⁴ Junghanns, S. 90 ff. und S. 98 ff.

¹⁰⁴⁵ U Thant, Sithu (*22.1.1909, gest. 25.11.1974) war birmanesischer Politiker und fungierte ab 1949 als Informationsminister. 1957-61 war er ständiger Vertreter seines Landes bei den UN, deren Generalsekretär er 1961-71 er war.

¹⁰⁴⁶ Greiner: 13 Tage im Oktober, S. 93 ff.

Washington an. Nur der Präsident achtete die positiven Aspekte des Angebots und hielt ein Entgegenkommen für unerlässlich; seine Berater waren hingegen nicht kompromissbereit.¹⁰⁴⁷ Der Vorschlag deckte sich mit Vorstellungen Kennedys. Die Garantie für das ungeliebte Regime schien als Zugeständnis adäquat zu sein, zumal Chruschtschow keine weiteren Forderungen stellte.¹⁰⁴⁸

Im Atlantik war mittlerweile eine riesige Armada von 2000 Einheiten zusammengezogen; 46 Schiffe und 240 Flugzeuge waren zum Abfangen und Durchsuchen der sowjetischen Frachter im Einsatz. Besonderes Augenmerk widmete die US-Navy den U-Booten. In einer groß angelegten Aktion zwang sie in einem Seegebiet von 3,5 Millionen Quadratmeilen mehrere Einheiten zum Auftauchen.¹⁰⁴⁹ Die Navy verwendete leichte Wasserbomben bei der Verfolgung auch atomar ausgerüsteter U-Boote. Über die Radikalität des Vorgehens war der Krisenstab in Washington nicht informiert. Bei der Blockade traten erhebliche Kommunikationsprobleme auf. Am 26. Oktober wurde – wie Greiner jedenfalls meint – erstmalig und vor allem für die Öffentlichkeit der USA ein für die Sowjetunion fahrender Frachter kontrolliert.¹⁰⁵⁰ Unabhängig von der Effektivität der Seeblockade waren die raschen Fortschritte beim Bau der Raketenbasen auf der Insel.¹⁰⁵¹ Die amerikanische Tiefflugaufklärung wurde intensiviert.¹⁰⁵²

Chruschtschow verfasste ein weiteres Schreiben, in dem er einen Tausch vorschlug: Bei einem Abzug der eigenen Raketen wurde von der anderen Supermacht erwartet, ihre Systeme aus der Türkei abzuziehen. Die Sowjetunion garantierte die Sicherheit der Türkei; im Gegenzug versicherten die USA die Unverletzlichkeit des Inselstaats zu achten. Diese Botschaft wurde auch unverzüglich über Radio Moskau verbreitet. Der Generalsekretär war hinlänglich über das westliche Vorhaben informiert, die Basen in der Türkei aufzulösen und durch „Polaris“-U-Boote zu ersetzen. Der Inhalt des Vorschlags war für den US-Krisenstab nicht wirklich unerwartet. Der Präsident war unentschieden. Problematisch war an der Angelegenheit die Beeinträchtigung der Glaubwürdigkeit der Hegemonialmacht und ihrer Verlässlichkeit gegenüber den Bundesgenossen.¹⁰⁵³ Die neue Forderung brachte Washington wegen des unvermeidlichen Eindrucks, den Schutz der Türkei zugunsten der eigenen Sicherheit preiszugeben, in eine schwierige Lage. Der Abschuss eines US-Aufklärungsflugzeugs über Kuba noch am selben Tag steigerte die

¹⁰⁴⁷ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 83 ff.

¹⁰⁴⁸ Junghanns, S. 101 ff.

¹⁰⁴⁹ Greiner: 13 Tage im Oktober, S. 84 ff.

¹⁰⁵⁰ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 75 ff.

¹⁰⁵¹ Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 185 ff.

¹⁰⁵² Kennedy, S. 81.

¹⁰⁵³ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 91 ff.

Spannung zusätzlich.¹⁰⁵⁴ Der sowjetische Vorschlag war nicht abwegig. Der Präsident selbst hatte in der Vergangenheit angeregt, mit der Türkei über den Abzug der dort stationierten, veralteten „Jupiter-Raketen“ zu verhandeln. Die im Mittelmeer eingesetzten „Polaris“-U-Boote konnten das Land wirkungsvoller schützen; doch lehnte die türkische Regierung dieses Ansinnen ab.¹⁰⁵⁵ Kennedy konnte sich gegenüber den Falken unter seinen Beratern nicht durchsetzen. Der Antwortbrief an Moskau ging nicht auf den Raketen-Tausch ein. Ohne Wissen seines Krisenstabs veranlasste Kennedy seinen Bruder Robert zu einem Treffen mit dem sowjetischen Vertreter. Robert Kennedy äußerte diesem gegenüber, dass es illusorisch wäre, die Krise mit einem Raketenhandel beizulegen; andererseits wünschte der Präsident seit langem eine Demontage der veralteten „Jupiter“ – vier bis fünf Monate nach dem sowjetischen Rückzug aus Kuba ließe sich diese Absicht realisieren. Chruschtschow sollte indes keine falschen Schlüsse ziehen. Es handelte sich um eine streng vertrauliche Information, keinesfalls um ein Gesprächs- oder gar Verhandlungsangebot. Sollte dieser Teil einer politischen Lösung an die Öffentlichkeit gelangen, würde es keine politische Lösung geben. Die Verantwortung trug nun Chruschtschow. Er sollte – weil Kennedy so viel an seinem öffentlichen Profil der Stärke lag – als Verlierer dastehen. Am 28. Oktober entschloß sich der Generalsekretär unter dem Eindruck von Castros Atomkriegsphantastereien, dem Abschluß des amerikanischen Spionageflugzeugs, dem autonomen Agieren russischer Offiziere und der für möglich gehaltenen amerikanischen Invasion,¹⁰⁵⁶ also letztlich wegen der zu befürchtenden Unkontrollierbarkeit des Geschehens nachzugeben. Die amerikanische Versicherung von einer Invasion abzusehen ließ sich als politischer Erfolg präsentieren. Dem russischen Militär wurde befohlen, umgehend die Raketenbasen zu demontieren.¹⁰⁵⁷ Chruschtschows Entscheidung wurde am 28. Oktober über Radio Moskau veröffentlicht; damit war die akute Gefahr beendet.¹⁰⁵⁸ Auch die Einsicht, dass der Gegner über das größere Vernichtungspotential verfügte, bewegte Chruschtschow zum Nachgeben.¹⁰⁵⁹ Sein Einlenken hatte nichts mit dem in Aussicht gestellten Rückzug der Raketen aus der Türkei zu tun. Als der Generalsekretär dann am 29. Oktober eine diplomatische Beglaubigung des Versprechens wünschte, verweigerte Robert Kennedy eine schriftliche Fixierung. Es sollten keinerlei für das öffentliche Profil der Stärke der Kennedy-Brüder abträgliche

¹⁰⁵⁴ Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 192 ff.

¹⁰⁵⁵ Kennedy, S. 91 f.

¹⁰⁵⁶ Aufgrund falscher Geheimdienstinformation glaubte Chruschtschow an eine unmittelbar bevorstehende US-Invasion auf der Insel. Eine militärische Auseinandersetzung wünschte er zu vermeiden. So: Biermann: Die Streitkräfte der USA während der Kubakrise, in: Filippovych/Uhl, S. 22 f.

¹⁰⁵⁷ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 98 ff.

¹⁰⁵⁸ Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 201 ff.

¹⁰⁵⁹ Nolte, S. 489.

Spuren zu finden sein.¹⁰⁶⁰ Aufgrund der Geheimhaltung des Deals wurde die internationale Glaubwürdigkeit der westlichen Führungsmacht nicht beeinträchtigt. Am 20. November hoben die USA die Blockade auf. Washington beachtete die geheime Vereinbarung; im April 1963 befanden sich keine amerikanischen Raketen mehr auf dem Territorium der Türkei.¹⁰⁶¹ Somit kompensierten die USA den Abbau der eigenen Bedrohung durch den Verzicht auf eine ebensolche Gefährdung des Gegners an dessen Südflanke.¹⁰⁶² Wegen der offenkundig gewordenen militärischen Unterlegenheit handelte es sich aber im Ergebnis doch um eine Niederlage der UdSSR.¹⁰⁶³ Die Sowjets transportierten ihre Raketen unter Aufsicht internationaler Diplomaten zurück; zusätzlich mussten sie die auf der Insel stationierten Bombenflugzeuge in die Heimat verlegen.¹⁰⁶⁴ Der von der Sowjetunion sehr enttäuschte Castro bereitete den Supermächten bei der Abwicklung der im Kern ausgestandenen Krise dann noch einige Schwierigkeiten.¹⁰⁶⁵ Die westliche Öffentlichkeit wertete den Ausgang der Krise als Erfolg der USA.¹⁰⁶⁶ Ende des Jahres 1962 gab der US-Präsident öffentlich zu verstehen, dass dieser Ausgang für Deutschland die Fixierung des Status quo bedeutete.¹⁰⁶⁷ Kennedy äußerte dann am 10. Juni 1963 den Wunsch „Frieden für alle Zeiten“ zu erlangen. Drei Wochen später wurde er triumphal von den Berlinern empfangen.¹⁰⁶⁸ Das Geschehen bedeutete das Ende der zweiten Auseinandersetzung um Berlin und machte der sowjetischen Führung die westliche Bereitschaft deutlich, für als vital gehaltene Interessen auch militärische Risiken zu tragen. Von nun an stellte die UdSSR die Anwesenheit der Westalliierten in Berlin nicht mehr in Frage, sondern beschränkte sich darauf, die westdeutsche Präsenz in der Stadt zu attackieren.¹⁰⁶⁹ Angegriffen wurde damit die wesentlich schwächere Bonner Regierung. Die Medien der Kommunisten erweckten den Eindruck, als müssten lediglich die dem Frieden abträglichen Aktivitäten der Bundesregierung in den Westsektoren abgestellt werden. Großbritannien, Frankreich und die USA seien allenfalls dafür verantwortlich, nicht hart genug gegen die deutschen Revanchisten vorzugehen.¹⁰⁷⁰

Die Krise führte dazu, dass die Staatsmänner beider Supermächte die Situation überdachten. Kuba war also nicht nur ein Höhe-, sondern auch ein Wendepunkt in der Konfrontation der Blöcke. Nun setzte langsam die Tendenz zur Entspannung ein. Auf

¹⁰⁶⁰ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 105 ff.

¹⁰⁶¹ Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 201 ff.

¹⁰⁶² Dülffer, S. 37.

¹⁰⁶³ Junghanns, S. 16.

¹⁰⁶⁴ Nolte, S. 489.

¹⁰⁶⁵ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 108 ff.

¹⁰⁶⁶ Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 205.

¹⁰⁶⁷ Nolte, S. 492.

¹⁰⁶⁸ Nolte, S. 492 f.

¹⁰⁶⁹ Mahncke, S. 48 f.

¹⁰⁷⁰ Wettig: Das Vier-Mächte-Abkommen in der Bewährungsprobe, S. 53 f.

beiden Seiten sahen die Entscheidungsträger zunehmend die Notwendigkeit ein, den Rüstungswettlauf zu kontrollieren und Fragen des Krisenmanagements zu besprechen. Wegen der schönen Parabel sei die Rechtfertigung Chruschtschows vor dem Obersten Sowjet im Dezember 1962 für sein Nachgeben zitiert: „Stellen wir uns einmal vor, was sich hätte ereignen können, hätten wir es den starrköpfigen Politikern gleichgetan und es abgelehnt, auf gegenseitige Zugeständnisse einzugehen. Das hätte eine Situation geschaffen wie in jenem Märchen, in dem sich zwei Ziegenböcke auf einer Brücke über einem Abgrund begegnen, die Hörner gegeneinander stemmen, weil jeder sich weigert, dem andern Platz zu machen. Bekanntlich stürzen beide in den Abgrund. Ist es vernünftig, dass Menschen so handeln?“¹⁰⁷¹ Für Kennedy stand nach der überstandenen Gefahr die Minderung des Risikos der nuklearen Vernichtung im Vordergrund. Am 25. Juli 1963 einigten sich Vertreter der Supermächte darauf, vorläufig keine weiteren Atomtests vorzunehmen. In der Auseinandersetzung zwischen Ost und West sank in der folgenden Zeit das Risiko des Atomkriegs.¹⁰⁷² Um derart gefährliche Zuspitzungen, bei denen schon wegen eines Missverständnisses ein Krieg ausgelöst werden konnte, künftig besser vermeiden zu können, wurde bereits 1963 eine unmittelbare Kommunikation zwischen dem Weißen Haus und dem Kreml, der sogenannte „heiße Draht“, geschaffen.¹⁰⁷³ Auf beiden Seiten setzte sich die Überzeugung durch, eine atomare Auseinandersetzung unbedingt vermeiden zu müssen. Die beim bestehenden Rüstungsstand feststehende gegenseitige Zerstörung, der „Overkill“, führte zu Stabilität in den Beziehungen.¹⁰⁷⁴ Die US-Administration gedachte durch zunehmende gegenseitige Verflechtungen auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Sektor gemeinsame Interessen zu schaffen, die nicht so leicht einseitig beendet werden konnten. Förderlich für die Verbesserung des Verhältnisses zwischen den Supermächten war zudem der gemeinsame Gegensatz zu China.¹⁰⁷⁵ Die am 20. Oktober 1962 ausgebrochene kriegerische Auseinandersetzung zwischen China und Indien besorgte sowohl Washington als auch Moskau, so dass beide Mächte das unterlegene Indien mit der Lieferung von Rüstungsmaterial unterstützten, was Peking bewog den Vorstoß einzustellen.¹⁰⁷⁶ Die Führungsmächte widmeten ihre Aufmerksamkeit von nun an zunehmend den Ländern der Dritten Welt.¹⁰⁷⁷

¹⁰⁷¹ Görtemaker: Die unheilige Allianz, S. 44 f.

¹⁰⁷² Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 205 f.

¹⁰⁷³ Bracher: Die Krise Europas 1917-1975, S. 366.

¹⁰⁷⁴ Döffler, S. 37.

¹⁰⁷⁵ Borowsky, S. 175.

¹⁰⁷⁶ Nolte, S. 491.

¹⁰⁷⁷ Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 205 ff.

3.1. Die „Welt“

Bei der Gründung im Jahr 1945 mischten Instanzen bis hin zum britischen Außenministerium mit. Es war vorgesehen ein zuverlässiges Presseorgan zu schaffen, das die Ziele und Pläne der englischen Regierung den Deutschen darstellen und nach Aufhebung der Überwachung weiter bestehen bleiben sollte. Das Anliegen bestand darin, dem Publikum die deutsche Situation in der Einbettung der Weltlage zu verdeutlichen und zu unabhängigem Denken zu erziehen. Daneben war das Blatt als Beitrag gedacht, die Arbeit des Besatzungsregimes zu fördern. Zwar war nicht intendiert, den Anschein zu erwecken, die Zeitung würde von Deutschen allein geleitet; die direkte englische Aufsicht durfte allerdings nicht offen angesprochen werden. Die „Welt“ war nicht als offizielles Regierungsblatt gedacht; eine zu starke Dominanz des Standpunkts der Besatzungsmacht war in der Darstellung nicht wünschenswert. Durch eine nüchterne Berichterstattung aus dem weltweiten Geschehen sollte Einseitigkeit vermieden werden.¹⁰⁷⁸ Der vorläufige Mitarbeiterstab wurde vom aus dem KZ zurückgekommenen Rudolf Küstermeier geleitet. Am 2. April 1946 erschien die „Welt“ erstmalig. Küstermeier räumte den Lesern gegenüber ein, nicht in Opposition zur Militärregierung zu stehen, sondern vielmehr kooperieren zu wollen. Das Blatt orientierte sich an der englischen „Times“ und hielt sich wegen der Vorbildfunktion besonders an den Grundsatz der Unterscheidung von Nachricht und Meinung.¹⁰⁷⁹ Es erwies sich zunächst als ungünstig, das Blatt in Hamburg herauszugeben, wo doch in London und Berlin die politischen Entscheidungen fielen. Immerhin brauchten nicht alle Maßnahmen des Besatzungsregimes verteidigt werden.¹⁰⁸⁰ Küstermeier vermochte es, dem Blatt das Maß an Eigenständigkeit zu geben, auf das die Briten Wert legten. Der angestrebte liberale Charakter sollte mit der Zulassung von Leserbriefen und dem Veröffentlichen von Beiträgen ausländischer Zeitungen gewährleistet werden. Die „Welt“ sollte über das Leben in den westlichen Demokratien, insbesondere über Kultur, politische Diskussionen und demokratische Entscheidungsprozesse informieren.¹⁰⁸¹ Das Blatt leistete durch das fragwürdige Bemühen, die englische Aufsicht zu verschleiern, einen Beitrag, den eigenen Status in die Kritik zu bringen.¹⁰⁸² Die britisch kontrollierte deutsche Zeitung, wie sie der leitende Controller Mc. Ritchie bezeichnete, sollte sowohl beispielgebend in der inhaltlichen Gestaltung sein und

¹⁰⁷⁸ Koszyk, Kurt: Pressepolitik für Deutsche 1945-49. Geschichte der deutschen Presse Teil IV. (Abhandlungen und Materialien zur Publizistik, Bd. 10), Berlin 1986, S. 205 ff.

¹⁰⁷⁹ Die Welt, Nr. 1, 2. 4. 46, S.1, sowie Fischer, Heinz-Dietrich: Die großen Zeitungen. Porträts der Welt-
presse, München 1966, S. 193 ff.

¹⁰⁸⁰ Balfour, Michael: Vier Mächte Kontrolle in Deutschland 1945-46, Düsseldorf 1959, S. 324 f.

¹⁰⁸¹ Koszyk S. 212 f.

¹⁰⁸² Harenberg, Karl-Heinz: „Die Welt“ 1946-53. Eine deutsche oder eine britische Zeitung?, Hamburg 1976, S. 23 f.

die lokalen Zeitungen zur Übernahme ihrer Standards bewegen als auch gleichzeitig den Standpunkt der Besatzungsmacht gebührend darstellen. Schon in der Aufgabenstellung waren Konflikte angelegt. Die wegen des positiven Verkaufsergebnisses neidischen deutschen Mitbewerber nannten die „Welt“ herablassend „Brittenpostille“. Den englischen Gründern und deutschen Mitarbeitern ging es darum, eine Zeitung zu initiieren, die nach einer Übergangsphase als Presseorgan der Besatzungsmacht mit zunehmender Eigenständigkeit schließlich für die deutschen Medien in Hinsicht auf Objektivität und internationale Kooperation vorbildlich sein sollte. Ungeachtet aller Erfolge blieb das Blatt umstritten.¹⁰⁸³ Die Lenkungsmöglichkeiten der Militärregierung bestanden in Anweisungen an die Redaktion, der Beaufsichtigung der Nachrichtenagenturen und dem Veranlassen von Kampagnen. Das Verhältnis zwischen deutschen Journalisten und englischen Kontrolloffizieren war allgemein vertrauensvoll, so dass lediglich die maßgeblichen Beiträge kontrolliert wurden.¹⁰⁸⁴ Ob es sich um eine deutsche oder britische Zeitung handelte, läßt sich wohl nicht eindeutig festlegen. Verschieden ausgeprägte englische Beeinflussung stand Selbstständigkeitsbestrebungen und wachsender Eigenverantwortung der deutschen Mitarbeiter gegenüber.¹⁰⁸⁵ Fischer befindet, dass es sich um ein zwar von der Militärregierung gelenktes, aber doch maßgeblich von deutschen Journalisten geprägtes Presseorgan handelte, das die nationalen Fragen auch vom deutschen Standpunkt aus wahrnahm.¹⁰⁸⁶ Eschenburg bewertet das Blatt zwar als englandfreundlich, nicht aber als englandhörig.¹⁰⁸⁷ Die übersichtliche und nüchterne Berichterstattung war ein wesentlicher Grund für die große Akzeptanz bei der Leserschaft. Dass die „Welt“ so schnell erfolgreich war, lag auch an von den Engländern gewährten Privilegien, zu denen Sonderzuweisungen an Papier sowie die exklusive Weiterleitung von Informationen gehörten.¹⁰⁸⁸ Ergänzend wurde 1948 die eher populär aufgemachte „Welt am Sonntag“ eingeführt.¹⁰⁸⁹ Seit Juli 1949 erschien das Medium täglich.¹⁰⁹⁰ Die kurz darauf erfolgende Aufhebung des Lizenzsystems ermöglichte viele Zeitungsgründungen und führte zu einem drastischen Absatzeinbruch bei der „Welt“.¹⁰⁹¹ Die Auflage sank von 570.000 Exemplaren im Oktober 1949 auf 321.500 Stück im Mai 1950. Mit strikten

¹⁰⁸³ Gossel, Daniel: Die Hamburger Presse nach dem Zweiten Weltkrieg. Neuanfang unter britischer Besatzungsherrschaft 1945-49, Magisterarbeit, Hamburg 1990, S. 70 ff.

¹⁰⁸⁴ Brand, Leonie: Die britische Deutschlandpolitik in der Berichterstattung und Kommentierung der Tageszeitung „Die Welt“ 1946-48, Magisterarbeit, Hamburg 2000, S. 21 ff.

¹⁰⁸⁵ Harenberg: „Die Welt“ 1946-53. Eine deutsche oder eine britische Zeitung?, S. 183 f.

¹⁰⁸⁶ Fischer: Die großen Zeitungen, S. 195.

¹⁰⁸⁷ Eschenburg, Theodor: Jahre der Besatzung 1945-49, (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1), Stuttgart, Wiesbaden 1983, S. 153.

¹⁰⁸⁸ Gossel, S. 73 f.

¹⁰⁸⁹ Fischer: Die großen Zeitungen, S. 197 ff.

¹⁰⁹⁰ Koszyk, S. 221 f.

¹⁰⁹¹ Fischer, Heinz-Dietrich: Reeducations- und Pressepolitik unter britischem Besatzungsstatus. Die Zonenzeitung „Die Welt“ 1946-50. Konzeption, Artikulation und Rezeption, Düsseldorf 1978, S. 366 f.

Einsparungen wurde das Unternehmen konsolidiert.¹⁰⁹² Nach dem Rücktritt Küstermeiers im Januar 1950 leitete Bernhard Menne vorübergehend die „Welt“. Die britische Zensur endete im Mai 1950; seitdem führte das Blatt den Untertitel: „Unabhängige Tageszeitung“. Für die Leitung der Redaktion wurde nur eine provisorische Lösung gefunden.¹⁰⁹³ Im Jahr 1951 musste die Geschäftsführung wieder mit einem rigorosen Sparprogramm auf finanzielle Schwierigkeiten reagieren.¹⁰⁹⁴ Diese zunehmenden Schwierigkeiten sprachen für eine Veräußerung des Unternehmens, wobei ein für Überparteilichkeit bürgender Käufer gewünscht wurde.¹⁰⁹⁵ Stillschweigende Voraussetzung war zudem eine probritische Einstellung des künftigen Herausgebers.¹⁰⁹⁶ Die Engländer fürchteten bei einer Übergabe an deutsche Interessenten, dass das Blatt zu einem nationalistischen Sprachrohr werden könnte.¹⁰⁹⁷ So blieb die Zeitung mit sinkender Auflage bis 1953 in britischem Besitz. Der Plan des Bundeskanzlers, die „Welt“ zu einem Regierungsblatt umzufunktionieren, scheiterte. Es gab eine Reihe von Kaufinteressenten. Der Erwerb der zwar schwindsüchtigen, aber immer noch bedeutendsten norddeutschen Tageszeitung mit leistungsfähigen Druckereien war geschäftlich interessant.¹⁰⁹⁸ Trotz der Sorge der Briten wegen einer möglichen Machtkonzentration im medialen Bereich entschieden sie sich schließlich für den Verleger Axel Springer,¹⁰⁹⁹ für den der Bundeskanzler intervenierte.¹¹⁰⁰ Für diesen Bewerber sprachen seine materielle Autonomie gegenüber Interessengruppen und dass bislang von ihm kein meinungsbildendes Blatt herausgegeben wurde.¹¹⁰¹ Der Hamburger Unternehmer ließ sich bei seiner Entscheidung von unterschiedlichen Motiven leiten; das politische Interesse war nicht allein ausschlaggebend. Das Verkaufsangebot dürfte ihn angesprochen haben; Ansehen war dabei ein relevanter Aspekt. Zudem bestand das Anliegen, unliebsame Mitbewerber für das „Hamburger Abendblatt“ auszuschließen. Außerdem soll es den Verleger gereizt haben, neben „Abendblatt“ und „Bild“ einen weiteren Zeitungstyp herauszugeben. Von Vorteil war auch die Nutzungsmöglichkeit für freiwerdende sowie die Gewinnung von zusätzlichen Druckereikapazitäten.¹¹⁰² Springer versprach das begehrte publizistische Organ als anspruchsvolles Blatt herauszugeben, das

¹⁰⁹² Koszyk, S. 224 ff.

¹⁰⁹³ Fischer, Die großen Zeitungen, S. 200 ff.

¹⁰⁹⁴ Müller, Hans-Dieter: Der Springer-Konzern. Eine kritische Studie, München 1968, S. 147.

¹⁰⁹⁵ Fischer: Die großen Zeitungen, S. 200 ff.

¹⁰⁹⁶ Schwarz, Hans-Peter: Axel Springer. Die Biographie, 2. Aufl. Berlin 2008, S. 187.

¹⁰⁹⁷ Koszyk, S. 224 ff.

¹⁰⁹⁸ Müller, S. 127 f.

¹⁰⁹⁹ Springer, Axel Caesar (* 2. 5. 1912, gest. 22. 9. 1985) baute seit 1945 seinen Pressekonzern auf. 1946 gründete er die Rundfunkzeitschrift „Hör Zu“, 1948 die Regionalzeitung „Hamburger Abendblatt“ und 1952 das Boulevardblatt „Bild“.

¹¹⁰⁰ Müller, S. 151 f.

¹¹⁰¹ Die Engländer ordneten die „Bild“-Zeitung nicht als meinungsbildend ein.

Kruip, Gudrun: Das „Welt“-„Bild“ des Axel Springer Verlags. Journalismus zwischen westlichen Werten und deutschen Denktraditionen, München 1999, S. 94 f.

¹¹⁰² Schwarz: Axel Springer, S. 189.

den Blick ins Ausland mit berücksichtigen würde.¹¹⁰³ Nach mehrmonatigen Verhandlungen erhielt er den Zuschlag. Der Verlag erhielt 75% der Aktien des Unternehmens. Die restlichen 25% gingen an die Stiftung „Die Welt“, der es neben anderen Aufgaben oblag, Autonomie und Überparteilichkeit der Verlagsprodukte sicherzustellen.¹¹⁰⁴ Für den Kaufpreis werden widersprüchliche Zahlen genannt. Der Erwerb der „Welt“, „Welt am Sonntag“, des gut laufenden „Welt“-Reisebüros und der Druckereien mitsamt einer intakten Vertriebsorganisation stellte wohl einen guten Kauf dar. Das rationalisierte Unternehmen brachte schon bald 2-3 Millionen Mark Gewinn pro Jahr ein.¹¹⁰⁵ Zudem gab das Blatt dem Eigentümer „das Relief des großen, seriösen, politisch einflussreichen Verlegers“.¹¹⁰⁶ Im September 1953 wurde Hans Zehrer¹¹⁰⁷ als neuer Chefredakteur engagiert.¹¹⁰⁸ Er war mit Springer bereits seit längerem freundschaftlich verbunden.¹¹⁰⁹ Von der Übernahme war die Redaktion anfänglich nicht gerade angetan; die Journalisten schätzten andere publizistische Produkte ihres neuen Herrn nicht und standen dem Aufsteiger überwiegend nicht mit Sympathie gegenüber. Da der Verleger die Gestaltungsfreiheit zunächst nicht einschränkte und mit für eine Verbesserung des Blatts sorgte, gaben sich die Bedenken.¹¹¹⁰ Zehrer, der Springer schon bei der Schaffung des „Hamburger Abendblattes“ und der „Bild“ zur Seite gestanden hatte, erhielt nun die Chance nicht mehr nur die Geführten, sondern die Führenden des Landes

¹¹⁰³ Fischer: Die großen Zeitungen, S. 205.

¹¹⁰⁴ Harenberg, Karl-Heinz: Aus Bonn für „Deutschland“. Die „Welt“, in: Thomas, Michael Wolf (Hg.): Porträts der deutschen Presse. Politik und Profit, Berlin 1980, (S. 109-126), hier S. 111 ff.

¹¹⁰⁵ Müller, S. 152 f.

¹¹⁰⁶ Schwarz: Axel Springer, S. 177.

¹¹⁰⁷ Zehrer, Hans (*22.6.1899, gest. 23.8.1966) nahm als Kriegsfreiwilliger am Ersten Weltkrieg teil und war an der Niederschlagung des Spartakus-Aufstands beteiligt. Zehrer studierte eine Reihe von Fächern; alle ohne Abschluss. Seit 1923 arbeitete er als Star-Journalist bei der „Vossischen Zeitung“ im Haus Ullstein und später als Herausgeber und Chefredakteur der Monatszeitschrift „Die Tat“. Hier konstruierte er mit seinen Mitarbeitern Giselher Wirsing und Ferdinand Friedrich Zimmermann ein Gedankengebäude, nach dem eine politisch rechts stehende Elite zwischen der Arbeiterschaft und dem Kapital vermitteln sollte. Parlamentarische Demokratie und Liberalismus lehnten sie ab. Wegen dieser Ideen wurde ihm Mitschuld am Erfolg der Nationalsozialisten gegeben; andere sahen darin eher einen Versuch Hitler zu verhindern. Auch wenn die „Tat“ die NSDAP nie als die Elite betrachtete, half die Redaktion doch, die instabile Demokratie zu untergraben. Vom linken politischen Lager wurde die „Tat“ als Steigbügelhalter des Nationalsozialismus gesehen. 1933 zog sich Zehrer von der Arbeit und nach Sylt zurück. Springer lernte ihn während des Kriegs auf der Insel kennen und war schwer beeindruckt. Das Konzept zwischen den Arbeitern und nun vor allem der Regierung zu vermitteln, behielt Zehrer auch in der Bundesrepublik bei, wobei die zentrale Instanz für diese Aufgabe nicht mehr die technische Intelligenz, sondern die Springer-Presse und damit der Chefredakteur selbst übernehmen sollte. Zehrer war einst in der Gründungsphase der „Welt“ von den Briten als Chefredakteur vorgesehen gewesen. Wegen des Widerstands der Hamburger SPD durfte er die Tätigkeit damals nicht aufnehmen.

Literatur zu Zehrer: Demant, Ebbo: Von Schleicher zu Springer. Hans Zehrer. Als politischer Publizist, Mainz 1971, sowie: Sothen, Hans B. von: Hans Zehrer als politischer Publizist nach 1945, in: Kroll, Frank-Lothar (Hg.): Die kupierte Alternative. Konservatismus in Deutschland nach 1945, (Studien und Texte zur Erforschung des Konservatismus, Bd. 6), Berlin 2005, S. 125-180.

¹¹⁰⁸ Harenberg: Aus Bonn für Deutschland, S. 114 f.

¹¹⁰⁹ Jacobi, Claus: 50 Jahre Axel Springer Verlag 1946-1996, Berlin, Hamburg 1996, S. 118 ff.

¹¹¹⁰ Naeyer, Gerhard: Axel Springer. Mensch, Macht, Mythos, Erlangen, Bonn, Wien 1991, S. 103.

als Leserschaft zu erhalten. Er wünschte ein liberal-konservatives Renommierblatt.¹¹¹¹ Es wurde Wert auf einen umfassenden und zuverlässigen Nachrichtenteil gelegt, der dem Publikum eine fundierte Meinungsbildung ermöglichen sollte. 1955 wurde das „Forum der Welt“ etabliert, in dem verschiedene Auffassungen zu wichtigen Fragen vorgestellt wurden. Zudem wurde das Netz der Auslandskorrespondenten erweitert.¹¹¹² Dank der Vielfalt der geäußerten Meinungen gewann das Blatt.¹¹¹³ Inhaltlich wurde durchaus Distanz gegenüber der Bundesregierung gerade in der Ostpolitik geäußert; es wurde für Koexistenz mit der Sowjetunion und für Verständigung mit Polen geworben.¹¹¹⁴ Gerade der im In- und Ausland angesehene und bekannte Paul Sethe wandte sich gegen das außenpolitische Konzept des Kanzlers.¹¹¹⁵ Wie einem Brief vom Sommer 1957 zu entnehmen ist, herrschte auch bei intensiver innerer Auseinandersetzung zwischen Verleger und Chefredakteur Vertrauen und grundsätzliche Übereinstimmung über die politische Linie.¹¹¹⁶ Die Jahre 1953 bis 1957 gelten als liberale Phase für die „Welt“, in der der Chefredakteur und seine Mannschaft am ambitionierten Vorhaben arbeiteten, ein auch internationalen Maßstäben entsprechendes Produkt zu schaffen. Dieses für unterschiedliche Ansichten offene, kritische und noch von verlegerischer Beeinflussung weitgehend unberührte Blatt erhielt wachsende Achtung im In- und Ausland.¹¹¹⁷ Es gelang, ein aufgelockertes Intelligenzblatt auf dem Markt zu präsentieren, das zwar unterhaltsamer war als die Frankfurter Konkurrenz, aber in den Hintergrundberichten mit dem berühmten Blatt doch nicht mithalten konnte.¹¹¹⁸ Schon zu diesem Zeitpunkt nahm Springer über Zehrer Einfluss; dies geschah aber zurückhaltend, so dass die Redaktion insgesamt an der langen Leine lief. Eine Reihe begabter, politisch recht heterogener Journalisten, die die

¹¹¹¹ Müller, S. 158 ff.

¹¹¹² Boll, Bernhard; Schulze, Volker; Süßmuth, Hans (Hg.): Zeitungsländ Nordrhejn-Westfalen. Geschichte-Profile-Struktur, Bonn 1993, S. 171 f.

¹¹¹³ Naehel, S. 104.

¹¹¹⁴ Lohmeyer, Henno: Springer. Ein deutsches Imperium. Geschichte und Geschichten, Berlin 1992, S. 223 ff.

¹¹¹⁵ Bundesarchiv/Koblenz: N/1471, Aktenbestand Nr. 17, Rezension von A. Schatilow zu „Die grossen Entscheidungen“ von Paul Sethe in: „Neue Zeit“, Wochenschrift August 1958, in Lose-Blatt-Sammlung des Sethe-Nachlasses.

Bereits als damals maßgeblich für das Politik-Ressort verantwortlicher Redakteur der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ meinte Sethe, dass die Bundesregierung hinsichtlich der Stalin-Note die Ernstlichkeit des Vorschlags in Erfahrung bringen sollte. So: Wolfrum: Die geglückte Demokratie, Bonn 2007, S. 116. Daß Adenauer die Auslotung verweigerte und unbeeindruckt das Anliegen der Vertragsabschlüsse verfolgte, trug ihm Sethes Vorwurf ein, die Einheit nicht gewünscht und einen reellen Vorschlag abgelehnt zu haben. So: Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 81. Den Vorwurf, die Gunst der Stunde nicht genutzt zu haben widerrief Sethe jedoch später in einer Fernsehendung des Süddeutschen Rundfunks am 15.6.1966 als Irrtum. So: Graml, S. 7.

¹¹¹⁶ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311: Aktenbestand Nr. 23, Schreiben von Friedrich Zimmermann an Hans Zehrer vom 19.6.1957.

¹¹¹⁷ Demant, Ebbo: Von Schleicher zu Springer. Hans Zehrer. Als Politischer Publizist, Mainz 1971, S. 175 ff.

¹¹¹⁸ Müller, S. 158 ff.

„Welt“ profilierten, konnte für die Mitarbeit gewonnen werden.¹¹¹⁹ Die Auswahl erfolgte in erster Linie nach Qualifikation und nicht nach politischer Gesinnung.¹¹²⁰ Zum gemischten Team gehörten beispielsweise der als linkes „Enfant terrible“ geltende Erich Kuby wie der einstige SS-Mann Ferdinand Friedrich Zimmermann,¹¹²¹ der Himmler persönlich gekannt hatte.¹¹²² Der intern schon als politische Belastung betrachtete Zimmermann wurde wegen seiner engen Verbindungen zu den Top-Leuten der Wirtschaft als Repräsentant der „Welt“ geschätzt.¹¹²³ Er vermittelte auch beispielsweise seinem Chefredakteur dank der Bekanntschaft mit dem Pariser Botschafter Blankenhorn, der der Außenpolitik des Kanzlers ähnlich kritisch gegenüberstand wie Zehrer, hochrangige Gesprächskontakte.¹¹²⁴ Nicht wenige der ehemaligen „Tat“-Journalisten fanden wieder zusammen; sie präsentierten sich zunächst geläutert.¹¹²⁵ Einerseits ließ der Verleger etwa den ehemaligen SS-Obersturmführer Giselher Wirsing¹¹²⁶ für sich tätig sein,¹¹²⁷ andererseits war er seinen jüdischen Mitarbeitern zugetan.¹¹²⁸ Die Auflage, die 1954 durchschnittlich bei 169.000 Exemplaren lag, konnte bis 1963 auf 230.000 Stück gesteigert werden. Die Marktforschung konstatierte, dass die Struktur der Leserschaft keinem entscheidenden Wandel unterlag.¹¹²⁹ Von Anfang an rekrutierte sich diese vorwiegend aus

¹¹¹⁹ Schwarz: Axel Springer, S. 207 f. und S. 210.

¹¹²⁰ Sothen, Hans B. von : Hans Zehrer als politischer Publizist nach 1945, in: Kroll, Frank-Lothar (Hg.): Die kupierte Alternative. Konservatismus in Deutschland nach 1945, (Studien und Texte zur Erforschung des Konservatismus, Bd. 6), Berlin 2005, S. 161.

¹¹²¹ Zimmermann, Friedrich Prof. (*14.8.1898, gest. 9.7.1967) war Volkswirtschaftler und arbeitete seit 1923 als Handelsredakteur für Ullstein. In den Jahren 1929-33 engagierte er sich für „Die Tat“; 1940-45 war er Honorarprofessor an der Universität Prag. Seit 1953 gehörte Zimmermann dann zur wirtschafts-politischen Redaktion der „Welt“ und schrieb unter dem Pseudonym Ferdinand Fried. Er veröffentlichte eine Reihe von Büchern zu vorzugsweise ökonomischen Themen. Dazu zählten etwa: „Das Ende des Kapitalismus“ von 1931, der „Umsturz der Gesellschaft“ von 1950 aber auch „Der Aufstieg der Juden“ von 1937. Über Zimmermanns SS-Mitgliedschaft existieren Akten beim Bundesarchiv/Berlin: BArch, Slg. BDC, RS/Rasse- und Siedlungshauptamt SS, Zimmermann, Friedrich, 14.8.1898 und: BArch, Slg. BDC, SSO/SS-Führerpersonalakte, Zimmermann, Friedrich, 14.8.1898.

¹¹²² Müller, S. 160.

¹¹²³ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311: Aktenbestand Nr. 27, Brief Hans Zehrer an Axel Springer vom 23.12.1963.

¹¹²⁴ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311: Aktenbestand Nr. 23, Schreiben von Friedrich Zimmermann an Hans Zehrer vom 28.5.1957.

¹¹²⁵ Demant, S. 178.

¹¹²⁶ Wirsing, Giselher (*1907, gest. 1975) war Chefredakteur der gleichgeschalteten „Münchner Neuesten Nachrichten“ gewesen und als antisemitischer Verfasser diverser Bücher über internationale Fragen hervorgetreten. Bei Springer fungierte er in freier Mitarbeit als Reportage-Weltreisender; er wurde dann allerdings wegen seiner rechtslastigen Vergangenheit entlassen, um ein besseres Verhältnis zur SPD zu ermöglichen. Zu den von ihm verfassten Büchern zählen unter anderem: Hundert Familien beherrschen das Empire, Berlin 1940; Engländer, Juden, Araber in Palästina, Jena 1942; Die Politik des Ölflecks: Der Sowjetimperialismus im Zweiten Weltkrieg, Berlin 1944; Der maßlose Kontinent: Roosevelts Kampf um die Weltherrschaft, Jena 1942; aber auch etwa: Die Menschenlawine: Der Bevölkerungszuwachs als weltpolitisches Problem, Stuttgart 1956; sowie in Kooperation mit Bonn, Gisela: Indien: Reiseführer, Tübingen, Basel 1970.

¹¹²⁷ Sonntag, Christian: Unter britischer Informationskontrolle. Entnazifizierung und personelle Kontinuität bei der Tageszeitung „Die Welt“ 1946-53, Magisterarbeit, Hamburg 2001, S. 114.

¹¹²⁸ Backhaus, Wilhelm: „Ich kann Milliarden machen“. Ein Psychogramm, in: „Der Spiegel“ 1.1.1968 Nr. 1, 22. Jg. (S. 24-36), hier S. 31.

¹¹²⁹ Harenberg: Aus Bonn für Deutschland, S. 114 f.

Angehörigen der Mittel- und Oberschicht.¹¹³⁰ Gerade von Entscheidungsträgern der Unternehmen wurde das Blatt rezipiert.¹¹³¹ Wie jedenfalls eine im Herbst 1958 von der Marktforschung des Hauses durchgeführte Untersuchung ergab, waren Bildungsgrad und Einkommen schon überdurchschnittlich. Nach den diesbezüglichen Angaben verfügte 2/3 des Publikums aber nicht über das Abitur; 44% der Befragten verdienten weniger als 1000 DM monatlich. Das Blatt wurde mehr von Männern als von Frauen gelesen. Die Abonnenten waren überdurchschnittlich berufstätig; zu ihnen zählten viele Unternehmer, selbständige Handwerker, Freiberufler, Beamte und Angestellte. Unter ihnen waren die Altersklassen von über 45 Jahren überproportional stark vertreten. Immerhin 39% der hier Befragten gaben an, regelmäßig ausschließlich die „Welt“ zu lesen; die Mehrheit hielt sich zusätzlich noch ein oder mehrere Blätter, wobei die jeweilige Lokalzeitung den größten Anteil hatte.¹¹³² Ein sich dieser Untersuchung anschließendes psychologisches Gutachten meint jedenfalls, dass ein beruflich erfolgreicher, gebildeter und weltanschaulich gefestigter Lesertyp bei diesem publizistischen Produkt ein sehr gutes globales Nachrichtennetz, die Geschwindigkeit der Information, Nüchternheit, ja wirklichkeitsgetreue, photographisch-demaskierende Berichterstattung für gegeben hielt, was auch gerade geschätzt wurde. Dem weltweiten Geschehen würde das renommierte Blatt durchaus gerecht. Dieser der Zeitung geneigte Typ sah das Publikum nicht durch Kommentierung gegängelt, sondern nur Informationen geliefert, die es ermöglichten, durch Überlegung zu einer eigenen Auffassung zu gelangen. An der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ orientierte Rezipienten dieses Persönlichkeitstyps hielten die „Welt“ hingegen in der Präsentation der Berichterstattung nach amerikanischer Manier für „schnell und knüllerhaft“, für in der Fülle überrumpelnd. Es wurde hier eine fehlende Distanz zum Zeitgeschehen bemängelt und ein Wille zum Aufzwingen der Meinung am Werke gesehen. Weiter wurde eine dem Ausland ergebene Kommentierung beobachtet; sie sei „Onkel-Sam-haft“. Deutsche Interessen würden dem Ausland gegenüber nicht würdig vertreten. Zudem wurde gar genannt, dass das Blatt an der SPD orientiert sei und es sich um eine „pseudowissenschaftliche Zeitung für Halbgebildete handelte“.¹¹³³ Ein wohl späteres Forschungsvorhaben ergab ebenfalls, dass die außenpolitische Information durch die „Welt“ als gut und vielseitig angesehen wurde und dass das Publikum hier einen gewissen

¹¹³⁰ Fischer: Reeducations- und Pressepolitik unter britischem Status, S. 378.

¹¹³¹ Schäfer, Heiner: Schichten- und gruppenspezifische Manipulation in der Massenpresse, in: Brokmeier, Peter (Hg.): Kapitalismus und Pressefreiheit. Am Beispiel Springer, Frankfurt/Main 1969, (S. 61-81) hier S. 73.

¹¹³² Unternehmensarchiv: F31/6958, Zur Marktsituation der Zeitung DIE WELT, I. Marktanalytische Daten (durchgeführt im Herbst 1958), Verlagshaus Axel Springer, Abt. Leser- und Marktforschung, S. 19 f. und S. 27-30.

¹¹³³ Unternehmensarchiv: F31/6957, Zur Marktsituation der Zeitung DIE WELT, (Herbst 1958), Teil II. Psychologisches Gutachten, Verlagshaus Axel Springer, Abteilung Leser- und Marktforschung, Kapitel I. Zur Welt, S. 1 f., S. 5 und S. 13.

technischen Vorsprung zu den Mitbewerbern anerkannte. Das Prestige der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und der „Süddeutschen Zeitung“ wurde von den Befragten allerdings als höher eingeschätzt. Im Wirtschaftsteil und dem Feuilleton soll die „Welt“ hier im Schatten der Konkurrenz gestanden haben.¹¹³⁴ Die Qualitätszeitung verfügte in Süddeutschland über eine schwächere Marktposition und Verbreitung als im Norden und Westen der Republik.¹¹³⁵ Wegen der steigenden Auslandsnachfrage entstand zu Beginn des Jahres 1958 eine auf besonders dünnem Papier gedruckte Ausgabe, die per Luftpost versandt wurde. Dies spricht für das mittlerweile auch internationale Renommée des Produkts, das 1964 in 129 Ländern vertrieben wurde.¹¹³⁶ Der in Washington für das Haus tätige Korrespondent Herbert von Borch¹¹³⁷ meinte jedenfalls, dass wenn es sich bei der Luftpostausgabe auch um ein Zusatzgeschäft handelte, es sich doch vom Einfluss her gesehen sehr lohnte.¹¹³⁸ Ein britischer Deutschlandkenner äußerte: „Wenn ein deutscher Universitätsprofessor gefragt würde, welche Zeitung er bevorzugt lesen würde, er würde sehr wahrscheinlich die ‚Frankfurter Allgemeine‘ wählen, würde er hingegen Geschäftsmann oder Politiker sein, würde seine Wahl mit großer Wahrscheinlichkeit ‚Die Welt‘ sein“. Das Produkt hob sich von der Konkurrenz durch die aufgelockerte und zugleich klare Aufmachung ab und bot den umfangreichsten Nachrichtenteil. Die anvisierte Zielgruppe reichte vom Volksschullehrer bis zum Politiker.¹¹³⁹

Der Erwerb der Renommierzeitung stärkte den Glauben des neuen Eigentümers, über effiziente Mittel zur Einwirkung auf das Publikum zu verfügen. Das wachsende Selbstverständnis, ein politischer Verleger zu sein, und der Gebrauch der zur Verfügung stehenden Instrumente sind ohne den Mentor Zehrer nicht denkbar.¹¹⁴⁰ Dieser weckte den

¹¹³⁴ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 32, hausinternes Schreiben von Herrn Marquardt an alle Ressorts über eine laufende Untersuchung zur Marktposition der „Welt“. Eine Datumsangabe fehlt; es handelt sich aber wohl um den Zeitraum 1963-65.

¹¹³⁵ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 30, nicht datierter Untersuchungsvorschlag für Marktposition und Marktchancen der „Welt“ wohl von 1965.

¹¹³⁶ Fischer: Die großen Zeitungen, S. 206 ff.

¹¹³⁷ Borch, Herbert von (*1909, gest. 25.7.2003). Der Diplomatensohn war promovierter Soziologe; in den Jahren 1933-43 war er als Journalist für die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ – auch im Ausland – tätig. 1953-56 schrieb von Borch für die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“; danach fungierte er als USA-Korrespondent für die „Welt“, der er später aufgrund des politischen Kurswechsels des Organs den Rücken kehrte. 1963 erhielt er einen Preis der kalifornischen Universität wegen seiner Auslands-Berichterstattung. 1965-79 informierte er weiter von der US-Hauptstadt aus – nun für die „Süddeutsche Zeitung“ und gestaltete das Bild des Publikums von Amerika mit. So: Heribert Prante in seinem Porträt in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 28. 7. 2003, S. 6.

(Siehe auch die von Borch-Fußnote auf S. 167. Jene basiert auf den Informationen der Personendatenbank des Firmenarchivs des Springer-Verlags und kongruiert im Wesentlichen hinsichtlich der biographischen Angaben.)

Müller bezeichnet von Borch übrigens als einen der „klügsten analytischen Köpfe auf dem Gebiete der amerikanischen und Nuklearpolitik“. Müller, S. 160.

¹¹³⁸ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Chefredaktion Welt, Briefwechsel Cramer/von Borch von 1962-64, Brief von Borchs an Cramer vom 16.5.1962.

¹¹³⁹ Fischer: Die großen Zeitungen, S. 206 ff.

¹¹⁴⁰ Kruij, S. 93 ff.

zur Selbstüberschätzung führenden Glauben in Springer, sich politisch betätigen zu müssen und dabei Berlin als Bühne zu wählen.¹¹⁴¹ Der Verleger betrachtete die einstige Hauptstadt als immer noch beide Teile Deutschlands zusammenhaltende Klammer.¹¹⁴² Dem Pressezaren galten Christentum, Kapitalismus und Antikommunismus als Stützen der Ordnung. Anhänger solch konservativer Vorstellungen gehen zumeist davon aus, unverbrüchliche Werte zu vertreten ohne sich bewusst zu sein, einer zeitbezogenen Ideologie zu folgen. Springer vertrat die Linie der CDU, unterhielt aber auch freundschaftliche Kontakte mit einzelnen SPD-Politikern.¹¹⁴³ Seine Medien befanden sich prinzipiell im Konsens mit der Politik Adenauers, wenn auch manche Aspekte nicht bejaht wurden.¹¹⁴⁴ In der Zeit der Berlin-Krise stand Springer im Gedankenaustausch mit dem Kanzler. Mit zunehmendem Einfluss sank seine Bereitschaft, sich von einem Politiker vereinnahmen zu lassen. Springer war hier durchaus flexibel, wünschte aber entsprechend seiner starken Position freundlich umschmeichelt zu werden.¹¹⁴⁵ Trotz der Pflege guter Beziehungen zu Vertretern aller Parteien sollte sein Einfluss nicht überschätzt werden. Um das eigene Gewicht zu erhöhen, knüpfte er Kontakt auch zu ausländischen Politikern.¹¹⁴⁶ Dieser Umgang verstärkte seine Neigung, die eigenen Gedanken dem Publikum nahe zu bringen.¹¹⁴⁷ Nachdem er sich in früheren Jahren hauptsächlich mit dem Aufbau seines Unternehmens beschäftigte, entwickelte er aufgrund seines ungewöhnlichen Erfolgs ein Sendungsbewusstsein, den Glauben für Großes ausersehen zu sein.¹¹⁴⁸ Selbst der ihm sehr gewogene Jacobi räumt ein, dass Springer bisweilen die Maßstäbe verlor wegen der Möglichkeit, Geschehnisse zu Schlagzeilen erheben zu können.¹¹⁴⁹ Im Jahr 1957, als verbreitet ein Arrangement mit der deutschen Spaltung einsetzte, entschied sich der Verleger, in der Politik tätig zu werden. Er glaubte in Anlehnung an seinen Mentor Zehrer die Einheit und ein gutes Verhältnis zur UdSSR voranbringen zu können. So reiste Springer zu Beginn des Jahres 1958 nach Moskau. Schließlich erhielt er einen Termin bei Chruschtschow, musste aber erkennen, dass der sowjetische Staatsführer nichts von seinen Ideen hielt.¹¹⁵⁰ Diese Unternehmung war auch eine Folge seines Aufbegehrens gegen die Politik der Bundesregierung.¹¹⁵¹ Es sei daran erinnert, dass Springer vor der Reise für das

¹¹⁴¹ Kruip, S. 100 f.

¹¹⁴² Naehrer, S. 134.

¹¹⁴³ Kruip, S. 124 und S. 156 f.

¹¹⁴⁴ Müller, S. 198.

¹¹⁴⁵ Schwarz: Axel Springer, S. 200 und S. 206.

¹¹⁴⁶ Kruip, S. 102 f. und S. 260 f.

¹¹⁴⁷ Müller, S. 163 f.

¹¹⁴⁸ Jacobi, Claus: Der Verleger Axel Springer. Eine Biographie aus der Nähe, München 2005, S. 33 ff. und S. 41 f.

¹¹⁴⁹ Jacobi, Claus: Axel Springer 1912-1985, in: Gall, Lothar (Hg.): Die grossen Deutschen unserer Epoche, Frankfurt/Main, Berlin 1995, (S. 515-534), hier S. 522.

¹¹⁵⁰ Jacobi: Der Verleger Axel Springer, S. 168-175.

¹¹⁵¹ Schwarz: Axel Springer, S. 251.

„Abendblatt“ bestimmte, gegenüber der Washingtoner und Bonner Außenpolitik kritisch und für eine atomwaffenfreie Zone zu sein.¹¹⁵² Springer schwebte als Gegenleistung an Moskau für die Erlangung der Einheit die deutsch-russische Freundschaft und das Einspannen seiner Medien für die UdSSR vor. Auf das Scheitern seiner irrealen Vorstellungen reagierte der Pressezar mit einer jähen Kursänderung zur Feindschaft gegen die Führungsmacht des Ostens.¹¹⁵³ Diese Reise mit dem Anliegen, über die Einheit zu verhandeln, markierte nicht den Anfang der Politisierung des Verlegers, sondern vielmehr die Verschärfung einer bereits vorher beginnenden Entwicklung. Die Initiative belegt, dass er sich bereits als bedeutende Figur sah. Seit diesem Fiasko war die Meinung Zehrsers immer weniger gefragt, wenn er auch weiterhin Chefredakteur blieb. Nunmehr sah Springer die einzige Chance für die Einheit in der weitgehenden Anbindung an die Westmächte.¹¹⁵⁴ Er näherte sich in der Ost-Politik wieder der Linie des Kanzlers an, wenn er auch ein größeres Maß an Flexibilität befürwortete.¹¹⁵⁵ Der bei seiner Rückkehr von konkurrierenden Medien Verspottete musste hinnehmen, dass erstmalig in seinem Leben ein ehrgeiziges Vorhaben scheiterte. Der Pressezar reagierte mit der Attackierung der Kommunisten durch seine Instrumente.¹¹⁵⁶ Er ordnete umgehend an: „Keine harte Politik gegen Russland, sondern Zone anleuchten!“ Im Vergleich zum Vorjahr intensivierte auch die „Welt“ ihre Berichterstattung über die DDR. Außerordentliche Beachtung erhielt die Fluchtentwicklung, wobei im August 1958 Schlagzeilen beispielsweise verkündeten: „Warum willst Du nach Westdeutschland“ oder „Flucht letzter Ausweg“. Die Kampagne führte dazu, dass Bundestagsabgeordnete darüber berieten, in welcher Form auf diese Entwicklung zu reagieren war.¹¹⁵⁷ Der Verleger wandte sich zudem brieflich an hochrangige westdeutsche Politiker und regte Maßnahmen vom öffentlichen Appell des Parlaments bis hin zu diplomatischem Vorgehen an.¹¹⁵⁸ Dass der Flüchtlingsstrom seitens der westdeutschen Massenmedien insgesamt so geringe Aufmerksamkeit erhielt, empfand Springer als spießbürgerliche Gleichgültigkeit. Weil die Journalisten seiner eigenen Blätter im schönen Hamburg nicht so dachten wie er, reagierte er empört mit Eingriffen in die innere Pressefreiheit.¹¹⁵⁹ Er erinnerte im März 1958 die Chefredakteure seiner Zeitungen

¹¹⁵² Demant, S. 186.

¹¹⁵³ Lohmeyer, S. 227-233.

¹¹⁵⁴ Kruip, S. 104 ff.

¹¹⁵⁵ Schwarz: Axel Springer, S. 283 f.

Müller sieht die Regierungspolitik nun von Springer übernommen, was Adenauer für seine Zwecke verwendete. Müller spricht von „willigen Zeitungen“ und nennt gerade „Bild“ als besonders geeignetes Instrument für Adenauers Anliegen. Es soll wohl für dieses Blatt Absprachen zwischen Kanzler und Verleger gegeben haben; es ist aber auch von auf Konformität gestimmter Konzernpresse bis zur Abkehr im Jahr 1961 die Rede. So: Müller, S. 199 ff.

¹¹⁵⁶ Jacobi: Der Verleger Axel Springer, S. 176 f.

¹¹⁵⁷ Demant, S. 185 ff.

¹¹⁵⁸ „Der Spiegel“ Nr. 37, 10.9.1958, S. 15.

¹¹⁵⁹ Schwarz: Axel Springer, S. 293.

an eine Abmachung: „Bis zur Wiedervereinigung sollte jeden Tag (ohne Ausnahme) auf der ersten Seite unserer Blätter zumindest eine Meldung über Vorgänge in der Ostzone stehen. ... Mit den besten journalistischen Mitteln, so stellten wir damals fest, sollte am Einzelfall die ungeheuerliche Tatsache den Lesern vor Augen geführt werden, dass einfache Menschen aus ihrer Heimat in die westlichen Gebiete flüchten. Dabei sollten im Einzelnen die Gründe genannt werden, warum die Menschen fliehen. Da wir zur Zeit in einem politischen Kampf um eine gute Ausgangsposition für gesamtdeutsche Gespräche in dieser oder in jener Form stehen, können ‚schöne Objektivitäten‘ nur unter den Tisch fallen. So hat es keinen Zweck, der Riesenzahl von Ost-Westflüchtlingen die Zahl der Rückwanderer entgegenzuhalten. Wir helfen damit nur den Meistern der bedenkenlosen Propaganda im Osten. ... Ich erlaube mir die Kritik, dass die bisher erschienenen Meldungen und Artikel aus der Ostzone Routinearbeiten waren, die niemanden aufrütteln könnten oder geeignet waren, eine propagandistische Wirkung auf den Schutzherrn der Zone auszuüben. Sie waren papieren, schienen lieblos geschrieben und waren zudem falsch platziert, weil auf den rückwärtigen Seiten. Eine Ausnahme stellt der Versuch in Bild dar, das Schicksal eines von 3800 Flüchtlingen menschlich sichtbar zu machen. Es war hoffentlich nur der Anfang einer Serie. ... Nichts ist zu sehen von dem, was eine deutsche Politik in Gang setzt: die an Verstand und Gefühl appellierenden Nachrichten in Wort und Bild, die die ungeheuerliche Tatsache der Teilung eines Landes mitten in Europa in das Bewusstsein der Russen, der Deutschen und der übrigen westlichen Menschen heben.“¹¹⁶⁰ Künftig wachsende Bedeutung erlangende Tendenzen finden sich in diesem Schreiben gebündelt.¹¹⁶¹ Springer bewegte sich in Wunschgedanken, die mit seinem Gespräch mit Chruschtschow eigentlich nicht zu vereinbaren waren, wenn er glaubte, dass die sowjetische Führung aus ökonomischen Gründen ein so starkes Bedürfnis nach einem Ausgleich mit Washington und Bonn habe, dass sie das DDR-Regime opfern würde. Von dieser abwegigen Vorstellung her gesehen war es plausibel, die Schwäche der ostdeutschen Republik anzuprangern.¹¹⁶² Von 1958 an waren sämtliche Zeitungen des Unternehmens der DDR feindlich gesonnen. Sörgel sieht Springer Gefühle und Ressentiments schüren. „Bild“ begann eine Kampagne großen Stils auch gegen die Führungsmacht des Ostens.¹¹⁶³ Die Blätter „Welt“ und „Bild“ wurden als Instrumente des verlegerischen politischen Engagements eingespannt. Die Rollenverteilung sah Beeinflussung der gesellschaftlichen

¹¹⁶⁰ Jacobi: Der Verleger Axel Springer, S. 177 f.

¹¹⁶¹ Schwarz: Axel Springer, S. 288.

¹¹⁶² Schwarz: Axel Springer, S. 285.

¹¹⁶³ Sörgel, Peter: Der Springer Konzern in Westberlin, in: Jansen, Bernd; Klönne, Arno (Hg.): Imperium Springer. Macht und Manipulation, Köln 1968, (S. 80-101), hier S. 90 f.

Spitze und ein Auftreten als Artikulation des Volkswillens vor.¹¹⁶⁴ Die publizistischen Produkte gelten Lohmeyer zufolge als stilistisch ähnlich hinsichtlich des journalistischen Engagements wie des hohen Grades an Emotionalität.¹¹⁶⁵ Während „Bild“ umgehend auf den angeordneten Kurs einschwenkte, lag den Journalisten der Renommierzeitung doch daran, ein differenzierteres Weltbild zu vermitteln, was die Ungnade des Pressezaren nach sich gezogen haben soll.¹¹⁶⁶ Der als Zeitzeuge befragte Ernst Cramer sieht „Bild“ jedenfalls weit eher unter verlegerischem Einfluss stehen als das Renommierblatt.¹¹⁶⁷ Bereits im Sommer 1958 machte Springer einen ersten Schritt zur Veränderung, indem er Cramer¹¹⁶⁸ den Posten des stellvertretenden Chefredakteurs übertrug. Der als USA-freundlich geltende neue Mann wurde von den Journalisten nicht gerade mit offenen Armen aufgenommen und hatte zudem seine Funktion bald mit zwei weiteren Herren zu teilen.¹¹⁶⁹ Wegen des Vertrauens des Verlegers in ihn war seine Position aber stärker als vielleicht angenommen wurde.¹¹⁷⁰ Wie einer im Bundesarchiv erhaltenen Hausmitteilung zu entnehmen ist, wurde Herr Cramer jedenfalls später zu vertraulichen Besprechungen über Berlin, Statusfragen und Deutschland von hochkarätigen Vertretern des State Department in Washington hinzugezogen.¹¹⁷¹ Der Verleger wünschte Änderungen hinsichtlich der Themen, im Layout, einen stärkeren Aktualitätsbezug und die zunehmende Berücksichtigung internationaler Zusammenhänge.¹¹⁷² Im Oktober 1958 ließ Springer seine Mitarbeiter wissen, sich für das Anliegen der Wiedervereinigung einsetzen zu wollen und sich dafür aller seiner Mitarbeiter zu bedienen. Gleichzeitig war aber auch von langer Zügelführung – schon wegen längerer Abwesenheit des Verlegers – die Rede.¹¹⁷³ Chruschtschows Berlin-Ultimatum veranlasste Springer zur Verstärkung der bislang vorwiegend gegen die DDR geführten Propaganda-Offensive.¹¹⁷⁴ Der plötzliche Kurswechsel von der Linie der Koexistenz hin zum Kalten Krieg wurde von Zehrer mit

¹¹⁶⁴ Müller, S. 185.

¹¹⁶⁵ Lohmeyer, S. 237.

Auch Müller meint, dass der Verleger die Politik der Härte mit starken Gefühlen verband. So: Müller, S. 164.

¹¹⁶⁶ Paczensky, Gert von: Zeuge im publizistischen Prozess um Axel Springers Pressemacht, Frankfurter Hefte 22. Jg. 1967, (S. 733-740), hier S. 734 f.

¹¹⁶⁷ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

¹¹⁶⁸ Cramer, Ernst (*28.1.1913, gest. 19.1.2010) absolvierte eine kaufmännische Ausbildung und engagierte sich beim Deutsch-Jüdischen Jugendbund. Der 1939 in die USA emigrierte kehrte 1945 als Soldat der US-Army nach Deutschland zurück. Nach journalistischer Tätigkeit und der Arbeit für eine Nachrichtenagentur trat Cramer 1958 als stellvertretender Chefredakteur in die „Welt“ ein. In seiner späteren steilen Karriere bekleidete er hohe Führungspositionen im Springer-Konzern; bis zu seinem Tod war er für das Haus tätig.

¹¹⁶⁹ Schwarz: Axel Springer, S. 359 ff.

¹¹⁷⁰ So Firmenarchivar Herr Laabs im Gespräch vom 11.3.2009.

¹¹⁷¹ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenbestand Nr. 31, Hausmitteilung von Friedhelm Kemna an Herrn Zehrer vom 25.11.1965.

¹¹⁷² Schwarz: Axel Springer, S. 359 ff.

¹¹⁷³ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Betriebsfest, Hamburg, 25.10.1958, S. II.

¹¹⁷⁴ Lohmeyer, S. 240.

Distanz aufgenommen. Zunächst wurden die Journalisten noch nicht mit bis in Detailfragen reichenden Anweisungen bedacht. Die Unterschiedlichkeit der Auffassungen zwischen Redaktion und Konzernherrn konnte auch Zehrer nicht mehr ausgleichen.¹¹⁷⁵ Schließlich fungiert der Chefredakteur als Bindeglied zwischen dem Verleger, dessen gewünschte Linie zu befolgen ist, und den zu führenden Mitarbeitern.¹¹⁷⁶ Immerhin handelte es sich 1963 um 124 Redakteure.¹¹⁷⁷ Um seine Stellung zu behalten, beugte sich Zehrer und vertrat die verlangte Politik. Es war aber auch eine Rückkehr zu Ansichten, die er in jüngeren Jahren gehabt hatte. Der Verleger soll seinen leitenden Mitarbeiter wegen einzelner mit Ungnade aufgenommener Beiträge gemäßregelt und düpiert haben. Zehrer hielt seinen Chef aber noch davon ab, selbst Leitartikel zu verfassen.¹¹⁷⁸ Es sei aber auch nicht unterschlagen, dass es offenbar zur hausinternen Praxis gehörte, dass sich auch die Redakteure untereinander für einzelne nicht optimal präsentierte Beiträge ausführlich zu rechtfertigen hatten.¹¹⁷⁹ Zehrer's Schwäche gründete im Bemühen um den Frieden mit den linksliberal eingestellten Mitarbeitern, seiner gesundheitlichen Beeinträchtigung und dem ausgeprägten Ruhebedürfnis zum Schreiben der langen Leitartikel.¹¹⁸⁰ Der Verleger soll zunehmend in redaktionelle Angelegenheiten eingegriffen haben; häufig soll er dem Chefredakteur bereits morgens seine Vorstellungen mitgeteilt haben und Beiträge der Ausgabe vom Vortag kritisiert haben. Der Konzernherr erwartete eine stärkere Stützung seiner Aktivität durch die „Welt“, deren von eigensinnigen Journalisten gestaltete Linie ihm nicht zusagte. Die Individualität und das schriftstellerische Können dieser Mitarbeiter soll er nicht berücksichtigt haben.¹¹⁸¹ Müller hält das persönliche Regiment des Firmeninhabers von 1957 an für angebrochen und das Blatt in ein Instrument persönlicher Politik umgewandelt, wobei Zehrer die Richtlinienkompetenz definitiv zu Beginn des Jahres 1958 verloren gegangen sein soll.¹¹⁸² Ernst Cramer sieht die Redaktion hingegen weitgehend unabhängig agieren und erinnert Klagen des Verlegers über seine mangelnden Einflussmöglichkeiten.¹¹⁸³ Das ausgeprägte Berlin-Engagement des Unternehmers wurde seitens der im ungefährdeten Hamburg sitzenden Redaktion eher distanziert

¹¹⁷⁵ Demant, S. 190 ff.

¹¹⁷⁶ Maaßen, Ludwig: Die Zeitung. Daten – Deutungen – Porträts. Presse in der Bundesrepublik Deutschland, Heidelberg 1986, S. 54 f.

¹¹⁷⁷ Bundesarchiv/ Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 31, Hausmitteilung der Verlagsleitung vom 16.3.1964 über die Erhöhung der Mitarbeiterzahl vom 1.7.1963 bis zum 1.3.1964.

¹¹⁷⁸ Demant, S. 190 ff.

¹¹⁷⁹ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 31, Hausmitteilung von Karl-Heinz Macioszek an Hans Zehrer vom 30.4.1964. In diesem Beispiel wird eine ausführliche Rechtfertigung unter Anführung aller Umstände dafür vorgetragen, dass ein Beitrag nicht in der für optimal gehaltenen Form präsentiert wurde.

¹¹⁸⁰ Schwarz: Axel Springer, S. 358 f.

¹¹⁸¹ Naeher, S. 108 f.

¹¹⁸² Müller, S. 163 f.

¹¹⁸³ So Herr Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

aufgenommen.¹¹⁸⁴ Der eine sehr kritische Haltung vertretende von Paczensky spricht von einer wegen des ausgeprägten Eigensinns nicht weniger Redaktionsangehöriger nicht schnell und einfach verlaufenden Gleichschaltung.¹¹⁸⁵ Als Zeichen einer gewissen Autonomie lässt sich die vom Verlagshaus separate Lage des „Welt“-Gebäudes deuten.¹¹⁸⁶ Springer erwartete von seinen Angestellten viel Einsatz und die exakte Erfüllung seiner Vorgaben. Geduld und Akzeptieren von Widerspruch waren nicht seine Sache; aber er konnte auch argumentativ für seine Position werben und sehr charmant und gewinnend sein.¹¹⁸⁷ Paczensky zufolge duldeten die Verleger andere Meinungen nicht.¹¹⁸⁸ Es sei daran erinnert, dass der Herr-im-Haus-Standpunkt damals in der Branche verbreitet war.¹¹⁸⁹ Müller sieht den Konzernherrn sich zunehmend als Prophet gerieren und von seinen Mitarbeitern Gehorsam verlangen.¹¹⁹⁰ Das radikale Vorgehen gegenüber dem Osten, die Unduldsamkeit gegenüber eigenen Angestellten und die Manipulation von Nachrichten sollen zu Widerstand der Journalisten geführt haben.¹¹⁹¹ Als mitursächlich dafür gelten die mangelnde Kritikfähigkeit Springers und sein Wille, seine Botschaften zu verkünden. Ab 1958 entließ der Pressezar die liberalen Geister unter den Journalisten und soll die „Welt“ auf seinen Kurs gezwungen haben.¹¹⁹² Die internen Schwierigkeiten der Zeitung gelten mit dem Verlauf der weltpolitischen Krise als verschärft.¹¹⁹³ Als einer der ersten kehrte Kuby der „Welt“ wegen der Differenzen den Rücken. Er spricht von hauseigener Zensur und verlogener Flüchtlingspolitik.¹¹⁹⁴ Infolge der Spannungen verließ dann im Sommer 1960 eine Reihe profilierter Redakteure das Haus.¹¹⁹⁵ Aus verlegerischer Perspektive waren der politisch links stehende von Paczensky¹¹⁹⁶ und dessen Gesinnungsfreunde unbelehrbare Besserwisser, die ohnehin auf eine Stelle bei der Konkurrenz schielten. Augstein warb damals für ein – dann letztlich nicht realisiertes – Zeitungsprojekt Mitarbeiter an.¹¹⁹⁷ Von Paczensky und Sethe sollen für dieses Vorhaben gewonnen worden sein; auch Besser und von Uexküll wollten die „Welt“ in diese Richtung verlassen. Sie glaubten sich beim neuen Verleger wegen der politischen Übereinstimmung in den

¹¹⁸⁴ Schwarz: Axel Springer, S. 356.

¹¹⁸⁵ Paczensky, S. 733.

¹¹⁸⁶ Bundesarchiv/Koblenz: N/1471, Aktenband Nr. 17, Ausschnitt der Zeitschrift „frontal“ vom November 1964. Hier schreibt Rüdiger Feld über „Axel Springers schöne neue Welt“. Der Ausschnitt ist in der Lose-Blatt-Sammlung von Sethes Nachlass erhalten.

¹¹⁸⁷ Naehrer, S. 171.

¹¹⁸⁸ Paczensky, S. 736.

¹¹⁸⁹ Schwarz: Axel Springer, S. 374.

¹¹⁹⁰ Müller, S. 163 ff.

¹¹⁹¹ Lohmeyer, S. 245.

¹¹⁹² Jürgs, Michael: Der Fall Axel Springer. Eine deutsche Biographie, München, Leipzig 1995, S. 164 ff.

¹¹⁹³ Schwarz: Axel Springer, S. 356.

¹¹⁹⁴ Kuby, Erich: Mein ärgerliches Vaterland, München, Wien 1989, S. 188 und 198 f.

¹¹⁹⁵ Demant, S. 190 ff.

¹¹⁹⁶ Gert von Paczensky arbeitete 13 Jahre für die „Welt“; in den letzten drei Jahren vor seinem Ausscheiden 1960 fungierte er als Chef des sog. Außenpolitischen Ressorts.

¹¹⁹⁷ Schwarz: Axel Springer, S. 356 f. und S. 363 f.

richtigen Händen. Das Vorhaben scheiterte aber an einer Reihe von Problemen; dazu zählte – wenn auch sicher an nachrangiger Stelle – dass die offenbar weitgehenden Unabhängigkeitsvorstellungen des neuen Redaktionskollegiums mit dem Rollenverständnis und Einflußwillen Augsteins nicht in Einklang zu bringen waren.¹¹⁹⁸

Der „Welt“-Verlagsleiter Schulte¹¹⁹⁹ soll angesichts der sich abzeichnenden Entwicklung bedauert haben, keinen adäquaten Schutz für die Autonomie der Journalisten installiert zu haben.¹²⁰⁰ Der für den ökonomischen Erfolg und das Erfüllen der öffentlichen Aufgabe verantwortliche Verleger verfügt ja schon aufgrund seines Eigentums über Macht in publizistischen Angelegenheiten.¹²⁰¹ Er gebietet über hinreichende Möglichkeiten, Konformität der Chefredakteure zu seinen Anliegen durchzusetzen.¹²⁰² Bereits die Wahl der Mitarbeiter sorgt für die Realisierung des eigenen Willens.¹²⁰³ Nicht zuletzt ließ sich auf das materielle Interesse der Journalisten bauen, die weit höhere Vergütungen bezogen als es bei der Konkurrenz üblich war.¹²⁰⁴ Da die Kommentatoren die Gedanken ihres Chefs von seinen Äußerungen her kannten, sollen sie dementsprechend geschrieben haben und eher selten den allerhöchsten Unwillen erregt haben. Neben dem vorausseilenden Gehorsam der Mitarbeiter nahm der Verleger über Direktiven seines Bürochefs, unmittelbar telefonisch und über präzise Anweisungen Einfluss.¹²⁰⁵ Zudem kann die in großen Redaktionen bestehende hierarchische Struktur mit ihren Abhängigkeitsverhältnissen die Meinungsfreiheit der einzelnen Mitarbeiter tangieren.¹²⁰⁶ Wenn das politische Anliegen mit dem unternehmerischen Ziel des Gewinnstrebens kollidierte, behielt nicht selten der Medienpolitiker in Springer die Oberhand, wenn er auch nicht ungebremst agieren konnte.¹²⁰⁷ Das Renommierblatt machte in diesen Jahren aber noch keine Verluste.¹²⁰⁸ In den Jahren 1955, 1958-65 und 1968 fuhr die „Welt“ Gewinn ein.¹²⁰⁹ Die redaktionellen Mitarbeiter standen also gegenüber dem Eigner nicht unter besonderem ökonomischen

¹¹⁹⁸ Merseburger, Peter: Rudolf Augstein. Der Mann, der den SPIEGEL machte, München 2009, S. 312 ff.

¹¹⁹⁹ Schulte, Heinrich (*1902, gest. 1963) studierte Volkswirtschaft und trat 1933 in die Geschäftsführung des „Hannoverschen Kuriers“ ein. Seit 1940 war er im gleichgeschalteten Reismann-Grone-Verlag in Essen tätig. Müller bezeichnet ihn als tüchtigen Manager und versierten Spezialisten, der im Amanschen Presse-Imperium wenig mit dem ideologischen Kern der Angelegenheit zu schaffen hatte. Im Jahr 1946 wurde Schulte aus der Kriegsgefangenschaft entlassen und von den Engländern wegen seines Experten-Wissens für die „Welt“ als Geschäftsführer angeworben. So Müller, S. 134 f.

¹²⁰⁰ Naehrer, S. 109.

¹²⁰¹ Richter, Rolf: Kommunikationsfreiheit = Verlegerfreiheit? Zur Kommunikationspolitik der Zeitungsverleger in der Bundesrepublik 1945-1969, Pullach 1973, S. 213 f.

¹²⁰² Hopf, Christel: Zu Struktur und Zielen privatwirtschaftlich organisierter Zeitungsverlage, in: Brokmeier, Peter (Hg.): Kapitalismus und Pressefreiheit. Am Beispiel Springer, Frankfurt/Main 1969, (S. 8-29), hier S. 19

¹²⁰³ Lohmeyer, S. 234.

¹²⁰⁴ Schwarz: Axel Springer, S. 289.

¹²⁰⁵ Jürgs, S. 183 und S. 233.

¹²⁰⁶ Knipping, Franz: Monopole und Massenmedien, Ost-Berlin 1969, S. 163.

¹²⁰⁷ Schwarz: Axel Springer, S. 291.

¹²⁰⁸ Schwarz: Axel Springer, S. 358.

¹²⁰⁹ Mitteilung des Firmenarchivars Herrn Laabs vom 14.9.2009.

Druck. Trotz der Zuspitzung der internationalen politischen Lage setzte Springer sein ehrgeiziges Neubauprojekt in Berlin fort und legte demonstrativ am 25. Mai 1959, wenige Tage bevor das östliche Ultimatum ablief, den Grundstein.¹²¹⁰ Er zitierte bei diesem Anlass – wohl nicht ohne Bezug auf sich selbst – Goethe: „Die Künstler sind wie Sonntagskinder. Nur sie sehen Gespenster. Doch wenn sie ihre Geschichte erzählt haben, dann sieht sie jedermann.“¹²¹¹ In den 8. Stock des Bauwerks sollte dann die Berliner „Welt“-Redaktion einziehen.¹²¹² Der Unternehmer war davon überzeugt, bei Erreichung der Einheit in Berlin über einen idealen Standort zu verfügen.¹²¹³ Investitionshilfen und Steuererleichterungen nahm er dabei gerne mit. Der Umzug der Konzernzentrale stärkte dem Gemeinwesen den Rücken.¹²¹⁴ Wie er selbst schrieb, gehörte ein sich für die Einheit einsetzender Verlag an diesen Ort.¹²¹⁵ Springer war davon überzeugt, hier seine Rolle als Patriot und politischer Prediger spielen zu können.¹²¹⁶ Wenn er in der Stadt weilte, nahm er die herrschende Frontstadt-Mentalität auf.¹²¹⁷ Bei der noch an den Kriegsfolgen leidenden, antikommunistisch eingestellten und auf die Einheit hoffenden Berliner Bevölkerung fand Springer mit seiner Informationspolitik guten Anklang.¹²¹⁸ Konsequenz seines Glaubens an die Zukunft des Berliner Zeitungsmarkts war auch die Übernahme des Ullstein-Verlags. Springer liebte die Stadt und befand sich im Einklang mit der Bevölkerung im Hass auf die Kommunisten und in der Verachtung gegenüber den sich am neuen Wohlstand labenden Westdeutschen. Er gilt als begnadetster PR-Mann des Gemeinwesens, der die Stadt zum Prüfstein der Nation erhob und dafür das Instrumentarium seiner Zeitungen einsetzte.¹²¹⁹ Ihm war bewusst, dass zur Erreichung seines Ziels ein idealistisches Feuerwerk zu entzünden war.¹²²⁰ Bei einer Betriebsversammlung im September 1959 erklärte er zur primären geistigen, ideellen und politischen Aufgabe seines Unternehmens, mit allen Kräften an der Erlangung der Einheit zu arbeiten. In Leitartikeln wollte der Verleger dazu aufrufen lassen, sich für die ehemalige Hauptstadt zu engagieren; er wollte auch gegen die Lauheit in Westdeutschland vorgehen. Springer lag zudem daran, die Verstöße gegen

¹²¹⁰ Naeher, S. 138.

¹²¹¹ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Grundsteinlegung Kochstraße, Berlin, 25.5.1959, S. 1.

¹²¹² Schauer, Lucie: Architektur und Stil des Axel-Springer-Hauses, in: Wallenberg, Hans: Berlin Kochstrasse, Berlin, Frankfurt/Main, Wien 1966, (S.13-20), hier S. 17.

¹²¹³ Jürigs, S. 294 f.

¹²¹⁴ Bahr, Egon: Der verlässliche und schwierige Patriot, in: Döpfner, Mathias (Hg.): Axel Springer. Neue Blicke auf den Verleger. Eine Edition aktueller Autorenbeiträge und eigener Texte, Berlin 2005, (S. 43-51), hier S. 45.

¹²¹⁵ Springer, Axel: An meine Kinder und Kindeskinde. Auszüge aus einer Niederschrift, Berlin 1981, S. 52 f.

¹²¹⁶ Jürigs, S. 226.

¹²¹⁷ Schwarz: Axel Springer, S. 293.

¹²¹⁸ Sörgel, S. 90.

¹²¹⁹ Jürigs, S. 304-310.

¹²²⁰ Schwarz: Axel Springer, S. 297.

Recht, Freiheit und Menschenwürde in der DDR publik zu machen.¹²²¹ Wenig später trug der Verleger vor Gesinnungsfreunden vom Kuratorium „Unteilbares Deutschland“¹²²² seine Vorstellungen zum Thema „Wiedervereinigung und öffentliche Meinung“ vor. Er hielt eine starke öffentliche Meinung in Richtung Wiedervereinigung für eine unerlässliche Voraussetzung einer erfolgreichen Wiedervereinigungspolitik überhaupt. Er betrachtete sie auch als bedeutsames politisches Faktum bei den anstehenden internationalen Konferenzen. Springer erklärte die öffentliche Meinung zudem zum „Vorhof eines echten Volkswillens überhaupt von nicht abzuschätzender Bedeutung ... für die Rückbesinnung unseres ein wenig synthetischen Staatsgebildes auf eine echte Nation.“¹²²³ In seinen Unterlagen ist ein Redeentwurf vom 16.11.1959 erhalten, der letztlich nicht zum Vortrag gelangte. Springer bezeichnete sich darin als Treuhänder der öffentlichen Meinung; ging aber davon aus, dass eine als Vorstufe des Volkswillens empfundene öffentliche Meinung eigentlich noch gar nicht in der Bundesrepublik existierte. Als Presseemann sah er sich in die Rolle gedrängt, immer wieder aus der Dissonanz die Grundthemen einer Harmonie herauszustellen, die möglicherweise auch nur künstlich und willkürlich herausgegriffen sei.¹²²⁴ Paczensky meint – allerdings ohne sich zeitlich festzulegen – , dass angeordnet wurde, die Außenpolitik der Westmächte grundsätzlich nicht mehr zu kritisieren, weil die Deutschen auf sie Berlins wegen angewiesen waren. Er wirft allgemein und vage der „Welt“ Manipulation der Berichterstattung durch Ausblenden, Aufbauschen nachrangiger Aspekte und Herunterspielen relevanter Geschehnisse vor.¹²²⁵ Auch wenn bereits in früheren Jahren von allerhöchster Stelle Direktiven und Anweisungen formuliert wurden, sieht Kruij die dies erst 1960 für die Hauspolitik kennzeichnend werden.¹²²⁶ In diesem Jahr erklärte Springer auch mit Bedacht, einseitig über die DDR informieren zu lassen. Schließlich „mache er ja Politik; und es komme eben auf den Effekt an, den Nachrichten bei der breiten Lesermasse erzielen.“¹²²⁷ Die Verringerung der Anzahl der kritischen Geister unter den „Welt“-Journalisten bedeutete eine kurzfristige Entspannung der

¹²²¹ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Stichworte zur Rede vom 22.09.1959, Betriebsfest, S. 8-12.

¹²²² Das 1954 ins Leben gerufene und bis 1992 bestehende Kuratorium vereinigte Vertreter westdeutscher Verbände und Parteien. Die Organisation hatte das Anliegen, den Willen zur Einheit bei den Deutschen zu fördern und initiierte dafür Aktionen. Zudem ging es darum, die Außen- und Deutschlandpolitik der Regierung zu beeinflussen. Zentrale Figur war der Vorsitzende Wilhelm Wolfgang Schütz. Seit den 70er Jahren war die Bedeutung dieser Institution recht gering. So: Meyer, Christoph: Die deutschlandpolitische Doppelstrategie. Wilhelm Wolfgang Schütz und das Kuratorium Unteilbares Deutschland (1954-1972), Köln 1997, S. 2.

¹²²³ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959: Tagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ in Berlin am 27. November 1959, S. 1.

¹²²⁴ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959: Tagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ am 27.11.1959, Entwurf für die Berlin-Rede Springers vom 16.11.1959, S. 1, S. 3.

¹²²⁵ Paczensky, S. 735.

¹²²⁶ Kruij, S. 108.

¹²²⁷ Brumm, Dieter: Sprachrohr der Volksseele? Die „Bild“-Zeitung, in: Thomas, Michael Wolf (Hg.): Porträts der deutschen Presse. Politik und Profit, Berlin 1980, S. 132.

hausinternen Differenzen. Der Mauerbau sorgte dann für Übereinstimmung zwischen den streitenden Parteien und bewirkte zudem eine menschliche Wiederannäherung von Verleger und Chefredakteur, die auf kompromisslosem Kurs segelten.¹²²⁸ Springer focht nun mit beinahe religiöser Inbrunst gegen den Kommunismus.¹²²⁹ Die Ereignisse nährten den Argwohn beider gegenüber dem US-Präsidenten und seinen Ratgebern. Das Geschehen belegte die mangelnde Unterstützung der Bundesrepublik durch die Westmächte und soll zu einer wachsenden nationalistischen Linie Zehrsers geführt haben. Gegen Ende des Jahres 1962 sollen Demant zufolge Haffner¹²³⁰ und danach auch Sethe,¹²³¹ Grubbe¹²³² sowie der Amerika-Experte von Borch wegen der letztgenannten Entwicklung das Haus verlassen haben.¹²³³ Von Borch war allerdings noch 1965 auf seinem Posten in Washington für die „Welt“ tätig; und ihm lag auch viel daran, dass dies so blieb. Er erfreute sich zumindest damals der besonderen Wertschätzung des Verlegers.¹²³⁴ Von Borch gegenüber stellte das Haus die Dinge 1962 übrigens so dar, dass es lediglich auf der mittleren und unteren Etage einige Kündigungen gegeben habe wegen der Anziehungskraft des besser bezahlenden Fernsehens. Es hieß, was von Rang und Namen wäre, sei aber alles noch hier.¹²³⁵ Jedenfalls nach Zehrsers Ansicht war Sethe beruflich nicht mehr zu aktivieren; er wünschte sich auf historische Bücher zu beschränken. Grubbe entschied sich für die Arbeit beim Fernsehen.¹²³⁶ Der Tod des um die Unabhängigkeit des Blatts bemühten Verlagsleiters Schulte im Jahr 1963 wird als Ausweitung der Macht des

¹²²⁸ Demant, S. 193 ff.

¹²²⁹ Jacobi: Der Verleger Axel Springer, S. 188.

¹²³⁰ Bei Haffners Ausscheiden stand allerdings im Vordergrund, dass die „Welt“ seine scharfe Kritik an der staatlichen Nacht- und Nebel-Aktion gegen den „Spiegel“ und Rudolf Augstein nicht veröffentlichte.

¹²³¹ Paul Sethe war 1955 als bekannter nationalliberaler Adenauer-Kritiker eingestellt worden; ja er galt als journalistische Symbolfigur des Aufbegehrens gegen den Kanzler.

Sethe verfasste zudem eine Reihe von Büchern; dazu zählten: Das Fundament unserer Zukunft: Bilanz der Ära Adenauer, politisch, wirtschaftlich, kulturell, Düsseldorf 1964; Kleine Geschichte Russlands, Gütersloh 1963; Morgenröte der Gegenwart: 1740-1789. von Friedrich dem Großen bis Washington, Stuttgart 1963; Die grossen Entscheidungen, Frankfurt/Main 1958; Schicksalsstunden der Weltgeschichte: Die Außenpolitik der Großmächte von Karl dem Fünften bis Stalin, Frankfurt/Main 1952; Gneisenau, Ulm 1942; Europäische Fürstenhöfe/Der russische Zarenhof, Frankfurt/Main 1937; Die ausgebliebene Seeschlacht: Die englische Flottenführung 1911-1915, Berlin 1932.

¹²³² Peter Grubbe war als prononciert linksliberaler Journalist im Außenpolitik-Ressort für die „Welt“ tätig. Erst in den 80er Jahren wurde er als NS-Parteimitglied und Kriegsverbrecher enttarnt.

Müller bezeichnet Grubbe übrigens als liberalen Mann mit gemäßigten Ansichten, So: Müller, S. 160.

¹²³³ Demant, S. 195 ff.

¹²³⁴ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenbestand Nr. 31, Brief Herbert von Borchs an Hans Zehrer vom 11.4.1965 sowie das Antwortschreiben Zehrsers an von Borch vom 29.4.1965.

Müller zufolge soll von Borch nach Einführung des nationalen Kurses 1965/66 dann dem Haus den Rücken gekehrt haben. So: Müller, S. 165.

Prante weist darauf hin, dass von Borch aufgrund des politischen Kurswechsels der „Welt“ 1965 ging und von nun an bis 1979 als USA-Korrespondent für die „Süddeutsche Zeitung“ schrieb.

So: Heribert Prante in seinem Porträt in der „Süddeutschen Zeitung“, 28.7.2003, S. 6.

¹²³⁵ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Chefredaktion Welt, Briefwechsel Cramer/von Borch von 1962-64, Brief Meidingers an von Borch vom 5.7.1962.

¹²³⁶ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Chefredaktion Welt, Briefwechsel, Cramer/von Borch von 1962-64, Brief Zehrsers an von Borch vom 30.7.1963.

Firmeninhabers gedeutet; sein Wille soll nun unmittelbar ausgeführt worden sein.¹²³⁷ Innerhalb weniger Monate verließen weitere liberale Redakteure das Haus.¹²³⁸ Lohmeyer sieht das bislang nur unvollkommen den verlegerischen Vorstellungen entsprechende Blatt nun an die Kandare genommen, den Verleger aber schon vorher über den personellen Aderlass und den Ersatz sich ein propagandistisches Werkzeug schmieden.¹²³⁹ Im Sommer 1963 etablierte Springer dann den Redaktionellen Beirat, dem das Führungspersonal angehörte. Diese Institution war dazu geeignet, seine Ansichten durch die Chefredakteure an alle Journalisten zu verbreiten. Für die Durchsetzung einer einheitlichen Linie in sämtlichen publizistischen Produkten förderlich waren auch die sich Anfang der 60er Jahre bereits herauschälenden Grundsätze des Hauses, wenn diese auch erst später offiziell wurden.¹²⁴⁰ Dazu zählten das Eintreten für die Einheit, die Aussöhnung mit dem israelischen Volk, die Ablehnung von politischem Extremismus und die Bejahung der Marktwirtschaft.¹²⁴¹ Ende 1963 ging Zehrer dann nach Berlin und ließ die Tagesarbeit ruhen, blieb aber formal Chefredakteur.¹²⁴² In den Jahren 1963 bis 1965 wurde der „nationale Kurs“ für das Renommierblatt konzipiert, der seit 1966 bestimmend wurde. Eine Reihe profilierter Journalisten soll als Folge der intensivierten Beeinflussung der „Welt“ den Rücken gekehrt haben.¹²⁴³ Doch auch künftig soll das Blatt seinem Eigner, der es niemals politisch vollkommen beherrschen konnte, Verdruss bereitet haben.¹²⁴⁴ Neben der Erinnerung an die Spaltung und dem Erhalt des Bewusstseins ein Volk, eine Kulturnation zu sein, bestand das Vermittlungsziel des nationalen Kurses auch darin, konservatives Gedankengut zu verbreiten. In den unternehmerischen Anfängen des Verlegers war dies noch nicht der Fall gewesen, wohl weil er noch nicht über das national orientierte Bewusstsein verfügte und weil zu diesem Zeitpunkt eine Propagierung solcher Gedanken kaum opportun war.¹²⁴⁵ Springer wurde zu Lebzeiten als letzter noch an die Wiedervereinigung glaubender Träumer belächelt und verspottet. In seiner Vorstellung bildeten Vaterland und Gott eine Einheit; nur mit göttlicher Hilfe konnte die Wiedervereinigung erreicht werden.¹²⁴⁶ Anders als Zehrer, dem die Einheit das höchste Anliegen war, ging es dem in dieser Hinsicht eine stärkere Aktivität entfaltenden Verleger

¹²³⁷ Demant, S. 198 ff. und Backhaus, Wilhelm: „Ich kann Milliarden machen“. Ein Psychogramm, in: „Der Spiegel“ 1.1.1968 Nr. 1, 22. Jg. (S. 24-36), hier S. 30.

¹²³⁸ Bundesarchiv/Koblenz: N/1471, Aktenbestand Nr. 17, Ausschnitt aus Rüdiger Felds: „Axel Springers schöne neue Welt“ in der Zeitschrift „frontal“ vom November 1964, der sich in der Lose-Blatt-Sammlung des Sethe-Nachlasses erhalten hat.

¹²³⁹ Lohmeyer, S. 246 f. und S. 295.

¹²⁴⁰ Kruip, S.109 f.

¹²⁴¹ Harenberg: Aus Bonn für Deutschland, S. 117 f.

¹²⁴² Schwarz: Axel Springer, S. 369 f.

¹²⁴³ Kruip, S. 109.

¹²⁴⁴ Schwarz: Axel Springer, S. 373.

¹²⁴⁵ Kruip, S. 132 f.

¹²⁴⁶ Jürs, S. 285 ff.

mehr um die Freiheit der Menschen.¹²⁴⁷ Er engagierte sich auch in Vorträgen und Gesprächen mit hohen Politikern für die Ostdeutschen.¹²⁴⁸ In den späteren Jahren rief er direkt in Artikeln in seinen Medien zur Unterstützung Berlins auf.¹²⁴⁹ In angelsächsischen Ländern gefiel das Engagement Springers zugunsten von Freiheit und Demokratie; daher wurde die Kampagne für die Wiedervereinigung sehr wohl akzeptiert und der Antikommunismus als nützliche Hilfestellung betrachtet.¹²⁵⁰

3.2. Zur Gestaltung der „Welt“

Die Zeitung erschien täglich. Die Wochentagsausgaben waren zumeist 14 bis 18 Seiten dick, lediglich die Montagsausgabe war mit 12 Seiten recht mager. Samstags war die „Welt“ dafür ausgesprochen umfangreich. Die Seiten eins bis vier blieben der Politik vorbehalten: Während sich die Seite eins den internationalen Nachrichten und bedeutenderen nationalen Themen widmete, waren den Seiten zwei und drei in der Regel eher nachrangige Themen der westdeutschen Innen- und Parteipolitik sowie weniger brisante außenpolitische Aspekte wie beispielsweise die Südtirol-Frage zu entnehmen. Auf der dritten Seite wurden auch Berichte aus anderen Ländern vorgestellt. Seite vier präsentierte den „Blick in die Weltpresse“. Vorzugsweise wurden renommierte angelsächsische Zeitungen zu aktuellen Fragen zitiert. Gelegentlich wurden auch Auszüge französischer und für Neutralität bürgende Schweizer Zeitungen vorgestellt. Bisweilen war sogar der Blick über den Tellerrand ins andere politische Lager erlaubt; dann war beispielsweise hömöopathisch dosiert zu lesen, wie die Wiener „Arbeiterzeitung“ als Zentralorgan der sozial-demokratischen Partei Österreichs über das Geschehen schrieb. Auf Seite vier fanden sich auch Anzeigen. Auf Seite fünf dominierten Nachrichten mit Lokalbezug zur Freien und Hansestadt und ihrem Umland. Hier ging es beispielsweise um Schulbaupläne in der Bürgerschaft, den Neubau des Universitäts-Klinikums Eppendorf und des Winterhuder Fährhauses sowie Konzerte. Bisweilen belegten Schreckensnachrichten wie ein Raubüberfall auf Rentner, dass die Welt auch hier nicht ganz in Ordnung war. Auf Seite sechs ging es ähnlich weiter. Die Lokalredaktion stellte die Namen der Abiturienten vor, informierte über Vorträge, Gemüsepreise, die Probleme von kinderlosen Ehen und veröffentlichte Leserbriefe. Hier wurden auch die Todesanzeigen für Fabrikanten, Brauereidirektoren, Landräte a.D. und Vorstandsvorsteher präsentiert. Darunter wurde für Kapitalanlagen geworben ebenso wie für Stilmöbel,

¹²⁴⁷ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

¹²⁴⁸ Jürigs, S. 294 f.

¹²⁴⁹ Springer, Axel: Aus Sorge um Deutschland. Zeugnisse eines engagierten Berliners, Stuttgart 1980, S. 95 ff.

¹²⁵⁰ Kruip, S. 12.

Bonbons und Pelzmäntel. Seite sieben stellte eine aufgelockerte Form des Feuilletons dar. Neben Theater-, Konzert- und Kunstbesprechungen wurden auch Filmpremierer, Mordprozesse, Schülerwettbewerbe und sogar Skandale aus Elmshorn präsentiert. Gelegentlich wurde die Besprechung neuer Automodelle eingestreut, damit sich auch der männliche Teil des Publikums angesprochen fühlen konnte. Die folgende Seite widmete sich den Neuigkeiten auf dem Automobilssektor. Neben ausgesprochen viel Werbung fanden sich hier noch Familiennachrichten und Kontaktanzeigen, die in dieser Weise heute wohl nicht mehr zu finden wären. So suchten beispielsweise Eltern für ihren 30-jährigen Sohn in leitender Stellung auf diesem Weg eine Frau. Seite neun stellte eine Mischung aus Feuilleton und Wirtschaftsteil dar. In der Samstagsausgabe wurde hier das aktuelle Theater-, Kino- und Rundfunkprogramm abgedruckt. Seite zehn setzte den Kulturteil fort. Nicht selten waren 2/3 der Seite der Reklame vorbehalten. Hier wurden unter anderem Flugreisen nach Mallorca und extravagante Mercedes-Modelle angeboten. Wie sich beim Durchstöbern der Anzeigenrubrik ergibt, kamen für die Masse auch der „Welt“-Leser aber doch eher Reisen nach Bad Oeynhausen und biedere Mittelklasse-Pkw in Frage. Ebenfalls wurden hier Todesanzeigen geschaltet. Die folgende Seite widmete sich vorwiegend wirtschaftlichen Themen wie Börsenentwicklung, Marktberichten, Fragen von Im- und Export, Investment und Kartellbestimmungen. Auf dem unteren Drittel der Seite fand sich auch mal das Feuilleton mit Artikeln über abstrakte Kunst und Konzerte eingeschoben. Zeitweilig wurde hier auch der Fortsetzungsroman abgedruckt. Seite zwölf stand meist ganz der Reklame zur Verfügung. Bisweilen wurde die komplette Seite von einer Anzeige beispielsweise für eine Meldung der Aral-Aktiengesellschaft in Beschlag genommen. Oft waren hier aber Stellenangebote, Reise und Erholung, der Sportteil, aber auch Familienanzeigen wie amtliche Bekanntmachungen präsentiert. Die Montagsausgabe endete nicht selten mit zwölf Seiten. Bei der Samstagsausgabe war hingegen hier der Wirtschaftsteil angesiedelt, und das Publikum konnte sich beispielsweise über die Arbeit der Weltbank oder aktuelle Konkurse informieren. Seite dreizehn war eine immer wechselnde Mischung aus Stellenanzeigen im gehobenen Segment, Bekanntmachungen großer Unternehmen, Wirtschafts- und Sportnachrichten und bisweilen auch ganzseitig des Kinoprogramms. Die folgende Seite widmete sich größtenteils dem Wirtschaftsteil, wobei es beispielsweise um Straßenbau, die aktuelle Frankfurter Messe, die Handelsbeziehungen zu den europäischen Nachbarn und die Weltrohstoffmärkte ging. Es handelte sich also nicht unbedingt um Themen, die Kleinsparer für das tägliche Dasein interessierten, sondern mehr um die großen Zusammenhänge, die für ein kundiges Publikum ausgebreitet wurden. Bisweilen wurden hier jedoch auch Dinge wie die Verhaftung eines einstigen KZ-Arztes gemeldet, was an die unliebsame Vergangenheit erinnerte. Überhaupt war

auffallend, dass die Journalisten überaus distanziert schrieben, wenn das „Dritte Reich“ thematisiert wurde. Die Nationalsozialisten erschienen als vollkommen fremd- und bösartige Mikroben, mit denen das feine deutsche Volk niemals auch nur das Geringste zu tun gehabt hatte. Das Ende hätte ja ohnehin jeder vorausgesehen. Auf Seite fünfzehn ging es weiter um die Wirtschaft. Die Nachrichten waren fast ausnahmslos Erfolgsmeldungen und belegten den enormen Boom. Reiseanzeigen machten damit vertraut, dass Spaziergänge und Wandern heilende Wirkung bei von Schreibtischarbeit geschädigten Menschen erzielen sollten. Eher nachrangige Wirtschaftsinformationen wurden auf Seite sechzehn präsentiert. Zur Auflockerung eingestreut wurden hier auch Themen aus Mode, Filmwelt und Kunst; es wurden zudem Anzeigen für Auto und Zubehör geschaltet. Die nächste Seite war dem Sport und der Reklame vorbehalten. Die Wochentagsausgabe endete zumeist mit maximal 18 Seiten. In der erheblich umfangreicheren Samstagsausgabe wurde oft auf den Seiten achtzehn und neunzehn Vermischtes präsentiert. Es ging um Nachrichten aus aller Welt, Prozessberichtserstattung, Kultur, Mode, Spielpläne der Theater und Neuigkeiten aus Hollywood. Daneben fanden sich Annoncen für Privatschulen, Pensionate und Reklame für Möbel wie für Fernsehgeräte. Samstags wurden oft auf den beiden folgenden Seiten die Todesanzeigen abgedruckt. Im Folgenden ging es durch Reklame sehr aufgelockert weiter. Die unter der Rubrik „Heiraten“ präsentierten Kontaktanzeigen nahmen durchaus die Hälfte einer Seite ein und lesen sich zumindest für die Nachwelt bisweilen eher unfreiwillig amüsant. Ebenfalls um die Gunst des Publikums buhlte die Werbung, beispielsweise für aus heutiger Sicht zum Ersticken spießige Couch-Garnituren. Themen wie Sport, Reise und Erholung, schwedische Fertighäuser, Naturkatastrophen sowie Familien- und Immobilienanzeigen, Geschäftsverbindungen und die beneidenswert umfangreichen Stellenangebote bestimmten weiter das Bild. Viele komplette Seiten informierten über das aktuelle Angebot auf dem Immobilien- und Kapitalmarkt. Hier eingestreut fand sich bisweilen auf Seite fünfundzwanzig das „Forum“ der Welt, in dem beispielsweise über das Leben in den USA berichtet wurde. Bis ca. Seite dreißig ging es dann ausschließlich mit Anzeigen für Immobilien, Kapitalanlagen und Geschäftsverbindungen weiter. Dann fanden sich wieder Beiträge der redaktionellen Mitarbeiter. Hier ging es um Themen der „Geistigen Welt“, die aus den Rubriken Literatur, die Frau und Unterhaltung bestand. Japanische Kunst, der Ausländeranteil an deutschen Opern, Indianerreservate in Kanada, Hochgaragenbau in München oder der Beginn des Lebens auf der Erde wurden beispielsweise thematisiert. Auf der folgenden Seite befand sich „Das kleine Welttheater“, das Humor und Kritik in neckischen kleinen Zeichnungen verband und oft die westliche Wohlstandsgesellschaft persiflierte. Bisweilen wurde das „Forum“ der Welt auf der anschließenden Seite

präsentiert. Dort ging es etwa um das Leserecho auf die Frage, ob die Deutschen denn wieder auswandern müssten. Es ging dann ganzseitig weiter mit vorwiegend gehobenen Positionen vorbehaltenen Stellenangeboten, die leicht 12 oder 18 Seiten umfassen konnten. Gesucht wurden technische Direktoren, Werbeleiter, Kaufleute, Chemiker, Bauingenieure oder gelegentlich auch mal ein Diener-Ehepaar. Die letzte Seite diente der Abrundung des publizistischen Produktes und griff wieder Themen der „Geistigen Welt“ auf. Geburtstage von Wissenschaftlern, Themen der Mode, Literatur und Soziologie, aber auch Rationalisierung von Betrieben wurden behandelt.

4. „Die Welt“

4.1. Das Jahr 1958

4.1.1. Das politische Ringen

Aus Genf informierte die „Welt“ seit Anfang September kontinuierlich über die eröffnete Atomkonferenz.¹²⁵¹ Über die munter in den Hauptstädten wie Ping-Pong-Bälle hin und her gespielten Vorschläge zur Vorbereitung von Friedensvertrag und Einheit hielt die Redaktion ihr Publikum auf dem Laufenden.¹²⁵² Die Kommentierung thematisierte Anfang Oktober eine Bundestags-Sondersitzung und orakelte vieldeutig und zugleich ahnunglos: „Die großen Dinge der Weltgeschichte geschehen meist nicht mit einem großen Knall. Sie kommen auf leisen Sohlen. Und erst lange danach wird bewusst, daß sich etwas ereignet und daß sich die Wirklichkeit verändert hat. Das geschieht im Augenblick in Berlin.“¹²⁵³ Das Geschehen auf der politischen Bühne wurde weiter verfolgt.¹²⁵⁴ Hellhörig wegen der sich anbahnenden Entwicklung konnte die Leserschaft am 29. Oktober werden. Es war zu erfahren, dass nach Ulbrichts Auffassung ganz Berlin zur DDR gehörte und die ostdeutsche Regierung die Regelung der Verkehrsfragen beanspruchte.¹²⁵⁵ Die Wiederholung dieser Äußerung durch die Ost-Presse beeindruckte die Redaktion doch so weit, dass sie das Thema bald auf der Titelseite behandelte, wenn auch die Ursache für die Initiative falsch gedeutet wurde.¹²⁵⁶ Am 11. November wurde dann Chruschtschows Griff

¹²⁵¹ Nr. 203, 2.9.1958, S. 2, Nr. 212, 12.9.1958, S. 1, Nr. 253, 30.10.1958, S. 1, Nr. 256, 33.11.1958, S. 1, Nr. 259, 6.11.1958, S. 2, Nr. 264, 12.11.1958, S. 2, Nr. 265, 13.11.1958, S. 2.

¹²⁵² Nr. 207, 6.9.1958, S. 2, Nr. 210, 10.9.1958, S. 1, Nr. 211, 11.9.1958, S. 1, Nr. 219, 20.9.1958, S. 1, Nr. 222, 24.9.1958, S. 1, Nr. 228, 1.10.1958, S. 2, Nr. 240, 15.10.1958, S. 1, Nr. 250, 27.10.1958, S. 1.

¹²⁵³ Nr. 231, 4.10.1958, S. 1.

¹²⁵⁴ Nr. 234, 8.10.1958, S. 1, Nr. 235, 9.10.1958, S. 1.

¹²⁵⁵ Nr. 252, 29.10.1958, S. 2.

¹²⁵⁶ Nr. 256, 3.11.1958, S. 1.

nach Berlin eröffnet; nach Darstellung der „Welt“ reagierten die Westmächte gelassen.¹²⁵⁷ Groß herausgestellt wurde die westliche Ablehnung der geforderten Aufhebung des Vier-Mächte-Status.¹²⁵⁸ Angesichts der Entwicklung erinnerte das Blatt an die Blockade von 1948 und betonte die Standhaftigkeit der Berliner wie die Festigkeit der Westmächte.¹²⁵⁹ Mangels eindrucksvollerer Nachrichten präsentierte die Schriftleitung eine Vertrauenserklärung der Bundesregierung in den alliierten Schutz als Aufmacher.¹²⁶⁰ Vorsichtshalber machte die Zeitung darauf aufmerksam, dass die Westmächte sich für eine neue Luftbrücke vorbereiteten.¹²⁶¹ Bei den westlichen Verbündeten wurden Beratungen und Abwarten registriert.¹²⁶² Voreilig glaubten die Journalisten die Gefahr einer offenen Auseinandersetzung bereits für überwunden.¹²⁶³ Doch wurde der Irrtum nur zu bald offenkundig. Die „Welt“ musste den radikalen Moskauer Lösungsvorschlag für Berlin im Wortlaut abdrucken und die sowjetische diplomatische Initiative vorstellen.¹²⁶⁴ Als Sensation wurde am 22. November die bevorstehende Kündigung des Berlinstatuts durch die sowjetische Führung präsentiert.¹²⁶⁵ Springer war übrigens von der Entwicklung nicht überrascht; er fühlte sich von Chruschtschow persönlich herausgefordert und gedachte, sich für die bedrohte Stadt zu engagieren.¹²⁶⁶ Seit dem Ultimatum stand er kontinuierlich in Kontakt mit dem Bundeskanzler, zu dem der Faden vorher abgerissen war, weil dieser den Verleger auf neutralistischen Abwegen wandeln sah. Bei diesem Gedankenaustausch wurde auch die Propaganda für Berlin erörtert.¹²⁶⁷ Neben vertrauenerweckenden Stellungnahmen aus Washington und London präsentierte die „Welt“ hilflose Versicherungen westdeutscher Politiker.¹²⁶⁸ Der sowjetische Vorstoß wurde vom Medium als Nötigung der Westmächte zur Anerkennung der DDR gedeutet.¹²⁶⁹ Die „Welt“ verfolgte die Interaktionen der Handelnden auf den verschiedenen Schauplätzen und Ebenen unter Präferenz der westlichen Seite. Nachdem die Journalisten die Anzeichen der Krise etwas verschlafen hatten, schenkten sie dem politischen Ringen ausgesprochen ausführlich Beachtung. Anfänglich wurde großes Vertrauen zu den Verbündeten geäußert. Der vermittelte Anschein von westlicher Gelassenheit und guter Vorbereitung mochte beruhigend auf die Leserschaft gewirkt haben. Zwischen den Zeilen war allerdings doch

¹²⁵⁷ Nr. 263, 11.11.1958, S. 1.

¹²⁵⁸ Nr. 264, 12.11.1959, S. 1.

¹²⁵⁹ Nr. 264, 12.11.1958, S. 3.

¹²⁶⁰ Nr. 265, 13.11.1958, S. 1.

¹²⁶¹ Nr. 266, 14.11.1958, S. 1.

¹²⁶² Nr. 267, 15.11.1958, S. 1, Nr. 267, 15.11.1958, S. 5.

¹²⁶³ Nr. 268, 17.11.1958, S. 1.

¹²⁶⁴ Nr. 270, 19.20.11.1958, S. 1 und S. 5, Nr. 271, 21.11.1958, S. 1.

¹²⁶⁵ Nr. 272, 22.11.1958, S. 1.

¹²⁶⁶ Naeyer, S. 136.

¹²⁶⁷ Schwarz: Axel Springer, S. 336 und 338.

¹²⁶⁸ Nr. 275, 26.11.1958, S. 1 und S. 2, Nr. 273, 24.11.1958, S. 2.

¹²⁶⁹ Nr. 275, 26.11.1958, S. 3.

Nervosität erkennbar. Die bestürzende und desillusionierende Nachricht, dass der US-Außenminister bereit war, die Kontrolle der Westmächte durch „Zonen-Vertreter“ als „Beauftragte“ Moskaus zu akzeptieren, und die Aufnahme in der Bevölkerung verabreichte die Redaktion dem Publikum wie bittere Medizin löffelweise; so wurde der Schreck gemildert. Dabei wurde sachlicher Stil gewahrt und auf Kommentierung überhaupt verzichtet. Über die große Enttäuschung in der Berliner Bevölkerung wurde leicht zeitlich versetzt informiert.¹²⁷⁰ Der dort herrschende Vertrauensverlust wurde zwar thematisiert; stellte aber in Grubbes umfangreichem Artikel über die Lage vor Ort nur einen Teilaspekt dar.¹²⁷¹ Die sicher auch in der Bundesrepublik anzutreffende Erschütterung des Glaubens an die Hegemonialmacht fand sich in der „Welt“ nicht wieder. Ende November wurde die sowjetische Forderung, Berlin nach einer sechsmonatigen Frist den Status einer „entmilitarisierten Freien Stadt“ zu geben, thematisiert. Direkt daneben wurde eine Erklärung hoher US-Beamter abgedruckt, die sich nicht geneigt zeigten abzugeben. Eine außerordentlich besorgte Reaktion ließ sich allenfalls einer Meldung entnehmen, derzufolge Brandt in die USA fliegen wollte.¹²⁷² Auf mehreren Seiten lieferte das Medium umfangreiches Hintergrundmaterial.¹²⁷³ Die an Intensität kaum zu überbietende Berichterstattung überstieg das morgendliche Lektürebedürfnis bei weitem. Am 29. November wurde vornehmlich die westliche Reaktion thematisiert, die in Beratungen und Erklärungen bestand, die Stadt niemals dem Osten auszuliefern, was die Kommentierung schon als ermutigend wertete. Jedes noch so bescheidene Zeichen westlicher Festigkeit wurde begierig von der Redaktion aufgegriffen; vereinzelt gab es dabei einen Fehlgriff.¹²⁷⁴ Das Publikum wurde über die Stellungnahmen der Protagonisten auf dem Laufenden gehalten. US-Vizepräsident Nixon¹²⁷⁵ verweigerte die Anerkennung der DDR; Moskau drohte vorsorglich für den Fall einer Ablehnung der eigenen Vorschläge.¹²⁷⁶ Bald darauf wurde ein Treffen der westlichen Außenminister angekündigt.¹²⁷⁷ Registriert wurde aber schon die in verklausulierter Form angedeutete Nachgiebigkeit des britischen Außenministers Lloyd gegenüber den sowjetischen Forderungen.¹²⁷⁸ Vom Westen wurde

¹²⁷⁰ Nr. 276, 27.11.1958, S. 1, Nr. 277, 28.11.1958, S. 2, Nr. 278, 29.11.1958, S. 3.

¹²⁷¹ Nr. 278, 29.11.1958, S. 3.

¹²⁷² Nr. 277, 28.11.1958, S. 1.

¹²⁷³ Nr. 277, 28.11.1958, S. 3, S. 5 und S. 7.

¹²⁷⁴ Nr. 278, 29.11.1958, S. 1, S. 2.

¹²⁷⁵ Nixon, Richard Milhous (*9.1.1913, gest. 22.4.1994) gehörte der Republikanischen Partei an und fungierte 1953-61 als Vizepräsident der Vereinigten Staaten. 1960 unterlag er knapp bei der Präsidentschaftswahl gegen John F. Kennedy. 1969-74 wurde er doch noch Präsident. Er setzte sich für den Waffenstillstand in Vietnam und für Abrüstungsvereinbarungen mit der UdSSR ein. Nixon trat wegen der Watergate-Affäre zurück, um einer Amtsenthebung zuvorzukommen.

¹²⁷⁶ Nr. 278, 29.11.1958, S. 4.

¹²⁷⁷ Nr. 279, 1.12.1958, S. 1, Nr. 287, 10.12.1958, S. 1.

¹²⁷⁸ Nr. 280, 2.12.1958, S. 1.

die Einberufung einer Vier-Mächte-Konferenz ins Spiel gebracht.¹²⁷⁹ Washington wartete auf neue Ideen aus Bonn.¹²⁸⁰ Sich auf das Geschehen hemmend auswirkende Faktoren wie die Krankheit von Dulles flossen beiläufig mit ein.¹²⁸¹ Am 11. Dezember stellte die Redaktion die Erklärung Eisenhowers für die Verteidigung der Freiheit West-Berlins in den Mittelpunkt.¹²⁸² Herbert von Borch¹²⁸³ eruierte die sowjetischen Ziele und sah die Festigung der DDR, die Verhängung des „Schaufensters“ Berlin und die östliche Sorge wegen der zunehmenden militärischen Stärke der Bundesrepublik im Vordergrund stehen.¹²⁸⁴ Er war seit 1956 als Korrespondent im Rang eines Ressortleiters für die „Welt“ in Washington tätig und unternahm auch längere Reisen im Land, um – wie er meinte – der Einseitigkeit der Washingtoner Perspektive zu entgehen.¹²⁸⁵ Wegen der Fülle der im Blatt präsentierten amtlichen Stellungnahmen der verschiedenen Regierungen konnte sich die Leserschaft nicht beklagen, nicht hinreichend informiert zu werden. Und doch wurde nicht richtig klar, worum es eigentlich ging. Die westliche Reaktion, die in Beratungen, Erklärungen von Festigkeit sowie teilweise verklausulierter Nachgiebigkeit bestand, wurde insgesamt als ermutigend gewertet. In der hektischen westlichen Reise- und Konferenztätigkeit gab es von allen Ebenen und Seiten unterschiedliche Vorschläge, sickerten Krisenszenario-Pläne durch. Nur die Bundesregierung hatte keine eigenen Ideen, was die Journalisten aber nicht wirklich tragisch fanden. Der Höhepunkt der Reisediplomatie fand in Paris statt, wo ein Massenaufgebot an hochrangigen Vertretern an vier Konferenzen teilnahm.¹²⁸⁶ Gleich vier Journalisten setzte das Verlagshaus nach Paris in Marsch, ohne dass sich dieser Aufwand inhaltlich auszahlte. Es war lediglich zu erfahren, dass Dulles zunächst die Auffassungen der Verbündeten kennenlernen wollte, um dann die eigene, ausschlaggebende Stellungnahme zu formulieren. Registriert wurden

¹²⁷⁹ Nr. 282, 4.12.1958, S. 2.

¹²⁸⁰ Nr. 283, 5.12.1958, S. 3.

¹²⁸¹ Nr. 287, 10.12.1958, S. 1.

¹²⁸² Nr. 288, 11.12.1958, S. 1.

¹²⁸³ Borch, Dr. Herbert von (*17.11.1909 in China, gest. 25.7.2003) studierte Soziologie und Philosophie und promovierte 1933 bei Alfred Weber. 1934-43 arbeitete er als Korrespondent für die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in Rom. Seit 1949 war von Borch wieder bei verschiedenen Zeitungen journalistisch tätig. In den Jahren 1953-56 fungierte er als außenpolitischer Leitartikler der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Von 1956-65 war er als Korrespondent für „Die Welt“ in Washington tätig. Für seine Art der Berichterstattung erhielt von Borch 1963 den Journalistenpreis der Universität von Kalifornien. Diese der Personendatenbank des Firmenarchivs des Springer-Verlags entlehnten Informationen stimmen im Wesentlichen mit den Angaben des in der „Süddeutschen Zeitung“ am 28.7.2003 auf S. 6 veröffentlichten Porträts von Heribert Prante überein, das Quellenbasis für die biographischen Kurzangaben in der Fußnote auf S. 149 sind. Prante weist darauf hin, dass von Borch aufgrund des politischen Kurswechsels der „Welt“ dem Haus den Rücken kehrte und von nun an bis 1979 als US-Korrespondent für die „Süddeutsche Zeitung“ schrieb. Prante äußert sich auch knapp zum Wesen von Borchs.

¹²⁸⁴ Nr. 289, 12.12.1958, S. 3.

¹²⁸⁵ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Welt Ausgeschiedene Korrespondenten 1957-67, von Borch, so sein Anstellungsvertrag vom 10.4.1956 und Schreiben von Borchs an Dr. Schulte vom 6. Juli 1958.

¹²⁸⁶ Nr. 290, 13.12.1958, S. 1.

zudem Differenzen zwischen der französischen und britischen Regierung.¹²⁸⁷ Streitig war, wie weit die Angebote an Moskau gehen sollten.¹²⁸⁸ Der Dissens wurde ebenso wie die Ratlosigkeit und Unsicherheit der hohen Verbündeten in der vorsichtigen Dosierung der Berichterstattung und durch den Verzicht auf tadelnde Kommentierung doch etwas heruntergespielt. Als Politik der Härte pries Paul Sethe¹²⁸⁹ übertreibend am 16. Dezember im Leitartikel die westliche Ablehnung von Verhandlungen unter Zeitdruck und die Weigerung, die Zufahrtswege von Volkspolizisten überwachen zu lassen.¹²⁹⁰ Zum Abschluss der Pariser Tagung wurden hingegen die westliche Verhandlungsbereitschaft betont und sogar konkrete Konzessionen offen angesprochen.¹²⁹¹ Wenig konzilient gab sich hingegen Moskau; Außenminister Gromyko drohte mit Krieg, falls keine Lösung gefunden wurde.¹²⁹²

4.1.2. Das Wettrüsten

Die „Welt“ informierte über die Anstrengungen der Supermächte; von besonderem Interesse war die Entwicklung der Raketentechnik. Auffallend war, dass – wohl aufgrund des Gefühls der westlichen Unterlegenheit – die amerikanischen Erfolge medial herausgestellt wurden. Fortschritte wurden bisweilen etwas triumphierend verkündet. Die zahlreichen Raketenfehlstarts oder Abstürze wurden hingegen von der Redaktion ziemlich konsequent bemäntelt oder verschleiert. Bezeichnend für die Art der Darstellung war es, dass die Redaktion etwa eine vom Kurs abweichende und abstürzende Rakete als mit größter Begeisterung aufgenommenen Erfolg verkaufte.¹²⁹³ Angesichts der nicht zu übersehenden US-Misserfolge¹²⁹⁴ wurde dem Publikum die amerikanische Beharrlichkeit vor Augen geführt; die Weltraumbehörde gab nicht auf und befasste sich mit neuen Plänen.¹²⁹⁵ Adalbert Bärwolf¹²⁹⁶ gab mit seinem Halbwissen den Weltraumexperten des

¹²⁸⁷ Nr. 291, 15.12.1958, S. 2.

¹²⁸⁸ Nr. 294, 18.12.1958, S. 2.

¹²⁸⁹ Sethe, Dr. Paul (*12.12.1901, gest. 21.6.1967) studierte Geschichte und promovierte in Bonn über die „Britische Flottenführung 1911-1915“. Seit 1921 war er journalistisch für verschiedene Blätter tätig. 1934-43 war Sethe als Redakteur bei der „Frankfurter Zeitung“; 1944 arbeitete er für den „Völkischen Beobachter“. Sethe gehörte 1949 zu den Mitbegründern der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und war bis 1955 einer ihrer Herausgeber. Er wechselte wegen Differenzen mit dem Kollegium über Adenauers Deutschlandpolitik zur „Welt“. Sethe war dort bis 1962 für das Politik-Ressort verantwortlich. Dann wechselte er ins Ressort „Dokumentation und Zeitgeschichte“, bis er 1963 das Haus verließ und zur „Zeit“ ging. Von ihm stammen mehrere Publikationen zu historischen Themen.

¹²⁹⁰ Nr. 292, 16.12.1958, S. 1, Nr. 294, 18.12.1958, S. 1.

¹²⁹¹ Nr. 295, 19.12.1958, S. 1, Nr. 302, 30.12.1958, S.1, Nr. 297, 22.12.1958, S. 1.

¹²⁹² Nr. 300, 27.12.1958, S. 1.

¹²⁹³ Nr. 238, 13.10.1958, S. 1.

¹²⁹⁴ Nr. 225, 27.9.1958, S. 1, Nr. 248, 24.10.1958, S. 1, Nr. 262, 10.11.1958, S. 1, Nr. 282, 4.12.1958, S. 3, Nr. 285, 8.12.1958, S. 1.

¹²⁹⁵ Nr. 262, 10.11.1958, S. 2.

¹²⁹⁶ Bärwolf, Adalbert (*09.11.1921, gest. 17.11.1995) studierte Anglistik und Publizistik an der Universität Heidelberg und gehörte seit 1954 als Redakteur zur „Welt“. Er schrieb zu Außenpolitik und berichtete

Hauses. Er war als freier Mitarbeiter beschäftigt und befand sich am Ort der Raketen-Versuchsplätze. Die Aktualität der von ihm zu diesem Thema gelieferten Informationen wurde in der Hamburger Zentrale geschätzt.¹²⁹⁷ Bärwolf sah die Amerikaner nun bei ihrem Gegenschlag nach dem Sputnik-Schock wertvolle Zeit vertun, weil sie erst jetzt Wernher von Braun¹²⁹⁸ seine schon eingemottete Rakete hervorholen ließen.¹²⁹⁹ Schließlich glückte in Cap Canaveral kurz vor Jahresende ein Satellitenstart, was die „Welt“ als sensationellen Erfolg wertete.¹³⁰⁰ Bärwolf war schnell bei der Hand, dies zur bedeutendsten Leistung nach dem Start des Sputniks zu erklären.¹³⁰¹ Noch eins drauf setzte eine zitierte Stellungnahme eines US-Militärs, der meinte, für alle Herausforderungen mit Ausnahme einer Expedition zum Mond gerüstet zu sein.¹³⁰² Gut ins gewünschte Bild passte der Start einer weiteren Interkontinentalrakete in Cap Canaveral.¹³⁰³ Die Journalisten sahen das militärische Gleichgewicht durch den Erfolg der „Atlas“-Rakete wieder hergestellt.¹³⁰⁴ Psychologisch geschickt eröffnete die Redaktion erst nach Vorstellung der US-Interkontinental-Raketen, dass die Russen möglicherweise an einem atomar angetriebenen Bombenflugzeug arbeiteten, das zu monatelangen Non-Stop-Flügen in der Lage sei.¹³⁰⁵ Beiläufig wurden gelegentlich Meldungen eingestreut, die für das westliche Lager in anderen Bereichen Bedenkliches mitteilten. Dazu gehörten beispielsweise der Absturz eines US-Atombombers oder die finanziellen Schwierigkeiten beim Ausbau der europäischen Luftverteidigung.¹³⁰⁶ Die registrierte Wiederaufnahme russischer Kernwaffenversuche¹³⁰⁷ machte dem Publikum plausibel, dass die Westmächte am Sinn eines Versuchsverzichts zweifelten.¹³⁰⁸ Nur vereinzelt erhielten Wissenschaftler ein Forum, um ihre Gedanken zum Thema Atomkrieg vorzustellen.¹³⁰⁹ Die Linie der „Welt“ bestand bereits zu Beginn der weltpolitischen Krise darin, die eigene Hegemonialmacht zu stützen und keine Verunsicherung in der Bevölkerung zu verbreiten. Redakteur Sethe veröffentlichte in

über die US-amerikanische Luft- und Raumfahrt, die Entwicklung von Waffensystemen und Strategie in den USA.

¹²⁹⁷ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Schriftverkehr im Hause (Welt, WamS, Springer bis 1965), Hausmitteilung vom 3.10.1961.

¹²⁹⁸ Braun, Wernher Freiherr von (*23.3.1912, gest. 16.6.1977) war Physiker und Raketenkonstrukteur. 1937 wurde er Technischer Direktor der Heeresversuchsanstalt Peenemünde. Er leitete die Entwicklung zur Fernrakete A4/V2. Nach Kriegsende ging er in die USA, um dort schließlich führend bei der NASA in der Raketenentwicklung und Raumfahrt tätig zu sein.

¹²⁹⁹ Nr. 231, 4.10.1958, S. 33.

¹³⁰⁰ Nr. 296, 20.12.1958, S. 1.

¹³⁰¹ Nr. 296, 20.12.1958, S. 2 und S. 3.

¹³⁰² Nr. 298, 23.12.1958, S. 2.

¹³⁰³ Nr. 300, 27.12.1958, S. 1.

¹³⁰⁴ Nr. 302, 30.12.1958, S. 2, Nr. 303, 31.12.1958, S. 2.

¹³⁰⁵ Nr. 279, 1.12.1958, S. 1 und 2, Nr. 280, 2.12.1958, S. 3.

¹³⁰⁶ Nr. 258, 5.11.1958, S. 1, Nr. 269, 18.11.1958, S. 2, Nr. 291, 15.12.1958, S. 4, Nr. 294, 18.12.1958, S. 1.

¹³⁰⁷ Nr. 228, 1.10.1958, S. 1, Nr. 230, 3.10.1958, S. 1, Nr. 243, 18.10.1958, S. 1, Nr. 258, 5.11.1958, S. 16.

¹³⁰⁸ Nr. 261, 8.11.1958, S. 1.

¹³⁰⁹ Etwa: Nr. 281, 3.12.1958, S. 5.

diesem Jahr – übrigens nicht im Springer- oder Ullstein-Verlag – hingegen ein Buch,¹³¹⁰ in dem auch aufgrund der sowjetischen „Sputniks“ die Sinnlosigkeit der westlichen Politik der Stärke für offensichtlich erklärt wurde. Sethe sah Washington nicht mehr als Besitzer konkurrenzloser Macht, sondern ratlos, unsicher und mit schlechten Nerven, weshalb er es für kaum verwunderlich hielt, wenn in der Bundesrepublik an der „Unfehlbarkeit“ der amerikanischen Führung Zweifel einsetzten.¹³¹¹ Angesichts eines weltweit wahrgenommenen totalen Fiaskos eines weit im Vorfeld angekündigten und mehrfach verzögerten Raketenstarts im Dezember 1957 beobachtete Sethe bei der eigenen Hegemonialmacht „fiebrige Geschäftigkeit“, „Schielen nach dem Beifall“, „übertriebene Hast des Vorgehens“ und „schlechte Nerven“. Nicht das Scheitern des Experiments an sich, sondern diese Haltung der Führung vermittelte ein sehr ungünstiges Bild. Auch bei anderer Gelegenheit sah Sethe die leitenden Männer nicht gerade gelassen agieren und sie der eigenen Propaganda erliegen.¹³¹² Wenn auch möglicherweise in der Beurteilung des militärtechnischen wie des psychologischen Befunds Übereinstimmung geherrscht haben mochte, konstatierte Sethe außerhalb des Hauses etwas, wogegen seine Kollegen im Blatt gegenan schrieben.

4.1.3. Die Deutschen und die Einheit

Die Redaktion griff Aktivitäten aller Art beispielsweise vom offiziellen Appell zur Einheit, über Vorträge und die Flüchtlingshilfe auf.¹³¹³ Gleichzeitig mit dem Bericht über die sowjetische Fristsetzung präsentierte die „Welt“ exponiert am 28. November den Aufruf: „Macht das Tor auf!“ des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ mit der Forderung nach Selbstbestimmung, Freizügigkeit und Meinungsfreiheit. Die Aktion begrüßende Stellungnahmen wurden aufgeföhren; positiv würdigend wurde das Vorhaben vorgestellt. Darunter wurden die Unterzeichner des Aufrufs aufgelistet. Es handelte sich um Prominenz aus Politik, Staat, Wissenschaft und Wirtschaft. Wie Meyer¹³¹⁴ bereits feststellt, fehlt der Name Springer; dieser zog es vor, hier nicht in Erscheinung zu treten. Zehrer machte im Leitartikel das Publikum darauf aufmerksam, dass die Aktion schon zwei Monate zuvor – vor allem mit Blick auf die Fluchtbewegung – beschlossen worden war. Er meinte, dass es schon morgen um die Freiheit und Sicherheit Westdeutschlands gehen

¹³¹⁰ Sethe, Paul: Die grossen Entscheidungen, Frankfurt/Main 1958. Das Buch erschien im Heinrich Scheffler-Verlag.

¹³¹¹ Bundesarchiv/Koblenz: N/1471, Aktenband Nr. 17, Rezension von A. Schatilow: „Die grossen Entscheidungen“ von Paul Sethe, in: „Neue Zeit“, Wochenschrift vom August 1958, in Lose-Blatt-Sammlung des Sethe-Nachlasses.

¹³¹² Sethe, S. 24 ff.

¹³¹³ Nr. 205, 4.9.1958, S. 1, Nr. 258, 5.11.1958, S. 5, Nr. 275, 26.11.1958, S. 9.

¹³¹⁴ Siehe die übernächste Fußnote.

könnte, wenn sich die 52 Millionen nicht dazu aufrafften, endlich der Welt ihren entschlossenen Willen zur Einheit des Volkes und zum gemeinsamen Vaterland glaubwürdig zu machen.¹³¹⁵ Das zeitliche Zusammenfallen der Kampagne mit der russischen Initiative war nicht geplant. Springer engagierte sich im Kuratorium.¹³¹⁶ Dem Wunsch des Chefredakteurs folgend sollten sämtliche Beiträge auf die künftige Einheit ausgerichtet sein.¹³¹⁷ Wie einem handschriftlichen Geburtstagschreiben Springers an Zehrer zu entnehmen ist, fühlte sich der Verleger mit diesem seelenverwandt in der Intensität des Hoffens und im gemeinsamen Wunsch, womit er vermutlich die Wiedervereinigung meinte.¹³¹⁸ Dementsprechend wurden der Paketstrom in die DDR und der innerdeutsche weihnachtliche Reiseverkehr als Zeichen der Verbundenheit vorgestellt.¹³¹⁹ Schon anhand der Dürftigkeit der quantitativen Ausbeute an Beiträgen lässt sich erkennen, dass das Thema die Mehrheit des Publikums nicht brennend bewegte und dass die Redaktion trotz des Anliegens nichts Beeindruckendes ins Feld führte oder führen konnte. Der Chefredakteur registrierte missbilligend, dass die nationale Problematik in der Bevölkerung angesichts des verbreiteten Erwerbsstrebens ins Hintertreffen geriet.¹³²⁰ Georg Schröder verfasste dementsprechend einen Leitartikel über die Haltung zur Wiedervereinigung. Nach seinen Beobachtungen folgerte das Ausland aus der mangelnden westdeutschen Leidenschaft, dass die materialistische Bevölkerung das Thema abgeschrieben hatte. Schröder räumte ein, dass es „unter uns“ solche gab, die er hart als Materialisten, Egoisten und Schwächlinge bezeichnete. Er hielt es für gefährlich, wenn das Ausland diese Gruppe für repräsentativ hielt und wollte von einem schwächlichen Abfinden mit der Situation nichts wissen. Die Politik Ulbrichts bezeichnete er als

¹³¹⁵ Nr. 277, 28.11.1958, S. 1 und S. 4.

¹³¹⁶ Wohl nach Springers brieflicher Anregung an den Kuratoriums-Vorsitzenden Wilhelm Wolfgang Schütz trafen sich die beiden im September 1958; umgehend trat der Verleger in die Organisation ein. Zunächst war die Kooperation eng. Der Neuzugang war für das vom Regierungslager mit Argwohn betrachtete Kuratorium sehr wertvoll. Bei einem Treffen des Verlegers mit Lemmer, Gradl, Schütz, Zehrer, Vollhardt, dem DGB-Vorsitzenden Richter und dem Arbeitgeberpräsidenten Paulssen Ende September 1958 bestand Konsens, eine Volksbewegung zu initiieren und dafür Vorbereitungen zu treffen. Die letzte Fassung des Aufrufs zur Aktion oblag Zehrer. Adenauer zeigte sich dann zwar angetan vom Gedanken, sah die Umsetzung aber ungern bei dieser Institution. Die Regierung favorisierte die Trägerschaft eines Ausschusses mit führender Beteiligung der Vertriebenenverbände. Diese Vorzeichen gefielen dem Verleger wiederum nicht. Es war für Springer und Schütz schwierig, die Unterzeichnung des Kanzlers zu erreichen. Auch die Zustimmung der SPD erfolgte nicht sofort. Relevant wegen des organisatorischen Rückhalts war gerade die Hilfestellung des Deutschen Städtetags. Das Vorhaben wurde schließlich am 27. November der Öffentlichkeit vorgestellt; bei den 84 Unterzeichnern fehlte der Name Springer. (anders als Meyer komme ich nur auf 70 Unterzeichner)
So: Meyer, Christoph: Die deutschlandpolitische Doppelstrategie. Wilhelm Wolfgang Schütz und das Kuratorium Unteilbares Deutschland (1954-1972), Köln 1997, S. 162-173; für die oben im Text gemachte Aussage: S. 159.

¹³¹⁷ von Sothen, S. 163.

¹³¹⁸ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenbestand Nr. 23, Brief von Axel Springer an Hans Zehrer vom 20.6.1958.

¹³¹⁹ Nr. 286, 9.12.1958, S. 16, Nr. 299, 24.12.1958, S. 1.

¹³²⁰ von Sothen, S. 163

Zeitbombe für den Frieden und betonte die Entschlossenheit des Willens zur Einheit.¹³²¹ Die letztgenannten Gedanken finden sich auch in einer nur kurz zuvor vom Verleger gegenüber ausländischem Publikum gehaltenen Rede.¹³²² Das Desinteresse wurde von der „Welt“ also nicht als massenrelevant zugegeben, sondern einer stigmatisierten Minderheit zugeordnet, die am liebsten mundtot gemacht worden wäre. Später rühmte Schröder dann die Neubauten in Berlin als Ausdruck des Willens, das Vaterland nicht aufzugeben, und zog die westdeutschen Steuerzahlungen als Beleg dafür heran, dass Berlin sich rüstete die Hauptstadtfunktion zu übernehmen.¹³²³ In einem veröffentlichten Leserbrief fand sich jedoch artikuliert, dass der satte Westen nicht an eine deutsche Aufgabe, sondern fast ausschließlich ans Geldverdienen dachte.¹³²⁴

4.1.4. Die Deutschen und ihre Berlin-Solidarität

Springer sorgte sich wegen der ökonomischen Zukunft der bedrohten Stadt und warb bei Politikern und Unternehmern für konkrete Unterstützung. Jedes Engagement für eine Solidarisierung der Bevölkerung mit Berlin konnte auf seine Hilfestellung bauen.¹³²⁵ Ziemlich mühsam suchte die Redaktion nicht unbedingt eindrucksvolle Gesten der Solidarität zusammen. Dazu zählten Schüleraktivitäten und Vortragsveranstaltungen.¹³²⁶ Zentraler Aspekt war die in Zeiten von Wachstum und Vollbeschäftigung leicht fallende Wirtschaftshilfe. Investitionen und die Auftragsvergabe in- und ausländischer Firmen an Berliner Unternehmen wurden thematisiert.¹³²⁷ Dementsprechend wurde das Stattfinden von Beratungen der Politiker und Industriellen zur Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit angekündigt bzw. gemeldet. Wirtschaftsexperte Fried¹³²⁸ gab sich in einem exponiert auf der Titelseite präsentierten Beitrag schwer beeindruckt, sprach von einer Demonstration für Berlin und stellte in der Unterzeile der Überschrift neue Aufträge in Milliardenhöhe in Aussicht.¹³²⁹ Sein höchster Chef nahm auch an diesem Treffen teil und warb gemeinsam mit Brandt für Investitionen.¹³³⁰ In der „Welt“ wurde er allerdings namentlich nicht genannt. Der Verleger war insgesamt mit dem bescheidenen Engagement

¹³²¹ Nr. 226, 29.9.1958, S. 1 und S. 2.

¹³²² Unternehmensarchiv: Axel Springer, Reden: World Brotherhood Kongress in Bern, August 1958.

¹³²³ Nr. 230, 3.10.1958, S. 3.

¹³²⁴ Nr. 245, 21.10.1958, S. 7.

¹³²⁵ Naeh, S. 136 f.

¹³²⁶ Nr. 205, 4.9.1958, S. 7, Nr. 281, 3.12.1958, S. 1, Nr. 301, 29.12.1958, S. 5.

¹³²⁷ Nr. 214, 15.9.1958, S. 1 und S. 2, Nr. 278, 29.11.1958, S. 1 und S. 10, Nr. 282, 4.12.1958, S. 1, Nr. 285, 8.12.1958, S. 1.

¹³²⁸ Prof. Friedrich Zimmermann (1889-1967) alias Fried veröffentlichte mehrere Bücher vorzugsweise zu weltwirtschaftlichen Themen. Im Blut- und Bodenverlag erschien von ihm 1937 auch „Der Aufstieg der Juden“.

¹³²⁹ Nr. 283, 5.12.1958, S. 2, Nr. 297, 22.12.1958, S. 1.

¹³³⁰ Naeh, S. 108.

der Bundesregierung unzufrieden.¹³³¹ Die Journalisten bauschten einen Vorschlag der oppositionellen SPD als Sensation auf, möglichst viele Behörden nach Berlin zu verlegen.¹³³² Sie sorgten sich indessen selbst, dorthin ziehen zu müssen.¹³³³ Nur im Einzelfall räumte die „Welt“ ein, dass die Wirtschaftshilfe in der Vergangenheit von vielen als „lästige Pflicht“ empfunden wurde.¹³³⁴

4.1.5. Berlin

Die weit entfernt liegende Insel West-Berlin wurde von der „Welt“ mit relativ viel Aufmerksamkeit bedacht. Zumeist beiläufig und gefällig wurde das Thema variierend immer mal wieder eingebracht. Vorherrschend waren Optimismus vermittelnde Erfolgsmeldungen von der Eröffnung eines Autobahnabschnitts über prominenten Besuch bis zur Preisung der Freien Universität.¹³³⁵ Schilderungen alltäglicher Begebenheiten wie der Besuch des Strandbads am Wannsee oder ein Skandal in der örtlichen Lotterie vermittelten den Eindruck von Normalität und Zugehörigkeit zum Westen.¹³³⁶ Beiläufig wurde mit Hintergrundinformationen über die Stadtgeschichte, mit rein unterhaltsamen Beiträgen beispielsweise über das „Café Kranzler“ und durch das Abdrucken eines Fortsetzungsromans gearbeitet, um das Interesse aufrechterhalten.¹³³⁷ Die Wiederaufbauarbeiten wurden als Beweis für die Entschlossenheit gewertet, die Hauptstadtfunktion zu fördern.¹³³⁸ Ganz in diese optimistisch-trotzige Linie passte eine zitierte Stellungnahme des Hoteliers Conrad Hilton, der sein neuestes Haus am Rande des Tiergartens eröffnete. Er erklärte: „Ich baue, wo die Zukunft ist.“ Weiter meinte er angesichts der politischen Entwicklung, dass er – wenn nicht schon gebaut worden wäre – jetzt erst recht den Grundstein legen würde.¹³³⁹ Diese Aussage lag exakt auf der Linie des Verlegers, der dann später beim Richtfest seines eigenen Berliner Neubaus den Mitarbeitern über die Springer-Post mitteilen ließ: „Über unserer Arbeit hier in Berlin steht das Leitwort: Trotzdem und erst recht! Es wäre nicht gut, wenn wir die ganze freiheitliche Welt aufrufen, uns in Berlin beizustehen, selber aber unser Scherflein nur zögernd beitragen würden.“ Wie ein Vergleich mit seinem Redemanuskript ergibt, liegt hier eine die Entschlossenheit

¹³³¹ Lohmeyer, S. 244.

¹³³² Nr. 244, 20.10.1958, S. 1

¹³³³ Schwarz: Axel Springer, S. 356.

¹³³⁴ Nr. 296, 20.12.1958, S. 1.

¹³³⁵ Nr. 229, 2.10.1958, S. 3 und S. 13, Nr. 255, 1.11.1958, S. 25, Nr. 257, 4.11.1958, S. 1, Nr. 258, 5.11.1958, Nr. 276, 27.11.1958, S. 16, S. 4, Nr. 277, 28.11.1958, S. 13, Nr. 280, 2.12.1958, S. 14.

¹³³⁶ Nr. 219, 20.9.1958, S. 32, Nr. 220, 22.9.1958, S. 12, Nr. 223, 25.9.1958, S. 3.

¹³³⁷ Nr. 278, 29.11.1958, Forum, keine Seitenangabe, Nr. 294, 18.12.1958, S. 18.

¹³³⁸ Nr. 279, 1.12.1958, S. 3.

¹³³⁹ Nr. 279, 1.12.1958, S. 14.

betonende Verkürzung vor.¹³⁴⁰ Information über Stagnation und Kümmerlichkeit fand hingegen keine Aufnahme in die Seiten seines Renommierblatts. Wirtschaftliche Schwierigkeiten waren den Berichten nicht zu entnehmen. Die Redaktion stellte die ökonomische Situation trotz der ungewissen Lage als normal dar.¹³⁴¹ Ludwig Gelder regte in einem Beitrag allenfalls fachkundig stimulierende Maßnahmen an.¹³⁴² Auch das politische Leben wurde aufmerksam verfolgt.¹³⁴³ Mit Blick auf die bevorstehende Wahl breitete die Redaktion die heroisch-demokratische Vergangenheit aus.¹³⁴⁴ Als Sensation wurde das niemanden überraschende katastrophal schlechte Wahlergebnis der SED in West-Berlin aufgebauscht und als Ruf nach nationaler Einheit gedeutet.¹³⁴⁵ Von diesem Schauplatz aus ließ sich dem im Ohrensessel vor sich hin spießenden westdeutschen Publikum in homöopathischen Dosen heroische Demokratie vorexerzieren. Nach Darstellung der „Welt“ zeigten sich die Einwohner gegenüber der kommenden Krise ziemlich gelassen. Auf die Frage nach einer Beunruhigung wurde darauf verwiesen, dass Brandt auf die Verbündeten vertraute. Für die Stimmung im Volk wurde die Äußerung einer Postbotin als repräsentativ erklärt: „Ich lasse mich doch nicht nervös machen. Det wäre jelaucht. Vor zehn Jahren war die Blockade, da haben wir ganz anders hinhalten müssen. Lassen Se die in Moskau man ruhig reden.“¹³⁴⁶ Ende November schrieb Hans-Joachim Kausch von Anspannung, aber Ruhe in der Bevölkerung.¹³⁴⁷ Denselben Tenor zeichnete eine Reportage Peter Grubbes aus, der aber auch Besorgnis wahrnahm: „Auch hier spürt man die äußere Sicherheit, aber auch die innere Unruhe, die geheime Sorge: Werden die Freunde von draußen fest bleiben? Werden sie sich nicht durch irgendwelche geschickte Versprechungen, durch Kompromissangebote verlocken lassen?“¹³⁴⁸ Das damalige lokale Stimmungsklima bestand aus einer Mixtur aus Angst, Empfindsamkeit gegenüber dem östlichen Druck, Unruhe, Empörung und Aufbegehren.¹³⁴⁹ Weitgehend filterte die Redaktion die ängstliche Komponente heraus. Naeh er meint ja, dass Springer seine Medien den Berliner Freiheitswillen lautstark publizieren ließ.¹³⁵⁰ Bei der „Welt“ mag die Tendenz zwar stimmen; aber es ging doch gedämpfter zu. Bei den gelegentlich gezogenen Ost-West-Vergleichen überraschte wohl keinen Leser, auf welcher Seite man

¹³⁴⁰ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Auszüge vom 17.10.1960 - Richtfest in Berlin / Springer-Post Nr. 11/1960, Seite 6/7 und Rede von AS zum Richtfest des Berliner Verlagshauses am 17.10.1960.

¹³⁴¹ Nr. 272, 22.11.1958, S. 1, Nr. 273, 24.11.1958, S. 3.

¹³⁴² Nr. 284, 6.12.1958, S. 11.

¹³⁴³ Nr. 266, 14.11.1958, S. 1, Nr. 267, 15.11.1958, S. 3, Nr. 281, 3.12.1958, S. 3, Nr. 283, 5.12.1958, S. 1, Nr. 284, 6.12.1958, S. 1, Nr. 284, 6.12.1958, S. 3, Nr. 286, 9.12.1958, S. 1.

¹³⁴⁴ Nr. 283, 5.12.1958, S. 3.

¹³⁴⁵ Nr. 285, 8.12.1958, S. 1.

¹³⁴⁶ Nr. 265, 13.11.1958, S. 16, Nr. 267, 15.11.1958, S. 5.

¹³⁴⁷ Nr. 273, 24.11.1958, S. 3.

¹³⁴⁸ Nr. 274, 25.11.1958, S. 3; ähnlich schrieb Grubbe auch in: Nr. 278, 29.11.1958, S. 3.

¹³⁴⁹ Schwarz: Axel Springer, S. 292.

¹³⁵⁰ Naeh er, S. 142.

das bessere Los zog.¹³⁵¹ Dabei wurden auch die schlechten Verhältnisse in einem Übergangslager und der östliche Druck gegen die in West-Berlin arbeitenden Grenzgänger thematisiert.¹³⁵² Schließlich brachte Kausch dem Publikum das Berliner Weihnachtsfest nahe.¹³⁵³

4.1.6. Berichterstattung über die DDR

Die Redaktion vermittelte die Informationen zumeist beiläufig in Form kurzer Meldungen, mittlerer Artikel und in Reportagen. Weit überwiegend wurden aus westlicher Perspektive negativ erscheinende Entwicklungen präsentiert. Es bestand unübersehbarer Kontrast zu den Lobpreisungen des West-Berliner Erfolgs und der permanent geschwollenen Darstellung der westdeutschen Prosperität. Der gepflegte nüchterne Stil der Nachrichtenbeiträge vermittelte das Gefühl, objektiv informiert zu werden. Das offenkundig liebste redaktionelle Steckenpferd stellte die Begleitung der Fluchtentwicklung dar. Die Präsentation des aktuellen Stands mit Zahlen bisweilen als Aufmacher der Titelseite belegt das Einräumen eines hohen Stellenwerts.¹³⁵⁴ Der Pressezar reagierte ja auf seinen Misserfolg in Moskau mit der Attackierung der Kommunisten durch seine Instrumente.¹³⁵⁵ Dazu gehörte die Anordnung, die DDR anzuleuchten. Einem Schreiben Springers an Zehrer war zu entnehmen: „Drüben muß erst wohl etwas passieren, ehe wir wieder nett sein können.“¹³⁵⁶ Im Vergleich zum Vorjahr intensivierte die „Welt“ ihre Berichterstattung, wobei die Fluchtentwicklung außerordentliche Beachtung erhielt.¹³⁵⁷ Die schreiend fetten Schlagzeilen der Aufmacher: „Flüchtlingsstrom alarmiert Bonn“,¹³⁵⁸ „Über 130.000 flüchten seit Januar aus der Zone“,¹³⁵⁹ oder „So schnell wie möglich weg von hier“,¹³⁶⁰ (gemeint war allerdings das West-Berliner Aufnahmelager) sind Zeichen einer groß aufgezogenen Kampagne. Selbst die Flucht weniger Akademiker oder einzelner Betriebsleitungen wurde exponiert vorgestellt.¹³⁶¹ Beim Entschluss zur

¹³⁵¹ Nr. 202, 1.9.1958, S. 3, Nr. 299, 24.12.1958, S. 33.

¹³⁵² Nr. 204, 3.9.1958, S. 3, Nr. 206, 5.9.1958, S. 2.

¹³⁵³ Nr. 300, 27.12.1958, S. 18.

¹³⁵⁴ Nr. 202, 1.9.1958, S. 1, Nr. 203, 2.9.1958, S. 1 und S. 2, Nr. 204, 3.9.1958, S. 1, S. 3, Nr. 205, 4.9.1958, S. 5, Nr. 207, 6.9.1958, S. 1, Nr. 207, 6.9.1958, S. 3, Nr. 208, 8.9.1958, S. 1, Nr. 214, 15.9.1958, S. 1, Nr. 220, 22.9.1958, S. 2, Nr. 225, 27.9.1958, S. 1 und S. 2, Nr. 232, 6.10.1958, S. 1, Nr. 241, 16.10.1958, S. 2, Nr. 244, 20.10.1958, S. 1, Nr. 257, 4.11.1958, S. 1, Nr. 262, 10.11.1958, S. 1, Nr. 263, 11.11.1958, Nr. 267, 15.11.1958, S. 1, Nr. 272, 22.11.1958, S. 1, Nr. 274, 25.11.1958, S. 1 und S. 4, Nr. 279, 1.12.1958, S. 1, Nr. 284, 6.12.1958, S. 1, Nr. 285, 8.12.1958, S. 1, Nr. 303, 31.12.1958, S. 2.

¹³⁵⁵ Jacobi: Der Verleger Axel Springer, S. 176 f.

¹³⁵⁶ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 23, handschriftliches Schreiben von Axel Springer an Hans Zehrer vom 20.6.1958, S. 2.

¹³⁵⁷ Demant, S. 185 ff.

¹³⁵⁸ Nr. 204, 3.9.1958, S. 1.

¹³⁵⁹ Nr. 202, 1.9.1958, S. 1

¹³⁶⁰ Nr. 204, 3.9.1958, S. 3

¹³⁶¹ Nr. 225, 27.9.1958, S. 2, Nr. 241, 16.10.1958, S. 2,

dramatisierenden Darstellung spielte auch das Anliegen eine Rolle, die DDR-Führung bei Deutschland-Verhandlungen zu blamieren.¹³⁶² Der Verleger hatte am 30. März 1958 von den Chefredakteuren seiner Blätter gefordert, das Thema auf die beste Weise journalistisch aufzugreifen.¹³⁶³ Brieflich ließ er im Mai Zehrer dementsprechend wissen: „Ich versuche das Haus anzustiften, klug auf die Ostzone zu kloppen.“¹³⁶⁴ Anfang September wies Springer seine Chefredakteure an, zu verlangen „daß alles hintangestellt wird, was nicht dazu dient, das deutsche Flüchtlingsproblem auf die internationale Tagesordnung zu bringen.“¹³⁶⁵ Doch schon im November und Dezember wurde dieser Aspekt vom Renommierblatt etwas tiefer gehängt und lediglich in mittleren und kleineren Beiträgen vorzugsweise auf der Titelseite behandelt. Es bestand überhaupt eine Diskrepanz zur Wirklichkeit: Tatsächlich lag die Zuwanderung aus der DDR 1958 auf dem geringsten Niveau seit Jahren.¹³⁶⁶ Der „Spiegel“ wies bereits im September 1958 darauf hin, dass die Abwanderung hauptsächlich über West-Berlin verlief, trug zum trügerischen Eindruck der Intensivierung der Entwicklung bei. Hinsichtlich der Aufbereitung seitens der Zeitungen des Springer-Verlags fiel der Kontrast im Vergleich zur sonst gewohnten Nachrichtenpolitik auf; es wurde bereits zentrale Lenkung vermutet.¹³⁶⁷ Lohmeyer meint, dass Springers Blätter die Abstimmung mit den Füßen anheizten.¹³⁶⁸ Gelegentlich wurden auch Versuche der Gegensteuerung des DDR-Regimes thematisiert.¹³⁶⁹ Schließlich war sich die Regierung sehr wohl des Problems bewusst.¹³⁷⁰ Die „Welt“-Journalisten meinten, dass kein Staat auf Dauer einen solchen Aderlass aushalten konnte und befassten sich fürsorglich mit der Frage, wie Neuankömmlinge in der Bundesrepublik beruflich Fuß fassen konnten. Dargelegt wurde, dass, wer sich nicht mit der SED eingelassen hatte, gute Chancen hatte.¹³⁷¹ Im Kontrast zu den erfreulichen Aussichten in der Bundesrepublik stand das Bild, dass das Blatt von der Situation in der DDR zeichnete. Meldungen über

¹³⁶² Schwarz: Axel Springer, S. 293.

¹³⁶³ Jacobi: Der Verleger Axel Springer, S. 177.

¹³⁶⁴ So Springer an Zehrer am 9.5.1958 wie Schwarz: Axel Springer, S. 288 zu entnehmen ist.

¹³⁶⁵ So Springer an Zehrer (mit Durchschriften an Rudolf Michael und Rolf von Bahren) am 3.9.1958 wie Schwarz: Axel Springer, S. 331 zu entnehmen ist.

¹³⁶⁶ Heidemeyer, Helge: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/49-1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer, Düsseldorf 1994, S. 44 Tabelle 3 und S. 65.

Für das Sinken des Bevölkerungsverlusts war auch das Ende 1957 verabschiedete Passgesetz verantwortlich. Unerlaubt dem Land den Rücken zu kehren wurde mit bis zu dreijähriger Gefängnisstrafe geahndet. Schon Vorbereitung und Hilfeleistung in diesem Anliegen waren verboten. Außerdem verringerte die Administration die Erlaubnis zum Wegzug erheblich. So: Uhl/Wagner: Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer, S. 13 f.

¹³⁶⁷ „Der Spiegel“ Nr. 37, 10. 9.1958, S. 13-15.

¹³⁶⁸ Lohmeyer, S. 237.

¹³⁶⁹ Nr. 207, 6.9.1958, S. 2, Nr. 241, 16.10.1958, S. 2, Nr. 244, 20.10.1958, S. 4, Nr. 260, 7.11.1958, S. 2.

¹³⁷⁰ Heidemeyer, S. 65.

¹³⁷¹ Nr. 205, 4.9.1958, S. 3.

Mangelwirtschaft,¹³⁷² Dezimierung privater Unternehmen,¹³⁷³ kirchenfeindliche Tendenzen¹³⁷⁴ und die Abschottung gegenüber dem Ausland blieben aber noch eher punktuell.¹³⁷⁵ Sporadisch und damit auf einem etwas höheren Aufmerksamkeitsniveau wurde die Tätigkeit der politischen Justiz thematisiert.¹³⁷⁶ Dabei wurde auch mit Schreckensmeldungen wie der Auflistung der beachtlichen Todeszahlen im Zuchthaus Bautzen¹³⁷⁷ und der Zahl der politischen Häftlinge gearbeitet.¹³⁷⁸ Kruip sieht diese Art der medialen Darstellung als von moralischem Politikverständnis geleitet, weil die DDR-Führung aus Scham zum Nachgeben bewegt werden sollte.¹³⁷⁹ Es wurde dann dargelegt, dass, wer bei der Flucht scheiterte, nicht mit Milde rechnen konnte.¹³⁸⁰ Hans-Jürgen Usko schilderte seine Eindrücke von der schon imponierenden Leipziger Renommiermesse, die aufgrund der Beschreibung der Anreise durch ein verfallenes Land relativiert wurden.¹³⁸¹ Gelegentlich präsentierte die „Welt“ herausgehoben und mit Fotos illustriert auch mal einen Bericht über den Aufbau Ost. Beim insgesamt durchwachsenen Eindruck wurde schon eingeräumt, dass manches eindrucksvoll war.¹³⁸² Auch Weinert¹³⁸³ schrieb in einem Stimmungsbericht, dass die großen Dinge gediehen und die kleinen selten funktionierten. Er führte dafür den Bau von Düsenmaschinen und das Fehlen von Einwickelpapier an.¹³⁸⁴ Der Korrespondent spannte von Berlin aus gute Informationskontakte.¹³⁸⁵ Vereinzelt wurden immerhin noch ostdeutsche Aufbauerfolge wahrgenommen.¹³⁸⁶ Bisweilen wie am 19. September hielten sich aus westlicher Perspektive positive und negative Meldungen die Waage. Während die SED selbständigen Berufen Erleichterung verschaffte, geriet die Evangelische Kirche weiter in Bedrängnis.¹³⁸⁷ Dank der Reportagen Bernt Conrads¹³⁸⁸ wurden anschaulich Impressionen vom Leben in der DDR vermittelt.¹³⁸⁹ Er richtete das

¹³⁷² Nr. 203, 2.9.1958, S. 1.

¹³⁷³ Nr. 238, 13.10.1958, S. 8.

¹³⁷⁴ Nr. 217, 18.9.1958, S. 1, Nr. 301, 29.12.1958, S. 1.

¹³⁷⁵ Nr. 203, 2.9.1958, S. 12.

¹³⁷⁶ Nr. 205, 4.9.1958, S. 4, Nr. 217, 18.9.1958, S. 2, Nr. 239, 14.10.1958, S. 2, Nr. 242, 17.10.1958, S. 4, Nr. 253, 30.10.1958, S. 2, 291, 15.12.1958, S. 4, Nr. 295, 19.12.1958, S. 4.

¹³⁷⁷ Nr. 278, 29.11.1958, S. 1.

¹³⁷⁸ Nr. 297, 22.12.1958, S. 2.

¹³⁷⁹ Kruip, S. 174.

¹³⁸⁰ Nr. 210, 10.9.1958, S. 2, Nr. 211, 11.9.1958, S. 2, Nr. 237, 11.10.1958, S. 2.

¹³⁸¹ Nr. 209, 9.9.1958, S. 3.

¹³⁸² Nr. 234, 8.10.1958, S. 3.

¹³⁸³ Weinert, Wolfgang (*17.9.1922) arbeitete seit 1946 für die „Welt“. Nach Stationen in Aachen, Essen und Berlin war er seit 1955 Redakteur und Korrespondent für Mitteldeutschland in der Berliner Redaktion des Blatts.

¹³⁸⁴ Nr. 299, 24.12.1958, S. 3.

¹³⁸⁵ Müller, S. 161.

¹³⁸⁶ Nr. 210, 10.9.1958, S. 14.

¹³⁸⁷ Nr. 218, 19.8.1958, S. 4.

¹³⁸⁸ Conrad, Bernt (*27.9.1928) arbeitete seit 1945 als Journalist. Zunächst war er beim „Tagesspiegel“ tätig; von 1949 an war Conrad in unterschiedlichen Funktionen bei der „Welt“. Im Sommer 1960 avancierte er zum Ressortleiter der Innenpolitik der Hamburger Redaktion.

¹³⁸⁹ Nr. 219, 20.9.1958, S. 3, Nr. 222, 24.9.1958, S. 3, Nr. 234, 8.10.1958, S. 3.

Augenmerk dabei auf unangenehme Aspekte, zu denen das Beweisen-Müssen der Gesinnung mit Abzeichen, Soll-Übererfüllung und Unterschriftenaktionen gehörten.¹³⁹⁰ In diese Perspektive passte eine zitierte Äußerung eines britischen Besuchers, der die „Sowjetzone“ als Käfig für Menschen bezeichnete.¹³⁹¹ Ein britischer Gewerkschafter, der das Leben dort für unerträglich hielt, erhielt ebenfalls in der Renommierzeitung ein Forum.¹³⁹² Bisweilen auch in Details wurde dem Publikum vorgeführt, welche Nachteile beispielsweise eine kirchliche Trauung für ein SED-Mitglied haben konnte.¹³⁹³ Registriert wurden aber auch relativ milde Töne Ulbrichts, der übereifrige Funktionäre vorläufig zurückpiff, und behördliche Erleichterungen für Besuche im Osten.¹³⁹⁴ Genüßlich wurden die Gepflogenheiten der ostdeutschen Demokratie seziert. Die Zusammensetzung der Volkskammer stand demnach Wochen vor der Wahl fest.¹³⁹⁵ Eingehend befassten sich die Journalisten mit der offenkundigen Manipulation.¹³⁹⁶ Sie führten wiederholt vor Augen, dass die im Westen so hoch geschätzte Entfaltung der Persönlichkeit von den Kommunisten mit Füßen getreten wurde. Dies und der Vergleich der Lebensverhältnisse trug sicher zur Verstärkung der Zufriedenheit der Leserschaft mit dem eigenen Leben und dem dafür den Rahmen bietenden Staat bei. Auch Kruip sieht die ablehnende Haltung gegenüber dem ostdeutschen Staat identitätsstiftende Wirkung für das Bild des attraktiveren Westdeutschlands entfalten.¹³⁹⁷ Insgesamt ist festzustellen, dass die „Welt“ der verlegerischen Forderung vom März des Jahres¹³⁹⁸ zwar entsprach, sich nicht um Objektivität bei der Darstellung zu bemühen, aber es gab da durchaus noch Steigerungsmöglichkeiten. Die Prämisse Springers, bis zur Herstellung der Einheit ausnahmslos täglich auf der Titelseite mindestens eine Meldung über die Geschehnisse in der DDR zu präsentieren, wurde nicht im eigentlich vom Flaggschiff zu erwartenden Maß befolgt. Die publizistischen Organe des Hauses stürzten sich zwar eher als die Mehrheit der westdeutschen Massenmedien auf die ja in der Tat skandalöse Flucht-Thematik. Dass die SED-Herrschaft nicht zu akzeptieren war, gehörte jedoch auch in Bonn und West-Berlin zum politischen Konsens.¹³⁹⁹

¹³⁹⁰ Nr. 242, 17.10.1958, S. 1.

¹³⁹¹ Nr. 256, 3.11.1958, S. 2.

¹³⁹² Nr. 263, 11.11.1958, S. 3.

¹³⁹³ Nr. 256, 3.11.1958, S. 3.

¹³⁹⁴ Nr. 226, 29.9.1958, S. 2, Nr. 261, 8.11.1958, S. 2.

¹³⁹⁵ Nr. 253, 30.10.1958, S. 1.

¹³⁹⁶ Nr. 270, 19./20.11.1958, S. 3.

¹³⁹⁷ Kruip, S. 175.

¹³⁹⁸ Jacobi: Der Verleger Axel Springer, S. 177.

¹³⁹⁹ Schwarz: Axel Springer, S. 333.

4.2. Das Jahr 1959

4.2.1. Das politische Ringen

Die „Welt“ begleitete die Schachzüge der Protagonisten fortlaufend. Der gleichzeitig mit der USA-Reise Mikojans¹⁴⁰⁰ stattfindende Start einer russischen Weltraumrakete wurde als Meisterstück psychologischer Kriegsführung gewürdigt.¹⁴⁰¹ Die Redaktion legte dar, dass die östlichen Vorschläge für einen Friedensvertrag mit Deutschland vom westlichen Lager vehement abgelehnt wurden.¹⁴⁰² Die überraschende Erklärung von Dulles, auf freie Wahlen als Vorbedingung der Wiedervereinigung zu verzichten, wurde nicht kommentiert; es wurde lediglich auf das Staunen in der Öffentlichkeit hingewiesen.¹⁴⁰³ Aus Bonn wurde die beruhigende Stellungnahme gemeldet, dass dies keine Änderung der US-Politik bedeutete.¹⁴⁰⁴ Das Andauern der sowjetisch-amerikanischen Unterredungen wurde registriert.¹⁴⁰⁵ Der „Welt“ war zu entnehmen, dass sowohl die US-Regierung als auch die Bonner Opposition und sogar der Bundesaußenminister neue Vorschläge vom Kanzler erwarteten.¹⁴⁰⁶ Vorsichtig sprach die Redaktion an, dass es zwischen den angelsächsischen Mächten und den kontinentaleuropäischen Verbündeten erhebliche Differenzen gab.¹⁴⁰⁷ Es hieß, Dulles reiste nach Europa, um von den Verbündeten Anregungen zu erhalten.¹⁴⁰⁸ Der Kanzler stellte ihm aber keinen eigenen Deutschland-Plan vor.¹⁴⁰⁹ Das magere Gesprächsergebnis, keine einseitigen Zugeständnisse an Moskau machen zu wollen, wurde von der „Welt“ entsprechend den üblichen Bemühungen, die westliche Einheit zu betonen, großartig verkündet.¹⁴¹⁰ Dann wurde die Übernahme der Geschäfte durch Staatssekretär Herter wegen der Krankheit von Dulles registriert.¹⁴¹¹ Später wurde die offizielle Amtsübernahme notiert.¹⁴¹² Mit dem Eintreffen Macmillans¹⁴¹³ in Moskau erfreuten sich

¹⁴⁰⁰ Mikojan, Anastas Iwanowitsch (*25.11.1895, gest. 21.10.1978) war ein enger Mitarbeiter Stalins und gehörte dem Politbüro von 1935-66 an. 1946-55 leitete Mikojan als Minister verschiedene Ressorts; 1959 fungierte er als stellvertretender Ministerpräsident. In den Jahren 1964/65 stieg er zum Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets auf und wurde damit Staatsoberhaupt.

¹⁴⁰¹ Nr. 1, 2.1.1959, S. 2, Nr. 3, 5.1.1958, S. 1 und S. 2.

¹⁴⁰² Nr. 9.12.1.1959, S. 1, Nr. 11, 14.1.1959, S. 1.

¹⁴⁰³ Nr. 12, 15.1.1959, S. 1.

¹⁴⁰⁴ Nr. 13, 16.1.1959, S. 1.

¹⁴⁰⁵ Nr. 14, 17.1.1959, S. 1, Nr. 15, 19.1.1959, S. 1.

¹⁴⁰⁶ Nr. 17, 21.1.1959, S. 1, Nr. 20, 24.1.1959, S. 2, Nr. 21, 26.1.1959, S. 1.

¹⁴⁰⁷ Nr. 28, 3.2.1959, S. 1 und S. 2, Nr. 29, 4.2.1959, S. 1.

¹⁴⁰⁸ Nr. 27, 2.2.1959, S. 1 und S. 3.

¹⁴⁰⁹ Nr. 32, 7.2.1959, S. 1 und S. 2.

¹⁴¹⁰ Nr. 33, 9.2.1959, S. 1.

¹⁴¹¹ Nr. 35, 11.2.1959, S. 1, Nr. 39, 16.2.1959, S. 1.

¹⁴¹² Nr. 83, 10.4.1959, S. 1, Nr. 85, 13.4.1959, S. 1. Nr. 86, 14.4.1959, S. 1, Nr. 88, 16.4.1959, S. 1, Nr. 91, 20.4.1959, S. 1.

¹⁴¹³ Der britische Premierminister zählte nicht gerade zu den Vertretern einer kompromisslosen Berlin-Politik und hegte für die Deutschen keine Sympathien. So: Wolfrum: Die Mauer, S. 42.

Macmillan war in seinem Entspannungs-Anliegen durchaus für die Anerkennung des ostdeutschen Staats. Seine Reise diente dazu, den Standpunkt der russischen Regierung kennenzulernen und den

die dortigen Gespräche nicht geringer medialer Aufmerksamkeit.¹⁴¹⁴ Seit Chruschtschow seinen Gast brüskierte, wurde der Besuch zunehmend als Misserfolg dargestellt.¹⁴¹⁵ Der Kommentierung war zu entnehmen, dass Bonn und Paris die Reise Macmillans als eine die westliche Einheit gefährdende „Extratour“ werteten.¹⁴¹⁶ Im Medium klang an, dass Adenauer ernsthaft wegen möglicher britischer Konzessionen zu Lasten der Bundesrepublik beunruhigt war. Der Washingtoner Korrespondent von Borch sorgte sich mittlerweile wegen der Kriegsdrohung durch die Supermächte. Er vermittelte fälschlich den Eindruck, Einblick in die Überlegungen der westlichen Politiker zu haben und bezeichnete die tatsächlich erörterten Krisenszenarien als abenteuerlich und gefährlich. Von Chruschtschow war zu erfahren, dass er ein Gipfeltreffen forderte und die Regierungen Polens und der Tschechoslowakei einzubeziehen wünschte.¹⁴¹⁷ Die „Welt“ legte umgehend dar, dass die westlichen Regierungen darin keinen konstruktiven Beitrag sahen, und erläuterte überlegen, dass die sowjetische Ablehnung einer Außenministerkonferenz nicht überraschend war.¹⁴¹⁸ Dementsprechend wurde das Argument Eisenhowers, dass eine nicht ausreichend vorbereitete und daher ergebnislose Gipfelkonferenz wegen der hochgespannten Erwartungen der Völker schädlich sei, an prominentem Standort vorgetragen.¹⁴¹⁹ Wenn auch nicht unbedingt in den Details überzeugend legte Weinert die östliche Vorbereitung des Griffs nach Berlin dar.¹⁴²⁰ Er ergänzte damit die sich meist auf Meldung und Kommentierung der Tagesereignisse beschränkende Berichterstattung, die keine befriedigende Klärung der Gesamtzusammenhänge bot. Als sich Ende Februar das Scheitern der Gespräche Macmillans in Moskau offen als Fehlschlag abzeichnete, eröffnete die Redaktion der Leserschaft, dass die Stimmung deutlich ernster wurde.¹⁴²¹ Um Verständnis für die Hegemonialmacht werbend trug das Blatt die politische Diskussion in den USA an das Publikum heran. Dabei fanden sich Redebeiträge, die das große Kriegsrisiko, die Opfer

Boden für ein Gipfeltreffen zu bereiten. Die Besorgnisse, die dies beim deutschen Kanzler auslöste, verstand übrigens der zu diesem Zeitpunkt beim britischen „Observer“ journalistisch tätige Sebastian Haffner. Die englische Regierung sei an die Pariser Verträge gebunden, die die Anerkennung der DDR wie der bestehenden europäischen Verhältnisse ausschlossen zumal die Bundesrepublik selbst die Wiedervereinigung der Westbindung nachgeordnet habe. Seit Haffners politischer Meinungsänderung bestanden zwischen ihm und der Redaktion des „Observer“ wachsende Differenzen. Die englische Opposition sprach sich übrigens für weitere Konzessionen bis hin zur Evakuierung der West-Berliner nach Westdeutschland aus. Bei der englischen Bevölkerung war der Entspannungsgedanke populär und mit einer dem wieder aufsteigenden deutschen Bundesgenossen entgegengebrachten Aversion verknüpft. So: Schmied, Jürgen Peter: Sebastian Haffner. Eine Biographie, München 2010, S. 202 ff.

¹⁴¹⁴ Nr. 44, 21.2.1959, S. 1, Nr. 45, 23.2.1959, S. 1, Nr. 46, 24.2.1959, S. 1, Nr. 48, 26.2.1959, S. 1.

¹⁴¹⁵ Nr. 49, 27.2.1959, S. 1, 2 und 3.

¹⁴¹⁶ Nr. 48, 26.2.1959, S. 3.

¹⁴¹⁷ Nr. 47, 25.2.1959, S. 1.

¹⁴¹⁸ Nr. 47, 25.2.1959, S. 1.

¹⁴¹⁹ Nr. 48, 26.2.1959, S. 1.

¹⁴²⁰ Nr. 49, 27.2.1959, S. 5.

¹⁴²¹ Nr. 50, 28.2.1959, S. 1.

und die Möglichkeit eines Irrtums mit fatalen Folgen thematisierten. Ein Senator bemängelte die fehlende Entschlossenheit der Regierung.¹⁴²² Nur in dieser übervorsichtigen indirekten Weise war Kritik am mächtigen Verbündeten zu finden.¹⁴²³ Schließlich war die Hegemonialmacht ja die einzige Potenz, die dem Gegner Einhalt gebieten konnte.¹⁴²⁴ Das Medium folgte prompt der Entwicklung auf den verschiedenen Schauplätzen und Handlungsebenen. Am 2. März wurden die in Ost-Berlin stattfindenden Gespräche der DDR-Regierung mit dem sowjetischen Botschafter über den mehrfach angekündigten Abschluss des Friedensvertrags thematisiert.¹⁴²⁵ Bald war über eine überraschende Wende auf dem internationalen Parkett zu lesen. Moskau zeigte sich unter Bedingungen bereit, an der Außenministerkonferenz teilzunehmen.¹⁴²⁶ Immerhin auf Seite vier wurde ganzseitig der Wortlaut der sowjetischen Note an die USA dargelegt.¹⁴²⁷ Der gewohnten Präferenz folgend präsentierte die „Welt“ die skeptischen amtlichen Stellungnahmen aus Washington und Bonn schon vorher,¹⁴²⁸ wenn auch die Aufnahme im westlichen Lager zunehmend differenzierter ausfiel.¹⁴²⁹ Chruschtschow zeigte sich mittlerweile geneigt, das am 27. Mai ablaufende Ultimatum zu verlängern.¹⁴³⁰ Bernd Conrad beobachtete in Leipzig an ihm die Gegensätze von Konzilianz und Härte, Betonung des Friedenswillens und Bekundung der Entschlossenheit zur Durchsetzung eigener Ziele.¹⁴³¹ Ein anderes Mal bezeichnete er Chruschtschow als Friedensengel mit scharfer Klinge.¹⁴³² Über die deutsch-russischen Gespräche in Ost-Berlin wurde nichts Substantielles bekannt.¹⁴³³ Aus Washington eintreffende widersprüchliche Äußerungen von Vertretern der US-Regierung mussten beunruhigend auf die Leserschaft wirken. Einer präsentierten Einschätzung zufolge ging Eisenhower wegen der Überlegenheit der Roten Armee bei Feindseligkeiten um Berlin von einem Atomkrieg aus. Dabei wurde schon wahrgenommen, dass er von der Opposition gedrängt wurde, „sich auf einen Endkampf um Berlin vorzubereiten.“¹⁴³⁴ US-Verteidigungsminister McElroy ließ wissen, bei einem Konflikt um Berlin mit einem großen Krieg zu rechnen; gleichzeitig war aber von Verzicht auf Mobilisierung und Fortführung der Truppenreduzierung die Rede.¹⁴³⁵ Mit solchen

¹⁴²² Nr. 50, 28.2.1959, S. 2.

¹⁴²³ Nr. 50, 28.2.1959, S. 2.

¹⁴²⁴ Kruip, S. 194.

¹⁴²⁵ Nr. 51, 2.3.1959, S. 4.

¹⁴²⁶ Nr. 52, 3.3.1959, S. 1.

¹⁴²⁷ Nr. 53, 4.3.1959, S. 4.

¹⁴²⁸ Nr. 53, 4.3.1959, S. 1 und 2.

¹⁴²⁹ Nr. 54, 5.3.1959, S. 1.

¹⁴³⁰ Nr. 55, 6.3.1959, S. 1.

¹⁴³¹ Nr. 55, 6.3.1959, S. 3.

¹⁴³² Nr. 56, 7.3.1959, S. 3.

¹⁴³³ Nr. 57, 9.3.1959, S. 2.

¹⁴³⁴ Nr. 60, 12.3.1959, S. 1.

¹⁴³⁵ Nr. 56, 7.3.1959, S. 1.

Erklärungen ließ sich der Glaube der deutschen Bevölkerung an die Führungsmacht nicht gerade steigern. In der vorsichtigerweise erst auf Seite vier gebrachten Fortsetzung war zu lesen, dass die US-Regierung innenpolitisch wachsend unter Druck geriet „etwas zu tun“. Noch eine unauffälligere Präsentationsform in Gestalt einer winzigen Notiz wählte die Redaktion zur Zitierung der Äußerung eines einflussreichen US-Politikers, der Eisenhower als von einem törichten Volk gewählten Amateur bezeichnete.¹⁴³⁶ Eigenständige Kritik an der Politik des Garanten der eigenen Freiheit äußerten die Journalisten aber nicht. Die Vorgehensweise des Chefredakteurs bezüglich der Situation im westlichen Lager war ähnlich. Zehrer zitierte eine Äußerung Macmillans, der seinen Führungsanspruch bekundete, und wies auf Äußerungen britischer Journalisten hin: „Der amerikanische Präsident ist ein an Bedeutung verlierender Faktor. Der deutsche Kanzler ist ein alter, unglücklicher Mann. Der französische Präsident ist voll und ganz mit anderen Problemen beschäftigt.“¹⁴³⁷ Allenfalls die eigene und die französische Regierung wurden von den Journalisten direkt kritisiert. Ihr höchster Arbeitgeber war zwar beruhigt, dass de Gaulle sich mit dem Bundeskanzler so gut verstand, hätte es aber lieber gesehen, wenn dieser sich auch mit den Deutschen in Ost und West so befreundet fühlte.¹⁴³⁸ Die „Welt“ eröffnete dem Publikum dann, dass Washington mittlerweile unter Bedingungen zu Verhandlungen mit dem Osten bereit war, wobei der Konsens mit Bonn betont wurde.¹⁴³⁹ Die Kommentierung nahm sich schließlich der Situation im westlichen Lager an: „Fehlt es denn an Einheit? Nicht (und das ist ebenso wichtig wie erfreulich), wenn man die Erklärungen westlicher Staatsmänner aller wichtigen Hauptstädte liest, daß sie sich keinem sowjetischen Ultimatum beugen und daß sie an ihren Rechten in Berlin festhalten würden. Sehr wohl, wenn man verfolgt, welche Meinungsverschiedenheiten noch darüber herrschen, wie den sowjetischen Vorschlägen konkret begegnet werden und was der Westen selbst tun soll, um die Lage in Europa zu entspannen.“¹⁴⁴⁰ Einem Artikel über die Rede Brandts mit der Überschrift: „Es darf kein zweites München geben“¹⁴⁴¹ war die Passage zu entnehmen: „Den größten Beifall erntete der Bürgermeister mit dem Hinweis, die Westmächte hätten gar keinen Anlaß, ein neues „München“ zu vollziehen, das heißt um den Preis fauler Kompromisse nachzugeben.“¹⁴⁴² In so versteckter Form fand sich eine

¹⁴³⁶ Nr. 56, 7.3.1959, S. 4.

¹⁴³⁷ Nr. 56, 7.3.1959, S. 1.

¹⁴³⁸ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959, Unterordner: Tagung des Kuratoriums „Unenteilbares Deutschland“ am 27.11.1959, Vortrag AS, S. 6.

¹⁴³⁹ Nr. 57, 9.3.1959, S. 1, 2.

¹⁴⁴⁰ Nr. 61, 13.3.1959, S. 1.

¹⁴⁴¹ Gemeint war das Münchner Abkommen, in dem 1938 ohne die Beteiligung der tschechischen Regierung von den Staatsführern Hitler, Mussolini, Chamberlain und Daladier das Sudetenland an das Deutsche Reich abgetreten wurde. Die Westmächte stimmten zu, um den drohenden Krieg zu verhindern. Dieser Vertrag gilt als Inbegriff fälscher Nachgiebigkeit gegenüber aggressiven Diktatoren.

¹⁴⁴² Nr. 61, 13.3.1959, S. 2.

Artikulation, die erkennen ließ, dass sich die Bewohner des Streitobjektes keineswegs geborgen fühlten und der Auffassung waren, dass die Verbündeten sich mehr engagieren konnten.¹⁴⁴³ Mittlerweile räumte die Redaktion ein, dass aufgrund widersprüchlicher Äußerungen, der Differenzen im eigenen Lager und verworrenere Vorstellungen in der amerikanischen Öffentlichkeit Gründe für Eisenhower bestanden, eine Rede an die Nation zu halten. Kommentator Schröder beschwor die Westmächte geradezu nicht aus Berlin abzuziehen. Wenn schon nicht wegen der Deutschen, so wegen der Bündnisverpflichtung und um der eigenen politischen Zukunft willen könnten und würden sie nicht weichen.¹⁴⁴⁴ Bei einem Seitenblick nach Ost-Berlin wurde registriert, dass die Propaganda schlagartig alle Forderungen nach dem Friedensvertrag einstellte; es wurde vermutet, dass das Regime seine Wünsche erst einmal auf Eis legte. In einem anderen Beitrag wurde die Lageeinschätzung eines US-Generals präsentiert, der seinem Präsidenten widersprach.¹⁴⁴⁵ In den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit geriet dann die Bereitschaft Eisenhowers zur Teilnahme an einer Gipfelkonferenz. In einem darunter platzierten Beitrag ging es um den ungewöhnlicherweise öffentlich ausgetragenen Streit hoher US-Militärs. Während ein Heeresgeneral Verstärkungen für Europa forderte, lehnte die Luftwaffenführung dies ab, weil sie den Kontinent ohnehin abschrieb. Vertreter der Luftwaffe verschmähten Raketen und prahlten damit, die Sowjetunion mit Atomwaffen innerhalb von vier Tagen „erledigen“ zu können.¹⁴⁴⁶ Von der Reisediplomatie wurde gemeldet, dass Macmillan in Washington „so etwas wie eine europäische Auffassung zu der Ost-West-Krise“ vortragen wollte.¹⁴⁴⁷ In gedämpfter Form schlug sich die Konfusion und Unsicherheit im westlichen Lager schon in der Berichterstattung nieder.

Die große Rede Eisenhowers schlug erst mit Verzögerung am 18. März richtig in der „Welt“ ein. Die Redaktion strich die einhellig positive Bewertung seitens der westlichen Welt in der Titelseite heraus. Die Kommentierung geriet salbungsvoll-lobpreisend: „Der Wiederhall der Rede Eisenhowers beweist, wie glücklich er den Ton getroffen hat, den die freie Welt in dieser Stunde brauchte. Er hat gesprochen wie in seinen besten Jahren. Entschlossenheit und Biegsamkeit miteinander zu vereinen ist eine Kunst, die nur wenigen gelingt. Dadurch, daß der amerikanische Präsident die äußerste Bereitschaft zur Verteidigung der Freiheit im gleichen Atemzuge aussprach mit dem Einverständnis dazu, im Sommer Chruschtschow auf einer Gipfelkonferenz zu sprechen, hat er die sonst miteinander streitenden Gruppen des Westens befriedigt und sie miteinander versöhnt (für

¹⁴⁴³ Nr. 61, 13.3.1959, S. 3.

¹⁴⁴⁴ Nr. 63, 16.3.1959, S. 1.

¹⁴⁴⁵ Nr. 63, 16.3.1959, S. 4.

¹⁴⁴⁶ Nr. 64, 17.3.1959, S. 1.

¹⁴⁴⁷ Nr. 64, 17.3.1959, S. 2.

den Augenblick wenigstens). Mit seiner Rede wirkte er wie das Symbol der Einigkeit des Westens.¹⁴⁴⁸ Der Wortlaut von Eisenhowers in maßvollem Pathos verfasster Rede wurde zudem vollständig abgedruckt, was ebenfalls dienlich war, um das Publikum zu beeindrucken. Eisenhower bekräftigte, auf die eigenen Rechte nicht zu verzichten und ein freies Volk nicht preiszugeben. Er warb für Standhaftigkeit und gab sich gleichzeitig verhandlungsbereit. Wenn die Entwicklung es rechtfertigte, war er mit einem Treffen der Außenminister wie einer anschließenden Gipfelkonferenz einverstanden. Entschlossen bekundete er, alle Angriffe auf Berlin abzuwehren. Die zweite Hälfte der Rede thematisierte die Stärke der USA. Zweifel an der Verteidigungsfähigkeit erklärte Eisenhower für unbegründet.¹⁴⁴⁹ Die Redaktion setzte noch eins drauf und platzierte darunter eine Notiz, in der ein US-Militär erklärte, die Sowjetunion vernichten zu können und den militärischen Vorsprung auszubauen.¹⁴⁵⁰ Zudem wurde ein Zeichen des Durchgreifens Eisenhowers gemeldet. Er entließ einen Militär, der ihm öffentlich widersprochen hatte. Nach dieser redaktionellen Akkumulation amerikanischer Entschlossenheit wurde der Scheinwerfer auf die Moskauer Reaktion gerichtet. Chruschtschow bemühte sich die Situation zu entschärfen und bestritt überhaupt ein Ultimatum gestellt zu haben.¹⁴⁵¹ Doch fielen auch heftige Äußerungen gegenüber den US-Generälen, die noch vor kurzem scharfe Reden gehalten hatten.¹⁴⁵² Genüßlich griff der Moskauer Korrespondent Heinz Schewe¹⁴⁵³ das Abrücken Chruschtschows vom einst gestellten Ultimatum auf und zitierte dessen Äußerungen: „Sie sind einer falschen Propaganda erlegen. ... Wir haben niemals ein Ultimatum gestellt. Da haben wir einfach zur Decke geschaut und einen Augenblick überlegt. Wie lang wird man normalerweise brauchen, um sich in einer solchen Frage zu entscheiden? Neun Monate braucht ein Baby, um sich zu entwickeln. Nun da dachten wir halt, sechs Monate müßten eigentlich genügen, um sich auf seiten der Westmächte die Sache gründlich zu überlegen. Wir haben nur in etwa den Zeitraum andeuten wollen, in dem wir eine Antwort auf unsere Berlin-Vorschläge erwarten. Das ist alles.“¹⁴⁵⁴ Auf diese beiläufige Weise wurde Chruschtschow ein bißchen unterminiert, was wie eine spiegelbildliche Entsprechung des üblichen Aufbaus der USA anmutete. Das Blatt stellte dann die Planung eines westlichen

¹⁴⁴⁸ Nr. 65, 18.3.1959, S. 1.

¹⁴⁴⁹ Nr. 65, 18.3.1959, S. 4.

¹⁴⁵⁰ Nr. 65, 18.3.1959, S. 4.

¹⁴⁵¹ Nr. 67, 20.3.1959, S. 1.

¹⁴⁵² Nr. 67, 20.3.1959, S. 2.

¹⁴⁵³ Schewe, Heinz (*14.1.1921) war Dolmetscher und arbeitete seit 1949 für die „Welt“. Er war zunächst als Übersetzer und dann lange Zeit als Auslandskorrespondent in verschiedenen Hauptstädten tätig. In den Jahren 1958-67 war sein Einsatzort Moskau. Schewes Prestige innerhalb der Redaktion konnte mit dem Vertrauen in von Borchs Fähigkeiten nicht mithalten.

¹⁴⁵⁴ Nr. 67, 20.3.1959 S. 3.

Außenministertreffens in Washington für Anfang April vor.¹⁴⁵⁵ Wie gewohnt wurde der Konsens Eisenhowers und Macmillans hinsichtlich der Gipfelkonferenz herausgestellt. Doch bemerkte von Borch doch Auffassungsunterschiede.¹⁴⁵⁶ Während die Amerikaner Festigkeit in der Berlin-Frage mit mehr Geschmeidigkeit in der Deutschlandfrage verbinden wollten, betrachteten die Engländer die Wiedervereinigung nunmehr als unrealistisch. Sie waren zu einem neuen Berlin-Status und zur Anerkennung der DDR bereit.¹⁴⁵⁷ Das Bonner Schweigen zur Lösung des Deutschland-Problems verunsicherte einen Journalisten, ob überhaupt ein Plan existierte. Doch verteidigte er die Regierung mit dem Hinweis, dass es schon genügend verwirrende Pläne gäbe.¹⁴⁵⁸ Die Redaktion wies beiläufig auf die Bereitstellung einer beachtlichen westlichen Luftflotte hin und stellte amerikanische Pläne für eine Gegenblockade im Fall einer Abschnürung Berlins vor und führte damit vor Augen, dass Washington alle Eventualitäten bedachte.¹⁴⁵⁹ Schon im Vorfeld wurde für das Ost-West-Treffen eine geringe Erwartungshaltung an das Publikum herangetragen.¹⁴⁶⁰ Während die Sowjets wenig von der Außenministerkonferenz hielten und ihre Hoffnung auf das Gipfeltreffen im Sommer setzten, erschien aus westlicher Perspektive ein Spitzentreffen nur dann sinnvoll, wenn die Außenminister vorher Konsens in der Frage der Tagesordnung herstellten.¹⁴⁶¹ Zehrer räumte nachträglich eine zeitweilige Führungsschwäche der USA ein. Als Gewinner der bisherigen Entwicklung betrachtete er Chruschtschow, weil dessen Wunsch nach einer Gipfelkonferenz verwirklicht wurde.¹⁴⁶² Schon bei der westlichen Vorbereitung der Verhandlungen schimmerten Differenzen durch, die eher beiläufig und unaufgeregt präsentiert wurden.¹⁴⁶³ Als Bonner Reaktion auf den Misserfolg wurde gedämpfte Freude registriert. Die mediale Darstellung blieb bemüht die Gegensätze herunterzuspielen; erkennbar war aber schon, dass die Gespräche an der deutschen Starrheit scheiterten.¹⁴⁶⁴ Nicht ohne Besorgnis nahm die Redaktion auf, dass nur sechs Wochen vor der Außenministerkonferenz die westlichen Regierungen miteinander stritten, wobei die Auseinandersetzung zwischen London und Bonn am heftigsten war. Washington lag demnach zwischen den Kontrahenten: „Die Amerikaner möchten etwas weiter gehen als die Bundesregierung, aber nicht ganz so weit wie Macmillan.“ Die wohl schon etwas nervöse Leserschaft wurde belehrt, dass das öffentliche Austragen von Meinungsverschiedenheiten zum Wesen der freien Welt gehörte. Es hieß, die Regierungen

¹⁴⁵⁵ Nr. 68, 21.3.1959, S. 1.

¹⁴⁵⁶ Nr. 69, 23.3.1959, S. 1.

¹⁴⁵⁷ Nr. 69, 23.3.1959, S. 4.

¹⁴⁵⁸ Nr. 71, 25.3.1959, S. 1.

¹⁴⁵⁹ Nr. 71, 25.3.1959, S. 2, Nr. 74, 31.3.1959, S. 1.

¹⁴⁶⁰ Nr. 70, 24.3.1959, S. 2, Nr. 73, 28.3.1959, S. 4.

¹⁴⁶¹ Nr. 73, 28.3.1959, S. 1.

¹⁴⁶² Nr. 73, 28.3.1959, S. 2, .

¹⁴⁶³ Nr. 74, 31.3.1959, S. 2, Nr. 76, 2.4.1959, S. 1, Nr. 77, 3.4.1959, S. 1.

¹⁴⁶⁴ Nr. 77, 3.4.1959, S. 4.

des Westens hätten es bisher immer noch verstanden, sich auf einer mittleren Linie zu finden.¹⁴⁶⁵ Die Kommentierung nahm sich bald schon etwas ungnädiger der Differenzen an: „Wir sind deshalb nicht sehr glücklich über die Kontroverse des Bundeskanzlers mit den Engländern. Wir sehen auch mit gemischten Gefühlen, daß die Verhärtung der westlichen Position auf der Washingtoner Tagung dem Bundesaußenminister v. Brentano, respektive seinen Weisungen aus Bonn, zugeschrieben wird. Solche Erfolge wirken meist nicht günstig nach.“ Der Washingtoner Korrespondent von Borch meinte, die deutsche Position werde sich nicht halten lassen. Die Amerikaner wüßten, daß Brentano nach Weisungen Adenauers handelte. Das Problem sei Adenauer, der die weltpolitische Uhr zurück zu stellen versuchte.¹⁴⁶⁶ Er machte deutlich, dass das deutsche Verhalten Bestürzung auslöste, weil auf dieser Basis mit den Sowjets nicht verhandelt werden konnte.¹⁴⁶⁷ Georg Schröder distanzierte sich ebenfalls von der Bundesregierung: „Gefährlich dünkt uns, wenn heute der Irrglaube unter den Völkern des Westens aufkäme, die Westmächte gingen in die vor uns liegende Serie der Konferenzen nur mit dem Willen hinein, es zu keinem Ergebnis kommen zu lassen. Noch gefährlicher wäre für uns, sie würden denken, die Schuld daran trage der alte Mann in Bonn.“¹⁴⁶⁸ Die „Welt“ informierte zudem über Attacken der britischen Presse gegen Adenauer, dessen „Starrköpfigkeit“ für „unerklärlich“ gehalten wurde.¹⁴⁶⁹ Zur allgemeinen Verblüffung stellte Adenauer seinen Rücktritt als Kanzler in Aussicht.¹⁴⁷⁰ Die Zeitung informierte dann über die Bemühungen der westlichen Partner zu einer Einigung zu gelangen.¹⁴⁷¹ Erkennbar war dabei, dass Bonn sich weiter querstellte und die Ausarbeitung eines Friedensvertrags ablehnte.¹⁴⁷² Reserviert betrachtete die „Welt“ auch später die Bonner Außenpolitik: „Man könnte zum Beispiel denken, daß nicht jeder Bürger der Bundesrepublik sich des Sieges freue, den Herr von Brentano vor vierzehn Tagen über die amerikanischen Anschauungen davongetragen hat. Aber vielleicht fragt sich mancher, ob sich ein mittlerer Staat solche Siege noch häufig leisten könne und ob er sie nicht eines Tages mit Verstimmung und Entfremdung bezahlen müsse. Nicht jeder wird es leicht nehmen, daß in den Vereinigten Staaten eine Art Sehnsucht nach eigenen deutschen Vorschlägen herrscht und dass sich drüben langsam Enttäuschung ausbreitet, weil wir diese Sehnsucht nicht erfüllt haben.“¹⁴⁷³ Nur in der präsentierten Äußerung des prominenten amerikanischen Kommentators Walter

¹⁴⁶⁵ Nr. 78, 4.4.1959, S. 1.

¹⁴⁶⁶ Nr. 79, 6.4.1959, S. 1.

¹⁴⁶⁷ Nr. 79, 6.4.1959, S. 2.

¹⁴⁶⁸ Nr. 80, 7.4.1959, S. 1 und 2.

¹⁴⁶⁹ Nr. 80, 7.4.1959, S. 2.

¹⁴⁷⁰ Nr. 81, 8.4.1959, S. 1.

¹⁴⁷¹ Nr. 82, 9.4.1959, S. 4, Nr. 84, 11.4.1959, S. 4, Nr. 85, 13.4.1959, S. 1, Nr. 88, 16.4.1959, S. 2.

¹⁴⁷² Nr. 86, 14.4.1959, S. 2.

¹⁴⁷³ Nr. 90, 18.4.1959, S. 2.

Lippmann¹⁴⁷⁴ war Provokantes zu lesen. Er wies darauf hin, dass die Sowjetunion den Verkehr innerhalb Berlins und damit auch die Flüchtlingsbewegung wesentlich einschränken konnte. Mit der Berlin-Initiative bewiesen die Russen auch das Scheitern der Bonner Politik. Lippmann äußerte zudem, dass sowohl im Osten als auch im Westen und sogar in Deutschland selbst aus den verschiedensten Gründen die Teilung Deutschlands unterstützt würde.¹⁴⁷⁵ Wegen der US-Höhenflüge in den Luftkorridoren nach Berlin bestehende Differenzen zwischen Washington und London griff die Kommentierung mittlerweile säuerlich auf: „Wir hatten uns lange Zeit der Meinung derjenigen angeschlossen, die glaubten, ein gewisses Maß von inneren Meinungsverschiedenheiten sei kein Unglück für den Westen. Es betont den Grad der Freiheit, der zum Wesen des Westens gehört, und im Übrigen ergeben sich aus Diskussionen fruchtbare Lösungen. Das mag lange richtig gewesen sein, aber seit einigen Wochen finden wir das erlaubte Maß überschritten.“¹⁴⁷⁶ Die „Welt“ legte aber bald die USA verteidigend dar, dass die Höhenflüge aus technischen Gründen beim verwendeten Flugzeugtyp notwendig waren.¹⁴⁷⁷ Mit Besorgnis nahm die Redaktion auf, dass nur siebzehn Tage vor der Konferenz zwischen Bonn und Washington noch Streit herrschte.¹⁴⁷⁸ Dabei war erkennbar, dass Adenauer auf seinem Widerstand beharrte und damit das Genfer Vorhaben torpedierte.¹⁴⁷⁹ Selbst ein Besuch des US-Botschafters beim Kanzler in dessen italienischem Urlaubsort wurde registriert.¹⁴⁸⁰ In nicht zu übersehendem Kontrast zur Situation im westlichen Lager stand die kurze Zusammenkunft der osteuropäischen Außenminister in Warschau, die dem Osten zur Absteckung der Verhandlungsposition genügte.¹⁴⁸¹ Medial groß herausgestellt wurde dann die westliche Einigung; schon die Unterzeile machte aber klar: Die Linie Adenauers setzte sich durch.¹⁴⁸² Joachim Besser¹⁴⁸³ schrieb deprimiert: „Die westliche Politik ist wieder einmal in einem schattigen Tal angelangt. Den alten Männern, die den Westen führen, die alle ihre Leiden und Krankheiten haben, die ständig auf Urlaub sein müssen oder an Krücken gehen, sind die Berge zu hoch, um empor zu klettern und in Neuland zu blicken. Man wird von dieser

¹⁴⁷⁴ Er schrieb für die „New York Herald Tribune“ und hatte früher besonders die Truman-Regierung kritisiert. Mit einer Publikation trug Lippmann übrigens sehr zur Verbreitung des Begriffs „Kalter Krieg“ bei. So: Stöver, S. 14 f.

¹⁴⁷⁵ Nr. 81 8.4.1959, S. 2.

¹⁴⁷⁶ Nr. 88, 16.4.1959, S. 2, Nr. 89, 17.4.1959, S. 1.

¹⁴⁷⁷ Nr. 93, 22.4.1959, S. 2.

¹⁴⁷⁸ Nr. 95, 24.4.1959, S. 1.

¹⁴⁷⁹ Nr. 95, 24.4.1959, S. 2, Nr. 99, 29.4.1959, S. 2.

¹⁴⁸⁰ Nr. 97, 27.4.1959, S. 1.

¹⁴⁸¹ Nr. 98, 28.4.1959, S. 1, Nr. 99, 29.4.1959, S. 2.

¹⁴⁸² Nr. 100, 30.4.1959, S.1.

¹⁴⁸³ Besser, Dr. Joachim (*9.2.1912) studierte Literaturgeschichte, Philosophie und Zeitungswissenschaft. Von 1949-61 arbeitete er als Chefreporter für die „Welt“ und für das NDR-Fernsehen. Im Jahr 1962 wechselte Besser dann als als Chefredakteur zum Kölner Stadt-Anzeiger.

Pariser Konferenz wohl nicht mehr erwarten dürfen als eine mühsam gekittete Einigkeit. Aber jeder der westlichen Partner wird mit Vorbehalt nach Genf gehen und in der Haltung der Russen eine Bestätigung der eigenen Theorien erblicken.¹⁴⁸⁴ Die Redaktion versteckte sich mit härterer Kritik an der Bundesregierung im „Blick in die Welt“ hinter dem Zitieren der renommierten Wochenzeitung „Zeit“: „Die Bundesrepublik kann es sich auf keinen Fall leisten, den angelsächsischen Verbündeten als die Kraft zu erscheinen, die (wirklich oder scheinbar) erfolgversprechende neue Ansätze oder Verhandlungsideen aus schierer Bockbeinigkeit sabotiert und damit den westlichen Manöverspielraum in Genf ungebührlich einengt. Dieser Gedanke scheint vor allem Herrn von Brentano zu bedrücken. Er selbst hat es in Washington Anfang April erlebt, daß selbst die Amerikaner über die allzu starre und nach ihrer Meinung einfach phantasielose deutsche Haltung die Köpfe zu schütteln begannen. Die amerikanische Diplomatie hat immer sehr viel Rücksicht auf deutsche Überlegungen und Bedenken genommen. Aber wenn sie von Bonn allzu sehr beengt wird, dann schafft das für Genf eine denkbar ungünstige Konstellation. Denn was immer die Russen dort im Einzelnen an Überraschungen hervorzaubern werden – das eine ist klar: daß ihre Taktik sich in erster Linie darauf richten wird, einen Keil zwischen die Bundesrepublik und die Verbündeten zu treiben.“¹⁴⁸⁵ Dass es mit dem in der „Welt“ verkündeten westlichen Konsens in Paris nicht weit her war, verriet die Erklärung, dass zwar über die Ausgangsposition, nicht aber über die Auffangposition Einigung herrschte. Es war schon zu lesen, dass während von Brentano vom Geist der Zusammenarbeit schwärmte, US-Diplomaten ungelöste Fragen „unter den Teppich gekehrt“ sahen.¹⁴⁸⁶ Die Reaktion der Bevölkerung thematisierte Besser: „Die Massen sorgen sich wenig darum, was in der Politik geschieht. Obwohl die großen Vorgänge höchst einfach und sinnfällig sind, bleibt das Spiel der Diplomatie für die meisten ein Buch mit sieben Siegeln. Die Feinheiten, um die hier gestritten wird, die kleinen Unterschiede in den Formulierungen werden als eine Kunst empfunden, die man ebenso wenig versteht wie die abstrakte Malerei. Die westliche Politik ist unpopulär geworden und hat kein Publikum. Man kann den politisch desinteressierten Massen in Westeuropa nahezu alles vorsetzen, ohne wenigstens ungläubiges Staunen hervorzurufen.“ Besser betrachtete die westlichen Verhandlungsgrundlagen lediglich als ein Paket frommer Wünsche.¹⁴⁸⁷ Eine Woche vor Konferenzbeginn sah der für Außenpolitik zuständige Gert von Paczensky ebenfalls im Fall einer Ablehnung des Maximalprogramms durch den Osten Beratungsbedarf

¹⁴⁸⁴ Nr. 100, 30.4.1959, S. 2.

¹⁴⁸⁵ Nr. 100, 30.4.1959, S. 4.

¹⁴⁸⁶ Nr. 101, 1./2.5.1959, S. 1.

¹⁴⁸⁷ Nr. 101, 1./2.5.1959, S. 3.

voraus.¹⁴⁸⁸ Die „Welt“ legte dar, dass die Sowjetregierung es ablehnte, über ein Paket miteinander verknüpfter Vorschläge zu verhandeln, wie es die westliche Seite wünschte.¹⁴⁸⁹ Die Redaktion räumte ein, dass Eisenhower seine Erwartungen an Genf herunterschraubte; ja sie konstatierte in einem nachrangigen Beitrag, dass von seiner Forderung nach einer guten Vorbereitung der Gipfelkonferenz nichts übrig blieb.¹⁴⁹⁰ Von Außenminister Herter wurden widersprüchliche Äußerungen vorgestellt: Er sei hoffnungsvoll; allerdings seien seine Erwartungen nicht zu groß. Während Zehrer wabernd glaubte, den Übergang in eine neue geschichtliche Etappe zu spüren, drangen aus Genf Nachrichten über das Entbrennen eines Streits der Parteien, ob ein eckiger oder runder Konferenztisch zu bevorzugen war.¹⁴⁹¹ Von Borch feierte Herter geradezu dafür, in der Krise auch eine besondere Verhandlungschance für die deutsche Frage zu sehen.¹⁴⁹² Groß aufgezogen wurde am 11. Mai der Bericht über den Genfer Streit um die Beteiligungsform der deutschen Delegationen.¹⁴⁹³ Nach präsentierten westlichen Einschätzungen war Chruschtschow an einem Erfolg gelegen; es wurde aber nur mit geringen östlichen Zugeständnissen gerechnet. Aus Moskau wurde indessen drastisches Säbelrasseln gemeldet.¹⁴⁹⁴ Die einzelnen Schritte in Genf wurden verfolgt;¹⁴⁹⁵ selbst nachrangige Aspekte wie die verklemmt ablaufenden Begegnungen zwischen den deutschen Delegationen wurden ausführlich thematisiert.¹⁴⁹⁶ Die „Welt“ präsentierte dann den Appell Eisenhowers, die propagandistischen Vorgefachte zu beenden, um zu Verhandlungen zu gelangen. Von Paczensky wies darauf hin, dass bei Beobachtung der unterschiedlichen Auslegungen der Vorgänge in Ost und West der Eindruck entstehen konnte, als handelte es sich um zwei verschiedene Konferenzen.¹⁴⁹⁷ Er deutete das östliche Gebaren nicht als Anzeichen ernsthafter Lösungsbereitschaft.¹⁴⁹⁸ Die Redaktion zeigte sich bald vom umfassend präsentierten westlichen Stufenplan zur Wiedervereinigung angetan. Doch wurde schon eröffnet, dass die Russen es für „unrealistisch, wenn nicht hoffnungslos“ hielten, alles auf einmal zu erörtern wollen.¹⁴⁹⁹ Die „Welt“ blieb dem Hegemon artig treu; sie legte dar, dass Herter den Zusammenhang der Probleme betonte und stellte seine werbende Begründung vor.¹⁵⁰⁰ Bald teilte das Medium die Ablehnung des Stufenplans und

¹⁴⁸⁸ Nr. 102, 4.5.1959, S. 1.

¹⁴⁸⁹ Nr. 102, 4.5.1959, S. 2.

¹⁴⁹⁰ Nr. 104, 6.5.1959, S. 1, 2.

¹⁴⁹¹ Nr. 106, 9.5.1959, S. 1, 2.

¹⁴⁹² Nr. 106, 9.5.1959, S. 3.

¹⁴⁹³ Nr. 107, 11.5.1959, S. 1.

¹⁴⁹⁴ Nr. 107, 11.5.1959, S. 4.

¹⁴⁹⁵ Nr. 108, 12.5.1959, S. 1, Nr. 109, 13.5.1959, S. 1.

¹⁴⁹⁶ Nr. 109, 13.5.1959, S. 2.

¹⁴⁹⁷ Nr. 110, 14.5.1959, S. 1.

¹⁴⁹⁸ Nr. 110, 14.5.1959, S. 2.

¹⁴⁹⁹ Nr. 111, 15.5.1959, S. 1.

¹⁵⁰⁰ Nr. 111, 15.5.1959, S. 2.

der Verknüpfung der verschiedenen Fragen durch Gromyko mit.¹⁵⁰¹ Auch Gromykos Vorstellungen, der einen Friedensvertrag mit den deutschen Staaten und einen anderen Status für Berlin wünschte, wurden vorgestellt.¹⁵⁰² So etwas trug neben der dominierenden Sachlichkeit im Stil zum Eindruck der Überparteilichkeit und Objektivität der „Welt“ bei. Während das Rededuell zwischen Gromyko und Herter besondere mediale Beachtung erhielt, war einem anderen Beitrag zu entnehmen, dass die USA durchaus eine – früher vehement abgelehnte – isolierte Berlin-Lösung anstrebten, wenn auch die irreführende Überschrift einen gegenteiligen Eindruck suggerierte. Georg Schröder wollte zudem keine Differenzen zwischen der amerikanischen und deutschen Delegation wahrnehmen. Schröder beklagte mittlerweile mangelnden Fortschritt und fehlendes Vertrauen in Genf: „Die westlichen Gastgeber gleichen jenen Gastgebern, die nach dem Essen die silbernen Löffel zählen, die aufatmen, dass der Gast nicht einen mitgehen ließ.“ Ergänzend führten Beiträge das unmögliche Verhalten der DDR-Regierung vor. Dies machte den Rezipienten deutlich, mit was für einem Verhandlungspartner zu rechnen war, wenn es nach dem Willen des Ostens ging.¹⁵⁰³ Es wurde erkennbar, dass die offiziellen Verhandlungen in Genf vorwiegend der propagandistischen Beeinflussung der Weltmeinung dienten. Es hieß relevante Gespräche würden nur am Rande der Konferenz geführt. Langsamkeit und Unergiebigkeit des Verfahrens überraschten niemanden.¹⁵⁰⁴ Dass bei den nun anstehenden vertraulichen Gesprächen keine Deutschen anwesend sein durften, veranlasste die Journalisten nicht zu spitzen Bemerkungen.¹⁵⁰⁵ Das Blatt machte das Publikum damit vertraut, dass Langmut an den Tag zu legen war und dass Gerüchte wie Pilze nach einem warmen Regen aus dem Boden sprossen.¹⁵⁰⁶ Als Kompromisslösung der vertraulichen Zusammenkünfte verkaufte die „Welt“, dass die Russen für ihr Stillhalten in Berlin mit dem Zustandekommen eines Gipfeltreffens belohnt werden sollten.¹⁵⁰⁷ Dass der Westen mittlerweile bereit war, auch nur über Teilaspekte mit den Russen zu diskutieren, eröffnete die „Welt“ sachlich und unter Verzicht auf entrüstete Kommentierung.¹⁵⁰⁸ Als Sensation wurde dann ein gemeinsamer Flug der Außenminister wegen der Trauerfeier von Dulles präsentiert. Die Redaktion nahm entsprechend den auch sonst zu beobachtenden Bemühungen, alles zugunsten des Westens zu deuten, das allgemein unbemerkte Ablaufen des Ultimatums¹⁵⁰⁹ mit Genugtuung auf. Sie wies darauf hin, dass die westlichen

¹⁵⁰¹ Nr. 112, 16.5.1959, S. 1.

¹⁵⁰² Nr. 112, 16.5.1959, S. 2.

¹⁵⁰³ Nr. 113, 19.5.1959, S. 1, 2.

¹⁵⁰⁴ Nr. 114, 20.5.1959, S. 1.

¹⁵⁰⁵ Nr. 115, 21.5.1959, S. 1.

¹⁵⁰⁶ Nr. 115, 21.5.1959, S. 2.

¹⁵⁰⁷ Nr. 116, 22.5.1959, S. 1.

¹⁵⁰⁸ Nr. 119, 26.5.1959, S. 1.

¹⁵⁰⁹ Chruschtschow setzte das Ultimatum aus Sorge vor den Folgen aus. So: Wolfrum: Die Mauer, S. 36.

Regierungen die Frist genutzt hatten, um Verhandlungen in Gang zu setzen.¹⁵¹⁰ Dieser Linie folgend wurde der Leserschaft schließlich erklärt, dass die Konferenz von Anfang an nicht zur Erzielung einer wesentlichen Übereinkunft, sondern lediglich als Brücke zur Gipfelkonferenz gedacht war. Es hieß, beiden Seiten läge nur noch daran, ohne Gesichtsverlust zu einer Gipfelkonferenz zu gelangen.¹⁵¹¹ Die „Welt“ räumte ein, dass das westliche Anliegen sich darauf beschränkte, als Voraussetzung für den Gipfel mit den Sowjets eine Erklärung zu erwirken, nach der der Berlin-Status nur gemeinsam zu regeln war.¹⁵¹² Die Redaktion erweckte den Eindruck, dass die Verhandlungen in die entscheidende Phase traten.¹⁵¹³ Sie präsentierte gern, wie der britische Außenminister die russischen Argumente widerlegte, und machte die Leserschaft beiläufig mit der Möglichkeit eines ergebnislosen Konferenzzendes vertraut, wobei nicht mit dramatischen Folgen gerechnet wurde.¹⁵¹⁴ Der Genfer Korrespondent ignorierte weiterhin nach Kräften die unangenehme Tatsache, dass der Westen sein „Verhandlungspaket“ längst aufgeschnürt hatte.¹⁵¹⁵ Die Journalisten tasteten sich vorsichtig immer weiter mit herab. Nüchtern eröffnete das Blatt, dass Eisenhower die Bedingungen für ein Gipfeltreffen weiter reduzierte; er erwartete als Genfer Ergebnis nur noch ein Arbeitspapier. Mangels greifbarer Erfolge am Verhandlungstisch wurde der bloße Wunsch des Präsidenten nach einer ausdrücklichen Erklärung Moskaus, die Berlin-Rechte des Westens zu achten, thematisiert.¹⁵¹⁶ Vorsichtshalber wurde dann erst auf Seite zwei die Nachricht präsentiert, dass die Westmächte mit der Sowjetunion eine Vereinbarung über die Truppenstärken in Berlin aushandeln wollten.¹⁵¹⁷ Nach Erreichen dieses kritischen Punkts brach die mediale Aufmerksamkeit dramatisch ein. Lediglich eine winzige Notiz auf der Titelseite meldete das Andauern der Gespräche.¹⁵¹⁸ In dieser Zeit bereitete die Unsicherheit über die Festigkeit der Schutzmächte auch dem Verleger große Sorgen.¹⁵¹⁹ Bald informierte nur noch ein kleiner Beitrag auf Seite neun darüber, dass der Westen sich darauf beschränkte, sein im Besatzungsstatus begründetes Recht zu verteidigen.¹⁵²⁰ Die für das westliche Lager ungünstige Entwicklung wurde einige Tage lang von der Redaktion durch sehr geringe Beachtung und die Präsentation anderer Themen so gut es ging kaschiert. Auf die Titelseite kam nur noch die Meldung des drohenden Scheiterns wegen Gromykos unannehmbarer

¹⁵¹⁰ Nr. 120, 27.5.1959, S. 1.

¹⁵¹¹ Nr. 123, 30.5.1959, S.1.

¹⁵¹² Nr. 123, 30.5.1959, S. 2.

¹⁵¹³ Nr. 124, 1.6.1959, S. 1.

¹⁵¹⁴ Nr. 124, 1.6.1959, S. 2.

¹⁵¹⁵ Nr. 125, 2.6.1959, S. 1.

¹⁵¹⁶ Nr. 127, 4.6.1959, S. 1.

¹⁵¹⁷ Nr. 127, 4.6.1959, S. 2.

¹⁵¹⁸ Nr. 130, 8.6.1959, S. 1.

¹⁵¹⁹ Schwarz: Axel Springer, S. 341.

¹⁵²⁰ Nr. 132, 10.6.1959, S. 1.

Forderungen.¹⁵²¹ Das Blatt stellte das neue sowjetische Ultimatum vor.¹⁵²² Erkennbar war, dass die Westmächte trotzdem die Konferenz fortsetzen wollten.¹⁵²³ Joachim Besser äußerte nun offen seinen Unmut, der sich allerdings nicht gegen die westliche Nachgiebigkeit richtete. Er hielt die moderne Großkonferenz für eine der Torheiten des Jahrhunderts und führte den enormen Aufwand mit hundertköpfigen Delegationen und dem großen Medienaufgebot vor, der dazu beitrug, dass keine Seite Konzessionen machen konnte. Besser sah aufgrund der erfolglosen Großkonferenz den Glauben der Massen an die Autorität ihrer Führer gefördert, die zu einem Gipfeltreffen zusammenkommen sollten. Ein ergebnisloses Ende bedauerte er nicht, zumal die Beteiligten sich ja an anderer Stelle treffen und unauffällig neu verhandeln konnten, wofür er ohnehin plädierte.¹⁵²⁴ Die Verhandlungen hingen weiter in den Seilen; mehrfach war von einem ergebnislosen Konferenzende die Rede.¹⁵²⁵ Es war erkennbar, dass Eisenhower seine Ansprüche zur Teilnahme an der Gipfelkonferenz weiter reduzierte und bemüht war im Gespräch zu bleiben.¹⁵²⁶ Niemals sprach die „Welt“ den Grund der schwachen westlichen Position an, der zum ständigen Lavieren in der Defensive zwang. Schließlich wurde eine Vertagung der Verhandlungen angekündigt.¹⁵²⁷ Ernst Cramer¹⁵²⁸ meinte nun, es sei von Anfang an klar gewesen, dass es in Genf zu keiner Regelung kommen konnte, weil die Sowjets dies nicht wünschten. Die westlichen Angebote gingen ihm schon zu weit; er war froh, dass die Sowjets diese Zugeständnisse nicht annahmen. Vorher waren derartige Bedenken in der „Welt“ nicht zu lesen gewesen.¹⁵²⁹ Cramer sah die sowjetische Drohung, Berlin „langsam abzuwürgen“, weiterhin im Raum und feierte die Stadt als Leuchtturm der Freiheit. Wenn auch in der Deutschlandfrage keine aktuelle Lösungsmöglichkeit bestand, so sah er doch in anderen Fragen Chancen. Er mahnte entsprechend der patriotischen Linie des Hauses zur Standhaftigkeit und dazu, die Bande zwischen der Bundesrepublik und Berlin zu festigen.¹⁵³⁰ Wegen der beunruhigenden mangelhaften Informationslage beschloss der Verleger nun unter Verwendung erheblicher Mittel, den Springer-Auslandsdienst ins Leben zu rufen. Dieser sollte neben dem Korrespondentennetz als hauseigener Nachrichtendienst in Erfahrung bringen, was in den Hauptstädten hinter den Kulissen

¹⁵²¹ Nr. 133, 11.6.1959, S. 1.

¹⁵²² Nr. 133, 11.6.1959, S. 2.

¹⁵²³ Nr. 133, 11.6.1959, S. 2.

¹⁵²⁴ Nr. 133, 11.6.1959, S. 3.

¹⁵²⁵ Nr. 135, 13.6.1959, S. 1, 2, Nr.136, 15.6.1959, S. 1, 2, Nr. 137, 16.6.1959, S. 1, Nr. 138, 17./18. 6.1959, S. 1.

¹⁵²⁶ Nr. 139, 19.6.1959, S. 1 und S. 2.

¹⁵²⁷ Nr. 140, 20.6.1959, S. 1.

¹⁵²⁸ Ernst Cramer war von 1958-63 einer der stellvertretenden Chefredakteure der „Welt“.

¹⁵²⁹ Nr. 141, 22.6.1959, S. 1.

¹⁵³⁰ Nr. 141, 22.6.1959, S. 2.

geschah.¹⁵³¹ Auch Zehrer klagte noch im folgenden Jahr, dass die als Korrespondenten seines Blatts „ganz nette Gehälter“ beziehenden ausländischen Geheimen Oberpresseräte keine brauchbaren Informationen lieferten.¹⁵³² Einige Jahre später äußerte sich der Verleger übrigens zufrieden über das neu geschaffene Instrument.¹⁵³³ Springer meinte dann bei der Neuaufnahme der Genfer Gespräche, dass es an der Zeit wäre, dass die westdeutsche Bevölkerung laut und vernehmlich ausrufen sollte, nie in die Teilung einzuwilligen. Seinen handschriftlichen Aufzeichnungen waren die Telefonnummern von „Abendblatt“ und „Welt“ beigefügt, so dass davon auszugehen ist, dass deren Redaktionen diesbezüglich instruiert wurden.¹⁵³⁴ Achtungsvoll und exponiert auf der Titelseite wurde dementsprechend die bundesweite Arbeits- und Verkehrsrufe anlässlich des Genfer Neubeginns präsentiert, die für die Weltöffentlichkeit den Willen zur Einheit demonstrieren sollte.¹⁵³⁵ Die Berichterstattung über die politische Entwicklung ging einstweilen weiter.¹⁵³⁶ Die vorgestellten bescheidenen westlichen Verhandlungsziele bei der Neuaufnahme in Genf bestanden darin, das Gesellschaftssystem in West-Berlin und den Zutritt zur Stadt zu sichern. Die Schwäche der westlichen Position war also schon erkennbar. Die neuesten Differenzen spielte die Redaktion vorsichtshalber herunter.¹⁵³⁷ Die Eröffnung der zweiten Verhandlungsphase im Juli wurde von gedämpfter Erwartung begleitet.¹⁵³⁸ Zwecks Wiederauffrischung des Kenntnisstandes wurden die bisherigen Vorschläge der Parteien dargestellt.¹⁵³⁹ Die mediale Beachtung war anfänglich groß. Der erste Missklang überraschte niemanden; Gromyko lehnte nun Geheimverhandlungen ab und wünschte die Vertreter der deutschen Staaten hinzugezogen.¹⁵⁴⁰ Sogar im Aufmacher wurden jetzt deutsche Sorgen angesprochen; Bonn wollte ein weiteres Nachgeben der Westmächte verhindern. Die Aussichten für eine Gipfelkonferenz stiegen, weil nun auch die US-Regierung zu weitgehenden Zugeständnissen bereit war.¹⁵⁴¹ Die Verhandlungen verlagerten sich wieder auf die Ebene der Geheimbesprechungen. Das von Moskau angestrebte Gipfeltreffen bezeichnete Peter Grubbe als selbst verschuldete westliche Ungeschicklichkeit. Nur einem Kommentar war zu entnehmen, dass die Öffentlichkeit mit

¹⁵³¹ Schwarz: Axel Springer, S. 341.

¹⁵³² Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenbestand Nr. 23, Brief von Hans Zehrer an Axel Springer vom 29.5.1960, S. 3.

¹⁵³³ Bundesarchiv/Koblenz, N/1311, Aktenbestand 27 fol.1-, Brief Axel Springers an Hans Zehrer vom 16.2.1965.

¹⁵³⁴ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: handschriftliche Aufzeichnungen von AS vom 13.7.1959 „Vergesst uns nicht“.

¹⁵³⁵ Nr. 156, 9.7.1959, S. 1, Nr. 157, 10.7.1959, S. 1, Nr. 160, 14.7.1959, S. 1.

¹⁵³⁶ Nr. 114, 30.6.1959, S. 2, Nr. 144, 25.6.1959, S. 1 und 2, Nr. 150, 2.7.1959, S. 1, Nr. 151, 3.7.1959, S. 4, Nr. 155, 8.7.1959, S. 1 und 4,

¹⁵³⁷ Nr. 156, 9.7.59, S. 1.

¹⁵³⁸ Nr. 157, 10.7.1959, S. 1, Nr. 158, 11.7.1959, S. 2, Nr. 159, 13.7.1959, S. 1.

¹⁵³⁹ Nr. 159, 13.7.1959, S. 3.

¹⁵⁴⁰ Nr. 160, 14.7.1959, S. 1.

¹⁵⁴¹ Nr. 161, 15.7.1959, S. 1.

einer solchen Fülle von Meldungen, Hinweisen und Gerüchten über neue Pläne und Vorschläge überschüttet wurde, dass selbst wohlgesonnene Beobachter allmählich den Eindruck gewannen, die Westmächte seien uneinig und unsicher.¹⁵⁴² Solche das Vertrauen in die Verbündeten mindernde Informationen schlugen sich nicht in der Berichterstattung nieder. Konsequenterweise forderte Grubbe von den Partnern mehr Vertrauen und Verschwiegenheit. Ein weiterer Beitrag informierte dementsprechend erst nachträglich darüber, dass die – vorher gar nicht registrierten – deutsch-französischen Spannungen bereinigt waren.¹⁵⁴³ Am 18. Juli stellte sich das Scheitern der Geheimbesprechungen heraus. Der Chefredakteur hielt es für gut, dass die Deutschen in die Ferien fuhren und davon wenig Notiz nahmen, weil ohnehin genug Verwirrung angerichtet war. Zehrer hielt den Gipfel für eine beschlossene Sache und meinte, dass es in Genf nur um Geplänkel zwischen den Vorhuten ging. Er hielt es aber für „falsch bereits zu diesen Vorbereitungen zu laut mit den Münzen in der deutschen Tasche zu klimpern und für etwas zu bezahlen, was die Selbstachtung von allein fordert. Nämlich dafür, daß man nicht vor einem geladenen und entscherten Revolver verhandeln kann und verhandeln wird.“¹⁵⁴⁴ Am 22. Juli eröffnete die „Welt“ den möglichen Abbruch der Verhandlungen. Grubbe verglich die Konferenz herablassend mit einem Karussell, bei dem die Pferdchen unter Glockengeklingel und fröhlicher Musik vorbeizogen, ohne sich von der Stelle zu bewegen. Den Beiträgen war wieder zu entnehmen, dass die isolierte Erörterung der Berlin-Thematik in der Bundesrepublik Besorgnis auslöste.¹⁵⁴⁵ Auch der Verleger verwahrte sich schärfstens dagegen, eine isolierte Berlin-Lösung zuzulassen.¹⁵⁴⁶ Die Kommentierung ließ wissen, dass beide Seiten sich scheuten, die Verantwortung für den Abbruch zu übernehmen.¹⁵⁴⁷ Grubbe sorgte sich im Leitartikel, dass die Bundesregierung wegen der Verweigerung gegenüber dem sowjetischen Vorschlag mit der DDR zu verhandeln in den Ruf des Störenfrieds in der Weltöffentlichkeit kommen konnte.¹⁵⁴⁸ Schließlich lobte Grubbe Ende Juli die Entscheidung, die Gespräche auch ergebnislos zu beenden, um das immer verworrener werdende Gerede zu begrenzen.¹⁵⁴⁹ Selbst kurz vor Toresschluss wurden noch ausdrückliche deutsche Warnungen vor Zugeständnissen und konkludente Zeichen der Besorgnis registriert.¹⁵⁵⁰ Genf trat dann völlig in den Hintergrund wegen der Nachricht von der Einladung Chruschtschows zu einer USA-Reise. Die allgemein mit

¹⁵⁴² Nr. 163, 17.7.1959, S. 1.

¹⁵⁴³ Nr. 163, 17.7.1959, S. 2.

¹⁵⁴⁴ Nr. 164, 18.7.1959, S. 1.

¹⁵⁴⁵ Nr. 167, 22.7.1959, S. 2.

¹⁵⁴⁶ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959, Unterordner Tagung des Kuratoriums „Unenteilbares Deutschland“ am 27.11.1959, Vortrag AS, S. 4.

¹⁵⁴⁷ Nr. 168, 23.7.1959, S. 1.

¹⁵⁴⁸ Nr. 171, 27.7.1959, S. 1.

¹⁵⁴⁹ Nr. 174, 30.7.1959, S. 1.

¹⁵⁵⁰ Nr. 175, 31.7.1959, S. 1, Nr. 176, 1.8.1959, S. 1.

Erleichterung aufgenommene Meldung deutete die Kommentierung der „Welt“ euphorisch als Wende von historischer Bedeutung, wenn auch dem nüchternen Leser dieser Ausbruch hoffnungsfroher Erwartung nicht recht erklärlich war.¹⁵⁵¹ Genf wurde für das Medium schlagartig nachrangig; nur noch die Auflösung wurde registriert.¹⁵⁵² Das geplante Treffen zwischen Chruschtschow und Eisenhower nahm alle Aufmerksamkeit in Anspruch. Zehrer sah optimistisch eine Brücke geschlagen, die nie wieder ganz abgebrochen würde. Die vergangenen fruchtlosen Gespräche deutete er als wichtige Vorarbeit um und ging nebulös von einem eine neue Wirklichkeit schaffenden Wandel der Vorstellungen aus.¹⁵⁵³ Nach zehn Wochen ergebnisloser Verhandlungen deutete die „Welt“ die Vertagung als „Gentlemen’s Agreement“, keine einseitigen Handlungen vorzunehmen, während das Gespräch auf anderen Ebenen fortgesetzt wurde. Die Konferenzdauer wurde entsprechend der üblichen Tendenz, die Entwicklung irgendwie günstig für den Westen darzustellen, als Zeitgewinn verkauft, der den Staatsmännern half neue Ausgangspunkte zu finden.¹⁵⁵⁴ Doch wurde auch offen dargelegt, dass die Bilanz nach 65 Tagen mager war.¹⁵⁵⁵ Schon bald ging es um das Reiseprogramm für Chruschtschow.¹⁵⁵⁶ Am 10. August wurde der Terminplan für die vorgelagerte Europa-Reise Eisenhowers vorgestellt. Erst jetzt gab von Borch zu, dass sich die Entwicklung als sowjetischer Triumph und als amerikanisches Umfallen deuten ließ.¹⁵⁵⁷ Auch Schröder wertete das Stattfinden des Gipfeltreffens als Erfolg Chruschtschows und bedauerte die westliche Uneinigkeit.¹⁵⁵⁸ Nach Darstellung der „Welt“ stritt aber die Bundesregierung die Sorge vor einem Kuhhandel zu deutschen Lasten ab.¹⁵⁵⁹ Das war der Leserschaft doch anders erinnerlich. Die Redaktion glaubte, dass Chruschtschow beim Treffen Eisenhower unter starken Druck in der Deutschlandfrage setzen würde.¹⁵⁶⁰ Sie registrierte den Eingang von Korrespondenz aus Moskau in Bonn, London und Paris.¹⁵⁶¹ Viel Aufmerksamkeit erhielten die Bonner Vorbereitungen für den Besuch Eisenhowers.¹⁵⁶² Wie nicht anders zu erwarten war, zollte Zehrer dem Präsidenten Anerkennung. Er verglich ihn mit dem reichen Onkel aus Amerika, der der europäischen Familie einen Besuch abstattete und dabei taktvoll bedachte, dass diese bessere Zeiten gesehen hatte. Zehrer kündigte an, dass der gute Onkel bald selbständiger und deutlicher

¹⁵⁵¹ Nr. 178, 4.8.1959, S. 1.

¹⁵⁵² Nr. 179, 5.8.1959, S. 2.

¹⁵⁵³ Nr. 179, 5.8.1959, S. 1.

¹⁵⁵⁴ Nr. 180, 6.8.1959, S. 1.

¹⁵⁵⁵ Nr. 180, 6.8.1959, S. 2.

¹⁵⁵⁶ Nr. 181, 7.8.1959, S. 1.

¹⁵⁵⁷ Nr. 183, 10.8.1959, S. 1.

¹⁵⁵⁸ Nr. 189, 17.8.1959, S. 1.

¹⁵⁵⁹ Nr. 184, 11.8.1959, S. 2.

¹⁵⁶⁰ Nr. 192, 20.8.1959, S. 1.

¹⁵⁶¹ Nr. 195, 24.8.1959, S. 1.

¹⁵⁶² Nr. 195, 24.8.1959, S. 3, Nr. 196, 25.8.1959, S. 1.

werden würde und wies darauf hin, dass Eisenhower bei seiner Einladung an Chruschtschow die Europäer nicht gefragt hatte.¹⁵⁶³ Nach dem als herzlich gezeichneten Besuch in Bonn wurde der weitere Verlauf der erfolgreichen Reise Eisenhowers in den Vordergrund gerückt.¹⁵⁶⁴ Von Borch erwartete, dass Chruschtschow angesichts der imponierenden Eindrücke in den USA etwas lernen würde.¹⁵⁶⁵ Averell Harriman¹⁵⁶⁶ klärte die Leserschaft indessen über die gefährlichsten Irrtümer Chruschtschows auf.¹⁵⁶⁷ Wer die 30 Pfennig für die Wochentagsausgabe berappte, dem wurde das schöne Gefühl vermittelt, einem der mächtigsten Männer der Welt intellektuell überlegen zu sein. Das Eintreffen Chruschtschows in Washington am 15. September wurde als „das erregendste Kapitel persönlicher Diplomatie in der Nachkriegszeit“ bezeichnet. Dabei mußte eingeräumt werden, dass die Sowjets unmittelbar zuvor mit dem Einsatz einer Mondrakete ihre Leistungsfähigkeit eindrucksvoll demonstrierten und den Westen in den Schatten stellten. Prominente Persönlichkeiten zeigten sich davon in abgedruckten Interviews unterschiedlich beeindruckt. Die sowjetische Seite ließ die Weltgemeinschaft gönnerhaft wissen, keine territorialen Ansprüche auf den Mond zu erheben. Dass dieses Ereignis die deutsche Bevölkerung in Unruhe versetzte, ergab sich aus einer präsentierten Stellungnahme Adenauers, der es für nötig hielt zu erklären, dass Amerika trotzdem stärker sei.¹⁵⁶⁸ Distanziert beschrieb die „Welt“ den Empfang Chruschtschows durch die amerikanische Bevölkerung als „glanzvoll aber kühl“ und verfolgte das Agieren der Hauptdarsteller genau.¹⁵⁶⁹ Der Beschreibung nach machte der sowjetische Staatsführer eine gute Figur.¹⁵⁷⁰ Überhaupt stand seine Persönlichkeit und nicht etwa ein politischer Plan im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit.¹⁵⁷¹ Chruschtschows offenkundig irrealen Scheinangebot eines totalen Abrüstungsvorschlags vor der UNO wurde in der „Welt“ als Sensation vorgestellt.¹⁵⁷² Paul Sethe wertete diesen Vorschlag im Leitartikel dann aber als schäbigen Propaganda-Trick; er hielt trotzdem einen Kern von Aufrichtigkeit für gegeben.¹⁵⁷³ Kontinuierlich und mit großer Aufmerksamkeit verfolgte die „Welt“ die Stationen der

¹⁵⁶³ Nr. 197, 26.8.1959, S. 1.

¹⁵⁶⁴ Nr. 198, 27.8.1959, S. 1, Nr. 200, 29.8.1959, S. 1, Nr. 203, 2.9.1959, S. 2, Nr. 203, 2.9.1959, S. 2, Nr. 207, 7.9.1959, S. 1, Nr. 208, 8.9.1959, S. 3.

¹⁵⁶⁵ Nr. 210, 10.9.1959, S. 3.

¹⁵⁶⁶ Harriman, William Averell (*15.11.1891, gest. 26.7.1986) war Bankier und Politiker der Demokratischen Partei. 1941-43 diente er als amerikanischer Sondergesandter in Großbritannien und der UdSSR. Zu seinen Aufgaben gehörte die Organisation des Lend-Lease-Systems. Danach fungierte er als Botschafter in London und Moskau. 1946-48 war Harriman Handelsminister; 1948-50 war er Sonderbeauftragter für den Marshallplan. 1961 wurde er Sonderbotschafter Kennedys. 1968/69 leitete er die amerikanische Delegation bei der Pariser Vietnam-Konferenz.

¹⁵⁶⁷ Nr. 211, 11.9.1959, S. 5.

¹⁵⁶⁸ Nr. 214, 15.9.1959, S. 1.

¹⁵⁶⁹ Nr. 215, 16.9.1959, S. 1 und S. 2.

¹⁵⁷⁰ Nr. 216, 17.9.1959, S. 4

¹⁵⁷¹ Nr. 217, 18.9.1959, S. 1 und S. 4.

¹⁵⁷² Nr. 218, 19.9.1959, S. 1.

¹⁵⁷³ Nr. 219, 21.9.1959, S. 1.

sowjetischen Delegation. Etwas Farbe in die sonst so nüchterne Berichterstattung brachte die Schilderung der Besichtigung von Hollywood, Maisfarmen, einer Wurstfabrik in Iowa sowie der Stahlwerke in Pittsburgh.¹⁵⁷⁴ Besser konnte nicht glauben, dass Chruschtschow die Reise nur unternahm, um Reden zu halten.¹⁵⁷⁵ Von Borch trug schließlich vorsichtig den Gedanken an das Publikum heran, dass Eisenhower nur geringe Erwartungen für das bevorstehende Gespräch hegte.¹⁵⁷⁶ Die Redaktion war sich aber sicher, dass Chruschtschow beim Treffen in Camp David Farbe bekennen musste.¹⁵⁷⁷ Das Blatt präsentierte dann die unverschämte Forderung des sowjetischen Staatsführers nach Aufhebung des Embargos und der Einräumung von Krediten, um amerikanische Maschinen nachbauen zu können.¹⁵⁷⁸ Mager war, was am 28. September schließlich als Gesprächsergebnis vorgestellt wurde. Den einst von der Redaktion geäußerten hochfliegenden Erwartungen entsprach es nicht im Mindesten. Die Politiker vereinbarten neue Verhandlungen über Berlin und eine Gipfelkonferenz.¹⁵⁷⁹ Trotzdem klang in der „Welt“ keine Enttäuschung an. Sachlich wurde der Wortlaut des nichtssagenden Schlusskommuniqués abgedruckt. Ein anderer Artikel thematisierte ergänzend die gute Atmosphäre von Camp David und wies darauf hin, dass die Amerikaner aus Rücksicht auf die Verbündeten selbstverständlich nicht definitiv eine Gipfelkonferenz vereinbarten. Weiter fand sich eine Andeutung, dass in der Berlin-Frage etwas vorgegangen war, dass nun die Aufnahme formeller Verhandlungen rechtfertigte.¹⁵⁸⁰ Erleichterung klang in den Nachrichten der nächsten Ausgabe durch; die unmittelbare Bedrohung für Berlin schien beseitigt.¹⁵⁸¹ Entsprechend der Tendenz der „Welt“, die Dinge für das westliche Lager günstig darzustellen, wurde der allgemeine Beifall für das Ergebnis von Camp David ausführlich dargelegt. Die „Unbestimmtheit oder die Abwesenheit greifbarer Details“ wurde mit der amerikanischen Rücksichtnahme auf die abwesenden Verbündeten erklärt.¹⁵⁸² Auch der „Blick in die Weltpresse“ stützte ergänzend den Eindruck von Zufriedenheit über das magere Ergebnis.¹⁵⁸³ Nach der präsentierten Darstellung Eisenhowers beugte sich Chruschtschow ihm gegenüber mit dem Verzicht auf ein

¹⁵⁷⁴ Nr. 219, 21.9.1959, S. 1 und S. 4, Nr. 220, 22.9.1959, S. 1, Nr. 221, 23.9.1959, S. 1, S. 4, Nr. 222, 24.9.1959, S. 4, Nr. 223, 25.9.1959, S. 4.

Die hier präsentierte Leistungsfähigkeit der USA auf dem Agrarsektor imponierte Chruschtschow übrigens durchaus. In der Sowjetunion wurde bald darauf verstärkt Futtermais angepflanzt, was aber 1963 zu einem großen Misserfolg führte, der letztlich mitursächlich für den Sturz des Partei- und Regierungschefs im folgenden Jahr wurde. So: Stöver, S. 132.

¹⁵⁷⁵ Nr. 222, 24.9.1959, S. 1.

¹⁵⁷⁶ Nr. 223, 25.9.1959, S. 1.

¹⁵⁷⁷ Nr. 224, 26.9.1959, S. 1.

¹⁵⁷⁸ Nr. 224, 26.9.1959, S. 4.

¹⁵⁷⁹ Nr. 225, 28.9.1959, S. 1.

¹⁵⁸⁰ Nr. 225, 28.9.1959, S. 4.

¹⁵⁸¹ Nr. 226, 29.9.1959, S. 1.

¹⁵⁸² Nr. 226, 29.9.1959, S. 4.

¹⁵⁸³ Nr. 227, 30.9.1959, S. 1 und S. 4.

Ultimatum.¹⁵⁸⁴ Seit dem 12. Oktober interessierte sich die Redaktion wieder für die Zukunft und rätselte über Ort und Themen der Gipfelkonferenz. Dabei war erkennbar, dass die Streitfragen noch nicht für eine Lösung reif waren und dass vor allem de Gaulle gegen das Treffen war.¹⁵⁸⁵ Zuweilen wurden widersprüchliche Termine gehandelt.¹⁵⁸⁶ Der Chefredakteur prognostizierte optimistisch eine Entspannung.¹⁵⁸⁷ Dieser Einschätzung widersprach die Meldung der Attacken Chruschtschows gegen den Westen nach seiner Rückkehr aus China.¹⁵⁸⁸ Hinsichtlich der künftigen internationalen Konferenzen äußerte sich Springer hingegen besorgt, „dass fremde Staatsmänner kühl am Verhandlungstisch sitzen werden und also über das deutsche Schicksal entscheiden sollen. Und es ist nur natürlich, und ich will es Ihnen auch gar nicht verargen, dass der eine oder andere, vielleicht auch so beauftragt von seinem Volke, natürlich den Weg des geringeren Widerstandes gehen möchte. Das ist nur natürlich. Aber es ist ungeheuer gefährlich für uns.“ Springer sah die westdeutsche Seite nun mit dem Rücken an der Wand stehen. Ihn beeindruckte folgende britische Pressestimme, die er vor Gesinnungsfreunden vortrug: „Wie so oft kann die Befriedung Europas nur auf Kosten der Deutschen erreicht werden. Die Zukunft Deutschlands wird wahrscheinlich für den Rest des Jahrhunderts von Außenstehenden entschieden werden, und die einzigen, die das nicht wissen, sind die Deutschen selbst. Bundeskanzler Adenauer hat seinem Volk die ganz irrige Meinung beigebracht, dass er für den glücklichen finanziellen Status allein verantwortlich ist, und hat sie dazu ermutigt, Wohlstand mit Macht über ihr eigenes Schicksal zu verwechseln. Nun, da sieht er sich den Folgen gegenüber, dass die Amerikaner nämlich unter einer Formel, die das Gesicht wahrt, im Begriff sind, einer de-facto-Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik zuzustimmen, zuzugestehen, dass die Oder-Neiße-Linie die Grenze zwischen der DDR und Polen wird, nicht mehr bequemerweise von den deutschen polnisch verwalteten Gebieten zu sprechen und Berlin zu einer freien Stadt mit Beobachtern der Vereinten Nationen zu machen. Alles, was Adenauer tun kann, ist zuzusehen, dass die Verhandlungen so lange als möglich dauern, um der Öffentlichkeit Zeit zu geben, das Unausweichliche zu akzeptieren.“ In seinen Unterlagen findet sich auch eine stichwortartige Skizzierung der Rede. Demnach sorgte sich Springer zu diesem Zeitpunkt nicht um die Zuverlässigkeit der USA und befürwortete deren Gespräche mit der russischen Regierung. Er meinte, auch die Deutschen sollten einen Draht nach Moskau

¹⁵⁸⁴ Nr. 229, 2.10.1959, S. 4.

¹⁵⁸⁵ Nr. 237, 12.10.1959, S. 1, Nr. 239, 14.10.1959, S. 1, Nr. 240, 15.10.1959, S. 2, Nr. 244, 20.10.1959, S. 1, Nr. 245, 21.10.1959, S. 2, Nr. 246, 22.10.1959, S.1 und S. 2, Nr. 247, 23.10.1959, S. 2, Nr. 248, 24.10.1959, S. 1, Nr. 251, 28.10.1959, S. 1, Nr. 252, 29.10.1959, S. 1.

¹⁵⁸⁶ Nr. 255, 2.11.1959, S. 1, Nr. 269, 18./19.11.1959, S. 4, Nr. 296, 21.12.1959, S. 1, Nr. 300, 28.12.1959, S. 1, Nr. 301, 29.12.1959, S. 2.

¹⁵⁸⁷ Nr. 248, 24.10.1959, S. 1.

¹⁵⁸⁸ Nr. 237, 12.10.1959, S. 4.

haben.¹⁵⁸⁹ Erhalten ist auch ein Fax Zehrer in seiner Eigenschaft als „Hans-im-Bild“ des Boulevard-Blatts an seinen in einem Baden-Badener Luxushotel residierenden Chef vom 19. November. Darin machte Zehrer auf das Stattfinden eines propagandistischen Trommelfeuers des kommunistischen Lagers auf die Bundesrepublik aufmerksam. Er meinte, dass mit den von dieser Seite vorgetragenen Untaten des Dritten Reichs sowohl in der Welt und als auch in der Bundesrepublik Eindruck gemacht wurde. Zehrer schrieb abschließend: „die welt sollte nicht immer nur an die nationalsozialistische vergangenheit denken. sie sollte sich auch mit der kommunistischen Gegenwart beschaeftigen, damit die zukunft der freiheit gesichert wird.“¹⁵⁹⁰ Verleger und Chefredakteur empfanden sich als agierender Teil in einer umfassenden propagandistischen Auseinandersetzung. Von Oktober bis Dezember zerfaserte dann die Berichterstattung der „Welt“, weil das zentrale Thema fehlte. Von Interesse blieben die zähen Atomverhandlungen in Genf¹⁵⁹¹ und die dem Treffen der westlichen Regierungschefs vorgelagerte Reise Eisenhowers durch elf Hauptstädte.¹⁵⁹² Registriert wurde auch ein Besuch Adenauers in London, um die Differenzen zu beseitigen.¹⁵⁹³ Von Paczensky wies in diesem Zusammenhang darauf hin, wie gefährlich und unrealistisch es war, die Schutzmächte dauernd vor den Kopf zu stoßen.¹⁵⁹⁴ Bis Jahresende wurden die einzelnen Züge der Mächte weiter begleitet.¹⁵⁹⁵

Auch die Entwicklungen auf Kuba und in China wurden von der Redaktion – wenn auch nur in bescheidenem Maße – thematisiert. Anfang Januar verfolgte die „Welt“ die dramatische Wendung im kubanischen Bürgerkrieg, die die Flucht des Diktators Batista bedeutete. Einige Sorgen hegten die Journalisten hinsichtlich möglicher kommunistischer Tendenzen beim neuen starken Mann Fidel Castro zwar schon; doch gingen sie davon aus, dass dieser wegen der ökonomischen Abhängigkeit von den USA einen pragmatischen Weg gehen würde.¹⁵⁹⁶ Es wurde schon klargelegt, dass es wegen der Nähe zu den USA nicht gleichgültig war, wer die Insel regierte. Von Borch stellte den jungen

¹⁵⁸⁹ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959, Unterordner: Tagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ am 27.11.1959, Vortrag AS. S. 4 -6; und fragmentarisch erhaltene stichwortartige Roh-Fassung der Rede in der Lose-Blatt-Sammlung.

¹⁵⁹⁰ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959, Unterordner Tagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ am 27.11.1959, Lose-Blatt-Sammlung, Fax von „hans im bild“ vom 19.11.1959.

¹⁵⁹¹ Nr. 253, 30.10.1959, S. 1, Nr. 254, 31.10.1959, S. 3, Nr. 257, 4.11.1959, S. 1 und S. 5, Nr. 258, 5.11.1959, S. 4, Nr. 259, 6.11.1959, S. 6, Nr. 262, 10.11.1959, S. 3, Nr. 296, 21.12.1959, S. 4.

¹⁵⁹² Nr. 257, 4.11.1959, S. 1, Nr. 258, 5.11.1959, S. 1, Nr. 264, 12.11.1959, S. 1, Nr. 281, 3.12.1959, S. 3, Nr. 283, 5.12.1959, S. 1, Nr. 285, 8.12.1959, S. 1, Nr. 287, 10.12.1959, S. 1, Nr. 291, 15.12.1959, S. 1, Nr. 297, 22.12.1959 S. 2, Nr. 298, 23.12.1959, S. 1.

¹⁵⁹³ Nr. 265, 13.11.1959, S. 4, Nr. 267, 16.11.1959, S. 1, Nr. 267, 16.11.1959, S. .5, Nr. 268, 17.11.1959, S. 1, S. 3, Nr. 269, 18./19.11.1959, S. 1, Nr. 270, 20.11.1959, S. 1 und S. 2.

¹⁵⁹⁴ Nr. Nr. 267, 16.11.1959, S. 1.

¹⁵⁹⁵ Nr. 269, 18./19.11.1959, S. 1, Nr. 270, 20.11.1959, S. 4, Nr. 274, 25.11.1959, S. 1, Nr. 279, 1.12.1959, S. 1, Nr. 280, 2.12.1959, S. 1, Nr. 281, 3.12.1959, S. 1. und S. 2, Nr. 290, 14.12.1959, S. 1, Nr. 291, 15.12.1959, S. 1 und S. 2, Nr. 292, 16.12.1959, S. 1 und S. 2, Nr. 293, 17.12.1959, S. 2, Nr. 294, 18.12.1959, S. 1 f., Nr. 295, 19.12.1959, S. 1, Nr. 296, 21.12.1959, S. 1 f., Nr. 297, 22.12.1959, S. 1.

¹⁵⁹⁶ Nr. 1, 2.1.1959, S. 1.

Revolutionsführer vor.¹⁵⁹⁷ Mehrfach informierte das Blatt zu Jahresbeginn über die politischen Veränderungen.¹⁵⁹⁸ Dann flaute das mediale Interesse merklich ab, und es wurde nur noch gelegentlich aus der Karibik berichtet.¹⁵⁹⁹ Insgesamt blieb die Darstellung sporadisch und im Ton neutral. Auch die wachsenden machtpolitischen und ideologischen Differenzen zwischen Moskau und Peking wurden von der „Welt“ beiläufig begleitet.¹⁶⁰⁰ Diese wurden zwar noch nicht als ernsthaft eingeschätzt; treffend wurde aber aufgezeigt, dass die Entwicklung die Macht Moskaus schmälerte, während Pekings Position sich verbesserte. Die Redaktion ging davon aus, dass Chruschtschow sich diese Unstimmigkeiten zeitgleich mit der Machtprobe mit dem Westen nicht leisten konnte.¹⁶⁰¹ Im Oktober fand die China-Reise Chruschtschows Beachtung; dabei wurde die offizielle Betonung der traditionellen Freundschaft und der Führungsrolle Moskaus wahrgenommen.¹⁶⁰² Der Korrespondent ging von einer fälligen Aussprache aus, bei der er aber nicht an einen wirklichen Bruch glaubte.¹⁶⁰³

4.2.2. Das Wettrüsten

Im Mittelpunkt der medialen Aufmerksamkeit stand der Wettlauf der Supermächte im All. Es fällt auf, dass die Redaktion die Dinge nach Möglichkeit günstig für die USA darstellte. Dementsprechend fand bei einem sowjetischen Erfolg¹⁶⁰⁴ auch die faire Geste der Gratulation der angelsächsischen Regierungen Beachtung. Die „Welt“ wies darauf hin, dass diesmal im Unterschied zum „Sputnik-Schock“ in der amerikanischen Öffentlichkeit keine Verunsicherung herrschte und deutete die größere Gelassenheit als Zeichen für das rasche Aufholen im technologischen Wettrennen.¹⁶⁰⁵ Bald wurden amerikanische Fortschritte in Aussicht gestellt,¹⁶⁰⁶ für das Jahr 1960 wurde die bemannte US-Raumfahrt angekündigt.¹⁶⁰⁷ So beiläufig wie möglich wurden hingegen amerikanische Misserfolge abgehandelt.¹⁶⁰⁸ Beim Einsatz eines Aufklärungssatelliten über sowjetischem Gebiet thematisierte die „Welt“ gediegen völkerrechtliche Fragen.¹⁶⁰⁹ Die Journalisten werteten sogar den Flug einer Mondrakete mit minimaler Nutzlast und einer erheblichen Zielabweichung als Teilerfolg, wenn sie auch einräumten, dass die Russen kurz zuvor eine

¹⁵⁹⁷ Nr. 2, 3.1.1959, S. 3.

¹⁵⁹⁸ Nr. 3, 5.1.1959, S. 4, Nr. 6, 8.1.1959, S. 4, Nr. 30, 5.2.1959, S. 3.

¹⁵⁹⁹ Nr. 80, 7.4.1959, S. 1, Nr. 87, 15.4.1959, S. 3, Nr. 165, 20.7.1959, S. 2, Nr. 247, 23.10.1959, S. 4.

¹⁶⁰⁰ Nr. 7, 9.1.1959, S. 1, Nr. 60, 12.3.1959, S. 1.

¹⁶⁰¹ Nr. 60, 12.3.1959, S. 2.

¹⁶⁰² Nr. 229, 2.10.1959, S. 4, Nr. 230, 3.10.1959, S. 5, Nr. 231, 5.10.1959, S. 4.

¹⁶⁰³ Nr. 236, 10.10.1959, S. 3.

¹⁶⁰⁴ Nr. 2, 3.1.1959, S. 1, Nr. 3, 5.1.1959, S. 1.

¹⁶⁰⁵ Nr. 3, 5.1.1959, S. 2.

¹⁶⁰⁶ Nr. 6, 8.1.1959, S. 4.

¹⁶⁰⁷ Nr. 43, 20.2.1959, S. 18 und Nr. 209, 9.9.1959, S. 1.

¹⁶⁰⁸ Nr. 44, 21.2.1959, S. 1, Nr. 45, 23.2.1959, S. 1.

¹⁶⁰⁹ Nr. 51, 2.3.1959, S. 3.

erheblich leistungsfähigere Rakete eingesetzt hatten.¹⁶¹⁰ Immer wieder wurden dem Publikum weitere Fortschritte der Amerikaner vor Augen geführt.¹⁶¹¹ Ende April wurde die Leserschaft vorsichtshalber auf die Möglichkeit bemannter sowjetischer Raumflüge vorbereitet.¹⁶¹² Das Blatt präsentierte dann die pompöse Ankündigung von Brauns, eine Rakete zu entwickeln, die alles bisherige in den Schatten stellte.¹⁶¹³ Die „Welt“ registrierte aber auch die prompte Reaktion Chruschtschows, der erklärte, in der Raketenentwicklung vier Jahre im Vorsprung zu sein.¹⁶¹⁴ Als erheblicher Schritt zur bemannten Raumfahrt wurde dann Ende Mai ein erfolgreicher amerikanischer Versuch mit Tieren gewertet. Im Kommentar wurde aber zugegeben, dass die Russen schon seit Jahren mit Hunden besetzte „Bioraketen“ einsetzten. Die militärische Bedeutung der Beförderung von Nutzlast wurde offen angesprochen.¹⁶¹⁵ Die „Welt“ räumte ein, dass der Osten bei den Satelliten hinsichtlich Masse und Gewicht überlegen war. Kompensatorisch wurde dabei der amerikanische Vorsprung in der Elektrotechnik herausgestellt.¹⁶¹⁶ Östliche Erfolge wurden mit Fotos der „russischen Weltraumtiere“, einem Kaninchen und einem Hund, auf die denkbar harmloseste Weise vorgestellt oder vollkommen beiläufig notiert.¹⁶¹⁷ Nicht besonders auffällig legten die Journalisten ebenfalls das sowjetische Vorhaben dar, zeitgleich zum Besuch des Staatsführers in den USA einen bemannten Satelliten zu starten.¹⁶¹⁸ Nach weiteren US-Erfolgsmeldungen bzw. Ankündigungen¹⁶¹⁹ stellte die „Welt“ das amerikanische Projekt vor, eine künstliche „Mondbasis“ zur Nachahmung der Umweltbedingungen zu schaffen.¹⁶²⁰ Die „Welt“ feierte bald den erfolgreichen Start einer Versuchskapsel für die bemannte Raumfahrt. Es hieß, die Menschheit stünde mit einem Fuß im All.¹⁶²¹ An weniger prominenter Stelle in derselben Ausgabe war hingegen zu lesen, dass eine Rakete des gleichen Typs völlig außer Bahn geriet, was die in einem Unterstand zusehenden künftigen Astronauten doch schwitzen ließ.¹⁶²² Dieser Versuchsausgang wurde trotzdem auf der Titelseite der folgenden Ausgabe als großer Erfolg gewertet. Die Redaktion machte dem Publikum klar, dass die USA nun über eine einsatzbereite Fernwaffe verfügten, was den russischen Vorsprung wesentlich

¹⁶¹⁰ Nr. 53, 4.3.1959, S. 1, Nr. 56, 7.3.1959, S. 1.

¹⁶¹¹ Nr. 59, 11.3.1959, S. 4, Nr. 60, 12.3.1959, S. 1, Nr. 68, 21.3.1959, S.1, Nr. 86, 14.4.1959, S. 1, Nr. 87, 15.4.1959, S. 3, Nr. 92, 21.4.1959, S. 2, Nr. 130, 8.6.1959, S. 4, Nr. 270, 20.11.1959, S. 1, Nr. 283, 5.12.1959, S. 1.

¹⁶¹² Nr. 100, 30.4.1959, S. 1.

¹⁶¹³ Nr. 112, 16.5.1959, S. 1.

¹⁶¹⁴ Nr. 115, 21.5.1959, S. 2.

¹⁶¹⁵ Nr. 122, 29.5.1959, S. 1.

¹⁶¹⁶ Nr. 155, 8.7.1959, S. 4.

¹⁶¹⁷ Nr. 156, 9.7.1959, S. 1, Nr. 160, 14.7.1959, S. 1.

¹⁶¹⁸ Nr. 195, 24.8.1959, S. 1.

¹⁶¹⁹ Nr. 171, 27.7.1959, S. 1, Nr. 180, 6.8.1959, S. 1.

¹⁶²⁰ Nr. 204, 3.9.1959, S. 1.

¹⁶²¹ Nr. 210, 10.9.1959, S. 1.

¹⁶²² Nr. 210, 10.9.1959, S. 3.

verringerte.¹⁶²³ Dies erschien allerdings schon bald als nur etwas schmalspurige Leistung angesichts dessen, was die „Welt“ am 14. September groß herauszustellen nicht herunkam. Den Sowjets gelang es zum USA-Besuch ihres Staatschefs, eine Rakete auf den Mond zu schießen.¹⁶²⁴ Als Reaktion Washingtons wurde bald die Konzentration von Raumfahrt- und Raketenentwicklung präsentiert.¹⁶²⁵ Kleinlaut musste Ende September ein herber amerikanischer Rückschlag eingestanden werden. Wegen der Explosion einer Fernrakete verschob sich der geplante Mondschuss.¹⁶²⁶ Eine kleine Kompensation schufen die Journalisten mit dem Hinweis auf die Präsentation des ersten Fernsehbildes von der Erde durch die Amerikaner.¹⁶²⁷ Anfang Oktober mußte die „Welt“ registrieren, dass die Russen mit dem Start einer „interplanetarischen Station“ ihren Vorsprung bewiesen. Die Kommentierung räumte ein, dass die östlichen Erfolge keine Zufallstreffer, sondern Ergebnis eines wohlorganisierten Programms waren.¹⁶²⁸ Sachlich wurde der Erfolg der russischen Mission verfolgt.¹⁶²⁹ Eine schon jetzt zu beobachtende redaktionelle Technik war es, zur Abmilderung der Wirkung westlicher Misserfolge die Hiobsbotschaft mit einer Erfolgsnachricht zu kombinieren.¹⁶³⁰ Die Journalisten ließen keine Unzufriedenheit erkennen; allenfalls hieß es einmal etwas neidisch, dass die Russen es aufgrund des diktatorischen Regimes leichter hatten, weil sie nur Erfolgsmeldungen veröffentlichten.¹⁶³¹ Entsprechend schonend ging die Redaktion mit dem Mißerfolg der US-Mondraketen um. Nach vorherigem Übergehen durch Stillschweigen wurde dann erst der sechste Fehlstart registriert.¹⁶³² Zum Jahresende musste die Zeitung wieder über eine Manifestation des russischen Vorsprungs berichten. Sowjetische Wissenschaftler behaupteten festgestellt zu haben, dass auf dem Mars Leben möglich sei.¹⁶³³ Bei der insgesamt durchwachsenen Nachrichtenbilanz war die Tendenz der „Welt“ erkennbar, den offenbar als beunruhigende Größe empfundenen russischen Vorsprung durch die Art der Darstellung etwas zu minimieren. Ziemlich konsequent wurden wie in einer spiegelbildlichen Entsprechung US-Erfolge etwas aufgebauscht. Manchmal waren die Schlagzeilen protziger als der Inhalt des Artikels es rechtfertigte. Misserfolge wurden eher schonend und beiläufig thematisiert. Dies konkretisiert die Einschätzung Jacobis, der das Blatt Washingtons Politik der Stärke

¹⁶²³ Nr. 211, 11.9.1959, S. 1 und S. 3.

¹⁶²⁴ Nr. 213, 14.9.1959, S. 1.

¹⁶²⁵ Nr. 222, 24.9.1959, S. 2.

¹⁶²⁶ Nr. 223, 25.9.1959, S. 1.

¹⁶²⁷ Nr. 228, 1.10.1959, S. 1.

¹⁶²⁸ Nr. 231, 5.10.1959, S. 1.

¹⁶²⁹ Nr. 233, 7.10.1959, S. 1, Nr. 243, 19.10. 1959, S. 1, Nr. 250, 27.10.1959, S. 1.

¹⁶³⁰ Nr. 259, 6.11.1959, S. 6.

¹⁶³¹ Nr. 260, 7.11.1959, S. 1.

¹⁶³² Nr. 276, 27.11.1959, S. 1.

¹⁶³³ Nr. 290, 14.12.1959, S. 1.

gegenüber dem weltpolitischen Gegner Schützenhilfe geben sieht.¹⁶³⁴ Auf die Tendenz der Stützung der eigenen Hegemonialmacht für diesen Aspekt hin angesprochen räumt Ernst Cramer ein, dass dies in der Gesamtschau so wirken mag. Er ist aber sicher, dass es hierzu keine Direktive gegeben hat, und weist auf das grundsätzliche Vertrauen der Redaktion in die USA hin und darauf, dass die Berichterstattung zu diesen Themen im Wesentlichen in der Hand Bärwolfs lag, mit dem einfach seine Technik-Begeisterung zuweilen durchging.¹⁶³⁵

Die „Welt“ rückte auch in anderen Bereichen die amerikanischen Anstrengungen ins rechte Licht. Dazu zählten die Vorstellung des hohen Rüstungsetats,¹⁶³⁶ die Beschleunigung des „Polaris“-Mittelstreckenraketen-Bauprogramms¹⁶³⁷ und die in Aussicht gestellte Einsatzbereitschaft der Interkontinentalrakete.¹⁶³⁸ Es wurde aber schon eingeräumt, dass die UdSSR in nächster Zukunft bei den Interkontinentalraketen über eine dreifache Überlegenheit verfügte.¹⁶³⁹ Das Auftrumpfen Moskaus mit den Atomwaffen und der Treffsicherheit der Fernraketen wurde ebenfalls registriert. Doch präsentierte das Blatt auch einen anderen Beitrag, in dem ein US-Militär dies als unglaubliche Prahlerei bezeichnete.¹⁶⁴⁰ So wurde der Schrecken doch etwas abgemildert. Den Eindruck der für das westliche Lager ungünstigen Situation schwächte die Redaktion zudem mit der Darlegung der Verteidigungsstrategie Eisenhowers ab. Es wird beruhigend auf den Leser gewirkt haben, dass der Präsident erklärte, der Gegner könnte auch im Falle eines Überraschungsangriffs nicht die Vergeltungsstreitkräfte der USA ausschalten.¹⁶⁴¹ Ergänzend stellten die Journalisten die Erklärung des US-Verteidigungsministers McElroy vor, der die gegnerische Überlegenheit bestritt.¹⁶⁴² Bei der Reduzierung der US-Bomberflotte wurde beruhigend dargelegt, dass eine größere Feuerkraft erhalten blieb.¹⁶⁴³ Von Borch räumte aber ein, dass die amerikanische Bevölkerung sich wegen der „Raketenlücke“ unterlegen fühlte.¹⁶⁴⁴ Die „Welt“ zauberte beeindruckende Pfeile aus dem Köcher des Pentagon hervor. Dazu zählte die Möglichkeit, das gegnerische Radar zu stören, was die feindliche Abwehr schwächte. Bärwolf deutete dies als Zeichen dafür, dass die USA über ein breiteres Abschreckungsspektrum verfügten als bislang angenommen. Zudem wurde angekündigt, dass in absehbarer Zeit Abwehrwaffen gegen Ferngeschosse

¹⁶³⁴ Jacobi, Claus: 50 Jahre Axel Springer Verlag 1946-1996, Berlin, Hamburg 1996, S. 125.

¹⁶³⁵ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

¹⁶³⁶ Nr. 8, 10.1.1959, S. 4.

¹⁶³⁷ Nr. 25, 30.1.1959, S. 4.

¹⁶³⁸ Nr. 16, 20.1959, S. 1.

¹⁶³⁹ Nr. 28, 3.2.1959, S. 4.

¹⁶⁴⁰ Nr. 29, 4.2.1959, S. 2.

¹⁶⁴¹ Nr. 30, 5.2.1959, S. 1.

¹⁶⁴² Nr. 30, 5.2.1959, S. 4.

¹⁶⁴³ Nr. 34, 10.2.1959, S. 2.

¹⁶⁴⁴ Nr. 37, 13.2.1959, S. 3.

einsatzbereit sein sollten.¹⁶⁴⁵ Doch unterschlug das Medium nicht, dass die Russen wohl eine vergleichbare Waffe erprobten.¹⁶⁴⁶ Nachrangig wurde übrigens der Moskauer Protest gegen die Errichtung von US-Raketen-Stützpunkten in der Türkei präsentiert.¹⁶⁴⁷ Von Paczensky hielt ein Machtgleichgewicht für gegeben, bei dem der Osten über eine Reihe von Trümpfen verfügte.¹⁶⁴⁸ Bald schon wurde die Einsatzbereitschaft der amerikanischen „Jupiter“-Rakete gemeldet.¹⁶⁴⁹ Ende Juli legten die Journalisten dann schonend dar, dass die Amerikaner ihre Versuche mit der Interkontinentalrakete „Atlas“ wegen zahlreicher Fehlschläge vorübergehend einstellen mussten. Die Meldung der einzelnen Misserfolge wurde der Leserschaft nicht zugemutet.¹⁶⁵⁰ Besorgniserregende Unglücke wie Abstürze von US-Bombern – teilweise mit Atombomben an Bord – wurden beiläufig registriert.¹⁶⁵¹ Einer Notiz war zu entnehmen, dass der US-Geheimdienstchef die Moskauer Behauptung der militärischen Überlegenheit als unbegründet bezeichnete.¹⁶⁵² Anlässlich des bevorstehenden Gipfeltreffens thematisierte Bärwolf den Rüstungswettlauf. Er betonte, dass Eisenhower die Gespräche nicht zu fürchten brauchte, weil er von einer Position der gleichen Stärke verhandelte, die Amerika durch die technologische Entwicklung wieder gewann. Bärwolf räumte eine erhebliche sowjetische Überlegenheit bei den Interkontinentalraketen ein, die er aber aufgrund der Stärke der amerikanischen Vergeltungskraft für kompensiert hielt.¹⁶⁵³ Ganz nachrangig in der medialen Wahrnehmung fiel der nur ausnahmsweise angesprochene Stand bei den konventionellen Landstreitkräften aus.¹⁶⁵⁴ Die haushohe Überlegenheit der Roten Armee auf diesem Gebiet wurde nicht unnötig thematisiert.

Was ein globaler Atomkrieg für die Menschheit bedeuten würde, vermied die Redaktion eher zu thematisieren. Die Auswirkungen und Folgen eines solchen Schlags konnten oder wollten sich wohl Journalisten wie Leser nicht recht vorstellen. Erst zur Jahresmitte erhielt ein amerikanischer Wissenschaftler ein Forum, um seine Gedanken über die gesteigerte Mortalität aufgrund der Radioaktivität vorzustellen.¹⁶⁵⁵ Kurz darauf stellten weitere US-Wissenschaftler ihre Erkenntnisse hinsichtlich der Atomgefahren vor. Sie gingen zwar davon aus, dass die Gefährdung stärker war als bisher angenommen, eröffneten aber nicht zwingend apokalyptische Perspektiven. Ein Experte erklärte sogar optimistisch: „Die

¹⁶⁴⁵ Nr. 67, 20.3.1959, S. 1.

¹⁶⁴⁶ Nr. 67, 20.3.1959, S. 2.

¹⁶⁴⁷ Nr. 101, 1./2.5.1959, S. 4.

¹⁶⁴⁸ Nr. 110, 14.5.1959, S. 1.

¹⁶⁴⁹ Nr. 111, 15.5.1959, S. 1.

¹⁶⁵⁰ Nr. 147, 29.6.1959, S. 4.

¹⁶⁵¹ Nr. 155, 8.7.1959, S. 1, Nr. 261, 9.11.1959, S. 1.

¹⁶⁵² Nr. 171, 27.7.1959, S. 4.

¹⁶⁵³ Nr. 179, 5.8.1959, S. 3.

¹⁶⁵⁴ Nr. 293, 17.12.1959, S. 1. und S. 2.

¹⁶⁵⁵ Nr. 133, 11.6.1959, S. 1.

Überlebenden einer Atomkatastrophe würden kein Geschlecht von Krüppeln begründen, sondern die Menschheit würde sich im Sinne einer Darwin-Auslese zu einem stärkeren, klügeren und gesünderen Geschlecht entwickeln.“ Der weltweite Mangel an Schutzraum für die Zivilbevölkerung wurde dabei nicht thematisiert. Die Journalisten hakten hier nicht nach.¹⁶⁵⁶ In einem Einzelfall wurde dann sachlich die Kritik der SPD an der „Tatenlosigkeit“ der Bundesregierung im Bereich des Zivilschutzes an die Leserschaft herangetragen.¹⁶⁵⁷ Die Redaktion verzichtete auch hier auf Kommentierung. Erst im Juli fand sich ein Artikel, der den Stand der Vorbereitungen in Westdeutschland ausführlich thematisierte. Die Information über das Warnsystem offenbarte katastrophale Mängel; mit Anerkennung wurde über die geplante Schaffung von verbunkerten Luftschutzzämmern geschrieben. Vom Bau von Schutzräumen für die Bevölkerung wenigstens in den Ballungsgebieten war nicht die Rede.¹⁶⁵⁸ Auch der schlichteste Leser konnte erkennen, dass kein nennenswerter Schutz zu erwarten war. Trotzdem war der Ton des Artikels nicht im Ansatz hysterisch oder auch nur vorsichtig besorgt, sondern eher neutral bis anerkennend über die bisher vollbrachten Leistungen auf diesem Gebiet. Auf einer Redaktionskonferenz wurde besprochen, die unzureichenden Vorkehrungen positiv darzustellen.¹⁶⁵⁹ Dieser Linie folgte die „Welt“ auch in einem wenig später erscheinenden Beitrag, der die Pläne für den Luftschutz mit einem Hauch von Großartigkeit vorstellte. Innerhalb von zehn Jahren sollte jedes Wohnhaus und jede Arbeitsstätte einen Schutzraum gegen radioaktive Niederschläge erhalten.¹⁶⁶⁰ Was auf den nüchternen Leser so wirkte als ob Dilletanten im Vollrausch irrealer Pläne schmiedeten, wurde sachlich, ja mit Anerkennung vorgebracht. Diese Art der Aufbereitung der heiklen Thematik stützte die Bundesrepublik; das Thema wurde aber auch nicht ganz ausgeblendet. Wie einem Brief vom Jahr 1957 zu entnehmen ist, waren Zimmermann und Zehrer darüber unterrichtet, dass für den zivilen Luftschutz noch keinerlei Vorbereitungen getroffen waren und dass diese die astronomische Summe von 40 Milliarden DM verschlingen würden.¹⁶⁶¹ In einer leicht zu übersehenden kleinen Notiz eröffnete die Redaktion später die erschreckende Einschätzung, dass im Kriegsfall mit 50 Millionen Toten auf dem Territorium der Vereinigten Staaten gerechnet wurde.¹⁶⁶² Kurz darauf präsentierte die „Welt“ die Äußerung eines amerikanischen Wissenschaftlers, der dargelegte, dass als Folge der Atomversuche in Zukunft 1,5 Millionen Menschen sterben würden und die

¹⁶⁵⁶ Nr. 144, 25.6.1959, S. 1.

¹⁶⁵⁷ Nr. 121, 28.5.1959, S. 2.

¹⁶⁵⁸ Nr. 166, 21.7.1959, S. 4.

¹⁶⁵⁹ Dies erinnert Ernst Cramer im Gespräch am 13.5.2009.

¹⁶⁶⁰ Nr. 168, 23.7.1959, S. 1.

¹⁶⁶¹ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenbestand Nr. 23, Schreiben Friedrich Zimmermanns an Hans Zehrer vom 28.5.1957, S. 2.

¹⁶⁶² Nr. 202, 1.9.1959, S. 1.

Wiederaufnahme der Versuche als „Akt kriminellen Wahnsinns“ bezeichnete.¹⁶⁶³ Insgesamt war bei der Handhabung dieses Themenkomplexes doch eine Kehrtwendung festzustellen; denn noch 1957 schürten „Welt“ und „Bild“ unablässig die Ängste der Öffentlichkeit mit bisweilen auch schrillen Tönen Zehrsers.¹⁶⁶⁴ Als Erklärung mag dienen, dass in der Bevölkerung Befürchtungen aufgrund der reichhaltig artikulierten östlichen Vernichtungsdrohungen und Stärkebekundungen bestanden.¹⁶⁶⁵

4.2.3. Die Deutschen und die Einheit

Der Pressekonzern stand klar zur Bundesrepublik, betrachtete diese aber als Provisorium, was den Spagat zwischen Staatsloyalität und der Forderung nach der Einheit möglich machte.¹⁶⁶⁶ Nicht wenige Bundesbürger sorgten sich wegen des Risikos, das eine an diesem Ziel ausgerichtete politische Initiative für ihren Lebensstandard bedeuten konnte.¹⁶⁶⁷ Zu einem Zeitpunkt, als die deutsche Einheit immer weniger Interesse fand, nahm Springers Engagement Kreuzzugs-Charakter an.¹⁶⁶⁸ Das Thema stellte auch für die „Welt“ fraglos ein besonderes Anliegen dar. Doch fiel wegen fehlender Ereignisse der Nachrichtenteil ausgesprochen dürftig aus, wenn auch die wenigen stattfindenden Veranstaltungen aufgegriffen wurden. Umso mehr arbeitete die Redaktion mit meinungsbetonten Beiträgen. Indiz für das große Interesse des Hauses, das Thema in der Öffentlichkeit zu halten, war die Tatsache, dass der Chefredakteur immer wieder seine Gedanken im Leitartikel vortrug. Auch andere Kommentare fanden sich nicht selten auf den ersten Seiten. Auch wenn die „Welt“ nicht müde wurde für das Anliegen zu werben, war doch in den Beiträgen erkennbar, dass die westdeutsche Bevölkerung in ihrer Mehrheit es mit der Herstellung der Einheit nicht so eilig hatte. Gegen die Entsolidarisierung weiter Bevölkerungskreise gegenüber den Landsleuten im Osten galt es mit publizistischen Mitteln anzukämpfen. So druckte das Blatt zu Jahresbeginn an prominenter Stelle einen großformatigen Aufruf des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ ab, der an Berlin erinnerte und für die Wiedervereinigung warb.¹⁶⁶⁹ Wiederholt wurde überaus positiv über die von Prominenten unterstützte Aktion berichtet; dabei wurden Fotos mit begeisterten Menschen gezeigt. Auch der Verleger engagierte sich als Abzeichenverkäufer.¹⁶⁷⁰ Der

¹⁶⁶³ Nr. 206, 5.9.1959, S. 1.

¹⁶⁶⁴ Schwarz: Axel Springer, S. 257.

¹⁶⁶⁵ Schulz, S. 9.

¹⁶⁶⁶ Kruip, S. 164.

¹⁶⁶⁷ Knabe, S. 19.

¹⁶⁶⁸ Lohmeyer, S. 232 f.

¹⁶⁶⁹ Nr. 22, 27.1.1959, S. 1.

¹⁶⁷⁰ Nr. 22, 27.1.1959, S. 5, Nr. 23, 28.1.1959, S. 5, Nr. 24, 29.1.1959, S. 5, 30.1.1959, S. 7, Nr. 26, 31.1.1959, S. 1, S. 3, Nr. 30, 5.2.1959, S. 16, Nr. 61, 13.3.1959, S. 1, Nr. 64, 17.3.1959, S. 1.

Tatsachenhintergrund der Kampagne war recht eindrucksvoll.¹⁶⁷¹ Die Art der Präsentation im Blatt erscheint nicht verwunderlich; schließlich gilt Springer als Erfinder der Aktion „Macht das Tor auf“.¹⁶⁷² Tatsächlich war aber der hauptsächliche Initiator der Kuratoriums-Vorsitzende Schütz.¹⁶⁷³ Springer und Schütz hatten gemeinsam Mühe gehabt, Adenauer zum Unterschreiben des Aufrufs zu bewegen.¹⁶⁷⁴ Der Verleger stellte für die Aktion auch eigene Finanzmittel zur Verfügung. Zeitweilig glaubte er, durch eine Massenbewegung politische Aktivität in Gang setzen zu können.¹⁶⁷⁵ Die „Welt“ wies dann auf das Stattfinden von Vorträgen zum Thema Wiedervereinigung hin.¹⁶⁷⁶ Der Chefredakteur befasste sich Ende Februar mit der Möglichkeit eines deutschen Beitrags zur Entspannung der Situation im Sinne geistiger Hilfe. Angesichts der Inbrunst, mit der die Deutschen die politischen Systeme ihrer Hegemonialmächte verinnerlicht und den Kalten Krieg führten, schien das nicht ganz leicht. Die Lage erschien paradox: „Die Welt wartet auf die Wiedervereinigung des deutschen Volkes, weil sie eines der wesentlichen Momente des Friedens, der Entspannung und das Ende des kalten Krieges darstellen würde. Die Deutschen aber warten auf den Frieden, die Entspannung und das Ende des kalten Krieges, weil sie die wesentlichen Momente für die Wiedervereinigung ihres Volkes darstellen würden. Die Welt erwartet einen Beitrag der Deutschen; die Deutschen erwarten aber einen Beitrag der Welt.“ Zehrer forderte die Bereitschaft der Deutschen, die bestehenden Verhältnisse radikal zu ändern, wobei er mit dem Widerstand derer rechnete, die keine Experimente wünschten. Der westdeutsche Materialismus, die sozialistischen

¹⁶⁷¹ Die zeitgleich mit dem russischen Ultimatum öffentlich vorgestellte Aktion wurde wegen dieses Hintergrunds in der Realisierung vorgezogen und im Schwerpunkt verlagert. Der Verkauf der Anstecknadeln begann im Dezember 1958 zuerst in Hessen. Hauptsächlich erfolgte die Verbreitung der Abzeichen in den ersten vier Monaten des Jahres 1959. In Hamburg handelte es sich um einen ausgesprochenen Erfolg; bereits Ende Januar waren alle 800.000 Abzeichen unter die Leute gebracht. Alles in allem gesehen war die Kampagne ausgesprochen erfolgreich. Hauptsächlich dafür war das durch den russischen Druck hervorgerufene Solidaritätsgefühl weiter Kreise mit Berlin. Die eigentlichen Anliegen zu Beginn des Vorhabens waren aber die Lage im gespaltenen Land und die Flucht aus der DDR gewesen. Bekanntheitsgrad und Prestige des Kuratoriums nahmen zu; es wurde für die Bundesregierung akzeptabel. So: Meyer: S. 173 ff.

Müller sieht die groß aufgelegte Kampagne hingegen schon bald beim Publikum in Vergessenheit geraten. So: Müller, S. 194.

¹⁶⁷² Jürgs, S. 307 und Lohmeyer, S. 238 f.

¹⁶⁷³ Wegen des einer Hilfestellung für die Kampagne abträglichen Argwohns der Bundesregierung gegenüber dieser Organisation wurde die Urheberschaft der Aktion nach außen hin dem Verleger zugeschrieben. So: Meyer, S. 162.

Schütz, Dr. Wilhelm Wolfgang (*14.10.1911, gest. 15.4.2002) verließ Deutschland 1935; in England war er journalistisch tätig. 1951-57 war er dann Ratgeber des Bundesministers Jakob Kaiser; mit der Außenpolitik des Kanzlers konnte er sich nicht so recht anfreunden. 1954 übernahm Schütz die leitende Funktion im Kuratorium. Er sorgte im deutschen Politik-Betrieb für Anregungen. Mit der von Brandt vertretenen Ostpolitik stand er in Konsens. Die Stellung im Kuratorium warf er hin als die CDU Kanzler Brandt das Misstrauen aussprach, was die von Schütz befürworteten Ostverträge zu verhindern drohte. Schütz trat zur SPD und arbeitete für Brandt. So: welt.de/print-welt/article386400.

¹⁶⁷⁴ Kreuz, Leo: Das Kuratorium Unteilbares Deutschland. Aufbau, Programmatik, Wirkung, Opladen 1980, S. 95. Der Kanzler sah diese viele politische Gegner vereinende Gruppierung nicht gerade mit Wohlgefallen. So: Wolfrum: Die geglückte Demokratie, Bonn 2007, S. 118.

¹⁶⁷⁵ Schwarz: Axel Springer, S. 331.

¹⁶⁷⁶ Nr. 28, 3.2.1959, S. 6.

Umgestaltungen im Osten und die Interessen der Schutzmächte stellten aber mächtige Hindernisse dar, die den in Sachen Einheit für das Wagnis werbenden Zehrer letztlich ratlos ließen.¹⁶⁷⁷ Der Chefredakteur hielt sich für eine singuläre Figur mit Volkserziehungsauftrag.¹⁶⁷⁸ Er stellte dann in einem Leitartikel Mitte März Betrachtungen über die Entwicklung an. Er kam zum Schluss, dass die Hoffnung, über den wirtschaftlichen Erfolg zur Einheit zu gelangen, trog. Zehrer sah zudem aufgrund der rüstungstechnologischen Entwicklung mit dem Raketenwettbewerb nach dem Schwinden des amerikanischen Atommonopols das weltpolitische Kräfteverhältnis verändert.¹⁶⁷⁹ Selbst nach seiner Auffassung bestanden also momentan keine realistischen Chancen für die Einheit. Zwischen diesen Ausführungen und der vom Verleger demonstrativ vermittelten Zuversicht für die Einheit, wie sie beispielsweise in einer wenig später vom RIAS übertragenen Rede belegt ist, bestand doch ein nicht nur gradueller Unterschied.¹⁶⁸⁰ Anfang April schnitt Zehrer dann das heikle Thema des fehlenden Friedensvertrags an. Er hielt es für glücklich, dass die Sieger nicht unmittelbar nach Kriegsende eine Regelung von großer Härte getroffen hatten. Dem Vorhaben Chruschtschows, diesen Schwebestand zu beenden, pflichtete er bei. Jeder ahnte, dass der Eingriff in die elementare Substanz anderer Völker aus der eigenen Substanz bezahlt werden müßte. Vorsichtig meinte der Chefredakteur, dass sich manche der deutschen Vorstellungen, Erwartungen und Hoffnungen als Illusionen erweisen könnten. Doch eine Gefährdung Berlins und die Verfestigung der Teilung hielt er für eine Verletzung, aus der nichts Gutes erwachsen konnte. Er warnte davor, die Bevölkerung mit einer Wirklichkeit zu konfrontieren, die sie nicht ertrug und die nur zu Unheil führen würde. Er prophezeite, der Führungsschicht würde bald die Gefolgschaft versagt werden.¹⁶⁸¹ Mit seiner Warnung vor schlimmen Folgen versuchte Zehrer wohl die Schutzmächte von einer zu harten Regelung abzuhalten. Er sprach offen an, dass die westdeutsche Mehrheit eine offizielle Anerkennung der Teilung nicht akzeptierte, weshalb die konservative Regierung es nicht wagen konnte, den Tatsachen Rechnung zu tragen. Der aus Genf berichtende Korrespondent Besser glaubte bei der Beobachtung der deutschen Delegationen die Stunde nahen, in der sich neue Generationen nicht mit dem als unerträglich bezeichneten Zustand abfinden würden. Doch auch er zählte neben den außenpolitischen Hindernissen die geringe Risikobereitschaft der

¹⁶⁷⁷ Nr. 50, 28.2.1959, S. 1.

¹⁶⁷⁸ Jürgs, Michael: *Mystiker auf Sylt*. Axel Springer und Hans Zehrer, in: Hachmeister, Lutz; Siering, Friedemann: *Die Herren Journalisten. Die Elite der deutschen Presse nach 1945*, München 2002, (S. 196-212), hier S. 204.

¹⁶⁷⁹ Nr. 62, 14.4.1959, S. 1.

¹⁶⁸⁰ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: RIAS „Warum baue ich in Berlin“, 06.05.1959, gerade S. 1 und S. 2.

¹⁶⁸¹ Nr. 78, 4.4.1959, S. 1.

Bevölkerung und den Fanatismus der DDR-Regierung zu den Schwierigkeiten.¹⁶⁸² Auch wenn Besser hier artig schrieb, der Verleger war von dessen Einstellung zur Wiedervereinigung und der seines Kollegen Sethe nicht gerade angetan.¹⁶⁸³ Sethe war wohl innerhalb des Kollegiums derjenige, bei dem nicht etwa der Wunsch nach der Einheit, aber eben der Glaube an die Möglichkeit der Realisierung, am geringsten ausgeprägt war.¹⁶⁸⁴ Der als bedeutender bürgerlicher Publizist geltende Mann, dessen Artikel im In- und Ausland aufmerksame Leser fanden, äußerte zumindest in seinem aktuellen Buch „Die grossen Entscheidungen“ klar, dass er die für noch lange unentbehrlich gehaltene NATO als ein die Wiedervereinigung ausschließendes Hindernis betrachtete.¹⁶⁸⁵ Im weitschweifigen, sich in den Ausführungen wiederholenden und nicht nur zuweilen doch sehr vage bleibenden Werk sah er das zwar noch für langfristig bestehend erachtete atlantische Bündnis in der Bedeutung verblassen.¹⁶⁸⁶ Ein Bekenntnis zu einer einseitigen militärischen Bindung schloß nach seiner Auffassung die Wiedervereinigung aus.¹⁶⁸⁷ Er räumte aber ein, dass ein Verlassen der NATO für die Bundesrepublik gegenüber der Führungsmacht des Ostens keinerlei Vorteile mehr brächte, da diese mittlerweile nicht mehr darauf eingehen würde. Neutralität erachtete Sethe als Bedingung zur Erreichung des Ziels, doch genügte ein solcher Status des geeinten Landes nicht mehr, da die russische Regierung dies nicht mehr als Basis zufriedenstellte.¹⁶⁸⁸ Auch angesichts der sowjetischen Verfügungsgewalt über Wasserstoffbomben und Interkontinentalraketen zeigte sich das Versagen der von Sethe ohnehin seit jeher für zwecklos gehaltenen westlichen Politik der Stärke. Anliegen jener Politik war es gewesen durch Aufrüstung den Osten zur Akzeptanz der NATO-Bindung ganz Deutschlands zu bewegen. Sethe hielt in seinem Buch das Scheitern nun auch vor dem Hintergrund des erfolgreichen Einsatzes russischer Weltraum-Satelliten für offensichtlich.¹⁶⁸⁹

Dass in der DDR mittlerweile die Gewissheit herrschte, dass an der Teilung nicht mehr zu rütteln war, eröffnete die „Welt“-Redaktion vorsichtig in einer Meldung eines Schweizer Korrespondenten im „Blick in die Weltpresse“.¹⁶⁹⁰ Anlässlich des Jahrestages des 17. Juni

¹⁶⁸² Nr. 107, 11.5.1959, S. 1 und S. 2.

¹⁶⁸³ Müller, S. 164. Müller zufolge soll Springer gegenüber Besser geäußert haben: „Ich werde Deutschland wiedervereinigen, ob Sie es glauben oder nicht.“ und diesen für eine das Anliegen skeptisch behandelnde Publikation heftig getadelt haben. So: Müller, S. 164.

¹⁶⁸⁴ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

¹⁶⁸⁵ Bundesarchiv/Koblenz: N/1471, Aktenbestand Nr. 17, Rezension von A. Schatilow zu „Die grossen Entscheidungen“ von Paul Sethe in: „Neue Zeit“, Wochenschrift von August 1958, in der Lose-Blatt-Sammlung des Sethe-Nachlasses.

¹⁶⁸⁶ Sethe, Paul: Die grossen Entscheidungen, Frankfurt/Main 1958, S. 65. Das Buch erschien übrigens nicht beim Springer- oder Ullstein-Verlag sondern beim Heinrich Scheffler-Verlag.

¹⁶⁸⁷ Sethe, S. 71 f., S. 76 oder dieses Bekenntnis schloß zumindest die Einheit fast aus. So: S. 77.

¹⁶⁸⁸ Sethe, S. 76 ff.

¹⁶⁸⁹ Sethe, S. 9f. und S. 39 ff.

¹⁶⁹⁰ Nr. 107, 11.5.1959, S. 4.

stellten die um eindrucksvolle Meldungen bemühten Journalisten die Verdopplung der Gedenkveranstaltungen im Vergleich zum Vorjahr vor.¹⁶⁹¹ Mit Blick auf die Genfer Konferenz hielt übrigens das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ eine einmütige Willensäußerung der Bundesbürger zur Einheit hier für relevant. Wegen der von russischen Vertretern bei den Verhandlungen zwischen den großen Mächten vorgetragenen Aussage, dass die Deutschen die Spaltung akzeptierten, hielt der Vorsitzende Schütz ein Versagen der westdeutschen Öffentlichkeit am nationalen Feiertag für untragbar.¹⁶⁹² Das Datum regte den Chefredakteur an kritisch zur Feder zu greifen: „Die Repräsentanten und Funktionäre der öffentlichen Wirklichkeit werden diese Tatsache leidenschaftlich ableugnen. Hüben und drüben. Sie stehen und fallen mit den Spruchbändern und Plakaten, den Kundgebungen und Reden. Aber Wirklichkeit ist das, was wirkt. Deshalb sollte man sich um der Wahrheit willen eingestehen, dass die öffentlichen Appelle und Aufrufe drüben genauso viel oder so wenig in die private Sphäre hineinwirken wie hüben. Sie ändern weder den Alltag noch den Feiertag. 70 Millionen Deutsche laufen mit dem gleichen schlechten Gewissen durch diesen Tag, weil ihnen die öffentliche Wirklichkeit relativ fremd oder gleichgültig ist und sich ihr eigentliches Leben im Reservat des privaten abspielt. Auch das haben die Deutschen heute miteinander gemein.“ Er meinte, die großen Worte und Ideen wirkten nicht, muteten hohl und leer an. Weiter wagte Zehrer zu fragen, ob Chruschtschow nicht doch Recht hatte, wenn er meinte, dass niemand die Wiedervereinigung wirklich wollte. Verblüffend mutete seine Antwort an, die er für ein Geheimnis hielt: „Die Einheit des deutschen Volkes hat für den Deutschen immer bestanden: er hat die Spaltung gar nicht erst wahrgenommen; die Wirklichkeit des Volkes ist immer stärker gewesen als die jeweiligen und zeitweiligen Zustände, die die Macht aufzwang. Es gibt eine Einheit und einen Zusammenhalt innerhalb dieses Volkes, den die Besuche, Briefe und Pakete, die hin und her gehen, nur oberflächlich kennzeichnen. Er ist stärker als jeder politische Überbau, stärker auch als die temporären Maßnahmen der Sieger, weil er in jenem unbewussten Untergrund wurzelt, in den die Politik nicht hineinreicht. Es ist ähnlich wie mit dem Zusammenhalt innerhalb einer Familie, der sich ebenfalls jeder bewussten Deutung entzieht.“¹⁶⁹³ Das mit dem Vergehen der Zeit sich verfestigende Auseinanderleben registrierte oder akzeptierte er nicht. Mit der Verwendung des Begriffs „Volk“ ließ sich die Erinnerung an das Bestehen einer gemeinsamen

¹⁶⁹¹ Nr. 132, 10.6.1959, S. 9.

Der gescheiterte Aufstand steigerte übrigens das deutsche Ansehen im Ausland, wovon die Westdeutschen profitierten. So: Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 85.

¹⁶⁹² Meyer, S. 189 f.

¹⁶⁹³ Nr. 138, 17./18.6.1959, S. 1.

Kulturnation wach halten.¹⁶⁹⁴ Auch der Verleger ging vom Fortbestehen des Wunsches nach Einheit in der Bevölkerung aus, wenn er sich auch die Entwicklung von mehr Energien für dieses Thema wünschte.¹⁶⁹⁵ Deutlich profaner als die Deutung Zehrsers fielen die im Blatt präsentierten Antworten von Lehrlingen des Verlagshauses aus, die bei einem Berlin-Besuch gefragt wurden, warum sie für die Wiedervereinigung waren: „Erich E: Aus wirtschaftlichen Gründen. Wir müssen einfach die Wiedervereinigung erzwingen, um Absatzgebiete für die westdeutsche Wirtschaft zu bekommen. Herma H.: Russland hatte kein Recht, die Zone zu einem Satelliten zu machen, nachdem die westlichen Alliierten ihre Zonen freigegeben haben. Darum müssen wir für die Wiedervereinigung sein, damit die Zone genauso freigegeben wird, wie unsere Zonen freigegeben wurde. Ingrid S: Jeder hat das Recht auf Heimat. Außerdem brauchen wir die Zone, weil wir vor einer Überbevölkerung stehen. Keine Wiedervereinigung – das ist ein Krisenherd. Bernd H: Die Teilung birgt die Gefahr eines dritten Weltkriegs in sich. Darum Wiedervereinigung. Heino F: Drüben wird die Freiheit unterdrückt, und weil die Gefahr besteht, dass dieses System dort drüben auf weitere, bisher freie Gebiete übergreift, müssen wir dieser Gefahr mit einer Wiedervereinigung zuvorkommen“.¹⁶⁹⁶ Bei den präsentierten Äußerungen fällt auf, dass Verbundenheit oder Emotionen keine Rolle spielten, was im Kontrast zu den Ausführungen des Chefredakteurs stand. Die mit der Teilung aufwachsenden jungen Menschen trugen rein rationale Argumente vor, bei denen es um Absatzgebiete, Raum zur Linderung der Überbevölkerung und die Entschärfung der internationalen Konfrontation ging. Einige Monate später nahm der Verleger übrigens an einem Kongress des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ teil, bei dem der ähnlich gesonnene Bundesminister Lemmer einen Vortrag zum Thema Jugend und Wiedervereinigung hielt. Dieser erklärte, mittels Geschlossenheit und innerer Leidenschaft die skeptische Jugend für das Anliegen mobilisieren zu wollen.¹⁶⁹⁷ Im Juni machte Zehrer dann in einem Leitartikel das fehlende geschichtliche Selbstbewusstsein der Bevölkerung als Ursache aus, die es den fremden Mächten erleichterte, die Deutschen auseinander zu halten. Zu den weiteren Problemen zählte er die ideologischen Gegensätze und die westdeutsche innere Zerrissenheit.¹⁶⁹⁸ Das Klagen über die Geschichtslosigkeit und den Materialismus der Bevölkerung gehörte auch zum Repertoire des Verlegers.¹⁶⁹⁹ Dieser hielt es bei der

¹⁶⁹⁴ Kruij, S. 131 f.

¹⁶⁹⁵ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959, Unterordner Tagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ in Berlin, 27.11.1959, Vortrag AS, S. 2.

¹⁶⁹⁶ Nr. 148. 30.6.1959, S. 16.

¹⁶⁹⁷ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959; Unterordner: Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ Tagung am 27.11.1959, Referat Bundesminister Ernst Lemmer, S. 3-8.

¹⁶⁹⁸ Nr. 164, 18.7.1959, S. 1.

¹⁶⁹⁹ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: World Brotherhood Kongress in Bern, August 1958, S. 1 und S. 2.

Neuaufnahme der Genfer Gespräche im Juli für an der Zeit, dass die westdeutsche Bevölkerung laut und vernehmlich ausrufen sollte, nie in die Teilung einzuwilligen. Seinen handschriftlichen Aufzeichnungen war die Telefonnummer der „Welt“ beigefügt, so dass davon auszugehen ist, dass die Redaktion Instruktionen erhielt.¹⁷⁰⁰ Achtungsvoll und exponiert auf der Titelseite wurde dementsprechend die bundesweite Arbeits- und Verkehrsrueh anlässlich des Genfer Neubeginns präsentiert, die für die Weltöffentlichkeit den Willen zur Einheit demonstrieren sollte.¹⁷⁰¹ Sonst fand sich keine Begleitmusik im Blatt. In den privaten Räumlichkeiten Springers kam übrigens bei einem Treffen der Kuratoriums-Beteiligten, an dem auch Zehrer teilnahm, der Gedanke, kurz vor dem Genfer Neuanfang die Bevölkerung zusätzlich zur zweiminütigen Verkehrs- und Betriebsruhe für eine Abstimmung zu mobilisieren. Bei der Umsetzung der erst eingeschränkten und dann ganz aufgegebenen Aktion war auch an die Presseorgane gedacht.¹⁷⁰² Peter Grubbe¹⁷⁰³ thematisierte schließlich Ende Juli distanziert die Bonner Weigerung an gesamtdeutschen Verhandlungen teilzunehmen. Er hielt es für unbegreiflich, dass die Deutschen Ausländern in dieser Frage mehr vertrauten als Angehörigen des eigenen Volkes und nicht bereit waren, sich an einen Tisch zu setzen. Die Bonner Ablehnung hielt er gegenüber dem Ausland für unverständlich.¹⁷⁰⁴ Zehrer befasste sich dann Ende November wieder einmal mit der misslichen Situation: „Wir sind heute in der glücklichen Lage, daß wir zugleich um den Frieden in Europa und in der Welt kämpfen, wenn wir um die Einheit unseres Volkes kämpfen. Wir sind aber gleichzeitig in der verzweifelten Lage nicht zu wissen, in welcher Form die Einheit unseres Volkes verwirklicht werden soll, so daß sie von allen Mächten, von denen des Westens wie des Ostens, als glaubwürdiger Beitrag zum Frieden und zur Entspannung in Europa wie in der Welt betrachtet und akzeptiert werden kann.“¹⁷⁰⁵ Es sei daran erinnert, dass der Verleger anlässlich des Betriebsfests seine Mitarbeiter beschwor, alle Kräfte für die Einheit einzusetzen.¹⁷⁰⁶ Trotz der Rethorik minderte sich wohl mittlerweile selbst das Vertrauen Springers, die Einheit relativ rasch erreichen zu

¹⁷⁰⁰ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: handschriftliche Aufzeichnungen von AS vom 13.7.1959 „Vergesst uns nicht“.

¹⁷⁰¹ Nr. 156, 9.7.1959, S. 1, Nr. 157, 10.7.1959, S. 1, Nr. 160, 14.7.1959, S. 1.

¹⁷⁰² Das Vorhaben des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ wurde zuerst vom DGB publik gemacht, wozu Springer dann offiziell gratulierte und die Hilfe seines Hauses offerierte. Am 16. September 1959 entschied sich das Kuratorium für eine rechtlich nicht verbindliche, lediglich hinweisende lokale Befragung. Im Frühjahr 1960 zog die Institution statt des schließlich aufgegebenen Plebiszits das auf das Pariser Gipfeltreffen zielende Vorhaben der „Selbstbestimmungs“-Kampagne aus dem Köcher. Für die hier und oben im Text gemachten Aussagen: Meyer: S. 191 ff.

¹⁷⁰³ Peter Grubbe, der vorher in London als Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ gearbeitet hatte, gehörte seit November 1953 zur „Welt“.

¹⁷⁰⁴ Nr. 171, 27.7.1959, S. 2.

¹⁷⁰⁵ Nr. 277, 28.11.1959, S. 1.

¹⁷⁰⁶ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Stichworte zur Rede vom 22.09.1959, Betriebsfest, S. 8.

können.¹⁷⁰⁷ Grubbe besprach dann auf der Titelseite die Veranstaltung¹⁷⁰⁸ des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“, an der auch sein Arbeitgeber teilnahm, ohne diesen Umstand allerdings zu erwähnen. Er lag ganz auf der gewohnten Linie und meinte, nur mit den dort verklungenen beschwörenden Worten der Patrioten die Einheit gewinnen zu können. Auf diese Weise betätigten sich ja schließlich auch die Mitarbeiter des Hauses. Grubbe räumte aber ein, dass solche Worte in der sauber aufgebauten Bundesrepublik nicht gern gehört würden. Er bemängelte, dass die Deutschen ihre Ruhe haben wollten und sich hinter dem ablehnenden Ausland verschanzten.¹⁷⁰⁹ Der Verleger äußerte in der Rede anlässlich der Tagung des Kuratoriums, bei seinen Auslandsreisen immer wieder skeptisch gefragt zu werden, ob das deutsche Volk die Einheit wolle. Er hielt es für außerordentlich gefährlich, dass sich die Welt doch falsche Vorstellungen von diesem Willen machte und erklärte die nur langsame Sichtbarmachung mit der durch Krieg und Wiederaufbau bedingten Situation. Nun aber hoffte er, dass politische Energien endlich entstehen mochten. In einem erhaltenen nicht zum Vortrag gelangten Entwurf schrieb der Verleger hingegen noch an diesem Punkt: „Hier sieht es noch trübe aus.“ Springer ging vom Bestehen des Wunsches nach der Einheit im Volk aus und sah aufgrund seiner Erfahrung als im Kontakt mit den Lesern stehenden Zeitungsverlegers das Interesse wachsen.¹⁷¹⁰ Übrigens berichtete die hauseigene Mitarbeiterzeitung mit Fotos und einem Redeauszug über diesen Auftritt des Konzernherrn, der im Renommierblatt nicht genannt wurde.¹⁷¹¹ Zum Jahresende stellte die „Welt“ dann die zahlreichen weihnachtlichen Paketsendungen in die DDR als Zeichen der Verbundenheit heraus.¹⁷¹² Albrecht von Kessel ließ das Publikum belehrend wissen, dass ein amerikanischer Journalist von den Deutschen Zusammenhalt, Opferbereitschaft und Konstruktivität erwartete. Eine solche Haltung würden die Mächte auf Dauer berücksichtigen müssen.¹⁷¹³ Bröder stellt in seiner – allerdings zu einem anderen Thema und für einen etwas späteren Zeitraum vorgenommenen – Untersuchung korrespondierend fest, dass die „Welt“ bei den Wohlstandsbürgern staatsbewußtes Denken vermißte.¹⁷¹⁴ Ganz praktisch stellte die Kommentierung dann am 10. Dezember die Frage, was der Einzelne für die Wiedervereinigung tun konnte. Bei der allgemein herrschenden

¹⁷⁰⁷ Schwarz: Axel Springer, S. 341 f.

¹⁷⁰⁸ Die im November 1959 in Berlin stattfindende Jahrestagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ hatte immerhin 2000 Teilnehmer. So: Meyer, S. 195.

¹⁷⁰⁹ Nr. 278, 30.11.1959, S. 1.

¹⁷¹⁰ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959: Unterordner: Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ Tagung 27.11.1959, Referat Axel Springer, S. 1-3 sowie ein undatierter Rede-Entwurf S. 2 f. ; in seinen Unterlagen sind auch einige nicht unbedingt positive Berichte anderer Zeitungen über diese Tagung erhalten.

¹⁷¹¹ Springer Post, 5. Jg. 1960, Januar.

¹⁷¹² Nr. 283, 5.12.1959, S. 1, Nr. 297, 22.12.1959, S. 1.

¹⁷¹³ Nr. 286, 9.12.1959, S. 3.

¹⁷¹⁴ Bröder, Friedrich J.: Presse und Politik. Demokratie und Gesellschaft im Spiegel politischer Kommentare der „FAZ“, der „Welt“ und der „Süddeutschen Zeitung“, Erlangen 1976, S. 170.

Ratlosigkeit wurden winzige Möglichkeiten vorgeschlagen, die den Grundstein für das große Werk bilden sollten. Reisen in die „Zone“, nach Berlin und Gespräche mit Besuchern aus dem Osten sollten beweisen, dass diese nicht vergessen waren. Der neueste Clou in Sachen Solidarität bestand darin, am Heiligenabend eine Kerze ins Fenster zu stellen, damit den siebzehn Millionen das Herz warm wurde. Doch räumte der Verfasser ein, bei einer derartigen Aktion mit Spott rechnen zu müssen.¹⁷¹⁵ Die Unsicherheit selbst wegen dieser nun wirklich harmlosen Aktion wurde in der Kommentierung vom 24. Dezember deutlich. Allen Ernstes hielt die Redaktion es für nötig richtig zu stellen: Die Kerze sei kein Pochen auf deutsche Rechte; noch falscher wäre es, den Kerzenschein als Drohung mit einem Weltenbrand zu deuten.¹⁷¹⁶ Angesichts der besinnlichen Weihnachtstage befasste sich Zehrer wieder einmal mit dem Thema: „Ja, es gehört schon fast zum guten Ton derjenigen, die sich gern als Realisten bezeichnen, die deutsche Teilung als endgültig in Rechnung zu stellen. Es gibt auch genügend Leute, die von draußen zu uns kommen, unseren Wiederaufbau und unseren Wohlstand bewundern und dann mit einem ironischen Augenzwinkern fragen: Wer will denn bei euch die Wiedervereinigung? Und schließlich gibt es auch bei uns nicht wenige, die sich nicht für dümmel halten lassen wollen als die anderen und sich mit dem Satz Bert Brechts¹⁷¹⁷ aus der Affäre ziehen: Die Verhältnisse, die sind nicht so.“ Zehrer griff bereitwillig eine Äußerung des Bundeskanzlers auf, derzufolge Ruhe und Besonnenheit nicht mit dem Verzicht auf Wiedervereinigung gleichzusetzen waren. Er konstatierte aber, dass die Bevölkerung mit der Regierung einverstanden war, obwohl die Aussichten auf Einheit mit jedem Jahr schlechter wurden.¹⁷¹⁸ Das allmähliche Versacken der nationalen Problematik angesichts des verbreiteten Erwerbsstrebens nahm Zehrer mit Verachtung auf; er hielt es für Verrat am deutschen Anliegen.¹⁷¹⁹ Das Blatt druckte schließlich die weihnachtliche Ansprache des Kanzlers ab. Dieser äußerte pathetisch: „Sie sollen fühlen und wissen, daß sie Fleisch von unserem Fleisch, daß sie Blut von unserem Blut sind, daß sie nicht vergessen sind, nicht vergessen sind bei uns, nicht vergessen bei den Völkern der freien Welt, daß sie niemals vergessen werden und daß ihnen doch einmal die Glocken der

¹⁷¹⁵ Nr. 287, 10.12.1959, S. 1.

¹⁷¹⁶ Nr. 299, 24.12.1959, S. 1.

¹⁷¹⁷ Brecht, Bert (* 10.2.1898, gest. 14.8.1956) war Schriftsteller und arbeitete auch am Deutschen Theater in Berlin. Brecht unterstützte die Kommunisten und emigrierte 1933 nach Dänemark; 1941 ging er in die USA. 1947 kehrte er nach Ost-Berlin zurück. Sein künstlerisches Schaffen war außerordentlich reich; zu den großen Erfolgen gehörte die „Dreigroschenoper“. Soziale Kritik spielte in den Dramen wie der Lyrik eine wichtige Rolle. In seinen letzten Jahren engagierte er sich vor allem in der Theaterarbeit; in seinem Ensemble schuf Brecht sich und seiner Frau eine Experimentierbühne, deren Inszenierungen Weltruhm erlangten.

¹⁷¹⁸ Nr. 289, 12.12.1959, S. 1. und S. 2.

¹⁷¹⁹ von Sothen, S. 163.

Freiheit erklingen werden.¹⁷²⁰ Dieser beschwörende Appell passte inhaltlich – wenn auch nicht gerade in der Wortwahl – gut in die Linie der Renommierzeitung, deren Chefredakteur sich in seinen Beiträgen wand und die Spaltung nicht akzeptieren konnte. Schon an den hausgemachten westdeutschen Hindernissen, die die innere Zerrissenheit, das mangelnde Selbstbewusstsein und die fehlende Risikobereitschaft darstellten, hatten er und seine Kollegen eine harte Nuß zu knacken.

4.2.4. Die Deutschen und ihre Berlin-Solidarität

Die Redaktion bemühte sich schon, Zeichen von Solidarität vorzustellen. Schließlich waren Verleger und Chefredakteur ja ausgesprochene Berlin-Freunde.¹⁷²¹ Anlässlich des diesjährigen Betriebsfests erklärte der Unternehmer unter Beifall seiner Mitarbeiter/innen: „... dann muß ich Ihnen sagen, dass unser Zeitungshaus nicht nur in den Leitartikeln alle anderen auf der Welt auffordern kann, für Berlin etwas zu tun, sondern dann haben wir das Wenigste, was wir eigentlich haben, unseren Willen, unsere Kraft, unsere Leidenschaft und unser Geld auch nach Berlin zu tun.“ Zu den schönsten Augenblicken des vergangenen Jahres zählte er die tatkräftige Bereitschaft der großen westdeutschen Unternehmer, Berlin in erheblichem Umfang wirtschaftlich zu unterstützen.¹⁷²² Gemessen an dieser mit Beifall aufgenommenen Erklärung Springers fiel die redaktionelle Wahrnehmung solidarischer Gesten doch recht spärlich aus; diese wurden aber achtungsvoll dargestellt. Vorwiegend handelte es sich um Unterstützung von staatlicher oder unternehmerischer Seite; Wirtschaftshilfe und Abschreibungsmöglichkeiten spielten die wichtigste Rolle.¹⁷²³ Springer sorgte sich gerade wegen einer möglichen Minderung der westdeutschen Investitionstätigkeit. Naeher meint ja, dass die verlegerische Forderung an Politiker und Unternehmer mit konkreten Maßnahmen der bedrohten Stadt zu helfen, sich durchgängig in seinen Blättern niederschlug.¹⁷²⁴ Es informierten allerdings nur ab und an Notizen über Aufforderungen zur verstärkten Auftragsvergabe zugunsten Berlins.¹⁷²⁵ Die vorgestellten Aktionen aus anderen Bereichen reichten von löblichen Ferienprogrammen für Kinder¹⁷²⁶ bis zum – achtungsvoll und expontiert auf der Titelseite dargestellten – zweiminütigen Schweigen während der Mittagszeit. Diese bundesweite Arbeits- und Verkehrsruehe anlässlich des Neubeginns der Genfer Konferenz sollte der Weltöffentlichkeit den

¹⁷²⁰ Nr. 300, 28.12.1959, S. 2.

¹⁷²¹ Schwarz: Axel Springer, S. 224.

¹⁷²² Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Stichworte zur Rede vom 22.09.1959, Betriebsfest, S. 10 f.

¹⁷²³ Nr. 11, 14.1.1959, S. 1, Nr. 41, 18.2.1959, S. 2, Nr. 51, 2.3.1959, S. 2, Nr. 60, 12.3.1959, S. 1 und S. 11, Nr. 64, 17.3.1959, S. 10, Nr. 134, 12.6.1959, S. 1, Nr. 143, 24.6.1959, S. 1, Nr. 148, 30.6.1959, S. 1.

¹⁷²⁴ Naeher, S. 136.

¹⁷²⁵ Etwa: Nr. 77, 3.4.1959, S. 1, Nr. 117, 23.5.1959, S. 1.

¹⁷²⁶ Nr. 82, 9.4.1959, S. 1.

deutschen Willen zur Freiheit von Berlin und für die Einheit demonstrieren.¹⁷²⁷ Das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ war übrigens Urheber der Aktion, was aber nicht publik gemacht wurde.¹⁷²⁸ Gerade als Geste die Spaltung nicht hinzunehmen gefiel dem Verleger das Vorhaben, wenn er auch nicht recht plausibel machen konnte, wie dies die Politiker in Genf beeindrucken sollte.¹⁷²⁹ Auch im Presse-Konzern wurde die Pause eingehalten,¹⁷³⁰ ohne an die große Glocke gehängt zu werden. Im Blatt wurde ein gewisses Maß an Interesse der Bevölkerung an Berlin-Reisen offenbart;¹⁷³¹ ein missgünstiger Betrachter mochte vermuten, dass es dabei auch darum ging, das neue Auto auszuprobieren. Was die „Welt“ als Solidaritätskundgebungen mühsam zusammentrug, wirkte – alles in allem – aufgesetzt und wenig überzeugend. Als adäquate Präsentationsform wurden zumeist Notizen oder allenfalls mittlere Artikel gewählt; der Ton war sachlich bis achtungsvoll. Im Bestreben um positive Meldungen fischte die Redaktion sogar im anderen politischen Lager und zitierte im „Blick in die Weltpresse“ die sozialdemokratische Wiener „Arbeiterzeitung“, die ein Loblied auf die West-Berliner sang: „Die Berliner stolzieren nicht dramatisch herum, sie gehaben sich nicht wie heldische Standbilder ihrer selbst, sondern sie leben so als wäre just dieser Stand der Dinge das Normale. Das kleinere Berlin ist innerlich größer denn je zuvor. Berlin, das wir – zum erstenmal in der Geschichte – lieben müssen.“¹⁷³² Friedrich Luft¹⁷³³ beschrieb dann offen die befremdenden Eindrücke eines West-Berliners bei einem Aufenthalt in der Bundesrepublik: „Berliner sein ist nicht leicht. Teils gilt man, wenn man hin und wieder an den ruhigeren, westlichen Gestaden des Vaterlandes auftaucht, als eine Art deutscher Sonderling und Wundertier. (Was? Sie wohnen wirklich noch in Berlin? Wie halten Sie denn das auf die Dauer aus?) Teils laden die lieben Leute ihr schlechtes gesamtdeutsches Gewissen ab. Teils ist man den Schulterklopfern ausgesetzt. Das sind die schlimmsten. Sie tun so, als ob ihre hektische Bewunderung und Herzlichkeit uns für alle Unbill in der alten Hauptstadt entschädigen müßten. (Habe vor jedem Menschen in dieser Stadt die höchste Achtung. Sage täglich zu meiner Frau – nicht wahr Trude? – Hut ab vor den Berlinern! Phantastisch, wie sich die Leute da halten!) Und dann klopft der Kerl einem wirklich auf

¹⁷²⁷ Nr. 156, 9.7.1959, S. 1, Nr. 157, 10.7.1959, S. 1, Nr. 160, 14.7.1959, S. 1.

¹⁷²⁸ Der auch von einigen Verlegern ersonnene Vorschlag wurde vom DGB umgesetzt; für die Öffentlichkeit handelte es sich um eine gewerkschaftliche Aktion. Arbeitgeber, Regierung und Rundfunk waren für die Maßnahme. So: Meyer, S. 191 ff.

¹⁷²⁹ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: „Vergeßt uns nicht“, handschriftliche Aufzeichnungen von AS vom 13.7.1959.

¹⁷³⁰ Lohmeyer, S. 245.

¹⁷³¹ Nr. 73, 28.3.1959, S. 1.

¹⁷³² Nr. 69, 23.3.1959, S. 4.

¹⁷³³ Luft, Friedrich (*24.8.1911, gest. 24.12.1990) studierte Deutsch, Englisch, Geschichte und Kunst. Er war journalistisch bei verschiedenen Zeitungen und als freier Schriftsteller tätig. Luft arbeitete auch zeitweilig beim RIAS. Im Jahr 1955 erfolgte ein Engagement als Theaterkritiker der „Welt“.

die Schultern. Man kommt sich sehr dämlich vor. Aber im westlichen Teil wiederum kommt man sich nachgerade auch wie ein halber Fremdling vor. Unser Erscheinen löst teils falsche Hochgefühle, teils schlechtes Gewissen, teils fatale Begeisterung, teils eine herablassende Zuneigung aus.“¹⁷³⁴ Doch diese offenen Worte blieben ein Einzelfall. Besonders dünn wurde es mit Solidaritätsmeldungen zum Jahresende hin; wenige und ausgesprochen lahme Beiträge können daher exemplarisch vorgestellt werden. So fand sich im September eine Werbeaktion für die Stadt als Reiseziel.¹⁷³⁵ Die Propagierung dieses Anliegens wurde übrigens von Springer mit den zuständigen Stellen abgesprochen. Die auch vom Reisebüro der „Welt“ organisierten Veranstaltungen waren nicht von materiellem Interesse geleitet; der Gewinn wurde einem karikativen Zweck zugeführt.¹⁷³⁶ In einem launig geschriebenen Beitrag wurde dann gegen Ende Oktober thematisiert, wie sehr die alte Hauptstadt den Deutschen fehlte.¹⁷³⁷ Im November fand sich schließlich ein Aufruf eines Automobilclubs, auf eine Spazierfahrt mit dem Wagen zu verzichten, um die eingesparten Kosten Berliner Kindern zur Verfügung zu stellen.¹⁷³⁸ Diese durchgängig magere und nun gar nicht aufpulvernde Art der Darstellung stand in nicht zu übersehendem Kontrast zum in diesem Jahr gemachten Bekenntnis Springers, alles ihm mögliche für die einstige Hauptstadt zu unternehmen.¹⁷³⁹ Der trotzige Optimismus, den der Verleger beispielsweise in seiner Rede zur Grundsteinlegung des Hauses in der Kochstraße vermittelte,¹⁷⁴⁰ fand doch keine adäquate Entsprechung im Ton der „Welt“. Freilich traf er mit seinem Engagement bei der im ungefährdeten Hamburg sitzenden „Welt“-Redaktion auf eine ganz andere Mentalität.¹⁷⁴¹ Zudem war die Verbundenheit mit Berlin bei den Westdeutschen – anders als beim im Herzen aller Franzosen getragenen Paris – eben weniger ausgeprägt.¹⁷⁴²

¹⁷³⁴ Nr. 73, 28.3.1959, S. 3.

¹⁷³⁵ Nr. 224, 26.9.1959, S. 6.

¹⁷³⁶ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Schriftverkehr im Hause (Welt, WamS, Springer bis 1965), Hausmitteilung von Herrn Vollhardt vom 6.2.1959 und Schreiben Vollhardts vom 11.2.1959.

¹⁷³⁷ Nr. 248, 24.10.1959, Rubrik: Geistige Welt, keine Seitenangabe (5 Seiten vor der letzten Seite)

¹⁷³⁸ Nr. 268, 17.11.1959, S. 1.

¹⁷³⁹ Schwarz: Axel Springer, S. 224.

¹⁷⁴⁰ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Grundsteinlegung Kochstraße, Berlin, 25.5.1959.

¹⁷⁴¹ Schwarz: Axel Springer, S. 356.

¹⁷⁴² So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

4.2.5. Berlin

Dem Verleger lag daran – wie er es formulierte – von diesem Punkt der Wirklichkeit in Deutschland den Lesern in der ruhigeren Bundesrepublik Eindrücke vorzusetzen.¹⁷⁴³ Dem „Welt“-Publikum wurde auch eine Reihe von Aspekten des Lebens in der Stadt vorgestellt. Von der Redaktion ausgewählt wurden wieder fast ausschließlich positive Nachrichten, die den Eindruck von Aktivität und Zuversicht vermittelten. Dazu zählten beispielsweise Fortschritte im Wiederaufbau.¹⁷⁴⁴ Als adäquate Präsentationsform wurden im Abstand von einigen Ausgaben eingestreute Notizen und mittelgroße Beiträge bevorzugt. Um die Wirkung der tatsächlich nicht allzu zahlreichen Veranstaltungen zu erhöhen, wurde bisweilen mehrfach darüber berichtet. Für Stagnation und Kümmerlichkeit bot das Renommierblatt hingegen konsequent kein Forum. Die Journalisten holten die aus westdeutscher Perspektive weit entfernt liegende Insel mit den dosiert offerierten vorwiegend gefälligen Informationen an das Publikum heran. Es fällt auf, dass die Stimmung der belagerten Bevölkerung ausgesprochen selten thematisiert wurde. Das dominierende Stimmungsklima bestand ja aus einer Mixtur von Empörung, Aufbegehren und der Befürchtung, doch vom Osten überwältigt oder vom Westen preisgegeben zu werden.¹⁷⁴⁵ Wieder filterte die vor Ort tätige Redaktion die defaitistische Komponente recht sorgfältig heraus. Im März wurde eine Äußerung Brandts herausgestellt, der das Zusammenstehen der Berliner und die Verbundenheit mit dem Westen betonte. Das Bestehen von Panik in der Bevölkerung oder einer wirtschaftlichen Beunruhigung stritt Brandt ab.¹⁷⁴⁶ Einen ergänzenden Eindruck von der Haltung der Berliner malte Friedrich Luft am 28. März farbig aus: „Immer wieder fragen uns die lieben Menschen in Briefen oder übers Telephon aus dem Westen: Na, wie ist denn die Stimmung in Berlin? Und dann wollen sie natürlich hören: die Stimmung sei prächtig. Sie stellen sich vor, wir liefen mit Wupp dich auf die Barrikaden der Freiheit, wir könnten die neue Bewährungsprobe gar nicht abwarten, wir trainierten schon auf heroisch. Irrtum! Hochgefühle finden nicht statt. Und das ist bezeichnend und im Grunde gut. Jeder falsche Zungenschlag wird sofort zurückgepfiffen. Sogar der doch sonst gemeinhin bewunderte Berliner Humor waltet nur mit Vorsicht. Es gibt zur Zeit keine Berliner Witze, die die Gefährlichkeit unseres Pflasters betreffen. ...Wie ist die Stimmung dann? Von einer sonderbar und schwer beschreibbaren Sicherheit. In den lieben Mollenkneipen, auf den überfüllten Bussen, in den Schrebergärten an der Peripherie, in den Gartencafes, auf den zierlich erwachenden Gartengängen der

¹⁷⁴³ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959, Unterordner Tagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ am 27.11.1959, Vortrag AS, S. 4.

¹⁷⁴⁴ Nr. 6, 8.1.1959, S. 11, Nr. 22, 27.1.1959, S. 3, Nr. 37, 13.2.1959, S. 3, Nr. 65, 18.3.1959, S. 1, Nr. 68, 21.3.1959, S. 32.

¹⁷⁴⁵ Schwarz: Axel Springer, S. 292.

¹⁷⁴⁶ Nr. 67, 20.3.1959, S. 1.

Parks, überall wo sich Berliner treffen und in Arbeit oder Müßiggang tummeln – überall fällt auf, wie wenig, wie bewusst spärlich von dem Datum und von der ganzen Spannung um diese Stadt gesprochen wird. Das ist kein Kopf-in-den-Sand-stecken. Das gewiß nicht. Aber es ist die Bestätigung, daß Bange machen nach wie vor nicht gilt. Gewiß denkt man daran, was kommen könnte, wenn es zum Schlimmsten käme. Doch man spricht nicht davon. Diesmal steht nicht nur der einzige, gerettete Anzug zur Diskussion und ein Rucksack voll Plunder als Habe wie vor zehn Jahren, als mit einem Kriegsakt im Frieden, als mit der Blockade schon einmal nach dieser Stadt gegriffen wurde. Der Ballast ist größer geworden. Es steht für jeden etwas mehr auf dem Spiel als damals. Für manche eine ganze Menge. Trotzdem liegt eine erstaunlich ernste Stimmung des Beruhigtseins über dieser Stadt. Im Zentrum des Wirbels ist es immer am stillsten. Hier herrscht eine Art großer allgemeiner Kommt der Ruhe. Berlin lebt in einer neuen, ruhigen Art von Gefaßtheit und schweigender Übereinkunft, dass es auch diesmal gut ausgehen muß.¹⁷⁴⁷ Das öffentliche Gespräch war ja aufgrund von zweckbedingtem Optimismus und durch Tabus beschränkt.¹⁷⁴⁸ Springer jedenfalls lobte in einer über Rundfunk übertragenen Rede den Mut der Berliner.¹⁷⁴⁹ Was von seiner „Welt“ als Gefasstheit und Sicherheit dargestellt wurde, war vielleicht nichts anderes als der Fatalismus von Menschen, die die Dinge nicht ändern konnten. Es wurde aber schon eingeräumt, dass nicht die Furcht vor einem Atomkrieg oder der Verlust der politischen Freiheit, sondern die drohende Verschlechterung des Lebensstandards im Falle eines Anschlusses an den Osten die Menschen besorgte. Naeher meint ja, dass Springer seine Medien den Berliner Freiheitswillen lautstark publizieren ließ.¹⁷⁵⁰ Die „Welt“ behandelte das Thema jedoch auch in diesem Jahr nur ausgesprochen selten und recht gedämpft. Die Redaktion zählte dann prominente Besucher auf, die das Interesse der westlichen Gemeinschaft an der Stadt belegten. Dargelegt wurde wiederum eine Preisung der Ruhe und wirtschaftlichen Gesundheit des Gemeinwesens.¹⁷⁵¹ Tatsächlich zogen aber nicht wenige West-Berliner in die Bundesrepublik und die Investitionen ließen weiter nach.¹⁷⁵² Ende April schilderte Hans-Jürgen Usko seine Eindrücke der Normalität: „Fünf Monate nach dem Paukenschlag aus dem Kreml ist die weltweite Debatte um diese Stadt noch nicht verstummt. Berlin ist in den Schlagzeilen geblieben, die Pläne um Berlin, die Vorstellungen um seine Zukunft sind so zahlreich wie die Baustellen in dieser Stadt; aber sie finden keinen Platz im Bewußtsein der Berliner selbst. Dem viel strapazierten Berliner Taxi-Chauffeur ist der Macmillan-Plan

¹⁷⁴⁷ Nr. 73, 28.3.1959, S. 3.

¹⁷⁴⁸ Shell, S. 229.

¹⁷⁴⁹ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: RIAS „Warum baue ich in Berlin“, 06.05.1959, S. 2.

¹⁷⁵⁰ Naeher, S. 142.

¹⁷⁵¹ Nr. 74, 31.3.1959, S. 2.

¹⁷⁵² Lohmeyer, S. 240.

so wenig ein Begriff wie der Herter-Plan. Er sagt, und er sagt es wirklich: Hauptsache, es ändert sich nichts. ... Die Berliner ... diskutieren diese Pläne nicht, weil sie mit diesen Plänen nichts anzufangen wissen. Pläne, nichts als Pläne, die einen machen diesen und die anderen machen jenen, und was kommt dabei raus? Nichts sagt der Taxichauffeur. Das Leben in Berlin, fünf Monate nach dem Paukenschlag, ist so normal, wie ein Leben in dieser Stadt normal sein kann. Sehen Sie, sagt die Inhaberin einer Pension, wir sprechen nicht von dem 27. Mai,¹⁷⁵³ wir sprechen nicht über die Pläne, die man allerorten macht, wir sprechen nicht einmal im engsten Kreis darüber. Wir sind ziemlich ruhig.¹⁷⁵⁴ Neben der Einsicht, lediglich Gegenstand eines Streits großer Mächte zu sein, fand sich die Mentalität der „kleinen Leute“ artikuliert, die gewohnt waren von Entscheidungen anderer abhängig zu sein. Auch das lokalpolitische Geschehen wurde von der Redaktion thematisiert. Dazu zählten die Maifeiern. Diese wurden zunächst durch ein Foto angekündigt, dann auf der Titelseite mittelprächtig dargestellt und später in der Nachschau ausführlich und mit Fotos gewürdigt.¹⁷⁵⁵ Schließlich nahm der Verleger selbst eine Zeit lang an der Kundgebung teil.¹⁷⁵⁶ Er berichtete seinen Mitarbeitern/innen übrigens begeistert über das Erlebnis und ließ den Wunsch wissen, dass der dort verspürte Funke der moralischen Aufrüstung auch auf die Bundesrepublik überspringen möge.¹⁷⁵⁷ Kausch¹⁷⁵⁸ wertete dementsprechend die westliche Veranstaltung als imponierendes Ereignis, während sein Urteil über den Aufmarsch im Ostteil weniger günstig ausfiel.¹⁷⁵⁹ Aus gegebenem Anlass wurde die groß aufgezogene Gedenkfeier zum Jahrestag der Aufhebung der Blockade notiert.¹⁷⁶⁰ Mit besonderer Aufmerksamkeit wurde die bis nach Asien reichende Reiseaktivität Brandts bedacht, die vom Medium durchweg zustimmend begleitet wurde.¹⁷⁶¹ Diese Unterstützung steigerte das öffentliche Ansehen des Bürgermeisters.¹⁷⁶² Springer pflegte ja eine Zeitlang freundschaftlichen Kontakt mit Brandt.¹⁷⁶³ Er pries übrigens enthusiastisch die Wirkung

¹⁷⁵³ Datum des Ablaufs des sowjetischen Ultimatums.

¹⁷⁵⁴ Nr. 95, 24.4.1959, S. 3.

¹⁷⁵⁵ Nr. 97, 27.4.1959, S. 12, Nr. 101, 1./2. 5.1959, S. 1, Nr. 102, 4.5.1959, S. 3.

¹⁷⁵⁶ Jürgs, S. 228 und Springer, Axel: An meine Kinder und Kindeskinde. Auszüge aus einer Niederschrift, Berlin 1981, S. 52.

¹⁷⁵⁷ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Stichworte zur Rede vom 22.09.1959, Betriebsfest, S. 11.

¹⁷⁵⁸ Kausch, Dr. Hans-Joachim (*23.8.1907, gest. 30.9.1974) war bei verschiedenen Zeitungen und beim Deutschen Pressedienst tätig. 1946 fing er bei der „Welt“ an; in den Jahren 1957-65 war Kausch Chef der Berliner Redaktion.

¹⁷⁵⁹ Nr.102, 4.5.1959, S. 3.

¹⁷⁶⁰ Nr. 109, 13.5.1959, S. 1.

¹⁷⁶¹ Nr. 47, 25.2.1959, S. 4, Nr. 50, 28.2.1959, S. 3, Nr. 52, 3.3.1959, S. 4, Nr. 56, 7.3.1959, S. 2, Nr. 57, 9.3.1959, S. 3, Nr. 88, 16.4.1959, S. 2, Nr. 92, 21.4.1959, S. 2, Nr. 93, 22.4.1959, S. 1, Nr. 134, 12.6.1959, S. 1 und S. 3, Nr. 135, 13.6.1959, S. 2.

¹⁷⁶² Bahr, Egon: Der verlässliche und schwierige Patriot, in: (Hg.) Mathias Döpfner: Axel Springer. Neue Blicke auf den Verleger. Eine Edition Aktueller Autorenbeiträge und eigener Texte, Berlin 2005, (S.43-51), S. 44.

¹⁷⁶³ Kruij, S. 157.

von Brandts Auftritten in den USA.¹⁷⁶⁴ Neben solchen Einsprengseln aus dem politischen Bereich rückte die „Welt“ den Besucheransturm aufgrund von Tagungen und Kongressen in den Vordergrund, was dem Eindruck von Attraktivität und Aktivität zuträglich war.¹⁷⁶⁵ Bei der österlichen touristischen Invasion aus der Bundesrepublik wurde allerdings eingeräumt, dass die Überlegung: „Wer weiß, wie lange das noch möglich ist?“ eine Rolle spielte, was aber nicht tragisch genommen wurde.¹⁷⁶⁶ Bald wurden sogar soziologische Erkenntnisse über die Veränderungen im Gemeinwesen vorgestellt. Der Autor bemühte sich, die Entwicklung in Richtung Industriestadt als günstig darzustellen. Dabei wurde eingeräumt, dass es mehr Armut als in Westdeutschland gab. Herausgestellt wurden entsprechend der gewohnten Tendenz positive Eigenschaften der Einwohner, zu denen Spontanität, Schaffenskraft und Tüchtigkeit gezählt wurden.¹⁷⁶⁷ Wachstumsraten und Produktivität stiegen ja auch tatsächlich.¹⁷⁶⁸ Selbst die brav ausfallende Berliner Wintermode wurde thematisiert, um mit dazu beizutragen, die Stadt im westdeutschen Bewusstsein zu halten. Gerd Klebzig¹⁷⁶⁹ erklärte arg übertreibend die Westsektoren zur einzigen deutschen Weltstadt.¹⁷⁷⁰ Konsequenterweise stellte die Redaktion weiterhin harmlos-positive Nachrichten zusammen.¹⁷⁷¹ Das so ziemlich einzig negativ ausfallende Urteil fand sich im Feuilleton über die nicht gerade überragenden Festwochen.¹⁷⁷² Meldungen über Bauarbeiten¹⁷⁷³ und die verbesserte Auftragslage der Industrie¹⁷⁷⁴ trugen zum Bild einer dynamischen Entwicklung bei. Das Blatt präsentierte dann Eindrücke von Lehrlingen des Verlags von ihrem ersten Berlin-Besuch. Am beeindruckendsten fanden die jungen Menschen den Kontrast zwischen Ost und West.¹⁷⁷⁵ Als großes Ereignis beschrieb die „Welt“ Anfang Juli die in Berlin stattfindende Wahl des Bundespräsidenten Lübke.¹⁷⁷⁶ Es

¹⁷⁶⁴ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959, Unterordner Tagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ am 27.11.1959, Vortrag AS, S. 8.

¹⁷⁶⁵ Nr. 112, 16.5.1959, S. 1, Nr. 114, 20.5.1959, S. 1, Nr. 275, 26.11.1959, S. 1.

¹⁷⁶⁶ Nr. 74, 31.3.1959, S. 3.

¹⁷⁶⁷ Nr. 117, 23.5.1959, S. 3.

¹⁷⁶⁸ Shell, Kurt L.: Bedrohung und Bewährung. Führung und Bevölkerung in der Berlin-Krise, (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 19), Köln und Opladen 1965, S. 20 f.

¹⁷⁶⁹ Klebzig, Gerd (*1.3.1926) studierte Literaturwissenschaft, Philosophie und Psychologie. Seit 1952 arbeitete er für die „Welt“ und den Norddeutschen Rundfunk. Nach einem Gastspiel beim „Spiegel“ erfolgte 1959 die Rückkehr in die „Welt“-Redaktion.

¹⁷⁷⁰ Nr. 121, 28.5.1959, S. 22.

¹⁷⁷¹ Nr. 86, 14.4.1959, S. 16, Nr. 132, 10.6.1959, S. 9, Nr. 138, 17./18.6.1959, S. 3, Nr. 139, 19.6.1959, S. 3, Nr. 140, 20.6.1959, S. 2, Nr. 145, 26.6.1959, S. 3.

¹⁷⁷² Nr. 223, 25.9.1959, S. 11.

¹⁷⁷³ Nr. 228, 1.10.1959, S. 18, Nr. 246, 22.10.1959, S. 14.

¹⁷⁷⁴ Nr. 263, 11.11.1959, S. 1.

¹⁷⁷⁵ Nr. 148, 30.6.1959, S. 16.

¹⁷⁷⁶ Lübke, Heinrich (*14.10.1894, gest. 6.4.1972) war als Abgeordneter des Zentrums 1931-33 im Preußischen Landtag. Während des Dritten Reiches war er wiederholt in Haft. 1945 trat Lübke der CDU bei. 1953-59 war er Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Als Bundespräsident 1959-69 engagierte er sich in der Entwicklungshilfe. Nr. 149, 1.7.1959, S. 1. Lübke war vor der Wahl ins höchste Amt auch Vorsitzender der Gesellschaft für die Wiedervereinigung Deutschlands gewesen. Ein gegenseitiges Gefallen mit dem Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ war

war zu lesen, dass die Freude der Einwohner, endlich wieder im Mittelpunkt zu stehen, sich mit dem Bewusstsein mischte, am nächsten Tag wieder Provinz zu sein.¹⁷⁷⁷ Wohl auch daher stellte die Redaktion weiterhin prominenten Besuch, Tourismus und Tagungen vor.¹⁷⁷⁸ Konsequenterweise im Rahmen der Gesamtdarstellung war es, vereinzelt Neubauprojekte als Beweis des Vertrauens in die Stabilität der Stadt zu werten.¹⁷⁷⁹ Die wirtschaftliche Entwicklung wurde von der Redaktion als erfreulich dargestellt,¹⁷⁸⁰ der „Welt“ zufolge gewann der Aufschwung unter der Gewitterdrohung aus Moskau an Fahrt.¹⁷⁸¹ Dies traf auch zu.¹⁷⁸² Die Investitionstätigkeit der Unternehmen wurde vom Medium betont und als ungebrochen angegeben, wenn auch ersichtlich war, dass mit Krediten gearbeitet wurde.¹⁷⁸³ Allerdings investierten nur wenige westdeutsche Firmen an diesem eher unter Abwanderung leidenden Standort.¹⁷⁸⁴ Kausch schrieb nichts desto trotz über den Bauboom und sah Grundstücke knapp werden.¹⁷⁸⁵ Nicht ohne Stolz wurden Erfolgsmeldungen vorgestellt.¹⁷⁸⁶ Nur vereinzelt fand sich der Hinweis, dass das Lebenshaltungsniveau einer erheblichen Kaufkraftübertragung aus der Bundesrepublik zu verdanken war.¹⁷⁸⁷ Relativ selten nahm sich die Redaktion der lokalspezifischen Ost-West-Situation an. Beispielsweise wurde im Februar die Schilderung der Lage eines „Grenzgängers“ vorgestellt, der in Ost-Berlin wohnte und im westlichen Teil arbeitete.¹⁷⁸⁸ Im September etwa gab es dann eine Reportageserie von Walter Rauls, der über Schnittpunkte an der Grenze schrieb. Die Ödnis des Potsdamer Platzes, das Schicksal einer von den Nachbarn getrennten Familie und die Flucht von Volkspolizisten vor den eigenen Kameraden führten die absurde und bedrückende Situation vor Augen.¹⁷⁸⁹ Dem Verleger zufolge fanden Serien über die Stacheldrahtgrenze bei der Leserschaft großes Interesse.¹⁷⁹⁰ Im Kontrast zur bereits beobachteten ausgesprochen mageren Aufbereitung der westlichen Solidarität mit der Stadt stand die mediale Darstellung der anderen Seite der Medaille. Diese entsprach jedenfalls eher dem Bekenntnis Springers, alles ihm mögliche für Berlin zu

daher programmiert. So: Meyer, S. 223.

¹⁷⁷⁷ Nr. 150, 2.7.1959, S. 2.

¹⁷⁷⁸ Nr. 153, 6.7.1959, S. 3, Nr. 158, 11.7.1959, S. 1, Nr. 171, 27.7.1959, S. 3, Nr. 177, 3.8.1959, S. 1, Nr. 207, 7.9.1959, S. 2, Nr. 232, 6.10.1959, S. 1,

¹⁷⁷⁹ Nr. 173, 29.7.1959, S. 1.

¹⁷⁸⁰ Nr. 184, 11.8.1959, S. 9.

¹⁷⁸¹ Nr. 191, 19.8.1959, S. 1.

¹⁷⁸² Shell, S. 20.

¹⁷⁸³ Nr. 86, 14.4.1959, S. 1.

¹⁷⁸⁴ Naehher, S. 141.

¹⁷⁸⁵ Nr. 192, 20.8.1959, S. 3.

¹⁷⁸⁶ Etwa: Nr. 198, 27.8.1959, S. 1, Nr. 212, 12.9.1959, S. 1, Nr. 222, 24.9.1959, S. 1.

¹⁷⁸⁷ Etwa: Nr. 267, 16.11.1959, S. 11.

¹⁷⁸⁸ Nr. 50, 28.2.1959, S. 3.

¹⁷⁸⁹ Nr. 213, 14.9.1959, S. 12, Nr. 214, 15.9, S. 16, Nr. 216, 17.9.1959, S. 18, Nr. 217, 18.9.1959, S. 20,

¹⁷⁹⁰ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959, Unterordner Tagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ am 27.11.1959, Vortrag AS. S. 3.

unternehmen.¹⁷⁹¹ Bei der einseitig-positiven Information und Würdigung blieben der Grad der Aufmerksamkeit wie der Ton aber doch eher moderat. Die Vermittlung des Erfolgs-Bilds geschah nicht auf verlegerische Anweisung; Ernst Cramer sieht die Berliner Redaktion eigenständig agieren.¹⁷⁹²

4.2.6. Berichterstattung über die DDR

Die „Welt“ begleitete auch weiterhin die Fluchtentwicklung. Medienwirkung entfaltet sich ja zumeist nicht aufgrund einer vereinzelt Kommunikation sondern vielmehr wie ein steter, den Stein schließlich höhlender Tropfen.¹⁷⁹³ Das Thema wurde immer mal wieder aufgegriffen, aber doch seltener und erheblich dezenter, als es im Vorjahr bis in den Monat Oktober üblich gewesen war. Dominierend waren kleine bis allenfalls mittlere Artikel auf der Titelseite, die – dem nicht zwingend aufregenden Inhalt angemessen – in nüchternem Ton gehalten waren.¹⁷⁹⁴ Eher eine Ausnahme war etwa im Januar das Abdrucken einer fetten Tabelle mit einer Auflistung von Akademikern, die von 1954-58 geflohen waren. Bei der Zahl für das Jahr 1958 wurde realitätsgerecht eingeräumt, dass diese unter dem Ergebnis der Vorjahre lag. Kompensatorisch wurde darauf hingewiesen, dass der Aderlass aufgrund des hohen Anteils von hochqualifizierten Kräften besonders schwer wog.¹⁷⁹⁵ In der Tat spielte für den ostdeutschen Staat der Verlust der Spezialisten eine zentrale Rolle.¹⁷⁹⁶ Die Zahl der Zuzüge aus der DDR war auch 1959 mit Abstand die geringste seit Jahren.¹⁷⁹⁷ Bisweilen wurde in Ermangelung bombastischer Zahlen selbst die Flucht einzelner Personen z.B. von Künstlern oder einem Kleinstadtbürgermeister gewürdigt.¹⁷⁹⁸ Seit Juni begann dann eine mediale Klein-Offensive mit aufsteigender Tendenz, die allerdings eher so wirkte, als ob nicht in Vergessenheit geraten sollte, dass überhaupt Menschen aus dem Osten flohen. Bevorzugt wurde wieder auf den hohen Bildungsgrad hingewiesen.¹⁷⁹⁹ Der Lage entsprechend wurde eher selten unter Vorstellung relativ eindrucksvoll wirkender Angaben Bilanz gezogen.¹⁸⁰⁰ Mit dem Vorführen von Klein-Rekorden für einzelne Tage oder Wochen sollte das Publikum aber sicher beeindruckt

¹⁷⁹¹ Schwarz: Axel Springer, S. 224.

¹⁷⁹² So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

¹⁷⁹³ Donsbach, Wolfgang: Aspekte des Meinungsbildungsprozesses – der politische Einfluss der Medien, in: Hütter, Gerhard; Linke, Hermann (Hg.): Informiert bis zur Unmündigkeit? Einfluß und politische Verantwortung der Medien in der Bundesrepublik Deutschland, Herford, Bonn 1990, (S. 36-63), hier S. 38

¹⁷⁹⁴ Nr. 6, 8.1.1959, S. 2, Nr. 12, 15.1.1959, S. 1, Nr. 39, 16.2.1959, S. 1, Nr. 45, 23.2.1959, S. 1,

¹⁷⁹⁵ Nr. 18, 22.1.1959, S.

¹⁷⁹⁶ Roesler, S. 19.

¹⁷⁹⁷ Heidemeyer, S. 44, siehe Tabelle 3 und S. 65. Die Westwanderung erreichte mit 144.000 Personen in diesem Jahr einen Tiefpunkt; so Roesler, S. 13.

¹⁷⁹⁸ Nr. 117, 23.5.1959, S. 1, Nr. 123, 30.5.1959, S. 1, Nr. 126, 3.6.1959, S. 1, Nr. 174, 30.7.1959, S. 2, Nr. 184, 11.8.1959, S. 1, Nr. 253, 30.10.1959, S. 1, Nr. 258, 5.11.1959, S. 1.

¹⁷⁹⁹ Nr. 131, 9.6.1959, S. 1, Nr. 137, 16.6.1959, S. 1, Nr. 155, 8.7.1959, S. 1, Nr. 173, 29.7.1959, S. 1, Nr. 174, 30.7.1959, S. 2, Nr. 223, 25.9.1959, S. 1, Nr. 284, 8.10.1959, S. 2.

¹⁸⁰⁰ Nr. 127, 5.6.1959, S. 1, Nr. 153, 6.7.1959, S. 1, Nr. 244, 20.10.1959, S. 1, Nr. 303, 31.12.1959, S. 1.

werden.¹⁸⁰¹ Im Einzelfall kramten die Journalisten mal eine alte Kamelle wie die Bilanz seit 1949 hervor.¹⁸⁰² Auch beim Zwischenergebnis Anfang September wurde festgestellt, dass die Zahl im August im Vergleich zum Vorjahr rückläufig war. Erneut wurde kompensatorisch auf den hohen Akademikeranteil hingewiesen.¹⁸⁰³ Wie ein in den Unterlagen des Verlegers erhalten gebliebener Bericht Conrads zeigt, wurde der Konzernchef über die aktuellen Flüchtlingszahlen der Monate Januar bis Oktober sowie über die Zahlen der letzten Jahre zutreffend unterrichtet. Der leichte Rückgang der Entwicklung wurde ihm mit dem mit diesem Vorhaben verbundenen hohen Risiko angesichts der rigorosen Sicherheits-Maßnahmen des Regimes erklärt. In diesem Bericht ging Conrad auch besonders auf die Bedeutung der Flucht hochqualifizierter Kräfte ein und stellte die verschiedenen Fluchtmotive vor.¹⁸⁰⁴ Zwar ließ der Verleger Salz in die Wunde der durch die Abwanderung geschwächten DDR streuen, doch trifft die Aussage Jacobis,¹⁸⁰⁵ dass die Zeitungen des Verlags jeden Tag zur Flucht aufriefen und Zahlen nannten, für die „Welt“ im Jahr 1959 nicht zu. Auch Lohmeyers¹⁸⁰⁶ Einschätzung, dass der Verleger seinen Journalisten radikale Einseitigkeit auferlegte und dass seine Blätter die Abstimmung mit den Füßen anheizten, findet sich hier nicht belegt. Das Thema wurde nicht täglich behandelt sondern erheblich seltener. Die Journalisten stellten es nicht extrem heraus und arbeiteten nicht mit Unwahrhaftigkeiten. Zudem fanden sich keine direkten Appelle doch in den Westen zu kommen. Die publizistischen Produkte des Konzerns gelten ja als stilistisch ähnlich hinsichtlich des journalistischen Engagements und des hohen Grades an Emotionalität.¹⁸⁰⁷ Die „Welt“ blieb eher nüchtern und recht kühl. Die verlegerische Prämisse,¹⁸⁰⁸ diesen Aspekt auf die wirksamste journalistische Weise aufzubereiten, wurde also nicht vollständig umgesetzt. In einem Artikel wurde die Situation im Osten plastisch mit einer abwärts laufenden Rolltreppe verglichen und auf die unlösbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten hingewiesen.¹⁸⁰⁹ Die Journalisten lieferten auch Informationen zu verschiedenen Bereichen des Lebens in der DDR. Allesamt warfen sie kein gutes Bild auf die sozialistische Gesellschaft. Vorgestellt wurde die Gängelung von Direktoren der Industriebetriebe,¹⁸¹⁰ die Tendenz des Rückzugs in die Privatsphäre¹⁸¹¹

¹⁸⁰¹ Nr. 204, 3.9.1959, S. 1, Nr. 219, 21.9.1959, S. 1, Nr. 227, 25.9.1959, S. 1, Nr. 235, 9.10.1959, S. 1,

¹⁸⁰² Nr. 192, 20.8.1959, S. 1.

¹⁸⁰³ Nr. 204, 1.9.1959, S. 1.

¹⁸⁰⁴ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959: Unterordner Tagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ am 27.11.1959, Lose-Blatt-Sammlung, Bericht Conrads S. 1-8.

¹⁸⁰⁵ Jacobi: Der Verleger Axel Springer, S. 182.

¹⁸⁰⁶ Lohmeyer, S. 233 und S. 237.

¹⁸⁰⁷ Lohmeyer, S. 237.

¹⁸⁰⁸ Jacobi: Der Verleger Axel Springer, S. 177.

¹⁸⁰⁹ Nr. 171, 27.7.1959, S. 3.

¹⁸¹⁰ Nr. 6, 8.1.1959, S. 3.

¹⁸¹¹ Nr. 30, 5.2.1959, S. 3.

und die Etablierung der sozialistischen Hausgemeinschaft.¹⁸¹² Doch erhielten derlei Themen in diesem Jahr doch recht wenig mediale Aufmerksamkeit. Dabei lag dem Verleger offenbar höchstselbst Information über die umfangreichen gesellschaftlichen Verpflichtungen des DDR-Durchschnittsbürgers vor. Die Aktivierung und Erfassung der Bevölkerung durch die verschiedenen Organisationen wurde darin vorgestellt; auch anhand von Beispielen wurde dargelegt, wie weitgehend die Eingriffe in die Privatsphäre reichten.¹⁸¹³ Exemplarisch sei eine der ihm vorgelegten diesbezüglichen Meldungen vorgestellt: „welchen einschränkungen das privatleben der studenten in der zone unterliegt, zeigt das beispiel der in einer wohngemeinschaft zusammengeschlossenen studenten der th fuer chemie in Leuna-merseburg. diese studenten mussten sich u.a. verpflichten, gemeinsam taeglich das neue deutschland (zentralorgan der sed), die junge welt (organ der fdj) und das Leuna-echo zu lesen, gemeinsam taeglich eine nachrichtensendung des kommunistischen rundfunks anzuhoeren und ueber die ereignisse zu diskutieren. sie sollen weiter zweimal im monat gemeinsam ins kino gehen, einmal im monat gemeinsam ein theater oder konzert und einmal woechentlich gemeinsam eine oeffentliche politische veranstaltung besuchen. sie sind verpflichtet, grundsaeztlich alle geburtstagsfeiern, auch ihrer braeute und freundinnen, gemeinsam durchzufuehren, je woche drei stunden altpapier zu sammeln oder aufbauarbeiten im sogenannten sozialen aufbauwerk zu leisten.“¹⁸¹⁴ Die auf dem Schreibtisch des Verlegers landenden Kurz-Berichte informierten über unterschiedlichste Aspekte der Entwicklung in der DDR. Das Meldungs-Spektrum reichte von der agitatorischen Tätigkeit der Kommunisten in einem Landkreis, dem Jubiläum des Stenographischen Landesamts in Dresden bis zur Fertigstellung von ganzen zehn Wohnungen in Leipzig. Mit wohl von der Hand Springers vorgenommenen Unterstreichungen und Fragezeichen versehen wurde ein Bericht über die langen Öffnungszeiten und das reichhaltige Angebot von Nahrungs- und Genussmitteln eines HO-Geschäfts in Dessau.¹⁸¹⁵ Seine „Welt“ nahm indessen das Vorantreiben der Sozialisierung wahr.¹⁸¹⁶ In einer Artikelserie beschrieb Weinert ausführlich, wie Privatbetriebe dem Würgegriff der SED erlagen.¹⁸¹⁷ Auch über diese Entwicklung wurde dem Konzernherrn

¹⁸¹² Nr. 42, 19.2.1959, S. 3.

¹⁸¹³ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Das vom 21.10.1959 vom Berliner Büro an Herrn Vollhardt gesendete Fax findet sich in den Unterlagen: Betriebsfest Hamburg, 29.10.1959. Diese Lektüre gehörte also zur Vorbereitung der Rede des Verlegers.

¹⁸¹⁴ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Betriebsfest; Hamburg 29.10. 1959. In der Lose-Blatt-Sammlung handelt es sich hier um die Fax-Meldung Nr. 11 vom 22.10, die von Herrn Dettmann an Herrn Vollhardt adressiert wurde.

¹⁸¹⁵ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Betriebsfest, Hamburg 29.10.1959, Lose-Blatt-Sammlung S. 18.

¹⁸¹⁶ Nr. 117, 23.5.1959, S. 1, Nr. 172, 28.7.1959, S. 1.

¹⁸¹⁷ Nr. 232, 6.10.1959, S. 2, Nr. 234, 8.10.1959, S. 2, Nr. 235, 9.10.1959, S. 2, Nr. 236, 10.10.1959, S. 2.

Information vorgelegt.¹⁸¹⁸ Besondere Aufmerksamkeit widmete die Redaktion der Mangelwirtschaft mit ihren vielfältigen Erscheinungsformen.¹⁸¹⁹ Es stellten sich in der Tat in diesem Jahr Probleme beim Versuch ein, den Konsumbedürfnissen der Bevölkerung entgegen zu kommen.¹⁸²⁰ Wie Springers Aufzeichnungen zu entnehmen ist, wusste er allerdings, dass „auch drüben jetzt in Teilen eine ganze Menge getan wird, um das soziale Gefälle zwischen uns und der Bevölkerung in der Sowjetzone erträglicher erscheinen zu lassen“, wenn er auch die Hebung des Lebensstandards für künstlich hielt.¹⁸²¹ Im Vergleich zum – ja nur über einen relativ kurzen Zeitraum verfolgten – Vorjahr war eine deutliche Intensivierung des medialen Interesses an diesem Aspekt festzustellen. Während 1958 immerhin noch gelegentlich DDR-Erfolge eingeräumt wurden, fanden sich nun fast ausschließlich negative Meldungen. Dies bestätigt und konkretisiert für diesen Bereich die von Lohmeyer¹⁸²² stammende allgemeine Aussage, dass der radikal einseitige Verleger seinen Journalisten Scheuklappen aufsetzte. Nur im Einzelfall fand sich etwa im Januar noch ein großer Artikel, in dem Gelder überwiegend achtungsvoll über die ehrgeizigen Pläne für die chemische Industrie schrieb, wenn er – selbstverständlich – auch Schwierigkeiten sah.¹⁸²³ Einem Artikel über den Winterurlaub, in dem größtenteils die sozialistische Reglementierung madig gemacht wurde, war immerhin zu entnehmen, dass sich viele Menschen diesen Luxus überhaupt leisten konnten.¹⁸²⁴ Gern verbreitete sich Conrad dann über den Lebensstandard. Bei seiner – mit erkennbaren Mängeln behafteten – Analyse wies er auf die hohen Nahrungsmittelpreise und auf den großen Rückstand im Bereich der gehobenen Konsumgüter hin, die im Westen so angeboten wurden.¹⁸²⁵ Die versagende Milchversorgung zu Ostern in Ost-Berlin war sogar gut für die Titelseite. Die Journalisten konnten sich nicht verkneifen zu fragen, warum diese Mißstände nicht längst abgestellt waren und verglichen stolzgeschwollen mit West-Berlin.¹⁸²⁶ Derlei Beiträge steigerten das Behagen des Publikums mit dem funktionierenden westlichen System. Zu den notierten besorgniserregenden Lebensumständen im Osten gehörte das Auftreten der Ruhrerkrankung.¹⁸²⁷ Wiederholt wurde der Ärztemangel thematisiert.¹⁸²⁸ Die Rationierung

¹⁸¹⁸ Sogar das Vokabular war identisch: Eine Teilüberschrift des Berichts lautete: „Würgegriff des Staats“. Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959, Unterordner Tagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ am 27.11.1959, Lose-Blatt-Sammlung, Bericht Conrads, S. 5.

¹⁸¹⁹ Nr. 18, 22.1.1959, S. 2, Nr. 71, 25.3.1959, S. 1, Nr. 176, 1.8.1959, S. 2, Nr. 258, 5.11.1959, S. 1, 2 und 4, Nr. 272, 23.11.1959, S. 2, Nr. 296, 21.12.1959, S. 1.

¹⁸²⁰ Heidemeyer, S. 65.

¹⁸²¹ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: „Vergeßt uns nicht“, handschriftliche Aufzeichnungen von AS vom 13.7.1959.

¹⁸²² Lohmeyer, S. 233.

¹⁸²³ Nr. 2, 3.1.1959, S. 11.

¹⁸²⁴ Nr. 18, 22.1.1959, S. 11

¹⁸²⁵ Nr. 34, 10.1.1959, S. 2 und S. 3.

¹⁸²⁶ Nr. 80, 7.4.1959, S. 1.

¹⁸²⁷ Nr. 138, 17./18.6.1959, S. 1.

von Milch aufgrund einer Dürreperiode begleitete die Redaktion mit einem wohlmeinend erscheinenden Hilfsappell an die westdeutsche Milchwirtschaft.¹⁸²⁹ Ende September wurde der weibliche Teil des Publikums durch die Nachricht erschreckt, dass in Thüringen Hausfrauen mit Kindern im Wohnungsbau eingesetzt wurden.¹⁸³⁰ Wegen des Arbeitskräftemangels nahm die Frauenarbeit zu.¹⁸³¹ Über diesen Aspekt war Springer ebenfalls orientiert.¹⁸³² Weinert befasste sich genüsslich in der „Welt“ im Oktober mit dem mangelnden sozialistischen Bewusstsein der Arbeiter, die vielmehr am Geld interessiert waren.¹⁸³³ Lediglich einem Artikel über den deutsch-deutschen Handel war zu entnehmen, dass die Aufrechterhaltung der Kontakte auf ein gewisses Maß an Zahlungsfähigkeit der DDR schließen ließ.¹⁸³⁴ Im November wurde ein neues Handelsabkommen zwischen Ost-Berlin und Moskau thematisiert, das die Eingliederung in den Ostblock verstärkte.¹⁸³⁵ Weinert machte auf volkswirtschaftliche Schäden aufgrund von Veruntreuung und unsachgemäßer Lagerung aufmerksam, was die Staatsmacht als „raffinierte Sabotage“ ahndete. Exemplarisch wurde ein Sabotagefall vorgetragen.¹⁸³⁶ Auch über die Bestrafung bei Verletzung von Volkseigentum und die gesellschaftliche Anprangerung bei schlechter Arbeitsqualität erhielt Springer Information.¹⁸³⁷ Sein handschriftlicher Vermerk auf einer Meldungssammlung lautete: „Neuer Justiz-Terror sogar in Betrieben. Auf uns angewandt: Kritik an Adenauer... Wer nicht von Ihnen... Sie alle sässen... Trost Ich auch“. Darunter vermerkte er: „alles Material aus ostzonalen Zeitungen, also einwandfrei“.¹⁸³⁸ Bisweilen stellt sich Erstaunen bei der Lektüre der Meldungen ein, was so alles auf dem Schreibtisch des Konzernherrn landete. Auf immerhin 9 Zeilen wurde ihm mitgeteilt, dass zwei alkoholisierte Traktoristen ihr Fahrzeug in ein Gebüsch fuhren und das Weite suchten. Von Interesse war hier wohl das dafür verhängte Strafmaß.¹⁸³⁹ Dies lässt sich als Indiz dafür deuten, dass der Verleger alles über das dortige Geschehen bis hin zum Umfallen eines

¹⁸²⁸ Nr. 216, 17.9.1959, S. 2, Nr. 270, 20.11.1959, S. 4.

¹⁸²⁹ Nr. 165, 20.7.1959, S. 1.

¹⁸³⁰ Nr. 226, 29.9.1959, S. 1.

¹⁸³¹ Nr. 241, 16.10.1959, S. 1, so auch Heidemeyer, S. 65.

¹⁸³² Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Betriebsfest Hamburg 29.10.1959. Im vom Berliner Büro an Herrn Vollhardt adressierten Fax vom 21.10.1959 findet sich ein Absatz über die Situation der Frauen in der DDR. Da das Fax in den Unterlagen zum Betriebsfest abgelegt ist, wird Herr Springer es als Vorbereitung zur Rede zur Kenntnis genommen haben.

¹⁸³³ Nr. 231, 5.10.1959, S. 2.

¹⁸³⁴ Nr. 89, 17.4.1959, S. 1, Nr. 275, 26.11.1959, S. 15.

¹⁸³⁵ Nr. 272, 23.11.1959, S. 2.

¹⁸³⁶ Nr. 139, 19.6.1959, S. 3. Es gab aber auch tatsächlich von West-Berlin aus agierende Gruppierungen wie beispielsweise die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“, die danach trachtete, die ostdeutsche Wirtschaft zu schädigen. So: Stöver, S. 78.

¹⁸³⁷ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Betriebsfest, Hamburg 29.10.1959. In dieser Lose-Blatt-Sammlung findet sich das von Herrn Dettmann an Herrn Vollhardt gesandte Fax Nr. 11 vom 22.10.

¹⁸³⁸ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Betriebsfest, Hamburg 29.10.1959, Deckblatt einer Meldungszusammenstellung in der Lose-Blatt-Sammlung.

¹⁸³⁹ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Betriebsfest, 29.10.1959, Lose-Blatt-Sammlung, Zusammenstellung von Meldungen, S. 12.

Spatens in der Magdeburger Börde erfahren wollte. Die Informationen des für ihn arbeitenden Ostdienstes, der DDR-Zeitungsmeldungen zusammenstellte und Berichte über die Zonenwirklichkeit lieferte, gingen auch an die Pressestelle des Berliner Senats. Das Themen-Spektrum reichte von der Schilderung, wie ahnungslose LPG-Melkerinnen zu Unterschriften für sozialistische Aktivitäten bewegt wurden über die Lage der Jugendlichen bis hin zum Krach beim Gewerkschaftsvorstand.¹⁸⁴⁰ Ein von der „Welt“ gern aufgegriffener Aspekt war die Rechtsunsicherheit. Beiträge über Schauprozesse,¹⁸⁴¹ Urteile der politischen Justiz¹⁸⁴² und Gefangenzahlen¹⁸⁴³ sorgten für leichtes Gruseln in westdeutschen Ohrensesseln. Ganz konkret wurde beispielsweise dargelegt, dass ein behördlich nicht genehmigter Besuch in Westdeutschland mit sieben Monaten Gefängnis bestraft wurde.¹⁸⁴⁴ Wenig vertrauenweckend las sich zudem die Nachricht über die Einführung von Volkstribunalen.¹⁸⁴⁵ In der Tat stellte die Strafrechtspflege ein Instrument der Regierung im Kampf gegen Schichten der Gesellschaft dar.¹⁸⁴⁶ Geeignet einen nicht gelinden Schrecken zur Weihnachtszeit zu verbreiten war die Meldung der gesteigerten Aktivität der Justizmaschinerie. Wer als „Bewohner der Zone“ in West-Berlin Geschenke einkaufte, musste damit rechnen als Betrüger und Schädiger des Volkseigentums bestraft zu werden.¹⁸⁴⁷ Auch über diesen Aspekt wurde der Verleger unterrichtet.¹⁸⁴⁸ Wohldosiert wurden in der „Welt“ Schreckensnachrichten auch aus anderen Bereichen eingestreut. Dazu zählte die hohe Zahl der DDR-Spione¹⁸⁴⁹ und der Abriß von kunsthistorisch wertvollen Ruinen.¹⁸⁵⁰ Als weiterer Beweis für die Schabigheit des Regimes ließ sich die gemeldete Einschränkung von Friedhofsbesuchen für West-Berliner im Ostteil deuten.¹⁸⁵¹ Wahrgenommen wurde auch, dass die „Zonenbehörden“ Privatreisen nach Westdeutschland zunehmend erschwerten.¹⁸⁵² Die DDR schottete ihre Westgrenze weiter ab.¹⁸⁵³ Christliche Leser/innen wurden durch Berichte über die scharfe Auseinandersetzung

¹⁸⁴⁰ Landesarchiv/Berlin: B/Rep. 002, Nr. 5321-5325, AS, Jugend, Ostdienst.

¹⁸⁴¹ Nr. 86, 14.4.1959, S. 2.

¹⁸⁴² Nr. 101, 1./2.5.1959, S. 2, Nr. 121, 28.5.1959, S. 1, Nr. 171, 27.7.1959, S. 1, Nr. 175, 31.7.1959, S. 2, Nr. 177, 3.8.1959, S. 2. und Nr. 179, 5.8.1959, S. 2.

¹⁸⁴³ Nr. 112, 16.5.1959, S. 1, Nr. 164, 18.7.1959, S. 1.

Es sei daran erinnert, dass etwa im Mai 1953 47.000 Menschen in der DDR inhaftiert waren; zudem befanden sich ca. 20.000 Personen in Untersuchungshaft. In der Bundesrepublik mit ihrer erheblich größeren Bevölkerung saßen zu dieser Zeit rund 40.000 Personen hinter Gittern. So: Knabe, S. 53.

¹⁸⁴⁴ Nr. 146, 27.6.1959, S.1.

¹⁸⁴⁵ Nr. 209, 9.9.1959, S. 2.

¹⁸⁴⁶ Knabe, S. 48 ff.

¹⁸⁴⁷ Nr. 298, 23.12.1959, S. 2.

¹⁸⁴⁸ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Betriebsfest, Hamburg, 29.10.1959, Lose-Blatt-Sammlung, S. 4; in dieser Sammlung kommt diese Seitenangabe mehrfach vor.

¹⁸⁴⁹ Nr. 19, 23.1.1959, S. 1.

¹⁸⁵⁰ Nr. 49, 27.2.1959, S. 1, Nr. 268, 17.11.1959, S. 3.

¹⁸⁵¹ Nr. 71, 25.3.1959, S. 2.

¹⁸⁵² Nr. 90, 18.4.1959, S. 2, Nr. 259, 6. 11.1959, S. 1.

¹⁸⁵³ Nr. 104, 6.5.1959, S. 1, Nr. 118, 25.5.1959, S. 1.

zwischen der Regierung und den Kirchen schockiert.¹⁸⁵⁴ Die „Welt“ veröffentlichte Auszüge eines offenen Briefes, in dem Bischof Dibelius¹⁸⁵⁵ die Behandlung der Christen durch den atheistischen Staat beklagte.¹⁸⁵⁶ Selbst die Bespitzelung des Landesbischofs wurde wahrgenommen.¹⁸⁵⁷ Im Oktober machte das Blatt auf die Verschärfung des Kirchenkampfs aufmerksam.¹⁸⁵⁸ Die Entwicklung wurde sporadisch weiter verfolgt.¹⁸⁵⁹ Im Zusammenhang mit der Genfer Konferenz beklagte der Verleger, dass sich die deutsche Seite nicht laut mit ihren berechtigten Interessen zu Wort meldete. Er bezeichnete es als seinen größten Wunsch, dass jeder in der Bundesrepublik in den Zeitungen lesen konnte, was in der DDR täglich an Verstößen gegen Recht, Freiheit und Menschenwürde geschah, um darüber Gespräche im privaten Umfeld zu ermöglichen.¹⁸⁶⁰ Eine andere Seite der selben Medaille stellte es dar, dass die „Welt“ anlässlich der Genfer Konferenz Kommentare des Zentralorgans der SED¹⁸⁶¹ zitierte, um dem Publikum die verquere Sichtweise und die formatlosen Pöbeleien der Propagandisten des Regimes vor Augen zu führen: „Was sich gegenwärtig mit dem Auftreten der westdeutschen Politiker in Genf abspielt, ist neben den verbrecherischen Handlungsweisen der Faschisten wohl die größte Schmach, von der einst die deutsche Geschichte zu berichten weiß“. Weiter war ein Zitat eines Ost-Berliner Schlossers zu lesen: „Die westdeutsche Arbeiterklasse wird mit dem schleimscheißigen Brentano noch anständig deutsch reden.“ Von der ebenfalls SED-gelenkten „Berliner Zeitung“ wurde der bundesrepublikanische Außenminister als „Dorf-Mussolini¹⁸⁶² aus Bonn“ und als „bankerotter Hohlkopf“ bezeichnet.¹⁸⁶³ Beim Ost-Regime beobachteten die Journalisten gelegentlich Postenenthebungen, was auf Schwierigkeiten schließen ließ.¹⁸⁶⁴ Das zehnjährige Jubiläum der DDR wurde höhnisch mit der gehäuften Präsentation von Hiobsbotschaften bedacht.¹⁸⁶⁵ Nicht ohne Genugtuung wurden allein für

¹⁸⁵⁴ Nr. 76, 2.4.1959, S. 1, Nr. 127, 4.6.1959, S. 1, Nr. 197, 26.8.1959, S. 1.

¹⁸⁵⁵ Dibelius, Friedrich Karl Otto (*15.5.1880, gest. 31.1.1967) war evangelischer Theologe. Er wurde als Mitglied der Bekennenden Kirche 1933 seines Amtes als Generalsuperintendent der Kurmark enthoben. 1945-66 fungierte Dibelius als Bischof von Berlin-Brandenburg. Er vertrat die Eigenständigkeit der Kirche gegenüber totalitären Herrschaftsansprüchen.

¹⁸⁵⁶ Nr. 100, 30.4.1959, S. 1.

¹⁸⁵⁷ Nr. 223, 25.9.1959, S. 1.

¹⁸⁵⁸ Nr. 253, 30.10.1959, S. 1, Nr. 228, 1.10.1959, S. 2.

¹⁸⁵⁹ Nr. 255, 2.11.1959, S. 1, Nr. 257, 4.11.1959, S. 2, Nr. 259, 6.11.1959, S. 2.

¹⁸⁶⁰ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Stichworte zur Rede vom 22. 09.1959, Betriebsfest, S. 12.

¹⁸⁶¹ Die 1946 in Berlin gegründete Zeitung „Neues Deutschland“ war 1950-89 Zentralorgan der SED; heute ist es das Blatt der PDS.

¹⁸⁶² Mussolini, Benito, (* 29.7.1883, gest. 28.4.1945) war Gründer und Führer des italienischen Faschismus. 1922 riß er – unterstützt von konservativen Führungsgruppen – die Macht an sich. Er schuf eine totalitäre Einparteiendiktatur und verfolgte expansive außenpolitische Ziele. Er lehnte sich an das Deutsche Reich an und trat in 1940 in den Krieg mit ein. Auch wegen der militärischen Niederlagen der Achse wurde er im Sommer 1943 gestürzt. Deutsche Truppen befreiten ihn bald, um ihn als Führer eines Marionettenregimes einzusetzen.

¹⁸⁶³ Nr. 110, 14.5.1959, S. 2.

¹⁸⁶⁴ Nr. 51, 2.3.1959, S. 1.

¹⁸⁶⁵ Nr. 217, 18.9.1959, S. 2.

den Staatsfeiertag 356 Flüchtlinge gezählt.¹⁸⁶⁶ Bedacht wurde auch der hohe Ministerverschleiß; wirklich bedenklich war daran nur, dass drei Minister als Staatsfeinde oder Saboteure zu Zuchthausstrafen verurteilt wurden.¹⁸⁶⁷ Zur publizistischen Motivation sei der Verleger selbst zitiert: „bei meinen vielen Gesprächen mit Zonenbewohnern sagen sie mir immer wieder: Kinder, wir können doch nicht rufen und schreien, Ihr müßt doch unsere Verstärker sein! Ihr könnt doch die Dinge, die tagtäglich bei uns passieren, nicht einfach versickern lassen! Wir haben ja keine Lautsprecher! Ihr habt doch die Lautsprecher! Und gewöhnt Euch doch nicht daran, sondern ruft für uns die Weltöffentlichkeit auf!“¹⁸⁶⁸ Die Redaktion präsentierte systematisch und konsequent eine Reihe von fast ausschließlich negativen Aspekten des Lebens in der DDR. Mangelwirtschaft, Schwierigkeiten aufgrund von Sabotage, Kirchenkampf, politische Justiz und Gängelung wurden dem Publikum wieder und wieder vorgesetzt. Aufgrund der hier vorgenommenen Zusammenstellung wird das holzschnittartige der Propaganda offenkundig. Die klare Tendenz wurde durch die beiläufige und im Abstand von mehreren Ausgaben dosiert verabreichte Information auch vom kritischen Leser allerdings kaum wahrgenommen. In den Beiträgen dominierte der gewohnt nüchterne Stil; der Verzicht auf eine ausdrückliche Kommentierung vermittelte den Anschein von Objektivität und verschleierte die Lenkung geschickt. Nur gelegentlich klangen Hohn und Herablassung an. Ein Versuch, die DDR nicht mit westlichen Augen zu sehen, sondern nach deren eigenen Maßstäben zu beurteilen, wurde nicht einmal gedanklich gemacht. Die zumeist knappen Meldungen oder mittleren Artikel wurden oft auf den Seiten eins und zwei präsentiert, was den hohen Stellenwert belegt, den die Redaktion dem Thema beimaß. Die Bedeutung von Nachrichten liegt ja gerade in der Schaffung von Problembewusstsein.¹⁸⁶⁹ Doch wurde in diesem Jahr die verlegerische Prämisse,¹⁸⁷⁰ täglich ausnahmslos auf der Titelseite mindestens eine Nachricht über die Entwicklung in der DDR zu präsentieren, nicht verwirklicht. Dennoch war alles dazu bestimmt, die östliche Seite zu blamieren.¹⁸⁷¹ Vornehmlich ausgerichtet auf Unternehmer, selbständige Gewerbetreibende, Hausfrauen und Christen wurde ein sozialistisches Schreckensbild gezeichnet. Es ist gut möglich, dass der Verleger auch US-amerikanisches Publikum – über die Luftfracht-Ausgabe des Blatts – zu erreichen gedachte. Jedenfalls klagte er ausdrücklich über die „unglaubliche Unkenntnis auch in dem uns wohlgesonnenen Amerika“ über die „Zustände in der Zone“.

¹⁸⁶⁶ Nr. 235, 9.10.1959, S. 1.

¹⁸⁶⁷ Nr. 222, 24.9.1959, S. 2.

¹⁸⁶⁸ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959, Unterordner Tagung Kuratorium „Unenteilbares Deutschland“ am 27.11.1959, Vortrag AS, S. 9 f.

¹⁸⁶⁹ Donsbach: Aspekte des Meinungsbildungsprozesses – der politische Einfluss der Medien, S. 57.

¹⁸⁷⁰ Jacobi, Der Verleger Axel Springer, S. 177.

¹⁸⁷¹ Kruip, S. 178.

Er war dafür, dass „wir auf unseren Wegen unaufhörlich den Amerikanern sagen, wie es bei uns aussieht.“¹⁸⁷²

4.3. Das Jahr 1960

4.3.1. Das politische Ringen

Zu Jahresbeginn wurde Präsident Eisenhower vom Medium als gütiger älterer Herr präsentiert, der seinen Gegenspieler aufforderte, guten Willen durch Taten zu beweisen.¹⁸⁷³ Dann war zu lesen, dass der Bundeskanzler die Genfer Vorschläge der Westmächte vom letzten Juli für nicht mehr existent erklärte.¹⁸⁷⁴ Die „Welt“ nahm jedoch auch wahr, dass die Haltung Londons noch mit der Genfer Position übereinstimmte.¹⁸⁷⁵ Der Journalist Georg Schröder legte dar, dass Berlin verfassungsrechtlich zur Bundesrepublik gehörte und unterfütterte damit den Bonner Mitbestimmungswillen in diesem Kampf. Doch kam er nicht um die Vorbehaltsrechte der Westmächte herum.¹⁸⁷⁶ Besorgnisse höchstrangiger Bonner Politiker wegen einer möglichen Verschlechterung des Berlin-Status fanden sich mehrfach im Blatt artikuliert.¹⁸⁷⁷ So offen wurden Sorgen westdeutscher Politiker nur selten im Medium vorgestellt; es widersprach auch der bereits kennengelernten Praxis, Momente westlicher Schwäche nach Möglichkeit zu übersehen oder herunterzuspielen. Folglich teilte die Redaktion wohl die Bedenken der Bundesregierung. Auch der Verleger sah die Bundesrepublik angesichts der bevorstehenden internationalen Konferenzen mit dem Rücken an der Wand stehen. Springer war beeindruckt von einer britischen Pressestimme, derzufolge die Befriedung Europas nur auf Kosten Deutschlands erreicht werden konnte. In dieser wurde unter anderem ausgeführt, dass die Amerikaner im Begriff waren, in gesichtswahrender Weise Berlin zu einer freien Stadt zu machen. Wie seinen Unterlagen zu entnehmen ist, sorgte er sich allerdings noch nicht um die Zuverlässigkeit der USA, sondern befürwortete deren Gespräche mit Moskau.¹⁸⁷⁸ Wohl wegen der Rücksichtnahme auf London nahm die „Welt“ kommentarlos auf, dass die britische Regierung nicht daran dachte, der Bundesregierung ein Veto-Recht einzuräumen.¹⁸⁷⁹ Ein gewohnt knapper Blick gen Osten informierte über das kurze Treffen osteuropäischer

¹⁸⁷² Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959, Unterordner Tagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ am 27.11.1959, Vortrag AS, S. 8.

¹⁸⁷³ Nr. 6, 8.1.1960, S. 1.

¹⁸⁷⁴ Nr. 9, 12.1.1960, S. 1.

¹⁸⁷⁵ Nr. 10, 13.1.1960, S. 2.

¹⁸⁷⁶ Nr. 14, 18.1.1960, S. 2.

¹⁸⁷⁷ Nr. 23, 28.1.1960, S. 2, Nr. 27, 2.2.1960, S. 2.

¹⁸⁷⁸ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959, Unterordner Tagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ am 27.11.1959, Vortrag AS, S. 4 f. und fragmentarisch erhaltene stichwortartige Roh-Fassung der Rede in der Lose-Blatt-Sammlung.

¹⁸⁷⁹ Nr. 34, 10.2.1960, S. 1.

Regierungsvertreter zur Beratung über das bevorstehende Gipfeltreffen.¹⁸⁸⁰ Die Redaktion sorgte sich mittlerweile wegen der Zufahrtswege nach Berlin. Ominöse „zuverlässige Quellen“ wollten in Erfahrung gebracht haben, dass die Schutzmächte sich notfalls von DDR-Organen kontrollieren lassen würden. Washington erklärte hingegen, solche Berichte seien voller Unrichtigkeiten.¹⁸⁸¹ Einmal mehr zeigte sich am 17. Februar der gewohnt vorsichtige redaktionelle Umgang mit heiklen Themen bei den angespannten deutsch-amerikanischen Beziehungen. Die Redaktion zitierte in einem unauffälligen Beitrag eine amerikanische Zeitschrift. Demnach wollten die USA Adenauer zwar nicht vor den Kopf stoßen, hielten aber einen Kompromiss in der Berlin-Frage für nötig.¹⁸⁸² Zwei Tage später war beiläufig zu lesen, dass Washington die Bonner Ansicht, die in Genf über Berlin gemachten Annäherungen übersehen zu wollen, für unrealistisch hielt. Die um den Eindruck von Überparteilichkeit bemühte Redaktion druckte dann die Argumentation eines sowjetischen Staatsrechtlers ab, derzufolge West-Berlin kein Teil der Bundesrepublik war.¹⁸⁸³ Mit zeitlicher Verzögerung präsentierte die „Welt“ die Antwort eines dem Bonner Außenministerium nahe stehenden publizistischen Organs, das das Gegenteil zu beweisen versuchte.¹⁸⁸⁴ Groß herausgestellt wurde am 20. Februar die Drohung Moskaus, die Transitwege zu unterbrechen und der DDR-Kontrolle zu unterstellen, falls West-Berlin nicht den Status einer „Freien Stadt“ erhielt.¹⁸⁸⁵ Die Reisediplomatie Eisenhowers¹⁸⁸⁶ und Chruschtschows¹⁸⁸⁷ wurden aufmerksam verfolgt. Der Chefredakteur befasste sich skeptisch im Leitartikel mit der intensivierten Reiseaktivität der Spitzenpolitiker: „Die Staatsmänner fliegen um die ganze Welt, und das Ergebnis läßt sich am Kilometerzähler ablesen. Das geschieht nicht nur als Ausdruck der allgemeinen Unruhe, sondern es entspringt auch der Verlegenheit einer Politik, die die Macht nicht mehr einsetzen kann und deshalb nach anderen Mitteln suchen muß. Da bietet sich zunächst nur der Appell an die Massen an, jener Wahlkampf um die Welt, der zur großen Schau wird und bei dem die zurückgelegten Kilometer, die spalierbildenden Menschen und der Beifall sorgsam gezählt und gemessen und die Kandidaten bis zur Erschöpfung verschlissen werden. ... Es ist immer noch viel Lärm da, aber ist es nicht viel Lärm um nichts?“¹⁸⁸⁸ Die „Welt“

¹⁸⁸⁰ Nr. 29, 4.2.1960, S. 1, Nr. 30, 5.2.1960, S. 1, Nr. 31, 6.2.1960, S.1. und S. 4.

¹⁸⁸¹ Nr. 31, 6.2.1960, S. 2.

¹⁸⁸² Nr. 40, 17.2.1960, S. 1.

¹⁸⁸³ Nr. 42, 19.2.1960, S. 4.

¹⁸⁸⁴ Nr. 61, 12.3.1960, S. 5.

¹⁸⁸⁵ Nr. 43, 20.2.1960, S. 1 und S. 2.

¹⁸⁸⁶ Nr. 45, 23.2.1960, S. 1, Nr. 51, 1.3.1960, S. 4, Nr. 53, 3.3.1960, S. 1.

¹⁸⁸⁷ Nr. 43, 20.2.1960, S. 4, Nr. 52, 2.3.1960; vor allem sein Staatsbesuch in Paris erhielt Aufmerksamkeit: Nr. 60, 11.3.1960, S. 3, Nr. 62, 14.3.1960, S. 1, Nr. 70, 23.3.1960, S. 1, Nr. 71, 24.3.1960, S. 1 und S. 4, Nr. 72, 25.3.1960, S. 1 und S. 5, Nr. 73, 26.3.1960, S. 1, Nr. 74, 28.3.1960, S. 4, Nr. 76, 30.3.1960, S.3, Nr. 78, 1.4.1960, S. 3, Nr. 79, 2.4.1960, S. 1.

¹⁸⁸⁸ Nr. 67, 19.3.1960, S. 1.

thematisierte auch andere Aspekte wie die Wiederaufnahme westlicher Höhenflüge nach Berlin; dabei wirkte das registrierte westliche Hick-Hack wenig günstig.¹⁸⁸⁹ Die Einstellung der Flugaktivität erklärte die Redaktion dann mit dem unnötig hohen Treibstoffverbrauch, nicht etwa mit westlicher Nachgiebigkeit.¹⁸⁹⁰ Im Jahr zuvor hatte das Blatt die Flüge noch mit technischen Erfordernissen gerechtfertigt.¹⁸⁹¹ Anfang März räumten die Journalisten beiläufig ein, dass es deutsche Befürchtungen hinsichtlich möglicher Konzessionen der Schutzmächte gab. Präsentiert wurde dies jedoch auf positive Weise: Eisenhower wollte diese Befürchtungen ausräumen.¹⁸⁹² Wieder einmal war zu beobachten, wie vorsichtig die Redaktion heikle Themen anging: In einer winzigen Notiz auf Seite vier wurde die Äußerung eines US-Senators zitiert, der darauf hinwies, dass die Bevölkerung West-Berlins in der tödlichen Furcht lebte, auf einer Gipfelkonferenz verkauft zu werden. Das entsprach nicht dem von der „Welt“ gepflegten Image der gefassten und nicht leicht zu erschütternden Berliner und war bisher so nirgendwo artikuliert worden.¹⁸⁹³ Die „Welt“ machte dann darauf aufmerksam, dass die Westmächte ihre im Vorjahr gemachten Konzessionen fallen ließen. Beim Besuch des Kanzlers in Washington wurde öffentlich auf Auffassungsunterschiede hingewiesen.¹⁸⁹⁴ Das war ungewöhnlich wegen der üblichen Bemühungen der Politiker Einigkeit zu demonstrieren und wegen der Tendenz des Blattes die deutsch-amerikanische Freundschaft zu betonen. Die „Welt“ registrierte auch das Befremden der US-Regierung gegenüber Adenauers Vorschlägen und Vorgehensweise.¹⁸⁹⁵ Beunruhigend klang die Meldung, dass der Kanzler bei einem Fernsehauftritt den Westen beschwor Berlin nicht aufzugeben.¹⁸⁹⁶ Er konnte Berlin-Verhandlungen nicht verhindern und musste akzeptieren, dass Eisenhower eine Zwischenlösung aushandeln wollte. Bei Herter beobachteten die Journalisten zudem Gereiztheit wegen der deutschen Mutmaßungen über Nachgiebigkeit.¹⁸⁹⁷ Der Verleger lehnte es übrigens ab „wie ein Nervöser mit fliegenden Frackschößen nun hinter den Amerikanern rumzulaufen und sie immer wieder zu fragen, ob sie 's denn nun auch ernst mit uns meinten.“ Er hielt dies für unnötig.¹⁸⁹⁸ Die „Welt“ berichtete auch fortlaufend über die Genfer Abrüstungsgespräche.¹⁸⁹⁹ Dem aufmerksamen Korrespondenten Graf

¹⁸⁸⁹ Nr. 51, 1.3.1960, S. 1, Nr. 59, 10.3.1960, S. 1, Nr. 60, 11.2. 1960, S. 5.

¹⁸⁹⁰ Nr. 64, 16.3.1960, S. 5.

¹⁸⁹¹ Nr. 93, 22.4.1959, S. 2.

¹⁸⁹² Nr. 56, 7.3.1960, S. 4, Nr. 58, 9.3.1960, S. 1.

¹⁸⁹³ Nr. 62, 14.3.1960, S. 4.

¹⁸⁹⁴ Nr. 63, 15.3.1960, S. 1.

¹⁸⁹⁵ Nr. 66, 18.3.1960, S. 1.

¹⁸⁹⁶ Nr. 68, 21.3.1960, S. 1.

¹⁸⁹⁷ Nr. 68, 21.3.1960, S. 2.

¹⁸⁹⁸ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959, Unterordner Tagung des Kuratoriums „unteilbares Deutschland“ am 27.11.1959, Vortrag AS, S. 7 f.

¹⁸⁹⁹ Nr. 64, 16.3.1960, S. 1, Nr. 65, 17.3.1960, S. 4, Nr. 67, 19.3.1960, S. 4, Nr. 68, 21.3.1960, S. 1, Nr. 69, 22.3.1960, S. 1, Nr. 70, 23.3.1960, S. 4, Nr. 72, 25.3.1960, S. 1, Nr. 73, 26.3.1960, S. 5,

Finckenstein fiel dabei die Veränderung des russischen Auftretens auf. Der sowjetische Vertreter gab sich nunmehr flexibel und entgegenkommend. Von Finckenstein deutete dies als Ausdruck des Moskauer Wunsches wenigstens Scheinerfolge zu erzielen, um guten Willen gegenüber der Weltöffentlichkeit zu demonstrieren.¹⁹⁰⁰ Doch wurde erkennbar, dass kein nennenswertes Ergebnis erzielt wurde.¹⁹⁰¹ Der Scheinwerfer wurde dann im April auf Washington gerichtet, wo sich die westlichen Außenminister zur Vorbereitung des Gipfeltreffens einfanden.¹⁹⁰² Unerwartet rasch wurde aus Washington Konsens mitgeteilt,¹⁹⁰³ der darin bestand, am bereits in früheren Verhandlungen gemachten Angebot für eine Zwischenlösung festzuhalten.¹⁹⁰⁴ Es entging den Journalisten nicht, dass de Gaulle zum Bonner Entzücken vorschlug, die Deutschland- und Berlin-Frage von der Gipfeltagesordnung zu streichen. Auf dieses Phänomen ging die „Welt“ ein und befand sich ganz auf der Linie Adenauers: „Es wird für viele deutsche Ohren befremdend klingen, daß gerade der Westen das deutsche Thema von der internationalen Tagesordnung absetzen soll. Aber so wie das Problem von Chruschtschow gestellt worden ist, besteht tatsächlich die Gefahr, daß Verhandlungen eher zu einer Verschlechterung als zu einer Verbesserung der Berliner und der deutschen Lage führen.“¹⁹⁰⁵ Die „Welt“ informierte zudem über konkludent und ausdrücklich artikulierte westdeutsche Ängste vor Konzessionen der Schutzmächte.¹⁹⁰⁶ Auch der Verleger hatte ja bereits im Vorfeld befürchtet, dass westliche Staatsmänner den Weg des geringsten Widerstandes gingen, was er für „ungeheuer gefährlich für uns“ hielt.¹⁹⁰⁷ Sein Unternehmen förderte eine Anfang Mai realisierte große Anzeigenkampagne des Kuratoriums „Unenteilbares Deutschland“ im westlichen Ausland. Dabei wurden andere Begriffe als sonst gewählt; hierzu zählte etwa das Verlangen nach Selbstbestimmung.¹⁹⁰⁸ Während das Geschehen in den Hauptstädten verfolgt wurde, nahm die Entwicklung eine überraschende Wende.¹⁹⁰⁹ Ein US-Flugzeug wurde auf russischem Boden abgeschossen.¹⁹¹⁰ Das kleinlaute Eingeständnis Washingtons zu dieser Tatsache war im Blatt zu lesen. Die Redaktion übernahm bereitwillig die amerikanische Sprachregelung als „Erkundungsflug ohne amtliche Genehmigung“. Die Kommentierung nahm sich des Themas an; der US-Fehlschlag gerade zu diesem Zeitpunkt

Nr. 74, 28.3.1960, S. 5, Nr. 75, 2.4.1960, S. 2, Nr. 76, 30.3.1960, S. 1 und S. 4, Nr. 77, 31.3.1960, S. 1.

¹⁹⁰⁰ Nr. 71, 24.3.1960, S. 3.

¹⁹⁰¹ Nr. 85, 9.4.1960, S. 4, Nr. 86, 11.4.1960, S. 4.

¹⁹⁰² Nr. 86, 11.4.1960, S. 5.

¹⁹⁰³ Nr. 89, 14./15. 4.1960, S. 1.

¹⁹⁰⁴ Nr. 90, 16.4.1960, S. 4.

¹⁹⁰⁵ Nr. 93, 21.4.1960, S. 1.

¹⁹⁰⁶ Nr. 96, 25.4.1960, S. 2, Nr. 103, 3.5.1960, S. 1, S. 4.

¹⁹⁰⁷ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959, Unterordner Tagung des Kuratoriums „Unenteilbares Deutschland“ am 27.11.1959, Vortrag AS, S. 4 f.

¹⁹⁰⁸ Meyer, S. 198.

¹⁹⁰⁹ Nr. 97, 26.4.1960, S.1, Nr. 99, 28.4.1960, S. 1, Nr. 104, 4.5.1960, S. 1.

¹⁹¹⁰ Nr. 106, 6.5.1960, S. 1 und S. 4.

erschien schon „peinlich“. Das Hochspielen durch Chruschtschow wurde als Augenblickserfolg des Ostens vor der Öffentlichkeit und als Demütigung Eisenhowers gedeutet. Um Unterstützung für die eigene Hegemonialmacht bemüht wies das Blatt auf die Existenz sowjetischer Spione im Westen hin.¹⁹¹¹ Die Redaktion ging zunächst davon aus, dass der Fahrplan für die Ost-West-Verhandlungen trotz der jüngsten Ereignisse eingehalten würde.¹⁹¹² Die „Welt“ gab kritiklos wie ein Sprachrohr Washingtons die Erklärung Herters weiter, dass „unbewaffnete amerikanische Zivilflugzeuge“ seit Jahren umfassende Luftaufklärung entlang der sowjetischen Grenze betrieben und „gelegentlich“ auch sowjetisches Hoheitsgebiet überflogen. Diese Flüge seien zum Schutz der freien Welt vor möglichen Überraschungsangriffen notwendig.¹⁹¹³ Provokant war die unkommentiert präsentierte Äußerung Herters, die Spionageflüge fortzusetzen, wenn die UdSSR ihre Politik gegenüber dem Westen nicht grundsätzlich änderte. Wieder wurde rechtfertigend angeführt: Der Schutz gegen Überraschungsangriffe verlangte von den USA – auch im Interesse der Verbündeten – den sowjetischen Geheimniswall zu durchbrechen. Distanziert berichtete das Blatt hingegen darüber, wie Moskau den Flugzeugabschuss und den gefangenen Piloten propagandistisch ausschlachtete¹⁹¹⁴ und einen Schauprozess¹⁹¹⁵ veranstaltete. Das Thema blieb im Mittelpunkt des Interesses. Etwas defensiver klang die am 12. Mai präsentierte Erklärung Eisenhowers, der die Erkundungsflüge damit entschuldigte, „kein zweites Pearl Harbour“¹⁹¹⁶ erleben zu wollen. Für die Leserschaft der „Welt“ stand also fest, dass die militärische Geheimhaltung der UdSSR Schuld war. Nicht ganz unberechtigt zeigte sich Chruschtschow über Eisenhower entsetzt und stellte indirekt die geplante Sowjetunion-Reise des Präsidenten in Frage. Davon nicht tangiert gab sich der Kommentar im „Kasten“. Dort ging es um die Vorbereitungen der Regierungschefs für den unmittelbar bevorstehenden Gipfel.¹⁹¹⁷ Schützenhilfe erhielt Washington von der Redaktion mit dem präsentierten Hinweis, dass sowjetische Flugzeuge Westeuropa überflogen. Im Aufmacher vom 13. Mai wurde eine nicht gerade sensationelle Äußerung Brandts groß herausgestellt, vermutlich um die wachsenden Schwierigkeiten der USA zu verdecken. Die „Welt“ stützte die Hegemonialmacht so gut es eben ging. In der

¹⁹¹¹ Nr. 108, 9.5.1960, S. 1.

¹⁹¹² Nr. 108, 9.5.1960, S. 4.

¹⁹¹³ Nr. 109, 10.5.1960, S. 1.

¹⁹¹⁴ Nr. 110, 11.5.1960, S. 4.

¹⁹¹⁵ Nr. 112, 13.5.1960, S. 4, Nr. 159, 11.7.1960, S. 4, Nr. 169, 22.7.1960, S. 1, Nr. 176, 30.7.1960, S. 1, Nr. 185, 10.8.1960, S. 1, Nr. 189, 15.8.1960, S.4, Nr. 191, 17.8.1960, S. 1, Nr. 192, 18.8.1960, S. 1 und S. 4, Nr. 194, 20.8.1960, S. 1, Nr. 195, 22.8.1960, S. 3.

¹⁹¹⁶ Pearl Harbour ist ein Flottenstützpunkt der USA auf der Hawaii-Insel Oahu. Am 7. Dezember 1941 griffen von Flugzeugträgern gestartete Maschinen der japanischen Luftwaffe ohne vorherige Kriegserklärung diese Basis an. Bei dieser groß angelegten Attacke verlor die US-Navy zwar zahlreiche Schiffe, doch wurde die Pazifik-Flotte nicht komplett ausgeschaltet. Dieser Angriff führte auch zum Kriegseintritt der USA gegen die Achsenmächte.

¹⁹¹⁷ Nr. 111, 12.5.1960, S.1.

Kommentierung im „Kasten“ fand sich hinsichtlich der Erklärung Eisenhowers weiter Informationen zu sammeln, um vor einem Überraschungsangriff sicher zu sein, nun eine leise Spur an Kritik: Der eine oder andere Pressevertreter habe doch nach Luft geschnappt, denn noch nie habe ein Staatsmann die Tür zu den Dunkelkammern des Geheimdienstes so rücksichtslos aufgestoßen.¹⁹¹⁸ Von Borch meinte – konsequent der rechtfertigenden Linie folgend – die US-Regierung habe sich zu etwas bekannt, was alle anderen auch taten. Nicht der Flugzeugabschuss, sondern das Andauern der unerträglichen Lage sei eine Tragödie. Er räumte ein, dass manche Zeitgenossen die Ankündigung der Fortsetzung der Spionage für töricht hielten. Entschuldigend sah von Borch die Staatsmänner die Herrschaft über die Technologie verlieren, die sich als „selbständiger Dämon“ gebärdete.¹⁹¹⁹ Es wurde registriert, dass Chruschtschow Eisenhower persönlich angriff. Die „Welt“ klärte darüber auf, dass es sich um einen Tabu-Bruch handelte; vorher waren nur US-Generäle oder Geheimdienstler attackiert worden.¹⁹²⁰ Zur Berichterstattung über diesen Vorfall befragt kann sich Herr Cramer mit dem Befund einer rechtfertigenden Haltung des Blatts nicht recht anfreunden; er sieht Verständnis gegenüber den USA gezeigt. Für den Mangel an Kritik gegenüber der US-Regierung ist neben dem Grundvertrauen der Redaktion in die Hegemonialmacht auch das hohe Ansehen des Korrespondenten von Borch im Haus verantwortlich, dessen Berichte einfach übernommen wurden.¹⁹²¹ Dafür, dass es sich bei dieser Art der Darstellung nicht unbedingt um die Befolgung verlegerischer Aweisungen, sondern um die autonome Auffassung der Redaktion handelte, spricht jedenfalls ein Schreiben Zehrsers, der seinem Chef gerade in dieser Zeit mitteilte, dass „die Welt nach dem Gesetz ihres Anfanges ein Eigenleben im Konzern führt und dass man daran vorläufig nichts ändern kann.“ Er hielt die Konstruktion des Organs innerhalb des Konzerns für falsch und die innere Konzentration des Unternehmens noch nicht für erfolgt. Diese müsse jeden Tag von wenigen Menschen immer wieder neu hergestellt werden, was viel mehr Kraft und Nerven als früher kostete und ihn einsam machte. Die Verfolgung des aktuellen Geschehens erachtete Zehrer dabei für relativ gut gelungen.¹⁹²²

¹⁹¹⁸ Nr. 112, 13.5.1960, S. 1.

¹⁹¹⁹ Nr. 113, 14.5.1960, S. 1.

¹⁹²⁰ Nr. 113, 14.5.1960, S. 4. und S. 5.

¹⁹²¹ So Ernst Cramer im Gespräch am 13.5.2009.

¹⁹²² Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 23, Brief Hans Zehrsers an Axel Springer vom 29.5.1960, S. 1-3.

Sebastian Haffner,¹⁹²³ der auch für den britischen „Observer“¹⁹²⁴ tätig war, trat jetzt bei der „Welt“ ein. Seit er damit wieder deutsches Publikum hatte, nahm er das politische Geschehen, wenn auch nicht ganz undistanziert, von deutscher Warte wahr.¹⁹²⁵ Haffners freie Mitarbeit begann am 1. Mai; zu seinen Aufgaben gehörte es, größere weltpolitische Betrachtungen anzustellen sowie nach Anfall kleinere Kommentare und Glossen zu schreiben. Im Vertrag war eine zu Unabhängigkeit und Überparteilichkeit verpflichtende Haltung vorgesehen. Weiter war vereinbart, dass der Neuzugang in unregelmäßigen Abständen nach Hamburg kam, um die Zusammenarbeit mit der Redaktion so eng wie möglich zu gestalten. Ihm wurde ein fester Platz für seine Beiträge angeboten. Das Thema konnte vorher abgesprochen werden; es stand Haffner aber frei es sich selbst auszusuchen.¹⁹²⁶ Anders als bei seiner Tätigkeit für das Londoner Blatt konnte Haffner bei seinen neuen deutschen Arbeitgebern „Welt“ sowie „Christ und Welt“¹⁹²⁷ seine von der Berliner Warte aus vertretene Auffassung offen kundtun.¹⁹²⁸ Seine Stellung im Haus war jedoch, wie er einmal schrieb, als ihn jemand um eine Gefälligkeit bat, „nur eine sehr kleine am Rande gelegene“.¹⁹²⁹ Haffner stand in Kontakt beispielsweise mit seinen Kollegen Görlitz,¹⁹³⁰ Wirsing,¹⁹³¹ Sethe¹⁹³² und von Zahn.¹⁹³³ Mit der belasteten

¹⁹²³ Haffner, Sebastian, Pseudonym für den Juristen Dr. Raimund Pretzel (*26.12.1907, gest. 2.1.1999), der sich seit 1934 auch journalistisch betätigte und 1938 nach Großbritannien emigrierte. Dort war er ab 1942 für den „Observer“ tätig; nach 1945 fungierte er als Auslandskorrespondent für das Blatt. Von 1954 an berichtete er aus Berlin und schrieb seit 1960 für „Christ und Welt“ und die „Welt“. Er verfasste zudem eine Churchill-Biographie und schrieb zu Themen der deutschen Geschichte.

¹⁹²⁴ Mit seiner Tätigkeit für den „Observer“ war Haffner wohl schon 1956 nicht mehr recht zufrieden. Die neu eingegangenen beruflichen Verpflichtungen ließen sich eigentlich nicht recht mit seinem Vertrag beim Blatt vereinbaren. So: Schmied, Jürgen Peter: Sebastian Haffner. Eine Biographie, München 2010, S. 191 f. und S. 213.

¹⁹²⁵ Beck, Ralf: Der traurige Patriot. Sebastian Haffner und die Deutsche Frage, Berlin, Brandenburg 2005, S. 94.

¹⁹²⁶ Bundesarchiv/Berlin: N/2523, Aktenband Nr. 136, Korrespondenz mit „Die Welt“; Brief von Herrn Cramer an Herrn Haffner vom 7. 4.1960, Brief von Dr. Fricke und Dr. Adler an Herrn Haffner vom 27.4.1960 sowie Brief Zehrsers an Haffner vom 15.6.1960.

Schmied ist hingegen der Auffassung, dass Haffner im März 1960 bei der „Welt“ ein Engagement einging und wohl auch bereits in diesem Monat erste Beiträge lieferte. Schmied, S. 211.

¹⁹²⁷ Er war seit Anfang 1960 für das Stuttgarter Wochenblatt tätig; obwohl Haffner eigentlich als Berlin-Berichtersteller eingestellt wurde, widmete er sich hier bisweilen auch der englischen Politik. Oft befasste er sich mit dem ostdeutschen Geschehen. Haffner begann seine Arbeit mit Beiträgen über die Beeinträchtigung der Kirche durch das Regime, über die Agrar-Kollektivierung und den dabei ausgeübten Psychoterror. Er beklagte dabei auch die westdeutsche Gleichgültigkeit. Seine Themen waren zudem die aktuellen Fluchtzahlen sowie die Mangelwirtschaft; Haffner putzte das ostdeutsche Gemeinwesen publizistisch herunter. Schmied, S. 210 f. und S. 217.

¹⁹²⁸ Schmied, S. 212.

¹⁹²⁹ Bundesarchiv/Berlin: N/2523, Aktenband Nr. 135, Korrespondenz mit Persönlichkeiten, Blatt Nr. 124, Schreiben Haffners an Dr. Fürst, der sich mit der Bitte um Arbeit im Verlagshaus an ihn gewandt hatte.

¹⁹³⁰ Bundesarchiv/Berlin: N/2523, Aktenband Nr. 136, Korrespondenz mit „Die Welt“, Briefe von Walter Görlitz an Haffner vom 4.1.1962 und 20.3.1962.

¹⁹³¹ Bundesarchiv/Berlin: N/2523, Aktenband Nr. 137, Korrespondenz mit „Christ und Welt“, von Haffner und Wirsing, die beide auch für „Christ und Welt“ tätig waren, haben sich rein berufliche Absprachen erhalten.

¹⁹³² Bundesarchiv/Berlin: N/2523, Aktenband Nr. 135, Korrespondenz mit Persönlichkeiten, Haffners Brief an Sethe vom 9.9.1964, in dem zum Ausdruck kommt, dass Haffner diesen als Mensch und mit seinem Wissen und Können schätzt.

Biographie mancher im Kollegium hatte der Neuzugang offenbar keine nennenswerten Probleme; dabei spielte wohl eine Rolle, dass er einstmals auch einmal an „Die Tat“ Gefallen gefunden hatte und unter dem Eindruck der aktuellen weltpolitischen Auseinandersetzung alte Gräben eingeebnet wurden.¹⁹³⁴ Er lebte in Berlin; ihm war die Politik der Westmächte nicht hart genug.¹⁹³⁵ Haffner setzte sich prompt im „Forum“ mit dem Sinn von Gipfeltreffen auseinander. Dazu griff er Beispiele aus der jüngeren Geschichte auf, bei denen westliche Politiker sich mit Diktatoren an einen Tisch gesetzt hatten. Er wies auf die Unterschiedlichkeit der Ausgangslage zwischen demokratisch gewählten Regierungschefs und Diktatoren hin und dämpfte hochfliegende Erwartungen einer Wende zum Besseren. Haffner ging davon aus, dass der teilnehmende Diktator eine territoriale Forderung stellen würde: „Morgen wollen wir vielleicht, nein, ganz sicher zusammen Brüder und Vegetarier sein, aber vorher müsst ihr mir heute noch einmal, ein letztes Mal, ein Stück lebendiges Menschenfleisch zu fressen geben zum Abgewöhnen und zur Besiegelung unserer Freundschaft. Es handelt sich um den Geringsten und Hässlichsten eurer Verbündeten, einen Staat, der nie hätte geschaffen werden sollen, oder um eine Beseitigung einer anomalen Situation. Einmal noch Machtpolitik – und zu meinen Gunsten! Einmal noch eure Unterwerfung – danach für immer Befriedung, Einigkeit und Entspannung! Und jedesmal reagiert der Westen mit einem hypnotischen Blick und einem ängstlich-eiligen Konklave und internen Getuschel, aus dem etwa so herausklingt: Könnten wir ihm nicht wirklich etwas geben? Irgendetwas? Natürlich nicht alles, was er haben will, natürlich nicht alles ganz direkt, aber doch irgendetwas irgendwie? Es könnte doch sein, daß damit wirklich alles gut wird. Übrigens sind die Tschechen (oder Polen oder Deutschen) ja wirklich nicht die angenehmsten Zeitgenossen.“¹⁹³⁶ So offen kritisierte kein anderer Journalist des Blatts die Westmächte. Paczensky zufolge war ihm seitens der Redaktion Meinungsfreiheit zugesichert worden.¹⁹³⁷ Im Kollegium herrschte ansonsten verbreitet ein grundsätzliches Vertrauen gerade in die USA.¹⁹³⁸ Es sei darauf hingewiesen, dass Schmied in Haffners Ausführungen ein Schema beachtet sieht, demzufolge die

¹⁹³³ Bundesarchiv/Berlin: N/2523, Aktenband Nr. 135, Korrespondenz mit Persönlichkeiten, Blatt Nr. 169, handschriftliches Schreiben Haffners an von Zahn vom 16.4.1962 als Antwort auf die Übersendung von Unterlagen von Zahns.

¹⁹³⁴ Schmied, S. 214 ff.

¹⁹³⁵ Soukup, Uwe: Ich bin nun mal Deutscher. Sebastian Haffner. Eine Biographie, Berlin 2001, S. 190, 192. Bedingt durch das sowjetische Ultimatum war bei Haffner gegen Ende des Jahres 1958 eine grundlegende Meinungsänderung erfolgt. Anfänglich war er sich hierbei noch nicht darüber im Klaren gewesen wie die westliche Antwort ausfallen sollte, doch kam er recht rasch zum Schluß, dass es nicht akzeptabel war nachzugeben. Haffner war wohl im April 1959 dafür abzuwarten und sah aus der bereits seit geraumer Zeit andauernden problembeladenen deutschen Lage keine zugespitzte Kriegsgefahr erwachsen. So: Schmied, S. 199 ff.

¹⁹³⁶ Nr. 113, 14.5.1960, S. 25.

¹⁹³⁷ Paczensky, S. 738 f.

¹⁹³⁸ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

sowjetische Seite immer als tückischer wie gefährlicher, nicht aber als überlegener Kontrahent erschien, dem mit Härte und Standhaftigkeit entgegengetreten werden konnte und sollte.¹⁹³⁹ Am 16. Mai verkündete das Blatt pompös die mittlerweile erzielte westliche Einigung hinsichtlich der Gipfelstrategie. Darunter war aber zu lesen, dass Adenauer unmittelbar vor Konferenzbeginn versuchte, Verhandlungen über eine Zwischenlösung für Berlin auszuschließen. Die Kommentierung wies nun darauf hin, dass die Öffentlichkeit in der letzten Zeit mit einer Flut von Meldungen über das angebliche Besprechungsprogramm der Konferenz überschwemmt worden war. In der „Welt“ war davon sehr wenig zu lesen gewesen. Darauf angesprochen, ob die Journalisten sich etwa aus Rücksicht auf die strapazierten Nerven der Leserschaft ausfilternd betätigten, verneint Ernst Cramer. Er meint, dass diese Informationen dem dafür zuständigen von Borch wohl entgingen. Zudem dauerte es geraume Zeit, bis die auch als Nachrichtenlieferanten genutzten ausländischen Zeitungen in der Hamburger Zentrale eintrafen.¹⁹⁴⁰ Dem Publikum bot das Blatt dann eine vage Lösung an: Die Regierungschefs trafen sich demnach nicht, um die Abrüstung oder ein Einzelproblem zu lösen. Der Sinn der Konferenz bestand darin, einen Weg zu finden, wie die Welt in Frieden leben konnte. Das Gelingen der Erarbeitung einer solchen Methode würde die bestehenden Fragen dann von selbst lösen.¹⁹⁴¹ Die mediale Aufmerksamkeit hinsichtlich des Gipfelauftaktes war kaum noch zu steigern. Korrespondent Peter Grubbe machte dennoch nicht viel Hoffnung: „Man hat unzählige Krisen und unzählige Konferenzen erlebt. Seither ist viel geschehen. Das Publikum ist abgestumpft. Die Staatsmänner wohl auch. Das Gipfelgespräch, vor fünf Jahren noch eine gemeinsame Demonstration, ist in der Politik inzwischen zu einem Medikament unter vielen geworden“ Für die größte Schwierigkeit hielt er das Fehlen des Glaubens an den Erfolg, weil alles schon so gründlich zerredet worden war.¹⁹⁴² Trotz der gedämpften Erwartungshaltung sorgte der Aufmacher des 17. Mai doch für eine Überraschung. In fragender Form wurde das Scheitern des Gipfels¹⁹⁴³ in Aussicht gestellt. Chruschtschow wollte die Konferenz vertagen und zog seine Einladung an Eisenhower zurück. Der Kommentar fragte, warum Chruschtschow nach Paris fuhr, wenn er von vornherein entschlossen war, das Treffen durch eine ultimative Forderung an Eisenhower zu torpedieren. Seine Forderungen hätte er ja auch eher mitteilen können. In diesem Stil

¹⁹³⁹ Schmied, S. 218.

¹⁹⁴⁰ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

¹⁹⁴¹ Nr. 114, 16.5.1960, S. 1.

¹⁹⁴² Nr. 114, 16.5.1960, S. 3.

¹⁹⁴³ Übrigens hatte sich das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ bereits weit im Vorfeld des Gipfels mit Vorbereitungen für geplante Kundgebungen zu diesem Anlass befasst. Dabei wurde Wert darauf gelegt, die zentrale Lenkung nicht erkennen zu lassen. Aufgrund des unerwarteten Endes fehlte der Hintergrund für die Kampagne, weshalb mehrere Demonstrationen ausfielen. So: Meyer, S. 195 f. und S. 200.

bereiteten die Journalisten das Geschehen auf ohne eine Antwort zu finden.¹⁹⁴⁴ Erst auf Seite zwei wurde eröffnet, dass Chruschtschow von Eisenhower eine Entschuldigung für den Spionageflug verlangte, was dieser ablehnte.¹⁹⁴⁵ Es handelte sich also nicht um eine unannehmbare Forderung. Am 18. Mai wurde breit das Scheitern der Konferenz thematisiert. Die Redaktion folgte wieder konsequent der amerikanischen Perspektive und erklärte Chruschtschow für bis zuletzt unnachgiebig. Zehrer deutete das Scheitern gar als Sieg Mao Tse Tungs, der Moskauer Vorstellungen von Koexistenz ablehnte. Den Abschluss des Spionageflugzeugs hielt er für einen Vorwand.¹⁹⁴⁶ Auch in weiteren Beiträgen wurde die Verantwortung für das Scheitern eindeutig bei Moskau gesehen.¹⁹⁴⁷ Von Borch sah das krisenauslösende Element im Vorfeld eher in der Erklärung Herters liegen, die Spionageflüge fortzusetzen. Er legte entschuldigend dar, dass Washington zwar entschied die Flüge einzustellen, aufgrund einer unkoordinierten Arbeitsweise dies aber nicht bekannt gab. Zudem meinte von Borch, dass Chruschtschow mit seinem Berlin-Plan nicht mit Annahme rechnen konnte.¹⁹⁴⁸ Adenauer war übrigens aufgrund des Fiaskos zumindest für den Augenblick von seinen schwersten Befürchtungen erlöst.¹⁹⁴⁹ Im Aufmacher der Titelseite vom 19. Mai wurde dem Publikum dann ein als hemmungslos klassifizierter Haßausbruch Chruschtschows gegenüber der Bundesrepublik vorgeführt. Vielleicht diente die Präsentation der aggressiven Äußerung Chruschtschows auch dazu, von Eisenhowers Mitverantwortung für den Mißerfolg abzulenken. Der Pariser Korrespondent Graf Finckenstein wies ergänzend darauf hin, dass die westlichen Regierungschefs im Elysee-Palast warteten, während Chruschtschow unbekümmert eine Landpartie unternahm. Von Finckenstein meinte, Chruschtschow sei zwar nicht Hitler, habe diesen aber an Herausforderung noch übertroffen.¹⁹⁵⁰ Folglich reisten die Staatsmänner aus Paris ab. Die „Welt“ breitete nun Hintergrundwissen aus: Demnach hatte es in Moskau eine Geheimkonferenz gegeben, die eine für das Scheitern ursächliche Änderung der Politik beschloss.¹⁹⁵¹ In einem von Zehrer an Springer Ende Mai geschriebenen Brief wurden Vorstellungen über die Informationspolitik im Haus angerissen. Der Chefredakteur weilte übrigens als Urlauber im Sylter Domizil seines Arbeitgebers. Er begründete das längere Schweigen auf dessen letzten Brief mit dem intensiven Verfolgen des Zeitgeschehens, was er für relativ gut gelungen hielt. Zehrer erklärte noch nachrichtenhungriger als der Verleger zu sein. Er bevorzugte im Unterschied

¹⁹⁴⁴ Nr. 115, 17.5.1960, S. 1.

¹⁹⁴⁵ Nr. 115, 17.5.1960, S. 2.

¹⁹⁴⁶ Nr. 116, 18.5.1960, S. 1.

¹⁹⁴⁷ Nr. 116, 18.5.1960, S. 2.

¹⁹⁴⁸ Nr. 116, 18.5.1960, S. 5.

¹⁹⁴⁹ Lappenküper, S. 16.

¹⁹⁵⁰ Nr. 117, 19.5.1960, S. 1 und S. 2.

¹⁹⁵¹ Nr. 118, 20.5.1960, S. 1.

zu seinem Chef die Auswertung der ausländischen Presse in seinem eigenen nächsten Umfeld gegenüber dem Auslandsdienst, dessen Material obendrein einer misstrauisch gewordenen Redaktion schmackhaft gemacht werden musste. Zehrer, der meinte „tatsächlich die seltsame Gabe der Ahnung vom lieben Gott mitbekommen zu haben“, wollte jeweils anordnen können, über welches Thema er konzentrierte Information erhalten wollte. „Denn die Welt wird immer noch wie stets von einem kleinen Punkt aus erfasst und niemals dadurch, dass man mit hängender Zunge rings um sie herumfährt und alles sieht und nichts mit nachhause bringt.“ Für die jeweils aktuelle Linie der „Welt“ wünschte er „Nachschub von draußen.“ Er sprach sich nur für einen Nachrichtendienst aus, „wenn er von der Heimat aus, und zwar von einem Mann mit einem politischen Willen und mit einem vorausahnenden Verstand, ganz diktatorisch gesteuert wird. Denn der arme Mann, der dort draußen irgendwo sitzt und in einer Fülle von Meldungen und Ereignissen überlaufen wird, ist ohne die harte Steuerung von der Zentrale gar nicht im Stande, zu wissen, was für uns wichtig ist und was er auswählen soll. Er braucht einen festen, täglichen oder wöchentlichen Fahrplan von der Zentrale, um gut funktionieren zu können.“ Mit Hollos,¹⁹⁵² dem Heimatdiktator des Dienstes, wollte sich der Chefredakteur künftig absprechen.¹⁹⁵³ Die Äußerung Zehrer bestätigt die von Müller beobachtete fehlende Balance zwischen Autonomie der Korrespondenten und der Hinführung auf das analytische Anliegen. Er meint, dass Zehrer an Information um ihrer selbst willen wenig lag; die Zwecke wären ihm stets wichtiger.¹⁹⁵⁴ Der Springer Auslandsdienst sollte übrigens ab 1962 über die Nachrichtenquellen führender angelsächsischer Zeitungen und eines französischen Blatts verfügen und eigene Büros bzw. Korrespondenten in London, Paris, New York, Stockholm und Mailand unterhalten. Zudem bestand ein Austauschabkommen mit weiteren europäischen Presseorganen. Außerdem griff die Organisation auf die Rundfunk- und Presseauswertung des Ostblocks in Bonn zurück.¹⁹⁵⁵

Bald kam Haffner in seiner im „Forum“ abgedruckten Analyse zum Schluss, dass die internationale Lage nach Paris nicht bedenklicher war als zuvor. Es habe sich nichts Wesentliches geändert. Der Friede der Welt, der vom atomaren Gleichgewicht abhing, war durch die Pariser Ereignisse überhaupt nicht berührt. Das Geschehen habe klar gemacht, dass der durch die Abschreckungskraft der Vernichtungswaffen gesicherte Friede

¹⁹⁵² Hollos, Julius (*9.1.1906, gest. 3.10.1983) arbeitete 1946-48 als Controller in der „Welt“-Verlagsleitung. Danach fungierte er als Deutschland-Korrespondent für angelsächsische Medien. 1958/59 war Hollos einer der stellvertretenden Chefredakteure der „Welt“; 1959/60 leitete er den hausinternen Nachrichtendienst. In den Jahren 1960-67 gehörte die Mitbegründung und Leitung des Springer-Auslandsdienstes (SAD) zu seinen Aufgaben. Später war Hollos auch persönlicher Bevollmächtigter des Verlegers.

¹⁹⁵³ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 23, Schreiben von Hans Zehrer an Axel Springer vom 29.5.1960, S. 1 f.

¹⁹⁵⁴ Müller, S. 162.

¹⁹⁵⁵ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Welt SAD, Rundschreiben an die Redaktionen des Hauses von G.P. Clare und Julius Hollos vom 16.10.1961.

unerschütterlicher war als der Friede in der voratomaren Zeit. Weil Krieg fast nicht mehr möglich war, war nun im Frieden Unangenehmes möglich geworden, was früher unter der Sanktion des Krieges gestanden hätte und daher unterblieben wäre.¹⁹⁵⁶ Damit meinte Haffner das provokante Verhalten Chruschtschows. In einer früheren Äußerung seines Verlegers findet sich ebenfalls der Gedanke im Zeitalter des atomaren Remis zu leben, in dem davon auszugehen war, dass keiner dem anderen etwas tat und im Grunde Ruhe herrschte.¹⁹⁵⁷ Kritik an den USA war im Blatt als Ausnahmeerscheinung und mit Verzögerung Ende Mai im „Forum“ zu lesen. Fritz Baade schrieb, dass die beiden mächtigsten Männer versagten. Er versteckte sich wie gewohnt hinter dem Zitieren einer diesmal amerikanischen Zeitung: „Dieses Eingeständnis, die Weigerung Eisenhowers, die Konvention der Diplomatie zu benutzen, waren ein fataler Fehler. Er machte es Chruschtschow unmöglich, die Affäre zu übergehen. Hätte Chruschtschow es trotzdem getan, so wäre er Gefahr gelaufen, der Welt, dem sowjetischen Volk und seinen Kritikern in der Sowjetunion und seinen kommunistischen Alliierten gegenüber zuzugeben, daß er den Vereinigten Staaten das Recht zugestanden habe, sowjetisches Territorium zu verletzen. Kein Staatsmann in irgendeinem Land kann sich nach solch einem Zugeständnis im Sattel halten.“ Baade erklärte, dass diese Auffassung von weiten Teilen der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten und Großbritanniens geteilt wurde.¹⁹⁵⁸ Die vorherrschende Tendenz der medialen Darstellung blieb jedoch unverändert. Als Chruschtschow forderte, China an künftigen Gipfeltreffen teilnehmen zu lassen, sah Zehrer das „Geheimnis von Paris“ gelüftet und bezeichnete Chruschtschow als jemand, der nicht mehr Herr seiner Entschlüsse war.¹⁹⁵⁹ Nachträglich mutmaßten die Journalisten gern über die Beweggründe Chruschtschows. Sie glaubten an eine Führungskrise und deuteten den Spionagefall in einen persönlichen Prestigeverlust des Generalsekretärs um. Zudem machten sie in der Sowjetunion Enttäuschung der Bevölkerung über die Langsamkeit der Hebung des Lebensstandards aus.¹⁹⁶⁰ Bald darauf wurden diese Behauptung stützende Hinweise präsentiert.¹⁹⁶¹ Auf diese Weise versuchte die Redaktion wohl den angeschlagenen Präsidenten zu stützen. Mit zeitlicher Verzögerung war auch der „Welt“

¹⁹⁵⁶ Nr. 124, 28.5.1960, S. 25.

Haffner trägt hier einen Gedanken vor, mit dem er sich wohl bereits in der zweiten Jahreshälfte 1957 in einem langen Schriftstück über die atomare Pattsituation intensiv auseinandersetzte: Angesichts des destruktiven Potentials sah er das internationale Verhältnis fundamental geändert. Aufgrund des Gleichgewichts des Schreckens fiel seiner Meinung nach – trotz der vielen Krisen und damit der Kriegsgründe – die Möglichkeit aus, Konflikte zwischen den USA und der UdSSR auf militärischem Weg auszutragen. So: Schmied, 188 f.

¹⁹⁵⁷ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959, Unterordner Tagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ vom 27.11.1959, Vortrag AS, S. 9.

¹⁹⁵⁸ Nr. 124, 28.5.1960, S. 25.

¹⁹⁵⁹ Nr. 125, 30.5.1960, S. 1.

¹⁹⁶⁰ Nr. 131, 7.6.1960, S. 4.

¹⁹⁶¹ Nr.141, 20.6.1960, S. 3, Nr. 148, 28.6.1960, S. 3.

zu entnehmen, dass die US-Regierung wegen des Spionageflugs und des Pariser Scheiterns zunehmend innenpolitisch unter Druck geriet.¹⁹⁶² Nun leistete die Redaktion wieder Schützenhilfe mit der Präsentation einer herunterspielenden Äußerung Chruschtschows: „er sei den Amerikanern gar nicht mehr so böse wegen des Flugzeugzwischenfalls und komme sich eher vor wie ein Mann, den ein Floh gebissen habe und der deshalb wachsamer geworden sei.“¹⁹⁶³ Von Borch rügte Chruschtschow dann wegen seiner schlechten Manieren und der persönlichen Beschimpfung seines Gegenspielers.¹⁹⁶⁴ Die „Welt“ registrierte das Eintreffen des sowjetischen Staatsführers in Ost-Berlin.¹⁹⁶⁵ Er verkündete dort, vorläufig den Status der Stadt nicht zu ändern und abzuwarten, was die gespannte Weltgemeinschaft sicher mit Erleichterung aufnahm. Zehrer erklärte die Vertagung mit der bevorstehenden US-Präsidentenwahl.¹⁹⁶⁶ Die Berichterstattung folgte dem sich nun auf die Bühne der UNO verlagernden Ost-West-Duell. Der Grad der Aufmerksamkeit sank erheblich; die nur noch mittelgroß aufgemachten Artikel wurden zumeist nicht mehr auf der Titelseite präsentiert und ließen keine Fortschritte erkennen.¹⁹⁶⁷ Das Blatt verfolgte auch die Abrüstungsverhandlungen in Genf.¹⁹⁶⁸ Mit Aufmerksamkeit wurde zudem die Reisediplomatie der Staatsführer bedacht.¹⁹⁶⁹ Eine beim Österreich-Besuch erfolgte verbale Entgleisung Chruschtschows gegenüber Adenauer wurde dem Publikum umgehend präsentiert, was einmal mehr das unmögliche Verhalten des Generalsekretärs vor Augen führte.¹⁹⁷⁰ Im Juli wurden der Abschuss eines weiteren US-Aufklärungsflugzeugs durch die sowjetische Luftabwehr und die Reaktionen der Regierungen thematisiert.¹⁹⁷¹ Mediale Beachtung fand weiterhin das Geplänkel der verbalen Kraftakte zwischen den politischen Zentren, wobei Moskau wie üblich führend im Austeilen blieb.¹⁹⁷² Die unsichere Lage Berlins ließ Haffner die Schutzmächte zu Standhaftigkeit gegenüber dem Moskauer Druck auffordern. Besonders bekümmerte ihn die Haltung des britischen Premiers.¹⁹⁷³ Im Juli veröffentlichte die „Welt“ erfrischend

¹⁹⁶² Nr. 125, 30.5.1960, S. 3, Nr. 128, 2.6.1960, S. 4, Nr. 149, 29.6.1960, S. 4.

¹⁹⁶³ Nr. 128, 2.6.1960, S. 4.

¹⁹⁶⁴ Nr. 135, 11.6.1960, S. 25.

¹⁹⁶⁵ Nr. 118, 20.5.1960, S. 4.

¹⁹⁶⁶ Nr. 119, 21.5.1960, S. 1.

¹⁹⁶⁷ Nr. 120, 23.5.1960, S. 4, Nr. 121, 24.5.1960, S. 1, Nr. 122, 25.5.1960, S. 3 und S. 4,

Nr. 123, 26./27.5.1960, S. 4, Nr. 126, 31.5.1960, S. 3.

¹⁹⁶⁸ Nr. 129, 3.6.1960, S. 1, Nr. 132, 8.6.1960, S. 4, Nr. 133, 9.6.1960, S. 1, Nr. 137, 14.6.1960, S. 1, Nr. 138, 15.6.1960, S. 4, Nr. 144, 23.6.1960, S. 4, Nr. 148, 28.6.1960, S. 1, Nr. 149, 29.6.1960, S. 1, Nr. 162, 14.7.1960, S. 4, Nr. 173, 27.7.1960, S. 1.

¹⁹⁶⁹ Nr. 136, 13.6.1960, S. 1, Nr. 140, 18.6.1960, S. 1, Nr. 141, 20.6.1960, S. 1, Nr. 148, 28.6.1960, S. 3, Nr. 151, 1.7.1960, S. 1 und S. 5, Nr. 153, 4.7.1960, S. 1 und S.3, Nr. 154, 5.7.1960, S. 1, Nr. 155, 6.7.1960, S. 1.

¹⁹⁷⁰ Nr. 158, 9.7.1960, S. 4.

¹⁹⁷¹ Nr. 160, 12.7.1960, S. 1 und S. 4, Nr. 165, 18.7.1960, S. 4.

¹⁹⁷² Nr. 169, 22.7.1960, S. 1, Nr. 182, 6.8.1960, S. 1, Nr. 184, 9.8.1960, S. 1, Nr. 185, 10.8.1960, S. 1, Nr. 187, 12.8.1960, S. 1.

¹⁹⁷³ Soukup, S. 202 f.

offene Worte Haffners. Er hatte gehofft, dass die Berlin-Krise in der Versenkung verschwand, nahm aber nun einen veränderten Charakter der sowjetischen Drohung wahr. Was vorher als Versuch erschien, den Westmächten die Stadt abzulisten, lief nun darauf hinaus sie ihnen abzutrotzen. Von November 1958 bis Mai 1960 hielt er eine sozusagen augenzwinkernde Drohung Chruschtschows für gegeben: „Was er (Chruschtschow) in Wirklichkeit wolle, sei Entspannung und Freundschaft, ja sogar eine Wiederherstellung der alten Kriegsallianz mit dem Westen, und zwar auf der Basis des Status quo, in dem nur der eine kleine Schönheitsfehler Berlin beseitigt werden müsse, und auch dies könne in den schonendsten, gesichtswahrendsten Formen geschehen, im übrigen solle jeder seine Deutschen behalten und alle könnten dann die besten Freunde sein. Nur wenn die Westalliierten ganz verstockt und uneinsichtig seien und gar nicht hören wollten, nun, dann müsse er eben zu seinem Leidwesen irgendwann einmal, nach einer gewissen Zeit, die er immer noch gern ein wenig hinausschöbe, anfangen, ihnen in Berlin Ungelegenheiten zu machen – aber dazu werde es ja gar nicht kommen: Die Hauptsache sei doch die Entspannung. ... Das war anderthalb Jahre die Melodie, und sie war gar nicht so unraffiniert. Das Amerika Eisenhowers und das England Macmillans waren ja wirklich tief entspannungs- und befriedungssüchtig. ... Mehr als ein Jahr lang schnupperten und leckten sie sehnsüchtig (wenn auch immerhin zugleich ein wenig vorsichtig-mißtrauisch) an dem hingehaltenen Köder, und mehr als ein Jahr dauerte es, bis sie sich wirklich in erbarmungsloser Klarheit darüber durchgerungen hatten, was ihnen da zugemutet wurde: nämlich mit eigener Hand den Achsnagel aus ihrem globalen Verteidigungssystem im allgemeinen und aus ihrem Bündnis mit Deutschland im besonderen herauszuziehen, und das für absolut nichts und wieder nichts. ... Umgekehrt, sobald die Entspannung abgeblasen war und wieder offene Feindschaft gegen den imperialistischen Westen herrschte, konnte Chruschtschow es sich nicht mehr leisten, den Westen an einem solchen Lebensnerv wie Berlin direkt anzugreifen und damit zu einer unausweichlichen Kraftprobe herauszufordern – es sei denn, er wollte Krieg. ... Es ist daher wahrscheinlich die Zeit gekommen, jetzt, ehe das neue Spiel aus dem Ausprobierstadium heraus ist, Chruschtschow mit ruhiger Deutlichkeit klarzumachen, dass in Berlin für ihn nichts zu holen ist außer einem Weltkrieg. Selbst wenn sie wollten, könnten die Westalliierten Berlin nämlich nicht aufgeben, auch nicht unter Kriegsdrohung, so wenig sie New York, Paris oder London unter einer solchen Drohung aufgeben könnten. Berlin ist wie New York, Paris und London eine der Weltstädte unserer Zeit, die wie Riesenleuchttürme auf der ganzen Welt gesehen werden und deren Schicksal im entferntesten Erdenwinkel widerhallen würde. ... Kann Chruschtschow wirklich glauben, daß der Westen nach seiner Pariser Selbstentlarvung auf etwas hereinfliegen könnte, worauf er schließlich denn doch

nicht einmal vorher hereingefallen war? Oder kann er glauben, daß politische Großmachtinteressen, wie sie für den Westen in Berlin auf dem Spiel stehen, nämlich Fragen von Leben und Tod, mit billigen Winkeladvokatenkniffen wie dem immer wieder angedrohten Separatfrieden mit der Zone überspielt werden könnten? Das wäre eine kindliche Vorstellung, die doch wohl eigentlich unter seinem Intelligenzniveau liegen sollte.“¹⁹⁷⁴ Neben der Aufforderung zu mehr Härte an die Westmächte trug Haffner Argumente zusammen, die Chruschtschow sein Engagement abgewöhnen sollten. Es hat sich übrigens eine Themen-Anregung an Haffner erhalten, die möglicherweise zu seinem späteren Beitrag „Vom Schimpfen in der Politik“ führte.¹⁹⁷⁵ Im September wurde dann der New York-Besuch Chruschtschows, der dort einen UNO-Auftritt hatte, zunehmend für das Medium interessant.¹⁹⁷⁶ Nicht ohne Häme wurde notiert, dass der ebenfalls an der Veranstaltung teilnehmende Castro Mühe hatte, ein Hotel-Zimmer zu erhalten.¹⁹⁷⁷ Mit missgünstigem Frohlocken nahmen die Journalisten auf, dass das Chruschtschow als Aufenthalt dienende Schiff neben dem Müllplatz anlegen mußte.¹⁹⁷⁸ Von Borch unterbrach wegen dieses Besuchs wohl seinen Urlaub, um in New York dabei zu sein.¹⁹⁷⁹ Detailliert wurden die Auftritte und Schachzüge der Protagonisten dargestellt.¹⁹⁸⁰ Die Berichterstattung schwenkte dann zunehmend auf das Geschehen auf der deutsch-deutschen Ebene über.¹⁹⁸¹ Für einige Tage wurde Ost-Berlin für Bundesbürger gesperrt, was die „Welt“ mit Argwohn verfolgte.¹⁹⁸² Die hellwache Redaktion wertete die Aktion nicht als Schikane, sondern als Generalprobe, bei der geprüft werden sollte, wie die Betroffenen im Ernstfall reagieren würden.¹⁹⁸³

¹⁹⁷⁴ Nr. 164, 16.7.1960, S. 3.

¹⁹⁷⁵ Bundesarchiv/Berlin: N/2523, Aktenband Nr. 136, Korrespondenz mit „Die Welt“, Schreiben Dr. Ramsegers an Herrn Haffner vom 18.10.1960 und „Vom Schimpfen in der Politik in: „Welt“ Nr. 271, 19.11.1960, Geistige Welt.

¹⁹⁷⁶ Nr. 200, 27.8.1960, S. 1, Nr. 206, 3.9.1960, S. 3 und S. 4, Nr. 206, 3.9.1960, S. 3 und S. 4, Nr. 215, 14.9.1960, S. 1, Nr. 216, 15.9.1960, S. 1.

¹⁹⁷⁷ Nr. 218, 17.9.1960, S. 4.

¹⁹⁷⁸ Nr. 219, 19.9.1960, S. 5.

¹⁹⁷⁹ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Welt Ausgeschiedene Korrespondenten 1957-67, von Borch, Brief Cramers an von Borch vom 15.8.1960.

¹⁹⁸⁰ Nr. 220, 20.9.1960, S. 1, Nr. 221, 21.9.1960, S. 4, Nr. 222, 22.9.1960, S. 1, Nr. 223, 23.9.1960, S. 1, Nr. 224, 24.9.1960, S. 1 und S. 4, Nr. 229, 30.9.1960, S. 1, Nr. 231, 3.10.1960, S. 1 und S. 4, Nr. 232, 4.10.1960, S. 1, Nr. 233, 5.10.1960, S. 5, Nr. 2235, 7.10.1960, S. 1, Nr. 236, 8.10.1960, S. 1 und S. 5, Nr. 239, 12.10.1960, S. 1, Nr. 240, 13.10.1960, S. 4, Nr. 241, 14.10.1960, S. 1, Nr. 241, 14.10.1960, S. 4, Nr. 242, 15.10.1960, S. 4.

¹⁹⁸¹ Nr. 211, 9.9.1960, S. 1, Nr. 212, 10.9.1960, S. 1 und S.2, Nr. 213, 12.9.1960, S. 1, Nr. 214, 13.9.1960, S. 1, Nr. 215, 14.9.1960, S. 1, Nr. 216, 15.9.1960, S. 2 und 3, Nr. 217, 16.9.1960, S. 1, Nr. 221, 21.9.1960, S. 1, Nr. 225, 26.9.1960, S. 2, Nr. 230, 1.10.1960, S. 1 und S. 17, Nr. 233, 5.10.1960, S. 1, Nr. 234, 6.10.1960, S. 14, Nr. 241, 14.10.1960, S. 1, Nr. 245, 19.10.1960, S. 2, Nr. 284, 5.12.1960, S. 5, Nr. 292, 14.12.1960, S. 1, Nr. 299, 22.12.1960, S. 2, Nr. 300, 23.12.1960, S. 2, Nr. 304, 29.12.1960, S. 1, Nr. 305, 30.12.1960, S. 1.

¹⁹⁸² Nr. 203, 31.8.1960, S. 1, Nr. 204, 1.9.1960, S. 1 und S. 3, Nr. 207, 5.9.1960, S. 3, Nr. 205, 2.9.1960, S. 1, 2 und 3, Nr. 207, 5.9.1960, S. 1.

¹⁹⁸³ Nr. 206, 3.9.1960, S. 1.

Wachsend ins Blickfeld geriet der bevorstehende Machtwechsel in Washington. Bereits seit April thematisierte die „Welt“ sporadisch einzelne Züge des Wahlkampfs und stellte die Kandidaten vor, wobei Kennedy nicht schlecht weg kam.¹⁹⁸⁴ Mit dem Endspurt des Wahlkampfs nahm die Berichterstattung seit Ende Oktober/Anfang November an Intensität und Qualität zu.¹⁹⁸⁵ Größtmöglich wurde der Sieg Kennedys am 10. November aufgemacht. Die verpflichtende Erklärung Kennedys für Deutschland wurde im Kommentar aufs höchste gepriesen. Es hieß, der Befürchtung, dass die Weltmächte sich auf dem Rücken Deutschlands einigten, wäre der Boden entzogen.¹⁹⁸⁶ Umfangreich stellte das Blatt Reden und Taten des „Götterliebings mit bitterer Medizin“ vor.¹⁹⁸⁷ Zehrer sah den Westen im Aufbruch.¹⁹⁸⁸ Von Borch zeigte sich in seinem salbungsvollen Leitartikel vom 19. November überaus angetan von Kennedy und überschüttete ihn mit Vorschußlorbeeren. Er glaubte zudem, in Bonn eine Neigung zu einem biegsameren Ostkurs entdeckt zu haben und ließ wissen, dass die Zeiten des „Bonner Vetos“ mit dem neuen Stil in Washington nicht vereinbar waren.¹⁹⁸⁹ Entsprechend dieser aufgeschlossenen Haltung gegenüber dem neuen Mann schnitt die „Welt“ dessen Pläne an und erwartete Impulse.¹⁹⁹⁰

Schon in Hinblick auf die weitere Entwicklung ist es geboten zu untersuchen, auf welche Weise die „Welt“ über die Entwicklung auf Kuba berichtete. Zunächst war von Borch für die sporadische Information allein zuständig. Später kam Nellessen¹⁹⁹¹ noch hinzu. Der neue Mitarbeiter wurde dem Washingtoner Ressortleiter Ende Oktober von Herrn Cramer als großer Gewinn für die Redaktion angekündigt. Für Nellessen war eine Kuba-Reise vorgesehen; ihm sollte auch nahegelegt werden, mit der OAS¹⁹⁹² in Verbindung zu treten.¹⁹⁹³ Erst im Sommer gewann die Berichterstattung dann an Intensität. Für die Perspektive bestimmend war, dass von Borch aus Washington schrieb. Bereits im Februar

¹⁹⁸⁴ Nr. 83, 7.4.1960, S. 4, Nr. 120, 23.5.1960, S. 1, Nr. 123, 26./27.5.1960, S. 1 und S. 4.

Nr. 132, 8.6.1960, S. 3, Nr. 134, 10.6.1960, S. 3, Nr. 138, 15.6.1960, S. 1, Nr. 148, 28.6.1960, S. 1, Nr. 155, 6.7.1960, S. 1 und S. 5, Nr. 162, 14.7.1960, S. 1, Nr. 165, 18.7.1960, S. 1, Nr. 182, 6.8.1960, S. 5, Nr. 188, 13.8.1960, S. 25, Nr. 214, 13.9.1960, S. 4, Nr. 242, 15.10.1960, S. 5, Nr. 249, 24.10.1960, S. 3, Nr. 251, 26.10.1960, S. 4.

¹⁹⁸⁵ Nr. 255, 31.10.1960, S. 5, Nr. 256, 1.11.1960, S. 5, Nr. 258, 3.11.1960, S. 4, Nr. 259, 4.11.1960, S. 4, Nr. 260, 5.11.1960, S. 3 und S. 4, Nr. 261, 7.11.1960, S. 1, Nr. 262, 8.11.1960, S. 1, Nr. 263, 9.11.1960, S. 1.

¹⁹⁸⁶ Nr. 264, 10.11.1960, S. 1.

¹⁹⁸⁷ Nr. 264, 10.11.1960, S. 3, S. 5.

¹⁹⁸⁸ Nr. 266, 12.11.1960, S. 1.

¹⁹⁸⁹ Nr. 271, 19.11.1960, S. 1.

¹⁹⁹⁰ Nr. 273, 22.11.1960, S. 4, Nr. 2274, 23.11.1960, S. 1.

¹⁹⁹¹ Nellessen, Dr. Bernd (* wohl 1923) studierte Geschichte und kam nach der Arbeit beim „Sonntagsblatt“ 1960 zur „Welt“, wo er es bis zum Leiter Reportagewesen brachte. 1966/67 wechselte der mit Zehrer befreundete Nellessen dann zur „Hannoversche Allgemeine Zeitung“.

¹⁹⁹² Organization of American States.

¹⁹⁹³ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Welt Ausgeschiedene Korrespondenten 1957-67, von Borch, Schreiben Cramers an von Borch vom 25.10.1960.

wußte er von Gerüchten über sowjetische Waffenlieferungen; es war sogar die Rede von einer geplanten Stationierung von Mittelstreckenraketen.¹⁹⁹⁴ Wenn auch der Stil vorherrschend nüchtern blieb, so waren die Berichte vollkommen der amerikanischen Sichtweise verhaftet. In der Optik der „Welt“ erschienen die Vereinigten Staaten als gütiger, pädagogisch handelnder Lehrer, während Castro als schwer erziehbarer Flegel erschien, der sich zudem noch mit den Kommunisten einließ.¹⁹⁹⁵ Der zunehmende Schulterschluss mit Moskau wurde wahrgenommen.¹⁹⁹⁶ Von Borch machte darauf aufmerksam, dass wegen dieser wachsenden Bindungen der „Hinterhof“ der USA zunehmend interessanter wurde.¹⁹⁹⁷ Es wurde auf die strategische Bedeutung der Insel hingewiesen und angeführt, dass die USA es sich nicht leisten konnten, diesen Staat in die Hände eines Gegners fallen zu lassen.¹⁹⁹⁸ So wohlmeinend bereiteten die Journalisten ihr Publikum auf eine mögliche Aktion Washingtons vor. Die „Welt“ legte dar, dass Castro den Sowjets die Tür zur westlichen Hemisphäre einen Spalt weit öffnete. Fraglich erschien, ob es den Russen gelang, die Tür ganz weit aufzustoßen.¹⁹⁹⁹ Auch soziale und ökonomische Gegebenheiten auf der Insel wurden thematisiert.²⁰⁰⁰ Bei der inneren Entwicklung wurden Probleme²⁰⁰¹ und Fluchtmeldungen²⁰⁰² besonders berücksichtigt. Die „Welt“ präsentierte auch Nachrichten über die Eskalation der Entwicklung. Es ging um die Hinrichtung von US-Staatsbürgern auf Kuba.²⁰⁰³ Zudem dürften gerade die relativ vielen Meldungen über die Verstaatlichung amerikanischen Eigentums die wohl unter den Lesern nicht gerade unterrepräsentierten auf Besitz fixierten Bürger doch tüchtig erschreckt haben.²⁰⁰⁴ Als Antwort auf das Vorgehen prognostizierten die Journalisten die Kürzung des US-Zucker-Imports, was auch eintraf.²⁰⁰⁵ Viele Amerikaner verließen die Insel.²⁰⁰⁶ Washington wurde im Medium in der Rolle des Warnenden und Protestierenden dargestellt.²⁰⁰⁷ Anfang September meinten die Journalisten, dass Castro keine Hemmungen mehr zeigte, sich offen zum kommunistischen Block zu bekennen. Unter dem Druck der Auseinandersetzung mit den USA und dem der Kommunisten seiner Umgebung – so

¹⁹⁹⁴ Nr. 33, 9.2.1960, S. 3.

¹⁹⁹⁵ Nr. 90, 16.4.1960, S. 5.

¹⁹⁹⁶ Nr. 38, 15.2.1960, S. 1, Nr. 131, 7.6.1960, S. 3, Nr. 166, 19.7.1960, S. 1, Nr. 185, 10.8.1960, S. 3, Nr. 248, 22.10.1960, S. 4. Nr. 303, 28.12.1960, S. 1.

¹⁹⁹⁷ Nr. 135, 11.6.1960, S. 1.

¹⁹⁹⁸ Nr. 136, 13.6.1960, S. 3.

¹⁹⁹⁹ Nr. 174, 28.7.1960, S. 3.

²⁰⁰⁰ Nr. 34, 10.2.1960, S. 3, Nr. 149, 29.6.1960, S. 5, Nr. 247, 21.10.1960, S. 5.

²⁰⁰¹ Nr. 148, 28.6.1960, S. 4, Nr. 237, 10.10.1960, S. 5, Nr. 256, 1.11.1960, S. 5, Nr. 261, 7.11.1960, S. 1, Nr. 284, 5.12.1960, S. 1, Nr. 287, 8.12.1960, S. 4.

²⁰⁰² Nr. 180, 4.8.1960, S. 1, Nr. 256, 1.11.1960, S. 1, Nr. 277, 26.11.1960, S. 24.

²⁰⁰³ Nr. 241, 14.10.1960, S. 1, Nr. 243, 17.10.1960, S. 1.

²⁰⁰⁴ Nr. 146, 25.6.1960, S. 1, Nr. 150, 30.6.1960, S. 4, Nr. 151, 1.7.1960, S. 2, Nr. 152, 2.7.1960, S. 4, Nr. 183, 8.8.1960, S. 1, Nr. 219, 19.9.1960, S. 5, Nr. 242, 15.10.1960, S. 4.

²⁰⁰⁵ Nr. 153, 4.7.1960, S. 1, Nr. 156, 7.7.1960, S. 1.

²⁰⁰⁶ Nr. 158, 9.7.1960, S. 4.

²⁰⁰⁷ Nr. 159, 11.7.1960, S. 4, Nr. 165, 18.7.1960, S. 4.

wurde vermutet – sah er sich genötigt, sich der sowjetischen Protektion auszuliefern.²⁰⁰⁸ Die „Welt“ übernahm dann die Washingtoner Sprachregelung, derzufolge die in der Karibik eingesetzten Einheiten der US-Navy eine mögliche Invasion kubanischer Truppen in Nicaragua unterbanden.²⁰⁰⁹ Nellesens Reportagen brachten ein wenig Farbe in die sonst so eintönige Berichterstattung.²⁰¹⁰ Er war dabei hin- und hergerissen zwischen Sympathie für den sozialen Schwung des Regimes und dem Entsetzen über den eingeschlagenen Weg.²⁰¹¹ Insgesamt erschienen die USA eher als Opfer und Getriebene der Entwicklung. In der Zusammenstellung der überwiegend negativen Meldungen erinnerte die Berichterstattung an die aus der DDR, wenn sie auch weit weniger facettenreich und intensiv war. Dafür ging es in der Karibik wilder und bunter zu.

Die Entwicklung des sowjetisch-chinesischen Verhältnisses wurde punktuell mit Seitenblicken von der „Welt“ verfolgt. In den Beiträgen wurde auf die wachsende ideologische Kluft zwischen beiden Mächten hingewiesen.²⁰¹² Im August analysierte das Blatt die Unterschiede zwischen den Regimen und hielt Maos Herrschaft für gefestigter und umfassender. Jede sowjetische Annäherung an den Westen trafe auf den Widerstand der chinesischen Führung. Einen offenen Streit könnte sich der Kreml nicht leisten.²⁰¹³ Seit Oktober fanden sich Nachrichten über Bemühungen die Meinungsstreitigkeiten zu überbrücken.²⁰¹⁴

4.3.2. Das Wettrüsten

Zu Jahresbeginn informierte die „Welt“ darüber, dass die Sowjets mit neuen Versuchen ihren Vorsprung in der Eroberung des Weltraums ausbauten.²⁰¹⁵ Die Journalisten räumten schon ein, dass dies in den USA Überraschung und Betroffenheit auslöste, und wiesen darauf hin, dass die Russen ihre Super-Raketen demonstrativ vorführten.²⁰¹⁶ Von Borch deutete die „kosmische Politik“ Moskaus als Beleg einer höheren Dimension der Machtentfaltung.²⁰¹⁷ Zu den präsentierten verunsichernden Meldungen gehörten Chruschtschows Prahlereien mit den ihm zu Gebote stehenden imponierenden Waffen und

²⁰⁰⁸ Nr. 211, 9.9.1960, S. 2.

²⁰⁰⁹ Nr. 271, 19.11.1960, S. 1.

²⁰¹⁰ Nr. 296, 19.12.1960, S. 3.

²⁰¹¹ Nr. 299, 22.12.1960, S. 3.

²⁰¹² Nr. 85, 9.4.1960, S. 1, Nr. 99, 28.4.1960, S. 3, Nr. 129, 3.6.1960, S. 5, Nr. 138, 15.6.1960, S. 4, Nr. 139, 16./17.6.1960, S. 4, Nr. 142, 21.6.1960, S. 4, Nr. 144, 23.6.1960, S. 4, Nr. 147, 27.6.1960, S. 4, Nr. 189, 15.8.1960, S. 1, Nr. 202, 30.8.1960, S. 1, Nr. 209, 7.9.1960, S. 3, Nr. 214, 13.9.1960, S. 2.

²⁰¹³ Nr. 180, 4.8.1960, S. 3.

²⁰¹⁴ Nr. 249, 24.10.1960, S. 4, Nr. 275, 24.11.1960, S. 4, Nr. 286, 7.12.1960, S. 1 und S. 5, Nr. 287, 8.12.1960, S. 4.

²⁰¹⁵ Nr. 3, 5.1.1960, S. 1, Nr. 4, 6.1.1960, S. 1.

²⁰¹⁶ Nr. 7, 9.1.1960, S. 1.

²⁰¹⁷ Nr. 9, 12.1.1960, S. 1.

dem großen Vorsprung in Entwicklung und Produktion der Interkontinentalraketen. Er kündigte zudem an, bald über „phantastische“ neue Waffen zu verfügen.²⁰¹⁸ Die wohl etwas besorgte Redaktion stellte die umgehende Washingtoner Reaktion in Gestalt der Freigabe von Finanzmitteln und der forcierten Entwicklung für den Weltraumsektor dar.²⁰¹⁹ Mit einem Artikel über die Bereitstellung eindrucksvoller Summen für die nationale Sicherheit der USA wurde dies noch vertieft.²⁰²⁰ Nicht ohne Stolz wurde zudem die Entwicklung der von U-Booten zu startenden „Polaris“-Rakete vorgestellt. Für das nächste Jahr wurde der Start von Satelliten und Mondraketen in Aussicht gestellt.²⁰²¹ Das Blatt druckte auch eine Äußerung des US-Verteidigungsministers ab, der erklärte, militärisch nicht unterlegen zu sein. Die gegnerische Überlegenheit bei den Langstreckenraketen würde durch das größere amerikanische Potential an Bombenflugzeugen mehr als ausgeglichen. Er ließ wissen, aufgrund von Spionage über den Stand der russischen Rüstungsanstrengungen im Bild zu sein.²⁰²² Das dank dieser Informationen wieder einigermaßen hergestellte Vertrauen des Publikums erlitt aber durch neue Nachrichten aus den USA, die die Redaktion durchaus hätte ausfiltern können, einen Dämpfer. Dies spricht nicht gerade für straff organisierte und konsequente Informations-Lenkung. Thematisiert wurden in unauffälligen Beiträgen die Absturzgefährdung von US-Atombombern,²⁰²³ Satellitenfehlstarts²⁰²⁴ und die Äußerung eines US-Militärs, der die Verteidigungsmöglichkeiten gegenüber einem Raketenangriff als unzureichend bezeichnete. Gleichzeitig wurde wahrgenommen, dass die sowjetische Führung die Treffsicherheit ihrer Raketen rühmte.²⁰²⁵ Am 11. Februar registrierte das Blatt die Existenz eines unbekanntem Satelliten im All, der nach Lage der Dinge nur den Sowjets zuzuschreiben war. Neben dieser östlichen Demonstration der Leistungsfähigkeit griff die Redaktion Vorwürfe der Washingtoner Opposition auf, die die Regierung anklagte, das Raketenprogramm vernachlässigt zu haben. Weiter war zu erfahren, dass sich die Auseinandersetzung innerhalb der militärischen Führung über das Rüstungsverhältnis zur Sowjetunion verschärfte.²⁰²⁶ Solche verunsichernden Informationen wurden durchaus gehäuft an die Leserschaft herangetragen. Auch von Borch befasste sich mit der zentralen Frage der militärischen Stärke der USA und wies darauf hin, dass es innerhalb der Führung Meinungsverschiedenheiten gab und dass das Vertrauen der Öffentlichkeit in die

²⁰¹⁸ Nr. 12, 15.1.1960, S. 1 und S. 5.

²⁰¹⁹ Nr. 13, 16.1.1960, S. 4.

²⁰²⁰ Nr. 15, 19.1.1960, S. 1.

²⁰²¹ Nr. 15, 19.1.1960, S. 4.

²⁰²² Nr. 16, 20.1.1960, S. 1.

²⁰²³ Nr. 24, 29.1.1960, S. 1.

²⁰²⁴ Nr. 31, 6.2.1960, S. 4, Nr. 43, 20.2.1960, S. 4.

²⁰²⁵ Nr. 33, 9.2.1960, S. 4.

²⁰²⁶ Nr. 35, 11.2.1960, S. 1.

Richtigkeit der Militärpolitik ramponiert war. Die Autorität des Präsidenten würde offen in Frage gestellt. Der Vorwurf der mangelnden Beschleunigung des Raketenprogramms wurde wiederholt.²⁰²⁷ Maximale mediale Unterstützung einer angeschlagenen Regierung sah doch ganz anders aus; der unsichere Eindruck wurde durchaus widerspiegelt. Die Redaktion enthielt sich aber gewohnt vorsichtig einer eigenen Stellungnahme. Die Lektüre dürfte das Publikum schon in Maßen beunruhigt haben. Im als zentral aufgefassten Wettlauf im All konnte endlich im März ein Erfolg in Cap Canaveral verbucht werden.²⁰²⁸ Dies wurde von der Redaktion nach der nun nachträglich eingestandenem Serie sowjetischer Triumphe und Kette eigener deprimierender Niederlagen als Hoffnungsschimmer für den Westen gedeutet. Auch wenn die USA im Rückstand waren, so schienen sie doch nicht ganz ausgeschaltet.²⁰²⁹ Wohlwollend stellten die Journalisten vor, dass die USA vorbereitende Studien zur Anlage militärischer Stützpunkte auf dem Mond betrieben.²⁰³⁰ Bald konnten weitere amerikanische Fortschritte gemeldet werden.²⁰³¹ Dabei wurde eingeräumt, dass die russischen Raketen über mehr Schubkraft verfügten; kompensatorisch wurde dafür der Vorsprung der USA bei den Überwachungssatelliten herausgestellt.²⁰³² Es folgte die Wiedergabe optimistischer amerikanischer Prognosen für die Raumfahrt.²⁰³³ Doch wurden auch weiterhin Momente westlicher Schwäche von den Journalisten thematisiert.²⁰³⁴ Otto Merk befasste sich nach dem sowjetischen Raumschiffeinsatz anlässlich der Pariser Gipfelkonferenz mit dem Wettlauf im All. Nach russischen Angaben waren die Voraussetzungen für die menschliche Raumfahrt bis auf das Problem der Rückkehr geklärt. Merk fragte sich, ob die Russen wirklich über ein „Re-Entry-Vehicle“ verfügten. Dann legte er dar, dass die Amerikaner mit großer Tatkraft ihr Programm absolvierten. Diese verfügten jetzt über einen Aktivposten; es handelte sich um Kapseln, die die Hitze beim Eintritt in die Atmosphäre überstanden. Deshalb suchten sie schon künftige Astronauten aus. Mit Spannung wurde erwartet, wer den Pionier der bemannten Raumfahrt stellen würde.²⁰³⁵ Es klangen schon bald Befürchtungen an, dass die Sowjets Sieger sein würden.²⁰³⁶ Rolf Görtz bezeichnete im Mai Raketenstarts als „Hunderennen unserer Zeit; eine neue Sensation, nicht mehr“. In der Tat wurde nicht mehr jeder Fall als große Attraktion behandelt. Doch auch er musste die große Zahl von US-

²⁰²⁷ Nr. 45, 23.2.1960, S. 3.

²⁰²⁸ Nr. 61, 12.3.1960, S. 1.

²⁰²⁹ Nr. 62, 14.3.1960, S. 3.

²⁰³⁰ Nr. 69, 22.3.1960, S. 1.

²⁰³¹ Nr. 85, 9.4.1960, S. 4.

²⁰³² Nr. 89, 14./15.4.1960, S. 1.

²⁰³³ Nr. 94, 22.4.1960, S. 44, Nr. 99, 28.4.1960, S. 1.

²⁰³⁴ Nr. 108, 9.5.1960, S. 4.

²⁰³⁵ Nr. 115, 17.5.1960, S. 3 und S. 5.

²⁰³⁶ Nr. 157, 8.7.1960, S. 4.

Fehlschlägen eingestehen.²⁰³⁷ Nicht ohne Stolz schrieb Merk dann einen Monat später über den Fortschritt des „Saturn“-Projekts. Mit dieser Riesenrakete wollten die USA die Führung im All an sich reißen.²⁰³⁸ Als im Juli der Einsatz einer russischen Rakete mit enormer Reichweite registriert wurde, wies die „Welt“ beruhigend darauf hin, dass ein US-System noch weiter fliegen konnte.²⁰³⁹ Die Redaktion ließ auch wissen, dass die russische Bevölkerung sich fragte: „Was habe ich schon von den Sputniks?“ und mit dem Lebensstandard haderte.²⁰⁴⁰ So ein Hinweis trug zur Zufriedenheit des Publikums mit dem eigenen Lager bei. Die Redaktion verfolgte die durchwachsene Entwicklung weiter. Neben einigen Fehlschlägen in Cap Canaveral²⁰⁴¹ war eine ganze Serie amerikanischer Erfolge zu verbuchen.²⁰⁴² Seit dem Sommer bot es sich angesichts des besseren Tatsachenhintergrunds an, die Scheinwerfer nach Florida zu richten. Thematisiert wurden auch Pläne für die bemannte US-Raumfahrt.²⁰⁴³ Ungeduld klang schließlich Anfang Oktober bei der Frage an, wann mit dem Start der ersten Astronauten zu rechnen war.²⁰⁴⁴ Die „Welt“ wies auch auf das vermutete Scheitern eines sowjetischen Versuchs hin.²⁰⁴⁵ Anfang Dezember schossen die Russen eine mit Tieren bevölkerte Kapsel ins All. Bei Erfolg rechneten die Journalisten damit, dass im nächsten „Sputnik“ ein Mensch die Reise um die Erde antreten würde. Angesichts dieser Aussichten bauschte die Redaktion vorsichtshalber kompensatorisch einen ganz anderen Vorgang – die Schaffung einer beweglichen Eingreiftruppe der NATO – als Sensation auf.²⁰⁴⁶ Bald wurde das Verglühen des russischen Raumschiffs registriert.²⁰⁴⁷ Verblüffenderweise werteten die Journalisten diesen Misserfolg aber als Fortschritt und interessierten sich nicht mehr für das Problem der Rückkehr.²⁰⁴⁸ Auch weiterhin fielen die aus Cap Canaveral präsentierten Nachrichten durchwachsen aus.²⁰⁴⁹ Überwiegend blieb die Redaktion eher wie gewohnt bemüht, die Dinge günstig für die USA darzustellen; Schwächen wurden jedoch offener angesprochen als im Vorjahr. Bei dieser Darstellung handelte es sich nicht um die Umsetzung einer Anweisung von oben, sondern um eine eher unbewußte journalistische Parteinahme in diesem Ringen, die noch durch die Technikbegeisterung des Berichterstatters Bärwolf

²⁰³⁷ Nr. 118, 20.5.1960, S. 3.

²⁰³⁸ Nr. 143, 22.6.1960, S. 3.

²⁰³⁹ Nr. 155, 6.7.1960, S. 5.

²⁰⁴⁰ Nr. 148, 2.8.1960, S. 3.

²⁰⁴¹ Nr. 176, 30.7.1960, S. 1, Nr. 181, 5.8.1960, S. 1, Nr. 182, 6.8.1960, S. 5.

²⁰⁴² Nr. 180, 13.8.1960, S. 1, Nr. 215, 14.9.1960, S. 1, Nr. 243, 17.10.1960, S. 1, Nr. 251, 26.10.1960, S. 5, Nr. 255, 31.10.1960, S. 1 und S. 4, Nr. 269, 16./17.11.1960, S. 1.

²⁰⁴³ Nr. 190, 16.8.1960, S. 4, Nr. 194, 20.8.1960, S. 4, Nr. 197, 24.8.1960, S. 1.

²⁰⁴⁴ Nr. 230, 1.10.1960, S. 3.

²⁰⁴⁵ Nr. 242, 15.10.1960, S. 4.

²⁰⁴⁶ Nr. 282, 2.12.1960, S. 1.

²⁰⁴⁷ Nr. 283, 3.12.1960, S. 1.

²⁰⁴⁸ Nr. 283, 3.12.1960, S. 3.

²⁰⁴⁹ Nr. 294, 16.12.1960, S. 3, Nr. 297, 20.12.1960, S. 1 und S. 4.

gesteigert wurde.²⁰⁵⁰ Dass die bereits im Vorjahr mehrfach angekündigte bemannte US-Raumfahrt ausfiel, wurde taktvoll mit Schweigen übergangen. Zum Jahresende vermittelte die „Welt“ beinahe den Eindruck, als handelte es sich fast um ein Kopf-an-Kopf-Rennen. Verglichen mit diesem als zentral behandelten Aspekt wurden andere Bereiche des Wettrüstens nachrangig behandelt.

Eher beiläufig führte das Blatt dem Publikum die amerikanischen Verteidigungsanstrengungen vor Augen.²⁰⁵¹ Als Aktivposten wurde dabei das weltweite Stützpunktnetz herausgestrichen.²⁰⁵² Doch wurde eingeräumt, dass feste Stützpunkte an Bedeutung verloren, während Interkontinentalgeschosse und mobile Abschussrampen wichtiger wurden. Als „ideale“ Vergeltungswaffe priesen die Journalisten die U-Boot gestützte „Polaris“-Rakete; es war gar von unverwundbarer Abschreckung die Rede.²⁰⁵³ Mehrfach wurde das Polaris-U-Boot thematisiert.²⁰⁵⁴ Das Waffensystem beeindruckte einen Journalisten so sehr, dass er damit das Gleichgewicht der Mächte wieder hergestellt sah.²⁰⁵⁵ Neben Beiträgen, die die militärische Stärke der Führungsmacht betonten, fanden sich auch solche eingestreut, die diese massiv in Frage stellten.²⁰⁵⁶ Es war also nicht nur positives für das westliche Lager im Blatt zu lesen. Im Dezember erläuterte die Redaktion der Leserschaft die strategische Bedeutung der neuen U-Boot gestützten „Polaris“- und der mobilen „Pershing“-Mittelstrecken-Raketen, die in der Kürze der Zeit bis zum Einschlag im sowjetischen Zielgebiet lag.²⁰⁵⁷

Insgesamt sprach die Redaktion in diesem Jahr die Themen Zivilschutz und Gefahren des Atomkriegs nur selten an. Anfang März thematisierte die „Welt“ etwa den westdeutschen Luftschutz; die Informationen offenbarten eklatante Mängel in allen Bereichen. Trotzdem war der Ton sachlich; ja es klang Anerkennung an. Es fand sich keine Andeutung, dass im Falle eines Atomkriegs selbst bei gutem Vorbereitungsstand die Überlebenschancen nur gering waren.²⁰⁵⁸ Auf einer Redaktionskonferenz wurde ja besprochen, die unzureichenden Vorkehrungen positiv darzustellen.²⁰⁵⁹ Knappe Beiträge informierten zudem über die Verhältnisse in den USA. Dort wurde ein neues Alarmsystem in den Vordergrund gestellt²⁰⁶⁰ und die Anordnung für den Regierungs-Bunkerbau nüchtern mitgeteilt.²⁰⁶¹ Im

²⁰⁵⁰ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

²⁰⁵¹ Nr. 121, 24.5.1960, S. 1, Nr. 163, 15.7.1960, S. 2, Nr. 166, 19.7.1960, S. 1, Nr. 217, 16.9.1960, S. 1, Nr. 244, 18.10.1960, S. 1 Nr. 291, 13.12.1960, S. 1, Nr. 295, 17.12.1960, S. 1.

²⁰⁵² Nr. 146, 25.6.1960, S. 25.

²⁰⁵³ Nr. 158, 9.7.1960, S. 25.

²⁰⁵⁴ Nr. 110, 11.5.1960, S. 1, Nr. 253, 28.10.1960, S. 1.

²⁰⁵⁵ Nr. 247, 21.10.1960, S. 3.

²⁰⁵⁶ Nr. 158, 9.7.1960, S. 25.

²⁰⁵⁷ Nr. 295, 17.12.1960, S. 33.

²⁰⁵⁸ Nr. 52, 2.3.1960, S. 2.

²⁰⁵⁹ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

²⁰⁶⁰ Nr. 56, 7.3.1960, S. 1.

²⁰⁶¹ Nr. 86, 11.4.1960, S. 4.

August wurde beispielsweise die Äußerung eines sowjetischen Vertreters zu den Folgen eines Atomkriegs für den Ostblock abgedruckt. Er ging von millionenfachem Tod und verheerenden Wirkungen aus.²⁰⁶² Unter der höhnischen Überschrift: „Prominenz in ‚Führer‘-Bunkern – Die Luftschutzbeauftragten der Zone werden aktiv“ fand sich eine genaue Schilderung des Ablaufs einer Alarmübung für einen DDR-Funktionär; dabei wurde der Stand der Luftschutzvorbereitungen angerissen.²⁰⁶³ Geringschätzung klang an, weil nur an die Rettung der Funktionäre gedacht war. Dass die Dinge in der Bundesrepublik auch nicht anders lagen und dass es dort ebenfalls solche Übungen geben mußte, wurde nicht reflektiert.²⁰⁶⁴ Einige Monate später präsentierten die Journalisten in einer winzigen Notiz und in neutralem Ton die Grundsteinlegung eines Atombunkers in Hamburg. Dieser und der noch geplante Schutzraum konnte nur einer kleinen Zahl von Menschen dienen; folglich war die Masse der Bevölkerung hilflos einem Angriff ausgeliefert, was unkommentiert blieb.²⁰⁶⁵ Zum Jahresende räumte die „Welt“ dann ein, dass es auch langfristig nicht genug Schutzraum geben würde und dass Bunker nur einer kleinen Zahl vorübergehend relative Sicherheit boten.²⁰⁶⁶ Vorsichtig übers Jahr verteilt trug die Redaktion in beiläufiger Form und in zumeist sachlichem Ton fragmentarisch Information an die Leserschaft heran, die bei Einsatz des Verstandes Einblick in die hoffnungslose Lage gewinnen konnte. Auf das Ausmalen eines bedrückenden apokalyptischen Szenarios für die westliche Gemeinschaft wurde hingegen weitgehend verzichtet. Angesichts der Unabänderlichkeit des Loses und einer Krisensituation, in der Chruschtschow die Ängste im Westen zu schüren bemüht war, erscheint diese Art der Aufbereitung doch letztlich nicht zu beanstanden.

4.3.3. Die Deutschen und die Einheit

In nur wenigen Ausgaben pro Monat wurde das Thema vorzugsweise in kleinen Notizen und mittleren Beiträgen zumeist auf den ersten Seiten angesprochen. Es fällt auf, dass die vom Vorjahr gewohnten Leitartikel, in denen der Chefredakteur für die Einheit warb, mittlerweile weitgehend wegfielen. Schon anhand der doch recht geringen medialen Aufbereitung ist ersichtlich, dass die Redaktion dem Anliegen, das Interesse an der Wiedervereinigung wachzuhalten, nicht zufriedenstellend nachkam. Es fehlte schon an Ereignissen, die sich gut aufbauen ließen. Anfang Januar druckte das Blatt die Neujahrsbotschaft des Bundespräsidenten mit der üblichen Qual wegen der unerreichten

²⁰⁶² Nr. 186, 11.8.1960, S. 3.

²⁰⁶³ Nr. 199, 26.8.1960, S. 3.

²⁰⁶⁴ Nr. 199, 27.8.1960, S. 3.

²⁰⁶⁵ Nr. 241, 14.10.1960, S. 6.

²⁰⁶⁶ Nr. 3303, 28.12.1960, S. 6.

Wiedervereinigung ab. Die Menschenrechte, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, der niemals erlöschende Schmerz und sogar die Opferbereitschaft für die Landsleute im Osten wurden als Argumente für das unbeirrbar anzustrebende Ziel aufgeföhren.²⁰⁶⁷ Zwar nicht für dieses Jahr aber für 1964 hat sich übrighens ein freundlicher Brief Zehrer an Lübke für eine wohl ähnliche Rede erhalten. Der Bundespräsident wurde auch noch gleich zum Presseball nach Berlin eingeladen.²⁰⁶⁸ Die wenigen Verbündeten im Geiste wurden also pfleglich behandelt und nach Möglichkeit eingespannt. Es bestand aber kein freundschaftliches Verhältnis zwischen Zehrer und Lübke.²⁰⁶⁹ Nachdem in den Jahren zuvor der Mangel an Enthusiasmus in der Bevölkerung für die Einheit nach Kräften von der Redaktion und insbesondere vom Chefredakteur übersehen worden war bzw. dagegen an argumentiert worden war, erreichte das Medium nun – allerdings nur im Einzelfall – eine neue Qualität in der manifesten Meinungsbeeinflussung. Albrecht von Kessel griff mit bisher nicht gekannter Schonungslosigkeit und Schärfe die lauen Mitbürger an, die er fast in die Ecke von Staatsfeinden stellte, um deren Haltung zu stigmatisieren und eine unerwünschte Meinungsäußerung zu unterbinden: „Dagegen müssen wir uns mit einer Kategorie von Bundesbürgern auseinandersetzen, die ohne sich dessen bewusst zu sein, unsere staatliche Substanz untergraben. Wir meinen jene Menschen, deren Egoismus ebenso schrankenlos ist wie ihr Mangel an Mut. Sie wollen sich nach allen Seiten Liebkind machen, um jede Unbequemlichkeit, jedes Opfer zu vermeiden. Ihre Taktik beginnt mit der Rückversicherung gegenüber dem Osten: Sie verbieten ihren Ehefrauen – wir wissen von solchen Fällen – Pakete an bedürftige Verwandte in der Zone zu schicken, weil der Name des Absenders angegeben werden muß. Nach Berlin wagen sie nicht zu fliegen, geschweige denn mit dem Auto zu fahren. Denn in maßloser Selbstüberschätzung glauben sie, der östliche Sicherheitsdienst werde sie als Absender eines harmlosen Pakets, als Gast eines regulären Flugzeugs auf eine Schwarze Liste setzen, weil sie repräsentativ – für was eigentlich? – seien. Und bei jeder Kundgebung für die Wiedervereinigung tönen sie mit, um sich auch in diese Richtung abzudecken. In Wirklichkeit jagt ihnen der Gedanke an eine Wiedervereinigung einen Schrecken ein. Sie sind dagegen, 17 Millionen Menschen, über deren wirtschaftliche, soziale und parteipolitische Linie man so wenig wisse, ein Mitspracherecht zu geben. Würden diese Menschen denn, so fragen sie, die richtige Partei wählen, mit uns gemeinsam um das Goldene Kalb tanzen und, sollten ihre Schuhe dabei kaputt gehen, diese auch als Spesen von der Steuer absetzen. Würden sie nicht ehrliche und

²⁰⁶⁷ Nr. 1, 2.1.1960, S. 2; im umfangreichen Artikel stehen diese Ausführungen unter der Teilüberschrift: Zonengrenze geht mitten durch Familien.

²⁰⁶⁸ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 27, Brief Hans Zehrer an Bundespräsident Lübke vom 5.1.1964.

²⁰⁶⁹ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

ernsthafte Spielverderber sein? Ja, wenn man bestimmt wüsste, daß man bei der Wiedervereinigung die Fabriken, die Geschäftshäuser und Grundstücke, die der eigenen Firma drüben gehörten, anstandslos vereinnahmen könnte, so ließe sich über manches reden. Alles in allem aber, so meinten sie, sei es doch weniger riskant, den Eisernen Vorhang und das eigene Gewissen abzudichten. Natürlich werden diese Wunderkinder ihre Einstellung nicht offen zur Schau tragen, am wenigsten im Inland. Im Ausland fühlen sie sich schon freier. Gegenüber Ausländern lassen sie die Maske schon bald fallen. Sie erklären dann jedem, der es hören will, aus innenpolitischen Gründen könne man sich nicht offen gegen die Wiedervereinigung aussprechen; in Wirklichkeit aber wolle sie niemand, der etwas zu sagen habe. In ihrer grenzenlosen Naivität merken sie gar nicht, was sie damit anrichten: Viele unserer Freunde im Ausland sind durch dies Gerede zu der Überzeugung gelangt, wir Westdeutschen seien an der Wiedervereinigung nicht interessiert. Chruschtschow, dem diese Dinge längst zu Ohren gelangt sind, kann sich die Hände reiben.²⁰⁷⁰ Auch der Verleger hielt die im Ausland zu verspürende Skepsis hinsichtlich des bundesdeutschen Willens zur Einheit für außerordentlich gefährlich.²⁰⁷¹ Der Vorsitzende des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ sorgte sich übrigens ebenfalls in dieser Angelegenheit.²⁰⁷² Angesichts der im Beitrag aufgezählten mannigfaltigen opportunistischen Verhaltensweisen und Auffassungen mag sich mancher Leser heimlich wiedererkannt und ins Gebet genommen gefühlt haben. Vielleicht lässt sich von Kessels Artikel als verzweifelte Reaktion auf die verbreitete Gleichgültigkeit deuten. Da es jedoch ein vereinzelter Ausfall blieb und auch sonst direkte mildere Kritik am eigenen zahlenden Publikum unterblieb ist es gut möglich, dass von Kessel sich vergaloppierte und von Zehrer zurückgepiffen wurde. Er lag jedoch im Prinzip auf einer Linie mit dem Verleger, der gegen die Lauheit in Westdeutschland vorgehen wollte.²⁰⁷³ Für den Rest des Jahres wurde – doch recht gemäßigt – die Präsentation von in die gewünschte Linie passenden Nachrichten und Äußerungen bevorzugt. Es wurden – recht wenige und nicht unbedingt zündende – Erklärungen in- und ausländischer Politiker mäßig exponiert dargestellt. So äußerte etwa der einstige US-Außenminister Acheson, die Aufrichtigkeit und Tiefe des Wunsches der Deutschen nach Einheit persönlich nicht anzuzweifeln. Es war dabei aber auch davon die Rede, dass die Westdeutschen nach verbreiteter Auffassung in Wahrheit

²⁰⁷⁰ Nr. 34, 10.2.1960, S. 3.

²⁰⁷¹ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959, Unterordner Tagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ am 27.11.1959, Vortrag AS, S. 1 f.

²⁰⁷² Schütz lud bereits zu Beginn des Jahres 1959 zu einer Sitzung des Kuratoriums wegen des mangelnden Willens zur Wiedervereinigung ein. Er hielt es für notwendig, den Eindruck dieses Willens gegenüber dem Ausland zu ändern. So: Meyer, S. 187 f.

²⁰⁷³ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Stichworte zur Rede vom 22.09.1959, Betriebsfest, S. 12.

nicht daran interessiert waren, wenn dies auch als „Märchen“ abgetan wurde.²⁰⁷⁴ Abgedruckt wurde auch eine Äußerung Lübkes, der zwar keinen Zeitraum nennen konnte, sich aber überzeugt gab, die Einheit erreichen zu können. Lübke erklärte wie in einer frommen Sonntagsrede: „Das ganze Volk würde keinen Augenblick zögern, alles das, was Reichtum, Wohlhabenheit und Sicherheit bedeutet, aufzugeben und von vorn wieder anzufangen, wenn damit Deutschlands Einheit und Freiheit wieder hergestellt werden könnte.“²⁰⁷⁵ Diese Behauptung stand im Widerspruch zur auch von der „Welt“ eingeräumten verbreiteten Haltung. Selbst der Chefredakteur hatte ja in seinen Leitartikeln den Mangel an Risikobereitschaft beklagt. Erkennbar war, dass selbst das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ nicht allzu rasch mit der Einheit rechnete. Es ließ von Spendengeldern – es mußte ja etwas Vorzeigbares damit getan werden – eine Begegnungsstätte an der Zonengrenze bauen.²⁰⁷⁶ Zeitgleich mit dem Beginn der Pariser Gipfelkonferenz informierte die „Welt“ exponiert und mit Fotos über die vom Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ organisierten Massenkundgebungen mit dem Anliegen des Appells an die Großmächte, das Selbstbestimmungsrecht auch für Deutschland gelten zu lassen. Im Mittelpunkt stand die Hamburger Veranstaltung mit der ausführlichen Vorstellung des Ablaufs und der Auszüge der gehaltenen Reden. Die Präsentation fiel hier positiv-würdigend und recht sachlich aus.²⁰⁷⁷ Aufgrund der unerwarteten Beendigung des Gipfeltreffens entfiel der Hintergrund für die vom Kuratorium geplante „Selbstbestimmungs“-Kampagne. Folglich fielen mehrere Demonstrationen aus.²⁰⁷⁸ Die Redaktion griff dann mühsam im Bestreben um Erfüllung der verlegerischen Prämisse nach jedem patriotischen Strohalm. Sie präsentierte die wenigen geplanten oder realisierten kleinen Aktionen in mittleren Artikeln auf Seite eins und zwei.²⁰⁷⁹ Trotz der Dürftigkeit auf der Tatsachenebene hätte sich doch mit attraktiven Fotos von den Aktivisten und mit Begeisterung im Ton mehr aus der Sache machen lassen. Im Umfeld des nationalen Gedenktags wurden mehr Beiträge produziert. Die Gestaltung des 17. Juni wurde wesentlich vom Kuratorium geprägt, mit dem Springer im Konsens stand, eine Massenbewegung zu initiieren.²⁰⁸⁰ Anlässlich des Jahrestags²⁰⁸¹ wurde eine Erklärung des Hamburger Bürgermeisters Max Brauer²⁰⁸² abgedruckt. Er sprach bereits vom Bestehen

²⁰⁷⁴ Nr. 51, 1.3.1960, S. 4.

²⁰⁷⁵ Nr. 58, 9.3.1960, S. 1.

²⁰⁷⁶ Nr. 68, 21.3.1960, S. 2.

²⁰⁷⁷ Nr. 115, 17.5.1960, S. 1, S. 6.

²⁰⁷⁸ Meyer, S. 200.

²⁰⁷⁹ Nr. 128, 2.6.1960, S. 1, Nr. 138, 15.6.1960, S. 2.

²⁰⁸⁰ Kreuz, S 94 f.

²⁰⁸¹ Das unerwartete Gipfelende wirkte sich nicht auf die Gestaltung des Feiertags aus; dieser wurde wie geplant begangen. Die Beteiligung war reger als ein Jahr zuvor. Als zusätzliches Gestaltungselement wurde der Stafettenlauf eingeführt. So: Meyer, S. 196 und S. 200.

²⁰⁸² Brauer, Max (*1887, gest. 1973) war sozialdemokratischer Politiker. Brauer fungierte von 1919-33 als

einer unübersteigbaren Mauer. Brauer behauptete, dass in der Bundesrepublik das Äußerste getan würde, um den Willen zur Wiedervereinigung in der Bevölkerung zu stärken und das Gefühl der geistigen und menschlichen Einheit aller Deutschen in der Jugend wachzurufen und wachzuhalten.²⁰⁸³ Der Verbündete in diesem Anliegen aus der Print-Branche präsentierte am 18. Juni im Aufmacher den Bericht über die zentrale Gedenkfeier mit Lübkes gequälter Forderung: „Gebt uns endlich das Recht auf Selbstbestimmung.“²⁰⁸⁴ Es hieß im ganzen Land gedachten zehntausende in großen Kundgebungen der Opfer, was nicht wirklich eindrucksvoll klang. Die Millionenmassen zogen es offenbar vor, den amtlichen Feiern fernzubleiben und sich privat über den freien Tag zu freuen. Nichts desto trotz gaben sich die Journalisten angetan von den an der Grenze stattfindenden Feiern mit jungen Menschen, brennenden Feuerstößen und dem Singen der Nationalhymne.²⁰⁸⁵ Es sei daran erinnert, dass sich in den Unterlagen Springers ein Vortrag seines Gesinnungsfreunds Lemmer befindet, der darin ausführte, mit Geschlossenheit und „innerer Leidenschaft“ die skeptische Jugend für das Anliegen der Einheit gewinnen zu wollen.²⁰⁸⁶ Bald bemängelten die redaktionellen Mitarbeiter beim westdeutschen Filmschaffen das Fehlen von Produktionen zum Thema deutsch-deutsche Grenze. Die Kulturfunktionäre der „Sowjetzone“ erschienen hier glatt als leuchtendes Beispiel in der Erfüllung ihres agitatorischen Solls.²⁰⁸⁷ In den erhaltenen DDR-Meldungs-Fragmenten des Verlegers findet sich als Komplementäerscheinung ein wohl vom Chef selbst unterstrichener Bericht, demzufolge Ost-Journalisten, die ihr Beitragssoll an Manuskripten nicht erfüllten, öffentlich angeprangert wurden.²⁰⁸⁸ Indiz für ein zunehmendes Maß an Verfestigung der Teilung im Bewusstsein war die Meldung, dass die für derartige Aktivitäten etablierte Institution „Unteilbares Deutschland“ nun Mahntafeln an der Grenze aufstellen ließ.²⁰⁸⁹ Als Arbeit an der Einheit stellte Gerhard Mauz die Tätigkeit im Flüchtlings-Aufnahmelager Friedland vor. Offen warb das Blatt für Geldspenden und wies auf das Engagement der Industrie sowie die Anspannung der staatlichen Stellen hin.²⁰⁹⁰ Im August wurde die Mahnung des Bundespräsidenten, die Frage der Einheit keinen Tag zu

Oberbürgermeister von Altona; 1933 emigrierte er. 1946-53 und 1957-60 diente er Erster Bürgermeister der Stadt Hamburg. Später gehörte Brauer dem Bundestag an.

²⁰⁸³ Nr. 139, 16./17.6.1960, S. 7.

²⁰⁸⁴ Der Begriff der Selbstbestimmung sollte übrigens bei den vom Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ geplanten Veranstaltungen im Zeitraum vom 16. Mai bis zum 17. Juni verwendet werden. So: Meyer, S. 196.

²⁰⁸⁵ Nr. 140, 18.6.1960, S. 1.

²⁰⁸⁶ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959; Unterordner: Kuratorium Unteilbares Deutschland-Tagung 27.11.1959, S. 3-8.

²⁰⁸⁷ Nr. 141, 20.6.1960, S. 5.

²⁰⁸⁸ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Betriebsfest, Hamburg 29.10.1959, Zusammenstellung von Meldungen in der Lose-Blatt-Sammlung S. 12.

²⁰⁸⁹ Nr. 146, 25.6.1960, S. 1.

²⁰⁹⁰ Nr. 154, 5.7.1960, S. 3.

vergessen, gar im Aufmacher der Titelseite präsentiert, um dazu beizutragen das Thema im Bewusstsein zu halten.²⁰⁹¹ Bis zum Jahresende trug die Redaktion weiter mühsam Meldungen mit der gewünschten Tendenz zusammen. Im Oktober wurde auf eine kirchliche Forderung nach Aufrechterhaltung der Kontakte in die „Zone“ aufmerksam gemacht.²⁰⁹² Registriert wurden ein Treffen von Gewerkschaftern mit dem Kuratorium „Unteilbares Deutschland“²⁰⁹³ und Aufrufe die Menschen im Osten nicht zu vergessen.²⁰⁹⁴ Als Zeichen der Verbundenheit deutete die Redaktion die Paketsendungen in den Osten und strich die große Zahl heraus.²⁰⁹⁵ Eine vorgestellte Umfrage ließ aber erkennen, dass kein nennenswerter Besuchskontakt mehr zwischen Ost und West bestand.²⁰⁹⁶ Wohl unbewußt und ungewollt war den Meldungen zu entnehmen, dass die Teilung sich im Bewusstsein der Menschen verfestigte; sich darüber aufzuregen blieb den Amtsträgern und Funktionären überlassen. Die Journalisten stellten ja keine separate Gruppe dar, sondern waren Teil der Bevölkerung, in der eben der Glaube an die Möglichkeit der Verwirklichung der Einheit sank.²⁰⁹⁷ Während das Engagement des Verlegers Kreuzzugscharakter angenommen haben mochte, wie Lohmeyer²⁰⁹⁸ schrieb, lieferte sein Flaggschiff doch keine maximale publizistische Unterstützung. Dies ist trotz der Dürftigkeit des Materials jedenfalls bei Annahme einer straffen Lenkung und der Befolgung eines absoluten Willens doch ein wenig verwunderlich, zumal Springer noch am Ende des Vorjahrs angesichts der damals und noch bis in den Mai 1960 erwarteten internationalen Konferenzen über Deutschland „eine starke öffentliche Meinung in Richtung Wiedervereinigung als das vielleicht bedeutende politische Faktum“ in diesem Zusammenhang hielt und erklärte, die Stimme der die Einheit niemals aufgebenden Jugend nicht ungehört verhallen zu lassen.²⁰⁹⁹ Ja, in einem nicht zum Vortrag gelangenden Rede-Entwurf sprach er gar von der Notwendigkeit „einen geschlossenen, kraftvollen und ebenso fanatischen Volkswillen“ für die Werte des Volkes, des Staates, der Nation und des Vaterlandes zu schaffen, um in der übrigen Welt dafür wieder Glaubwürdigkeit zu erhalten, so dass dies in die weltpolitischen Überlegungen einbezogen werden musste.²¹⁰⁰

²⁰⁹¹ Nr. 189, 15.8.1960, S. 1.

²⁰⁹² Nr. 238, 11.10.1960, S. 2.

²⁰⁹³ Nr. 253, 28.10.1960, S. 2.

²⁰⁹⁴ Nr. 270, 18.11.1960, S. 1, Nr. 273, 22.11.1960, S. 1.

²⁰⁹⁵ Nr. 291, 13.12.1960, S. 1, Nr. 296, 19.12.1960, S. 1, Nr. 301, 24.12.1960, S. 1.

²⁰⁹⁶ Nr. 298, 21.11.1960, S. 1.

²⁰⁹⁷ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

²⁰⁹⁸ Lohmeyer, S. 232 f.

²⁰⁹⁹ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959, Unterordner Tagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ am 27.11.1959, Vortrag AS, S. 1 und S. 12.

²¹⁰⁰ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959, Unterordner Tagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland am 27.11.1959, Rede-Entwurf von AS vom 16.11.1959, S. 7.

4.3.4. Die Deutschen und ihre Berlin-Solidarität

Zu den ausdrücklichen Anliegen des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ zählten die Solidarität mit Berlin und die wirtschaftliche Stärkung des Gemeinwesens. Programmatische Ausführungen dazu haben sich in den Unterlagen Springers erhalten.²¹⁰¹ Naeyer meint zwar, dass die verlegerische Forderung an Politiker und Unternehmer, mit konkreten Maßnahmen der bedrohten Stadt zu helfen, sich durchgängig in seinen Blättern niederschlug.²¹⁰² Doch auch in diesem Jahr wurden nur ab und an die Steigerung der Auftragsvergabe und der Appell die Berlin-Hilfe zu erweitern vorgestellt.²¹⁰³ Die Kreditvergabe aus Westdeutschland redete ein Journalist als wirtschaftliche Verflechtung schön.²¹⁰⁴ Präsentiert wurde auch etwa die Eröffnung eines Feriendorfs im Allgäu für Berliner Familien. Der positiv gehaltene umfangreiche Artikel wurde mit Foto illustriert.²¹⁰⁵ Wegen der geringen Anzahl können einige der insgesamt ausgesprochen lahmen Beiträge exemplarisch vorgestellt werden. So wurde im Juli die Aufforderung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ zum Kauf einer Ein-Pfennig-Sonderbriefmarke abgedruckt.²¹⁰⁶ Im Oktober machte Friedrich Torberg²¹⁰⁷ der Stadt eine Liebeserklärung.²¹⁰⁸ Eine kleine Notiz informierte schließlich Ende November über eine Ankündigung der Sudetendeutschen, ihr nächstes Treffen im Zeichen der Solidarität mit Berlin gestalten zu wollen.²¹⁰⁹ Kurz vor Weihnachten war sehr knapp zu lesen, dass die Berliner Flüchtlingsseelsorge unerwartet viele Gaben aus der Bundesrepublik erhielt.²¹¹⁰ Was die Redaktion übers Jahr an Solidaritätsgesten zusammentrug, war in der Armseligkeit doch fast erschütternd und belegte, dass mit diesem Thema kein Blumentopf zu gewinnen war. Auf die Kümmerlichkeit bei diesem Aspekt hin angesprochen meint Herr Cramer schlicht, dass alles andere ja eine Lüge gewesen wäre.²¹¹¹ Trotzdem hätte doch die Möglichkeit bestanden, die Dinge etwas wirkungsvoller zu verkaufen. Die Art der medialen Aufbereitung ist bemerkenswert, weil der Verleger in diesem Jahr in einem Brief

²¹⁰¹ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959, Unterordner Tagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ am 27.11.1959, Aufgaben des Unteilbaren Deutschland.

²¹⁰² Naeyer, S. 136.

²¹⁰³ Etwa: Nr. 58, 9.3.1960, S. 11, Nr. 105, 5.5.1960, S. 1.

²¹⁰⁴ Nr. 52, 2.3.1960, S. 12.

²¹⁰⁵ Nr. 114, 16.5.1960, S. 14.

²¹⁰⁶ Nr. 167, 20.7.1960, S. 1.

²¹⁰⁷ Torberg, Friedrich (*16.9.1908, gest. 10.11.1979) war österreichischer Schriftsteller und Journalist. Seine bekanntesten Werke waren der Roman „Der Schüler Gerber“ und die Anekdotensammlung „Die Tante Jolesch“. Bekannt wurde Torberg auch durch seine Übersetzungen der Bücher von Ephraim Kishon. Er gehörte zu den 1933 in Deutschland verbotenen Autoren. 1938 emigrierte er zunächst in die Schweiz und gelangte über Frankreich und Portugal schließlich 1940 in die USA. 1951 kehrte er nach Wien zurück.

²¹⁰⁸ Nr. 254, 29.10.1960, keine Seitenangabe, Die Geistige Welt, 6. letzte Seite der Ausgabe.

²¹⁰⁹ Nr. 278, 28.11.1960, S. 2.

²¹¹⁰ Nr. 298, 21.12.1960, S. 1.

²¹¹¹ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

an den DGB-Vorsitzenden Rosenberg zum Ausdruck brachte: „Ich bin der Überzeugung, dass Berlin ohne einen moralischen Rückhalt in der Bundesrepublik, von dem die ganze Welt erfährt, im Grunde nicht zu halten ist.“²¹¹²

4.3.5. Berlin

Die „Welt“ informierte zumeist im Abstand von einigen Ausgaben über eine Reihe von Aspekten. Häufig wurden diese Beiträge auf den ersten Seiten platziert, was den hohen Stellenwert des redaktionellen Anliegens belegt, Berlin im Bewusstsein der Leserschaft verankert zu halten. Als Mitteilungsform wurden kleine Notizen und mittlere Artikel bevorzugt, die vorwiegend in sachlichem Stil gehalten waren, was dem Eindruck von Objektivität förderlich war. Gelegentlich legten die Journalisten der Leserschaft auch offen ein neues Berlin-Buch ans Herz.²¹¹³ Insgesamt folgte die Art der Darstellung konsequent der bereits im Vorjahr zu beobachtenden Linie. Zu Jahresbeginn zeigte sich die Redaktion christlich interessiert und thematisierte die Silvesterpredigt des Berliner Kardinals.²¹¹⁴ Auch wenig Rühmliches wie eine antisemitische Ausschreitung Jugendlicher und die scharfe staatliche Reaktion wurden angesprochen.²¹¹⁵ Joachim Besser verglich New York mit Berlin und hielt die unterschiedlichen Gemeinwesen für „Brüder im Geist“.²¹¹⁶ Wie um die Lebendigkeit der Stadt zu demonstrieren, stellten die Journalisten das Stattfinden von Tagungsveranstaltungen vor.²¹¹⁷ Der Weltärztekongress war sogar als Aufmacher der Titelseite gut.²¹¹⁸ Bevorzugt mit medialer Aufmerksamkeit bedacht wurden Aktivität belegende Baumaßnahmen oder Vorhaben²¹¹⁹ und Besuche von Prominenten.²¹²⁰ Das bei den Entscheidungsträgern bestehende Berlin-Bild war schließlich von Bedeutung.²¹²¹ In die Linie passte das Aufgreifen des österlichen Besucheransturms aus Westdeutschland.²¹²² Hierbei handelte es sich auch um die eher beiläufig gestaltete Realisierung der vom Verleger gewünschten Propagierung von Reisen.²¹²³ Wie alljährlich wurde die „Grüne

²¹¹² So Axel Springer an Ludwig Rosenberg am 18.1.1960 wie Schwarz: Axel Springer. Die Biographie auf S. 342 zu entnehmen ist.

²¹¹³ Nr. 124, 28.5.1960, in der Rubrik „Literatur“ die eigentlich keine Seitenangaben hat; es handelt sich um die 5. letzte Seite der Ausgabe.

²¹¹⁴ Nr. 1, 2.1.1960, S. 3.

²¹¹⁵ Nr. 3, 5.1.1960, S. 2, Nr. 4, 6.2.1960, S. 2, Nr. 13, 16.1.1960, S. 2, Nr. 8, 11.1.1960, S. 1, Nr. 10, 13.1.1960, S. 2.

²¹¹⁶ Nr. 25, 30.1.1960, S. 3.

²¹¹⁷ Nr. 83, 7.4.1960, S. 1, Nr. 244, 18.10.1960, S. 1, Nr. 81, 5.4.1960, S. 1.

²¹¹⁸ Nr. 218, 17.9.1960, S. 1 und S. 2.

²¹¹⁹ Nr. 104, 4.5.1960, S. 1, Nr. 139, 16./17.6.1960, S. 11, Nr. 257, 2.11.1960, S. 20.

²¹²⁰ Nr. 116, 18.5.1960, S. 4, Nr. 105, 5.5.1960, S. 20, Nr. 151, 1.7.1960, S. 2, Nr. 184, 9.8.1960, S. 1.

²¹²¹ Shell, S. 80.

²¹²² Nr. 87, 12.4.1960, S. 20, Nr. 91, 19.4.1960, S. 16.

²¹²³ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Schriftverkehr im Hause (Welt, WamS, Springer bis 1965) Hausmitteilung Vollhardts vom 6.2.1959 und Schreiben Vollhardts vom 11.2.1959.

Woche“ besprochen.²¹²⁴ Gelegentlich fand ein Sportereignis Beachtung.²¹²⁵ Auch die Lage der Museen wurde thematisiert.²¹²⁶ Negative Kritik fand sich allenfalls in der wenig gnädigen Bewertung der Filme der Berlinale.²¹²⁷ Die Stimmungslage der Bevölkerung wurde praktisch gar nicht behandelt; es bestanden wohl verbreitete Befürchtungen vor einem Nachgeben der Westmächte. Derart defaitistische und mit dem Image der Gelassenheit nicht in Einklang stehende Gedanken wurden den Bundesbürgern wohl besser nicht serviert. Die Aussage Naehers, dass Springer seine Medien den Berliner Freiheitswillen lautstark verkünden ließ,²¹²⁸ ließ sich für dieses Jahr für das Flaggschiff wieder nicht so recht halten. Etwa beim Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz schrieb Kausch, dass die Bevölkerung wegen des Pariser Fiaskos wenig erschüttert war. Dies hatte aber eher mit Abstumpfung zu tun: „Der Berliner reagiert wie ein Pferd, neben dem dauernd rechts und links Böllerschüsse krachen. Schließlich zuckt es nicht mehr zusammen, wenn ein neuer Schuss losgeht. Die Berliner sind in diesen Tagen nicht nervös.“²¹²⁹ Kausch war übrigens Chefredakteur vor Ort und zählte damit zu den Ansprechpartnern der Pressestelle des Senats.²¹³⁰ Auch ohne besonderen Anlaß wurden im Medium Fotos abgedruckt, die bauliche Fortschritte wie sonstige Erfolge nebenher mit in die tägliche Informationsberieselung einflochten.²¹³¹ Mit den so gefüllten Seiten wurde das publizistische Produkt auch optisch aufgelockert. Mit Enthusiasmus wurde die Neugestaltung im Bereich des Städtebaus verfolgt. So rückte eine Jubelmeldung das Schaffen des Stararchitekten Walter Gropius²¹³² ins rechte Licht, der die Errichtung einer kompletten Siedlung plante.²¹³³ Mit Fotos illustriert wurde dann im September ein Beitrag zum Thema: „Berlin im Zeichen des Fortschritts“. In begeistertem Ton wurde vorgestellt, was Städteplaner, Architekten und Ingenieure als ihr bestes gaben. Als ideal und beispielhaft wurden Wohn- und Hochhäuser vorzugsweise im Hansa-Viertel gepriesen.²¹³⁴ Zur auffallenden Präsentation von Positiv-Meldungen befragt meint Herr Cramer, dass dies nicht aufgrund einer Anweisung von oben geschah, sondern von den vor Ort tätigen

²¹²⁴ Nr. 21, 26.11.1960, S. 1, Nr. 25, 30.1.1960, S. 1, Nr. 25, 30.1.1960, S. 11, Nr. 30, 5.2.1960, S. 4, Nr. 32, 8.2.1960, S. 1.

²¹²⁵ Etwa: Nr. 168, 21.7.1960, S. 10.

²¹²⁶ Etwa: Nr. 39, 16.2.1960, S. 8, Nr. 47, 25.2.1960, S. 2.

²¹²⁷ Nr. 152, 2.7.1960, S. 27.

²¹²⁸ Naecher, S. 142.

²¹²⁹ Nr. 118, 20.5.1960, S. 3.

²¹³⁰ Landesarchiv/Berlin: B/Rep. 002, Nr. 7059, Liste mit Medien-Ansprechpartnern.

²¹³¹ Nr. 42, 19.2.1960, S. 18, Nr. 125, 30.5.1960, S. 16, Nr. 210, 8.9.1960, S. 5.

²¹³² Gropius Walter (* 18.5.1883, gest. 5.7.1969) war einer der herausragenden Architekten, die ihre Bauten auf Zweckmäßigkeit und blockartige, streng geometrische Bauweise hin konzipierten. Er gründete das Bauhaus. Gropius emigrierte 1933 zunächst nach London und ging 1937 in die USA, wo er eine eigene Architektenschule gründete.

²¹³³ Nr. 123, 26./27.5.1960, S. 20.

²¹³⁴ Nr. 210, 8.9.1960, S. 5.

Mitarbeitern eigenständig so zusammengestellt wurde.²¹³⁵ An das Publikum wurden auch die Sorgen der Stadtväter herangetragen, die einen bevorstehenden Arbeitskräftemangel erwarteten.²¹³⁶ In der Bauwirtschaft wurde bereits das Fehlen von Lehrlingen konstatiert.²¹³⁷ Bereitwillig transportierte die „Welt“ die gewünschte Botschaft der Anwerbung westdeutscher Arbeitskräfte an die Adressaten.²¹³⁸ Einer kleinen Notiz war später zu entnehmen, dass der Senat den Zuzug erleichtern wollte.²¹³⁹ Die Medien des Konzerns kongruierten mit der Position des Senats.²¹⁴⁰ Ja, sie fungierten wie ein Lautsprecher. Der Verleger stand häufig in Kontakt mit Brandt; Details des einzuschlagenden Kurses wurden auf einer niedrigeren Ebene vereinbart. Seitens des Senats waren Pressesprecher Bahr und Senatsdirektor Hirschfeld zuständig. Im Haus Springer war Adam Vollhardt²¹⁴¹ als Chefredakteur für Sonderfragen damit betraut.²¹⁴² Im Schöneberger Rathaus wurde Springer als Partner im Kampf gegen das geringe Interesse Adenauers an Berlin und das von Chruschtschow gestellte Ultimatum betrachtet.²¹⁴³ Wie einer im Bundesarchiv erhaltenen Hausmitteilung, die allerdings aus dem Jahr 1965 stammt, zu entnehmen ist, wurden die Berliner Chefredakteure von hochrangiger Stelle selbst zu Einzelfällen informiert. Dabei ging es um vertrauliche Details aus dem Justizwesen sowie um polizeiliche Erkenntnisse über in der DDR verhaftete Fluchthelfer.²¹⁴⁴ Es handelte sich also um Informationen, die eigentlich nicht an die Presse gelangen durften. Es ist also zu folgern, dass die „Welt“-Redaktion sehr gut über Geschehnisse unterrichtet wurde. Bahr erhielt als Leiter des Presseamts eine Reihe von finanziell honorierten Berichten von Gottfried Kludas, der auch für Springer arbeitete und über die DDR berichtete. Offenbar bestand Kludas Aufgabe darin, die DDR-Provinzpresse auszuwerten und dadurch Tendenzen und Absichten des Regimes zu erkennen, bevor sie in die Schlagzeilen des „Neuen Deutschland“ kamen. Als Mangel empfand Bahr dabei, dass Kludas das Ergebnis seiner kontinuierlichen Beobachtung nicht in Analysen oder

²¹³⁵ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

²¹³⁶ Nr. 62, 14.3.1960, S. 3.

²¹³⁷ Nr. 172, 26.7.1960, S. 9.

²¹³⁸ Nr. 169, 22.7.1960, S. 2.

²¹³⁹ Nr. 255, 31.10.1960, S. 1.

²¹⁴⁰ Naeyer, S. 137.

²¹⁴¹ Vollhardt, Adam (* 25.2.1910, gest. 15.12.1987) kam nach kaufmännischer wie journalistischer Ausbildung und einer Auslands-Tätigkeit schließlich 1948 zum „Hamburger Abendblatt“. Seit 1958 fungierte er als Chefredakteur für Sonderaufgaben; von 1963 an leitete Vollhardt das Sekretariat des Redaktionellen Beirats. Zu seinen späteren Karrierestationen im Haus gehörte der Vorsitz im Arbeitsstab des Verlegers und die Tätigkeit als dessen persönlicher Referent.

²¹⁴² Schwarz: Axel Springer, S. 333 f.

²¹⁴³ Bahr, Egon: Der verlässliche und schwierige Patriot, in: Döpfner, Mathias (Hg.): Axel Springer. Neue Blicke auf den Verleger. Eine Edition aktueller Autorenbeiträge und eigener Texte, Berlin 2005, (S. 43-51), hier S. 44.

²¹⁴⁴ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband 31, Hausmitteilung von Herrn Kemna an Herrn Zehrer vom 26.4.1965.

Berichten zusammenfasste.²¹⁴⁵ Die „Welt“ präsentierte wie gewohnt bevorzugt wirtschaftliche Erfolgsmeldungen.²¹⁴⁶ Dementsprechend wurden dem Publikum die Augen geöffnet für den Standortvorteil Berlins für Bank-Transaktionen im Osteuropa-Geschäft.²¹⁴⁷ Im Wirtschaftsteil wurde aber schon eingeräumt, dass die Aktien West-Berliner Unternehmen wegen der politischen Gefährdung niedriger bewertet wurden als etwa westdeutsche Firmen. Entsprechend der der Stadt wohlwollenden medialen Tendenz bemühte sich der Journalist Sauer – wenn auch nicht gerade überzeugend – darzulegen, dass das Risiko für die Inselstadt nicht größer war als für die Bundesrepublik.²¹⁴⁸ Der Gedanke der Verneinung eines besonderen Risikos Berlins im Vergleich zu westdeutschen oder westeuropäischen Städten findet sich auch in einer Rede Springers.²¹⁴⁹ In einem internen Brief an seinen Verleger schrieb der sich mit dem Plan eines Hauskaufs in Berlin befassende Zehrer hingegen, dass er sein Vorhaben für ein besonderes Wagnis hielt, das er aber eingehen würde.²¹⁵⁰ Zum Jahresende wurde im Blatt dann wieder die gute Konjunkturlage thematisiert.²¹⁵¹ Peter Weertz stellte aber schon klar, dass der Lebensstandard unter dem der Bundesrepublik lag und dass die Vollbeschäftigung nur mit Hilfe von außen möglich war. Er räumte ein, dass es sich um eine teilweise „subventionierte Konjunktur“ handelte.²¹⁵² Das Gemeinwesen war auf umfassende westdeutsche Unterstützung angewiesen, die in mannigfaltigen Formen gewährt wurde.²¹⁵³ Die Subventionierung wurde aber nur ausnahmsweise angesprochen. Weit überwiegend vermittelte die „Welt“ wie auch in den vorigen Jahren das Bild einer Wohlstands- und Erfolgsgesellschaft. Nur in verschwindend geringem Ausmaß waren abweichende Aussagen zu finden. Dazu gehörte als Einzelfall ein Bericht über die Lebensverhältnisse von Schülern im Bezirk Kreuzberg. Hier wurden vor dem Publikum kümmerliche Verhältnisse ausgebreitet.²¹⁵⁴ Die Leserschaft mag die eigene Sättigung umso wohliger gefühlt haben und wurde psychologisch darauf eingestimmt etwas zugunsten der Berliner abzugeben. Eine bereits früher – wenn auch selten – angewendete redaktionelle Praxis ließ sich wieder beobachten: In einem Artikel über den Haushaltsplan der Stadt wurde die katastrophale finanzielle Lage zwar offen dargelegt. Die irreführende Überschrift

²¹⁴⁵ Landesarchiv/Berlin: B/Rep. 002, Nr. 3346, Schreiben Bahrs an Kludas vom 21.1.1961 und Briefe von Kludas an Bahr vom 10.7.1961, vom 12.4.1962 und vom 26.11.1962.

²¹⁴⁶ Nr. 94, 22.4.1960, S. 13, Nr. 179, 3.8.1960, S. 1, Nr. 180, 4.8.1960, S. 7, Nr. 224, 24.9.1960, S. 1, Nr. 234, 6.10.1960, S. 14, Nr. 252, 27.10.1960, S. 22.

²¹⁴⁷ Nr. 65, 17.3.1960, S. 14.

²¹⁴⁸ Nr. 126, 31.5.1960, S. 11.

²¹⁴⁹ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: RIAS: „Warum baue ich in Berlin“, 06.05.1959, S. 2.

²¹⁵⁰ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 22, Brief Zehrer an Springer vom 7.11.1961.

²¹⁵¹ Nr. 289, 10.12.1960, S. 1, Nr. 299, 22.12.1960, S. 10.

²¹⁵² Nr. 302, 27.12.1960, S. 12.

²¹⁵³ Shell, S. 22 f.

²¹⁵⁴ Nr. 64, 16.3.1960, S. 20.

suggerierte hingegen die Existenz eines nur marginalen Haushaltslochs.²¹⁵⁵ Der Masse der nur die Überschrift überfliegenden Leser/innen wurde so ein falscher Eindruck vermittelt. Gelegentlich waren lokalpolitische Ereignisse von Interesse. Dazu zählten die Maifeiern.²¹⁵⁶ Die mit 750.000 Teilnehmern beachtliche Demonstration wandte sich auch mit dem Einheitsanliegen an das Gipfeltreffen. Schon im Vorfeld zur Konferenz in Paris bereitete das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ Kundgebungen vor; dabei wurde Wert darauf gelegt, die zentrale Lenkung nicht erkennen zu lassen.²¹⁵⁷ Die eindrucksvolle Veranstaltung vor dem Reichstag wurde im Blatt ausführlich als Beispiel heroischer Demokratie gewürdigt.²¹⁵⁸ Dies entsprach auch Springers erklärtem Anliegen, die Lauheit in der Bundesrepublik abzubauen.²¹⁵⁹ Er war ja ohnehin der Auffassung, dass die Berliner den Westdeutschen Mut machten und ein Aufenthalt in der Stadt jeden Besucher erfrischte und stärkte.²¹⁶⁰ Bei der mit einer Militärparade verbundenen Feier im Ostteil fiel dem Beobachter der „Welt“ hingegen der allgemeine Mangel an Enthusiasmus auf.²¹⁶¹ Mediale Beachtung fand auch die Gedenkfeier zum Jahrestag des 17. Juni.²¹⁶² Pathetisch bereitete die Redaktion das Jubiläum der „Freiheitsglocke“ im Rathaus Schöneberg auf. Ein Foto zeigte dazu passend ergriffen aufblickende Menschen; der US-Botschafter bekräftigte das Bekenntnis seines Landes für die Stadt.²¹⁶³ Selbst die Tätigkeit eines amerikanischen religiösen Predigers, der die Kommunisten ärgerte, wurde wohlwollend wahrgenommen.²¹⁶⁴ Im November befasste sich dann Walter Günzel mit den als chancenlos betrachteten kommunistischen Agitatoren.²¹⁶⁵ Beständig kreierte die Redaktion auch in diesem Jahr also ein positives Bild von der Stadt und hielt das Gemeinwesen im Gespräch und damit im westdeutschen Bewusstsein verankert.

²¹⁵⁵ Nr. 71, 24.3.1960, S. 2.

²¹⁵⁶ Nr. 91, 19.4.1960, S. 1, Nr. 101, 30.4.1960, S. 1.

²¹⁵⁷ Meyer, S. 195 ff.

²¹⁵⁸ Nr. 102, 2.5.1960, S. 1 und S.2.

²¹⁵⁹ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Stichworte zur Rede vom 22.09.1959, Betriebsfest, S. 12.

²¹⁶⁰ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: RIAS „Warum baue ich in Berlin“, 06.05.1959, S. 2.

²¹⁶¹ Nr. 102, 2.5.1960, S. 3.

²¹⁶² Nr. 140, 18.6.1960, S. 2.

²¹⁶³ Nr. 250, 25.10.1960, S. 1.

²¹⁶⁴ Nr. 228, 29.9.1960, S. 2 und S. 20.

²¹⁶⁵ Nr. 272, 21.11.1960, S. 3.

4.3.6. Berichterstattung über die DDR

Es sei daran erinnert, dass der Verleger am Ende des Vorjahres vor Gesinnungsfreunden vortrug Mittel und Wege zu finden, um die Westdeutschen mit diesen Dingen zu beunruhigen und sie für die Zustände zu interessieren. Gerade gegenüber der Jugend meinte Springer anhand einzelner Beispiele den Wert von Freiheit, Recht und Menschenwürde zu verdeutlichen. Die aus dem Osten kommenden Informationen hielt er für schreckliches und großartiges Anschauungsmaterial. Er wünschte bei der Jugend Empörung über Unrecht und Unfreiheit zu wecken, möglichst noch rechtzeitig zum Beginn der erwarteten internationalen Konferenzen.²¹⁶⁶ Die Informationspolitik der „Welt“ wurde entsprechend der bisher kennengelernten Praxis insgesamt gesehen konsequent fortgeführt. In den schwärzesten Farben wurde ein düsteres Bild vom Leben in der DDR gezeichnet, so dass ein unbefangener Leser kaum glauben mochte, dass dort auch nur Brennesseln gediehen. Verglichen mit dem Vorjahr nahmen Intensität und Facettenreichtum zu. Als dominierende Präsentationsform wurden die bewährten kleinen Notizen und mittleren Artikel in sachlichem Stil beibehalten, was zwar zur Eintönigkeit beitrug, aber für den Anschein von Objektivität förderlich war. Der Anteil der mittleren bis umfangreicheren Beiträge nahm aber doch zu. Farbige Reportagen blieben in der Minderzahl; hier klang Ironie oder Herablassung oft deutlich an. Mit besonderem Interesse wurde weiterhin der Stand der Fluchtentwicklung verfolgt. Die aktuellen Zahlen wurden – auch mit Wochenergebnissen – zwar vorzugsweise in kleinen Notizen doch mit ziemlicher Konsequenz auf der Titelseite vorgestellt.²¹⁶⁷ Fluchtgeschichten wünschte der Verleger ja auf Seite eins präsentiert.²¹⁶⁸ Die Zuwanderung lag auch tatsächlich mit insgesamt über 200.000 Menschen über der des Vorjahres, wenn es sich auch nicht um einen Höhepunkt der Entwicklung handelte.²¹⁶⁹ Eindrucksvollere Angaben waren in Bilanzen über längere Zeiträume zu lesen.²¹⁷⁰ Auch hier war der Ton nüchtern, nicht triumphierend, und die

²¹⁶⁶ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959, Unterordner Tagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ am 27.11.1959, Vortrag AS, S. 11 f.

²¹⁶⁷ Nr. 2, 4.1.1960, S. 3, Nr. 3, 5.1.1960, S. 1, Nr. 20, 25.1.1960, S. 1, Nr. 39, 16.2.1960, S. 1, Nr. 92, 20.4.1960, S. 1 und S. 3, Nr. 93, 21.4.1960, S. 1, Nr. 97, 26.4.1960, S. 1, Nr. 99, 28.4.1960, S. 1, Nr. 102, 2.5.1960, S. 1, Nr. 115, 17.5.1960, S. 1, Nr. 126, 31.5.1960, S. 1, Nr. 127, 1.6.1960, S. 1, Nr. 128, 2.6.1960, S. 1, Nr. 131, 7.6.1960, S. 1, Nr. 132, 8.6.1960, S. 1, Nr. 136, 13.6.1960, S. 1, Nr. 160, 18.7.1960, S. 1, Nr. 179, 3.8.1960, S. 1, Nr. 202, 30.8.1960, S. 1, Nr. 207, 5.9.1960, S. 1, Nr. 208, 6.9.1960, S. 1, Nr. 226, 27.9.1960, S. 1, Nr. 232, 4.10.1960, S. 1, Nr. 246, 20.10.1960, S. 1, Nr. 255, 31.10.1960, S. 1, Nr. 259, 4.11.1960, S. 2, Nr. 266, 11.11.1960, S. 5, Nr. 267, 14.11.1960, S. 1, Nr. 268, 15.11.1960, S. 1, Nr. 273, 22.11.1960, S. 1, Nr. 278, 28.11.1960, S. 1, Nr. 279, 29.11.1960, S. 1, Nr. 282, 2.12.1960, S. 1, Nr. 284, 5.12.1960, S. 1, Nr. 291, 13.12.1960, S. 1 und S. 2, Nr. 302, 27.12.1960, S. 1.

²¹⁶⁸ Jürgs. S. 295.

²¹⁶⁹ Heidemeyer, Helge: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/49-1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer, Düsseldorf 1994, S. 44, Tabelle 3.

²¹⁷⁰ Nr. 153, 4.7.1960, S. 1, Nr. 154, 5.7.1960, S. 1, Nr. 258, 3.11.1960, S. 1, Nr. 286, 7.12.1960, S. 1, Nr. 301, 24.12.1960, S. 3, Nr. 305, 30.12.1960, S. 1, Nr. 306, 31.12.1960, S. 1.

Aufmachung blieb allenfalls mittelgroß. Im Einzelfall wurde mit einem Schaubild²¹⁷¹ oder einem fetten Diagramm über die Entwicklung von 1949-60 gearbeitet. Wissenschaftlicher Anstrich wurde mit der Erklärung der eklatanten Ausschläge dieser „Fieberkurve“ erzielt.²¹⁷² Die Redaktion räumte immerhin einmal ein, dass die Abwanderung zeitweilig leicht zurückging.²¹⁷³ Zuweilen waren die Informationen innerhalb einer Ausgabe widersprüchlich. Während einerseits über Sonderflüge zur Entlastung der Berliner Lager berichtet wurde, war auch von einem merklichen Sinken des Stroms seit Ostern die Rede.²¹⁷⁴ Die Journalisten rückten besonders seit September die Abwanderung der Intelligenz ins Blickfeld.²¹⁷⁵ Gelegentlich wurde sogar die Flucht einzelner Personen gemeldet, jedenfalls wenn diese angesehene Berufe ausübten.²¹⁷⁶ Doch nur vereinzelt entsprach die „Welt“ sicher in idealer Weise der verlegerischen Forderung²¹⁷⁷ an Verstand und Gefühl zu appellieren. Der sonst in den Meldungen und Berichten vorherrschende Stil war wesentlich nüchterner und sprach allenfalls die Ratio an. In diesem Zusammenhang ist ein Telegramm Springers an Bundesminister Lemmer vorzustellen: „Lieber Minister Lemmer, welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, um die haarsträubenden Flüchtlingszahlen der Ostertage der gesamten freien Welt zur Kenntnis zu bringen STOP Sie werden mit mir übereinstimmen, dass die Bundesregierung gesamtdeutsche Verantwortung trägt STOP Das bedeutet, dass sie Lautverstärker der erstickten Schreie in der Zone für die Weltöffentlichkeit sein muß STOP Es helfen keine Routinemaßnahmen mehr STOP Gerade zu den Gipfelkonferenzen muß der westlichen Welt noch einmal vor Augen geführt werden anhand von Zahlen, dass nicht wir die Friedensstörer sind STOP Ich fürchte, dass das Bundespresseamt einer starken Aufmöbelung bedarf, um Methoden zu finden, mit denen man aufrüttelt STOP ... Armes kraftloses Deutschland STOP Herzliche Grüße Axel Springer“²¹⁷⁸ Sein Mitarbeiter Kausch schrieb denn auch prompt in gewünschter Weise: „...Und der Strom hält noch an diesem Osterdienstag an, wenn auch mit abnehmender Stärke. Aus den Omibussen und der Stadtbahn quellen Stunde um Stunde in diesem südwestlichen Vorort (Berlins) mit Pappkartons und billigen Einheitskoffern Mecklenburger und Sachsen, Thüringer und Brandenburger, Ostberliner und Pommern, Bauern, Gewerbetreibende und Handwerker vor allem. Handwerker ohne

²¹⁷¹ Nr. 189, 15.8.1960, S. 3.

²¹⁷² Nr. 194, 20.8.1960, S. 3,

²¹⁷³ Nr. 81, 5.4.1960, S. 4.

²¹⁷⁴ Nr. 94, 22.4.1960, S. 2.

²¹⁷⁵ Nr. 55, 5.3.1960, S. 1, Nr. 216, 15.9.1960, S. 1, Nr. 220, 20.9.1960, S. 1, Nr. 222, 22.9.1960, S. 1, Nr. 226, 27.9.1960, S. 1, Nr. 235, 7.10.1960, S. 1, Nr. 244, 18.10.1960, S. 1, Nr. 256, 1.11.1960, S. 1, Nr. 257, 2.11.1960, S. 2, Nr. 258, 3.11.1960, S. 1, Nr. 263, 9.11.1960, S. 1, Nr. 280, 30.11.1960, S. 1,

²¹⁷⁶ Nr. 134, 10.6.1960, S. 20, Nr. 198, 25.8.1960, S. 2, Nr. 250, 25.10.1960, S. 2, Nr. 273, 22.11.1960, S. 1, Nr. 274, 23.11.1960, S. 1, Nr. 275, 24.11.1960, S. 1, Nr. 280, 9.12.1960, S. 1.

²¹⁷⁷ Jacobi: Der Verleger Axel Springer, S. 178.

²¹⁷⁸ So in: Demant, S. 190.

Werkzeug und Maschinen, aber mit ihren Söhnen und Töchtern, manchmal auch mit den Eltern, die schon auf dem Altenteil saßen. Es ist der große Treck des einst so blühenden mitteldeutschen Handwerks, das in diesem Jahr 1960 auf Weisung eines kommunistischen Regimes vernichtet wird. Wie sollte den älteren Menschen österlich zumute sein. Das Leid der letzten Jahre hat sie bitter gemacht. Sie schweigen und warten. Wenn sie mühsam die ersten Worte formen, dann bricht keine Klage und kein Verzweiflungsschrei aus ihnen heraus, sondern nur eine Frage: Wann werden wir ausgeflogen? Wird es lange dauern? Die ersten tausend Familien konnten noch im Stammlager des Leids, in Marienfelde, die ersten Nächte zu viert oder zu acht oder zu zehnt verbringen. Als der Ansturm wuchs, mußten die neu Hinzukommenden den von einer langen Reise Erschöpften Platz machen und auf die Zuweisung in die Ersatzlager warten. Zwei Reservelager öffneten die Tore. Berlin war vorbereitet auf den Strom. Indessen ersparte alle Vorsorge nicht die Wanderung von Lager zu Lager. Der Apparat schaffte es einfach nicht. Darum steigerte man die Zahl der Flüchtlingsflüge nach Westdeutschland. ... Trauben von jungen Männern stehen an den Lagerkiosken. ... Ihre Mienen sind sorgloser als die der Älteren. Auf sie wartet, wie sie wissen, sofort der Arbeitsplatz im Westen. ... Viele Familien hatten die Flucht lange vorbereitet. Verwandte im Westen sicherten das erste Asyl zu. Erwachsene Kinder wurden als Einzelgänger vorgeschickt. Die Eltern und die kleineren Geschwister folgen jetzt, wo die Gelegenheit mangelnder Kontrolle im Osterreisebetrieb der Zone günstig war. Oft trug die Vorbereitung zur Flucht alle Kennzeichen einer geheimen Generalstabsarbeit. ... Die drakonischen Zonengesetze gegen die Republikflucht und die allgegenwärtige Volks- und Grenzpolizei mußten überspielt, ja überlistet werden.²¹⁷⁹ Taktisch geschickt gewählt war zudem die ausführliche Präsentation eines besonders bewegenden Einzelschicksals am 24. Dezember; dabei wurden alle zu überwindenden Schwierigkeiten und Gefahren angerissen.²¹⁸⁰ Sehr selten war das Thema für den Aufmacher der Titelseite gut; dies war nur bei der Bauernflucht der Fall; die dabei genannten Zahlen rechtfertigten das Hochspielen allerdings nicht gerade.²¹⁸¹ Insgesamt handelte es sich in diesem Jahr jedoch um eine auf moderater Flamme vor sich hin köchelnde Kampagne, die Emotionalisierung weitgehend mied. Sörgels²¹⁸² allgemeine Aussage, dass Springer von 1958 an Emotionen schüren ließ und dabei alle seine Medien gegen die DDR einsetzte, läßt sich jedenfalls für die „Welt“ bei diesem Aspekt nicht halten. Die fürsorgliche Redaktion thematisierte auch

²¹⁷⁹ Nr. 92, 20.4.1960, S. 3.

²¹⁸⁰ Nr. 301, 24.12.1960, S. 3.

²¹⁸¹ Nr. 55, 5.3.1960, S. 1.

²¹⁸² Sörgel, Peter: Der Springer Konzern in Westberlin, in: Jansen, Bernd; Klönne, Arno (Hg.): Imperium Springer. Macht und Manipulation, Köln 1968, (S. 80-101), hier S. 90 f.

die Folgen der Flucht für die Zurückbleibenden.²¹⁸³ Einmal sprach die „Welt“ aus, dass die neuen Staatsbürger den Westdeutschen Satttheit und Anmaßung vorwarfen und sich allein gelassen fühlten.²¹⁸⁴ Die Redaktion begrüßte, dass die Bundesregierung Informationsmaterial für das westliche Ausland über die dort im Ausmaß weitgehend unbekanntes Fluchtbewegung und die Unterdrückungsmaßnahmen der DDR zur Verfügung stellte.²¹⁸⁵ Hier herrschte Konsens mit dem Verleger, der eine unglaubliche Unkenntnis in den USA über die „Zustände in der Zone“ für gegeben hielt.²¹⁸⁶ Seine Journalisten trugen jedenfalls ihr Scherflein dazu bei, ihre auch ausländische Leserschaft darauf hinzuweisen. Die Wanderungsbewegung in den Osten wurde hingegen nur ausnahmsweise als Einzelfall thematisiert. Dabei war die Zahl gar nicht vollkommen marginal und lag in diesem Jahr bei über 20.000 Menschen.²¹⁸⁷ Die „Welt“ betonte etwas scheinheilig die propagandistische Ausschlichtung durch die DDR und verwies hämisch darauf, dass ein beispielhaft vorgestellter wegziehender Zahnarzt vorbestraft und verschuldet war.²¹⁸⁸

Ein anderer gelegentlich thematisierter Aspekt war die Tätigkeit der politischen Justiz.²¹⁸⁹ Am 16./17. Juni wies sogar der Aufmacher der Titelseite darauf hin, dass immer noch Beteiligte des Volksaufstands im Zuchthaus saßen.²¹⁹⁰ Die schon früher genannte Schätzung von 10.000 politischen Häftlingen wurde wiederholt.²¹⁹¹ Die Versuche mit Zuchthausstrafe Staatsräson herzustellen beurteilten die Journalisten als Fehlschlag, weil die Justizopfer schließlich als hasserfüllte Regimegegner entlassen wurden.²¹⁹² Beachtung fand auch das Schicksal eines westlichen Journalisten, der wegen seiner losen Zunge zu einer harten Gefängnisstrafe verurteilt wurde.²¹⁹³ Eine Notiz machte darauf aufmerksam, dass selbst das Briefmarkentauschen mit Zuchthaus bestraft werden konnte, jedenfalls wenn zur Sammlung Gedenkmünzen zum Aufstand von 1953 gehörten.²¹⁹⁴ Kurz vor Weihnachten veröffentlichte das Blatt taktisch geschickt den Erlebnisbericht eines aus dem Zuchthaus entlassenen politischen Häftlings.²¹⁹⁵ Aufmerksam begleitete die Redaktion auch abschreckend wirkende sozialistische Umgestaltungen, zu denen politische

²¹⁸³ Nr. 284, 5.12.1960, S. 1.

²¹⁸⁴ Nr. 235, 7.10.1960, S. 28.

²¹⁸⁵ Nr. 94, 22.4.1960, S. 2.

²¹⁸⁶ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959, Unterordner Tagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ am 27.11.1959, Vortrag AS, S. 8.

²¹⁸⁷ Heidemeyer, S. 38 Tabelle 1 und S. 44, Tabelle 3. Von Januar 1951 bis August 1961 zogen übrigens 588.000 Menschen von der Bundesrepublik in die DDR; 50-75% waren davon in den Jahren 1954-61 allerdings Rückkehrer. So: Roesler, S. 12, S. 14.

²¹⁸⁸ Nr. 306, 31.12.1960, S. 3.

²¹⁸⁹ Nr. 4, 6.1.1960, S. 2, Nr. 130, 4.6.1960, S. 1 und S. 2, Nr. 265, 11.11.1960, S. 2, Nr. 303, 28.12.1960, S. 1, Nr. 198, 25.8.1960, S. 2, Nr. 239, 12.10.1960, S. 2.

²¹⁹⁰ Nr. 139, 16./17.6.1960, S. 1.

²¹⁹¹ Nr. 150, 30.6.1960, S. 1.

²¹⁹² Nr. 151, 1.7.1960, S. 3.

²¹⁹³ Nr. 177, 1.8.1960, S. 5.

²¹⁹⁴ Nr. 210, 8.9.1960, S. 2.

²¹⁹⁵ Nr. 297, 20.12.1960, S. 3.

Indoktrination²¹⁹⁶ und Militarisierung der Gesellschaft gehörten.²¹⁹⁷ Selbst harmlose unpopuläre Details wurden ausgebreitet, um bestimmte Gruppen wie Jugendliche aufzuschrecken. So sollten frischgebackene Abiturienten ihrer Regierung mit einer „guten Tat für den Sozialismus“ danken und für einige Wochen „in die Produktion gehen“ anstatt in den Urlaub zu fahren.²¹⁹⁸ In diese Kerbe zielte auch die Nachricht, dass die Jugend nicht einmal westliche Schlager hören durfte.²¹⁹⁹ Die Redaktion griff zudem Aspekte des Alltagslebens wie die Abneigung gegen gesellschaftliche Funktionen, die Gängelung von oben²²⁰⁰ und die Benachteiligung der Christen auf.²²⁰¹ Über die umfangreichen gesellschaftlichen Verpflichtungen des DDR-Durchschnittsbürgers war der Verleger übrigens gut unterrichtet. Auch Informationen über Eigenarten und Probleme der DDR-Errungenschaften wie Namensgebung, Jugendweihe und sozialistische Eheschließung landeten ansatzweise in Meldungen auf dem Schreibtisch Springers.²²⁰² Mit Genugtuung nahm sein Renommierblatt auf, dass die von den Kommunisten propagierten atheistischen Familienfeiern keinen rechten Anklang fanden.²²⁰³ Bisweilen wurde auf die Existenz von Widerstand hingewiesen. Eltern widersetzten sich der Politisierung der Kindergärten.²²⁰⁴ Bäuerinnen weigerten sich in die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften einzutreten. Die Journalisten führten üble Praktiken vor: So nötigte eine Staatsanwältin einen Arzt zur Änderung eines Gutachtens, um einen kranken Häftling in ein Arbeitslager einzuweisen.²²⁰⁵ Aus Rostock wurde über die Exmatrikulation von Studenten aus politischen Gründen informiert.²²⁰⁶ Aus Ost-Berliner Betrieben wurde über den erhöhten Krankenstand „nicht medizinischer Natur“ berichtet; als ursächlich wurden das schlechte Betriebsklima und Alkoholgenuss angegeben.²²⁰⁷ Das Blatt registrierte Klagen der Arbeiter wegen des von der SED diktierten schnellen Arbeitstempos.²²⁰⁸ Angeschnitten wurden auch der Notstand in der ärztlichen Versorgung und die Zunahme der Säuglingssterblichkeit.²²⁰⁹ Dieter Döllken thematisierte dann die Gleichschaltung der

²¹⁹⁶ Nr. 76, 30.3.1960, S. 19, Nr. 110, 11.5.1960, S. 3.

²¹⁹⁷ Nr. 29, 4.2.1960, S. 2, Nr. 51, 1.3.1960, S. 2.

²¹⁹⁸ Nr. 148, 28.6.1960, S. 3.

²¹⁹⁹ Nr. 274, 23.11.1960, S. 2.

²²⁰⁰ Nr. 161, 13.7.1960, S. 2.

²²⁰¹ Nr. 166, 19.7.1960, S. 2.

²²⁰² Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Betriebsfest Hamburg, 29.10.1959, Fax vom 21.10.1959 von Herrn Dettmann an Herrn Vollhardt über den Alltag in der Zone.

²²⁰³ Nr. 197, 24.8.1960, S. 2.

²²⁰⁴ Nr. 2253, 28.10.1960, S. 2.

²²⁰⁵ Nr. 241, 14.10.1960, S. 5.

²²⁰⁶ Nr. 244, 18.10.1960, S. 1.

²²⁰⁷ Nr. 247, 21.10.1960, S. 5.

²²⁰⁸ Nr. 182, 6.8.1960, S. 2, Nr. 252, 27.10.1960, S. 2.

²²⁰⁹ Nr. 127, 1.6.1960, S. 2, Nr. 187, 12.8.1960, S. 1, Nr. 178, 2.8.1960, S. 1, Nr. 220, 20.9.1960, S. 1, Nr. 269, 16./17.11.1960, S. 2, Nr. 273, 22.11.1960, S. 1.

Presse; alle Bereiche bis hin zu den Anzeigen waren betroffen.²²¹⁰ Kurzum – es wurde die systematische Verletzung der Grundrechte der Bevölkerung konstatiert.²²¹¹ Die Redaktion erfüllte wiederum das verlegerische Postulat,²²¹² Verstöße gegen Recht, Freiheit und Menschenwürde der Leserschaft mitzuteilen. Auch die sachlich am 23. Juni erfolgte Ankündigung des Abrisses kunsthistorisch wertvoller Ruinen mochte in gewünschter Weise beim Publikum Empörung über die kommunistische Barbarei ausgelöst haben. Dabei wurde dieser Beschluss gar nicht vollkommen verwirklicht. Die meisten der genannten Bauten wurden von der DDR später restauriert oder wenigstens als vereinfachte Kopie neu erstellt. Nur selten wurde das Stattfinden kirchlicher Ereignisse wahrgenommen.²²¹³ Eine Sub-Kampagne inszenierten die Journalisten wegen der Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft. Nachdem seit 1953 gegen die Großbauern vorgegangen worden war, waren seit dem Frühjahr 1960 sämtliche selbständigen Landwirte an der Reihe.²²¹⁴ Auf den Schreibtisch des Verlegers gelangten auch Meldungen über Gerichtsurteile gegen Bauern wegen mangelhafter Erfüllung ihres Solls. Im Berichtstext finden sich dabei Unterstreichungen und die handschriftliche Überschrift Springers: „zum Thema: Terror gegen Bauern“. ²²¹⁵ Anfang März vermittelte der Aufmacher der Titelseite dementsprechend, dass es das Ziel der SED war, die Kollektivierung bis zum 1. Mai abzuschließen. Es war von Panikstimmung in den Dörfern und Terror die Rede.²²¹⁶ Wenige Tage später schrieb Weinert im Leitartikel über den Krieg gegen die Bauern.²²¹⁷ Oftmals wurde der Stand der Entwicklung thematisiert.²²¹⁸ Die Journalisten gingen auch – bisweilen im Aufmacher – auf die Verurteilung des Geschehens durch Bonn ein.²²¹⁹ Im Einzelfall wurde über Widerstand informiert. Dem Bericht nach war die Erbitterung kaum noch zu steigern. Es wurden Scheunen angezündet und Traktoren zerstört. Ein besonders

²²¹⁰ Nr. 273, 22.11.1960, S. 3.

²²¹¹ Nr. 280, 30.11.1960, S. 1.

²²¹² Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Stichworte zur Rede vom 22.09.1959 Betriebsfest, S. 12.

²²¹³ Nr. 44, 22.2.1960, S. 1.

²²¹⁴ Heidemeyer, S. 52.

Bei der Etablierung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu Beginn der 50er Jahre vermied das Regime Enteignungen auf dem Gesetzesweg und nahm die Bauern politisch und ökonomisch in die Zange. Probate Instrumentarien stellten die Erhöhung von Steuern und Ablieferungssoll sowie die Benachteiligung bei der Düngerversorgung dar. Die damit intendierten Minderungen im Betriebsergebnis konnten selbst bei Marginalität als Sabotage gewertet und mit Enteignung des Hofes geahndet werden. So: Knabe, S. 37 f.

²²¹⁵ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Betriebsfest, Hamburg 29.10.1959, Zusammenstellung von Meldungen, S. 2 und S. 3.

²²¹⁶ Nr. 54, 4.3.1960, S. 1.

²²¹⁷ Nr. 59, 10.3.1960, S. 1.

²²¹⁸ Nr. 56, 7.3.1960, S. 1, Nr. 60, 11.3.1960, S. 1, Nr. 65, 17.3.1960, S. 1, Nr. 69, 22.3.1960, S. 1, Nr. 68, 21.3.1960, S. 2, Nr. 79, 2.4.1960, S. 1, Nr. 75, 29.3.1960, S. 1, Nr. 81, 5.4.1960, S. 4, Nr. 84, 8.4.1960, S. 4, Nr. 88, 13.4.1960, S. 1 und S. 2, Nr. 90, 16.4.1960, S. 1, Nr. 151, 1.7.1960, S. 2, Nr. 175, 29.7.1960, S. 2, Nr. 184, 9.8.1960, S. 2, Nr. 191, 17.8.1960, S. 2, Nr. 195, 22.8.1960, S. 3, Nr. 196, 23.8.1960, S. 1, Nr. 271, 19.11.1960, S. 2,

²²¹⁹ Nr. 61, 12.3.1960, S. 1, Nr. 95, 23.4.1960, S. 1, Nr. 98, 27.4.1960, S. 1.

drastisches Beispiel bot ein Landwirt, der seinen Viehbestand tötete und sich anschließend erhängte, um der Enteignung zu entgehen. Die Brutalität der Kommunisten wurde dadurch bewiesen, dass die Funktionäre den noch Lebenden an seinem Strick hängen ließen.²²²⁰ Schließlich registrierte die „Welt“, dass Ulbricht mit Befriedigung die Bilanz zog, die er zynisch „Befreiung der Bauern“ nannte.²²²¹ Doch wurden auch Zweifel über den Fortbestand der Kolchosen wahrgenommen.²²²² In der Tat wurden bei dieser die Selbständigkeit auf dem Land beendenden Kampagne mehr als 500.000 Landwirte und Landarbeiter mit Versprechungen und erheblichem Druck zum Eintritt in die kollektive Wirtschaftsweise bewegt. Erbitterte Bauern zündeten ihre Gehöfte an; tausende verließen die DDR. Wegen des Sinkens der Arbeitsmoral sank zudem die Produktivität.²²²³ Die Sozialisierung wurde im Blatt in allen Facetten thematisiert.²²²⁴ Korrespondent Weinert verfügte über gute Informationskontakte.²²²⁵ Er griff die Vorgänge in einem Leitartikel auf und schrieb, dass das „Gespenst der Kollektivierung“ jeden einzelnen längst in erstickender Umarmung hielt. In allen Bereichen sah er den gleichen Vorgang, wenn auch die Bezeichnung verschieden war. Betroffen war nicht nur die berufliche Sphäre; über die Hausgemeinschaft, durch Schule und Freizeitgestaltung wurden die Menschen von der Wiege bis zur Bahre erfaßt.²²²⁶ Einem Beitrag war zu entnehmen, dass mittlerweile 89% der gesamten Produktion von volkseigenen Betrieben hergestellt wurde.²²²⁷ Auch über diesen Aspekt wurde der Verleger unterrichtet.²²²⁸ Ein für die mediale Negativ-Aufbereitung besonders dankbares Themenfeld stellten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten dar. Glaubte man der „Welt“, so gab es überhaupt keine Aufbau-Erfolge. Beim hinter den Erwartungen zurückbleibenden Wohnungsbau²²²⁹ wurde auf unbezahlte Aufbau-Arbeit an den Wochenenden in Leipzig hingewiesen.²²³⁰ Nicht ohne Genugtuung wurde registriert, dass Funktionäre Misserfolge eingestanden.²²³¹ Bisweilen befremdete die Journalisten die östliche Praxis, Selbstkritik nicht wegen des Misserfolgs, sondern wegen des Verstoßes gegen die Parteilinie zu üben.²²³² Weinert führte die Mangelwirtschaft

²²²⁰ Nr. 62, 14.3.1960, S. 3.

²²²¹ Nr. 97, 26.4.1960, S. 2,

²²²² Nr. 256, 1.11.1960, S. 1.

²²²³ Steininger: 17. Juni 1953, S. 73 f.

²²²⁴ Nr. 76, 30.3.1960, S. 1, Nr. 77, 31.3.1960, S. 1, Nr. 88, 113.4.1960, S. 2, Nr. 89, 14./15.4.1960, S. 5, Nr. 112, 13.5.1960, S. 2, Nr. 129, 3.6.1960, S. 5, Nr. 137, 14.6.1960, S. 2, Nr. 150, 30.6.1960, S. 1, Nr. 195, 22.8.1960, S. 3, Nr. 218, 17.9.1960, S. 2.

²²²⁵ Müller, S. 161.

²²²⁶ Nr. 82, 6.4.1960, S. 1.

²²²⁷ Nr. 97, 26.4.1960, S. 2.

²²²⁸ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959, Unterordner Tagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ am 27.11.1959, Lose-Blatt-Sammlung, Bericht Conrads, S. 5.

²²²⁹ Nr. 257, 2.11.1960, S. 1.

²²³⁰ Nr. 89, 14./15.4.1960, S. 2.

²²³¹ Nr. 125, 30.5.1960, S. 2.

²²³² Nr. 111, 12.5.1960, S. 2.

exemplarisch an einem HO-Restaurant vor, in dem es weder Eisbein noch Sauerkraut gab. Der Kellner empfahl den Gästen sarkastisch die Lektüre des SED-Blatts, das die Fülle der landwirtschaftlichen Produkte rühmte.²²³³ Es sei daran erinnert, dass unter den wenigen fragmentarisch erhaltenen DDR-Berichten, die Springer im Vorjahr vorgelegt worden waren, sich auch eine Meldung über einen durchgehend von morgens 6 Uhr bis 22 Uhr geöffneten und mit einem reichhaltigen Sortiment an Nahrungs- und Genussmitteln versehenen HO-Laden in Dessau fand. Der Text wurde wohl vom Verleger selbst unterstrichen und mit ungläubigen Fragezeichen versehen.²²³⁴ Derlei positive Nachrichten fanden sich – selbstverständlich – nicht in der „Welt“. Kontinierlich tröpfelten in kleinen Notizen verpackt die Hiobsbotschaften weiter. Begierig griff die Redaktion die nicht enden wollenden Schwierigkeiten und die schlechte Versorgungslage auf.²²³⁵ Die hier in vielen Bereichen bestehenden Probleme kennzeichneten den Alltag und wurden auch in der Bevölkerung thematisiert.²²³⁶ Medial angesprochen wurden auch der Nachwuchsmangel, die Überalterung der Arbeitskräfte und die Schwächung der Betriebe aufgrund der Abwanderung.²²³⁷ In der Tat überstieg ab der zweiten Hälfte der 50er Jahre der Verlust von Humankapital das erträgliche Maß.²²³⁸ Neunmalkluger Bonner Experten erklärten in der „Welt“ überlegen die Gründe für die Misere.²²³⁹ Im August war zu erfahren, dass die SED-Presse die Bevölkerung dazu aufrief, die Versorgungsschwierigkeiten in den Briefen nach Westdeutschland zu verschweigen.²²⁴⁰ Die Leipziger Messe beeindruckte als „Schaufenster des Ostens“ auch die Journalisten; sie minderten den positiven Eindruck durch den Hinweis ab, dass viele Westdeutsche nur kamen, um ihre Verwandten zu treffen.²²⁴¹ Schließlich wurde die neue Rubrik: „Kurznachrichten aus der Sowjetzone“ eingeführt, die vorwiegend negative Meldungen zusammenstellte.²²⁴² Eher subtil herablassend waren die subversiven Vergleiche, die Daniel Schledtmutter anlässlich des Besuchs einer der wenigen verbliebenen antiquarischen Buchhandlungen anstellte. Hier sah er noch das Gesetz von Angebot und Nachfrage den Wert der Ware bestimmen. Nicht ohne Genugtuung stellte er fest, dass Ulbricht- und Stalin-Biographien zu lächerlichen

²²³³ Nr. 1124, 28.5.1960, S. 3.

²²³⁴ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Betriebsfest, Hamburg 29.10. 1959, Meldungssammlung, S. 18.

²²³⁵ Nr. 156, 7.7.1960, S.2, Nr. 161, 13.7.1960, S. 1, Nr. 163, 15.7.1960, S. 2, Nr. 173, 27.7.1960, S. 2, Nr. 175, 29.7.1960, S. 2, Nr. 177, 1.8.1960, S. 1 und S. 2, Nr. 184, 9.8.1960, S. 2, Nr. 193, 19.8.1960, S. 2, Nr. 194, 20.8.1960, S. 2, Nr. 195, 22.8.1960, S. 2, Nr. 282, 2.12.1960, S. 32, Nr. 283, 3.12.1960, S. 5, Nr. 288, 9.12.1960, S. 3, Nr. 294, 16.12.1960, S. 2.

²²³⁶ Steininger: 17. Juni 1953, S. 68 ff.

²²³⁷ Nr. 122, 25.5.1960, S. 2, Nr. 226., 27.9.1960, S. 2, Nr. 268, 15.11.1960, S. 1, Nr. 270, 18.11.1960, S. 2.

²²³⁸ Heidemeyer, S. 64.

²²³⁹ Nr. 179, 3.8.1960, S. 11.

²²⁴⁰ Nr. 180, 4.8.1960, S. 1.

²²⁴¹ Nr. 207, 5.9.1960, S. 3.

²²⁴² Nr. 134, 10.6.1960, S. 20

Preisen angeboten wurden, während eine Napoleon-Biographie²²⁴³ und ein Buch von Churchill stattliche Preise erzielten. Den stapelweise angebotenen „Friedensvertragsentwurf der UdSSR für Deutschland“ wollte niemand auch nur für zwanzig Pfennig haben.²²⁴⁴ Mit Zufriedenheit registrierte die „Welt“ gelegentlich Schwierigkeiten innerhalb des Regimes.²²⁴⁵ Es war gar von schwerem Versagen der SED und von Enttäuschung der Mitglieder die Rede.²²⁴⁶ Notiert wurden Auswechslung und Maßregelung von Amtsträgern sowie die Unbeliebtheit der Funktionäre.²²⁴⁷ Nach dem Tod Piecks wurde die Umgestaltung der Staatsspitze beobachtet, von der Ulbricht profitierte.²²⁴⁸ Die Dreistigkeit des Regimes belegte die Meldung, dass ein Volkspolizist einen Flüchtling, der sich bereits auf West-Berliner Territorium befand, mit gezogener Waffe zurückführen wollte.²²⁴⁹ Elmer Bungk beschrieb in seiner mit der ironischen Überschrift „Seine Majestät fahren durch Mecklenburg“ versehenen Reportage eine wie für einen hohen Staatsgast organisierte Fahrt von Funktionären übers Land. Ob nun die am Straßenrand postierten und kriegerisch-sozialistisches Liedgut anstimmenden Pimpfe, das Schwein Jolanthe oder die jubelnde Bevölkerung, alle spielten artig ihre Rollen. Bungk beobachtete nach Abfahrt der Wagenkolonne Ernüchterung und schrieb vom schwelenden Hass der Bevölkerung gegen die Regierung.²²⁵⁰ Verbreitet wurde in der Bundesrepublik den ostdeutschen Landsleuten Mitgefühl entgegen gebracht; die DDR-Regierung wurde hingegen abgelehnt und verachtet. Doch ließ sich diese strikte Trennung nicht präzise halten. Schon in der von den Springer-Journalisten konsequent verwendeten Formulierung „die Zone“ äußerte sich Herablassung, die sich nicht nur auf das Regime bezog. Darin klang unbewußt auch Arroganz gegenüber den ökonomisch und politisch weniger gut Dastehenden an, die möglicherweise gerade wegen ihrer weniger günstigen Position in gewissem Maße hinter ihrem Staat standen.²²⁵¹ Umfassend wurde die – zwingend als negativ erscheinende – sozialistische Durchdringung in allen Bereichen thematisiert. In der Gesamtheit war das präsentierte Nachrichtenmaterial vortrefflich geeignet, ein Schreckenszenario für fast jede gesellschaftliche Gruppe aufzubauen. Selbst an

²²⁴³ Napoleon I. Buonaparte (*15.8.1769, gest. 5.5.1821) machte eine beachtliche militärische Karriere, stürzte 1799 die Regierung und übernahm die Macht als Erster Konsul. 1804 krönte er sich selbst zum Kaiser der Franzosen. Napoleon eroberte große Teile Europas. Mit dem verlustreichen Rußland-Feldzug begann sein Niedergang; 1814 mußte er abdanken. Aus der Verbannung heraus griff er 1815 noch einmal zur Macht, doch scheiterte er. Eine Folge seiner Herrschaft war der Durchbruch des Nationalstaatsgedankens in Europa.

²²⁴⁴ Nr. 146, 25.6.1960, S. 3.

²²⁴⁵ Nr. 134, 10.6.1960, S. 11, Nr. 136, 13.6.1960, S. 1 und S. 3.

²²⁴⁶ Nr. 139, 16./17.6.1960, S. 2.

²²⁴⁷ Nr. 143, 22.6.1960, S. 1, Nr. 151, 1.7.1960, S. 2, Nr. 251, 25.10.1960, S. 2 und S. 3.

²²⁴⁸ Nr. 214, 13.9.1960, S. 1.

²²⁴⁹ Nr. 214, 13.9.1960, S. 2.

²²⁵⁰ Nr. 237, 10.10.1960, S. 3.

²²⁵¹ Hanrieder, Wolfram F.: Deutschland, Europa und Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-89, Paderborn, München, Wien, Zürich 1991, S. 174 f.

Jugendliche, die wohl kaum unter der Leserschaft überrepräsentiert waren, dachte die Redaktion. Was in dieser nach Aspekten aufgegliederten Untersuchung als langweilige wie primitive Holzhammer-Propaganda erscheint, fiel aufgrund der homöopathischen Dosierung gar nicht auf und war durchaus wirksam. Selbst der Bearbeiter, der in erheblicher zeitlicher Distanz zum Geschehen steht, wird bei der ersten Lektüre in die gewünschte ablehnende Haltung gedrängt. Diese Reaktion dürfte wirksamer hervorgerufen worden sein als es durch flammende Appelle oder Artikel erreicht hätte werden können. Eine derartige Präsentation hatte schon aufgrund der vorigen Überbeanspruchung durch die nationalsozialistisch gelenkte Presse kaum Chancen beim Publikum. Wie der Verleger selbst gegenüber einem Schweizer Journalisten bekannte, war die Information absolut einseitig und unterschlug die Erfolge des Regimes, eben weil er politisch agierte und mit den Nachrichten Resonanz erzielen wollte.²²⁵² Diese Berichterstattung führte innerhalb der Redaktion zu Diskussionen.²²⁵³ Dem Anliegen des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“, Mittel- und Ostdeutschland als lebendige Wirklichkeit im Denken und Fühlen der Bevölkerung wachzuhalten, gerade auch mit Blick auf die aktuelle Entwicklung,²²⁵⁴ war damit eigentlich nur bedingt gedient. Springer kooperierte unauffällig mit Bonner Ministerien, um die DDR auch gegenüber dem Ausland zu delegitimieren und um zur Destabilisierung beizutragen, wobei er zunächst eine Reaktion des Ostens nicht bedachte.²²⁵⁵

²²⁵² Brumm, Dieter: Sprachrohr der Volksseele? „Bild“, in: Thomas, Michael Wolf (Hg.): Porträts der deutschen Presse. Politik und Profit, Berlin 1980 (S. 127-144) hier S. 132.

²²⁵³ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

²²⁵⁴ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959, Unterordner Tagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ 27.11.1959, Aufgaben des Unteilbaren Deutschland.

²²⁵⁵ Schwarz: Axel Springer, S. 338.

4.4. Das Jahr 1961

4.4.1. Das politische Ringen

Das Medium verfolgte die Finanzverhandlungen zwischen Bonn und Washington.²²⁵⁶ Möglichst unauffällig wurde der niedrige Stand der US-Goldreserven eröffnet.²²⁵⁷ Die finanzielle Schwäche der USA berührte die Journalisten offenbar recht peinlich. Sie erklärten die ungünstige Entwicklung durch „einmalige Umstände“ und verkauften die von Bonn angebotene Finanzhilfe als eigenes Interesse an der Stabilität der Leitwährung.²²⁵⁸ Es war erkennbar, dass seit der Regierungsübernahme Kennedys die Verhandlungen schwieriger wurden.²²⁵⁹ Washington setzte die Bonner Abhängigkeit in klingende Münze um, was für die Bundesregierung aufgrund der schwindenden Übereinstimmung zunehmend unerträglich wurde.²²⁶⁰ Dies erfuhr die Leserschaft der „Welt“ allerdings nicht. Im Mittelpunkt des medialen Interesses stand der Regierungswechsel in Washington.²²⁶¹ Das Kabinett Kennedy veranlasste von Borch zu schwülstigen Schwärmereien, die vom sonst üblichen nüchternen Stil abwichen.²²⁶² Ernst Cramer erinnert, dass nach den letzten Amtsjahren des Vorgängers dem neuen Präsidenten große Erwartungen entgegengebracht wurden.²²⁶³ Groß herausgestellt wurden die Vereidigung Kennedys und Auszüge seiner Antrittsrede.²²⁶⁴ Die „Welt“ legte die beifällige Reaktion der Weltgemeinschaft dar und druckte die höflichen Telegrammtexte ab, die die beiden mächtigsten Männer sich sandten.²²⁶⁵ Bald war zu lesen, dass Washington Geheimverhandlungen mit Moskau wünschte. Es hieß vorsichtig, die Politik gegenüber der Sowjetunion sollte überprüft werden. Zur Lösung der Probleme sollte das Schwergewicht nicht auf Gipfelkonferenzen liegen.²²⁶⁶ Schon bald rückte die Redaktion die Dinge erklärend zurecht. Auch wenn Kennedy kein Freund der Gipfel-Diplomatie war, so würde er doch Chruschtschows Wunsch nach einem Treffen nicht abschlagen.²²⁶⁷ Aus Moskau wurde eine Geste guten

²²⁵⁶ Nr. 8, 10.1.1961, S. 2, Nr. 13, 16.1.1961, S. 1, Nr. 20, 24.1.1961, S. 1, Nr. 58, 9.3.1961, S. 5, Nr. 62, 14.3.1961, S. 1, Nr. 67, 20.3.1961, S. 2, Nr. 69, 22.3.1961, S. 2, Nr. 70, 23.3.1961, S. 1, Nr. 73, 27.3.1961, S. 4.

²²⁵⁷ Nr. 24, 28.1.1961, S. 1.

²²⁵⁸ Nr. 25, 30.1.1961, S. 1.

Mit ursächlich für den schwachen Stand der US-Ökonomie waren die erheblichen Rüstungsausgaben und die Kosten für das amerikanische Truppenkontingent in Europa. So: Conze: Die gaullistische Herausforderung, S. 19.

²²⁵⁹ Nr. 27, 1.2.1961, S. 1, Nr. 32, 7.2.1961, S. 1, Nr. 34, 9.2.1961, S. 1, Nr. 37, 13.2.1961, S. 1.

²²⁶⁰ Conze, S. 184 f.

²²⁶¹ Nr. 11, 13.1.1961, S. 1, Nr. 14, 17.1.1961, S. 14.

²²⁶² Nr. 15, 18.1.1961, S. 3

²²⁶³ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

²²⁶⁴ Nr. 18, 21.1.1961, S. 1 und S. 4.

²²⁶⁵ Nr. 19, 23.1.1961, S. 4.

²²⁶⁶ Nr. 20, 24.1.1961, S. 4.

²²⁶⁷ Nr. 21, 25.1.1961, S. 3.

Willens registriert.²²⁶⁸ Den Beiträgen war zu entnehmen, dass in Washington nun ein anderer Wind wehte.²²⁶⁹ Nach Darstellung der „Welt“ beurteilte Kennedy die weltpolitische Lage viel ernster als sein Vorgänger. Von Borch sah einen „erbarmungslosen“ Trennungsstrich mit der Regierungszeit Eisenhowers gezogen.²²⁷⁰ Zehrer wies in einem Leitartikel darauf hin, wie schwierig es für Kennedy war, den westlichen Wohlstandsbürgern die Augen für die harte weltpolitische Wirklichkeit zu öffnen. Bereits jetzt schrieb er über das Verhältnis der Amerikaner zu den europäischen Partnern: „Außerdem ist unverkennbar, dass er (gemeint war Kennedy) sich etwas vom Block der anderen Mächte distanziert, die ihm mit allen ihren Problemen wie ein Klotz am Bein hängen, ohne sich entschlossen auf die eigenen Füße zu stellen.“²²⁷¹ Um die Weitschweifigkeit der Zehrerischen Leitartikel zu verdeutlichen, sei angemerkt, dass dieses Beispiel sechs Maschinenseiten lang war.²²⁷² Einem weiteren seiner Beiträge war zu entnehmen, dass der Appell Kennedys bei den befreundeten Ländern niemanden von seinem Sitz hochjagte. Ausgerechnet die Deutschen hätten dazu einiges getan, um das deutlich zu machen, und sich die ersten Ohrfeigen geholt.²²⁷³ Der Verleger soll Naehrer zufolge im Februar mit dem stellvertretenden Chefredakteur Cramer nach Washington gereist sein, um präsidentialen Ratgebern seine Einschätzungen und Vorstellungen über die Entwicklung in der DDR vorzutragen.²²⁷⁴ Ernst Cramer nahm jedoch nicht an dieser Reise teil; deshalb kann er auch nicht darüber berichten.²²⁷⁵ Springer soll zum Schluss gekommen sein, dass das Thema dort nicht angemessen berücksichtigt wurde, und soll deswegen enttäuscht heimgekehrt sein.²²⁷⁶ Ja, er traute der amerikanischen Standhaftigkeit nicht.²²⁷⁷ Mit Genugtuung nahm die „Welt“ einstweilen auf, dass Kennedy die Garantien für Berlin bekräftigte.²²⁷⁸ Die hellwache Redaktion registrierte alsbald das neue sowjetische Werben um die USA selbst auf der Ebene der Einladung von Kindern der

²²⁶⁸ Nr. 22, 26.1.1961, S. 1, Nr. 23, 27.1.1961, S. 1.

²²⁶⁹ Nr. 25, 30.1.1961, S. 1, Nr. 26, 31.1.1961, S. 1, Nr. 34, 9.2.1961, S. 4.

²²⁷⁰ Nr. 27, 1.2.1961, S. 1.

²²⁷¹ Nr. 30, 4.2.1961, S. 1 und S. 2.

²²⁷² Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 43, Typoskripte und Manuskripte Zehrer: „Kennedy und Chruschtschow“, 4.2.1961.

²²⁷³ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 43, Typoskripte und Manuskripte Zehrer: „Windstille im Westen“, 18.2.1961, S. 4. und als Leitartikel in: Nr. 42, 18.2.1961, S. 1 und wohl S. 2.

²²⁷⁴ Naehrer, S. 144.

Bei Müller ist übrigens ähnliches zu finden: „Im Februar 1961 mit dem Welt-Redakteur Cramer in Washington vergeblich um eine Unterredung mit Präsident Kennedy nachsuchend, schließlich an einen höheren Geheimdienstbeamten geratend, erklärte Axel Springer dem Amerikaner, dass in der Zone ein neuer Aufstand drohe. Diesmal würden die Westberliner und die Westdeutschen nicht tatenlos zusehen, wie ihre Landsleute von sowjetischen Panzern zusammengeschossen würden. Diesmal werde der Westen Deutschlands den Landsleuten zu Hilfe eilen“. So: Müller, S. 201.

²²⁷⁵ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

²²⁷⁶ Naehrer, S. 144.

²²⁷⁷ Schwarz: Axel Springer, S. 345.

²²⁷⁸ Nr. 28, 2.2.1961, S. 1.

Botschaftsangehörigen.²²⁷⁹ Wahrgenommen wurde auch, dass Kennedy seinem Gegenspieler eine geheime Botschaft überbringen ließ. Es wurde eingeräumt, dass Unklarheit über die Gestaltung von Kennedys Außenpolitik herrschte.²²⁸⁰ Mit Argusaugen verfolgte die Redaktion die diplomatische Aktivität.²²⁸¹ Beim Eintreffen des US-Sonderbotschafters in Bonn wurde klargestellt, dass die Berlin-Gespräche neu begannen.²²⁸² Übrigens startete der Verleger vor allem in den USA eine eigenständige propagandistische Kampagne, um den Westmächten klar zu machen, dass die Bevölkerung West-Berlins jede Belastung aushalten würde, wenn sie nur nicht nachgaben.²²⁸³ Mit Vorsicht behandelten die Journalisten dann die deutsch-amerikanischen Differenzen hinsichtlich der neuen US-Verteidigungsstrategie.²²⁸⁴ Das neue Konzept sah eine flexible Reaktion vor.²²⁸⁵ Die konventionellen Streitkräfte in Europa sollten in die Lage versetzt werden, einen gegnerischen Ansturm zumindest zeitweilig zum Stehen zu bringen, um nicht sofort Atomwaffen einsetzen zu müssen.²²⁸⁶ Das Blatt informierte folglich darüber, dass Washington die Verstärkung der konventionellen Streitkräfte wünschte, und legte ergänzend die neue Strategie dar.²²⁸⁷ Registriert wurde auch, dass die US-Regierung das Angebot, die Bundesrepublik zur Atommacht zu machen, zurückzog.²²⁸⁸ Von Borch beschrieb die sich zwischen den Hegemonialmächten abzeichnende Entwicklung plastisch: „Wie zwei titanische Ringer umschleichen sich die beiden Supermächte, seitdem der neue Präsident die Regierung angetreten hat. Sie haben Hindernisse aus dem Weg geräumt, Provokationen vermieden und sich einer ungewohnten Höflichkeit im Umgangston befleißigt. Sie haben Briefe geschrieben und ... einander Warnungen zukommen lassen. Schließlich haben sie durch das Mittel der stillen Diplomatie einige Grundregeln für ihr künftiges Verhältnis aufzustellen versucht, in den vertraulichen Unterhaltungen des Botschafters mit Chruschtschow und eben erst in dem Treffen zwischen Rusk und Gromyko. Aber sie haben noch nicht öffentlich Tuchfühlung genommen. Sie haben noch nicht miteinander verhandelt.“ Er glaubte, dass sich bald zeigen würde, ob Kennedy zu Ergebnissen kam, die Eisenhower verwehrt blieben.²²⁸⁹ Ein schönes Beispiel für den schwärmerischen Stil von Borchs in Bezug auf Kennedy ist sein Leitartikel vom 25. März,

²²⁷⁹ Nr. 33, 8.2.1961, S. 5, Nr. 39, 15.2.1961, S. 1.

²²⁸⁰ Nr. 43, 20.2.1961, S. 1 und S.2.

²²⁸¹ Nr. 46, 23.2.1961, S. 1, Nr. 49, 27.2.1961, S. 1, Nr. 55, 6.3.1961, S. 4, Nr. 56, 7.3.1961, S. 1, Nr. 60, 11.3.1961, S. 1, Nr. 62, 14.3.1961, S. 1, Nr. 63, 15.3.1961, S. 1 und S. 3, Nr. 67, 20.3.1961, S. 1, Nr. 67, 20.3.1961, S. 5.

²²⁸² Nr. 58, 9.3.1961, S. 1.

²²⁸³ Schwarz: Axel Springer, S. 343.

²²⁸⁴ Nr. 61, 13.3.1961, S. 2.

²²⁸⁵ Wetzlaugk, S. 68.

²²⁸⁶ Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 76 f.

²²⁸⁷ Nr. 81, 7.4.1961, S. 1, Nr. 85, 12.4.1961, S. 6.

²²⁸⁸ Nr. 83, 10.4.1961, S. 1, Nr. 88, 15.4.1961, S. 1.

²²⁸⁹ Nr. 67, 20.3.1961, S. 1.

der auszugsweise vorgestellt wird: „Man hat das Weiße Haus mit einem stolzen alten Segelboot verglichen, das still in der Bucht lag. Plötzlich packen es neue Winde, die großen Segel blähen sich, das Wasser beginnt zu schäumen, das Boot bewegt sich, es geht glorreich auf große Fahrt. Die Verwandlung in Washington ist in der Tat so vollkommen, dass sich poetische Bilder aufdrängen. Sie ist ganz dynamische Bewegung, Öffnung neuer Ausblicke, Durchbruch durch Verkrustungen des Zeremoniells und der Vorurteile, unaufhörliches Diskutieren, sie ist Frische und Energie einer neuen Generation, nicht nur einer anderen Partei, die die Handhabung der neu gewonnenen Macht zu üben begonnen hat.“ Doch räumte der Kennedy als Quelle der Aktivität rühmende von Borch ein, nicht zu wissen, wohin die Reise ging.²²⁹⁰ Dass der Journalist so begeistert schrieb, während der Konzernherr Misstrauen hegte, spricht jedenfalls für ein gewisses Maß an redaktioneller Autonomie. Der Moskauer Korrespondent wies darauf hin, dass Kennedy in der sowjetischen Presse besser behandelt wurde als sein Amtsvorgänger in der Spätphase seiner Regierungszeit.²²⁹¹ Mit Aufmerksamkeit wurde selbstverständlich die USA-Reise Adenauers bedacht.²²⁹² Inhaltlich blieben die Informationen jedoch dürftig. Graf Finckenstein beobachtete Unsicherheit beim Kanzler und eine freundlich-distanzierte Begrüßung am Flughafen. Auch das Gespräch mit Kennedy beschrieb er als in der Sache lebhaft, aber dennoch kühl.²²⁹³ Vorsichtshalber druckte das Blatt Warnungen Berliner Politiker vor neuen Prüfungen ab.²²⁹⁴ Mitte Mai war von großen Schwierigkeiten auf der Genfer Atomkonferenz zu lesen.²²⁹⁵ Zehrer gab mittlerweile zu wegen der Rückkehr zur Geheimdiplomatie sehr wenig unterrichtet zu sein. Konferenzen, Besprechungen und Erklärungen der Staatsmänner erhielten den Schatten der Unwirklichkeit, weil nur der engste Kreis um Kennedy und Chruschtschow die eigentliche Bedeutung kannte.²²⁹⁶ Für Anfang Juni wurde dann ein Treffen von Chruschtschow und Kennedy angekündigt.²²⁹⁷ Die „Welt“ nahm dies mit nicht übertrieben hochgestimmter Erwartung auf. Selbst von Borch wies ratlos auf die Schwierigkeiten nach dem Fehlschlag in Kuba hin, das gesunkene Prestige der USA wieder zu herzustellen.²²⁹⁸ Weinert beobachtete treffend, dass Ost-Berlin und Moskau verschiedene Ziele verfolgten, und glaubte nicht, dass Ulbricht den ersehnten Friedensvertrag erhielt.²²⁹⁹ Bevor Kennedy nach Wien reiste, traf er sich mit de

²²⁹⁰ Nr. 72, 25.3.1961, S. 1.

²²⁹¹ Nr. 80, 6.4.1961, S. 3.

²²⁹² Nr. 85, 12.4.1961, S. 1, Nr. 88, 15.4.1961, S. 1.

²²⁹³ Nr. 87, 14.4.1961, S. 1. und S. 3

²²⁹⁴ Nr. 92, 20.4.1961, S. 5, Nr. 115, 19.5.1961, S. 1.

²²⁹⁵ Nr. 112, 16.5.1961, S. 1 und S. 4.

²²⁹⁶ Nr. 116, 20.5.1961, S. 1 und: Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 43, Typoskripte und Manuskripte Zehrer: „Gespräch unter vier Augen“, 20.5.1961, S. 3.

²²⁹⁷ Nr. 116, 20.5.1961, S. 1 und S. 2.

²²⁹⁸ Nr. 118, 24.5.1961, S. 1.

²²⁹⁹ Nr. 116, 20.5.1961, S. 3.

Gaulle.²³⁰⁰ Groß herausgestellt wurde der Besuch Kennedys in Paris.²³⁰¹ Sonderkorrespondent Graf Finckenstein beschrieb das prächtige Gepränge.²³⁰² Es war erkennbar, dass der junge Präsident dem Franzosen zu schmeicheln bemüht war.²³⁰³ In der Tat entspannte die Begegnung das Verhältnis der beiden Politiker trotz der bestehenden Differenzen.²³⁰⁴ De Gaulle steuerte ja einen kompromisslosen Kurs, um die westlichen Berlin-Rechte zu halten.²³⁰⁵ Medial hervorgehoben und mit Genugtuung aufgenommen wurde die Erklärung der Einigkeit der beiden Politiker in der Berlin-Frage eine feste Haltung zu bewahren.²³⁰⁶ Die „Welt“ äußerte aber auch Bedenken wegen des schlecht vorbereiteten und in einem Augenblick amerikanischer Schwäche zustandegekommenen Wiener Treffens.²³⁰⁷ Zehrer reiste indessen nach Wien.²³⁰⁸ Auf den Vorschlag, die eigentlich dafür prädestinierten Korrespondenten von Borch und Schewe in Marsch zu setzen, ging er nicht ein.²³⁰⁹ Im Leitartikel schrieb Schröder über die gedämpfte Erwartungshaltung: „Der Gipfelmythos ist tot. Uns scheint gut, dass die Völker nicht mit der gläubigen Erwartung nach Wien schauen, dort würde den Führern der beiden mächtigsten Staaten dieser Welt innerhalb weniger Stunden das Gelingen, auf was wir seit sechzehn Jahren vergeblich warten: der gequälten Menschheit den Frieden zu bescheren. Es wird in Wien keine Gipfelkonferenz im eigentlichen Sinne geben. Vielmehr treffen sich zwei Regierungschefs, die sich kennenlernen und die zugleich große strittige Fragen erörtern wollen. Vielleicht ist es bezeichnend, dass eine von einer enttäuschten Hoffnung zur anderen gestolperte Menschheit heute mit skeptischer Nüchternheit diesen Begegnungen entgegensieht.“²³¹⁰ Auch die Kommentierung vom 3. Juni machte darauf aufmerksam, dass keine Beschlüsse erwartet wurden; dennoch wurde es als „das bedeutsamste Wochenende dieses Jahres“ mit einer Weichenstellung betrachtet. Es wurde die Gewissheit zum Ausdruck gebracht, dass Kennedy ein verlässlicher Anwalt Berlins sein werde. Im Aufmacher wurde das Spitzengespräch angekündigt. Demnach gab Kennedy sich zuversichtlich und erklärte Chruschtschow von seiner Entschlossenheit überzeugen zu wollen.²³¹¹ Zehrer hatte einen Mitarbeiter instruiert, über die „environments dieser Angelegenheit“, namentlich Jacqueline Kennedy und Nina Chruschtschow zu

²³⁰⁰ Nr. 124, 31.5.1961, S. 4.

²³⁰¹ Nr. 125, 1.6.1961, S. 1.

²³⁰² Nr. 125, 1.6.1961, S. 3.

²³⁰³ Nr. 125, 1.6.1961, S. 4.

²³⁰⁴ Conze, S. 199.

²³⁰⁵ Shell, S. 95.

²³⁰⁶ Nr. 125, 1.6.1961, S. 1, Nr. 126, 2.6.1961, S. 4.

²³⁰⁷ Nr. 126, 2.6.1961, S. 1.

²³⁰⁸ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 22, Brief Zehrer vom 25.5.1961 an Graf Wickenburg.

²³⁰⁹ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

²³¹⁰ Nr. 125, 1.6.1961, S. 1.

²³¹¹ Nr. 127, 3.6.1961, S. 1.

schreiben, um eine andere als die sonst gebräuchliche Farbe hereinzubekommen.²³¹² Wolfram Köhler bereicherte die Darstellung dementsprechend um Lokalkolorit und glitt dabei zum Schluß etwas auf die Klatschebene ab.²³¹³ Auch der Mitarbeiterzeitung des Verlags war zu entnehmen, dass es zur Aufgabe der Wiener Korrespondenten gehörte, mit den menschlichen Dingen dem Gesamtbild ein paar Lichter aufzusetzen.²³¹⁴ Im Forum der „Welt“ erklärte von Borch das Anliegen Kennedys; weitschweifend legte er dar, dass der Wunsch nach Klärung der Standpunkte bestand, um die Kriegsgefahr zu minimieren. Kennedy wollte Misstrauen abbauen und den Gegenspieler von seiner Entschlossenheit überzeugen. Von Borch ging davon aus, dass Berlin Gesprächsthema war. Haffner breitete als Gegenstück seine Überlegungen zu Chruschtschows Zielen aus. Haffners Erwartungshaltung war gering; mehr als die Beseitigung einzelner Schwierigkeiten schien „nicht drin“ zu sein. Vage vermutete er, dass Chruschtschow auf dem Gebiet der deutsch-amerikanischen Allianz, der westdeutschen Rüstung, der Frage des Friedensvertrages oder des Berlin-Status etwas zu erreichen hoffte. Doch war allenfalls mit einer Vereinbarung, worüber verhandelt werden sollte, zu rechnen. Haffner fürchtete eine Verschärfung der Situation, hielt es aber auch für möglich, dass Chruschtschow den Gegner nur demütigen oder verwirren wollte.²³¹⁵ Dem Informationsbedürfnis des Publikums konnte kaum entsprechen, was die Redaktion am 5. Juni anbieten konnte. Das nichtssagende amtliche Kommuniqué über die Begegnung wurde präsentiert. Darin bezeichneten beide Politiker ihr Treffen als nützlich; es hieß, keine Seite habe einen grundsätzlichen Standpunkt aufgegeben. Einerseits war von harten offenen Auseinandersetzungen, andererseits war von einer rein informativen persönlichen Begegnung die Rede. Als Gesprächsthemen wurden Abrüstung, Atomversuche und Deutschland-Frage genannt. Es hieß, dass die Berlin-Problematik nicht im Vordergrund gestanden habe. Ausdrücklich war davon die Rede, dass Chruschtschow keine Frist für die Umwandlung Berlins in eine „Freie Stadt“ setzte. Die Kommentierung der „Welt“ zeigte sich zufrieden, dass das Treffen mit der Fixierung der Standpunkte den eigenen Erwartungen entsprechend zu Ende ging; das Fehlen von Lösungsvorschlägen entsprach der Prämisse. Die Journalisten behaupteten, dass Kennedy seine Festigkeit glaubwürdig demonstrierte: „Vor allem Chruschtschow wird nun spüren, dass er niemals zuvor einem westlichen Staatsmann von größerer Standfestigkeit begegnet ist.“²³¹⁶ Dies entsprach der Linie des Blatts, ihn als intakte und überlegene Führungsfigur der westlichen Welt darzustellen. Der auf das öffentliche Profil von Stärke und Virilität

²³¹² Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 22, Brief Zehrsers vom 25.5.1961.

²³¹³ Nr. 127, 3.6.1961, S. 3.

²³¹⁴ Springer Post, 6. Jg., Juli 1961.

²³¹⁵ Nr. 127, 3.6.1961, S. 33.

²³¹⁶ Nr. 128, 5.6.1961, S. 1.

fixierte Kennedy beeindruckte seinen Gegenspieler bei diesem Treffen allerdings nicht gerade. Chruschtschow schätzte ihn als unerfahren und nicht durchsetzungsstark ein.²³¹⁷ Über den wirklichen Inhalt des Spitzengesprächs wurde die Weltöffentlichkeit nicht informiert, so dass die Redaktion notgedrungen die angebotenen dürftigen und keinen zutreffenden Eindruck vermittelnden Informationsbrocken übernahm und verbreitete. Tatsächlich forderte Chruschtschow eine zeitliche Fristsetzung für die Umgestaltung des Status Berlins. Darauf hatte er in Camp David gegenüber Eisenhower verzichtet.²³¹⁸ Kennedy machte im Gespräch deutlich, dass die Sicherheit der USA nicht von der Berlins zu trennen war. Der impulsive Generalsekretär drohte darauf mit Atomkrieg, was Kennedy schockierte.²³¹⁹ Doch scheiterte der Versuch Chruschtschows, den weniger erfahrenen Gegenspieler zum Nachgeben zu bewegen.²³²⁰ Nach der aufgrund des unzutreffenden Informationsstands erfolgten unfreiwilligen Verschleierung wurde Ablenkung durch dekoratives Beiwerk zubereitet. Thematisiert wurden der Besuch Jacqueline Kennedys in der Hofreitschule und das Galadiner im Schloss Schönbrunn.²³²¹ Auf diese Weise wurde etwas Farbe in die sonst so dürre und nüchterne Berichterstattung gebracht. Später wurden die Gespräche der Spitzenpolitiker wieder thematisiert. Im der unsicheren Informationslage entsprechend vage und allgemein gehaltenen Artikel wurde davon ausgegangen, dass die Berlin-Krise unverändert fortbestand, wenn auch eine unmittelbar bevorstehende Zuspitzung „wenig wahrscheinlich“ schien. Verwirrung herrschte wegen widersprüchlicher Äußerungen der Pressesprecher der Supermächte. Wegen der gewährten Geheimhaltung konnte die Redaktion nur mit amtlichen Mitteilungen und der Beschreibung der Auftritte der Protagonisten die Zeilen füllen.²³²² Für Wien war die „Welt“ mit der Entsendung Zehrer, zu dessen Stärke nicht gerade die vor-Ort-Berichterstattung gehörte, unterbesetzt.²³²³ Zeitgleich zur Abreise Chruschtschows präsentierte das Blatt eine Äußerung Adenauers, nach der es in Wien „sehr hart auf hart gegangen“ war. Zehrer sah im Leitartikel die Weltpolitik auf kleine Flamme gesetzt. Nach seiner Meinung scheiterte der amerikanische Versuch einige Themen gesondert zu behandeln an der sowjetischen Ablehnung.²³²⁴ Vom Medium wurde registriert, dass der Ausgang der Gespräche in der westlichen Welt mit Zurückhaltung aufgenommen wurde.²³²⁵ Wiederum wurde eine beruhigende Erklärung Kennedys dargestellt, der bekräftigte, die Berlin-Rechte verteidigt

²³¹⁷ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 31 f.

²³¹⁸ Herzfeld: Berlin in der Weltpolitik 1945-70, S. 450 f.

²³¹⁹ Isaacs/Downing, S. 172 f.

²³²⁰ Biermann, S. 120 f.

²³²¹ Nr. 128, 5.6.1961, S. 3.

²³²² Nr. 128, 5.6.1961, S. 4.

²³²³ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

²³²⁴ Nr. 129, 6.6.1961, S. 1.

²³²⁵ Nr. 129, 6.6.1961, S. 4.

und die eigene Entschlossenheit demonstriert zu haben. Er bezeichnete das Treffen als „nützlich“ und zugleich als „ungemein düster“ ohne dies zu konkretisieren.²³²⁶ Die Redaktion schälte schließlich aus dem „Geheimnis von Wien“ heraus, dass Chruschtschow rasch beabsichtigte, eine Lösung der Deutschland- und Berlin-Frage herbeizuführen. Ergänzend wurde ein US-Regierungsvertreter zitiert, der keine Aussichten auf Entspannung sah.²³²⁷ Das Festfahren der Genfer Atomverhandlungen wurde als Wiederhall dieses Gegensatzes gedeutet.²³²⁸ Die Verschlechterung der internationalen Lage servierte die „Welt“ ziemlich beiläufig und in vorsichtiger Dosierung. Darauf angesprochen, ob so das Ansehen Kennedys oder die Nerven des Publikums geschont werden sollte, verneint Herr Cramer. Er befürchtet schlimmeres; nämlich, dass die Verschlechterung zunächst nicht erkannt wurde.²³²⁹ Wie einer auszugsweise präsentierten Rede Kennedys zu entnehmen war, bezogen sich die „düstersten“ Gespräche auf die Berlin- und Deutschlandfrage. Die Überschrift stellte übrigens heraus, dass Kennedy keine Konzessionen gemacht hatte.²³³⁰ Die Redaktion mutmaßte bald über einen Zeitplan des Kremls in dieser Angelegenheit.²³³¹ Am 12. Juni wurde die Denkschrift, die Chruschtschow Kennedy in Wien überreicht hatte, vom Medium veröffentlicht.²³³² Fristsetzung und Drohung mit dem separaten Vertrag erneuerten den Nervenkrieg.²³³³ Auf den Widerspruch zur erst vor wenigen Tagen präsentierten Information ging die Redaktion gar nicht ein und baute wohl auf die Vergesslichkeit der Leserschaft. Aus Washington wurde gemeldet, dass diese Vorschläge für einen Friedensvertrag als unannehmbar erachtet wurden.²³³⁴ Den Nachrichten ließ sich mittlerweile eine Verschärfung der Situation entnehmen.²³³⁵ In einem gewohnt umfangreichen Leitartikel, der eigentlich die Gestaltung des 17. Juni behandelte, flocht Zehrer ein, dass Chruschtschow bis Ende des Jahres reinen Tisch mit Deutschland und Berlin machen wollte.²³³⁶ Schließlich war am 21. Juni von einer in der letzten Woche erfolgten Verdüsterung des Himmels und davon die Rede, später im Jahr mit handfesten Verschärfungen rechnen zu müssen.²³³⁷ Der Verleger stand in dieser Phase unter Hochspannung und konferierte viel mit seinen Mitarbeitern,

²³²⁶ Nr. 130, 7.6.1961, S. 1.

²³²⁷ Nr. 130, 7.6.1961, S. 4.

²³²⁸ Nr. 131, 8.6.1961, S. 1.

²³²⁹ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

²³³⁰ Nr. 131, 8.6.1961, S. 5.

²³³¹ Nr. 132, 9.6.1961, S. 4.

²³³² Nr. 134, 12.6.1961, S. 5.

²³³³ Conze, S. 205.

²³³⁴ Nr. 135, 13.6.1961, S. 1 und Nr. 139, 19.6.1961, S. 4.

²³³⁵ Nr. 137, 15.6.1961, S. 4, Nr. 138, 16./17.6.1961, S. 2, Nr. 140, 20.6.1961, S. 4, Nr. 141, 21.6.1961, S. 1, Nr. 143, 23.6.1961, S. 1, Nr. 144, 24.6.1961, S. 1.

²³³⁶ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 43, Typoskripte und Manuskripte Zehrer: „Der 17. Juni 1962“, 16./17.6.1961, S. 1 und Nr. 138, 16./17.6.1961, S. 1 und S. 2.

²³³⁷ Nr. 141, 21.6.1961, S. 1.

Ratgebern und Politikern und ließ Washington seine Einschätzung wissen.²³³⁸ Er schrieb beispielsweise dem Senator von Wisconsin, William Proxmire, einen Brief, dem ein von Haffner für ihn angefertigtes Memorandum „Berlin – What can be done?“ beigelegt war.²³³⁹ Schmied meint übrigens, dass dieses Memorandum wohl kurz nach dem Wiener Gipfel von Haffner verfasst wurde. Konkret habe dieser an eine internationale Konferenz gedacht, an der alle ehemaligen Feindstaaten des Deutschen Reichs beteiligt werden sollten. Springer ließ die Denkschrift Angehörigen des US-Senats zukommen. Zudem trug die „Welt“ den Vorschlag des Friedenskongresses Anfang Juli in die Öffentlichkeit; dieses Vorhaben wurde aber alsbald von der Bundesregierung abgeschmettert.²³⁴⁰ Springer vertraute nicht auf die amerikanische Standfestigkeit und hielt es für möglich, dass die Verbündeten ungerührt die Teilung mitsamt einer Staatsgrenze durch Berlin akzeptieren würden.²³⁴¹ Von Borch wies mittlerweile beunruhigt auf die Washingtoner Diskussion über Alternativen zur Berlin-Politik hin und wiederholte beschwörend den amtlichen Standpunkt des Weißen Hauses, Berlin nicht preiszugeben.²³⁴² Das Blatt veröffentlichte übrigens einen Beitrag von Zahns, der sich mit einem Interview Chruschtschows beschäftigte. Dieser begründete sein Drängen mit der Sorge vor den nach der Atommacht strebenden Hitler-Generälen, die bei einem Aufstand in der DDR eingreifen wollten und somit die UdSSR mit Krieg konfrontieren konnten. Das Argument hielt von Zahn immerhin für echt.²³⁴³ Gegen Ende Juni mehrten sich die Anzeichen der Zuspitzung der Krise.²³⁴⁴ Die Redaktion bereitete die Nachrichten allerdings nicht einheitlich auf. Prophylaktisch wurde etwa auf der Titelseite vor einer harten Nervenprobe gewarnt; die Gefahr blieb dabei immer noch vage.²³⁴⁵ In der unauffälligsten Präsentationsform einer winzigen Notiz war zu lesen, dass die „gefährlichste Periode seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs“ bevorstand.²³⁴⁶ Von Zahn deutete bei seiner Suche nach Chruschtschow zum Handeln zwingenden Gründen allen Ernstes eine minimale französische Truppenverlegung absurderweise als von diesem bisher noch nicht in Rechnung gestellte Verstärkung der westlichen Front.²³⁴⁷ Ergänzend wurde auch über amerikanische Erwägungen für Truppenverstärkungen und die Abhaltung eines großen Generalstabkriegsspiels

²³³⁸ Naeyer, S. 147.

²³³⁹ Bundesarchiv/Berlin: N/2523, Aktenband Nr. 51, Brief von Axel Springer an Senator Proxmire vom 26.6.1961, dem ein fünf Seiten langes Memorandum Haffners beigelegt war.

²³⁴⁰ Schmied, S 225.

²³⁴¹ Schwarz: Axel Springer, S. 345 f.

²³⁴² Nr. 144, 24.6.1961, S. 3.

²³⁴³ Nr. 145, 26.6.1961, S. 3.

²³⁴⁴ Nr. 139, 19.6.1961, S. 1, S. 4, Nr. 140, 20.6.1961, S. 1, S. 3, Nr. 141, 21.6.1961, S. 1, S. 4, Nr. 142, 22.6.1961, S. 4, Nr. 143, 23.6.1961, S.1, S. 4, Nr. 144, 24.6.1961, S. 1, Nr. 146, 27.6.1961, S. 1, Nr. 148, 29.6.1961, S. 1, S. 4, Nr. 149, 30.6.1961, S. 4.

²³⁴⁵ Nr. 146, 27.6.1961, S. 1.

²³⁴⁶ Nr. 149, 30.6.1961, S. 4.

²³⁴⁷ Nr. 149, 30.6.1961, S. 3.

informiert.²³⁴⁸ Von einer geschlossenen Darstellung war die „Welt“ auch Anfang Juli weit entfernt. So war zu lesen, dass Brandt westliche Alarm-Pläne für West-Berlin ablehnte. Direkt darunter wurde die Erklärung eines US-Militärs abgedruckt, der sich in Berlin auf das Äußerste vorbereitet gab.²³⁴⁹ Aus dem ganzen journalistischen Stochern im Nebel ragte wieder einmal ein freimütiger Beitrag Haffners heraus. Er schrieb vom Schrecken des „unseligen Treffens“ in Wien und sah Berlin von Chruschtschow diesmal nur als Druckmittel benutzt, um die deutsche Teilung zu zementieren. Durch die Kooperation des Westens hierbei sollte die Basis des deutschen Westbündnisses zerstört werden. Er eröffnete dem Publikum, dass die angelsächsische Presse für die Anerkennung der DDR als Ausweg plädierte. Haffner meinte, diese Journalisten wollten das Huhn schlachten, um das Ei zu retten. Auch die Haltung der westlichen Regierungen, die sich darauf beschränkte, ihre Festigkeit zu betonen und die Gefahren eines Atomkrieges zu beschwören, imponierte ihm nicht gerade. Im Wettkampf von Propaganda und Diplomatie sah Haffner das westliche Lager in Passivität verharren und darüber brüten, sich eines Tages zum Krieg aufzuraffen oder besser gleich zu kapitulieren, worüber er sich die Haare raufte.²³⁵⁰ Mit seiner deutlichen Kritik blieb Haffner eine Ausnahmeerscheinung in der „Welt“-Redaktion. Angesichts der Berlin-Krise nahmen die Differenzen zwischen Haffner und seinen Kollegen vom „Observer“ zu. Mit dem am 4. Juli in der „Welt“ präsentierten Satz: „Sie wollen also das Huhn schlachten, um das Ei zu retten, und sie kommen sich dabei noch wunder wie klug vor.“ meinte Haffner die angelsächsischen Kreise, die entsprechend der „Observer“-Redaktion sich dafür aussprachen die DDR anzuerkennen, um die Freiheit der Westsektoren zu erhalten. Am Ende des Monats beendete Haffner wegen der Differenzen seine langjährige Mitarbeit beim britischen Blatt definitiv.²³⁵¹ Von der „Welt“ wurde dann eine halbherzige Warnung Kennedys an seinen Gegenspieler registriert.²³⁵² Mitte Juli informierte das Blatt dann über das Ausbrechen von Panik in der DDR.²³⁵³ Oftmals wurde jetzt auch an exponierter Stelle über das Anschwellen des Flüchtlingsstroms berichtet.²³⁵⁴ In diese forcierte Art der Darstellung paßte eine Überschrift vom 2. August: „Die Ausblutung der Zone nimmt unvorstellbare Ausmaße an.“ Der zitierte Minister Lemmer²³⁵⁵ meinte höhnisch, man müsse sich abgewöhnen von

²³⁴⁸ Nr. 151, 3.7.1961, S. 1 und S. 4.

²³⁴⁹ Nr. 152, 4.7.1961, S. 1.

²³⁵⁰ Nr. 152, 4.7.1961, S. 3.

²³⁵¹ Schmied, S. 225 ff.

²³⁵² Nr. 155, 7.7.1961, S. 1.

²³⁵³ Nr. 161, 14.7.1961, S. 1.

²³⁵⁴ Nr. 163, 17.7.1961, S. 1, Nr. 164, 18.7.1961, S. 1, Nr. 169, 24.7.1961, S. 1, Nr. 170, 25.7.1961, S. 1, Nr. 175, 31.7.1961, S. 1, Nr. 176, 1.8.1961, S. 1, Nr. 176, 1.8.1961, S. 2, Nr. 181, 7.8.1961, S. 1, Nr. 182, 8.8.1961, S. 1, Nr. 184, 10.8.1961, S. 1, Nr. 185, 11.8.1961, S. 1, Nr. 186, 12.8.1961, S. 1.

²³⁵⁵ Lemmer, Ernst (*24.8.1898, gest. 18.8.1970) war Journalist und Politiker. Lemmer gehörte 1924-33 dem Reichstag an und zählte 1945 zu den Mitbegründern der CDU in der sowjetischen Besatzungszone.

den siebzehn Millionen in der Sowjetzone zu sprechen, es seien ja nicht mehr viel mehr als sechzehn Millionen übrig. Der Vorschlag eines einflussreichen US-Politikers, den Flüchtlingsstrom von westlicher Seite zu unterbinden, wurde von der Redaktion als moralischer Tiefschlag gewertet. Die Kommentierung sah angesichts der Furcht vor Verbauung des letzten Fluchtwegs durch diesen Vorschlag Öl ins Feuer gegossen. Die Journalisten waren unsicher, ob Ulbricht autonom oder mit Moskaus Zustimmung handelte.²³⁵⁶ Chruschtschow wurde in der Tat seit längerem von Ulbricht wegen der Absperrung bedrängt; er entsprach schließlich dem Wunsch seines Vasallen.²³⁵⁷ In einem von Ulbricht geschickt gelenkten Telefongespräch erteilte der sowjetische Staatsführer seine Genehmigung.²³⁵⁸ Eine brisante Information war der „Welt“ übrigens nicht zu entnehmen. Es handelte sich um die Ende Juli öffentlich gemachte Äußerung des einflussreichen US-Politikers Fulbright: „I don't understand why the East Germans don't close the border because I think they have a right to close it.“ Der Vier-Mächte-Status erlaubte keiner der Siegermächte – und schon gar nicht der DDR-Regierung – die Grenze zu schließen, was Fulbright gewiss wusste. Die Erklärung des Vertrauten des Präsidenten ließ sich als Zeichen dafür deuten, dass das Weiße Haus das Recht zur Bewegungsfreiheit preisgeben würde, um einen Krieg zu verhindern.²³⁵⁹ Nicht wenige Beobachter hielten dies für den Standpunkt der US-Regierung.²³⁶⁰ Dazu befragt, ob es sich hier um eine bewusste Ausfilterung von Information – etwa zur Schonung der Nerven des Publikums – handelte, verneint Herr Cramer. Er meint, dass es ein Versehen war. Der in der Redaktion hochgeachtete von Borch wird diese Aussage in der Fülle von Nachrichten wohl übersehen haben.²³⁶¹ DDR-Medien spielten die Äußerung hoch;²³⁶² daher bleibt dieser Fehler schwer

1952-70 war er Mitglied des Bundestags. Er fungierte auch in verschiedenen Ministerposten und war im hier relevanten Zeitraum 1957-62 Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen.

Lemmer erhielt übrigens zu diesem Zeitpunkt einen vom 1. August 1961 stammenden Brief Adenauers, den Mensing auszugsweise in seiner Einführung zitiert: müsse man: „mit allen geeigneten Mitteln die deutsche und ausländische Öffentlichkeit nicht nur über die täglichen Zahlen der Flüchtlinge unterrichten, sondern auch Einzelschicksale hervorheben, den Zusammenhang mit der Berlin-Politik der Sowjetunion betonen und aller Welt klarmachen, in welchem Ausmaße sich die Bewohner der Sowjetzone aus Furcht, der letzte Ausweg in die Freiheit könne versperrt werden, dem Druck und der politischen Verelendung durch das dortige Regime zu entziehen versuchen.“

So Auszug in: Mensing, S. VIII; beim Brief Adenauers vom 1.8.1961 an Bundesminister Lemmer handelt es sich wohl um Dokument Nr. 274.

²³⁵⁶ Nr. 177, 2.8.1961, S. 1.

²³⁵⁷ Bender, S. 85 ff.

²³⁵⁸ So ein kürzlich beim Berliner Geschichts-Forum 1989/2009 in der Humboldt-Universität erstmals veröffentlichtes Wortprotokoll des Telefonats zwischen Ulbricht und Chruschtschow. Das Original befindet sich im russischen Archiv für Zeitgeschichte. Der Beitrag von Sven Felix Kellerhoff: „Wie Walter Ulbricht und Nikita Chruschtschow den Mauerbau beschlossen“ wurde in der „Welt“ vom 30.5.2009 auf S. 23 publiziert.

²³⁵⁹ Münger, S. 99 f.

²³⁶⁰ Lansing-Dulles, S. 70

²³⁶¹ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

²³⁶² Catudal, S. 283.

erklärlich. Seit dem Wiener Spitzentreffen lebten die Deutschen ständig in Nervosität.²³⁶³ Im Blatt wurde dargelegt, dass etwa eine Rede Chruschtschows für das Ansteigen der Absatzbewegung sorgte.²³⁶⁴ Die angespannte Lage wurde verfolgt.²³⁶⁵ In Washington wurde das Anstehen politischer Entscheidungen angedeutet.²³⁶⁶ Das Stattfinden von Gesprächen zwischen den Supermächten sickerte durch.²³⁶⁷ Es war erkennbar, dass das westliche Lager sich in der Defensive befand.²³⁶⁸ Beunruhigende Nachrichten wie beispielsweise Truppenkonzentrationen der Roten Armee in der DDR präsentierten die Journalisten in der unauffälligen Form einer winzigen Notiz.²³⁶⁹ Ende Juli versuchte die Redaktion dem verunsicherten Publikum Mut zu machen mit der Vorstellung der positiven Aufnahme der neuesten Rede Kennedys in der westlichen Welt.²³⁷⁰ Dann wurde der Wortlaut abgedruckt. Kennedy erklärte West-Berlin zum Testplatz für Mut und Willen des Westens. Ein besonders pathetischer Auszug, an dem sich die Leserschaft erbauen konnte, wurde optisch hervorgehoben: „Ich habe Meinungen gehört, dass Westberlin militärisch unhaltbar ist. Dies war Bastogne²³⁷¹ auch und in der Tat Stalingrad.²³⁷² Jeder gefährdete Fleck ist zu halten, wenn Männer, mutige Männer, sich dafür einsetzen. Wir wollen den Kampf nicht – aber wir haben schon gekämpft. In vergangenen Zeiten wurde eine gleiche gefährliche Fehleinschätzung laut, nämlich die, dass der Westen zu selbststüchtig, zu weich und gespalten sei, um Attacken auf die Freiheit in anderen Ländern zu widerstehen. Diejenigen, die mit einer Entfesselung eines Krieges in der Auseinandersetzung über Westberlin drohen, sollten sich die Worte des klassischen Philosophen ins Gedächtnis rufen: Ein Mann, der Furcht verursacht, kann selbst nicht frei sein von Furcht.“ Als Zeichen der amerikanischen Entschlossenheit wurden ein Sechs-Punkte-Plan zur Stärkung des militärischen Potentials, Einberufungen und finanzielle Lasten herausgestellt. Dabei wurde verbrämt, dass die US-Regierung keinerlei nennenswerte Vorbereitungen für den

²³⁶³ Lansing-Dulles, S. 72 f.

²³⁶⁴ Nr. 183, 9.8.1961, S. 1.

²³⁶⁵ Nr. 164, 18.7.1961, S. 4, Nr. 165, 19.7.1961, S. 1, S. 4, Nr. 166, 20.7.1961, S. 1, Nr. 169, 24.7.1961, S. 4, Nr. 170, 25.7.1961, S. 4, Nr. 171, 26.7.1961, S. 4, Nr. 172, 27.7.1961, S. 1, Nr. 174, 29.7.1961, S. 1.

²³⁶⁶ Nr. 163, 17.7.1961, S. 4.

²³⁶⁷ Nr. 164, 18.7.1961, S. 4.

²³⁶⁸ Nr. 165, 19.7.1961, S. 1, Nr. 166, 20.7.1961, S. 1.

²³⁶⁹ Nr. 169, 24.7.1961, S. 4.

²³⁷⁰ Nr. 172, 27.7.1961, S. 1, S. 4.

²³⁷¹ Bastogne ist eine belgische Kleinstadt, die während der deutschen Ardennenoffensive im Dezember 1944 hart umkämpft war. Zeitweilig wurden US-Truppen dort von der Wehrmacht und SS-Formationen eingeschlossen, konnten sich aber halten. Wohl deshalb verwendete Kennedy diesen Begriff als Synonym für erfolgreichen Widerstand.

²³⁷² Die Schlacht um die Stadt Stalingrad, die heute Wolgograd heißt, markierte die Wende im Zweiten Weltkrieg. Der Roten Armee gelang es unter hohen Opfern die Stadt zu halten. Die dort schließlich eingeschlossene deutsche 6. Armee musste Ende Februar 1943 kapitulieren. Die Situation in Bastogne mit der Stalingrads zu vergleichen erscheint schon aufgrund der großen Unterschiede in Hinsicht auf die Stärke der eingesetzten Verbände, das zur Gebote stehende Militärpotential und die allgemeine Kriegslage nicht unbedingt treffend.

Zivilschutz im Fall eines Atomkriegs getroffen hatte.²³⁷³ Da Kennedy Ost-Berlin nicht erwähnte, war zu folgern, dass die USA passiv blieben, falls die Sowjets auf dem Gebiet ihres Sektors tätig wurden.²³⁷⁴ Diese Interpretation war in der „Welt“ nicht zu finden. Die Ausführungen Kennedys fanden Anklang beim Verleger, den allerdings das Fehlen einer Garantie gegen die Absperrung Ost-Berlins störte.²³⁷⁵ Eigentlich beachtenswert an der Rede war, dass weder der nationale Notstand ausgerufen noch Steuererhöhungen angekündigt wurden.²³⁷⁶ Zehrer deutete Chruschtschows Verhalten als mangelnde Achtung der amerikanischen Stärke, räumte ein, dass Kennedy eine Durststrecke durchlaufen hatte. Für „wahrlich beeindruckend“ befand er aufbauend, wie sich die amerikanische Nation hinter ihren Präsidenten stellte.²³⁷⁷ Auch im August klang die Verunsicherung und Ratlosigkeit im westlichen Lager in den Nachrichten an.²³⁷⁸ Vorsichtig verzichtete die Redaktion auf Kommentierung. Chruschtschow kombinierte wie gewohnt Verhandlungsangebote mit Drohungen,²³⁷⁹ worauf der Westen nicht einging.²³⁸⁰ Die „Welt“ informierte dann darüber, dass die ostdeutschen Kommunisten verlautbarten, nach Abschluss des Friedensvertrags das „Hintertürchen“ Berlin zu schließen.²³⁸¹ Wegen der Täuschung mit der Koppelung an den Friedensvertrag schienen einschneidende Maßnahmen nicht unmittelbar bevorzustehen. Als Ausdruck der in der Redaktion herrschenden Unsicherheit lässt sich die sensationelle Aufbauschung der banalen Äußerung Kennedys deuten, alle Mittel zur friedlichen Lösung auszuschöpfen.²³⁸² Mit Argusaugen verfolgten die Journalisten das Geschehen in Ost-Berlin, wo die Volkskammer der Regierung die Vollmacht zur Eindämmung der Flucht erteilte.²³⁸³ Schon seit Herbst 1960 hatten sich hohe Gremien mit der Schließung der Übergänge zu den Westsektoren befasst.²³⁸⁴ Bei aller Nervosität wegen der aus dem Osten kommenden Hinweise tappten die Entscheidungsträger der westdeutschen Medien hinsichtlich der unmittelbar bevorstehenden Entwicklung im Dunkeln.²³⁸⁵ In der Literatur ist bisweilen zu finden, dass Zehrer Informationen über die Lage vom Bundesnachrichtendienst erhalten haben soll.²³⁸⁶ Springer befürchtete jedenfalls Jacobi zufolge die Teilung Berlins durch eine mit

²³⁷³ Nr. 172, 27.7.1961, S. 6.

²³⁷⁴ Borowsky, S. 174.

²³⁷⁵ Naeher, S. 147.

²³⁷⁶ Schwarz: Berlinkrise und Mauerbau, S. 17ff.

²³⁷⁷ Nr. 174, 29.7.1961, S. 1.

²³⁷⁸ Nr. 180, 5.8.1961, S. 1.

²³⁷⁹ Nr. 182, 8.8.1961, S. 1.

²³⁸⁰ Nr. 183, 9.8.1961, S. 1 und S. 4.

²³⁸¹ Nr. 184, 10.8.1961, S. 2.

²³⁸² Nr. 185, 11.8.1961, S. 1.

²³⁸³ Nr. 185, 11.8.1961, S. 2, Nr. 186, 12.8.1961, S. 1.

²³⁸⁴ Uhl/Wagner, S. 19 ff.

²³⁸⁵ Lansing-Dulles, S. 70 f.

²³⁸⁶ So: Köhler, Otto: Unheimliche Publizisten. Die verdrängte Vergangenheit der Medienmacher, München 1995, S. 332. Köhler führt aber keinen Beleg für seine Behauptung an.

Stacheldraht und Militär abgeriegelte Grenze und warnte hochrangige amerikanische und deutsche Vertreter.²³⁸⁷ Ernst Cramer meint, dass Redaktion und Verleger keine Kenntnisse hatten; die verlegerischen Befürchtungen galten nicht der Errichtung einer Grenze durch die Stadt sondern einer Absperrung um Berlin herum.²³⁸⁸ Beunruhigt verfolgte Springer die Entwicklung im Osten.²³⁸⁹ Wohl am 11. August erhielt die West-Berliner Regierung gewisse Kenntnis von der bevorstehenden Sperrung; dies soll Schwarz zufolge wohl auch der Verleger erfahren haben.²³⁹⁰ Die „Welt“ deutete die Ernennung Marschall Konjews²³⁹¹ zum Oberbefehlshaber der Roten Armee in der DDR treffend als demonstrative Geste.²³⁹² Im Leitartikel vom 12.8. deutete der Chefredakteur Chruschtschows Vorgehen als krisenbedingten Sprung oder als Flucht nach vorn.²³⁹³ Am folgenden Tag war Springer in der einstigen Hauptstadt und erlebte die Abriegelung unmittelbar mit; telefonisch instruierte er Zehrer. Der Verleger beschwor kurz darauf in seiner Dahlemer Villa Kennedys Ratgeber Murrow aktiv zu werden und die Hindernisse beseitigen zu lassen.²³⁹⁴ Die sehr gut vorbereitete und effektive Aktion überraschte die Bevölkerung und trennte die trotz aller Einschränkungen noch verbundene Metropole hermetisch.²³⁹⁵ Am Montag, den 14. August beherrschte die Absperrung Ost-Berlins die ersten vier Seiten des Renommierblatts. Der Tenor lautete: „Rechtsbruch in Berlin empört die freie Welt“. Es hieß, dass die am Sonntagmorgen schlagartig vollzogene Absperrung in den westlichen Hauptstädten als flagrante Verletzung des Vier-Mächte-Status zur Kenntnis genommen wurde. Inhaltlich war dürftig, was die Redaktion an amtlichen Stellungnahmen zusammentragen konnte: Aus Washington wurde die Ankündigung eines Protests präsentiert. Vom Bundeskanzler wurden gemeinsame Gegenmaßnahmen mit den Verbündeten in Aussicht gestellt. Er erklärte zum Gebot der Stunde, nichts zu unternehmen, was die Lage nur erschweren konnte. Zudem wurde ein Appell Brandts an die Bevölkerung in der DDR nicht zu verzweifeln und die Mahnung von Strauß zu Ruhe und Geduld abgedruckt. Vorsichtig präsentierte die Redaktion erst auf Seite vier unter dem

²³⁸⁷ Jacobi: Der Verleger Axel Springer, S. 184 f.

²³⁸⁸ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

²³⁸⁹ Naeher, S. 143 f.

²³⁹⁰ Schwarz: Axel Springer, S. 347.

²³⁹¹ Konjew, Ivan Stepanowitsch (*28.12.1897, gest. 21.5.1973) war 1941 an der Verteidigung Moskaus und 1943 am Kursker Bogen eingesetzt. Berühmt wurde er durch die Befreiung von Auschwitz im Januar 1945. Seine Truppen eroberten Schlesien und leiteten die Schlacht um Berlin am 16.4.1945 ein. Nach Kriegsende war er zunächst sowjetischer Oberbefehlshaber in Österreich und Ungarn. 1955-60 befehligte er die Truppen des Warschauer Paktes; er wurde 1961/62 sowjetischer Befehlshaber in der DDR.

²³⁹² Nr. 186, 12.8.1961, S. 3, Die SED-Führung nahm die Ernennung Konjews übrigens erleichtert auf; dieser galt als Spezialist für den Häuserkampf und hatte in zentraler Rolle an der Zerschlagung des Aufstands in Ungarn mitgewirkt. So: Wolfrum: Die Mauer, S. 39 f.

²³⁹³ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 43, Typoskripte und Manuskripte Zehres: „Die Geister scheiden sich“, 12.8.1961. und Nr. 186, 12.8.1961, S. 1.

²³⁹⁴ Naeher, S. 148 f.

²³⁹⁵ Wolfrum: Die Mauer, S. 11 ff.

„Blick in die Weltpresse“, in dem angelsächsische Zeitungen sich ziemlich lau für Protest und Verhandlungen aussprachen, die amtliche Stellungnahme Washingtons. Die Erklärung Ruskis bestand in einer Beschreibung der Situation. Die entscheidende Passage sprach davon, „dass die bisher getroffenen Maßnahmen gegen die Einwohner Ostberlins und Ostdeutschlands gerichtet sind und nicht gegen die Position der Alliierten in Westberlin oder den Zugang dorthin.“ Die Angelegenheit ging die USA also nichts an, wenn auch aufgrund der Beschränkung der Freizügigkeit der Vier-Mächte-Status verletzt wurde. London zog es vor zu schweigen.²³⁹⁶ Dämpfend wurden erst auf Seite vierzehn emotional berührende Fotos einer Menschenansammlung vor dem Brandenburger Tor und von Betonpfählen schleppenden Volkspolizisten etc. präsentiert.²³⁹⁷ Die Berliner waren zunächst schockiert; Familien und Freunde wurden plötzlich auseinander gerissen.²³⁹⁸ Die Bevölkerung war stark aufgewühlt und sehr enttäuscht über die Tatenlosigkeit der Westmächte.²³⁹⁹ Mit: „Wir sind vakooft, aber noch nicht jeliefert“ lässt sich die damalige Gefühlslage beschreiben.²⁴⁰⁰ Der Verleger empfand genauso; er empörte sich über die Passivität der USA.²⁴⁰¹ Die „Welt“ ignorierte diese verbreitete Desillusionierung hingegen soweit als möglich.²⁴⁰² Auch die nächste Ausgabe widmete fast die komplette Aufmerksamkeit der ersten vier Seiten dem zentralen Thema. Beinahe schon schreiend verkündete die Schlagzeile die Schließung des Brandenburger Tors. Darunter wurde dargelegt, dass der Kanzler vor Panik warnte und die Westmächte über Gegenmaßnahmen berieten. Die Empörung der Berliner galt hier nur dem östlichen Vorgehen. Kommentator Becker meinte sachlich, dass die Westmächte ein derartiges Vorgehen in ihr Kalkül einbezogen und führte als Argument an, dass die DDR ihre Ausblutung nicht hinnehmen konnte. Eine wirkliche Reaktion fehlte ihm allerdings; treffend hielt er die „Unerträglichkeitsgrenze“ nur bei Verletzung der Rechtsposition in West-Berlin oder des freien Zugangs für tangiert.²⁴⁰³ Auf Seite zwei behauptete hingegen der Bonner Korrespondent Schröder, dass die Westmächte handeln würden. Er hielt es für unerträglich, wenn die Prognose der Londoner „Times“ zutraf, nach der das westliche Lager sich auf Protest beschränkte. Gleichzeitig wurden aber Argumente für Passivität

²³⁹⁶ Nr. 187, 14.8.1961, S. 1-4.

²³⁹⁷ Nr. 187, 14.8.1961, S. 14.

²³⁹⁸ Wolfrum: Die Mauer, S. 17 f.

²³⁹⁹ Speier, S. 141 f.

²⁴⁰⁰ Shell, S. 114.

²⁴⁰¹ Schwarz: Axel Springer, S. 348.

²⁴⁰² Lediglich etwa in Nr. 188, 15.8.1961, S. 2 war in einem Bericht über einen Protestmarsch West-Berliner Arbeiter zu lesen, dass diese auf Transparenten Gegenmaßnahmen verlangten und forderten, „dass etwas geschehen müsse“, worauf Brandt sie ziemlich dünn zu vertrösten versuchte. In Nr. 189, 16.8.1961, S.1, fand sich als letzter Satz des Aufmachers: „Arbeiter in den Betrieben Westberlins fordern immer dringlicher Aktionen gegen die Abriegelung Ostberlins.“

²⁴⁰³ Nr. 188, 15.8.1961, S. 1.

angeführt; es sollte alles vermieden werden, was den revolutionären Funken für den befürchteten Volksaufstand in der DDR auslösen konnte. Im Widerspruch dazu stand die Einschätzung Haffners, der sich mit der entscheidenden Passage des Washingtoner Kommuniqués befasste, derzufolge sich die Maßnahmen (des DDR-Regimes) gegen die Einwohner Ost-Berlins und Ostdeutschlands und nicht gegen die Position der Alliierten richteten. Er rechnete mit einem Protestschreiben; damit wäre die Angelegenheit erledigt. Haffner glaubte, dass die US-Regierung sich bereits erleichtert mit den Tatsachen abfand. Die nun realisierte Lösung minderte das Interesse des Ostens, die Alliierten aus Berlin herauszudrängen. Haffner hielt es aber für zuviel verlangt, wenn die eigenen Verbündeten den Deutschen mit Berlin den letzten Hoffnungsschimmer auf die Einheit nahmen. Er meinte, dass Deutsche und Russen die Westmächte wachsam beobachteten nach Zeichen von Willensschwäche und Zurückweichen.²⁴⁰⁴ Haffner war bitter enttäuscht. Dies lag daran, dass die Schutzmächte trotz der Möglichkeit, auf dem Vier-Mächte-Status zu bestehen, die Deutschen verrietten und aus der Einsicht, dass das Hoffen mit westlicher Hilfe die Einheit erreichen zu können, illusorisch war.²⁴⁰⁵ Springer machte übrigens am 15. August Adenauer, von Brentano, Strauß, den US-Botschafter und andere hohe Entscheidungsträger auf Haffners Kassandrarufer in seinem Renommierblatt aufmerksam, weil er hier in der Bevölkerung verbreitete Besorgnisse für artikuliert hielt.²⁴⁰⁶ Dieser Beitrag missfiel Adenauer, gerade weil das Verhalten der Schutzmächte treffend eingeschätzt wurde.²⁴⁰⁷ Schmied konstatiert übrigens, dass Haffner vom Mauerbau an unter dem Eindruck der Situation in seinen Auffassungen sehr schwankend wurde.²⁴⁰⁸ Auf Seite drei vermittelten Berichte schließlich Eindrücke aus Berlin. Demzufolge forderten Sprechchöre an der Grenze: „Es hat keinen Zweck, der Spitzbart²⁴⁰⁹ muß weg“ oder schon etwas defensiver: „Berlin bleibt frei“. Aus dem Ostteil wurde Alltags-Normalität geschildert.²⁴¹⁰ In einem ohne Namensnennung verfassten Beitrag wurden alle Medien aufgefordert, ihre besten Leute jetzt in die Stadt zu schicken.²⁴¹¹ Wie die Durchsicht der Typoskripte Zehrsers ergibt war er der Verfasser dieser Zeilen; es ist nicht ganz ausgeschlossen, dass er damit seinem vor Ort weilenden Verleger schmeichelte.²⁴¹²

²⁴⁰⁴ Nr. 188, 15.8.1961, S. 2.

²⁴⁰⁵ Beck: Der traurige Patriot, S. 95. Wegen der „zu weichen Einstellung“ der britischen Zeitung „Observer“ kündigte Haffner übrigens seine dortige Mitarbeit. So: „Welt“ Nr. 199, 28.8.1961, S. 2.

²⁴⁰⁶ Schmied, S. 232.

²⁴⁰⁷ Schwarz: Axel Springer, S. 349.

²⁴⁰⁸ Schmied meint auch, dass Haffner wie die West-Berliner Empörung, Wut und Furcht empfand und er gerade in „Christ und Welt“ eine hysterische Stimmung schürte. Das westdeutsche Desinteresse etwa an Fluchthelfern sah er mit Bitternis. So: Schmied, S. 236 f.

²⁴⁰⁹ Gemeint war Ulbricht.

²⁴¹⁰ Nr. 188, 15.8.1961, S. 3.

²⁴¹¹ Nr. 188, 15.8.1961, S. 3.

²⁴¹² Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 43, Typoskripte und Manuskripte Zehres: „Berlin“, 15.8.1961.

Auf Seite vier machte der „Blick in die Weltpresse“ deutlich, dass im Ausland die Sorge vor einem Aufstand in Ost-Berlin dominierte. Beiträge über den westdeutschen Politik-Betrieb vermittelten den Eindruck einer seltsamen Unberührtheit.²⁴¹³ Beiläufig und nüchtern brachte die Redaktion dem Publikum in der nächsten Ausgabe nahe, dass US-Regierungskreise nicht mit „sofortigen drastischen Gegenmaßnahmen“ rechneten.²⁴¹⁴ Es klang so, als ob ein unbeteiligter machtloser Zuschauer sich distanziert eine Vorführung anschaute und seine Prognose zum Besten gab. Der medialen Tendenz entsprechend Emotionen eher temperiert zu servieren wurden erst auf Seite drei – also nachdem die Leserschaft bereits hinreichend mit dem zentralen Thema überfüttert war – Berichte über die aufgeheizten und berührenden Ereignisse in Berlin gebracht. Thematisiert wurden die Empörung der Siemens-Arbeiter, der Zorn der Menschen am Brandenburger Tor und die Resignation im Osten.²⁴¹⁵ Wie ein vergleichender Seitenblick zeigt stellte „Bild“ hingegen Demonstrationen und Unruhen²⁴¹⁶ eindringlich vor und lobte die West-Berliner Arbeiter für ihr Verhalten.²⁴¹⁷ Das Blatt sprach auch das westdeutsche Publikum direkt für Solidaritätsaktionen an.²⁴¹⁸ Ursächlich dafür mag gewesen sein, dass der „Bild“-Chefredakteur Hagen gebürtiger Berliner war.²⁴¹⁹ Vorsichtshalber wurde im Renommierblatt die Stellungnahme des mächtigen Verbündeten, auf dessen Reaktion die Bevölkerung gespannt wartete, erst auf Seite vier präsentiert. Washington gab klein bei; doch klang in der „Welt“ keine Enttäuschung, kein Vorwurf an. Die Redaktion blieb im Gegenteil bemüht, das schwache Engagement zu bemänteln in der vagen Hoffnung, dass Washington die Dinge doch irgendwie noch richten möge. Defensiv klang schon die Überschrift: „Washington will Zuspitzung vermeiden“. Es wurde rechtfertigend sogar dargelegt, dass es für eine gute Sache gehalten wurde, wenn die DDR nicht vollkommen von ihren den Kommunismus ablehnenden Einwohnern verlassen wurde. Die Fortsetzung der Absetzbewegung hätte die „Zone“ nur noch gefährlicher gemacht. Zudem wurde sachlich eröffnet, dass – entgegen früheren Erklärungen Adenauers – nicht einmal wirtschaftliche Sanktionen gegen den Ostblock auch nur erwogen wurden. Kompensatorisch wurde in einem anderen Artikel die amerikanische Verpflichtung gegenüber der – gar nicht bedrohten – Freiheit West-Berlins präsentiert. Mit salbungsvollen Formulierungen übertünchte die Redaktion, dass London sich im

²⁴¹³ Nr. 188, 15.8.1961, S. 4.

²⁴¹⁴ Nr. 189, 16.8.1961, S. 1.

²⁴¹⁵ Nr. 189, 16.8.1961, S. 3.

²⁴¹⁶ „Bild“ Nr. 187, 14.8.1961, S. 6, Nr. 188, 15.8.1961, S. 10, Nr. 190, 17.8.1961, S. 1.

²⁴¹⁷ „Bild“ Nr. 188, 15.8.1961, S. 1.

²⁴¹⁸ „Bild“ rief zur Teilnahme an der Protestkundgebung auf dem Hamburger Rathausmarkt auf, Nr. 190, 17.8.1961, S. 2. Zehrer lobte als „Hans im Bild“ die Bevölkerung: „Bravo, Hamburger!“ wegen der großen Beteiligung an einer Demonstration für Berlin; auf der Titelseite informierte zuvor der riesige Aufmacher mit Foto über das Stattfinden der Kundgebung, „Bild“, Nr. 192, 19.8.1961, S. 1 und 2.

²⁴¹⁹ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

Hintergrund versteckte.²⁴²⁰ Dabei nährte das Geschehen den Argwohn von Verleger und Chefredakteur gegenüber dem US-Präsidenten und seinen Ratgebern. Springer war der Meinung, dass die Amerikaner ohne weiteres den Stacheldraht hätten entfernen können.²⁴²¹ Demant sieht die „Welt“ mit Härte auf den Mauerbau reagieren, wobei die Zurückhaltung des Kanzlers und die Bündnispartner getroffen werden sollten.²⁴²² Was er als Belege für die Härte gegenüber den Westmächten zusammenträgt, hält einer Überprüfung allerdings nicht stand. Kritik in Nachricht und Kommentierung sieht Demant zumindest in Form kritisch-wohlmeinender Ratschläge von Freund zu Freund geäußert.²⁴²³ Die Haltung der „Welt“ zeichnete sich aber vielmehr durch weitgehenden Verzicht auf die Artikulation von Kritik und eher rechtfertigendes Wohlmeinen gegenüber der Hegemonialmacht aus. Erstaunlich ist angesichts der bekannten oder angenommenen Verbindlichkeit der Linie des Verlagshauses der Kontrast zur medialen Aufbereitung in der „Bild“-Zeitung. Herr Cramer meint übrigens, dass dieses Organ überhaupt – jedenfalls weit eher als die „Welt“ – unter verlegerischem Einfluß stand.²⁴²⁴ Nachdem „Bild“ zuvor die Festigkeit und Entschlossenheit Kennedys, der US-Regierung und auch der amerikanischen Bevölkerung betont hatte,²⁴²⁵ forderte das Blatt bereits am 14. August den Westen auf, jetzt zu handeln. Papier-Proteste wurden nicht für ausreichend erachtet. Die Redaktion zitierte zudem eine Forderung Brandts an die Westmächte, auf der Rückgängigmachung der DDR-Maßnahmen zu bestehen.²⁴²⁶ Am 16. August war dann praktisch die ganze Titelseite der „Bild“ der Anprangerung der westlichen Passivität gewidmet. In riesigen Schlagzeilen war zu lesen: „Der Westen tut NICHTS! ... Präsident Kennedy schweigt ... Macmillan geht auf die Jagd ... und Adenauer schimpft auf Willy Brandt.“²⁴²⁷ Diese Schlagzeilen soll Jacobi zufolge der Verleger mit dem Chefredakteur formuliert haben.²⁴²⁸ Ernst Cramer sieht Springer hingegen nicht in der Urheberschaft.²⁴²⁹ Unter der fetten, schwarz eingerahmten Überschrift „Enttäuscht“ war im „Kasten“ zu lesen, dass, während der Osten handelte, in den westlichen Hauptstädten beraten, nachgedacht, spekuliert, Fühlung genommen, Schritte vorbereitet und Einigungsversuche unternommen wurden. Auch das späte Aufrufen des Bundestags zu einer Sondersitzung wurde für kläglich befunden. Das

²⁴²⁰ Nr. 189, 16.8.1961, S. 4. Der britische Premierminister Macmillan war mit der Situation zufrieden, weil die Krise entschärft und die deutsche Teilung vollendet war. So: Wolfrum: Die Mauer, S. 43 f.

²⁴²¹ Demant, S. 194 f.

²⁴²² Demant, S. 194.

²⁴²³ Demant, S. 194 f.

²⁴²⁴ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

²⁴²⁵ Beispielsweise: „Bild“ Nr. 124, 31.5.1961, S. 1, Nr. 127, 3.6.1961, S. 1, Nr. 129, 6.6.1961, S. 1, Nr. 131, 8.6.1961, S. 2, Nr. 135, 13.6.1961, S. 1, Nr. 153, 5.7.1961, S. 1, Nr. 182, 8.8.1961, S. 2.

²⁴²⁶ „Bild“ Nr. 187, 14.8.1961, S. 1 und S. 8.

²⁴²⁷ „Bild“ Nr. 189, 16.8.1961, S. 1.

²⁴²⁸ Jacobi, Claus: 50 Jahre Axel Springer Verlag 1946-1996, Berlin, Hamburg 1996, S. 92 f.

²⁴²⁹ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

lange Schweigen, hilflose Abwarten und bedächtige Zögern des Westens bezeichneten die „Bild“-Journalisten als für die Deutschen niederschmetternd. Die Überzeugung der Bevölkerung, dass das westliche Bündnis für Deutschland die beste Lösung sei, würde nicht gerade gestärkt, wenn die Partner im Augenblick größter Gefahr für die deutsche Sache erklärten, dass alliierte Rechte nicht betroffen waren.²⁴³⁰ Die Redaktion vermittelte auch, dass der Berliner Senat den alliierten Protest für ungenügend hielt.²⁴³¹ Auch am nächsten Tag verkündete das Blatt schreiend mit riesigen Lettern und mit Fotos illustriert den Protest der 500.000 demonstrierenden West-Berliner, die mehr als Worte erwarteten.²⁴³² Angesichts der Gefahr für die Einheit wurden die Schutzmächte durch „Bild“ attackiert.²⁴³³ Dies ging in die Mauerbau-Literatur und in die Erinnerungskultur ein. Der wutentbrannte Verleger vermutete, dass die Regierungen in Washington und Bonn den Sowjets die Absperrung erlaubt hatten.²⁴³⁴ Am 17. August informierte die „Welt“ ebenfalls über die große Kundgebung; hier wurde jedoch nur von mehr als 250.000 Protestierenden ausgegangen. Kausch kündigte den Berlin-Besuch Adenauers an; dabei fragte er nicht, warum dieser nicht früher erschien. Im Mittelpunkt des von ihm verfassten Aufmachers stand die Thematisierung des Protests gegen die Maßnahmen des Ost-Regimes. Es wurde aber auch die Passage der Rede Brandts vorgestellt, in der dieser Verständnis für die Beratungen der Westmächte äußerte. Wenn auch Brandts Enttäuschung gegenüber der westlichen Reaktion genannt wurde, so wurde doch ebenfalls dargelegt, dass die westlichen Garantien weiterhin galten. Unter einem Foto, das Demonstranten mit Transparenten zeigte, stand verfälschend die Zeile: „Westberliner demonstrieren gegen die Willkürmaßnahmen des Zonenregimes“. Auf den Transparenten stand hingegen fett: „Was muss noch geschehen, damit etwas geschieht?“ und „Wir sind schutzbedürftig! Wo sind die Schutzmächte?“²⁴³⁵ In einem weiteren Beitrag Kauschs war von einer Steigerung der Erregung der Bevölkerung gegen die Sperrmaßnahmen die Rede; dass die Empörung sich auch gegen die Schutzmächte richtete war hier nicht zu lesen. Kemna ging in einem eher beiläufig präsentierten Bericht doch etwas weiter. Er schrieb über Unruhe bei der Kundgebung, über sonst nicht gesehene Plakate: „Vom Westen verraten?“, „Bundestag nach Berlin“, „Wo bleibt Adenauer?“ und dass Brandt es nicht leicht mit dem Publikum hatte. In der Kommentierung im Kasten wurde die Leistung Brandts gewürdigt. Es war aber schon davon die Rede, dass der Regierende Bürgermeister nicht verhehlte, wie wenig von dem geschehen war, was auch dieser als westliche Reaktion für notwendig hielt und

²⁴³⁰ „Bild“, Nr. 189, 16.8.1961, S. 1.

²⁴³¹ „Bild“, Nr. 189, 16.8.1961, S. 2.

²⁴³² „Bild“, Nr. 190, 17.8.1961, S. 1.

²⁴³³ Kruip, S. 177.

²⁴³⁴ Schwarz: Axel Springer, S. 348 f.

²⁴³⁵ Nr. 190, 17.8.1961, S. 1.

dass er damit einer weitverbreiteten Stimmung entgegen kam. Da weder die Rechte der Westmächte noch die Freiheit unmittelbar bedroht seien, wären natürlicherweise die Möglichkeiten des Westens auf den Rechtsbruch zu antworten begrenzt. Das östliche Vorgehen wäre darauf abgestellt, keine einschneidenden Gegenmaßnahmen hervorzurufen. Es käme jetzt darauf an, dass die zu einem Teil in der Situation begründete schwache Position nicht missverständlich werde. Das Blatt präsentierte zudem eine Stellungnahme Adenauers, der von „Vorkrise“ sprach und sich gegen die in Teilen der deutschen Öffentlichkeit vertretene Auffassung wandte, die Verbündeten hätten nicht wirkungsvoll genug auf das östliche Vorgehen reagiert.²⁴³⁶ Dass ein US-Vertreter bei den Deutschen eine sich entwickelnde Vertrauenskrise registrierte wurde in einer winzigen Notiz präsentiert.²⁴³⁷ Der sich auch gegen die Westalliierten richtende Protest wurde redaktionell doch ausgesprochen flach gehalten. Es sieht nach einem so weit wie möglich ignorierten Tabu-Thema aus. Dazu befragt meint Herr Cramer, Tabus habe es nicht gegeben.²⁴³⁸ Es sei aber auch daran erinnert, dass von Paczensky von einem einst vom Verleger auferlegten Kritikverbot an den Westmächten spricht.²⁴³⁹ Ein für möglich zu haltendes braves Befolgen durch die Redaktion dürfte jedoch in nicht zu übersehendem Kontrast zu Springers augenblicklichem Willen gestanden haben, den Zehrer sicher gekannt haben dürfte. Schließlich stand der vom Geschehen sehr berührte Verleger zu dieser Zeit in intensivem Kontakt mit dem Chefredakteur.²⁴⁴⁰ Dass die Westmächte mittlerweile ziemlich in die Defensive gedrängt waren, war nur einer winzigen Notiz zu entnehmen. Ein alliierter Sprecher stritt ab, von den Sowjets im Vorfeld über die Absperrung informiert worden zu sein.²⁴⁴¹ Übrigens wurden nahezu auf den kompletten Seiten zwei und drei dieser Ausgabe Aspekte zum Thema behandelt. Beiträge über den Politik-Betrieb und die Lage in der Stadt dominierten.²⁴⁴² Groß herausgestellt wurde dann am 18.8 die Forderung der Westmächte die Sperraktion zu beenden. Je weiter man die Seite herunterlas, desto kümmerlicher wurden die Nachrichten. Ganz unten war zu lesen, dass der Bundestag sich nicht einmal zu einer gemeinsamen Erklärung auffaffen konnte.²⁴⁴³ Auf den Seiten zwei und drei wurden mittlerweile bereits weniger wichtige Aspekte mit anderen Themen vermischt.²⁴⁴⁴ Im passagenweise pathetischen und schon eindrucksvollen Leitartikel der nächsten Ausgabe räumte Zehrer ein, dass die getroffenen Maßnahmen in einem schlechten Verhältnis zu den

²⁴³⁶ Nr. 190, 17.8.1961, S. 1.

²⁴³⁷ Nr. 190, 17.8.1961, S. 4.

²⁴³⁸ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

²⁴³⁹ Paczensky, S. 735.

²⁴⁴⁰ Naeher, S. 151.

²⁴⁴¹ Nr. 190, 17.8.1961, S. 2.

²⁴⁴² Nr. 190, 17.8.1961, S. 2, S. 3.

²⁴⁴³ Nr. 191, 18.8.1961, S. 1.

²⁴⁴⁴ Nr. 191, 18.8.1961, S. 2, 3.

Ereignissen standen. Verblüffenderweise meinte er, dass die Dinge noch nicht entschieden waren. Zehrer schrieb, dass sich die eigentliche Gefahr näherte. Darunter verstand er, dass die Bevölkerung an allem zweifelte, auch an Freunden, auf die man hoffte, und sich verraten und verkauft fühlte. „Denn hier tritt die Versuchung an jeden heran, denjenigen als den Schuldigen anzuklagen, der nicht helfen konnte, und darüber den zu vergessen, der der wahre Schuldige ist. Wer dieser Versuchung erliegt, hat den Kampf verloren.“ Mit dieser Auffassung mag der Unterschied der Haltung zur „Bild“-Redaktion miterklärt sein; Zehrer mag sich in diesem Punkt gegenüber dem Konzernherrn behauptet haben. Insofern erscheint es folgerichtig, den Protest der enttäuschten West-Berliner gegenüber den Schutzmächten flach zu halten. Der Chefredakteur räumte ein, dass die Bundesregierung, die er diskret „eigene politische Repräsentanz“ nannte, ins „Schwimmen geriet“. Er beschwor den Widerstand gegen jene, die die Existenz des Volkes bedrohten.²⁴⁴⁵ Auf der linken Hälfte der Titelseite war neben dem groß herausgebrachten Bundestags-Protest im „Kasten“ schließlich vorsichtig von unüberhörbarem Umschlagen des Schmerzes in Kritik an den Verbündeten die Rede. Es hieß, viele Bundestagsabgeordnete riefen fast verzweifelt nach Gegenaktionen. Doch schon im daneben präsentierten Beitrag kündigte sich das Ende aller Pein an. Kennedy, dem das deutsche Stimmungstief zu Ohren gekommen war, entsandte Vizepräsident Johnson,²⁴⁴⁶ General Clay²⁴⁴⁷ und ein Truppenkontingent auf dem Landweg nach Berlin, um die Lage wieder herzustellen.²⁴⁴⁸ Der über exklusiven Zugriff auf das Springersche Privatarhiv verfügende Schwarz meint gar, dass diese Aktion auf eine Äußerung Springers zurückgeht, der einen US-Vertreter vor dem Entstehen von Neutralismus in der Bundesrepublik warnte.²⁴⁴⁹ Wegen der amerikanischen Passivität kam zeitweilig in Berlin Panik auf;²⁴⁵⁰ die Vollendung der Spaltung führte zu Resignation hinsichtlich der Einheit.²⁴⁵¹ In der „Welt“ war davon nichts Nennenswertes zu lesen. Die Berater des US-Präsidenten hatten die psychologischen Auswirkungen falsch eingeschätzt. Mit einer eindrucksvollen Geste sollte das Vertrauen wieder hergestellt werden.²⁴⁵² Schon in der folgenden Ausgabe konnte das Blatt herausstellen, wie das Wunder Wirklichkeit

²⁴⁴⁵ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 43, Typoskripte und Manuskripte Zehrer: „Ist Bonn Weimar?“, 19.8.1961, und Nr. 192, 19.8.1961, S. 1, S. 2.

²⁴⁴⁶ Johnson, Lyndon Baines (*27.8.1908, gest. 22.1.1973) war 1949-61 Senator von Texas. Er wurde 1961 Vizepräsident und nach der Ermordung Kennedys 1963 Präsident der USA. Er setzte soziale Reformen durch, deren Wirkung durch die Folgen des Vietnamkrieges allerdings verloren ging.

²⁴⁴⁷ Clay, Lucius Dubignon, (*23.4.1897, gest. 16.4.1978) fungierte 1947-49 als amerikanischer Militärgouverneur in Deutschland und organisierte die Luftbrücke 1948/49 während der sowjetischen Blockade Berlins.

²⁴⁴⁸ Nr. 192, 19.8.1961, S. 1.

²⁴⁴⁹ Schwarz: Axel Springer, S. 348.

²⁴⁵⁰ Lansing-Dulles, S. 72.

²⁴⁵¹ Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen?, aktualisierte und erweiterte Auflage, Berlin 1997, S. 86 f.

²⁴⁵² Münger, S. 104 f.

wurde. Johnson und die eintreffenden Truppen wurden stürmisch von den Berlinern bejubelt. Es war von einer Begeisterung ohnegleichen und von einem Triumphzug die Rede. Die „Welt“ präsentierte Äußerungen Johnsons, der geschickt vermied Zusagen zu machen und sich auf belanglose pathetische Erklärungen beschränkte. Er gab sich beeindruckt, ein Volk kennengelernt zu haben, dass sich niemals der Eroberung unterwerfen würde. Er pries die Berliner als treue Alliierte und schmuste mächtig weiter: „Viele Jahre lang hat diese Stadt, die ihre Leiden wie einen Glorienschein trug, unsere Bewunderung gefunden. ... Als ich in die Gesichter und die Herzen von so vielen Tausenden von Berlinern sah, konnte ich nur tief gerührt sein von der Wärme und von dem Mut, die ich überall um mich herum sah. Eine Stadt, die in einer Zeit der Bedrängnis solchen Geist zeigt, kann niemals zur Preisgabe ihrer Freiheit gezwungen werden.“ Diese Ausführungen passten wunderbar zum von der Redaktion kreierten Bild der nicht leicht zu erschütternden Berliner und waren auch daher auf der Titelseite hochwillkommen. Ein nüchterner Beobachter ist schon erstaunt, wie leicht sich die Massen um den Finger wickeln ließen. Der mit einem Kürzel zeichnende Kommentator freute sich darüber, dass Johnson seine Ansprache pathetisch mit dem Schlußsatz der US-Unabhängigkeitserklärung schloss: „Und zur Bekräftigung dieser Erklärung, in festem Vertrauen auf den Schutz der göttlichen Vorsehung, verpfänden wir uns gegenseitig unser Leben, unser Gut und unsere heilige Ehre.“ Er zog den falschen Schluss, dass Kennedy die Entwicklung nicht hinnehmen würde, bedankte sich artig für das Bekenntnis und fühlte sich wohl etwas als Verbündeter geschmeichelt. Die Durchsicht der Typoskripte Zehrsers bestätigt, dass er der Verfasser dieses Beitrags war.²⁴⁵³ Usko schrieb nun – nachdem das Stimmungstief überwunden war – dass sich in der vergangenen Woche Szenen von biblischer Eindringlichkeit abgespielt hatten. Vorher waren die Emotionen vom Medium eher unter den Teppich gekehrt worden. Es hieß, es habe helle Empörung, Bitterkeit und Zweifel gegeben; diese Qual sei nun vorbei. Usko behauptete, dass die Berliner in keiner Phase schwach gewesen seien; sie hätten sich lediglich einen Augenblick einsam gefühlt. Er räumte ein, dass die Haltung der Berliner sich seit dem Besuch gewandelt habe. Danach breitete er Details der Johnsonschen Triumphfahrt aus.²⁴⁵⁴ Nur im „Blick in die Weltpresse“ wurde klar, dass ausländische Zeitungen die Maßnahmen der Alliierten kaum für eindrucksvoll gegenüber dem Gegner befanden.²⁴⁵⁵ Das nächste Thema war dann der außerordentlich späte Berlin-Besuch Adenauers. Im Bericht vom 22. August über das vorgesehene Programm enthielt sich die Redaktion übrigens eines Kommentars; es wurden

²⁴⁵³ Nr. 193, 21.8.1961, S. 1, S. 2 und Bundesarchiv/Koblenz, N/1311, Aktenband Nr. 43, Typoskripte und Manuskripte Zehrsers: „Sieben Tage“, 21.8.1961.

²⁴⁵⁴ Nr. 193, 21.8.1961, S. 3.

²⁴⁵⁵ Nr. 194, 22.8.1961, S. 4.

lediglich Politiker-Äußerungen präsentiert, die sich auf das späte Erscheinen bezogen.²⁴⁵⁶ Der überaus kühle Empfang durch die Bevölkerung wurde auf der Titelseite unterschlagen. Stattdessen wiesen die Journalisten darauf hin, dass Ost-Berliner dem Kanzler bei seiner Fahrt entlang der Mauer zuwinkten. Registriert wurden aber die höhnisch-treffenden Parolen der DDR-Propaganda: „Sie kommen zu spät, Herr Bundeskanzler, wir haben inzwischen gehandelt.“ Dürftig war, was Adenauer zu sagen hatte. Er hoffte, dass der Westen sein wirtschaftliches Potential noch einsetzen würde; er behauptete an Verhandlungen in einigen Wochen oder Monaten zu glauben. Neutral bis regierungstragend bemühte sich die Kommentierung, das Verhalten des Kanzlers zu erklären. Adenauers früheres Schweigen wurde damit entschuldigt, Provokationen gegenüber dem Osten vermeiden zu müssen. Doch bemängelten die Journalisten schon noch, dass in der Öffentlichkeit ein Vakuum aufkam, so nicht hätte entstehen dürfen.²⁴⁵⁷ Adenauer bemühte sich, den Eindruck zu erwecken, als habe er die Lage im Griff, und distanzierte sich von den nachteiligen Wirkungen des Mauerbaus auf die eigene Politik. Er war wegen der offenkundigen Ohnmacht des westlichen Lagers nicht vorher am Ort des Geschehens erschienen.²⁴⁵⁸ Der Kanzler hatte eine Antwort der Verbündeten erwartet und gedachte nicht, seinen innenpolitischen Gegenspieler zu unterstützen.²⁴⁵⁹ Nellessen thematisierte die Rundfahrt Adenauers ausführlich; er schrieb nüchtern und konstatierte „temperierte Freundlichkeit“ der Berliner gegenüber dem Besucher. Es war aber schon zu lesen, dass manche Demonstranten Schilder mit der Aufschrift trugen: „Washington ist uns näher als Bonn“ oder „Wo bleiben ihre Gegenmaßnahmen Herr Adenauer?“²⁴⁶⁰ In einem anderen Beitrag wurde die dürftige Begründung des Kanzlers für sein Fernbleiben mit der angeblich in einer derartigen Situation bestehenden Pflicht an den Regierungssitz gebunden zu sein präsentiert. Dies akzeptierte Journalist Mauz als überzeugende Aussage. Nach Mauzs Einschätzung hielten die Berliner den Besuch zwar für spät, waren aber zufrieden, dass er stattfand. Der Volksmund kam aber doch zu Wort: „Wat habt ihr denn gedacht? Dat wir dem Alten Zirkus machen? Na, wir doch nich!“ Weil der US-Marineminister vor Adenauer vor Ort war, hieß es: „Nu sehn sie mal, wie schnell der det mit'n Schiff über den großen Ozean geschafft hat. Aber der Rhein ist ja tief.“²⁴⁶¹ Der Verleger war empört über das Verhalten des Kanzlers; Naehher meint ja, dass dessen Medien mit Kritik nicht sparten.²⁴⁶² Vor dem Eintreffen Adenauers in der Stadt sprach

²⁴⁵⁶ Nr. 194, 22.8.1961, S. 1.

²⁴⁵⁷ Nr. 195, 23.8.1961, S. 1.

²⁴⁵⁸ Stütze, S. 148 ff.

²⁴⁵⁹ Wolfrum: Die Mauer, S. 45.

²⁴⁶⁰ Nr. 195, 23.8.1961, S. 3.

²⁴⁶¹ Nr. 196, 24.8.1961, S. 3.

²⁴⁶² Naehher, S. 160.

„Bild“ beispielsweise ausdrücklich von einer Vertrauenskrise zwischen Kanzler und Bevölkerung.²⁴⁶³ Aber erst nach einer Wahlkampfrede, in der der Kanzler den Mauerbau zur von Chruschtschow inszenierten Wahlhilfe für die SPD erklärte, äußerte Zehrer Ende August im Renommierblatt nicht ganz unberechtigt Fassungslosigkeit.²⁴⁶⁴ Davon einmal abgesehen kam Adenauer in den genannten Beiträgen in der „Welt“ jedoch recht gnädig davon, wenn man bedenkt, dass Springer beim Mauerbau vom Versagen der Bundesregierung überzeugt war. Nach der zwingenden Befolgung des Willens eines Empörten durch die Redaktion sieht dies jedenfalls nicht gerade aus. Als der Kanzler den Verleger – wie Jürgs schreibt – wegen der von diesem selbst formulierten²⁴⁶⁵ scharfen Schlagzeilen der „Bild“-Zeitung nach Bonn einlud, beendete Springer das Gespräch schließlich mit lautem Knallen der Tür.²⁴⁶⁶ Bereits im einladenden Fernschreiben des Kanzlers klangen unterschiedliche Lageeinschätzungen und Pressekritik an.²⁴⁶⁷ Springer berichtete dann beim Treffen über die katastrophale Situation in der Stadt.²⁴⁶⁸ Bei diesem Anlass warf Adenauer am 17. August dem Verleger vor, mit seinen Pressekampagnen an der Entwicklung Mitschuld zu tragen.²⁴⁶⁹ Die Entfremdung zwischen Kanzler und Verleger soll sich bereits nach wenigen Wochen gelegt haben.²⁴⁷⁰ Der hinsichtlich des Quellenzugangs privilegierte Schwarz meint hingegen, dass sich die Verstimmung erst im folgenden Frühjahr gab.²⁴⁷¹

Ein westlicher Panzeraufmarsch an der Sektorengrenze wurde dann von der Redaktion nur zu gern als Beleg für westliche Aktivität aufgebauscht.²⁴⁷² Eine Entsprechung mit reichhaltiger Verwendung von Fotos findet sich hier übrigens für die action-orientierte „Bild“.²⁴⁷³ Der Mittelpunkt der medialen Aufmerksamkeit verschob sich allmählich in Richtung auf den Erhalt des Flugverkehrs in den Luftkorridoren, der durch östliche Eingriffe bedroht schien.²⁴⁷⁴ Die beiden letztgenannten Geschehnisse hielt Zehrer für eine weitere Steigerung der Krise.²⁴⁷⁵ Erstmals wurde Ende August beiläufig die Haltung des

²⁴⁶³ „Bild“ Nr. 193, 21.8.1961, S. 1.

²⁴⁶⁴ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 43, Typoskripte und Manuskripte Zehrer: „Adenauer“, 30.8.1961, S. 1 und Nr. 201, 30.8.1961, S. 1.

²⁴⁶⁵ Ernst Cramer meint hingegen, dass der Verleger nicht Urheber der Schlagzeilen war.

²⁴⁶⁶ Jürgs, S. 229 f.

²⁴⁶⁷ Mensing, Hans Peter (Bearbeiter): Adenauer. Briefe 1959-1961, Morsej, Rudolf; Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe, Paderborn, München, Wien, Zürich 2004, Brief/Fernschreiben Nr. 280, vom 16.8.1961, S. 312.

²⁴⁶⁸ Schwarz: Axel Springer, S. 350.

²⁴⁶⁹ Jacobi: Der Verleger Axel Springer, S. 186 f. und Demant, S. 194.

²⁴⁷⁰ Naehrer, S. 159 f.

²⁴⁷¹ Schwarz: Axel Springer, S. 351.

²⁴⁷² Nr. 196, 24.8.1961, S. 1.

²⁴⁷³ „Bild“ Nr. 196, 24.8.1961, S. 1, 2 und 3.

²⁴⁷⁴ Nr. 197, 25.8.1961, S. 1 und 2, Nr. 199, 28.8.1961, S. 2, Nr. 202, 31.8.1961, S. 2, Nr. 205, 4.9.1961, S. 4, Nr. 206, 5.9.1961, S. 1, Nr. 210, 9.9.1961, S. 1, Nr. 216, 16.9.1961, S. 5, Nr. 244, 19.10.1961, S. 1.

²⁴⁷⁵ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 43, Typoskripte und Manuskripte Zehrer: „Auge in Auge“, 26.8.1961 und Nr. 196, 26.8.1961, S. 1.

britischen Premiers kritisiert, von dem die ganze Zeit über nichts zu hören war. Die Vorgehensweise entsprach der gewohnten Rücksichtnahme gegenüber den angelsächsischen Mächten. Es fand sich nur ein Hinweis, dass Londoner Kreise sich besorgt über den leichtfertig-unbekümmerten Ton zeigten, in dem sich Macmillan bei einem Golf-Spiel über die Krise unterhalten hatte. Aus Moskau wurde herangetragen, dass eine Umgestaltung West-Berlins zu einem dritten deutschen Staat präferiert wurde.²⁴⁷⁶ Es war erkennbar, dass der Westen Moskau ein Treffen auf Außenministerebene nahelegte.²⁴⁷⁷ Chruschtschow gab sich gesprächsbereit.²⁴⁷⁸ Die „Welt“ nahm wahr, dass Adenauer es für nötig hielt, Kennedy vor einem Nachgeben in Berlin zu warnen. Der Kanzler wies drohend auf die Möglichkeit einer Wendung der Westdeutschen zum Neutralismus hin.²⁴⁷⁹ Zur Beruhigung des Publikums ernannte Kennedy General Clay zum Berlin-Beauftragten. In den Mittelpunkt der medialen Aufmerksamkeit rückten dann zunehmend die sowjetischen Atomversuche.²⁴⁸⁰ Die Redaktion versuchte, kompensatorisch die westlichen Ortungskennnisse ins Spiel zu bringen, um das Erschrecken über die sowjetischen Möglichkeiten zu mindern. Da die russische Atombombe 5000 mal so stark wie der Sprengsatz von Hiroshima²⁴⁸¹ war, brauchten diese Kenntnisse allerdings nicht besonders ausgefeilt zu sein. Das Rätselraten rankte sich vor allem darum, welches Trägerfahrzeug diese „Irrsinnsbomben“ ins Ziel befördern konnte.²⁴⁸² Als Antwort auf die sowjetischen Versuche erklärte Kennedy, ebenfalls Tests vornehmen zu lassen.²⁴⁸³ Mit Blick auf diese Entwicklung schrieb Nellessen bereits Anfang September: „Unsere Zeit ist schnelllebig, ihr Atem geht kurz. Nicht vergangene Jahrzehnte, sondern vergangene Jahre und Monate tragen für uns, so randvoll an Ereignissen sie auch waren, bereits den Mottenpulvergeruch abgelegter Hüte. Wir wissen zu genau, dass Dinge, von denen wir meinten, sie gingen uns tief unter die Haut, allzu schnell verdrängt oder vergessen werden. Ehe man sich auf das Geschehene besinnen kann, verursacht eine neue Situation schon Aufregung. Was ist wichtig, was ist entscheidend? Wir prüfen noch, da fällt am behänden Webstuhl der Zeit schon die neue Masche.“²⁴⁸⁴ Die Berliner Ereignisse waren also bereits erledigt. In einem aus dieser Zeit stammenden Brief erhielt übrigens der Chefredakteur für

²⁴⁷⁶ Nr. 199, 28.8.1961, S. 4.

²⁴⁷⁷ Nr. 29.8.1961, S. 2.

²⁴⁷⁸ Nr. 200, 29.8.1961, S. 4.

²⁴⁷⁹ Nr. 201, 30.8.1961, S. 4.

²⁴⁸⁰ Nr. 202, 31.8.1961, S. 1, Nr. 203, 1.9.1961, S. 4, Nr. 206, 5.9.1961, S. 1, Nr. 212, 12.9.1961, S. 4, Nr. 214, 14.9.1961, S. 1, Nr. 215, 15.9.1961, S. 1, Nr. 243, 18.10.1961, S. 5, Nr. 244, 19.10.1961, S. 1, Nr. 247, 23.10.1961, S. 1, Nr. 249, 25.10.1961, S. 4, Nr. 254, 31.10.1961, S. 5.

²⁴⁸¹ Die erste amerikanische Atombombe wurde auf die japanische Hafenstadt am 6.8.1945 abgeworfen. Infolge der Explosion starben einschließlich der vielen Opfer mit Spätfolgen 200.000 Menschen. Hiroshima wurde zu 80% zerstört.

²⁴⁸² Nr. 204, 2.9.1961, S. 5.

²⁴⁸³ Nr. 207, 6.9.1961, S. 1, Nr. 256, 2.11.1961, S. 1, Nr. 257, 3.11.1961, S. 1.

²⁴⁸⁴ Nr. 209, 8.9.1961, S. 1.

Sonderaufgaben Vollhardt vom für Springer arbeitenden Gottfried Kludas den Hinweis, dass das US-Publikum mit der Aussage, wegen der Absperrung das Weltkriegsziel der Wiederherstellung der Demokratie in Deutschland nicht erreicht zu haben, am empfindlichen Punkt getroffen wurde.²⁴⁸⁵ Der Mauerbau führte zu einer Revision der amerikanischen Berlin-Politik. Kennedy glaubte zudem sich bei der Suche nach einer Lösung über die Bundesgenossen hinwegsetzen zu können.²⁴⁸⁶ Ein Kompromiss in der Berlin-Frage bedeutete ein Entgegenkommen gegenüber den russischen Interessen. Die Zugeständnisse bestanden im Wesentlichen in der Anerkennung der bestehenden Situation und betrafen vor allem Deutschland. Kennedy erwartete von seinen Mitarbeitern neue Vorschläge. Konzessionen schienen in den Fragen Einheit, Ostgrenze und Atombewaffnung möglich. Doch Adenauer verweigerte sich. Eine Preisgabe der amerikanischen Unterstützung für die Einheit hätte die Beziehungen zu Moskau verbessert, Bonn aber vor den Kopf gestoßen. Zu den Moskauer Zielen zählte die völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die westliche Staatenwelt. Ein Nachgeben in diesem Punkt durch die USA hätte die Auseinandersetzung erheblich entschärfen können. Konsens bestand zwischen den Supermächten darin, keine Atomwaffen in deutschen Händen zu wünschen. Die US-Regierung fürchtete bei ihren Erwägungen das Ausscheren der Bundesrepublik aus dem westlichen Bündnis und eine mögliche Orientierung am Osten.²⁴⁸⁷ Seit September 1961 korrespondierten die Spitzenpolitiker der Supermächte über geheime Kanäle; daneben fanden – allerdings ergebnislose – Unterredungen der Außenminister statt.²⁴⁸⁸ Die „Welt“ berichtete über die Beratungen der westlichen Außenminister in Washington.²⁴⁸⁹ Wegen der Geheimhaltung konnten die Journalisten nichts Nennenswertes melden.²⁴⁹⁰ Konsens bestand nur darin, nicht über die „three essentials“ mit Moskau zu verhandeln und die Festlegung der Themen zu verschieben. Ein offener Streit wurde zwischen Washington und Bonn vermieden.²⁴⁹¹ Die Redaktion vermutete die Erteilung einer weitreichenden Vollmacht an Rusk für Sondierungen mit Gromyko.²⁴⁹² Hier lag ein Irrtum vor; Bonn und Paris erteilten kein Mandat für Gespräche. Rusk informierte seine Außenministerkollegen folglich nicht detailliert über die Unterredungen mit Gromyko.²⁴⁹³ Die „Welt“ blieb misstrauisch und warnte überhaupt

²⁴⁸⁵ Landesarchiv/Berlin: B/Rep. 002, Nr. 3346, Brief von Gottfried Kludas an Herrn Vollhardt vom 11.9.1962.

²⁴⁸⁶ Münger, S. 110 f.

²⁴⁸⁷ Münger, S. 112 ff.

²⁴⁸⁸ Biermann, S. 145 f.

²⁴⁸⁹ Nr. 214, 14.9.1961, S. 1.

²⁴⁹⁰ Nr. 216, 16.9.1961, S. 1.

²⁴⁹¹ Stützle, S. 156.

²⁴⁹² Nr. 217, 18.9.1961, S. 1, S. 5.

²⁴⁹³ Münger, S. 116 ff.

davor, sowjetischen Garantie-Erklärungen zu vertrauen.²⁴⁹⁴ Hinsichtlich der in einer Clay-Äußerung zum Ausdruck kommenden Schwenkung der amerikanischen Politik, derzufolge maßgebende US-Kreise meinten, die Deutschen sollten für einige Zeit das Bestehen von zwei deutschen Staaten und die Ausweitung von Zufahrts-Kontrollrechten der DDR akzeptieren, ist eine doch unterschiedliche Aufnahme durch die beiden wichtigsten politischen Organe des Konzerns zu konstatieren. Ursächlich dafür mochte sein, dass die „Welt“-Redaktion im Grundsatz der eigenen Hegemonialmacht großes Vertrauen entgegen brachte. Zudem unterlag „Bild“ in stärkerem Maß dem verlegerischen Einfluß.²⁴⁹⁵ Die „Welt“ informierte über die Erklärungen und Gegenerklärungen, die in Bonn und Berlin herrschende Verwirrung. Dann wurden Aussagen aus dem westdeutschen Politik-Betrieb zusammengetragen. Lübke äußerte Vertrauen gegenüber den Verbündeten; namentlich nicht genannte „amtliche Bonner Kreise“ verwiesen hingegen auf die Verpflichtung Washingtons auf das Anliegen der Wiedervereinigung. In dieselbe Kerbe hauende und noch darüber hinausgehende Argumente, die der sich scharf gegen US-Konzessionen wendende Botschafter Greve vortrug, wurden im Bericht vorgestellt. In der Kommentierung wurde davon ausgegangen, dass die US-Verhandlungsposition in der Berlin-Frage in Bewegung geriet; die Freiheit der Berliner schien aber nicht gefährdet. Aber die amerikanischen Konzessionen wurden als den sowjetischen Forderungen schon bedrohlich nahe kommend betrachtet. Insbesondere die de facto Anerkennung der DDR gerade als Ausgangsposition und nicht als Ergebnis von Berlin-Verhandlungen wurde nicht für gut geheißen.²⁴⁹⁶ Kausch trug dann zusammen, was die in der Bundesrepublik als alarmierend empfundene Äußerung des Generals abschwächte und einschränkte inklusive Clays Gegenerklärung. Ein flankierender Beitrag räumte ein, dass das Washingtoner Dementi Fragen offen ließ.²⁴⁹⁷ „Bild“ reagierte hingegen in größtmöglicher Aufmachung auf die Berichte über die Aufweichung der US-Deutschland-Politik mit der höchst provokanten Schlagzeile: „Wird Deutschland jetzt verkauft?“ Die Redaktion fragte: „Können wir unseren Freunden im Westen noch vertrauen? Während verzweifelte Menschen an der Berliner Sektorengrenze aus den Fenstern springen, um sich mit zerschmetterten Gliedern in die Freiheit zu retten – sprechen westliche Staatsmänner ganz offen davon, dass es nun an der Zeit sei, das Regime der Mörder in Ost-Berlin „de facto“ anzuerkennen. Sprechen Sie davon, dass sich die Deutschen „für einige Jahre“ mit der Existenz zweier deutscher Staaten abfinden müssten. Und es gibt sogar Menschen, die höhnisch erklären (gemeint war Kennedy): Unsere Landsleute in der Zone hätten ja Zeit

²⁴⁹⁴ Nr. 211, 22.9.1961, S. 3.

²⁴⁹⁵ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

²⁴⁹⁶ Nr. 223, 25.9.1961, S. 1.

²⁴⁹⁷ Nr. 223, 25.9.1961, S. 2.

genug gehabt zu fliehen Liebe Freunde in der westlichen Welt: So kann man es nicht machen! Hat nicht der Westen selbst immer und immer wieder die Menschen in der Zone ermahnt auszuharren? Hat man uns nicht, als Deutschland vor Jahren der NATO beitrug – feierlich und vertraglich versichert: die Wiedervereinigung Deutschlands sei das Ziel der westlichen Politik? Will man diesen Vertrag – und andere Verträge, die wir in ehrlicher Absicht unterschrieben haben – jetzt brechen? Ist der NATO-Partner Deutschland plötzlich nichts mehr wert? Sollen wir verkauft werden für ein Lächeln Chruschtschows? ...²⁴⁹⁸ Jürgs meint, dass etwa die Zeile über den angeblich drohenden Verkauf Deutschlands vom „Bild“-Chefredakteur Hagen stammt und vollkommen im verlegerischen Sinne war.²⁴⁹⁹ In der nächsten Ausgabe ging es ähnlich weiter; „Bild“ ließ schreiend wissen, dass in Bonn Alarmstimmung herrschte und dass Minister Lemmer vor einer Demütigung des freien Westens warnte. In einer zentral auf der Titelseite präsentierten Karikatur spielte Kennedy mit Chruschtschow ein Kartenspiel. Kennedys Einsatz waren die Hoffnung der Zone, das Vertrauen der Deutschen und die Freiheit der Berliner. Hinter seinem Rücken fragten sich die USA und Westeuropa besorgt: „Hoffentlich verspielt der Junge nicht in einer Nacht, was wir in Jahren erarbeitet haben!“²⁵⁰⁰ In Fortführung des Titelseiten-Beitrags war dann die Äußerung Lemmers zu lesen: „Auch auf dem Wege der Verhandlungen kann sich der Abgrund einer nicht wiedergutzumachenden Niederlage auftun. Verschließen wir die Augen vor den Folgen eines Nachgebens, dann wird es kein Ende der Erpressungen mehr geben!“²⁵⁰¹ Auch später noch übermittelte das Organ die Warnung Brandts an den Westen vor einer de facto-Anerkennung der DDR²⁵⁰² und erinnerte daran, dass die Westmächte seit dem Mauerbau nur redeten.²⁵⁰³ Die in den angelsächsischen Ländern überwiegend positiv aufgenommene Rede Kennedys vor den Vereinten Nationen wurde seitens der „Bild“-Redaktion mit wenig Begeisterung aufgenommen. Die Bekräftigung der Entschlossenheit, die Freiheit West-Berlins und der Zufahrtswege zu verteidigen, wurde ihm zwar schon von den Journalisten abgenommen. Aber als der Präsident davon sprach, bei einer Lösung die historischen und legitimen Rechte anderer zu berücksichtigen, fragte „Bild“, ob Kennedy damit die von Moskau beanspruchte Unterdrückung anderer Völker, die seit 1945 bestehende Spaltung Deutschlands und den Verzicht auf die Wiedervereinigung meinte. Die Redaktion pochte hingegen auf die mit dem Westen geschlossenen Verträge: „Man kann einen Vertrag nicht vom Tisch wischen, weil er plötzlich unbequem geworden

²⁴⁹⁸ „Bild“ Nr. 223, 25.9.1961, S. 1.

²⁴⁹⁹ Jürgs: Der Fall Axel Springer, S. 174.

²⁵⁰⁰ „Bild“ Nr. 224, 26.9.1961, S. 1.

²⁵⁰¹ „Bild“ Nr. 224, 26.9.1961, S. 10.

²⁵⁰² „Bild“ Nr. 225, 27.9.1961, S. 10.

²⁵⁰³ „Bild“ Nr. 235, 9.10.1961, S. 12.

ist!²⁵⁰⁴ Bei Müller ist übrigens zu finden, dass Adenauer nach dem Moskauer Fiasko Springers das Angebot annahm, gerade „Bild“ als Mittel für seine Zwecke zu verwenden. Es soll neben dem Kontakt mit dem Korrespondenten Peter Boenisch auch Absprachen zwischen dem Kanzler und dem Verleger gegeben haben. Für den Regierungschef soll es dabei darum gegangen sein, für die Aspekte zu werben, die er nicht öffentlich artikulieren mochte. Seine Befürchtung galt einer Entspannung auf deutsche Kosten, deswegen suchte er Verhandlungen über Berlin und die Nation als ganzes vorläufig zu umgehen. Müller meint aber, dass Springer und Adenauer wegen unterschiedlicher Auffassungen, die seit Beginn des Jahres 1961 vor dem Hintergrund der Entwicklung offenkundig wurden, sich dann entfremdeten.²⁵⁰⁵ Die letztgenannte Aussage kongruiert aber nicht mit der hier festgestellten Haltung von „Bild“.

Aufmerksam verfolgt wurden selbstverständlich auch von der „Welt“ die Auftritte Kennedys und Gromykos vor der UNO.²⁵⁰⁶ Die Verletzung von Menschenrechten durch den Mauerbau erwähnte Kennedy dabei ja nicht.²⁵⁰⁷ Im Renommierblatt wurde die Entwicklung aber doch anders begleitet. Zehrer pries am 30. September gar die Reden Kennedys.²⁵⁰⁸ Lediglich im für die Präsentation unterschiedlicher Ansichten bestimmten „Forum“ wurde auf Seite dreiunddreißig ein Meinungsbeitrag Haffners zu den Folgen einer möglichen Anerkennung der DDR vorgestellt. Er gilt als Liebling des Verlegers.²⁵⁰⁹ Haffner ging als einziger „Welt“-Journalist mit der ihm eigenen Schonungslosigkeit mit den Westmächten um: „Die Geschichte der sogenannten Berlin-Krise, die in Wirklichkeit eine Krise der Allianz zwischen Deutschland und dem Westen ist, kann in folgendem Kurzdialog zusammengefasst werden: Chruschtschow (plötzlich): Gebt mir Berlin. Die westlichen Alliierten: Nein, nein, niemals! Chruschtschow: Gut, dann gebt mir Deutschland. Die Alliierten: (verdattert und zögernd): Mhm, mhm, ...na, gut. Wir hören heute sehr viel von der Freiheit der Westberliner, die man, wenn nötig, mit letzter Konsequenz verteidigen müsste. Aber merkwürdigerweise ist die Freiheit der Westberliner im Augenblick gar nicht direkt bedroht. Man schlägt uns gar nicht vor Westberlin aufzugeben. Man empfiehlt uns vielmehr, gemeinsam mit den Russen die Teilung Deutschlands zu vollziehen oder zumindest einen Hinweis darauf zu geben, dass wir die bestehende Teilung anerkennen und uns ihr nicht weiter widersetzen wollen.“ Gewünscht wurde die Bonner Zustimmung für westliches Nachgeben; Haffner sah hier

²⁵⁰⁴ „Bild“ Nr. 225, 27.9.1961, S. 1.

²⁵⁰⁵ Müller, S. 199 ff.

²⁵⁰⁶ Nr. 224, 26.9.1961, S. 1, S. 4, Nr. 225, 27.9.1961, S. 1 und S. 4.

²⁵⁰⁷ Stütze, S. 160 ff.

²⁵⁰⁸ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 43, Typoskripte und Manuskripte Zehrer: „Die Reden Kennedys“, 30.9.1961.

²⁵⁰⁹ Schwarz: Axel Springer, S. 349.

Kapitulationsstimmung sich breit machen. Er wies darauf hin, dass die öffentliche Meinung in England sich weitgehend mit der Anerkennung der DDR abfand. Haffner erwartete weitere westliche Zugeständnisse, die über das hinausgingen, was Chruschtschow bislang forderte. Eine derartige Lösung würde auch noch als Triumph der westlichen Demokratie in der Verteidigung West-Berlins dargestellt werden. Haffner wertete eine solche Vorgehensweise als Auflösung des Bündnisses zwischen der Bundesrepublik und dem Westen, das 1954 in den Pariser Verträgen²⁵¹⁰ geschlossen worden war. Zum Kern dieses Vertragswerks gehörte ja die Verpflichtung der Westmächte zur deutschen Einheit und die Anerkennung Bonns als einzig legitimer Regierung. Haffner wies ausdrücklich auf den Widerspruch zum aktuellen Agieren der Westmächte hin. Er meinte provokant, kein Land könnte mit Partnern verbündet bleiben, die über seinen Kopf hinweg über seine Teilung mit einem feindlichen Dritten ein Abkommen schlossen. Das sei von den Deutschen nicht zu verlangen. Durch das Gefühl verraten und verkauft zu werden würden die Deutschen für ein russisches Angebot reif gemacht.²⁵¹¹ Schmied führt aus, dass Haffner seine große Entrüstung auch in die englische Öffentlichkeit durch einen im Oktober im Magazin „Encounter“ erschienenen Artikel trug. In polemischem Ton präsentierte er seine bewährten Argumente gegen eine Anerkennung der DDR und legte die Gründe für eine deutsch-sowjetische Annäherung dar. Seine nicht gelinde Kritik an der britischen Presse wurde Anfang Oktober von „The Economist“ und „Sunday Times“ mit umfangreichen Stellungnahmen bedacht. Selbst der Privatsekretär des Premierministers befasste sich mit Haffners Vorwürfen. Er hielt diese zwar für übertrieben, sah aber doch ein starkes Argument vorgebracht, von dem er annahm, dass es de Gaulles aktuellen Überlegungen nahekam.²⁵¹² Haffner fürchtete sogar, die Bundesrepublik könnte sich wegen der Enttäuschung mit Moskau verbünden und zum Gegner des Westens werden. Er konnte sich nicht eingestehen, dass die Achtung des status quo, zu der die Zementierung der deutschen Teilung gehörte, die internationalen Spannungen minderte.²⁵¹³ Sein Ton den Verbündeten gegenüber wurde seit dem Mauerbau wegen der für gegeben gehaltenen Verständigung der Supermächte schärfer.²⁵¹⁴ Die von Haffner in der „Welt“ artikulierte scharfe Kritik lag inhaltlich in diesem Fall nahe an dem von „Bild“ vertretenen Standpunkt. Seine provozierend klingenden Ausführungen erhellten wie ein Scheinwerfer

²⁵¹⁰ Die Pariser Verträge traten im Mai 1955 in Kraft; sie führten für die Bundesrepublik zur Gewinnung der Souveränität und zur Einbindung ins westliche Bündnissystem. Damit endete das Besatzungsregime. Bis 1991 bildeten die Verträge die völkerrechtlichen Grundlagen der Bundesrepublik in ihren äußeren Beziehungen.

²⁵¹¹ Nr. 228, 30.9.1961, S. 33.

²⁵¹² Schmied, S. 229 ff.

Soukup weist übrigens darauf hin, dass der „Encounter“-Artikel etwas gekürzt ebenfalls in der „Welt“ abgedruckt wurde., S. 204.

²⁵¹³ Beck: Der traurige Patriot, S. 95 und 97.

²⁵¹⁴ Soukup, S. 204.

die Lage, die ansonsten in der „Welt“-Berichterstattung eher nebulös blieb. In der Redaktion herrschte ja ein grundsätzliches Vertrauen in die USA. Der Außenseiter nahm auch nur selten an den Konferenzen teil.²⁵¹⁵ Immerhin wurde das von ihm angeschnittene Thema vom Kollegium doch für so wichtig gehalten, dass ein Auszug des regen Meinungsechos wiederum im „Forum“ vorgestellt wurde.²⁵¹⁶ Von diesem einsamen Ausfall Haffners abgesehen war die „Welt“ unvergleichlich viel sanfter gegenüber dem neuen Washingtoner Kurs als etwa „Bild“, was angesichts der Flaggschiff-Funktion und der verlegerischen Anweisungen doch erstaunlich ist. Der prominente Redakteur Sethe äußerte jedenfalls wenig später – außerhalb des Hauses bei einem Vortrag in Bielefeld – dass die Anerkennung der DDR schon von Dulles gefordert worden war und keineswegs als Kapitulation vor Chruschtschow zu verstehen sei. Deutscherseits sollte man erkennen, dass durch vermehrte Kontakte zur Zone vielleicht neue Möglichkeiten gefunden würden, das Los der Mitteldeutschen zu erleichtern.²⁵¹⁷ Sein Verleger dürfte wohl nicht unbedingt von solchen Ansichten begeistert gewesen sein. Die „Welt“ registrierte das Stattfinden weiterer amerikanisch-sowjetischer Gespräche. Die Kommentierung wies Anfang Oktober darauf hin, dass im gleichen Maße, wie sich in Washington vorsichtiger Optimismus ausbreitete, sich die Äußerungen aus Bonn und Paris gegenüber Verhandlungen verhärteten.²⁵¹⁸ Es war erkennbar, dass Adenauer sich vor einer Regelung zu deutschen Lasten sorgte.²⁵¹⁹ Kausch sah aber Brandt mit gestärktem Vertrauen in die Verlässlichkeit des mächtigen Verbündeten aus den USA zurückkehren.²⁵²⁰ Hinsichtlich der geheimen amerikanisch-sowjetischen Gespräche war in der Kommentierung dann davon die Rede, dass verschiedentlich überstark Befürchtungen in der deutschen Öffentlichkeit geäußert wurden. Es hieß bestehende Verträge der Westmächte gegenüber Bonn wären nicht genügend beachtet worden. Zwar seien ins Wanken geratene Begriffe wieder richtig gestellt, doch schienen nicht alle deutschen Besorgnisse ausgeräumt.²⁵²¹ Recht sachte und spät wandte sich die redaktionelle Linie von der gewohnten Nibelungentreue zu Washington ab. Kommentator Schröder sah mittlerweile das deutsch-amerikanische Verhältnis auf einen gefährlichen Punkt zusteuern. Worte wie Misstrauen und Vertrauenskrise fielen. Er meinte, dass in den letzten Wochen auf dem offenen Markt Fragen diskutiert wurden, die an den deutschen Lebensnerv gingen. Das Bonner Vertrauen in Kennedy sei zwar nicht panischer Angst gewichen; aber man wisse um die Bedeutung

²⁵¹⁵ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

²⁵¹⁶ Nr. 234, 7.10.1961, S. 33.

²⁵¹⁷ Bundesarchiv/ Koblenz: N/1471, Aktenbestand Nr. 17, Zeitungsausschnitt: Freie Presse vom 16.10.1961, „Deutschland im Übergang“ aus der Lose-Blatt-Sammlung von Sethes Nachlass.

²⁵¹⁸ Nr. 232, 5.10.1961, S. 1.

²⁵¹⁹ Nr. 234, 7.10.1961, S. 1.

²⁵²⁰ Nr. 235, 9.10.1961, S. 1.

²⁵²¹ Nr. 236, 10.10.1961, S. 1.

der Öffentlichen Meinung in den USA.²⁵²² Der zunächst nur durch die Presse über die Entwicklung informierte Kanzler sah mit Entsetzen die bisherige amerikanische Deutschlandpolitik untergraben und ließ sich auch durch Korrespondenz mit Kennedy nicht beruhigen. Wegen der Belastung des Verhältnisses zu den USA bot es sich für Bonn an, einen engeren Schulterschluss mit de Gaulle zu suchen, der in Opposition zu den angelsächsischen Mächten stand.²⁵²³ In einem als persönliche Meinung Haffners gekennzeichneten Beitrag zählte dieser Weg übrigens zu den erwogenen Möglichkeiten bei einer Neuorientierung der Bonner Außenpolitik im Fall einer amerikanisch-russischen Einigung.²⁵²⁴ Die Skepsis von Bonn und Paris gegenüber neuen Sondierungen mit Moskau wurde in der Berichterstattung deutlich.²⁵²⁵ Selbst bei von Borch war mittlerweile etwas Ernüchterung gegenüber Kennedy zu beobachten; er nahm erstmalig seit Kriegsende offen geäußerte Zweifel an der Führungsmacht wahr und schrieb vom – wenn auch unbegründeten – Ausbreiten des Gefühls der Ohnmacht als könne Deutschland zwischen den Supermächten zerrieben werden. Er wies darauf hin, dass in den USA veränderte Vorstellungen herrschten; Washington verlangte den gemeinsamen Vollzug des Umdenkens. Von Borch bezeichnete es als Missverständnis, dass in der Bundesrepublik der Eindruck bestand, dass Washington beim Mauerbau versagte. Ansonsten war übrigens im Blatt nicht viel vom Bestehen einer derartigen hegemonialen Verfehlung zu lesen. Die Passivität entsprach vielmehr dem Notstandsplan; von Borch betonte die Mitverantwortung der diese Haltung billigenden Bundesregierung, was den Prestigeverlust Washintons abminderte. Er ging auf die Äußerung Clays ein, die Realität des Bestehens der DDR zu akzeptieren. Der Korrespondent legte dar, dass dies nicht bedeutete, dass Washington das Ziel der Wiedervereinigung aufgab sondern nur einen anderen Lösungsweg suchte. Sodann skizzierte er werbend die amerikanischen Vorstellungen und teilte mit, dass Aufforderungen an Bonn neue Gedanken beizusteuern fruchtlos blieben.²⁵²⁶ Becker machte schließlich darauf aufmerksam, dass Kennedy in fast rügender Form die Bundesregierung zur Entfaltung einer Initiative aufforderte. Die über den Atlantik dringenden Vorstellungen über verhandlungsmögliche Themen und der in vollem Fluß befindliche Prozeß des Umdenkens im Weißen Haus zwangen zu schnellem Handeln, wenn „unheilvolle Entwicklungen“ noch aufgehalten werden sollten.²⁵²⁷ Ende Oktober äußerte dann Schröder, dass das laute Denken zu vieler Amerikaner von Rang über deutsche

²⁵²² Nr. 237, 11.10.1961, S. 1.

²⁵²³ Münger, S. 122 ff.

²⁵²⁴ Nr. 230, 3.10.1961, S. 3.

²⁵²⁵ Nr. 237, 11.10.1961, S. 4.

²⁵²⁶ Nr. 238, 12.10.1961, S. 3.

²⁵²⁷ Nr. 241, 16.10.1961, S. 1.

Existenzfragen „uns“ sehr befremdete.²⁵²⁸ Dementsprechend wurde die Rückreise des Bonner Botschafters nach Washington registriert, der dort den deutschen Standpunkt darzulegen hatte.²⁵²⁹ Ein weiteres wahrgenommenes Zeichen des schlechten deutsch-amerikanischen Verhältnisses war die Ankündigung eines Treffens mit Kennedy durch Adenauer, von dem Washington gar nichts wissen wollte.²⁵³⁰ Als Chruschtschow ankündigte, den Friedensvertrag mit der DDR doch nicht unbedingt innerhalb des Jahres abzuschließen, deutete Zehrer dies als Zeitgewinn, gab aber auch zu verstehen, dass Moskau bei den Verhandlungen mit den Amerikanern „ein gewisses Verständnis“ fand.²⁵³¹ Entsprechend der zur Kennedy-Administration distanzierteren aktuellen Redaktionslinie wurde im „Forum“ Kritik von US-Militärs und Diplomaten an ihrer Regierung dargelegt. Dabei wurde die Teilung Berlins als ernster amerikanischer Rückschlag bezeichnet.²⁵³² Einzelne diplomatische Schritte wie die Aktivitäten der deutschen Botschafter wurden aufmerksam verfolgt.²⁵³³ Einige Aufmerksamkeit erhielt übrigens der sowjetische Atomversuch mit der „Superbombe“.²⁵³⁴ Die „Welt“ berichtete über Irritationen in Washington wegen eines Gesprächs zwischen Chruschtschow und dem deutschen Botschafter Kroll.²⁵³⁵ Es wurde groß herausgestellt, dass die Bundesregierung sich von Kroll²⁵³⁶ distanzierte. Der Leser war überrascht, weil die „Welt“ vorher keine Informationen präsentiert hatte. Vermutlich verfügte das Publikum dank der schnelleren Medien Fernsehen und Rundfunk schon über einen Ansatzpunkt. Die Redaktion informierte darüber, dass der Botschafter unautorisiert dem sowjetischen Staatsführer eigene Gedanken zur Deutschland-Frage vorgetragen hatte und umgehend für diese Verfehlung nach Bonn zitiert wurde. Die Kommentierung echauffierte sich über die

²⁵²⁸ Nr. 250, 26.10.1961, S. 1.

²⁵²⁹ Nr. 242, 17.10.1961, S. 1.

²⁵³⁰ Nr. 246, 21.10.1961, S. 1, Nr. 248, 24.10.1961, S. 2.

²⁵³¹ Nr. 243, 18.10.1961, S. 1. Die Kommentierung Zehrsers erfolgte im „Kasten“ unter dem Kürzel H.Z. und Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 43: Typoskripte und Manuskripte Zehrsers: „Zeitgewinn“, 18.10.1961.

²⁵³² Nr. 246, 21.10.1961, S. 33.

²⁵³³ Nr. 249, 25.10.1961, S. 1, Nr. 263, 10.11.1961, S. 1, Nr. 264, 11.11.1961, S. 1.

²⁵³⁴ Nr. 244, 19.10.1961, S. 1, Nr. 245, 20.10.1961, S. 1, Nr. 246, 21.10.1961, S. 1, Nr. 247, 23.10.1961, S. 1, Nr. 248, 24.10.1961, S. 1, Nr. 249, 25.10.1961, S. 1, S.4; in: Nr. 260, 7.11.1961, S. 1 befasst sich Bärwolf mit dem möglichen militärischen Sinn des Versuchs.

²⁵³⁵ Nr. 265, 13.11.1961, S. 4.

²⁵³⁶ Kroll, Hans (*18.5.1898, gest. 8.8.1967) schlug nach seiner Promotion die Diplomaten-Laufbahn ein und war im Ausland in einer Reihe von Vertretungen tätig. Nach dem Zweiten Weltkrieg galt sein Engagement dem Außenpolitischen Ausschuß der CDU in der englischen Besatzungszone. 1950 erhielt er eine Funktion im Wirtschaftsministerium. Nach 1953 war Kroll als Botschafter in Belgrad und in Tokio eingesetzt; 1958-62 vertrat er sein Land in Moskau. Ihm lag daran, das Verhältnis zur Sowjetunion zu verbessern; deshalb wurde er am 9.11.1961 bei Chruschtschow vorstellig. Die Unterredung sorgte für erhebliches Aufsehen in der Presse. Der ihm gemachte Vorwurf bestand darin, in dieser Unterredung ohne Weisung des Kanzlers einen eigenständigen Lösungsansatz für die Deutschland-Problematik vorgetragen zu haben, der der amtlichen Bonner Linie nicht entsprach. Kroll erfreute sich der Achtung des Bundeskanzlers wie auch Chruschtschows. Wegen der dann zu Beginn des Jahres 1962 sich entwickelnden Äffäre, die im entsprechenden Kapitel behandelt wird, wurde er im September des Jahres nach Bonn versetzt, wo er bis zu seinem baldigen Ruhestand tätig war. So: Wikipedia Hans Kroll.

Eigenmächtigkeit des Mannes, der das Misstrauen der westlichen Freunde hervorrief.²⁵³⁷ Zehrer sah ebenfalls das latente Misstrauen des Rapallo-Komplexes geschürt.²⁵³⁸ Kroll verstand sich bei seinem Vorgehen als Motor für die Wiedervereinigung und zur Lösung der aktuellen Krise.²⁵³⁹ Der früher im Bemühen um ein gutes Verhältnis zur sowjetischen Regierung vom Pressekonzern Rückenwind erhaltende Diplomat fiel in Ungnade, weil das Haus mittlerweile Gespräche mit Moskau nicht für gut hielt, die als Stärkung des östlichen Lagers betrachtet wurden.²⁵⁴⁰ Herr Cramer erinnert, dass der Botschafter einst zu den Befürwortern der Moskau-Reise des Verlegers gehört hatte.²⁵⁴¹ Krolls aktueller Plan, die offenen Fragen bilateral mit der sowjetischen Führung zu regeln, entstand wegen der Befürchtung der Preisgabe deutscher Interessen durch die Supermächte. Adenauer deckte seinen Botschafter, dessen Haltung im Widerspruch zu früheren Bonner Stellungnahmen stand.²⁵⁴² Haffner vermutete später, dass das Gespräch von Chruschtschow gesucht wurde, um Misstrauen zwischen Washington und Bonn zu säen. Es erschien ihm nicht ungünstig, wenn London und Washington sich an die Möglichkeit einer sowjetisch-deutschen Verständigung erinnerten. Adenauers Position sei stärker, wenn das westliche Lager nicht sicher war ihn in der Tasche zu haben.²⁵⁴³ In seiner Enttäuschung war ihm der Gedanke, den Bruch mit Washington zu wagen, nicht unlieb.²⁵⁴⁴ Der Westen zog sich die Entrüstung des Kolumnisten zu als die US-Administration erwog, den ostdeutschen Staat anzuerkennen und gesamtdeutsche Ausschüsse zu etablieren, um den Verhandlungen eine Chance zu geben.²⁵⁴⁵ Mitte November machte Haffner darauf aufmerksam, dass Chruschtschow auf westliche Verfahrensvorstellungen einging, die der Journalist ablehnte. Über diese Entwicklung war sonst nichts in der „Welt“ zu erfahren. Das Aushandeln eines Berlin-Vertrags, der dem späteren separaten Friedensvertrag angehängt werden sollte, wertete Haffner mit unbestechlichem Blick als Ausweichmanöver zur Wahrung des Gesichts. Er hielt den Ansatz für falsch; die Hinnahme eines Sonderfriedens bedeutete eine Verschlechterung der westlichen Position. Nicht mehr originäres Siegerrecht sondern die UdSSR würde künftig die Stellung der Westalliierten der DDR gegenüber garantieren; damit würde die UdSSR der wahre Herr West-Berlins.²⁵⁴⁶ Trotz seiner in dieser Auseinandersetzung oft von der Redaktion abweichenden Meinung war Haffner offenbar im Kollegium gut gelitten. Jedenfalls erhielt er von einigen Kollegen zu seinen ein

²⁵³⁷ Nr. 266, 14.11.1961, S. 1.

²⁵³⁸ Nr. 270, 18.11.1961, S. 1, „Die Reise nach Amerika“.

²⁵³⁹ Kroll, Hans: Lebenserinnerungen eines Botschafters, Köln, Berlin 1967. S. 530.

²⁵⁴⁰ Kruip, S. 172.

²⁵⁴¹ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

²⁵⁴² Stütze, S. 162 ff.

²⁵⁴³ Nr. 272, 21.11.1961, S. 3.

²⁵⁴⁴ Beck: Der traurige Patriot, S. 98.

²⁵⁴⁵ Schmied, S. 238 f.

²⁵⁴⁶ Nr. 266, 14.11.1961, S. 3.

ausgesprochen breites Themenspektrum abdeckenden Beiträgen lobende Briefe.²⁵⁴⁷ Für die Zufriedenheit des Hauses mit ihm sprechen auch die im Dezember vertraglich festgelegte Ausweitung der freien Mitarbeit und die Erhöhung seines Honorars.²⁵⁴⁸ Das von Springer angebotene Ausbauen der Kooperation stand im Zusammenhang damit, dass publik wurde, dass Haffner den „Observer“ verlassen hatte.²⁵⁴⁹ Der Kolumnist fand in der Zeit kurz nach dem Mauerbau übrigens auch bei hochrangigen deutschen politischen Entscheidungsträgern Anklang. So zollte ihm Brandt brieflich Hochachtung für seine Haltung,²⁵⁵⁰ Botschafter Blankenhorn lud ihn nach Paris ein; ja er wurde sogar zum Gespräch beim Bundespräsidenten gebeten.²⁵⁵¹ Recht beiläufig eröffnete die „Welt“ dann, dass Clay rückblickend meinte, dass es am 13. August weder Krieg noch Mauerbau gegeben hätte, wenn Einheiten der Westmächte den Stacheldraht weggeräumt hätten. In einem flankierenden Beitrag war zu lesen, dass bei der NATO sich die Überzeugung durchsetzte, dass damals ein Fehler gemacht wurde.²⁵⁵² Brieflich ließ der stellvertretende Chefredakteur Cramer wenig später den Washingtoner Korrespondenten wissen, dass er die von diesem offenbar vertretene Ansicht, über die amerikanische Passivität nach dem Mauerbau mit Achselzucken hinwegzugehen, nicht teilte. Cramer teilte von Borch zudem mit, dass einer seiner Artikel gekürzt worden war. Hinsichtlich der Arbeit des ebenfalls in den USA tätigen Kollegen von Zahn klang im Schreiben Ärger an. Cramer meinte zwar, dass der Leser außenpolitisch eine andere Deutung vertragen konnte, besonders wenn sie von einem Kolumnisten kam. Er sah von Zahn aber im Themenkreis auf das ihm nicht bestimmte Gebiet des Korrespondenten übergreifen und machte sich bereits Gedanken über die Einstellung der Kolumnen.²⁵⁵³

Ins mediale Blickfeld geriet als nächstes die USA-Reise des Kanzlers.²⁵⁵⁴ Schon im Vorfeld fehlten dem Chefredakteur Faszination und Glanz früherer Treffen. Zehrer erwartete folgenschwere Entscheidungen und mehr deutsche Initiative für einen

²⁵⁴⁷ Bundesarchiv/Berlin: N/2523, Aktenband Nr. 136, Korrespondenz mit „Die Welt“, Brief Zehrsers an Haffner vom 12.5.1961 und Brief von Walter Görlitz an Haffner vom 6.7.1961.

²⁵⁴⁸ Bundesarchiv/Berlin: N/2523, Aktenband Nr. 136, Korrespondenz mit „Die Welt“, Schreiben von Dr. Fricke und Dr. Adler an Haffner vom 1.12.1961 über die Zusatzvereinbarung zum Vertrag.

²⁵⁴⁹ Schmied, S. 232.

²⁵⁵⁰ Schmied stellt den Bezug her: Als publik wurde, dass Haffner den „Observer“ verließ, sprach der Regierende Bürgermeister ihm seine Anerkennung aus. Schmied. S. 232.

²⁵⁵¹ Bundesarchiv/Berlin: N/2523, Aktenband Nr. 135, Korrespondenz mit Persönlichkeiten, Blatt Nr. 175, Schreiben Brandts an Haffner vom 7.9.1961, Blatt Nr. 176, Fax der „Welt“-Redaktion an Haffner, das ihn über die Einladung nach Paris zum Essen am 7. November informierte, Blätter Nr. 178, 179 und Nr. 182, Einladung der Pressestelle des Bundespräsidialamts zu einem zwanglosen Gespräch von Journalisten mit dem Präsidenten am 6.12.1961.

²⁵⁵² Nr. 270, 18.11.1961, S. 4.

²⁵⁵³ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Welt Ausgeschiedene Korrespondenten 1957-67, von Borch, Brief Cramers an von Borch vom 27.11.1961.

²⁵⁵⁴ Nr. 250, 26.10.1961, S. 1, Nr. 269, 17.11.1961, S. 1.

Friedensvertrag.²⁵⁵⁵ Mit großer Aufmerksamkeit wurde der Washington-Besuch Adenauers verfolgt. Ein Flottmachen der aufgrund des deutschen und französischen Widerstands festgefahrenen Konferenz-Vorbereitung in der Berlin-Frage wurde erwartet.²⁵⁵⁶ Im Unterschied zu vergangenen Treffen, bei denen zumeist die Einigkeit betont worden war, wurden Gegensätze wahrgenommen.²⁵⁵⁷ Die Amerikaner wünschten die deutsche Seite festzulegen. Die Journalisten hielten es sogar für möglich, dass Adenauer das Gesprächsprotokoll unterzeichnen sollte, um Auslegungsdifferenzen zu verhindern.²⁵⁵⁸ Die deutsche Delegation machte klar, keinen Verhandlungsspielraum in den Fragen Einheit, Anerkennung der DDR, Oder-Neiße-Grenze und der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr zu sehen. Für die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen blieb demnach nur die isolierte Behandlung der Berlin-Frage übrig, was mit den Konzepten von Kennedys Umgebung nicht zu vereinbaren war. Der Gestaltungsspielraum war so minimal, dass kaum eine Einigung mit den Sowjets zu erzielen war.²⁵⁵⁹ Darüber wurde in der Renommierzeitung inhaltlich nichts bekannt. Über die Vier-Augen-Gespräche der Regierungschefs wurde Stillschweigen gewahrt. Bei den Besprechungen der Minister wurden die Notstandsplanung, die Atombewaffnung der Bundeswehr und Berlin thematisiert. Als Ziel wurde angegeben, die Grenzen der Verhandlungsfähigkeit für die Gespräche mit Moskau festzulegen. Anlass zur Hoffnung, eine Zauberformel zur Überwindung aller unterschiedlichen Auffassungen zu finden, wurde nicht gesehen.²⁵⁶⁰ Überraschend verkündete die „Welt“ dann, dass Adenauer und Kennedy sich einigten und darauf konzentrierten, die Zustimmung de Gaulles für Verhandlungen zu erhalten. Von Borch blieb nichts anderes übrig als sich mit der Geheimhaltung auseinanderzusetzen; im Ergebnis kristallisierte er optimistisch die Einigung auf ein Statut heraus, das die Interessen West-Berlins besser sicherte als es bisher der Fall war.²⁵⁶¹ Im abgedruckten nichtssagenden Kommuniqué war von weitgehender Übereinstimmung der Politiker die Rede.²⁵⁶² Die völlig im Dunkeln tappende Redaktion bat von Borch schließlich um irgendwelche auch nicht zur Veröffentlichung freigegebene Informationen über das Adenauer-Gespräch.²⁵⁶³ Angesichts der im Zentrum der Macht verursachten Verwirrung auch wegen des Hin- und Her der präsidentialen Ratgeber und der widersprüchlichen Kroll-

²⁵⁵⁵ Nr. 270, 18.11.1961, S. 1 und: Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 43: Typoskripte und Manuskripte Zehrer: „Die Reise nach Amerika“, 18.11.1961.

²⁵⁵⁶ Nr. 271, 20.11.1961, S. 1.

²⁵⁵⁷ Nr. 271, 20.11.1961, S. 2.

²⁵⁵⁸ Nr. 272, 21.11.1961, S. 1.

²⁵⁵⁹ Münger, S. 132 – 137.

²⁵⁶⁰ Nr. 273, 22./23.11.1961, S. 1, S. 4.

²⁵⁶¹ Nr. 274, 24.11.1961, S. 1.

²⁵⁶² Nr. 274, 24.11.1961, S. 4.

²⁵⁶³ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Welt Ausgeschiedene Korrespondenten 1957-67, von Borch, Brief Cramers an von Borch vom 27.11.1961.

Erklärungen fragte sich Zehrer schließlich freimütig, was die Presse ihren ein gewisses Maß an Vertrauen entgegenbringenden Lesern sagen sollte. Die Möglichkeit sich wie die Regierungen hinter gepolsterten Türen abzuschließen und die Wirklichkeit als „Geheime Kommandosache“ zu betrachten bestand ja nicht. Täglich vor den Lesern stehend und sich in einem Zustand der permanenten Abstimmung befindend konnten eine Zeitung und ihre Repräsentanten verfehlen festzustellen, auszusprechen was war und vorzuschlagen, was sein sollte. Zehrer sah sich schwer an der Verantwortung tragen und angesichts der Politik unter vier Augen die öffentliche Aufgabe nur unzulänglich erfüllen.²⁵⁶⁴ Bald stand fest, dass de Gaulle seine Bedenken aufrecht erhielt.²⁵⁶⁵ Er hielt Verhandlungen unter Krisendruck für sinnlos, ja gefährlich.²⁵⁶⁶ In fragender Form eröffnete die „Welt“ bald, dass sowohl Bundes- als auch US-Regierung die Bindungen Berlins an Bonn überprüften. Es wurde aber dargelegt, dass ein diesbezügliches Vorhaben eines westlichen Angebots vom Bonner Regierungssprecher als „reine Spekulation“ bezeichnet wurde.²⁵⁶⁷ In der Titelseite der nächsten Ausgabe wurde das heiße Eisen in fragender Form präsentiert.²⁵⁶⁸ Erst auf Seite vier bereitete die Redaktion das unerwartete Zugeständnis Adenauers an Kennedy auf. Erklärend wurde dargelegt, dass die Sicherheit der Bundesrepublik Vorrang vor der Sicherheit Berlins und vor der Wiedervereinigung genoß. Diesem Primat entspräche logisch die Verengung der Verhandlungen auf Berlin. Beruhigend war zu lesen, dass Kennedy der sowjetischen Führung gegenüber keine Zugeständnisse machen würde, die gegen nationales deutsches Interesse verstießen. Aber alles habe natürlich seinen Preis. Wenn die Bundesregierung darauf bestand, die Verhandlungen auf einen Modus vivendi für Berlin zu beschränken, müsse es Verhandlungsspielraum in den Bindungen zwischen Berlin und Bonn geben. Es wurde schon eingeräumt, dass von deutscher Seite Abstriche gegenüber dem Status quo gesehen wurden. Dann legte das Blatt dar, dass nach amerikanischer Ansicht auf diese Weise Zugeständnisse an Moskau verhindert werden sollten. Gleichzeitig war widersprüchlicherweise davon die Rede, dass die auf Gesichtswahrung bedachte sowjetische Seite dem Gedanken etwas abgewinnen konnte.²⁵⁶⁹ Ziemlich vorsichtig tasteten sich die Journalisten an die politische Reaktion in Westdeutschland heran. In einem Bericht über die Bundestagsdebatte war erkennbar, dass alle Parteien isolierte Verhandlungen über Berlin mit Unbehagen sahen. Der Kommentierung war zu entnehmen, dass es Gründe dafür gab, dass kein Redner die von Kennedy gewünschte Vereinbarung über die Beziehungen zwischen Berlin und Bonn

²⁵⁶⁴ Nr. 275, 25.11.1961, S. 1, Zehrer: „Politik unter vier Augen.“

²⁵⁶⁵ Nr. 277, 28.11.1961, S. 1.

²⁵⁶⁶ Shell, S. 94.

²⁵⁶⁷ Nr. 282, 4.12.1961, S. 1.

²⁵⁶⁸ Nr. 283, 5.12.1961, S. 1.

²⁵⁶⁹ Nr. 283, 5.12.1961, S. 4.

direkt ansprach. Indirekt habe sich Brandt mit aller Schärfe dagegen gewandt.²⁵⁷⁰ Schon im Vorfeld mit Aufmerksamkeit bedacht wurde dann der Adenauer-Besuch in Paris.²⁵⁷¹ Der Kommentar erinnerte daran, wie dringlich der Westen Einigkeit benötigte.²⁵⁷² Adenauer gelang es nicht, den Widerstand de Gaulles gegen Verhandlungen zu überwinden. Unauffällig legte die „Welt“ dar, dass der Kanzler mit dem Ergebnis nicht unzufrieden war. Die Kommentierung meinte, dass für die vielfach im Westen gehegte Illusion, den Frieden bewahren zu können, wenn in Berlin zurückgesteckt würde, kein Platz sei.²⁵⁷³ Anfang Dezember sah Zehrer die weltpolitische Krise einem Höhepunkt entgegensteuern. Er meinte, dass Chruschtschow erst einige seiner Trümpfe auf den Tisch gelegt habe und befürchtete, dass dieser aufs Ganze zu gehen beabsichtigte.²⁵⁷⁴ Die am 12. des Monats in Paris beginnende Konferenz der westlichen Außenminister wurde von drei Korrespondenten verfolgt.²⁵⁷⁵ Die Berichterstattung informierte über das keine Fortschritte machende Treffen.²⁵⁷⁶ Das Ergebnis bestand schließlich in der Einigung der Partner auf die schwächste Form des diplomatischen Vorfühlens.²⁵⁷⁷

Das Medium verfolgte die Konfrontation zwischen Kuba und den USA recht aufmerksam.²⁵⁷⁸ Nellessen erklärte eine US-Invasion für töricht.²⁵⁷⁹ Ganz der amerikanischen Perspektive verhaftet bezeichnete die „Welt“ die Insel als „waffenstarrend“; wenn auch erkennbar war, dass es sich um wenige und teilweise veraltete Waffen handelte.²⁵⁸⁰ Die Redaktion weihte die Leserschaft in das Washingtoner Vorhaben ein, den Gegner zu isolieren. Weiter war zu erfahren, dass eine Castro-feindliche Organisation mit einer Privatinvasion drohte.²⁵⁸¹ Es gab nur ausnahmsweise Korrespondenten-Berichte aus Havanna.²⁵⁸² Die Journalisten trugen aus westlicher Perspektive abträgliche Informationen zusammen; dazu zählten repressive Maßnahmen des Regimes.²⁵⁸³ Hässlich wurden selbst herabsetzende Details registriert; dazu gehörte, dass Beamte des aufgelösten Konsulats in Washington es vorzogen bei den Amerikanern um

²⁵⁷⁰ Nr. 285, 7.12.1961, S. 1.

²⁵⁷¹ Nr. 286, 8.12.1961, S. 1.

²⁵⁷² Nr. 287, 9.12.1961, S. 1.

²⁵⁷³ Nr. 288, 11.12.1961, S. 1.

²⁵⁷⁴ Nr. 281, 2.12.1961, S. 1 und Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 43, Typoskripte und Manuskripte Zehrer: „Ein kühler Winter“, 2.12.1961.

²⁵⁷⁵ Nr. 289, 12.12.1961, S. 1, S. 4.

²⁵⁷⁶ Nr. 290, 13.12.1961, S. 1, S. 2, Nr. 291, 14.12.1961, S. 1, S. 2, S. 3, Nr. 293, 16.12.1961, S. 4.

²⁵⁷⁷ Nr. 294, 18.12.1961, S. 3.

²⁵⁷⁸ Nr. 1, 2.1.1961, S. 4, Nr. 2, 3.1.1961, S. 1, Nr. 4, 5.1.1961, S. 1, Nr. 5, 6.1.1961, S. 1.

²⁵⁷⁹ Nr. 3, 4.1.1961, S. 1.

²⁵⁸⁰ Nr. 4, 5.1.1961, S. 4.

²⁵⁸¹ Nr. 5, 6.1.1961, S. 4.

²⁵⁸² Nr. 6, 7.1.1961, S. 4.

²⁵⁸³ Nr. 7, 9.1.1961, S. 1, Nr. 8, 10.1.1961, S. 9, Nr. 10, 12.1.1961, S. 1.

Asyl zu bitten statt in die Heimat zurückzukehren.²⁵⁸⁴ Dem Publikum wurde zudem die drohende Prophezeiung Castros von Revolutionen in Südamerika serviert.²⁵⁸⁵ Wahrgenommen wurde auch die Ausweitung des Handels mit der UdSSR.²⁵⁸⁶ Nach sehr wenigen Meldungen im Februar verschwand die Zuckerinsel im März nahezu vollständig aus dem Blickfeld. Im April nahm das mediale Interesse wegen der sich überschlagenden Ereignisse erheblich zu. Beiläufig wurde zunächst präsentiert, dass Kennedy Demokratie auf Kuba forderte.²⁵⁸⁷ Eine bewaffnete US-Intervention schloss der Präsident aber aus.²⁵⁸⁸ Verwirrt begann dann die Berichterstattung über die Invasion. Es war die Rede von Luftangriffen der kubanischen Streitkräfte; wahrgenommen wurde aber auch, dass beschädigte Flugzeuge US-amerikanischer Typen mit kubanischen Hoheitszeichen in Florida landeten und dass Castro die USA der Aggression bezichtigte. Unkommentiert wurde die unglaubliche Version der kubanischen Exilregierung präsentiert, die behauptete, dass die Piloten von Stützpunkten auf Kuba aufgestiegen waren.²⁵⁸⁹ In der nächsten Ausgabe wurde das Geschehen etwas klarer: Castro-Gegner landeten auf der Insel; der Diktator beschuldigte die USA der Invasion. Der sich gegenüber den Fragen der Pressevertreter windende US-Außenminister behauptete, dass die Invasion nicht von amerikanischem Boden erfolgte. Kommentator Cramer glaubte nicht an ein sofortiges Ende des Regimes und meinte, dass bei einer US-Intervention der „Spuk auf Kuba“ ein sofortiges Ende haben würde. Dann zitierte er Kennedy, der erklärte, dass US-Truppen unter keinen Umständen nach Kuba gesandt würden und dass er eine Invasion vom eigenen Territorium nicht zuließ.²⁵⁹⁰ Es handelte sich auch tatsächlich nicht um reguläre US-Formationen, sondern lediglich um von diesen ausgebildete Exil-Kubaner.²⁵⁹¹ Die „Welt“ blieb bemüht, das US-Engagement zu verschleiern. Gearbeitet wurde dabei – wie bereits mehrfach in der Untersuchung festgestellt – mit irreführender Überschrift: „Washington: Aufstand gegen Castro ist Sache der Kubaner – USA lehnen Einmischung ab.“ Der Teil des Publikums, der den Artikel weiterlas erfuhr hingegen, dass sich die Einwirkung von amerikanischem Boden immer offener abzeichnete. Kennedys Erklärung ließ genug Spielraum für die Duldung der Invasion.²⁵⁹² Beachtung fand auch die Reaktion Chruschtschows, der drohte Castro mit allen Mitteln zu helfen. Dabei wurde klar zum Ausdruck gebracht, dass die Invasoren in den USA ausgebildet und bewaffnet wurden.

²⁵⁸⁴ Nr. 9, 11.1.1961, S. 4.

²⁵⁸⁵ Nr. 28, 2.2.1961, S. 1.

²⁵⁸⁶ Nr. 32, 7.2.1961, S. 11.

²⁵⁸⁷ Nr. 79, 5.4.1961, S. 1.

²⁵⁸⁸ Nr. 87, 14.4.1961, S. 4.

²⁵⁸⁹ Nr. 89, 17.4.1961, S. 4.

²⁵⁹⁰ Nr. 90, 18.4.1961, S. 1.

²⁵⁹¹ Junghanns, S. 23 ff.

²⁵⁹² Nr. 90, 18.4.1961, S. 3.

Von einer Unterstützung ging auch der Washingtoner Korrespondent aus. Von Borch berichtete, dass die amerikanische Öffentlichkeit die Aufstandsbewegung mit Sympathie betrachtete. Er ließ unkommentiert, dass diese sich nicht um – wie es hieß – völkerrechtliche Feinheiten scherte und präsentierte die Argumentation: Amerika habe das Recht kubanischen Patrioten zu helfen, die ihrem Land die Freiheit wiedergeben wollten. Die Sowjets würden nie ein Polen oder Rumänien dulden, das von Amerika beherrscht würde. Das Umgekehrte müsse für Kuba gelten. Ähnlich wohlmeinend gingen seine Ausführungen weiter. Sorgenvoll klang ein Beitrag, der wegen der ungeklärten militärischen Lage in eher fragender Form von schweren Verlusten der Invasoren sprach. Es hieß Flugzeuge und Panzer würden gegen die Brückenköpfe eingesetzt.²⁵⁹³ Die US-Airforce stellte ihre unterstützenden Luftangriffe ein, was ein wesentlicher Faktor für die Niederlage war.²⁵⁹⁴ Am 20. April bereitete die Redaktion das Publikum auf den wahrscheinlichen Sieg Castros vor. Die Kommentierung pries dabei unverdrossen die Haltung Kennedys gegenüber dem weltpolitischen Gegenspieler.²⁵⁹⁵ Die Journalisten präsentierten ein behrendes und etwas scheinheiliges Schreiben Kennedys an Chruschtschow, das erkennbar nur zur Beeinflussung der Weltöffentlichkeit bestimmt war.²⁵⁹⁶ Am 21. stand die Redaktion vor der undankbaren Aufgabe, das militärische Fiasko einzugestehen. Sie verbrämte die Niederlage mit der groß herausgestellten pompös-hohlen Erklärung Kennedys, Kuba nicht den Kommunisten zu überlassen. Die Siegesfeier in Havanna wurde darunter erheblich kleiner aufgemacht.²⁵⁹⁷ In einem Bericht von Borchs wurde ein Appell Kennedys präsentiert, in dem das Geschehen bereits zu einer Episode, einer nützlichen Lektion für alle herabgestuft wurde. Der Korrespondent sah aber schon, dass das Scheitern für das amerikanische Prestige bedrohlich war.²⁵⁹⁸ Die „Welt“ nahm immerhin wahr, dass die Staaten Lateinamerikas von dieser Rede nicht beeindruckt waren.²⁵⁹⁹ Kennedy geriet innenpolitisch zunehmend in Schwierigkeiten und machte dabei keine gute Figur. Um Schadensbegrenzung bemüht präsentierte die „Welt“ dies in nicht übertrieben großer Aufmachung erst auf Seite Vier. Den beim Eröffnen unliebsamer Wahrheiten bewährten Weg des Zitierens einer anderen Zeitung wählte die Redaktion auch diesmal. Der „New York Times“ zufolge unterstützte Kennedy die Rebellen entgegen dem Ratschlag seines Außenministers. Rusk sprach mittlerweile von Hilfe für die Rebellen von Privatseite. Beachtung fand auch das souverän-dreiste Agieren des amerikanischen UNO-

²⁵⁹³ Nr. 91, 19.4.1961, S. 1, S. 4.

²⁵⁹⁴ Brauburger, S. 83.

²⁵⁹⁵ Nr. 92, 20.4.1961, S. 1.

²⁵⁹⁶ Nr. 92, 20.4.1961, S. 4.

²⁵⁹⁷ Nr. 93, 21.4.1961, S. 1.

²⁵⁹⁸ Nr. 93, 21.4.1961, S. 5.

²⁵⁹⁹ Nr. 94, 22.4.1961, S. 1.

Delegierten, der behauptete: „Wenn dies eine amerikanische militärische Operation wäre, glauben Sie, sie wäre erfolgreich, oder sie wäre fehlgeschlagen? Wie lange, glauben Sie, könnte eine kleine, beinahe verteidigungslose Insel der militärischen Macht der USA widerstehen?“²⁶⁰⁰ Am 24. April war auf Seite fünf erstmals von „Fiasko“ und „Ernst der Lage“ die Rede. Nun erfuhren die Leser, dass die USA zwar nicht mit eigenen Truppen, aber mit voller „logistischer Unterstützung“ beteiligt waren. Kennedy stritt seine Verantwortung nicht mehr ab. Von Borch meinte zwar, dass der Präsident auch anders hätte handeln können, sah diesen aber auf der Grundlage fast zwangsläufiger Entwicklungen agieren, die die vorangegangene Regierung in Gang gesetzt hatte.²⁶⁰¹ Vielleicht um dem enttäuschten Publikum eine amerikanische Option vor Augen zu führen, wurde eine mögliche Blockade Kubas thematisiert.²⁶⁰² Erst nachträglich und vorsichtig in einem längeren Beitrag verpackt fand sich negative Kritik an Kennedy. Von Kessel, dessen Beitrag als persönliche Meinung bezeichnet wurde, meinte, dass die Amerikaner sich nicht in Zonen äußerster Gefahr mit einer Lässigkeit bewegen sollten, als handelte es sich um einen Sonntagsausflug. Kennedy würde da noch vieles in Ordnung zu bringen haben.²⁶⁰³ Die US-Regierung verlor erheblich an Prestige.²⁶⁰⁴ Kennedy sorgte sich, dass seine fehlende Eskalationsbereitschaft als Zeichen grundsätzlicher Schwäche vom Gegner gedeutet werden würde.²⁶⁰⁵ Dies wurde in der „Welt“ nicht gerade ausgewalzt. Die Erklärung, in der Kennedy die Verantwortung für das Geschehen übernahm, wurde ganz beiläufig präsentiert.²⁶⁰⁶ Von Borch versuchte auf paradoxe Weise das Debakel umzudeuten. Er meinte, dass das Scheitern der Gegenrevolution besser war als ihr Gelingen gewesen wäre.²⁶⁰⁷ Für die insgesamt arg einseitige pro-amerikanische Darstellung ist wohl neben dem verbreiteten Grundvertrauen der Redaktion in die Hegemonialmacht das im Haus bestehende hohe Ansehen des im Wesentlichen für die Berichterstattung zuständigen Korrespondenten von Borch verantwortlich.²⁶⁰⁸ Die später aus Kuba präsentierten Nachrichten entsprachen dem bisher entworfenen Bild. Repressive Maßnahmen gegen die Bevölkerung,²⁶⁰⁹ die Einbindung in den Ostblock²⁶¹⁰ und wirtschaftliche Schwierigkeiten²⁶¹¹ wurden dargestellt. Übrigens stellte von Borch erst ein

²⁶⁰⁰ Nr. 94, 22.4.1961, S. 4.

²⁶⁰¹ Nr. 95, 24.4.1961, S. 5.

²⁶⁰² Nr. 96, 25.4.1961, S. 1, S. 5.

²⁶⁰³ Nr. 97, 26.4.1961, S. 3.

²⁶⁰⁴ Junghanns, S. 34 f.

²⁶⁰⁵ Biermann: John F. Kennedy und der Kalte Krieg, S. 89 f.

²⁶⁰⁶ Nr. 97, 26.4.1961, S. 5.

²⁶⁰⁷ Nr. 101, 1./2. 5.1961, S. 1.

²⁶⁰⁸ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

²⁶⁰⁹ Nr. 102, 3.5.1961, S. 4, Nr. 105, 6.5.1961, S. 4, Nr. 109, 11./12.5.1961, S. 5.

²⁶¹⁰ Nr. 123, 30.5.1961, S. 4, Nr. 170, 25.7.1961, S. 4.

²⁶¹¹ Nr. 154, 6.7.1961, S. 5.

Jahr nach den Ereignissen eine publizierte Studie vor, derzufolge das ganze Unternehmen in der Schweinebucht als „perfekter Fehlschlag“ bezeichnet wurde, der schon von der Planung her mit Sicherheit nicht gelingen konnte.²⁶¹²

Das schwierige russisch-chinesische Verhältnis wurde nur sehr selten mit medialer Aufmerksamkeit bedacht. Mittlerweile wurde die ideologische Auseinandersetzung als ernste Krise des Kommunismus gewertet.²⁶¹³ Zehrer sah am Jahresende chinesischen Widerstand am Werk, wenn Chruschtschow versuchte, mit dem Westen zu einer Verständigung zu gelangen.²⁶¹⁴

4.4.2. Das Wettrüsten

Zu den beachteten Aspekten gehörten wiederum das Stärkeverhältnis der Supermächte, die Entwicklung neuer Waffen, die Situation im Zivilschutz und vor allem der die Menschheit im Atem haltende Wettlauf im All. Der gewohnten medialen Unterstützung der USA entsprechend wurden gerade in diesem aufmerksam verfolgten Bereich amerikanische Fortschritte vorgestellt.²⁶¹⁵ Als großen US-Erfolg präsentierte die „Welt“ recht moderat die Rückkehr eines Schimpansen aus dem Weltraum.²⁶¹⁶ Der wenig schmeichelhafte Beitrag eines österreichischen Arztes für den Sieg Amerikas, der in der Abrichtung des Tiers mit elektrischen Schlägen bestand, wurde von den Journalisten positiv dargestellt.²⁶¹⁷ Nahtlos ging es weiter mit der Präsentation der US-Interkontinentalrakete, die die für die Entwicklung verantwortliche Luftwaffe mit Stolz erfüllte.²⁶¹⁸ Mitte Februar wurde dann der sowjetische „Venus-Schuss“ – zwar auf der Titelseite – aber doch eher beiläufig vorgestellt.²⁶¹⁹ Auf Seite Vier wurde die Mission genauer thematisiert; die außerordentliche wissenschaftlich-technische Leistung fand Anerkennung. Die Redaktion machte präsentationsmäßig aber auch nicht übertrieben viel Wind von dieser Angelegenheit. Mittels in unmittelbarer Nähe platzierter Notizen steckten die Journalisten ihrem Publikum, dass die USA das Geschehen kontrollieren konnten und bereits früher ein entsprechendes Vorhaben realisiert hatten.²⁶²⁰ Es handelte sich mal wieder um eine aufgrund der Sachlichkeit des Vorgehens und Stils fast unmerkliche Minderung eines aktuellen Vorgangs. Wohl wegen des großen Eindrucks, den der Schuß zur Venus auf die

²⁶¹² Nr. 91, 17.4.1962, S. 3.

²⁶¹³ Nr. 37, 13.2.1961, S. 3, Nr. 151, 3.7.1961, S. 4, Nr. 164, 18.7.1961, S. 3.

²⁶¹⁴ Nr. 287, 9.12.1961, S. 1.

²⁶¹⁵ Nr. 2, 3.1.1961, S. 14, Nr. 26, 31.1.1961, S. 3.

²⁶¹⁶ Nr. 27, 1.2.1961, S. 1.

²⁶¹⁷ Nr. 28, 2.2.1961, S. 5.

²⁶¹⁸ Nr. 28, 2.2.1961, S. 1, S. 5, Nr. 29, 3.2.1961, S. 3.

²⁶¹⁹ Nr. 37, 13.2.1961, S. 1.

²⁶²⁰ Nr. 37, 13.2.1961, S. 4.

Massen machte, besprach Zehrer das Ereignis in einigen Passagen eines Leitartikels. Er räumte ein, dass die Russen Wind in den Segeln hatten und dass sie über eine Vorstufe des bemannten Raumschiffs verfügten, das dereinst als Attribut der absoluten Macht die Erde umkreisen und kontrollieren würde.²⁶²¹ Kurz darauf wies die „Welt“ nicht ohne Genugtuung darauf hin, dass die Amerikaner innerhalb einer Woche vier neue Raumflugkörper einsetzten. Die bemannte Raumfahrt schien zum Greifen nah.²⁶²² Der gewohnten Tendenz folgend, östliche Erfolge aufbereitungsmäßig eher etwas zu minimieren, wurde im März die Nachricht von der erfolgreichen Rückkehr eines mit Tieren besetzten russischen Raumschiffs ausgesprochen klein, aber doch auf Seite eins gebracht.²⁶²³ Das Blatt präsentierte unterschiedliche Lageeinschätzungen für den Wettlauf im All.²⁶²⁴ Der vom Medium in Aussicht gestellte erste menschliche Raumflug wurde bald Realität. Die Nachricht drängte am 13. April sogar die Politik an den Rand der Titelseite. Das Ereignis wurde achtungsvoll dargestellt. Bei Gagarins²⁶²⁵ Flug registrierte die Redaktion auch die propagandistische Aufbereitung durch den Osten. Merk klassifizierte den spektakulären Erfolg schon als wissenschaftlich-technische Spitzenleistung, sah den Wettlauf aber nur an einem – wenn auch wichtigen – Etappenziel entschieden. Die Bedeutung wurde damit doch realitätsgerecht nicht außerordentlich hoch eingeschätzt. Merk bemängelte, dass der propagandistische, politische und militärische Wert des Ereignisses von der Führung des Westens unterschätzt worden sei. Später wurden der Flug, die Funksprüche des Astronauten etc. noch breit ausgewalzt.²⁶²⁶ Noch Monate später sollte sich Zehrer vom sympathischen Gagarin, der wissenschaftlich-technischen Leistung und der gewaltigen Propaganda-Maschinerie beeindruckt zeigen.²⁶²⁷ Von Zahn erwartete als Folge eine enorme Beschleunigung des Wetttrüstens im All und in einigen Monaten eine ähnliche amerikanische Leistung. Zudem befürchtete er eine zunehmende Verhärtung des politischen Ringens.²⁶²⁸ Es wurde eine ungewohnt ratlos und deprimiert klingende Äußerung Kennedys präsentiert, der auch mit keiner noch so großen finanziellen Unterstützung mit der „Saturn“-Rakete den Wettlauf zum Mond gewinnen zu können glaubte. Er sah nur in der Entwicklung einer neuen Rakete eine Chance.²⁶²⁹ Im Ansatz

²⁶²¹ Nr. 42, 18.2.1961, S. 1 und S. 2, sowie: Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 43, Typoskripte und Manuskripte Zehrer: „Windstille im Westen“ 18.2.1961.

²⁶²² Nr. 46, 23.2.1961, S. 1.

²⁶²³ Nr. 59, 10.3.1961, S. 1. Ähnlich war der Bericht über die Erdumkreisung in Nr. 97, 26.4.1961, S. 3.

²⁶²⁴ Nr. 60, 11.3.1961, S. 4, Nr. 73, 27.3.1961, S. 3.

²⁶²⁵ Gagarin, Juri Alexejewitsch (*9.3.1934, gest. 27.3.1968) umkreiste am 12.4.1961 als erster Mensch die Erde in einem „Wostok“-Raumfahrzeug.

²⁶²⁶ Nr. 86, 13.4.1961, S. 1, 3, 4, Nr. 87, 14.4.1961, S. 1, S. 4, Nr. 88, 15.4.1961, S. 5.

²⁶²⁷ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 43, Typoskripte und Manuskripte Zehrer: „Die offene Hintertür“, 15.7.1961, S. 1.

²⁶²⁸ Nr. 87, 14.4.1961, S. 3.

²⁶²⁹ Nr. 94, 22.4.1961, S. 4.

wurde der Katzenjammer im westlichen Lager schon deutlich. Ende April sah Merk die Amerikaner weit ins Hintertreffen geraten. Der sowjetischen Demonstration würde auf Monate hinaus nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen sein. Dennoch dürfe die NASA jetzt nicht resignieren: Sie müsse ihr eines Tages ebenfalls zum bemannten Erdsatelliten führen sollendes Projekt mit zusammengebissenen Zähnen weiterverfolgen als ob nichts gewesen wäre. Merk stellte zudem eine Äußerung von Brauns vor, derzufolge seine bahnbrechenden Ideen keine offizielle Zustimmung erhielten und thematisierte die US-Terminverzögerungen. Dabei sah er die Amerikaner mit größerer Sorgfalt und Verfeinerung ans Werk gehen als die Russen.²⁶³⁰ Als Erlösung für das Publikum konnte die Nachricht vom 6. Mai wirken, derzufolge der erste kurze bemannte US-Weltraumflug glückte. Angemessen deutete die Redaktion dies als entscheidenden Schritt nach vorwärts, sah aber keinen Grund zum Triumphieren.²⁶³¹ Das Thema erhielt realitätsgerecht weniger Aufmerksamkeit als der Flug Gagarins. Beiläufig wurde dargelegt, dass die russische Rakete 1250 Tonnen wog; das US-Exemplar brachte es nur auf 28 Tonnen.²⁶³² Im Folgenden wurden amerikanische Anstrengungen in Gestalt eines Sonderprogramms²⁶³³ und Klein-Erfolge thematisiert.²⁶³⁴ Im Juli konnte das Blatt dann wieder einen geglückten US-Weltraumeinsatz vorstellen. Auch wenn es sich nicht um einen vollkommen uneingeschränkten Erfolg handelte wurde die heile Rückkehr des Astronauten gebührend begrüßt. Das geglückte Experiment wurde als Beweis dafür gedeutet, „dass die Sowjets die Demonstration suchen, während die Amerikaner auf eine solide wissenschaftlich-technische Breitenarbeit bauen. Es ist wahrscheinlich nur eine Frage der Zeit, bis diese Methode, mit der die Amerikaner an die friedliche Eroberung des Weltraums herangehen, sich gegenüber den Erfolgen Moskaus durchsetzen wird.“ Die Spanne zwischen Spitzenreiter und Verfolger habe sich durch diesen Flug verringert.²⁶³⁵ Im August wurde der zweite bemannte sowjetische Raumflug präsentiert. Die Redaktion lenkte das Augenmerk dabei insbesondere auf die propagandistische Aufbereitung durch die kommunistischen Medien.²⁶³⁶ Die Kommentierung wies darauf hin, dass die siebzehnmalige Erdumkreisung technisch nicht so bedeutsam sei. Start und Wiedereintritt in die Atmosphäre wären die risikoreichen Phasen.²⁶³⁷ Merk räumte allerdings ein, dass den Russen wieder einmal das Timing gelang, um diese Demonstration des Vorsprungs

²⁶³⁰ Nr. 99, 28.4.1961, S. 3.

²⁶³¹ Nr. 105, 6.5.1961, S. 1.

²⁶³² Nr. 128, 5.6.1961, S. 5.

²⁶³³ Nr. 119, 25.5.1961, S. 1.

²⁶³⁴ Nr. 120, 26.5.1961, S. 1, Nr. 149, 30.6.1961, S. 1, Nr. 190, 17.8.1961, S. 5.

²⁶³⁵ Nr. 168, 22.7.1961, S. 1.

²⁶³⁶ Nr. 181, 7.8.1961, S. 1, Nr. 182, 8.8.1961, S. 1.

²⁶³⁷ Nr. 181, 7.8.1961, S. 1.

politisch zu nutzen.²⁶³⁸ Bärwolf konnte im selben Monat Zuckerstücke aus der amerikanischen Wundertüte hervorholen. Plastisch wurden leistungsfähige neue Raketen-Motoren vorgestellt. Der Versuch funktionierte allerdings nicht recht, was der sich an der Schubkraft berauschende Bärwolf aber nicht tragisch nahm.²⁶³⁹ Die im Ansatz gezeigte Leistungsfähigkeit genügte ihm bereits. Im September und Oktober ging es weiter mit positiven US-Nachrichten.²⁶⁴⁰ Dieser Hintergrund mochte das westliche Selbstbewusstsein stärken. Der Start der Saturn-Rakete wurde als ein zu großen Hoffnungen berechtigender Erfolg dargestellt. Als Ausdruck des mittlerweile verbesserten westlichen Stands lässt sich wohl die eher beiläufige Präsentation auf der Titelseite deuten.²⁶⁴¹ Im November findet sich ein gutes Beispiel für die Aufbereitung von Misserfolg bzw. eines durchmischten Ergebnisses. Als geglückte Generalprobe für die bemannte Raumfahrt wurde ein Versuch verkauft, der wegen technischer Störung vorzeitig abgebrochen werden musste, wie beiläufig eingestanden wurde.²⁶⁴² Wohl zur Minderung der Enttäuschung präsentierte die Redaktion die Information scheinbarweise. Erst der nächsten Ausgabe war zu entnehmen, dass der amerikanische Traum, noch innerhalb des Jahres einen Raumfahrer ins All zu schicken, scheiterte.²⁶⁴³ Bärwolf gab schließlich dem beim Experiment verwendeten Affen die Schuld, weil dieser nicht in der Lage war, bei den fehlerhaft arbeitenden Komponenten die Reservesysteme einzuschalten.²⁶⁴⁴ Er stellte im Dezember dem Publikum einen US-General des Raumflugkommandos vor.²⁶⁴⁵ Die Berichterstattung wurde nicht durch Anweisungen von oben gelenkt; es handelte sich um eine eher unbewusste redaktionelle Parteinahme für die USA, die zudem durch die Technikbegeisterung Bärwolfs verstärkt wurde.²⁶⁴⁶

Ein anderer gelegentlich mit Aufmerksamkeit bedachter Aspekt war das militärische Kräfteverhältnis der Supermächte. Die wohl außer Frage stehende konventionelle Überlegenheit des Warschauer Pakts in Europa wurde nur in wenigen Einzelfällen thematisiert.²⁶⁴⁷ Die „Welt“ präsentierte vertrauenerweckende Erklärungen und Aktionen der US-Regierung,²⁶⁴⁸ meldete etwa die Erhöhung des Washingtoner

²⁶³⁸ Nr. 182, 8.8.1961, S. 1.

²⁶³⁹ Nr. 192, 19.8.1961, S. 3.

²⁶⁴⁰ Nr. 206, 5.9.1961, S. 3, Nr. 215, 15.9.1961, S. 1, Nr. 223, 25.9.1961, S. 1: erfolgreiche Versuche der USA und der UdSSR, Nr. 242, 17.10.1961, S. 5; eine Ankündigung findet sich in: Nr. 265, 13.11.1961, S. 4.

²⁶⁴¹ Nr. 252, 28.10.1961, S.1.

²⁶⁴² Nr. 279, 30.11.1961, S. 1.

²⁶⁴³ Nr. 280, 1.12.1961, S. 1.

²⁶⁴⁴ Nr. 280, 1.12.1961, S. 3.

²⁶⁴⁵ Nr. 282, 4.12.1961, S. 3.

²⁶⁴⁶ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

²⁶⁴⁷ Etwa: Nr. 19, 23.1.1961, S. 2, Nr. 293, 16.1.1961, S. 1 und: Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 43, Typoskripte und Manuskripte Zehrsers: „In der Arche Noah“, 16.12.1961, S. 1.

²⁶⁴⁸ Nr. 40, 16.2.1961, S. 1, Nr. 52, 2.3.1961, S. 1, Nr. 75, 29.3.1961, S. 1, Nr. 84, 11.4.1961, S. 1,

Verteidigungsetats²⁶⁴⁹ und die Überlassung von Atom-U-Booten an die NATO.²⁶⁵⁰ Im Einzelfall wurde selbst die Marginalie der Ausstattung der Berliner US-Garnison mit neuem Material an das Publikum herangetragen.²⁶⁵¹ Es wurde realitätsgerecht vor Augen geführt, dass die militärische Kräfteverteilung global gesehen für den Westen nicht ungünstig stand.²⁶⁵² In die Linie paßte auch die Preisung von Bundeswehr und französischer Armee durch von Zahn.²⁶⁵³ Wegen des östlichen Vorwurfs, die Bundeswehr übersteige die Erfordernisse der Verteidigung, kehrte Weinert den Spieß um und befasste sich mit der Stärke der Nationalen Volksarmee.²⁶⁵⁴ Die Redaktion informierte dann lobend über die Anschaffung der Mittelstreckenrakete „Pershing“ durch die Bundeswehr.²⁶⁵⁵ Das Engagement der Amerikaner fiel nicht aus dem Blickfeld der „Welt“, wurde aber auch nicht arg überstrapaziert. Im Oktober informierte Bärwolf über ein großes US-Luftmanöver zur Abwehr feindlicher Atombomber; trotz der Geheimhaltung wertete er es als amerikanischen Erfolg.²⁶⁵⁶ Gelegentlich im militärischen Betrieb auftretende schwere Pannen wie Abstürze von atomar bestückten US-Bombern wurden vom Medium ganz unaufgeregt und beiläufig dargestellt.²⁶⁵⁷ Auch an der Entwicklung der Waffentechnik zeigte die Redaktion bisweilen Interesse, jedenfalls wenn amerikanische Fortschritte vor Augen geführt werden konnten. Ein brauchbares Thema stellte dabei insbesondere die neue Wunderwaffe Atom-U-Boot dar.²⁶⁵⁸ Als Aktivposten wurden zudem Reichweite und Treffsicherheit der Interkontinentalraketen herausgestellt.²⁶⁵⁹ Ins rechte Licht gerückt wurde außerdem das weltumspannende Frühwarnsystem.²⁶⁶⁰ An das Publikum wurde die Einschätzung herangetragen, dass keine nennenswerte Raketenlücke existierte;²⁶⁶¹ doch

Nr. 85, 12.4.1961, S. 6, Nr. 125, 1.6.1961, S. 4, Nr. 149, 30.6.1961, S. 4, Nr. 162, 15.7.1961, S. 4, Nr. 172, 27.7.1961, S. 1, Nr. 183, 9.8.1961, S. 1, Nr. 184, 10.8.1961, S. 1, Nr. 190, 17.8.1961, S. 4, Nr. 223, 25.9.1961, S. 1, Nr. 225, 27.9.1961, S. 4, Nr. 226, 28.9.1961, S. 5, Nr. 238, 12.10.1961, S. 1, Nr. 239, 13.10.1961, S. 1, Nr. 247, 23.10.1961, S. 1, Nr. 253, 30.10.1961, S. 1, Nr. 255, 1.11.1961, S. 1, Nr. 262, 9.11.1961, S. 1, Nr. 265, 13.11.1961, S. 4, Nr. 270, 18.11.1961, S. 1, Nr. 272, 21.11.1961, S. 4, Nr. 273, 22./23.11.1961, S. 1, Nr. 282, 4.12.1961, S. 1, Nr. 288, 11.12.1961, S. 5, Nr. 292, 15.12.1961, S. 1, Nr. 299, 23.12.1961, S. 1.

²⁶⁴⁹ Nr. 75, 29.3.1961, S. 1.

²⁶⁵⁰ Nr. 79, 5.4.1961, S. 2, Nr. 106, 8.6.1961, S. 1, Nr. 108, 10.5.1961, S. 1.

²⁶⁵¹ Nr. 123, 30.5.1961, S. 2.

²⁶⁵² Nr. 272, 21.11.1961, S. 4.

²⁶⁵³ Nr. 132, 9.6.1961, S. 3.

²⁶⁵⁴ Nr. 134, 12.6.1961, S. 3,

²⁶⁵⁵ Nr. 170, 25.7.1961, S. 3.

²⁶⁵⁶ Nr. 241, 16.10.1961, S. 3.

²⁶⁵⁷ Nr. 21, 25.1.1961, S. 1, Nr. 63, 15.3.1961, S. 4.

²⁶⁵⁸ Nr. 1, 2.1.1961, S. 4, Nr. 19, 23.1.1961, S. 1, Nr. 39, 15.2.1961, S. 1, in: Nr. 120, 26.5.1961, S. 1 wurde der Geschwindigkeitsrekord bei einem Flugzeug behandelt, Nr. 149, 30.6.1961, S. 4, in: Nr. 170, 25.7.1961, S. 3 ging es um die Pershing-Rakete, in: Nr. 223, 25.9.1961 S. 3 stellte Bärwolf die Aufnahme von US-Atomversuchen vor, Nr. 229, 2.10.1961, S. 1, in: Nr. 256, 2.11.1961, S. 1 wurde die „Todesstrahlenbombe“ thematisiert.

²⁶⁵⁹ Nr. 38, 14.2.1961, S. 3, Nr. 262, 9.11.1961, S. 1, Nr. 265, 13.11.1961, S. 4, Nr. 270, 18.11.1961, S. 1.

²⁶⁶⁰ Nr. 14, 17.1.1961, S. 4.

²⁶⁶¹ Nr. 33, 8.2.1961, S. 5, in: Nr. 250, 26.10.1961, S. 3 sah Merk im Beitrag: „Wer ist stärker – Amerika oder die Sowjetunion?“ die östliche Führungsmacht zwar augenblicklich im Teilbereich der Inter-

blieben die Informationen nicht ganz widerspruchsfrei.²⁶⁶² Als große westliche Hoffnung präsentierte die Redaktion eine Raketen-Abwehrrakete;²⁶⁶³ dabei wurde davon ausgegangen, dass beide Seiten an einer derartigen Waffe arbeiteten.²⁶⁶⁴ Gerade wegen der aufgrund des russischen Säbelrasselns beunruhigten westlichen Öffentlichkeit und des von Chruschtschows Drohungen hypnotisierten Mannes auf der Straße schien es wichtig einen Irrtum auszuräumen. Das Blatt präsentierte die Einschätzung eines Militär-Experten, der von einem Sättigungspunkt bei Atomwaffen sprach. Es wurde die beruhigende Information vorgestellt, dass die USA über ein beinahe doppelt so großes atomares Vernichtungspotential wie die Sowjetunion verfügten. Selbst im Fall eines östlichen Überraschungsschlags sei die westliche Führungsmacht in der Lage, den Gegner tödlich zu treffen.²⁶⁶⁵ Es hieß, die Sowjets könnten einen Atomkrieg nicht gewinnen; zur Untermauerung wurden eindrucksvolle Zahlen genannt.²⁶⁶⁶ Dominant in der Optik der „Welt“ blieben also die Aktivposten des Westens. Wenn sich Washington gelegentlich seiner Stärke brüstete, wurde dies aber eher verhalten weitergegeben.

In ausgesprochen wenigen Beiträgen schnitt die Redaktion das heikle Thema des westdeutschen Zivilschutzes überwiegend vorsichtig und fragmentarisch an. Die Wiederverwendung bzw. der Neubau von Schutzraum und gesetzliche Vorhaben wurden vorgestellt.²⁶⁶⁷ Starke psychologische Widerstände in der Bevölkerung standen dem Anliegen entgegen wie einem Beitrag über den Hamburger Luftschutz zu entnehmen war. Die Unvollkommenheit der noch in den Anfängen stehenden Vorbereitungen war im Bericht erkennbar, die Darstellung war aber sachlich und anerkennend.²⁶⁶⁸ Auf einer Redaktionskonferenz war ja eine positive Berichterstattung vereinbart worden.²⁶⁶⁹ Nur ausnahmsweise verwendeten die Journalisten das Wort „Misere“. Sie warben dafür, die wehrpflichtigen Jahrgänge für die Zivilverteidigung einzusetzen.²⁶⁷⁰ Im „Forum“ wurde der Stand der Dinge aber auch mal ausgesprochen kritisch behandelt; in der Kommentierung wurde die bestehende Lücke ausdrücklich thematisiert.²⁶⁷¹ Bärwolf

kontinentalwaffen mit Wasserstoffgefechtsskopf nach führend aber angesichts der gewaltigen Anstrengungen beider Seiten die Raketenlücke bereits im folgenden Jahr erheblich vermindert und im übernächsten Jahr endgültig geschlossen.

²⁶⁶² Nr. 52, 2.3.1961, S. 4.

²⁶⁶³ Nr. 164, 18.7.1961, S. 1, Nr. 211, 11.9.1961, S. 5, Nr. 282, 4.12.1961, S. 1, Nr. 294, 18.12.1961, S. 3.

²⁶⁶⁴ Nr. 241, 16.10.1961, S. 3, Nr. 248, 24.10.1961, S. 1, Nr. 249, 25.10.1961, S. 4.

²⁶⁶⁵ Nr. 158, 11.7.1961, S. 4.

²⁶⁶⁶ Nr. 226, 28.9.1961, S. 5, Nr. 247, 23.10.1961, S. 1.

²⁶⁶⁷ Nr. 2, 3.1.1961, S. 14, Nr. 45, 22.2.1961, S. 8, in: Nr. 100, 29.4.1961, S. 9 thematisierte ein Experte, ob bei neuen Tiefbauten der Zivilschutz mit einbezogen werden konnte und präsentierte Schweizer Beispiele, in: Nr. 184, 10.8.1961, S. 2 wurde die Planung zum Ausbau eines Warndienstes vorgestellt, Nr. 248, 24.10.1961, S. 2, Nr. 289, 12.12.1961, S. 20.

²⁶⁶⁸ Nr. 142, 22.6.1961, S. 7.

²⁶⁶⁹ So erinnert sich Herr Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

²⁶⁷⁰ Nr. 292, 15.12.1961, S. 1.

²⁶⁷¹ Nr. 216, 16.9.1961, S. 33.

ermöglichte einen vergleichenden Blick über den Tellerrand zu den USA; auch hier gab es weder ausreichenden Schutzraum noch sonst nennenswerte Vorbereitungen. Trotz der hoffnungslosen Unzulänglichkeiten schrieb er anerkennend und nicht im Mindesten besorgt.²⁶⁷² Auch einer abgedruckten Rede Kennedys war zu entnehmen, dass die Vorbereitungen noch in den Anfängen steckten.²⁶⁷³ Die Überschrift eines Beitrags: „Wie können wir Atomkriege überleben?“ in Kombination mit einem Foto, das das Innere eines Bunkers zeigte, suggerierte eine Möglichkeit, die real nicht bestand. Die Mehrheit der Leser dürfte mit einem Blick auf Überschrift und Foto zufriedengestellt, den Artikel gar nicht gelesen haben.²⁶⁷⁴ Die Redaktion mutete ihrem Publikum mittlerweile aber doch die Beschäftigung mit einem gänzlich neuen Aspekt zu: Von Borch befasste sich mit den Ängsten der amerikanischen Bevölkerung vor einem Atomangriff und führte sachlich die teilweise absurden Rettungshoffnungen vor. Er beobachtete ein Klima von Ratlosigkeit, Verwirrung, Furcht und Misstrauen. Erstmals wurde die beunruhigende Frage des zwischenmenschlichen Verhaltens im Ernstfall thematisiert. Dabei wurde erörtert, ob die Existenz von „Familienbunkern“ und die Abwehr eindringender Nachbarn wegen der knappen Ressourcen statthaft waren.²⁶⁷⁵ Für die UdSSR ging Bärwolf hingegen von einem umfangreichen Schutzprogramm aus.²⁶⁷⁶

4.4.3. Die Deutschen und die Einheit

Das Verlagshaus folgte dem in der Bundesrepublik wachsenden Trend zur Gleichgültigkeit nicht, schon weil der Konzernherr die Spaltung nicht akzeptieren konnte.²⁶⁷⁷ Im Januar erinnerte die „Welt“ im „Kasten“ der Titelseite anlässlich des Bundestags-Gedenkens an das Deutsche Reich daran, dass das Ringen um die Einheit schon zur Zeit der Befreiungskriege einsetzte. Wenn das Reich auch mehrfach Schiffbruch erlitt, so blieben doch Volk, Vaterland und der Wille zur Einheit, wobei letzterer als zweifellos die Zukunft immer stärker erfüllend dargestellt wurde.²⁶⁷⁸ Wie die Durchsicht der im Bundesarchiv erhaltenen Unterlagen ergibt, war der Verfasser dieser Zeilen Zehrer.²⁶⁷⁹ Doch stellte seine Redaktion mühsam fast wie ein Durstender in der Wüste die wenigen und keinesfalls eindrucksvollen Meldungen über Solidaritätsaktionen zugunsten der Menschen in der DDR

²⁶⁷² Nr. 212, 12.9.1961, S. 3; in: Nr. 242, 17.10.1961, S. 5 informierte eine Meldung übrigens über die Möglichkeit für private Haushalte in den USA Atombunker in Raten abzuzahlen.

²⁶⁷³ Nr. 172, 27.7.1961, S. 6.

²⁶⁷⁴ Nr. 242, 17.10.1961, S. 4.

²⁶⁷⁵ Nr. 293, 16.12.1961, S. 25.

²⁶⁷⁶ Nr. 261, 8.11.1961, S. 3.

²⁶⁷⁷ Kruip, S. 178.

²⁶⁷⁸ Nr. 16, 19.1.1961, S. 1.

²⁶⁷⁹ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenbestand Nr. 43, Typoskripte und Manuskripte Zehrer, „Das Reich“ 19.1.1961.

zusammen, die von einer kleinen Zahl von Aktivisten realisiert wurden und die Masse der Bevölkerung offenbar kaum tangierten. Wenn überhaupt wurden in der allgemeinen Prosperität leicht zu erübrigende Geldspenden in den Vordergrund gestellt.²⁶⁸⁰ In die gewünschte Richtung passte die Meldung einer hauseigenen Aktion in Gestalt der Preisverleihung der Stiftung „Die Welt“ zum Thema: „Die Jugend und die Wiedervereinigung Deutschlands“.²⁶⁸¹ Der etwas gequälten Linie entsprechend stellten die Journalisten die an sich vernichtende Aussage einer Meinungsumfrage, derzufolge $\frac{3}{4}$ der Bevölkerung der Herstellung der Einheit keine vordringliche Bedeutung mehr beimaß, durch die Art der Darstellung auf den Kopf. Es hieß vielmehr positiv, dass 24% der Bevölkerung dem Anliegen höchste Priorität beimaß.²⁶⁸² Als Erklärung für diese Praxis mag dienen, dass ihrem Arbeitgeber nach eigenen Angaben „übel“ wurde, wenn er die Ergebnisse der Meinungsforscher zum Thema Glaube an die Wiedervereinigung las. Noch übler wurde ihm, wenn die private Meinung einen solchen Test aufmerksam zur Kenntnis nahm und daraus die Folge zog, dass im Moment nichts für die Einheit getan werden konnte und man lieber im Beruf vorankommen sollte und das übrige dem alten Herrn in Bonn überlassen wollte.²⁶⁸³ Ludwig Gelder²⁶⁸⁴ sah dann bei der Besprechung der Leipziger Messe diese Veranstaltung zwar als eine der letzten Kontaktstellen zwischen Ost und West und als Plattform für die menschliche Begegnung. Er meinte aber, dass viele westliche Besucher dort ein falsches Bild gewannen und hinterließen: „Der Kaufmann aus dem Westen, den die Messe nach Leipzig zieht, hat die Politik im Gepäck, ob er will oder nicht. Wer diese Rolle nicht spielen kann oder will und dennoch nach Leipzig fährt, erweist dem

²⁶⁸⁰ in: Nr. 68, 21.3.1961, S. 1 wurde das Osterreiseaufkommen thematisiert, in: Nr. 75, 29.3.1961, S. 1 ging es um Osterpäckchen, Nr. 89, 17.4.1961, S. 4, in: Nr. 99, 28.4.1961, S. 5 wurde abgedruckt, dass sich eine Burschenschaft für den Brückenschlag zur Zone aussprach, Nr. 118, 24.5.1961, S. 1, in: Nr. 122, 29.5.1961, S. 1 wurde über einen Fahnenstaffellauf zur Zonengrenze informiert, in: Nr. 150, 1.7.1961, S. 1 fand sich ein Aufruf Lemmers Pakete zu schicken, Nr. 171, 26.7.1961, S. 1, in: Nr. 178, 3.8.1961, S. 1 ging es um das Reiseaufkommen, Nr. 194, 22.8.1961, S. 6, Nr. 201, 30.8.1961, S. 1, in: Nr. 244, 19.10.1961 wurde das stärkere Postaufkommen in die DDR thematisiert, in: Nr. 284, 6.12.1961, S. 26 wurde das umfangreiche Weihnachtspaket-Aufkommen behandelt, in: Nr. 294, 18.12.1961, S. 1 ging es ebenfalls um Pakete.

²⁶⁸¹ Nr. 95, 24.4.1961, S. 5.

²⁶⁸² Nr. 2, 3.1.1961, S. 2.

²⁶⁸³ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959, Unterordner Tagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ am 27.11.1959, Entwurf Berlin-Rede von AS vom 16.11.1959, S. 7 f.

²⁶⁸⁴ Gelder, Ludwig (*1925, gest. 10.4.2012) war dann seit 1963 bis 1991 für die Hamburger Handelskammer tätig; 1967 wurde er zum Syndikus ernannt. Am Ende seiner beruflichen Laufbahn führte er den Geschäftsbereich International. So: Die Todesanzeige der Handelskammer Hamburg im: „Hamburger Abendblatt“, Nr. 88, 14./15. 4. 2012, S. 33.

Gelder lieferte übrigens zu Hamburg-spezifischen Themen Veröffentlichungen: Wegbereiter – Wegbegleiter: das Commerz-Collegium zu Altona. Helfer der Wirtschaft seit 1738, Hamburg 1997; Drei Hamburger Kunstförderer mit Langzeitwirkung: Hartwig Hesse, Carl Heine, Julius Campe jr. Vortrag im Heine-Haus e.V. am 2. Dez. 1996; sowie in Kooperation mit Fischer, Manfred F.: Nutzen und Zierde zugleich bieten dem Auge sich dar. 1841 Hamburgs neue Börse, herausgegeben von der Handelskammer Hamburg zum 2. Dez. 1991; Moderner Exporthandel in Hamburg 1903-1978, Verein Hamburger Exporteure, Hamburg 1978; Hamburg: Zentrum des Überseehandels, Hamburg 1965.

Westen einen schlechten Dienst.“²⁶⁸⁵ Die Mauer in den Köpfen war also schon vorangeschritten. In einem Beitrag, der hauptsächlich die patriotische Propaganda der SED thematisierte, rutschte Conrad übrigens heraus, dass im Westen – neben anderen Faktoren – die schwindende Hoffnung auf die baldige Wiedervereinigung das nationale Bewusstsein weitgehend verdrängte.²⁶⁸⁶ Ins Blickfeld gerieten dann die Planungen zum 17. Juni.²⁶⁸⁷ Recht offen wurde eingeräumt, dass die Bevölkerung mit dem Nationalfeiertag nicht recht etwas anzufangen wusste. Selbst das organisierende Kuratorium „Unteilbares Deutschland“, dessen Bemühungen gewürdigt wurden, vermied überwältigende Resonanz voraussetzende Großveranstaltungen.²⁶⁸⁸ Um Optimismus bemüht wies die „Welt“ auf die große Zahl der geplanten Veranstaltungen hin.²⁶⁸⁹ Zehrer sah das Bewusstsein wachsen, dass der Tag unzulänglich begangen wurde, weil die Westdeutschen keinen unmittelbaren Anteil nahmen, sondern sich eher wie Zuschauer beim Fußball verhielten. Um Einheit und Freiheit würde nur in Berlin, in der Sowjetzone und bei den Flüchtlingen gekämpft.²⁶⁹⁰ Weinert stellte anlässlich des 17. Juni das Schicksal eines Volksaufstand-Teilnehmers vor, der nach der Inhaftierung in der DDR weiter lebte. Der Mann konnte mit der westdeutschen Feiertagsgestaltung nichts anfangen.²⁶⁹¹ Selbstverständlich informierte das Blatt über die Hamburger Kundgebung.²⁶⁹² Das einen Teil der Veranstaltungen auszeichnende nationale Brimborium wurde von der Redaktion allerdings für etwas peinlich befunden.²⁶⁹³ Im Juli machte Gelder das Publikum mit einer Studie für ein Sofortprogramm von Nationalökonomien zur Wiedervereinigung vertraut. Er wies aber schon darauf hin, dass diese ausgerechnet zu einer Zeit veröffentlicht wurde als die Sowjetunion einen neuen Anlauf nahm, um die Teilung Deutschlands zu fixieren. Als „rührende Kleinmalerei“ bezeichnete Gelder, dass selbst der Wiederaufbau der vom Regime vernichteten Kleinbetriebe der Keramikindustrie berücksichtigt wurde. Die Wissenschaftler rechtfertigten ihre Spielereien im Wolkenkuckucksheim damit, dass dies eine Aufgabe blieb, wenn auch der Zeitpunkt der Verwirklichung nicht feststand, worin ihnen Gelder nur zu gern folgte.²⁶⁹⁴ Ein anderer Aspekt der nationalen Solidarität, um den

²⁶⁸⁵ Nr. 61, 13.3.1961, S. 2.

²⁶⁸⁶ Nr. 113, 17.5.1961, S. 1 Bernt Conrad: „Ulbricht und die Nation“.

²⁶⁸⁷ Nr. 108, 10.5.1961, S. 2, Nr. 130, 7.6.1961, S. 6.

²⁶⁸⁸ Nr. 135, 13.6.1961, S. 6.

In der Bundesrepublik entwickelte sich die ursprüngliche Sympathie für die Volkserhebung zur lediglich am Jahrestag unglaublich pathetisch begangenen Veranstaltung. So: Knabe, S. 7.

²⁶⁸⁹ Nr. 136, 14.6.1961, S. 2.

²⁶⁹⁰ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 43, Typoskripte und Manuskripte Zehrer: „Der 17. Juni 1962“, 16/17.6.1961, S. 1 und S. 2, sowie: Nr. 138, 16./17.6. 1961, S. 1 und S. 2.

²⁶⁹¹ Nr. 138, 16./17.6.1961, S. 3.

²⁶⁹² Nr. 138, 16./17.6.1961, S. 6.

²⁶⁹³ Nr. 139, 19.6.1961, S. 5.

²⁶⁹⁴ Nr. 155, 7.7.1961, S. 1.

Der „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands“ stand der Bundesregierung

sich die Redaktion kümmerte, war die Integration der DDR-Flüchtlinge in Westdeutschland. Die „Welt“ präsentierte – wenn auch ziemlich bescheidene – Zahlenangaben,²⁶⁹⁵ westdeutsche Hilfsleistungen²⁶⁹⁶ und die Aufnahmesituation. Lob erhielt etwa das die größte Last tragende Bundesland Nordrhein-Westfalen. Gepriesen wurde dabei die vorausschauende behördliche Organisation. Abschließend wurde zu menschlicher Hilfe aufgerufen.²⁶⁹⁷ Im Einzelfall wurde die Integration von Jugendlichen mit den Möglichkeiten und Problemen thematisiert. Dabei wurde eingeräumt, dass die Hamburger nicht allzu „elastisch“ bei der Überwindung der Startschwierigkeiten für die jungen Menschen waren.²⁶⁹⁸ Wiederholt druckte die „Welt“ Hilfsaufrufe zugunsten der Flüchtlingsaufnahme ab.²⁶⁹⁹ Emotionale Appelle mit konkreter Handlungsanweisung gelten als publikumswirksamer als das Vortragen vernunftgeleiteter Argumente.²⁷⁰⁰ Trotz der Betonung des Solidaritätsgedankens war zwischen den Zeilen zu lesen, dass es damit in der Bevölkerung nicht so weit her war. Erst nach dem Mauerbau gestand Mauz ein, dass die Absetzbewegung im Osten niemanden mehr beeindruckte. Er schrieb auch, dass die Neubürger es nicht leicht haben würden mit ihren westdeutschen Brüdern und Schwestern in Kontakt zu kommen.²⁷⁰¹ Als Reaktion auf das Geschehen in Berlin plante übrigens das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ eine Kampagne, bei der die Bestandteile Volksabstimmung und Abzeichenverkauf misslangen.²⁷⁰² Ende September schrieb Zehrer in einem als Glosse für Seite drei vorgesehenen Beitrag, dass das Ausland verblüfft war über die sich nicht vom Schicksal der Landsleute lösende deutsche Öffentlichkeit und äußerte Erstaunen über die distanzierte Reaktion der fremden Öffentlichkeit. Er hielt dies für eine Folge des den Verbündeten gegenüber nicht eindeutig genug bekundeten Willens, die Teilung niemals zu akzeptieren.²⁷⁰³ Im November schnitt Gradl²⁷⁰⁴ – nunmehr nur noch

nahe und beschäftigte sich von 1952 an mit Planungen für die Übernahme der DDR-Wirtschaft.

So: Roesler: Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte, S. 82.

²⁶⁹⁵ Etwa: Nr. 112, 16.5.1961, S. 8.

²⁶⁹⁶ Nr. 147, 28.6.1961, S. 2, Nr. 176, 1.8.1961, S. 1, S. 5, Nr. 186, 12.8.1961, S. 2, S. 3, Nr. 194, 22.8.1961, S. 6, Nr. 211, 11.9.1961, S. 2.

²⁶⁹⁷ Nr. 172, 27.7.1961, S. 2.

²⁶⁹⁸ Nr. 233, 6.10.1961, S. 9.

²⁶⁹⁹ Nr. 176, 1.8.1961, S. 1, Nr. 183, 9.8.1961, S. 7, Nr. 189, 16.8.1961, S. 1, S. 2, Nr. 211, 11.9.1961, S. 2.

²⁷⁰⁰ Meyn, S. 230.

²⁷⁰¹ Nr. 189, 16.8.1961, S. 1.

²⁷⁰² Meyer, S. 205 ff.. Zur Kampagne gehörte auch die Herausgabe eines illustrierten „Weißbuchs“ über Flucht, Mauerbau und moralischen Widerstand in West-Berlin und der Bundesrepublik. Die Publikation soll von Herbert Wehner inspiriert worden sein und zahlreiche Fotos sowie „möglichst wenig Text“ enthalten haben. So: Meyer, S. 206 f. Nach Erinnerung des Bearbeiters wurde dieses „Weißbuch“ auch in der „Welt“ vorgestellt, fiel aber wegen der fehlenden Kenntnis des Zusammenhangs als sonstige antikommunistische Buchbesprechung durch das Rost.

²⁷⁰³ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 43: Typoskripte und Manuskripte Zehrer: „Das Augenzwinkern“, 28.9.1961, S. 1.

²⁷⁰⁴ Es dürfte sich um Johann Baptist Gradl handeln. Der CDU-Politiker nahm auch an den Sitzungen des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ teil. Er war mit dem Vorsitzenden Schütz befreundet, der sich bereits 1959 wegen des mangelnden Willens der Bevölkerung zur Einheit und dem daraus resultierenden Eindruck gegenüber dem Ausland sorgte. So: Meyer, S. 187 ff.

auf Seite sechs – das Ladenhüter-Thema mit der ungewohnt provokanten Fragestellung an: „Wollen wir die Wiedervereinigung noch?“ Er schrieb, dass ausländische Besucher im Umgang mit der westdeutschen Bevölkerung Zweifel an der Ernsthaftigkeit des Willens hätten.²⁷⁰⁵ Diese Aussage korrespondiert mit der Einschätzung des Verlegers, der im Ausland in dieser Hinsicht Skepsis verspürte.²⁷⁰⁶ Springer hielt überhaupt schon die Fragestellung für gefährlich.²⁷⁰⁷ Mühsam und gewunden fielen Gradls Bemühungen aus Zweifel zu widerlegen. Einen mangelnden Willen zur Wiedervereinigung aus der schwierigen Lage zu folgern, wurde entsprechend der gewohnten Linie für einen falschen Schluss gehalten. Es hieß, die Welt würde sich wundern, wie die Deutschen reagierten, wenn sich ein überschaubarer Weg zeigte. Dürftig war, was als Beweis zusammengetragen wurde, dass die Bevölkerung nicht gleichgültig war. Auch Gradl stritt die Satttheit der Bevölkerung nicht ab, die diese aus lauter Angst um den Lebensstandard nichts von der Wiedervereinigung wissen lassen wollte, womit er seinen vorigen Ausführungen widersprach. Westdeutsche Einschränkungen im allgemein angebotenen Lebensstandard als Folge der Herstellung der Einheit durften nicht prognostiziert werden. Skepsis äußernde Regierungsbeamte gehörten nach Gradls Meinung „sonstwo hin“, nur nicht auf ihre Posten.²⁷⁰⁸ Als die Bonner Regierungserklärung auszugsweise abgedruckt wurde verkündete die Überschrift, dass die Wiedervereinigung oberstes Ziel bleibe.²⁷⁰⁹ Dementsprechend wurden aus der Bundestagsdebatte die Worte Brandts präsentiert, denenzufolge das Anliegen nicht von der Tagesordnung verschwinden durfte, nur weil es im Augenblick und auf unabsehbare Zeit aussichtslos war.²⁷¹⁰ Auch etwa die Ansprache des Münchner Kardinals über das Elend des gespaltenen Volks wurde präsentiert.²⁷¹¹ In der Vorweihnachtszeit machte das Blatt dann auf eine hilflos-befremdliche Spendenaktion aufmerksam, bei der Weihnachtsbäume an die Mauer gestellt wurden.²⁷¹² Der Medienkonzern und das befreundete Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ standen hier ja in einer Patenschaft.²⁷¹³ Zehrer rühmte in einem zu Weihnachten veröffentlichten

²⁷⁰⁵ Nr. 262, 9.11.1961, S. 6.

²⁷⁰⁶ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959, Unterordner Tagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ am 27.11.1959, Vortrag AS, S. 1 f.

²⁷⁰⁷ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959, Unterordner Tagung des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ am 27.11.1959, handschriftliche Anmerkung von AS in einem der Rede-Entwürfe in der Lose-Blatt-Sammlung.

²⁷⁰⁸ Nr. 262, 9.11.1961, S. 6.

²⁷⁰⁹ Nr. 279, 30.11.1961, S. 6.

²⁷¹⁰ Nr. 285, 7.12.1961, S. 6.

²⁷¹¹ Nr. 288, 11.12.1961, S. 1.

²⁷¹² Nr. 281, 2.12.1961, S. 1, Nr. 301, 28.12.1961, S. 2.

²⁷¹³ Der Einfall kam einem österreichischen Journalisten. Er überzeugte die redaktionellen Mitarbeiter der zum Springer-Konzern gehörenden „BZ“, die sich der Angelegenheit annahmen. Wegen der recht guten Wirkung des Aufrufs in der Bundesrepublik schien es für den Senat der Stadt ratsam, sich hinter die Aktion zu stellen. Weil die Sache die Möglichkeiten der „BZ“-Mitarbeiter überstieg, übernahm auf Wunsch des Senats das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ die Betreuung. Es wurde nun um

Leitartikel diese dort aufgestellten Bäume und Kerzen in den Fenstern²⁷¹⁴ der Wohnungen als Ruf in die Nacht hinaus: „was auch immer sein mag und was auch immer kommen mag, wir warten auf euch; wir bleiben zusammen; ihr seid mit dabei!“²⁷¹⁵ Das hohe Paketaufkommen wurde als dokumentarischer Beweis dafür gewertet, dass die Verbindung mit den Deutschen jenseits des Eisernen Vorhangs nicht abriß.²⁷¹⁶ Mauz schilderte dann seine Eindrücke vom durch Deutschland gehenden Todesstreifen.²⁷¹⁷ Wer Zweifel an der Wiedervereinigung hegte oder eine realitätsgerechte Einschätzung wegen möglicher westlicher Opfer äußerte, konnte sicher sein, von den Journalisten des Hauses abgekanzelt zu werden. Doch war die Tendenz eher defensiv; selbst den dafür gut bezahlten Mitarbeitern blieb der Ruf nach der Einheit mittlerweile weitgehend im Halse stecken. Indirekt war festzustellen, dass auch die Redaktion unter dem Eindruck der Entwicklung allmählich von der Hoffnung auf die Einheit Abschied nahm oder diese ohnehin nicht für realistisch hielt. Nachdem noch 1959 der Chefredakteur in einer Reihe von Leitartikeln seine Gedanken zum Thema vorgetragen hatte und auch andere Kommentatoren sich auf den ersten Seiten dazu geäußert hatten, fiel dies in den Jahren 1960 und 1961 weitgehend weg. Fast fehlt dem Leser, dass Zehrer sich kaum mehr wegen der nicht akzeptierten Spaltung wand. Das Ausmachen der Ursachen, die Suche nach Lösungsbeiträgen oder auch nur vereinzelte Ausfälle gegen laue Mitbürger unterblieben mittlerweile resignierend über weite Strecken. Zu diesem Thema befragt weist Herr Cramer darauf hin, dass die Journalisten eben keine eigenständige Gruppe sondern Bestandteil der Bevölkerung waren, in der der Glaube an die Möglichkeit der Realisierung der Einheit schwand.²⁷¹⁸ Dafür, dass der Pressezar seit geraumer Zeit das Blatt auf seinen Kurs gezwungen haben soll,²⁷¹⁹ war die „Welt“ in dieser Hinsicht doch recht lau. Mit diesem Befund korrespondiert eine Äußerung Sethes, die er nicht etwa in einem Artikel sondern anlässlich eines Vortrags in Bielefeld im Oktober machte. Er meinte, „dass sich noch zeigen müsse, ob nicht der nationale Lebenswille der Deutschen ausgebrannt und nur der Lebenswille der einzelnen übrig geblieben sei. Um eine Zukunft für Deutschland erhoffen zu können, sei jedenfalls nötig, dass die Generation der erst durch das Alldeutschtum und durch den

Geldspenden gebeten; die Resonanz war erheblich. Beinahe tausend Bäume wurden gekauft. DDR-Organen ließen den Transport übrigens zu. Bei den Ost-Berlinern und auch im Ausland soll die Aktion gut aufgenommen worden sein. So: Meyer, S. 212 ff.

²⁷¹⁴ Anlässlich der Einweihung der Bäume an der Mauer mit Lichterglanz am 17. Dezember rief der KUD-Vorsitzende Schütz dazu auf, als Zeichen der Solidarität an den Festtagen Kerzen in die Fenster zu stellen. So: Meyer, S. 215.

²⁷¹⁵ Nr. 299, 23.12.1961, S. 1 und Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 43, Typoskripte und Manuskripte Zehrer: „Friede in den vier Wänden“, 24.12.1961.

²⁷¹⁶ Nr. 298, 22.12.1961, S. 22.

²⁷¹⁷ Nr. 303, 30.12.1961, S. 3.

²⁷¹⁸ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

²⁷¹⁹ Jürgs, S. 164 ff.

Nationalsozialismus Geprägten und Zerbrochenen, die heute noch (und wieder) regiert, demnächst abgelöst wird von unbelasteten, unverbrauchten Kräften.“²⁷²⁰ Bei Müller ist übrigens der Ausspruch des Verlegers überliefert: „Ich muß mich von Sethe trennen, er macht mir die Wiedervereinigung kaputt.“²⁷²¹ Kruijff meint zwar, dass das Thema Einheit in den 60er Jahren die höchste Priorität erhielt.²⁷²² Doch gilt dies wohl für die Umsetzung im Blatt erst wieder nach der Überwindung dieser unter dem Eindruck der Tatsachen entstandenen Schwächephase im Rahmen des nationalen Kurses für die späteren Jahre der Dekade.

4.4.4. Die Deutschen und ihre Berlin-Solidarität

Überaus spärlich fielen in der ersten Jahreshälfte die Nachrichten über Zeichen der Solidarität aus.²⁷²³ Es sei daran erinnert, dass ja westdeutsche Firmen an der Abwerbung Berliner Arbeitnehmer interessiert waren.²⁷²⁴ Die im ungefährdeten Hamburg sitzende „Welt“-Redaktion konnte zudem mit der als übertrieben empfundenen Frontstadt-Mentalität des Verlegers nicht recht warm werden.²⁷²⁵ Nach dem Mauerbau fanden sich dann und wann, vorzugsweise in knappen und unauffälligen Notizen, Meldungen solidarischen Handelns. So wurden etwa Protestkundgebungen,²⁷²⁶ das Stattfinden einer Fernsehlotterie zugunsten West-Berliner Kinder²⁷²⁷ und Überstunden von Hamburger Betrieben zugunsten der alten Hauptstadt registriert.²⁷²⁸ In sachlichem, positiv-würdigem Ton wurden die Leistungen durchgängig von der Redaktion dargestellt. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit standen Aktionen von Firmen, Institutionen, Gewerkschaften und des Staates. Gerade die finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung fand wieder mediale Beachtung.²⁷²⁹ Dabei bestanden tatsächlich durchaus Differenzen

²⁷²⁰ Bundesarchiv/ Koblenz: N/1471, Aktenband Nr. 17, Zeitungsausschnitt: Freie Presse vom 16.10.1961 „Deutschland im Übergang“, Lose-Blatt-Sammlung im Nachlass Sethes.

²⁷²¹ Müller, S. 164.

²⁷²² Kruijff, S. 155.

²⁷²³ Etwa: Nr. 64, 16.3.1961, S. 1, S. 25, Nr. 75, 29.3.1961, S. 1, Nr. 125, 1.6.1961, S. 14, in: Nr. 146, 27.6.1961, S. 1 wurde als Titelseiten-Aufmacher ein Appell Brandts an die Gewerkschaften zugunsten Berlins präsentiert, Nr. 148, 29.6.1961, S. 1, Nr. 150, 1.7.1961, S. 1, Nr. 154, 6.7.1961, S. 1.

²⁷²⁴ Shell, S. 393, in: Nr. 178, 3.8.1961, S. 1 wurde darüber informiert, dass Arbeitgeberverbände sich an westdeutsche Betriebe mit der Bitte wandten, in Berliner Zeitungen keine Personalanzeigen zu veröffentlichen, die dazu beitragen könnten, die dringlich benötigten Arbeitskräfte abzugeben.

²⁷²⁵ Schwarz: Axel Springer, S. 356.

²⁷²⁶ in: Nr. 189, 16.8.1961, S. 1 wurde eine zweiminütige Arbeitsruhe thematisiert, in: Nr. 190, 17.8.1961, S. 1, S. 2 wurde eine Protestkundgebung angekündigt, Nr. 191, 18.8.1961, S. 6, Nr. 192, 19.8.1961, S. 6.

²⁷²⁷ Nr. 191, 18.8.1961, S. 20.

²⁷²⁸ Nr. 192, 19.8.1961, S. 2, Nr. 212, 12.9.1961, S. 1.

²⁷²⁹ Nr. 145, 26.6.1961, S. 1, Nr. 148, 29.6.1961, S. 1, in: Nr. 159, 12.7.1961, S. 1 wurde die Zunahme des Berlin-Verkehrs thematisiert, Nr. 188, 15.8.1961, S. 11, Nr. 192, 19.8.1961, S. 11, Nr. 194, 22.8.1961, S. 2, Nr. 195, 23.8.1961, S. 11, Nr. 204, 2.9.1961, S. 1, Nr. 212, 12.9.1961, S. 1, Nr. 213, 13.9.1961, S. 1, Nr. 214, 14.9.1961, S. 1, Nr. 215, 15.9.1961, S. 1, Nr. 217, 18.9.1961, S. 11, Nr. 219, 20.9.1961, S. 2, Nr. 255, 1.11.1961, S. 7, in: Nr. 264, 11.11.1961, S. 4 wurde die Forderung zu mehr Unterstützung an das Publikum herangetragen, Nr. 285, 7.12.1961, S. 2, Nr. 296, 20.12.1961, S. 2, Nr. 299, 23.12.1961,

zwischen Bundesregierung und Berliner Senat hinsichtlich des Finanztransfers.²⁷³⁰ In einem Beitrag mit der vertrauenerweckenden Überschrift „Die Wirtschaft hinter Berlin“ verteidigte Ferdinand Fried das doch etwas zurückhaltende Verhalten führender Wirtschaftsrepräsentanten: „Nicht dass die Wirtschaft gewartet, gezögert hätte, aber sie wollte in dieser drängenden Frage der Politik den Vorrang lassen und sie brauchte auch Zeit, um ihre Demonstration vorzubereiten.“ Fried hielt eine notwendige Demonstration des guten Willens für gegeben.²⁷³¹ Vereinzelt Mini-Aktivitäten wurden von der Redaktion ins Licht der Öffentlichkeit gehievt.²⁷³² Das Schöneberger Rathaus hätte in der kritischen Zeit ein intensiveres bundesrepublikanisches Engagement gern gesehen. Der späte Kanzler-Auftritt, das Abspringen der Minister von der Einweihung des Opernhauses und die zeitweilig sinkende Investitionsbereitschaft Bonns sprachen nicht gerade für großes Interesse, was in West-Berlin zu heftigen Reaktionen führte.²⁷³³ Davon war in der „Welt“ allerdings nichts Nennenswertes zu lesen. Anfang September schrieb hingegen ein Journalist unter der abgedruckten Berliner Ansprache des Bundespräsidenten mit aufgesetztem Pathos, dass die Ereignisse des „13. August eine deutlich spürbare, ja manchmal durchschlagende Wirkung hinterlassen. Den Bürgern von Berlin und unsern Landsleuten in der Zone schlägt eine Welle der Verbundenheit und Hilfsbereitschaft und des Opferwillens entgegen. Noch nie haben die Menschen in der Bundesrepublik so deutlich gespürt, dass die Not an dieser Grenze des Terrors auch ihre Not ist, dass mit der Freiheit Berlins auch ihre Freiheit verteidigt wird, dass die unbeschreiblichen Opfer unserer Landsleute in der Zone und in Berlin auch von ihnen die ganze Bereitschaft zu Opfern verlangt und verlangen wird.“²⁷³⁴ Diesem sicher auf der Linie des Verlegers liegenden propagierten Geist entsprach auch eine präsentierte Äußerung des Wirtschaftsministers Erhard, der die Stärkung West-Berlins zur nationalen Pflicht erklärte.²⁷³⁵ Nach dieser kleinen Aufwallung wurden dann weiterhin überwiegend penibel die beachtlichen finanziellen Hilfsleistungen – bisweilen sogar im Aufmacher der Titelseite – dem Publikum vor Augen geführt.²⁷³⁶ Etwa in einer riesigen Anzeige wurde für

S. 2, Nr. 301, 28.12.1961, S. 2, Nr. 302, 29.12.1961, S. 2.

²⁷³⁰ Shell, S. 395.

²⁷³¹ Nr. 196, 24.8.1961, S. 1.

²⁷³² Nr. 196, 24.8.1961, S. 9, Nr. 197, 25.8.1961, S. 4, Nr. 202, 31.8.1961, S. 2, Nr. 213, 13.9.1961, S. 2, Nr. 224, 26.9.1961, S. 2.

²⁷³³ Ribbe, Wolfgang: Berlin zwischen Ost und West. 1945 bis zur Gegenwart (S. 1027-1124), in: Ribbe, Wolfgang (Hg.): Geschichte Berlins. Zweiter Band. Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart, München 1987, S. 1097 f.

²⁷³⁴ Nr. 203, 1.9.1961, S. 2.

In der Bundesrepublik engagierte sich übrigens das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ führend in der Solidaritätsbewegung. So: Meyer, S. 208.

²⁷³⁵ Nr. 198, 26.8.1961, S. 1.

²⁷³⁶ Nr. 212, 12.9.1961, S. 1, Nr. 244, 19.10.1961, S. 1, Nr. 245, 20.10.1961, S. 15, Nr. 251, 27.10.1961, S. 11.

die Anlage in West-Berliner Industriefonds erworben.²⁷³⁷ Selbst die den Deutschen nicht unbedingt übermäßig gewogenen Niederlande wollten den Handel mit der Stadt verstärken.²⁷³⁸ Westdeutsches Engagement in Reden und Taten erhielt weiterhin wohlwollende mediale Beachtung.²⁷³⁹ Sehr schön in Fahrt war das Blatt anlässlich der Eröffnung der Industrieausstellung. Die Aussage Erhards, jedes Opfer für Berlin bringen zu wollen wurde als fette Überschrift auf der Titelseite gebracht. In flankierenden Beiträgen wurde die Erhöhung von Aufträgen gefordert bzw. gelobt.²⁷⁴⁰ Nachdem sich die Aufregung wegen des Mauerbaus gegen Ende Oktober gelegt hatte, förderte Mauz hingegen unter der Oberfläche herrschende mangelnde bundesrepublikanische Verbundenheit zu Tage. Besorgte Mütter lehnten die Teilnahme ihrer 16-jährigen Sprößlinge an einer Klassenfahrt nach Berlin ab. In was konnten die Kinder da nicht alles hineingezogen werden! Als positiven Zug konnte Mauz nur anführen, dass die Jugendlichen nicht so miesepetrig wie ihre Eltern waren und mit dem Verdienst von einigen Tagen Arbeit eine Berliner Klasse in den Westen einluden.²⁷⁴¹ Wenige Ausgaben später fanden sich gehäuft ausgesprochen positive Meldungen, dabei handelte es sich zumeist aber nur um Planungen und unverbindliche Absichtserklärungen.²⁷⁴² Die verbreitete Gleichgültigkeit der Bevölkerung wunderte offenbar nur ausländische Studenten, deren Äußerungen einmal abgedruckt wurden. Einer fragte: „Interessiert sich hier niemand für die Politik im eigenen Land? Mehr Opfer und Solidarität sind nötig, Kerzen im Fenster genügen nicht!“ Sein koreanischer Kommilitone meinte, dass vom Wohlstand für die Zukunft Berlins geopfert werden müsste und schlug vor, eine Berlin-Ausstellung durch Europa zu schicken.²⁷⁴³ Ernst Cramer weist darauf hin, dass im Westen – etwa im Rheinland oder in Bayern – die einstige Hauptstadt mit der Erinnerung an Preußen eben nicht unbedingt geliebt war.²⁷⁴⁴ Der publizierten Artikulation nach stand die Redaktion dem Solidaritäts-Thema gewiss nicht ablehnend gegenüber; aber das journalistische Engagement zeugte doch überwiegend von ziemlich mäßigem Eifer. Sethe befürwortete beispielsweise die Verlegung von UNO-Büros in die Stadt, um einer Verödung entgegen zu wirken.²⁷⁴⁵ Zur Stützung der Standhaftigkeit und zur Bekämpfung

²⁷³⁷ Nr. 223, 25.9.1961, S. 10.

²⁷³⁸ Nr. 251, 27.10.1961, S. 11.

²⁷³⁹ Nr. 204, 2.9.1961, S. 3, etwa in: Nr. 205, 4.9.1961, S. 3 appellierte Nellessen an die Hilfsbereitschaft, Nr. 213, 13.9.1961, S. 2, Nr. 215, 15.9.1961, S. 1, Nr. 241, 16.10.1961, S.11, Nr. 248, 24.10.1961, S. 2, Nr. 293, 16.12.1961, S. 2.

²⁷⁴⁰ Nr. 241, 16.10.1961, S. 1; auch auf S. 11 und S. 16 ging es entsprechend weiter.

²⁷⁴¹ Nr. 249, 25.10.1961, S. 3.

²⁷⁴² Nr. 255, 1.11.1961, S. 7.

²⁷⁴³ Nr. 275, 25.11.1961, S. 24.

²⁷⁴⁴ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

²⁷⁴⁵ Bundesarchiv/Koblenz: N/1471, Aktenband Nr. 17, Zeitungsausschnitt „Freie Presse“ vom 16.10.1961 „Deutschland im Übergang“ über einen Vortrag Paul Sethes in Bielefeld in der Lose-Blatt-Sammlung seines Nachlasses.

des Defaitismus in der zufriedenen westdeutschen Bevölkerung bediente sich der Verleger hingegen massiv der „Bild“-Zeitung.²⁷⁴⁶

4.4.5. Berlin

Das Publikum wurde wieder durch eine Reihe zumeist locker eingestreuter Beiträge über das Leben in der Stadt auf dem Laufenden gehalten. In der Regel handelte es sich um gewohnt positive Nachrichten. Kultur,²⁷⁴⁷ Kongresse und Messen,²⁷⁴⁸ Gesellschaft und Klatsch²⁷⁴⁹ sowie prominenter Besuch²⁷⁵⁰ wurden oftmals recht unterhaltsam serviert. In diesen harmlosen Reigen gehörten auch Erinnerungen an Jubiläen der Prachtstraße Kurfürstendamm²⁷⁵¹ wie der Max-Planck-Gesellschaft²⁷⁵² und die Meldung des Anstiegens der Studentenzahlen an der Freien Universität.²⁷⁵³ Im Einzelfall findet sich auch mal ein recht wirrer Beitrag.²⁷⁵⁴ Die kontinuierliche Berieselung auch mit vielen Belanglosigkeiten erzeugte beim Rezipienten den Eindruck, dass West-Berlin ein attraktiver Ort zum Leben war und selbstverständlich zur Bundesrepublik gehörte. Das Gemeinwesen erhielt viel mehr Aufmerksamkeit als etwa München. Im November war dann offen eine Anregung von Werbefachleuten zu lesen, die dem Senat vorschlugen nicht das Leiden Berlins, das „nun jeder begriffen“ habe, sondern Lebensfreude, Unterhaltung, Sicherheit und leistungsfähige Unternehmen in den Vordergrund zu rücken.²⁷⁵⁵ Auf den Punkt gebracht findet sich dieses Problem im Beitrag „Berlin – das ist auch nach dem 13. August nicht nur die Mauer. Den Kurfürstendamm gibt es noch.“ Die permanent düstere Berichterstattung wurde als Rufmord bezeichnet; dann wurden die Attraktionen der Prachtstraße

²⁷⁴⁶ Schwarz: Axel Springer, S. 344 f.

²⁷⁴⁷ Nr. 14, 17.11.1961, S. 7, Nr. 144, 24.6.1961, S. 1, S. 25, Nr. 156, 8.7.1961, S. 23, Nr. 196, 24.8.1961, S. 9, Nr. 223, 25.9.1961, S. 1, Nr. 245, 20.10.1961, S. 9, in: Nr. 276, 27.11.1961, S. 18 ging es um die Absage des Opernballs, Nr. 285, 7.12.1961, S. 13.

²⁷⁴⁸ Nr. 22, 26.1.1961, S. 2, Nr. 23, 27.1.1961, S. 11, Nr. 24, 28.1.1961, S. 1, Nr. 60, 11.3.1961, S. 24, Nr. 84, 11.4.1961, S. 2, Nr. 115, 19.5.1961, S. 1, Nr. 143, 23.6.1961, S. 22, Nr. 166, 20.7.1961, S. 1, Nr. 169, 24.7.1961, S. 1, Nr. 198, 26.8.1961, S. 3, S. 11 und S. 24, Nr. 241, 16.10.1961, S. 1, S. 16, Nr. 245, 20.10.1961, S. 15, Nr. 247, 23.10.1961, S. 1.

²⁷⁴⁹ Nr. 19, 23.1.1961, S. 14, Nr. 43, 20.2.1961, S. 14.

²⁷⁵⁰ Nr. 127, 3.6.1961, S. 2, Nr. 133, 10.6.1961, S. 1, Nr. 160, 13.7.1961, S. 1, Nr. 194, 22.8.1961, S. 1, Nr. 197, 25.8.1961, S. 4, Nr. 201, 30.8.1961, S. 1, Nr. 202, 31.8.1961, S. 1, Nr. 225, 27.9.1961, S. 1, Nr. 226, 28.9.1961, S. 2, Nr. 230, 3.10.1961, S. 2, Nr. 252, 28.10.1961, S. 2, in: Nr. 270, 18.11.1961, S. 33 wurden Erlebnisse und Ansichten eines US-Senators präsentiert, Nr. 271, 20.11.1961, S. 1, Nr. 272, 21.11.1961, S. 2, Nr. 283, 5.12.1961, S. 1, Nr. 293, 16.12.1961, S. 2, Nr. 229, 2.10.1961, S. 1, Nr. 235, 9.10.1961, S. 2.

²⁷⁵¹ Nr. 101, 1.2.5.1961, S. 18.

²⁷⁵² Planck, Max (*23.4.1858, gest. 4.10.1947) war Physiker. Er war 1930-37 und 1945/46 Präsident der Kaiser-Wilhelm Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, die später in Max-Planck-Gesellschaft umbenannt wurde. Er war einer der bedeutendsten Physiker des 19/20. Jahrhunderts und arbeitete vor allem zur Strahlungstheorie und Thermodynamik. Er begründete die Quantentheorie und revolutionierte die klassische Physik. 1918 erhielt er den Nobelpreis. Nr. 132, 9.6.1961, S. 24.

²⁷⁵³ Nr. 135, 13.6.1961, S. 1.

²⁷⁵⁴ Nr. 234, 7.10.1961, S. 57 „Geistige Welt“.

²⁷⁵⁵ Nr. 276, 27.11.1961, S. 18.

vorgestellt.²⁷⁵⁶ Schon weit vor dem Ratschlag der Reklame-Experten handelte die Redaktion konsequent nach deren Maxime. Ein Schwerpunkt lag dementsprechend auf den positiven Wirtschaftsnachrichten und Beiträgen,²⁷⁵⁷ die im breiten Strom der westdeutschen Prosperität mitschwammen. Beispielhaft für den gepflegten Stil ist die etwas protzige Überschrift „Berlin mobilisiert seine Reserven“, unter der Weertz stolz die Leistungsfähigkeit der Unternehmen darstellte.²⁷⁵⁸ Schließlich wusste auch der letzte Leser, dass die Berliner Konjunktur auf vollen Touren lief, wenn auch mit westdeutscher Hilfe. Das Blatt legte dar, dass zudem mit Bundesmitteln Rationalisierungsvorhaben in Betrieben realisiert werden sollten.²⁷⁵⁹ Gerade weil die Tendenz hier so unabänderlich erscheint, sei darauf hingewiesen, dass der Medienkonzern auch anders konnte und dann in den 70er Jahren, um die Berliner SPD in Schwierigkeiten zu bringen, die dortige „Bild“-Ausgabe Firmenkurse und Arbeitslosenschicksale hervorkehren ließ.²⁷⁶⁰ Beachtung fanden auch Millionen-Investitionen in die Infrastruktur.²⁷⁶¹ Bemühungen um die Steigerung der touristischen Attraktivität blieben nicht ungenannt;²⁷⁶² schließlich war die Propagierung von Reisen ja vom Haus nicht unerwünscht.²⁷⁶³ Die Berichterstattung zu den Ereignissen rund um den Mauerbau wird ausführlich im Politik-Kapitel behandelt. Es sei hier nur daran erinnert, dass die Emotionen in der Bevölkerung vom Renommierblatt zunächst eher unter den Teppich gekehrt wurden und erst später – als sich die Aufregung gelegt hatte – doch in eher mildem Licht erinnert wurden. Seit dem einschneidenden Ereignis steigerte sich insgesamt die Intensität der Berichterstattung in der „Welt“. Der mit dem Medienkonzern kooperierende Senat beschloss in einer Sondersitzung Ende August, die Informationstätigkeit des Presseamts über die Situation zu verstärken. Pressevertreter baten Bahr auch um Besprechung der sich durch das Fotografieren der Mauer ergebenden Probleme.²⁷⁶⁴ Der Mauerbau und das sich dort in der Folge ereignende tragische Geschehen bedeutete vom propagandistischen Aspekt her die Gefahr des negativen öffentlichen Profils eines permanent gefährdeten Orts. Andererseits handelte es sich auch

²⁷⁵⁶ Nr. 287, 9.12.1961, S. 24.

²⁷⁵⁷ Nr. 66, 18.3.1961, S. 38, Nr. 73, 27.3.1961, S. 73, Nr. 77, 1.4.1961, S. 1, Nr. 94, 22.4.1961, S. 1, Nr. 96, 25.4.1961, S. 15, Nr. 117, 3.6.1961, S. 15, Nr. 125, 1.6.1961, S. 14, Nr. 194, 22.8.1961, S. 1, Nr. 217, 18.9.1961, S. 11, Nr. 229, 2.10.1961, S. 13, in: Nr. 257, 3.11.1961, S. 11 wurde die Lieferfähigkeit der trotz Arbeitskräftemangels auf vollen Touren arbeitenden Unternehmen betont, in: Nr. 287, 9.12.1961, S. 12 wurde eine verstärkte westdeutsche Auftragsvergabe gefordert, Nr. 289, 11.12.1961, S. 13, Nr. 297, 21.12.1961, S. 9.

²⁷⁵⁸ Nr. 142, 22.6.1961, S. 13.

²⁷⁵⁹ Nr. 213, 13.9.1961, S. 2.

²⁷⁶⁰ Adomatis, Hans-Joachim: Von Berlin aus gesehen: Die Springer-Partei, Wuppertal, Berlin 1975, S. 53.

²⁷⁶¹ Nr. 145, 26.6.1961, S. 1.

²⁷⁶² Nr. 22, 26.1.1961, S. 14, Nr. 221, 22.9.1961, S. 2, Nr. 289, 12.12.1961, S. 2.

²⁷⁶³ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Schriftverkehr im Hause (Welt, WamS, Springer bis 1965), Hausmitteilung Vollhardts vom 6.2.1959 und Schreiben Vollhardts vom 11.2.1959.

²⁷⁶⁴ Landesarchiv/Berlin: B/ Rep.002, Nr. 7059, Beschluss des Senats in der Sondersitzung vom 31.8.1961 und Brief des Presseverbands vom 28.9.1961, in dem auch ein Vertreter der „Welt“ saß; Herr Bahr wurde darin wegen dieses Themas um ein Gespräch gebeten.

um ein wirksames Zugferd im antikommunistischen Feldzug und als Möglichkeit, im Westen Interesse für die Stadt zu gewinnen.²⁷⁶⁵ Um gegen die bei den Einwohnern herrschende depressive Stimmung anzugehen und um attraktiv für potentielle westdeutsche Zuzügler und Besucher zu wirken, bemühte sich der Senat um positive Aussagen; die Presse zog mit. Wenn es auch letztlich nicht zu einem massiven Abzug von Arbeitskräften und Finanzmitteln kam, bestand doch diese Gefahr.²⁷⁶⁶ Auch der Verleger war außerordentlich pessimistisch hinsichtlich der Zukunftsaussichten des durch den Osten abgeschnittenen Westteils. Er rechnete damit, dass nach wenigen Jahren nur noch die Besatzer und alte Leute dort übrig blieben.²⁷⁶⁷ Beim Mauerbau betonte die „Welt“ hingegen, dass die Wirtschaft wegen der Abriegelung keine Nervosität zeigte,²⁷⁶⁸ und wies auf das – gar nicht so beeindruckend dicke – Auftragspolster der Unternehmen hin.²⁷⁶⁹ Hierbei mag es sich wohl auch um Gegenpropaganda gehandelt haben. Denn die östlichen Medien erklärten, dass große Firmen in die Bundesrepublik abzogen.²⁷⁷⁰ Der Verleger berichtete dem Bundeskanzler indessen zu dieser Zeit über die als katastrophal eingeschätzte Situation vor Ort. Bei den Unternehmen herrsche Resignation, Geld würde in die Bundesrepublik transferiert, es bestünde verbreitetes Interesse, sich ein Standbein im Westen zu schaffen.²⁷⁷¹ Erst im November war dann nachrangig in der „Welt“ auf Seite vierzehn unter der positiven Überschrift: „Berliner Banken gaben mehr Kredite“ zu lesen, dass in der Vergangenheit die Rücklagen zurückgegangen waren. Nachträglich und nicht ganz offen wurde vorgestellt, dass es doch Panik-Abbuchungen gegeben hatte.²⁷⁷² Bereitwillig fungierte das Blatt als Sprachrohr West-Berliner Interessen und trug wieder die Aufforderung an die Leserschaft heran, junge Arbeitskräfte nach Berlin zu schicken,²⁷⁷³ nicht ohne finanzielle Anreize zu nennen.²⁷⁷⁴ Vor dem Mauerbau hatten qualifizierte Arbeitnehmer aus dem Ostteil als „Grenzgänger“ zum ökonomischen Erfolg beigetragen. Diese fehlten nun; die stärkste Schwierigkeit bestand im Arbeitskräftemangel.²⁷⁷⁵ Medienkonzern und Senat arbeiteten ja Hand in Hand und

²⁷⁶⁵ Shell, S. 327.

²⁷⁶⁶ Ribbe: Berlin zwischen Ost und West, S. 1100 f.

²⁷⁶⁷ Schwarz: Axel Springer, S. 347.

²⁷⁶⁸ Nr. 187, 14.8.1961, S. 10, in: Nr. 188, 15.8.1961, S. 11 wurden die recht gelassene Reaktion an der Börse und die als vorübergehend dargestellten Schwierigkeiten aufgrund des Verlusts der Grenzgänger thematisiert, Nr. 192, 19.8.1961, S. 11, Nr. 194, 22.8.1961, S. 1, S. 2.

²⁷⁶⁹ Nr. 189, 16.8.1961, S. 11.

²⁷⁷⁰ Shell, S. 418.

²⁷⁷¹ Schwarz: Axel Springer, S. 350.

²⁷⁷² Nr. 277, 28.11.1961, S. 14.

²⁷⁷³ in: Nr. 207, 6.9.1961, S. 2 ist in einer Meldung davon die Rede, dass Westdeutsche Arbeitsplätze in Berlin suchten, um ihr Vertrauen in die Zukunft der Stadt zu dokumentieren, Nr. 208, 7.9.1961, S. 1, Nr. 209, 8.9.1961, S. 1, Nr. 264, 11.11.1961, S. 4.

²⁷⁷⁴ Nr. 248, 24.10.1961, S. 2, Nr. 261, 8.11.1961, S. 15, Nr. 265, 13.11.1961, S. 11, Nr. 293, 16.12.1961, S. 2.

²⁷⁷⁵ Shell, S. 21 und S. 382, in: Nr. 73, 27.3.1961, S. 2 wurde der Abbau von Arbeitsplätzen in Behörden

vereinbarten Akzente und Slogans der In- und Auslandspropaganda für die Stadt. In diesem Verhältnis spielte der Verlag eher die Rolle des Gebenden, während die Öffentlichkeitsabteilung im Schöneberger Rathaus dankend annahm.²⁷⁷⁶ Schon das minimale Überwiegen der Zuwanderung gegenüber der Abwanderung verkaufte die „Welt“ dementsprechend als kleinen Erfolg.²⁷⁷⁷ Aufgrund des Sterbeüberschusses ging die Bevölkerung zurück.²⁷⁷⁸ Diese unerfreuliche Tatsache fand hingegen keine nennenswerte mediale Beachtung. Ganz vorsichtig verpackt und nur ausnahmsweise angeschnitten wurde die Abwanderungsbewegung von Berlin in den Westen.²⁷⁷⁹ Dies war ein heikles Thema. Die Bevölkerung war ja wegen der ständigen Drucksituation psychologisch nicht stabil.²⁷⁸⁰ Diplomaten fürchteten den Ausbruch von Panik und einen massenhaften Wegzug.²⁷⁸¹ Bereits der eilige Abzug einer mobilen Elite hätte die Stadt als zum Untergang bestimmt erscheinen lassen. Die DDR-Propagandisten setzten folglich hier an und verbreiteten, dass die Möbelwagen an den Kontrollpunkten Schlange standen.²⁷⁸² Ins medial gepflegte Image der aufrechten Berliner passte hingegen die Meldung, dass die Bevölkerung die vom Osten betriebene S-Bahn boykottierte und damit Unannehmlichkeiten im Alltag in Kauf nahm.²⁷⁸³ In die gewünschte Richtung gingen zudem etwa Meldungen über Protestmärsche junger Menschen gegen „Stacheldraht und Schandmauer“.²⁷⁸⁴ Sechs Tage nach dem Mauerbau wurde ein Beitrag von Mauz veröffentlicht, in dem dieser schrieb, dass in der Stadt Auge in Auge mit der Möglichkeit dafür zahlen zu müssen protestiert wurde. Hier könne und würde sich keiner absetzen... Die Stadt habe den Schlag genommen, aber sie stehe weiter auf beiden Beinen.²⁷⁸⁵ Inhaltlich waren derlei Berichte nicht übermäßig eindrucksvoll; zahlenmäßig waren sie eher marginal. Die Auffassung Naehers, dass Springer seine Medien den Berliner Freiheitswillen lautstark publizieren ließ,²⁷⁸⁶ lässt sich auch in diesem Jahr wieder für die „Welt“ nicht recht halten, weil es einfach gedämpfter zuzug. Eher im Einzelfall verkündete der Aufmacher der Titelseite beispielsweise:

zugunsten der Wirtschaft thematisiert.

²⁷⁷⁶ Schwarz: Axel Springer, S. 333 f.

²⁷⁷⁷ Nr. 256, 2.11.1961, S. 2.

²⁷⁷⁸ Shell, S. 21.

²⁷⁷⁹ Nr. 229, 2.10.1961, S. 2, in: Nr. 245, 20.10.1961, S. 2 wurde gemeldet, dass es keine Flucht aus West-Berlin gäbe, Nr. 257, 3.11.1961, S. 11.

²⁷⁸⁰ Schwarz: Axel Springer, S. 339.

²⁷⁸¹ Kroll, S. 536 f.

²⁷⁸² Shell, S. 381.

²⁷⁸³ Nr. 196, 24.8.1961, S. 14.

²⁷⁸⁴ Nr. 267, 15.11.1961, S. 2, Nr. 272, 21.11.1961, S. 1, Nr. 273, 22./23. 11.1961, S. 16.

Der Fackel-Schweigemarsch mit 40.000 jugendlichen Teilnehmern vom 21. November wurde nicht vom Kuratorium „Unenteilbares Deutschland“ sondern von Berliner Institutionen auf die Beine gestellt.

So: Meyer, S. 208.

²⁷⁸⁵ Nr. 192, 19.8.1961, S. 3.

²⁷⁸⁶ Naehers, S. 142.

„Haltung Berliner Bevölkerung beeindruckt den Westen“.²⁷⁸⁷ Es wurde aber etwa eine zuversichtliche Erklärung Clays über ein baldiges Ende der Mauer präsentiert.²⁷⁸⁸ Auch sich aus der Ost-West-Situation ergebende Umstände wurden thematisiert.²⁷⁸⁹ Gelegentlich fand ein Vergleich statt,²⁷⁹⁰ bei dem der Blick in den Osten gewohnt trostlos ausfiel.²⁷⁹¹ In so einem Beitrag stellte Weinert die Lebenssituation und Ansichten eines in Ost-Berlin wohnenden Grenzgängers vor, der auf die „Zonenfunktionäre“ nicht gut zu sprechen war, womit er inhaltlich sicher auf der Linie des Hauses lag: „Arbeiter sind sie nicht, Gewerkschafter sind sie nicht, Genossen sind sie auch nicht – ein fürchterliches Pack“.²⁷⁹² Die Redaktion sorgte durch eine Reihe von Beiträgen dafür, dass das Geschehen an der Mauer nicht in Vergessenheit geriet.²⁷⁹³ Dies mag als moderate Variante der Darstellung in „Bild“ entsprechen, von der Schwarz meint, dass sie unablässig an die Mauertoten erinnerte, um die Empörung zu erhalten.²⁷⁹⁴ Bereits im November wurde eine vorläufige Bilanz mit Zahlenangaben für Fluchtwischenfälle, Tote und Verletzte gezogen.²⁷⁹⁵ In diesen Bereich gehörte auch die Thematisierung des Lebens im Schatten der Mauer.²⁷⁹⁶ Wolfgang Paul schrieb eine Reportage über die Bernauer Straße. Paul schmähte die Mauer als Knechtswerk und schilderte die Situation vor Ort. Illustriert wurde der Beitrag mit Fotos von Soldaten der Volksarmee und dem Foto einer alten Frau, die sich aus dem Fenster wagte, um sich ins Sprungtuch fallen zu lassen.²⁷⁹⁷ In diese Schiene gehört auch etwa die aufwühlend geschriebene Reportage Konrads über einen Tag an der Mauer: „Die Mauer, die Berlin in zwei Teile zerschneidet, ist die grausamste, unnatürlichste Grenze, die sich denken lässt. Täglich werden dort Menschen getötet oder verwundet, nur weil sie vom Osten in den Westen ihrer Stadt gelangen wollen. Fast stündlich entscheiden sich dort

²⁷⁸⁷ Bei diesem Beispiel ging es um den Bericht Johnsons an Kennedy über seinen Berlin-Besuch, in: Nr. 194, 22.8.1961, S. 1.

²⁷⁸⁸ Nr. 266, 14.11.1961, S. 2.

²⁷⁸⁹ Nr. 41, 17.2.1961, S. 2, Nr. 182, 8.8.1961, S. 2, Nr. 191, 18.8.1961, S. 3, Nr. 202, 31.8.1961, S. 2, Nr. 231, 4.10.1961, S. 22, Nr. 236, 10.10.1961, S. 4, Nr. 260, 7.11.1961, S. 18, Nr. 268, 16.11.1961, S. 20, Nr. 269, 17.11.1961, S. 28, Nr. 276, 27.11.1961, S. 1, S. 3, Nr. 283, 5.12.1961, S. 22, Nr. 299, 23.12.1961, S. 2, Nr. 300, 27.12.1961, S. 2.

²⁷⁹⁰ Etwa: Nr. 101, 1./2.5.1961, S. 2.

²⁷⁹¹ Nr. 214, 14.9.1961, S. 26.

²⁷⁹² Nr. 180, 5.8.1961, S. 3.

²⁷⁹³ Nr. 190, 17.8.1961, S. 1, Nr. 191, 18.8.1961, S. 2, Nr. 192, 19.8.1961, S. 2, Nr. 197, 25.8.1961, S. 22, Nr. 198, 26.8.1961, S. 2, Nr. 199, 28.8.1961, S. 2, Nr. 200, 29.8.1961, S. 2, Nr. 204, 2.9.1961, S. 2, Nr. 209, 8.9.1961, S. 2, Nr. 211, 11.9.1961, S. 2, Nr. 217, 18.9.1961, S. 2, Nr. 220, 21.9.1961, S. 1, Nr. 222, 23.9.1961, S. 2, Nr. 223, 25.9.1961, S. 1, Nr. 224, 26.9.1961, S. 1, Nr. 225, 27.9.1961, S. 1, Nr. 226, 28.9.1961, S. 2, Nr. 227, 29.9.1961, S. 2, Nr. 229, 2.10.1961, S. 2, Nr. 232, 5.10.1961, S. 2, Nr. 235, 9.10.1961, S. 2, Nr. 236, 10.9.1961, S. 1, Nr. 240, 14.10.1961, S. 1, Nr. 245, 20.10.1961, S. 3, Nr. 253, 30.10.1961, S. 18, Nr. 257, 3.11.1961, S. 2, Nr. 261, 8.11.1961, S. 1, Nr. 269, 17.11.1961, S. 2, Nr. 272, 21.11.1961, S. 2, Nr. 273, 22./23.11.1961, S. 2, Nr. 300, 27.12.1961, S. 2.

²⁷⁹⁴ Schwarz: Axel Springer, S. 352 f.

²⁷⁹⁵ Nr. 265, 13.11.1961, S. 2.

²⁷⁹⁶ Nr. 196, 24.8.1961, S. 1, Nr. 200, 29.8.1961, S. 2, Nr. 205, 4.9.1961, S. 3, Nr. 222, 23.9.1961, S. 1, Nr. 205, 4.9.1961, S. 3, Nr. 231, 4.10.1961, S. 22, Nr. 264, 11.11.1961, S. 17, Nr. 276, 27.11.1961, S. 1, S. 3, Nr. 283, 5.12.1961, S. 22.

²⁷⁹⁷ Nr. 225, 27.9.1961, S. 22.

Schicksale, spielen sich Tragödien ab, deren Ausweglosigkeit den Atem stocken macht. Und doch hat auch diese Mauer ihren Alltag – einen Alltag des Aufbegehrens und der Verzweiflung, der stummen Klage und der kalten Geschäftigkeit. Wir erlebten einen solchen Tag und schildern ihn, nicht um zu zeigen, dass wir uns mit diesem Alltag abfinden müssen, sondern um die Sinnlosigkeit der Grenze darzustellen, die nie und nimmer Bestand haben darf.²⁷⁹⁸ Zu dieser neuen Kategorie von Beiträgen zählt auch ein Artikel Werner Pfuhs über eine anrührende Geste Kreuzberger Arbeiter, die eine Mahnwache für in der Spree ertrunkene Flüchtlinge organisierten.²⁷⁹⁹ Später behandelte Paul eindringlich die Lage.²⁸⁰⁰ Die Journalisten konnten sich noch nicht mit der Mauer abfinden. In den Mittelpunkt des medialen Interesses geriet dann Ende Oktober ein Zwischenfall um den US-Gesandten, der am Betreten des Ostsektors gehindert wurde.²⁸⁰¹ Nach dem Willen des DDR-Regimes sollten sich die Angehörigen der Westmächte von seinen Polizeiorganen kontrollieren lassen, was dem Vier-Mächte-Status widersprach. Als Volkspolizei einem amerikanischen Offizier in Zivil, der es ablehnte sich auszuweisen das Betreten des Ostteils versagte, sorgte US-Militärpolizei dafür, dass der Abgelehnte ans Ziel kam. Schließlich standen sich russische und amerikanische Panzer an der Friedrichstraße gegenüber, was klarstellte, dass die Russen ihre Rolle als Besatzungsmacht wahrten und die DDR nicht als Verhandlungspartner für die Vereinigten Staaten in Frage kam.²⁸⁰² Auch hier entsprach die mediale Aufbereitung der gewohnten Praxis. In unauffälliger Weise wurde die für amerikanische Nachgiebigkeit sprechende Nachricht präsentiert, dass Angehörige von US-Dienststellen nur noch in Uniform den Ostteil betreten durften.²⁸⁰³ Groß herausgestellt wurde hingegen später die Erzwingung des freien Zugangs durch die Amerikaner, wobei publikumswirksam US-Panzer an der Grenze auffuhren.²⁸⁰⁴ Die zugespitzte Lage sorgte für Aufmerksamkeit.²⁸⁰⁵ Die „Welt“ vermittelte dabei ein nur fragmentarisches Bild. Sogar in Washington kam es wegen dieser Entwicklung zu russisch-amerikanischen Gesprächen auf hoher Ebene. Am 28. Oktober verschwanden die Panzer von der Friedrichstraße. Die martialische Geste hatte Clay veranlasst, um Entschlossenheit für die Weltöffentlichkeit zu demonstrieren.²⁸⁰⁶ Schließlich erinnerten die Journalisten dann um die Weihnachtszeit wiederholt an die Stadt.²⁸⁰⁷

²⁷⁹⁸ Nr. 236, 10.9.1961, S. 3.

²⁷⁹⁹ Nr. 246, 21.10.1961, S. 24.

²⁸⁰⁰ Nr. 299, 23.12.1961, S. 3.

²⁸⁰¹ Nr. 248, 24.10.1961, S. 2.

²⁸⁰² Wolfrum: Die Mauer, S. 50 f.

²⁸⁰³ Nr. 249, 25.10.1961, S. 2.

²⁸⁰⁴ Nr. 250, 26.10.1961, S. 1, S. 2.

²⁸⁰⁵ Nr. 251, 27.10.1961, S. 1 und 2, Nr. 252, 28.10.1961, S. 1, S. 2, Nr. 253, 30.10.1961, S. 1 und 2.

²⁸⁰⁶ Münger, S. 129 ff.

²⁸⁰⁷ Nr. 294, 18.12.1961, S. 1, Nr. 299, 23.12.1961, S. 3, Nr. 300, 27.12.1961, S. 1 und S. 18.

4.4.6. Berichterstattung über die DDR

Zu Jahresbeginn registrierte die aufmerksame Redaktion zeitweilig Anzeichen einer weichen Welle des Regimes.²⁸⁰⁸ Mit gewohnter Häme nahm die „Welt“ auf, dass der Neujahrsempfang der Regierung mangels akkreditierter Diplomaten wieder einmal dürftig ausfiel.²⁸⁰⁹ Die Fluchtwelle wurde kontinuierlich immer mal wieder – zunächst weit häufiger in kleinen Notizen als mittleren Artikeln – überwiegend in sachlichem Ton dem Publikum vermittelt, wobei sich die Berichterstattung seit Juni merklich intensivierte und eindringlicher wurde.²⁸¹⁰ Das Publikum schenkt ja seine Aufmerksamkeit insbesondere sehr berührenden oder einem vertrauten Schema entsprechenden Informationen.²⁸¹¹ Die Zuwanderung lag tatsächlich über dem Niveau der letzten drei Jahre; doch handelte es sich auch nicht um einen dramatischen Höhepunkt.²⁸¹² Bisweilen wurden wieder Fluchten einzelner Personen vorgestellt, zumindest, wenn diese angesehene Berufe ausübten.²⁸¹³ Im Einzelfall arbeiteten die Journalisten etwas unseriös; so kündete eine Überschrift: „12.000 Volkspolizisten geflohen“. Dem Artikel war aber zu entnehmen, dass zu den gesamten Flüchtlingen seit 1954 auch 12.000 Volkspolizisten und Militärangehörige zählten.²⁸¹⁴ Die Kampagne der „Welt“ hielt sich insgesamt recht lange in doch moderaten Grenzen. Die Überschriften der zumeist allenfalls mittelgroßen Artikel waren selten emotionalisierend; wenn etwas mehr Temperament im Spiel war, lauteten sie etwa: „Flüchtlingsstrom aus der Zone: Anklage gegen Ulbricht“,²⁸¹⁵ „Brandt: Flüchtlingsstrom ist eine vernichtende Anklage“²⁸¹⁶ oder schon etwas lakonisch: „Flucht geht unaufhörlich weiter“.²⁸¹⁷ Selbst ein Beitrag, in dem der unvermeidliche Minister Lemmer im März die immer erschreckenderen Formen der Ausblutung der „Zone“ anprangerte, war eher klein und

²⁸⁰⁸ Nr. 3, 4.1.1961, S. 3, Nr. 5, 6.1.1961, S. 11, Nr. 46, 23.2.1961, S. 1, S. 2, Nr. 60, 11.3.1961, S. 2, Nr. 71, 24.3.1961, S. 2, Nr. 112, 16.5.1961, S. 20.

²⁸⁰⁹ Nr. 12, 14.1.1961, S. 33.

²⁸¹⁰ Nr. 7, 9.1.1961, S. 1, Nr. 8, 10.1.1961, S. 2, Nr. 14, 17.1.1961, S. 1, Nr. 15, 18.1.1961, S. 1, Nr. 17, 20.1.1961, S. 9, Nr. 25, 30.1.1961, S. 1, Nr. 28, 2.2.1961, S. 2, Nr. 32, 7.2.1961, S. 1, Nr. 54, 4.3.1961, S. 1, Nr. 62, 14.3.1961, S. 1, Nr. 74, 28.3.1961, S. 1, Nr. 78, 4.4.1961, S. 1, Nr. 83, 10.4.1961, S. 1, Nr. 89, 17.4.1961, S. 1, Nr. 93, 21.4.1961, S. 1, Nr. 94, 22.4.1961, S. 1, in: Nr. 97, 26.4.1961, S. 5 wurde darüber berichtet, dass die SED Betrieben, in denen keine Fluchten vorkamen, mit Prämien belohnte, Nr. 104, 5.5.1961, S. 1, Nr. 112, 16.5.1961, S. 1, Nr. 117, 23.5.1961, S. 1, Nr. 119, 25.5.1961, S. 2, Nr. 126, 2.6.1961, S. 1, Nr. 128, 5.6.1961, S. 1, Nr. 132, 9.12.1961, S. 1, Nr. 135, 13.6.1961, S. 1, Nr. 140, 20.6.1961, S. 1, Nr. 146, 27.6.1961, S. 1, Nr. 150, 1.7.1961, S. 1, Nr. 154, 6.7.1961, S. 1, Nr. 155, 7.7.1961, S. 1, Nr. 160, 13.7.1961, S. 1, Nr. 163, 17.7.1961, S. 1, Nr. 164, 18.7.1961, S. 1, Nr. 165, 19.7.1961, S. 1, Nr. 167, 21.7.1961, S. 2, Nr. 168, 22.7.1961, S. 1, S. 2, Nr. 169, 24.7.1961, S. 1, Nr. 170, 25.7.1961, S. 1, Nr. 171, 26.7.1961, S. 1, Nr. 172, 27.7.1961, S. 1, Nr. 174, 29.7.1961, S. 1, Nr. 175, 31.7.1961, S. 1, Nr. 176, 1.8.1961, S. 1 und S. 2, Nr. 182, 8.8.1961, S. 1, Nr. 184, 10.8.1961, S. 1.

²⁸¹¹ Donsbach: Medienwirkung trotz Selektion. Einflussfaktoren auf die Zuwendung von Zeitungsinhalten. S. 24.

²⁸¹² Heidemeyer, S. 44, Tabelle 3.

²⁸¹³ Nr. 22, 26.1.1961, S. 1, Nr. 24, 28.1.1961, S. 1, Nr. 92, 20.4.1961, S. 1, Nr. 94, 22.4.1961, S. 1,

²⁸¹⁴ Nr. 42, 18.2.1961, S. 1,

²⁸¹⁵ Nr. 52, 2.3.1961, S. 3, tabellarisch wurde hier die Flucht gerade hochqualifizierter Personen aufgelistet.

²⁸¹⁶ Nr. 17, 20.1.1961, S. 2.

²⁸¹⁷ Nr. 79, 5.4.1961, S. 2,

wurde zwar auf der Titelseite aber doch nicht außerordentlich exponiert präsentiert.²⁸¹⁸ Erstmals in einem wirklich umfangreichen Artikel wurde das Thema im „Forum“ im März vom amerikanischen Journalisten Bailey angesprochen. Er befasste sich mit den Fluchtmotiven und der befürchteten Abriegelung.²⁸¹⁹ Anfang April entsprach das Blatt mit einem Titelseiten-Aufmacher anlässlich der österlichen Geschehnisse sicher vollkommen den verlegerischen Vorstellungen. Freilich war der Tatsachenhintergrund auch eindrucksvoll. Die Kommentierung im „Kasten“ war mitfühlend: „An jedem der fünf Ostertage meldeten sich tausend Bürger der Zone in Marienfelde. Sie baten nach angstvoller Flucht in überfüllten Verkehrsmitteln im nasskalten Wind frierend und zitternd um die Aufnahme im freien Teil Deutschlands.“ Dann wurden der Verlust der Heimat für diese Menschen und die insgesamt große Zahl der Wanderungsverluste thematisiert. Triumph klang an: „Ein Strom des Elends, der seit Jahren nie versiegte!“ Dann wurden die Neubürger willkommen geheißen.²⁸²⁰ Mitte Juli erhielt die Besorgnis des Kanzlers wegen der Entwicklung höchste Aufmerksamkeit. Es war die Rede vom Ausbruch von Panik in der DDR. Dennoch klang hier kein Triumph in der „Welt“ an.²⁸²¹ Oftmals wurde jetzt auch an exponierter Stelle über das Anschwellen des Flüchtlingsstroms berichtet.²⁸²² In den Rahmen der im Sommer zu konstatierenden Intensivierung der Berichterstattung gehörte auch das Präsentieren eines riesigen Diagramms über die Entwicklung von 1949-61.²⁸²³ Schließlich wurde die Aufforderung Lemmers, doch möglichst im Osten zu bleiben in der Schlagzeile eines mittelgroßen Beitrags auf Seite eins präsentiert.²⁸²⁴ Am 24. Juli wertete die Redaktion das letzte Wochenergebnis von fast 9000 Fluchten als das Erschütterndste seit dem Jahr 1953. Äußerungen von Lemmer und auch von Brandt, der von täglicher Massentragödie und Massenanklage sprach, wurden vorgestellt.²⁸²⁵ Im „Forum“ wurden Dokumente und Zitate aus der DDR zusammengetragen, die die Versuche des Regimes bloßstellen sollten, die Entwicklung als Abwerbung durch den Westen umzudeuten.²⁸²⁶ Dem umfangreichen Artikel Seuferts zufolge, der Einzelschicksale aus dem Lager Uelzen präsentierte, kam kaum jemand mit Illusionen in den Westen; alle wollten einer schwer erträglichen Situation entgehen und suchten Freiheit für sich und ihre Kinder.

²⁸¹⁸ Nr. 55, 6.3.1961, S. 1,

²⁸¹⁹ Nr. 66, 18.3.1961, S. 33.

²⁸²⁰ Nr. 78, 4.4.1961, S. 1.

²⁸²¹ Nr. 161, 14.7.1961, S. 1 und S. 3.

²⁸²² Nr. 163, 17.7.1961, S. 1, Nr. 164, 18.7.1961, S. 1, Nr. 169, 24.7.1961, S. 1, Nr. 170, 25.7.1961, S. 1, Nr. 175, 31.7.1961, S. 1, Nr. 176, 1.8.1961, S. 1, S. 2, Nr. 177, 2.8.1961, S. 1, Nr. 178, 3.8.1961, S. 1, Nr. 181, 7.8.1961, S. 1, Nr. 182, 8.8.1961, S. 1, Nr. 183, 9.8.1961, S. 1, Nr. 184, 10.8.1961, S. 1, Nr. 185, 11.8.1961, S. 1, Nr. 186, 12.8.1961, S. 1.

²⁸²³ Nr. 164, 18.7.1961, S. 3,

²⁸²⁴ Nr. 168, 22.7.1961, S. 1,

²⁸²⁵ Nr. 169, 24.7.1961, S. 1.

²⁸²⁶ Nr. 180, 5.8.1961, S. 25.

Ökonomische Motive wurden als zweitrangig abgetan.²⁸²⁷ Im August fanden sich dann vermehrt zum Thema Titelseiten-Aufmacher²⁸²⁸ und mittelgroße Beiträge,²⁸²⁹ wobei der in der Fußnote zuletzt genannte Beitrag doch die einigermaßen dramatische Überschrift: „Verzweifelte Menschen fliehen aus der Hoffnungslosigkeit“ hatte. Weinert stellte ausführlich vor, wie die Menschen durch die Kontrollen schlüpfen.²⁸³⁰ In die forcierte Art der Darstellung passte eine Überschrift vom 2. August: „Die Ausblutung der Zone nimmt unvorstellbare Ausmaße an.“ Der zitierte Minister Lemmer²⁸³¹ meinte höhnisch, man müsste sich abgewöhnen von den siebzehn Millionen in der Sowjetzone zu sprechen, es seien ja nicht mehr viel mehr als sechzehn Millionen übrig.²⁸³² Die „Welt“ behandelte auch die Aufnahmesituation in Westdeutschland und appellierte an die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung.²⁸³³ Gerhard Mauz stellte das Schicksal einer Familie vor; ein Foto zeigte ein kleines auf einem Koffer sitzendes Mädchen.²⁸³⁴ Sein Ton blieb dabei recht nüchtern; Anklage oder Rührseligkeit vermied Mauz hier, der auch einen ergänzenden Bericht über die Situation im Aufnahmelager Uelzen lieferte.²⁸³⁵ Ein auch qualitativer Höhepunkt wurde in einem Beitrag Zehrer erreicht, der im Typoskript noch den Titel „Der große Alldruck“ trug und auszugsweise vorgestellt wird. Zehrer zeigte hier, was er konnte. Er schrieb, dass während in Moskau ein gleichsam als Glaubensbekenntnis Chruschtschows den Sieg des Kommunismus in zwanzig Jahren verheißendes Parteiprogramm veröffentlicht wurde, die jungen Menschen, die den Übergang zum Kommunismus noch erleben sollten, die DDR verließen. „Aber sie wollen ihn (den Übergang zum Kommunismus) nicht erleben. Sie haben sich die Sache sechzehn Jahre lang mitangesehen und nur von der Hoffnung gelebt und durchgehalten. Nicht von der Hoffnung auf den endgültigen Übergang zum Kommunismus, die das Lebenselixier Chruschtschows darstellt. Sondern von der Hoffnung darauf, dass sich das System, in das man sie

²⁸²⁷ Nr. 176, 1.8.1961, S. 3.

²⁸²⁸ Nr. 175, 31.7.1961, S. 1, Nr. 177, 2.8.1961, S. 1, Nr. 178, 3.8.1961, S. 1, Nr. 181, 7.8.1961, S. 1, Nr. 183, 9.8.1961, S. 1,

²⁸²⁹ Nr. 177, 2.8.1961, S. 2, Nr. 184, 10.8.1961, S. 1 und S. 2, Nr. 186, 12.8.1961, S. 1, Nr. 185, 11.8.1961, S. 1.

²⁸³⁰ Nr. 185, 11.8.1961, S. 3.

²⁸³¹ Lemmer erhielt zu diesem Zeitpunkt einen vom 1. August 1961 stammenden Brief Adenauers, den Mensing auszugsweise in seiner Einführung zitiert: müsse man: „mit allen geeigneten Mitteln die deutsche und ausländische Öffentlichkeit nicht nur über die täglichen Zahlen der Flüchtlinge unterrichten, sondern auch Einzelschicksale hervorheben, den Zusammenhang mit der Berlin-Politik der Sowjetunion betonen und aller Welt klarmachen, in welchem Ausmaße sich die Bewohner der Sowjetzone aus Furcht, der letzte Ausweg in die Freiheit könne versperrt werden, dem Druck und der politischen Verelendung durch das dortige Regime zu entziehen versuchen.“ So Auszug in: Mensing, S. VIII; beim Brief Adenauers vom 1.8.1961 an Bundesminister Lemmer handelt es sich wohl um Dokument Nr. 274.

²⁸³² Nr. 177, 2.8.1961, S. 1.

²⁸³³ in: Nr. 112, 16.5.1961, S. 8 wurden ohne zu appellieren die Probleme der Aufnahme thematisiert, Nr. 176, 1.8.1961, S. 5, Nr. 186, 12.8.1961, S. 3.

²⁸³⁴ Nr. 183, 9.8.1961, S. 3,

²⁸³⁵ Nr. 186, 12.8.1961, S. 3.

hineingezwungen hat, nicht halten, dass es sich wandeln oder dass es zusammenbrechen würde. Nun, nachdem die rote Weltmacht im Osten ihr Siegel unter einen Vertrag setzen will, der auch ihr Schicksal besiegeln würde, lassen sie alles stehen und liegen und gehen davon. Manchmal noch nicht mit einer Zahnbürste, weil sie sie verdächtig machen würde bei den Straßensperren und Bahnkontrollen. Dabei geht es den meisten materiell gar nicht so schlecht. Sie sind nicht verhungert und sie litten keine unmittelbare Not. Es gibt sicherlich über eine Milliarde Menschen in der Welt, denen es unvorstellbar schlechter geht und die materiell sofort mit ihnen tauschen würden. Aber sie sind Europäer, ob sie es wissen oder nicht. Sie sind Geschöpfe einer Geschichte, die die meisten von ihnen weniger im Kopf als im Blut mit sich herumtragen. Und sie finden, dass das Leben, das ihnen von einer fremden Macht in ihrem eigenen Land aufgezwungen wird, nicht lebenswert ist, weil es ihnen die Freiheit nimmt und sie zu Sklaven macht. Man fragt diese Menschen, warum sie geflohen sind und Kopf und Kragen riskiert haben. Sie sagen immer das gleiche: es war unerträglich. Man fragt sie weniger danach, was sie alles zurückgelassen haben. Es ist alles, was sie besaßen, und es ist oft nicht wenig. Sie gehen mit nichts von dem, was sie hatten, in die Freiheit. Das ist der Preis, den sie dafür bezahlen. Wenn es ihnen überhaupt gelingt, durchzukommen. Denn sonst gehen sie in die Gefängnisse. Sie wissen, dass sie in der neuen Wirklichkeit wieder ganz von vorn und von unten anfangen müssen. Diese Wirklichkeit verspricht nichts auf kürzere oder längere Termine. Sie gibt jedem nur die Freiheit, dass er schaffen und leben kann, wie er will. Und das ist ihnen wertvoller als der tägliche Zwang und Druck, der zwanzig Jahre anhalten soll und ihnen auch dann nicht die Freiheit bringen, sondern sie nur nach ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen, wie es so schön heißt, entlohnen soll. Vier Millionen Menschen haben die Zone in den letzten sechzehn Jahren verlassen und das System zum Ausbluten gebracht. Heute, wo die Klappe geschlossen werden soll, wird die Flucht zu einem Strom, der morgen zu einer Springflut und übermorgen zu einer Katastrophe werden kann. Und dies in einem Augenblick, in dem Chruschtschow der Welt ein Programm verkündet, in dem er ihr den endgültigen Sieg des Kommunismus verheißt Und während die Akteure des Kreml im Vordergrund der Bühne ein Schauspiel abrollen lassen, das immer unglaubwürdiger und verlogener wird, während ihre Handlanger auf deutschem Boden auf den Fernsehschirmen der Zone immer mehr wie schlechte Schmierenschauspieler wirken, denen die Unwahrheit auf den Gesichtern geschrieben steht, verlassen die Mitspieler und Zuschauer den Saal und gehen davon. Und das Stück wird nur deshalb nicht vor leeren Sitzen weitergespielt, weil die Saaltüren verrammelt und die Ausgänge mit Maschinenpistolen gesichert werden. Die kommunistischen Akteure auf europäischem Boden wissen, dass das Stück vor dem

deutschen Publikum durchgefallen und dass das Spiel verloren ist...“²⁸³⁶ Mit kleinen Kürzungen und leichten inhaltlichen Änderungen wurde dieser sicher einen Höhepunkt darstellende Leitartikel unter dem Titel: „Wenn das Spiel verloren ist...“ am 5. August veröffentlicht.²⁸³⁷ Übrigens stellte der 9. August mit 1926 geflüchteten Personen einen Rekord im Aufkommen pro Tag dar.²⁸³⁸ Wie ein vergleichender Seitenblick zeigt, befasste sich „Bild“ seltener aber aufrüttelnder und eindringlicher mit dem Flucht-Thema. Die Beiträge variierten hier von zumindest mittelgroßer bis großer Aufmachung. Als probate Mittel zur Erzeugung von Publikumswirkung fanden fette – allerdings ziemlich selten appellative – Überschriften und große Fotos Verwendung sowie die Präsentation berührender Einzelschicksale oder spektakulärer Umstände.²⁸³⁹ „Bild“ stellte ebenfalls bisweilen die Fluchten einzelner bzw. weniger Personen und aktuelle Zahlenmeldungen in den Vordergrund.²⁸⁴⁰ Der Ausbruch von Panik in der „Zone“ wurde auf gröbste Weise präsentiert. Es war wiederholt davon die Rede, dass es sich um eine Massenflucht wie 1953 handelte.²⁸⁴¹ Eine Überschrift lautete beispielsweise: „Pankow ist verzweifelt!“²⁸⁴² Nach dem Mauerbau wurde das restliche Fluchtaufkommen aufmachungsmäßig noch einmal merklich hochgefahren, gerade bei tragischem Ausgang.²⁸⁴³ Die Kampagne von „Bild“ mag auf gröbere und schreiendere Weise eine Parallele zu derjenigen des Renommierblatts darstellen. Die Vorbereitungen für den Mauerbau entgingen der „Welt“-Redaktion übrigens fast vollständig. Nur im März fand sich ein vereinzelter Hinweis, dass es Anzeichen gab, Ost-Berlin durch umfassende Sicherheitsmaßnahmen abzuriegeln. Eine Spezialtruppe sei schon bereitgestellt, technisch sei die Herablassung eines „Eisernen Vorhangs“ mit Scheinwerfern, Maschinengewehrtürmen und Stacheldrahtverhauen möglich. Lediglich aus Furcht vor der verheerenden propagandistischen Wirkung und wegen der Verschärfung der Spannungen unterbleibe bislang ein Vorgehen. Der Journalist schwächte mit zusammengetragenen Argumenten diese – irgendwie doch nicht recht geglaubte – Gefahr aber wieder ab.²⁸⁴⁴ Der Verleger verfolgte indessen beunruhigt die

²⁸³⁶ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 43, Typoskripte und Manuskripte Zehrs: „Der große Alldruck“, 5.8.1961, S. 1-3.

²⁸³⁷ Nr. 180, 5.8.1961, S. 1.

²⁸³⁸ Steininger: 17. Juni 1953, S. 74.

²⁸³⁹ Beispielsweise „Bild“ Nr. 42, 18.2.1961, S. 1, eine Filmbesprechung zum Thema: Nr. 65, 17.3.1961, S. 14, Nr. 75, 29.3.1961, S. 5, Nr. 76, 30.3.1961, S. 2, Nr. 112, 16.5.1961, S. 2, Nr. 127, 3.6.1961, S. 6, Nr. 161, 14.7.1961, S. 2, Nr. 162, 15.7.1961, S. 2, Nr. 164, 18.7.1961, S. 1, Nr. 171, 26.7.1961, S. 1, Nr. 174, 29.7.1961, S. 1, 1.8.1961, S. 4, Nr. 180, 5.8.1961, S. 3, Nr. 183, 9.8.1961, S. 10.

²⁸⁴⁰ „Bild“ Nr. 78, 4.4.1961, S. 1, Nr. 130, 7.6.1961, S. 1, Nr. 158, 11.7.1961, S. 1, Nr. 160, 13.7.1961, S. 1, Nr. 163, 17.7.1961, S. 1, Nr. 184, 10.8.1961, S. 1, Nr. 191, 18.8.1961, S. 9 und S. 14.

²⁸⁴¹ „Bild“ Nr. 161, 14.7.1961, S. 1, Nr. 164, 18.7.1961, S. 8.

²⁸⁴² „Bild“ Nr. 177, 2.8.1961, S. 10.

²⁸⁴³ Beispielsweise „Bild“ 15.8.1961, S. 5, Nr. 195, 23.8.1961, S. 2, Nr. 200, 29.8.1961, S. 1, Nr. 207, 6.9.1961, S. 1 und S. 10, Nr. 214, 14.9.1961, S. 2, Nr. 222, 23.9.1961, S. 1, Nr. 231, 4.10.1961, S. 1, Nr. 233, 6.10.1961, S. 1, Nr. 234, 7.10.1961, S. 10, Nr. 243, 18.10.1961, S. 10.

²⁸⁴⁴ Nr. 66, 18.3.1961, S. 33.

Entwicklung in der DDR; er wies hochrangige deutsche und amerikanische Vertreter auf die Möglichkeit einer Abriegelung durch den Osten hin.²⁸⁴⁵ Die Redaktion hatte keine Kenntnis vom östlichen Vorhaben.²⁸⁴⁶ Am 2. August berichtete das Blatt über den Plan die Sektorengrenze abzuriegeln. Hierbei wurde aber an eine Unterbrechung des bisher durchgängig laufenden S- und U-Bahn-Verkehrs für eine genaue Ausweis- und Gepäckkontrolle gedacht.²⁸⁴⁷ Die „Welt“ informierte acht Tage später über die Ankündigung der SED, das „Hintertürchen“ (Berlin) zu schließen.²⁸⁴⁸ Wegen der Täuschung mit der Koppelung an den Friedensvertrag schienen einschneidende Maßnahmen nicht unmittelbar bevorzustehen. Schließlich war am 12.8. dann von geplanten Maßnahmen zur Eindämmung der Massenflucht die Rede.²⁸⁴⁹ Nach dem Mauerbau wurde – gar nicht so selten – das Restaufkommen an Fluchten auf die übliche, nicht arg überzogene Weise aufbereitet.²⁸⁵⁰ Dramatische Aktionen²⁸⁵¹ und Tragödien²⁸⁵² erhielten allerdings besondere Beachtung. Dem Publikum wurde nun dargelegt, dass einzelne hochqualifizierte Personen es vorzogen, nicht mehr in die DDR zurückzukehren.²⁸⁵³ Die apologetische Aussage Naehers, derzufolge die Berichterstattung der Springer-Blätter der tatsächlichen Lage entsprach,²⁸⁵⁴ trifft jedenfalls für dieses Jahr im Wesentlichen für die „Welt“ zu. Wenn auch die Widrigkeit der Verhältnisse gebetsmühlenhaft an das Publikum herangetragen wurde, blieben die konkreten Gründe zum Verlassen der DDR eher wenig thematisiert. Mit dieser Praxis entsprach die Redaktion der vom Verleger 1958 ausdrücklich formulierten Prämisse²⁸⁵⁵ wohl nicht zufriedenstellend. Neben Befürchtungen wegen der Verschärfung der internationalen Spannungen wurden behördliche Bevormundung,

²⁸⁴⁵ Naehes, S. 143 f.

²⁸⁴⁶ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

²⁸⁴⁷ Nr. 177, 2.8.1961, S. 2.

²⁸⁴⁸ Nr. 184, 10.8.1961, S. 2.

²⁸⁴⁹ Nr. 186, 12.8.1961, S. 1,

²⁸⁵⁰ Nr. 187, 14.8.1961, S. 3, Nr. 188, 15.8.1961, S. 1, Nr. 191, 18.8.1961, S. 1, S. 2, Nr. 194, 22.8.1961, S. 4, in besonders gelungener Weise: Nr. 196, 24.8.1961, S. 3, Nr. 200, 29.8.1961, S. 2, Nr. 204, 2.9.1961, S. 2, Nr. 210, 9.9.1961, S. 1, Nr. 212, 12.9.1961, S. 1, Nr. 215, 15.9.1961, S. 1, S. 2, Nr. 217, 18.9.1961, S. 5, Nr. 222, 23.9.1961, S. 2, Nr. 228, 30.9.1961, S. 2, Nr. 231, 4.10.1961, S. 1: die darin vorgestellte Flucht einer kompletten Dorfgemeinschaft wird ausführlich und mit Foto in: Nr. 233, 6.10.1961, S. 3 thematisiert; Nr. 237, 11.9.1961, S. 1, Nr. 248, 24.10.1961, S. 1, Nr. 249, 25.10.1961, S. 2, Nr. 253, 30.10.1961, S. 1, Nr. 254, 31.10.1961, S. 2, Nr. 257, 3.11.1961, S. 2, Nr. 260, 7.11.1961, S. 1, Nr. 261, 8.11.1961, S. 2, Nr. 269, 17.11.1961, S. 2, Nr. 271, 20.11.1961, S. 2, Nr. 278, 29.11.1961, S. 2, Nr. 298, 22.12.1961, S. 3, Nr. 299, 23.12.1961, S. 2, Nr. 300, 27.12.1961, S. 2. Im Zeitraum von August 1961 bis Ende des Jahres 1988 kamen noch ca. 235.000 Personen über „Republikflucht“ in den Westen, wobei 40.000 davon die ostdeutsche Grenzsicherung überwandten. Hier wiederum gelang es ca. 5000 Menschen einen Weg durch die Berliner Mauer zu finden, die bis 1964 noch lückenhaft war. So: Wolfrum: Die Mauer, S. 65 ff.

²⁸⁵¹ Nr. 187, 14.8.1961, S. 2, Nr. 189, 16.8.1961, S. 2, Nr. 211, 11.9.1961, S. 1, Nr. 244, 19.10.1961, S. 2, Nr. 253, 30.10.1961, S. 1, Nr. 256, 2.11.1961, S. 2, Nr. 269, 17.11.1961, S. 2, Nr. 284, 6.12.1961, S. 1, Nr. 298, 22.12.1961, S. 3.

²⁸⁵² Nr. 232, 5.10.1961, S. 1, Nr. 233, 6.10.1961, S. 2, Nr. 234, 7.10.1961, S. 2, Nr. 240, 14.10.1961, S. 1, Nr. 244, 19.10.1961, S. 1, Nr. 288, 11.12.1961, S. 1.

²⁸⁵³ Nr. 202, 31.8.1961, S. 1, Nr. 220, 21.9.1961, S. 1, Nr. 229, 2.10.1961, S. 1, Nr. 230, 3.10.1961, S. 1.

²⁸⁵⁴ Naehes, S. 145.

²⁸⁵⁵ Jacobi: Der Verleger Axel Springer, S. 177.

Versorgungsschwierigkeiten und die Hoffnung auf Besserung genannt.²⁸⁵⁶ Nach Darstellung der „Welt“ stand die Freiheit und nicht etwa das Wirtschaftswunder im Vordergrund.²⁸⁵⁷ Der Verleger war ebenfalls der Auffassung, dass der Mensch nicht allein vom Brot lebte; er hielt das Freiheitsbedürfnis für entscheidend.²⁸⁵⁸ Wenn auch bei den Motiven eine Gemengelage herrschte, so spielten wirtschaftliche Erwartungen doch tatsächlich eine erheblich größere Rolle als etwa politische Gründe.²⁸⁵⁹ Das Motiv-Spektrum war ausgesprochen breit gefächert, wobei oftmals eine Bündelung vorgelegen haben konnte und die Migranten sich nicht zwingend des letztlich ausschlaggebenden Punkts bewusst gewesen sein mochten.²⁸⁶⁰ Erst nachträglich eröffnete Mauz übrigens, dass die Bürger der Bundesrepublik von der Dramaturgie des Flüchtlingsschauspiels schon ermüdet waren; sie waren die wöchentlichen Zahlen und selbst die Steigerung der Zahlen gewohnt.²⁸⁶¹ Lediglich ausnahmsweise thematisierte die „Welt“ die Rückwanderung in den Osten. Dabei ging es vorwiegend um die Richtigstellung der von der DDR-Führung gemachten falschen Angaben. Es war aber schon erkennbar, dass die Migration nicht völlig marginal war.²⁸⁶² Die Zahlen waren auch tatsächlich gar nicht so gering.²⁸⁶³ Mit dieser Meldung verstieß die Redaktion eigentlich gegen die ausdrückliche Weisung Springers, die Rückwanderung nicht zu thematisieren.²⁸⁶⁴ Schledtmut bedachte diese Personengruppe später mit Hohn und tat sie als Spitzbuben, Agenten, törichte Aufschneider, gescheiterte Existenzen und Ahnungslose ab.²⁸⁶⁵ Damit lag er wohl innerhalb des abgesteckten Fahrwassers. Weil der Verleger sich mit seinen Sorgen über die Entwicklung in der DDR von der US-Regierung nicht ausreichend ernst genommen fühlte, wies er seine Chefredakteure an, unerbittlich das Unrecht im Osten anzuprangern, um Aufmerksamkeit

²⁸⁵⁶ Nr. 161, 14.7.1961, S. 3.

²⁸⁵⁷ Etwa: Nr. 176, 1.8.1961, S. 3.

²⁸⁵⁸ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: „Vergeßt uns nicht“, handschriftliche Aufzeichnungen von AS vom 13.7.1959.

²⁸⁵⁹ Heidemeyer, S. 56 f. Auch Roesler sieht nur eine Minderheit aus politischen Gründen fliehen und die Mehrzahl der Migranten von ökonomischen Erwägungen geleitet, wobei das attraktivere Einkommen wie das Warenangebot eine Rolle spielte. So: Roesler, S. 25 ff.

Gerade im Unterschied zu erlebten entbehrensreichen Zeiten erschien der Aufschwung als Wunder. Zudem stiegen in der Bundesrepublik die Renten seit 1957 erheblich, so dass aus einer Beihilfe für die Lebenshaltung ein Lohnersatz wurde. Auch die sozialen Sicherungen gegen Krankheit, Unfall und Arbeitsausfall wurden verbessert. So: von Prollius, S. 88 und S. 100 ff.

²⁸⁶⁰ Roesler, S. 23.

²⁸⁶¹ Nr. 189, 16.8.1961, S. 1.

²⁸⁶² Nr. 17, 20.1.1961, S. 2, in: Nr. 46, 23.2.1961, S. 2 wurde vorgestellt wie die SED Druck auf Ost-Zeitungen ausübte, um Propaganda mit den Rückkehrern zu machen, in: Nr. 119, 25.5.1961, S. 2 wurde hauptsächlich die Flucht in den Westen behandelt; im letzten Absatz aber auf die Rückwanderung eingegangen.

²⁸⁶³ Heidemeyer macht dabei widersprüchliche Angaben in S. 38 Tabelle 1 und S. 44 Tabelle 3. Roesler nennt für die Zeit von Anfang 1951 bis zum Mauerbau 588.000 West-Ost-Wanderer; in den Jahren 1954-61 waren 50-75% davon allerdings DDR-Rückkehrer. So: Roesler, S. 12, S. 14.

²⁸⁶⁴ Jacobi: Der Verleger Axel Springer, S. 177.

²⁸⁶⁵ Nr. 37, 13.2.1961, S. 3

zu erzielen.²⁸⁶⁶ Das publizistische Organ berieselte kontinuierlich und eher beiläufig das Publikum mit Meldungen über das sozialistische Gesellschaftssystem, das in der medialen Optik aus politischer Indoktrination,²⁸⁶⁷ Kirchenfeindlichkeit,²⁸⁶⁸ zumeist fragwürdiger Rechtspflege²⁸⁶⁹ und hartem Strafvollzug bestand.²⁸⁷⁰ Dabei wurde wie alljährlich die Zahl von 10.000 politischen Häftlingen wiederholt²⁸⁷¹ und an die Toten im Konzentrationslager Sachsenhausen²⁸⁷² nach dem Krieg erinnert.²⁸⁷³ Recht selten wurde die bei den Journalisten wenig Anklang findende kommunistische Kulturgestaltung thematisiert.²⁸⁷⁴ Mit Akribie wurde – vorwiegend auf sachlich klingende Weise, bisweilen auch in hämischen Ton – die Mangelwirtschaft in allen ihren Facetten thematisiert.²⁸⁷⁵ Besondere Beachtung fand die Problematik der Landwirtschaft.²⁸⁷⁶ Ende Juni informierte das Blatt über das Angebot der Bundesregierung, im Notfall der DDR Lebensmittel kostenlos anzubieten, was das Regime als Propaganda-Schwindel abtat.²⁸⁷⁷ Die Journalisten machten auch auf ein neues

²⁸⁶⁶ Naeyer, S. 144.

²⁸⁶⁷ Nr. 45, 22.2.1961, S. 1, Nr. 50, 28.2.1961, S. 1, S. 2, in: Nr. 70, 23.3.1961, S. 3 wurde die gezielte Täuschung ausländischer Besucher thematisiert, Nr. 73, 27.3.1961, S. 1, Nr. 141, 21.6.1961, S. 4, Nr. 154, 6.7.1961, S. 2, Nr. 228, 30.9.1961, S. 2, Nr. 241, 16.10.1961, S. 3.

²⁸⁶⁸ Nr. 10, 12.1.1961, S. 1, Nr. 30, 4.2.1961, S. 1, Nr. 37, 13.2.1961, S. 1, Nr. 60, 11.3.1961, S. 1, Nr. 60, 11.3.1961, S. 3, Nr. 61, 13.3.1961, S. 2, Nr. 63, 15.3.1961, S. 4, Nr. 141, 21.6.1961, S. 1, Nr. 157, 10.7.1961, S. 1, Nr. 159, 12.7.1961, S. 1, Nr. 161, 14.7.1961, S. 1, Nr. 204, 2.9.1961, S. 1, Nr. 205, 4.9.1961, S. 1, in: Nr. 239, 13.10.1961, S. 1 wurde ein Arrangement von Kirche und Staat bzw. die Gründung einer eigenen Nationalkirche thematisiert, Nr. 255, 1.11.1961, S. 3, Nr. 273, 22./23.11.1961, S. 1.

²⁸⁶⁹ Nr. 10, 12.1.1961, S. 4, Nr. 34, 9.2.1961, S. 2, Nr. 35, 10.2.1961, S. 2, Nr. 97, 26.4.1961, S. 5, Nr. 141, 21.6.1961, S. 1, Nr. 147, 28.6.1961, S. 2, Nr. 185, 11.8.1961, S. 2, Nr. 188, 15.8.1961, S. 2.

²⁸⁷⁰ Nr. 84, 11.4.1961, S. 1.

²⁸⁷¹ Nr. 79, 5.4.1961, S. 1, Nr. 303, 30.12.1961, S. 2.

²⁸⁷² Im Ortsteil Sachsenhausen in Oranienburg bestand von 1933-45 ein nationalsozialistisches Konzentrationslager, in dem bis 1945 mehr als 200.000 Menschen inhaftiert wurden. Von ihnen starben etwa 100.000. 1945-50 betrieben die Sowjets darin ein Internierungslager. Seit 1961 ist es eine Mahn- und Gedenkstätte.

²⁸⁷³ Nr. 93, 21.4.1961, S. 2.

²⁸⁷⁴ Etwa: Nr. 51, 1.3.1961, S. 1, Nr. 72, 25.3.1961, S. 68 „Geistige Welt“, Nr. 104, 5.5.1961, S. 28, Nr. 115, 19.5.1961, S. 12.

²⁸⁷⁵ Nr. 6, 7.1.1961, S. 2, Nr. 15, 18.1.1961, S. 1, Nr. 20, 24.1.1961, S. 1 und S. 2, Nr. 29, 3.2.1961, S. 2, Nr. 30, 4.2.1961, S. 2, Nr. 39, 15.2.1961, S. 3, Nr. 43, 20.2.1961, S. 9, Nr. 53, 3.3.1961, S. 2, Nr. 59, 10.3.1961, S. 1, Nr. 68, 21.3.1961, S. 1, Nr. 68, 21.3.1961, S. 3, Nr. 69, 22.3.1961, S. 2, Nr. 77, 1.4.1961, S. 2, Nr. 79, 5.4.1961, S. 1, S. 2, Nr. 88, 15.4.1961, S. 1, Nr. 90, 18.4.1961, S. 2, S. 3, Nr. 96, 25.4.1961, S. 2, Nr. 126, 2.6.1961, S. 2, Nr. 127, 3.6.1961, S. 2, Nr. 130, 7.6.1961, S. 2, Nr. 132, 9.6.1961, S. 15, Nr. 141, 21.6.1961, S. 2, Nr. 142, 22.6.1961, S. 22, Nr. 144, 24.6.1961, S. 1, Nr. 145, 26.6.1961, S. 3, Nr. 149, 30.6.1961, S. 1, Nr. 154, 6.7.1961, S. 2, Nr. 157, 10.7.1961, S. 2, Nr. 160, 13.7.1961, S. 2, Nr. 178, 3.8.1961, S. 1, Nr. 190, 17.8.1961, S. 1, Nr. 203, 1.9.1961, S. 1, Nr. 211, 11.9.1961, S. 2, Nr. 225, 27.9.1961, S. 2, Nr. 230, 3.10.1961, S. 3, Nr. 233, 6.10.1961, S. 15, Nr. 234, 7.10.1961, S. 2, Nr. 245, 20.10.1961, S. 2, Nr. 246, 21.10.1961, S. 2, Nr. 254, 31.10.1961, S. 2, Nr. 256, 2.11.1961, S. 2, Nr. 260, 7.11.1961, S. 2, Nr. 262, 9.11.1961, S. 17, in: Nr. 265, 13.11.1961, S. 11 wurde die Abhängigkeit von westlichen Lieferungen thematisiert, Nr. 275, 25.11.1961, S. 3, Nr. 283, 5.12.1961, S. 2, Nr. 285, 7.12.1961, S. 3, in: Nr. 289, 12.12.1961, S. 1 putzte selbst die eigentlich positive Meldung, dass es zum ersten Mal seit Monaten Apfelsinen in Ost-Berlin zu kaufen gab das Regime herunter.

²⁸⁷⁶ Nr. 141, 21.6.1961, S. 2, Nr. 143, 23.6.1961, S. 2, Nr. 144, 24.6.1961, S. 1, Nr. 147, 28.6.1961, S. 2, Nr. 149, 30.6.1961, S. 2, Nr. 168, 22.7.1961, S. 2, Nr. 178, 3.8.1961, S. 1, in: Nr. 182, 8.8.1961, S. 3 wird die Drangsalierung des Bauern Fink behandelt, Nr. 183, 9.8.1961, S. 4, Nr. 230, 3.10.1961, S. 3, Nr. 245, 20.10.1961, S. 2.

²⁸⁷⁷ Nr. 148, 29.6.1961, S. 1.

Phänomen aufmerksam. Wegen der befürchteten Enteignung boten Besitzer ihre Mehrfamilienhäuser massenhaft zu Schleuderpreisen zum Verkauf an.²⁸⁷⁸ Die Redaktion stellte die üblichen Meldungen über Unzufriedenheit zusammen. Normerhöhungen sorgten für Widerwillen bei den Arbeitnehmern.²⁸⁷⁹ Wegen des Arbeitskräftemangels wurden Frauen verstärkt im Berufsleben gefordert.²⁸⁸⁰ Ein Gipfel der Schreckensnachrichten war, dass sogar Großmütter als Arbeitskräfte eingeplant wurden.²⁸⁸¹ Redaktionelle Häme klang an, weil auch Funktionärsfrauen an die Werkbank gerufen wurden.²⁸⁸² Positive Meldungen ließen sich hingegen an einer Hand abzählen.²⁸⁸³ Nur im Einzelfall wurde eingeräumt, dass die DDR-Wirtschaft trotz ungünstiger Startbedingungen immerhin 25-30% des westdeutschen Industriepotentials erreichte und nicht unterschätzt werden sollte.²⁸⁸⁴ Selbst bei der Planung eines groß angelegten Hotelkomplexes, der im Westen sicher für gut geheißen worden wäre, registrierten die Journalisten Widerstand der Bevölkerung.²⁸⁸⁵ Unter dem Blickwinkel der gewohnten Schwarzmalerei wurden recht viele Aspekte des Lebens in einem anderen System thematisiert. Bei den Menschen wurde überwiegend Resignation beobachtet. Notiert wurden aber auch Zeichen des Arrangements der Bevölkerung mit dem Regime.²⁸⁸⁶ Weinert meinte einschränkend bei der nach dem Mauerbau zu beobachtenden Eintrittswelle in die SED, dass nicht alle neuen Mitglieder wirklich Kommunisten waren.²⁸⁸⁷ Die „Welt“ legte auch dar, dass die Jugendorganisation²⁸⁸⁸ und das ideologisch durchgesetzte Repertoire der Theater wenig Anklang fanden.²⁸⁸⁹ Conrad deutete die nationale Propaganda des Regimes als Mittel, um die Jugend zu begeistern und die Bereitschaft für Einschränkungen zu steigern.²⁸⁹⁰ Bei der Leipziger Messe berichtete ein Journalist über Unmutsäußerungen am Rande der Renommierschau. Ein Taxifahrer meinte: „Die Brüder sollen ihren Laden zumachen, das wird ja doch nichts.“²⁸⁹¹ Gelder sah bei dieser Veranstaltung übrigens die wirtschaftliche Funktion hinter den politischen Zweck zurücktreten: „Mit kindlichem Jubel wird jede westliche Nation, die den Kreis der Ausstellerstaaten erweitert, in Leipzig begrüßt – und

²⁸⁷⁸ Nr. 248, 24.10.1961, S. 3.

²⁸⁷⁹ Nr. 77, 1.4.1961, S. 2.

²⁸⁸⁰ Nr. 35, 10.2.1961, S. 2, Nr. 57, 8.3.1961, S. 20, Nr. 136, 14.6.1961, S. 1.

²⁸⁸¹ Nr. 123, 30.5.1961, S. 3.

²⁸⁸² Nr. 142, 22.6.1961, S. 2.

²⁸⁸³ Nr. 94, 22.4.1961, S. 24, Nr. 133, 10.6.1961, S. 12, Nr. 147, 28.6.1961, S. 19, Nr. 176, 1.8.1961, S. 15, in: Nr. 190, 17.8.1961, S. 1 räumte Gelder in einem langen Beitrag über die Versorgungskrise immerhin ein, dass die DDR-Wirtschaft neben der Tschechoslowakei das einzige hochleistungsfähige Wirtschaftsgebiet mit langer industrieller Tradition war.

²⁸⁸⁴ Nr. 73, 27.3.1961, S. 2.

²⁸⁸⁵ Nr. 115, 19.5.1961, S. 24.

²⁸⁸⁶ Etwa: Nr. 73, 27.3.1961, S. 1.

²⁸⁸⁷ Nr. 207, 6.9.1961, S. 3.

²⁸⁸⁸ Nr. 50, 28.2.1961, S. 2.

²⁸⁸⁹ Nr. 51, 1.3.1961, S. 1.

²⁸⁹⁰ Nr. 113, 17.5.1961, S. 1.

²⁸⁹¹ Nr. 60, 11.3.1961, S. 24.

sei es auch nur ein Zwergstaat, der sich durch eine Lippenstiftfabrik vertreten lässt. In Leipzig poliert die Zone ihr Selbstbewusstsein auf.²⁸⁹² Der Springer-Verlag und die „Welt“-Verlagsgesellschaft lehnten folgerichtig dann die Veröffentlichung von Werbeanzeigen für die Herbstmesse ab.²⁸⁹³ Im Blatt wurde auch ein sich gegen die Teilnahme an der Veranstaltung aussprechender Appell einer Unternahmergemeinschaft abgedruckt.²⁸⁹⁴ Die stickige Lebensweise im Sozialismus sezierte Weinert genüsslich anhand der Nachrichtenblätter Ost-Berliner Stadtbezirke. Sozialistische Aktivitäten bestanden demnach vorzugsweise im Sammeln von Küchenabfällen, Lumpen, Geld und im gemeinschaftlichen Fernsehempfang in gekalkten Kellerräumen.²⁸⁹⁵ Das Negativbild einer gewiss nicht erstrebenswerten Gesellschaftsform war wieder unerträglich einseitig. Was ließ sich in dieser Weise nicht auch über die Kehrseiten der Bundesrepublik – beispielsweise in einer Auflistung von Unfalltoten, Ehescheidungen, Auswüchsen des krassen Materialismus und die Härte des Konkurrenzkampfs in der Ellenbogengesellschaft – schreiben. Als ob es in der DDR nicht auch Aufbauerfolge, bescheidenen Wohlstand, berufliche Zufriedenheit, Arbeitsplatzsicherheit und privates Glück gab. Dass die Flucht vieler hochqualifizierter Personen gleichzeitig eine tolle berufliche Chance für die zurückbleibenden Mittelmäßigen bedeutete, wurde niemals thematisiert. Die Journalisten berücksichtigten bei ihrer Arbeit wohl den Grundsatz, nach dem manipulatives Vorgehen mit publizistischen Mitteln sich an der selektiven menschlichen Wahrnehmung orientiert, die dafür sorgt, dass nur solche Informationen angenommen werden, die schon gefestigten Überzeugungen entsprechen.²⁸⁹⁶ Nach dem Mauerbau informierte Rudolf Freund über die Siegesfeier einer Betriebskampfgruppe in einer Kneipe und ließ wissen, dass der Kommandeur Schwächlichkeit und Entschlusslosigkeit des Westens verhöhnte.²⁸⁹⁷ Hierbei mag es sich um eine vorsichtig platzierte Spitze gehandelt haben, die dem Empfinden des Verlegers aber auch dem weiter Kreise entsprochen haben dürfte. Im Feuilleton wurde dann ein Brief Stephan Hermlins²⁸⁹⁸ abgedruckt, der dem Bauwerk seiner Regierung zustimmte.²⁸⁹⁹ Es hat übrigens durchaus in vielen Formen Protest der Bevölkerung gegeben. Dazu zählten Arbeitsniederlegungen, Gewalt gegen Volkspolizei und

²⁸⁹² Nr. 61, 13.3.1961, S. 1.

²⁸⁹³ Nr. 177, 2.8.1961, S. 2.

²⁸⁹⁴ Nr. 189, 16.8.1961, S. 11, in: Nr. 190, 17.8.1961, S. 2 wurde zudem abgedruckt, dass sich auch Brandt gegen die Teilnahme wandte: „Wer auf der Messe noch Geschäfte machen will, der soll gleich dort bleiben.“

²⁸⁹⁵ Nr. 126, 2.6.1961, S. 3.

²⁸⁹⁶ Arens nennt diesen Grundsatz auf S. 11.

²⁸⁹⁷ Nr. 194, 22.8.1961, S. 3.

²⁸⁹⁸ Hermlin, Stephan, eigentlich Rudolf Leder, (*13.4.1915, gest. 7.4.1997) war Schriftsteller. Er lebte von 1936-45 in der Emigration und kehrte 1947 nach Ost-Berlin zurück. Er verfasste Lyrik zum antifaschistischen Widerstand und zum sozialistischen Aufbau.

²⁸⁹⁹ Nr. 196, 24.8.1961, S. 9.

Betriebskampfgruppen sowie von Militär zerstreute Demonstrationen.²⁹⁰⁰ Dies wurde von der „Welt“ jedoch nicht wahrgenommen. Die Redaktion verfolgte aber in vielen Bereichen aufmerksam wie das Regime die Zügel anzog. Im Arbeitsleben wurden verstärkt Entlassungen, Gehaltskürzungen und der Abbau von Arbeitnehmer-Rechten beobachtet.²⁹⁰¹ Die Journalisten informierten über die Fortführung der Kollektivierung,²⁹⁰² die Verstärkung der militärischen Erfassung²⁹⁰³ und die Perfektionierung der Grenzsicherung.²⁹⁰⁴ Politischer Druck²⁹⁰⁵ und die Verschärfung des Justiz-Kurses wurden vor Augen geführt;²⁹⁰⁶ ja es war sogar von einer Welle des Terrors die Rede.²⁹⁰⁷ Vielleicht auch um die bestehende Ohnmacht abzumildern, wurde die westliche Reaktion in Gestalt der Etablierung der Zentralstelle zur Erfassung von politischen Verbrechen in Hannover vorgestellt.²⁹⁰⁸ Die erzwungene Kappung möglichst aller Kontakte nach dem Westen²⁹⁰⁹ und die Unterbindung des Westempfangs wurden notiert.²⁹¹⁰ Bereits zu einem früheren Zeitpunkt wurde der Verleger über die Verhängung von Gefängnisstrafen oder die Zerstörung von Empfangsgeräten als staatliche Reaktion auf das Sehen von Westfernsehen informiert.²⁹¹¹ Für die Redaktion wurde es offenbar zunehmend schwieriger, Eindrücke im Osten zu sammeln. Berichte zukommen zu lassen war nicht ungefährlich für die dortigen

²⁹⁰⁰ Wolfrum: Die Mauer, S. 22 f.

²⁹⁰¹ in: Nr. 197, 25.8.1961, S. 3 wurde auch sonst das Leben in Ost-Berlin thematisiert, Nr. 209, 8.9.1961, S. 1, Nr. 278, 29.11.1961, S. 2, Nr. 301, 28.12.1961, S. 2, Nr. 303, 30.12.1961, S. 2.

²⁹⁰² Nr. 209, 8.9.1961, S. 2, Nr. 258, 4.11.1961, S. 2.

²⁹⁰³ Nr. 191, 18.8.1961, S. 1, Nr. 192, 19.8.1961, S. 2, Nr. 199, 28.8.1961, S. 1, Nr. 208, 7.9.1961, S. 1, Nr. 209, 8.9.1961, S. 1, Nr. 215, 15.9.1961, S. 2, Nr. 218, 19.9.1961, S. 1, Nr. 220, 21.9.1961, S. 1, Nr. 227, 29.9.1961, S. 2, Nr. 230, 3.10.1961, S. 2, Nr. 237, 11.10.1961, S. 1, Nr. 262, 9.11.1961, S. 2.

²⁹⁰⁴ Nr. 39, 15.2.1961, S. 1, Nr. 204, 2.9.1961, S. 2, Nr. 214, 14.9.1961, S. 1, Nr. 220, 21.9.1961, S. 1, Nr. 222, 23.9.1961, S. 2, Nr. 223, 25.9.1961, S. 1, Nr. 224, 26.9.1961, S. 1, Nr. 225, 27.9.1961, S. 2, Nr. 226, 28.9.1961, S. 2, Nr. 229, 2.10.1961, S. 2, Nr. 230, 3.10.1961, S. 1, Nr. 232, 5.10.1961, S. 2, Nr. 243, 18.10.1961, S. 1, Nr. 247, 23.10.1961, S. 2, Nr. 249, 25.10.1961, S. 2, Nr. 256, 2.11.1961, S. 2, Nr. 271, 20.11.1961, S. 1, Nr. 272, 21.11.1961, S. 1, S. 2, Nr. 273, 22./23.11.1961, S. 16, Nr. 282, 4.12.1961, S. 2, Nr. 283, 5.12.1961, S. 2.

²⁹⁰⁵ Nr. 194, 22.8.1961, S. 3, Nr. 208, 7.9.1961, S. 2, Nr. 213, 13.9.1961, S. 1, Nr. 221, 22.9.1961, S. 2, Nr. 223, 25.9.1961, S. 3, Nr. 224, 26.9.1961, S. 2, Nr. 226, 28.9.1961, S. 5, Nr. 227, 29.9.1961, S. 2, Nr. 228, 30.9.1961, S. 2, Nr. 230, 3.10.1961, S. 2, Nr. 241, 16.10.1961, S. 3, Nr. 244, 19.10.1961, S. 2, Nr. 250, 26.10.1961, S. 2, Nr. 281, 2.12.1961, S. 2, Nr. 284, 6.12.1961, S. 3, Nr. 297, 21.12.1961, S. 2, Nr. 302, 29.12.1961, S. 2.

²⁹⁰⁶ Nr. 188, 15.8.1961, S. 2, Nr. 195, 23.8.1961, S. 5, Nr. 197, 25.8.1961, S. 4, Nr. 198, 26.8.1961, S. 2, Nr. 200, 29.8.1961, S. 1, Nr. 201, 30.8.1961, S. 2, Nr. 203, 1.9.1961, S. 2, Nr. 207, 6.9.1961, S. 2, Nr. 208, 7.9.1961, S. 2, Nr. 210, 9.9.1961, S. 2, Nr. 212, 12.9.1961, S. 2, Nr. 214, 14.9.1961, S. 2, Nr. 215, 15.9.1961, S. 2, Nr. 216, 16.9.1961, S. 2, Nr. 219, 20.9.1961, S. 2, Nr. 221, 22.9.1961, S. 2, Nr. 231, 4.10.1961, S. 2, Nr. 232, 5.10.1961, S. 2, Nr. 241, 16.10.1961, S. 1, Nr. 249, 25.10.1961, S. 2, Nr. 250, 26.10.1961, S. 2, Nr. 257, 3.11.1961, S. 2, Nr. 269, 17.11.1961, S. 2, Nr. 292, 15.12.1961, S. 1, Nr. 302, 29.12.1961, S. 2.

²⁹⁰⁷ Nr. 200, 29.8.1961, S. 3, Nr. 210, 9.9.1961, S. 3, Nr. 213, 13.9.1961, S. 1. Bis Anfang September wurden von den Staatsorganen über 6000 Menschen festgenommen; mehr als 3100 verschwanden für Monate und Jahre im Gefängnis. So: Wolfrum: Die Mauer, S. 22.

²⁹⁰⁸ Nr. 233, 6.10.1961, S. 2, Nr. 252, 28.10.1961, S. 2, Nr. 281, 2.12.1961, S. 2.

²⁹⁰⁹ Nr. 171, 26.7.1961, S. 1, Nr. 172, 27.7.1961, S. 2, Nr. 188, 15.8.1961, S. 1, Nr. 192, 19.8.1961, S. 2, Nr. 202, 31.8.1961, S. 2, Nr. 205, 4.9.1961, S. 2, Nr. 226, 28.9.1961, S. 5, Nr. 229, 2.10.1961, S. 2, Nr. 242, 17.10.1961, S. 1, Nr. 261, 8.11.1961, S. 1, Nr. 289, 12.12.1961, S. 2.

²⁹¹⁰ Nr. 195, 23.8.1961, S. 5, Nr. 200, 29.8.1961, S. 1, Nr. 212, 12.9.1961, S. 3.

²⁹¹¹ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Betriebsfest, Hamburg 29.10.1959, Zusammenstellung von Meldungen in Lose-Blatt-Sammlung, S. 4 und S. 7.

Mitarbeiter.²⁹¹² Die Anzahl der Reportagen sank jedenfalls merklich ab,²⁹¹³ damit verminderten sich Farbigkeit und Lebendigkeit der Darstellung. Die Journalisten bezogen ihre Informationen offenbar verstärkt aus publizistischen Organen der DDR und amtlichen Bekanntmachungen. Mit diesem Eindruck korrespondiert, dass die „Welt am Sonntag“ später einen Redakteur auf eine von einem Reisebüro organisierte Kunstreise durch die DDR schickte, um persönliche Begegnungen und Eindrücke zu sammeln, die in einer Reportageserie verwertet werden sollten.²⁹¹⁴ Im Politik-Bereich wurden etwa offenkundige Wahlmanipulationen,²⁹¹⁵ der Ausbau von Ulbrichts Machtposition,²⁹¹⁶ aber auch im Ansatz die Rechtfertigungsnot für den Personenkult um ihn²⁹¹⁷ und die Entfernung der Stalin-Denkmale wahrgenommen.²⁹¹⁸ Die Journalisten rechneten nach, dass 200.000 Mitglieder die SED seit 1958 verlassen hatten.²⁹¹⁹ Für nicht gelinden Schrecken in westdeutschen Ohrensesseln mochte zum Jahresende ein Artikel sorgen, der über DDR-Kampfgruppen informierte, die sich auf die Eroberung der Bundesrepublik vorbereiteten und schon in kleinen Gruppen die örtlichen Gegebenheiten erkundeten.²⁹²⁰ Auch um die Weihnachtszeit präsentierte das Medium Zeichen einer harten Linie des Regimes.²⁹²¹ Ein Pastor erhielt im Blatt ein Forum zur Ausbreitung seiner Erinnerungen an in DDR-Zuchthäusern verbrachte Heiligabende.²⁹²² Die Schäbigkeit der DDR belegte zudem die Meldung der Ausweisung alter arbeitsunfähiger Menschen in den Westen.²⁹²³ Von der der Realität doch relativ angemessenen Aufbereitung des Flucht-Themas abgesehen entspricht die Informationspolitik der „Welt“ insgesamt konsequent der bisher kennengelernten Praxis der Lenkung durch absolute Einseitigkeit. Die manipulierte Leserschaft macht sich schließlich bei einer Information gar keine Gedanken mehr, sondern übernimmt die stereotype Verzerrung als Wirklichkeit.²⁹²⁴

²⁹¹² Nr. 200, 29.8.1961, S. 3.

²⁹¹³ Nr. 214, 14.9.1961, S. 26, Nr. 280, 1.12.1961, S. 16, Nr. 289, 12.12.1961, S. 20.

²⁹¹⁴ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Schriftverkehr im Hause (Welt, WamS, Springer bis 1965), Schreiben an Herrn Menne über die Zonenberichterstattung vom 10.4.1964 und nicht datiertes Schriftstück über dieses Reisevorhaben.

²⁹¹⁵ Nr. 149, 30.6.1961, S. 3, Nr. 217, 18.9.1961, S. 1, Nr. 218, 19.9.1961, S. 2, Nr. 219, 20.9.1961, S. 2.

²⁹¹⁶ Nr. 211, 22.9.1961, S. 3, Nr. 269, 17.11.1961, S. 3, Nr. 273, 22./23.11.1961, S. 2, Nr. 280, 1.12.1961, S. 3.

²⁹¹⁷ Nr. 261, 8.11.1961, S. 2, Nr. 265, 13.11.1961, S. 5, Nr. 266, 14.11.1961, S. 2.

²⁹¹⁸ Nr. 267, 15.11.1961, S. 2, Nr. 268, 16.11.1961, S. 2, Nr. 269, 17.11.1961, S. 3, Nr. 272, 21.11.1961, S. 3, Nr. 274, 24.11.1961, S. 2.

²⁹¹⁹ Nr. 278, 29.11.1961, S. 1.

²⁹²⁰ Nr. 266, 14.11.1961, S. 3.

²⁹²¹ Nr. 289, 12.12.1961, S. 2, Nr. 296, 20.12.1961, S. 2.

²⁹²² Nr. 299, 23.12.1961, S. 25.

²⁹²³ Nr. 298, 22.12.1961, S. 3.

²⁹²⁴ Arens, S. 21.

4.5. Das Jahr 1962

4.5.1. Das politische Ringen

Im Januar wurden Anzeichen einer vorläufigen Beruhigung der internationalen Lage wahrgenommen.²⁹²⁵ Schewe sah übrigens bei einer Bilanz von Chruschtschows Außenpolitik mehr Schatten als Licht.²⁹²⁶ Ins Blickfeld geriet der östliche Vorschlag, direkte deutsch-sowjetische Verhandlungen über offene Fragen zu beginnen. Übereinstimmend mit dem Bundeskanzler wertete die Kommentierung dies als Keil, der zwischen Bonn und die westlichen Verbündeten getrieben werden sollte.²⁹²⁷ Haffner hielt das Angebot, alle Fragen von gemeinsamem Interesse direkt zu verhandeln, hingegen für überlegenswert und sah eine Chance zur Verbesserung der Beziehungen.²⁹²⁸ Schmied weist darauf hin, dass Haffner – anders als viele Beobachter, die eine östliche Finte mit dem Ziel der Beschädigung des bereits angeschlagenen deutsch-amerikanischen Verhältnisses für gegeben hielten – große Hoffnungen mit dem Angebot verband, Spekulationen etwa über die Ersetzung Ulbrichts artikulierte und sich gerade die Folgen der Intensivierung des innerdeutschen Handels auch noch Mitte Januar ausmalte. Auch im Februar noch gab sich der Kolumnist optimistischen Erwartungen für eine deutsch-deutsche Kooperation hin bis sich dies plötzlich wieder gab.²⁹²⁹ Dies entspricht nicht recht der von Schwarz genannten Einschätzung, dass Haffner als kalter Krieger auf die Pauke haute.²⁹³⁰ Das tat er freilich auch; aber in der ihm eigenen Leidenschaft und Widersprüchlichkeit eben nicht nur. Die Redaktion blieb sonst insgesamt der sowjetischen Offerte gegenüber abweisend. Im Kommentar im „Kasten“ lehnte Zehrer das Angebot nach Akzeptanz der Teilung zur Zusammenarbeit überzugehen ab. Er regte sich zudem darüber auf, wie plump im Memorandum die Westmächte madig gemacht wurden.²⁹³¹ Im Leitartikel mit der Überschrift: „Das Geschoß prallte ab“ tat der Bonner Korrespondent Georg Schröder das Memorandum als komisches Manöver zur Anstachelung des deutschen Nationalismus ab.²⁹³² In weiteren Beiträgen quälte er sich damit ab, ob überhaupt direkte Gespräche mit den Sowjets erlaubt waren, und setzte einen Auftrag der Alliierten oder eine Absprache mit Kennedy voraus.²⁹³³ Zehrer zitierte zudem ergänzend in einem Leitartikel eine vertrauenerweckende Erklärung eines präsidentialen Beraters: „Die Verteidigung Berlins ist

²⁹²⁵ Nr. 1, 2.1.1962, S. 1 und S. 4, Nr. 3, 4.1.1962, S. 4, Nr. 4, 5.1.1962, S. 4.

²⁹²⁶ Nr. 11, 13.1.1961, S. 3.

²⁹²⁷ Nr. 6, 8.1.1962, S. 1, Nr. 7, 9.1.1962, S. 1.

²⁹²⁸ Nr. 7, 9.1.1962, S. 3

²⁹²⁹ Schmied zeigt hier auch die Widersprüchlichkeit der Äußerungen Haffners auf, S. 239 f.

²⁹³⁰ Schwarz: Axel Springer, S. 366.

²⁹³¹ Nr. 8, 10.1.1962, S. 1 und: Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 44, Typoskripte und Manuskripte Zehrer: „Mal ganz einfach“, 10.1.1962.

²⁹³² Nr. 9, 11.1.1962, S. 1.

²⁹³³ Nr. 16, 19.1.1962, S. 1. Nr. 33, 8.2.1962, S. 1.

die Verteidigung Europas, und die Verteidigung Europas ist die Verteidigung der Vereinigten Staaten. Es bleibt eines der grundsätzlichen Ziele unserer Europapolitik und unserer Politik in Berlin, dafür zu sorgen, dass das freie deutsche Volk keinen berechtigten Anlass hat, sein in uns gesetztes Vertrauen zu bedauern.²⁹³⁴ Kroll war übrigens der Auffassung, dass die „Welt“ mit von hochrangigen Vertretern des Außenministeriums in Bonn angeregten Artikeln dazu beitragen sollte, eine deutsch-russische Verständigung und ein bereits geplantes Treffen von Adenauer und Chruschtschow zu verhindern.²⁹³⁵ Das Medium registrierte das Stattfinden von russisch-amerikanischen Gesprächen; näheres wurde dabei nicht bekannt.²⁹³⁶ Bei den Unterredungen zwischen Thompson und Gromyko konnte aufgrund des mangelnden Gestaltungsspielraums den russischen Interessen nicht ausreichend entgegengekommen werden. Daraus resultierte eine Verhärtung der sowjetischen Haltung; Gromyko verlangte nun den Abzug der Alliierten aus Berlin. Kennedy empfahl daher seinem Außenminister entgegen der Absprache mit den Verbündeten den Spielraum zu erweitern, um überhaupt konstruktive Gespräche führen zu können.²⁹³⁷ Wie gewohnt wurde die Entwicklung auch auf anderen Schauplätzen begleitet. In Genf brach wegen der russischen Haltung die Atomkonferenz zusammen.²⁹³⁸ Die „Welt“ legte dar, dass Kennedy damit vor der Entscheidung stand, Atomversuche in der Atmosphäre wieder aufzunehmen.²⁹³⁹ Von Borch wies darauf hin, dass alle Seiten darauf bedacht waren, „den Faden nicht abreißen zu lassen“.²⁹⁴⁰ Dementsprechend wurden im Februar Vorschläge aus Ost und West für eine Konferenz thematisiert.²⁹⁴¹ Haffner befasste sich weit weniger gnädig als seine Redaktions-Kollegen in einem mit der herabsetzenden Überschrift: „Gerede ohne Ende“ versehenen Beitrag, der bereits einleitend als lediglich seine persönliche Meinung gekennzeichnet war, mit dem Phänomen der nicht mehr zusammenbrechenden Verhandlungen und verhöhnte die schleichende amerikanische Nachgiebigkeit.²⁹⁴² Überhaupt nahm er die US-Politik zur Krisenbewältigung gereizt auf; er sah Washington wegen des Zurückweichens scheitern.²⁹⁴³ In den Mittelpunkt des medialen Interesses gerieten ab Februar sowjetische Störungen in den Luftkorridoren und

²⁹³⁴ Nr. 23, 27.1.1961, S. 1 und Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 44, Typoskripte und Manuskripte Zehrer: „Zwischen Washington und Moskau“, 27.1.1962, S. 3.

²⁹³⁵ Kroll, S. 549 ff.

²⁹³⁶ Nr. 2, 3.1.1962, S. 1, Nr. 10, 12.1.1962, S. 1, Nr. 11, 13.1.1962, S. 1, Nr. 13, 16.1.1962, S. 1, S. 4, Nr. 15, 18.1.1962, S. 1, Nr. 17, 20.1.1962, S. 4, Nr. 16, 19.1.1962, S. 1, Nr. 20, 24.1.1962, S. 1, S. 4, Nr. 25, 30.1.1962, S. 1, Nr. 26, 31.1.1962, S. 1, Nr. 28, 2.2.1962, S. 1, Nr. 29, 3.2.1962, S. 1, Nr. 30, 5.2.1962, S. 4, Nr. 36, 12.2.1962, S. 1.

²⁹³⁷ Münger, S. 138 ff.

²⁹³⁸ Nr. 23, 27.1.1962, S. 1, Nr. 25, 30.1.1962, S. 1, Nr. 26, 31.1.1962, S. 4.

²⁹³⁹ Nr. 24, 29.1.1962, S. 1.

²⁹⁴⁰ Nr. 26, 31.1.1962, S. 1.

²⁹⁴¹ Nr. 34, 9.2.1962, S. 1, Nr. 37, 13.2.1962, S. 1, Nr. 38, 14.2.1962, S. 1, Nr. 42, 19.2.1962, S. 4, Nr. 43, 20.2.1962, S. 1, Nr. 47, 24.2.1962, S. 4, Nr. 48, 26.2.1962, S. 3.

²⁹⁴² Nr. 37, 13.2.1962, S. 3.

²⁹⁴³ Beck: Der traurige Patriot, S. 96 f.

die westliche Reaktion.²⁹⁴⁴ Es wurden auch Irritationen zwischen Bonn und Washington wahrgenommen.²⁹⁴⁵ Dabei ging es wieder um das Stattfinden von Gesprächen zwischen dem deutschen Botschafter Kroll und Chruschtschow.²⁹⁴⁶ Die „Welt“ veröffentlichte am 17. Februar einen vom am Regierungssitz tätigen Mitarbeiter Schröder verfassten Beitrag. Darin war zu lesen: „Die Zahl derer in Bonn ist nicht klein, die wissen, dass es einen vielgenannten Beamten gibt, der den deutschsowjetischen Ausgleich, koste es, was es wolle, propagiert.“ Es war Schröder möglich, auf eine Unterredung des Diplomaten mit Pressevertretern zu verweisen, in welcher Kroll Gedanken aus dem Kanzleramt zur Ostpolitik preisgegeben haben soll.²⁹⁴⁷ Der Pressezar war dem Botschafter nicht wohlgewogen.²⁹⁴⁸ Zur Kroll-Affäre befragt kann auch Herr Cramer mit seinem ausgezeichneten Gedächtnis nicht weiterhelfen. Er erinnert nur, dass der Diplomat seinerzeit zu den Befürwortern der Springerschen Moskau-Reise gehört hatte.²⁹⁴⁹ Zunächst schrieb die „Welt“ zum aktuellen Geschehen distanziert,²⁹⁵⁰ bald schäumte sie und nannte den Eklat beispiellos.²⁹⁵¹ Ursächlich für diese Haltung mag auch gewesen sein, dass eine falsche Anschuldigung des Diplomaten durch die „Welt“ platzte und die dafür mitverantwortliche Bonner Redaktion bemüht war, sich aus der Affäre zu ziehen.²⁹⁵² Weit ärger noch war aber die Kampagne, die „Bild“ gegen den Botschafter fuhr.²⁹⁵³ Ein Nachweis ist zwar nicht möglich; es erscheint aber nicht ganz abwegig, hier einen vom Verleger gewünschten und von den Instrumenten umgesetzten Vorstoß zu vermuten. Das mediale Agieren bereitete Zehrer offenbar ein schlechtes Gewissen; jedenfalls vermied er bei einem Sanatoriums-Aufenthalt peinlichst das Zusammentreffen mit dem im selben Hotel wohnenden Kroll. In einem internen Schreiben wurden Zweifel an der Richtigkeit der Berichterstattung in dieser Angelegenheit geäußert. Auch soll die Leserschaft das Spinnen einer Intrige gegen den Mann erfasst und mit nicht wenigen Abbestellungen der „Welt“ quittiert haben.²⁹⁵⁴ Das mediale Vorgehen konnte dazu dienlich sein, eine deutsch-sowjetische Verständigung zu unterbinden. Für Aufregung sorgte, dass Kroll eine

²⁹⁴⁴ Nr. 35, 10.2.1962, S. 1, Nr. 36, 12.2.1962, S. 1 und S. 2, Nr. 37, 13.2.1962, S. 2, Nr. 39, 15.2.1962, S. 1, Nr. 40, 16.2.1962, S. 1, Nr. 41, 17.2.1962, S. 2, Nr. 42, 19.2.1962, S. 2, Nr. 43, 20.2.1962, S. 2, Nr. 44, 21.2.1962, S. 4, Nr. 60, 12.3.1962, S. 1, Nr. 61, 13.2.1962, S. 4, Nr. 62, 14.3.1962, S. 2, Nr. 63, 15.3.1962, S. 5, Nr. 64, 16.3.1962, S. 1, Nr. 95, 24.4.1962, S. 2, Nr. 165, 18.7.1962, S. 1, Nr. 207, 5.9.1962, S. 2, Nr. 209, 7.9.1962, S. 4, Nr. 226, 27.9.1962, S. 1.

²⁹⁴⁵ Nr. 46, 23.2.1962, S. 4, Nr. 48, 26.2.1962, S. 3.

²⁹⁴⁶ Nr. 48, 26.2.1962, S. 4.

²⁹⁴⁷ So: Wikipedia: Hans Kroll.

²⁹⁴⁸ Naehrer, S. 157 f.

²⁹⁴⁹ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

²⁹⁵⁰ Nr. 51, 1.3.1962, S. 1.

²⁹⁵¹ Nr. 53, 3.3.1962, S. 1, Kommentar: „Der Fall Kroll“.

²⁹⁵² So Kroll, S. 552.

²⁹⁵³ „Bild“ Nr. 51, 1.3.1962, S. 1, Nr. 52, 2.3.1962, S. 1, Nr. 53, 3.3.1962, S. 1 und S. 2, Nr. 54, 5.3.1962, S. 2, Nr. 56, 7.3.1962, S. 2, Nr. 57, 8.3.1962, S. 1, Nr. 59, 10.3.1962, S. 1.

²⁹⁵⁴ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Chefredaktion Welt, Briefwechsel Cramer/von Borch von 1962-64, Schreiben Meidingers an von Borch vom 25.3.1962.

ausdrückliche amtliche Weisung zu schweigen missachtet haben sollte. Die „Welt“ informierte über diese öffentlich demonstrierte Verfehlung und sah Disziplinarmaßnahmen offen. Anschließend wurde dem Publikum mitgeteilt, dass Bonner Journalisten erklärten, die zwischen ihnen und Kroll stattgefundenen Unterhaltungen seien nicht Ursprung der Veröffentlichung in der „Welt“ gewesen, durch die die öffentliche Diskussion in Gang kam. Dann erklärte das Blatt in keiner Veröffentlichung behauptet zu haben, dass die Quelle der verbreiteten Informationen über die Gedanken des Botschafters eine Unterredung desselben mit Bonner Journalisten gewesen sei. In einem darunter präsentierten Beitrag informierte die Redaktion über eine gewisse Besorgnis amerikanischer Diplomaten über diesen Fall. Zudem wurde eine US-Zeitung zitiert, derzufolge Kroll angeblich weitgehende westdeutsche Zugeständnisse an Chruschtschow machte. Es sei Krolls Angewohnheit gewesen, den von ihm verachteten früheren Außenminister von Brentano umgangen zu haben. Weiter wurde das New Yorker Blatt zitiert, dass die gegen Kroll erhobenen Vorwürfe nicht bewiesen waren, aber dafür sorgten, dass dieser in der westdeutschen Öffentlichkeit mit äußerstem Misstrauen betrachtet würde.²⁹⁵⁵ Die „Welt“ wirkte etwas wie ein im vorausseilenden Gehorsam handelndes Trabantenblatt, als die Redaktion distanzierend erklärte, nicht auf Kroll als Quelle zurückgegriffen zu haben und auf Besorgnisse von US-Diplomaten hinwies. Selbst als Becker dann den deutschen Albtraum von einer Einigung der Supermächte zu Lasten der Bundesrepublik thematisierte, erinnerte er daran, wie sehr das deutsch-amerikanische Verhältnis litt, weil das Misstrauen die USA verstimmte.²⁹⁵⁶ In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass die Hamburger Redaktion Informationen über den Wandel des Deutschlandbilds in der US-Öffentlichkeit erhielt. Die Zunahme kritischer Stimmen wurde beobachtet und dass es für die Amerikaner gelegentlich lästig war, auf die nationalen Aspirationen des Bundesgenossen Rücksicht zu nehmen. Doch ging der Verfasser der Aufzeichnung nicht von einer „tiefgehenden antideutschen Welle“ aus. Anders als in breiten Schichten wurden bei den Intellektuellen auch aus der Vergangenheit resultierende Vorbehalte und Besorgnisse konstatiert. Die Wirkung von deren Warnungen auf die Öffentlichkeit wurde wesentlich vom deutschen Verhalten für abhängig gehalten. In einem anderen Schreiben zeigte sich von Borch besorgt, dass auch die Redaktion an die Existenz einer antideutschen Welle zu glauben begann.²⁹⁵⁷ Im März wurde dem in Washington

²⁹⁵⁵ Nr. 54, 5.3.1962, S. 2.

²⁹⁵⁶ Nr. 58, 9.3.1962, S. 1.

²⁹⁵⁷ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Chefredaktion Welt, Briefwechsel Cramer/von Borch von 1962-64, Aufzeichnung zum Deutschlandbild der amerikanischen Öffentlichkeit vom 6.2.1962, S. 1-3, Brief von Borchs an Cramer vom 12.4.1962 und Antwort Cramers vom 17.4.1962.

tätigen Journalisten von Zahn²⁹⁵⁸ vom Haus mitgeteilt, dass die „Welt“ einen seiner – für ausgezeichnet gehaltenen – Beiträge nicht abdruckte, weil dieser als zeitungsschädigend erachtet wurde. Ursächlich dafür war, dass von Zahn darin der Leserschaft eröffnete, „dass alle Berichterstattung sozusagen über einen Kamm geschoren ist, dann muß sich doch der Leser sagen: Was sind denn das für Berichte, die ich vorgesetzt bekomme? Der Leser lebt doch noch irgendwie in der Illusion, dass eine große Zeitung ihre Reporter in alle Welt schickt und dass diese Reporter ihm, dem Leser, ein Bild von dem vermitteln, was sich draußen abspielt. Wenn er aber jetzt entdeckt, dass der Reporter nur dorthin geführt wird, wo es den hohen Herrn gefällt und nur über das berichten kann, was ihm gleichermaßen vorgekauft wird, so muß doch das Vertrauen des Lesers in eine Zeitung schwinden.“²⁹⁵⁹ Der nicht publizierte und eigentlich für die Ausgabe vom 7. März vorgesehene Artikel thematisierte die nicht an mangelnden journalistischen Fähigkeiten liegende Verengung der Berichterstattung: Ein Auszug sei vorgestellt: „...Selbst in einem Land großer journalistischer Betriebsamkeit gibt es Gebiete, aus denen kein Reporter berichtet, wie ihm der Schnabel gewachsen ist oder die Filmkamera anzeigt. ... Immerhin erheben die USA und Südafrika nur einen begrenzten Ausschnitt ihrer Probleme zum Tabu. ... In Kuba ist alles tabu. Von der Machete des Zuckerarbeiters bis zum Luxushotel für Regierungsdelegationen in Havanna.“ Peter von Zahn legte treffend die vielfältigen Schwierigkeiten dar, denen die Arbeit eines Auslandsjournalisten in weiten Teilen der Welt wegen behördlicher Lenkungs- und Zensurbemühungen ausgesetzt war.²⁹⁶⁰ Warum dieser Artikel nicht erscheinen durfte, erinnert Herr Cramer nicht mehr; ihm ist aber geläufig, dass Zehrer derjenige war, der keine Veröffentlichung wünschte und Meidinger dafür vorschickte.²⁹⁶¹ Die Ablehnung dieses gut geschriebenen und interessanten Beitrags, der nicht im Mindesten Informationslenkung durch ein Zeitungshaus selbst andeutete, führte dazu, dass von Zahn Mitte März seinem Chef Zehrer schrieb: „Sie konfrontieren mich erneut mit einem Fall von Zensur. Als ich am Montag in Deutschland eintraf, fand ich, dass ‚Die Welt‘ entgegen unserer Abmachungen meinen jüngsten Freitag Artikel nicht gebracht hatte. Seitdem hörte ich von Freunden, dass dafür keineswegs technische Gründe verantwortlich waren. Vielmehr hatten innerhalb der Redaktion diejenigen Kräfte die Oberhand gewonnen, die sich mit meiner Arbeit als Kolumnist nie anfreunden konnten. Ich

²⁹⁵⁸ Zahn, Dr. Peter von (*29.1.1913, gest. 26.7.2001) studierte Rechtswissenschaft, Geschichte und Philosophie. Nach der Arbeit beim Deutschen Verlag war von Zahn seit 1945 für den NWDR tätig. Er gehörte auch zu den Herausgebern der Nordwestdeutschen Hefte. Von 1951 an bestand seine Aufgabe darin, für den NWDR und NDR als Amerika-Korrespondent zu berichten. Seit 1960 arbeitete von Zahn zudem als Kolumnist für die „Welt“. Sein Engagement galt auch Fernsehproduktionen.

²⁹⁵⁹ Bundesarchiv/Berlin: N/2523, Aktenband Nr. 135, Korrespondenz mit Persönlichkeiten, Blatt Nr. 161, Brief Hans W. Meidingers an Peter von Zahn vom 12.3.1962.

²⁹⁶⁰ Bundesarchiv/Berlin: N/2523, Aktenband Nr. 135, Korrespondenz mit Persönlichkeiten; Blatt Nr. 164, nicht gedruckter Beitrag Peter von Zahns für die „Welt“ vom 7.3.1962; fünf Maschinenseiten lang.

²⁹⁶¹ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

habe Sie verschiedentlich daran erinnern müssen, dass mir unsere in Gegenwart von AS getroffene Absprache volle Freiheit der Themenwahl und ungekürzte Wiedergabe meiner Artikel zusichert. Daran kann auch der Entschluss nichts ändern, sich am 31. März zu trennen. Die Redaktion hat mich jedoch mehr und mehr in die Rolle des Seiltänzers mit Blei in den Sohlen versetzt. Amerikanische Themen sollte ich vermeiden. Wenn aber alle Welt über Cuba sprach, bekam ich ein Telegramm ‚Bitte nicht über Cuba‘. Das sowjetische Memorandum sollte für mich tabu sein. Von Betrachtungen heiterer (oder heftiger? , dies ist aufgrund der unleserlichen Handschrift von Zahns nicht zu entziffern) Natur wurde mir so strikte abgeraten, dass ich ein ganz säuerliches Gefühl bekam, wenn ich an meinen nächsten Welt-Artikel dachte. Dazu dann die häufigen Verstümmelungen, Entstellungen und Auslassungen in meinen Beiträgen – Dinge, die sich allgemach nicht mehr mit Übertragungsirrtümern erklären lassen. Das alles entspricht nicht unseren Abmachungen. Obwohl ein Vorsprächlein jeden Freitag bescheinigt, dass es meine und nicht Ihre Meinung sei, der ich Ausdruck gebe, fühlte sich die Redaktion berechtigt, meine Ansichten zu kanalisieren und nun ganz zu unterdrücken. Das stimmt umso melancholischer, als es ein Artikel über die rings um den Globus am Journalisten geübte Vorzensur ist, der so sehr Ihr Missfallen erregte. Sie werden sicher verstehen, dass mir unter diesen Umständen nichts anderes übrig bleibt als die Mitarbeit sofort einzustellen.²⁹⁶² Wenn es auch sein mag, dass hier ein Kompetenzstreit zwischen von Borch und von Zahn eine Rolle gespielt hat, wird doch die redaktionelle Arbeitspraxis schon erhellt. Herr von Zahn zählte zu den ältesten Mitarbeitern des Verlegers;²⁹⁶³ er verfügte daher wohl über mehr Freiheiten als etwa andere Kollegen. Es sei aber auch nicht unterschlagen, dass es offenbar wirklich Schwierigkeiten bei der Informationsübermittlung aus den USA gab.²⁹⁶⁴ Herr Cramer erinnert aber keine nennenswerten Beeinträchtigungen in diesem Punkt.²⁹⁶⁵ In einem kurz nach diesem Abgang an ihn gerichteten Schreiben verabschiedete sich von Borch übrigens „feierlich für alle Zeiten vom Thema Kolumnisten aus Washington“. Er war offenbar froh den Kollegen los zu sein. Dabei wurde angedeutet, dass in dieser Angelegenheit Korrespondenz geführt wurde, die nicht erhalten ist.²⁹⁶⁶ Die

²⁹⁶² Bundesarchiv/Berlin: N/2523, Aktenband Nr. 135, Korrespondenz mit Persönlichkeiten, Blätter Nr. 162, 163, Brief Peter von Zahns an Hans Zehrer vom 15.3.1962.

²⁹⁶³ So Firmenarchivar Herr Laabs im Gespräch vom 11.3.2009.

²⁹⁶⁴ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Welt SAD, in einem Brief Ernst Cramers an Herbert von Borch vom 22.6.1961 ist jedenfalls von periodisch wiederkehrenden Schwierigkeiten bei der Lieferung die Rede.

²⁹⁶⁵ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

²⁹⁶⁶ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Chefredaktion Welt, Briefwechsel Cramer/von Borch von 1962-64, Brief von Borchs an Cramer vom 12.4.1962.

Vakanz wurde rasch von Marguerit Higgins gefüllt, die vierzehntägig einen Meinungsartikel aus amerikanischer Sicht verfasste.²⁹⁶⁷

Die Genfer Konferenz erhielt kontinuierlich mediale Aufmerksamkeit.²⁹⁶⁸ Trotz der bestehenden Kluft wurden die Gespräche fortgesetzt.²⁹⁶⁹ Seit April nahm die Intensität der Berichterstattung merklich ab.²⁹⁷⁰ Die Konferenz verschwand schließlich spurlos; Mitte Juni wurde dann die ergebnislose Vertagung registriert.²⁹⁷¹ Ein die Journalisten überraschendes Ereignis war die Rückkehr Clays in die USA.²⁹⁷² Gewohnt Amerika-freundlich pries Conrad den Erfolg Clays und deutete diesen Schritt als Zeichen der Entspannung.²⁹⁷³ Zeitnah zu wieder einmal registrierten deutsch-amerikanischen Irritationen steckte die Redaktion dem Publikum andeutungsweise, dass für die Heimkehr des Generals der Mangel an Ideen verantwortlicher Deutsche und die mangelnde Realisierung seiner Anregungen ursächlich war.²⁹⁷⁴ Wie üblich bekräftigte die „Welt“ das Vertrauen in die USA.²⁹⁷⁵ Der den Eindruck guter Informiertheit erweckende Bonner Korrespondent Schröder wollte amerikanischen Vermutungen entgegentreten und behauptete am 16. April, dass niemand am deutschen Regierungssitz die anstehenden Ost-West-Sondierungen torpedieren wollte. Am Rhein gäbe es keine „gezielten Indiskretionen“. Sicher habe Bonn nicht in letzter Minute seine Meinung über die US-Pläne geändert. Es hieß, kein Informierter hegte gegen die USA Mißtrauen. Dann warb Schröder um Verständnis für die Washingtoner Politik.²⁹⁷⁶ Tatsächlich torpedierte Adenauer die Verhandlungen der Supermächte durch die Veröffentlichung des amerikanischen Standpunkts.²⁹⁷⁷ Mit der vom Kanzler beabsichtigten Diskreditierung des hegemonialen Vorhabens wollte er mögliche Verhandlungen über den Status West-Berlins ausschließen.²⁹⁷⁸ Das Vorgehen des Kanzlers direkt zur Kenntnis zu nehmen verweigerte die Redaktion. So sollte wohl der angerichtete politische Schaden begrenzt werden. Es

²⁹⁶⁷ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Chefredaktion Welt, Briefwechsel Cramer/von Borch von 1962-64, Schreiben Cramers an von Borch vom 5.3.1962.

²⁹⁶⁸ Nr. 52, 2.3.1962, S. 1, Nr. 54, 5.3.1962, S. 1, Nr. 55, 6.3.1962, S. 1, S. 5, Nr. 56, 7.3.1962, S. 1, S. 4, Nr. 57, 8.12.1962, S. 5, Nr. 58, 9.3.1962, S. 1, 4, 5, Nr. 60, 12.3.1962, S. 4, Nr. 61, 13.3.1962, S. 1, Nr. 62, 14.3.1962, S. 1, 4, Nr. 64, 16.3.1962, S. 1, S. 4, Nr. 65, 17.3.1962, S. 1, 4, Nr. 66, 19.3.1962, S. 4, Nr. 69, 22.3.1962, S. 1, Nr. 70, 23.3.1962, S. 1, Nr. 70, 23.3.1962, S. 4, Nr. 71, 24.3.1962, S. 3, S. 4, Nr. 72, 26.3.1962, S. 1, Nr. 74, 28.3.1962, S. 4, Nr. 76, 30.3.1962, S. 1, Nr. 80, 4.4.1962, S. 4.

²⁹⁶⁹ Nr. 67, 20.3.1962, S. 5, Nr. 68, 21.3.1962, S. 1, Nr. 71, 24.3.1962, S. 1, Nr. 74, 28.3.1962, S. 1 und 4, Nr. 77, 31.1.1962, S. 4.

²⁹⁷⁰ Nr. 84, 9.4.1962, S. 1, Nr. 92, 18.4.1962, S. 5, Nr. 93, 19.20.4.1962, S. 1, Nr. 140, 19.6.1962, S. 1, Nr. 157, 9.7.1962, S. 4.

²⁹⁷¹ Nr. 137, 15.6.1962, S. 4.

²⁹⁷² Nr. 87, 12.4.1962, S. 1 und Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Chefredaktion Welt, Briefwechsel Cramer/von Borch von 1962-64, Schreiben Meidingers an von Borch vom 11.4.1962.

²⁹⁷³ Nr. 88, 13.4.1962, S. 3.

²⁹⁷⁴ Nr. 88, 13.4.1962, S. 1, Nr. 92, 18.4.1962, S. 3.

²⁹⁷⁵ Nr. 89, 14.4.1962, S. 1, in: Nr. 90, 16.4.1962, S. 1 wurde die Bonner Vertrauensbekundung aufgeföhren.

²⁹⁷⁶ Nr. 90, 16.4.1962, S. 1.

²⁹⁷⁷ Biermann, S. 152 ff.

²⁹⁷⁸ Conze: Die Suche nach Sicherheit, S. 304.

wurde aber registriert, dass Rusk die Bundesregierung zu einer Nachrichtensperre über die Konsultationen der Verbündeten aufrief.²⁹⁷⁹ Dass der deutsche Botschafter in Washington ausgeschaltet wurde und der Kontakt nun über den US-Botschafter in Bonn lief, war ein starkes Stück. Die „Welt“ servierte es in neutralem Ton.²⁹⁸⁰ Botschafter Grewe galt als Vertreter einer harten deutschen Linie; ihm wurde gezielte Indiskretion gegenüber der Presse angelastet.²⁹⁸¹ Besorgt nahm die „Welt“ Verärgerung und Misstrauen in Washington wahr.²⁹⁸² Die Aufnahme einer neuen Runde von Sondierungsgesprächen machte das Medium wiederholt mit dem Hinweis schmackhaft, dass die Pläne mit Bonn abgestimmt waren.²⁹⁸³ Abgedruckt wurden zudem eine Rechtfertigung der Verhandlungen durch Außenminister Schröder²⁹⁸⁴ und deutsche Vertrauensbekundungen.²⁹⁸⁵ Es sei daran erinnert, dass Springer dem Außenminister nicht traute und ihn im Berlin-Konflikt als Defaitisten betrachtete. Die sture Haltung, mit der der Kanzler die Krise ausstand, imponierte dem Verleger schon eher.²⁹⁸⁶ Wie ein vergleichender Seitenblick zeigt, äußerte „Bild“ sich ganz anders als sein Renommierblatt. „Bild“ teilte mit, dass Washington wegen der Bonner Indiskretionen wütend war und ließ wissen, dass sich die Bundesregierung für schuldlos hielt. Die Redaktion nahm Partei und sah ausdrücklich die Schuld bei Kennedy liegen, weil er es zuließ, dass seine Berater Pläne entwickelten, die in Deutschland Misstrauen hervorriefen. Nach einer Vertrauenserklärung gegenüber den USA ging es dann noch weiter so: „Wir vertrauen aber nicht der Gruppe intellektueller Planspieler, die in Washington krampfhaft bemüht ist, den Sowjets unbedingt entgegenzukommen. Mit dem Preis, den sie den Sowjets zahlen wollen, sind wir nicht einverstanden.“²⁹⁸⁷ Am nächsten Tag war im Bonn stützenden Blatt zu lesen, dass der Plan, den die Bundesregierung Washingtoner Beschuldigungen zufolge verraten haben sollte, schon vorher von amerikanischen Zeitungen veröffentlicht worden war.²⁹⁸⁸ Kurz darauf ließ „Bild“ wissen, dass die US-Journalistin und Bekannte Kennedys Marguerit Higgins erklärte, dass dieser die Deutschen nur verachten würde, wenn sie unter allen Umständen ja sagen würden. In dieselbe Kerbe haute die Redaktion, als sie den Widerstand gegen Kennedys Berater wachsen sah und dafür die Äußerung des CDU-Politikers Friedensburg

²⁹⁷⁹ Nr. 94, 21.4.1962, S. 4.

²⁹⁸⁰ Nr. 97, 26.4.1962, S. 4.

²⁹⁸¹ Kleßmann, Christoph: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970, Göttingen 1988, S. 74.

²⁹⁸² Nr. 90, 16.4.1962, S. 4.

²⁹⁸³ Nr. 91, 17.4.1962, S. 1, Nr. 92, 18.1.1962, S. 1. Nr. 93, 19./20.4.1962, S. 1.

²⁹⁸⁴ Schröder, Gerhard (11.9.1910, gest. 31.12.1989) war Jurist und CDU-Politiker. Er gehörte langjährig dem Bundestag an und fungierte 1953-61 als Bundesinnenminister; 1961-66 als Außenminister und 1966-69 als Verteidigungsminister. Schröder und Springer mochten sich nicht, auch weil sie sich gegenseitig für arrogant hielten. Nr. 93, 19./20.4.1962, S. 4.

²⁹⁸⁵ Nr. 94, 21.4.1962, S. 1, Nr. 100, 30.4.1962, S. 2.

²⁹⁸⁶ Schwarz: Axel Springer, S. 377.

²⁹⁸⁷ „Bild“ Nr. 90, 16.4.1962, S. 1.

²⁹⁸⁸ „Bild“ Nr. 91, 17.4.1962, S. 1.

auffuhr.²⁹⁸⁹ Ähnlich ging es weiter, als das Blatt eine Warnung von US-Senatoren an ihren Präsidenten vor einer Schwächung Berlins präsentierte.²⁹⁹⁰ Schließlich freute sich „Bild“ über Bonner Politiker, die sich gegen Zugeständnisse aussprachen.²⁹⁹¹ Das in der Rollenverteilung als Artikulation des Volkswillens fungierende Organ vertrat mit einiger Konsequenz eine ausdrücklich misstrauische Haltung gegenüber der Kennedy-Administration. Die „Welt“-Redaktion stützte die Washingtoner Politik hingegen. Hier herrschte verbreitet im Grundsatz Vertrauen in die Richtigkeit der Entscheidungen der US-Regierung; dabei handelte es sich sicher nicht um die Befolgung verlegerischer Weisungen. „Bild“ stand hingegen stärker unter verlegerischem Einfluß.²⁹⁹² Ein von Haffner verfasster Beitrag, in dem er anregte, der westlichen Allianz den Rücken zu kehren und sich um ein gutes Verhältnis zu Moskau bemühen, wurde wegen der Abweichung von der dominierenden Linie nicht gedruckt. Hier liegt schon eine Übereinstimmung mit der Attacke gegen Kroll vor – eben in der Abtötung des Gedankens einer Annäherung an Russland – und das nicht gerade mit argumentativen Mitteln. Der unveröffentlichte Artikel sollte eigentlich am 17. April in einer besonders prekären Phase der deutsch-amerikanischen Beziehungen erscheinen. Die mit der herrschenden Redaktionsmeinung unvereinbaren Ausführungen, die der Leserschaft nicht vorgesetzt werden durften, sind von besonderem Interesse und werden daher komplett vorgestellt: „die vereinbarung zwischen adenauer und kennedy, die amerikanisch-russischen sondierungsgespräche auf berlin zu beschränken, ist nicht eingehalten worden. adenauer hätte sich seine beschwerliche novemberreise nach washington, auf der er sich eine lebensgefährliche grippe holte, sparen können. sechs monate später ist alles wieder, wie es vorher war. es ist bekannt, dass amerika damals bereits die russische genehmigung, weiterhin eine kleine garnison in westberlin halten zu dürfen, auf kosten deutschlands erkaufen wollte, und zwar sollte der kaufpreis in der anerkennung der zone, der anerkennung der oder/weiße-grenze und der atomaren entwaffnung der bundesrepublik bestehen. das glaubte adenauer vor sechs monaten in washington abgebogen zu haben. vergeblich, wie sich jetzt zeigt. in dem neuen amerikanischen vier-punkte-plan ist alles wieder drin, und einiges unangenehme ist noch dazugekommen: zum beispiel die direkte mitwirkung ulbrichts in der internationalen behörde, die in zukunft die westberliner verbindungen mit der außenwelt kontrollieren soll. auch das angebot einer ausdrücklichen garantie der berliner mauer durch amerika ist mehr, als man selbst noch im letzten herbst, und selbst von der kennedy-regierung erwartet hatte. die bundesregierung hat keine möglichkeit, ein amerikanisch-russisches abkommen auf

²⁹⁸⁹ „Bild“ Nr. 96, 25.4.1962, S. 1.

²⁹⁹⁰ „Bild“ Nr. 103, 4.5.1962, S. 1.

²⁹⁹¹ „Bild“ Nr. 104, 5.5.1962, S. 1, Nr. 105, 7.5.1962, S. 1.

²⁹⁹² So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

dieser grundlage zu verhindern. sie sitzt in der falle. sie kann vielleicht noch eine gewisse hoffnung darauf setzen, dass chruschtschow durch übermäßige forderungen ein abkommen zunächst noch verzögert: gerade jetzt fordert er ja wieder einmal das direkte streichen der amerikanischen flagge in berlin, von dem er schon jahrelang nicht mehr geredet hatte. aber das ist eine schwache hoffnung. die bundesregierung kann auch möglicherweise, vielleicht zusammen mit frankreich ihre unterschrift unter die neuen abkommen, soweit sie benötigt wird, verweigern. darüber wird man entscheiden müssen, wenn es soweit ist, und es mag argumente geben, die dafür sprechen. die geschichte der weimarer republik zum beispiel wäre wahrscheinlich glücklicher verlaufen, wenn sie, ihrem ersten instinkt folgend, das versailer diktat nicht durch ihre unterschrift zum versailer vertrag gemacht hätte; und die totale besetzung deutschlands, die man damals im falle der weigerung befürchtete, hat man heute ja ohnehin schon. aber mehr als eine ehrenrettung und protestgeste wäre eine solche unterschriftsverweigerung nicht. wenn amerika und rußland sich darüber einigen, deutschland geteilt, atomar entwaffnet und besetzt zu halten, westberlin ummauert zu halten und seine verbindungen ulbricht zu unterstellen, dann kann deutschland in seiner gegenwärtigen lage daran nichts ändern. es kann nur hoffen, sich langsam aus dieser lage herauszuziehen. dabei ergeben sich mehrere neue fragestellungen, die ohne zweifel die deutsche außenpolitik in den nächsten jahren zunehmend beschäftigen werden. die erste und kleinste frage ist, ob gegenüber der beabsichtigten regelung, die die zone zwar nur de facto anerkennt, ihr dabei tatsächlich macht über die verbindungen westberlins einräumt, eine offene de-jure-erkennung und sogar eine möglichst weitgehende intensivierung der innerdeutschen staatlichen beziehungen nicht das kleinere übel wäre. wenn man jemandem ausgeliefert wird, ist es im allgemeinen besser, sich mit ihm möglichst höflich und gut zu stellen, als ihn ohnmächtig noch ein bisschen zu ärgern und zu schneiden. eine ähnliche frage stellt sich in weit größerem und interessanteren rahmen gegenüber rußland. wo liegen eigentlich die vorteile der von amerika jetzt vorgeschlagenen deutschland-regelung gegenüber dem von rußland vorgeschlagenen friedensvertrag? wäre nicht dieser friedensvertrag vielleicht sogar in mancher hinsicht vorzuziehen? er sieht immerhin die räumung beider teile deutschlands ein jahr nach seinem abschluss vor, bietet also neben vielen härten hoffnung auf ein wenig künftige bewegungsfreiheit. unter dem jetzt von amerika vorgeschlagenen abkommen würden die beiden teilungsmächte auf unbegrenzte zeit auf ihrem opfer sitzen bleiben. man hat in deutschland die amerikanische anwesenheit bisher begrüßt (und die russische in kauf genommen), weil man die amerikaner als verbündete betrachtete und sich von ihnen sicherheit für die bundesrepublik und berlin und förderung des deutschen wiedervereinigungsinteresses versprach. das jetzt vorgeschlagene russisch-amerikanische

deutschland-abkommen aber würde die amerikaner aus einer verbündeten macht wieder in eine sieger- und teilungsmacht zurückverwandeln. sie würden in deutschland nicht mehr aufgrund eines vertrags mit deutschland, sondern wieder aufgrund eines vertrags mit rußland stehen, nicht mehr, um deutschland militärisch zu stärken, sondern um seine atomare wehrlosigkeit zu garantieren, nicht mehr um seine wiedervereinigung zu betreiben, sondern um seine teilung aufrechtzuerhalten. sie können nicht erwarten, dass das in deutschland unbemerkt bleibt. nach dieser kehrtwendung der amerikanischen deutschland-politik (die übrigens auf russischen druck hin erfolgt ist, also amerika in seiner eigenen einschätzung als die schwächere der beiden großmächte ausweist), ist es klar, dass deutschland seine wiedervereinigung nicht mehr von der stärke und treue amerikas, sondern nur noch allenfalls von russischem wohlwollen erwarten kann. aber man wird außerdem fragen müssen, ob nicht selbst die nackte sicherheit der bundesrepublik in zukunft notgedrungen mehr vom russischen wohlwollen als von dem verlaß auf amerikanische stärke und treue abhängen muß. warum sollte amerika, das vor dem russischen druck auf berlin zurückgewichen ist, einem zukünftigen russischen druck auf die bundesrepublik festeren und erfolgreicherem widerstand leisten? ist es nach dem jetzt erlebten nicht vielleicht besser, solchen druck in zukunft lieber zu vermeiden? muß man sich nicht, wenn auch vielleicht zähneknirschend, um der bloßen sicherheit der bundesrepublik willen mehr als bisher um rußlands wohlwollen bemühen? wenn man das aber will oder muß, kommt man an der beobachtung nicht vorbei, dass das größte hindernis auf diesem wege die fortgesetzte allianz mit amerika wäre. es ist ja das vertrackte, dass amerika zwar im begriff ist, mit rußland über deutschland, gegen deutschland, und auf dem rücken deutschlands eine teileinigung zu vollziehen, im übrigen aber mit rußland auf vielen wichtigen gebieten weiterhin zerstritten und verfeindet bleibt. unter diesen umständen kann die amerikanische allianz deutschland kaum mehr etwas nützen, aber offensichtlich noch viel schaden. sie macht rußland weiterhin zu deutschlands feind, ohne gegen die folgen solcher feindschaft noch weiterhin schutz zu gewähren. die ganze deutsch-amerikanische tragödie lässt sich auf eine ziemlich einfache formel bringen. die russen behandeln, wie es übrigens normal ist, ihre verbündeten freundlich, neutrale neutral, und ihre feinde feindlich. das amerika kennedys aber hat diese skala verschoben. es behandelt neutrale freundlich, feinde neutral, und verbündete feindlich. vor der deutschen regierung haben schon die regierungen von laos, formosa, südkorea und portugal, gelegentlich auch schon die von frankreich und england diese verbündetenfeindschaft kennedy-amerikas zu spüren bekommen. ein land in der lage deutschlands kann es sich aber unter solchen umständen wahrscheinlich nicht mehr lange leisten, ein verbündeter amerikas zu bleiben. es kann neutral werden, was ihm die freundschaft amerikas und die

duldung rußlands, oder es kann ein verbündeter rußlands werden, was ihm die freundschaft rußlands und die duldung amerikas eintragen würde. aber als verbündeter amerikas zieht es sich offensichtlich die gleichzeitige feindschaft beider großmächte zu und gerät unter beschuß von zwei seiten. das kann selbst ein so relativ robustes und gesundes land wie deutschland auf die dauer schwerlich aushalten.“²⁹⁹³ Das war offensichtlich zu viel für die „Welt“. Ernst Cramer ist geläufig, dass dieser Artikel nicht veröffentlicht wurde. Er meint dazu, dass „der Inhalt einfach zu weit weg von dem war, was wir den Leuten sagen wollten.“²⁹⁹⁴ Schmied meint, dass das amerikanische Vorhaben seitens der westdeutschen Öffentlichkeit und Politik durchweg abgelehnt wurde, Haffners Folgerungen aber nur von sehr wenigen geteilt wurden. Er fand heraus, dass einige Monate darauf Adolf von Thadden, der später der NPD vorstand, dieses Schriftstück in der Zeitung „Reichsruf“ zu publizieren gedachte, was Haffner aber entschieden ablehnte.²⁹⁹⁵

Die Redaktion stützte die Washingtoner Politik, sah aber auch Schwierigkeiten wie den Boykott der Ost-West-Gespräche durch de Gaulle, der ein Mitspracherecht bei den Berliner Zufahrtswegen hatte.²⁹⁹⁶ Nicht etwa offen in Nachrichtenbeiträgen, sondern nur in der Kommentierung wurde vorsichtig angedeutet, dass die US-Administration die Probleme neu durchdachte und dabei in manchen Fällen zu Lösungsversuchen kam, die früher als „Häresie“²⁹⁹⁷ bezeichnet worden wären. Cramer sah hier die US-Regierung nicht länger die Dinge auf sich zukommen lassen sondern planen und dem Gegner die Initiative entreißen.²⁹⁹⁸ Die Ende April erfolgte Ankündigung von Atomversuchen durch Kennedy präsentierte die Redaktion mit der beschwichtigenden Überschrift: „Washington: Atomtests werden Berlin-Kontakte nicht gefährden.“²⁹⁹⁹ Bei den Atomtests wies die „Welt“ konsequent sekundierend darauf hin, dass die radioaktive Belastung erheblich geringer war als bei früheren russischen Versuchen.³⁰⁰⁰ Das Stattfinden von russisch-

²⁹⁹³ Bundesarchiv/Berlin: N/2523, Aktenband Nr. 259, Manuskripte, Kolumnen „Die Welt“, Belegexemplare, Blätter Nr. 58-62, nicht veröffentlichtes Typoskript ohne Titel für die „Welt“ vom 17.4.1962.

²⁹⁹⁴ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

²⁹⁹⁵ Schmied, S. 240 f. Schmied zeigt übrigens auf, dass Haffner sich am 3. Oktober 1961 in der „Welt“ mit den unterschiedlichen Möglichkeiten der westdeutschen Außenpolitik befasste und zum Schluß kam, dass jedenfalls bei nur zeitweiligen Washingtoner Verständigungsbemühungen die Bindung an die USA der beste Weg war. Eine Annäherung an die UdSSR lehnte er hingegen noch ab. S. 238.

²⁹⁹⁶ Nr. 94, 21.4.1962, S. 4.

²⁹⁹⁷ Im Christentum Bezeichnung für eine von der Orthodoxie abweichende Auffassung, die im Mittelalter identisch mit dem Begriff der Ketzerei war.

²⁹⁹⁸ Nr. 96, 25.4.1962, S. 1.

²⁹⁹⁹ Nr. 96, 25.4.1962, S. 1.

Schmied weist übrigens darauf hin, dass Haffner sich zu Beginn des Monats März im Blatt gegen die Einstellung von Atomversuchen aussprach. Er ging vom Bestehen eines erheblichen östlichen Rüstungsvorsprungs aus, der diese Seite zu einer Offensive verführen konnte, weshalb aus Abschreckungsgründen neue US-Tests erforderlich schienen. Im Artikel ging er so weit, einen Verzicht auf die vorgesehenen Versuche ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu nennen. Er war überzeugt von den unbegrenzten technischen Möglichkeiten. S. 243.

³⁰⁰⁰ Nr. 97, 26.4.1962, S. 4.

amerikanischen Gesprächen wurde weiter registriert.³⁰⁰¹ Das Blatt druckte eine Erklärung Schröders ab, mit der Fortsetzung der Sondierungen einverstanden zu sein. Die dabei gemachten erheblichen inhaltlichen Einschränkungen deutete die Kommentierung eher als Forderung an die Amerikaner nichts mit den Sowjets zu vereinbaren, was auf deutschen Widerstand traf.³⁰⁰² Der Außenminister ließ Haffner übrigens seinen Glückwunsch für einen als treffend empfundenen Beitrag telegraphieren.³⁰⁰³ Bedenken von Bundestagsabgeordneten und einer Vertriebenenorganisation wurden im Medium unter einer beruhigenden Überschrift als erledigt dargestellt; ausdrücklich wurde wieder ein Vertrauensmangel gegenüber den USA abgestritten.³⁰⁰⁴ Als eine Borch-Meldung über das Ende der Gespräche zwischen Kennedy und Macmillan informierte, kritisierte der stellvertretende Chefredakteur Cramer diesen Beitrag in der Redaktionskonferenz pingeligst. Er war mit der Unterzeile „Kennedy und Macmillan der gleichen Ansicht wie Chruschtschow“ nicht einverstanden und verwahrte sich gegen das Wort „abfinden“ im Satz: „Inzwischen wurde bekannt, dass Außenminister Rusk an Botschafter Dobrynin die Frage, ob sich Moskau mit dem Verbleib der westlichen Truppen in Berlin abfinden wird, gerichtet und damit den Zentralpunkt der Berlin-Verhandlungen berührt hat.“ Cramer sah die westliche Position damit als abgewertet an. Zudem gefiel ihm die aktuell in Washington zu beobachtende Verkündung von Optimismus nicht gerade, da er eine „große Dusche“ erwartete und hier eher die Äußerung von Zweckpessimismus präferierte.³⁰⁰⁵ Solch detaillierte Kritik stellte aber eine Ausnahme dar.³⁰⁰⁶ Der wegen der Washingtoner Nachgiebigkeit bedrängte und auf publizistische Schützenhilfe angewiesene Kanzler bat den Verleger Anfang Mai wegen der politischen Situation um dessen intensive Mitarbeit; seitdem standen die beiden wieder im Gedankenaustausch.³⁰⁰⁷ Ernst Cramer weist darauf hin, dass diese Vereinbarung nicht für die „Welt“ galt.³⁰⁰⁸ Am 8. Mai war eine skeptische Äußerung des Kanzlers über die Erfolgsaussichten der Ost-West-Verhandlungen zu lesen. Adenauer hegte keine Hoffnung auf einen Erfolg; er trat dafür ein, den bisherigen Status lieber beizubehalten als eine Verschlechterung oder eine verklausulierte Anerkennung der DDR hinzunehmen. Die Kommentierung sah den Kanzler innerlich nicht weit von de

³⁰⁰¹ Nr. 98, 27.4.1962, S. 1 und S. 4, Nr. 99, 28.4.1962, S. 1, Nr. 100, 30.4.1962, S. 2, Nr. 115, 18.5.1962, S. 1, Nr. 146, 26.6.1962, S. 3, Nr. 226, 27.9.1962, S. 4.

³⁰⁰² Nr. 104, 5.5.1962, S. 1.

³⁰⁰³ Bundesarchiv/Berlin: N/2523, Aktenband Nr. 135, Korrespondenz mit Persönlichkeiten, Blatt Nr. 183, das vom 24.4.1962 von Bundesaußenminister Dr. Schröder an Haffner geschickte Glückwunschtelegramm bezieht sich auf den Beitrag: „Der Weg ist noch weit“ in: Nr. 95, 24.4.1962, S. 3.

³⁰⁰⁴ Nr. 104, 5.5.1962, S. 4.

³⁰⁰⁵ Nr. 100, 30.4.1962, S. 1 und Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Chefredaktion Welt, Briefwechsel Cramer/von Borch 1962-64, Schreiben Cramers an von Borch vom 30.4.1962.

³⁰⁰⁶ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

³⁰⁰⁷ Schwarz: Axel Springer, S. 351.

³⁰⁰⁸ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

Gaulle entfernt, der von Verhandlungen absolut nichts hielt. Überlegen wies die Redaktion aber darauf hin, dass die Lage der Bundesrepublik nicht erlaubte, diesen Standpunkt einzunehmen, da das amerikanische Interesse am Ausgleich vital und vorrangig sei.³⁰⁰⁹ Übrigens findet sich in dieser Ausgabe eine Karikatur, in der Adenauer nicht erkennen wollte, dass die West-Berliner Jugend mit Fackelzügen nicht für ihn sondern für General Clay demonstrierte.³⁰¹⁰ Prompte Schützenhilfe seitens der „Welt“ für den Kanzler blieb also aus. Schwarz geht hingegen davon aus, dass die Agitation von Springer-Blättern den zum Aussitzen der Krise und zum Vereiteln Washingtoner Konzessionen entschlossenen Adenauer unterstützte. Der Verleger stimmte ja mit dem Kanzler überein, der Washingtoner Entspannungspolitik zu mißtrauen und ließ die „Bild“-Zeitung scharf dagegen vorgehen.³⁰¹¹ Dass „Bild“ das Misstrauen ausdrücklich artikulierte, wurde bereits festgestellt. In der neuen durch Adenauers Äußerung hervorgerufenen Irritation zwischen Bonn und Washington informierte das Blatt über den jeweiligen Stand einschließlich des anschließenden Glättens der Wogen.³⁰¹² „Bild“ nahm Partei für Adenauer: „Aber warum sollte der deutsche Kanzler eigentlich nicht das Recht haben, die gleiche Meinung zu vertreten wie der französische Staatschef? Warum die ganze Aufregung? Ist es denn ein internationales Unglück, dass in der Frage des taktischen Vorgehens Paris und Bonn eine andere Meinung haben als London und Washington? Der deutsche Bundeskanzler hat eine Verantwortung vor seinem Volk, vor dem ganzen Volk, nicht nur vor den Westdeutschen und nicht nur vor den alliierten Freunden! Niemand sollte von ihm verlangen, dass er hinter den Amerikanern immer brav Kolonne fährt. Das wäre ein klägliches Satellitendasein und kein Bündnis gleichberechtigter Freundschaft. Adenauer, der Mann am Steuer der deutschen Politik – vom Ausland so oft gelobt für vorbildliches Verhalten – kann hupen, bremsen und auch Gas geben. Die Wahl des Autos ist seine Sache: Manchmal kommt man mit einem französischen Citroen besser um die Ecken als in einem amerikanischen Cadillac.“³⁰¹³ Auch in der nächsten Ausgabe war zu lesen, dass es das selbstverständliche Recht der amerikanischen Verbündeten war, unterschiedliche Meinungen zu haben zumal es nur um Einzelfragen, nicht um das Prinzip ging.³⁰¹⁴ „Bild“ hielt Kennedy zwar für einen fairen und besonnenen Politiker, der ein großer US-Präsident werden konnte. Der Redaktion ging allerdings eine Gruppe seiner Berater auf die Nerven, die ihren Chef wieder einmal falsch informierten; sie korrigierte eine eher nachrangige

³⁰⁰⁹ Nr. 106, 8.5.1962, S. 1.

³⁰¹⁰ Nr. 106, 8.5.1962, S. 2.

³⁰¹¹ Schwarz: Axel Springer, S. 352 und S. 377.

³⁰¹² „Bild“ Nr. 106, 8.5.1962, S. 1, Nr. 107, 9.5.1962, S. 1, Nr. 108, 10.5.1962, S. 2 und S. 10, Nr. 117, 21.5.1962, S. 2, Nr. 119, 23.5.1962, S. 1, Nr. 121, 25.5.1962, S. 1, Nr. 130, 6.6.1962, S. 7, Nr. 133, 9.6.1962, S. 1, Nr. 138, 16.6.1962, S. 2, Nr. 139, 18.6.1962, S. 2, Nr. 144, 23.6.1962, S. 8.

³⁰¹³ „Bild“ Nr. 108, 10.5.1962, S. 1; die Unterstreichung im Text wurde von der Redaktion so vorgenommen.

³⁰¹⁴ „Bild“ Nr. 109, 11.5.1962, S. 16.

Zahlenangabe.³⁰¹⁵ Das Blatt legte sich dann für den scheidenden Botschafter Grewe ins Zeug.³⁰¹⁶ Wegen der Abhängigkeit von der Hegemonialmacht konnte der Bundeskanzler Verhandlungen nicht ablehnen, sondern nur den Spielraum weitgehend einschränken.³⁰¹⁷ Die „Welt“ segelte hingegen offenbar nicht auf dem vom Verleger für richtig erachteten Kurs. Sie informierte darüber, dass Adenauer vor einer unbegrenzten Fortführung der Sondierungen warnte. Im direkt daneben platzierten Artikel ließ die eigensinnige Redaktion wissen, dass die Vereinigten Staaten nicht gedachten, sich von der Kritik ihrer Verbündeten beirren zu lassen. Es wurde angeführt, dass die Sondierungen wegen der potentiellen Gefährlichkeit der Problematik und der Opfer für das amerikanische Volk zwingend seien.³⁰¹⁸ Auf Seite vier wurde der amerikanische Unwillen konkreter formuliert; die amtliche Erklärung wurde abgedruckt. Der zur Verbesserung der Lage gedachte Vorschlag, dem Bonn keine alternativen Ideen entgegen stellte, sei wegen des amerikanischen Engagements zwingend.³⁰¹⁹ Bald trug das Medium die Kritik Kennedys und seinen Appell an Bonn, Lösungsvorstellungen auf diplomatischem Weg mitzuteilen, an das Publikum heran. Es war dann von widersprüchlichen Äußerungen Adenauers und Schröders, von schwer erschüttertem Vertrauen zu Bonn, in dem „völlige Konfusion“ herrschte, und von Gereiztheit im Weißen Haus die Rede.³⁰²⁰ Der „Blick in die Weltpresse“ zeigte unterschiedliche Bewertungen. Während eine französische Zeitung eher einen „Sturm im Wasserglas“ für gegeben hielt, wies „The New York Times“ darauf hin, dass bei den Sowjets Zweifel ausgelöst wurden, ob die USA für ihre Verbündeten sprechen konnten.³⁰²¹ Von Kessel analysierte das Zerwürfnis. Er räumte ein, dass ein erheblicher Teil der Westdeutschen nicht an die Entschlossenheit der USA glaubte, das Äußerste für die Freiheit West-Berlins zu wagen. Er legte die Verbundenheit der Amerikaner mit der Stadt dar und warb um Verständnis, dass Washington wegen des hohen Risikos jede Verhandlungschance ausschöpfte. In dieser Situation wischte Adenauer die amtliche deutsche Haltung beiseite. Dass den Amerikanern deswegen der „Kragen platzte“, sei nicht verwunderlich. Von Kessel betonte die Freundschaft mit den USA und spielte das Verhalten des Kanzlers als unberechenbare Gesten herunter. Sein Beitrag gipfelte in der Behauptung, dass – falls Adenauer und de Gaulle gegen die Amerikaner Front machen wollten – das deutsche Volk dabei nicht folgen würde.³⁰²² Ein Höhepunkt dieser Haltung findet sich in einem für den 12. Mai zur Veröffentlichung vorgesehenen Typoskript

³⁰¹⁵ „Bild“ Nr. 110, 12.5.1962, S. 1.

³⁰¹⁶ „Bild“ Nr. 111, 14.5.1962, S. 2.

³⁰¹⁷ Münger, S. 144 f.

³⁰¹⁸ Nr. 107, 9.5.1962, S. 1.

³⁰¹⁹ Nr. 107, 9.5.1962, S. 4.

³⁰²⁰ Nr. 108, 10.5.1962, S. 1, S. 4, Nr. 109, 11.5.1962, S. 1, S. 4.

³⁰²¹ Nr. 109, 11.5.1962, S. 4.

³⁰²² Nr. 113, 16.5.1962, S. 3.

Zehrer. Dieser schrieb, dass Kennedy die von den Völkern der freien Welt geforderte Führung in der Auseinandersetzung mit dem Osten übernahm und mit gutem Beispiel voranging; er zählte eindrucksvolle Maßnahmen auf. Nun aber versagten die europäischen Völker – leider auch Deutschland – die Gefolgschaft. Zehrer bezeichnete die Führung Kennedys als sehr aufgeschlossen und behutsam; dieser habe „beherrscht und souverän auf die törichten Bemerkungen des Bundeskanzlers“ geantwortet. Der Chefredakteur ließ wissen, dass, wenn Washington Europa sich selbst überließ, es im gleichen Augenblick den Sowjets anheim fallen würde. Er sah nicht ein, warum es dem Präsidenten so schwer gemacht wurde und worauf sich das Selbstbewusstsein der Partner stützte: „Wieviele Divisionen hat eigentlich dieses in der Historie lebende Europa? Wieviele Bomben, Raketen und Satelliten? Es ist etwas sehr peinliches in jenem überheblichen Selbstbewusstsein aus zweiter Hand, das sich nur auf Historie und die geliehene Macht begründet und dem Verhalten ehemaliger Herren ähnelt, die nun etwas heruntergekommen sind, sich aushalten lassen, und nur Forderungen stellen, ohne mit der eigentlichen Wirklichkeit und damit auch der eigentlichen Verantwortlichkeit konfrontiert zu werden.“ Zehrer meinte, dass der Präsident sehr sensibel auf den Verdacht reagierte, ein weicher und kein harter Mann zu sein, und sah dessen Lebensweg für außerordentliche Härte und kühle Vernunft stehen. Er hielt das Vertrauen in diesen Mann für das einzige Mittel, ihn an sich zu binden, zumal er der einzige war, der das Schicksal wenden konnte. Leider vertrauten ihm die regierenden alten Männer nicht. Der Chefredakteur erklärte die deutschen Interessen für bereits durch Kennedy hinreichend gesichert und fragte, was dieser eigentlich noch mit dem Leben seiner Landsleute garantieren sollte. Er gab Adenauer, von dem niemand wüsste, was er eigentlich wollte, zudem die Schuld an der jüngsten Erhöhung der russischen Forderungen. Zehrer zufolge verbreitete der Kanzler nicht wieder fortzuräumende Scherben mit seiner das Vertrauen erschütternden Politik; der Vizekanzler gefährdete durch seine Reden die Staatsautorität.³⁰²³ Es sieht so aus, als ob Zehrer sich in diesem Punkt gegenüber seinem Chef behauptete. Schwarz meint ja, dass Medien des Konzerns, gerade „Bild“, seit dem Mauerbau schonungslos Kritik gegenüber jedem Anzeichen von Nachgiebigkeit der Schutzmächte äußerten.³⁰²⁴ Für „Bild“ mag dies sicher zutreffen. Vom autonomen Außenseiter Haffner einmal abgesehen, der fast lässt sich sagen konsequent neben der Spur lief, lässt sich diese Einschätzung für die „Welt“-Redaktion nun wirklich nicht halten. Hier bestand verbreitet ein grundsätzliches Vertrauen in die Hegemonialmacht. Zudem verfügte der verantwortliche Korrespondent von Borch im Haus

³⁰²³ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 44, Typoskripte und Manuskripte Zehrer: „Wenn der Landgraf hart wird“, 12.5.1962, S. 1-5.

³⁰²⁴ Schwarz: Axel Springer, S. 352.

über großes Ansehen.³⁰²⁵ Dieser wies übrigens darauf hin, dass die Amerikaner hoffnungsvoll glaubten, dass die Völker, wenn richtig informiert, auf der Seite der Dynamik, der antidogmatischen Beweglichkeit (gemeint war die Kennedy-Administration) standen. Der Widerstand der beharrlichen Kräfte de Gaulle/Adenauer erklärte sich nach transatlantischer Vorstellung mit einem Bruch der Kommunikation der beiden Staatsmänner mit ihren Völkern wie von Borch wissen ließ.³⁰²⁶ Sowohl Washington als auch Bonn war mittlerweile daran gelegen die Wogen zu glätten.³⁰²⁷ Erst nachträglich äußerte der Bonner Korrespondent Schröder immerhin ein gewisses Verständnis für den Kanzler: Dieser wollte als Verfechter der deutschen Interessen respektiert werden und wünschte nicht, dass über ihn als Schleppenträger, sei es Amerikas oder Frankreichs, ungefragt verfügt wurde.³⁰²⁸ Von Borch hatte Zehrer übrigens brieflich bereits vor dem Publik-Werden der Irritationen um Grewe über die Lage des Botschafters informiert und schlug vor, daraus nach Bedarf zu verwerthen, was für die Kommentierung nützlich sein konnte. Der einige Jahre mit dem Botschafter koexistierende Korrespondent lehnte ein allzu mildes Vorgehen diesem gegenüber ab. Er wünschte allerdings nicht selbst dazu zu schreiben, sondern bevorzugte, dass die Hamburger Zentrale sich der „failure of a mission“ annahm.³⁰²⁹ Die „Welt“ registrierte dann die Rückkehr Grewes nach Bonn mit einem versöhnlichen Schreiben Kennedys.³⁰³⁰ Dabei wurde die Abberufung von der US-Regierung mehr oder weniger erzwungen.³⁰³¹ Übrigens wurden im Mai zwei Beiträge des als Exponenten des Kennedy-freundlichen Kurses einzuordnenden von Borch nicht im Blatt abgedruckt. In einem Fall handelte es sich um ein Missverständnis, ein anderes Mal begründete Cramer ausführlich die Ablehnung der Veröffentlichung. Er stimmte mit der im Kommentar behandelten optimistischen Einschätzung der Weltlage durch Kennedys Berater nicht überein.³⁰³² Die Leitung war also schon bestrebt, die Spitzen der Artikulation der Vertreter der unterschiedlichsten Auffassungen zu kappen und eine mittlere, allerdings Schwankungen unterliegende Linie zu fahren. Es sei aber auch nicht unterschlagen, dass der stellvertretende Chefredakteur sich beim Washingtoner Mitarbeiter für einen für ausgezeichnet gehaltenen Beitrag ausdrücklich bedankte.³⁰³³ Haffner meldete sich dann zu

³⁰²⁵ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

³⁰²⁶ Nr. 122, 26.5.1962, S. 1.

³⁰²⁷ Nr. 113, 16.5.1962, S. 5, Nr. 115, 18.5.1962, S. 1.

³⁰²⁸ Nr. 115, 18.5.1962, S. 1.

³⁰²⁹ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Chefredaktion Welt, Briefwechsel Cramer/von Borch von 1962-64, Brief von Borchs an Cramer vom 16.5.1962.

³⁰³⁰ Nr. 116, 19.5.1962, S. 2.

³⁰³¹ Kleßmann, 1. Aufl., S. 74.

³⁰³² Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Chefredaktion Welt, Briefwechsel Cramer/von Borch von 1962-64, Schreiben Cramers an von Borch vom 16.5.1962 und vom 27.5.1962.

³⁰³³ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Chefredaktion Welt, Briefwechsel Cramer/von Borch von 1962-64, Schreiben Cramers an von Borch vom 25.5.1962.

Wort und erläuterte die Lage. Die zentrale Frage war wieder einmal, wie viel Konzessionen auf deutsche Kosten gemacht werden sollten, um die alliierte Truppenpräsenz in Berlin zu erhalten. Da die Russen neuerdings die Anwesenheit westlicher Truppen nicht mehr zugestehen wollten, wurde die ganze Diskussion seiner Meinung nach gegenstandslos.³⁰³⁴ Nach einer Phase der Stille mehrten sich Anzeichen einer Verbesserung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses,³⁰³⁵ wenn auch Äußerungen des scheidenden Botschafters Grewe noch einmal für Irritationen sorgten.³⁰³⁶ Die „Welt“ schenkte dann der Einführung seines Nachfolgers in Washington Beachtung.³⁰³⁷ Im Rahmen des redaktionellen Bestrebens, nun die guten Beziehungen zu betonen, wurde auch auf brieflichen Kontakt zwischen Washington und Bonn hingewiesen.³⁰³⁸ Die sowjetische Führung präsentierte mittlerweile eine neue Variante, um die Westmächte aus Berlin zu drängen. Demnach sollten die Truppen durch ein internationales Kontingent unter UNO-Mandat ersetzt werden, was der Westen ablehnte.³⁰³⁹ Die „Welt“ legte dar, dass die US-Regierung sich bemühte die Sowjets zu überzeugen, dass die Forderung unerfüllbar war, und notierte den Dank der Bundesregierung dafür.³⁰⁴⁰ Haffner sah die russische Regierung sich wieder auf Kollisionskurs begeben und deutete den neuen Schachzug als Beweis dafür, dass der Kreml die Beteuerungen der Entschlossenheit des Gegners noch immer nicht ernst nahm. Er legte dar, dass auf der Basis der „essentials“ bereits weitgehende US-Konzessionen gemacht waren. Er sah damit schon die deutsche Allianz mit dem Westen an der Wurzel vergiftet und wies darauf hin, dass Washington die deutsche Reaktion nicht beachtete. Die Russen verschmähten seiner Meinung nach die Konzessionen und verlangten die direkte Demütigung des Gegners. Haffner betrachtete die Sowjetunion als politischen Gefangenen ihres kranken deutschen Satelliten, der diese mit der Drohung: „Verschaffe mir Westberlin, oder ich sterbe dir unter den Händen weg.“ zu immer neuen stärkeren Drogen von außenpolitischen Erfolgen unter immer größerem Risiko zwang. Daß Amerika und England sich seit Kennedy auf eine Berlin-Lösung auf Basis der deutschen Zweistaatlichkeit einließen, änderte daran nichts. Weil die DDR nicht lebens- und koexistenzfähig sei würde Amerika immer neue Enttäuschungen auf diesem Weg erleben.³⁰⁴¹ Schmied weist darauf hin, dass Haffner dann nach dem Tod Fechtlers in der „Welt“ am 21.8 seine Empörung über die Bestialität der DDR äußerte und auch die

³⁰³⁴ Nr. 118, 22.5.1962, S. 3.

³⁰³⁵ Nr. 130, 6.6.1962, S. 2, Nr. 144, 23.6.1962, S. 1, Nr. 134, 12.6.1962, S. 4, Nr. 145, 25.6.1962, S. 1, Nr. 145, 25.6.1962, S. 4, Nr. 186, 11.8.1962, S. 1.

³⁰³⁶ Nr. 211, 10.9.1962, S.4, Nr. 217, 17.9.1962, S. 2, Nr. 213, 12.9.1962, S. 4, Nr. 214, 13.9.1962, S. 2.

³⁰³⁷ Nr. 216, 15.9.1962, S. 1.

³⁰³⁸ Nr. 236, 9.10.1962, S. 2, Nr. 238, 11.10.1962, S. 2.

³⁰³⁹ Nr. 159, 11.7.1962, S. 1.

³⁰⁴⁰ Nr. 163, 16.7.1962, S. 1, S. 2, Nr. 172, 26.7.1962, S. 4.

³⁰⁴¹ Nr. 164, 17.7.1962, S. 3.

Schutzmächte nicht verschonte, die er der Mordduldung, ja der Mordhilfe zieh. Am 31. August ging er in der Wochenzeitung „Christ und Welt“ so weiter und machte darauf aufmerksam, dass es unterlassen wurde, der sukzessiven Aushöhlung des Vier-Mächte-Abkommens entgegenzutreten. Der Kolumnist zog den Schluß, Berlin „ist heute eine bedrückte Stadt. Es ist nicht heiter, mit seiner ganzen Existenz von Mächten abzuhängen, bei denen es im Kopfe fehlt.“ Bereits am Tag, an dem dies veröffentlicht wurde, wandte sich der entsetzte Cramer brieflich an ihn.³⁰⁴² Der stellvertretende Chefredakteur sah psychologisch die falschen Gruppen in Deutschland angesprochen und fragte: „Was wollen Sie damit bezwecken? Sollen die Berliner jetzt auf und davon rennen? Ich bin sehr für Kritik, sogar für scharfe Kritik. Aber ich bin ein Gegner von Schlägen unterhalb des solar plexus, und das nicht nur, wenn es sich um Nationen handelt, auf deren good will wir auf Gedeih und Verderb angewiesen sind.“³⁰⁴³ Schmied sieht diese entschiedene Reaktion Differenzen innerhalb der Konserativen aufzeigen. Aufgrund der antikommunistischen Einstellung bestand eine Bindung des Springer-Verlags an die USA und Großbritannien, was wiederum das deutschlandpolitische Anliegen des Hauses bremste. Diese Bindung stellte für Springer ein Axiom der Außenpolitik dar; Haffner sah dies anders.³⁰⁴⁴

Der Chefredakteur des Blatts hielt indessen die sowjetische Stoßrichtung noch nicht für erkennbar und sah Berlin als Punkt, mit dem sich die Westmächte zu Verhandlungen zwingen ließen. Zehrer vermutete Moskau unter Zeitdruck und sah aufgrund der westlichen Rüstungs- und Wirtschaftsanstrengungen die Gewichte verschoben. Seiner Auffassung nach war Chruschtschow auch an Gesprächen über Rüstungsbegrenzung und Handelsfragen interessiert.³⁰⁴⁵ Er beurteilte die Lage also weit positiver als Haffner oder schrieb zumindest so. Ein Indiz dafür, dass die Differenzen zwischen der Redaktion und dem freien Mitarbeiter Haffner zunahmen, war die seit Juli festzustellende Änderung im Einleitungstext seiner zumeist dienstags zu einem ausgesprochen breiten Themenspektrum erscheinenden Artikel. Während die Beiträge zuvor oftmals als seine persönliche Meinung vorgestellt wurden, hieß es nun, dass darin die persönliche Meinung des Verfassers ausgedrückt wurde, „die sich mit der Meinung der Redaktion nicht in jedem Fall zu decken braucht“.³⁰⁴⁶ Haffner nahm auch nur selten an den Redaktionskonferenzen teil.³⁰⁴⁷ Im Juli

³⁰⁴² Schmied, S. 244 f.

³⁰⁴³ Bundesarchiv/Berlin: N/2523: Aktenband Nr. 136, Korrespondenz mit „Die Welt“, Brief Cramers an Haffner vom 31.8.1962.

³⁰⁴⁴ Schmied, S. 245.

³⁰⁴⁵ Nr. 174, 28.7.1962, S. 1 und Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 44, Typoskripte und Manuskripte Zehrer: „Neuer Wirbel im Herbst“, 28.7.1962.

³⁰⁴⁶ Nr. 158, 10.7.1962, S. 3, Nr. 164, 18.7.1962, S. 3, Nr. 170, 24.7.1962, S. 3, Nr. 176, 31.7.1962, S. 3, Nr. 182, 7.8.1962, S. 3, Nr. 188, 14.8.1962, S. 3, Nr. 194, 21.8.1962, S. 3, Nr. 200, 28.8.1962, S. 3, Nr. 230, 2.10.1962, S. 3, Nr. 236, 9.10.1962, S. 3, Nr. 242, 16.10.1962, S. 3, Nr. 248, 23.10.1962, S. 3, Nr. 254, 30.10.1962, S. 3, Nr. 266, 13.11.1962, S. 3, Nr. 272, 20.11.1962, S. 3, Nr. 277, 27.11.1962, S.3, Nr. 284, 5.12.1962, S. 3, Nr. 289, 11.12.1962, S. 3, Nr. 295, 18.12.1962, S. 3.

wurde übrigens ein Artikel von Borchs über Kennedys innere Schwierigkeiten in einer Weise gekürzt, die der erzürnte Korrespondent als „Meisterwerk verständnisloser Behandlung der Arbeit eines Kollegen“ bezeichnete. Er sah seinen wesentlichen Gedankengang gestrichen. Cramer legte ihm umgehend dar, sich etwas bei diesem Vorgehen gedacht zu haben, wenn er auch einräumte, nicht zu den Folgerungen gekommen zu sein, an denen von Borch lag. Es sei aber auch nicht unterschlagen, dass der Washingtoner Korrespondent auch in diesen Tagen Lob aus Hamburg für einen anderen Beitrag erhielt.³⁰⁴⁸ Das Medium informierte indessen kontinuierlich auch über Genf; die Verhandlungen entsprachen der gedämpften Erwartungshaltung.³⁰⁴⁹ Vorsichtig wurde schließlich das Scheitern verpackt.³⁰⁵⁰ Überwiegend pessimistisch klangen die weiteren Beiträge.³⁰⁵¹ Überraschend war schließlich Ende August zu lesen, dass Kennedy den sowjetischen Vorschlag billigte, ab Beginn des Jahres 1963 alle Atomversuche einzustellen.³⁰⁵² Der Abschluss eines Abkommens schien nun mit einem Mal rasch möglich zu sein.³⁰⁵³ Beruhigend legte die Redaktion dar, dass die Russen mit ihrer laufenden Versuchsserie den US-Vorsprung nicht einholen konnten.³⁰⁵⁴ Der Festigung des Vertrauens ebenfalls dienlich war die Mitteilung, dass der Westen auf alle möglichen Aktionen des Ostens vorbereitet sei.³⁰⁵⁵ Becker sah in einem Leitartikel die sowjetischen Drohungen sich mittlerweile abnutzen und damit ihre Wirkung verlieren.³⁰⁵⁶ Als westliche Option im Fall einer Behinderung des Berlin-Verkehrs stellte die Redaktion zudem vorsorglich eine Blockade des Ostblocks in Aussicht.³⁰⁵⁷ Danach fanden sich gehäuft beunruhigende Mitteilungen. Im August wurde die neue sowjetische Atomversuchsserie mit der Zündung der „Superbombe“ registriert.³⁰⁵⁸ Nun griff Zehrer nachträglich eine Erklärung Kennedys vom Januar auf, derzufolge er die Mauer damals nicht habe einreißen lassen, weil niemand – auch in West-Berlin oder der Bundesrepublik – an verantwortlicher Stelle wegen der befürchteten heftigen russischen Reaktion dies vorgeschlagen habe.³⁰⁵⁹

³⁰⁴⁷ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

³⁰⁴⁸ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Chefredaktion Welt, Briefwechsel Cramer/von Borch von 1962-64, Brief von Borchs an Cramer vom 3.7.1962 und die Antwort Cramers vom 9.7.1962 sowie Brief Meidingers an von Borch vom 5.7.1962.

³⁰⁴⁹ Nr. 163, 16.7.1962, S. 3, Nr. 164, 17.7.1962, S. 4, Nr. 165, 18.7.1962, S. 4, Nr. 166, 19.7.1962, S. 4, Nr. 168, 21.7.1962, S. 1, Nr. 169, 23.7.1962, S. 1, Nr. 170, 24.7.1962, S. 1, Nr. 171, 25.7.1962, S. 1.

³⁰⁵⁰ Nr. 172, 26.7.1962, S. 4.

³⁰⁵¹ Nr. 185, 10.8.1962, S. 4, Nr. 189, 15.8.1962, S. 4, Nr. 192, 18.8.1962, S. 4, Nr. 193, 20.8.1962, S. 4, Nr. 194, 21.8.1962, S. 1, Nr. 198, 25.8.1962, S. 1.

³⁰⁵² Nr. 202, 30.8.1962, S. 1.

³⁰⁵³ Nr. 204, 1.9.1962, S. 1.

³⁰⁵⁴ Nr. 202, 30.8.1962, S. 4.

³⁰⁵⁵ Nr. 180, 4.8.1962, S. 1.

³⁰⁵⁶ Nr. 179, 3.8.1962, S. 1.

³⁰⁵⁷ Nr. 167, 20.7.1962, S. 4.

³⁰⁵⁸ Nr. 181, 6.8.1962, S. 1, Nr. 181, 6.8.1962, S. 4, Nr. 184, 9.8.1962, S. 1.

³⁰⁵⁹ Nr. 186, 11.8.1962, S. 1 und Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 44, Typoskripte und Manuskripte Zehrer: „Der Mensch vor der Mauer“, 11.8.1962.

Beiläufig war mittlerweile zu lesen, dass Kennedy seitens der Opposition schwere Vorwürfe wegen seiner Berlin-Politik gemacht wurden. Dabei fielen böse Worte wie Beschwichtigungs-Politik und Nachgiebigkeit.³⁰⁶⁰ Einem einen Monat zuvor verfassten internen Schreiben war zu entnehmen, dass die Anregung, kritische Äußerungen republikanischer US-Senatoren gegenüber Regierungsplänen aus einer amerikanischen Zeitung zu zitieren, wohl auf von Borch zurückging und die Zustimmung Cramers fand.³⁰⁶¹ Im September wurden unauffällig Zeichen westlicher Krisenvorbereitung notiert.³⁰⁶² Nach einer im Blatt veröffentlichten Einschätzung aus dem Pentagon galt die Lage in Berlin in mancher Hinsicht für explosiver als im Vorjahr. Nach einem Ablenkungsmanöver Chruschtschows gegen Kuba wurde ein „Blitzschlag“ gegen Berlin für möglich gehalten.³⁰⁶³ Tatsächlich wollte der sowjetische Staatsführer mit seinen mehrfachen Äußerungen, in denen er in diesem Monat mit einer Eskalation wegen der Stadt drohte, vom Kuba-Engagement ablenken.³⁰⁶⁴ Im vom Washingtoner Korrespondenten verfassten Leitartikel dieser Ausgabe, der Moskaus Griff nach Amerika behandelte, wurden zwei Einfügungen gemacht, gegen deren Stil und Begriffswelt sich von Borch verwahrte. Der für die kleinen Eingriffe verantwortliche Cramer reagierte umgehend und entschuldigte sich dafür, den Stil nicht richtig nachempfunden zu haben. Hinsichtlich der monierten Begriffswelt handelte es sich mehr um eine Frage der deklamatorischen Art der Änderungen. Dabei ging es um den Unterschied der Ziele der US-Präsenz in Berlin und der sowjetischen Anwesenheit auf Kuba. Hier argumentierte Cramer: „Wir schreiben eben nicht für Adepten der Politischen Wissenschaften, sondern für das grosse Publikum, dem man – auch in der WELT – den Unterschied immer wieder unter die Nase reiben muss. Was für Präsident Kennedy und für Herrn von Borch in Ihren Gedanken selbstverständlich ist, ist es für den Herrn Direktor Schmitz in Elberfeld noch lange nicht. ... Dennoch wäre es mir natürlich viel lieber, diese Einfügungen für den tumben Mann auf der Strasse wären von Anfang an in Ihren Artikeln enthalten. Auch ich hasse es, am geistigen Produkt eines anderen herumzudoktorn.“³⁰⁶⁵

Die Berichterstattung zerfaserte wegen des Fehlens eines konkreten Punktes, an dem sich die momentan schwebende Auseinandersetzung festmachte. Das Medium begleitete das

³⁰⁶⁰ Nr. 199, 27.8.1962, S. 4.

³⁰⁶¹ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Chefredaktion Welt, Briefwechsel Cramer/von Borch von 1962-64, Schreiben Cramers an von Borch vom 27.7.1962.

³⁰⁶² Nr. 209, 7.9.1962, S. 4, Nr. 210, 8.9.1962, S. 1, Nr. 211, 10.9.1962, S. 1.

³⁰⁶³ Nr. 212, 11.9.1962, S. 4.

³⁰⁶⁴ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 47 f.

³⁰⁶⁵ Nr. 212, 11.9.1962, S. 1, Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Chefredaktion Welt, Briefwechsel Cramer/von Borch von 1962-64, Schreiben von Borchs vom 12.9.1962 und Antwort Cramers vom 16.9.1962.

Geschehen auf den politischen Bühnen.³⁰⁶⁶ Von Borch reiste zur Berichterstattung über die UNO-Vollversammlung nach New York.³⁰⁶⁷ Als das mit dem Verleger in Konsens stehende Kuratorium Unteilbares Deutschland vor dieser Institution die Verletzung von Menschenrechten durch die DDR anklagte, wurde von Borch von der Hamburger Redaktion um einen Beitrag über die UNO gebeten.³⁰⁶⁸ Prompt wurde der KUD-Appell in den Titelseiten-Aufmacher integriert. Die Kommentierung im Kasten leistete zu diesem Vorstoß artig Schützenhilfe.³⁰⁶⁹ Graf Finckenstein beobachtete indessen in Bonn Ungewissheit und Abwarten wegen Chruschtschows Erklärung, nach den US-Kongresswahlen im November in Berlin endgültige Tatsachen zu schaffen.³⁰⁷⁰ Die Westmächte erwarteten ein in der Form unbestimmtes Vorgehen des Gegners gegen West-Berlin und kreisten in ihren Planungen darum.³⁰⁷¹ Im Oktober verdichteten sich Meldungen, dass Ost und West sich mit verstärkter diplomatischer Aktivität auf eine bevorstehende Verschärfung vorbereiteten.³⁰⁷² Der Springer-Auslandsdienst lieferte die Information, dass Moskau zu einer gemäßigten Kuba-Politik bereit sein sollte, wenn die USA in der Berlin-Frage nachgeben würden.³⁰⁷³ Eine beunruhigende Kopplung schien also möglich. Die Zufriedenheit, mit der die Kommentierung der „Welt“ die Ablehnung der Anerkennung der DDR durch die USA aufnahm, spricht doch für ein gewisses Maß an Besorgtheit der Redaktion. Es klang an, dass die Bundesregierung von den „voraussetzungslosen“ Gedanken der Berater Kennedys „mehr als einmal beunruhigt“ war. Die sich mittlerweile offenbar in Bonner Fahrwasser bewegende Redaktion nannte die US-Vorstellungen distanziert „kühne Theorien“, die sich schon in gefährlicher Nähe der sowjetischen These von den zwei deutschen Staaten bewegten.³⁰⁷⁴ Redakteur Sethe wandelte derweil außerhalb des Hauses wieder einmal auf Abwegen. Bei einem Wochenendseminar mit Jugendlichen in Niedersachsen sprach er sich für die de-facto-Anerkennung der DDR aus.³⁰⁷⁵ Noch am 20. Oktober lag der Fokus der „Welt“ auf den

³⁰⁶⁶ Nr. 202, 30.8.1962, S. 1, Nr. 204, 1.9.1962, S. 2, S. 4, Nr. 207, 5.9.1962, S. 1, Nr. 219, 19.9.1962, S. 1.

³⁰⁶⁷ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Welt Ausgeschiedene Korrespondenten 1957-67, von Borch, Kostenaufstellung für die Reise von Borchs zur Berichterstattung über die UNO-Vollversammlung.

³⁰⁶⁸ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Chefredaktion Welt, Briefwechsel Cramer/von Borch von 1962-64, Schreiben Meidingers an von Borch vom 24.9.

³⁰⁶⁹ Nr. 225, 26.9.1962, S. 1.

³⁰⁷⁰ Nr. 222, 22.9.1962, S. 3.

³⁰⁷¹ Nr. 238, 11.10.1962, S. 1, Nr. 239, 12.10.1962, S. 4, Nr. 240, 13.10.1962, S. 1.

³⁰⁷² Nr. 241, 15.10.1962, S. 1, Nr. 242, 16.10.1962, S. 1, Nr. 243, 17.10.1962, S. 4, Nr. 244, 18.10.1962, S. 1, Nr. 245, 19.10.1962, S. 1 und S. 5, Nr. 246, 20.10.1962, S. 1.

³⁰⁷³ Nr. 242, 16.10.1962, S. 4.

³⁰⁷⁴ Nr. 243, 17.10.1962, S. 1.

³⁰⁷⁵ Bundesarchiv/Koblenz: N/1471, Aktenband Nr. 17, Zeitungsausschnitt aus dem „Westfalen Blatt“ vom 8.10.1962 in der Lose-Blatt-Sammlung des Sethe-Nachlasses.

Bei Müller ist dementsprechend zu lesen, dass Sethe bei der Vorstellung von Gedanken zur Verständigung mit der östlichen Seite nach maßgeblicher Ansicht „die Wiedervereinigung kaputt“ machte. So: Müller, S. 204.

Berliner Verbindungswegen. Es wurde die beruhigende Mitteilung gemacht, dass die Amerikaner in der Frage der Sicherung des Zugangs deutschen Vorstellungen folgten und auch den deutschen Verkehr in ihre beanspruchten Grundrechte aufnahmen. Zehrer rätselte, ob Moskau seine Trümpfe bereits ausgespielt hatte und zählte jetzt Aussprüche auf, denen zufolge Chruschtschow nicht an Kennedys Festigkeit glaubte. Der Chefredakteur befürchtete nun noch eine Mauer um Berlin herum und die Kontrolle über den freien Zugang.³⁰⁷⁶ Die Zuspitzung in der Karibik brach völlig überraschend über die Leserschaft herein, wenn auch seit Jahresbeginn über die dortige Entwicklung informiert wurde. Auch einem Brief von Borchs ist seine Ahnungslosigkeit zu entnehmen.³⁰⁷⁷ Wie gewohnt übernahm die „Welt“ bei der Darstellung des Geschehens Angaben aus Washington. Es sei daran erinnert, dass der damals noch in den USA für das Blatt tätige von Zahn im März geklagt hatte, entgegen der ihm eigentlich gewährten Freiheit der Themenwahl von der Redaktion mit Tabus auch für amerikanische Themen und Kuba belegt zu werden.³⁰⁷⁸ Die Aufrüstung mit russischer Hilfe³⁰⁷⁹ und die militärische Stärke Kubas wurden vom Medium betont.³⁰⁸⁰ Im letztgenannten vom Springer-Auslandsdienst gelieferten Beitrag fand sich die Washingtoner Aussage wiedergegeben, dass das Castro-Regime neben den Vereinigten Staaten über die zweitgrößten Bodenstreitkräfte in der westlichen Hemisphäre verfügte. Die genannte Zahl von 250.000-400.000 Mann machte den Rahmen aber doch deutlich.³⁰⁸¹ Der Tendenz entsprach die Überschrift eines anderen Beitrags: „Für 175 Millionen Dollar Waffen – Ostblock rüstete die Armee Castros mit modernsten Geräten aus“. Bei der Lektüre waren allerdings Widersprüche erkennbar; die Waffen entstammten teilweise westlicher Provenienz oder waren veraltet.³⁰⁸² Von Borch räumte einmal ein, dass selbst nach Kennedys Ansicht die bisherigen Rüstungslieferungen nicht für Angriffskapazitäten ausreichten.³⁰⁸³ Das Blatt übernahm die US-Erklärung, Kuba sei Brückenkopf des kommunistischen Imperialismus.³⁰⁸⁴ Die Redaktion folgte konsequent dem Washingtoner Standpunkt, pflegte aber in der Darstellung der einzelnen Schritte den gewohnt neutralen, die Parteinahme nicht erkennen lassenden Ton. Ganz einäugig waren

³⁰⁷⁶ Nr. 246, 20.10.1962, S. 1 und Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 44, Typoskripte und Manuskripte Zehrer: „Alarm aus Washington“, 20.10.1962.

³⁰⁷⁷ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Welt Ausgeschiedene Korrespondenten 1957-67, von Borch, Brief von Borchs an Fräulein Hübner vom 28.10.1962.

³⁰⁷⁸ Bundesarchiv/Berlin: N/2523, Aktenband Nr. 135, Korrespondenz mit Persönlichkeiten, Blätter Nr. 162, 163, Brief von Zahns an Zehrer vom 15.3.1962.

³⁰⁷⁹ Nr. 199, 27.8.1962, S. 4, Nr. 205, 3.9.1962, S. 1, Nr. 206, 4.9.1962, S. 1, S. 4, Nr. 232, 4.10.1962, S. 4.

³⁰⁸⁰ Nr. 4, 5.1.1962, S. 4.

³⁰⁸¹ Nr. 4, 5.1.1962, S. 4. Nach aktueller Schätzung wird für die Mobilisierung vom 22. Oktober eine Stärke von 350.000 bis 420.000 Soldaten genannt. Nur ein Drittel waren vollwertige Einheiten; mehrheitlich handelte es sich um Milizen. So: Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 68.

³⁰⁸² Nr. 213, 12.9.1962, S. 3.

³⁰⁸³ Nr. 212, 11.9.1962, S. 1.

³⁰⁸⁴ Nr. 4, 5.1.1962, S. 4.

die Journalisten aber doch nicht. Sie registrierten schon noch, dass die von den USA betriebene Isolierung Kubas unter den lateinamerikanischen Staaten nicht ohne harte Diskussion erfolgte.³⁰⁸⁵ Wahrgenommen wurde auch, dass Moskau dem Gegenspieler den Bruch des Völkerrechts vorwarf und eine Bedrohung der USA durch das 7-Millionen-Volk der Kubaner als grotesk bezeichnete.³⁰⁸⁶ Über die Entwicklung auf der Insel wurden aus westlicher Perspektive durchmischte Meldungen zusammengestellt.³⁰⁸⁷ Seit Anfang September nahm die vorher sporadische Berichterstattung sprunghaft zu und wurde kontinuierlich. Insgesamt blieb die Darstellung farblos; Lokalreportagen fehlten fast völlig. Kennedys öffentliche Äußerung vom 4. September handeln zu müssen, falls der Gegner Mittelstreckenraketen auf Kuba installierte,³⁰⁸⁸ fand sich so deutlich nicht im Medium. Das Blatt präsentierte die umschreibende Warnung der US-Regierung an die kubanische und die russische Adresse vor jeder Aggression in der westlichen Hemisphäre. Bei einem Beweis für eine bedeutsame Stärkung kubanischer Offensivkräfte durch russische Kriegsmateriallieferungen würde es zu schwerwiegenden Problemen kommen.³⁰⁸⁹ Greiner weist darauf hin, dass Kennedy bei dieser Äußerung nicht nur gegen Offensivkapazitäten vorgehen, sondern sich prinzipiell gegen jede weitere Aufrüstung zur Wehr setzen wollte.³⁰⁹⁰ Die präzisierende friedlicher klingende Erklärung des Präsidenten, eine militärische Intervention gegen Kuba zur Zeit weder für erforderlich noch für gerechtfertigt zu halten, wurde danach im Blatt präsentiert.³⁰⁹¹ Die USA sorgten im September und Oktober für eine Drohkulisse mit verbalen Kraftakten und einem eindrucksvollen Marinemanöver mit amphibischen Landungsaktionen.³⁰⁹² Dieses wenig friedfertige Gebaren übersah die „Welt“. Das im April in der Karibik von der US-Navy durchexerzierte große Manöver war noch registriert worden.³⁰⁹³ Für diese Art von Wahrnehmung war im Wesentlichen von Borch verantwortlich. Ein bewusstes Ausfiltern von Information hält Ernst Cramer nicht für gegeben, sondern dass der Korrespondent eben nicht alles mitbekam, was vorging. Wegen des hohen Ansehens von Borchs wurden

³⁰⁸⁵ Nr. 14, 17.1.1962, S. 3, Nr. 17, 20.1.1962, S. 4, Nr. 24, 29.1.1962, S. 1, Nr. 27, 1.2.1962, S. 1.

³⁰⁸⁶ Nr. 43, 20.2.1962, S. 4, Nr. 44, 21.2.1962, S. 5.

³⁰⁸⁷ Negativ wirkte: Nr. 56, 7.3.1962, S. 1, Nr. 62, 14.3.1962, S. 5, Nr. 63, 15.3.1962, S. 4, Nr. 81, 5.4.1962, S. 4, in: Nr. 86, 11.4.1962, S. 4 wurde immerhin eine Annäherung Castros an die USA für möglich gehalten, in: Nr. 111, 14.5.1962, S. 1 wurde die Reprivatisierung privater Farmen vorgestellt, in: Nr. 161, 13.7.1962, S. 5 wurde eine Abkühlung zwischen Moskau und Havanna beobachtet.

³⁰⁸⁸ Junghanns, S. 41 f.

³⁰⁸⁹ Nr. 208, 6.9.1962, S. 1.

³⁰⁹⁰ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 45.

³⁰⁹¹ Nr. 215, 14.9.1962, S. 1.

³⁰⁹² Biermann, S. 163 ff.. Das Manöver im Oktober fand mit mehr als 40 Kriegsschiffen vor Puerto Rico statt. Im Rückblick äußerte der US-Verteidigungsminister Verständnis dafür, dass der Gegner mit einer Landungsoperation rechnete. So: Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 28.

³⁰⁹³ Nr. 85, 10.4.1962, S. 5. Bei dieser Übung wurden 40.000 Soldaten vor den Küsten North Carolinas und Puerto Ricos eingesetzt. So: Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 28.

seine Beiträge unkritisch in der Hamburger Zentrale übernommen.³⁰⁹⁴ Das Medium verfolgte die Schritte der Auseinandersetzung;³⁰⁹⁵ dabei war erkennbar, dass die Amerikaner reagierend Initiative zeigten.³⁰⁹⁶ Am 1. Oktober stellte die Redaktion groß heraus, dass die USA einen Tauschhandel „Kuba-Berlin“ kategorisch ablehnten.³⁰⁹⁷ Einige Tage später widersprach Haffner der sonst in der „Welt“ gepflegten Darstellung der militärischen Stärke Kubas. Die Redaktion distanzierte sich, wie es seit der zweiten Jahreshälfte üblich war, bereits mit einem Hinweis in der Einleitung von seiner Auffassung. Haffner bezweifelte, ob die militärische Komponente die Sache sehr verschlimmerte, weil er die „Störkapazität“ des „Fidelismus“ nicht für wesentlich erweitert hielt. Er meinte, dass die Insel im Kriegsfall ein verlorener Posten blieb. Es schein unerheblich, ob zu den Fernraketen, mit denen sich die Supermächte gegenseitig vernichteten, noch ein paar Kurzstreckenraketen auf vorgeschobenen Basen hinzukamen oder nicht. Er rechnete schon zu diesem Zeitpunkt mit der Möglichkeit der Stationierung russischer Raketen. Den sowjetischen Sprung nach Kuba schätzte er aber als folgenreiches weltpolitisches Ereignis ein, dass die USA zu einer engagierten Reaktion zwang. Er ging auf Rusks Ablehnungserklärung zum Tauschgeschäft Berlin-Kuba ein und hielt für bemerkenswert, dass dieser eine solche Äußerung nicht für überflüssig hielt. Haffner wies darauf hin, dass auch die Türkei wegen ihrer US-Stützpunkte in die unbehagliche Rolle eines denkbaren Tauschobjekts geriet.³⁰⁹⁸ Auch dieser Beitrag entspricht nicht der Einschätzung von Schwarz,³⁰⁹⁹ dass Haffner als kalter Krieger trommelte. Die umfangreichen Vorbereitungen der USA für die Blockade und die Invasion wurden vom Medium überhaupt nicht wahrgenommen. Trotz der üblichen Geheimhaltung hätten beispielsweise Informationen über Schiffskonzentrationen von Borch oder Nellessen doch zugetragen werden können. In Florida und den umgebenden Gewässern wurde ein militärisches Aufgebot der Superlative versammelt; der britische Konsul in Miami sah gar Parallelen zur Situation im Jahr 1944 in Südengland unmittelbar vor der alliierten Invasion in Frankreich.³¹⁰⁰ Die vom Weißen Haus für adäquat gehaltene dramatisierende Darstellung, die die Vorgehensweise Kennedys als rasche wie wohlüberlegte Reaktion präsentierte, sollte keine andere Lösung als den gewählten Weg möglich erscheinen lassen. Der Weltöffentlichkeit sollte der Eindruck vermittelt werden, die US-Regierung handelte spontan. Vor allem sollten die übergangenen europäischen Partner von den tagelangen

³⁰⁹⁴ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

³⁰⁹⁵ Nr. 216, 15.9.1962, S. 4, Nr. 223, 24.9.1962, S. 4, Nr. 232, 4.10.1962, S. 4, und Nr. 235, 8.10.1962, S. 1.

³⁰⁹⁶ Nr. 231, 3.10.1962, S. 4, Nr. 234, 6.10.1962, S. 4, Nr. 236, 9.10.1962, S. 4, Nr. 238, 11.10.1962, S. 1.

³⁰⁹⁷ Nr. 229, 1.10.1962, S. 1.

³⁰⁹⁸ Nr. 236, 9.10.1962, S. 3.

³⁰⁹⁹ Schwarz: Axel Springer, S. 366.

³¹⁰⁰ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 8 f.

Besprechungen in Washington nichts erfahren. Die Inszenierung wurde meisterhaft gehandhabt: Öffentlichkeitsarbeit, politische Schritte und militärische Vorbereitungen wurden global in Gang gesetzt, um den Gegner propagandistisch zu überfahren und zu isolieren.³¹⁰¹ Die Entscheidungsträger der bedeutendsten US-Medien wurden auf die amtliche Version der Regierung eingeschworen.³¹⁰² Am 23. Oktober platzte die Bombe auch in der „Welt“. Lediglich der Aufmacher und der Kommentar im „Kasten“ widmeten sich dem Thema, was am dürftigen Informationsstand lag. Es ging um die Verkündung der Blockade durch Kennedy. Die Redaktion übernahm gewohnt unkritisch aus Washington gelieferte Informationen und wiederholte dementsprechend den Gedanken, dass Kuba sich durch das Einströmen sowjetischer Waffen in eine Angriffs- und Raketenbasis verwandelte. Dagegen schritten die USA nun ein; auch für den Weltsicherheitsrat³¹⁰³ hatten die Amerikaner bereits eine Resolution parat. Dargelegt wurde weiter, dass jede von kubanischem Boden auf eine Nation der westlichen Hemisphäre abgefeuerte Rakete als Angriff der UdSSR auf die Vereinigten Staaten gewertet würde. Chruschtschow wurde der rücksichtslosen und provokatorischen Bedrohung des Weltfriedens bezichtigt. Eingebettet in diesen Rahmen und nicht etwa als panikverbreitende Schlagzeile wurde die Information präsentiert, dass sich sowjetische Mittelstreckenraketen, die auch mit atomaren Sprengkörpern bestückt werden konnten, auf der Insel befanden. Obwohl erkennbar war, dass in erster Linie die USA bedroht waren, wurde dargelegt, dass Kennedy erklärte, die Freiheit überall zu verteidigen und die Berliner nicht zu vergessen. Die Redaktion wertete die Blockade als entschlossene Maßnahme und meinte, dass die gütigen USA noch vor kurzem der drohenden Gefahr auswichen, um den Kubanern noch eine Frist zur Besinnung zu geben.³¹⁰⁴ Wie einem erhaltenen Brief zu entnehmen ist, lag der dürftige Informationsstand des Blatts auch daran, dass der Washingtoner Korrespondent sich in die Wälder Neuenglands zurückgezogen hatte und daher vom Geschehen keinerlei Kenntnis hatte. Die Nachrichten-Agenturen lieferten aber Material. Angesichts der besser informierten „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ wurden das Schweigen und die mangelnde Erreichbarkeit von Borchs mit wohl nicht ganz stillen Vorwürfen bedacht. Jedenfalls findet sich im redaktionellen Schreiben an ihn eine ausdrückliche Entschuldigung dafür. In Hamburg wurde eine heiße Reportage über die dramatischen

³¹⁰¹ Greiner: 13 Tage im Oktober, S. 74 ff.

³¹⁰² Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 63 f.

³¹⁰³ Dem UNO-Sicherheitsrat, der nach Art. 24 satzungsgemäß für die Wahrung von Frieden und internationaler Sicherheit zuständig war, gehörten neben den angelsächsischen Mächten auch Frankreich, die Sowjetunion und China an. Außerdem waren sechs wechselnde Mitgliedstaaten vertreten. In diesem Gremium war eine einmütige Entscheidung der festen Mitglieder notwendig; ein Veto machte einen Entschluß unmöglich. Die Vereinten Nationen waren folglich ein Schauplatz der Auseinandersetzung zwischen Ost und West. Bei der Kubakrise leistete die UNO lediglich Vermittlungsarbeit. So: Stöver, S. 85 ff.

³¹⁰⁴ Nr. 248, 23.10.1962, S. 1.

Stunden bis zur Rede Kennedys erwartet. Dabei wurde aber schon eingeräumt, dass dies von Borch, der als großer Analytiker und Kommentator geschätzt wurde, nicht recht lag.³¹⁰⁵ Am folgenden Tag informierte das Blatt dann viel ausführlicher über die Entwicklung auf den verschiedenen Handlungsebenen. Der Aufmacher thematisierte die drohende Stellungnahme der sowjetischen Führung, die von einem Schritt zur Entfesselung eines thermonuklearen Krieges sprach und das hohe Eskalationsrisiko betonte. Auf Kuba wurde die Mobilmachung registriert. Aus dem Weltsicherheitsrat wurden scharfe Kontroversen zwischen den Delegierten der Supermächte gemeldet. Es hieß, dass ganz Amerika auf den Moment wartete, an dem ein russisches Handelsschiff auf ein US-Kriegsschiff traf. Dem Publikum wurde die in allen Bereichen reibungslos funktionierende US-Militärmaschinerie vor Augen geführt. Ergänzend wurde als großer diplomatischer Sieg Washingtons präsentiert, dass die Staaten Lateinamerikas sich mit „überwältigender Mehrheit“ hinter die US-Politik stellten. Auch sonst liefen alle Aktionen wie am Schnürchen. Es fanden sich nicht die geringsten Anzeichen redaktionellen Misstrauens, ob das Vorgehen nicht etwa von langer Hand geplant war. Wegen des Vertrauens in die Hegemonialmacht und in die Fähigkeiten von Borchs gab es keine Zweifel.³¹⁰⁶ Im Leitartikel, dessen Tendenz sich schon in der Überschrift: „Der Entschluss war fällig“ komprimiert fand, war Empörendes zu lesen, das die Handlungsweise Kennedys mehr als rechtfertigte. Gromyko hatte den Präsidenten demnach mit der Versicherung getäuscht, Castro nur Defensivwaffen zu liefern. Damit war der Punkt des „bis hierher und nicht weiter“ erreicht, was auch der einfältigste Leser begriff.³¹⁰⁷ Beim gemeinten Treffen fiel das Wort Raketen tatsächlich nicht; beide Seiten unterhielten sich aber ausführlich darüber. Im Unterschied zu früher sprach Gromyko nicht mehr von defensiven Waffen. Entscheidend war nach seiner Auffassung nicht die technische Fähigkeit des Systems sondern der politische Wille. Gleichgültig was für Systeme sich auf der Insel befanden, sie fungierten nicht als Instrument zur Drohung, sondern dienten zum Schutz vor einer Invasion. Der sowjetische Vertreter gab zu verstehen – wie auch die Vereinigten Staaten – Basen in der Nachbarschaft des Gegenspielers zu errichten und Waffenlieferungen nicht publik zu machen. Kennedy hoffte, dass sein Besucher die Raketenlieferung nicht eingestand, um einen Trumpf in der Hand zur Beeinflussung der Weltöffentlichkeit zu haben.³¹⁰⁸ Gromyko ging wohl davon aus, dass Kennedy und Rusk informiert waren und

³¹⁰⁵ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Chefredaktion Welt, Briefwechsel Cramer/von Borch von 1962-64, Brief Meidingers an von Borch vom 23.10.1962. Herr Cramer erinnert sich auch an diesen Informations-Engpaß, der über Nachrichtenagenturen und Berichte anderer Medien kompensiert werden musste.

³¹⁰⁶ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

³¹⁰⁷ Nr. 249, 24.10.1962, S. 1.

³¹⁰⁸ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 58 ff.

Stillschweigen wahrten, was auch der Fall war.³¹⁰⁹ Die sowjetische Seite hatte zuvor wiederholt öffentlich und auch ausdrücklich gegenüber der US-Regierung die Existenz der „Offensivwaffen“ auf der Insel abgestritten. Kennedy und seine Umgebung waren sich aber darüber im Klaren gewesen belogen zu werden. Die russischen Lügen stellten optimale Argumente für die Amerikaner im Kampf um die Weltmeinung dar. So konnte Kennedy sein Vorgehen begründen und lamentieren vollkommen überrascht von der Existenz der Waffen zu sein.³¹¹⁰ Die „Welt“ legte sekundierend dar, dass die USA ihr Vorgehen sowohl mit der akuten militärischen Bedrohung als auch mit Normen der UNO-Satzung rechtfertigten. Es wurde aber eingeräumt, dass verbündete Mächte von der Verletzung der Freiheit der Meere und von einer kriegerischen Aktion im Frieden sprachen.³¹¹¹ Die erwachte mediale Aufmerksamkeit erstreckte sich auch auf die Seiten zwei und drei. In der Fortsetzung des Leitartikels war zu lesen, dass wer amerikanische Standfestigkeit in Berlin forderte, der müsste auch die amerikanische Festigkeit gegenüber dem sowjetischen Waffenarsenal Kuba verstehen können. Mit Zufriedenheit wurde aufgenommen, dass die Amerikaner zeigten, dass sie „nun nicht mehr willens sind, sich täuschen und herumstoßen zu lassen.“ Es hieß, dass die NATO-Partner vorher durch Kennedy unterrichtet worden waren; die vorbehaltlose Zustimmung Londons und Bonns wurde präsentiert.³¹¹² Von Borch übte sich in Prognosen für das Geschehen auf See, befasste sich mit dem möglichen Verhalten der russischen Schiffe und dem Eskalationsrisiko. Er übernahm die Washingtoner Sprachregelung, die Blockade „Quarantäne“³¹¹³ zu nennen und erläuterte, dass davon nur „strategische“ Waffen, nicht hingegen defensives Kriegsmaterial und sonstige Güter betroffen waren. Ausdrücklich verwies er darauf, dass es nicht um die Blockierung der Zivilbevölkerung ging. Als Washingtoner Option wurden Luftangriffe gegen die Raketenstellungen vorgestellt. Ob bereits Atomsprengköpfe auf der Insel waren, schien nicht klar; nur machten Raketen ohne Sprengköpfe keinen Sinn. Als das den Ernst der Lage begründende Novum wurde angeführt, dass die UdSSR erstmalig Nuklearwaffen außerhalb des eigenen Gebiets stationierte. Die „hierin liegende Umwälzung des machtpolitischen Status quo in der Welt“ wurde als wesentliches Motiv Kennedys zum Handeln gedeutet. Vom Medium wurde aber schon registriert, dass die USA gleichfalls in unmittelbarer Nähe zur UdSSR in der Türkei Kernwaffen stationiert hatten. Als Unterschied wurde dabei herausgekehrt, dass dies

³¹⁰⁹ Greiner: 13 Tage im Oktober, S. 64 ff.

³¹¹⁰ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 48.

³¹¹¹ Nr. 249, 24.10.1962, S. 1.

³¹¹² Nr. 249, 24.10.1962, S. 2.

³¹¹³ Mit dem Begriff war die Assoziation verbunden, die Insel von einer übertragbaren Krankheit heilen zu müssen. Bei einer Blockade handelte es sich nach dem Völkerrecht um eine kriegerische Handlung. So: Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 70.

öffentlich bekannt war und in Abstimmung mit der Allianz geschah. Die Russen hingegen handelten geheim und täuschten Amerika. Als Maxime amerikanischen Handelns stellte der Korrespondent Wohlklingendes vor: „Ein Minimum an Gewalt, gekoppelt mit einem Maximum an Verhandlungsmöglichkeit“. Dem Publikum wurde eröffnet, dass Fotos der russischen Abschussrampen und Raketen der Öffentlichkeit vorgeführt wurden. Die Plötzlichkeit des amerikanischen Handelns wurde nicht hinterfragt; es wurde vielmehr erklärt, dass erst kürzlich sichere nachrichtendienstliche Informationen vorlagen. Ein anderer Artikel ging treffend davon aus, dass Kennedy am 16. Oktober die ersten Beweise erhielt. Unter anderem mit einer Auflistung der wegen Dienstreisen an den wichtigen Besprechungen verhinderten US-Minister vermittelte das Blatt den Eindruck von schnellem Handeln unter großem Zeitdruck. Dass die Anwesenheit der genannten Personen nicht zwingend erforderlich war, wurde nicht reflektiert. Die Redaktion erläuterte den Unterschied der Begriffe „Blockade“ und „Quarantäne“ und wertete die Seesperre wiederum als gemäßigten Schritt.³¹¹⁴ Die Kontroll-Praxis wurde vorgestellt und mit einer verstaubten Seerechtsdeklaration von 1856 gerechtfertigt.³¹¹⁵ Eine dreiviertel Seite Raum erhielt die bereits im Rundfunk verbreitete Rede³¹¹⁶ Kennedys, die durch ihre geschickte Abfassung geeignet war, das Publikum zu beeindrucken. Kennedy legte darin ausführlich dar, was er zur Rechtfertigung seines als umsichtig dargestellten Vorgehens vorzubringen hatte. Inhaltlich war nichts Neues dabei, da die Journalisten schon für andere Artikel auf diese Quelle zurückgegriffen hatten.³¹¹⁷ Der Präsident führte die gesammelten falschen Erklärungen der russischen Führung vor, so dass diese als betrügerisch und hinterhältig dastand während die US-Regierung höchstens in der Gutgläubigkeit zu weit gegangen war.³¹¹⁸ Erheblich weniger Platz billigte die Redaktion hingegen der Darstellung des sowjetischen Standpunktes zu, der darunter auszugsweise präsentiert wurde.³¹¹⁹ Das Geschehen wurde gespannt verfolgt. Am 25. Oktober wurde die vom Pentagon übernommene Information über die Kursänderung einiger russische Schiffe groß herausgestellt. Bekannt wurde zudem, dass im Weißen Haus ein Brief Chruschtschows einging.³¹²⁰ Vorgestellt wurde auch der Vorschlag des UNO-Generalsekretärs Sithu U Thant,³¹²¹ vorläufig kein Schiff in Kuba anlegen zu lassen und die Sperre aufzuheben. Eine

³¹¹⁴ Nr. 249, 24.10.1962, S. 3.

³¹¹⁵ Nr. 250, 25.10.1962, S. 5.

³¹¹⁶ 100 Millionen US-Amerikaner verfolgten über Massenmedien die Übertragung der 17 minütigen Rede Kennedys. So: Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 68.

³¹¹⁷ Nr. 249, 24.10.1962, S. 4.

³¹¹⁸ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 69.

³¹¹⁹ Nr. 249, 24.10.1962, S. 4.

³¹²⁰ Im gemeinten vom Generalsekretär am 23. Oktober verfassten Schreiben wollte er mit Kompromisslosigkeit den Gegner zum Nachgeben bewegen. So: Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 73 f.

³¹²¹ U Thant, Sithu (*22.1.1909, gest. 25.11.1974) war birmanesischer Politiker und fungierte ab 1949

weitere Neuigkeit waren amerikanische Zahlenangaben für russische Raketen und Bomber auf der Insel. Unmittelbares Anschauungsmaterial wurde vorgeführt. Ein präsentiertes Foto bewies die Existenz einer Raketenbasis, wenn dies für den Laien auch bei angestrengtester Betrachtung nicht zu erkennen war. Im Leitartikel wies von Borch noch einmal auf die große Eskalationsgefahr hin. Er hielt die militärische Bedeutung der Raketen nicht für so relevant wie die Verletzung „eines ausdrücklich etablierten lebenswichtigen Interesses der einen Weltmacht durch die andere“. Von Borch breitete dann die bis zur Invasion reichenden Möglichkeiten Wahingtons aus.³¹²² Merk verglich die Raketen-Basen auf Kuba mit den amerikanischen Stützpunkten an der Grenze zur UdSSR und stellte als Unterschied heraus, dass die US-Raketenstandorte lange bekannt waren. Er hatte da eine eigenartige Logik. Da Moskau sich nach Protesten damit abgefunden hatte, wurden diese eben Bestandteil des nuklearen Gleichgewichts.³¹²³ Tatsächlich handelte es sich hier nach Ansicht des Washingtoner Krisenstabs um einen ausgesprochen heiklen Punkt. Es ließ sich ja nicht plausibel machen, dass vergleichbare Waffensysteme auf der Insel bedrohlicher waren als an der Grenze zur Sowjetunion.³¹²⁴ Merk breitete dann zutreffend Hintergrundmaterial aus: Die US-Raketen waren veraltet, ein Abzug der Systeme sei vorgesehen, zumal sie durch Interkontinentalraketen und U-Boot-gestützte Waffen überflüssig wurden. Wieder wurde darauf hingewiesen, dass das sowjetische Vorgehen verschleiert und unter dem Deckmantel falscher Zusicherungen stattfand. Zudem wurde auf die Bedrohung aufgrund der kurzen Flugzeit von Kuba aufmerksam gemacht.³¹²⁵ Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit blieb die Entwicklung auf See.³¹²⁶ Es traten erhebliche Kommunikationsprobleme bei der Blockade auf; die Navy verwendete leichte Wasserbomben bei der Jagd auf auch atomar ausgerüstete russische U-Boote.³¹²⁷ Davon war verständlicherweise im Blatt nichts zu erfahren. Den Berichten war zu entnehmen, dass der Vorschlag des UNO-Generalsekretärs für ein befristetes Stillhalteabkommen nicht auf amerikanisches Interesse stieß. Aus Washington war die Einschätzung zu erfahren, dass die nächsten Tage „bis zum äußersten kritisch“ würden. Eine Lösung sei noch nicht in Sicht. Kommentator Cramer wies darauf hin, dass es einen Tauschhandel Kuba versus Berlin nicht geben werde und stellte die Unterschiedlichkeit der Anwesenheit der Supermächte an diesen Orten klar. Er erklärte Kennedys Vorgehen mit der Notwendigkeit der Glaubwürdigkeit gegenüber dem weltpolitischen Gegenspieler. Sonst hätte der

als Informationsminister. 1957-61 war er ständiger Vertreter seines Landes bei den UN, deren Generalsekretär er 1961-71 er war.

³¹²² Nr. 250, 25.10.1962, S. 1.

³¹²³ Nr. 250, 25.10.1962, S. 5.

³¹²⁴ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 93.

³¹²⁵ Nr. 250, 25.10.1962, S. 5.

³¹²⁶ Nr. 251, 26.10.1962, S. 1.

³¹²⁷ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 76 ff.

Präsident als Bluffer dagestanden.³¹²⁸ In der Tat bestand der zentrale Aspekt für die amerikanische Seite in der Glaubwürdigkeit.³¹²⁹ Die Redaktion sah Chruschtschow mit dem Bau der Basen das Ziel verfolgen, vollendete Tatsachen zu schaffen, um auf den Gegenspieler starken Druck ausüben zu können. Das geheime Vorgehen wurde als Beleg dafür gewertet, dass den Russen auch in Abrüstungsfragen nicht zu trauen war.³¹³⁰ Der Aufmacher der Titelseite vom 27. Oktober wiederholte markig, dass die Beseitigung der kubanischen Basen das unverrückbare Ziel Kennedys blieb. Es hieß beruhigend Tauschgeschäfte über Stützpunkte seien nicht geplant. Sollte das Ziel nicht auf dem Verhandlungsweg erreicht werden, behielt der Präsident sich den Einsatz der Streitkräfte vor. Der Darstellung nach war die Situation auf der Insel unverändert; alle Krisenelemente bestanden unvermindert weiter.³¹³¹ Zehrer räumte ein, dass die bisherige US-Politik, die er wohlwollend als geduldig und zurückhaltend bezeichnete, dazu beigetragen hatte, den Gegner zu neuen Vorstößen zu verleiten. Dank dieser Politik verfügte Washington aber nun über einen moralischen Kredit, der in der Einheit der lateinamerikanischen Staaten und in der Geschlossenheit des westlichen Lagers Früchte trug. Der Chefredakteur meinte, der Mann auf der Straße wüsste genau, wo er das Recht zu suchen und was er zu verteidigen habe, wenn er dazu aufgerufen werden sollte. Für den Präsidenten sei die Zusicherung der Gefolgschaft eine große Unterstützung: „Denn wir kommen entweder zusammen aus dieser Krise heraus, oder wir werden gemeinsam von ihr verschlungen.“ Zu den vorgestellten westlichen Aktivposten gehörte das Rededuell der Delegierten Sorin und Stevenson vor der UNO. Stevenson³¹³² präsentierte seine Trumpfkarte in Gestalt der Luftaufnahmen der Raketen. Im abgedruckten Dialog der Kontrahenten kam Sorin nicht gut bei weg.³¹³³ Der die Stationierung leugnende und den Gegner der Lüge beschuldigende sowjetische Delegierte erlitt ein peinliches Fiasko.³¹³⁴ Zu seinem schweren Stand trug bei, dass erst zwei Monate zuvor Gromyko vor diesem Forum behauptet hatte, seine Regierung würde keine Offensivwaffen außerhalb des eigenen Staatsgebiets bereitstellen.³¹³⁵ Medial angedeutet wurde zudem, dass die USA weitere Schritte planten.³¹³⁶ Die „Welt“ gab dann US-Informationen weiter, denen zufolge die kubanischen Raketenbasen weiter ausgebaut

³¹²⁸ Nr. 251, 26.10.1962, S. 1.

³¹²⁹ Biermann, S. 177 ff. und 210.

³¹³⁰ Nr. 251, 26.10.1962, S. 2 und S. 3.

³¹³¹ Nr. 252, 27.10.1962, S. 1.

³¹³² Adlai Stevenson zählte früher zu den prominenten parteiinternen Gegnern des nunmehrigen Präsidenten. 1961 wurde er auf den UNO-Botschaftsposten abgeschoben. Stevenson zählte nun zu denjenigen, die sich in der aktuellen Angelegenheit auch über eine politische Lösung Gedanken machten.

So: Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 57.

³¹³³ Nr. 252, 27.10.1962, S. 2 und auch Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 44, Typoskripte und Manuskripte Zehrer: „Der Schuss vor den Bug“, 27.10.1962.

³¹³⁴ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 82 f.

³¹³⁵ Junghanns, S. 90 ff.

³¹³⁶ Nr. 252, 27.10.1962, S. 2.

wurden, und wiederholte die amerikanische Versicherung, diese Anlagen zu zerstören, falls sie nicht demontiert wurden. Wiederum war zu lesen, dass ein Tauschgeschäft mit den Basen in der Türkei abgelehnt wurde. Bärwolf rätselte indessen, wie es den Russen gelang, die Basen so schnell zu errichten, ohne dass die Amerikaner dies entdeckten.³¹³⁷ Auch er ging treffend vom 16. Oktober als Zeitpunkt aus, an dem im Weißen Haus sicheres Aufklärungsmaterial vorlag. An der Korrektheit amerikanischer Angaben überhaupt zu zweifeln kam ihm nicht im Traum in den Sinn. Dabei gab es im Laufe des Sommers 1962 wiederholt Hinweise für die Existenz der Raketen und Bombenflugzeuge.³¹³⁸ Auch die „Welt“ hatte in der Vergangenheit gelegentlich derartige Meldungen gebracht. Auf der Insel fanden Kampfhandlungen sowjetischer Truppen entweder gegen kubanische Einheiten oder gegen eine US-Sabotage-Einsatzgruppe statt.³¹³⁹ Im Blatt war davon nichts zu lesen; Informationen über diese Geschehnisse werden nicht unbedingt publik gemacht worden sein. Über eine überraschende Wende setzte das Blatt am 29. Oktober die Leserschaft ins Bild. Chruschtschow ordnete den Abbau und Rückzug der Raketen an und entschärfte mit dem als sensationell empfundenen Einlenken die Krise. Es wurde dargelegt, dass er der amerikanischen Erklärung vertraute, keine Invasion auf Kuba zu unternehmen. Kennedy wiederholte im Gegenzug seine „festen Zusagen“ und sagte Kooperation bei der Beilegung der Krise zu. Die „Welt“ verfolgte die Schritte der Akteure, wobei Washington die Regie zu behalten schien. Die Wendung wurde in westlichen Ländern lebhaft begrüßt. Zehrer blieb aber etwas skeptisch und suchte den „Pferdefuß“ bei der überraschenden Rettung vom Abgrund der nuklearen Katastrophe. Er hielt es – wohl von Schewe darauf aufmerksam gemacht – für möglich, dass die sowjetische Führung die gleiche Nachgiebigkeit Amerikas in einem anderen Konflikt von ähnlicher Gefahr erwartete.³¹⁴⁰ Im abgedruckten jüngsten Brief Chruschtschows an Kennedy erklärte dieser, dass nach dem amerikanischen Verzicht auf eine Invasion in Kuba eine sowjetische Verteidigungshilfe dieser Art nicht mehr notwendig sei. Das ebenfalls präsentierte Antwortschreiben Kennedys wiederholte die Elemente der Einigung. Als Gegenzug für den russischen Abzug unter UNO-Aufsicht verpflichtete Kennedy sich, die „Quarantäne“ aufzuheben und sicherte zu, auf eine Invasion zu verzichten. Zeichen der Entspannung wurden registriert. Ein anderer Beitrag befasste sich rückblickend mit der Situation und den Vorschlägen beider Seiten vor dem Einlenken Chruschtschows. Auch Details wie der Abschub eines amerikanischen Aufklärungsflugzeugs über der Insel wurden dabei vorgestellt. Der von Chruschtschow in einem Schreiben ins Spiel gebrachte Vorschlag, die

³¹³⁷ Nr. 252, 27.10.1962, S. 5.

³¹³⁸ Junghanns, S. 41 f.

³¹³⁹ Greiner: 13 Tage im Oktober, S. 90 f.

³¹⁴⁰ Nr. 253, 29.10.1962, S. 1.

sowjetischen Stützpunkte auf Kuba gegen den Abzug der US-Raketen in der Türkei zu tauschen, wurde als vom Weißen Haus für abgelehnt erklärt.³¹⁴¹ Dieses vom sowjetischen Staatsführer am 27. Oktober über Radio veröffentlichte Angebot hätte Washington wegen des negativen Eindrucks, den Schutz der Türkei zugunsten der eigenen Sicherheit preiszugeben, in eine schwierige Lage gebracht.³¹⁴² Während früher die politische Bedeutung der kubanischen Raketen betont wurde, schrieb Bärwolf jetzt, dass der entscheidende Faktor darin bestand, dass die Mindestwarnzeit für die US-Abwehr nicht mehr gewährleistet war.³¹⁴³ Folgt man der Darstellung vom 30. Oktober, war die Krise bereits im Wesentlichen ausgestanden, wenn auch die militärischen Maßnahmen in der Karibik noch weiter liefen. Von Borch informierte darüber, dass nun eine Wende der sowjetischen Politik auch in der Berlin- und Abrüstungsfrage für möglich gehalten wurde. Kennedys Operieren zwischen Festigkeit und diplomatischer Beweglichkeit habe ihm im eigenen Land, bei den Verbündeten und sogar in Moskau Respekt verschafft. Schewe teilte ergänzend mit, dass der Kreml das Gefühl einen Prestigeverlust erlitten zu haben zu verdecken suchte.³¹⁴⁴ Von Borch hielt im Leitartikel nach möglichen Machtkämpfen in Moskau Ausschau. Die Furcht der Ostexperten, Chruschtschow könnte einen Ausgleich für den Prestigeverlust etwa in Berlin suchen, dämpfte den Triumph aber doch etwas. Als Gewissheit stellte von Borch irrig heraus, ein Tauschgeschäft über Stützpunkte zwischen den „Mammutmächten“ auf Kosten der Verbündeten sei nicht möglich. Schewe informierte über die wachsende Hoffnung der Sowjets, die festgefahrene Weltpolitik in Bewegung zu bringen. Kausch teilte ergänzend mit, dass die Berliner damit rechneten, dass ihre Stadt bald wieder auf die internationale Tagesordnung kam. Nachträglich wurde angesprochen, dass die Entwicklung sich einem Punkt genähert hatte, an dem die Ereignisse unkontrollierbar hätten werden können.³¹⁴⁵ Tatsächlich beruhte der Entschluß Chruschtschows vom 28. Oktober nachzugeben auch auf der Furcht vor der Unkontrollierbarkeit des Geschehens.³¹⁴⁶ Haffner sah hingegen bestätigt, dass der Stand der Waffentechnik den Ausbruch eines Weltkriegs viel unwahrscheinlicher als früher

³¹⁴¹ Nr. 253, 29.10.1962, S. 2.

Chruschtschow war über das westliche Vorhaben informiert, die Basen in der Türkei aufzulösen und durch Polaris-U-Boote zu ersetzen. Der Inhalt des Vorschlags war für den US-Krisenstab nicht wirklich unerwartet. Kennedy war unentschieden; er konnte sich gegenüber den Falken innerhalb seiner Berater nicht durchsetzen. Der Antwortbrief an Moskau ging nicht auf den Raketentausch ein. Ohne Wissen seines Krisenstabs veranlasste der Präsident seinen Bruder Robert zu einem Treffen mit dem sowjetischen Botschafter. Dieser gab zu verstehen, dass unter der Voraussetzung der Geheimhaltung – eine ohnehin vorgesehene – Demontage der veralteten „Jupiter“ sich vier bis fünf Monate nach dem russischen Rückzug aus Kuba realisieren ließe. So: Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 91 ff.

³¹⁴² Biermann, S. 192 ff.

³¹⁴³ Nr. 253, 29.10.1962, S. 3.

³¹⁴⁴ Nr. 254, 30.10.1962, S. 1.

³¹⁴⁵ Nr. 254, 30.10.1962, S. 2.

³¹⁴⁶ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 102 f.

machte. Das Atompatt zwänge zur „Strategie des Minimums“ bei der Gewaltanwendung. Das Nachgeben Chruschtschows überraschte Haffner; er deutete dies nicht zwingend als ungeschicktes Manöver, zumal der Anfang für Abrüstungsverhandlungen gemacht war und die Stützpunkte in der Türkei ins Gespräch gebracht waren.³¹⁴⁷ Schmied weist darauf hin, dass selbst die Entwicklung der Krise um die Karibik-Insel das amerikanische Prestige in Haffners Augen nicht nennenswert steigen ließ. Während ansonsten in der westlichen Gemeinschaft verbreitet der US-Präsident als Sieger betrachtet wurde, vertrat der Kolumnist in diesem Beitrag vom 30. Oktober eine andere Sicht auf die Dinge; er minderte Kennedys Erfolg im Rahmen des Möglichen. Das russische Nachgeben hielt er mit einem Kalkül verknüpft, demzufolge die östliche Supermacht einen entsprechenden Zug in der Türkei erwartete und Chruschtschow den unzutreffenden Eindruck vermitteln wollte, dass die Konfrontation zwischen Ost und West beendet und die UdSSR friedlich sei. Die global verbreitete Nervosität in der Krise nannte Haffner vor dem Hintergrund der atomaren Pattsituation lächerlich. Wer sich vor einer russischen Maßnahme in Berlin oder vor einem Weltkrieg fürchtete, dem attestierte er geistig im Jahre 1914 zu leben. Dabei hielt er selbst nur einige Wochen vorher eine örtliche russische Antwort für möglich.³¹⁴⁸

Bei der zu diesem Zeitpunkt in der Bundesrepublik für Furore sorgenden „Spiegel“-Affäre³¹⁴⁹ stand der vom Kanzler informierte Verleger auf seiten der Regierung.³¹⁵⁰ Auch wegen Differenzen über die Behandlung dieser Angelegenheit durch das eigene Haus sollte Haffner bald die „Welt“ verlassen, worüber Zehrer nicht gerade unglücklich war. Andere Journalisten wechselten ebenfalls zur linksliberalen Konkurrenz.³¹⁵¹ In einem Schreiben teilte das Haus dem weit von den Hamburger Querelen entfernten von Borch mit, dass Kündigungen in einigen Ressorts Kopfschmerzen bereiteten und dass die Herren

³¹⁴⁷ Nr. 254, 30.10.1962, S. 3.

³¹⁴⁸ Schmied, S. 245 f.

³¹⁴⁹ Das Magazin informierte über erhebliche Mängel in der deutschen Bundeswehr und über Differenzen mit der Hegemonialmacht hinsichtlich der Strategie. Das Bonner Verteidigungsministerium nahm Einfluß bei der behördlichen Untersuchung des Verdachts auf Landesverrat. Am 26. Oktober erfolgte die Festnahme des Herausgebers Augstein und anderer. Aufgrund der Umstände sah es danach aus, dass Minister Strauß seinem Gegner Augstein Schaden zufügen wollte. Das Vorgehen führte zu doch beachtlichen Protestbekundungen. Der schließlich befragte Strauß gab eigenmächtiges Agieren zu und verlor sein Amt. Der Kanzler kam aus der Affäre ramponiert davon; juristische Konsequenzen gab es nicht. Augstein kam im Februar 1963 wieder in Freiheit als feststand, dass der erhobene Vorwurf nicht zutraf. So: Schmied, S. 249 ff. Der „Spiegel“ legt dar, daß der Verteidigungsminister fernmündlich den Militärattaché der deutschen Botschaft in Spanien anwies, den dort weilenden Vizechefredakteur Conrad Ahlers polizeilich in Gewahrsam zu nehmen. Strauß habe dann sein rechtswidriges Verhalten abgestritten. Das Gutachten, auf dessen Basis die behördliche Ermittlung begann, ist immer noch nicht vom Verteidigungsministerium veröffentlicht worden. So: „Der Spiegel“, Nr. 2, 10.1.11, S. 16.

³¹⁵⁰ Soukup, S. 211.

³¹⁵¹ Schwarz: Axel Springer, S. 366 f.

Haffners von der Redaktionsleitung abgelehnter Artikel wurde stattdessen am 8. November 1962 von der „Süddeutschen Zeitung“ veröffentlicht. Wegen der auch bei „Christ und Welt“ bestehenden Differenzen in der Haltung gegenüber der Affäre beendete Haffner die Mitarbeit bei diesem Blatt. So: Schmied, S. 250 ff.

wegen besserer Bezahlung und Zukunftsaussichten zum Fernsehen gingen.³¹⁵² Unter dem Eindruck der „Spiegel“-Affäre setzte sich bei Haffner eine bereits seit längerem in Gang befindliche Meinungsänderung durch. Er trat nun publizistisch für erheblich weitgehendere Änderungen als etwa nur die Ersetzung Adenauers ein, die sich in der „Welt“ nicht präsentieren ließen. Gerade sein quertreiberischer Eigensinn sorgte für den Gegensatz mit dem Chefredakteur.³¹⁵³ Ein anderer Grund für den Weggang Haffners war die von ihm gewünschte regelmäßige Mitarbeit bei der Illustrierten „Stern“.³¹⁵⁴ Zehrer schrieb seinem Verleger später: „Ich glaube nicht, dass Sebastian Haffner erpresst wird oder gekauft ist. Er will nur immer sehr apart sein und hat mir einmal in einer langen Auseinandersetzung gesagt, es käme ihm gar nicht so sehr darauf an, dass, was geschrieben ist, richtig ist, und ob es durchzusetzen ist. Hauptsache sei, dass es die Leute aufrege und zu Diskussionen führe. Und das scheint mir bei seiner heutigen Politik die Haupttriebfeder zu sein: immer anders als die anderen. Er ist eigentlich der Prototyp des Feuilletonisten, der ohne politische Verantwortung im Topf der Politik herumrührt, aber gerade deshalb in seiner Wirkung besonders gefährlich ist.“³¹⁵⁵

Die Nachrichten vom 31. Oktober zeigten dann den mittlerweile erreichten Stand der internationalen Entspannung.³¹⁵⁶ Nunmehr erst auf Seite vier wurde ein bisher unveröffentlichter Briefwechsel zwischen Kennedy und Chruschtschow thematisiert. Nach dieser Darstellung wurde die Wende durch ein Schreiben Kennedys eingeleitet, in dem dieser eine Frist zum Abbau der Raketen stellte. Konsequenterweise wurde unzutreffend behauptet, dass der Kreml den Tauschvorschlag hinsichtlich der Raketenbasen wegen der Unnachgiebigkeit Kennedys fallen ließ.³¹⁵⁷ Die Journalisten priesen wiederholt die Entschlossenheit ihres Helden.³¹⁵⁸ Tatsächlich war dieser aber zumindest zeitweilig

³¹⁵² Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Chefredaktion Welt, Briefwechsel Cramer/von Borch von 1962-64, Schreiben Meidingers an von Borch vom 18.9.1962.

³¹⁵³ Schmied, S. 253 f.

³¹⁵⁴ Bundesarchiv/Berlin: N/2523, Aktenband Nr. 136; Korrespondenz mit „Die Welt“; Brief Zehrerers an Haffner vom 1.2.1963. Zehrer sah sich von Haffner durch einen „Stern“-Beitrag vor vollendete Tatsachen gestellt, was er angesichts ihres unmittelbaren Verhältnisses nicht für glücklich hielt. Zudem sah er den Geist des Arbeitsvertrags verletzt, weil darin vorgesehen war, dass Haffner für keine andere deutsche Zeitung außer „Welt“ und „Christ und Welt“ arbeitete. Erhalten sind auch Schreiben Haffners an Springer vom 5.2.1963 und an Zehrer vom selben Tag. Haffner argumentierte damit, dass der Sinn des Vertrags nicht darin bestand, ihn als angestelltes Redaktionsmitglied exklusiv für die „Welt“ zu halten. Der „Stern“ sei keine Zeitung, dementsprechend sei auch die Art der Artikel verschieden. Er bot die Fortführung der Mitarbeit an. Zehrer ließ ihn am 8.2.1963 wissen, dass eine gleichzeitige Mitarbeit in „Welt“ und „Stern“ ausgeschlossen war.

³¹⁵⁵ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 27, Brief Hans Zehrerers an Axel Springer vom 26.2.1964.

³¹⁵⁶ Nr. 255, 31.10.1962, S. 1.

³¹⁵⁷ Nr. 255, 31.10.1962, S. 4.

Bei Chruschtschows Entscheidung zum Nachgeben vom 28. Oktober spielte der in Aussicht gestellte Rückzug der Raketen aus der Türkei zwar keine Rolle; aber schon am folgenden Tag wünschte der Generalsekretär eine diplomatische Beglaubigung des Versprechens, deren schriftliche Fixierung Robert Kennedy verweigerte. So: Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 105 ff.

³¹⁵⁸ Nr. 254, 30.10.1962, S. 2, Nr. 255, 31.10.1962, S. 1.

ziemlich unsicher und orientierungslos gewesen.³¹⁵⁹ Bisweilen wurde von der Redaktion als Komplementärererscheinung das Sinken der russischen Konfliktbereitschaft beobachtet.³¹⁶⁰ Jedenfalls fiel ein milderer Auftreten Chruschtschows gegenüber seinem Gegenspieler auf.³¹⁶¹ Zehrer schrieb Anfang November, dass nach der amerikanischen Mitteilung, die sowjetischen Basen innerhalb weniger Stunden zu beseitigen, und dem Ansetzen des Termins für einen Luftangriff auf dieses Ziel, aus dem Kreml Verwirrung verratende Briefe kamen und schließlich der bedingungslose russische Abzug bekannt gegeben wurde. Er pries die besonnene Entschlossenheit Kennedys und seiner Berater, die die Führung des Geschehens in der Hand hielten. Zehrer erinnerte daran, dass Kennedy und Chruschtschow einige Tage lang allein die Verantwortung für das Schicksal der Menschheit aufgebürdet war. Der Chefredakteur erkor die jüngste Entwicklung zum Modell künftiger Krisen. Das Bestehen der Bedrohung hing seiner Meinung nach von einer besonnenen und entschlossenen Führung wie von einer einigen und geschlossenen Öffentlichkeit ab, womit er sich auch zum eigenen Arbeitsverständnis äußerte.³¹⁶² Die „Welt“ verfolgte die Entwicklung weiter aufmerksam.³¹⁶³ Dazu zählten die Inspektion der sowjetischen Schiffe auf hoher See,³¹⁶⁴ der Streit um den Abzug der Iljuschin-Bomber³¹⁶⁵ sowie weitere Schwierigkeiten.³¹⁶⁶ Besonders berücksichtigt wurde der russische Abzug.³¹⁶⁷ Es ging nun darum „diplomatische Aufräumarbeiten zu erledigen“, um die Krise ganz zu lösen. Dargestellt wurden Erklärungen, Forderungen und Schachzüge der politischen Akteure.³¹⁶⁸ Nicht ohne Genugtuung wurde die in Havanna herrschende Enttäuschung beschrieben. Es hieß, Castro käme sich vor wie ein beim Schachspiel geopferter Bauer. In der zeitweilig die Invasion erwartenden Bevölkerung machten die Journalisten genüsslich ein Umschwenken auf Freundschaft mit dem Westen aus.³¹⁶⁹ Der von der Sowjetunion sehr enttäuschte Castro bereitete den Supermächten bei der Abwicklung der im Kern ausgestandenen Krise noch einige Schwierigkeiten.³¹⁷⁰ An das Publikum wurde der amerikanische Gedanke herangetragen, die nun erzeugte

³¹⁵⁹ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 94 f.

³¹⁶⁰ Nr. 257, 2.11.1962, S. 3, Nr. 271, 19.11.1962, S. 4.

³¹⁶¹ Nr. 262, 8.11.1962, S. 4, Nr. 263, 9.11.1962, S. 3.

³¹⁶² Nr. 258, 3.11.1962, S. 1 und Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 44, Typoskripte und Manuskripte Zehrer: „Zwischen den Krisen“, 3.11.1962.

³¹⁶³ Nr. 256, 1.11.1962, S. 1, Nr. 257, 2.11.1962, S. 1.

³¹⁶⁴ Nr. 260, 6.11.1962, S. 4, Nr. 262, 8.11.1962, S. 1.

³¹⁶⁵ Nr. 261, 7.11.1962, S. 1, Nr. 265, 12.11.1962, S. 1, Nr. 269, 16.11.1962, S. 4, Nr. 273, 21/22.11.1962, S. 1.

³¹⁶⁶ Nr. 266, 13.11.1962, S. 1, Nr. 267, 14.11.1962, S. 1, Nr. 271, 19.11.1962, S. 1.

³¹⁶⁷ Nr. 274, 23.11.1962, S. 1, Nr. 277, 27.11.1962, S. 4, Nr. 282, 3.12.1962, S. 4, Nr. 286, 7.12.1962, S. 1, Nr. 300, 24.12.1962, S. 1, Nr. 301, 27.12.1962, S. 1 und S. 4.

³¹⁶⁸ Nr. 264, 10.11.1962, S. 4.

³¹⁶⁹ Nr. 264, 10.11.1962, S. 4.

³¹⁷⁰ Greiner: Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, S. 108 ff.

diplomatische Schwungkraft in „positive Verhandlungen“ über Berlin umzusetzen.³¹⁷¹ Das Medium begleitete den Adenauer-Besuch in Washington, bei dem auch eine diesbezügliche Verhandlungsinitiative erörtert wurde.³¹⁷² Als deutsch-amerikanisches Einvernehmen präsentierte von Borch die Verschiebung dieses Anliegens, bis die sowjetischen Absichten nach der endgültigen Lösung der Kuba-Krise besser erkennbar waren. Während Kennedy einen starken Akzent auf die Erwartung einer positiven Entwicklung setzte und von einem Wendepunkt sprach, betonte die deutsche Seite, dass es noch zu früh für Schlussfolgerungen war.³¹⁷³ Von Borch berichtete nach Hamburg von seinem Kanzler-Interview, dass dieser für völlig „off the record“ erklärte, was den Journalisten aber nicht daran hinderte, einiges davon zu verwerthen. Von Borch wies hier auf einen sprachlichen Unterschied im amtlichen Kommuniqué hin, wonach für die Klärung ungelöster Fragen künftig von den Amerikanern *opportunities* im Sinne von guten Chancen gesehen wurden, wohingegen in der deutschen Fassung von *Möglichkeiten* die Rede war, die auch negativ sein konnten. Darin sah er den Unterschied in der Gesamtbewertung verraten. Nach seinem Kenntnisstand waren keine Entscheidungen über bestimmte Berlin-Vorschläge gefallen, wenn auch das spätere Ergreifen einer Initiative offen gelassen wurde. Die beiden Staatsmänner vereinbarten rasche Verhandlungsbereitschaft und diese Angelegenheit in der Dringlichkeit herabzustufen.³¹⁷⁴ Kommentator Cramer sah dann in den Unterschieden der Beurteilung der Verhandlungswilligkeit der sowjetischen Führung keinen echten Widerspruch. Er plädierte dafür wie bisher eine Politik der Festigkeit und der Verhandlungsbereitschaft zu kombinieren und sich gut auf die kommenden Dinge vorzubereiten.³¹⁷⁵ Späteren Artikeln war zu entnehmen, dass Unklarheit darüber herrschte, wie der errungene Positionsvorteil über die Konsolidierung West-Berlins hinaus ins Spiel gebracht werden sollte.³¹⁷⁶ Mittlerweile bestand Muße, das abklingende Geschehen zu reflektieren. Die „Welt“ bot einem Berater Kennedys ein Forum zur Präsentation seiner Einschätzung, warum Chruschtschow den Vorstoß gewagt hatte. Demnach benötigte die sowjetische Führung wegen der wachsenden Stärke der USA zur Stützung der absinkenden eigenen Position eine dramatische Verschiebung des Machtgleichgewichts. Nach dem Scheitern dieses Versuchs schienen die Zukunftsaussichten – gerade für die Rüstungskontrolle – weit besser

³¹⁷¹ Nr. 265, 12.11.1962, S. 1.

³¹⁷² Nr. 265, 12.11.1962, S. 1, Nr. 267, 14.11.1962, S. 1 und S. 5, Nr. 268, 15.11.1962, S. 1, Nr. 269, 16.11.1962, S. 1, Nr. 270, 17.11.1962, S. 1.

³¹⁷³ Nr. 269, 16.11.1962, S. 1.

³¹⁷⁴ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Chefredaktion Welt, Briefwechsel Cramer/von Borch von 1962-64, Fax von Borchs an „Die Welt“, Hamburg.

³¹⁷⁵ Nr. 270, 17.11.1962, S. 1.

³¹⁷⁶ Nr. 273, 21./22.11.1962, S. 4, Nr. 292, 14.12.1962, S. 1.

als zuvor.³¹⁷⁷ Der Moskauer Korrespondent bestätigte diese Einschätzung. Bei den außenpolitischen Prioritäten des Kreml stünden nun Abrüstung und das Ende der Atomversuche im Vordergrund.³¹⁷⁸ Eine Ergänzung erhielt das Bild durch die Äußerung Clays, der mit einer „Atempause“ für Berlin rechnete.³¹⁷⁹ Im „Forum“ legte der präsidentiale Berater Henry Kissinger³¹⁸⁰ überlegen dar, warum der sowjetische Vorstoß scheiterte. Russische Fehleinschätzungen, die räumliche Entfernung Kubas von der UdSSR und das Kräfteverhältnis waren demnach ursächlich. Kissinger stellte zudem Kennedys Entschlossenheit und Risikobereitschaft in den Vordergrund und betrachtete die kubanischen Raketen vor allem als politischen Wert. Die USA hätten bei einem Nachgeben als unfähig gegolten, weiter entfernt liegende Interessen zu verteidigen. Kissinger ging einen Schritt über die bisher präsentierten Informationen hinaus, als er sagte, dass die Sowjets möglicherweise davon ausgingen, dass das Weiße Haus aufgrund der langen Vorbereitungen an den Basen sehr wohl über die Aktion informiert war.³¹⁸¹ Die Redaktion griff dies in ihrem gewohnten Vertrauen nicht kritisch auf. Zehrer sah den Schock der Krise vor allem bei den Russen noch nachzittern und beobachtete eine eigentümliche Solidarität zwischen den Supermächten, die den Abstand zur jeweiligen Gefolgschaft vergrößerte.³¹⁸² Haffner hielt bereits einen Monat vorher die Abwertung der nicht konsultierten und nur oberflächlich informierten Verbündeten der Weltmächte für einen folgenschweren und zukunftsrelevanten Aspekt.³¹⁸³ Schmied weist darauf hin, dass in diesem Artikel vom 13. November ein grundsätzlicher außenpolitischer Schwenk Haffners erkennbar wurde. Jetzt erklärte dieser die amerikanische Politik für wegweisend und glaubte an eine kommende Zeit der Kooperation der Supermächte, die zwingend die Bedeutung der Bundesgenossen mindern würde.³¹⁸⁴ Seiner Meinung nach lag es nun an den Westmächten und den Deutschen, mit einer Verstärkung der konventionellen Streitkräfte in Mitteleuropa militärische Dispositionen zu schaffen, die dafür sorgten, dass die abgeblasene Berlin-Krise nicht wiederkehrte.³¹⁸⁵ Ende November berichtete das Blatt

³¹⁷⁷ Nr. 267, 14.11.1962, S. 2.

³¹⁷⁸ Nr. 269, 16.11.1962, S. 4.

³¹⁷⁹ Nr. 270, 17.11.1962, S. 1.

³¹⁸⁰ Kissinger, Henry (*27.5.1923) ist ein amerikanischer Politiker deutscher Herkunft. Er emigrierte 1938 in die USA und wurde 1962 Professor für Politische Wissenschaften. Von 1961 an war er zeitweilig Berater der Präsidenten Kennedy und Johnson. In den Jahren 1973-77 fungierte Kissinger als Außenminister und setzte sich für die Ost-West-Entspannung wie für den Vietnam-Waffenstillstand ein.

Nr. 275, 24.11.1962, S. 33.

³¹⁸¹ Nr. 275, 24.11.1962, S. 33.

³¹⁸² Nr. 293, 15.12.1962, S. 1 und Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 44, Typoskripte und Manuskripte Zehrer: „Amerika, Russland, China“, 15.12.1962, S. 1.

³¹⁸³ Bundesarchiv/Berlin: N/2523, Aktenband Nr. 259, Manuskripte, Kolumnen „Die Welt“, Belegexemplare, „Die Welt“ Nr. 266, 13.11.1962, S. 3.

³¹⁸⁴ Schmied, S. 255.

³¹⁸⁵ Bundesarchiv/Berlin: N/2523, Aktenband Nr. 259, Manuskripte, Kolumnen „Die Welt“, Belegexemplare, „Die Welt“ Nr. 289, 11.12.1962, S. 3.

über die wieder aufgenommene Genfer Abrüstungskonferenz.³¹⁸⁶ Wie gewohnt wurden die einzelnen politischen Schritte zwischen den Supermächten verfolgt.³¹⁸⁷ Von Moskau wurde eine neue politische Linie mit mehr Kompromissbereitschaft erwartet.³¹⁸⁸ Die „Welt“ nahm wahr, dass Chruschtschow mittlerweile innenpolitisch seine Haltung in der Krise verteidigen mußte und dabei die Tatsachen auf den Kopf stellte.³¹⁸⁹ In einem abgedruckten Interview Kennedys war vom Erreichen eines Wendepunkts die Rede und vom zukünftig vorsichtigeren Vorgehen des Gegners.³¹⁹⁰ Gar nicht so selten rückte die „Welt“ übrigens die Differenzen zwischen Peking und Moskau ins Bild.³¹⁹¹

4.5.2. Das Wettrüsten

Mediale Beachtung fand wie gewohnt vor allem der Wettbewerb im All. Die Nachrichten zeichneten zunächst für die Amerikaner ein durchwachsenes Bild.³¹⁹² Schließlich bereiteten die Journalisten im Februar einen geglückten US-Einsatz mit spürbarer Erleichterung sensationell auf.³¹⁹³ Weitgehend wurde diese Erdumrundung von ihnen ausgeschlachtet; zudem wurde noch die Intensivierung des Programms in Aussicht gestellt. Im Kommentar sah Merk den Wettlauf gar erst jetzt beginnen. Dabei gab er zu, dass ein Aufatmen durch die freie Welt ging und schon verschüttet geglaubte Zuversicht wieder hervorkam. Merk lenkte das Augenmerk auf die mediale Inszenierung, die er als „totale Informationsfreiheit“ im Unterschied zur „etwas unheimlichen sowjetischen Geheimnistuerei“ lobte.³¹⁹⁴ Nicht genug preisen konnte ergänzend der Washingtoner Korrespondent die mediale Aufbereitung durch die Amerikaner angesichts des hohen Risikos im Falle des Scheiterns. Die Leser erfuhren, dass das Ziel nunmehr darin bestand, den sowjetischen Vorsprung im Wettlauf zum Mond zu überholen.³¹⁹⁵ Merk regten die ambitionierten Pläne bald zu einem optimistischen Beitrag an. Er sprach gar von

³¹⁸⁶ Nr. 277, 27.11.1962, S. 1, Nr. 278, 28.11.1962, S. 4, Nr. 285, 6.12.1962, S. 4, Nr. 297, 20.12.1962, S. 1.

³¹⁸⁷ Nr. 278, 28.11.1962, S. 1, Nr. 279, 29.11.1962, S. 4, Nr. 281, 1.12.1962, S. 1, Nr. 285, 6.12.1962, S. 4, Nr. 292, 14.12.1962, S. 3.

³¹⁸⁸ Nr. 288, 10.12.1962, S. 4, Nr. 292, 14.12.1962, S. 5.

³¹⁸⁹ Nr. 291, 13.12.1962, S. 1.

³¹⁹⁰ Nr. 296, 19.12.1962, S. 1.

³¹⁹¹ Nr. 20.2.1962, S. 1, Nr. 24, 29.1.1962, S. 4, Nr. 29, 3.2.1962, S. 1, Nr. 47, 24.2.1962, S. 3, Nr. 51, 1.3.1962, S. 1, Nr. 76, 30.3.1962, S. 1, Nr. 76, 30.3.1962, S. 4, Nr. 77, 31.3.1962, S. 33, Nr. 80, 4.4.1962, S. 4, Nr. 81, 5.4.1962, S. 1 und S. 3, Nr. 82, 6.4.1962, S. 5, Nr. 85, 10.4.1962, S. 4, Nr. 116, 19.5.1962, S. 33, Nr. 162, 14.7.1962, S. 25, Nr. 221, 21.9.1962, S. 4, Nr. 230, 2.10.1962, S. 4, Nr. 231, 3.10.1962, S. 1, Nr. 260, 6.11.1962, S. 1, Nr. 261, 7.11.1962, S. 1, Nr. 289, 11.12.1962, S. 1, Nr. 292, 14.12.1962, S. 5, Nr. 294, 17.12.1962, S. 4, Nr. 295, 18.12.1962, S. 4, Nr. 304, 31.12.1962, S. 28.

³¹⁹² Nr. 23, 27.1.1962, S. 1, Nr. 24, 29.1.1962, S. 1, S. 4, Nr. 39, 15.2.1962, S. 4.

³¹⁹³ Nr. 44, 21.2.1962, S. 1.

³¹⁹⁴ Nr. 44, 21.2.1962, S. 4, Nr. 45, 22.2.1962, S. 1.

³¹⁹⁵ Glenn, John (*18.7.1921) war Astronaut und führte als erster Amerikaner einen bemannten Raumflug aus. Es handelte sich um drei Erdumläufe in einer Mercury-Kapsel mit einer Flugzeit von 4 Stunden 55 Minuten. Später engagierte sich Glenn in der Politik. Nr. 45, 22.2.1962, S. 4.

„Raumomnibusse(n) für die Fahrt zum Mond“; räumte aber ein, dass bis zur bemannten Mondfahrt noch Jahre vergehen würden.³¹⁹⁶ In diese Tendenz passte die beiläufig abgedruckte pompöse Erklärung Kennedys, derzufolge die USA nicht erst mit der Landung eines Menschen auf dem Mond die Vorherrschaft im Weltraum erlangten. Schon der bemannte Raumflug habe klar gemacht, dass die Vereinigten Staaten den Willen wie die Möglichkeit hätten, die Welt in den Dimensionen des Alls anzuführen.³¹⁹⁷ Anfang April stellte Bärwolf vor wie Kennedy eine das Leben auf dem Mond simulierende Station besichtigte.³¹⁹⁸ In den Beiträgen manifestierte sich der Durchbruch zum Optimismus. Laufend wurden amerikanische Unternehmungen gemeldet und teilweise groß herausgestellt.³¹⁹⁹ Gar nicht so selten wurden dabei auch Probleme eingeräumt.³²⁰⁰ Gänzlich marginal fiel im Blatt hingegen die Wahrnehmung der russischen Erfolge aus.³²⁰¹ Bärwolf stellte im Juli eine Studie vor, derzufolge der bemannte Mondflug möglich schien. Das Problem bestand für Ost und West in der Rückkehr zur Erde. Vorsichtshalber schrieb er von sich verstärkenden Anzeichen dafür, dass die Russen eine Mondlandung realisieren wollten, ohne dem Kosmonauten die Heimkehr ermöglichen zu können. Bärwolf ließ wissen, dass die USA dies überlegen aus ethischen Gründen ablehnten, auch wenn sie selbst über reichlich Freiwillige für ein derartiges Vorhaben verfügten.³²⁰² Zwei Jahre zuvor hatte die „Welt“ hingegen ihrem Publikum erklärt, dass die NASA bereits über ein re-entry-vehicle verfügte. Beeindruckt bis enthusiastisch schrieb Bärwolf bald über das mit enormem Aufwand vorangetriebene Apollo-Projekt.³²⁰³ Das Blatt begleitete weiterhin mit Wohlwollen amerikanische Vorhaben.³²⁰⁴ Zwar auf Seite eins – aber nicht als Aufmacher – stellte die „Welt“ im August einen sensationellen russischen Erfolg vor. Schon einleitend qualifizierte Schewe diesen Schritt als Getöse ab: „Mit einem Propagandaaufwand ohnegleichen und einer bisher in dieser Form noch nicht erlebten künstlich aufgeputzten nationalen Begeisterung sind am Wochenende in der Sowjetunion im Abstand von knapp 24 Stunden zwei bemannte Weltraumraketen...gestartet.“ Distanziert betrachteten die Journalisten die östliche Inszenierung und vergaßen dabei das eigene – wenn auch

³¹⁹⁶ Nr. 51, 1.3.1962, S. 3.

³¹⁹⁷ Nr. 60, 12.3.1962, S. 5.

³¹⁹⁸ Nr. 78, 2.4.1962, S. 3.

³¹⁹⁹ Nr. 93, 19./20.4.1962, S. 1, Nr. 95, 24.4.1962, S. 1, Nr. 97, 26.4.1962, S. 1.

³²⁰⁰ Nr. 96, 25.4.1962, S. 1, Nr. 121, 25.5.1962, S. 1, Nr. 122, 26.5.1962, S. 1, Nr. 123, 28.5.1962, S. 4, Nr. 169, 23.7.1962, S. 1.

³²⁰¹ Nr. 96, 25.4.1962, S. 1, Nr. 100, 30.4.1962, S. 1, Nr. 196, 23.8.1962, S. 3.

³²⁰² Nr. 158, 10.7.1962, S. 3.

³²⁰³ Das NASA-Raumfahrtprogramm verfolgte die Ziele, bemannte Mondflüge zu realisieren, erdnahe Orbitallabors und Orbitalobservatorien zu installieren sowie unbemannte Sonden zu Mars und Venus zu senden. Die Hauptaufgabe auf dem Mond bestand im Aufsammeln und Überbringen von Gesteinsproben, in der Aufstellung kleiner Forschungsgeräte und in der photographischen Dokumentation. Es gab insgesamt 17 Flüge; mit Apollo 11 gelang am 20.7.1969 die erste Mondlandung. Das Projekt wurde mit Apollo 17, der sechsten und letzten Mondlandung abgeschlossen. Nr. 183, 8.8.1962, S. 3.

³²⁰⁴ Nr. 221, 21.9.1962, S. 5, Nr. 230, 2.10.1962, S. 3.

dezentere – Ausschlächten vergleichbarer US-Erfolge. Die Zurschaustellung der technischen Möglichkeiten wurde als Versuch zur Überdeckung des Jahrestags des Mauerbaus gedeutet. Die Aktionen der Kosmonauten wurden von Bärwolf aber schon als riesiger Schritt vorwärts zum Mond gewertet.³²⁰⁵ Auch Merk schrieb von einer imponierenden technologischen Großtat, die die Welt vom Jahrestag der Schande erfolgreich ablenkte. Mit großen gemeinsamen Anstrengungen, für die er warb, glaubte er den russischen Vorsprung aufholen zu können, was angesichts der machtpolitischen Bedeutung notwendig schien.³²⁰⁶ Die propagandistische Aufbereitung durch die russischen Medien wurde gesondert thematisiert. Die Journalisten sahen Kosmos und Komik eng beieinander liegen und schrieben gönnerhaft-herablassend, dass die Gier nach Komplimenten bei diesem lange vom Ausland geringschätzig angesehenen Volk doch verständlich wäre.³²⁰⁷ Hier klang ein neuer Ton an. Während die Russen noch ein bisschen mit ihren immer noch im All agierenden Kosmonauten angeben konnten,³²⁰⁸ machte sich die Redaktion wiederum Gedanken über den propagandistischen Missbrauch.³²⁰⁹ Es wurde aber schon eingeräumt, dass sich Millionen Menschen besorgt fragten, warum den Sowjets derart eindrucksvolle Demonstrationen möglich waren. Dabei war klar, dass ihre Überlegenheit auf den stärkeren Raketen beruhte. Die „Welt“ legte dar, dass die Amerikaner sich indessen nicht entmutigt gaben, ihr ehrgeiziges Mondfahrtprojekt fortzuführen. Bärwolf sorgte für eine ehrfürchtige Aufnahme als Titanenwerk und schrieb pompös von einer gigantischen noch nie zuvor von Menschen verlangten Entscheidung. Er stellte heraus, wie viele Unternehmen, Universitäten und Forschungsstätten daran arbeiteten.³²¹⁰ In zuversichtlichem Ton war dann ein Bericht über den Fortschritt des Apollo-Projekts gehalten. Ein Foto illustrierte die am Fließband hergestellten „gigantischen“ Raketenmotoren, die das Publikum beeindrucken konnten.³²¹¹ Eher ausnahmsweise befasste sich die Redaktion ausdrücklich mit der Frage nach dem Sinn der Mondfahrt. Bärwolf wand sich dabei in Erklärungsnöten und verwies auf von Braun, der ebenfalls ausweichend den Physiker Teller³²¹² zitierte. Dieser erklärte: „Die Verbesserung der Handelsbeziehungen mit China war ein Hauptziel des Kolumbus.“³²¹³ Dies ist ihm nicht

³²⁰⁵ Nr. 187, 13.8.1962, S. 1.

³²⁰⁶ Nr. 188, 14.8.1962, S. 1, S. 2.

³²⁰⁷ Nr. 188, 14.8.1962, S. 4.

³²⁰⁸ Nr. 189, 15.8.1962, S. 1, Nr. 190, 16.8.1962, S. 1 und S. 3.

³²⁰⁹ Nr. 190, 16.8.1962, S. 4.

³²¹⁰ Nr. 190, 16.8.1962, S. 3.

³²¹¹ Nr. 196, 23.8.1962, S. 3.

³²¹² Teller, Edward (*15.1.1908) emigrierte 1935 aus Ungarn in die USA. Er arbeitete zur Kern- und Plasmaphysik, war maßgeblich an der Entwicklung der Wasserstoffbombe beteiligt und setzte sich für die Fortführung von Atomwaffenversuchen ein.

³²¹³ Kolumbus, Christoph (*zwischen 25.8. und 31.10.1451, gest. 20.5.1506) war ein genuesischer Seefahrer in spanischen Diensten. Er wollte Indien auf dem Westweg über den Atlantik erreichen. Bei seiner ersten Reise im spanischen Auftrag 1492/93 segelte er mit drei Schiffen los und erreichte eine Bahamainsel und

gelingen – selbst bis heute nicht. Aber sehen Sie sich mal an, was dabei abgefallen ist!“ Damit wurde schon eingeräumt, dass kein klares Ziel existierte. Der ebenfalls zitierte Raketenpionier Oberth³²¹⁴ trug ökonomische Argumente vor: „Der Grund, warum wir den Mond besetzen, ist, dass wir ihn als Rohstoffquelle für weitere Bauten im Weltraum und als Treibstofflieferant für elektrische Raumschiffe benötigen. Der Transport vom Mond in den Weltraum stellt sich nämlich gegen tausendmal billiger als der Transport von der Erde.“ Der phantasievolle Mann zeichnete ein blumiges Zukunftsbild: „Durch den Bau von bis zu 300 Kilometer großen Weltraumspiegeln aus Mondmaterial ist die Nachtbeleuchtung großer Städte, die Freihaltung der arktischen Häfen von Eis und die Verbesserung des Klimas der nördlichen Länder möglich. Spiegel aus Mondmaterial, im Weltraum aufgehängt, könnten Nachtfrost verhindern, die Obst- und Gemüseernten ganzer Länder retten, Sturmtiefs, Taifune und Zyklone umlenken, Überschwemmungskatastrophen ablenken und die Sahara so bewohnbar machen, wie sie im Altertum war.“ Bärwolf befand, dass es sich ob dieser Aussichten schon lohnen würde, zum Mond zu fliegen. In einem anderen Abschnitt wurde eine realitätsgerechtere Aussage von Brauns vorgestellt, der davon sprach, dass die Raumfahrt eine Sache des Prestiges für die USA war. Dabei wurde auch zugegeben, dass die militärische Verwendbarkeit und die Herrschaft über die Erde eine Rolle spielten. Übrigens war diesem Beitrag zu entnehmen, dass der letzte spektakuläre sowjetische Raumfahrt-Erfolg Angst in US-Regierungskreisen ausgelöst haben soll.³²¹⁵ Bis zum Jahresende wurden weiterhin ziemlich einseitig amerikanische Aktionen, Vorhaben und Publikationen vorgestellt.³²¹⁶ Zahlenmäßig gänzlich marginal und in der Aufmachung eher unauffällig fielen hingegen die Meldungen über russische Projekte aus.³²¹⁷ Zum Jahresende wagte die „Welt“ keine Prognose, wer den Wettlauf zum Mond gewinnen würde.³²¹⁸ In der Berichterstattung agierte die Redaktion nicht in Befolgung verlegerischer Anweisungen, sondern eigenständig und in eher

Kuba. Auf drei weiteren Seereisen entdeckte er das südamerikanisch- und mittelamerikanische Festland. Er starb im Glauben, den westlichen Seefahrtsweg nach Indien gefunden zu haben.

³²¹⁴ Oberth, Hermann, (*25.6.1894, gest. 28.12.1989) entwarf bereits 1917 eine Rakete von 25 Meter Länge und beschrieb 1923 die wesentlichen Elemente der heutigen Großraketen. In den Jahren 1938-40 arbeitete Oberth an Raketenversuchen der Technischen Hochschule in Wien; 1941 kam er zur Heeresversuchsanstalt Peenemünde. 1955-58 arbeitete er in den USA.

³²¹⁵ Nr. 204, 1.9.1962, S. 33.

³²¹⁶ Nr. 199, 27.8.1962, S. 1, Nr. 200, 28.8.1962, S. 1, Nr. 208, 6.9.1962, S. 1, Nr. 214, 13.9.1962, S. 1, S. 4, Nr. 221, 21.9.1962, S. 5, Nr. 230, 2.10.1962, S. 3, Nr. 232, 4.10.1962, S. 1, Nr. 233, 5.10.1962, S. 1, Nr. 245, 19.10.1962, S. 1, Nr. 265, 12.11.1962, S. 4, Nr. 270, 17.11.1962, S. 19, Nr. 286, 7.12.1962, S. 4, Nr. 292, 14.12.1962, S. 3, Nr. 296, 19.12.1962, S. 3.

³²¹⁷ Nr. 198, 25.8.1962, S. 1, Nr. 242, 16.10.1962, S. 1, Nr. 244, 18.10.1962, S. 1, Nr. 257, 2.11.1962, S. 1, Nr. 258, 3.11.1962, S. 4.

³²¹⁸ Nr. 304, 31.12.1962, S. 27.

unbewußter Parteinahme, die noch durch die Technik-Schwärmerei Bärwolfs gesteigert wurde.³²¹⁹

Auch andere Aspekte wurden weiterhin mit Aufmerksamkeit bedacht. Entsprechend der bisher gepflegten Darstellung gingen die Journalisten zutreffend von einer großen zahlenmäßigen Überlegenheit der USA bei den Atomwaffen aus, wenn auch die Russen über nachweislich gezündete Superbomben verfügten.³²²⁰ Es wurde aber schon mal eine Äußerung des sowjetischen Verteidigungsministers präsentiert, der erklärte mit einem Raketenanschlag alle Ziele in den USA hinwegfegen zu können.³²²¹ Das Blatt präsentierte Auszüge aus einer Botschaft Kennedys zur Lage der Nation. Darin wurde die Verbesserung der militärischen Position an das Publikum herangetragen: Verteidigungsbudget, Rüstungsproduktion, Alarmbereitschaft, Truppenstärke und Ausbildung waren erhöht worden.³²²² Die „Welt“ stellte dem Publikum wieder neue militärtechnische Entwicklungen und Erprobungen des Pentagon vor.³²²³ Als die Russen einen neuen gegen Raketen-Abwehr-Raketen unverwundbaren atomwaffentragenden Angriffssatelliten ankündigten, der zudem noch das arktische Radarsystem ausschalten können sollte, präsentierte das Blatt diese ausgesprochen beunruhigende Neuigkeit in einem Bericht Bärwolfs, der eine skeptische Beurteilung amerikanischer Experten auffahren konnte. Bärwolf ließ wissen, dass die USA an einem ähnlichen System sowie an einer Abwehrwaffe dagegen arbeiteten, was doch den Schrecken etwas gemildert haben mochte. Vorsichtshalber platzierte die Redaktion direkt darunter noch eine Notiz, in der die atomare Stärke der Hegemonialmacht bekräftigt wurde.³²²⁴ Die eingestreuten Informationen trugen zum Bild der jede Eventualität bedenkenden Führungsmacht bei. Zu den aufgezählten Aktivposten gehörten unterirdische Abschussbasen für Interkontinentalraketen³²²⁵ und die mit besonderer Aufmerksamkeit bedachte Raketen-Abwehr-Rakete.³²²⁶ Bärwolf präsentierte den Laser³²²⁷ als zukunftsentscheidende Waffe.³²²⁸ Der Leserschaft wurde eröffnet, dass die weitsichtig handelnden Amerikaner

³²¹⁹ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

³²²⁰ Nr. 63, 15.3.1962, S. 3.

³²²¹ Etwa: Nr. 21, 25.1.1962, S. 4.

³²²² Nr. 10, 12.1.1962, S. 4.

³²²³ Nr. 38, 14.2.1962, S. 1, Nr. 56, 7.3.1962, S. 4, Nr. 65, 17.3.1962, S. 5, Nr. 68, 21.3.1962, S. 3, Nr. 85, 10.4.1962, S. 5, Nr. 87, 12.4.1962, S. 1, Nr. 93, 19./20.4.1962, S. 1, Nr. 95, 24.4.1962, S. 2, Nr. 97, 26.4.1962, S. 1, Nr. 183, 8.8.1962, S. 1, Nr. 244, 18.10.1962, S. 1, Nr. 247, 22.10.1962, S. 1, Nr. 271, 19.11.1962, S. 3, Nr. 277, 27.11.1962, S. 5, Nr. 299, 22.12.1962, S. 4.

³²²⁴ Nr. 66, 19.3.1962, S. 4.

³²²⁵ Nr. 72, 26.3.1962, S. 1, Nr. 201, 29.8.1962, S. 1, Nr. 297, 20.12.1962, S. 1.

³²²⁶ Nr. 23, 27.1.1962, S. 1, Nr. 48, 26.2.1962, S. 4, Nr. 62, 14.3.1962, S. 5, Nr. 77, 31.3.1962, S. 4, Nr. 167, 20.7.1962, S. 1, Nr. 291, 13.12.1962, S. 4.

³²²⁷ Laser: Lichtverstärkung durch angeregte Strahlenemission; hierbei wird ein gebündelter energiereicher Lichtstrahl erzeugt und eingesetzt.

³²²⁸ Nr. 85, 10.4.1962, S. 5, Nr. 168, 21.7.1962, S. 25.

bereits das Leben in einer Mondstation simulierten.³²²⁹ Sie planten sogar „aufblasbare Raumstationen“.³²³⁰ Merk und Bärwolf erläuterten dem Publikum die Rüstungs-Umstellung der strategischen Fernbomber zugunsten der Raketen.³²³¹ In einem Einzelfall wurde ein großes US-Manöver thematisiert.³²³² Bisweilen wurden auch Pannen im Verteidigungssystem eingeräumt.³²³³ Die „Welt“ stellte heraus, dass die USA bei den Interkontinentalraketen führend waren. Neben eindrucksvollen Zahlenangaben wurden die Überlegenheit in Vielseitigkeit und Widerstandsfähigkeit der Abschussbasen sowie die Zielsicherheit der Raketen betont. Doch wurde auch eingeräumt, dass die russischen Raketen über größere Schubkraft verfügten und somit größere Sprengsätze befördern konnten.³²³⁴ Kurz vor Jahresende meldete das Blatt nicht ohne Stolz, dass die Amerikaner nunmehr die Raketenlücke endgültig schlossen.³²³⁵ Gelegentlich wurden aber schon etwa in der sowjetischen Presse behandelte Überlegungen zu strategischen Themen an die „Welt“-Leserschaft herangetragen. Dabei wurden östliche Aktivposten wie die Weiträumigkeit des Landes, die Raketen-Abwehr und die Massenarmee genannt.³²³⁶ Heikle Aufgaben für die Redaktion stellten hingegen die Vermittlung der amerikanischen Truppenreduzierungspläne und die Schwäche der konventionellen westlichen Streitkräfte dar. Vorsichtig lavierten die Journalisten hier, um das Image der Stärke nicht zu beeinträchtigen. Beim Stand der Truppen trugen die Journalisten nur gelegentlich fragmentarische Informationen zusammen, die in der Gesamtschau kein besonders eindrucksvolles Bild vermittelten.³²³⁷ Wenn auch im Einzelfall die wachsende Stärke der USA betont wurde,³²³⁸ so war doch erkennbar, dass etwa der Mannschaftsstand der britischen Rheinarmee von der schwächelnden Devisenbilanz abhing.³²³⁹ In eher fragender Form eröffnete das Blatt amerikanische Pläne zur Truppenreduzierung in Europa.³²⁴⁰ Die Redaktion war hier vorsichtig in der Wortwahl. Es war von „Rückführung“ die Rede; der Erhalt der Verteidigungsfähigkeit wurde dabei versichert.³²⁴¹ Schließlich war unter der verschleiernenden Überschrift: „Präsident Kennedy belebt strategisches Streitgespräch“ zu erfahren, dass Washington aus Kostengründen langfristig die Streitkräfte in Westeuropa

³²²⁹ Nr. 78, 2.4.1962, S. 3.

³²³⁰ Nr. 79, 3.4.1962, S. 1.

³²³¹ Nr. 146, 26.6.1962, S. 1, Nr. 261, 7.11.1962, S. 1.

³²³² Nr. 85, 10.4.1962, S. 5.

³²³³ Nr. 78, 2.4.1962, S. 3, Nr. 79, 3.4.1962, S. 1.

³²³⁴ Nr. 173, 27.7.1962, S. 3.

³²³⁵ Nr. 297, 20.12.1962, S. 1.

³²³⁶ Etwa: Nr. 135, 13.6.1962, S. 4.

³²³⁷ Etwa: Nr. 2, 3.1.1962, S. 1, Nr. 3, 4.1.1962, S. 4, Nr. 83, 7.4.1962, S. 1, Nr. 84, 9.4.1962, S. 20, Nr. 117, 21.5.1962, S. 1, Nr. 302, 28.12.1962, S. 2.

³²³⁸ Nr. 10, 12.1.1962, S. 4.

³²³⁹ Nr. 42, 19.2.1962, S. 4, Nr. 44, 21.2.1962, S. 5, Nr. 50, 28.2.1962, S. 1, Nr. 110, 12.5.1962, S. 4.

³²⁴⁰ Nr. 89, 14.4.1962, S. 5.

³²⁴¹ Nr. 117, 21.5.1962, S. 2.

verringern wollte.³²⁴² Es wurde dargelegt, dass wegen der Finanzschwäche die NATO-Partner die Stationierungskosten durch Waffenkäufe in den USA ausgleichen sollten.³²⁴³ In diesen Kontext gehörten auch die registrierten Forderungen Washingtons nach Erhöhung der Truppenkontingente der europäischen Partner, insbesondere der Bundeswehr,³²⁴⁴ die jedoch auf geringes Verständnis stießen.³²⁴⁵ Nur ausnahmsweise präsentierte die „Welt“ vergleichende Angaben zu den konventionellen Streitkräften der Supermächte; dabei wurden eindrucksvolle Zahlen für die Rote Armee genannt.³²⁴⁶ In einem Beitrag wurde übrigens die These eines russischen Militärorgans vorgestellt, derzufolge auch in einem Atomkrieg den Massenarmeen noch entscheidende Bedeutung zukam.³²⁴⁷

Wieder nur sporadisch und noch seltener als in den Vorjahren wurde das Thema Zivilschutz an das Publikum herangetragen. Am 9. März stellte das Blatt im Titelseiten-Aufmacher die Aufforderung der Regierung an die Bevölkerung vor, sich mehr an der Zivilverteidigung zu beteiligen. Im Kommentar räumte die Redaktion Versäumnisse in der Bundesrepublik ein und warb für gemeinsame Vorbereitungen.³²⁴⁸ Im „Forum“ wurden später Auszüge einer Denkschrift deutscher Wissenschaftler vorgestellt, die darlegten, dass bei gezielten Vernichtungsangriffen für die Bevölkerung keine Chance bestand. Offen wurde hier angesprochen, dass die Schaffung von Schutzraum in gebotener Ausmaß nicht realisierbar war. Flankiert wurde dieser Beitrag von einer Stellungnahme des Bundesinnenministers und der eines oppositionellen Bundestagsabgeordneten, der die Versäumnisse der Regierung anprangerte.³²⁴⁹ Die Kombination der präsentierten Informationen wirkte bisweilen etwas befremdlich. Einerseits wurde der Leserschaft mit schonungsloser Offenheit die Apokalypse vor Augen geführt. Daneben wurden – eigentlich sinnlose – legislative Maßnahmen der Bundesregierung vorgestellt.³²⁵⁰ Anlässlich einer Vorführung des Hamburger Luftschutzdienstes zählte die „Welt“ unverhohlen materielle Vorteile für freiwillige Helfer auf.³²⁵¹ Eine interessante Ergänzung stellte die laienverständliche Erklärung von Funktionsweise und Wirkung der unterschiedlichen Kernwaffentypen durch einen Physiker dar. Dem ungeheuerlichen Thema wurde die komplette Seite gewidmet.³²⁵² Die wenigen vergleichenden Blicke zu

³²⁴² Nr. 149, 29.6.1962, S. 4.

³²⁴³ Nr. 148, 28.6.1962, S. 2, Nr. 215, 14.9.1962, S. 2.

³²⁴⁴ Nr. 178, 2.8.1962, S. 1, Nr. 181, 6.8.1962, S. 4, Nr. 185, 10.8.1962, S. 4, Nr. 270, 17.11.1962, S. 4, Nr. 278, 28.11.1962, S. 5.

³²⁴⁵ Nr. 293, 15.12.1962, S. 1, Nr. 294, 17.12.1962, S. 4.

³²⁴⁶ Nr. 263, 9.11.1962, S. 4, Nr. 285, 6.12.1962, S. 4.

³²⁴⁷ Nr. 110, 12.5.1962, S. 4.

³²⁴⁸ Nr. 58, 9.3.1962, S. 1, in: Nr. 212, 11.9.1962, S. 7 wurde übrigens das Angebot eines Standardbunkers für den Privathaushalt behandelt.

³²⁴⁹ Nr. 240, 13.10.1962, S. 32.

³²⁵⁰ Nr. 256, 1.11.1962, S. 2.

³²⁵¹ Nr. 114, 17.5.1962, S. 6.

³²⁵² Nr. 150, 30.6.1962, „Geistige Welt“, S. 22.

den Supermächten vermittelten den Eindruck, dass die dortigen Vorbereitungen für den Zivilschutz ebenfalls vollkommen mangelhaft waren.³²⁵³ Der Moskauer Korrespondent konnte keine nennenswerte Aktivität zur Schaffung von groß angelegten Schutzbauten in den Großstädten beobachten. Er hielt es übrigens für schwer vorstellbar, dass ein Staat, der den defensiven Schutz der Bevölkerung seiner Zentren in einem Atomkrieg für ausgeschlossen hielt, die Initiative zu einem solchen Konflikt in die Pläne einbezog.³²⁵⁴ Angesichts dieser und der über die Jahre doch insgesamt recht vorsichtigen Art der Aufbereitung klang es doch etwas unpassend und prahlerisch, als Zehrer nach dem Überstehen der Kuba-Krise über die westliche Öffentlichkeit äußerte: „Ihr waren auch die Gefahren und Risiken der nuklearen Waffen niemals verschwiegen, sondern fast minutiös und bis in die Details jahrelang mitgeteilt worden, so dass sie ein relativ klares Bild von den schrecklichen Möglichkeiten ihrer Haltung besaß.“³²⁵⁵ Vielleicht war sich Zehrer der aktuellen Linie gar nicht so bewusst. Noch 1957 schürten „Welt“ und „Bild“ unablässig die Ängste der Öffentlichkeit mit bisweilen auch schrillen Tönen Zehrer.³²⁵⁶

4.5.3. Die Deutschen und die Einheit

Meldungen über Solidaritätsaktionen zugunsten der Ostdeutschen, die im Vorjahr noch mühsam zusammengestellt worden waren, fielen nun fast ganz weg.³²⁵⁷ Der schon im Vorjahr zu beobachtende stillschweigende redaktionelle Rückzug setzte sich weiter fort. Das freiwillige Kappen von Handelsbeziehungen zur DDR durch westdeutsche Firmen fand in neutralem Ton Beachtung.³²⁵⁸ Angegeben wurde dabei das Argument, „keine Geschäfte mit Verbrechern“ machen zu wollen.³²⁵⁹ Auch sonst wurde die Beendigung von Kontakten registriert.³²⁶⁰ Einer Notiz war zu entnehmen, dass nur 2% der Bundesbürger im vergangenen Jahr in die DDR gereist waren.³²⁶¹ Tatsächlich nicht gerade übermäßig beeindruckende Ergebnisse von Meinungsumfragen wurden wieder einmal so gedeutet und

³²⁵³ in: Nr. 84, 9.4.1962, S. 1 wurde die Einführung eines neuen Warnsystems in England thematisiert, Nr. 166, 19.7.1962, S. 3, Nr. 174, 28.7.1962, S. 1.

³²⁵⁴ Nr. 166, 19.7.1962, S. 3.

³²⁵⁵ Nr. 258, 3.11.1962, S. 1 und Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 44, Typoskripte und Manuskripte Zehrer: „Zwischen den Krisen“, 3. 11.1962.

³²⁵⁶ So: Schwarz: Axel Springer, S. 257.

³²⁵⁷ Etwa: Nr. 2, 3.1.1962, S. 2, Nr. 5, 6.1.1962, S. 2, Nr. 185, 10.8.1962, S. 2, Nr. 267, 14.11.1962, S. 1. Das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ initiierte übrigens eine Aktion, in der Jugendliche und Studenten vor allem an Grenzübergängen Touristen mit Broschüren und Plaketten auf die deutsche Frage aufmerksam machen sollten. Die Resonanz bei den Ausländern soll ganz gut gewesen sein. So: Meyer, S. 209 ff.

³²⁵⁸ Nr. 19, 23.1.1962, S. 1.

³²⁵⁹ Nr. 196, 23.8.1962, S. 1.

³²⁶⁰ Etwa in: Nr. 8, 10.1.1962, S. 2 und Nr. 153, 4.7.1962, S. 2 wurde die Einstellung von wissenschaftlichem Kontakt behandelt.

³²⁶¹ Nr. 70, 23.3.1962, S. 1.

dargestellt, als ob den Deutschen nichts dringlicher als die Wiedervereinigung war.³²⁶² Zehrer blieb der gewohnten Linie treu, hartnäckig die Anerkennung der Realität der sich vertiefenden Spaltung zu verweigern. Über diejenigen, die anders dachten, schrieb er in einem Leitartikel: „Vielleicht mag es einige Leute im Westen, vielleicht sogar in Westdeutschland selber geben, die glauben, die Bundesrepublik bleibe stabil und unverändert, wenn man ihr die Hoffnung auf die Wiedervereinigung des Volkes nehmen oder sich sogar mit der Ausklammerung Berlins und einer Dreiteilung Deutschlands abfinden würde. Vielleicht glauben diese Leute, die Bundesrepublik sei ein selbständiges Gebilde, mit dem man auch ohne die Annexe der sechzehn Millionen in der Zone rechnen und sich militärisch, politisch und wirtschaftlich arrangieren könne. Sie sitzen bestimmt nicht an verantwortlicher Stelle, weder bei uns noch draußen. Denn die verantwortlichen Staatsmänner wissen zuviel von der elementaren Macht der Geschichte. Sie wissen, dass ihnen der Boden wegsacken würde drinnen wie draußen, wenn sie sich dagegen vergehen würden.“ Zehrer pries dann das Engagement eines hohen Verbündeten im Anliegen: „Der Bundespräsident, dieser redliche, zähe und großartige Mann, hat in den letzten schweren fünf Monaten keine Gelegenheit vorbegehen lassen, um das eigene Volk wie die anderen Völker der Welt an die geschichtliche Wirklichkeit des deutschen Volkes zu erinnern.“ Im noch einen anderen Titel tragenden Typoskript ging Zehrer noch weiter. Dort schloss sich der Satz an: „Es ist gut, diesen Mann in den kommenden Stürmen an der Spitze unseres Staatswesens zu wissen.“ Der Chefredakteur deutete eine bevorstehende oder stattfindende Verschwörung von Entscheidungsträgern aus US-Medien an, die über „den bösen Dingen der Vergangenheit“ brüteten und sich zu einer großen Aktion gegen Deutschland aufrufen wollten.³²⁶³ Die meinungsbetonten Beiträge zum Thema ließen doch nach. Es sei daran erinnert, dass die Hamburger Zentrale über den Wandel des Deutschlandbilds in der amerikanischen Öffentlichkeit informiert wurde, wenn auch im betreffenden Schriftstück ausdrücklich nicht von einer „tiefergehenden antideutschen Welle“ die Rede war. Gerade bei den Intellektuellen, die mit ihren Warnungen auf die breite Öffentlichkeit Einfluss nehmen konnten, wurden aus der Vergangenheit resultierende Vorbehalte und Besorgnisse beobachtet. In einem anderen Schreiben zeigte sich von Borch besorgt, dass auch die Redaktion an die Existenz einer antideutschen Welle zu glauben begann.³²⁶⁴ Die Erkenntnis wissenschaftlicher Autoritäten wurde dann in der „Welt“ aufgeföhren, um

³²⁶² Nr. 22, 26.1.1962, S. 1, Nr. 117, 21.5.1962, S. 1, die Chancen wurden im letztgenannten Beitrag allerdings ziemlich schlecht beurteilt.

³²⁶³ Nr. 23, 27.1.1962, S. 1 und Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 44, Typoskripte und Manuskripte Zehrer: „Zwischen Washington und Moskau“, 27.1.1962.

³²⁶⁴ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Chefredaktion Welt, Briefwechsel Cramer/von Borch von 1962-64, Aufzeichnung zum Deutschlandbild der amerikanischen Öffentlichkeit vom 6.2.1962, S. 1-3 und Schreiben von Borchs an Cramer vom 12.4.1962.

wieder einmal die These zu stützen, dass die Einheit in wirtschaftlicher Hinsicht relativ kurzfristig realisierbar sei und zudem keine nennenswerten finanziellen Lasten für die Bundesrepublik bedeutete. Prognostiziert wurde vielmehr eine Steigerung des allgemein angebotenen Lebensstandards für Gesamtdeutschland.³²⁶⁵ In den Unterlagen des Verlegers hat sich ein Referat über die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetzone in ihrer Bedeutung für die Wiedervereinigung von KUD-Gesinnungsfreund Prof. Friedensburg³²⁶⁶ erhalten. Es ist darin davon die Rede, dass wirtschaftliche Kräfte und Erwägungen das Problem der Wiedervereinigung sowohl sachlich wie psychologisch beeinflussten. Friedensburg sprach von Befürchtungen, dass ein Zusammenschluss schwere Rückschläge und Nachteile bedeuten könnte. Er prognostizierte allerdings neben einer sicher erwarteten Verbesserung der Zonenwirtschaft keine fühlbare Verschlechterung der Lage in der Bundesrepublik und sah allenfalls vorübergehende Übergangsspannungen voraus.³²⁶⁷ Es sei daran erinnert, dass die „Welt“ durchaus in der ersten Hälfte der 50er Jahre ein Sinken des westdeutschen Lebensstandards als Preis der Einheit genannt hatte.³²⁶⁸ Im April trug Conrad im Gewand einer Buchbesprechung das Thema an das Publikum heran. Der Untertitel der Überschrift ließ bereits die Willensrichtung erkennen: „Entscheidend ist, dass der Widerstandsgeist nicht erlahmt.“ Einem der Autoren des besprochenen Werks, der die Spaltung Deutschlands als definitiv besiegelt betrachtete und folglich den Glauben an die Wiedervereinigung als illusionär halten mochte wurden positivere Auffassungen entgegengestellt. Die Herstellung der Einheit wäre der einzig mögliche Weg zur Lösung des Berlin-Problems. Dann fuhr Conrad die Aussage eines anderen Autoren auf, um den Befürwortern der Resignation zu entgegnen: „Sich auf die Politik als Kunst des Möglichen zu berufen, ist eine Ausflucht. Politik heißt das Notwendige möglich zu machen.“ Dann führte Conrad aus, dass ein englischer Verfasser meinte, dass die Deutschen die Teilung nicht billigen würden. Eine andere vorgestellte Meinung sprach aber bereits von einer in

³²⁶⁵ Nr. 36, 12.2.62, S. 2.

³²⁶⁶ Friedensburg, Ferdinand, Prof. Dr. (*17.11.1886, gest. 11.3.1972) kehrte nach der Auslandszeit während des Ersten Weltkriegs, in der er sich zeitweilig in britischer Kriegsgefangenschaft befand, 1919 nach Deutschland heim. Sein politisches Interesse galt der DDP; auch sonst engagierte sich Friedensburg für die Republik und gegen extremistische Strömungen. 1925-27 fungierte er als Vizepräsident der Berliner Polizei. Danach erfolgte die Versetzung nach Kassel, wo er gegen die NSDAP einschritt, was 1933 den Amtsverlust nach sich zog. Friedensburg zählte dann zum Bonhoeffer-Kreis. Er wurde einige Monate von der Gestapo inhaftiert. Nach Kriegsende führte er lange das Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin. Friedensburg zählte zu den Gründern der Ost-CDU; er war zudem 1946-51 Stellvertretender Oberbürgermeister Berlins. Er war auch im Abgeordnetenhaus aktiv, vertrat seine Stadt im Bundestag und gehörte einige Jahre dem Europäischen Parlament an. Zu seinem Lebenswerk gehört auch das Verfassen einer Reihe von Abhandlungen zu vorzugsweise geologischen und wirtschaftlichen Themen. So: www.bautz.de/bbkl/f/friedensburg.

³²⁶⁷ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Reden, Aufzeichnungen AS 1959, Unterordner: Kuratorium Unteilbares Deutschland Tagung 27.11.1959; auf S. 3 finden sich leider völlig unleserliche handschriftliche Notizen wohl des Verlegers.

³²⁶⁸ Kiefer, Markus: Auf der Suche nach nationaler Identität und Wegen zur deutschen Einheit. Die deutsche Frage in der überregionalen Tages- und Wochenpresse der Bundesrepublik Deutschland 1949-1955, Frankfurt/Main, Berlin, Bern, New York, Paris, Wien 1992, S. 208.

der Vorstellungswelt der Deutschen auf beiden Seiten entstandenen Mauer. Ein Patentrezept für die westliche Politik konnte auch das besprochene Werk nicht bieten. Für entscheidend hielt Conrad aber abschließend, dass nicht im Vorwege wichtige Positionen aufgegeben wurden und an den Grundrechten unbeirrbar festgehalten werden sollte.³²⁶⁹ Der 17. Juni wurde dann mit der Ankündigung, einem Bericht über eine amerikanische Solidaritäts-Aktion und mit exponierter Berichterstattung zum Ereignis selbst wie gewohnt behandelt.³²⁷⁰ Zehrer erinnerte am Vortag im Leitartikel daran, dass die verbündete Weltmacht und große Hoffnung der freien Deutschen ihre Stellung in der deutschen Frage scharf im Juli des vorigen Jahres abgegrenzt hatte mit der Erklärung nur drei Dinge in Berlin mit allen Mitteln zu verteidigen, worauf die Sowjets die Folgerung mit dem Mauerbau zogen und die Teilung zementierten. Der Chefredakteur führte den Grund für die damals von ihm selbst vertretene Haltung an. Er glaubte, dass Chruschtschow der Meinung war, die Westdeutschen würden nach dem Verlust ihres Vertrauens zum Westen sich an Moskau wenden. Zehrer war angesichts des an der Zonengrenze entstehenden neuen Westwalls und der über die Berliner Mauer peitschenden Schüsse der Volkspolizisten froh, dass der Tag auf einen Sonntag fiel und damit keine zusätzliche Freizeit bedeutete. Er räumte ein, dass die Deutschen mit diesem Tag einsamer als im Vorjahr standen. Er meinte, dass das Leiden im Westen des Vaterlands nicht unmittelbar in die Augen sprang und führte dann aus, dass man doch glauben sollte, dass es auch dort noch genügend Menschen gab, die um den Schlaf gebracht wurden, wenn sie in der Nacht an Deutschland dachten. Da Chruschtschow an einer Lösung der deutschen Frage interessiert sei und mit den Deutschen einen Vertrag aushandeln wollte, mit dem diese alle einverstanden waren und die Amerikaner ohnehin keine Abmachung ohne Zustimmung der freien Deutschen treffen würden, würde irgendwann die Entscheidung an die Westdeutschen herantreten, ob sie bereit waren, alles was geschaffen und erreicht war, in die Waagschale zu werfen.³²⁷¹ Am Vorabend des Jahrestags des Mauerbaus erwartete der Chefredakteur im Leitartikel dann, dass ganz Deutschland einen wahrscheinlich sehr stillen und verhaltenen Tag ohne große Demonstrationen und Kundgebungen erlebte.³²⁷² Das war auch recht realistisch. Die vom Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ empfohlene Schweigeminute mit Arbeitsruhe und Verkehrsstille wurde nicht überall in

³²⁶⁹ Nr. 88, 13.4.1962, S. 29.

³²⁷⁰ Nr. 127, 2.6.1962, S. 2, Nr. 135, 13.6.1962, S. 2, Nr. 136, 14.6.1962, S. 1, Nr. 139, 18.6.1962, S. 1, S. 2. Abschließend befand übrigens das Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ intern den Ablauf insgesamt für überzeugend, beobachtete aber, dass ein erheblicher Anteil der Bevölkerung nicht teilnahm. So: Meyer, S. 218.

³²⁷¹ Nr. 138, 16.6.1962, S. 1 und Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband, Nr. 44, Typoskripte und Manuskripte Zehrer: „Chruschtschows Versailles“, 16.6.1962, S. 2; zwischen beiden Texten bestehen leichte Unterschiede in der Formulierung.

³²⁷² Nr. 186, 11.8.1962, S. 1.

Westdeutschland angenommen; etwa in Rheinland-Pfalz war die Mitwirkung ausgesprochen enttäuschend. Im Kontrast dazu standen die Vorgänge in West-Berlin.³²⁷³ Mauz sah die Stadt zwar nun unter dem Alpdruck der Teilung stehen, hielt aber gleichzeitig noch mehr den Eindruck von Gemeinsamkeit zwischen den Bewohnern in Ost und West für gegeben.³²⁷⁴ Die Redaktion kratzte weiterhin recht mühsam mäßig bis wenig beeindruckende Lippenbekenntnisse zur Einheit von Autoritäten wie Rednern katholischer Verbände, dem Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ und dem unvermeidlichen Minister Lemmer³²⁷⁵ zusammen, um zu versuchen, das Publikum mit dem Ladenhüter-Thema bei der Stange zu halten.³²⁷⁶ Es war zu lesen, dass selbst das Kuratorium seine Arbeit auf Berlin konzentrieren wollte.³²⁷⁷ Auch hier fällt das journalistische Rückzugsgefecht auf; es konnten kaum noch Äußerungen ausländischer Politiker präsentiert werden.³²⁷⁸ Als etwa eine Aussage des US-Außenministers vorgestellt wurde, derzufolge die Einheit Ziel seiner Regierung blieb, wurde angemerkt, dass diese Haltung galt, obwohl die Wiedervereinigung heute ziemlich unwahrscheinlich war.³²⁷⁹ Einigen Beiträgen war zu entnehmen, dass die zunehmende Irrealität des Anliegens die Redner offenbar nicht beeindruckte. Lemmer beschimpfte die Skeptiker und erhielt dafür den Beifall seines Publikums, was die „Welt“ wiederum ihre Leserschaft wissen ließ.³²⁸⁰ Der angesehene Redakteur Sethe hielt hingegen – bei einem Vortrag in einem Wochenendseminar vor Jugendlichen in Niedersachsen – die Bonner Bemühungen um Wiedervereinigung für vollkommen gescheitert. Er sah nur noch wenige Hoffnungsschimmer und meinte: „Auf eine Generation hinaus sei nun an eine Wiedervereinigung nicht mehr zu denken.“³²⁸¹ Bei Müller ist übrigens der Ausspruch des Verlegers überliefert: „Ich muß mich von Sethe trennen, er macht mir die Wiedervereinigung kaputt.“³²⁸² Mit seiner Auffassung wird Sethe nicht allein im Kollegium gestanden haben; nur durfte dies eben nicht in der „Welt“ artikuliert werden. Bei ihm war nicht etwa der Wunsch, aber eben der Glaube an die Möglichkeit zur Erreichung der Einheit wohl am geringsten innerhalb der Redaktion ausgeprägt. Bei den Journalisten sank wie auch sonst in der Bevölkerung die Hoffnung auf die Erfüllung des

³²⁷³ Meyer, S. 219 f.

³²⁷⁴ Nr. 186, 11.8.1962, S. 17.

³²⁷⁵ Lemmer ist in der zweiten Hälfte der 60er Jahre dafür bekannt, auf Anruf der Springer-Redaktionen Dicta von sich zu geben, die auf der Linie des Hauses lagen.

³²⁷⁶ Etwa: Nr. 3, 4.1.1962, S. 2, Nr. 84, 9.4.1962, S. 2, Nr. 96, 25.4.1962, S. 1, Nr. 135, 13.6.1962, S. 4, Nr. 198, 25.8.1962, S. 2, Nr. 247, 22.10.1962, S. 2, Nr. 280, 30.11.1962, S. 2, Nr. 300, 24.12.1962, S. 2.

³²⁷⁷ Nr. 70, 23.3.1962, S. 2.

³²⁷⁸ Etwa in: Nr. 139, 18.6.1962, S. 2 war in der Berichterstattung zum 17. Juni noch zu lesen, dass der Kanzler eine Grußadresse des US-Außenministers verlas, der die Hoffnung aussprach, dass Deutschland in Frieden und Freiheit vereinigt werden möge.

³²⁷⁹ Nr. 51, 1.3.1962, S. 4.

³²⁸⁰ Nr. 280, 30.11.1962, S. 2, Nr. 282, 3.12.1962, S. 2.

³²⁸¹ Bundesarchiv/Koblenz: N/1471, Aktenbestand Nr. 17, Zeitungsausschnitt aus dem „Westfalen Blatt“ vom 8.10.1962 aus der Lose-Blatt-Sammlung im Nachlass Sethes.

³²⁸² Müller, S. 164.

nationalen Anliegen.³²⁸³ In einem Beitrag rutschte es Mauz übrigens heraus, dass die Berliner noch an das – Unvorstellbare – die Wiedervereinigung glaubten.³²⁸⁴

4.5.4. Die Deutschen und ihre Berlin-Solidarität

Die „Welt“ präsentierte die Mitteilung Clays, dass große amerikanische Firmen Filialen nach Berlin verlegen wollten und deutete dies als Vertrauenskundgebung, als ermutigendes Anzeichen und Ansporn auch für deutsches Kapital dort zu investieren. Die Redaktion forderte, sich nicht von den Amerikanern beschämen zu lassen.³²⁸⁵ Dem Blatt war allerdings ein enttäuschender relevanter Umstand nicht zu entnehmen. Die weitaus überwiegende Mehrheit der US-Unternehmen, an die Clay sich gewandt hatte, lehnte nämlich ein Berlin-Engagement ab.³²⁸⁶ In einem umfangreichen Beitrag kam etwa ein hoher deutscher Wirtschaftsfunktionär zu Wort, der die solidarische Leistung der deutschen Unternehmen pries und die Verstärkung von Investition und Auftragsvergabe annahmte.³²⁸⁷ So ging es weiter: Kurz darauf war zu lesen, dass alles getan werde um westdeutsche Arbeitskräfte in die Stadt zu ziehen; eine bemerkenswerte Entwicklung sei hier in Gang gekommen. Eine erfolgreiche private Initiative wurde vorgestellt. Dabei wurde aber schon eingeräumt, dass mit solchen Maßnahmen strukturelle Probleme nicht zu lösen waren. Die aktuelle Kaufkraftübertragung durch die Bundesregierung wurde lediglich als dafür geeignet befunden, den gegenwärtigen Stand zu halten. Zum Schluß schlug der Journalist noch finanzielle Vergünstigungen und verstärkten Wohnungsbau vor, um das Gemeinwesen zu stärken.³²⁸⁸ Die Redaktion rückte überhaupt die finanzielle Unterstützung durch die Bundesrepublik ins Rampenlicht und präsentierte wiederholt eindrucksvolle Zahlenangaben.³²⁸⁹ Insgesamt nahm sie die Leistungen mit gewohnter Anerkennung auf. Ludwig Gelder bezeichnete in einem Leitartikel das wirtschaftspolitische Programm der Bundesregierung als abgerundet, um die Zukunft der Stadt zu sichern.³²⁹⁰ Gelegentlich wurden auch alternative Vorstellungen zur besseren Verwendung der Mittel vorgebracht.³²⁹¹ Zuweilen fanden auch Stimmen Gehör, die die

³²⁸³ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

³²⁸⁴ Nr. 304, 31.12.1962, S. 3.

³²⁸⁵ Nr. 11, 13.1.1962, S. 1.

³²⁸⁶ Shell, S. 418.

³²⁸⁷ Nr. 17, 20.1.1962, S. 12.

³²⁸⁸ Nr. 35, 10.2.1962, S. 2.

³²⁸⁹ in: Nr. 10, 12.1.1962, S. 2 und Nr. 23, 27.1.1962, S. 2, wurde die Subventionierung von Berlin-Flügen thematisiert, Nr. 31, 6.2.1962, S. 12, Nr. 50, 28.2.1962, S. 1, Nr. 70, 23.3.1962, S. 1, Nr. 77, 31.3.1962, S. 2, Nr. 87, 12.4.1962, S. 17, in: Nr. 103, 4.5.1962, S. 2 wird die Bereit-Erklärung der Bundesländer beim Ausbau der kulturellen Einrichtungen der Stadt zu helfen thematisiert, Nr. 104, 5.5.1962, S. 2, S. 3, Nr. 122, 26.5.1962, S. 2, Nr. 143, 22.6.1962, S. 1.

³²⁹⁰ Nr. 82, 6.4.1962, S. 1.

³²⁹¹ Etwa: Nr. 38, 14.2.1962, S. 2.

Hilfe für unzureichend hielten und aufforderten mehr zu tun.³²⁹² Groß stellte das Blatt dann die einstimmige Annahme des Berlin-Hilfsgesetzes durch den Bundestag heraus.³²⁹³ Hiermit endete eine Phase intensiver wirtschaftspolitischer Tätigkeit des West-Berliner Senats.³²⁹⁴ Diese Maßnahme trug dazu bei, den Standortnachteil zu kompensieren.³²⁹⁵ Das Erreichen derartiger Erfolge schreibt Naeyer auch dem Engagement der Springerpresse zu.³²⁹⁶ Auch die „Welt“ trug ihr Scherflein dazu bei. In gewohnter Weise deuteten die Journalisten nicht wirklich überzeugende Ergebnisse einer Meinungsumfrage in ihrem Sinne als Zeichen der Zustimmung für die Berlin-Hilfe.³²⁹⁷ Der nüchterne Leser konnte aber schon erkennen, dass die Begeisterung sich in Grenzen hielt. In einem Beitrag, in dem von Kessel sich über die geistige Verarmung in einem Land ohne Hauptstadt beklagte, äußerte dieser übrigens, dass Berlin von den Deutschen nicht besonders geliebt wurde.³²⁹⁸ Einer anderen präsentierten Umfrage war zu entnehmen, dass 80% der Bundesbürger nach dem Krieg nicht mehr in der Stadt waren und dass die Mehrheit der Befragten auch bei Einführung einer erheblichen Steuervergünstigung nicht bereit war, auch nur vorübergehend dorthin zu ziehen.³²⁹⁹ Wenn Bundesbürger in West-Berlin Arbeit aufnahmen, wurde dies schon notiert.³³⁰⁰ Die „Welt“ trug wohlmeinend Gedanken Hans-Werner Richters an das Publikum heran, der sich umständlich mit der Frage beschäftigte: „Was kann man tun für Berlin?“ In seinem geschwollen vorgestellten utopischen Plan wollte er die Stadt zur Metropole der Wissenschaften machen. Auf ein paar Milliarden kam es ihm dabei gar nicht an, um möglichst viele internationale Institute anzusiedeln. Richter rief zudem die großen Verlage und Zeitungen auf, sich in Berlin anzusiedeln. Er warb für die Idee, schöpferische Menschen des kulturellen Sektors aus der Provinz kommen zu lassen, um mit ihrer Anziehungskraft für Profil zu sorgen.³³⁰¹ Mit diesen Vorstellungen mag Richter mit dem Verleger kongruiert haben, der sein dortiges Neubauprojekt als geistiges Zentrum zur Information verstanden wissen wollte.³³⁰² Überhaupt vermisste Springer im Land den geistigen Mittelpunkt einer Hauptstadt, „die in der Politik, Wirtschaft und Kultur die besten Männer hervorbringt“,³³⁰³ zu denen er sich wohl selbst

³²⁹² Etwa: Nr. 96, 25.4.1962, S. 14, Nr. 118, 22.5.1962, S. 11.

³²⁹³ Nr. 150, 30.6.1962, S. 2.

³²⁹⁴ Shell, S. 406.

³²⁹⁵ Ribbe: Berlin zwischen Ost und West, S. 1101.

³²⁹⁶ Naeyer, S. 137.

³²⁹⁷ Nr. 20, 24.1.1962, S. 4.

³²⁹⁸ Nr. 38, 14.2.1962, S. 3.

³²⁹⁹ Nr. 77, 31.3.1962, S. 2.

³³⁰⁰ Etwa: Nr. 10, 12.1.1962, S. 2.

³³⁰¹ Nr. 29, 3.2.1962, S. 29.

³³⁰² Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Grundsteinlegung Kochstraße, Berlin, 25.5.1959, S. 2, in: Stichworte zur Rede vom 22.09.1959, Betriebsfest, S. 10 wird der Gedanke wiederholt, dass die Abteilung des Springer-Hauses in Berlin „unser geistiges Zentrum sein muss“.

³³⁰³ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Stichworte zur Rede vom 22.09.1959, Betriebsfest, S. 9,

zählen mochte. Um der befürchteten Provinzialisierung zu entgehen, befasste sich auch der Senat in der Tat mit den eigenartigsten Plänen für ein Kulturzentrum.³³⁰⁴ Richters Beitrag, der letztlich um die beunruhigt gestellte Frage: „Ist Berlin noch eine Metropole?“ kreiste, führte zu einem auszugsweise abgedruckten reichen Leser-Echo.³³⁰⁵ Immer mal wieder wurden Beiträge eingestreut, die über Veranstaltungen und Aktionen zugunsten der Berlin-Solidarität informierten oder dazu aufforderten.³³⁰⁶ Die „Welt“ präsentierte zusätzlich die mahnende Erinnerung einer mildtätigen Organisation, West-Berliner Schulkindern einen Ferienplatz bei westdeutschen Familien zu verschaffen.³³⁰⁷ Die nach jedem solidarischen Strohalm greifende Redaktion ließ wohl in Ermangelung besserer Angebote sogar einen eifersüchtig-wichtigtuersichen Leserbrief abdrucken. Der Verfasser erkannte die Verdienste eines Berliner Kinder betreuenden Studenten an, ließ aber wissen, dass seine Burschenschaft ihre Immobilie in Tübingen schon früher Berliner Kindern zur Verfügung gestellt hatte.³³⁰⁸ Die Redaktion wählt ja bei der Veröffentlichung der eingehenden Leserbriefe sehr aus.³³⁰⁹ Beiläufig informierte das Blatt über Zeichen der Verbundenheit, zu denen etwa die Zunahme des Flugverkehrs nach Berlin oder der die Erwartungen übertreffende österliche Reiseverkehr zählten.³³¹⁰ Im Sommer gerieten die verschiedenen Vorschläge und das Hick-Hack um das Gedenken anlässlich des Jahrestags des Mauerbaus ins Blickfeld.³³¹¹ Christian Ferber ging auf das „Wischiwaschi-Programm“ im Fernsehen ein und ließ wenig Gnade walten. Um zu zeigen, dass es auch anders ging, legte die Redaktion in einem direkt daneben platzierten Beitrag dar, dass in den USA ein „Berlin-Gedenktag“ mit Glockengeläut und Sondersendungen veranstaltet wurde.³³¹² Alle amerikanischen Rundfunk- und Fernsehstationen sendeten ein Programm, in dem prominente Redner auftraten.³³¹³ Jost Nolte erinnerte schließlich wortreich an den Mauerbau. Mauz sorgte für eine Ergänzung mit einer Beschreibung der aktuellen

ähnliche Gedanken über die geistige Einheit und einen sammelnden Mittelpunkt finden sich auch in seiner Rede: RIAS „Warum baue ich in Berlin“ 06.05.1959, S. 2-4.

³³⁰⁴ Ribbe: Berlin zwischen Ost und West, S. 1100 f.

³³⁰⁵ Nr. 59, 10.3.1962, S. 33.

³³⁰⁶ Nr. 3, 4.1.1962, S. 2, Nr. 31, 6.2.1962, S. 5, S. 6, in: Nr. 37, 13.2.1962, S. 9 stellte das Blatt eine Ausstellung Berliner Künstler im Hamburger Springer-Haus vor, Nr. 45, 22.2.1962, S. 2, Nr. 59, 10.3.1962, S. 1, in: Nr. 60, 12.3.1962, S. 1 wurde die Anregung an westdeutsche Sparer ihr Geld doch in Berlin anzulegen präsentiert, Nr. 70, 23.3.1962, S. 2, Nr. 80, 4.4.1962, S. 1, Nr. 117, 21.5.1962, S. 2, Nr. 128, 4.6.1962, S. 9, Nr. 129, 5.6.1962, S. 6, in: Nr. 140, 19.6.1962, S. 1 wurde ein Foto von Lübke beim Besuch des Berliner Feriendorfes bei München präsentiert, Nr. 150, 30.6.1962, S. 5, Nr. 152, 3.7.1962, S. 1.

³³⁰⁷ Nr. 154, 5.7.1962, S. 24.

³³⁰⁸ Nr. 183, 8.8.1962, S. 17.

³³⁰⁹ Meyn, S. 227.

³³¹⁰ Nr. 71, 24.3.1962, S. 1, Nr. 82, 6.4.1962, S. 1, Nr. 94, 21.4.1962, S. 1, Nr. 134, 12.6.1962, S. 1, Nr. 227, 28.9.1962, S. 1, Nr. 274, 23.11.1962, S. 1, Nr. 300, 24.12.1962, S. 1.

³³¹¹ Nr. 160, 12.6.1962, S. 1, Nr. 182, 7.8.1962, S. 2, Nr. 183, 8.8.1962, S. 2.

³³¹² Nr. 185, 10.8.1962, S. 1.

³³¹³ Nr. 186, 11.8.1962, S. 2 und Nr. 188, 14.8.1962, S. 2.

Situation.³³¹⁴ Die im Umgang mit heiklen Themen bewanderten Journalisten ließen wissen, ihre sowjetischen Kollegen nicht darum zu beneiden, den Jubiläumsartikel zu schreiben.³³¹⁵ Von diesem Zeitpunkt an verschwand das Thema – vielleicht wegen der mittlerweile erfolgten Annahme des Berlin-Hilfsgesetzes durch den Bundestag – für den Rest des Jahres recht weitgehend aus dem Blickfeld. Er fanden sich allenfalls fett eingerahmte Aufrufe der Art: „Denkt an Berlin. Berlin braucht Leben. Jeder Verantwortliche, der eine fällige Tagung nach Berlin einberuft, hilft der Stadt und ihren Menschen.“³³¹⁶ Weitere Beispiele lauteten: „Denkt an Berlin. Berliner Waren sind Qualitätserzeugnisse. Wenn man die Wahl hat, sollte man sich für sie entscheiden. Das ist tätige Hilfe für Berlin“ oder gar: „Denkt an Berlin. Arbeitskräfte werden überall gebraucht. Wer welche sucht, sollte es tun, wo immer er will, nur nicht in Berlin. Berlin braucht seine Berliner so nötig, wie es unsere Hilfe braucht.“³³¹⁷ Emotionale Appelle mit konkreter Handlungsanweisung gelten als publikumswirksamer als das Vortragen vernunftgeleiteter Argumente.³³¹⁸ Insgesamt ließ sich mit der Solidarität zu Berlin in diesem Jahr doch etwas mehr medial anfangen als mit der „toten“ Wiedervereinigung.

4.5.5. Berlin

Die Redaktion rückte wieder gern die Aufmerksamkeit der westlichen Gemeinschaft in Gestalt mehr oder weniger prominenter Gäste ins Licht.³³¹⁹ In einem Artikel über eine Werksbesichtigung des zu Besuch weilenden Bundespräsidenten wurde die Freiwilligkeit des Umzugs von Arbeitskräften aus Westdeutschland betont. Indirekt klang darin an, dass niemand übermäßig gern in die eingeschlossene Reststadt zog und dass dieser Akt eher als persönliches Opfer gewertet wurde.³³²⁰ Auftritte besonders hochrangiger Gäste wie Robert Kennedys³³²¹ wurden ausgesprochen ausführlich thematisiert.³³²² Wie nicht anders zu

³³¹⁴ Nr. 186, 11.8.1962, S. 17.

³³¹⁵ Nr. 187, 13.8.1962, S. 2.

³³¹⁶ Nr. 226, 27.9.1962, S. 4.

³³¹⁷ Nr. 193, 20.8.1962, S. 4 und Nr. 211, 10.9.1962, S. 4, weitere Beispiele: Nr. 190, 16.8.1962, S. 4, Nr. 199, 27.8.1962, S. 4,

³³¹⁸ Meyn. S. 230.

³³¹⁹ Nr. 1, 2.1.1962, S. 1, Nr. 3, 4.1.1962, S. 1, S. 2, Nr. 4, 5.1.1962, S. 1, Nr. 8, 10.1.1962, S. 1, Nr. 9, 11.1.1962, S. 1, Nr. 12, 15.1.1962, S. 1, Nr. 16, 19.1.1962, S. 2, Nr. 27, 1.2.1962, S. 1, Nr. 28, 2.2.1962, S. 2, Nr. 33, 8.2.1962, S. 2, Nr. 34, 9.2.1962, S. 2, Nr. 36, 12.2.1962, S. 2, Nr. 40, 16.2.1962, S. 1, Nr. 80, 4.4.1962, S. 1, Nr. 95, 24.4.1962, S. 1, Nr. 100, 30.4.1962, S. 1, Nr. 118, 22.5.1962, S. 2, Nr. 139, 18.6.1962, S. 1, Nr. 143, 22.6.1962, S. 1, in: Nr. 147, 27.6.1962, S. 3 schrieb Usko, dass die Besichtigung der Mauer Abgeordnete der britischen Labour-Partei um den Schlaf brachte, Nr. 153, 4.7.1962, S. 1, Nr. 155, 6.7.1962, S. 4, Nr. 156, 7.7.1962, S. 4, Nr. 161, 13.7.1962, S. 2, Nr. 174, 28.7.1962, S. 4, Nr. 185, 10.8.1962, S. 2, Nr. 186, 11.8.1962, S. 1, Nr. 191, 17.8.1962, S. 1, Nr. 193, 20.8.1962, S. 2, Nr. 225, 26.9.1962, S. 1, Nr. 231, 3.10.1962, S. 2, Nr. 261, 7.11.1962, S. 1, Nr. 263, 9.11.1962, S. 1, Nr. 275, 24.11.1962, S. 1.

³³²⁰ Nr. 34, 9.2.1962, S. 2.

³³²¹ Kennedy, Robert Francis (*20.11.1925, ermordet 6.6.1968) war engster Berater seines Bruders und von 1961-64 Justizminister. 1965-68 war Kennedy Senator für New York. Er lehnte Rassendiskriminierung

erwarten war, werteten die Journalisten den Besuch als vollen Erfolg; sie rügten nur das Verhalten des jüngeren Bruders Edward Kennedy,³³²³ der bei einem Ausflug in den Ostteil seinen Paß vorzeigte und damit die Souveränität der DDR anerkannte.³³²⁴ Zu Pfingsten wurde dann der westdeutsche Besucheransturm thematisiert.³³²⁵ Die „Welt“ wies auf die Zunahme des Flugverkehrs³³²⁶ und die Bemühungen zur Steigerung der Attraktivität für den Fremdenverkehr hin.³³²⁷ Messen, Kongresse und Tagungen wurden wie gewohnt präsentiert.³³²⁸ So wurden Aktivität und Attraktivität demonstriert. Um die Vitalität der Stadt und den Zuzug aus dem Westen zu stärken, war es ja nicht ratsam, einen depressiven oder unsicheren Eindruck zu vermitteln.³³²⁹ Gelegentlich wurden auch politische Großveranstaltungen thematisiert.³³³⁰ Der wohlwollenden Haltung entsprach es, die Industrieausstellung schon bei der Eröffnung als Erfolg zu betrachten.³³³¹ Die „Welt“ schlug unrealistisch vor, dass jeder westdeutsche Messeplatz einmal im Jahr auf eine große Messe zugunsten Berlins verzichten sollte.³³³² Auch Lokalspezifisches wurde gerne aufgegriffen, um Berlin im Bewusstsein zu halten.³³³³ Die Themen pendelten wie am 13. Februar zwischen neuem Opernhaus und Schandmauer.³³³⁴ Mittlerweile avancierte das Bauwerk zur Touristenattraktion.³³³⁵ Das Redaktionsteam war weiterhin überwiegend bemüht, die positiven Aspekte herauszustreichen. Dies entsprach der PR-Linie des Schöneberger Rathauses. Dort war längst entschieden worden, das Image der Stadt zu normalisieren und die Devise: „Trotz der Mauer ungebrochene Lebenskraft“ zu verbreiten.³³³⁶ Auf den Punkt gebracht fand sich dies im umfangreichen Erlebnis-Bericht eines angeblichen Pauschal-Touristen. Das dort exklusiv für Deutschland gespielte Erfolgs-Musical „My Fair Lady“

und die Vietnam-Politik Johnsons ab. Als aussichtsreicher Präsidentschaftskandidat der demokratischen Partei fiel er einem Attentat zum Opfer.

³³²² Nr. 46, 23.2.1962, S. 1 und 2, Nr. 47, 24.2.1962, S. 1 und 3.

³³²³ Kennedy, Edward (*22.2.1932) wurde 1963 Senator für Massachusetts. 1969-71 fungierte er als stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Demokratischen Partei im Senat. Er lehnte 1968 und 1974 eine Präsidentschaftskandidatur ab. Schließlich traute er sich 1980 doch und scheiterte mit seiner Bewerbung.

³³²⁴ Nr. 48, 26.2.1962, S. 1.

³³²⁵ Nr. 132, 8.6.1962, S. 1, Nr. 134, 12.6.1962, S. 1 und S. 20.

³³²⁶ Nr. 45, 22.2.1962, S. 2, Nr. 227, 28.9.1962, S. 1, Nr. 274, 23.11.1962, S. 1, Nr. 299, 22.12.1962, S. 1, Nr. 300, 24.12.1962, S. 1.

³³²⁷ Nr. 25, 30.1.1962, S. 16, in: Nr. 69, 22.3.1962, S. 3 regte Kausch die Etablierung einer Berlin-Ausstellung an.

³³²⁸ Nr. 3, 4.1.1962, S. 2, Nr. 36, 12.2.1962, S. 10, Nr. 87, 12.4.1962, S. 24, Nr. 99, 28.4.1962, S. 63, Nr. 153, 4.7.1962, S. 2, Nr. 127, 2.6.1962, S. 2, Nr. 135, 13.6.1962, S. 1, Nr. 155, 6.7.1962, S. 1, Nr. 157, 9.7.1962, S. 2, Nr. 162, 14.7.1962, S. 1, Nr. 223, 24.9.1962, S. 12, Nr. 229, 1.10.1962, S. 2, Nr. 235, 8.10.1962, S. 13, S. 15, Nr. 237, 10.10.1962, S. 16, Nr. 241, 15.10.1962, S. 2, Nr. 244, 18.10.1962, S. 2, Nr. 254, 30.10.1962, S. 22, Nr. 271, 19.11.1962, S. 1, S. 2, Nr. 300, 24.12.1962, S. 15.

³³²⁹ Shell, S. 327.

³³³⁰ Nr. 72, 26.3.1962, S. 2, Nr. 74, 28.3.1962, S. 3, Nr. 231, 3.10.1962, S. 1, Nr. 232, 4.10.1962, S. 3.

³³³¹ Nr. 222, 22.9.1962, S. 16, in: Nr. 191, 17.8.1962, S. 1 wurde schon im Vorfeld auf die hohe Zahl der ausstellenden US-amerikanischen Firmen hingewiesen.

³³³² Nr. 235, 8.10.1962, S. 13.

³³³³ Nr. 1, 2.1.1962, S. 3, Nr. 20, 24.1.1962, S. 9, Nr. 75, 29.3.1962, S. 19 und S. 24, Nr. 96, 25.4.1962, S. 4.

³³³⁴ Nr. 37, 13.2.1962, S. 3.

³³³⁵ Nr. 1, 2.1.1962, S. 1.

³³³⁶ Shell, S. 328.

wurde als Zugpferd genommen; eher beiläufig wurden die Reisekosten inklusive Übernachtung an das Publikum herangetragen. Abschließend wurden wie gewünscht Trubel und Leute thematisiert. Angesichts von so viel demonstrierter Vitalität war es dann erlaubt in einer kleinen – in direkter Nachbarschaft platzierten – Notiz die Schließung eines ortsansässigen einst bekannten Veranstaltungshauses zu registrieren.³³³⁷ Schon das gute Wetter genügte Usko später, um die Attraktivität der Stadt zu preisen und auf den Besucheransturm hinzuweisen.³³³⁸ Er informierte über eine Vielzahl von Veranstaltungen und berauschte sich an der Lebendigkeit des Gemeinwesens.³³³⁹ Seine Pfingst-Eindrücke wurden ebenfalls dem Publikum vorgestellt.³³⁴⁰ Usko übertrieb am 25. Juni mächtig, als er eine Filmgala, eine Protestversammlung der Tierschutzvereine und einen Boxkampf als Beweis dafür feierte, dass Berlin internationaler Treffpunkt der Gesellschaft, eine Metropole ohnegleichen war.³³⁴¹ Ein Sammelsurium an provinziellen Veranstaltungen wurde wenig überzeugend zum attraktiven Leben einer Weltstadt stilisiert. Die „Welt“ stellte auch kulturelle Ereignisse wie die Filmfestspiele und die Festwochen vor.³³⁴² Die geplante Selbstdarstellung des Gemeinwesens auf der Weltausstellung in Seattle wurde von Zielinsky allerdings für nicht recht gelungen erachtet.³³⁴³ Gelegentlich wurde ein Theaterstück im Feuilleton besprochen.³³⁴⁴ Der Lektüre war aber schon zu entnehmen, dass der Kulturbetrieb sich nicht gerade auf einsamer Höhe bewegte. Als „liebenswürdigen Hofknicks vor Berlin“ deutete Usko eine Modeschau Pariser Couturiers.³³⁴⁵ Wie gewohnt wurden Jubelmeldungen wie die Ankündigung der Grundsteinlegung einer neuen Großsiedlung,³³⁴⁶ die Eröffnung des „größten Zoos Europas“³³⁴⁷ und die große Zahl der Studienbewerber³³⁴⁸ eingestreut. Im Bundesarchiv hat sich eine – allerdings aus dem Jahr 1964 – stammende Vorschlagsliste für Beiträge der Berliner Redaktion erhalten. Diese enthielt als Themen nur bauliche Fortschritte, die Hochschulen, das Kulturleben sowie den Kontakt der westdeutschen Jugend mit den Berlinern. Selbst bei kleinen Theatern und Galerien sollte der wirtschaftliche Erfolg dieser Unternehmen vorgestellt werden. Die

³³³⁷ Nr. 15, 18.1.1962, S. 20.

³³³⁸ Nr. 96, 25.4.1962, S. 20.

³³³⁹ Nr. 111, 14.5.1962, S. 16.

³³⁴⁰ Nr. 134, 12.6.1962, S. 20.

³³⁴¹ Nr. 145, 25.6.1962, S. 18.

³³⁴² in: Nr. 150, 30.6.1962, S. 19 ließ Georg Ramseger bei der Besprechung der Filmfestspiele allerdings wenig Gnade walten, Nr. 153, 4.7.1962, S. 1, Nr. 219, 19.9.1962, S. 11, Nr. 223, 24.9.1962, S. 1.

Der von 1952 an das Feuilleton leitende Ramseger wird übrigens von Müller als jemand bezeichnet, der seine Meinung durchaus vertrat und mit Kritik am Verleger nicht sparte. Er verließ die „Welt“ im Sommer 1965. So: Müller, S. 169.

³³⁴³ Nr. 99, 28.4.1962, S. 2.

³³⁴⁴ in: Nr. 189, 15.8.1962, S. 11 besprach Luft die vergangene Spielzeit, die er nicht für denkwürdig hielt, Nr. 236, 9.10.1962, S. 12.

³³⁴⁵ Nr. 230, 2.10.1962, S. 20.

³³⁴⁶ Nr. 256, 1.11.1962, S. 24.

³³⁴⁷ Nr. 288, 10.12.1962, S. 1.

³³⁴⁸ Nr. 258, 3.11.1962, S. 5.

einzig angesprochenen Schwierigkeiten bestanden aus Verkehrsproblemen aufgrund von Bauarbeiten.³³⁴⁹ Ausschließlich positive Meldungen fanden sich zusammengestellt. Ernst Cramer meint, dass die dortige Redaktion hierbei eigenständig agierte und nicht etwa Anweisungen umsetzte.³³⁵⁰ Die „Welt“ registrierte auch personelle Änderungen im Amt des amerikanischen Stadtkommandanten.³³⁵¹ In einer Reportage ließ Mauz einmal die Berliner Schnauze zu Wort kommen. Es hieß, dass die Zweifel der Bevölkerung am großen Verbündeten ausgeräumt waren. Nachträglich wurde zugegeben, dass es diese gegeben hatte.³³⁵² Im redlichen Bemühen, das Interesse wachzuhalten, stellte das Redaktionsteam eine Aufsatzsammlung über Berlin vor und wies auf das Erscheinen eines neuen Bildbands hin.³³⁵³ Mit einem neckisch-infantil illustrierten Preisausschreiben wurde im eher schlichten Teil der Leserschaft um Aufmerksamkeit gebuhlt.³³⁵⁴ Die unternehmungslustigeren unter den Rezipienten sollten wohl mit der Schilderung eines reibungslosen Flugs in die Stadt angesprochen werden.³³⁵⁵ Hierbei handelte es sich um eine eher subtile Umsetzung der vom Verleger gewünschten Propagierung der Reisen.³³⁵⁶ Ein relevanter Aspekt war die Situation und das Schauspiel des Ost-West-Konflikts auf lokaler Ebene.³³⁵⁷ Wie alljährlich wurden die konkurrierenden Maifeiern thematisiert.³³⁵⁸ Zeitweilig gerieten sich steigende Grenzzwischenfälle mit Schusswaffeneinsatz, ja Feuergefechten zwischen DDR-Grenzern und westdeutscher Polizei, und die politischen Reaktionen in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit.³³⁵⁹ Trotz der aufgrund der Gewöhnung bedingten Abstumpfung waren die Meldungen teilweise tief bestürzend. Dazu gehörte das berührende Schicksal des neunjährigen Thomas Molitor, der in den Westen gelangte, während seine Mutter im Ostteil zurückblieb.³³⁶⁰ Paul schrieb etwa: „So repräsentiert sich heute die Weltmacht der Sowjetunion in der neuntgrößten Stadt der Erde: mit der brüchig gewordenen Mauer der Schande, die feucht ist von der Nässe des Winters

³³⁴⁹ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenbestand Nr. 31, aus dem Jahr 1964 stammende Themen-Vorschlagsliste der Berliner Redaktion.

³³⁵⁰ So Ernst Cramer im Gespräch vom 13.5.2009.

³³⁵¹ Nr. 282, 3.11.1962, S. 1, Nr. 299, 21.12.1962, S. 2.

³³⁵² Nr. 304, 31.12.1962, S. 3.

³³⁵³ Nr. 88, 13.4.1962, S. 29, Nr. 178, 2.8.1962, S. 5, in: Nr. 187, 13.8.1962, S. 14 besprach Nellessen auch einen Film über West-Berlin, der allerdings nicht recht gelungen schien.

³³⁵⁴ Nr. 98, 27.4.1962, S. 28.

³³⁵⁵ Nr. 99, 28.4.1962, S. 64.

³³⁵⁶ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Schriftverkehr im Haus (Welt, WamS, Springer bis 1965), Hausmitteilung Vollhardts vom 6.2.1959 und Schreiben Vollhardts vom 11.2.1959.

³³⁵⁷ Nr. 1, 2.1.1962, S. 3, S. 4, Nr. 3, 4.1.1962, S. 1, Nr. 14, 17.1.1962, S. 2, Nr. 16, 19.1.1962, S. 2, Nr. 17, 20.1.1961, S. 2, Nr. 18, 22.1.1962, S. 2, Nr. 26, 31.1.1962, S. 2, Nr. 36, 12.2.1962, S. 3, Nr. 77, 31.3.1962, S. 2, Nr. 128, 4.6.1962, S. 1, Nr. 134, 12.6.1962, S. 1, Nr. 146, 26.6.1962, S. 2.

³³⁵⁸ Nr. 101, 1./2.5.1962, S. 3, Nr. 102, 3.5.1962, S. 2.

³³⁵⁹ Nr. 38, 14.2.1962, S. 2, Nr. 120, 24.5.1962, S. 1, Nr. 123, 28.5.1962, S. 1, Nr. 124, 29.5.1962, S. 2, Nr. 128, 4.6.1962, S. 1, Nr. 133, 9.6.1962, S. 1, Nr. 134, 12.6.1962, S. 1, S. 2, Nr. 139, 18.6.1962, S. 2, Nr. 143, 22.6.1962, S. 2, Nr. 145, 25.6.1962, S. 1, Nr. 146, 26.6.1962, S. 1, 2, Nr. 148, 28.6.1962, S. 2, Nr. 149, 29.6.1962, S. 4, Nr. 151, 2.7.1962, S. 2, Nr. 189, 15.8.1962, S. 1.

³³⁶⁰ Nr. 112, 15.5.1962, S. 4, Nr. 113, 16.5.1962, S. 1, Nr. 116, 19.5.1962, S. 1.

und aussieht, als habe sie jede Nacht geheult; mit verrostetem Stacheldraht, Roststreifen unter den Eisengabeln, die sich rotbraun über die flüchtig zusammengesetzten Ziegelsplittsteine und Betonbalken ziehen; mit Betonbastionen und engen Tordurchlässen wie im Mittelalter.³³⁶¹ Wie nicht anders zu erwarten war, nahm sich das Blatt mit einiger Intensität des Mauerjubiläums an.³³⁶² Die zum Springer-Konzern gehörende „BZ“ hatte zu einer Aktion aufgerufen; Sirenen, Kirchenglocken und Autohupen sollten dabei eingesetzt werden. Die Resonanz in Gestalt eines von vielen Kraftfahrern verursachten Hupkonzerts fiel in der Tat lautstark aus. Selbst die Rede des Regierenden Bürgermeisters vor dem Rathaus war nicht zu vernehmen.³³⁶³ Die Betroffenheit der Menschen wurde in der „Welt“ in den Vordergrund gestellt.³³⁶⁴ Doch schon am 15. August war das Thema erledigt.³³⁶⁵ Gewohnt trostlos fiel ein gelegentlicher Blick in den Ostteil aus. Dabei wurde in bewährter Manier mit kontrastierenden Fotos gearbeitet.³³⁶⁶ Der Tod Peter Fechtens³³⁶⁷ vor den Augen der Weltöffentlichkeit führte zu einer angespannten Situation, über die die „Welt“ berichtete. In der Bevölkerung herrschte besondere Erbitterung wegen dieses Maueropfers. Auch die internationalen Rückwirkungen wurden ausführlich behandelt.³³⁶⁸ Die Berliner warfen den Schutzmächten mangelndes Eingreifen vor.³³⁶⁹ In der Tat bestürzende Details der amerikanischen Passivität³³⁷⁰ wurden im Medium trotz der recht umfangreichen Berichterstattung nicht ausgebreitet. Die „Bild“-Redaktion agierte da ganz anders. In der Titelseiten-Schlagzeile verkündete sie: „Vopos ließen 18jährigen verbluten – Amis sahen zu!“ Dabei wurde die angebliche Interesselosigkeit der USA herausgestellt: „It’s not our problem!“³³⁷¹ „Bild“ trug zudem an das Publikum heran, dass viele US-Bürger von zorniger Enttäuschung und verlegener Scham ergriffen wurden. Außerdem veröffentlichte das Blatt Leserbrief-Auszüge: „Wann ist der Zeitpunkt gekommen, an dem die Amerikaner nicht nur der einzelnen Person die Hilfe verweigern sondern dem gesamten deutschen

³³⁶¹ Nr. 37, 13.2.1962, S. 3.

³³⁶² Nr. 160, 12.7.1962, S. 1, in: Nr. 173, 27.7.1962 wurde als östliche Aktion zum Jahrestag eine geplante Amnestie vorgestellt, in: Nr. 176, 31.7.1962, S. 1 wurde die Alarmierung der DDR-Polizei thematisiert, in: Nr. 181, 6.8.1962, S. 4 befaßte sich Schewe mit dem Moskauer Vorgehen anlässlich des Jubiläums, Nr. 183, 8.8.1962, S. 2, in: Nr. 186, 11.8.1962, S. 2 wurde die Gedenkveranstaltung in den USA thematisiert, auf S. 17 erinnerte Nolte an 1961 während Mauz zum Aktuellen schrieb, Nr. 187, 13.8.1962, S. 1, 2 und 3, Nr. 188, 14.8.1962, S. 1, S. 2.

³³⁶³ Meyer, S. 220 f.

³³⁶⁴ Nr. 188, 14.8.1962, S. 2, S. 3.

³³⁶⁵ Nr. 189, 15.8.1962, S. 11.

³³⁶⁶ Nr. 192, 18.8.1962, S. 3.

³³⁶⁷ Am 17. August verblutete der durch Schüsse verletzte 18-jährige Peter Fechter an der Mauer. Seine 45-minütige Agonie wurde vom Fernsehen gefilmt; die West-Berliner Polizei war ohnmächtig. US-Organen nahmen das Geschehen wahr, halfen aber nicht, weil es nicht ihre Aufgabe sei einzuschreiten wie ein Offizier äußerte. Die ostdeutschen Todesschützen wurden vom Regime belobigt. Fechter gilt als das bekannteste Maueropfer. So: Wolfrum: Die Mauer, S. 65.

³³⁶⁸ Nr. 193, 20.8.1962, S. 1, Nr. 194, 21.8.1962, S. 1 und S. 2, Nr. 195, 22.8.1962, S. 1.

³³⁶⁹ Ribbe: Berlin zwischen Ost und West, S. 1099.

³³⁷⁰ Shell, S. 360 f.

³³⁷¹ „Bild“ Nr. 192, 18.8.1962, S. 1.

Volk?“ oder etwa: „Feine NATO-Partner kann ich da nur sagen!“³³⁷² Das action-orientierte Organ thematisierte die Situation vor Ort, die Schritte auf der politischen Ebene, präsentierte amerikanische Kritik am Präsidenten und ließ wissen, die westlichen Freunde härter kritisiert zu haben als sonst jemand im Land.³³⁷³ Die „Welt“ präsentierte die Nachricht vom Tod des jungen Mannes hingegen nicht so außerordentlich exponiert.³³⁷⁴ Die Redaktion stellte zunächst die Empörung gegen die Russen³³⁷⁵ und die mangelnde Kooperation des sowjetischen Stadtkommandanten mit seinen westlichen Kollegen³³⁷⁶ in den Mittelpunkt. In der Kommentierung war davon die Rede, dass die Verbitterung der Einwohner bis nahe an den Siedepunkt gesteigert war. Angesichts von Steinwürfen und Zusammenstößen mit der Polizei wurde die Gefahr ernsthafter Zwischenfälle für wachsend gehalten. Die Verantwortung für die Entladung der Empörung wurde ausdrücklich den Sowjets zugewiesen.³³⁷⁷ Das Blatt präsentierte auch mit einem Titelseiten-Foto die Reaktion der Alliierten, die darin bestand einen Sanitätswagen am „Checkpoint Charlie“ zu stationieren, um künftig verletzten Flüchtlingen helfen zu können.³³⁷⁸ Dass die Schutzmächte ein derartiges Vorhaben wenige Tage vor Feichters Tod abgelehnt hatten,³³⁷⁹ war hingegen nicht zu lesen. Kausch räumte mittlerweile ein, dass es bei der Wut der Berliner „böse Worte nicht nur gegen Ulbricht und seine Schergen“ gab. Er sah hier in vielen Köpfen Ursache und Wirkung des Geschehens sich vermischen.³³⁸⁰ Seine Kollegen teilten mit, dass die Berliner sich bei den Protestkundgebungen nicht von kommunistischen Provokateuren zu Aktionen hinreißen lassen sollten, die die Solidarität mit den Siegermächten antasteten. Diese Mahnung sei von den Stadtkommandanten an die Bevölkerung gerichtet worden. Das ungezügelte Benehmen gegenüber der deutschen Polizei oder Mitgliedern der alliierten Streitkräfte diene nur den Zwecken der Sowjets, zu deren Zielen es zählte Misstrauen zwischen Alliierten und Berlinern zu säen.³³⁸¹ Erst nachträglich schilderte Mauz seine Erlebnisse mit den demonstrierenden jungen Leuten. Schon der Untertitel der Überschrift stellte die gewünschte Linie klar: „Sie wollen nicht randalieren – doch sie sind von großer Unruhe erfüllt.“ Die Sprechchöre „Ami go home“, das Auslachen Amerikas und „in die falsche Richtung“ fliegende Steine passten nicht in

³³⁷² „Bild“ Nr. 194, 21.8.1962, S. 10.

³³⁷³ „Bild“ Nr. 194, 21.8.1962, S. 1, Nr. 195, 22.8.1962, S. 1, Nr. 197, 24.8.1962, S. 1. Nr. 199, 27.8.1962, S. 1.

³³⁷⁴ Nr. 192, 18.8.1962, S. 1.

³³⁷⁵ Nr. 193, 20.8.1962, S. 1.

³³⁷⁶ Nr. 194, 21.8.1962, S. 1.

³³⁷⁷ Nr. 194, 21.8.1962, S. 1.

³³⁷⁸ Nr. 195, 22.8.1962, S. 1, in: Nr. 205, 3.9.1962, S. 2 wurde die Ablösung der Amerikaner durch französische Sanitäter vorgestellt.

³³⁷⁹ Shell, S. 359 f.

³³⁸⁰ Nr. 195, 22.8.1962, S. 1.

³³⁸¹ Nr. 195, 22.8.1962, S. 2.

die von der Redaktion vertretene Perspektive. Doch zeigte Mauz angesichts des elenden Todes Fechters³³⁸² Verständnis für die fehlgeleitete Handlungsweise. Er stellte klar, dass es sich fast ausnahmslos nicht um „Randalierer“ handelte.³³⁸³ Kommentator Schröder rügte schließlich die Langsamkeit der westlichen Reaktion auf den traurigen Todesfall.³³⁸⁴ Das Medium informierte darüber, dass die Russen mittlerweile aus Sicherheitsgründen ihre Wachablösung für das Ehrenmal im Westteil mit Schützenpanzerwagen transportierten.³³⁸⁵ Genugtuung klang an, als die Sowjets sich schließlich der Anordnung der Westmächte fügten und ihre gepanzerten Fahrzeuge eine andere Route nach West-Berlin fahren ließen.³³⁸⁶ Als die Transporte nach britischer Aufforderung wieder mit Bussen stattfanden, pries die Redaktion diese Kleinigkeit als Ergebnis westlicher Entschiedenheit.³³⁸⁷ Registriert wurde auch die Auflösung der Kommandantur.³³⁸⁸ Erst zu so fortgeschrittener Stunde war zu lesen, dass das Verhältnis zwischen Senat und westlichen Stadtkommandanten nach dem Mauerbau nicht herzlicher geworden war. Es hieß, die Westmächte ließen niemanden im Unklaren, wie wenig sie bereit waren, die Garantien für Berlin unnötig zu strapazieren.³³⁸⁹ Nach dieser Welle von für ein positives Besucher-Image doch recht abträglicher Berichterstattung präsentierte Kausch einen – wie üblich nicht übermäßig berauschenden – umfangreichen Veranstaltungskalender, der den Lebenswillen und die Attraktivität der Stadt belegen sollte. Er wurde bei der Preisung des Muts zur Selbstbehauptung recht deutlich: Wäre dieser nicht so groß, dann wären die Bereitschaft der Freunde zu helfen und das Bemühen wirtschaftlich zu helfen umsonst.³³⁹⁰ Mit besonderer Aufmerksamkeit wurde übers Jahr die ökonomische Entwicklung verfolgt. Positive Nachrichten³³⁹¹ überwogen bei weitem die negativen Meldungen.³³⁹² Dabei sanken in den Jahren nach dem Mauerbau die Zahl der Erwerbstätigen und das Wachstum.³³⁹³ In einem unter seinem Pseudonym Fried veröffentlichten Leitartikel Zimmermanns war neben vertrautem doch neues Vokabular zu lesen. Es hieß, die unverwüstliche Stadt wehrte sich dagegen, „immer nur als Almosenempfänger der

³³⁸² Springer ließ für Fechter ein Mahnmal errichten.

³³⁸³ Nr. 198, 25.8.1962, S. 3.

³³⁸⁴ Nr. 200, 28.8.1962, S. 1.

³³⁸⁵ Nr. 196, 23.8.1962, S. 3, Nr. 198, 25.8.1962, S. 4, Nr. 199, 27.8.1962, S. 1, Nr. 205, 3.9.1962, S. 1.

³³⁸⁶ Nr. 207, 5.9.1962, S. 1.

³³⁸⁷ Nr. 214, 13.9.1962, S. 1, Nr. 216, 15.9.1962, S. 1.

³³⁸⁸ Nr. 196, 23.8.1962, S. 1, Nr. 197, 24.8.1962, S. 3, Nr. 196, 24.8.1962, S. 1 und S. 2, Nr. 199, 27.8.1962, S. 2, Nr. 218, 18.9.1962, S. 1.

³³⁸⁹ Nr. 214, 13.9.1962, S. 3.

³³⁹⁰ Nr. 201, 29.8.1962, S. 3.

³³⁹¹ Nr. 11, 13.1.1962, S. 1, Nr. 16, 19.1.1962, S. 1, Nr. 17, 20.1.1962, S. 12, Nr. 53, 3.3.1962, S. 3, Nr. 87, 12.4.1962, S. 17, Nr. 98, 27.4.1962, S. 12, Nr. 110, 12.5.1962, S. 4, Nr. 111, 14.5.1962, S. 11, Nr. 118, 22.5.1962, S. 11, Nr. 127, 2.6.1962, S. 11, Nr. 144, 23.6.1962, S. 12, Nr. 197, 24.8.1962, S. 13, Nr. 287, 8.12.1962, S. 1, Nr. 291, 13.12.1962, S. 13, Nr. 297, 20.12.1962, S. 11, Nr. 300, 24.12.1962, S. 15.

³³⁹² Etwa: Nr. 35, 10.2.1962, S. 2.

³³⁹³ Ribbe: Berlin zwischen Ost und West, S. 1101.

Bundesrepublik angesehen zu werden“. Zimmermann pries übertreibend und vergaß dabei, wer das alles bezahlt hatte: „Sie (die Stadt Berlin) hat ihren eigenen gewaltigen Lebenswillen immer wieder bewiesen und hat sich aus eigener Kraft behauptet. Das zeigt das äußere Bild dieser Stadt, das zeigt der wirtschaftliche Aufschwung Westberlins in den letzten zehn Jahren, wie man ihn in den kühnsten Phantasien nicht für möglich gehalten hatte.“ Doch seit dem Mauerbau sah er das Gemeinwesen wirtschaftlich einer kritischen Grenze entgegen gehen, wenn er auch nicht wahllos Subventionen nach Berlin pumpen wollte. Investitionen erklärte er zu wirtschaftlichen Demonstrationen und wies auf die Werbungsbemühungen Clays bei großen US-Firmen hin. Die auf Steuerbegünstigungen Wert legenden und lediglich an kleinere Niederlassungen denkenden Amerikaner erklärte er angesichts der – gleichzeitig heruntergespielten – Absetzbewegung ortsansässiger Unternehmen für beispielgebend.³³⁹⁴ Zimmermann alias Fried präsentierte löbliche westdeutsche Einzelbeispiele und legte dar, dass der Finanztransfer aus der Bundesrepublik es ermöglichte, die gegenwärtige Struktur zu halten, wenn auch eine gezieltere Verwendung der Mittel notwendig schien. Weiter stellte er die als „Zitterprämien“ von der Bevölkerung aufgefassten beachtlichen Bonner finanziellen Leistungen vor.³³⁹⁵ Dank dieser Unterstützung konnten Unternehmen wie Arbeitskräfte im Gemeinwesen gehalten werden.³³⁹⁶ Die Bemühungen US-Firmen zur Ansiedlung zu bewegen wurden exponiert und ausführlich gewürdigt.³³⁹⁷ Beispielhaft für die positive Aufnahme war die in einem Titelseiten-Aufmacher von Kausch vorgestellte Aussage des Berliner Wirtschaftssenators Schiller: „Die amerikanische Regierung und führende Vertreter der Privatwirtschaft in den Vereinigten Staaten entfalten eine äußerst starke Aktivität, um den wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau Westberlins zu fördern.“ Im begleitenden Kommentar Kauschs sah dieser Anlaß zu Freude und Genugtuung, weil Berlin bei der Chance sich neu zu schaffen vom hier anzuwendenden Erfahrungsschatz der Amerikaner profitieren sollte.³³⁹⁸ Zwischen den Zeilen war allerdings in den Beiträgen erkennbar, dass sich die Investoren nicht gerade drängten. Im Wirtschaftsteil wurde dargelegt, dass US-Unternehmen und Finanzgruppen mit Zweigwerken und Beteiligungen schon seit längerem vertreten waren. Aktuelle neue Niederlassungen gab es aber nicht zu vorzustellen.³³⁹⁹ Lediglich über Verhandlungen konnte informiert werden.³⁴⁰⁰ In der Tat lehnte die überwiegende Mehrheit der US-Unternehmen, an die Clay sich gewandt hatte,

³³⁹⁴ Nr. 35, 10.2.1962, S. 1.

³³⁹⁵ Nr. 35, 10.2.1962, S. 2.

³³⁹⁶ Ribbe: Berlin zwischen Ost und West, S. 1101 f.

³³⁹⁷ Nr. 50, 28.2.1962, S. 2, Nr. 118, 22.5.1962, S. 1 und S. 11, Nr. 122, 26.5.1962, S. 1,

³³⁹⁸ Nr. 118, 22.5.1962, S. 1.

³³⁹⁹ Nr. 122, 26.5.1962, S. 14.

³⁴⁰⁰ Nr. 177, 1.8.1962, S. 1.

ein Berlin-Engagement ab.³⁴⁰¹ Kausch berauschte sich an der seit dem Mauerbau gesteigerten Bauaktivität; er deutete diese als Beweis des Lebenswillens und feierte Infrastrukturmaßnahmen, Kultur- und Wohnungsbauten.³⁴⁰² Im Blatt wurde das Geschehen gelegentlich mit Foto illustriert. Dazu war zu lesen: „In Berlin wird gebaut wie nie zuvor.“³⁴⁰³ Später stellte Kausch die ehrgeizigen Vorhaben zum Ausbau von Bildung, Wissenschaft und Kunst vor.³⁴⁰⁴ Er stellte optimistische Pläne vor; dabei war schon erkennbar, dass es sich zum Teil nur um recht vage Hoffnungen handelte. Für die Leserschaft der „Welt“ wird es eine Überraschung gewesen sein zu lesen, dass der durch den Mauerbau bedingte ökonomische Schock seit Jahresende abgeklungen war. In der früheren Berichterstattung war stets behauptet worden, wie sehr die Berliner Wirtschaft brummte. Nun wurden die Dinge wiederum überwiegend positiv dargestellt. Es hieß, dass die Spareinlagen mittlerweile stiegen und Angehörige freier Berufe zurückkehrten.³⁴⁰⁵ In nüchternem Ton wurde ebenfalls erst nachträglich die bedenkliche Geschäftsentwicklung der Berliner Bank im abgelaufenen Jahr vorgestellt.³⁴⁰⁶ Ein Leserbrief stellte Vergleiche an, um die Bedeutung der Stadt als Wirtschaftsfaktor vor Augen zu führen.³⁴⁰⁷ Was wohl das Publikum beeindrucken sollte, ließ sich auch als Zeichen erschreckender Kümmerlichkeit mancher Volkswirtschaften deuten. Peter Weertz beschäftigte sich mit der Sicherung der Zukunft. Aktuell herrschte Vollbeschäftigung; zur Expansion hielt er größere Anstrengungen und gezieltere Maßnahmen für notwendig. Dabei stellte er die beachtliche finanzielle Unterstützung der Bundesregierung vor. Paradoxerweise beharrte Weertz aber darauf, dass keine subventionierte Wirtschaft geschaffen werden sollte.³⁴⁰⁸ Auch in weiteren Beiträgen wurde die Sicherung des künftigen Wachstums thematisiert.³⁴⁰⁹ Hinsichtlich der materiellen Bonner Hilfe für kulturelle Vorhaben wurde die Stadt von Kausch nicht als Bittsteller sondern als nach Treibstoff verlangender Motor bezeichnet.³⁴¹⁰ Der katastrophale Berliner Etat wurde hingegen in einer kleinen Notiz versteckt.³⁴¹¹

Die Abwanderung aus Berlin stellte für die Redaktion ein heikles Thema dar. Hier hielt das Blatt keine Linie konsequent durch. Zu Jahresbeginn verkündete eine fette Überschrift

³⁴⁰¹ Shell, S. 418.

³⁴⁰² Nr. 33, 8.2.1962, S. 3.

³⁴⁰³ Nr. 37, 13.2.1962, S. 3.

³⁴⁰⁴ Nr. 120, 24.5.1962, S. 6, Nr. 132, 8.6.1962, S. 2, in: Nr. 20, 24.1.1962, S. 9 wurden in einem nicht von Kausch stammenden Bericht aber schon die Verzögerungen beim Ausbau der TU behandelt.

³⁴⁰⁵ Nr. 53, 3.3.1962, S. 3, auch in: Nr. 17, 20.1.1962, S. 12 war in einem die Standfestigkeit der Wirtschaft preisenden Beitrag nun von Überwindung des Schocks die Rede.

³⁴⁰⁶ Nr. 53, 3.3.1962, S. 17.

³⁴⁰⁷ Nr. 66, 19.3.1962, S. 16.

³⁴⁰⁸ Nr. 87, 12.4.1962, S. 17.

³⁴⁰⁹ Etwa: Nr. 202, 30.8.1962, S. 12, Nr. 286, 7.12.1962, S. 11.

³⁴¹⁰ Nr. 104, 5.5.1962, S. 3.

³⁴¹¹ Nr. 298, 21.12.1962, S. 2.

stolz den Zuzug neuer Arbeitskräfte, wenn auch die genannten Zahlen alles andere als beeindruckend waren. Kausch richtete das Augenmerk auf die Steigerung und hoffte auf eine positive künftige Entwicklung; materielle Umzugs-Vorteile strich er heraus. Indirekt wurde aber zugegeben, dass die Abwanderung die Zahl der Zuzüge immer noch überstieg.³⁴¹² Hans-Werner Richter beschrieb dann bald offen den Abzug des Bürgertums und die desolante Stimmung, die mit dem sonst vermittelten gelassenen Image³⁴¹³ nicht kongruierte. Er hielt amtliche Statistiken zumindest teilweise für geschönt angesichts der vor den Häusern stehenden Umzugswagen mit dem Ziel Westdeutschland. Seit dem Mauerbau beobachtete er, wie das Dahlemer Publikum den Mut verlor. Ein Steuerberater äußerte, bereits 50% seiner Mandanten aufgrund des Wegzugs verloren zu haben. Richter zitierte einen Kaufmann: „Jetzt wird es brenzlig hier. Man muß sehen, dass man sein Kapital in Sicherheit bringt, und dann ist es auch besser, man wohnt drüben und kommt nur gelegentlich her.“ Auf den Einwand, dass die Amerikaner doch die Sicherheit garantierten, hieß es: „Ja, ja die Amerikaner. Aber die haben auch am 13. August nichts unternommen, obwohl sie im Recht waren und die Möglichkeit dazu hatten. Wer sagt Ihnen, dass sie das nächste Mal etwas unternehmen? Nein, das ist mir zu unsicher.“ So dächten viele. Auch eine Buchhändlerin, die sich ein Haus auf Sylt kaufte, erklärte es für notwendig, ein Asyl zu haben, wenn es hier „schief“ ging. Nachdem die Ostdeutschen „abgeschrieben“ waren, schien es durchaus möglich, dass es den West-Berlinern bald ebenso ergehen konnte. Einen Hoffnungsschimmer fand Richter bei Jugendlichen, die mit einem Fackelzug gegen die Mauer protestierten. Doch auch hier beobachtete der Journalist einen gewissen Fatalismus.³⁴¹⁴ Ganz anders als das abziehende Bürgertum erwarb übrigens der Verleger, der schon über eine Residenz in der Stadt verfügte, ein weiteres Grundstück in bevorzugter Lage.³⁴¹⁵ Ein in sachlichem Stil gehaltener Artikel mit der zuversichtlichen Überschrift: „Aushöhlung Berlins kann vereitelt werden“ machte dann vorsichtig auf die Gefahr eines jährlichen Wanderungsverlusts von 30.000-40.000 Arbeitskräften aufmerksam. Mit der Steigerung des Zuzugs sollten die finsternen Pläne des Kremls vereitelt werden.³⁴¹⁶ Tatsächlich verringerte sich nach dem Mauerbau die Zuwanderung

³⁴¹² Nr. 14, 17.1.1962, S. 3.

³⁴¹³ Etwa in: Nr. 6, 8.1.1962, S. 4 wurde herausgestellt, dass Kennedy der Festigkeit der Haltung der West-Berliner Anerkennung zollte, in: Nr. 75, 29.3.1962, S. 1 war zu lesen, dass ein US-General vom Lebenswillen der Berliner beeindruckt war, in: Nr. 254, 30.10.1962, S. 2 schrieb Kausch, dass die Berliner während der Kuba-Krise nicht die Nerven verloren wegen der befürchteten Möglichkeit eines Tausches Kuba-Berlin sondern gelassen blieben.

³⁴¹⁴ Nr. 17, 20.1.1962, S. 29.

³⁴¹⁵ Es lag auf der Havel-Halbinsel Schwanenwerder und hatte einst Hitlers Arzt Morell gehört. Hitler war übrigens dort mehrfach zu Besuch gewesen. Der letzte Satz ist Albert Speers Erinnerungen, Frankfurt / Main, Berlin 1969 auf S. 120 zu entnehmen.

³⁴¹⁶ Nr. 31, 6.2.1962, S. 2.

aus dem Westen merklich. Es bestand Arbeitskräftebedarf.³⁴¹⁷ Dies stellte die größte Schwierigkeit dar.³⁴¹⁸ Das Blatt informierte etwa in einer kleinen Notiz auf der Titelseite über offene Stellen.³⁴¹⁹ Recht platt warb Ferber dann in einem umfangreichen Beitrag für den Umzug nach Berlin, indem er Gesprächseindrücke mit Neu-Bürgern präsentierte. Das Spektrum der nicht gerade tiefsinnig erforschten Motive reichte von Patriotismus über materielle Vorteile bis hin zum Interesse am Leben in der Großstadt. Es wurde allerdings schon eingeräumt, dass die „Extrazuschüsse“ für Neubürger den Unwillen der Alteingesessenen erregten. Eine Zunahme offener Stellen wurde prognostiziert; dabei wurde angesprochen, dass viele westdeutsche Bewerber zu hohe Lohnforderungen stellten. Dann wurden materielle Anreize und Vorzüge des Großstadtlebens aufgezählt.³⁴²⁰ Nicht unbedingt beeindruckende Zahlenangaben von in die Stadt vermittelten Arbeitskräften wurden ziemlich bemüht als Erfolg präsentiert.³⁴²¹

4.5.6. Berichterstattung über die DDR

Die mediale Berichterstattung bewegte sich im Rahmen des Gewohnten. Besonders ausführlich wurden wie immer ökonomische Schwierigkeiten und Versorgungsprobleme thematisiert.³⁴²² Bloßgestellt wurde alles – von der behördlichen Zahlenmanipulation zur Vertuschung der Probleme³⁴²³ bis hin zu den nicht einmal erhältlichen Ersatzgerichten vom Schlage der „Erbsen-Bratlinge“.³⁴²⁴ Jeder Mißstand – sei es der reduzierte Eisenbahnverkehr,³⁴²⁵ die Landflucht der Jugend,³⁴²⁶ behördlicher Schleichhandel³⁴²⁷ oder universitäre Probleme³⁴²⁸ - wurde an das Publikum herangetragen. Im Osten schien aus Sicht der „Welt“-Leser überhaupt nichts ordentlich zu funktionieren. Erfolglosigkeit wurde

³⁴¹⁷ Ribbe: Berlin zwischen Ost und West, S. 1101 f und S. 1114.

³⁴¹⁸ Shell, S. 382.

³⁴¹⁹ Nr. 39, 15.2.1962, S. 1.

³⁴²⁰ Nr. 103, 4.5.1962, S. 3.

³⁴²¹ Nr. 143, 22.6.1962, S. 1, Nr. 202, 30.8.1962, S. 12, Nr. 245, 19.10.1962, S. 1, Nr. 263, 9.11.1962, S. 1, Nr. 298, 21.12.1962, S. 1.

³⁴²² Nr. 4, 5.1.1962, S. 3, Nr. 7, 9.1.1962, S. 3, in: Nr. 34, 9.2.1962, S. 2 wurde der Ärztemangel thematisiert, Nr. 39, 15.2.1962, S. 2, Nr. 55, 6.3.1962, S. 1, Nr. 59, 10.3.1962, S. 2, in: Nr. 60, 12.3.1962, S. 5 wurde vom SAD eine jugoslawische Zeitung zitiert, die sich über die schlechte Versorgung in der DDR ausbreitete, in: Nr. 71, 24.3.1962, S. 2 wurde der Mangel an Studienplätzen behandelt, Nr. 105, 7.5.1962, S. 1, S. 3, Nr. 112, 15.5.1962, S. 4, Nr. 136, 14.6.1962, S. 1, Nr. 150, 30.6.1962, S. 2, Nr. 152, 3.7.1962, S. 2, Nr. 153, 4.7.1962, S. 2, Nr. 163, 16.7.1962, S. 3, Nr. 170, 24.7.1962, S. 2, Nr. 172, 26.7.1962, S. 2, Nr. 175, 30.7.1962, S. 2, Nr. 182, 7.8.1962, S. 2, Nr. 199, 27.8.1962, S. 2, Nr. 202, 30.8.1962, S. 1, Nr. 224, 25.9.1962, S. 3, Nr. 237, 10.10.1962, S. 5, Nr. 244, 18.10.1962, S. 2, Nr. 280, 30.11.1962, S. 2, Nr. 281, 1.12.1962, S. 2, Nr. 286, 7.12.1962, S. 3, Nr. 288, 10.12.1962, S. 20.

³⁴²³ Nr. 73, 27.3.1962, S. 3, Nr. 78, 2.4.1962, S. 2.

³⁴²⁴ Nr. 34, 9.2.1962, S. 2.

³⁴²⁵ Nr. 91, 17.4.1962, S. 24.

³⁴²⁶ Nr. 65, 17.3.1962, S. 2, Nr. 181, 6.8.1962, S. 2.

³⁴²⁷ Nr. 81, 5.4.1962, S. 2.

³⁴²⁸ Nr. 71, 24.3.1962, S. 2, Nr. Nr. 118, 22.5.1962, S. 2, Nr. 174, 28.7.1962, S. 1.

auch beim Versuch beobachtet, die Frauen in den Produktionsprozess einzuspannen.³⁴²⁹ Unverhohlen klang Genugtuung in einem Bericht über Verzögerungen beim Bau des ersten Kernkraftwerks an.³⁴³⁰ Die üble Praxis der kommunistischen Jugendorganisation, Betriebe nach ihrer Auslastung zu kontrollieren, wurde vorgeführt.³⁴³¹ Das Blatt verfolgte zudem die Fortführung der Kollektivierung.³⁴³² Lichtblicke in der Misere blieben wie gewohnt in der medialen Wahrnehmung außerordentlich selten und beschränkten sich im Grunde auf Schiffbau, Hafenumschlag³⁴³³ und sportliche Erfolge.³⁴³⁴ Positiv war sonst noch etwa die in einer kleinen Meldung präsentierte Nachricht über den Wiederaufbau der Dresdner Hofkirche.³⁴³⁵ Selbst bei der Leipziger Renommierschau krittelte ein Journalist daran herum, dass die Stadt sonst nicht so gut mit Konsumgütern versorgt wurde.³⁴³⁶ Viele Bereiche des Lebens in der Diktatur wurden in der „Welt“ angeschnitten. Stets ging es dabei um Unzufriedenheit.³⁴³⁷ Weinert stellte einmal politische Witze zur Lage vor.³⁴³⁸ Trotz des Mauerbaus wurde Bevölkerungsrückgang gemeldet.³⁴³⁹ Das einze, was folglich zunahm, war die „Vergreisung“ in der „Zone“.³⁴⁴⁰ Die offizielle hohe Politik der Regierung wurde im Vergleich zur Schilderung der Alltags-Misere eher sekundär wahrgenommen.³⁴⁴¹ Ulbricht wurde übrigens mit einer kleinen Biographie-Serie bedacht.³⁴⁴² Zur registrierten Konsolidierung gehörten die Verbesserung der Wehrerfassung³⁴⁴³ und die Verstärkung der Volksarmee.³⁴⁴⁴ Begleitet wurden auch größere

³⁴²⁹ Nr. 63, 15.3.1962, S. 20.

³⁴³⁰ Nr. 296, 19.12.1962, S. 3.

³⁴³¹ Nr. 166, 19.7.1962, S. 3.

³⁴³² Nr. 60, 12.3.1962, S. 2, Nr. 70, 23.3.1962, S. 3, Nr. 105, 7.5.1962, S. 3, Nr. 176, 31.7.1962, S. 1.

³⁴³³ Nr. 14, 17.1.1962, S. 7, Nr. 42, 19.2.1962, S. 8, in: Nr. 134, 12.6.1962, S. 10 wurde der Ausbau des Hafens Wittenberge thematisiert, Nr. 151, 2.7.1962, S. 8, Nr. 235, 8.10.1962, S. 9, Nr. 279, 29.11.1962, S. 10, Nr. 284, 5.12.1962, S. 17.

³⁴³⁴ Etwa: Nr. 197, 24.8.1962, S. 16.

³⁴³⁵ Nr. 140, 19.6.1962, S. 1.

³⁴³⁶ Nr. 61, 13.3.1962, S. 18.

³⁴³⁷ Nr. 33, 8.2.1962, S. 3, Nr. 45, 22.2.1962, S. 2, Nr. 60, 12.3.1962, S. 5, Nr. 78, 2.4.1962, S. 1, S. 2, Nr. 83, 7.4.1962, S. 1, in: Nr. 92, 18.4.1962, S. 11 ging es um Streit unter Wissenschaftlern, Nr. 99, 28.4.1962, S. 2, Nr. 131, 7.6.1962, S. 2, Nr. 135, 13.6.1962, S. 2, Nr. 169, 12.7.1962, S. 2, Nr. 185, 10.8.1962, S. 2, in: Nr. 271, 19.11.1962, S. 3 wurden Cliquenkämpfe in der SED thematisiert.

³⁴³⁸ Nr. 117, 21.5.1962, S. 3.

³⁴³⁹ Nr. 173, 27.7.1962, S. 1.

³⁴⁴⁰ Nr. 10.10.1962, S. 1.

³⁴⁴¹ Nr. 13, 16.1.1962, S. 2, Nr. 18, 22.1.1962, S. 2, Nr. 21, 25.1.1962, S. 1, Nr. 51, 1.3.1962, S. 1, S. 4, Nr. 52, 2.3.1962, S. 2, Nr. 93, 19./20. 4.1962, S. 3, Nr. 151, 2.7.1962, S. 2, Nr. 154, 5.7.1962, S. 1, S. 2, Nr. 178, 2.8.1962, S. 1, Nr. 179, 3.8.1962, S. 4, Nr. 190, 16.8.1962, S. 2, Nr. 204, 1.9.1962, S. 2, Nr. 221, 21.9.1962, S. 2, Nr. 226, 27.9.1962, S. 2, Nr. 230, 2.10.1962, S. 3, Nr. 235, 8.10.1962, S. 2, Nr. 237, 10.10.1962, S. 3, Nr. 239, 12.10.1962, S. 5, Nr. 247, 22.10.1962, S. 2, Nr. 257, 2.11.1962, S. 1, Nr. 271, 19.11.1962, S. 3, Nr. 278, 28.11.1962, S. 2, Nr. 285, 6.12.1962, S. 2, Nr. 286, 7.12.1962, S. 3.

³⁴⁴² Nr. 35, 10.2.1962, S. 5, Nr. 36, 12.2.1962, S. 5, Nr. 38, 14.2.1962, S. 5, Nr. 39, 15.2.1962, S. 5.

³⁴⁴³ Nr. 19, 23.1.1962, S. 1, Nr. 27, 1.2.1962, S. 2, Nr. 28, 2.2.1962, S. 2, Nr. 30, 5.2.1962, S. 2, Nr. 33, 8.2.1962, S. 2, Nr. 37, 13.2.1962, S. 3, Nr. 38, 14.2.1962, S. 2, Nr. 182, 7.8.1962, S. 2, in: Nr. 190, 16.8.1962, S. 5 wurde das Jubiläum der Gesellschaft für Sport und Technik behandelt, Nr. 205, 3.9.1962, S. 2.

³⁴⁴⁴ Nr. 27, 1.2.1962, S. 2, Nr. 30, 5.2.1962, S. 2.

Schritte der DDR-Außenpolitik.³⁴⁴⁵ Das Blatt befasste sich einmal mit den internen Verhältnissen im Außenministerium und ging herablassend davon aus, dass der Minister nicht allzu viel zu entscheiden hatte.³⁴⁴⁶ Wie alljährlich wurde mit Genugtuung registriert, dass nur wenige Diplomaten akkreditiert waren, wenn die DDR mittlerweile auch eine Reihe von Auslandsvertretungen unterhielt.³⁴⁴⁷ Mit Genuß verbreitete sich Zielinski darüber, wie die Propagandisten mit dem Verlauf der Kuba-Krise ins Stolpern gerieten.³⁴⁴⁸ Die Politik zwischen den deutschen Staaten wurde ausgesprochen selten thematisiert.³⁴⁴⁹ Zeitweilig stand das Geplänkel um Verhandlungen zwischen Bonn und Ost-Berlin über einen Milliarden-Kredit im Mittelpunkt.³⁴⁵⁰ Das Blatt führte im Bereich der Innenpolitik eine Einschüchterungsaktion gegenüber Studenten vor.³⁴⁵¹ Das Publikum wurde über die lächerliche Maßnahme informiert, dass nun – nach vielen anderen Berufsgruppen – auch Friseure in den Dienst des Regimes gestellt werden sollten, da sie als „ein erheblicher Faktor in der öffentlichen Meinungsbildung“ eingeschätzt wurden. Hämisches registrierte die „Welt“, dass der Versuch, Schneider, Schumacher, Briefträger und Kassierer als Propagandisten einzusetzen, am mangelnden politischen Bewusstsein kläglich gescheitert war.³⁴⁵² Dieser Linie entsprach es zu notieren, dass DDR-Urlaubsschiffe ihr Programm zusammenstreichen mußten, weil sich Gäste in den Häfen aus dem Staub machten.³⁴⁵³ So ziemlich jede Nachricht putzte die DDR herunter. Besonders übel wirkte die Meldung vom Ausbrechen der Ruhr-Erkrankung,³⁴⁵⁴ bei der die „Welt“ auch noch auf behördliche Vertuschungsversuche aufmerksam machte.³⁴⁵⁵ Wahrgenommen wurden zudem Bestrebungen des Regimes, den wissenschaftlichen Kontakt zwischen den deutschen Staaten zu kappen.³⁴⁵⁶ Auch die erstaunliche Praxis vom Leben in der Bundesrepublik enttäuschte „Negerstudenten“ ins Land zu locken, um sie als Agenten zu werben, wurde

³⁴⁴⁵ Etwa: Nr. 51, 1.3.1962, S. 1 und S. 4, Nr. 52, 2.3.1962, S. 2, Nr. 95, 24.4.1962, S. 1, Nr. 178, 2.8.1962, S. 1, Nr. 179, 3.8.1962, S. 4, Nr. 230, 2.10.1962, S. 3, Nr. 247, 22.10.1962, S. 2, Nr. 257, 2.11.1962, S. 1.

³⁴⁴⁶ Nr. 90, 16.4.1962, S. 3.

³⁴⁴⁷ Nr. 93, 19./20.4.1962, S. 3, in: Nr. 56, 7.3.1962, S. 2 wurde aber schon die ostdeutsche Diplomatenausbildung thematisiert.

³⁴⁴⁸ Nr. 260, 6.11.1962, S. 3.

³⁴⁴⁹ Etwa: Nr. 50, 28.2.1962, S. 2, Nr. 285, 6.12.1962, S. 1, S. 2, Nr. 286, 7.12.1962, S. 3, Nr. 294, 17.12.1962, S. 1, Nr. 302, 28.12.1962, S. 2.

³⁴⁵⁰ Nr. 120, 24.5.1962, S. 1, Nr. 122, 26.5.1962, S. 2, Nr. 124, 29.5.1962, S. 2 und S. 3, Nr. 126, 31.5./1.6.1962, S. 1, Nr. 130, 6.6.1962, S. 1, Nr. 132, 8.6.1962, S. 2, Nr. 142, 21.6.1962, S. 2, Nr. 155, 6.7.1962, S. 4, Nr. 190, 16.8.1962, S. 2, Nr. 192, 18.8.1962, S. 1, Nr. 205, 3.9.1962, S. 2, Nr. 298, 21.12.1962, S. 2.

³⁴⁵¹ Nr. 103, 4.5.1962, S. 2.

³⁴⁵² Nr. 135, 13.6.1962, S. 3.

³⁴⁵³ Nr. 127, 2.6.1962, S. 1, in: Nr. 134, 12.6.1962, S. 10 ließ die Redaktion wissen, dass der Ausflugsdampfer Warnemünde/Gedser praktisch leer verkehrte.

³⁴⁵⁴ Es handelt sich um eine meist epidemisch auftretende Infektionskrankheit. Die Bakterien werden durch Berührung mit dem Kranken, durch Nahrungsmittel und durch Fliegen übertragen. Zwischen Ansteckung und Erkrankung vergehen nur wenige Tage.

³⁴⁵⁵ Nr. 84, 9.4.1962, S. 20, Nr. 86, 11.4.1962, S. 1.

³⁴⁵⁶ Nr. 21, 25.1.1962, S. 2, Nr. 27, 1.2.1962, S. 2, Nr. 55, 6.3.1962, S. 2, Nr. 67, 20.3.1962, S. 5.

von den Journalisten durchleuchtet.³⁴⁵⁷ Die Thematisierung der schlechten Arbeitsbedingungen war dazu geeignet, die wohl unter den Lesern nicht gerade überrepräsentierten sozialdemokratischen Arbeitnehmer zu schockieren. Hier kam ein für ein höheres Maß an Unabhängigkeit bürgender britischer Gewerkschafter zu Wort, der von industrieller Sklaverei sprach. Das ganze System sei darauf ausgerichtet, Höchstleistungen aus den Arbeitern herauszuquetschen. Es hieß, Rechte und Lebensbedingungen der Ost-Berliner Arbeiter blieben „erbarmenswert“ hinter denen ihrer westlichen Brüder zurück. In den höchsten Tönen fiel hingegen die Preisung der kontrastierenden Situation in der Bundesrepublik aus.³⁴⁵⁸ Ergänzend wurden aus dem Osten die Zentralisierung der Gewerkschaften,³⁴⁵⁹ Urlaubskürzung,³⁴⁶⁰ Erhöhung der Arbeitsleistung³⁴⁶¹ und der hohe Krankenstand gemeldet.³⁴⁶² Ein anderer Themenkomplex war die Mauer, deren Ausbau verfolgt wurde.³⁴⁶³ Die Redaktion fand auch hier eine Made im Apfel und brachte in Erfahrung, dass bei den im Berliner Gebiet eingesetzten Grenzpolizisten politische Unzuverlässigkeit oder mangelnde Disziplin verbreitet waren.³⁴⁶⁴ Bei Sprengstoffanschlägen auf das Bauwerk wurde eine Inszenierung durch den Osten vermutet.³⁴⁶⁵ Diese auch vom Pressedienst der Stadt Berlin präsentierte Information³⁴⁶⁶ traf allerdings nicht zu. Jedenfalls ist in einem bei den Senatsakten erhaltenen früheren Schreiben zu lesen, dass Täter und Ursachen unbekannt waren.³⁴⁶⁷ Mit Reportagen wie Zielinskis „Nachts an der Grenze“ sollte das Interesse am Thema wachgehalten werden.³⁴⁶⁸ Mit Akribie widmeten sich die redaktionellen Mitarbeiter weiterhin den Fluchtmeldungen, von denen sie immer noch eine ganze Anzahl zusammentrugen.³⁴⁶⁹ Außerordentliche Umstände wurden in

³⁴⁵⁷ Nr. 52, 2.3.1962, S. 3, Nr. 57, 8.3.1962, S. 3.

³⁴⁵⁸ Nr. 186, 11.8.1962, S. 12.

³⁴⁵⁹ Nr. 160, 12.7.1962, S. 2.

³⁴⁶⁰ Nr. 225, 26.9.1962, S. 1.

³⁴⁶¹ Nr. 239, 12.10.1962, S. 5.

³⁴⁶² Nr. 293, 15.12.1962, S. 2.

³⁴⁶³ Nr. 5, 6.1.1962, S. 2, Nr. 10, 12.1.1962, S. 2, Nr. 18, 22.1.1962, S. 1, Nr. 27, 1.2.1962, S. 2, Nr. 50, 28.2.1962, S. 2, Nr. 83, 7.4.1962, S. 3, Nr. 118, 22.5.1962, S. 1, Nr. 128, 4.6.1962, S. 1, Nr. 147, 27.6.1962, S. 1, Nr. 151, 2.7.1962, S. 2, Nr. 185, 10.8.1962, S. 1, in fragender Form: Nr. 199, 27.8.1962, S. 2, Nr. 211, 10.9.1962, S. 1.

³⁴⁶⁴ Nr. 101, 1./2.5.1962, S. 2.

³⁴⁶⁵ in: Nr. 123, 28.5.1962, S. 1 war zu lesen, dass sich West- und Ost-Berlin gegenseitig der Urheberchaft verdächtigten, Nr. 169, 23.7.1962, S. 1, Nr. 172, 26.7.1962, S. 2, Nr. 173, 27.7.1962, S. 2, Nr. 282, 3.12.1962, S. 2, Nr. 303, 29.12.1962, S. 1.

³⁴⁶⁶ So: Shell, S. 375.

³⁴⁶⁷ Landesarchiv/Berlin: B/Rep. 002, Nr. 7059, Schreiben vom 26.5.1962. Es handelte sich hier also um eine Detonation, die vor den Anschlägen stattfand, über die die „Welt“ berichtete.

³⁴⁶⁸ Nr. 226, 27.9.1962, S. 3.

³⁴⁶⁹ Nr. 8, 10.1.1962, S. 2, Nr. 16, 19.1.1962, S. 2, Nr. 21, 25.1.1962, S. 1, Nr. 37, 13.2.1962, S. 2, Nr. 41, 17.2.1962, S. 2, Nr. 54, 5.3.1962, S. 1, Nr. 60, 12.3.1962, S. 2, Nr. 92, 18.4.1962, S. 1, Nr. 93, 19./20.4.1962, S. 1, in: Nr. 98, 27.4.1962, S. 3 wurden Fluchtmotive thematisiert, Nr. 99, 28.4.1962, S. 2, Nr. 100, 30.4.1962, S. 1, Nr. 102, 3.5.1962, S. 2, Nr. 110, 12.5.1962, S. 2, Nr. 120, 24.5.1962, S. 1, Nr. 125, 30.5.1962, S. 2, Nr. 128, 4.6.1962, S. 1, Nr. 136, 14.6.1962, S. 1, Nr. 139, 18.6.1962, S. 2, Nr. 143, 22.6.1962, S. 2, Nr. 145, 25.6.1962, S. 2, Nr. 152, 3.7.1962, S. 2, Nr. 160, 12.7.1962, S. 1, Nr. 188, 14.8.1962, S. 2, Nr. 194, 21.8.1962, S. 2, Nr. 196, 23.8.1962, S. 3,

bewährter Manier groß herausgestellt.³⁴⁷⁰ Da nicht mehr mit großen Zahlen aufgewartet werden konnte, wiederholten die Journalisten bisweilen unbekümmert alte Angaben.³⁴⁷¹ Doch waren die präsentierten Zahlen auch nicht so unbeachtlich als das sich damit nun gar kein Eindruck erzielen ließ.³⁴⁷² Gar nicht selten wurden gescheiterte Versuche und Opfer wahrgenommen.³⁴⁷³ Das Blatt wies auf die rechtstaatliche Erfassung der Verbrechen an den Fliehenden durch westdeutsche Behörden hin.³⁴⁷⁴ Ergänzend informierten die Journalisten darüber, dass entlassene östliche Strafgefangene bei ihrer Ankunft im Westen dank großzügiger Spenden sich in einem Heim an das Leben in der Bundesrepublik herantasten konnten.³⁴⁷⁵ Nellesen stellte aber auch mal die kümmerliche Lage eines jungen Flüchtlings vor, der im Westen nicht glücklich war.³⁴⁷⁶ Mit Argusaugen verfolgte die Redaktion die unversöhnliche Härte der DDR-Justiz im Kampf gegen die Feinde des Sozialismus und stellte dabei immer wieder harte Urteile aus politischen Gründen oder wegen Fluchthilfe vor.³⁴⁷⁷ Entlassene Häftlinge erhielten ein Forum zur Schilderung der schlechten Bedingungen in den Gefängnissen.³⁴⁷⁸ Mit sichtlicher Freude nahm sich die „Welt“ der bedenklich hohen Kriminalität an, schon um die nach östlicher Auffassung behauptete Unvereinbarkeit von Sozialismus und Kriminalität bloßzustellen. Es wurde dargelegt, dass die Verfahren oftmals absurd anmuteten, weil die Angeklagten stets genötigt wurden zu erklären, bei ihrer Tat unter verderblichem westlichen Einfluss gestanden zu haben.³⁴⁷⁹ Bereits zu einem früheren Zeitpunkt wurde der Verleger übrigens auch über die Verurteilung eines Täters unterrichtet, der gestand, unter dem Einfluss

Nr. 199, 27.8.1962, S. 2, Nr. 208, 6.9.1962, S. 3, Nr. 213, 12.9.1962, S. 2, Nr. 217, 17.9.1962, S. 2, Nr. 219, 19.9.1962, S. 1, Nr. 238, 11.10.1962, S. 2, Nr. 260, 6.11.1962, S. 1, in: Nr. 275, 24.11.1962, S. 3 wurden Fluchtmotive erläutert, Nr. 287, 8.12.1962, S. 1, Nr. 302, 28.12.1962, S. 1.

³⁴⁷⁰ Nr. 49, 27.2.1962, S. 1, Nr. 85, 10.4.1962, S. 1, Nr. 116, 19.5.1962, S. 1, Nr. 133, 9.6.1962, S. 1, S. 24, Nr. 182, 7.8.1962, S. 1, Nr. 294, 17.12.1962, S. 2, Nr. 301, 27.12.1962, S. 1.

³⁴⁷¹ Nr. 14, 17.1.1962, S. 1.

³⁴⁷² Nr. 99, 28.4.1962, S. 2, Nr. 157, 9.7.1962, S. 2, Nr. 200, 28.8.1962, S. 6.

³⁴⁷³ Nr. 8, 10.1.1962, S. 2, Nr. 86, 11.4.1962, S. 1, Nr. 125, 30.5.1962, S. 2, Nr. 130, 6.6.1962, S. 1, Nr. 138, 16.6.1962, S. 1, Nr. 145, 25.6.1962, S. 2, Nr. 163, 16.7.1962, S. 2, Nr. 172, 26.7.1962, S. 1, in fragender Form: Nr. 175, 30.7.1962, S. 2, Nr. 182, 7.8.1962, S. 2, in: Nr. 184, 9.8.1962, S. 2 wurde ein im Vorfeld gescheiterter Versuch thematisiert, Nr. 188, 14.8.1962, S. 2, Nr. 192, 18.8.1962, S. 1, S. 2, Nr. 197, 24.8.1962, S. 1, Nr. 207, 5.9.1962, S. 1, Nr. 235, 8.10.1962, S. 1, Nr. 237, 10.10.1962, S. 5, Nr. 269, 16.11.1962, S. 1, Nr. 294, 17.12.1962, S. 2.

³⁴⁷⁴ Nr. 22, 26.1.1962, S. 3, Nr. 195, 22.8.1962, S. 2, Nr. 304, 31.12.1962, S. 1.

³⁴⁷⁵ Nr. 138, 16.6.1962, S. 7.

³⁴⁷⁶ Nr. 128, 4.6.1962, S. 3.

³⁴⁷⁷ Nr. 23, 27.1.1962, S. 2, Nr. 26, 31.1.1962, S. 2, Nr. 38, 14.2.1962, S. 2, Nr. 85, 10.4.1962, S. 2, Nr. 117, 21.5.1962, S. 2, Nr. 143, 22.6.1962, S. 1, Nr. 152, 3.7.1962, S. 2, Nr. 154, 5.7.1962, S. 1, S. 2, Nr. 160, 12.7.1962, S. 2, Nr. 163, 16.7.1962, S. 1, Nr. 181, 6.8.1961, S. 2, Nr. 202, 30.8.1962, S. 2, Nr. 204, 1.9.1962, S. 4, Nr. 206, 4.9.1962, S. 2, Nr. 298, 21.12.1962, S. 2, Nr. 302, 28.12.1962, S. 1, Nr. 303, 29.12.1962, S. 2, Nr. 304, 31.12.1962, S. 1, S. 2.

Fluchtversuche zählten übrigens zu den die politische Justiz dominierenden Tatbeständen. In den Jahren 1958-60 wurden ca. 21.300 Verfahren eingeleitet; 1961-65 gab es ca. 45.400 Verfahren. So: Wolfrum: Die Mauer, S. 67.

³⁴⁷⁸ Nr. 33, 8.2.1962, S. 2.

³⁴⁷⁹ Nr. 212, 11.9.1962, S. 16.

westlicher „Schundliteratur“ und Sender zu seiner Tat verleitet worden zu sein.³⁴⁸⁰ Gelegentlich registrierte die Redaktion Änderungen im Justizwesen.³⁴⁸¹ Im Einzelfall stellte die „Welt“ vor, wie humorlos das Regime auch subtileres Vorgehen ahndete. Ein Arzt wurde „wegen eines versteckten Angriffs auf die sozialistische Gesellschaft“ von der Ostpresse angeprangert, weil er eine Ansprache über Robert Koch³⁴⁸² gehalten hatte: Der berühmte Bakteriologe habe in einer Epoche gelebt, „in der es dem Bürger möglich war, ohne behördliche Einschränkung in ganz Deutschland nach Belieben umherzureisen und sogar ferne Länder aufzusuchen.“ Besondere Empörung löste im Osten die Schilderung einer Neuguinea-Reise aus: „wo Robert Koch Dörfer fand, die durch hohe Zäune voneinander abgegrenzt waren, und ein Einwohner, würde er es gewagt haben die Umzäunung zu durchbrechen, damit rechnen musste, gefangengenommen, niedergeschlagen und möglicherweise als Mahlzeit verzehrt zu werden.“ Die Ostpresse sah einen Demagogen am Werke, der sich hinter Koch versteckte, um seine „minderwertigen Absichten“ zu verbergen.³⁴⁸³ In die – von solch unterhaltsamen Ausnahmen einmal abgesehen – absolut eintönige Darstellung brachten nur ausgesprochen wenige Reportagen, in denen auch positive Teil-Eindrücke vermittelt wurden, etwas Farbe und Anschaulichkeit.³⁴⁸⁴ Zur Langeweile trug bei, dass die Journalisten ihre Informationen offenbar größtenteils der Lektüre von Ost-Zeitungen und amtlichen Bekanntmachungen entnahmen. Psychologisch geschickt wurde dann zum besinnlichen Jahresende ein Artikel über die nicht zu überbietende Schäbigkeit des Regimes gegenüber einer ausreisewilligen todkranken alten Frau präsentiert, was auch dem letzten die Verworfenheit des Kommunismus vor Augen führte.³⁴⁸⁵ Für diese Art der Aufbereitung sei doch auf eine im Blatt präsentierte Lemmer-Äußerung hingewiesen. Dieser äußerte die Erwartung, dass die materielle und ideelle Abwertung des Regimes die Deutschlandpolitik der Sowjetunion nicht unberührt lassen könne. Er hoffte, dass der politische Wert der „Zone“ für Moskau sich wegen des Interesses am Ausgleich mit dem Westen verflüchtigen konnte.³⁴⁸⁶

³⁴⁸⁰ Unternehmensarchiv: Reden Axel Springer: Betriebsfest, Hamburg 29.10.1959, Zusammenstellung von Meldungen in Lose-Blatt-Sammlung, S. 4; diese Seitenzahl kommt mehrfach mit unterschiedlichem Inhalt darin vor.

³⁴⁸¹ Nr. 286, 7.12.1962, S. 2, Nr. 295, 18.12.1962, S. 2.

³⁴⁸² Koch, Robert, (*11.12.1843, gest. 27.5.1910) war Mitbegründer der modernen experimentellen Bakteriologie. Koch entdeckte den Tuberkelbazillus, den Erreger der Cholera und erhielt 1905 den Nobelpreis für Physiologie oder Medizin.

³⁴⁸³ Nr. 299, 22.12.1962, S. 2.

³⁴⁸⁴ Nr. 165, 18.7.1962, S. 18, Nr. 220, 20.9.1962, S. 20, Nr. 298, 21.12.1962, S. 22, Nr. 304, 31.12.1962, S. 3.

³⁴⁸⁵ Nr. 302, 28.12.1962, S. 22.

³⁴⁸⁶ Nr. 84, 9.4.1962, S. 2.

4.6. Das Jahr 1963

4.6.1. Das politische Ringen

Die „Welt“ begleitete wie gewohnt die einzelnen Schritte der Akteure. Dabei wurde das Stattfinden amerikanisch-sowjetischer Unterredungen registriert.³⁴⁸⁷ Berlin wurde wieder zum Thema zwischen den großen Mächten,³⁴⁸⁸ das Blatt kündigte die bevorstehende Wiederaufnahme von Gesprächen an.³⁴⁸⁹ Die Kommentierung zeigte sich gelassen, weil der Westen sich mittlerweile in einer vorteilhafteren Position befand.³⁴⁹⁰ Aus Bonn war zu vernehmen, dass den Sondierungen keine Hindernisse in den Weg gelegt würden.³⁴⁹¹ Von Borch teilte der Hamburger Zentrale die Beanstandung eines Beitrags durch den deutschen Botschafter in Washington mit.³⁴⁹² Trotz des Scheiterns von Sonderverhandlungen über die Einstellung von Kernversuchen³⁴⁹³ trat die Konferenz in Genf wieder zusammen; im Mittelpunkt stand die Kontrollfrage.³⁴⁹⁴ Der „Welt“ war zu entnehmen, dass Chruschtschow seine Kuba-Politik verteidigte und den Eindruck der Niederlage zu verwischen bemüht war.³⁴⁹⁵ Die Redaktion thematisierte auch den erwarteten Besuch Kennedys in Deutschland.³⁴⁹⁶ In der fernen Karibik wurden die Nachwehen des russischen Truppenabzugs beobachtet.³⁴⁹⁷ Das Ausscheiden Haffners kündigte sich an, als mitten in seinem Artikel, in dem er sich mit dem gescheiterten Brandt-Besuch bei Chruschtschow und der Handlungsunfähigkeit der Berliner Regierungskoalition befasste, fett gedruckt nicht nur die mittlerweile übliche Floskel zu lesen war, dass es sich um seine persönliche Meinung handelte, die nicht in jedem Fall mit der Ansicht der Redaktion übereinzustimmen brauchte. Die Steigerung bestand neben der optischen Hervorhebung in der Ergänzung: „Wir legen Wert darauf festzustellen, dass die Welt zu den in diesem Artikel behandelten beiden Problemen grundsätzlich eine andere Meinung hat als der Autor“.³⁴⁹⁸ Schmied weist darauf hin, dass Haffner in diesem Artikel vom 22. Januar seinen Meinungsumschwung in der Deutschlandpolitik äußerte: „Soll man die Zähne

³⁴⁸⁷ Nr. 7, 9.1.1963, S. 1, Nr. 8, 10.1.1963, S. 1.

³⁴⁸⁸ Nr. 9, 11.1.1963, S. 1, Nr. 10, 12.1.1963, S. 1, Nr. 11, 14.1.1963, S. 1 und S. 11, Nr. 24, 29.1.1963, S. 2.

³⁴⁸⁹ Nr. 41, 18.2.1963, S. 1, Nr. 45, 22.2.1963, S. 1, Nr. 46, 23.2.1963, S. 4, Nr. 50, 28.2.1963, S. 1.

³⁴⁹⁰ Nr. 46, 23.2.1963, S. 1.

³⁴⁹¹ Nr. 46, 23.2.1963, S. 4.

³⁴⁹² Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Chefredaktion Welt, Briefwechsel Cramer/von Borch von 1962 -64, Schreiben von Borchs an Cramer vom 24.2.1963.

³⁴⁹³ Nr. 18, 22.1.1963, S. 1, Nr. 19, 23.1.1963, S.1 und S. 4, Nr. 20, 24.1.1963, S. 1, Nr. 28, 2.2.1963, S. 1.

³⁴⁹⁴ Nr. 35, 11.2.1963, S. 4, Nr. 36, 12.2.1963, S. 3, Nr. 37, 13.2.1963, S. 1, Nr. 39, 15.2.1963, S. 1, Nr. 40, 16.2.1963, S. 1, Nr. 42, 19.2.1963, S. 1, Nr. 46, 23.2.1963, S. 4, Nr. 48, 26.2.1963, S. 1, Nr. 50, 28.2.1963, S. 1.

³⁴⁹⁵ Nr. 14, 17.1.1963, S. 2.

³⁴⁹⁶ Nr. 16, 19.1.1963, S. 1, Nr. 21, 25.1.1963, S. 3.

³⁴⁹⁷ Nr. 35, 11.2.1963, S. 1, Nr. 43, 20.2.1963, S. 1, Nr. 44, 21.2.1963, S. 4.

³⁴⁹⁸ Bundesarchiv/Berlin: N/2523, Aktenband Nr. 259, Manuskripte, Kolumnen „Die Welt“, Belegexemplare, „Die Welt“ Nr. 18, 22.1.1963, S. 3.

zusammenbeißen und sich angewöhnen, mit der Mauer zu leben und 'die da drüben' abzuschreiben, wie der Fuchs, der ein Bein in der Falle läßt und auf drei Beinen in die Freiheit humpelt?'" Die Alternative bestand darin, „die Mauer 'durchlässig' zu machen und ihre schlimmsten Folgen zu mildern, auch wenn man dabei seinen Stolz herunterschlucken, eine Niederlage anerkennen und vielleicht Rechtspositionen aufgeben muß?“, was der Verfasser merklich bevorzugte. Ihm gefiel nicht, dass der Regierende Bürgermeister Berlins wegen der Rücksichtnahme auf die CDU auf eine Begegnung mit Chruschtschow verzichten musste. Die neue Gesprächsbereitschaft erklärte der Kolumnist mit der geänderten Situation: Mittlerweile bestand keine akute Gefährdung mehr, aber die Notwendigkeit mit der Mauer klar zu kommen. Die politischen Differenzen zwischen Haffner und der Redaktion waren trotzdem für den unmittelbar bevorstehenden Austritt Haffners aus der „Welt“ nicht entscheidend. Schon am Ende des vergangenen Jahres war dieser mit dem Chef der Illustrierten „Stern“, Henri Nannen, ins Gespräch gekommen. Im Januar stellte diese Zeitschrift ihren Neuzugang vor, was im Hause Springer nicht gerade Begeisterung auslöste.³⁴⁹⁹ Im Februar ließ Zehrer dann wissen, an einer Zusammenarbeit nicht interessiert zu sein, wenn Haffner auch für den „Stern“ schrieb, worauf dieser nicht verzichten wollte.³⁵⁰⁰ Der Wille zur Zusammenarbeit war auf beiden Seiten mittlerweile aufgebraucht. Die vom Chefredakteur gestellte Forderung war für Haffner schon von seinem Wesen her nicht akzeptabel, zudem bot der neue Arbeitgeber finanziell erheblich mehr als die „Welt“, in deren weltanschauliches Profil er nach seiner politischen Wendung nicht mehr passte.³⁵⁰¹

4.6.2. Das Wettrüsten

Bärwolf pries im neuen Jahr überschwänglich den technischen Fortschritt: „Und niemand kann heute voraussagen, dass niemals Menschen zur Venus fliegen werden, auch wenn es dort so heiß sein mag wie geschmolzen Blei.“³⁵⁰² Dann stellte er den Stand der amerikanischen Vorbereitungen für den Weltraumflug vor.³⁵⁰³ Es wurde eingeflochten, dass die Supermächte im All munter Spionage über dem gegnerischen Territorium betrieben.³⁵⁰⁴ Phantastische Raumfahrt-Perspektiven wurden dem Publikum in einem Artikel über den Vortrag der Raketenforscher Oberth und von Braun eröffnet. Es war die Rede von menschlichen Terrarien mit Mondbergwerken und der Erfindung des

³⁴⁹⁹ Schmied, S. 255 f.

³⁵⁰⁰ Beck: Der traurige Patriot, S. 100.

³⁵⁰¹ Schmied, S. 256.

³⁵⁰² Nr. 2, 3.1.1963, S. 1.

³⁵⁰³ Nr. 3, 4.1.1963, S. 4, Nr. 28, 2.2.1963, S. 3, Nr. 48, 26.2.1963, S. 11.

³⁵⁰⁴ Nr. 35, 11.2.1963, S. 1.

Multiplikators, der es ermöglichen sollte auf Nachbarplaneten zu gelangen.³⁵⁰⁵ Bärwolf überbot diese Ausführungen noch und breitete seine Kenntnisse elektromagnetischer Wellen aus. Dank der Beherrschung des Frequenz-Spektrums sollten das Lebensalter der Menschen verdoppelt und die Dauer von Schwangerschaften halbiert werden können. Blinde sollten sehen und Taube wieder hören können. Nebenbei wurde noch unerschöpflicher Brennstoff für die Industrie in Aussicht gestellt. Doch wies er darauf hin, dass neben diesen beglückenden Aussichten die Möglichkeit der militärischen Verwendung bestand. Feindliche Städte sollten bei Bedarf „verdampft“ werden.³⁵⁰⁶ Bärwolf stellte dann der gewohnten Tendenz folgend eine westliche Trumpfkarte in Gestalt einer unterirdischen US-Raketenbasis vor, die er als Pressevertreter besichtigen durfte. Durch die detaillierte Information über die unterirdische Festung ließ sich zumindest das Publikum beeindrucken und möglicherweise auch der Gegner einschüchtern.³⁵⁰⁷ Zwischen den angelsächsischen Mächten registrierte die „Welt“ in einem Einzelfall absurde Blüten treibende Differenzen, die aus der britischen Empfindlichkeit wegen der Geringschätzung ihres Atompotentials durch die Hegemonialmacht herrührten.³⁵⁰⁸ Im redaktionellen Bestreben, die westliche Stärke zu betonen, wurde selbst die minimalste Verstärkung der britischen Rheinarmee notiert. Die Nachricht der Ankündigung einer amerikanischen Truppenreduzierung in Europa³⁵⁰⁹ wurde bald durch eine Meldung aus Bonn kompensiert, bereits seit längerem die Verstärkung der Streitkräfte zu planen.³⁵¹⁰ Bei der etwas heiklen Eröffnung des amerikanischen Raketenabzugs aus Italien war schonend von Ersetzung eines veralteten Systems durch im Mittelmeer operierende U-Boote mit Polaris-Raketen die Rede. Die Redaktion legte dar, dass das Vorgehen bereits lange geplant und lediglich aus Prestige Gründen wegen der Forderung Chruschtschows nach Beseitigung der Basen in der Türkei zurückgestellt worden war.³⁵¹¹ Beim Thema des westdeutschen Luftschutzes sah Helmut Borgböhmer große finanzielle Lasten auf Bevölkerung und Wirtschaft zukommen angesichts der kürzlich vom Kabinett verabschiedeten Notstandsgesetze. Borgböhmer erweckte den Anschein, dass mit diesem Vorhaben der wichtigste Schutz für den Ernstfall gewährleistet wurde, wenn er auch einräumte, dass der Schutz nicht vollständig sein konnte.³⁵¹² Schließlich korrigierte die „Welt“ mit dem Abdrucken einer amtlichen Bonner

³⁵⁰⁵ Nr. 7, 9.1.1963, S. 2.

³⁵⁰⁶ Nr. 26, 31.1.1963, S.3.

³⁵⁰⁷ Nr. 3, 4.1.1963, S. 3.

³⁵⁰⁸ Nr. 6, 8.1.1963, S. 4.

³⁵⁰⁹ Nr. 38, 14.2.1963, S. 1.

³⁵¹⁰ Nr. 44, 21.2.1963, S. 1.

³⁵¹¹ Nr. 16, 19.1.1963, S. 2.

³⁵¹² Nr. 8, 10.1.1963, S. 9.

Stellungnahme den vermittelten falschen Eindruck.³⁵¹³ Das Wohnungsbauministerium war mit dieser Art von Berichterstattung wohl nicht recht zufrieden. Der Minister selbst regte jedenfalls bei einer Unterredung mit dem Verleger an, die Redaktionen über das Thema zu unterrichten.³⁵¹⁴

4.6.3. Die Deutschen und die Einheit und ihre Berlin-Solidarität

Die Informationen sind so marginal und beschränken sich im Wesentlichen auf die Registrierung der steigenden Berlin-Besucher-Zahlen,³⁵¹⁵ so dass es nicht lohnt darauf einzugehen.

4.6.4. Berlin

Das Renommierblatt bewegte sich weiterhin in gewohnten Bahnen und präsentierte das Stattfinden von Tagungen und Messen³⁵¹⁶ sowie das Eintreffen von Besuchern.³⁵¹⁷ Auf positive Weise wurden nicht unbedingt beeindruckende Zahlenangaben für Zuzügler serviert.³⁵¹⁸ Ins vertraute Bemühen, Berlin als Nabel der Welt auszugeben, passte die Vorstellung eines neuen Lehrstuhlinhabers der Freien Universität sogar auf der Titelseite. Als beschämend empfand die Redaktion dabei, dass andere öffentliche Körperschaften Initiative vermissen ließen.³⁵¹⁹ Die Journalisten verbanden selbst die Nachricht, dass eine Persönlichkeit des kulturellen Lebens den Zweitwohnsitz nach Berlin verlegte, mit Hoffnungen auf neue Ideen.³⁵²⁰ Auch das Stattfinden eines Gesprächs von hochrangigen Vertretern zum Thema Kulturzentrum wurde dementsprechend präsentiert.³⁵²¹ Der ziemlich lahme Wahlkampf wurde gelegentlich mit Aufmerksamkeit bedacht.³⁵²² Eine registrierte lokale Besonderheit war die polizeiliche Fahndung nach Tätern, die Spengstoffanschläge auf die Mauer verübten.³⁵²³ Ein weiter verfolgtes Thema blieb die Frage der Sicherung des künftigen ökonomischen Wachstums.³⁵²⁴

³⁵¹³ Nr. 14, 17.1.1963, S. 5.

³⁵¹⁴ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Schriftverkehr im Hause (Welt, WamS, Springer bis 1965), Schreiben Vollhardts vom 7.3.1963.

³⁵¹⁵ Nr. 7, 9.1.1963, S. 1, Nr. 38, 14.2.1963, S. 1, Nr. 43, 20.2.1963, S. 1.

³⁵¹⁶ Nr. 14, 17.1.1963, S. 2, Nr. 19, 23.1.1963, S. 1, Nr. 20, 24.1.1963, S. 1, Nr. 22, 26.1.1963, S. 1, Nr. 25, 30.1.1963, S. 16, Nr. 29, 4.2.1963, S. 3 und S. 11, Nr. 34, 9.12.1963, S. 2.

³⁵¹⁷ Nr. 6, 8.1.1963, S. 3.

³⁵¹⁸ Nr. 2, 3.1.1963, S. 1 und S. 2.

³⁵¹⁹ Nr. 7, 9.1.1963, S. 1.

³⁵²⁰ Nr. 11, 14.1.1963, S. 5.

³⁵²¹ Nr. 26, 31.1.1963, S. 2.

³⁵²² Nr. 12, 15.1.1963, S. 2, Nr. 17, 21.1.1963, S. 2, Nr. 28, 2.2.1963, S. 1, Nr. 36, 12.2.1963, S. 3, Nr. 37, 13.2.1963, S. 2, Nr. 39, 15.2.1963, S. 1, Nr. 41, 18.2.1963, S. 1, Nr. 42, 19.2.1963, S. 1.

³⁵²³ Nr. 10, 12.1.1963, S. 2, Nr. 29, 4.2.1963, S. 1.

³⁵²⁴ Etwa: Nr. 16, 19.1.1963, S. 12.

4.6.5. Berichterstattung über die DDR

Die Redaktion registrierte weiterhin Fluchten.³⁵²⁵ Die für das abgelaufene Jahr genannte ganz beachtliche Zahl wurde allerdings in ihrem Gehalt durch die Erklärung eingeschränkt, dass sich darunter „einzelne Personen“ befanden, die schon länger im Westen lebten und erst später behördlich registriert wurden.³⁵²⁶ Bald wurde Schusswaffeneinsatz gemeldet.³⁵²⁷ Die Perfektionierung der Grenzsicherung wurde weiter verfolgt.³⁵²⁸ Wie mühsam sich die Kontaktaufnahme zwischen Bonn und Ost-Berlin wegen der Verhandlung über einen Kredit gestaltete, wurde genau an das Publikum herangetragen.³⁵²⁹ Im vertrauten Bestreben, die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR vorzuführen, zitierten die Journalisten das „Neue Deutschland“, in dem offen freie Wahlen abgelehnt und Mängel im Sozialismus eingeräumt wurden.³⁵³⁰ Thematisiert wurden wieder einmal die Jagd nach Arbeitskräften und die Militarisierung der Gesellschaft.³⁵³¹ Eine ostspezifische Sonderattraktion stellte der vom Medium aufmerksam begleitete SED-Parteitag mit prominenter internationaler Besetzung dar.³⁵³² Wie gewohnt wurde auf die Härte der Justiz hingewiesen. Das Blatt zitierte den Generalstaatsanwalt, der die Beibehaltung der Todesstrafe als „echten Humanismus gegenüber der Gesellschaft“ bezeichnete.³⁵³³ Ein gefundenes Fressen stellte für die Journalisten der harte Winter dar, weil die Brennstoffknappheit für Schwierigkeiten sorgte und zu Einschränkungen zwang.³⁵³⁴ Weinert sah die Wirtschaft selbstverständlich gleich am Rand zur Katastrophe stehen.³⁵³⁵ Westdeutschen Juristen ließ keine Ruhe, dass die Ost-Presse über Umsiedler aus der Bundesrepublik berichtete. Einige recherchierte Fälle wurden in der „Welt“ präsentiert, die dabei die Ostpresse grober Verdrehungen oder der Lüge zieh. Es wurde betont, wie gut es die Menschen im Westen gehabt hatten. Bei den vorgestellten Fällen wurde als Motiv für die Übersiedlung Überschuldung angegeben.³⁵³⁶

³⁵²⁵ Nr. 1, 2.1.1963, S. 1, Nr. 25, 30.1.1963, S. 2, Nr. 38, 14.2.1963, S. 2.

³⁵²⁶ Nr. 4, 5.1.1963, S. 1.

³⁵²⁷ Nr. 7, 9.1.1963, S. 2.

³⁵²⁸ Nr. 17, 21.1.1963, S. 1, Nr. 31, 6.2.1963, S. 20.

³⁵²⁹ Nr. 1, 2.1.1963, S. 2, Nr. 4, 5.1.1963, S. 1, Nr. 13, 16.1.1963, S. 1, Nr. 24, 29.1.1963, S. 2, Nr. 34, 9.2.1963, S. 2, Nr. 35, 11.2.1963, S. 4.

³⁵³⁰ Nr. 2, 3.1.1963, S. 3.

³⁵³¹ Nr. 3, 4.1.1963, S. 2, Nr. 19, 23.1.1963, S. 1.

³⁵³² Nr. 4, 5.1.1963, S. 1, Nr. 7, 9.1.1963, S. 2, Nr. 10, 12.1.1963, S. 3, Nr. 20, 12.1.1963, S. 31, Nr. 12, 15.1.1963, S. 1 und S. 3, Nr. 13, 16.1.1963, S. 2, Nr. 15, 18.1.1963, S. 1, Nr. 17, 21.1.1963, S. 2.

³⁵³³ Nr. 39, 15.2.1963, S. 2.

³⁵³⁴ Nr. 19, 23.1.1963, S. 1, Nr. 20, 24.1.1963, S. 1, Nr. 21, 25.1.1963, S. 1, Nr. 23, 28.1.1963, S. 1, Nr. 50, 28.2.1963, S. 15.

³⁵³⁵ Nr. 22, 26.1.1963, S. 3.

³⁵³⁶ Nr. 39, 15.2.1963, S. 3.

5. Schlussbetrachtung

Bei der mit hoher bis höchster Priorität begleiteten Weltpolitik beeindruckte das Blatt schon mit dem weitgespannten Korrespondentennetz, doch traf der vermittelte Eindruck guter Informiertheit nicht immer zu. Es fällt auf, dass die Berichterstattung trotz ihres Umfangs sich großenteils auf die Meldung und Kommentierung des Tagesgeschehens beschränkte und über weite Strecken fundierte Analysen, erhellende Hintergrundberichte oder gar Prognosen zur Deutung und Klärung der Gesamtzusammenhänge nicht in wünschenswertem Maße geliefert wurden. Die Perspektive blieb westlich zentriert; Blicke nach Osten fielen deutlich sparsamer aus. Dabei kam der relativ blaß bleibende Moskauer Korrespondent Schewe nicht gegen seinen für die USA zuständigen Kollegen von Borch an. Wie selbstverständlich wurde das östliche Lager stets mit Distanz und Misstrauen gemustert. Die Noten der Verbündeten wurden in der Regel vollständiger und an prominenterer Stelle präsentiert als etwa sowjetische; die westliche Seite wurde auch in der Darstellung der Pläne und der Äußerungen der Politiker bevorzugt. Verständlicherweise wurde das Geschehen unter dem Aspekt der Folgen für die Bundesrepublik betrachtet. Insgesamt gesehen stützte die Redaktion das eigene Lager durch die Betonung der Einheit, mit dem Herunterspielen der Differenzen und Schwächen oder durch den Verzicht auf Kommentierung in ungünstigen Situationen. Konsequenter waren die Bemühungen, die Dinge irgendwie günstig im westlichen Sinne darzustellen. Die Regierungen der angelsächsischen Mächte und ihre Außenpolitik erschienen weitgehend unantastbar und waren nahezu vollständig der medialen Kritik enthoben. Allenfalls gingen die Journalisten hier nur in ganz versteckter oder übervorsichtiger indirekter Weise zu Werke. Adenauer und de Gaulle wurden hingegen nicht mit solchen Samthandschuhen angefasst; sie wurden mit eigenständiger direkter Kritik der Redaktion bedacht. Bei den bereits 1959 aufkommenden Divergenzen zwischen Washington und Bonn klangen zwar schon im Blatt Besorgnisse vor Konzessionen auf deutsche Kosten an, doch erregte die Verweigerungshaltung des Kanzlers gegenüber neuen amerikanischen Ideen zunächst zunehmend den redaktionellen Unwillen. Mit einiger Konsequenz ließ die „Welt“ ihre Distanz gegenüber der Bundesregierung spüren. In der Treue zum Hegemon hatten es die Journalisten dabei nicht immer leicht. Als die US-Regierung bei den Genfer Verhandlungen gegenüber den russischen Vertretern nachgab, fand sich keine entrüstete Kommentierung, stattdessen übersah oder kaschierte die Redaktion das Umkippen und die ungünstige Entwicklung nach Möglichkeit. Daß in dieser Zeit die Unsicherheit über die Festigkeit der Schutzmächte dem Verleger große Sorgen bereitete und er die von den Amerikanern zugestandene isolierte Behandlung der Berlin-Thematik schärfstens ablehnte,

fand sich nicht im Blatt artikuliert. Erst nachträglich räumte der stellvertretende Chefredakteur Cramer ein, dass ihm die westlichen Angebote schon zu weit gingen. Nach der Wiederaufnahme von Genf wurden dann offen im Medium deutsche Sorgen wegen eines möglichen westlichen Nachgebens genannt. Damit näherte sich die Redaktion dem vorher abgelehnten Standpunkt Adenauers an, als Washington auf die Haltung der zu weiteren Zugeständnissen bereiten britischen Regierung umschwenkte. Von Paczensky wies aber im November noch darauf hin, wie gefährlich und unrealistisch es war, die Schutzmächte dauernd vor den Kopf zu stoßen. Zu Beginn des Jahres 1960 fanden sich im Vergleich zu den vorigen Jahren vermehrt und deutlicher artikuliert Hinweise auf deutsche Sorgen wegen möglicher Konzessionen der Verbündeten und Erklärungen westdeutscher Politiker zur befürchteten westlichen Nachgiebigkeit zu Lasten Berlins präsentiert. Mittlerweile herrschte in der Besorgnis zwischen Redaktion und Verleger wohl Konsens. Die Journalisten wählten – wenn möglich – eine positive Präsentationsform im Sinne, dass Washington die Befürchtungen ausräumen wollte, oder sie eröffneten in der unauffälligsten Mitteilungsförm einer winzigen Notiz, dass die Berliner sich davor fürchteten, auf einer Konferenz verkauft zu werden. Es bestand Übereinstimmung mit dem Konzernherrn darin, auf die Zuverlässigkeit der USA noch zu vertrauen und Gespräche mit Moskau zu befürworten. Beim heiklen Thema der angespannten deutsch-amerikanischen Beziehungen war ein gewohnt vorsichtiger Umgang zu konstatieren. Die „Welt“ bewegte sich dann schließlich auf einer Linie mit Adenauer, der aus Furcht vor Verschlechterung der Situation die Streichung des Deutschland-Themas von der Tagesordnung der geplanten Ost-West-Gespräche wünschte.

Beim eine überraschende Wende des politischen Geschehens zur Folge habenden Abschuss des US-Spionageflugzeugs folgte die „Welt“ hingegen konsequent der Perspektive Washingtons; sie erschien bisweilen gar wie ein Sprachrohr und rechtfertigte stets das Vorgehen. Die Journalisten leisteten dem Hegemon nach Kräften Schützenhilfe, auch im Verdecken der wachsenden Schwierigkeiten. Erst ganz allmählich und nachträglich setzte Kritik an der Politik der US-Regierung ein, wenn auch die vorherrschende Tendenz verteidigend blieb. Bei dieser Art von Aufbereitung handelte es sich wohl wegen des redaktionellen Vertrauens in die USA und wegen der in Hamburg unkritisch erfolgenden Übernahme der Artikel des hochgeschätzten von Borch um die eigenständige Auffassung der Redaktion und nicht etwa um die Umsetzung des allerhöchsten Willens. Das Blatt mit den eigensinnigen Mitarbeitern führte durchaus noch ein Eigenleben im Konzern, und Zehrer hatte seine liebe Mühe um die innere Konzentration des Unternehmens.

Ein im Mai ins Haus tretender Neuzugang trug dazu bei, dem Blatt die fehlende Würze zu geben. Auch wenn bei von Paczensky³⁵³⁷ zu lesen ist, dass Haffner als Star unter den „berufsmäßigen Kommunistenfressern“ galt, trat dieser – bei allen Attacken gegen die Sowjetunion – gar nicht so sehr in dieser Eigenschaft hervor. Das wirklich besondere und seine Tätigkeit von allen anderen Journalisten des Blatts unterscheidende war die offene und schonungslose Kritik an der Haltung der Westmächte, die ihm viel zu nachgiebig war. Hier stand Haffner allein auf weiter Flur inmitten eines den USA gegenüber vertrauensseligen Kollegiums; er befand sich mit dieser Auffassung – wohl noch nicht zu Beginn, aber sicher dann ab 1961, spätestens seit dem Mauerbau – mit seinem Verleger im Konsens. Andere Journalisten wie etwa von Paczensky und Grubbe kehrten im Laufe des Jahres 1960 auch wegen des verlegerischen Konformitätsdrucks dem Haus den Rücken; ihr Weggang führte zu keiner dem Leser wirklich auffallenden Lücke. Auch beim Scheitern des Pariser Gipfels blieb die Redaktion der US-Regierung treu; als Alleinschuldiger wurde lange Chruschtschow betrachtet. Nach diesem missglückten politischen Großereignis finden sich Zehrsche Vorstellungen von Nachrichtenpolitik – zur Stützung der jeweils aktuellen Linie passende Informationen auf Anweisung geliefert zu bekommen – offenbar realisiert. Nach der seitens von Borchs mit Enthusiasmus aufgenommenen Regierungsübernahme Kennedys zu Beginn 1961 beobachtete die Redaktion mit Argusaugen das Geschehen auf der politischen Bühne. Was hinter den Kulissen gespielt wurde, war nicht erkennbar; es wurde aber klar, dass die USA die Karten neu mischten und Verhandlungen mit den Russen begannen. Dem hohe Erwartungen an Kennedy knüpfenden Washington-Korrespondenten war nicht bewußt, wohin die Reise ging. Dass er so begeistert schreiben konnte, während sein höchster Arbeitgeber schon rasch von den präsidentialen Ratgebern enttäuscht war und der amerikanischen Standhaftigkeit nicht mehr traute, spricht doch für ein gewisses Maß an redaktioneller Autonomie. Die Berichterstattung zum Wiener Gipfeltreffen zeichnete sich dann durch ausgesprochene Dürftigkeit und auch durch die sicher nicht gewollte Verbreitung von Fehlinformationen aus; dies zählte nicht gerade zu den Glanzleistungen des Blatts. Die dem politischen Großereignis folgende Verschlechterung der internationalen Situation wurde zunächst wohl nicht richtig von der Redaktion erfasst. Der einzige unter den Journalisten, der die verbündeten Mächte und die in den westeuropäischen Medien zirkulierenden Lösungsvorschläge offen ablehnend kritisierte, war Haffner. Mit dieser Haltung blieb er eine Ausnahmerecheinung in der Redaktion; dabei dürfte er aber im Konsens mit dem unter Hochspannung stehenden und viel mit seinen Mitarbeitern konferierenden Verleger gestanden haben.

³⁵³⁷ Paczensky, S. 736.

Die Nachrichten über das Anschwellen des Flüchtlingsstroms aus der DDR machten jedem Leser klar, dass die zugespitzte Lage so nicht weiter gehen konnte. Eine nicht erklärliche Panne, die wohl hauptsächlich von Borch anzulasten ist, stellt die ausbleibende Wahrnehmung der hochbrisanten Fulbright-Äußerung dar, derzufolge die DDR das Recht habe die Grenze zu schließen. Trotz aller Unruhe sickerte von den Vorbereitungen der DDR für den Mauerbau nichts Stichhaltiges in der „Welt“ durch. Die Absperrung Ost-Berlins schlug im Medium dann wie eine Bombe ein. Mit Empörung betrachtete das Blatt, dessen Chefredakteur telefonisch vom vor Ort weilenden Verleger instruiert wurde, diese Verletzung des Vier-Mächte-Status. Die Entrüstung galt allerdings nicht der Passivität der Westmächte, die vielmehr vorsichtig und defensiv präsentiert wurde. Die in der Berliner Bevölkerung verbreitet bestehende Enttäuschung und Empörung über die Tatenlosigkeit der Schutzmächte – insbesondere der USA –, die auch vom Verleger geteilt wurde, wurde in seinem Renommierblatt in der Darstellung ziemlich flach gehalten und nicht als Auffassung übernommen. Emotional berührendes Geschehen wurde in der „Welt“ anders als in der eindringlicheren „Bild“-Zeitung überhaupt eher temperiert serviert. Obwohl erkennbar wurde, dass der Westen nicht handeln würde, konnten die „Welt“-Journalisten anfänglich nicht glauben, dass bis auf einen papiernen Protest nichts geschah. Nur der bitter enttäuschte Haffner eröffnete bald schonungslos, dass Washington sich mit dem Mauerbau abfand, und führte die Lauheit der Alliierten vor. Das Klein-Beigeben der Weltmacht wurde ansonsten in der Redaktion nicht mit einem Ton der Enttäuschung bedacht. Die Bemühungen gingen vielmehr dahin, das schwache Engagement zu bemänteln in der vagen Hoffnung, dass Washington die Dinge doch irgendwie noch richten möge. Dabei nährte das Geschehen den Argwohn von Springer und Zehrer gegenüber Kennedy und seinen Ratgebern. In einem internen Schreiben teilte Cramer dem Washington-Korrespondenten aber schon noch mit, die offenbar von diesem vertretene Ansicht, über die Passivität der USA beim Mauerbau mit Achselzucken einfach hinwegzugehen, nicht zu teilen.³⁵³⁸ Von einer sich durch Härte auszeichnenden Reaktion der „Welt“ gegenüber den sich in Zurückhaltung übenden Bündnispartnern und dem Bundeskanzler zu sprechen, wie es von Demant³⁵³⁹ vertreten wird, lässt sich – von der Ausnahme Haffners einmal abgesehen – einfach nicht halten. Nicht einmal in Nachricht und Kommentar in Form kritisch-wohlmeinender Ratschläge von Freund zu Freund geäußerte Kritik, die Demant³⁵⁴⁰ für gegeben hält, lässt sich wirklich nennenswert finden. Die Haltung der Redaktion zeichnete sich vielmehr durch weitgehenden Verzicht auf die

³⁵³⁸ Diese Aussage wird im Kapitel 4.4.1. Das politische Ringen (1961) ca. auf S. 309 gemacht und belegt.

³⁵³⁹ Demant, S. 194.

³⁵⁴⁰ Demant, S. 194 f.

Artikulation direkter Kritik und eher rechtfertigendes Wohlmeinen gegenüber der Hegemonialmacht aus. Bemerkenswert ist angesichts der bekannten oder angenommenen Verbindlichkeit der Linie des Verlagshauses der Kontrast zur Aufbereitung in der weit stärker unter verlegerischem Einfluss stehenden „Bild“-Zeitung, die wiederholt massiv in größter Aufmachung die Tatenlosigkeit der Westmächte anprangerte und Enttäuschung zum Ausdruck brachte. Gerade die letztgenannte publizistische Artikulation ging in die Mauerbau-Literatur und in die Erinnerungskultur ein. Der wutentbrannte Konzernherr vermutete ja, dass Washington und Bonn den Sowjets die Absperrung erlaubt hatten. Das Agieren der „Welt“-Redaktion ließe sich vielleicht als braves Befolgen des einst vom Verleger auferlegten Kritikverbots an den Westmächten deuten, von dem von Paczensky³⁵⁴¹ jedenfalls spricht. In der Tat fällt ja – von der singulären Erscheinung Haffners einmal abgesehen – der konsequent überaus schonende Umgang mit den angelsächsischen Mächten auf. Doch war der Widerspruch zu Springers aktuellem Willen, den Zehrer sicher gekannt haben dürfte, nicht zu übersehen. Es sieht doch mehr nach dem am Werk befindlichen autonomen Willen der Redaktion aus. Der Unterschied zur Haltung von „Bild“ mag auch damit erklärt sein, dass Zehrer die eigentliche Gefahr darin sah, „denjenigen als den Schuldigen anzuklagen, der nicht helfen konnte, und darüber den zu vergessen, der der wahre Schuldige ist.“ Hiermit mag sich Zehrer gegenüber dem Konzernherrn in diesem Punkt behauptet haben. Insofern war es auch folgerichtig, den Protest der enttäuschten West-Berliner gegenüber den Schutzmächten in der Darstellung flach zu halten. Die Konsequenz der Entwicklung – eben dass die Vollendung der Spaltung zu Resignation hinsichtlich der Einheit führte – wurde weitgehend vermieden ausdrücklich zu thematisieren. Lediglich propagandistisch relevante Aktionen wie der Besuch Johnsons in der Stadt und die Verstärkung der Garnison mitsamt dem Jubel-Empfang wurden prompt in den medialen Mittelpunkt gerückt, wobei Zehrer immer noch vergeblich hoffte, dass Kennedy handeln würde. Nachdem das zeitweilige Auftreten von Panik in Berlin wegen der amerikanischen Passivität eher unter den Teppich gekehrt worden war, eröffnete Usko vor dem Hintergrund dieses Stimmungshochs nachträglich, dass es Empörung, Bitterkeit, Zweifel und Qual gegeben hatte. Für die Berichterstattung zum späten Kanzler-Besuch ist zu konstatieren, dass die Aussage Naehers,³⁵⁴² derzufolge die Medien des über das Verhalten Adenauers empörten Verlegers mit Kritik nicht sparten, zwar für die „Bild“-Zeitung zutreffen mag, in der ausdrücklich von einer Vertrauenskrise zwischen Kanzler und Bevölkerung die Rede war, diese Aussage jedoch nicht für die „Welt“ gilt, in der Adenauer hier doch ziemlich gnädig davon kam. Nach der zwingenden Befolgung des

³⁵⁴¹ Paczensky, S. 735.

³⁵⁴² Naehers, S. 160.

Willens eines Empörten durch die Redaktion sieht es auch in diesem Punkt nicht gerade aus. Die Schwenkung der amerikanischen Deutschland-Politik wurde unterschiedlich durch die beiden wichtigsten politischen Organe des Konzerns aufgenommen. Die „Welt“ stellte zwar im Bericht auch scharf gegen die Veränderung sich wendende Aussagen des Botschafters Greve vor. Die Kommentierung hieß auch gerade die Anerkennung der DDR nicht für gut. Eine engagierte und empörte Reaktion war dies jedoch nicht. Kausch trug dann noch zusammen, was die in der Bundesrepublik als alarmierend empfundene Äußerung Clays abschwächte und einschränkte. „Bild“ reagierte hingegen in größtmöglicher Aufmachung auf die Berichte über die Aufweichung der US-Deutschlandpolitik mit der höchst provokanten Schlagzeile: „Wird Deutschland jetzt verkauft?“, sah das Bonner Bündnis mit dem Westen gebrochen und walzte diese Gedanken aus. Lediglich im zur Vorstellung unterschiedlicher Ansichten bestimmten „Forum“ waren in der „Welt“ inhaltlich ähnlich schonungslose Ausführungen Haffners zu lesen. Von seinem einsamen Ausfall abgesehen blieb die „Welt“ zunächst unvergleichlich viel sanfter gegenüber dem neuen Washingtoner Kurs als „Bild“, was angesichts der Flaggschiff-Funktion und des allerhöchsten Lenkungswillens doch bemerkenswert ist. Gegen das in der Redaktion verbreitet herrschende grundsätzliche Vertrauen in die USA und den Einfluß des für die Berichterstattung maßgeblich verantwortlichen von Borch kam der Verleger offensichtlich nicht an. Er konnte sich damit trösten, dass seine Vorstellungen in „Bild“ stärker durchschlugen. Doch war Springers Arm schon noch lang genug, um die Artikulation nicht gewünschter Ansichten wie etwa die Auffassung Sethes, der sich für die Anerkennung der DDR aussprach, im Blatt zu unterbinden. Recht sachte und spät wandte sich die redaktionelle Linie von der gewohnten Nibelungentreue zu Washington ab. Die Aussage Jacobis,³⁵⁴³ der den Verleger mit seinen Medien auf Kollisionskurs gegen das katzenfüßige Taktieren der Westmächte gehen sieht, lässt sich für die „Welt“ jedenfalls kaum halten. Treffender ist es hier, von einer distanzierteren Linie gegenüber der im Prozeß des Umdenkens befindlichen Kennedy-Administration zu sprechen. Als Botschafter Krolls eigenmächtiges Gespräch mit Chruschtschow für Irritationen in Washington sorgte, echauffierte sich die Redaktion, weil das Misstrauen der westlichen Freunde hervorgerufen wurde. Nur Haffner, dem in seiner Enttäuschung das Wagnis des Bruchs mit Washington gedanklich nicht unlieb war, war wieder einmal anderer Meinung und hielt es nicht für ungünstig, wenn sich die Westmächte an die Möglichkeit eines deutschen Arrangements mit dem Osten erinnerten. Schließlich lag von Kessel bei der Pariser Konferenz der westlichen Partner auf einer Linie mit de Gaulle und Adenauer, die aus Furcht vor Verschlechterung der Lage keine Verhandlungen mit Moskau wünschten.

³⁵⁴³ Jacobi: Der Verleger Axel Springer, S. 185.

Als zu Beginn des Jahres 1962 beim sich abzeichnenden Scheitern der Genfer Konferenz der Westen darauf bedacht war, den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen, verhöhnzte Haffner die Nachgiebigkeit der Amerikaner zum Verdruß der sich von ihm distanzierenden Redaktion. Die wachsenden Differenzen zwischen dem Außenseiter und dem Kollegium zeigten sich auch in der höchst unterschiedlichen Aufnahme der Moskauer Initiative, Verhandlungen mit der Bundesregierung aufzunehmen, die nur von Haffner nicht abgelehnt wurde. Dies widerspricht übrigens der von Schwarz³⁵⁴⁴ stammenden Einschätzung, dass Haffner als kalter Krieger auf die Pauke haute. Dies tat Haffner freilich auch; in der ihm eigenen Leidenschaft und Widersprüchlichkeit aber eben nicht nur.

Als das Blatt seit März über die Irritationen zwischen Bonn und Washington berichtete, erregte Botschafter Kroll erneut den Unwillen in ungewöhnlichem Maße. Ein Nachweis ist zwar nicht möglich; es erscheint aber nicht ganz abwegig, hier ein vom – dem Botschafter nicht wohlgewogenen – Verleger gewünschtes und von der Redaktion realisiertes Vorgehen zu vermuten, zumal „Bild“ eine noch ärgere Kampagne fuhr. Das Zehrer offenbar ein schlechtes Gewissen bereitende und wohl vom Publikum als Intrige erkannte Vorgehen konnte dienlich sein, eine deutsch-sowjetische Verständigung zu unterbinden. Bei den bündnisinternen Divergenzen stand die „Welt“ bald wieder wie gewohnt zu Washington, betonte stets das Vertrauen und stellte nicht die Frage, ob das Bonner Misstrauen vielleicht doch berechtigt war. Die von Schwarz³⁵⁴⁵ genannte Einschätzung, dass „Bild“ und andere Springer-Zeitungen seit dem Mauerbau auf Anzeichen westlicher Nachgiebigkeit mit schonungsloser Kritik reagierten, trifft zwar für das volksnahe Organ zu, lässt sich für die Redaktion der „Welt“ – abgesehen vom fast lässt sich sagen konsequent neben der Spur laufenden Haffner – ganz sicher nicht halten. Als etwa Haffner im April in einer besonders prekären Phase der deutsch-amerikanischen Beziehungen die Nachgiebigkeit Washingtons vor Augen führte und anregte, der westlichen Allianz den Rücken zu kehren und sich um ein gutes Verhältnis zu Moskau zu bemühen, ging dies wegen der Abweichung von der Redaktionsmeinung und der gewünschten Aussage nicht in Druck. Hier liegt schon eine konsequente Übereinstimmung mit der Attacke gegen Kroll vor – eben in der Abtötung des Gedankens einer Annäherung an Russland – und das nicht gerade mit argumentativen Mitteln. Doch muß dies nicht unbedingt auf das Konto des Verlegers gehen, sondern mag der Überzeugung der Mehrheit der Redakteure entsprochen haben. Auch der zu den frühesten Mitarbeitern Springers zählende von Zahn, der als Kolumnist in den USA für das Blatt tätig war, fühlte sich zunehmend gedeckelt, klagte darüber mit Tabus belegt und in seinen Ansichten kanalisiert, ja schließlich ganz

³⁵⁴⁴ Schwarz: AS, S. 366.

³⁵⁴⁵ Schwarz: Axel Springer, S. 352.

unterdrückt zu werden. Doch spielte hier wohl ein Kompetenzstreit mit von Borch auch eine Rolle. Gleichwohl musste es sich auch der als Exponent der Kennedy-freundlichen Haltung einzuordnende von Borch gefallen lassen, dass die Redaktionsleitung in Gestalt Cramers mit der in einem Kommentar behandelten optimistischsten Lageeinschätzung der präsidentialen Ratgeber nicht übereinstimmte und daher die Veröffentlichung ablehnte. Die Leitung war also schon bestrebt, die Spitzen der Artikulation der Vertreter der unterschiedlichsten Auffassungen zu kappen und eine mittlere, allerdings Schwankungen unterliegende Linie zu fahren. Wieder einmal zeigt sich bei der vom Kanzler begangenen Indiskretion zur Torpedierung der Ost-West-Gespräche, dass die publizistischen Organe des Konzerns aber nicht oder noch nicht einer einheitlichen Leitlinie folgten. Während die „Welt“ das Vorgehen des Kanzlers so weit wie möglich ignorierte, für Washington in die Bresche sprang und um Verständnis für den amerikanischen Standpunkt warb, nahm die „Bild“-Redaktion für die wegen der Indiskretion für schuldlos gehaltene Bundesregierung Partei. Mit einiger Konsequenz vertrat das Organ eine ausdrücklich misstrauische Haltung gegenüber der Kennedy-Administration. Da Springer die strenge Haltung, mit der Adenauer die Krise ausstand, imponierte und er größeren Einfluss in „Bild“ ausübte, ist die Haltung der „Welt“ hier als redaktionsautonom geleitet und nicht gerade im verlegerischen Sinne zu deuten. Bei aller Stützung der US-Politik durch die eigensinnigen Journalisten wurden deren Schwierigkeiten doch auch nicht ganz übersehen. Vorsichtig wurde angedeutet, dass die US-Administration zu Lösungsansätzen kam, die früher undenkbar waren. Nur zaghaft war zu lesen, dass in Westdeutschland wegen der Entwicklung Besorgnis geäußert wurde, die sich aber angeblich bald im Nichts auflöste. Ein Vertrauensmangel gegenüber der Hegemonialmacht wurde ausdrücklich in der „Welt“ abgestritten. Cramer sah es zumindest im Einzelfall nicht gern, wenn formulierungsmäßig in einer Meldung die westliche Position abgewertet wurde; ihm gefiel aber die in Washington zu beobachtende Verkündung von Optimismus auch nicht gerade. Beim im Mai aufgrund der Adenauer-Äußerung zu den Ost-West-Gesprächen erneut aufflammenden Streit mit Washington stützte die „Welt“ die US-Regierung und ließ überlegen wissen, dass deren Interesse am Ausgleich mit der Sowjetunion Vorrang genöß. Das offenbar nicht auf dem vom Verleger für richtig erachteten Kurs segelnde Blatt teilte mit, dass die USA nicht gedachten, sich von der Kritik aus Bonn beirren zu lassen. „Bild“ nahm hingegen wieder Partei für den Kanzler und betonte, dass es das selbstverständliche Recht der Verbündeten Amerikas war, unterschiedliche Meinungen zu haben. Wegen der schwierigen Situation bat Adenauer den Verleger um Hilfestellung und stand wieder im Gedankenaustausch mit ihm. Doch galt dies nicht für die „Welt“. Prompte redaktionelle Schützenhilfe blieb für den Kanzler aus; ja er wurde nun ungnädig behandelt. Die Journalisten warben vielmehr um Verständnis

wegen des Nutzens jeder Verhandlungschance mit den Russen. Die Freundschaft mit den USA wurde betont; das Verhalten Adenauers wurde heruntergespielt. Zehrer vertrat die Auffassung, dass das Vertrauen in Kennedy das einzige Mittel war, ihn an sich zu binden, und gab Adenauer die Schuld an der jüngsten Erhöhung der russischen Forderungen. Es sieht so aus, als ob Zehrer sich in diesem Punkt gegenüber seinem Chef behauptete. Die Aussage von Schwarz,³⁵⁴⁶ dass die Agitation von Springer-Blättern den zum Aussitzen der Krise und zum Vereiteln Washingtoner Konzessionen entschlossenen Adenauer unterstützt haben soll, trifft für die „Welt“ nicht zu. Der im Mißtrauen gegenüber der Washingtoner Entspannungspolitik im Konsens mit dem Kanzler stehende Verleger bediente sich der „Bild“-Zeitung, die diese Haltung ausdrücklich artikulierte. Der als Exponent einer ganz anderen Position im Renommierblatt über Einfluss verfügende von Borch lehnte mildes Vorgehen gegen den die Bonner Linie hart vertretenden Botschafter Grewe ab. Doch auch von Borch musste Eingriffe in seinen Beiträgen hinnehmen, bei denen es mal um eine unwesentliche Änderung, aber auch um die Streichung eines wesentlichen Gedankengangs ging. Trotz der umfangreichen Berichterstattung wurde im Medium nicht klar, was eigentlich auf der weltpolitischen Bühne gespielt wurde; es handelte sich eher um eine publizistische Verschleierungsleistung. Nachträglich blieb es dem Außenseiter Haffner überlassen, dem Publikum den Stand der Dinge zu eröffnen. Es ging um die Frage, wieviele Zugeständnisse gegenüber den Russen auf deutsche Kosten möglich waren, um die alliierte Militärpräsenz in Berlin zu erhalten. Haffner legte dar, dass in den US-Essentials bereits weitgehende Konzessionen enthalten waren, und vertrat wiederholt den Gedanken, dass aufgrund der Washingtoner Zugeständnisse die deutsche Allianz mit dem Westen vergiftet war. Der die redaktionelle Linie mitbestimmende Cramer war entsetzt über Schläge unterhalb des Solarplexus bei Nationen, auf deren Goodwill die Bundesrepublik angewiesen war. Ende August präsentierte das Blatt dann beiläufig, dass Kennedy von der Opposition wegen der Berlin-Politik schwere Vorwürfe gemacht wurden; es fielen böse Wort wie Nachgiebigkeit und Beschwichtigungspolitik. Die Anregung, kritische Äußerungen von US-Politikern aus amerikanischen Zeitungen zu zitieren, stammt wohl von Borch und fand die Zustimmung Cramers. Als im Oktober die Ablehnung der Anerkennung der DDR durch Washington mit Erleichterung aufgenommen wurde, belegte dies die Sorgen der Journalisten. Die mittlerweile in Bonner Fahrwasser eingeschwenkte Redaktion nannte US-Vorstellungen distanziert kühne, sich schon in der Nähe der sowjetischen Zwei-Staaten-These bewegende Theorien und zeigte sich über die „voraussetzungslosen Gedanken“ der präsidentialen Berater zunehmend beunruhigt. Eine aufgrund der mangelnden westlichen Unterstützung hervorgerufene wachsende

³⁵⁴⁶ Schwarz: Axel Springer, S. 352.

nationalistische Linie gerade Zehrsers, von der Demant³⁵⁴⁷ jedenfalls spricht, lässt sich nicht feststellen. Im Juli 1963 sollte der Chefredakteur es dann aber für notwendig erachten, eine härtere Politik zu steuern wegen der Befürchtung, dass der Westen auf die Taktik Moskaus eingehen könnte. Er hielt es nun für richtig darauf vorbereitet zu sein, sich im entscheidenden Augenblick zu verweigern und sich bis dahin – die linke Hand bei de Gaulle, die rechte bei Kennedy – durchzulavieren.³⁵⁴⁸

Ein nicht zu übersehendes Manko der „Welt“ bestand in der konsequent der US-Perspektive verhafteten, streckenweise nahezu bis zur Hörigkeit gegenüber Washington reichenden Berichterstattung über den Kuba-Konflikt. Hier schlug offenbar weitgehend der Einfluss eines Mannes durch. Es handelte sich um den des in der Redaktion hochgeschätzten von Borch, wenn dieser auch zeitweilig ab Oktober 1960 Unterstützung durch Nellessen erhielt, der auch mal Lokal-Reportagen von der Insel lieferte. Die US-Regierung wurde von ihnen eher in der Rolle des Warnenden und Protestierenden dargestellt; insgesamt erschienen die Amerikaner eher als Opfer und Getriebene der Entwicklung. Etwa beim Invasionsversuch konzentrierte sich die redaktionelle Energie darauf, um Verständnis zu werben und Erklärungen zu präsentieren, in denen die US-Regierung ihre Verantwortung für die Aktion abstritt. Auch als dies nicht mehr glaubhaft war, blieb die „Welt“ noch bemüht, das Engagement des Hegemons eher zu verschleiern. Wenn auch anhand der Nachrichten die Einmischung und der Bruch des Völkerrechts offensichtlich wurden, verzichteten die Journalisten weitgehend auf die bei Einsatz des Verstands sich eigentlich anbietende tadelnde Kommentierung. Als das Scheitern offenkundig wurde, waren Bestrebungen zu konstatieren, durch die Art der Darstellung den Schaden für das Prestige Kennedys abzumildern. Nur scheinbar wurde in den Nachrichten die amerikanische Verstrickung serviert. Im März des Jahres 1962 klagte dann von Zahn darüber, entgegen der ihm gewährten Freiheit der Themenwahl mit Tabus zu Kuba und den USA belegt zu werden. Für die selektive Wahrnehmung, nach der etwa eine friedliche Erklärung Kennedys präsentiert wurde, amerikanische Drohgebärden aber unter den Tisch fielen, ist wohl im Wesentlichen von Borch verantwortlich, dessen Beiträge in Hamburg unkritisch übernommen wurden. Von Haffner, der als einziger mal die Dinge zurecht rückte und etwa von hoffnungsloser militärischer Unterlegenheit der Kubaner sprach, distanzierte sich die Redaktion auch hier. Die beim Show-Down der Supermächte um die Raketenstationierung vom Weißen Haus für adäquat gehaltene dramatisierende Darstellung, die die Vorgehensweise Kennedys als rasche wie wohlüberlegte Reaktion

³⁵⁴⁷ Demant, S. 196.

³⁵⁴⁸ Unternehmensarchiv: Aktenbestand „Die Welt“/Chefredaktion Welt, Briefwechsel Cramer/von Borch von 1962-64, Schreiben Zehrsers an von Borch vom 30.7.1963.

präsentierte und keine andere Lösung als den gewählten Weg als möglich erscheinen lassen sollte, wurde prompt vom Medium in der gewünschten Weise übernommen. Ganz selbstverständlich übernahm die „Welt“ Aussagen, Argumente und Vokabular aus Washington, vertrat die US-Perspektive und billigte die Blockade. Auch wenn die Situation bis zum Äußersten gespannt war, vermied das Medium durch die im Stil sachlich-zurückhaltende Darstellung die Erzeugung von Panik-Stimmung. Daß alles wie am Schnürchen lief, machte die Redaktionsangehörigen nicht im Mindesten misstrauisch, ob die Aktionen nicht etwa von langer Hand geplant waren. An der Korrektheit amerikanischer Angaben zu zweifeln, kam offenbar niemandem im Kollegium auch nur im Traum in den Sinn. Bei den in der Türkei stationierten US-Raketen wurde stets – wenn auch mit nicht gerade zwingender Überzeugungskraft – der Unterschied zur russischen Raketenstationierung betont. Nach dem Einlenken Chruschtschows nahm die Redaktion die Machtverschiebung zugunsten des Westens schon gelinde frohlockend wahr und bedachte ihren Helden mit Lobpreisung. Doch stimmte die „Welt“ in gewohnter Zurückhaltung kein Triumphgeheul an, was wohl auch an der Befürchtung lag, dass Berlin bald wieder auf der internationalen Tagesordnung stehen würde. Als Gewissheit wurde irrig wiederholt herausgestellt, dass ein Tauschgeschäft der Supermächte über die Raketen-Stützpunkte ausgeschlossen war. Ein Bekanntwerden dieses Deals hätte einen herben Prestigeverlust für die USA bedeutet. Die in der Auseinandersetzung mit dem weltpolitischen Gegner unabänderlich und offensichtlich erscheinende Tendenz der Stützung der eigenen Hegemonialmacht war wegen des durchgängig sachlich-nüchtern gehaltenen Tons und wegen der Präsentation bisweilen verwirrend vieler Stellungnahmen und Informationen von und zu den im Ringen beteiligten Mächten und Institutionen nicht so klar erkennbar für das Publikum, wie es hier aussieht. Es gehörte wohl zur verbreiteten psychologischen Grundeinstellung der Westdeutschen ganz selbstverständlich gerade bei einer überraschend auftretenden Bedrohung durch den Osten hilfesuchend und vertrauensvoll nach Washington zu blicken. Einer etwas späteren – wohl aus dem Zeitraum von 1963-65 stammenden Untersuchung ist jedenfalls zu entnehmen, dass die außenpolitische Information durch die „Welt“ von den Befragten als gut und vielseitig eingeschätzt wurde.³⁵⁴⁹

Beim martialischen Muskelspiel der Supermächte stand der die Menschheit in Atem haltende und als Beweis für die Leistungsfähigkeit und Sieghaftigkeit des jeweiligen Systems aufgefasste Wettlauf im All klar und kontinuierlich im Vordergrund der medialen

³⁵⁴⁹ Bundesarchiv/Koblenz: N/1311, Aktenband Nr. 32, fragmentarisch erhaltenes Schreiben von Herrn Marquardt an alle Ressorts über eine wohl im Zeitraum 1963-65 angestellte und ausgewertete Untersuchung über die Marktposition der „Welt“.

Aufmerksamkeit. Bärwolf gerierte sich die ganze Zeit unangefochten trotz erkennbarer Laienhaftigkeit als Weltraumexperte. Kennzeichnend für die redaktionelle Darstellung war es, amerikanische Erfolge herauszustellen und bisweilen etwas triumphierend zu verkünden. Immer wieder wurden US-Fortschritte vor oder auch nur in Aussicht gestellt. Die andere Seite derselben Medaille bestand darin, die zahlreichen Fehlstarts und Abstürze in Cap Canaveral konsequent schonend und beiläufig zu behandeln. Fast nie ließen die Journalisten Ungeduld, Unzufriedenheit oder gar Vorwürfe anklingen. Angesichts der Fehlschläge führten sie dem Publikum die amerikanische Beharrlichkeit vor Augen und legten dar, dass die Weltraumbehörde neue Pläne hatte. Misserfolge wurden nicht als tragisch hingestellt; vielmehr wurde die im Ansatz gezeigte Leistungsfähigkeit betont. Selbst ziemlich durchmischte Versuchsergebnisse wertete die „Welt“ positiv. Bei geglückten US-Experimenten wurde realitätsgerecht allerdings schon eingeräumt, dass die Russen bereits seit langem solche Vorhaben realisierten. Eine zu beobachtende journalistische Methode bestand darin, eine Hiobsbotschaft mit der Präsentation einer auch aus einem ganz anderen Bereich stammenden positiven Nachricht zu kombinieren oder angesichts eines aktuellen Erfolgs nachträglich einzugestehen, dass es eine Serie sowjetischer Triumphe und Kette eigener deprimierender Niederlagen gegeben hatte. In der Tendenz der Stützung der eigenen Hegemonialmacht agierte die Redaktion nicht in Umsetzung einer verlegerischen Direktive, sondern eigenständig in eher unbewußter Parteinahme, die noch durch die Technikbegeisterung des für viele Beiträge verantwortlichen Bärwolf gesteigert wurde. Der die westliche Politik der Stärke für sinnlos haltende und Zweifel an der Unfehlbarkeit der USA hegende Redakteur Sethe kam im Blatt damit nicht zu Wort. Doch präsentierten seine Kollegen gerade in der ersten Jahreshälfte 1960 gehäuft das Vertrauen in die USA mindernde Informationen, die sich durchaus hätten übergehen lassen. Gleichzeitig mit imponierenden russischen Demonstrationen der Leistungsfähigkeit griff die Redaktion Vorwürfe der Washingtoner Opposition auf, die ihre Regierung anklagte, das Raketenprogramm vernachlässigt zu haben. Das Blatt informierte über Streit innerhalb der Generalität, das ramponierte Vertrauen der US-Öffentlichkeit in die Richtigkeit der Militärpolitik, die in Frage gestellte Autorität des Präsidenten und auch später noch über Momente westlicher Schwäche, ohne je eigene Kritik zu äußern. Dies spricht nicht gerade für eine planvolle und konsequente Informationslenkung. Seit dem Sommer 1960 bot es sich angesichts des besseren Tatsachenhintergrunds an, die Scheinwerfer verstärkt nach Florida zu richten, wo beachtliche Fortschritte erzielt wurden. Zum Jahresende vermittelte die Redaktion beinahe den Eindruck, als ob es sich mittlerweile um ein-Kopf-an-Kopf-Rennen handelte. Auch weiterhin bewegte sich die aufgrund des sachlichen Stils ziemlich unmerkliche

propagandistische Darstellung auf dem gewohnten Gleis, die Hegemonialmacht durch Herausstreichen der Erfolge zu unterstützen. Als dann 1962 der amerikanische Raumflug glückte, wurde dieses Ereignis mit spürbarer Erleichterung aufgenommen und medial ausgeschlachtet. Die „Welt“ legte dar, dass das Ziel nunmehr darin bestand, den sowjetischen Vorsprung im Wettlauf zum Mond zu überholen. In den Beiträgen manifestierte sich der Durchbruch zum Optimismus. Weitgehend marginal fiel hingegen in diesem Jahr die Wahrnehmung der russischen Fortschritte aus. Eine spiegelbildliche Entsprechung der medialen Aufbereitung der Entwicklung im westlichen Lager findet sich darin, sowjetische Leistungen durch die Art der Darstellung eher subtil in der Bedeutung herabzustufen. Aufgrund des sachlichen Stils und der Würdigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts geschah das Minimieren auf fast unmerkliche Weise. Bei spektakulären östlichen Unternehmungen wurden kompensierend amerikanische Anstrengungen und Erfolge – bisweilen auch hier aus ganz anderen Bereichen – aufgeföhren. Zu dieser Art von Wahrnehmung gehörte es auch, der fairen Geste der Gratulation der angelsächsischen Regierungen Beachtung zu schenken oder zu zeigen, dass die USA sich nicht entmutigt gaben. Östliche Erfolgsmeldungen konnten etwa mit Fotos von für die Experimente verwendeten Haustieren auf denkbar harmlose Weise vorgestellt oder zwar als Leistung gewürdigt, aber durch die nachrangige Präsentation eher flach gehalten werden. Bei Großtaten wie beispielsweise dem Mondschuss vom September 1959 kam die Redaktion nicht darum herum, dies entsprechend herauszustellen. Aber es wurde eben auch die umgehende Reaktion Washingtons, die in der Konzentration der Raumfahrt- und Raketenentwicklung bestand, präsentiert. Prahlerische Äußerungen aus Moskau über die eigenen Waffen konnten mit der Vorstellung der umgehenden und eindrucksvollen Antwort aus Washington abgeföhert werden. Angesichts der Erfolge der anderen Seite ließ die Redaktion ihr Publikum wissen, dass sich die russische Bevölkerung fragte, was sie denn schon von den Sputniks hätte und vielmehr mit dem Lebensstandard haderte. Vollkommen glatt und vorhersehbar schrieben die Journalisten aber nun auch wieder nicht. Beispielsweise werteten sie selbst einen schweren russischen Fehlschlag als Fortschritt. Es klang etwa in der Berichterstattung zu Gagarins epochalem und medial auch groß herausgestelltem Flug die durch das Ereignis hervorgerufene Ratlosigkeit und Niedergeschlagenheit im westlichen Lager schon an. Neben dem von der Redaktion als zentralen Aspekt des Ringens der Supermächte aufgefassten Kräfteressen im All fielen andere Bereiche des Wettüstens in der medialen Wahrnehmung deutlich und kontinuierlich nachrangig aus. Auch hier ist in konsequenter Ergänzung der bisher kennengelernten Linie die Tendenz festzustellen, vertrauens-erweckende Erklärungen Washingtons zu präsentieren und in Meldungen wie Berichten das Engagement der

Hegemonialmacht nicht aus dem Blick fallen zu lassen. Zutreffend wurde den Lesern vor Augen geführt, dass das militärische Kräfteverhältnis global gesehen für den Westen nicht ungünstig stand. Eher beiläufig setzte die Redaktion immer mal wieder ihr Publikum über waffentechnische Entwicklungen und Erprobungen sowie über das Potential des westlichen Lagers in Kenntnis. Letztlich führten die Journalisten zwar sachlich korrekt, aber eben einseitig nur die amerikanischen Anstrengungen vor Augen. Freilich war die US-Regierung in der Informationspolitik auch offener als der weltpolitische Gegenspieler. Dominant in der Optik blieben dabei die Aktivposten. Mit den aus dem Köcher des Pentagon hervorgezauberten Pfeilen ließ sich schon Eindruck machen, wenn auch entsprechende Parallelentwicklungen der Sowjets eingeräumt wurden. Gelegentlich brüstete sich Washington mit seiner Stärke, was von der Redaktion aber eher verhalten weitergegeben wurde. Insgesamt stützte die „Welt“ zwar weitgehend die Hegemonialmacht; doch war die Informationspolitik dennoch auch hier nicht so sicher wie das Amen in der Kirche. Gerade zu Beginn des Jahres 1960, als die US-Regierung Mühe hatte, das Vertrauen in die eigene Stärke aufrecht zu erhalten, präsentierte die Redaktion Meldungen von jenseits des Atlantiks, die sich auch hätten übergehen lassen. Ob es nun um die unzureichende Verteidigung gegenüber einem Raketenangriff oder den Streit innerhalb der militärischen Führung ging; in dieser Phase spiegelte das Medium den unsicheren Eindruck durchaus wider. Maximale mediale Unterstützung einer angeschlagenen Regierung sieht doch anders aus. Gewohnt vorsichtig enthielten sich die Journalisten aber einer Stellungnahme. Auch später noch fanden sich bisweilen Beiträge eingestreut, die die Stärke massiv in Frage stellten oder Pannen im Verteidigungssystem thematisierten. Besorgniserregende Unglücke wie Abstürze von atomar bestückten Bombern wurden beiläufig in Meldungen und Notizen dargestellt. Im überwiegenden Gesamteindruck trugen die präsentierten Informationen jedoch zum Bild der jede Eventualität bedenkenden Führungsmacht bei. Dies bestätigt und konkretisiert die Aussage Jacobis,³⁵⁵⁰ der das Blatt Washingtons Politik der Stärke gegenüber dem weltpolitischen Gegner Schützenhilfe geben sieht.

Was ein Atomkrieg für die Menschheit bedeuten würde, wurde im Blatt ausgesprochen vorsichtig dosiert und unter weitgehendem Verzicht auf das Ausmalen apokalyptischer Perspektiven thematisiert. Das Thema Zivilschutz sprachen die Journalisten ebenfalls nur ziemlich verhalten an. Wie auf einer Redaktionskonferenz besprochen, wurden die bescheidenen Fortschritte in der Bundesrepublik überwiegend positiv und anerkennend dargestellt; inhaltlich war aber durchaus der vollkommen unzureichende Stand der Vorbereitungen erkennbar. Später räumte die „Welt“ offen Versäumnisse der

³⁵⁵⁰ Jacobis: 50 Jahre Axel Springer Verlag 1946-1996, S. 125.

Bundesregierung ein und warb für Vorbereitungen. In der Darstellung ist übrigens eine Kehrtwendung zu konstatieren, denn noch 1957 hatte die „Welt“ unablässig die Ängste der Öffentlichkeit mit bisweilen auch schrillen Tönen Zehrs geschürt. Angesichts der Unabänderlichkeit des Loses, der fatalistischen Stimmung in der Bevölkerung und einer Krisensituation, in der Chruschtschow die Furcht im Westen zu steigern bestrebt war, erscheint das recht seltene und nicht exponierte Aufgreifen dieser Themen doch letztlich nicht zu beanstanden.

Schon wegen des Engagements des Verlegers, der seine Mitarbeiter beschwor, alle Kräfte für die Wiedervereinigung einzusetzen, und auch wegen des Wunsches Zehrs, sämtliche Beiträge auf die künftige Einheit auszurichten, stellte das Thema fraglos für die Redaktion ein besonderes Anliegen dar. Die Journalisten griffen in diesem Zusammenhang stehende Aktivitäten aller Art auf; die Vorstellung auf der Titelseite oder der zweiten Seite belegt das Einräumen einer hohen Priorität. Doch wurden zumeist nur in wenigen Beiträgen pro Monat vorzugsweise kleine Notizen bis mittlere Beiträge geliefert. Schon wegen des Mangels an für die Aufbereitung tauglichem Stoff und wegen der Gleichgültigkeit der Bevölkerung hatten die Journalisten offenbar ihre Not damit, Beiträge zusammen zu stellen. Trotzdem hätte sich doch mit mehr Enthusiasmus im Ton und Fotos von den wenigen Aktivisten mehr Schwung in die Sache bringen lassen. Die positive Begleitung der Aktionen des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ erscheint angesichts der allerhöchsten Verbindungen artig-folgsam. Beim schon hinreichend bedachten nationalen Gedenktag wies die auf positive Aussagen bedachte Redaktion auf die große Zahl der Veranstaltungen hin, räumte aber auch ein, dass die Bevölkerung mit dem Feiertag nicht recht etwas anzufangen wusste. Trotz der Betonung des Solidaritätsgedankens beim Thema Flüchtlingshilfe war zwischen den Zeilen erkennbar, dass es damit bei den Deutschen nicht so weit her war. Die Redaktion arbeitete in den ersten Jahren des Untersuchungszeitraums oft mit meinungsbetonten Beiträgen; Zehrs in Leitartikeln vorgetragene Gedanken und auch andere auf den ersten Seiten präsentierte Kommentare belegen das große Interesse, das Thema im allgemeinen Bewusstsein halten zu wollen. Auch wenn die „Welt“ zunächst nicht müde wurde, für das Anliegen zu werben, war doch in den Beiträgen erkennbar, dass die Bevölkerungsmehrheit es mit der Herstellung der Einheit nicht so eilig hatte. Gegen die Entsolidarisierung weiter Kreise gegenüber den Landsleuten im Osten galt es mit publizistischen Mitteln anzukämpfen, wobei der sich für eine singuläre Figur mit Volkserziehungsauftrag haltende Zehrer missbilligend wahrnahm, dass die nationale Problematik angesichts des Erwerbsstrebens ins Hintertreffen geriet. Mangelnde Leidenschaft, Materialismus und Geschichtslosigkeit der Bevölkerung, die auch der Verleger beklagte, bereiteten Zehrer und seinen Mitstreitern doch Schwierigkeiten. Der

Chefredakteur warb in seinen Beiträgen konsequent für die Einheit und war auch für ein Wagnis zu haben. Angesichts der Interessen der Siegermächte, der ideologischen Gegensätze und des zu erwartenden Widerstands der Bevölkerungskreise, die keine Experimente wünschten, hatten die schreibenden Kämpfer es nicht leicht. Selbst Zehrer blieb bisweilen ratlos, wie das große Ziel erreicht werden sollte, wegen des Scheiterns der Hoffnung über den ökonomischen Erfolg zur Einheit zu gelangen und angesichts des durch das Schwinden des amerikanischen Atommonopols wie aufgrund des Raketenwettlaufs veränderten weltpolitischen Kräfteverhältnisses. Bei allem Werben sah selbst er momentan keine realistischen Chancen. Zwischen solchen Ausführungen und der vom Verleger demonstrativ vermittelten Zuversicht, wie sie jedenfalls in einer Rede belegt ist, bestand doch ein nicht nur gradueller Unterschied. Doch minderte sich trotz der Rhetorik wohl das Vertrauen Springers, das Ziel relativ rasch erreichen zu können. Zehrer sah die Einheit aber weiter bestehen wie den Zusammenhalt in einer Familie; das mit dem Vergehen der Zeit sich verfestigende Auseinanderleben akzeptierte er nicht. Mit dem nicht gerade übermäßig ausgeprägten Willen der Bevölkerung und dem im Ausland dadurch hinterlassenen Eindruck befassten sich der Chefredakteur und seine Mitstreiter wiederholt unter Aufwendung von Mühe. Die schonungslose Attacke von Kessels gegen laue Mitbürger im Jahr 1960 stellt einen wohl ansonsten unerreichten Gipfel dar. Dabei dürfte er im Prinzip auf einer Linie mit dem Verleger gelegen haben, der gegen diese Haltung angehen wollte. Einschränkungen im allgemein angebotenen Lebensstandard als Preis der Einheit wurden im Blatt nicht prognostiziert. Ob diese im Untersuchungszeitraum konsequent vorgetragene These aus Überzeugung oder taktischer Rücksichtnahme vertreten wurde, lässt sich nicht sagen. Zu einem früheren Zeitpunkt ging die „Welt“ jedoch noch von der Notwendigkeit von Opfern in diesem Bereich aus.³⁵⁵¹ Wer Zweifel an der Wiedervereinigung hegte oder eine realitätsgerechte Einschätzung wegen möglicher Nachteile äußerte, konnte sicher sein, von den Journalisten des Hauses abgekanzelt zu werden. Auch weiterhin stellten sie in die gewünschte Linie passende Meldungen und Äußerungen vor. Doch war die Tendenz seit 1961 eher defensiv; selbst den gut bezahlten Mitarbeitern blieb der Ruf nach der Einheit mittlerweile weitgehend im Halse stecken. Indirekt war festzustellen, dass die Redaktion unter dem Eindruck der Entwicklung allmählich die Hoffnung aufgab. Während Zehrer noch 1959 in einer Reihe von Leitartikeln seine Gedanken zum Thema vortrug und auch andere Mitstreiter sich exponiert beteiligten, fiel dies bereits seit 1960 weitgehend weg. Die Suche nach Lösungsmöglichkeiten unterblieb mittlerweile resignierend über weite Strecken. Die Redaktion kratzte aber weiterhin recht mühsam mäßig beeindruckende Lippenbekenntnisse

³⁵⁵¹ So jedenfalls: Kiefer, S. 208.

zur Einheit von Autoritäten wie Rednern katholischer Verbände, dem Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ und dem unvermeidlichen Minister Lemmer zusammen, um das Publikum mit dem Ladenhüter-Thema bei der Stange zu halten. Doch handelte es sich eher um ein Rückzugsgefecht. Im Kollegium sank der Glaube an die Wiedervereinigung, wobei der bedrückte Sethe wohl die geringsten Chancen sah, was er aber nur außerhalb des Hauses artikulieren konnte. Daß etwa in der DDR mittlerweile die Gewissheit herrschte, nicht mehr an der Teilung rütteln zu können, eröffneten die Journalisten auf vorsichtigste Weise als Schweizer Korrespondenten-Meldung im „Blick in die Weltpresse“. Die Redaktion kam dem Anliegen, das Interesse am Thema wach zu halten, nicht im vom Flaggschiff eigentlich zu erwartenden Maße nach. Dafür, dass dem Pressezaren daran lag, die Politik-Kommentierung seinen Gedanken gemäß konsequent zu gestalten und politische Nachrichtenpolitik zu betreiben, wobei er die Darstellung seiner Publikationen genau verfolgte, wie Schwarz³⁵⁵² schreibt, und dafür, daß er seit 1958 das Blatt auf seinen Kurs zwang, wie Jürgs³⁵⁵³ meint, war die „Welt“ doch recht lau. Dies ist doch erstaunlich, gerade weil Springer angesichts erwarteter internationaler Konferenzen über Deutschland eine starke öffentliche Meinung in Richtung Wiedervereinigung für ein bedeutendes politisches Faktum hielt. Der verlegerische Lenkungswille setzte sich für diesen ihm fraglos besonders wichtigen Aspekt nur begrenzt durch. Es liegt ein Mittelding vor zwischen den unterschiedlichen Positionen, die von Lohmeyer,³⁵⁵⁴ der Anfang der 60er Jahre ein Propaganda-Instrument für geschaffen hält, und von Schwarz³⁵⁵⁵ vertreten werden, der den Verleger – sich alles in allem – bis zum Tod des Verlagsleiters Schulte im März 1963 an die Unabhängigkeit der Redaktion halten sieht. Die Redaktion bürtete die Dinge schon konsequent in die von oben gewünschte oder verordnete Richtung und ließ keine abweichenden Aussagen zu. Trotz aller Einseitigkeit der präsentierten Meldungen und Kommentare lässt sich von einem großen Engagement und einem hohen Grad an Emotionalität – das allenfalls für Zehrer gegolten haben mochte – doch kaum sprechen. Kruip meint zwar, dass das Thema Einheit in den 60er Jahren die höchste Priorität erhielt.³⁵⁵⁶ Doch gilt dies wohl für die Umsetzung im Blatt erst wieder nach der Überwindung der unter dem Eindruck der Tatsachen entstandenen Schwächephase für die späteren Jahre der Dekade. Kruip widmet ihre ganz anders ansetzende ideengeschichtliche Arbeit ja einer weiteren Spanne, die auch die Zeit nach der Proklamierung des nationalen Kurses umfasst.

³⁵⁵² Schwarz: Axel Springer, S. 290.

³⁵⁵³ Jürgs, S. 164 ff.

³⁵⁵⁴ Lohmeyer, S. 245 ff.

³⁵⁵⁵ Schwarz: Axel Springer, S. 198.

³⁵⁵⁶ Kruip, S. 155.

Die Redaktion war über die Jahre schon bestrebt, Meldungen auch über nicht unbedingt eindrucksvolle Gesten der Solidarität mit Berlin zusammenzustellen und bisweilen auch diesbezügliche Aufforderungen an das Publikum heranzutragen. Was im Blatt an Solidaritätskundgebungen recht mühsam zusammengetragen wurde, wirkte doch – alles in allem – etwas aufgesetzt und wenig zündend. Darstellung und Ton blieben durchgängig sachlich bis achtungsvoll; als adäquate Präsentationsform wurden zumeist Notizen oder allenfalls mittlere Artikel gewählt. Im Bestreben um positive Aussagen fischten die Journalisten bisweilen selbst im anderen politischen Lager und zitierten die sozialdemokratische Wiener „Arbeiterzeitung“ jedenfalls, wenn diese ein Loblied auf die West-Berliner sang. Es wurde gelegentlich an die Leserschaft herangetragen, wie sehr die alte Hauptstadt den Deutschen doch fehlte oder was denn für diese getan werden konnte. Offen beschrieb ein Journalist im Einzelfall die befremdlichen Eindrücke, die ein West-Berliner bei einem Aufenthalt in der Bundesrepublik gewann. Recht geschickt und beiläufig wurde die vom Verleger mit staatlichen Stellen abgesprochene Propagierung von Reisen in die Stadt umgesetzt. Als zentraler Aspekt wurde die in Zeiten von Wachstum und Vollbeschäftigung leicht fallende wirtschaftliche Unterstützung behandelt. Wenn auch gelegentlich andere Vorstellungen zur besseren Verwendung der Mittel vorgebracht wurden, schimmerte in der „Welt“ nicht recht durch, dass Springer insgesamt mit dem Engagement der Bundesregierung unzufrieden war. Naehers³⁵⁵⁷ Einschätzung, derzufolge die verlegerische Forderung an Politiker und Unternehmer mit konkreten Maßnahmen der bedrohten Stadt zu helfen, sich durchgängig in seinen Blättern niederschlug, ist insofern schon zutreffend, als niemals in der „Welt“ artikuliert wurde, den Subventionen verschlingenden Trümmerhaufen doch einfach sich selbst oder gleich den Russen zu überlassen. Solche Aussagen waren nicht zulässig. Es fanden sich allerdings nur ab und an Beiträge, in denen zur verstärkten Auftragsvergabe aufgefordert wurde oder in denen die Steigerung des Auftragsvolumens thematisiert wurde. Von 1962 an fanden sich dann schließlich fett eingerahmte Hilfsaufrufe zugunsten Berlins eingestreut. Für alle Aspekte war die Art der Darstellung durchgängig eher recht mager und nicht gerade wirksam aufpulvernd. Die Sache ging zwar schon in die gewünschte Richtung, stand aber doch in nicht zu übersehendem Kontrast zum Bekenntnis Springers, alles ihm mögliche für die einstige Hauptstadt zu unternehmen, wobei ihm ja als Chefredakteur ein ausgesprochener Berlin-Freund zur Seite stand. So wie es aussieht bestimmte der verlegerische Wille zwar auch hier schon die Richtung, schlug aber nicht gerade voll durch. Der publizierten Artikulation nach stand die Redaktion dem Solidaritäts-Thema gewiss nicht ablehnend gegenüber; aber das journalistische Engagement köchelte eher auf gemäßigter Flamme vor

³⁵⁵⁷ Naehes, S. 136.

sich hin. Durchschlagende Publikumswirkung ließ sich sicher so nicht erzielen. Der trotzige Optimismus, den der Verleger etwa bei der Grundsteinlegung des Hauses in der Kochstraße vermittelte, fand doch keine adäquate Entsprechung im Ton der „Welt“. Die im ungefährdeten Hamburg sitzende Redaktion konnte mit der als übertrieben empfundenen Frontstadt-Mentalität Springers nicht recht warm werden. Zur Stützung der Standhaftigkeit und zur Bekämpfung des Defaitismus in der zufriedenen westdeutschen Bevölkerung bediente sich der Pressezar hingegen der „Bild“-Zeitung. Was die „Welt“-Redakteure etwa im Jahr 1960 an Solidaritätsgesten zusammentrugen, war in der Armseligkeit doch fast erschütternd und zeigte, dass mit diesem Thema kein Blumentopf zu gewinnen war. Trotz der Kümmerlichkeit des Tatsachenhintergrunds hätte doch die Möglichkeit bestanden, die Dinge etwas wirkungsvoller zu verkaufen. Die Art der medialen Aufbereitung ist bemerkenswert, weil der Verleger überzeugt war, dass Berlin ohne moralischen Rückhalt in der Bundesrepublik, von dem die ganze Welt erfuhr, im Grunde nicht zu halten war. Im folgenden Jahr ist dann unmittelbar nach dem Mauerbau eine gewisse Intensivierung in der Zusammenstellung von Meldungen zu konstatieren. Es blieb aber vorzugsweise bei den gewohnten relativ knappen und beiläufigen Beiträgen. Als das Schöneberger Rathaus in der kritischen Zeit ein intensiveres westdeutsches Engagement gewünscht hätte und die Zeichen geringen Bonner Interesses in West-Berlin zu heftigen Reaktionen führten, war in der „Welt“ davon nichts Nennenswertes zu lesen. Anfang September war dann im Blatt in aufgesetztem Pathos von deutlich spürbarer, ja manchmal durchschlagender Wirkung der Ereignisse des 13. August und von einer Welle der Verbundenheit und des Opferwillens die Rede. Diesem sicher auf der gewünschten Linie liegenden propagierten Geist entsprach auch eine präsentierte Äußerung des Wirtschaftsministers Erhard, der die Stärkung West-Berlins zur nationalen Pflicht erklärte. Nach dieser kleinen Aufwallung wurden dann weiterhin penibel die finanzielle Unterstützung und westdeutsches Engagement in Reden und Taten vorgestellt. Nachdem sich die Aufregung wegen des Mauerbaus gegen Ende Oktober gelegt hatte, wurden gelegentlich der mangelnde westdeutsche Mut und die Gleichgültigkeit thematisiert. Für das Jahr 1962 ist bemerkenswert, dass vom Jahrestag des Mauerbaus an das Thema – vielleicht wegen der mittlerweile erfolgten Annahme des Berlin-Hilfsgesetzes durch den Bundestag – weitgehend aus dem Blickfeld verschwand. Von einem vollen propagandistischen Einsatz lässt sich für diesen Aspekt doch sicher nicht sprechen.

Für die Umsetzung des verlegerischen Anliegens, von Berlin aus den Lesern in der Bundesrepublik Eindrücke vorzusetzen, ist festzustellen: Die außerhalb des geschäftigen westdeutschen Alltags liegende Insel wurde von der Redaktion im Wesentlichen gleichbleibend und konsequent mit Aufmerksamkeit bedacht. Als Präsentationsform

wurden im Abstand von einigen Ausgaben eingestreute Notizen und mittelgroße Beiträge bevorzugt. Die häufige Platzierung auf den ersten Seiten belegt den hohen Stellenwert des Anliegens, das Gemeinwesen im Bewusstsein verankert zu halten. Die Aufbereitung des sich bietenden Themenspektrums geschah vorwiegend beiläufig und gefällig; das zusammengestellte Nachrichtenmaterial vermittelte überwiegend das Bild von Aktivität und Zuversicht. Die kontinuierliche Berieselung auch mit Belanglosigkeiten wie etwa die Schilderung alltäglicher Begebenheiten erzeugte den Eindruck, dass West-Berlin ein normaler, ja attraktiver Ort zum Leben war und selbstverständlich mit dazu gehörte. Bisweilen steigerten sich etwa Klebzig oder Usko bei der literarischen Verarbeitung bescheidener Veranstaltungen in einen nicht recht verständlichen Metropolenrausch hinein. Bei der vorherrschend optimistisch-trotzigen Linie erhielten Informationen über Stagnation und Kümmerlichkeit nur in verschwindend geringem Maß ein Forum. Negativ ausfallende Urteile blieben allenfalls dem Feuilleton vorbehalten. Die schwerpunktmäßig vorgestellten, die Dinge doch etwas beschönigenden Wirtschaftsmeldungen trugen zum Bild einer dynamischen Entwicklung bei und vermittelten auch dem letzten Leser, dass die Konjunktur auf vollen Touren lief – wenn auch dank westlicher Hilfe. Bisweilen fanden sich vom Verleger geäußerte Gedanken wie die Verneinung eines besonderen Risikos für die Inselstadt im Vergleich zur Bundesrepublik von Journalisten vorgetragen. Nicht das Leiden Berlins, sondern Lebensfreude, Unterhaltung und leistungsfähige Unternehmen dem Publikum nahezubringen, entsprach der Anregung von Werbefachleuten und der PR-Linie des mit dem Verlagshaus kooperierenden Schöneberger Rathauses, das entschied, das Image der Stadt zu normalisieren und die Devise: „Trotz der Mauer ungebrochene Lebenskraft“ zu verbreiten. Nach dem Mauerbau rückten die Journalisten dies doch etwas intensiver ins Rampenlicht; es handelte sich wohl auch um die Umsetzung der vom Senat beschlossenen Verstärkung der Informationstätigkeit. Es galt propagandistisch gegen die Gefahr des negativen öffentlichen Profils eines permanent gefährdeten Orts, gegen die depressive Stimmung bei den Einwohnern anzugehen und attraktiv für potentielle westdeutsche Zuzügler und Besucher zu wirken. Bereitwillig fungierte das Blatt als Sprachrohr des Senats gerade in der Anwerbung dringlich benötigter Arbeitskräfte. Mit ab und an von diesem Schauplatz präsentierten politischen Veranstaltungen wie etwa den Maifeiern ließ sich dem gemütlich im Ohrensessel vor sich hin spießbernden westdeutschen Publikum in homöopathischen Dosen heroische Demokratie vorexerzieren. Dies mochte auf moderate Weise dem verlegerischen Wunsch entsprechen, den dort verspürten Funken der moralischen Aufrüstung auch auf die Westdeutschen überspringen zu lassen und die Lauheit abzubauen. Die mediale Darstellung entsprach zwar schon eher dem Bekenntnis Springers, alles ihm mögliche für Berlin zu unternehmen, als etwa die magere

Aufbereitung der dürftigen Solidarität mit der Stadt. Von vollem propagandistischem Einsatz lässt sich allerdings schon angesichts des moderaten Tons und des nur mäßigen Grads an Aufmerksamkeit doch ganz sicher nicht sprechen. Wenn auch das präsentierte Nachrichtenmaterial mit den verlegerischen Vorstellungen kongruiert haben dürfte, so handelte es sich wohl nur um eine Annäherung. In der Zusammenstellung der Erfolgsmeldungen agierte die Redaktion eigenständig und nicht auf Anweisung von oben. Wenn auch die von Naehrer³⁵⁵⁸ stammende Aussage, dass Springer seine Medien den Berliner Freiheitswillen lautstark publizieren ließ, sich für die „Welt“ nicht recht halten lässt, weil es einfach gedämpfter zugeht, so zeigten sich die Einwohner des Gemeinwesens in der medialen Optik doch gegenüber der Krise eher gelassen und unbeeindruckt. Es fällt auf, dass die Stimmung der belagerten Bevölkerung recht selten thematisiert wurde. Die verbreitet anzutreffende Befürchtung vom Osten überwältigt oder vom Westen preisgegeben zu werden, wurde von der Redaktion eher unter den Teppich gekehrt; die defaitistische Komponente wurde weitgehend ausgefiltert. Die sich aus der Ost-West-Situation ergebenden Umstände wurden eigentlich erst seit dem Mauerbau nennenswert thematisiert, um das Geschehen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Hinsichtlich der Berichterstattung über die DDR bestätigt die Untersuchung für die Monate September und Oktober 1958 in vollem Umfang die bereits zeitgenössisch vom „Spiegel“ beobachtete dramatisierende Darstellung, Aufbausung des Flüchtlingsthemas, die für die Springer-Blätter insgesamt³⁵⁵⁹ und auch explizit für die „Welt“³⁵⁶⁰ zu den Gemeinplätzen der Literatur zählt. Als konkretes Anliegen ging es wohl darum, die DDR bei Deutschland-Verhandlungen zu blamieren. Die damals vom „Spiegel“³⁵⁶¹ vermutete zentrale Lenkung trifft zu; der verlegerische Wille wurde umgesetzt. Doch schon im November und Dezember wurde dieser Aspekt von der „Welt“-Redaktion etwas tiefer gehängt. In den Jahren 1959-61 wurde die Entwicklung stets mit besonderem Interesse begleitet, doch handelte es sich insgesamt gesehen um eine eher auf gemäßigter Flamme vor sich hin köchelnde Kampagne, die Emotionalisierung geradezu mied. Wenn auch der verlegerische Wunsch erfüllt wurde, das Thema auf der Titelseite vorzustellen, so waren doch über lange Strecken kleine bis mittlere Artikel dominierend. Im Jahr 1959 wurde die

³⁵⁵⁸ Naehrer, S. 142.

Er mag dabei etwa auch an Aktionen der zum Springer-Konzern gehörenden „BZ“ gedacht haben. Dieses Organ rief anlässlich des Jahrestags des Mauerbaus im Jahr 1962 dazu auf, Sirenen, Kirchenglocken und Autohupen einzusetzen. Die Resonanz in Gestalt eines von vielen Kraftfahrern verursachten Hupkonzerts fiel in der Tat lautstark aus. Selbst die Rede des Regierenden Bürgermeisters vor dem Schöneberger Rathaus war nicht zu vernehmen. So: Meyer, S. 220 f.

³⁵⁵⁹ So beispielsweise: Schwarz: Axel Springer, S. 285 f. und S. 293 f, Jacobi: Der Verleger Axel Springer, S. 182, Jacobi: Fremde, Freunde, Feinde. Eine private Zeitgeschichte, S. 271, Kruip, S. 173, Sörgel, S. 90 f, Lohmeyer, S. 237.

³⁵⁶⁰ Demant, S. 188 f.

³⁵⁶¹ „Der Spiegel“ Nr. 36, 3.9.1958, S. 13 und Nr. 37, 10.9.1958, S. 13-15.

Fluchtentwicklung immer mal wieder aufgegriffen, aber doch seltener und erheblich dezenter, als es im Vorjahr bis in den Monat Oktober üblich gewesen war. Realitätsgerecht räumten die Journalisten mittlerweile ein, dass die Zahl für 1958 unter der der Vorjahre lag. Im Jahr 1959 war die Abwanderung ebenfalls mit Abstand die geringste seit Jahren, was immerhin in einer medialen Zwischenbilanz zugegeben wurde. Mit dem Vorführen von Klein-Rekorden für einzelne Tage oder Wochen und dem Hinweis auf den hohen Qualifikationsgrad der Flüchtlinge sollte das Publikum aber sicher beeindruckt werden. Bisweilen würdigte die Redaktion in Ermangelung bombastischen Materials selbst die Flucht einzelner Personen. Seit Juni setzte dann eine mediale Klein-Offensive mit aufsteigender Tendenz ein, die allerdings eher so wirkte, als ob nicht in Vergessenheit geraten sollte, dass überhaupt Menschen die DDR verließen. Auch 1960 wurde der Stand der Entwicklung weiterhin mit besonderem Interesse verfolgt. Angesichts des Tatsachenhintergrunds einer Abwanderung von über 200.000 Menschen, die die Zahl des Vorjahrs überstieg, aber auch keinen Höhepunkt der Entwicklung darstellte, erscheint die überwiegend allenfalls mittelgroß aufgemachte und nicht triumphierende Aufbereitung doch letztlich nicht zu beanstanden. Nur vereinzelt entsprach die „Welt“ in idealer Weise der verlegerischen Forderung an Verstand und Gefühl zu appellieren. Der sonst in den Meldungen und Berichten vorherrschende Stil war wesentlich nüchterner und sprach allenfalls die Ratio an. Selten war das Thema nun für Titelseiten-Aufmacher gut; dies war eigentlich nur bei der Bauernflucht der Fall. Die dabei genannten Zahlen rechtfertigten das Hochspielen nicht gerade. Auch 1961 wurde die Fluchtwelle kontinuierlich immer mal wieder überwiegend in moderater Aufmachung dem Publikum vermittelt, wobei sich die Berichterstattung seit Juni merklich intensivierte. Wieder erscheint vor dem Hintergrund einer über dem Niveau der letzten Jahre liegenden, aber auch keinen dramatischen Höhepunkt darstellenden Abwanderung die Aufbereitung der Realität doch relativ angemessen. Es handelte sich ja um ein anderes Thema als etwa den Spargelpreis. Nur im verschwindenden Einzelfall lässt sich eine etwas unseriöse journalistische Arbeitsweise nachweisen. Die Kampagne hielt sich auch jetzt noch insgesamt lange in moderaten Grenzen. Im Sommer verstärkte sich die Berichterstattung dann merklich und wurde auch eindringlicher. Doch auch jetzt blieb der Ton – etwa bei der Vorstellung von Einzelschicksalen – sachlich, Anklage oder Rührseligkeit wurden vermieden. Die Vorbereitungen zur Absperrung der Stadt entgingen der Redaktion lange weitgehend. Nach dem Mauerbau widmeten sich Journalisten weiterhin mit Akribie den Fluchtmeldungen; das Restaufkommen wurde auf die übliche, nicht arg überzogene Weise aufbereitet. Außerordentliche Umstände wurden aber routiniert groß herausgestellt. Da nicht mehr mit großen Zahlen aufgewartet werden konnte, wiederholten die Journalisten bisweilen

unbekümmert alte Angaben. Mit der zwar nur ausgesprochen selten thematisierten Rückwanderung in den Osten verstieß die Redaktion eigentlich gegen eine ausdrückliche Weisung Springers. Die Aussage Jacobis,³⁵⁶² dass die Zeitungen des Konzerns jeden Tag zur Flucht aufriefen und Zahlen nannten, trifft für die „Welt“ jedenfalls nicht zu. Auch Lohmeyers³⁵⁶³ Einschätzung, dass die Blätter die Abstimmung mit den Füßen anheizten, findet sich – mit einer gewissen Einschränkung für die Monate September, Oktober 1958 und für den Sommer 1961 – ebenfalls nicht recht belegt. Das Thema wurde in der „Welt“ nicht täglich behandelt; die Journalisten stellten es nicht extrem heraus und arbeiteten nicht mit Unwahrhaftigkeiten. Zudem fanden sich keine direkten Appelle, doch in den Westen zu kommen. Es handelte sich vielmehr insgesamt gesehen um eine weitgehend moderat vor sich hin köchelnde Kampagne. Von fortschreitender Eskalierung zu sprechen – wie Demant³⁵⁶⁴ es tut – entbehrt doch der Grundlage, wenn ihm auch darin zu folgen ist, dass der bewusste Leitartikel Zehrsers vom August 1961 einen Höhepunkt darstellt. Die publizistischen Produkte des Konzerns gelten Lohmeyer³⁵⁶⁵ zufolge als stilistisch ähnlich hinsichtlich des journalistischen Engagements und des hohen Grades an Emotionalität. Die „Welt“ blieb aber auch hier ziemlich nüchtern. Die apologetische Aussage Naehers,³⁵⁶⁶ derzufolge die Berichterstattung der Springer-Blätter der tatsächlichen Lage entsprach, ist hier jedenfalls nicht recht von der Hand zu weisen. Gleichzeitig wurde die verlegerische Forderung, mit den besten journalistischen Mitteln die ungeheuerliche Tatsache vor Augen zu führen, dass einfache Menschen aus ihrer Heimat flüchteten und aufzurütteln vom Ansatz her in der „Welt“ schon in gewünschter Weise vertreten. Doch dürfte Springer mit der Umsetzung seines Willens nicht restlos zufrieden gewesen sein. Das von seinem Renommierblatt vermittelte Bild des Lebens in der DDR stand in unübersehbarem Kontrast zur permanent geschwollenen Darstellung der westdeutschen Prosperität und der Preisung des West-Berliner Erfolgs. Die zu verschiedenen Bereichen gelieferten Informationen warfen allesamt kein gutes Licht auf die sozialistische Gesellschaft. Gleich worum es ging, stets wurde vor Augen geführt, dass die im Westen so hoch geschätzte Entfaltung der Persönlichkeit von den Kommunisten mit Füßen getreten wurde. Dies und der Vergleich der Lebensverhältnisse mochte die Zufriedenheit der Leserschaft mit dem eigenen Leben und dem dafür den Rahmen bietenden Staat verstärkt haben. Dies kongruiert mit der Aussage Kruips,³⁵⁶⁷ die die ablehnende Haltung gegenüber der DDR identitätsstiftende Wirkung für das Bild des attraktiveren Westdeutschlands entfalten sieht.

³⁵⁶² Jacobi: Der Verleger Axel Springer, S. 182.

³⁵⁶³ Lohmeyer, S. 237.

³⁵⁶⁴ Demant, S. 193.

³⁵⁶⁵ Lohmeyer, S. 237.

³⁵⁶⁶ Naehes, S. 145.

³⁵⁶⁷ Kruip, S. 175.

Zu Beginn des Untersuchungszeitraums im Jahr 1958 waren Negativ-Meldungen noch eher punktuell und relativ selten. Gelegentlich präsentierte die „Welt“ sogar herausgehoben mal einen Bericht über den Aufbau Ost. Noch wurde eingeräumt, dass manches eindrucksvoll war. Wenn das Blatt auch der verlegerischen Forderung entsprach, sich nicht um Objektivität zu bemühen, bestanden durchaus Steigerungsmöglichkeiten. Im Vergleich zum Vorjahr nahm dann 1959 das Interesse an der Mangelwirtschaft mit ihren vielfältigen Facetten deutlich zu. Trotz der Intensivierung der Zusammenstellung von Negativ-Meldungen fand sich noch – wenn auch als verschwindender Einzelfall – mal ein großer Artikel, in dem auch achtungsvoll über die ehrgeizigen Pläne geschrieben wurde, wenn auch – selbstverständlich – Probleme gesehen wurden. In den folgenden Jahren sollten Lichtblicke in der Misere zunehmend selten sein und auf wenige Bereiche wie Schifffahrt oder Sport beschränkt bleiben. Von solchen – vielleicht der besseren Glaubwürdigkeit halber zugelassenen – Ausnahmen abgesehen zeichnete sich die Informationspolitik der „Welt“ durch Systematik und Konsequenz aus. Die Mangelwirtschaft mit ihren vielen trüben Blüten, Gängelung und Kirchenkampf wurden einem auf Wohlstand und Sicherheit fixierten Publikum wieder und wieder vorgesetzt. Selbst dem Letzten wurde eingebleut, wie unattraktiv und eingeschränkt das Dasein in der DDR war. Nach dem Mauerbau verfolgte die „Welt“ aufmerksam, wie das Regime die Zügel anzog. Es wurde offenbar zunehmend schwieriger Eindrücke im Osten zu sammeln. Die Zahl der Reportagen sank merklich, damit verminderte sich die Farbigkeit der Darstellung, und es wurde absolut eintönig, weil die Journalisten ihre Informationen offenbar größtenteils Ost-Zeitungen oder amtlichen Bekanntmachungen entnahmen. Davon abgesehen, bewegte sich die Berichterstattung im Rahmen des Gewohnten. Die sachliche Richtigkeit der zusammengetragenen Meldungen wird nicht angezweifelt. Beeinflussung und Steuerung liegen im weitgehenden Ausblenden von Erfolgen und positiven Seiten und eben in der bedenklichen Praxis, die eigene Auffassung in Nachrichten und Reportagen versteckt zu präsentieren, in denen die Leser nicht Lenkung sondern Information erwarteten. Obwohl den Journalisten eigentlich daran lag, ein differenzierteres Weltbild zu vermitteln, lieferten sie eine vollkommen einseitige DDR-Berichterstattung ab. Der diesbezüglich von Harenberg³⁵⁶⁸ für die „Welt“ erhobene Vorwurf trifft also zu. Daß es sich um eine schonungslose Kampagne handelte – wie ganz unterschiedliche Autoren³⁵⁶⁹ meinen – kann nur bestätigt werden. Auch Sörgel³⁵⁷⁰ ist hier zuzustimmen, wenn er Springer Ressentiments schüren sieht. Was als langweilige Holzhammer-Propaganda erscheint, fiel

³⁵⁶⁸ Lohmeyer, S. 245, Harenberg: Aus Bonn für Deutschland, S. 117 und S. 132.

³⁵⁶⁹ Schwarz: Axel Springer, S. 293 f, Sörgel: Der Springer-Konzern in West-Berlin, S. 91.

³⁵⁷⁰ Sörgel, S. 90 f.

aufgrund der eher beiläufigen Präsentation und der homöopathischen Dosierung gar nicht so auf. Bei der zwingend als negativ wahrgenommenen sozialistischen Umgestaltung war das vorgestellte Informationsmaterial trefflich geeignet, fast jede gesellschaftliche Gruppe zu erschrecken. Selbst an Jugendliche oder sozialdemokratisch orientierte Arbeitnehmer, die wohl kaum unter der Leserschaft überrepräsentiert waren, dachte die Redaktion. Mit Argusaugen verfolgte die „Welt“ auch die Härte der Justiz im Kampf gegen die Feinde des Sozialismus. Das verlegerische Anliegen, mit diesem als schrecklich und großartig empfundenen Anschauungsmaterial die Westdeutschen zu interessieren, sie zu beunruhigen und die Verstöße gegen Recht, Freiheit und Menschenwürde publik zu machen, wurde zwar nicht mit brennender Leidenschaft, aber doch klar erfüllt. Dieser Aspekt dürfte überhaupt der Punkt sein, an dem Springer mit seinen Vorstellungen am stärksten durchschlug. Gerade mit dem gern aufgegriffenen Themenfeld der nicht endenden ökonomischen Probleme ließ sich wohl der Nerv des vom Verleger wegen des Materialismus verachteten Publikums treffen. Wer seiner „Welt“ Glauben schenkte, für den konnten in der DDR nicht einmal Brennesseln gedeihen. Selbst bei der schon imponierenden Leipziger Messe krittelten die Journalisten alljährlich an Begleiterscheinungen herum, um den positiven Eindruck zu mindern. Wie ein steter Tropfen mochten in kleine Notizen verpackte Hiobsbotschaften schließlich den Stein höhlen.

6. Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen

1.) Zeitungen und Zeitschriften

„Die Welt“ in der Ausgabe H im Zeitraum von Anfang September 1958 bis Ende Februar 1963. Diese steht in der Hamburger Staats- und Universitätsbibliothek als Mikrofiche zur Verfügung. Lediglich einige wenige dort nicht in dieser Form festgehaltene Tage fallen aus der Untersuchung heraus. Wegen der Kürze des Zeitraums und der mangelnden politischen Brisanz wurde auf das Nachschlagen im papiernen Exemplar verzichtet.

„Bild“ in der Hamburg-Ausgabe im Zeitraum von Februar bis Oktober 1961 sowie von März bis Juni 1962 und im August 1962. Das ebenfalls in der Hamburger Staats- und Universitätsbibliothek als Mikrofiche zur Verfügung stehende Material dient zum Vergleich.

Die Mitarbeiterzeitung des Axel Springer Verlags:
Springer Post, 5. Jg., Januar und November 1960.
Springer Post, 6. Jg., Juli 1961.

„Der Spiegel“ Nr. 36, 3.9.1958 und Nr. 37, 10.9.1958.
„Der Spiegel“ Nr. 1, 1.1.1968.
„Der Spiegel“, Nr. 2, 10.1.11.

2.) Archivmaterial

Bundesarchiv Koblenz

Nachlass Hans Zehrer

Bundesarchiv/Koblenz N/1311

Der Nachlass wurde komplett durchgesehen; Verwendung fanden die Bestände:

Schriftwechsel:

Nr. 22, Verstreute allgemeine Korrespondenz 1961-63.

Nr. 23, Private Korrespondenz A-Z 1957-65.

Verlage:

Nr. 27, Verlagshaus Axel Springer 1963-70.

Nr. 30, Redaktion „Die Welt“ 1965-66.

Nr. 31, Interner Schriftwechsel A-Z 1963-65.

Nr. 32, Interner Schriftwechsel, A-Z 1965/66.

Ausarbeitungen: Journalistische und literarische Arbeiten, Hans Zehrer's Beiträge für die „Welt“:

Nr. 43, Typoskripte und Manuskripte 1961.

Nr. 44, Typoskripte und Manuskripte 1962.

Nachlass Paul Sethe

Bundesarchiv/Koblenz N/1471

Der Nachlass wurde komplett durchgesehen; der Bereich Korrespondenz/Manuskripte erwies sich als unergiebig. Verwendung findet der Aktenbestand:

Nr. 17, Zeitungsartikel; neben verschiedenen Artikeln sind hier auch Manuskripte von 1952-66 und eine Lose-Blatt-Sammlung enthalten.

Nachlass von Friedrich Zimmermann

Bundesarchiv/Koblenz/NL208

Die Unterlagen erwiesen sich als unergiebig.

Nachlass von Fritz Baade

Bundesarchiv/Koblenz, ohne Signatur

Die im Nachlass erhaltene Korrespondenz von 1959-65 gibt für das Anliegen nichts her.

Bundesarchiv Berlin

Nachlass Sebastian Haffner

Bundesarchiv/Berlin/N2523

Der Nachlass wurde komplett gesichtet; Verwendung fanden die Aktenbestände:

Korrespondenz:

Nr. 51, Korrespondenz mit Axel Springer 1959-63.

Nr. 136, Korrespondenz mit „Die Welt“ 1960-63.

Nr. 137, Korrespondenz mit „Christ und Welt“, Giselher Wirsing, 1960-62.

Resonanz:

Nr. 135, Korrespondenz mit diversen Persönlichkeiten.

Manuskripte:

Nr. 259, Belegexemplare für Kolumnen, Manuskripte „Die Welt“ 1960-62.

Landesarchiv Berlin

Landesarchiv/Berlin: B/Rep.002

Die für eine Kooperation zwischen Springer Verlag und dem Berliner Senat in Frage kommenden Bestände des Senats wurden gesichtet. Verwendung fanden folgende Aktenbände:

Nr. 3346.

Nr. 5321-5325, Axel Springer, Jugend, „Ostdienst“.

Nr. 7059.

Unternehmensarchiv Axel Springer Verlag

Die für das Vorhaben in Frage kommenden und zugänglichen Unterlagen wurden durchgesehen; Verwendung fanden folgende Aktenbände:

Aktenbestand Reden Axel Springer.

Aktenbestand „Die Welt“.

Chefredaktion Welt, Briefwechsel Cramer/von Borch von 1962-64.

Welt Ausgeschiedene Korrespondenten 1957-67.

Schriftverkehr im Hause (Welt, WamS, Springer bis 1965).

Welt SAD.

F31/6958, Zur Marktsituation der Zeitung DIE WELT, I. Marktanalytische Daten, (durchgeführt im Herbst 1958), Verlagshaus Axel Springer, Abt. Leser- und Marktforschung.

F31/6957, Zur Marktsituation der Zeitung DIE WELT, (Herbst 1958), Teil II, Psychologisches Gutachten, Verlagshaus Axel Springer, Abteilung Leser- und Marktforschung.

Zudem wurden Informationen der Personendatenbank des Unternehmensarchivs zur Verfügung gestellt.

Weiter flossen die Aussagen aus dem Gespräch mit dem Firmenarchivar Herrn Laabs vom 11.3.2009 und aus der Unterredung mit Herrn Cramer vom 13.5.2009 mit in die Arbeit ein.

Literatur

Abelshauser, Werner: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, München 2004.

Adomatis, Hans-Joachim: Von Berlin aus gesehen: Die Springer-Partei, Wuppertal, Berlin 1975.

Adomeit, Hannes: Die Sowjetmacht in internationalen Krisen und Konflikten. Verhaltensmuster, Handlungsprinzipien, Bestimmungsfaktoren, (Internationale Politik und Sicherheit, Bd. 11), Baden Baden 1983.

Ambrosius, Gerold: Sozialistische Planwirtschaft als Alternative und Variante in der Industriegesellschaft – die Wirtschaftsordnung, in: Steiner, André (Hg.): Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte?, Berlin 2006, S. 11-32.

Arens, Karlpeter: Manipulation. Kommunikationspsychologische Untersuchung mit Beispielen aus Zeitungen des Springer-Konzerns, 2. Aufl. Berlin 1973.

Arenth, Joachim: Der Westen tut nichts! Transatlantische Kooperation während der zweiten Berlin-Krise 1958-1962 im Spiegel neuer amerikanischer Quellen, (Europäische Hochschulschriften, Reihe 31, Politikwissenschaft, Bd. 217), Frankfurt/Main, Berlin, Bern, New York, Paris, Wien 1993.

Arndt, Adolf: Die Rolle der Massenmedien in der Demokratie, in: Löffler, Martin: Die Rolle der Massenmedien in der Demokratie, München und Berlin 1966, S. 1-21.

Backhaus, Wilhelm: „Ich kann Milliarden machen“. Ein Psychogramm, in: „Der Spiegel“ 1.1.1968 Nr. 1, 22. Jg., S. 24-36.

Bahr, Egon: Der verlässliche und schwierige Patriot, in: Döpfner, Mathias (Hg.): Axel Springer. Neue Blicke auf den Verleger. Eine Edition aktueller Autorenbeiträge und eigener Texte, Berlin 2005, S. 43-51.

Bahr, Egon: Der Schock des Mauerbaus aus der Sicht des Berliner Senats, in: Thoss, Bruno (Hg.): Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit: Analysen und Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945-95, München 1995, S. 145-148.

Balfour, Michael: Vier Mächte Kontrolle in Deutschland 1945-46, Düsseldorf 1959.

Beck, Ralf: Der traurige Patriot. Sebastian Haffner und die Deutsche Frage, Berlin, Brandenburg 2005.

Bender, Peter: Episode oder Epoche? Zur Geschichte des geteilten Deutschland, 2. Aufl. München 1996.

Besson, Waldemar: Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe, München 1970.

Bethge, Wolfgang: Berlins Geschichte im Überblick, Berlin 1987.

Biermann, Harald: John F. Kennedy und der Kalte Krieg. Die Außenpolitik der USA und die Grenzen der Glaubwürdigkeit, Paderborn, München, Wien, Zürich 1997.

Biermann, Harald: Die Streitkräfte der USA während der Kubakrise, in: Filippovych, Dimtrij N.; Uhl, Matthias: Vor dem Abgrund. Die Streitkräfte der USA und UdSSR sowie ihre deutschen Bündnispartner in der Kubakrise, (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte), München 2005, S. 11-26.

Birke, Adolf M.: Nation ohne Haus. Deutschland 1945-1961, Berlin 1989.

Birnbaum, Immanuel: Geschichte in der Zeitung – Zeitung als Geschichte, in: Borowsky, Peter; Vogel, Barbara; Wunder, Heide (Hg.): Gesellschaft und Geschichte I: Geschichte in Presse, Funk und Fernsehen, (Studienbücher Moderne Geschichte, Bd. 3), Opladen 1976, S. 55-61.

Boden, Ulrike; Bortz, Jürgen; Braune, Paul; Franke Joachim: Langzeiteffekte zweier Tageszeitungen auf politische Einstellungen der Leser, in: König, Rene (Hg.): Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 27. Jg., Köln 1975, S. 755-778.

Boll, Bernhard; Schulze, Volker; Süßmuth, Hans (Hg.): Zeitungsland Nordrhein-Westfalen. Geschichte-Profil-Struktur, Bonn 1993.

Booz, Rüdiger Marco: „Hallsteinzeit“. Deutsche Außenpolitik 1955-1972, Bonn 1995.

Born, Karl Erich: Deutschland vom Ende der Monarchie bis zur Teilung, in: Schieder, Theodor (Hg.): Handbuch der europäischen Geschichte, Bd. 7: Europa im Zeitalter der Weltmächte, 1. Teilbd., Stuttgart 1979, S. 522-582.

Borowsky, Peter: Deutschland 1945 bis 1969, Hannover 1993.

Bracher, Karl Dietrich: Die Krise Europas 1917-1975 (Propyläen Geschichte Europas, Bd. 6) Frankfurt/Main, Berlin, Wien 1977.

Brand, Leonie: Die britische Deutschlandpolitik in der Berichterstattung und Kommentierung der Tageszeitung „Die Welt“ 1946-48, Magisterarbeit, Hamburg 2000.

Brauburger, Stefan: Die Nervenprobe. Schauplatz Kuba: Als die Welt am Abgrund stand, Frankfurt/Main, New York, 2002.

Brepohl, Klaus: Lexikon der neuen Medien, Köln 1977.

Bröder, Friedrich, J.: Presse und Politik. Demokratie und Gesellschaft im Spiegel politischer Kommentare der „FAZ“, der „Welt“ und der „Süddeutschen Zeitung“, Erlangen 1976.

Brokmeier, Peter (Hg.): Kapitalismus und Pressefreiheit. Am Beispiel Springer, Frankfurt/Main 1969.

Brückner, Peter: Springerpresse und Volksverhetzung, in: Kritische Justiz 1./2. Jg. 1968/69 S. 339-354.

Brumm, Dieter: Sprachrohr der Volksseele? Die „Bild“-Zeitung, in: Thomas, Michael Wolf (Hg.): Porträts der deutschen Presse. Politik und Profit, Berlin 1980, S. 127-143.

Buchheim, Christoph: Die Achillesferse der DDR – der Außenhandel, in: Steiner, André (Hg.): Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte?, Berlin 2006, S. 91-104.

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.): Die Flucht aus der Sowjetzone und die Sperrmaßnahmen des Kommunistischen Regimes vom 13. August 1961 in Berlin, Nachdruck der 2. durchges. Aufl. von 1961, Wolfenbüttel 1986.

Catudal, Honore M.: Kennedy in der Mauer-Krise. Eine Fallstudie zur Entscheidungsfindung in den USA, (Politologische Studien, Bd. 18), Berlin 1981.

Conze, Eckart: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009.

Conze, Eckart: Die gaullistische Herausforderung. Die deutsch-französischen Beziehungen in der amerikanischen Europapolitik 1958-1963, München 1995.

Demant, Ebbo: Von Schleicher zu Springer. Hans Zehrer. Als politischer Publizist, Mainz 1971.

Donsbach, Wolfgang: Aspekte des Meinungsbildungsprozesses – der politische Einfluss der Medien, in: Hütter, Gerhard; Linke, Hermann (Hg.): Informiert bis zur Unmündigkeit? Einfluß und politische Verantwortung der Medien in der Bundesrepublik Deutschland, Herford, Bonn 1990, S. 36-63.

Donsbach, Wolfgang: Medienwirkung trotz Selektion. Einflussfaktoren auf die Zuwendung zu Zeitungsinhalten, Köln, Weimar, Wien 1991.

Dülffer, Jost: Europa im Ost-West-Konflikt 1945-1991, (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 18), München 2004.

Eilders, Christiane; Neidhardt, Friedhelm; Pfetsch, Barbara: Die Stimme der Medien – Pressekommentare und politische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2004.

Eisenmann, Peter: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von der Westintegration zur Verständigung mit dem Osten. Ein Studienbuch in Dokumentation und Analyse, (Gegenwart und Geschichte, Bd. 7), Krefeld 1982.

Eschenburg, Theodor: Jahre der Besatzung 1945-49. (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 1), Stuttgart, Wiesbaden 1983.

Eschenburg, Theodor: Das isolierte Berlin, in: Rothfels, Hans (Hg.): Berlin in Vergangenheit und Gegenwart. Tübinger Vorträge, (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik, Nr. 14), Tübingen 1961, S. 140-158.

Felken, Detlef: Dulles und Deutschland. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1953-59, Bonn, Berlin 1993.

Fijalkowski, Jürgen; Hauck, Peter; Holst, Axel; Kemper, Gerd-Heinrich; Mintzel, Alf (Hg.): Berlin – Hauptstadtanspruch und Westintegration, (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 20), Köln, Opladen 1967, S. 104-117.

Fischer, Heinz-Dietrich: Handbuch der politischen Presse in Deutschland 1480-1980. Synopse rechtlicher, struktureller und wirtschaftlicher Grundlagen der Tendenzpublizistik im Kommunikationsfeld, Düsseldorf 1981.

Fischer, Heinz-Dietrich: Die großen Zeitungen. Porträts der Weltpresse, München 1966.

Fischer, Heinz-Dietrich: Reeducations- und Pressepolitik unter britischem Besatzungsstatus. Die Zonenzeitung „Die Welt“ 1946-50. Konzeption, Artikulation und Rezeption, Düsseldorf 1978.

(Das) Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation, Noelle-Neumann, Elisabeth; Schulz, Winfried; Wilke, Jürgen (Hg.) wird in verschiedenen – jeweils mehr oder weniger umfangreichen Überarbeitungen unterliegenden – Aufl. verwendet, Frankfurt/Main 2009, 2002, 1994 und 1989.

Frei, Norbert: Neue Historische Literatur. Presse-, Medien-, Kommunikationsgeschichte. Aufbruch in ein interdisziplinäres Forschungsfeld?, in: Gall, Lothar (Hg.): Historische Zeitschrift Bd. 248, München 1989, S. 101-114.

Fuhr, Eckhard (unter Mitarbeit von Kuhn, Nicola; Ronnger, Hans-Ulrich; Weimer, Wolfram): Geschichte der Deutschen 1949-1990. Eine Chronik zu Politik, Wirtschaft und Kultur, Frankfurt/Main 1990.

Geiss, Imanuel: Die außen- und weltpolitischen Rahmenbedingungen, in: Bänsch, Dieter (Hg.): Die fünfziger Jahre. Beiträge zu Politik und Kultur, Tübingen 1985, S. 61-70.

Gersdorff, Gero von: Adenauers Außenpolitik gegenüber den Siegermächten 1954. Westdeutsche Bewaffnung und internationale Politik, (Beiträge zur Militärgeschichte Bd. 41), München 1994.

Gillessen, Günther: Die Tageszeitung, in: Pross, Harry (Hg.): Deutsche Presse seit 1945, Bern, München, Wien 1965, S. 119-134.

Glaebner, Gert-Joachim: Demokratie und Politik in Deutschland, Opladen 1999.

Glötz, Peter; Langenbacher, Wolfgang R.: Der missachtete Leser. Zur Kritik der deutschen Presse, Nachdruck, München 1993.

Gossel, Daniel: Die Hamburger Presse nach dem Zweiten Weltkrieg. Neuanfang unter britischer Besatzungsherrschaft 1945-49, Magisterarbeit, Hamburg 1990.

Görtemaker, Manfred: Die unheilige Allianz. Geschichte der Entspannungspolitik 1943-1979, München 1979.

Görtemaker, Manfred: Geschichte der BRD. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999.

Graml, Hermann: Die Märznote von 1952. Legende und Wirklichkeit, Melle 1988.

Greiner, Bernd: Die Kuba-Krise. Die Welt an der Schwelle zum Atomkrieg, München 2010.

Greiner, Bernd: Kuba-Krise. 13 Tage im Oktober: Analyse, Dokumente, Zeitzeugen, (Schriften der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 7), Nördlingen 1988.

Habe, Hans: Wunder, Segen und Fluch der deutschen Presse, in: Hammerschmidt, Helmut (Hg.): Zwanzig Jahre danach. Eine deutsche Bilanz 1945-1965. Achtundreissig Beiträge Deutscher Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten, München, Wien, Basel 1965, S. 338-359.

Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Weltmacht wider Willen?, aktual. und erw. Aufl. Berlin 1997.

Hallwirth, Uta: Auf der Suche nach einer neuen Identität? Zum nationalen Selbstverständnis in der westdeutschen Presse 1945-1955, Frankfurt/Main 1987.

Hanrieder, Wolfram F.: Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-89, Paderborn, München, Wien, Zürich 1991.

Hanrieder, Wolfram F.: Die westdeutsche Außenpolitik von 1949-79. Möglichkeiten und Notwendigkeiten, in: Hanrieder, Wolfram F.; Rühle, Hans, (Hg.): Im Spannungsfeld der Weltpolitik. 30 Jahre deutsche Außenpolitik 1949-79, (Studien zur Politik, Bd. 6), Bonn 1981, S. 31-63.

Hardach, Gerd: Die Wirtschaftsentwicklung der fünfziger Jahre. Restauration und Wirtschaftswunder, in: Bänsch, Dieter (Hg.): Die fünfziger Jahre. Beiträge zu Politik und Kultur, Tübingen 1985, S. 49-60.

Harenberg, Karl-Heinz: „Die Welt“ 1946–53. Eine deutsche oder eine britische Zeitung ?, Hamburg 1976.

Harenberg, Karl-Heinz: Aus Bonn für „Deutschland“. Die „Welt“, in: Thomas, Michael Wolf (Hg.): Porträts der deutschen Presse. Politik und Profit, Berlin 1980, S. 109-126.

Heidelmeyer, Wolfgang; Hindrichs, Günter: Dokumente zur Berlin-Frage 1944-62, (Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., Dokumente und Berichte, Bd.18), 2. durchges. und erw. Aufl. München 1962.

Heidemeyer, Helge: Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/49-1961. Die Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland bis zum Bau der Berliner Mauer, Düsseldorf 1994.

Hepp, Andreas, Winter, Rainer (Hg.): Kultur – Medien – Macht. Cultural Studies und Medienanalyse, 2. überarb. und erw. Aufl. Opladen, Wiesbaden 1999.

Herzfeld, Hans: Berlin in der Weltpolitik 1945-70, Berlin, New York 1973.

Hildebrand, Klaus: Integration und Souveränität. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-82, Bonn 1991.

Hopf, Christel: Zu Struktur und Zielen privatwirtschaftlich organisierter Zeitungsverlage, in: Brokmeier, Peter (Hg.): Kapitalismus und Pressefreiheit. Am Beispiel Springer, Frankfurt/Main 1969, S. 8-29.

Isaacs, Jeremy; Downing, Taylor: Der Kalte Krieg. Eine illustrierte Geschichte 1945-1991, München, Zürich 1999.

Jacobi, Claus: Der Verleger Axel Springer. Eine Biographie aus der Nähe, München 2005.

Jacobi, Claus: 50 Jahre Axel Springer Verlag 1946-1996, Berlin, Hamburg 1996.

Ders.: Axel Springer 1912-1985, in Gall, Lothar (Hg.): Die grossen Deutschen unserer Epoche, Frankfurt/Main, Berlin 1995, S. 515-534.

Ders.: Fremde, Freunde, Feinde. Eine private Zeitgeschichte, 2. Aufl. Berlin, Frankfurt/Main 1991.

Jansen, Bernd; Klönne, Arno (Hg.): Imperium Springer. Macht und Manipulation, Köln 1968.

Jochum, Michael: Eisenhower und Chruschtschow. Gipfeldiplomatie im Kalten Krieg 1955-1960, Paderborn, München, Wien, Zürich 1996.

Junghanns, Heinrich: Die Kubakrise von 1962, Magisterarbeit, Hamburg 1989.

Jürgs, Michael: Der Fall Axel Springer. Eine deutsche Biographie. München, Leipzig 1995.

Jürs, Michael: Mystiker auf Sylt. Axel Springer und Hans Zehrer, in: Hachmeister, Lutz; Siering, Friedemann: Die Herren Journalisten. Die Elite der deutschen Presse nach 1945, München 2002, S. 196-212.

Kaldor, Mary: Der imaginäre Krieg. Eine Geschichte des Ost-West-Konflikts, aus dem Englischen übersetzt von: Haupt, Michael; Laugstien, Thomas, Hamburg, Berlin 1992.

Kennedy, Robert Francis: Dreizehn Tage/Wie die Welt beinahe unterging, 2. Aufl. Darmstadt 1982.

Kepplinger, Hans Mathias: Realität, Realitätsdarstellung und Medienwirkung, in: Wilke, Jürgen (Hg.): Fortschritte der Publizistikwissenschaft, Freiburg, München 1990, S. 39-56.

Kepplinger, Hans Mathias; Noelle-Neumann, Elisabeth: Wirkung der Massenmedien, in: Das Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation, Noelle-Neumann, Elisabeth; Schulz, Winfried; Wilke, Jürgen (Hg.), aktual., überarb. und erg. Aufl. Frankfurt/Main 2002, S. 597-647.

Kiefer, Markus: Auf der Suche nach nationaler Identität und Wegen zur deutschen Einheit. Die deutsche Frage in der überregionalen Tages- und Wochenpresse der Bundesrepublik 1949-1955, (Europäische Hochschulschriften Reihe III, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 525), Frankfurt/Main, Berlin, Bern, New York, Paris, Wien 1992.

Kleßmann, Christoph: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte von 1955-1970, 1. Aufl. Göttingen 1988 sowie 2. überarb. und erw. Aufl. Bonn 1997.

Knabe, Hubertus: 17. Juni 1953. Ein deutscher Aufstand, München 2003.

Knipping, Franz: Monopole und Massenmedien, Ost-Berlin 1969.

Köhler, Otto: Unheimliche Publizisten. Die verdrängte Vergangenheit der Medienmacher, München 1995.

Koszyk, Kurt: Pressepolitik für Deutsche 1945-49. Geschichte der deutschen Presse Teil IV. (Abhandlungen und Materialien zur Publizistik, Bd. 10), Berlin 1986.

Koziol, Klaus: Die Tyrannei der mediengerechten Lösung: zur Weltaneignung durch Massenmedien, München 2000.

Kreuz, Leo: Das Kuratorium Unteilbares Deutschland. Aufbau, Programmatik, Wirkung, Opladen 1980.

Kruip, Gudrun: Das „Welt“-„Bild“ des Axel Springer Verlags. Journalismus zwischen westlichen Werten und deutschen Denktraditionen, München 1999.

Kroll, Hans: Lebenserinnerungen eines Botschafters, Köln, Berlin 1967.

Kuby, Erich: Mein ärgerliches Vaterland, München, Wien 1989.

Küchenhoff, Erich; Keppler, Gabriele; Goebbel, N.; Schriewer, Bernd: Bild-Verfälschungen. Analyse der Berichterstattung der Bild-Zeitung über Arbeitskämpfe, Gewerkschaftspolitik, Mieten, Sozialpolitik, Teil 1: Analyse, Frankfurt/Main 1972.

Küsters, Hanns-Jürgen: Wiedervereinigung durch Konföderation? Die informellen Unterredungen zwischen Bundesminister Fritz Schäffer, NVA-General Vincenz Müller und Sowjetbotschafter Georgij Maksimowitsch Puschkin 1955/56, in: Bracher, Karl Dietrich; Schwarz, Hans-Peter; Möller, Horst (Hg.): Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 40. Jg., S. 107-153.

Lampe, Albrecht: Berlin – Hauptstadt im geteilten Deutschland 1945-62, (Heimat-chroniken der Städte und Kreise des Bundesgebietes, Bd. 25), Köln 1962, S. 473-550.

Landwehr, Achim: Historische Diskursanalyse, Frankfurt/Main 2008.

Lansing Dulles, Eleanor: Berlin und die Amerikaner, Köln 1967.

Lappenküper, Ulrich: Die Aussenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1990, (Enzyklopädie Deutscher Geschichte Bd. 83), München 2008.

La Roche, Walther von; Maaßen, Ludwig: Massenmedien. Fakten – Formen – Funktionen in der Bundesrepublik Deutschland, Heidelberg 1983.

Lehmann, Hans Georg: Deutschland-Chronik 1945-2000, Bonn 2000.

Lenz, Reimar: Die Welt als Wille und Vorstellung, in: Jansen, Bernd; Klönne, Arno (Hg.): Imperium Springer. Macht und Manipulation, Köln 1968, S. 114-135.

Link, Werner: Thesen über Beginn, Regulierung und Ende des Ost-West-Konflikts infolge von Machtverschiebungen, in: Schmidt, Gustav (Hg.): Ost-West-Beziehungen. Konfrontation und Detente 1945-1989, Bd. 1, Bochum 1993, S. 5-18.

Link, Werner: Die Außenpolitik und internationale Einordnung der Bundesrepublik Deutschland, in: Weidenfeld, Werner; Zimmermann, Hartmut (Hg.): Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-89, München, Wien 1989, S. 571-588.

Linsel, Knut: Charles de Gaulle und Deutschland (Beihefte der Francia, Bd. 44), Sigmaringen 1998.

Lohmeyer, Henno: Springer. Ein deutsches Imperium. Geschichte und Geschichten, Berlin 1992.

Loosen, Wiebke: Die Medienrealität des Sports. Evaluation und Analyse der Print-berichterstattung, Wiesbaden 1998.

Loth, Wilfried: Die Sowjetunion und die deutsche Frage. Studien zur sowjetischen Deutschlandpolitik von Stalin bis Chruschtschow, Göttingen 2007.

Maaßen, Ludwig von: Die Zeitung. Daten – Deutungen – Porträts. Presse in der Bundesrepublik Deutschland, Heidelberg 1986.

Mahncke, Dieter: Berlin im geteilten Deutschland. (Schriften des Forschungsinstitutes der deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik, Bd. 34), München, Wien 1973.

Maletzke, Gerhard: Medienwirkungsforschung. Grundlagen, Möglichkeiten, Grenzen, Tübingen 1981.

- McCombs, Maxwell: Agenda-Setting: Zusammenhänge zwischen Massenmedien und Weltbild, in: Schorr, Angela (Hg.): Publikums- und Wirkungsforschung, Ein Reader, Wiesbaden 2000, S. 123-136.
- Mensing, Hans Peter (Bearbeiter): Adenauer. Briefe 1959-1961, Morsey, Rudolf; Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe, Paderborn, München, Wien, Zürich 2004.
- Merseburger, Peter: Rudolf Augstein. Der Mann, der den SPIEGEL machte, München 2009.
- Merten, Klaus: Methoden der Wirkungsforschung, in: Schulz Winfried (Hg.)/Deutsche Forschungsgemeinschaft/Senatskommission für Medienwirkungsforschung: Medienwirkungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland, Weinheim 1987, S. 101-109.
- Meyer, Christoph: Die deutschlandpolitische Doppelstrategie. Wilhelm Wolfgang Schütz und das Kuratorium Unteilbares Deutschland (1954-1972), Köln 1997.
- Meyn, Hermann: Massenmedien in Deutschland, Neuaufl. Konstanz 2004.
- Morsey, Rudolf: Die Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung bis 1969, (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 19), 3. Aufl., München 1995.
- Morsey, Rudolf: Die Deutschlandpolitik Adenauers, in: Fischer, Alexander (Hg.): Vierzig Jahre Deutschlandpolitik im internationalen Kräftefeld, Berliner Kolloquium der Gesellschaft für Deutschlandforschung in Verbindung mit dem Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen 8. bis 10. November 1989, Köln 1989, S. 16-31.
- Müller, Hans Dieter: Der Springer Konzern. Eine kritische Studie, München 1968.
- Münger, Christof: Kennedy, die Berliner Mauer und die Kubakrise. Die westliche Allianz in der Zerreißprobe 1961-1963, Paderborn 2003.
- Naeher, Gerhard: Axel Springer. Mensch, Macht, Mythos, Erlangen, Bonn, Wien 1991.

Nissen, Peter; Menningen, Walter: Der Einfluss der Gatekeeper auf die Themenstruktur der Öffentlichkeit, in: Langenbucher, Wolfgang R. (Hg.): Politik und Kommunikation. Über die öffentliche Meinungsbildung, München, Zürich 1979, S. 211-232.

Noelle-Neumann, Elisabeth: Der Staatsbürger und sein Staat, in: Hammerschmidt, Helmut (Hg.): Zwanzig Jahre danach. Eine deutsche Bilanz 1945-1965, Achtundreissig Beiträge Deutscher Wissenschaftler, Schriftsteller und Publizisten, München, Wien, Basel 1965, S. 79-104.

Nolte, Ernst: Deutschland und der Kalte Krieg, München, Zürich 1974.

North, Michael: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick, 2. völlig überarb. und aktual. Aufl., München 2005.

Paczensky, Gert von: Zeuge im publizistischen Prozess um Axel Springers Pressemacht, Frankfurter Hefte, 22. Jg. 1967, S. 733-740.

Pfetsch, Frank R.: Die Außenpolitik der Bundesrepublik 1949-1992. Von der Spaltung zur Vereinigung, 2. erw. und verb. Aufl. München 1993.

Pfetsch, Barbara: Themenkarrieren und politische Kommunikation. Zum Verhältnis von Politik und Medien bei der Entstehung der politischen Agenda, (Aus Politik und Zeitgeschichte 1994 II, Jg. 66), Hg.: Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1994, S. 11-20 B 39.

Prollius, Michael von: Deutsche Wirtschaftsgeschichte nach 1945, Göttingen 2006.

Pürer, Heinz: Publizistik und Kommunikationswissenschaft. Ein Handbuch, Konstanz 2003.

Renckstorf, Karsten: Massenmedien, Gesellschaft und sozialwissenschaftliche Massenkommunikationsforschung, in: Hans-Bredow Institut für Rundfunk und Fernsehen (Hg.): Internationales Handbuch für Rundfunk und Fernsehen, 17. Ausgabe Hamburg 1984, S. A1-A 36.

Rexin, Manfred: Die Folgen des 13. August 1961. Chronik und Dokumente zur Berlin-Krise August 1961-Dezember 1962, Berlin 1963.

Ribbe, Wolfgang: Berlin zwischen Ost und West. 1945 bis zur Gegenwart, in: Ribbe, Wolfgang und andere (Hg.): Geschichte Berlins, Bd. 2, Von der Märzrevolution bis zur Gegenwart, München 1987, S. 1027-1124.

Richter, Rolf: Kommunikationsfreiheit = Verlegerfreiheit ? Zur Kommunikationspolitik der Zeitungsverleger in der Bundesrepublik 1945-1969, Pullach 1973.

Roesler, Jörg: Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990. Eine Analyse auf gleicher Augenhöhe, Leipzig 2006.

Roesler, Jörg: „Rübermachen“. Politische Zwänge, ökonomisches Kalkül und verwandtschaftliche Bindungen als häufigste Motive der deutsch-deutschen Wanderungen zwischen 1953 und 1961, Hefte zur DDR-Geschichte, Bd. 85, Berlin 2004.

Rudolf, Günther: Presseanalyse und zeitgeschichtliche Forschung. Telegraf und WAZ zur Berlin-Krise 1948/49, (Reihe Kommunikation und Politik Bd. 6), Pullach bei München 1972.

Rupp, Hans Karl: Politische Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Entstehung und Entwicklung. Eine Einführung, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1978.

Schäfer, Heiner: Schichten- und gruppenspezifische Manipulation in der Massenpresse, in: Brokmeier, Peter (Hg.): Kapitalismus und Pressefreiheit. Am Beispiel Springer, Frankfurt/Main 1969, S.61-81.

Schauer, Lucie: Architektur und Stil des Axel-Springer-Hauses, in: Wallenberg, Hans: Berlin Kochstrasse, Berlin, Frankfurt/Main, Wien 1966, S.13-20.

Scheck, Henning: Antikommunismus in der Ära Adenauer im Spiegel der Zeitschriften „Rheinischer Merkur“ und „Vorwärts“, Magisterarbeit, Hamburg 1998.

Schenk, Michael: Medienwirkungsforschung, Tübingen 1987.

Schildt, Axel: Massenmedien im Umbruch der fünfziger Jahre, in: Wilke, Jürgen: Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1999, S. 633-648.

Schmied, Jürgen Peter: Sebastian Haffner. Eine Biographie, München 2010.

Schneider, Herbert; Uffelman, Uwe: Zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, Paderborn 1977.

Schnurre, Wolfdietrich: Die Mauer des 13. August, Berlin 1962.

Schöllgen, Gregor: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland – Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 2. Aufl. München 2001.

Schöllgen, Gregor: Willy Brandt. Die Biographie, 4. Aufl. Berlin, München 2001.

Schönbach, Klaus: Trennung von Nachricht und Meinung. Empirische Untersuchung eines journalistischen Qualitätskriteriums, Freiburg, München 1977.

Schönbach, Klaus: Das unterschätzte Medium. Politische Wirkungen von Presse und Fernsehen im Vergleich. (Reihe Kommunikation und Politik, Bd. 16), München, New York, London, Paris 1983.

Schönbach, Klaus: Wirkungsforschung, in: Holtz-Bacha, Christina; Kutsch, Arnulf; Langenbucher, Wolfgang R; Schönbach, Klaus (Hg.): Fünfzig Jahre Publizistik, Wiesbaden 2006, S. 193-201.

Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949-1990, München 1998.

Schröter, Harm G.: Von der Teilung zur Wiedervereinigung (1945-2004), in: North, Michael (Hg.): Deutsche Wirtschaftsgeschichte. Ein Jahrtausend im Überblick, 2. völlig überarb. und aktual. Aufl., München 2005, S. 356-426.

Schulte, Herbert: Medienanalyse und Medienkritik. Eine Einführung für Lehrende und Lernende, (Reihe Medien und Bildung, Bd. 1), Münster, Hamburg, 1992.

Schulz, Winfried: Die Konstruktion von Realität in den Nachrichtenmedien. Analyse der aktuellen Berichterstattung, 1. und 2. unveränd. Aufl. Freiburg, München 1976 und 1990.

Schulz, Winfried: Medienanalyse (Inhaltsanalyse) und Wirkungsforschung, in: Schulz, Winfried (Hg.)/Deutsche Forschungsgemeinschaft/Senatskommission für Medienwirkungsforschung: Medienwirkungsforschung in der Bundesrepublik Deutschland, Weinheim 1987, S. 111-116.

Schulz, Klaus-Peter: Berlin zwischen Freiheit und Diktatur, Berlin 1962.

Schwarz, Hans-Peter: Die Ost-West-Spannungen als Orientierungsrahmen westdeutscher Außenpolitik, in: Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Handbuch der deutschen Außenpolitik, München 1975, S. 465-478.

Schwarz, Hans-Peter: Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949-57, (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2), Wiesbaden 1981.

Ders.: Berlinkrise und Mauerbau, in: Schwarz, Hans-Peter (Hg.): Berlinkrise und Mauerbau, (Rhöndorfer Gespräche, Bd. 6), Bonn 1985, S. 11-34.

Ders.: Axel Springer. Die Biographie, 2. Aufl. Berlin 2008.

Schwarzkopf, Dietrich: Zehn Hindernisse für die gebotene Objektivität, in: Bentele, Günter; Ruoff, Robert (Hg.): Wie objektiv sind unsere Medien?, Frankfurt/Main 1982, S. 200 ff.

Sethe, Paul: Die grossen Entscheidungen, Frankfurt/Main 1958.

Shell, Kurt Leo.: Bedrohung und Bewährung. Führung und Bevölkerung in der Berlin-Krise, (Schriften des Instituts für Politische Wissenschaft, Bd. 19), Köln und Opladen 1965.

Siering, Friedemann: Zeitung für Deutschland. Die Gründergeneration der „Frankfurter Allgemeinen“, in: Hachmeister, Lutz; Siering, Friedemann (Hg.): Die Herren Journalisten. Die Elite der deutschen Presse nach 1945, München 2002, S. 35-86.

Slusser, Robert M.: The Berlin Crisis of 1961. Soviet-American Relations and the Struggle for Power in the Kremlin, June-November 1961, Baltimore, London 1973.

Sonntag, Christian: Unter britischer Informationskontrolle. Entnazifizierung und personelle Kontinuität bei der Tageszeitung „Die Welt“ 1946-53, Magisterarbeit, Hamburg 2001.

Sörgel, Peter: Der Springer-Konzern in West-Berlin, in: Jansen, Bernd; Klönne, Arno (Hg.): Imperium Springer. Macht und Manipulation, Köln 1968, S.80-101.

Sothen, Hans B. von: Hans Zehrer als politischer Publizist nach 1945, in: Kroll, Frank-Lothar (Hg.): Die kupierte Alternative. Konservatismus in Deutschland nach 1945, (Studien und Texte zur Erforschung des Konservatismus, Bd. 6), Berlin 2005, S. 125-180.

Soukup, Uwe: Ich bin nun mal Deutscher. Sebastian Haffner. Eine Biographie, Berlin 2001.

Speier, Hans: Die Bedrohung Berlins. Eine Analyse der Berlin-Krise von 1958 bis heute, Köln, Berlin 1961.

Springer, Axel: An meine Kinder und Kindeskiner. Auszüge aus einer Niederschrift, Berlin 1981.

Springer, Axel: Aus Sorge um Deutschland. Zeugnisse eines engagierten Berliners, Stuttgart 1980.

Steinbach, Peter: Zeitgeschichte und Massenmedien aus der Sicht der Geschichtswissenschaft, in: Wilke, Jürgen (Hg.): Massenmedien und Zeitgeschichte, (Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Bd. 26), Konstanz 1999, S. 32-52.

Steiner, André: Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte?, 2006 Berlin.

Steininger, Rolf: Deutsche Geschichte, (Darstellung und Dokumente in vier Bänden, Bd. 3), Frankfurt/Main 2002.

Steininger, Rolf: 17. Juni 1953. Der Anfang vom langen Ende der DDR, München 2003.

Stern, Sheldon M.: Averting The Final Failure. John F. Kennedy and the Secret Cuban missile crisis meetings, Stanford 2003.

Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg 1947-1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters, München 2007.

Stützle, Walther: Kennedy und Adenauer in der Berlin-Krise 1961-1962, (Schriften des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 96), Bonn 1973.

Thränhardt, Dietrich: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, erw. Neuausg. Frankfurt/Main 1996.

Uhl, Matthias; Wagner, Armin: Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer. Eine Dokumentation, (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 86), München 2003.

Vogel, Werner: Führer durch die Geschichte Berlins, 3. überarb. und erg. Aufl. Berlin 1985.

Wagner, Hans: Wirkungspotentiale moderner Medien. Information und soziale Orientierung: Vorgaben des Handelns, in: Hütter, Gerhard; Linke, Hermann (Hg.): Informiert bis zur Unmündigkeit? Einfluss und politische Verantwortung der Medien in der Bundesrepublik Deutschland, Herford, Bonn 1990, S. 14-35.

Weber, Hermann: Die DDR 1945-1990, (Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 20), 3. überarb. und erw. Aufl. München 2000.

Wettig, Gerhard: Der Stillstand im Ringen um Berlin: Ein Motiv Chruschtschows für die Stationierung der Raketen auf Kuba?, in: Filippovych, Dimitrij N.; Uhl, Matthias: Vor dem Abgrund: Die Streitkräfte der USA und der UdSSR sowie ihrer deutschen Bündnispartner in der Kubakrise, (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte), München 2005, S. 1-10.

Wettig, Gerhard: Das Vier-Mächte-Abkommen in der Bewährungsprobe. Berlin im Spannungsfeld zwischen Ost und West, (Politologische Studien, Bd. 22), Berlin 1981.

Wetzlaugk, Udo: Die Alliierten in Berlin, (Politologische Studien, Bd. 33), West-Berlin 1988.

White, Mark, J.: The Cuban Missile Crisis, Houndmills, Basingstoke, Hampshire, London 1996.

White, Mark, J.: Missiles in Cuba. Kennedy, Chruschtschow, Castro and the 1962 Crisis, 2. Aufl. Chicago 1997.

Wilke, Jürgen: Nachrichtenauswahl und Medienrealität in vier Jahrhunderten. Eine Modellstudie zur Verbindung von historischer und empirischer Publizistikwissenschaft, Berlin, New York 1984.

Willenborg, Karl-Heinz: Deutschlands Rückkehr auf den Weltmarkt. Außenhandel in einer neuen Weltwirtschaft 1949-55, in: Weber, Jürgen (Hg.): Aufbau und Neuorientierung. Die Geschichte der Bundesrepublik 1950-55, Landsberg am Lech 1998, S. 305-327.

Wolfrum, Edgar: Die Mauer. Geschichte einer Teilung, München 2009.

Wolfrum, Edgar: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006 und in der Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung, Schriftenreihe Bd. 641, Bonn 2007.

Zetterberg, Hans L.: Medien, Ideologie und die Schweigespirale, in: Wilke, Jürgen (Hg.): Öffentliche Meinung – Theorie, Methoden, Befunde, Freiburg, München 1992, S. 51-76.

Zoll, Ralf: Manipulation der Meinungsbildung. Zum Problem hergestellter Öffentlichkeit, 4. Aufl. Opladen 1976.

Eidesstattliche Erklärung

Ich versichere an Eides statt durch meine eigene Unterschrift, dass ich die vorstehende Arbeit selbständig und ohne fremde Hilfe angefertigt habe. Ich versichere, andere als die von mir angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt zu haben und die den benutzten Werken wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht zu haben.

Lebenslauf

von

Thies Luhmann

geboren am 10.6.1973

in Lübeck

1992 Abitur.

Studium der Geschichtswissenschaft mit den Nebenfächern Sozial- und Wirtschaftsgeschichte sowie Rechtswissenschaft an der Edmund-Siemers-Universität Hamburg.
2003 Magister Artium.

2012 Promotion zum Dr. phil. an der Edmund-Siemers-Universität Hamburg.